

Mr. W. C. CAMMAN
Kolonel tit. K.N.I.L. b.d.
Res. Kolonel K.N.L. b.d.
OEGSTGEEST Tel. No. 21587
Rhijngeesterstraatweg 4

NATIONALÖKONOMIE

ZWEITER BAND

LEHRBUCH DER NATIONALÖKONOMIE

VON
HEINRICH PESCH S.J.

Motto:

«Entzündet rings auf den Bergen weit
Das flammende Feuersignal der Zeit:
Gerechtigkeit!» (Fr. Eichert.)

ZWEITER BAND ALLGEMEINE VOLKSWIRTSCHAFTSLEHRE I VOLKSWIRTSCHAFTLICHE SYSTEME WESEN UND DISPONIERENDE URSACHEN DES VOLKSWOHLSTANDES

VIERTE UND FÜNFTE, UNVERÄNDERTE AUFLAGE
5. BIS 6. TAUSEND



FREIBURG IM BREISGAU 1925
HERDER & CO. G.M.B.H. VERLAGSBUCHHANDLUNG

35530

Imprimatur

Friburgi Brisgoviae, die 23 Aprilis 1925

Dr. Mutz

Vic. Gen.

Imprimi potest

Coloniae, die 3 Aprilis 1925

Bern. Bley S. J.

Praep. Prov. Germ. Inf.

Alle Rechte vorbehalten.

Buchdruckerei von Herder & Co. G.m.b.H. in Freiburg i. Br.

Aus dem Vorwort der ersten Auflage.

Ich habe kein gelehrtes Werk, sondern ein nützliches Buch schreiben wollen, nützlich durch die Reichhaltigkeit der Belehrung, die zweckmäßige Auswahl und die logische Verbindung des Lehrstoffes.

Luxemburg-Stadt (Bellevue), den 2. November 1908.

Vorwort zur zweiten und dritten Auflage.

1. Oft wurde darüber geklagt, daß die Lehrbücher der Nationalökonomie zu geringen Wert auf die systematische Darstellung des Lehrstoffes legen¹. Es fehle zumeist die Übersichtlichkeit des Ganzen, die Einheitlichkeit des Auftrisses, der rechte Zusammenhang der einzelnen Teile, die Aufzeigung des volkswirtschaftlichen Prozesses als einer Einheit. Für denjenigen, dem die Nationalökonomie eine Untersuchung über Wesen und Ursache des Wohlstandes der Völker ist, kann nun kein Zweifel bestehen über Gegenstand und Aufgabe der Volkswirtschaftslehre. Auch für die einheitliche und wirklich systematische Darstellung des volkswirtschaftlichen Prozesses wird so der Weg gebahnt. Eine kurze Übersicht des entsprechenden Lehrsystems findet sich in der Einleitung zu diesem Bande.

2. Was macht ein Volk reich? Je nach der Antwort auf diese Frage schieden sich die volkswirtschaftlichen Systeme. Smiths Industriesystem behielt schließlich recht, insofern es die menschliche Arbeit schlechthin als Hauptquelle des Wohlstandes der Völker bezeichnete. Ein Verhängnis für die junge Nationalökonomie aber war der Umstand, daß die führenden Geister ganz unter dem Einfluß der Aufklärungsphilosophie standen. Mit dem liberalen Individualismus verbündete sich der naturwissenschaftliche Mechanismus und Materialismus. Schlimmer noch wurde es, als die darwinistische Lehre vom Kampf ums Dasein auch in der Theorie Geltung für das wirtschaftliche Gebiet in Anspruch nahm. Die geschichtliche Entwicklung des Wirtschaftslebens, die moderne Volks-, Geld-, Weltwirtschaft ferner haben ohne Zweifel eine atomistische Auffassung, die weitgehende Trennung von Individuum und Gemeinschaft, begünstigt. Sie führten aber auch einen auf die Dauer unerträglichen Zustand allgemeiner Zerrissenheit, selbstsüchtiger Rivalität im Volks- und Völkerleben herbei.

Der Aufschrei der Massen und ihre Forderung radikaler Beseitigung der ganzen privatwirtschaftlichen Verfassung blieben nicht ohne Einfluß auf die

¹ So wieder Franz Eulenburg im „Weltwirtschaftlichen Archiv“ XV (1920) 445 ff.

nationalökonomische Theorie. Bürgerliche Nationalökonomien wandten sich einem reformerischen Liberalismus zu. Andere, wie Sismondi, Adam Müller, List, ein größerer Teil der Kathedersozialisten, traten auch in prinzipiellen Gegensatz zur bisherigen Theorie. Adolf Wagner insbesondere suchte nach der notwendigen Vermittlung zwischen den beiden Extremen, dem atomistischen Individualismus und dem kollektivistischen Sozialismus. Er glaubte die richtige Vermittlung in seinem Staatssozialismus zu finden. Ich konnte meinem verehrten Lehrer hierin nicht folgen, fand die gesuchte Vermittlung vielmehr in dem moralisch-organischen Solidarismus, wie ich denselben zuerst in den Stimmen aus Maria Laach (Band LXIII, Jahrgang 1902, II. Teil, S. 38—60 und 307—324), dann im Lehrbuch (Band I, 1905 und 1914) entwickelt habe.

Die Arbeit ist 1) die Hauptursache materiellen Wohlstandes der Völker; sie ist 2) bei gesunder Verkehrswirtschaft auch Bindemittel, führt zur Verbindung der Menschen in der Welt, im Staate, in der Volkswirtschaft, im Berufsleben. Das waren die beiden Grundgedanken des sozialen Arbeitssystems, wie ich dasselbe im II. Bande (1. Aufl. 1909) ausführlich behandelte. Das individualistische System führte zum Kampf aller gegen alle, das soziale Arbeitssystem aber führt zum Volks- und Völkerfrieden, zur Volks- und Völkerwohlfahrt. Ich habe für Solidarismus und soziales Arbeitssystem absichtlich die Grenzen so weit gesteckt, daß sie die ganze moderne Entwicklung, auch soweit sie heute noch nicht zum Abschluß gelangt ist, in sich begreifen können.

3. Der Solidarismus ist kein theologisches, sondern ein sozialphilosophisches System, das soziale Arbeitssystem ein volkswirtschaftliches System, im Anschluß an die überlieferten älteren Systeme, eine Fort- und Umbildung des Industriesystems. Auch habe ich den volkswirtschaftlichen Stoff durchaus nicht „theologisierend“ behandelt. Man vergleiche nur, was in Band I, Kap. 5, § 2 über das Verhältnis der Nationalökonomie zur Moral und deren Selbständigkeit gesagt wurde.

4. Es wäre an sich möglich, daß jemand vom rein humanitären und nationalen Standpunkte aus das solidaristische System annähme. Das System erhält indes seine volle Kraft, seine zwingende Geltung erst durch die christliche Weltanschauung.

Täuschen wir uns nicht: die Volkswirtschaftslehre hat stets unter dem Einfluß irgendeiner Weltanschauung gestanden. Lange war es die aufklärerische, materialistische Weltanschauung, welche auf die bürgerliche und die sozialistische Wirtschaftslehre bestimmend einwirkte. Nur wenige Autoren blieben davon unberührt. Auch diejenigen, welche heute wieder von einer normativen Wissenschaft¹ nichts wissen wollen, stehen zumeist unter dem Einfluß einer positivistischen, naturalistischen Weltanschauung.

Ich bekenne es offen und ohne Rückhalt, daß nach meiner Überzeugung die schweren Schäden, unter welchen heute die Völker bitter leiden, von der Entchristlichung des Wirtschaftslebens herrühren, daß deren Heilung nicht anders zu erwarten ist, als dadurch, daß die christliche Weltanschauung wieder das Leben der Menschen, der Völker, insbesondere auch das Wirtschaftsleben beherrscht.

¹ Zu beachten die Schrift von K. E. Nickel, Normative Wirtschaftswissenschaft (1920).

Nur dann, wenn die Solidarität im Sinne des Christentums zur Geltung kommt, dürfen wir erwarten, daß die universale Idee der Arbeitsgemeinschaft in einer praktisch möglichen, segensreichen, den individuellen und sozialen Ansprüchen zugleich genügenden Weise sich durchsetzt, daß an Stelle des bisherigen Gegeneinander ein Mit- und Füreinander der Individuen, der Stände, der Völker treten werde.

Wenn ich die hohe Bedeutung der christlichen Weltanschauung¹ für das Wirtschaftsleben und folgerichtig auch für die Wirtschaftslehre stark betone, so habe ich doch stets hervorgehoben, daß dem christlichen Evangelium kein volkswirtschaftliches System zu entnehmen ist. Volkswirtschaftliche Systeme hat vielmehr die nationalökonomische Wissenschaft aufzubauen, und wirtschaftliche Programme, die den jeweiligen Verhältnissen, Bedürfnissen, Möglichkeiten anzupassen sind, können nur von der praktischen Wirtschaftspolitik erwartet werden. Die christliche Gesamtauffassung des menschlichen Lebens und Strebens, die sittlichen Lehren und Forderungen des Christentums sind aber doch andererseits von so gewaltiger Bedeutung für das praktische Verhalten der Menschen auf wirtschaftlichem Gebiete, bieten auch der Sozial- und Wirtschaftslehre so wichtige und wertvolle Fingerzeige, daß der tief greifende Unterschied eines von christlichen Ideen beherrschten und eines diese Ideen mißachtenden bzw. in verkehrter Neutralität nicht beachtenden volkswirtschaftlichen Systems ganz unverkennbar ist.

Die christlichen Grundsätze und Forderungen, die für die Nationalökonomie in Betracht kommen, reichen weit über den Gemeinschaftsgedanken im Sinne christlicher Liebe und über die Organisationsidee hinaus. Die christliche Weltanschauung widerstrebt der Losreißung volkswirtschaftlicher Kultur von den höheren Kulturgebieten; sie fordert die Unterordnung der materiellen unter die geistig-sittliche Ordnung. Sie hat grundsätzliche Auffassungen in bezug auf die Stellung des Menschen zur Außenwelt, über die gottgewollte Bestimmung der irdischen Güter. Wie die Familie, so ist ihr auch der Staat eine natürliche Gesellschaftsform, mit naturrechtlicher Grundlage, einem naturrechtlich begründeten und begrenzten Zweck, mit pflichtmäßiger Unterordnung der Staatsgewalt und der Bürger unter diesen Zweck. Die Idee des gesellschaftlichen Organismus ist eine christliche, im Gegensatz zu jeder Form eines individualistischen Mechanismus im Staats- und Gesellschaftsleben. Das Christentum lehnt alle Arten von Absolutismus ab, welche die auch für das Diesseits geltende Selbstzwecklichkeit und Selbständigkeit der Individuen mißachten. Es belehrt über Maß und Gebrauch der Freiheit, über Pflicht und Recht, Zweck und Würde der Arbeit, über deren Eigenschaft als Berufspflicht, gibt der Eigentumsinstitution eine feste, naturrechtliche Begründung und verwirft ein pflichtenloses Eigentum. Das Christentum verurteilt den Wucher, fordert Gerechtigkeit im Verkehr und verkündet das große Gesetz der Liebe. Nicht der Trieb, wie die Aufklärung lehrte, sondern Vernunft und Gewissen haben auch in wirtschaftlichen Dingen die oberste Leitung usw.

¹ Vgl. Briefs, Die Gegenwartsbedeutung des christlichen Geistes, in „Deutsche Monatshefte für christliche Politik und Kultur“ 1920. Ders., Christentum und Sozialismus, in „Soziale Revue“ 1920, Heft 1—4. Ders., Untergang des Abendlandes. Christentum und Sozialismus. Eine Auseinandersetzung mit Oswald Spengler (1920).

Der weltordnende Wille Gottes, die *lex aeterna*, wie sie sich in der Vernunft des Menschen offenbart, die Lehre Jesu Christi schützen und veredeln das gesamte menschliche Gesellschaftsleben, wenn die Menschen sich dieser Lehre unterwerfen.

Das ist meine Auffassung vom Einfluß der christlichen Lehre auf das Gesellschafts- und Wirtschaftsleben der Völker. Es bleibt das besondere Verdienst einer ganzen Reihe neuerer Schriftsteller, insbesondere Max Schelers, diese hohe Bedeutung der christlichen Weltanschauung, in tief schürfender Forschung und geistvoller Form, glanzvoll überzeugend erwiesen zu haben.

Noch wenige Worte zur Aufhellung einiger Mißverständnisse.

5. Von wohlwollender Seite wurde mir der Rat erteilt, in der Entwicklung des Begriffes „Kapitalismus“ klarer zwischen der technischen Seite und dem, seit den Untersuchungen Max Webers und Sombarts oft zitierten „kapitalistischen Geiste“ zu unterscheiden.

Bei der Gegenüberstellung von Individualismus, Sozialismus, Solidarismus kommt indes die Technik nicht in Betracht. Alle drei Systeme setzen eine entwickelte Technik mit starker, der Solidarismus auch mit mehr rationeller und ökonomischer Verwendung von „Kapitalgütern“ voraus. An anderer Stelle wird von der technischen Bedeutung dieser sog. „Kapitalgüter“, soweit nötig, gehandelt werden. Hier kommt lediglich der Kapitalbesitz als privates Erwerbsvermögen in Betracht, als eine, infolge der Ungebundenheit der freiwirtschaftlichen, individualistischen Wirtschaftsverfassung dem Mißbrauch ausgesetzten und praktisch auch zur Ausbeutung der Arbeiter, der Konsumenten, zur Schädigung und Unterdrückung der schwächeren Konkurrenten oft mißbrauchten Vermögensmacht. Der Sozialismus wendet sich gegen dieses Erwerbsvermögen, den privaten Kapitalbesitz, die ganze privatwirtschaftliche Wirtschaftsverfassung als solche. Er will den Patienten heilen, indem er ihn totschießt. Ich trete für das Privateigentum an den Produktionsmitteln ein, lehne nur die Ungebundenheit und die hieraus sich ergebende plutokratische Ausbildung des privaten Erwerbsvermögens ab, wie sie die freiwirtschaftliche, hochkapitalistische Epoche tatsächlich entstehen ließ. Ich hielt es darum auch für angezeigt, als „Kapitalismus“ eben die plutokratische Entartung der mit dem Kapitalbesitz gegebenen Vermögensmacht und -übermacht zu bezeichnen. „Kapitalismus“ ist gewiß ein vieldeutiges Schlagwort. Wir werden aber dieses Schlagwort nicht so leicht beseitigen können¹. Für die Neubildung unserer Wirtschaftsverhältnisse dürfte es nicht ohne Bedeutung sein, der falschen sozialistischen Deutung dieses Ausdruckes entgegenzutreten und im Kapitalismus lediglich eine heilbare Krankheitserscheinung der privatwirtschaftlichen Verfassung erkennen zu lassen.

6. Ein etwas merkwürdiges Mißverständnis ist es, wenn jemand glaubte, ich fasse eine der jeweilig erreichten Kulturhöhe angepaßte Bedarfsdeckung als „Schluß der Entwicklung“ auf. Nein, damit ist nicht der „Schluß“ der Weiterentwicklung gegeben, sondern bloß die Grenze bezeichnet, unter welcher die Bedarfsdeckung nicht herabsinken darf. Man vergleiche hierzu nur das, was

¹ Vgl. Diehl, Bemerkungen über Begriff und Wesen des Kapitalismus, in Schmollers Jahrbuch XLIV (1920) 203 ff.

im ersten Bande über „Bedürfnis“ gesagt wurde, und dann die Wohlstandslehre des zweiten Bandes.

7. Es trifft auch nicht zu, wenn man in der von mir geforderten „Regelung“ des Wirtschaftslebens nichts anderes als etwa die Rathenausche oder Wisselsche Planwirtschaft oder sogar eine kommunistische Bedarfsdeckungswirtschaft erkennen zu dürfen glaubte¹. Schon die Klugheit verbietet es dem Theoretiker, sich vorzeitig auf bestimmte Formen der Organisation usw. festzulegen. Der Theoretiker wird vielmehr sich in der Organisationsfrage darauf beschränken, die Richtung einer gesunden Entwicklung aufzuweisen, die weitesten Umrisse für die Fortbildung zu ziehen, den Rahmen zu zeichnen; aber dessen Ausfüllung mit dem konkreten Detail überläßt er der Weisheit und Klugheit geschulter und erfahrener Praxis. So habe ich die Aufgabe der nationalökonomischen Theorie aufgefaßt und danach auch Stellung genommen zur Frage der Regelung des Wirtschaftslebens.

Die Zeit des ungebundenen, atomistischen Individualismus ist ja doch heute vorbei. Wer sollte das verkennen können? Unsere Zeit verträgt nun einmal nicht mehr die Übelstände, die sich aus der ungehemmten Beherrschung der Volkswirtschaft durch die private kapitalistische Vermögensmacht ergaben. Dazu kommt die schwierige Lage, die der verlorene Krieg für unsere Volkswirtschaft herbeigeführt hat zugleich mit den gewaltigen finanziellen Lasten. Ohne neue Wirtschaftsformen, ohne eine den Bedürfnissen entsprechende Regelung des Wirtschaftslebens können wir nicht zu der unbedingt notwendigen Steigerung der Produktionsfähigkeit und des Ertrages gelangen. Gerade für diese Regelung aber wird die berufliche Selbstverwaltung eine hervorragende Rolle spielen, wie insbesondere auch den Arbeitsgemeinschaften zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern eine besondere Aufgabe für die Hebung der nationalen Produktionskraft erwächst. Es ist Sache der gekennzeichneten sozialen Faktoren, mit sachkundiger Entscheidung die praktisch möglichen und zweckmäßigen Formen der Organisation zu finden und in freier Selbstverwaltung zu verwirklichen.

Von diesem Standpunkte aus wird man es verstehen, daß ich auch nur ganz allgemein als regelnde Faktoren bezeichnete: 1) das Gewissen der Menschen; 2) die organisierten Berufe bis hinauf zum Wirtschaftsparlament; 3) den Staat. Schon aus dieser Aufführung und Ordnung der regelnden Faktoren ergibt sich, wie hoch ich die wirtschaftliche Freiheit einschätze. Würde eine Regelung durch das Gewissen ausreichen, dann hätten die andern Faktoren nichts mehr zu tun. Der Fall wird freilich nicht eintreten. Dann aber ist die Regelung durch berufliche Selbstverwaltungskörper im Interesse der Freiheit besser als ausschließlich staatliche Regelung. Dazu kommt, daß ich der Betätigung aller gesellschaftlichen Mächte prinzipielle Schranken gezogen habe, so durch die Lehre vom Staatszwecke, den Grenzen der Staatstätigkeit, die analoge Anwendung auch auf die Tätigkeit der beruflichen Körperschaften findet; ferner durch die Gegenüberstellung von moralisch-organischer und physisch-organischer Organisation. Dann habe ich die Freiheit als Bestandteil der Volkswohlfahrt bezeichnet, allerdings nicht die wilde Freiheit der Willkür, sondern die Freiheit der Ordnung;

¹ Vgl. Wissel, Praktische Wirtschaftspolitik (1919). Auch H. Beck, Sozialisierung als organisatorische Aufgabe (1919). Rathenau, Autonome Wirtschaft.

habe die freie Erwerbswirtschaft als Regel, die Gemeinwirtschaft als Ausnahme hingestellt; habe gesagt: alle Freiheit des wirtschaftlichen Handelns ist berechtigt, die sich mit der volkswirtschaftlichen Aufgabe, mit der materiellen Wohlfahrt des Volkes verträgt. Weiter kann man in der Freiheitsforderung nicht gehen. Ich halte allerdings die prinzipielle Begründung und Begrenzung der Tätigkeit der gesellschaftlichen Mächte gerade heute für um so wichtiger, weil aus der gegenwärtigen volks- und finanzwirtschaftlichen Notlage die Gefahr eines Überorganisierens und einer Überbureaukratisierung sich leicht ergeben kann.

8. Zum Schluß allen denjenigen, die das Lehrbuch der Nationalökonomie mit so überaus großem Wohlwollen aufgenommen, meinen herzlichsten Dank! Mögen sie das gleiche Wohlwollen auch dem IV. Bande, der im nächsten Jahre erscheinen wird, entgegenbringen.

Berlin-Marienfelde, 29. Juni 1920.

Heinrich Pesch S. J.

Inhaltsübersicht.

	Seite
Aus dem Vorwort der ersten Auflage	v
Vorwort zur zweiten und dritten Auflage	v
Einleitung	1
I. Volkswirtschaftliche Systeme	7—284
II. Der Volkswohlstand, sein Begriff und Wesen. Kennzeichen des Volkswohlstandes	285—399
III. Dispositive Bedingungen und Ursachen des Volkswohlstandes in territorialer und völkischer Hinsicht	400—722

Erstes Kapitel.

Die älteren volkswirtschaftlichen Systeme. Ihre Lehre vom Wesen und den Ursachen des Volkswohlstandes.

Das soziale Arbeitssystem 7—284

- § 1. Der Merkantilismus und der Volkswohlstand 8— 63
1. Der Merkantilismus ein System? (S. 8). — 2. Grundsatz und Mittel des Merkantilsystems nach Adam Smith (S. 9). — 3. Schmollers Auffassung von dem Wesen des Merkantilsystems (S. 15). — 4. Der Merkantilismus nach Oncken als System der landesfürstlichen Wohlstandspolizei (S. 18). — 5. Der Colbertismus (S. 21). — 6. Der spanisch-portugiesische Merkantilismus (S. 26). — 7. Der Merkantilismus der Niederlande (S. 30). — 8. Der englische Merkantilismus (S. 32). — 9. Deutschland und Italien in merkantilistischer Zeit (S. 36). — 10. Rußlands Stellung zum Merkantilsystem (S. 40). — 11. Deutsche Kameralisten über das Ziel der Volkswirtschaft, das Wesen und Werden des Volkswohlstandes (S. 42). — 12. Die merkantilistische Theorie in andern Ländern (S. 47). — 13. Zusammenfassende Beurteilung des Systems (S. 54).
- § 2. Das physiokratische System 63—100
14. Neue Ideen und neue Ziele (S. 64). — 15. Die Schriftsteller der Übergangsperiode zum physiokratischen System (S. 66). — 16. Quesnay und das physiokratische System (S. 73). — 17. Turgot als Physiokrat (S. 85). — 18. Die Physiokratie in andern Ländern (S. 88). — 19. Beurteilung des physiokratischen Systems (S. 89).
- § 3. Das individualistische Industriesystem Adam Smiths 100—168
20. Der Name „Industriesystem“ (S. 101). — I. Das Wesen des nationalen Wohlstandes: 21. Der Reichtumsbegriff bei A. Smith (S. 102). — 22. Der Volksreichtum nach A. Smith (S. 108). — II. Das Werden und Wachsen des Reichtums: 23. Das Kapital (S. 115). — 24. Kapitalvermehrung und Zunahme des Einkommens (S. 121). — 25. Die Sparsamkeit als unmittelbare Ursache der Kapitalvermehrung (S. 129). — 26. Die Verteilung des

- Jahresproduktes der Arbeit eines Landes (S. 132). — 27. Der Arbeitslohn (S. 138). — 28. Der Kapitalgewinn (S. 141). — 29. Die Grundrente (S. 144). — 30. Der improving, declining, stationary state eines Landes (S. 147). — III. Der Freiheitsgedanke in Smiths System: 31. Die philosophische Grundanschauung und das geschichtliche Milieu (S. 150). — 32. Adam Smith maßvoller als das spätere Manchestertum (S. 152). — 33. Hinweis auf den Mangel an Freiheit im Mittelalter und im Merkantilsystem (S. 154). — 34. Rückblick auf Smiths System (S. 162).
- § 4. Die weitere Entwicklung der nationalökonomischen Wissenschaft und der Sozialismus 169—213
35. „Klassische Nationalökonom“ (S. 169). — 36. Andere hervorragende Freunde und Gegner der Smithschen Lehren (S. 174). — 37. Der Marxistische Sozialismus und die Pläne einer kollektivistischen Gesellschaft (S. 194).
- § 5. Ein solidaristisches Arbeitssystem 213—284
38. Der prinzipielle Ausgangspunkt des solidaristischen Arbeitssystems (S. 215). — 39. Der arbeitende Mensch Hauptursache der nationalen Wohlfahrt (S. 216). — 40. Der Begriff des „Sozialen“ im Arbeitssystem (S. 218). — 41. Individualismus, individualistischer Kapitalismus, kollektivistischer Sozialismus als Gegensätze zum sozialen Arbeitssystem (S. 225). — 42. Prinzipielle Voraussetzungen der zukünftigen Wirtschaftsverfassung (S. 236). — 43. Sozialisierung und Gemeinwirtschaft (S. 246). — 44. Organisationswesen und Solidarisierung des Wirtschaftslebens (S. 257). — 45. Sozialisierung des Arbeitsverhältnisses (S. 259). — 46. Merkzeichen und Früchte der solidaristischen Organisation (S. 266). — 47. Soziales Arbeitssystem, Religion und Kirche (S. 271). — 48. Die sozialen Tugenden: Gerechtigkeit und Liebe (S. 272). — 49. Rückblick auf die „Sozialisierung“ im Sinne des sozialen Arbeitssystems (S. 277). — 50. Der volkswirtschaftliche Prozeß in solidaristischer Beleuchtung (S. 278). — 51. Christlicher Solidarismus oder christlicher Sozialismus? (S. 280).

Zweites Kapitel.

Der Volkswohlstand im Sinne des sozialen Arbeitssystems 285—399

- § 1. Wohlstand und Wohlstandsstreben 285—297
52. Die Wohlfahrt im allgemeinen (S. 285). — 53. Materielle Wohlfahrt oder „Wohlstand“ (S. 287). — 54. „Reichtum“ und „Wohlstand“ (S. 288). — 55. Dürftigkeit und Armut (S. 291). — 56. Die materielle Wohlfahrt der geistig-sittlichen Wohlfahrt untergeordnet (S. 292). — 57. Wohlstand und Glück (S. 293). — 58. Der Glückseligkeitstrieb und dessen Bedeutung für den Wohlstand (S. 295).
- § 2. Öffentliche Wohlfahrt und allgemeine Wohlfahrt 297—314
59. Ziel der Einzelwirtschaft und der Volkswirtschaft (S. 297). — 60. Die materielle Seite der öffentlichen Wohlfahrt (S. 299). — 61. Der Zustand allgemeiner materieller Wohlfahrt (S. 310).
- § 3. Volkswohlstand 314—338
62. Was gehört zum Volkswohlstande? (S. 315). — 63. Der Volkswohlstand ein praktisches Ziel (S. 333). — 64. Volkswirtschaftliche und soziale Fragen (S. 335).
- § 4. Volksreichtum, Volksvermögen, Volkseinkommen 339—365
65. Verschiedene Bedeutungen des Wortes „Reichtum“ (S. 339). — 66. Reich-

tum des Volkes oder Volksreichtum (S. 340). — 67. Geldbesitz und Volksreichtum (S. 345). — 68. Reichtum des Volkes als Zustand materieller Volkswohlfahrt (S. 348). — 69. Volksvermögen (S. 350). — 70. Volkseinkommen (S. 352). — 71. Schätzung des Einkommens vom Standpunkte der Einzelwirtschaft und der Volkswirtschaft (S. 358). — 72. Der Volkswohlstand in der Gegenwart und in früheren Zeiten (S. 362).

- § 5. Kennzeichen des Volkswohlstandes im allgemeinen 365—399
 73. Wert und Bedeutung der Kriterien (S. 365). — 74. Die verfügbare Gütermenge (S. 366). — 75. Außenhandel (S. 369). — 76. Handels- und Zahlungsbilanz (S. 371). — 77. Das nationale Vermögen und Einkommen (S. 377). — 78. Einkommensverhältnisse der Bevölkerung (S. 380). — 79. Die Lage der unteren Klassen (Lohnstatistik, Konsumstatistik, Einzelschilderungen des Haushalts, Vergleich zwischen verschiedenen Ländern derselben Kulturstufe, Arbeiterverhältnisse in Deutschland und England, in Deutschland und Amerika, Zahl und Lage der Armen) (S. 383). — 80. Einige andere Kriterien des Volkswohlstandes (S. 393).

Drittes Kapitel.

Territorium und Volkswohlfahrt

400—462

81. Relativ letzte disponierende Ursachen des Volkswohlstandes (S. 401).
 § 1. Die klimatischen Verhältnisse. 402—425
 82. Klima. Klimazonen (S. 402). — 83. Klimaprovinzen (S. 406). — 84. Wirtschaftliche Bedeutung des Klimas für die Pflanzenwelt, die Tiere, den Menschen (S. 409). — 85. Konstanz des Klimas (S. 425).
 § 2. Bodenverhältnisse. 425—440
 86. Die agronomische Beschaffenheit der Oberfläche und des Untergrundes (S. 426). — 87. Die inneren Bodenschätze (S. 427). — 88. Die hydrographischen Verhältnisse (S. 434). — 89. Die vertikale Gliederung eines Territoriums (S. 437). — 90. Horizontale Gliederung, Küstengliederung (Häfen) (S. 439).
 § 3. Geographische Lage und Ausdehnung des Landes. Kolonien 441—462
 91. Meeresnähe (S. 441). — 92. Beschaffenheit der angrenzenden Länder (S. 445). — 93. Größe, Umfang des Territoriums (S. 445). — 94. Äußere Kolonisation (S. 449). — 95. Wirtschaftliche Zusammenfassung größerer Gebiete (S. 457). — 96. Die Relativität des Volkswohlstandsbegriffes (S. 458). — 97. Die Abhängigkeit des Wohlstandes von der Kulturfläche des Bodens (S. 459). — 98. Verbesserung der territorialen Bedingungen durch den Menschen (S. 459).

Viertes Kapitel.

Volk und Volkswohlstand

463—722

- § 1. Bevölkerungsstand 463—497
 99. Nation, Volk, Bevölkerung (S. 464). — 100. Das Volk als Ursache des Volkswohlstandes (S. 466). — 101. Zahl und Dichtigkeit der Bevölkerung (S. 467). — 102. Siedlungsverhältnisse im allgemeinen (S. 473). — 103. Das Dorf (S. 474). — 104. Die Stadt (S. 476). — 105. Die moderne Großstadt (S. 481). — 106. Die Altersverteilung (S. 493). — 107. Die Geschlechtsverteilung (S. 494). — 108. Die Berufsverteilung (S. 495).

	Seite
§ 2. Wachstum der Bevölkerung und Bevölkerungsprobleme	497—540
109. Faktoren der Bevölkerungsvermehrung (S. 497). — 110. Das Wachstum der Bevölkerung in soziologischer Betrachtung (S. 502). — 111. Das Bevölkerungsproblem (S. 513). — 112. Das Frauenproblem oder die Frauenfrage (S. 523). — 113. „Mutterschutz“ (S. 539).	
§ 3. Das Bevölkerungsprinzip von Thomas Robert Malthus	540—593
114. Bevölkerungsprinzip und Bevölkerungsproblem (S. 541). — 115. Vormalthussche Bevölkerungstheorien (S. 541). — 116. Anlaß und Zweck des Malthusschen Essays (S. 544). — 117. Was verstand Malthus unter „Bevölkerungsprinzip“? (S. 546). — 118. Anhänger und Gegner der Malthusschen Lehre (S. 549). — 119. Kritik der Malthusschen Bevölkerungstheorie (S. 559). — 120. Schlußergebnis (S. 577). — 121. Der Neo-Malthusianismus (S. 581). — 122. Deutschlands Wohlfahrt und Volksvermehrung (S. 591).	
§ 4. Rasse und Nationalität	593—608
123. Qualitative Verhältnisse der Bevölkerung im allgemeinen (S. 594). — 124. Die Rassen in somatischer Beziehung (S. 595). — 125. Physiologische und geistige Rassenunterschiede (S. 597). — 126. Gruppierung der heutigen Menschenrassen (S. 598). — 127. Völkerfamilien und Völkerstämme (S. 601). — 128. Besondere Eigenschaften verschiedener Nationen (S. 602).	
§ 5. Körperliche Gesundheit und geistige Bildung	608—635
129. Bedingungen und Quellen volkswirtschaftlicher Leistungsfähigkeit (S. 609). — 130. Die Volkshygiene (S. 610). — 131. Die Rassenhygiene (S. 612). — 132. Erhaltung der ländlichen Bevölkerung (S. 614). — 133. Allgemeine Bildung und Fachbildung (S. 615). — 134. Die Volksbildungs-Bestrebungen der Gegenwart (S. 621). — 135. Jugendfürsorge (S. 625). — 136. Berufswahl und Berufsberatung (S. 629). — 137. Bildung des Willens (S. 631).	
§ 6. Religiös-sittliche Bildung und Volkswohlstand	635—648
138. Christentum, Kultur und Zivilisation im allgemeinen (S. 636). — 139. Christentum und Volkswirtschaft (S. 640).	
§ 7. Der Berufsgedanke	648—662
140. Der Beruf als historisches Phänomen und in verschiedener Würdigung (S. 648). — 141. Der Berufsgedanke eine Errungenschaft des Protestantismus? (S. 655).	
§ 8. Stand und Klasse	662—722
142. Der Stand (S. 663). — 143. Die soziale Klasse nach den Ansichten französischer Soziologen (S. 665). — 144. Die Klassentheorie des „wissenschaftlichen“ Sozialismus (S. 667). — 145. Klassentheorie hervorragender Nationalökonomien (S. 671). — 146. Overberghs Klassentheorie (S. 693). — 147. Unsere Auffassung von Klasse und Stand (S. 706). — 148. Wege zur Milderung der herrschenden Klassengegensätze (S. 708).	
Personenregister	723—729
Sachregister	730—737

Einleitung.

I. Der erste Band (Grundlegung) handelte:

1. Von dem Verhältniß des Menschen zur äußeren Natur (der Mensch Herr der Welt; die Arbeit als Mittel der Weltbeherrschung; der Dienst der äußeren Natur; der Mensch Herr der Welt inmitten der Gesellschaft).

2. Von der Gesellschaft und Gesellschaftswissenschaft (Begriff und Geschichtliches; die evolutionistische Soziologie; die gesellschaftliche Entwicklung in kausaler und teleologischer Betrachtung; das Wesen der menschlichen Verbände).

3. Von drei Grundpfeilern der Gesellschaftsordnung (Familie; Staat; Eigentum).

4. Von der Volkswirtschaft und ihrem Organisationsprinzip (Theorien über die Stufen der wirtschaftlichen Entwicklung; der Begriff: Volkswirtschaft; Individualismus; Sozialismus; Solidarismus).

5. Von der Volkswirtschaftslehre (Gegenstand, Aufgabe, Charakter der Volkswirtschaftslehre; die Nationalökonomie in ihrem Verhältniß zu den Gesellschaftswissenschaften und zur Morallehre; Gesetze der Volkswirtschaft; Methodenfrage).

Die wichtigsten Grundbegriffe der Nationalökonomie fanden im Zusammenhange mit dem gekennzeichneten Lehrstoffe ausführliche Behandlung.

II. Die Volkswirtschaftslehre hat nicht die äußeren materiellen Güter absolut, in sich, zum Gegenstande, sondern in ihrer Beziehung zum Menschen, zur menschlichen Wohlfahrt. Doch behandelt sie nicht die ganze menschliche Wohlfahrt, sondern lediglich die materielle Seite derselben, die Ausstattung des Menschen mit wirtschaftlichen Gütern. Sie beschäftigt sich also nicht ex officio mit den inneren Gütern der menschlichen Persönlichkeit, mit Gesundheit, Bildung, sittlicher Güte. Dennoch berücksichtigt sie auch diese Güter; sie weiß, daß die materielle Wohlfahrt nur einen Bestandteil, und zwar nicht den höchsten der gesamten menschlichen Wohlfahrt bildet; sie vergißt nicht, daß diese materielle Wohlfahrt die Unterlage, das Mittel höherer Wohlfahrt

ist, und daß sie aufhört, wahre menschliche Wohlfahrt zu sein, wenn sie die höhere Wohlfahrt, die höchsten und letzten Menschheitszwecke behindert, untergräbt, vernichtet.

Wie das Menschenleben, so bildet auch das Volksleben für sich eine Einheit, in der sich die verschiedenen Seiten, das Materielle, das Physische, Psychologische, Geistig-Sittliche, Religion, Wissenschaft, Recht usw. zusammenordnen und vereinigen müssen. Beschäftigt sich darum auch der Nationalökonom lediglich mit den materiellen Interessen der Völker, so wird er doch anderseits bei der Behandlung national-ökonomischer Probleme die höheren Postulate der Kultur und Zivilisation nicht aus dem Auge verlieren und jeden Widerstreit mit jenen Forderungen vermeiden müssen. Die Gesamtkultur eines Volkes kann nicht bestehen und macht keinen Fortschritt, die materielle Wohlfahrt ist nicht Volkswohlstand in vollem Sinne, wenn dieses Voranschreiten auf das materielle Gebiet sich beschränkt, während gleichzeitig edlere Kulturgüter verloren gehen.

Der Mensch, Herr der Welt, durch seine Arbeit, aber inmitten der Gesellschaft! Er ist gebunden an die Gesellschaft, die seine Kräfte potenziert, der Gemeinschaft eingeordnet und darum auch dem Zweck und der Autorität der Gemeinschaft in seinen wirtschaftlichen Bestrebungen und Interessen untergeordnet. Richtet die Nationalökonomie hier wieder und gerade hier den Blick auf das Ganze, so wirkt sie wahrhaft „sozial“, gesellschaftsbildend und gesellschaftserhaltend, indem sie die gleichen Interessen zusammenführt, die einander widersprechenden Interessen ausgleicht, alle Interessen unter sich und mit dem Ganzen harmonisch verbindet.

Die isolierte Betrachtung dieser oder jener Erscheinung und Frage kann alles in allem nur gewinnen, wenn der nationalökonomische Forscher dabei des Zusammenhanges mit dem Ganzen nicht vergißt: dem ganzen Menschen, dem ganzen Volksleben, dem Ganzen der Gesellschaft und der Volkswirtschaft! — eine ebensowohl prinzipiell begründete wie echt historische Auffassung, die das Leben nimmt, wie es sich tatsächlich darbietet und vollzieht¹.

III. „Als Lehre von der praktischen Einrichtung eines städtischen oder fürstlichen, dann überhaupt eines öffentlichen Haushalts“, sagt Tönnies², „ist die ‚politische Ökonomie‘ entstanden und hat lange die Spuren dieser Entstehung an ihrem Leibe getragen. Fast unmerklich wurde daraus das Problem, wie eine ‚Nation‘ am besten reich werden

¹ Dies auch der Standpunkt Wilhelm Roschers. Vgl. dessen Grundlagen der Nationalökonomie § 21; auch „Geistliche Gedanken eines Nationalökonomens“³ (1896) Einleitung xiii. Ebenfalls Karl Knies, Politische Ökonomie³ 106 ff.

² Ferdinand Tönnies, Sinn und Wert einer Wirtschaftsphilosophie, im Archiv für Rechts- und Wirtschaftsphilosophie (von Joseph Kohler und Fritz Berolzheimer) I (1907) 36—43.

könne. Auch dieses Problem wurde zunächst als ein praktisches verstanden. Ganz offenbar und unzweifelhaft schien es ja, daß die Angehörigen einer Nation reich zu sein und zu werden wünschen, daß es also sehr wichtig für sie sei, zu lernen, auf welchem Wege man es wird, d. h. nicht ein einzelner Arbeiter oder Geschäftsmann, sondern alle zusammen, die Gesamtheit der in mannigfacher, geteilter Arbeit Zusammenwirkenden — und das kam dann notwendigerweise auf die Frage zurück, durch welche gemeinsame Handlungen, welche Gesetze, also durch welche Politik eine Nation es werde.“

Was verleiht einem Volk Wohlfahrt? Das ist die Frage, die uns zunächst beschäftigen wird. Diese Frage aber hat einen doppelten Sinn: 1. Welches sind die Wesenselemente, und 2. welches sind die Daseinsursachen der Volkswohlfahrt? In was besteht die Volkswohlfahrt, und wie entsteht sie?

Wir haben im ersten Bande die materielle Volkswohlfahrt als Aufgabe der Volkswirtschaft bezeichnet¹. Jetzt fassen wir jenes Ziel näher ins Auge, indem wir uns vergewissern, was unter Volkswohlstand zu verstehen sei. Von der Lösung dieser Frage hängt die ganze Reihenfolge der Untersuchungen ab, durch welche die Nationalökonomie als Wissenschaft ihre Erkenntnisse gewinnt. Indem wir aber die materielle Volkswohlfahrt im Sinne von Volkswohlstand als Aufgabe der Volkswirtschaft genauer prüfen, richtet sich unsere Aufmerksamkeit auch auf die Bedingungen, Ursachen, Kräfte, die für Erreichung jenes Zieles von entscheidender Bedeutung sind. Hieran schließt sich naturgemäß die Erforschung des Weges, auf welchem das Ziel erreicht wird.

Diese wenigen Andeutungen dürften genügen, um die von uns gewählte und im folgenden durchgeführte Einteilung der allgemeinen Volkswirtschaftslehre zu erklären. Wir handeln

1. von dem Wesen und den Grundlagen des Volkswohlstandes;

2. von dem volkswirtschaftlichen Lebensprozesse, der Wirtschaft des Volkes, ihrer Hinordnung auf dessen Wohlstand, von der Verwirklichung, dem Werden und Wachsen des Volkswohlstandes.

1. Was macht ein Volk wohlstehend und reich? a) Indem wir diesbezüglich zunächst die bisherigen volkswirtschaftlichen Systeme, das Merkantilsystem, das physiokratische System, das individualistische Industriesystem, den Sozialismus, befragen, vollzieht sich vor unsern Augen gewissermaßen der geschichtliche Aufbau der nationalökonomischen Wissenschaft. Wir sehen die wichtigsten Probleme auftauchen, das Material unserer heutigen umfassenden Volkswirtschaftslehre sich allmählich

¹ Bd. I²: 266 f. 439 ff. Die Seitenzahl der ersten Auflage in Klammer beigefügt (246 f.).

zur Einheit zusammenschließen. Aber auch der Fortschritt in den Grundanschauungen tritt klarer zutage. Wir finden in den Lehren der modernen Nationalökonomie schon manche Elemente eines neuen Systems, dem wir, im Gegensatz zu dem individualistischen Industriesystem A. Smiths, den Namen eines sozialen Arbeitssystems geben können. Es ist ein volkswirtschaftliches System auf der Grundlage des sozialphilosophischen Systems, das wir im ersten Bande als „Solidarismus“ bezeichnet haben.

b) Was macht nun ein Volk wohlstehend im Sinne dieses sozialen Arbeitssystems? Was verstehen wir von diesem unserem Standpunkte aus unter materieller Volkswohlfahrt und unter Volkswohlstand? In was besteht für uns der Volkswohlstand seinem Begriff und Wesen nach? Das ist die Frage, die uns nach Kenntnissnahme der älteren Lehren beschäftigen muß.

c) An die Lehre vom Begriff und Wesen des Volkswohlstandes schließt sich sodann die Lehre von dessen dispositiven Grundlagen und Ursachen. Es sind Bedingungen und Ursachen der Natur und der Kultur, Anlagen, Kräfte der äußeren und der menschlichen Natur, die Vervollkommnung dieser Anlagen und Kräfte durch Arbeit und Kulturstreben, durch Religion, Sitte, staatliche und gesellschaftliche Einrichtungen und Organisationen, durch Wissenschaften, Künste, technische Neuerungen und Entlehnungen, durch Kriege, Eroberungen, Klassen- und Parteidkämpfe usw.¹ In letzter Linie sind es zwei Hauptfaktoren, auf die all dieses sich zurückführt: Natur und Mensch, volkswirtschaftlich gesprochen: Territorium und Volk.

a) Bei der Behandlung der territorialen Verhältnisse haben wir in umfassenderem Maße auf die Ergebnisse der Wirtschaftsgeographie Rücksicht genommen. Ohne einigermaßen genaue wirtschaftsgeographische Kenntnisse wird man kaum weltwirtschaftliche und handelspolitische Fragen beurteilen und behandeln können, die Frage der internationalen Arbeitsteilung, die imperialistischen Bestrebungen, den Kontinentalismus usw.

β) Von großem Einfluß auf Volkswirtschaft und Volkswohlstand sind sodann die quantitativen und qualitativen Verhältnisse des Volkes, der Stand der Bevölkerung, ihr Wachstum, die Eigenart der Rasse, der Nationalität, die körperliche Tüchtigkeit, der Stand der allgemeinen und der Fachbildung, die religiös-sittliche Bildung; neben den qualitativen Verhältnissen, die sich in den Individuen verkörpern, noch gewisse soziale Zustände, vor allem die Schichtung der Gesellschaft nach Stand und Klasse; ist letztere zum Teil Ergebnis des volkswirtschaft-

¹ Tönnies, Sinn und Wert einer Wirtschaftsphilosophie, im Archiv für Rechts- und Wirtschaftsphilosophie I 39.

lichen Lebensprozesses, auch Kennzeichen des Volkswohlstandes, so steht sie doch nicht minder in ursächlicher Beziehung zu den allgemeinen Wohlstandsverhältnissen eines Volkes.

d) Ursachen der Volkswohlfahrt sind ferner die im volkswirtschaftlichen Lebensprozeß tätigen Faktoren: Einzelkraft, Unternehmung, die Assoziation in ihren verschiedenen Formen, Staat, Gemeinde.

2. Die allgemeine Volkswirtschaftslehre hat sodann den volkswirtschaftlichen Lebensprozeß zu behandeln: die Beschaffung einer entsprechenden Fülle von Sachgütern und die Verteilung derselben auf das Volk nach den Anforderungen allgemeiner Wohlfahrt.

Und damit wären die allgemeinen Wahrheiten, die sich auf das ganze Gebiet der Volkswirtschaft beziehen, der Hauptsache nach erschöpft. Noch sei kurz erwähnt, daß die Bezeichnung „allgemeine“ Volkswirtschaft keineswegs die Beachtung örtlicher und zeitlicher Verschiedenheiten ausschließt. So haben wir bei unsern Darlegungen im wesentlichen Länder und Völker europäischer Kultur vor Augen. „Allgemein“ ist jener Teil der Volkswirtschaft vor allem vermöge der Ausdehnung seines Objektes. Er bezieht sich auf die ganze Volkswirtschaft, auf Handlungen, Erscheinungen, die den verschiedenen Sondergebieten gemeinsam sind.

Unser Lehrbuch beschränkt sich auf die Darstellung dieser allgemeinen Volkswirtschaftslehre mit Beifügung kurzer Übersichten über wichtige Gebiete der besondern Volkswirtschaftslehre.

IV. Die besondere Volkswirtschaftslehre verfolgt den volkswirtschaftlichen Lebensprozeß auf den einzelnen Produktionsgebieten. Sie beschäftigt sich mit dem Agrarwesen, Gewerbewesen, dem Verkehrs- und Handelswesen im speziellen, unter eingehender Berücksichtigung der besondern Bedürfnisse und Verhältnisse des einzelnen Landes und mit ausführlicher Behandlung der jedem Gebiete besondern „Fragen“. Sie steht darum der praktischen Politik unmittelbar näher als die allgemeine Volkswirtschaftslehre. Der besondern Volkswirtschaftslehre darf wohl auch die öffentliche Fürsorge für jene Glieder des Volkes zugeteilt werden, die für sich selbst zu sorgen außer stande sind und die ohne öffentliche Fürsorge dem Elend anheimfallen würden — mit andern Worten: das Armenwesen.

Hieran reiht sich gewöhnlich die Behandlung der Finanzwirtschaft der öffentlichen Körperschaften, für deren Leitung auch volkswirtschaftliche Gesichtspunkte, die Rücksicht auf den allgemeinen Wohlstand, maßgebend sein müssen, an deren Gedeihen anderseits Volk und Volkswirtschaft nicht geringes Interesse haben.

Schließlich wird die Statistik als hervorragend wichtige Hilfswissenschaft der Volkswirtschaftslehre betrachtet.

V. Der vorliegende Band behandelt:

A. Die Lehren der älteren volkswirtschaftlichen Systeme über Wesen und Ursachen des Volkswohlstandes.

Die Lehre vom Wesen des Volkswohlstandes im Sinne des sozialen Arbeitssystems.

B. Die Lehre von den dispositiven Grundlagen des Volkswohlstandes: Territorium und Volk.

Der dritte Band führt die aktiven Faktoren im volkswirtschaftlichen Lebensprozesse vor.

Der vierte (Schluß-) Band behandelt den volkswirtschaftlichen Lebensprozeß in sich selbst: die Bedarfsversorgung des Gesamtvolkes im Sinne von Volkswohlstand.

Erstes Kapitel.

Die älteren volkswirtschaftlichen Systeme. Ihre Lehre vom Wesen und den Ursachen des Volkswohlstandes. Das soziale Arbeitssystem.

Schon bei Plato, Aristoteles, Xenophon, Cicero u. a. finden wir mancherlei interessante Vorstellungen und lehrreiche Aussprüche über wirtschaftliche Tatsachen, Vorgänge, Zustände¹. Das Mittelalter befaßte sich dann in scharfsinnigen Untersuchungen mit der moralischen Wertung ökonomischer Fragen, um den Menschen die zuverlässige Richtschnur für ihr praktisches Verhalten geben zu können. Eine eigentliche Wirtschaftslehre, eine besondere Wirtschaftstheorie entstand aber erst in der Neuzeit; und zwar beginnt die Entwicklung der nationalökonomischen Wissenschaft von dem Augenblicke, wo die Frage: Was macht ein Volk reich? gestellt und in mehr oder minder systematischer Weise beantwortet wurde.

Da diese Frage den Ausgangspunkt unserer Untersuchungen in der allgemeinen Volkswirtschaftslehre bildet, so kann es nur von Nutzen sein, wenn wir zunächst die Anschauungen derjenigen kennen lernen, die sich in früherer Zeit mit der gleichen Frage beschäftigt haben. Wir beginnen darum unsere Darstellung mit dem Merkantilismus, wenden uns dann zu den Forschungen der physiokratischen Denker, hierauf zum Smithschen Industriesystem. Das ganze 19. Jahrhundert kann als eine vorwiegend eklektische Periode bezeichnet werden, in welcher sich der klassische oder wissenschaftliche Sozialismus neben der bürgerlichen Ökonomie entwickelt. Doch lassen sich, zu gleicher Zeit, wie gesagt, in der Lehre mancher Nationalökonomien und Gesellschaftstheoretiker Elemente eines neuen Systems nachweisen, welches insbesondere auch der modernen sog. sozialpolitischen oder sozialreformerischen Richtung zugrunde liegt.

¹ Vgl. Bd. I²: 478 ff.

§ 1.

Der Merkantilismus und der Volkswohlstand.

Literatur: Adam Smith, *Wealth of nations* IV, chap. 1—8, Übersetzung von Stöpel (1878) II 194—298; III 1—209. — Schmoller, Das Merkantilsystem in seiner historischen Bedeutung: städtische, territoriale und staatliche Wirtschaftspolitik, in „Umriss und Untersuchungen zur Verfassungs-, Verwaltungs- und Wirtschaftsgeschichte“ (1898) 1—60; im Jahrbuch für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft VIII (1884) 15 ff.; Ders., Die englische Handelspolitik des 17. und 18. Jahrhunderts, im Jahrbuch (1899) 1211 ff. — August Oncken, Geschichte der Nationalökonomie. I: Die Zeit vor Adam Smith (1902) 147—247 (2. Band der 1. Abteilung des Hand- und Lehrbuchs der Staatswissenschaften von Frankenstein-Heckel). — List, Das nationale System der politischen Ökonomie, in der Ausgabe von Häusser (1851) 3. Buch, 29. Kap.: Das Industriesystem (von der Schule fälschlich Merkantilsystem genannt) 325 ff. — Bücher, Entstehung der Volkswirtschaft⁷ (1910) 137 ff. — Bidermann, Über den Merkantilismus (1870). — v. Heyking, Geschichte der Handelsbilanztheorie (1880). — Cunningham, *The Growth of English Industry and Commerce* (1890 u. 1892). — Schanz, Englische Handelspolitik gegen Ende des Mittelalters (1881). — Pierre Clément, *Lettres, instructions et mémoires de Colbert*. 7 vol. (1861—1873); Ders., *Histoire de Colbert*² (1874). — Alex. v. Brandt, Das Zeitalter Colberts (1896). — G. H. Hecht, Colberts politische und volkswirtschaftliche Grundanschauungen (1898). — Germain Martin, *La Grande Industrie sous le règne de Louis XIV (plus particulièrement de 1660 à 1715)* (1899). — Heinrich v. Srbik, Der staatliche Exporthandel Österreichs von Leopold I. bis Maria Theresia (1907). — F. A. Schweitzer, Geschichte der Nationalökonomik in vier Monographien. I: Colbert (1903). — G. Cohn, Colbert, in der Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft 1869/70; Ders., Colbert, im Handwörterbuch der Staatswissenschaften III³ 413 ff. — Häbler, Die wirtschaftliche Blüte Spaniens im 16. Jahrhundert und ihr Verfall (1888). — Laspeyres, Geschichte der volkswirtschaftlichen Anschauungen der Niederländer (1863) 134 ff. — Kautz, Die geschichtliche Entwicklung der Nationalökonomie als Wissenschaft (1860) 243—305. — Roscher, Geschichte der Nationalökonomik in Deutschland (1874) 219—473. — Dühring, Kritische Geschichte der Nationalökonomie und des Sozialismus³ (1879) 27—49. — Diehl, Theoretische Nationalökonomie (1916). — O. Spann, Die Haupttheorien der Volkswirtschaftslehre auf dogmengeschichtlicher Grundlage (1911). — A. Blanqui (der Ältere), Geschichte der politischen Ökonomie in Europa, Übersetzung von F. J. Buß I (1840) 305 ff.; II (1841) 1—40. — Ingram, Geschichte der Volkswirtschaftslehre (1890) 47 ff. (2. Aufl. 1905). — Schumpeter, Epochen der Dogmen- und Methodengeschichte, im Grundriß der Sozialökonomik I. Abt. (1914) 19 ff. — Gide und Rist, Geschichte der volkswirtschaftlichen Lehrmeinungen (Deutsch von Horn) (1913). — Vgl. auch die hierhin gehörigen Aufsätze des Handwörterbuchs der Staatswissenschaften, des Wörterbuchs der Volkswirtschaft, des Staatslexikons der Görres-Gesellschaft. — Emilio Cossa, *L'interpretazione scientifica del Mercantilismo* (1907). — A. W. Small, *The Cameralists* (1909). — Axel Nielsen, Die Entstehung der deutschen Kameralwissenschaft im 17. Jahrhundert (1911). — Zielenziger, Die alten deutschen Kameralisten (1914).

1. Der Merkantilismus ein System? Oft schon mußte die Theorie sich damit begnügen, wissenschaftlich zusammenzufassen, zu erklären und zu begründen, was die lebensvolle Praxis vor ihr ins Werk gesetzt. Das trifft auch hier zu. „Man pflegt das Merkantilsystem“, sagt Lexis¹. „als

¹ Wörterbuch der Volkswirtschaft II³ 374.

die erste Gestaltung einer wissenschaftlichen Theorie der Volkswirtschaft zu bezeichnen. Es hat sich indes in seinen Hauptzügen ursprünglich als ein praktisches System der Handelspolitik entwickelt¹, und auch als Theorie ist es nicht auf einen einzelnen Schriftsteller oder eine bestimmte Schule zurückzuführen, sondern es bildet den nach und nach entstandenen Niederschlag der volkswirtschaftlichen Anschauungen, die während einiger Jahrhunderte die Oberhand hatten.“

Aus diesem Grunde glaubte Eugen Dühring² „die früher gewöhnliche und noch jetzt häufige Aufführung desselben in der bekannten Trias von Systemen“ verwerfen zu müssen: „Man stellt etwas zu Ungleichartiges zusammen, wenn man Merkantilsystem, Physiokratie und Industriesystem als drei theoretische Standpunkte unter dem allgemeineren Gesichtspunkte wissenschaftlicher Gedankenkreise vereinigt.“ Sollte es nicht genügen, darauf hingewiesen zu haben, wie geschichtlich der Schwerpunkt des Merkantilismus zunächst in der Praxis gelegen habe? Indem manche Merkantilisten doch auch in der Theorie direkt oder indirekt die Frage zu beantworten suchten: Wie macht man ein Volk reich? hatten sie unzweifelhaft schon die Gesamtheit wirtschaftlicher Tätigkeiten und Einrichtungen eines Volkes unter teleologischem Gesichtspunkte zu einer Einheit zusammengefaßt³. Daß übrigens ein bestimmter Gedankenkreis die Geister tatsächlich beherrschte, und daß dieser Gedankenkreis aus der ziemlich umfassenden Literatur herausgehoben und zu einer gewissen Einheit verbunden werden könne, beweist Dühring selbst durch seine Abhandlung über den Merkantilismus. Logisch und historisch versteht man überdies das physiokratische System genauer in seiner Gegensätzlichkeit zum Merkantilismus, wie auch das Industriesystem A. Smiths innerhalb der Trias von Systemen die beste Beleuchtung findet. Dabei mag immerhin bestehen bleiben, daß der Merkantilismus noch kein volkswirtschaftliches System im strengen wissenschaftlichen Sinne gewesen ist.

2. Grundsatz und Mittel des Merkantilsystems nach Adam Smith.
Über den wesentlichen Inhalt der merkantilistischen Anschauungen und Bestrebungen möge uns nun zunächst derjenige unterrichten, welcher seine Kenntnis des Systems nicht bloß aus Büchern, sondern aus dem Leben und der unmittelbaren Erfahrung zu schöpfen im stande war.

Die verschiedene Entwicklung des Reichtums in verschiedenen Zeitaltern und bei verschiedenen Völkern, bemerkt Adam Smith⁴, hat zwei verschiedene Systeme der politischen Ökonomie in Hinsicht auf das Ziel, das Volk zu bereichern, hervorgerufen. Das eine derselben kann das Handels-, das andere das Landwirtschaftssystem genannt werden.

¹ Diehl, Ausgewählte Lesestücke zum Studium der politischen Ökonomie I (1910) 32 ff. Eine merkantilistische Theorie im Sinne eines eigentlichen Lehrgebäudes will Diehl nicht anerkennen.

² E. Dühring, Kritische Geschichte der Nationalökonomie und des Sozialismus³ (1879) 29.

³ Vgl. Kleinwächter in Zeitschrift für Sozialwissenschaft IX (1906) 67.

⁴ Untersuchung über das Wesen und die Ursachen des Volkswohlstandes II, übersetzt von Stöpel IV, Einleitung 194.

Das Handelssystem ist das moderne System, und unser Land wie unsere (Smiths) Zeit sind am besten damit vertraut. Smith entwickelt alsdann die Prinzipien des Handels- oder Merkantilsystems¹, hierauf die Maßregeln², die in jenem System für Erreichung der ihm eigentümlichen Ziele angewandt bzw. empfohlen werden.

Der oberste und eigentlich einzige Grundsatz des Merkantilsystems ist nach Smith der vulgären Vorstellung über das Wesen des nationalen Reichtums entnommen. Der Reichtum eines Volkes besteht danach in Geld, in der Verfügung über eine größere oder geringere Quantität edler Metalle. Hieraus wurde gefolgert, daß ein Land, welches diese edeln Metalle dem eigenen Bergbau nicht entnehmen könne, allein durch eine vorteilhafte Handelsbilanz³ im Verkehre mit andern Völkern seinen Reichtum zu vermehren im stande sei.

Es entbehrt nicht des Interesses, diesen Gedankengang bei Smith selbst⁴ des genaueren zu verfolgen: Ein reiches Land, meint man, müßte ebenso wie ein reicher Mann Überfluß an Geld haben; und Gold und Silber in einem Lande anzuhäufen, sei der leichteste Weg, es zu bereichern. Nach der Entdeckung Amerikas pflegte die erste Frage der Spanier, wenn sie an einer unbekannten Küste landeten, dahin zu lauten, ob Gold oder Silber in der Gegend zu finden sei. Plano Carpino, ein Mönch, der vom König von Frankreich als Gesandter zu einem der Söhne des berühmten Dschingis-Chan gesendet war, erzählt, die Tataren hätten ihn gefragt, ob es in Frankreich viele Schafe und Ochsen gebe. Ihre Frage hatte denselben Zweck wie die der Spanier; sie wollten wissen, ob das Land reich genug sei, um die Eroberung zu verlohnen. Unter den Tataren war, wie sonst bei den Hirtenvölkern, das Vieh Verkehrswerkzeug und Maßstab des Wertes. Nach ihrer Ansicht bestand daher der Reichtum in Vieh, wie er nach der Ansicht der Spanier in Gold und Silber bestand. Von beider Ansicht, sagt Adam Smith, kam vielleicht die tatarische der Wahrheit näher.

Infolge jener vulgären Vorstellungen haben nun alle europäischen Völker, freilich ohne sonderlichen Erfolg, auf alle mögliche Weise Gold und Silber in ihren Ländern aufzuhäufen gesucht und deren Ausfuhr mit hohen Abgaben belegt oder unter harten Strafen verboten. Als diese Länder aber Handelsstaaten wurden, fanden die Kaufleute jenes Verbot äußerst lästig. Konnten sie ja doch oft die fremden Waren, die sie nach ihrem Land einführen oder in andere fremde Länder bringen wollten, vorteilhafter mit Gold oder Silber als mit jeder andern Ware kaufen. Sie wiesen darum auf ein anderes Mittel hin, das Edelmetall im Lande zu bewahren und zu mehren: die Handelsbilanz. Wenn das Land nämlich Waren in einem höheren Betrage ausführe als einführe, so würden ihm fremde Völker ein Saldo schuldig bleiben, das notwendig in Gold und Silber bezahlt werden

¹ Untersuchung über das Wesen und die Ursachen des Volkswohlstandes, a. a. O. 1. Kapitel.

² Ebd. 2.—8. Kapitel. Vgl. Roscher, Geschichte der Nationalökonomie in Deutschland (1874) 228.

³ Der Ausdruck „balance of trade“ findet sich zuerst in einer Schrift Bacons von Verulam (1615).

⁴ Untersuchung über das Wesen und die Ursachen des Volkswohlstandes, a. a. O. 195 ff.

müsse und dadurch die Menge dieser Metalle im Reiche vergrößere. Wenn hingegen das Land Waren in höherem Betrage einführe als ausführe, so würde es fremden Nationen einen Saldo schuldig bleiben, der diesen auf dieselbe Weise gezahlt werden müsse und jene Menge verringern würde. Es komme also alles darauf an, zu einer günstigen Handelsbilanz zu gelangen. Damit war die Aufmerksamkeit der Regierung von der Verhütung der Gold- und Silbereinfuhr abgezogen und auf die Überwachung der Handelsbilanz als der einzigen Ursache, die eine Vermehrung oder Verminderung jener Metalle bewirken könne, hingelenkt. Der Titel von Muns Buche: „Englands Schatz im auswärtigen Handel“, wurde eine Grundmaxime in der politischen Ökonomie nicht allein Englands, sondern auch aller andern Handelsstaaten.

Nachdem die beiden Grundsätze einmal aufgestellt waren, daß der Reichtum in Gold und Silber bestehe, und daß diese Metalle in ein Land, das keine Bergwerke habe, nur mittels der Handelsbilanz oder mittels einer die Einfuhr überwiegenden Ausfuhr gebracht werden können, wurde es, wie Adam Smith des weiteren darlegt, notwendig die Hauptaufgabe der politischen Ökonomie, die Einfuhr fremder Waren zum inneren Verbrauch möglichst zu vermindern und die Ausfuhr der Erzeugnisse einheimischen Fleißes möglichst zu vermehren. Die beiden großen Hebel, das Land zu bereichern, waren daher Beschränkungen der Einfuhr und Ermunterungen der Ausfuhr¹.

Die Einfuhrbeschränkungen waren doppelter Art: 1. Beschränkungen der Einfuhr solcher, zum inneren Verbrauch bestimmter, fremder Waren, die im Lande selbst erzeugt werden konnten. 2. Beschränkungen der Einfuhr fast aller Arten von Waren aus Ländern, denen gegenüber eine nachteilige Handelsbilanz vorausgesetzt wurde. Diese Beschränkungen bestanden teils in hohen Zöllen teils in gänzlichen Verboten.

Die Ausfuhr wurde durch vier Hauptmittel begünstigt: bald durch Rückzölle, bald durch Prämien, bald durch vorteilhafte Handelsverträge mit fremden Staaten und bald durch Begründung von Kolonien in fremden Ländern.

1. Rückzölle gab man in zweierlei Fällen. Waren die heimischen Fabrikate einem Zoll oder einer Akzise unterworfen, so wurde im Falle der Ausfuhr dieser Fabrikate oft das Ganze oder ein Teil davon zurückgegeben. Oder wenn ausländische, einem Zoll unterworfenen Waren eingeführt wurden, um wieder ausgeführt zu werden, so erstattete man bei der Ausfuhr den ganzen Zoll oder einen Teil zurück.

2. Ausfuhrprämien gab man zur Ermunterung mancher erst beginnender oder solcher Industrien, denen man eine besondere Begünstigung glaubte angedeihen lassen zu müssen.

3. Durch vorteilhafte Handelsverträge verschaffte man den Waren und Kaufleuten des eigenen Landes in fremden Staaten gewisse Vorrechte vor den Waren und Kaufleuten anderer Staaten.

¹ Ebd. 223 f.

4. Durch die Begründung von Kolonien in entfernten Ländern wurden den Waren und Kaufleuten des die Kolonie gründenden Landes nicht nur besondere Vorrechte, sondern oft auch ein Monopol erteilt.

Die beiden oben erwähnten Einfuhrbeschränkungen zusammen mit diesen vier Ausfuhrbegünstigungen, sagt A. Smith¹, bilden die sechs Hauptmittel, durch welche das Handelssystem die Menge des Goldes und Silbers in einem Lande zu vermehren gedenkt, indem es die Handelsbilanz zu seinen Gunsten wendet.

Karl Heinrich Rau stellte die praktischen Mittel, deren sich die merkantilistische Politik, im allgemeinen wenigstens, bediente, übersichtlich folgendermaßen zusammen²:

1. Man suchte durch Verbote oder wenigstens durch erschwerende Zölle zu verhindern, daß

a) fremde Fabrikwaren eingeführt und

b) rohe inländische Stoffe ausgeführt würden. Letztere Maßregel beabsichtigte teils, daß die Ausländer genötigt würden, statt des rohen Stoffes vielmehr die daraus verfertigte Ware zu kaufen, teils aber, daß die inländischen Fabrikanten die Stoffe und Lebensmittel wohlfeil einzukaufen Gelegenheit hätten.

2. Dagegen wurde freigegeben und noch besonders mit Prämien begünstigt:

a) die Ausfuhr von Fabrikwaren,

b) die Einfuhr roher Stoffe.

3. Das Ausführen von Gold und Silber wurde auf das nachdrücklichste verboten.

4. Zur Errichtung neuer Gewerbszweige wendete man Belohnungen, Vorschüsse und mancherlei andere Ermunterungsmittel an.

5. Handelsverträge mit andern Staaten sollten die Ausfuhr von Landeserzeugnissen befördern.

6. Privilegierte Handelsgesellschaften wurden hervorgerufen, um schwierige Zweige des auswärtigen Handels zu unternehmen.

7. Man strebte nach dem Besitz von Kolonien in andern Erdteilen, die man dann lediglich als Mittel behandelte, sowohl um den Fabriken des Mutterlandes größeren Absatz zu verschaffen, als um zu einem einträglichen Handel mit Kolonialwaren Gelegenheit zu geben.

Kann nun in der Tat als Grundprinzip des Merkantilismus der Satz hingestellt werden, daß Reichtum und Besitz von Edelmetallen für ein Volk wesentlich dasselbe seien?

Es würde zu lächerlich sein — so urteilt Adam Smith selbst³ —, allen Ernstes beweisen zu wollen, daß Reichtum nicht in Geld oder in Gold und Silber, sondern in dem besteht, was das Geld kauft und dieser Kaufkraft wegen wert ist. Und doch soll jene „lächerliche“ Auffassung so lange Zeit hindurch den Geist auch der

¹ Untersuchung über das Wesen und die Ursachen des Volkswohlstandes, a. a. O. 224.

² Rau, Lehrbuch der politischen Ökonomie I⁷ (1863), § 36, 35 f. Von den älteren Nationalökonomen vgl. auch Julius Kautz, Die geschichtliche Entwicklung der Nationalökonomik und ihrer Literatur (1860) 3. Buch, 2. Kapitel: Der Merkantilismus 243 ff.

³ A. a. O. 206.

hervorragendsten Theoretiker und Staatsmänner beherrscht haben? Hat Adam Smith das in der Tat geglaubt? Man wird wohl, um Smith richtig zu verstehen, beachten müssen, daß er die Verwechslung von Geld und Reichtum auf eine „volkstümliche Vorstellung“, den „gewöhnlichen Sprachgebrauch“ zurückführt: Geld bedeutet nach dem gewöhnlichen Sprachgebrauch, sagt er¹, oft so viel wie Reichtum, und diese Zweideutigkeit des Ausdrucks hat uns jene volkstümliche Vorstellung so geläufig gemacht, daß selbst diejenigen, welche von ihrer Ungereimtheit überzeugt sind, sehr leicht ihre Grundsätze vergessen und sie im Verlauf ihres Rasonnements als eine ausgemachte und unleugbare Wahrheit annehmen. So ist es mit einigen der besten englischen Schriftsteller geschehen, die wohl gewußt, daß der Reichtum eines Landes nicht bloß in seinem Gold und Silber, sondern auch in seinen Ländereien, Häusern und konsumierbaren Waren aller Art bestehe. Ihre Beweisführungen jedoch scheinen von der stillschweigenden Voraussetzung auszugehen, daß aller Reichtum in Gold und Silber bestehe, und daß diese zu vermehren die große Aufgabe der nationalen Industrie und des Handels sei. Dem widerspricht es unseres Erachtens nicht, wenn der vorzüglichste Kenner der merkantilistischen Literatur behauptet, nur einmal finde sich die Lehre, der Reichtum des Volkes bestehe in Gold und Silber, direkt, formell, ausdrücklich ausgesprochen; dazu noch in einer ziemlich unbedeutenden Schrift, welche anläßlich eines münzpolitischen Streites der Albertinischen und Ernestinischen Linie der sächsischen Fürstenhäuser herausgegeben wurde. „Ich habe diesen Satz: ‚Reichtum ist Geld‘“, sagt nämlich A. Oncken², „in der ganzen übrigen merkantilistischen Literatur gesucht und nicht gefunden. Überall anderwärts wird das Geld als ein Zeichen, d. h. als Repräsentant anderer Waren hingestellt, und soweit es selbst Naturalstoff in sich schließt, auch als Kategorie des Reichtums; niemals fällt es aber jemand ein, das Edelmetall schlechtweg als den Reichtum hinzustellen, neben dem alles andere nicht in Betracht fiel. Hier dagegen (nämlich in der oben genannten Schrift) wird ausdrücklich die Pflege der Gold- und Silberbergwerke als die Quelle des Reichtums anempfohlen und die unterwertige Ausprägung der Münze damit motiviert, daß sonst das Geld und damit der Reichtum ins Ausland abfließe.“

Aber auch zugegeben, daß in der gesamten merkantilistischen Literatur diese Lehre sonst formell nicht mehr zum Ausdruck gelangt, zugegeben, daß die Anhänger der Handelsbilanztheorie Edelmetalle und Reichtum keineswegs, ausgesprochenermaßen, verwechselten, selbst in dem Falle, daß auch Adam Smith sich darin täuschte, wenn er jene Lehre als die stillschweigende Voraussetzung der merkantilistischen Beweisführung ansah, so dürfte doch noch die Frage zu erörtern sein, ob nicht eine gewisse Überschätzung des Geldes in seinem Verhältnis zum Reichtum als charakteristisches Merkmal jener Theorie bezeichnet werden muß. Das scheint uns nun allerdings kaum zweifelhaft zu sein, und wir stimmen Friedrich Kleinwächter bei, wenn er sagt³: „Bekanntlich wird in allen Lehrbüchern der Nationalökonomie das Merkantilssystem, um es genau mit fünf Worten zu sagen, als der ‚Durst nach Gold und Silber‘ geschildert. Gegen diese Auffassung nimmt Oncken wiederholt Stellung und sucht

¹ Ebd. 222 f.; vgl. auch 197.

² Geschichte der Nationalökonomie I (1902) 225. Vgl. auch Bidermann, Über den Merkantilismus (1870).

³ In Wolfs Zeitschrift für Sozialwissenschaft IX (1906) 67 f.

aus diversen Zitaten merkantilistischer Schriftsteller nachzuweisen, daß das Merkantilssystem von diesem ‚Midaswahn‘, wie er sich ausdrückt, frei war. Daß den Merkantilisten die Erkenntnis nicht fremd war, daß die Edelmetalle, abgesehen von ihrer Verwendung zu Luxus Zwecken, nicht zur Befriedigung der Bedürfnisse des täglichen Lebens verwendet werden können, soll bereitwilligst zugegeben werden. Aber trotzdem wäre ich geneigt zu glauben, daß die merkantilistische Lehre von jenem angeblichen ‚Midaswahn‘ nicht ganz freizusprechen ist. Oncken selbst sagt ja mit Recht, daß man die zu einer bestimmten Zeit herrschenden nationalökonomischen Ideen nicht nur aus den Schriften der betreffenden Autoren, sondern auch aus den bestehenden Einrichtungen jener Periode entnehmen müsse. Und faßt man die Vorschriften und Maßnahmen der verschiedenen damaligen Staaten ins Auge, so zeigt sich's, daß die Regierungen vielfach bestrebt waren, einerseits Gold und Silber auf alle erdenkliche Weise ins Land zu ziehen und anderseits den Abfluß der Edelmetalle ins Ausland nach Kräften zu verhindern. Überdies war der zu jener Zeit herrschende Durst nach Gold und Silber kein leerer Wahn, sondern ihm lag ein sehr reelles Bedürfnis zugrunde. Die auf die Entdeckung von Amerika folgende Zeit ist die Periode des aufkeimenden Kapitalismus. Der Merkantilismus aber, der jener geldarmen Zeit die Wege weist, wie man bares Geld ins Land schaffen und im Lande festhalten kann, damit es den kapitalistischen Unternehmungen zur Verfügung stehe, ist (allerdings sehr *cum grano salis*) das wissenschaftliche System des werdenden Kapitalismus und daher für seine Zeit berechtigt und kein bloßer Midaswahn.“

Also kurz noch einmal: Die Anhänger der Handelsbilanztheorie verwechselten keineswegs Edelmetall mit Reichtum, aber sie überschätzten seinen Besitz zuweilen bis an die Grenzen der Verwechslung¹. Sie forderten demgemäß die ganz besondere Pflege der geldschaffenden Exportindustrie und des Exporthandels. Mit allen Mitteln suchten sie „Geld ins Land zu ziehen“, nicht als ob der Reichtum nur in Geld bestehe; sie erstrebten vielmehr dabei vor allem eine Vermehrung jener Vermögenswerte, die nach ihrer Auffassung jedem höheren und wachsenden Wohlstande als Unterlage und Mittel dienen.

Hat sich uns nun das Wesen des Merkantilismus bereits ganz und voll erschlossen?

Nach Schmoller² ist in der Darstellung des Merkantilsystems bei Adam Smith „fast alles falsch und verkehrt“. Smith habe die europäische Staatenbildung und Wirtschaftsorganisation von 1400 bis 1700 viel zu wenig gekannt, nach den historischen Mitteln der Zeit nicht kennen können. Die Bedeutung großer, zentralisierter Staaten und Volkswirtschaften für den Kulturfortschritt sei ihm an keiner Stelle aufgegangen. Wo er von Konkurrenz, Gegenwirkung der Menschen rede, von geistigen Zusammenhängen, da habe er nur kleine Verhältnisse, Nachbarverhältnisse im Auge usw. Es ist darum von Interesse,

¹ Luigi Cossa, Einleitung in das Studium der Wirtschaftslehre (Übersetzung Moormeister) (1880) 121 ff.

² Internationale Wochenschrift (Paul Hinneberg) I (1907) 376.

3. Schmollers Auffassung von dem Wesen des Merkantilsystems kennen zu lernen. In seiner Abhandlung über das Merkantilsystem¹ sagt Gustav Schmoller²: „Nicht etwa nur in der Lehre von der Geldvermehrung oder von der Handelsbilanz, nicht nur in Zolllinien, Schutzzöllen und Schifffahrtsgesetzen liegt das Wesen dieses Systems, sondern in sehr viel mehr: nämlich in der totalen Umbildung der Gesellschaft und ihrer Organisation, sowie des Staates und seiner Einrichtungen, in der Ersetzung der lokalen und landschaftlichen Wirtschaftspolitik durch eine staatliche und nationale.“ Und unmittelbar vorher heißt es: „Nur wer so den Merkantilismus begreift, wird ihn verstehen; er ist in seinem innersten Kern nichts anderes als Staatsbildung — aber nicht Staatsbildung schlechtweg, sondern Staatsbildung in dem modernen Sinne, die staatliche Gemeinschaft zugleich zu einer volkswirtschaftlichen zu machen und ihr so eine erhöhte Bedeutung zu geben.“ Die Handelsbilanztheorie dagegen ist, nach Schmoller³, nur eine sekundäre Folge der nach Staaten gruppierenden Auffassung der wirtschaftlichen Vorgänge.

Und was das Geld betrifft, so steht es nicht sowohl als einziger Gegenstand des Reichtums im Mittelpunkt der Betrachtung, wie die Zirkulation desselben, das Geld als Sprungrad des Verkehrs.

Schmoller hatte deutsche und insbesondere preußische Verhältnisse im Auge. Indem er hier auf gewisse politische Wandlungen mit besonderem Nachdruck hinweist, hat er das Verständnis des Merkantilismus ergänzt und vertieft.

Wenn aber Schmoller (wie auch Bücher) im Merkantilismus das staatenbildende Moment als das Primäre ansieht, so behalten doch auch andere Momente ihre volle Bedeutung. Innerhalb der Städte hatte sich nach und nach mit dem späteren Mittelalter eine mehr oder minder bedeutende Zahl wohlhabender Kaufherren und Handwerker zusammengefunden. Dieser machtvolle Teil der städtischen Bürgerschaft durfte in der, wenn auch nicht absoluten, lokalen Gebundenheit der wirtschaftlichen Verhältnisse, wie sie der feudalen Epoche im allgemeinen entsprach, eine Behinderung des durch die Zeitumstände geforderten Fortschrittes erblicken. Ihr Interesse forderte Erweiterung der Absatzgebiete, Beseitigung der Schranken, die sich der Ausdehnung des lebhafter werdenden Verkehrs in den Weg legten⁴. Und auch an den Grenzen des eigenen Landes wurde keineswegs Halt gemacht. Der

¹ Zuerst gedruckt im Jahrbuch für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft VIII (1884) 15 ff. Dann wieder in „Umriss und Untersuchungen“ (1898) 1 ff. Vgl. auch Schmoller, Historische Betrachtungen über Staatenbildung und Finanzentwicklung, im Jahrbuch für Gesetzgebung und Verwaltung XXXIII (1909) 1 ff.

² A. a. O. 37.

³ Umriss und Untersuchungen 44.

⁴ Ashley, Englische Wirtschaftsgeschichte II (1891) 174.

Kompaß führte den Kaufmann nun in das offene Meer. Nicht das Verkaufsmagazin der heimischen Stadt, des heimischen Landes, der weite Weltmarkt lockte ihn. Die große und kühn ins Weite greifende Beweglichkeit des Handels, wie sie schon frühe die Aktion der englischen Merchant Adventures vor den Stapelkaufleuten ausgezeichnet hatte¹, wuchs rasch und stark, nachdem einmal die Erfindungen der Neuzeit die Seefahrt an Stelle der Küstenfahrt gesetzt hatten. Ein gar kräftiger Sporn des machtvoll erwachenden Unternehmungsgeistes aber blieb in der den großen Entdeckungen folgenden Epoche allenthalben der früher nicht in gleichem Maße empfundene Zug in die Ferne verbunden mit der kühnen Hoffnung oder sichern Aussicht, durch erfolgreichen Handel mit dem Auslande eine ergiebige Quelle von Besitz und Reichtum für Kaufmann und Land zu erschließen.

Was an dieser Stelle unser Interesse besonders in Anspruch nimmt, das ist die erhöhte Bedeutung, welche das Geld in dem Wechsel der gewerblichen und kaufmännischen Verhältnisse erlangen mußte. Von Geldwirtschaft kann man schon reden, sobald der naturale Tausch zurückgedrängt wird und das Geld die Vermittlungsrolle im Tauschverkehr übernimmt. Jetzt aber beginnt eine neue Phase der Geldwirtschaft². Der Unternehmer, der für den Markt produzierte, der Kaufmann, der auf dem Lande oder in der Stadt über hausindustrielle Arbeitskräfte verfügte, der wohlhabendere Handwerker, der die kleinen Meister für sich arbeiten ließ, sie alle wollten gewinnen. Der Gelderwerb ist Ziel und Zweck ihrer Tätigkeit. Aber es ist nicht der ruhige Besitz des Geldes, was sie erstreben, sondern vor allem das Geld als das große Mittel, um das eigene Geschäft, ihre Produktion, ihren Handel zu beleben, zu kräftigen, zu erweitern. Der eigentliche Grund für diese Fortbildung der Geldwirtschaft lag in der wachsenden Ausdehnung der Produktion, in dem Übergang zum kapitalistischen Großbetrieb, sei es, daß das Kapital im später zu erklärenden Verlagsystem sich zunächst bloß des Vertriebs der Produkte der im eigenen Heim tätigen Hausindustriellen bemächtigte, sei es, daß es wie bei dem Werkstättensystem und der Fabrik den ganzen Produktionsprozeß ergriff³.

Zu diesen wirtschaftlichen Wandlungen und Strebungen traten dann noch für die Entwicklung gleicher Richtung hochbedeutsame Momente politischer, und zwar sowohl außer- wie innerpolitischer Art hinzu. Wer Sieger im Handelskampfe war, hatte die Weltmacht⁴. Indem

¹ Ashley, Englische Wirtschaftsgeschichte II 227 ff.

² Lexis, Geldwirtschaft, im Wörterbuch der Volkswirtschaft I³ 1000 f. Der Merkantilismus hat, wie der Sohn Luigi Cossas, Emilia Cossa (L'interpretazione scientifica del Mercantilismo [1907]), darlegt, die Entwicklung des Kapitalismus gegenüber dem Feudalismus herbeigeführt.

³ Bücher, Entstehung der Volkswirtschaft⁷ (1910) 174 ff.

⁴ Vgl. Pribram, Die Idee des Gleichgewichts in der älteren nationalökonomischen Theorie, in Zeitschrift für Volkswirtschaft, Sozialpolitik und Verwaltung XVII (1908) 1 ff.; Richard Mayr, Lehrbuch der Handelsgeschichte² (1901) Abschn. III, Kap. 2.

andererseits die Fürsten dem Gewinnstreben des städtischen Bürgertums ihren besondern Schutz und vielfache Förderung gewährten, hofften sie nicht ohne Grund, für sich selbst und den Staat eine reiche Quelle der Macht und des Reichtums zu erschließen. Bedeutete es ja schon einen Zuwachs an Macht, daß nunmehr in Deutschland die städtische Regelung der Wirtschaft allmählich einer unmittelbaren staatlichen Regelung weichen mußte. Die Renaissance des antiken Staatsgedankens, die konsequente Durchführung des absolutistischen Fürstenideals, das durch die Rezeption des römischen Rechtes seine juristische Unterlage und in den Doktoren des fürstlichen Rates seine devoten Anwälte gefunden hatte, führte naturgemäß zum scharfen Gegensatz gegenüber jenen kleineren innerstaatlichen Gewalten, Rechten und Mächten, welche der vollkommeneren politischen Einheit des Staates, einer zentralisierten staatlichen Verwaltung, im Wege standen. Vor allem galt es, die durch ihren erblich gewordenen Grund- und Ämterbesitz zu stolzer Unabhängigkeit ausgewachsene Aristokratie unter das fürstliche Zepter zu beugen. Dann mußten aber auch die durch den bürgerlichen Gewerbefleiß mächtig gewordenen Städte ihrer Autonomie und Selbständigkeit mehr oder minder entkleidet werden. Die Fürstengewalt konnte bei diesem Bestreben vielfach die eine Macht gegen die andere ausspielen, des alten Neides und Streites zwischen Adel und Stadt sich bedienen für die eigenen Zwecke.

Auch in diesen Wandlungen spielt das Geld seine Rolle. War innerhalb der lehnstaatlichen Verfassung des Mittelalters der „Ackersold“ (Land gegen Dienste) das Zahlungsmittel, durch welches die Großen ihre Beamten für militärische und politische Leistungen lohten, wie andererseits die Belehnten dasselbe Mittel benützten, um den Bauern an den Herrenhof zu fesseln, so wurde jetzt die Münze in hervorragendem Maße den politischen Zielen der fürstlichen Gewalten dienstbar gemacht. An Stelle des alten lehnsstaatlichen Verwaltungssystems konnte nun ein mit Geld gelohntes und darum fortdauernd abhängiges Beamtentum, an Stelle der lehnsstaatlichen Heeresverfassung das mehr gefügte Söldnerheer, der „miles perpetuus“, treten. Der Weg zur Vereinheitlichung der politischen Macht war frei. Trotz Schwert und Harnisch vermochte der Ritter die Entwicklung nicht aufzuhalten. Nach Erfindung des Schießpulvers unterlag seine Tapferkeit der Kugel des einfachen Söldners¹.

Andererseits bedurfte es nicht gerade einer außerordentlichen Weisheit auf seiten der Staatsleitung, um den hohen Wert der innerhalb des städtischen Bürgertums sich emporringenden Strebungen nach größerer Bewegungsfreiheit zu erkennen. Denn auch die politische Einheit mußte in demselben Maße an Festigkeit gewinnen, als das Wirtschaftsleben über den engen Kreis der Stadt hinaus die verschiedenen Teile des

¹ Oncken, Geschichte der Nationalökonomie I 150.

Pesch, Lehrbuch der Nationalökonomie. II.

Staatsgebietes in lebhaftere und umfassendere Verbindung brachte. Es war dies eine die alten Verbände, mit denen, in der Zeit der lehnsstaatlichen Verfassung, die Menschen von allen Seiten umschlossen und umspinnen waren, lockernde und allmählich vernichtende Entwicklung. Was konnte das schaden? Dem Geiste des Absolutismus entspricht eben sehr wenig ein organisch gegliedertes Volk. Er hat es lieber mit den Individuen zu tun.

Überdies waren es damals die angedeuteten praktischen Erwägungen, welche die Aufmerksamkeit des Staates auf die wirtschaftlichen Regungen und Wandlungen hinlenkten: das Geldbedürfnis der fürstlichen Schatzkammer. Domanialbesitz, ein ausgebildetes Regaliensystem, allenfalls Münzverschlechterung u. dgl. genügten nicht mehr. Man suchte das Geld dort, wo es jetzt zu finden war; und daher die Begünstigung und Förderung der industriellen Produktion und des Handels mit den Produkten der exportierenden Gewerbe. Nicht als ob dabei unmittelbar die Rücksicht auf den allgemeinen Wohlstand des Volkes als letzten Zweck die merkantilistische Wirtschaftspolitik geleitet hätte. Der bürgerliche Reichtum, das Wachstum des Volksvermögens, wurde allen Ernstes erstrebt, aber so, damit er als Quelle und Mittel des fürstlichen Reichtums diene, das Volk zur Deckung des Staatsbedarfes in erhöhtem Maße beitragen könne. Der fürstlichen Schatzkammer ordnet sich die Pflege des Volkswohlstandes, die landesfürstliche „Wohlstandspolizei“ (so benannt im Unterschiede von der Sicherheitspolizei) unter, wie auch in der Theorie die Kameralwissenschaft als Wissenschaft von der fürstlichen Schatzkammer den Vorrang vor der „Polizeiwissenschaft“ für sich in Anspruch nimmt¹.

4. Der Merkantilismus nach Oncken als System der landesfürstlichen Wohlstandspolizei. August Oncken hält dafür, daß der Name „Polizeiwissenschaft“, dessen sich die merkantilistischen Theoretiker bedienten, das System genauer kennzeichne als die von den Physiokraten und Adam Smith verwendeten Ausdrücke „Merkantilsystem“, „Kommerzialsystem“. Er teilt die Ansicht Friedrich Lists, daß der Name „Handelssystem“ weit eher auf Smiths System passe, wenigstens auf die Form, welche dieses in der Smithschen Schule angenommen habe, während das sog. Merkantilsystem in viel höherem Grade den Namen eines „Industriesystems“ verdiene als das Smithsche System. Am zutreffendsten würde man nach der Meinung der Berner Nationalökonomien² „das ganze Lehrgebäude, bei dem der empirische Charakter übrigens ungeachtet einer reichen Literatur noch vorwiegt, als ein ‚System der landesfürstlichen Wohlstandspolizei‘ bezeichnen. Die Ausdrücke ‚système protecteur‘ und ‚système réglementaire‘, die in Frankreich noch heute dafür üblich sind, bedeuten

¹ Eisenhart, Geschichte der Nationalökonomik³ (1891) 8 ff.

² Geschichte der Nationalökonomie I 148.

im Grunde dasselbe.“ Zur Ergänzung und Erklärung kann dienen, was Oncken an anderer Stelle¹ ausführt: „Die Absatzfelder erweiterten sich und bedingten eine neue Organisation der Produktion. An Stelle des Handwerks trat die auf der ländlichen Hausindustrie beruhende Manufakturwerkstätte mit ihrem Verleger auf der einen Seite und dem ewigen Arbeiterstand auf der andern. Das Proletariat als Seitenstück zum Kapitalisten- oder Unternehmerstand feierte seinen Einzug. Diese Manufaktur nun ist es, die unter den besondern Schutz des Landesfürstentums gestellt wurde und mehr und mehr das lokalorganisierte Handwerk zurückdrängte. Die ‚Königliche Manufaktur‘ oder das ‚landesbefugte Gewerbe‘ hat seinen Absatz im ganzen Umfang des Staatsterritoriums, das Handwerk nur am Orte selbst. Es bilden sich die territorialen Wirtschaftsgebiete mit Zollabgrenzung nach außen, die sich allmählich zu nationalen Wirtschaftsgebieten auswachsen. Und nicht nur im Innern, sondern auch im Ausland sollte die Manufaktur ihren Markt haben und die Machtstellung des Landes gegenüber den übrigen Ländern vermehren. Denn Reichtum ist zugleich Macht, und die politische Bilanz soll durch die Handelsbilanz gefördert werden. Politik und Volkswirtschaft verfolgen das gleiche Ziel. Die Manufakturpflege ist in erster Linie eine politische Angelegenheit und hat sich nach den Plänen des Staatsregenten zu gestalten. Die Volkswirtschaft ist sich nicht Selbstzweck. Hierin kann man das Prinzip des sog. Merkantilsystems oder besser der landesfürstlichen Wohlstandspolizei erblicken.“

Ohne Zweifel bringt die Benennung „System der landesfürstlichen Wohlstandspolizei“ gewisse Besonderheiten zum Ausdruck, die in dem Namen „Merkantilsystem“ völlig verschwinden. Gleichwohl scheint uns der Kampf gegen eine seit langem eingebürgerte Bezeichnung um so weniger aussichtsvoll, als für dieselbe denn doch auch gute Gründe sprechen. Der Handel, speziell der auswärtige Handel, bildete durchgängig einen Hauptgegenstand der staatlichen Wirtschaftspolitik. Die Handelsbilanz war, wie Oncken bemerkt, „das einzige Dogma, welches das Merkantilsystem aufgestellt hat“. Gelten aber Handel und Handelsbilanz als Zentralbegriffe des Systems, so wird man dasselbe passend „Merkantilsystem“ nennen dürfen. Alles, was sonst dem System oder einer besondern Ausprägung desselben eigentümlich ist, oder, was sich damit verbunden hat, muß dann freilich innerhalb der eingehenderen Erklärung nach Gebühr hervorgehoben werden; so Endziel und Charakter der staatlichen Wirtschaftspolitik, die Unterordnung des Volkswohlstandes unter den Fürstenwohlstand, das System staatlicher Reglementierung, die Eifersucht und Feindschaft gegenüber fremden Nationen usw. —

Die moralisch-organische Einfügung der Volkswirtschaft in das staatlich-gesellschaftliche Leben mit ihrer rechtlichen Hinordnung auf den

¹ Ebd. 158.

natürlichen Gesellschaftszweck¹ genügte also der staatlichen Wirtschaftspolitik nicht. Der Gewerbefleiß des Volkes wurde vielmehr in erster Linie, wenn nicht ausschließlich, als ein Mittel für die territoriale oder nationale politische Machtentfaltung und für den Reichtum des Fürsten betrachtet und behandelt. Jedenfalls eine Auffassung, wie sie dem absolutistischen Geiste jener Epoche entsprach. Kein Wunder, daß die von diesem Geiste geleitete fürstliche Wohlstandspolizei in ihrer Sorge für die industrielle und merkantile Entwicklung des Landes wie in ihrer ganzen Wirtschaftspolitik nicht selten auch zu absolutistischen Maßregeln griff, um ihre Pläne zu verwirklichen. Dazu kam dann noch ein anderes charakteristisches Merkmal.

Die neuen wirtschaftlichen Mächte fanden in ihrem kapitalistischen Gewinnstreben nicht bloß kräftigen Schutz und wirksame Förderung, die staatliche Politik wurde selbst von diesem kapitalistischen Geiste erfüllt, dem Geiste eines oft ganz rücksichtslosen Egoismus. Ein Land kann nicht gewinnen, ohne daß ein anderes verliert. Dieser Satz, den noch Voltaire (1784) ausgesprochen hat², war bloß eine Formulierung der die Wirtschaftspolitik tatsächlich beherrschenden Idee. Durch geschickte Konkurrenz in Manufaktur und Handel gewinnen, bedeutete im merkantilistischen Sinne die wirtschaftliche Schwächung anderer Länder. Der gewonnene Reichtum sicherte aber dem eigenen Volke nicht bloß den wirtschaftlichen Vorrang, er gewährte auch das Mittel, um die politische Bilanz aktiv zu gestalten. Die Kriege der damaligen Zeit dienten durchgängig den Handelsinteressen, der Ausbreitung und Befestigung merkantiler und kolonialer Herrschaft. Sie bildeten ein Glied in der Kette von Maßregeln, um Reichtum und Macht zu erlangen — auf Kosten anderer³.

Läßt sich der Merkantilismus im allgemeinen als das dem staatlichen Absolutismus und der Entfaltung des gewerblichen und kaufmännischen Bürgertums zugleich entsprechende volkswirtschaftliche System bezeichnen — als „landesfürstliche Wohlfahrtspolizei“ mit hervorragender Sorge für die industrielle und merkantile Entwicklung des Landes —, so darf andererseits nicht übersehen werden, daß die Gestalt und Anwendung des Systems keineswegs in allen Ländern dieselbe war und auch nicht die gleiche

¹ Bd. I²: Grundlegung Kap. 4, § 2, 261 ff. (243 ff.)

² Montaigne hatte im zwanzigsten seiner Essays ganz allgemein gesagt: „Il ne se fait aucun profit qu'au dommage d'autrui.“ Kein Vorteil des einen ohne den Nachteil des andern!

³ Vgl. Oncken a. a. O. 152 f. — Wir haben uns hier auf die Wiedergabe der Beurteilung des Merkantilismus durch Smith, Schmoller, Oncken beschränkt. Eine ausführliche Behandlung der Anschauungen über den Merkantilismus, seine Gegner und Verteidiger bietet Kurt Zielenziger, Die alten deutschen Kameralisten, in Beiträge der Geschichte der Nationalökonomie, herausgegeben von K. Diehl (1914) 2. Heft, 16 ff.

sein konnte. Je nach Beschaffenheit und Lage des Territoriums, nach dem Stande der inneren und äußeren politischen Entwicklung, änderte, verengte oder erweiterte sich die objektive Möglichkeit und Zweckmäßigkeit der verschiedenen, dem Merkantilismus eigentümlichen, wirtschaftspolitischen Maßnahmen. Wir können natürlich nicht das gesamte wirtschaftsgeschichtliche Material der Epoche an dieser Stelle aufführen. Nur einzelne charakteristische Momente, namentlich solche möchten wir hervorheben, welche für die allgemeine Wohlstandslehre von besonderer Bedeutung sind.

5. Der Colbertismus. Beginnen wir mit Frankreich, wo der Merkantilismus unter Colbert seine macht- und glanzvollste Entwicklung erhielt. Man hat die französische Form des Systems darum auch „Colbertismus“ genannt¹.

Colbert, der berühmte Minister Ludwigs XIV., sagt A. Smith², „war ein Mann von Rechtschaffenheit, Fleiß und Geschäftskunde; von großer Erfahrung und Urteilsschärfe als Finanzmann, kurz von Fähigkeiten, die ganz geeignet waren, in die Einnahmen und Ausgaben des Staatshaushaltes Methode und Ordnung zu bringen. Unglücklicherweise hatte dieser Minister alle Vorurteile des Merkantilsystems in sich aufgenommen, eines Systems, das seiner Natur und seinem Wesen nach ein Zwangs- und Maßregelungssystem ist, wie es einem arbeitsamen und rührigen Manne behagen mußte, der gewohnt war, die verschiedenen Zweige des Staatsdienstes zu regulieren und die nötige Kontrolle zur Beschränkung eines jeden auf seine eigentliche Sphäre einzuführen. Er suchte die Industrie und den Handel eines großen Landes nach demselben Modell zu ordnen wie die Zweige des Staatsdienstes, und statt nach den liberalen Grundsätzen der Gleichheit, Freiheit und Gerechtigkeit jedermann sein Interesse auf seine eigene Art verfolgen zu lassen, verließ er gewissen Zweigen des Gewerbeleißes außerordentliche Privilegien, während er andere außerordentlichen Beschränkungen unterwarf. Er war nicht allein, wie andere europäische Minister auch, geneigt, den städtischen Gewerbeleiß mehr als den ländlichen zu fördern, sondern war sogar bereit, die ländliche Industrie zu drücken und niederzuhalten. Um den Stadtbewohnern die Lebensmittel wohlfeil zu liefern und dadurch die Industrie und den auswärtigen Handel zu heben, verbot er die Getreideausfuhr und schloß so die Landbewohner für das bei weitem wichtigste Produkt von allen auswärtigen Märkten aus.“

Friedrich List³ ist freilich der Ansicht, Colbert habe durch Emporbringung der inneren Industrie die Nachfrage nach landwirtschaftlichen Produkten so ver-

¹ Zuerst von F. Mengotti, Verfasser des Buches: „Il Colbertismo“ (1792). Vgl. Oncken, Geschichte der Nationalökonomie I 159 A. 1 151. — Jean Baptiste Colbert, geb. zu Reims am 29. August 1619 als Sohn eines Tuchindustriellen, selbst für den Kaufmannstand ursprünglich bestimmt, trat unter Mazarin in den Staatsdienst ein. 1661 übernahm er die Direktion der Finanzen; seit 1669 stand er an der Spitze der inneren Staatsverwaltung. Er starb. 64 Jahre alt, am 6. September 1683.

² Untersuchung über das Wesen und die Ursachen des Volkswohlstandes. Übers. Stöpel, III, 4. Buch, 9. Kapitel, 209 f.

³ Das nationale System der politischen Ökonomie: Gesammelte Schriften, herausgegeben von L. Häusser (1851) 88.

mehrt, daß er der Landwirtschaft zehnmal ersetzte, was ihr durch periodische Hemmnisse der Ausfuhr ihrer Produkte (bei schwacher Ernte) geschadet wurde. Heyking will überhaupt von einer Vernachlässigung der Landwirtschaft durch das Merkantilsystem nichts wissen¹. Schweizer urteilt, für Colbert sei die Landwirtschaft das „Schoßkind“ und der „Augapfel“ gewesen². Auf der andern Seite erblickt hinwiederum Oncken den Fehler des Colbertismus gerade „in der nicht wegzuleugnenden Vernachlässigung des einheimischen Ackerbaues“³. Jedenfalls stand bei Colbert die Sorge für eine möglichst gesicherte und wohlfeile Ernährung der gewerblichen Bevölkerung an erster Stelle. „Das große Ziel der Colbertschen Kornhandelspolitik“, bemerkt A. v. Brandt⁴, „war, die rechte Mitte zwischen dem Konsumenteninteresse der städtischen, insbesondere der gewerblichen Bevölkerung und dem Exportinteresse der getreidebauenden Landwirtschaft zu finden; jenes bildet freilich dabei gewissermaßen den Ausgangspunkt und erfreute sich in erster Linie der Fürsorge des Staatsmannes.“ Das kennzeichnet in der Tat den wirtschaftspolitischen Standpunkt Colberts überhaupt.

Ohne Zweifel war der Minister zu klug, um die Landwirtschaft völlig zu opfern. Er pries die Vorsehung, die Frankreich in jeder Hinsicht so reichlich ausgestattet habe. Wir bedürfen niemand, sagte er, während unsere Nachbarn uns nötig haben. Jenes glückliche Sich-selbst-genügen des Landes suchte der weitblickende Staatsmann zu erhalten und zu befestigen. Aber die wirtschaftliche Unabhängigkeit des eigenen Landes befriedigte ihn doch nicht vollkommen. Er erstrebte überdies in merkantilistischem Geiste die umfassendere Abhängigkeit anderer Länder von Frankreich — und das gerade auf gewerblichem Gebiete. Seine Politik blieb daher stets in ganz besonderer Weise auf das Gedeihen der Manufakturen, als der Grundlage zunächst der ökonomischen Macht, gerichtet — so sehr, daß man den Colbertismus wegen der ihm eigentümlichen Wirtschaftspolitik mit F. List „Industriesystem“ im eigentlichen Sinne nennen könnte, wäre das Wort nicht schon für die Bezeichnung des Smithschen Arbeitssystems festgelegt.

„Die Glanzperiode der französischen Industrie“, bemerkt Friedrich List⁵, „begann erst mit Colbert. Bei Mazarins Tod war weder die Fabrikation, noch der Handel und die Schifffahrt, noch die Fischerei bedeutend und das Finanzwesen im schlechtesten Zustande. Colbert hatte den Mut, für sich allein ein Werk zu unternehmen, das England nur nach drei Jahrhunderte langem Bestreben und nach zwei Revolutionen gelungen war. Aus allen Ländern verschrieb er die geschicktesten Fabrikanten und Arbeiter, kaufte er Gewerbsgeheimnisse, schaffte er bessere Maschinen und Werkzeuge herbei. Durch ein allgemeines wirksames Douanensystem sicherte er der inneren Industrie den inneren Markt, durch Anlegung von Straßen und Kanälen beförderte er den inneren Verkehr.... Die Erweiterung des auswärtigen Handels und die Beförderung der Fischereien ließ er sich besonders angelegen sein; er richtete den Handel mit der Levante wieder auf, erweiterte den mit den Kolonien und eröffnete den mit

¹ v. Heyking, Geschichte der Handelsbilanztheorie (1880) 9.

² Franz August Schweizer, Geschichte der Nationalökonomik. I: Colbert (1903) 33 ff.

³ Untersuchung über das Wesen und die Ursachen des Volkswohlstandes 167.

⁴ Das Zeitalter Colberts (1896) 25.

⁵ A. a. O. 86 f.

dem Norden. In allen Zweigen der Administration führte er die strengste Sparsamkeit und Ordnung ein. Bei seinem Tode zählte Frankreich in der Wollfabrikation 50 000 Webstühle, produzierte es für 50 Millionen Franken Seidenfabrikate, waren die Staatseinkünfte um 28 Millionen Franken gestiegen, besaß das Reich blühende Fischereien, eine ausgedehnte Schifffahrt und eine mächtige Marine.“ Fügen wir noch hinzu, daß Colbert bei der Neuanlage von Manufakturen namentlich solche im Auge behielt, deren Produkte vordem aus fremden Ländern eingeführt wurden. Ebenso suchte er die in Frankreich heimischen Industrien und die besondern, den Vorzugsrang derselben begründenden Fabrikationsverfahren dem eigenen Lande zu erhalten, eine Verpflanzung und Übertragung derselben ins Ausland mit allen Mitteln zu hindern. Er begründete ferner staatliche Musteranstalten, wie die Porzellanfabrik in Sevres, die Tapetenfabrik in Beauvais, eine Manufaktur der Gobelins. Seine Fürsorge erstreckte sich auch auf die Qualität der Produkte. Schlechte Waren wurden mit dem Namen des Fabrikanten öffentlich ausgestellt, dann vernichtet; und wie er fleißige Arbeiter durch Prämien belohnte, so wurden lässige Fabrikanten oder Arbeiter öffentlich getadelt, unter Umständen mit einigen Stunden Gefängnis bestraft usw.

Kurz, das Wesen der inneren Wirtschaftspolitik Colberts erfaßt man nach Oncken¹ in der Tat am besten, indem man sie als ein System der zwangsmäßigen, manchmal sogar bis zur Gewaltsamkeit sich verschärfenden Gewerbs-erziehung des Volkes charakterisiert. Doch verschmähte Colbert wenigstens nicht den guten Rat der Beteiligten. Er errichtete ein Conseil de Commerce aus Kaufleuten und Gewerbetreibenden, um der Krone sichere Kenntnis der Bedürfnisse und Verhältnisse des Wirtschaftslebens zu verschaffen.

Für die Ziele, die er einmal als richtig erkannt hatte, wählte Colbert stets die nach seiner Ansicht wirksamsten Mittel. Andere Rücksichten traten dabei zurück. So sollte z. B. durch Erlaß von Abgaben und Gewährung von Pensionen an kinderreiche Familien die Vermehrung der Bevölkerung gefördert werden. Demselben Zweck diente bewußterweise die Sorge für möglichste Ausdehnung der Arbeitsgelegenheiten. Auch den Armen sollte Arbeit verschafft werden. Im Notfalle konnte man die Armen sogar einsperren und zur Arbeit zwingen. Die Klöster sollten statt der Nahrung den Armen Wolle zum Spinnen schenken. Wenn Colbert die Errichtung großer industrieller Etablissements in den bedeutenderen Gemeinden betreibt, leitet ihn ebenfalls die doppelte Absicht, durch Ausdehnung der Produktion Reichtum ins Land zu bringen, anderseits der Arbeitslosigkeit und Armut vorzubeugen. Auf dem Felde der Kolonialpolitik sodann leistete Colbert Außerordentliches. Große Gebiete wurden erworben, mächtige Handelsgesellschaften (Ostindische Kompanie) gebildet und mit Privilegien für den Kolonialhandel ausgestattet. An vielen Plätzen, namentlich in der Levante, wurden Berufskonsuln angestellt. Das Konsularwesen erhielt seine gesetzliche Regelung. Mächtig beförderte Colbert den Schiffsbau und verschaffte der französischen Seeschifffahrt Sicherheit ihres Weges durch die Meere. Für den inneren Verkehr erstrebte Colbert die volle Freiheit. Aber an Frankreichs Grenzen fand der ausländische Kauf-

¹ Geschichte der Nationalökonomie I 165. Von 1666 bis 1683 wurden 44 Reglements für Manufakturen erlassen.

mann die Douane, wenigstens soweit Länder in Frage kamen, deren industrielle Konkurrenz der französischen Produktion gefährvoll werden konnte usw.

Mag Colbert in der Pflege der einheimischen Manufaktur einseitig, in der Wahl der Mittel wie in der Hervorkehrung des Königtums absolutistisch erscheinen, so findet man doch manchmal bei ihm wieder eine Weitherzigkeit der Auffassung, die den Merkantilisten durchgängig fehlte¹. So klingt es wie die Lehre des späteren Industriesystems, wenn er sagt: Nichts Kostlicheres im Staate als die Arbeit der Menschen. Der große Handel nach außen und der kleine im Innern tragen gleichmäßig zum allgemeinen Wohle der Völker bei. Ich zögere nicht, alle Privilegien abzuschneiden, sobald ich einen größeren oder ebenso großen Vorteil dabei finde. Colberts Zollsystem von 1664 war eine Vereinfachung, aber auch eine „beträchtliche Verminderung“ der früheren chaotischen Zölle. Und er selbst bezeichnet die Schutzzölle wohl als Krücken, mit deren Hilfe das Gewerbe so bald wie möglich gehen lernen soll, und die er dann wieder wegnehmen wolle. Er stand also für Fragen dieser Art nicht im Banne eines starren, absoluten Prinzips, bemaf und ordnete vielmehr alles nach den jeweiligen wirklichen Bedürfnissen des Landes, um der einheimischen Industrie Bestand und Blüte zu sichern.

Das höhere Ziel der Colbertistischen Politik war der Erwerb und die Festigung des wirtschaftlichen und politischen Vorranges der eigenen Nation vor fremden Völkern. „Wir müssen“, sagt Colbert, „die Nationen mit unserer Industrie bekriegen und sie durch unsern Geschmack überwinden.“ Darum Hebung der gewerblichen Produktion, des auswärtigen Handels, Erzielung einer aktiven Handelsbilanz, nicht als ob Geld allein Reichtum wäre: aber es bedeutet ihm die für das heimische Gewerbe unentbehrliche Lebenskraft, die zugleich, bei günstiger Bilanz, dem Auslande entzogen wird. Ökonomische Schwächung des Auslandes, Stärkung des eigenen Landes, gefüllte Kriegskassen, Soldaten und Schiffe — dann konnte es nicht fehlen, daß ebenfalls die politische Bilanz sich vorteilhaft gestaltete. Darum feuerte Colbert seine Landsleute an, sich mehr und mehr für den handelspolitischen Kampf zu erwärmen. Er wies auf die Tatsache hin, daß Holland dabei mit 16 000 Schiffen, England mit 3000—4000, Frankreich bloß mit 500—600 Schiffen beteiligt sei. Und seine Mahnungen waren von Erfolg begleitet².

Über allem aber stand ihm das absolute Königtum. Mit zäher Willenskraft und höchstem Scharfsinn verfolgte Colbert das eine Ziel: „möglichst große Bereicherung Frankreichs zum Nutzen seines Königs“³. Für den König arbeitet er und um des Königs willen für den Reichtum des Landes. Nicht als ob Colbert kein Herz für das Volk gehabt. Er bemühte sich, die drückendsten Lasten von ihm zu nehmen. Das stolze Wort aber, das Ludwig XIV. gesprochen: „L'état c'est moi“ — bleibt doch auch für Colbert der oberste Grundsatz. „Ein Colbertismus ohne Königtum ist eine Schale ohne Kern.“⁴

Dem Absolutismus der königlichen Gewalt entsprach in der staatlichen Verwaltung, wie angedeutet, die zielbewußte Maßregelung und Bevormundung des

¹ Roscher, Geschichte der Nationalökonomik (1874) 229.

² Oncken a. a. O. 195 f. Hecht, Colberts politische und volkswirtschaftliche Grundanschauungen (1898) 32 f.

³ Schweizer, Colbert 15.

⁴ Ebd. 17 f.

wirtschaftlichen Tun und Lassens der Bürger. Aber nicht nur das. Alles soll sich den Wünschen und Bestrebungen des absoluten Königtums beugen, selbst die freigebohrne, durch Gottes Recht, ihre Katholizität, ihre universale Bestimmung, von jeder territorialen Staatsgewalt unabhängige Kirche. Es wirft einen dunkeln Schatten auf Colbert, daß er das Eigentumsrecht der Kirche nicht achtete, ihre Güter als Staatseigentum behandelte, das Besetzungsrecht der kirchlichen Ämter und Stellen für den König in Anspruch nahm, die vier gallikanischen Artikel (1682) durch eine Versammlung gefügiger Prälaten beschließen ließ. Oncken spricht mit Rücksicht hierauf von einem weltgeschichtlichen Augenblick, wo Frankreich nach dem Beispiele Englands und Heinrichs VIII. sich von Rom hätte losreißen sollen; „der große Moment habe aber nicht einen gleich großen König gefunden“¹. Wir sagen lieber: Bei aller Herrschsucht und sonstigen Fehlern waren Ludwig und Colbert doch nicht klein genug, um unlauterer Leidenschaft oder der Macht und des Besitzes wegen eine Religion zu opfern, von deren Wahrheit sie sich überzeugt hielten².

Für alle seine Mühe fand Colbert schließlich noch Undank beim König, dessen Macht und Größe sein ganzes Streben gegolten hatte. „Hätte ich für Gott so viel getan wie für diesen Mann (den König), ich wäre zweimal gerettet, und nun weiß ich nicht, was mit mir werden soll!“ So sprach er angesichts des Todes. Auch das Volk jubelte über Colberts Tod, beschimpfte sogar seinen Leichnam. Und doch, wieviel hatte Colbert für Frankreich getan und erreicht! Erinnern wir uns noch einmal an das Lob, das List ihm spendete. Blühende Industrien waren unter dem Schutze des Colbertschen Tarifes entstanden: die Seidenfabriken von Tours und Lyon, die Tuchfabriken von Sedan und Abbeville, die Gobelin- und Spiegelfabriken von Paris usw. Das Seewesen war außerordentlich in die Höhe gegangen. Das Kolonialgebiet hatte sich ausgedehnt. Die Einnahmen des Staates waren gestiegen. Ja man durfte mit einem Anschein von Recht sagen, das System Colberts habe Frankreich die spanischen Goldgruben ersetzt. Und doch allgemeine Unzufriedenheit! Die Mitglieder der so sehr bevorzugten kaufmännischen Berufe insbesondere sehnten sich nach größerer Freiheit: „Beim Eintritt in Ihr Amt fanden Sie die Karre umgeworfen: Sie haben dieselbe aufgehoben, um sie nach der andern Seite umzustürzen.“ So soll ein Kaufmann aus Orleans, namens Hazon, Colbert gesagt haben³. Die absolutistischen Mittel, die Colbert zur Ausbildung und Pflege der Gewerbe anwandte, machten diese selbst, wie deren Urheber, verhaßt. Es wurde alles zu sehr forciert, führte darum mehr zu einem Emporschießen als zu natürlichem Wachstum der neuen industriellen Betriebsformen. Jede Erziehung soll sich selbst überflüssig machen. Die Reglementierung der Industrie hätte wenigstens in dem Maße abnehmen müssen, wie ihr Zweck erreicht wurde. Ferner war die ebenfalls dem Absolutismus entsprechende Unterordnung der Volkswirtschaft unter das Königtum, des Volkswohlstandes unter den königlichen Reichtum ebenso prinzipiell verfehlt wie praktisch verhängnisvoll. König und Staat sind des Volkes wegen da, nicht umgekehrt. Der Volkswohlstand als Ziel der Volkswirtschaft bildet regelmäßig auch für die Finanzwirtschaft des Staates eine unverletzliche Norm. Die staatliche Finanzwirtschaft steht nicht über der Volkswirtschaft, ordnet

¹ Oncken, Geschichte der Nationalökonomie I 164.

² Schweizer, Colbert 18 ff.

³ Oncken a. a. O. 249.

sich vielmehr derselben ein und darum dem Ziele der Volkswirtschaft unter. Wo das vergessen wird, muß schließlich, zugleich mit der Zerrüttung der Finanzen, die Volkswirtschaft dem Verderben anheimfallen. Colbert hat das Verhängnis noch in etwa abzuwenden vermocht — was seinen Nachfolgern nicht mehr gelang. Dem Ackerbau endlich fehlte unter Colberts Regime die Unterstützung und Entlastung, die er zu seiner Blüte bedurfte. Er blieb „tief unter der Stufe, zu der er sich auf einem so fruchtbaren Boden und unter einem so glücklichen Klima naturgemäß würde erhoben haben“¹. Die Entmutigung und der Druck waren allgemein. Als einen der Gründe hierfür bezeichnet auch Adam Smith eben den Vorzug, welcher durch die Einrichtungen Colberts dem städtischen Gewerbetriebe vor dem ländlichen gegeben worden war.

6. Der spanisch-portugiesische Merkantilismus zeigt ein ganz anderes Gesicht als der französische. Hatte Colbert der Begründung einheimischer Manufakturen die höchste Sorgfalt gewidmet, so trat hier der auswärtige Zwischen- bzw. Kolonialhandel in den Vordergrund².

Die großartigen Entdeckungen, der ausgedehnte Kolonialbesitz und das koloniale Handelsmonopol gewährten Spanien nicht bloß die Aussicht auf außerordentlichen Wohlstand. Es entstanden daraus auch Gefahren eigener Art, die den kolonialen Segen schließlich in Verderben wandelten. Hier zeigte es sich augenfällig, daß der bloße Besitz von Geld für ein Volk noch nicht den Wohlstand sichert, daß der Überfluß von Edelmetall sogar zum Verhängnis für dasselbe werden kann. Je mehr der Zufluß einer Ware steigt, sagt schon Bodin, desto mehr sinkt ihr Preis. Das gilt auch von den edlen Metallen. Je mehr aber der Preis des Geldes sinkt, desto höher steigt vice versa derjenige der Waren. Als die spanischen Silberflotten Jahr für Jahr große Quantitäten edlen Metalles aus den Kolonien in die Heimat brachten, verlor das im Übermaß aufgehäufte Edelmetall daselbst enorm an Kaufkraft. Der spanische Handel konnte daher seine Manufakturwaren, die nach den Kolonien verhandelt werden sollten, billiger im Auslande kaufen³. Selbst Schiffe wurden von dorthier bezogen. Mochte das immerhin dem Erwerb und Vorteil suchenden Kapital entsprechen. Der spanischen Volkswirtschaft gereichte es zum Verderben.

„Die für ein Land vorteilhafteste Anlage seines Kapitals“, sagt Adam Smith⁴, „ist die, welche die größte Menge produktiver Arbeit unterhält und den Jahresertrag seines Bodens und seiner Arbeit am meisten vermehrt.“ Offenbar denkt der englische Nationalökonom zunächst an die produktive Arbeit im eigenen Lande. Ihre Unterhaltung und Stärkung ist ein großer und kein bloß vorüber-

¹ A. Smith, Untersuchung über das Wesen und die Ursachen des Volkswohlstandes II, 4. Buch, 9. Kapitel, 210 f.

² Oncken a. a. O. 184.

³ In einer Instruktion an den französischen Gesandten in Madrid (1679) bemerkt Colbert: Die Spanier hätten durch das Verbot der Edelmetallausfuhr die Reichtümer der Neuen Welt in Spanien festhalten wollen; aber da sie sich mit der Produktion der Waren nicht beschäftigten, welche für die Bedürfnisse eines großen Landes erforderlich seien, so habe die unbedingte Notwendigkeit, diese Waren aus fremden Ländern zu beziehen, dahin geführt, daß die Verbote teils durch Nachsicht teils durch List völlig nichtig und nutzlos geworden seien.

⁴ A. a. O. III, 4. Buch, 7. Kapitel, 128.

gehender Vorteil, ja geradezu unentbehrlich für das Land. Privatkapital aber dient dem persönlichen Interesse des einzelnen Kapitalisten. Es achtet, wenn eine verfehlte Politik es gewähren läßt oder gar selbst in falsche Bahnen leitet, kaum auf den dauernden Vorteil des Landes. Der reiche Zwischenhandelsgegninn, den der Handel tim den im Auslande (England, Niederlande, Deutschland) gekauften Waren nach den Kolonien hin gewährte, befriedigte das unmittelbare Erwerbsinteresse des spanischen Kaufmanns am besten. Das Kapital wandte sich daher in wachsendem Maße dem monopolisierten Kolonialhandel zu, mochte dabei auch auf vaterländischem Boden die produktive Arbeit vernachlässigt werden. Es fehlte die Anregung für eigene Herstellung der Manufakturen in Spanien selbst. Es fehlten überdies die erforderlichen Kräfte bei der außerordentlich starken Auswanderung gerade der tatkräftigsten und unternehmendsten Elemente der Bevölkerung in die kolonialen Gebiete. Wurde die Bevölkerung Spaniens im Jahre 1492 auf 11 Millionen Seelen geschätzt, so betrug sie zu Anfang des 18. Jahrhunderts (1715) nur mehr $7\frac{2}{3}$ Millionen¹. Aber auch in den Kolonien entwickelte sich die gewerbliche Arbeit nicht. Was nicht zum unmittelbaren Lebensunterhalte gehörte, wurde durch spanische Kaufleute eingeführt — fremde Ware, ihrem Ursprunge nach auch der Heimat fremd.

Der Handelsverkehr war staatlicherseits streng überwacht; er stand unter der Aufsicht einer besondern Behörde, der casa di contratación. Wie die Kolonialverwaltung in erster Linie dem Zwecke dienstbar gemacht wurde, die Macht des Staates zu mehren, seine Kassen mit Geld zu füllen, so sah der Staat auch in dem Kolonialhandel vor allem ein Objekt der Ausbeutung für seine eigenen Finanzen. Der Handel durfte nur von bestimmten Häfen aus (auch der Sicherheit wegen bloß in größeren Flotten) betrieben werden, zuerst allein von Sevilla, später (seit 1720) auch von Cadiz.

Den Verkehr mit Amerika vermittelte alljährlich eine Flotte von 27 Schiffen. Sie nahm ihren Weg über Cartagena (Colombia) nach Portobello (nordöstlich von Aspinwall, Colon); andere Flotten kamen ihr von der Westküste nach Panama entgegen. Hier wurde die Messe abgehalten. Alle drei Jahre fuhr eine Flotte von etwa 20 Schiffen nach Veracruz. Dem Warenaustausch mit den Philippinen diente alljährlich ein einziges großes Schiff, das von Manila nach Acapulco (Mexiko) lief. Der Ausschuß von Fremden war der spanischen Kolonialpolitik nicht eigentümlich, bildete vielmehr in allen Kolonien europäischer Völker die Regel. Es läßt sich aber leicht begreifen, daß selbst in Friedenszeiten der Schleichhandel anderer Nationen in den ausgedehnten und weit entfernten spanischen Kolonien eine wirksame Behinderung nicht finden konnte. Im Utrechter Frieden (1713) mußte Spanien durch den sog. Assientovertrag England das Recht gewähren, jährlich 4800 Neger in die spanischen Kolonien einzuführen und die Messe zu Portobello mit einem Schiffe von 500 Tonnen zu besuchen. Das gestattete Verkehrsmaß wurde jedoch regelmäßig überschritten. Das „eine“ Schiff füllte sich stets wieder mit neuer Ladung und hat dem spanischen Kolonialhandel schweren Schaden zugefügt.

Über 200 Jahre lang dauerte die staatliche Bevormundung in derselben Form. Im Jahre 1740 gestattete man zunächst sog. Registerschiffe zwischen die offiziellen Fahrten einzuschleiben. 1748 endigten die Flottenfahrten. 1765 wurde allen

¹ Oncken, Geschichte der Nationalökonomie I 183.

Spaniern der Handel mit Westindien von allen spanischen Häfen gegen eine Abgabe freigegeben, später auch mit den andern Kolonien, zuletzt 1788 mit Mexiko. Wenn nun auch der spanische Handel rasch sich hob, so war es doch zu spät, um die früheren Fehler wett zu machen.

„Daß das Monopol des Handels mit volkreichen und blühenden Kolonien nicht allein hinreichend ist, Industrien in einem Lande zu begründen oder nur zu erhalten“, bemerkt Adam Smith¹, „beweisen die Beispiele Spaniens und Portugals hinlänglich. Beide waren Industrieländer, ehe sie bedeutende Kolonien hatten. Seitdem sie die reichsten und fruchtbarsten Kolonien der Welt besitzen, sind sie keine Industrieländer mehr.“ Alles suchte reich zu werden, nicht durch Arbeit in der Heimat, sondern durch Aneignung der kolonialen Schätze. Der Schwerpunkt der spanischen Volkswirtschaft lag in den Kolonien und in dem kolonialen Handel. Sobald nun die politische Machtstellung Spaniens und sein koloniales Monopol durch die List oder Gewalttätigkeit seiner Neider erschüttert wurde, mußte der stolze Bau des spanischen Reichtums in sich zusammenbrechen². Das edle spanische Volk stieg von seiner Höhe herab, weil es das über die Maßen große Glück der Entdeckungen nicht durch eine weit ausblickende und maßvolle Politik zur Begründung eines langsam steigenden, aber sicher fundierten und um so dauerhafteren allgemeinen Wohlstandes zu verwerten gewußt hatte. Jene Vernachlässigung der produktiven Arbeit auf vaterländischem Boden³, die allzu starke Abgabe persönlicher Kräfte an die Kolonien usw., mußten sich bitter rächen. Die Versorgung eines großen Reiches kann nicht betrieben werden wie die Verproviantierung einer blockierten Festung (A. v. Humboldt)⁴.

Es ist spottweise gesagt worden, Spanien habe in seine Kolonien nur Ritter und Mönche senden können. In der Tat hatten die Spanier nach Geschichte und Charakter nicht das Zeug zu einem reinen Krämervolk. Doch wird heute wenigstens ein Vorzug der spanischen Kolonisation anerkannt: „Während die Ansiedlungspolitik der romanisch-katholischen Völker in Amerika den Indianern freundlich zugeneigt war und darauf ausging, sie zur Zivilisation zu erziehen“, sagt Oncken⁵, „kannte die anglikanisch-protestantische Kolonialpolitik im Norden diese Rücksicht nicht. Im Gegenteil ging dieselbe darauf aus, die einheimische Bevölkerung auszurotten und sich an deren Stelle zu setzen.“ —

¹ Untersuchung über das Wesen und die Ursachen des Volkswohlstandes III. 4. Buch, 7. Kapitel, 140.

² Untergang der Armada 1588.

³ Der Italiener Alberoni hat später unter der Regierung König Philipps V. als dessen Minister (1714—1719) versucht, das Versäumte nachzuholen und ein eigenes Gewerbsleben zu schaffen, ohne freilich in so kurzer Zeit größere Erfolge erzielen zu können.

⁴ Vgl. Rudolf Leonhard, Zwei Beiträge zur spanischen Wirtschaftspolitik im 18. Jahrhundert, in Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft LXV (1909) 551 ff.

⁵ Geschichte der Nationalökonomie I 187 f., auch 181. Ferner Roscher, Kolonien, Kolonialpolitik und Auswanderung³ (1856) 143 ff. Adler, Geschichte des Sozialismus und Kommunismus (1899) 188 ff. Gothein, Der christlich-soziale Staat der Jesuiten in Paraguay (1883). Auch Elisée Reclus stellte in der Géographie universelle der spanischen Kolonialpolitik ein gutes Zeugnis aus.

Bereits in der Mitte des 15. Jahrhunderts (1441) hatte Portugal sich den Besitz aller Länder zwischen dem westafrikanischen Kap Bojador und Indien durch den Papst zusprechen lassen. Kalixt III. bestätigte (am 8. Januar 1454) die Bulle seines Vorgängers. Auch Sixtus IV. erkannte (am 21. Juni 1481) abermals das portugiesische Vorrecht an. Als nun später die spanischen Entdeckungen eine Aufrechthaltung der Ansprüche Portugals unzulässig erscheinen ließen, teilte Alexander VI. am 4. Mai 1493 die Welt in zwei Hälften durch den Meridian, welcher von den Azorischen und Kapverdischen Inseln 100 Leguas westlichen Abstand habe, und sprach die westliche Hälfte Spanien, die östliche Portugal zu¹.

Während die Spanier durchgängig ganze Landstriche mit den Bewohnern derselben unterwarfen (Territorialkolonien), mußten die Portugiesen, wenigstens in Indien, sich auf die Anlage befestigter Plätze (Faktoreiniederlassungen) beschränken, da eine Unterwerfung der vorgefundenen Bevölkerung ihre Macht überstiegen hätte. In der Zeit der Vereinigung von Spanien und Portugal (1580 bis 1640) ging dann die portugiesische Kolonialverwaltung in der spanischen auf. Nach der Trennung verblieb Portugal als Kolonialbesitz nur noch Brasilien. Dauernden Wohlstand haben die Kolonien, aus gleichen Gründen wie Spanien, auch Portugal nicht verschafft. „Man vernachlässigte es, die ökonomischen Fortschritte des eigenen Landes zu unterstützen, man vergaß die ersten Beispiele, welche von den Königen der Dynastie Burgund gegeben waren, die Landwirte und Kolonisatoren waren: die Quelle eines vorübergehenden Wohlstandes erschöpfte sich, ohne daß ein Tropfen von ihr auf die Felder und auf die portugiesische Landwirtschaft fiel, um sie zu befruchten.“² In industrieller Hinsicht geriet

¹ Alfred Zimmermann, *Kolonialpolitik* (1905) 13. Viktor Cathrein, *Die Kongofrage*, in *Stimmen aus Maria-Laach* LXXI (1906) Heft 7. Hier wird eine Erklärung für das Verhalten der Päpste in folgendem Sinne gegeben: Wie ist die „Schenkungen“ des Papstes zu verstehen? Dieselbe kann sich nur auf das Recht beziehen, die neu entdeckten Länder mit Ausschluß anderer europäischer Mächte ihrer Herrschaft zu unterwerfen. Vorausgesetzt wird als selbstverständlich, daß diese Unterwerfung auf rechtmäßige Weise sich vollziehe. Schon bestehende und wohlerworbene Rechte der Einzelnen konnte und wollte der Papst nicht annullieren. In einer ähnlichen Konzession an Portugal vom Jahre 1497 bediente sich Alexander VI. derselben Formel „schenken“ mit einer ausdrücklichen Einschränkung, welche sich auf die freiwillige Unterwerfung der Eingeborenen bezog. Es heißt in derselben, der Papst verleihe dem König Emanuel die Herrschaft über alle Städte und Länder, welche ihn freiwillig als ihren Herrn anerkennen und ihm Abgaben entrichten würden, und er wolle auch in keiner Weise die Könige, Fürsten oder Herren, die dort ein Recht besitzen, derselben berauben. Er hat also bloß als Schiedsrichter die Ansprüche Portugals und Spaniens geteilt, um dadurch verderbliche Kriege zu verhindern, die zwischen den christlichen Mächten in der Neuen Welt entstehen konnten und die Christianisierung der Heiden verhindert oder beeinträchtigt hätten. Dazu war er nicht bloß als damals allgemein anerkannter Schiedsrichter der christlichen Völker, sondern auch als Oberhaupt der Kirche berechtigt, dem es zusteht, für die Verkündigung des Evangeliums zu sorgen und die Hindernisse derselben zu beseitigen. Wollen wir also die Tat Alexanders VI. in die moderne Diplomatensprache übersetzen, so hat er die Interessensphäre zwischen den beiden streitenden Mächten abgegrenzt und beiden das ausschließliche Recht zuerkannt, in ihrer Sphäre friedliche und rechtmäßige Erwerbungen von Ländergebieten zu machen.

² Pudor, *Geschichte der Kornhausgenossenschaften in Portugal*, in *Jahrbücher für Nationalökonomie* XXX (1905) 351.

Portugal in Abhängigkeit von den Niederlanden, später von England. „Lissabon“, sagt Christian Eckert¹, „von wo einstens die kühnen Seefahrer ausliefen, die den neuen Weg nach Indien entdeckten, die Stadt, die im 16. Jahrhundert zeitweise der bedeutendste Welthandelsplatz gewesen, hat, seitdem die Völker der Pyrenäischen Halbinsel in kolonialen Eroberungen schnell sich erschöpft hatten, trotz aller Gunst der natürlichen Lage viel von seiner einstigen Bedeutung eingebüßt. Die ausländische Flagge überwiegt heute weit bei den anlandenden Schiffen. Die Organisation des Handels liegt guten Teils in fremden, meist englischen, (vor dem Weltkrieg) aber auch deutschen Händen. Reichtum, wo er sich noch findet, gehört Zugezogenen, nicht Landeskindern, soweit diese nicht etwa in Brasilien ihr Glück gemacht haben.“

7. Der Merkantilismus der Niederlande. Die geringe Ausdehnung des heimatlichen Gebietes würde den Holländern bei vorwiegender Bodenkultur nur einen mäßigen Wohlstand verschafft haben. Ihre maritime Lage aber erlaubte es den Niederlanden, sich auf den Handel zu verlegen. In dieser Hinsicht wurden sie dann in gewisser Weise Nachfolger der Venetianer und Genuesen. Von Lissabon aus vertrieben sie die ostindischen, überhaupt die überseeischen Waren durch Europa. Als sie in ihren höher zielenden Bestrebungen auf Hindernisse stießen, kämpften ihre Denker mit philosophischen, ihre Handelsgesellschaften mit eisernen Waffen für Durchsetzung ihrer Pläne.

Nach dem damals herrschenden Prinzip der geschlossenen oder Eigentumsmeere beanspruchten nämlich Spanier und Portugiesen den ausschließlichen Besitz der Seestraßen zu ihren Kolonien. Dadurch wäre natürlich das Kolonialhandelsmonopol am wirksamsten gesichert worden. Allein die Niederländer hatten andere Interessen und darum auch andere Prinzipien. Der erst sechszwanzigjährige Hugo Grotius² veröffentlichte 1609 seine Schrift: *Mare liberum sive de iure quod Batavis competit ad Indicana commercia* (Das „freie Meer“ oder über das Recht, was den Niederländern am indischen Handel zusteht). Er legte dar, das Meer könne nicht zum Eigentum erworben werden, da es nicht von Menschen hergestellt, sondern von Gott der ganzen Menschheit zugeteilt sei. Auch der Grund und Boden sei Gottes Geschenk; aber er verdanke doch seinen Wert zugleich der menschlichen Betriebsamkeit, ohne welche er der Verwilderung überlassen geblieben wäre. Darum könne er im Privateigentum stehen, während das Prinzip des *mare clausum* (des „geschlossenen Meeres“) nur eine Usurpation rechtfertigen wollte. Freilich hat dann späterhin im Jahre 1635 der Engländer Selden in seiner gegen Grotius veröffentlichten Schrift „*Mare clausum*“ wiederum das Eigentum Englands an den dasselbe umgebenden Meeren gegenüber den Holländern verteidigt³.

Der mächtigen Stellung, welche in den Niederlanden das kapitalistische Bürgertum einnahm, entsprach es, daß hier nicht, wie, wenigstens ursprünglich, in Spanien und Portugal⁴, der Staat selbst das Monopol des Handels mit den

¹ Die städtische Handelshochschule Kölns. Bericht über das fünfte Studienjahr 1905/1906 (1906) 128.

² 1583—1645.

³ Oncken, Geschichte der Nationalökonomie I 179 ff. 190 f. 200. Schmoller, Umriss und Untersuchungen 51.

⁴ Alfr. Zimmermann, Kolonialpolitik 196 ff.

Kolonien in Anspruch nahm. Für den ostindischen Handel bildete sich bereits 1594 eine Maatschappij van verre, Gesellschaft für den Fernhandel. Aus ihr und einigen kleineren Gesellschaften ging 1602 die Niederländisch-Ostindische Kompanie hervor. Sie war nach den Landschaften, den „Staaten“, in Kammern gegliedert. Doch hatte Amsterdam allein über die Hälfte der 2153 (à 3000 Gulden ausgegebenen) Aktien. Der Gesellschaft stand das Monopol des Handels nach Ostindien zu. Sie wurde mit staatlichen Befugnissen ausgestattet. So hatte sie für die außereuropäischen Länder das Recht, Länder durch Krieg zu erobern, Frieden zu schließen, Zivil- und Kriminaljustiz zu üben, Münzen zu prägen usw. „Sie war ein künstlicher Nebenstaat auf rein kapitalistischer Grundlage, dessen Territorium gleichsam die Schiffe auf See bildeten und woran sich die überseeischen, den Spaniern entrissenen kolonialen Gebiete als Untertanenländer reihten. Die Kompanie war ein künstliches Ungeheuer, ein Hobbesscher Leviathan in optima forma. Durch diese Schöpfung war es den Niederländern möglich, mit Spanien zwar offiziell im Waffenstillstand zu leben (1609—1621), den Krieg aber durch die Kompanie außerhalb Europas dennoch fortzusetzen. Tat letztere das angeblich doch auf eigene Faust. Bald waren den Spaniern die wichtigsten ehemals portugiesischen Kolonien in Ostindien abgenommen worden, darunter die Molukken, die Gewürzinseln, wo die sich mit ihrem Freihandelsprinzip brüstenden Niederländer nun ein viel schrofferes Monopolsystem einführten, als es unter dem alten portugiesisch-spanischen Regimente je bestanden hatte.“¹

Es ist der rein kaufmännische Gesichtspunkt, der egoistische, auf schnellen und großen Gewinn erpichte kapitalistische Geist, der hier auch die Verwaltung bzw. Ausbeutung der kolonialen Gebiete bestimmte. Die Eingeborenen wurden dem Dienste der Gesellschaft geopfert, die Produktion streng überwacht. Auf Banda durften nur Muskatnüsse, auf Amboina nur Gewürznelken angebaut werden. Fanden sich die Gewürze anderswo angepflanzt, dann wurden sie ausgerottet. Niemand durfte Pflanzen in die Gebiete anderer Nationen übertragen. Drohte eine allzu reiche Ernte die Preise zu drücken, dann wurden große Massen der Produkte verbrannt. Im 17. Jahrhundert war der Wert der Aktien auf das Zehnfache gestiegen; ihre Inhaber erfreuten sich einer Dividende bis zu 75%. Hohe Beamtengehälter, eine schlechte Beamtenwirtschaft, Nebenhandel der Beamten usw. führten am Ende des 18. Jahrhunderts zu einem Defizit. Ungerechte Verwaltungen werden eben in der Regel selbst wieder durch ungerechte Verwalter gestraft. 1795 wurde die Gesellschaft aufgelöst.

Darf die Ausbeutung der Kolonien als die rücksichtsloseste bezeichnet werden, so wirkte der kapitalistische Geist auch nach anderer Seite hin verderblich. Schmoller hat die Holländer jener Zeit die härtesten, kriegerischsten Monopolisten im Sinne des Merkantilsystems genannt, die es je gegeben.² „Der heroische religiöse Befreiungskrieg der Niederländer vom spanischen Joche ist (ihm zufolge) bei Lichte besehen ein fast hundertjähriger Kolonieeroberungskrieg in Ostindien und ein ebenso langer Kaperkrieg gegenüber der spanischen Silberflotte und dem spanisch-amerikanischen Kolonialhandel.“ Die Frage der Religion bot hier, wie so oft³, einen bequemen Vorwand. Wurde die Religion zum Hindernis der materiellen Bereicherung, dann zog man die religiöse Fahne

¹ Oncken a. a. O. I 189.

² Umriss und Untersuchungen 48.

³ Ebd. 47.

wieder ein. Als Japan die Christen verfolgte, waren die Holländer keine Christen; sie kämpften mit gegen die Portugiesen. So konnten sie ihre Faktorei auf der Insel Desima im Hafen von Nagasaki erhalten und das Monopol des europäisch-japanischen Handels erwerben¹. Auch sonst verstanden sie es „mit List und kaufmännischem Talent, unter Umständen aber auch mit frevelhafter Gewalt- und Mordtat, alle andern Europäer fern und die Völker des Orients im Handel niederzuhalten“².

Immerhin ist es eine merkwürdige Tatsache, daß ein verhältnismäßig kleiner, aber an beweglichem Besitz reicher Staat große Mächte mit ausgedehnten Territorien erfolgreich bekämpfte. Auf die Dauer konnte das freilich kaum gelingen. Höchst unklug war es, daß Holland die Empfindlichkeit und das Gewinnstreben der andern Völker immer wieder von neuem verletzte. Nicht minder schädlich mußte es wirken, daß Kolonien in einer Weise unterjocht und ausgenützt wurden, wie der Sklavenhalter seine Sklaven sich dienstbar macht. Kolonien, zu eigenem Wohlstande durch die Fürsorge des Mutterlandes emporgehoben, würden diesem einen viel dauerhafteren Vorteil gebracht haben. Und dann — Hollands Größe stützte sich auf das bewegliche Meer, wurzelte kaum im eigenen Lande. Das Schicksal der Seemächte aber ist unsicher. Blüte und Verfall folgen sich da oft schneller als sonst. Man hat die Holländer die „Frachtfahrer Europas“ genannt. Nachdem die Hansa durch den Dreißigjährigen Krieg vernichtet, war der Seetransport fast aller Nordstaaten auf die Niederländer übergegangen. Der Frachtfahrer aber wird nur solange beschäftigt, als man seiner bedarf bzw. ihn nicht durch eigene Fahrzeuge ersetzen kann.

8. Der englische Merkantilismus³. Gegen Hollands Zwischenhandel richtete sich Cromwells Navigationsakte vom Jahre 1651.

Dieselbe bestimmte: 1. daß Fischerei und Schiffahrt in den englischen Küstengewässern von fremden Fahrzeugen nicht ausgeübt werden dürfe. 2. Allen Schiffen, deren Mannschaft nicht zu drei Viertel aus Engländern bestand und deren Eigentümer und Kapitäne nicht britische Untertanen waren, wurde bei Strafe des Verlustes von Schiff und Ladung verboten, den Transport zwischen dem englischen Mutterland und seinen Kolonien und Pflanzungen auszuführen. 3. Der englische Warenverkehr mit den europäischen Ländern sollte, unter Ausschluß jedes Zwischenhandels, entweder durch die Schiffe des Ursprungslandes der Waren oder mit englischen Schiffen geschehen. 4. Nichtenglische Kaufleute hatten für die nach England gebrachten Waren den doppelten Zoll zu entrichten wie die englischen Kaufleute. 5. Alle aus den Kolonien ausgeführten Produkte sollten nur nach englischen Häfen verschifft werden.

Adam Smith bemerkt⁴, die Navigationsakte sei aus der nationalen Verbitterung der Engländer gegen Holland hervorgegangen. Dennoch sei sie so weise, als wenn ihre Bestimmungen von dem besonnensten Verstande eingegeben wären: „Die nationale Erbitterung ging zu jener Zeit ganz auf dasselbe Ziel, welches die bedächtigste Weisheit hätte empfehlen können — auf die Verminderung der holländischen Seemacht, der einzigen, welche die Sicherheit Englands zu gefährden

¹ Oncken, Geschichte der Nationalökonomie 189 f.

² Schmoller, Unrisse und Untersuchungen 47. ³ Oncken a. a. O. 200 ff.

⁴ Wealth of Nations Buch 4, 3. Kapitel; in Stöpels Übers. II 241 f.

imstande war.“ Freilich entspricht das Navigationsgesetz nicht gerade dem Ideal „der vollkommensten Handelsfreiheit“. Es „ist dem auswärtigen Handel oder dem Zuwachs an Reichtum, der aus demselben entstehen kann, nicht günstig. . . . Da jedoch Verteidigung weit wichtiger ist als Reichtum, so ist die Navigationsakte vielleicht das weiseste aller Handelsgesetze Englands.“ Ein Gesetz, das den holländischen Zwischenhandel unterdrückte, England in den „Alleinbesitz seines Handels und der goldenen Früchte desselben“ setzte, war aber auch für den Zuwachs englischen Reichtums von größter Bedeutung, wie es die Grundlagen der englischen Seemacht legte.

Holland versuchte zwar, England durch Krieg (1652—1654) zur Zurücknahme der Navigationsakte zu zwingen. Doch ohne Erfolg. Die Navigationsakte wurde 1660 neu bestätigt, später dahin ergänzt, daß im Interesse der einheimischen Landwirtschaft die Einfuhr gewisser agrarischen Produkte der Kolonien ähnlichen Beschränkungen wie die fremdländischen Erzeugnisse unterworfen wurden. Nachdem 1783 nach der Lostrennung der Vereinigten Staaten von Nordamerika zunächst diesen, später auch europäischen Staaten gegenüber Milderungen in dem Ausschlusse fremder Schiffe eingeführt waren, erlosch das merkantilistische Schiffahrtsschutzsystem vollständig erst um die Mitte des 19. Jahrhunderts. Auch die Küstenschiffahrt wurde 1854 nichtenglischen Schiffen gestattet.

Wie das Seewesen, so fanden in England nicht minder die Manufakturen (speziell die Wollenmanufaktur¹) und der Großhandel sorgfältige Pflege.

Die bereits 1505 gestiftete Company of Merchant Adventurer verkaufte englische Wollentücher an den wichtigsten Handelsplätzen des Kontinents; sie begründete, veranlaßt durch den „königlichen Kaufmann“ Thomas Gresham², selbst in Hamburg eine Niederlassung. Als die Hansestädte den englischen „wagenden“ Kaufleuten den Handel auf deutschem Boden durch kaiserlichen Befehl verbieten ließen, schloß die Königin Elisabeth 1598 den sog. Stahlhof (steel yard), den Stapel der Hansa in London.

Im Jahre 1600 wurde die englische Ostindische Kompanie gegründet, die seit 1661 ähnlich der holländischen sich des Rechtes des Krieges und Friedens in nichtchristlichen Ländern erfreute. Schon 1603 eroberte Walter Raleigh in Nordamerika ein Gebiet, das er zu Ehren der „jungfräulichen“ Königin Virginia nannte.

Die merkantilistische Grundanschauung trat klar zutage in einer von Robert Walpole verfaßten Thronrede Georgs I. (vom 19. Oktober 1721). Der König legte darin die allgemeinen Leitsätze der englischen Wirtschaftspolitik

¹ Das ging bis ins kleinste. Eine alte Bestimmung, angeblich aus Elisabeths Zeit, forderte z. B., daß Lordkanzler und Richter des Oberhauses auf einem Wollsack sitzen sollten. Erst 1814 wurde ein Gesetz von 1666 aufgehoben, demzufolge jede Leiche in einem Wollenlaken englischer Produktion beerdigt werden mußte.

² „Gresham war es, der systematisch darauf ausging, das Handelsmonopol der deutschen Hansa zugunsten der einheimischen Kaufmannschaft zu brechen und an Stelle des bisherigen Stapelsystems das System der Börse nach dem Vorbilde Antwerpens zu setzen. Im Jahre 1568 wurde das hauptsächlich auf seine Kosten errichtete Börsengebäude in London in Gebrauch genommen und Ende 1571 unter feierlicher Einweihung durch die Königin mit dem Namen ‚Royal Exchange‘ belegt, den es noch heute trägt“ (Oncken, Gesch. der Nationalökonomie I 198). Auf Gresham wird das sog. Greshamsche Gesetz (bad money drives out good) zurückgeführt.

dar, indem er davon ausging, daß auf dem Handel der Reichtum und die Größe Englands beruhe. Kein Zweifel bestehe darüber, daß es zur Erreichung eines so allgemein wohltätigen Gutes, wie die Ausdehnung des Handels es sei, ein sichereres Mittel nicht gebe, als die Ausfuhr der englischen Manufakturen einerseits, die Einfuhr der dazu erforderlichen Rohstoffe anderseits so bequem und so steuerfrei wie möglich zu machen: „Auf diesem Wege fällt die Handelsbilanz zu unsern Gunsten aus, unsere Schifffahrt wächst, und die Zahl der Armen, die wir beschäftigen können, nimmt zu.“ Dann heißt es noch, aus den amerikanischen Kolonien würden die zum Schiffbau nötigen Materialien zu entnehmen sein. Das diene zur Erhöhung des Reichtums des Mutterlandes, und man könne dadurch die Kolonien „abhalten, sich mit Manufakturen zu befassen, welche unmittelbar denen Großbritanniens ins Gehege kämen“¹.

Da zeigt sich hier schon jene rücksichtslos egoistische Politik, durch welche England allerdings große Erfolge erzielt hat: „Unter der seltenen Gunst seiner ozeanischen Lage und einer zu frühzeitiger Stetigkeit gelangten Verfassung“, sagt Eisenhart², „hat sich das englische Volk an die wirtschaftliche Unterwerfung und Ausbeutung des Erdkreises begeben, seine Rohstoffe allerorten an sich ziehend, um sie, wie in einer Zentralwerkstatt verarbeitet, mit Gewinn an die Völker zurückzugeben. Mit Gewalt unterwirft es sich, ein zweites Karthago, die halbe, transatlantische Welt und bildet sie sich durch die Kraft seiner Industrie zu einem Dorado, indem es sich das Monopol ihrer Rohstoffe und deren Verarbeitung vorbehält. Die europäischen Zollgrenzen aber weiß es mit punischer List durch geschickte Handelsverträge gleichwohl zu durchbrechen. Man weiß nicht, ob auf Überzeugung beruhend oder auf Täuschung berechnet, wird die berühmte Lehre aufgestellt, daß das Festland von Natur auf den Ackerbau angewiesen sei wie England auf die Manufakturen. Beide Seiten verhielten sich zueinander wie zwei Kaufleute, die in verschiedenen Zweigen Handel treiben und die sich wechselseitig durch Warenaustausch bereichern. In diesem Sinne gelingt ihm bereits 1703 der Methuen-Vertrag³ mit Portugal (Einfuhrfreiheit für dessen Weine gegen eine gleiche für englische Wollwaren) wie 1786 der gleichartige Eden-Vertrag⁴ mit Frankreich. Noch in den dreißiger Jahren des 19. Jahrhunderts hat es dem Deutschen Zollverein einen gleichen Löwenvertrag anbieten lassen, freie Kornausfuhr für Deutschland gegen Zollfreiheit für englische Baumwollenwaren.“

Der Egoismus gegenüber andern Ländern, des Mutterlandes im Hinblick auf die eigenen Kolonien, ist gerade keine Besonderheit des englischen Merkantilismus. Eine charakteristische Eigentümlichkeit Großbritanniens aber war es, daß der

¹ Aug. Oncken, Geschichte der Nationalökonomie I 204 f. mit Verweis auf Wilh. Oncken, Zeitalter Friedrichs des Großen I 114.

² Geschichte der Nationalökonomie² (1891) 23 f.

³ 1703 durch den englischen Gesandten Lord Methuen abgeschlossen. Vgl. dagegen über diesen Vertrag A. Smith, Wealth of Nations Buch 4, 6. Kapitel; in Stölpels Übersetzung III 54 ff.

⁴ 1786 durch Lord Eden (Aukland) abgeschlossen. Der 1713 (als Anhang zum Utrechter Frieden) mit Spanien geschlossene „Assiento de negros“, kurz „Assiento“ (d. i. Vertrag) genannt, wurde, wie oben bereits bemerkt, listig ausgenützt, um den Handel Spaniens mit seinen eigenen Kolonien schwer zu schädigen. Vgl. Aug. Oncken a. a. O. 204.

Wohlstand eines Bestandteils des „United Kingdoms“ im Interesse der Bereicherung anderer Landesteile geopfert wurde. Zu Gunsten der kapitalistischen Whigs verfügte Wilhelm III. die Unterdrückung der Wollenindustrie Irlands¹, verbot dort die Ausfuhr von Wollenwaren².

Besondere Erwähnung verdient das unter der Regierung Wilhelms III.³ erlassene Korngesetz von 1689, das eine Preisregulierung nicht auf dem Wege offizieller Preisfestsetzung und vermittelt staatlicher Getreidemagazinspolitik, sondern durch die nationale Ein- und Ausfuhrpolitik zu bewirken suchte. Als Normalpreis wurden für Weizen 48 Schilling pro Quarter, für Roggen 32 Schilling, für Gerste 24 Schilling angesetzt. Blieb der tatsächliche Preis auf dem inländischen Markte unterhalb jenes Normalpreises, dann wurde für die betreffende Getreideart die Einfuhr vom Ausland verboten; der Export aber wurde prämiert, und zwar mit 5 Schilling pro Quarter Weizen, 2½ Schilling pro Quarter Roggen oder Gerste. Erhob sich der im Inland gezahlte Preis aber über die normale Höhe, dann fielen die Ausfuhrprämien weg, der Import wurde zugelassen so lange, bis wieder der Normalpreis erreicht war. Erblickt man das Wesen des Merkantilismus in der landesfürstlichen oder staatlichen Wohlstandsfürsorge speziell mit Anwendung gewisser, die Ein- und Ausfuhr der Produkte betreffenden Maßregeln, so mag man immerhin den etwas paradox klingenden Ausdruck „Agrarmerkantilismus“ auf jenes englische Korngesetz anwenden dürfen. Gustav Ruhland sagt mit Rücksicht auf die merkantilistische Getreidehandelspolitik: „Wo wie in Preußen das Einkommen aus den Domänen einen wesentlichen Teil des Staatseinkommens ausmachte, mußte eine weise Regierung bestrebt sein, durch eine zielbewußte Magazinspolitik in Verbindung mit einem ganz bestimmten System von Einfuhrverboten, Einfuhrzöllen und eventuellen Ausfuhrvergünstigungen die Getreidepreise möglichst stetig auf mittlerer Höhe zu erhalten. Das ist bekanntlich am vollkommensten einem Friedrich dem Großen gelungen. Wo wie in Frankreich das Staatseinkommen hauptsächlich auf Gewerbe und Industrie beruhte und dem gegenüber das Einkommen aus den Domänen wesentlich zurücktrat, da war man logischerweise bestrebt, vor allem durch Ausfuhrverbote möglichst niedrige Getreidepreise zu erzielen, um damit dem Gewerbe und der Industrie möglichst billige Arbeitskräfte beschaffen zu helfen. Wo wie in Holland die Getreidehändler zu den Herren des Landes gehörten, war die Freiheit des Getreidehandels als Regel neben dem Prinzip der Ansammlung großer Getreidevorräte die selbstverständliche Getreidepolitik. Wo aber wie in England die Herren des Landes im Parlament saßen und zur Hälfte aus Vertretern des mobilen Besitzes (Whigs), zur andern Hälfte aus Latifundienbesitzern (Tories) sich zusammensetzten, da war es nicht minder natürlich, daß auch für Getreide eine Exportprämie aus der Staatskasse gezahlt wurde, nachdem eben diese Begünstigung

¹ Als Mitglied des Council of Trade befürwortete John Locke in einer Denkschrift (1697) diese Unterdrückung der irländischen Wollmanufaktur im Interesse der englischen.

² Vgl. William Cobbett, Geschichte der protestantischen Reform in England und Irland, deutsche Übersetzung⁴ (1862).

³ In die Zeit der Regierung Wilhelms fällt auch die Begründung der Bank von England (1694) durch W. Paterson.

⁴ Ruhland, System der politischen Ökonomie I (1903) 48 f.

den wichtigsten gewerblichen Produkten zugebilligt worden war. So erklärt sich zwanglos die Verschiedenheit der merkantilistischen Getreidehandelspolitik.“

Wie dem auch sei, die Grundlagen zu dem heutigen Wohlstande Englands wurden nicht in der freihändlerischen Epoche, sondern schon vor ihr gelegt¹. Der Hinweis auf die glanzvolle Entwicklung des britischen Reiches sollte stets mit der Erwähnung des Schutzes sich verbinden, den England ehemals seiner nationalen Arbeit und insbesondere seiner Landwirtschaft gewährte.

9. Deutschland und Italien in merkantilistischer Zeit. Die führende Rolle, welche während des Mittelalters Italien und Deutschland in der wirtschaftlichen wie der gesamten Kulturbewegung eingenommen hatten, ging seit dem Beginn der Neuzeit mehr und mehr auf die westeuropäischen Mächte über. Die Entdeckung Amerikas und des Seewegs nach Indien führten zu einer Verlegung der Welthandelsstraße und einer Ablenkung des Hauptstromes des Welt Handels vom Mittelmeer und dem inneren Europa zum Weltmeere und zu denjenigen Völkern, die am Weltmeer ihren Wohnsitz hatten. Überdies hätte es wohl zu dauernd gewinnreichen überseeischen Entdeckungs- und Handelszügen größerer Kraft und eines stärkeren Rückhaltes bedurft, als die kleinen Territorien der italienischen Stadtrepubliken² auf- und darbieten konnten. Erst in neuester Zeit zeigt sich namentlich in Norditalien wieder frisches Leben und Streben. Genua, la Superba, die bedeutendste Handelsstadt Italiens, steht heute im lebhaftesten Wettbewerb mit Marseille, dem ersten Handelsplatz Frankreichs, dem Vermittlungspunkt zwischen Westeuropa und dem Orient³.

Auch in Deutschland fehlte jene politische und wirtschaftliche Geschlossenheit der nationalen Macht, ohne welche bedeutendere Unternehmungen nach außen an sich und um so mehr unausführbar bleiben, wenn mächtige Neider und Gegner überall den Weg verlegen. Immerhin machten die oberdeutschen Kaufleute, anfangs nicht ohne Erfolg, den Versuch, u. a. durch neue Verbindungen mit Lissabon und Antwerpen in den veränderten, durch Umlegung der Welthandelsstraße geschaffenen Verhältnissen sich zu behaupten⁴. Das Handelshaus der Fugger verfügte 1546 über ein Handelskapital von rund 5 Millionen Gulden, wie es größer in den Handlungshäusern damaliger Zeit sich nicht vereinigt fand. Aber die Blütezeit des deutschen Handels war vorüber, wenn auch der Glanz des Reichums in manchen Städten, wie Augsburg und Nürnberg, einstweilen noch fort-dauerte. In der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts zeigte sich schon deutlich der Niedergang. Nach der Vereinigung Portugals mit Spanien verfiel der Handel der oberdeutschen Städte mit Portugal. Der Handel mit Spanien aber brachte keinen Vorteil, nachdem die Holländer und Engländer, mit Umgehung Spaniens, sich direkte indische Handelsverbindungen verschafft hatten, andererseits aber die deutschen Schiffe mit Gewalttaten und Konfiskation bedrohten. In Brügge hatten

¹ Vgl. Eisenhart, Geschichte der Nationalökonomik 22 f. Pitts „Customs Consolidation Act“ von 1787 nennt Eisenhart „das Bollwerk der englischen Handels- und Gewerbsgröße“.

² Diese, namentlich Florenz und Venedig, hatten schon seit dem 13. Jahrhundert ihre Industrie durch Schutzzölle und Einfuhrverbote zu stärken und zu heben versucht.

³ Chr. Eckert, Handelshochschule in Köln. Bericht 1906, 123 f.

⁴ Vgl. R. E. May, Die Wirtschaft in Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft (1901) 292 ff.

ehedem die Hanseaten ihren Stapel, die oberdeutschen Kaufleute ihre Kaufhäuser gehabt¹. Es wurde dort nach Stapelrecht gehandelt. Nur die aufgestapelten und in offizieller Schau besichtigten Waren durften verhandelt werden. Ein solcher reiner Effektivhandel war solid; aber er genügte dem spekulativen Geist des Kaufmannes nicht mehr, als mit Entdeckung der neuen Seewege der Handel mit Kolonialwaren dem unternehmenden Wagemut reichen Gewinn versprach. Antwerpen, welches nicht ausschließlichen Stapelhandel kannte, vielmehr dem Börsenhandel freie Entfaltung gewährte, zog darum die Kaufleute an, welche in Zeit- und Termingeschäften ihr Glück versuchten und noch „schwimmende“ Kolonialwaren auf den Termin der Ankünfte der indischen Flotten verhandelten. Man zählte damals über 1000 fremde Handelshäuser in Antwerpen. Im niederländischen Aufstande wurde die Stadt 1585 durch die Spanier erobert. Ihr Handel ward gesperrt. An Stelle Antwerpens trat nun das im Gebiete der unabhängigen Generalstaaten gelegene Amsterdam. Die Holländer ihrerseits sperrten die Schifffahrt auf dem Rhein und der Schelde und wurden so, durch Ausschluß des deutschen Handels, im Norden die unumschränkten Herren; sie verstanden es, weite Gebiete des deutschen Reiches in wirtschaftliche Abhängigkeit zu bringen.

Großen Schaden verursachten auch die in damaliger Zeit üblichen Münzverschlechterungen. Nicht nur die Reichsstände suchten aus ihrem Münzrechte eine ergiebige Einnahmequelle zu schaffen, auch kaufmännische Spekulanten, welche die Münzgerechtigkeiten gepachtet, beteiligten sich an dem Raube; sie schafften vollwertige Münzen ins Ausland und führten schlechtes Geld dafür ein.

Eine neue, gewaltige Schädigung des wirtschaftlichen Lebens verursachte der Dreißigjährige Krieg. Weithin Verarmung des Volkes, Vernichtung der Kraft des Bürgertums, seines Unternehmungsgeistes und seiner Unabhängigkeit, das war die Folge des entsetzlichen Kampfes.

Den Landesfürsten, wenigstens in den größeren Territorien, ist es mit zu verdanken, daß allmählich wieder mehr Leben in die deutsche Wirtschaft kam. Freilich waren diese Territorialfürsten gestrenge Herren, deren Wille in wirtschaftlichen Dingen „als genau so entscheidend angesehen wurde wie auf der Wachtparade“. Die Frage war, wie Schmoller bemerkt², in der Zeit von 1680 bis 1780 nicht mehr, ob eine merkantilistische Politik notwendig und wünschenswert sei. Darüber herrschte Einstimmigkeit: „Wir müssen tun, was Holland, Frankreich und England uns vorgemacht haben, wir müssen die fremden Waren ausschließen, wir müssen wieder Herr im eigenen Hause werden. Mit unerbittlicher Deutlichkeit hatten die Tatsachen die Lehre gepredigt, daß in einer Zeit, in welcher die vorangeschrittensten Kulturnationen mit dem schroffsten National egoismus, mit allen Mitteln der Finanzen, der Gesetzgebung und der Gewalt, mit Schifffahrts- und Sperrgesetzen, mit Flotten und Admiralitäten, mit Kompanien und einem staatlich geleiteten und disziplinierten Handel den kollektiven Kampf ums Dasein führen, unnachsichtlich zum Ambos werde, wer nicht Hammer sei. Mit dem 18. Jahrhundert setzt die merkantilistische Politik in Deutschland energischer ein; sie erreichte in Preußen unter Friedrich dem Großen

¹ Oncken, Geschichte der Nationalökonomie I 188.

² Umrisse und Untersuchungen 55.

ihre höchste Entwicklung¹. Aber auch in Österreich wurden die gleichen Ziele verfolgt. Man wollte die „Commerciens“ heben, Industrie und Handel fördern. „Der Großkaufmann wurde ‚Kommerzienrat‘, ursprünglich ein Amtstitel, der den Räten der Kommerzkollegien zukam, und man sah allmählich den Reichtum des Kaufmanns als einen Beweis des Landesreichtums an.... Colberts System wurde das Vorbild für die wirtschaftlichen Bestrebungen des 18. Jahrhunderts. Ausfuhrverbote für die Rohprodukte, Einfuhrverbote für fremde Manufakturwaren, Monopole und Begünstigungen bei Einführung neuer Industriezweige, Ankauf oder staatliche Besorgung von Rohmaterialien, Vorstüsse, Prämien Steuerbefreiungen waren die Mittel, die die Industrie heben sollten.“²

Nur einige Worte über die Politik Friedrichs des Großen insbesondere. Der aufgeklärte Absolutismus des 18. Jahrhunderts soll angeblich Friedrichs Wahlspruch gehuldigt haben: „Le roi c'est le premier serviteur de l'État“, wie der höfische Absolutismus Louis XIV. durch das Wort: „L'État c'est moi“, gekennzeichnet werde. Nach Roscher wäre hinzuzufügen, daß der „erste Diener des Staates“ „im Namen des Staates viel ungenierter Gut und Blut des Volkes“ in Anspruch genommen habe als der höfische Absolutismus im Namen des Königs. „Die Staatsmaschine“ und deren Wohl verlangt in der Politik den ersten Platz. Im übrigen hat Friedrich II. Tüchtiges geleistet auf dem Gebiete der staatlichen Wohlstandspolizei. Der Ackerbau galt ihm als „die erste der Künste, ohne die es keine Kaufleute, Könige, Poeten, Philosophen geben würde“. Der Einrichtung und Verwaltung der Kornmagazine ward besondere Sorgfalt gewidmet. Nach einer Instruktion an das Generaldirektorium von 1748 soll der Kornpreis zwischen 18 Groschen und einem Taler festgehalten werden. Für Hebung des Gewerbefleißes wurden die bekannten merkantilistischen Maßregeln (Verbot der Ausfuhr von Rohstoffen, Erschwerung fremder Einfuhr u. dgl.) angewandt. Derjenige Handel erscheint Friedrich II. als der vorteilhafteste, der bares Geld ins Land schafft. „Nimmt man alle Tage Geld aus einem Beutel und steckt nichts dagegen wieder hinein, so wird er bald leer werden.“ In der Instruktion für das Generaldirektorium von 1748 heißt es: „Drei Arten von Kommerzium sind dem Lande nützlich: die erste, wenn man Sachen, die im Lande hervorgebracht und fabriziert worden, in auswärtige Lande verschickt und davor bar Geld zurück erhält; die zweite, wenn man fremde Waren kommen, solche nur durch das Land gehen läßt und sie außerhalb des Landes wieder absetzt; die dritte, wenn man Landeswaren gegen auswärtige, die man notwendig braucht, umsetzt und verwechselt. . . . Die erste Art ist ohnstreitig die beste, daher auch am allermeisten raffiniert werden muß. . . . Die dritte muß man solange mitnehmen, als man es nicht ändern oder besser haben kann.“³ Ebenso wenig wie der große Kurfürst in seinen afrikanischen Unternehmungen hatte Friedrich II. besondere Erfolge mit der Begründung einer asiatischen Handelskompanie und der Seehandlungs-

¹ Vgl. Schmoller, Studien über die wirtschaftliche Politik Friedrichs des Großen und Preußens überhaupt von 1680 bis 1786, im Jahrbuch für Gesetzgebung und Verwaltung Bd. VIII—X. Oncken, Geschichte der Nationalökonomie I 236.

² May, Die Wirtschaft in Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft 311.

³ C. Matschoss, Friedrich der Große als Beförderer des Gewerbefleißes (1912).

gesellschaft¹. Auch Österreich kam mit seinem Versuche einer Levante-Handelskompanie und der Kompanie von Ostende gegenüber der Eifersucht der Seemächte nicht weit.

Die deutsche Kraft war eben damals allzusehr zersplittert, um Hervorragendes leisten und Großes im Wettstreit der Völker erringen zu können. Die wenn auch zielbewußte Wirtschaftspolitik der Landesfürsten blieb immer noch eine bloß territoriale. Das Schutzsystem des eigenen Handels richtete sich nicht nur gegen das Ausland, sondern ebensowohl gegen die deutschen Nachbarn. Die Idee einer nationalen Wirtschaftspolitik erlangte nicht vor dem 19. Jahrhundert, und zwar zuerst im deutschen Zollverein, Gestalt und Verwirklichung.

Das führt uns noch einmal zu einem Gedanken zurück, der oben bereits kurz erwähnt wurde. Bietet die günstige Lage am Weltmeer, welcher die westeuropäischen Völker, die Spanier und Portugiesen, die Engländer, Franzosen, Niederländer, sich erfreuten, eine ausreichende Erklärung für deren großartigen materiellen Aufschwung in der Zeit vom 16. bis zum 18. Jahrhundert? Nur einen der Gründe hierfür, aber nicht den einzigen, für sich allein entscheidenden Grund wird man in der bevorzugten geographischen Lage erblicken können. Die Lage befähigte jene Völker gewiß mehr als andere Nationen, während des Zeitalters der Entdeckungen im Seeverkehr und Kolonialwesen eine hervorragende Rolle zu spielen. Und doch stiegen Spanien und Portugal, trotz ihrer Lage zwischen Atlantischem und Mittelmeer, von der Höhe des Reichtums wieder herab. Deutschland aber überragte vor dem Weltkriege im überseeischen Verkehr das am Ozean und Kanal jedenfalls günstiger liegende Frankreich, begann sogar im Welthandel als Nebenbuhler des britischen Inselreiches gefürchtet zu werden. Es zeigte sich hier, welch große Bedeutung neben einer guten Wirtschaftspolitik auch die politische Entwicklung für das wirtschaftliche Leben der Völker hat. Das wirtschaftliche Können eines Volkes ist auf die Dauer wesentlich abhängig von seiner inneren politischen Erstarkung. Im Welthandel und im Kolonialwesen zumal wird nur diejenige Nation größere Erfolge erringen können, die, innerlich geeint², die Kraft und den Willen hat, widerstrebenden Mächten gegenüber sich Geltung zu verschaffen, das Errungene zu behaupten. Durch die Vereinigung Kastiliens und Aragoniens, die Eroberung Granadas hatte Spanien im 15. Jahrhundert seine innere nationale Geschlossenheit erlangt; nun besaß es den Mut und die Kräfte zu großen maritimen Unternehmungen. Mit dem Untergang der Armada war auch seine koloniale Vormachtstellung gebrochen. Frankreich hatte trotz der Tüchtigkeit eines Colbert und der absolutistischen

¹ Die Preußische privilegierte Seehandlungsgesellschaft wurde am 14. Oktober 1772 für Betreibung überseeischer Handelsgeschäfte gegründet. Sie hatte ursprünglich das Monopol der Einfuhr von spanischem, französischem, englischem Salze und des Verkaufs desselben nach Polen und Litauen, des Ankaufs des aus Polen kommenden Wachses und der Ausfuhr desselben nach Spanien usw. Die Gesellschaft wurde vom Staate vielfach für seine Geldgeschäfte benützt, 1810 eine reine Staatsanstalt unter Beibehaltung der Firma „Generaldirektion der Seehandlungssozietät“. Sie besorgte als staatliche Bankanstalt namentlich die Vermittlung zwischen Publikum und Staat in dessen Finanzgeschäften.

² Das Beispiel Deutschlands nach 1871 zeigt, daß zur Wiedererlangung wirtschaftlicher Blüte und politischer Macht eine Form nationaler Einigung genügt, die nicht mit dem Rechte der Einzelstaaten aufräumt.

Energie eines Louis XIV. nicht die Machtmittel für eine koloniale Politik besessen, ohne die nationale Einigung, welche ihm die Vertreibung der Engländer vom französischen Boden, die Unterwerfung der großen Vasallen durch Ludwig XI. und seine Nachfolger verschaffte. England mußte zunächst die in Shakespeares Königsdramen geschilderten politischen Kämpfe (Krieg der weißen und der roten Rose, zwischen den Häusern York und Lancaster) hinter sich haben¹. Als das Haus Tudor mit Heinrich VII. (1485) den Thron bestiegen, das Bürgertum neben der feudalen Aristokratie an Einfluß gewonnen hatte, war die glänzende maritime Entwicklung Englands in den Bereich der Möglichkeit gerückt. Nun konnte es seine ganze Volks- und Staatskraft auf das Seewesen und den Handel konzentrieren. Würde Frankreich, unter Preisgabe aller kontinentalen Herrschaftsgelüste, den weiteren Aus- und Aufbau seiner inneren produktiven Kräfte durchgeführt und zugleich, nach Leibniz' Rat, die Gründung eines großen Kolonialreiches, die Ausbildung seiner Handels- und Seegewalt mit der ihm eigenen Kraft erstrebt haben, das stolze „Rule, Britannia, rule the Waves“ (Thomson 1739) wäre vielleicht niemals Wahrheit geworden. „Who rules the Waves, rules the World“, sagt ein englisches Sprichwort. Das Land, das von den Wogen umspült, in seiner gewaltigen Flotte das Mittel besitzt, allein Heimat und Kolonien siegreich zu verteidigen, mag die Herrschaft über Meereswellen als ungefährdet betrachten — jetzt wieder für lange Zeit. Es bleibt aber auch hier die Furcht. Denn nicht nur von der eigenen Kraft hängt die Zukunft ab, sondern ebenfalls von der Entwicklung anderer Mächte, deren friedlicher Wettbewerb schon kaum ertragen wird, deren wachsende Macht als eine beständige Gefahr erscheint. Das Glück, das auf den Wellen ruht, wird heute oder morgen von äußeren Faktoren abhängig sein, die sich nicht so leicht beherrschen lassen.

10. Über Rußland nur einige kurze Notizen. Hier entstand die Großindustrie zur Zeit Peters des Großen (1689—1725) unter unmittelbarer Mitwirkung der Regierung. Bekannt ist, wie Peter persönlich im Auslande den Schiffbau studierte. Vor Peter gab es in Rußland kaum großindustrielle Unternehmungen; nach seiner Regierungszeit waren 233 Staats- und Privatfabriken vorhanden. In der russischen Literatur wurde, wie Tugan-Baranowsky berichtet², die künstliche Züchtung der Großindustrie oft scharf verurteilt: „Man pflegt die Geschichte des russischen Gewerbes in folgender Weise darzustellen. Vor Peter hätte das Klein-gewerbe geherrscht und es fehlte jegliche Vorbedingung für die kapitalistische Wirtschaftsform; seit Peter hätte die Regierung, die Interessen des Kleingewerbes aufopfernd, den Kapitalismus nach Rußland durch ‚künstliche‘ Mittel zu verpflanzen begonnen, indem sie kapitalistische Unternehmungen unterstützte und förderte, obwohl diese den ökonomischen Verhältnissen nicht entsprachen. Hätte also die Regierung eine andere Handels- und Gewerbepolitik betrieben, so würden die Ergebnisse der russischen ökonomischen Entwicklung ganz anders, und zwar zum Wohle des weitaus größeren Teiles der Bevölkerung ausgefallen sein. Und so treffe Peter die Schuld, den ersten Schritt auf dieser verhängnisvollen Bahn getan zu haben, auf welcher die russische Regierung, den Kapitalismus fördernd,

¹ Ernst v. Halle, Volks- und Seewirtschaft I (1902) 146 ff. Schäfer, Kolonialgeschichte (1903) 101 ff.

² M. Tugan-Baranowsky, Geschichte der russischen Fabrik, übersetzt von B. Minzès (1900) 10 f.

seit damals beharrlich wandle.“ Ähnlich lautet das Urteil Korsaks¹: „Statt aus einfachen Handwerkern Fabrikarbeiter zu machen, wäre es bedeutend besser gewesen, die Regierung hätte ihnen verholten, Fabrikunternehmer zu werden . . . und wäre es denn, statt auf Kosten des Staatsschatzes Fabriken zu bauen und diese dann den Kaufleuten und Grundherren zu übergeben, nicht besser gewesen, diese Fabriken ganzen Ortschaften, die sich mit demselben Gewerbe befäßen, zur Verfügung zu stellen? Man hätte sich an die lebendigen Volkskräfte wenden und ihnen die Möglichkeit geben sollen, sich weiter zu entwickeln, statt sie durch Monopole zu erdrücken.“ Tugan-Baranowsky ist dagegen der Ansicht, Peters Politik sei die einzige damals mögliche gewesen². Der kleine Produzent, der Kustarj, habe weder das nötige Kapital noch die erforderlichen Kenntnisse besessen. „Zwar war auch der Kaufmann, der damals Fabriken errichtete, fast ebenso unwissend wie der Kustarj. Er verfügte aber über das nötige Kapital und konnte folglich kundige Ausländer kommen lassen, die nach Rußland dort fehlende Fachkenntnisse verpflanzten. Überhaupt kann man es als Regel betrachten, daß in Länder mit schwacher Kultur, wie es Rußland damals zweifellos war, neue Gewerbszweige nur in Gestalt großer Unternehmungen verpflanzt werden können.“ Die geschichtliche Tatsache ist jedenfalls von Interesse, daß im vorpetrinischen Rußland kein gewerblicher Kapitalismus vorhanden war, wohl aber ein Handelskapitalismus, und daß vornehmlich jenes Handelskapital die Basis bildete, auf welcher die Großindustrie — unter starkem und ausgedehntem staatlichen Schutze — emporwuchs.

War Katharina II. (1762—1769) im allgemeinen liberalen Ideen zugänglicher, so blieb doch die praktische Wirtschaftspolitik, auch unter ihren Nachfolgern, protektionistischen Tendenzen treu. —

Wenden wir uns nunmehr den „merkantilistischen Thoretikern“ zu, wenn man von solchen reden darf. In der Regel werden Colbert wegen seiner gesamten inneren und äußeren Wirtschaftspolitik und Cromwell wegen der Navigationsakte, die Englands Seemacht begründete, als Hauptvertreter des praktischen Merkantilismus genannt. Für die theoretische Behandlung fehlt es naturgemäß an einem „Begründer“ des Merkantilismus. Zu einem vollkommen ausgebildeten wissenschaftlichen System der Volkswirtschaftslehre kam es überhaupt noch nicht. Bei den theoretischen Versuchen handelte es sich, wie Roscher mit Kautz sagt, fast mehr um „weitläufig motivierte Entwürfe für Verwaltungsinstruktionen“.

Die Frage nach dem Wesen und den Ursachen des Volkswohlstandes wird bei den verschiedenen Schriftstellern darum auch noch nicht mit Präzision gestellt und beantwortet. Es handelt sich zum Teil mehr um ein ökonomisches Ideal oder um einzelne Lehren und Anschauungen über Bevölkerung, Ackerbau, Industrie, Handel, Kolonisation, um Fragen, die im Zusammenhang stehen mit der Grundlage der wirtschaftlichen und sozialen Organisation — manchmal eine

Die Gewerbeformen in Westeuropa und in Rußland (1861) (russisch). Tugan-Baranowsky a. a. O. 10.

² A. a. O. 21, 15.

indigesta moles, aus der sich aber doch manches bezüglich der theoretischen Auffassung vom Wesen und den Ursachen des Volkswohlstandes wenigstens erschließen läßt.

Greifen wir einzelne Personen und Lehrstücke heraus, die im Hinblick auf das uns hier beschäftigende Wohlstandsproblem von Interesse sein können.

11. Deutsche Kameralisten¹ über das Ziel der Volkswirtschaft, das Wesen und Werden des Volkswohlstandes. Nicht selten wird hier die Sorge für ein blühendes „Ärarium“ (Finanzhaushalt) ganz offen der Sorge für die Volkswirtschaft vorangestellt. Das Land sollte „volkreich“ und „nahrhaft“ gemacht werden um der Macht des Staates und des Reichtums des Landesfürsten willen — des „finis ultimus aller Statisterei“. Die Wohlfahrt des Staates ist die Quelle aller andern Wohlfahrt. In Deutschland deutete schon die Benennung der Wissenschaft, die sich mit wirtschaftlichen Stoffen beschäftigte, auf jene Auffassung hin. Man sprach von „Kameralwissenschaft“. Gehörte zu deren Bereich auch die landesfürstliche Wohlfahrtspolitik, so bildete doch die richtige Verwaltung der fürstlichen „Schatz- und Rentkammer“ ihren wichtigsten Gegenstand². Die Wohlfahrt der Bevölkerung kam fast nur in Betracht, insofern von ihr die Ergiebigkeit der Regalien und Steuern abhing.

Der in österreichischen und ungarischen Diensten verwendete Kameralist Wilhelm Frhr. v. Schröder³ hat in seinem Hauptwerke: „Fürstliche Schatz- und Rentkammer“ (1686) jener absolutistischen Auffassung eine besonders harte Formulierung gegeben. Die Krone erscheint ihm nicht als ein officium, sondern als ein privilegium des Fürsten. Dieser muß „seiner Person eigene Konservation der Untertanen Wohlstande vorziehen“. Kameralisten, welche den Fürsten zu persönlicher Sparsamkeit ermahnen, gelten ihm als Narren. Eine „formidable stehende Armee“ und „viel Geld im Kasten“, das ist es, was Schröder den Fürsten als unentbehrliche Grundlage des Absolutismus empfiehlt. Damit aber auf dem Wege der Steuer viel Geld in die landesfürstliche Kasse kommen könne, muß allerdings der Wohlstand des Volkes gepflegt werden. Die Titelvignette des Werkes über die „Fürstliche Schatz- und Rentkammer“ stellt eine ländliche Schafschur vor. Das Bild findet seine Erklärung durch den beigefügten Vers: „Wenn eines klugen Fürsten Herden — Auf diesem Fuß genützet werden, — So können

¹ Zielenziger (Die alten deutschen Kameralisten [1914] 86 f.) unterscheidet mit Albion W. Small (The Cameralists, the Pioneers of German Social Policy [1909]) zwischen Cameralists of the bureaus, den praktischen Kammerbeamten, die er Fiskalisten nennt, und den Cameralists of the books, die als Schriftsteller sich betätigten. Über Becher als Vertreter einer christlich-kommunistischen Staatsidee vgl. Zielenziger, Ein neu entdecktes Buch Bechers (Moral Discourse [1669]), im Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik XXXVII (1913) 578 ff.

² Walther Lotz, Das Aufkommen der Geldwirtschaft im staatlichen Haushalt (1908).

³ H. v. Srbik, Wilh. v. Schröder, Ein Beitrag zur Geschichte der Staatswissenschaften (1910).

sie recht glücklich leben — Und dem Regenten Wolle geben. — Doch wer so gleich das Fell abzieht, — Bringt sich um künftigen Profit.“ Wie ein Hausvater seinen Acker düngen und pflügen muß usw., so soll ein Fürst seinen Untertanen „erst zu einer guten Nahrung helfen, wenn er etwas von ihnen nehmen will“. Auch soll die fürstliche Habsucht sich nie an den Grundlagen des Volkswohlstandes vergreifen. Die Kameralisten, die hier der schonungslosen Aussaugung das Wort reden, vergleicht er mit Schweinen, welche die Wurzeln der Kräuter im Garten auswühlen und damit den Garten selbst verderben.

Annehmbarer tritt uns die Auffassung vom letzten Ziele der Volkswirtschaft und der Volkswirtschaftspolitik bei andern Autoren entgegen, so z. B. bei dem ebenfalls österreichischen Kameralisten Johann Joachim Becher. Sein Werk: „Politischer Diskurs von den eigentlichen Ursachen des Auf- und Abnehmens der Städte, Länder und Republiken; in specie, wie ein Land Volkreich und Nahrhaft zu machen und in eine rechte Societatem civilem zu bringen“, erschien 1668, in zweiter Auflage dem Kaiser Leopold I. gewidmet 1673. Ist Becher auch durchaus für die staatliche Reglementierung des Verkehrs, so betont er doch ausdrücklich, daß „die Gemeine nicht umb der Obrigkeit, sondern die Obrigkeit umb der Gemeine willen da ist“. Von den Fürsten verlangt er Arbeitsamkeit, „weil sie ja auch gut dafür bezahlt werden“. Er besaß Mannesmut genug, darauf hinzuweisen, daß „kein Ding die Potentaten sammt Land und Leuten mehr verderbe und ehender ruiniere als gar große unnötige Hofhaltungen“. Im übrigen meint er, daß „Republiken und Reichs-Stätt allezeit besser florieren als solche Stätte, welche Monarchischer Regierung unterworfen“ — was allerdings nicht „allezeit“ richtig sein dürfte. „Becher hat überall bei seinen Vorschlägen“, bemerkt Roscher¹, „nicht sowohl den Fiskus vor Augen, sondern das Volkswohl. Wie er den Vorzug der Republiken vor den Monarchien hauptsächlich daraus erklärt, daß jene den Widerstreit zwischen Kammer- und Landschaftsinteresse nicht kennen, so empfiehlt er den Fürsten, ihrer Untertanen Bereicherung mehr als ihre eigene zu suchen.“ Die Beförderung des Landeswohles ist ihm die *potior pars materiae cameralis*. Auch in dem von Bechers Schwager, F. W. v. Hörnigk, im Jahre 1684 herausgegebenen (wohl von Becher selbst verfaßten) „Wohlmeynendem Fürschlag“ hat sich die „Kameralökonomie“ (Finanzwirtschaft) als Teil der „Partikularökonomie“ der „allgemeinen Landesökonomie“ einzufügen und unterzuordnen. Hier wird auch die wirtschaftliche Unabhängigkeit des Landes als ein Ideal hingestellt, das nach Möglichkeit zu verwirklichen sei. Man möge dafür sorgen, daß das Land alle nützlichen Dinge, soviel tunlich, ohne Dependenz von andern Ländern aus seinem eigenen Vermögen erwerbe. Nicht bloß von dem Überfluß an Gold und Silber hängt „die Macht und Fürtrefflichkeit eines Landes“ ab, sondern auch von dem reichlichen Besitz an Nahrungs-, Kleidungs- und Wohnungsmitteln. Ein Land, das diese Güterarten nicht eigentümlich besitzt, wie z. B. Holland, ist selbst bei der glänzendsten Handelsblüte seines Wohlstandes und Bestandes niemals sicher.

„Ubi sunt homines, ubi substantiae et vires“, hat Leibniz geurteilt. An anderer Stelle sagt er: „Regionis potentia consistit in terra, rebus, hominibus“; etwa wie man heute von Natur, Kapital, Arbeit spricht. Es

¹ Geschichte der Nationalökonomik 286 f.

ist zunächst ein Gemeinplatz in der merkantilistischen Literatur, daß eine zahlreiche Bevölkerung ein Hauptelement der Staatsmacht und Volkswohlfahrt sei. Doch wird auch die Menge der Menschen in der Vorstellung mit der Menge der Güter verbunden. „C'est par le nombre de leurs sujets que la grandeur des rois se mesure“, sagte einst Vauban zum Könige von Frankreich. Dieser aber antwortete: „Que la force et la richesse des rois consistent dans le nombre et dans l'opulence des sujets.“ Die Bevölkerung muß zahlreich und wohlhabend zugleich sein.

So verstand es Ludwig v. Seckendorff, wenn er in seinem „teutschen Fürstentaat“ (1655) bemerkt: „Auff der Menge wohlgenährter Leute besteht der größte Schatz des Landes“; oder wenn Christian Wolff¹ viele Untertanen und reiche Untertanen die zwei Hauptelemente der Staatsmacht nannte. — Damit eine „volkreiche Versammlung bestehen könne“, bemerkt Becher in seinem „Politischen Diskurs“, „muß sie zu leben haben“. Die Aussicht auf Nahrung hebt die Volksvermehrung. Becher denkt dabei zunächst an den „Zulauf“ von außen: „Die Nahrung ist ein Angel oder Hamen, wodurch man die Leute herzulockt.“ Andererseits dient das Wachstum der Bevölkerung auch wieder der Erleichterung der Ernährung, dadurch nämlich, daß „die Leut eines Orts einander unter die Arme greiffen, und einer dem andern durch gemeinen Handel und Wandel zu seinem Stück Brot verhelffe“. „In einer populoson Stadt ist es leichter, als in einem deserten Ort sich zu ernehren, indem ein Mensch von dem andern lebt, wie hierinnen alle große Stätt ein Exempel seynd. . . . Durch die populisirung verstärkt sich die leichte Nahrung und durch solche der Zulauff der Menschen, hierdurch aber wiederumb die populisirung gleichsam in einem ewigen Circul.“

William Petty², der Begründer der „Political Arithmetic“ (Statistik), nennt Arbeit und Boden die beiden Grundelemente des Reichthums: „Labour is the father and active principle of Wealth, lands are the mother.“ Ähnlich lehrten später Cantillon im 18. Jahrhundert und Effertz im 19. Jahrhundert: Arbeit und Boden sind Faktoren des Reichthums, die sich nicht aufeinander zurückführen lassen, Boden nicht auf Arbeit und Arbeit nicht auf Boden. Jedenfalls ist die Welt mit ihren ursprünglichen Kräften nicht durch menschliche Arbeit erzeugt worden. Unter den verschiedenen Arten menschlicher Arbeit aber werden von den merkantilistischen Theoretikern Manufaktur und Handel mehr oder minder bevorzugt.

Die Kaufmannschaft gilt Johann Joachim Becher „negst der Natur als die Säge-Mutter“, welche sogar „die desertesten Länder zum Sprossen, zur Blüt und endlich herrlichen Früchten bringet“. Freilich rechnet er zu den produktiven Ständen außer den Kaufleuten die Bauern (alle Rohproduzenten) und Handwerker. Sie alle sind ihm zufolge aufeinander im Staat angewiesen, und zwar ist der

¹ Vernünftige Gedanken vom gesellschaftlichen Leben der Menschen (1721); *Oeconomia methodo scientifica pertractata* (1754).

² 1623—1687.

Absatz bzw. die Konsumtion „die Seel der drey Stände, der einzige Bindschlüssel, welcher sie aneinander heftet, auch voneinander leben macht“. Doch steht der Kaufmann, der den Staat an Geld und Nahrung mehrt, in seiner Achtung obenan. Becher weist hin auf die vier Flügel Merkurs, die ihm Verstand, Entschlossenheit, Geld und Freiheit bedeuten. Mit diesen muß die Kaufmannschaft ausgerüstet sein.

Für den Handel verlangt Becher alle Erleichterung und Förderung; u. a. befürwortet er z. B. eine Kanalverbindung zwischen den hauptsächlichsten deutschen Stromsystemen. Wie er aber von jedem Stand und Handwerk fordert, daß es bei der ihm eigentümlichen Arbeit verbleibe, und daß „nicht jedem zugelassen sein solle, allein alles zu tun“, so erwartet er auch vom Kaufmann, daß er die ihm gewährte Freiheit nicht zum Schaden der Gesamtheit mißbrauche, und daß der Kaufmann „nichts zur Verminderung der Volksreichheit, Nahrung und Gemeinschaft tue“. Von diesen drei Hauptpunkten jedes blühenden Gemeinwesens ist ihm die Populosität das Wichtigste. Bei aller Vorliebe für das Verlegertum fordert daher Becher von dem Regenten doch, daß er „diejenigen künstlichen inventiones (Bandtmühlen, Strümpffmühlen usw.) verbiete, wodurch man in der Arbeit die Menschen erspahrt“. Und wiederum verurteilt er den Handel, der dem inländischen Verleger mit fremden Waren unliebsame Konkurrenz bereitet. Die Kaufleute, welche Geld für fremde Waren dem Ausland zahlen zum Schaden des inländischen Verlegertums, das sind „Hummeln, die den armen Bienen den Honig stehlen, Juden und Canalien, die vorwenden, man könne dergleichen Waaren nit im Land machen, alle Elemente seyen nicht gut darzu, nur darumb, damit hinter ihren diebischen Gewinn Niemand's gründlich komme“. Auch auf den Hausierhandel ist Becher nicht gut zu sprechen: „Die Landläuffer, welche ihre Kräm auf dem Buckel durch ganz Teutschland tragen, seynd der Gemeinde sehr schädlich, ziehen das Geld auß dem Land, betrügen die Leute, thun den Kaufleuten in Städten ebensolchen Schaden als die umlaufende Stümpler den Handwerksleuten.“ Als besonders schädliche Auswüchse, welche der dreifachen Grundlage des glücklichen Bestandes eines Gemeinwesens entgegenstehen, bezeichnet Becher das Monopolium, das Polypolium, das Propolium. „Das Monopolium verhindert die Populosität, das Polypolium die Nahrung, das Propolium die Gemeinschaft.“ Der Monopolist mag für seine Person reich werden; aber er zieht anderer Leute Nahrung an sich zum Schaden der Gesamtheit. Denn besser ist es für ein Land, „wenn es viel mittelmäßige reiche und von ehrlicher Bürgerlicher Nahrung Leut hat, als wann es arm von Menschen ist, und nur etliche wenige hauptreiche Leut unter sich hat“. Das Polypolium, die volle Gewerbefreiheit und die Zersplitterung eines Gewerbezwiges unter mehr Leute, als davon ordentlich leben können, behindert die Nahrung und schafft eine übergroße Menge von Bettlern. Das Propolium endlich, der Vorkauf, führt zur Zwietracht der Käufer und Verkäufer, zerstört somit das Zusammenhalten der Gemeinde. Im weiteren Sinne bedeutet Propolium soviel wie jede den Interessen der Gesellschaft zuwiderlaufende Einflußnahme auf die Preise, so z. B. auch das Unterbieten.

Als „ein Kaufmanns- oder Kameral-Alphabet“ hat Bechers Schwager, v. Hörnigk, „neun landesökonomische Hauptregeln aufgestellt: 1. Genaue Erforschung des Landes, auch durch Versuche, und volle Benützung seiner Produktionsfähigkeit, namentlich an Edelmetallen. 2. Verarbeitung aller, nicht

unmittelbar roh zu gebrauchenden Rohstoffe im Lande selbst. 3. Möglichste Vermehrung und nützliche Beschäftigung der Einwohner. 4. Keine Ausfuhr oder müßige Aufspeicherung des Goldes und Silbers. 5. So viel wie möglich Beschränkung des Verbrauchs auf einheimische Produkte. 6. Die unentbehrlichen Fremdwaren sollen aus erster Hand, und nicht um Geld, sondern um Landesprodukte eingetauscht werden; auch 7. so viel wie möglich in unverarbeiteter Form. 8. Möglichst große Ausfuhr überflüssiger Landesprodukte, und zwar gegen Zahlung von Gold und Silber. 9. Keine Wareneinfuhr zu gestatten, wo das Inland dieselbe Ware zur Genüge und in erträglicher Güte auch liefern kann. Gegen ungebührliche Preissteigerungen seitens der einheimischen Produzenten werden von Hörnigk Preistaxen in Vorschlag gebracht.

Eine besondere Hochschätzung des auswärtigen Handels und der Manufakturen bekundet Wilhelm v. Schröder. Will man Geld ins Land bringen, so muß man auswärtigen Handel treiben. Der Binnenhandel dagegen ist außer stande, das Landeskaptal zu mehren. Durch ihn „ernehret sich wohl ein Land und wird mächtig; aber darum nimmt es an Reichtum nicht zu: denn solcher Handel unter sich selbst ist eigentlich nur eine Kommutation zu heißen“; genau so, wie ein mit Perlen gesticktes Kleid dadurch nicht kostbarer wird, daß man Perlen vom Aufschlage wegnimmt und auf den Kragen setzt. Wünscht Schröder die Blüte des Ackerbaues, so hat er dabei hauptsächlich die dadurch bewirkte Wohlfeilheit der Nahrungsmittel im Auge; dadurch werden die Arbeitskosten vermindert, den Manufakturen die Konkurrenz mit dem Auslande erleichtert. Doch sehen wir auch, „daß unfruchtbare Länder, wo die Manufakturen excoliert werden und die Kommerzien florieren, weit reicher sind als fruchtbare Länder, die keine Manufakturen haben“. Der Staat müsse in amtlicher Feststellung („Staatsbrille“) sich von den im Lande noch fehlenden Manufakturen Kenntnis verschaffen, damit die Lücke ausgefüllt werde. Die Maschinenindustrie, „welche andere concives ihrer Nahrung beraubt“, findet Schröders Beifall nicht. Begeistert spricht er vom Bankwesen; dasselbe gestatte „auch ohne Geld große Kommerzien zu treiben“.

Ein Volk, das Rohstoffe ausführt, um sie später verarbeitet wieder einzuführen, wird von Leibniz einem Manne verglichen, der sein gestohlenes Pferd vom Diebe wiederkauft, obwohl er es dem verlorenen bis auf den mittlerweile abgehauenen Schweif ganz ähnlich findet. „Alles Polieren und Raffinieren der von der Natur uns roh gegebenen Dinge“ besteht nämlich nach Leibniz gemeiniglich mehr in demendo als in addendo: qui superflua tollit, formam debitam producit. So kann er, allerdings nicht ohne eine gewisse Kühnheit der Phantasie, das seines Schweifes beraubte Pferd dem im Auslande veredelten Rohstoffe vergleichen¹. In seiner Schrift „Anti-Jacobite“ (1715) tritt Leibniz der Ansicht entgegen, daß der Landbau ein dem Gewerbefleiß und Handel entgegengesetztes Interesse habe. Er glaubt hier vielmehr an eine Harmonie der Interessen: die Kultur des Landes ist die Grundlage für die Größe der Nation, ungefähr was die Wurzel für den Baum. Handel und Manufakturen sind gewissermaßen die Zweige des Baumes. Sie ziehen Geld von außen in das Land und bereichern dasselbe. Das eine bedarf des andern. Der Bauer verkauft sein Getreide gut, wenn der Handel

¹ Roscher, Geschichte der Nationalökonomie 336 f. Vgl. Arthur Salz, Leibniz als Volkswirt, in Schmollers Jahrbuch XXXIV (1910) 1111 ff.

blüht; anderseits finden die Manufakturen und die Kaufmannschaft ihre Rechnung, wenn die Lebensmittel und Rohstoffe in reicher Fülle und guter Qualität vom Lande selbst geboten werden. — Christian Wolff meint schon, man solle den Kaufleuten, da sie beim Flor des Handels interessiert seien, ihren Willen lassen. Der Handel floriere nirgends mehr, als wo er frei sei. Wolff zählt ferner ähnlich wie Josua Gee eine Anzahl von Fällen auf, wo mit Nutzen fremde Fabrikate eingeführt und eigene Rohstoffe ausgeführt werden könnten. In einer Zeit, wo Praxis und Theorie vielfach die Bereicherung der Fürsten und das Interesse der besitzenden Klassen im Auge hatten, berührt es wohlthuend, daß Wolff bei Besprechung der Lohnsteuern die Forderung aufstellt, man solle auch daran denken, wie der Arbeiter mit Lust arbeiten und anständig leben könne.

Schließlich sei noch auf die beiden bedeutendsten Theoretiker der deutschen Finanzwissenschaft im 18. Jahrhundert hingewiesen: J. G. v. Justi¹ und Joseph von Sonnenfels². Beide sind im guten Sinne aufgeklärter als manche der älteren „naiven“ Kameralisten. Sie haben insbesondere Verständnis für die volkswirtschaftliche Bedingtheit der Finanzwirtschaft, sind Gegner der von den alten Kameralisten gutgeheißenen Plusmacherei, die zwar den Interessen des fürstlichen Ärars entsprechen mochte, aber den Volkswohlstand schädigte, prüfen gewissenhafter die volkswirtschaftlichen Wirkungen der verschiedenen Steuerarten, erkennen die Abhängigkeit des Volkswohlstandes von dem Finanz- und Steuerwesen usw.

Genauer auf die kameralistische Literatur³ einzugehen, ist durch den Zweck, den wir an dieser Stelle verfolgen, nicht gefordert.

12. Die merkantilistische Theorie in andern Ländern. Zunächst einiges aus der französischen Literatur.

Jean Bodin⁴ lehrte, daß der Wert des Geldes durch eine überstarke Vermehrung der Menge desselben sich vermindere. Er erklärte die Preisrevolution des 16. Jahrhunderts durch die großen Zuflüsse von Gold und Silber aus den neu entdeckten Ländern. In maßvoller Weise vertrat er die Staatsintervention⁵ in wirtschaftlichen Angelegenheiten, ließ Ein- und Ausfuhrzölle zu; er war jedoch gegen Verkehrsverbote, da der Austausch durch die natürliche Verschiedenheit der Länder und dessen, was sie bieten könnten, begründet sei⁶. — Antoyne de Montchrétien, Sieur de Vateville, veröffentlichte 1615 seinen „Traité de l'Économie

Ausführliche Abhandlung von den Steuern und Abgaben (1762); System des Finanzwesens (1766).

² Grundsätze der Polizei, Handlung und Finanz (1765).

³ Man vgl. Zielenziger, Die alten deutschen Kameralisten 111 ff.

⁴ Johannes Bodinus 1520—1597. Er schrieb: Réponse aux paradoxes de M. Malescroit (1568); Discours sur le rehaussement et la diminution des monnoyes (1578); De la république. Six livres (1576). Giovanni Botero (Delle cause della grandezza delle città [1588], und Della ragione di Stato [1589]) zeigt manche Ähnlichkeit der Auffassung mit Bodin. Oberfohren, J. Bodin und seine Schule. Untersuchungen über die Frühzeit der Universalökonomik, in Weltwirtschaftl. Archiv I (1913) 249 ff.

⁵ In seiner Staatstheorie verfocht Bodin die absolute Monarchie, doch weniger schroff als Machiavelli. Er führte den Ausdruck „Souveränität“ in die Staatslehre ein.

⁶ Henri Baudrillart, J. Bodin et son temps (1853).

politique“¹. Er fordert Beaufsichtigung der wirtschaftlichen Tätigkeit des Volkes durch den Fürsten. Die Bauern werden zwar als „die Füße des Staates“ bezeichnet, finden aber in dem Werke selbst wenig Beachtung; um so mehr ist die Rede vom auswärtigen Handel, von Industrie, Schifffahrt, Kolonien, Finanzen im merkantilistischen Sinne. Die Notwendigkeit des technischen Unterrichtes des Volkes wird im Interesse der Manufakturen betont. Im Handel verliert der eine, was der andere gewinnt. Das gilt namentlich für den auswärtigen Handel. Auch im inneren Verkehr zeigt sich dieselbe Tatsache. Doch ergibt sich für das Ganze hierdurch weder Schaden noch Gewinn. Die Gesamtheit gleicht dabei einem Eigentümer, der aus dem einen Gefäße Wasser in ein anderes gießt. Die Kaufleute des Auslandes dagegen werden Pumpen verglichen, die dem Volke das Blut auspumpen bis zu dessen völliger Erschöpfung.

Viel reichhaltiger als die französische war die italienische Literatur der merkantilistischen Zeit². Ist auch die Nationalökonomie als Wissenschaft nicht ausschließlich die Schöpfung Serras oder Genovesis, so gehören doch die Autoren italienischer Zunge zu den hervorragendsten Pionieren wirtschaftlicher Erkenntnis³. Ein Hauptübel, unter welchem Europa und insbesondere das staatenreiche Italien damals litt, war die Münzverschlechterung. Gegen diese richteten sich die Klagen der tüchtigsten Schriftsteller. Scherzend konnte daher Ganilh sagen: „Italien war immer berühmt durch das schlechteste Geld und durch die besten Werke über die Münzen.“ Neben und mit dem Gelde bildete der Handel den Hauptgegenstand wissenschaftlicher Untersuchung. Der „Discorso sopra le monete et della vera proporzione fra l'oro e l'argento“ von Gasparo Scaruffi (1579) brachte im Interesse des Handels eine gleichförmige Münze für Europa in Vorschlag, als wäre dies eine einzige Monarchie. Der Florentiner Bernardo Davanzati schrieb über Geld und Wechsel (1588). Neapel, die Heimat von T. Campanella, G. Vico, Genovesi, Filangieri, war auch das Vaterland der bedeutendsten italienischen Merkantilisten. Antonio Serra verfaßte eine „Kurze Abhandlung über die Ursachen, welche in den Reichen Überfluß an Gold und Silber bewirken können“. Dieser Breve trattato, der 1613 erschien, handelt aber nicht bloß von dem Münzwesen, wie der Titel vermuten läßt. Serra prüft die allgemeinen und gemeinsamen Ursachen des Wohlstandes der Staaten, und zwar der Staaten seiner Zeit, der Genuesen, Florentiner, Venetianer. Als einzige unmittelbare natürliche Ursache, durch welche ein Reich Überfluß an Gold und Silber haben könne, bezeichnet Serra den Besitz von Gold- und Silberbergwerken. Die mittelbaren eigentümlichen Ursachen sind für jedes einzelne Land: einmal die Fruchtbarkeit des Bodens, dessen Erträge zum Teil ins Ausland gehen, dafür aber Gold und Silber

¹ Hier findet sich zum erstenmal die Bezeichnung „Économie politique“. 1889 wurde das Buch von Funck-Brentano neu herausgegeben. In England hat James Stewart den Ausdruck „Political Economy“ zuerst angewendet in dem 1767 erschienenen Werk: *An Inquiry into the Principles of Political Economy*.

² Pietro Custodi, *Scrittori classici italiani di economia politica*. Parte antica 1803—1804, 7 Bde; parte moderna 1803—1816, 50 Bde. Eine kürzere Darlegung der hierhin gehörigen italienischen Literatur bietet Graf Joseph Pecchio in seiner „Storia della Economia pubblica in Italia“² (1832). Einen Auszug hieraus hat F. J. Buß seiner „Übersetzung der Blanquischen ‚Geschichte der politischen Ökonomie‘“ (1840) als Anhang beigelegt.

³ Dühring, *Kritische Geschichte der Nationalökonomie* 38 f.

einbringen; sodann die günstige Lage, die ein Land zum Handel geeignet macht. Die allgemeinen mittelbaren Ursachen sind: der Gewerbefleiß der Bevölkerung, ihre ganze natürliche Veranlagung; sodann der Handel, und zwar nicht bloß der Binnenhandel, sondern namentlich der auswärtige Handel, der Seehandel; ferner die Manufakturen; ihr Ertrag ist sicherer als der des Bodens, da er nicht von der Natur, dem Wechsel der Witterung u. dgl. abhängt, und da die Manufakturprodukte weniger der Verderbnis ausgesetzt sind als die agrarischen Produkte; er ist auch größer, weil er nicht wie der des Bodens eine natürliche Grenze hat. Schließlich zählt Serra zu den Ursachen des Reichtums auch die Regierungsform, gute Gesetze und Verordnungen. — Als Münztheoretiker seien noch Gian Donato Turbolo, Geminiano Montanari, Ferdinando Galiani erwähnt. Letzterer schrieb „Della Moneta“ (1750), erwarb sich auch durch seine Kritik der Physiokraten einen Namen. — Antonio Genovesi, ein Schüler des Geschichtsphilosophen Giambattista Vico, seit 1754 Professor für „Handel und mechanische Wissenschaften“ in Neapel, gab seine Vorlesungen „Lezioni di Commercio ossia di Economia Civile“ im Jahre 1765 heraus. „Wenn im allgemeinen zwar der Satz bestehen bleibt, das Merkantilsystem habe es zu einer wirklichen systematischen Ausbildung nicht gebracht“, urteilt Oncken¹, „so muß doch zugestanden werden, daß die ‚Lezioni‘ Genovesis diesem Ziele am nächsten kommen.“ Für gewöhnlich urteilen die Menschen, sagt Genovesi, diejenigen Nationen seien die glücklichsten, welche, alle andern Dinge gleich angenommen, die größte Menge von Geld haben. Er selbst ist anderer Ansicht. Ein Staat kann auch ohne viel Geld glücklich sein, wenn er über die ursprünglichen Reichtümer, die Produkte der Erde, Tiere, Manufakturen der Notwendigkeit und Bequemlichkeit usw. in ausreichendem Maße verfügt. Das Geld gilt Genovesi als Öl am Wagen des Handels. Man muß den Wagen schmieren, wenn er laufen soll. Gibt es viele Wagen, so bedarf es der Schmiere mehr; daher benötigt man mehr Geld, wann und wo der Handel sich ausdehnt. Zu viel Schmiere aber hält die Bewegung auf. Ähnlich schwächt und vernichtet zuviel Geld den Handel. Nehmen wir an, sagt er, das Geld wachse in unserem Lande viermal, während die Arbeiter, Naturprodukte, Manufakturen nur auf das Doppelte steigen. Mußte man früher für den Tomolo Getreide zwölf Dukaten geben, so kostet er jetzt vierundzwanzig; ein Faß Wein, das früher für zehn Taler zu haben war, wird jetzt zwanzig Taler gelten usw. Daraus ergeben sich aber zwei Mißstände: einmal werden wir unsere Produkte bei der Konkurrenz vieler anderer Völker nicht mehr verkaufen können, da diese dieselben Produkte wohlfeiler geben; anderseits werden die Fremden ihre Waren sogar in unser Land einzuführen trachten; denn wenn wir auch an den gleichen Waren Überfluß haben, so sind die unsrigen teurer als die auswärtigen. Das Heil Italiens erhoffte Genovesi von einer guten Erziehung des Volkes und von zweckmäßigen Gesetzen. Er tröstete seine Landsleute damit, daß ein Volk seinen alten Glanz wiedererlangen könne: Italien war zweimal groß, zur Zeit der Römer, zur Zeit der italienischen Republiken. Warum sollte es dieses nicht zum dritten Male werden können? — Gian Rinaldo Carli wird zuweilen bereits den Physiokraten zugeteilt. Doch findet sich bei ihm die physiokratische Auffassung vom Landbau noch nicht. Er hält die Länder, wo der Getreidehandel am bedeutendsten ist, keineswegs für die glücklichsten. Seine schriftstellerische Wirksamkeit fällt in die

¹ Geschichte der Nationalökonomie I 241.

Zeit nach der Mitte des 18. Jahrhunderts. Hier sei nur der Schluß seines „Ragionamento sopra i bilanci economici delle nazioni“ erwähnt, weil dort die Solidarität der verschiedenen Stände im Staate betont wird. Eine einzige Klasse von Menschen, sagt Carli, ist nicht hinreichend, eine staatliche Gesellschaft zu bilden. Ein Land von lauter Weltweisen und Literaten würde bald verhungern. Ein Land, das nur aus Handwerkern bestünde, müßte schnell zugrunde gehen, da es nicht genügend Leute hätte, an die es verkaufen oder für die es arbeiten könnte. Ein Land, bloß aus Reichen, Adligen, Grundeignern bestehend, würde ein Skavenland werden und in Anarchie versinken; ein Land von lauter Pöbel würde schlecht, kläglich, jeder Souveränität gefährlich werden. Der wahre Politiker wird darum allen angehören; er darf keineswegs glauben, daß die ganze Gesellschaft, wenn der eine Teil vernachlässigt oder unterdrückt ist, nicht früher oder später die Wirkungen davon empfinden müsse.

Bereits Moncada, Navarrete u. a. hatten mit Beginn des 17. Jahrhunderts das ältere spanische Wirtschaftssystem einer Kritik unterworfen. Bernardo de Ulloa, der neben Jéronimo de Ustariz in Spanien um die Mitte des 18. Jahrhunderts den Colbertismus vertrat, hält denjenigen Zustand für den handelspolitisch günstigsten, wo ein Ausgleich zwischen Wareneinfuhr und Warenausfuhr stattfindet, so daß der Ausgleich durch Geldzahlung überflüssig sei. Diesen von ihm sog. „Comercio reciproco“ stellt er als den Zielpunkt der staatlichen Handelspolitik hin, während die Physiokraten später in dem „Commerce réciproque“ das Ergebnis der freien Konkurrenz erblickten¹. Im übrigen weist die spanische Literatur, ebenso wie die portugiesische, wenig bedeutende theoretische Leistungen während der merkantilistischen Zeit auf².

Als die vier Pfeiler des holländischen Reichtums bezeichnet Pieter de la Court (Van der Hove): den Seehandel, die Reederei, Fischerei, Großmanufaktur. Er ist überzeugt, daß lediglich durch den auswärtigen Handel der Wohlstand gemehrt werde, da im inneren Verkehre, was der eine gewinne, der andere verliere, die Gesamtheit also keine Bereicherung erfahre. Dementsprechend forderte er eine Bevorzugung für diejenigen Manufakturen, welche ausländische Rohstoffe verarbeiten und die Produkte wiederum an das Ausland absetzen. Durchweg erweist sich de la Court als Freund der wirtschaftlich Starken. Für die Streitigkeiten zwischen Unternehmern und Arbeitern empfiehlt er den Grundsatz, daß der Meister vor dem Knecht zu begünstigen sei. Weil die republikanische Verfassung die Herrschaft der Stärkeren begünstige, biete sie bessere Bedingungen für die Weltstellung und den Wohlstand des Landes als die Monarchie. Der Landesherr regiere mehr nach hausväterlichen Grundsätzen, sei eher geneigt, die Schwachen zu schützen. Das sei gut für die Familie, nicht aber für den Staat, in dem die Starken noch mehr gestärkt und die Schwachen geopfert werden müßten. Diese wunderbare Weisheit hat de la Court in seinem Werke: „Het interest van Holland (1662)“³ der Nachwelt hinterlassen. — Dirck Graswinckel

¹ Oncken, Geschichte der Nationalökonomie I 185. Wirminghaus, Zwei spanische Merkantilisten, Ustariz und Ulloa (1886).

² Mariana befaßte sich mit der Lehre vom Gelde.

³ Die französische Übersetzung von 1709 führt die Überschrift „Mémoires de Jan de Witt“ wegen des Anteils, den de Witt an der Abfassung des Werkes gehabt haben soll. Vgl. Oncken a. a. O. 194 f.

veröffentlichte in seinem 1651 herausgegebenen „Placcaetbook“ eine Sammlung niederländischer Getreideverordnungen von 1501 bis 1634. Er fordert freie Ausfuhr für das Getreide, aber Eingangszölle für ausländische Produkte¹. — Hatte Hugo Grotius die Philosophie in der Frage des freien oder geschlossenen Meeres dem Interesse Hollands dienstbar gemacht, so versuchte sich Pieter de Groot, der Sohn des Hugo Grotius, in einer philosophischen Begründung der Handelsfreiheit. Er war als niederländischer Gesandter am Hofe Ludwigs XIV. bemüht, für die holländische Einfuhr günstigere Bedingungen durch Herabsetzung der Zölle zu schaffen. Der Drohung mit Retorsionszöllen fügte er in einer dem König Ludwig am 21. Oktober 1670 überreichten Denkschrift theoretische Erörterungen bei, die sich gegen die Verkehrsbeschränkungen überhaupt richteten²: „Gott habe die Natur, die Bodenarten und die Klimate so mannigfaltig gestaltet, daß jedes Land etwas Eigenartiges besitzt, was dem andern fehlt. Dadurch sei das Bedürfnis zum Austausch des Überflüssigen gegen das Mangelnde entstanden, den wir Handel nennen. Wenn man sich diesem Bedürfnisse durch Erschwerung des Verkehrs im Wege hoher Zölle entgegenstemme, so führe es dahin, daß die Völker in die Zwangslage kommen, teils mit demjenigen angefüllt zu bleiben, was sie zu viel haben, teils dessen zu entbehren, was sie bedürfen. Da nun das Glück der Völker wesentlich in dem leichten Erwerb ihres Lebensunterhaltes bestehe, so werde dadurch auch das Glück der eigenen Nation beeinträchtigt.“ Hier wird, wie Oncken bemerkt, zum erstenmal der Satz aufgestellt, daß das Handelsinteresse der einen Nation auch das Interesse der andern sei; und zwar wird derselbe auf das Naturgesetz einer internationalen Arbeitsteilung der Völker zurückgeführt³. Pieter de Groot mag für seine Person von der Richtigkeit seiner

¹ Liesker, Die staatswissenschaftlichen Anschauungen Dirck Graswinckels (1901). Oncken a. a. O. 195.

² Oncken a. a. O. 193; Die Maxime: Laissez faire et laissez passer, ihr Ursprung, ihr Werden (1888) 25 f.

³ Die Idee der Weltarbeitsteilung findet sich schon vor Pieter de Groot bei einem mittelalterlichen Mönche: Richard von Middletown († ca. 1300), *Authorati theologi Ricardi de media villa, minoritanae familiae ornamenti Quodlibeta tria* (impr. Venetiis per Lazarum Soardum 1509). Wir geben einen Auszug aus *Quodlib. II, quaest. 23, art. 1, pag. 22 22^b*: Quantum ad primum articulum, sciendum est, quod cum unus sit omnium princeps secundum quod sacra scriptura et sancti testantur et etiam non latet gentiles cum dicit Philos. 12 Metaphys. Unus ergo princeps: certum est quod omnes homines secundum rectum dictamen naturae debent subvenire sibi invicem in contractibus suis in quantum sunt viventes sub uno principe, qui princeps deus est. Nunc autem ita est, quod aliquae partes mundi abundant in aliquibus rebus ad usum humanum in quibus aliae terrae deficient et e converso. Verbi gratia ita pars terrae abundat in blado et deficit in vino, et alia abundat in vino et deficit in blado. Similiter una pars terrae in ovibus abundat et deficit in equis, alia abundat in equis et deficit in ovibus et sic de rebus aliis ad usum vitae humanae necessariis. Et ideo rationis naturalis iudicium rectum est, quod terra quae abundat in una re apta usui humano, subveniat alii parti terrae quae in hoc deficit, ut illa quae abundat in blado subveniat alii parti terrae quae deficit in blado, et recipiat etiam subventionem ab illa quae abundat in vino: et sic in uno exercitu militantes sub uno principe sibi invicem subveniant in mutuis indigentis. Dann beweist Middletown noch, daß ein „lukrativer“ Austausch möglich ist, daß beide Kontrahenten wirklich gewinnen, ohne

Beweisführung überzeugt gewesen sein. Die holländische Politik ließ sich aber von derartigen theoretischen Erwägungen nicht leiten. „In keiner Periode ihrer Geschichte haben die Niederländer je etwas anderes im Auge gehabt als ihr eigenes Monopol.“¹ Bodin paßte vielleicht seine Schlußfolgerung den Prämissen besser an, indem er aus der ähnlichen Beweisführung nur die Abweisung der Verkehrsverbote folgerte, nicht aber die Aufhebung von Schutzzöllen für dasjenige, was ein Land selbst produzieren kann.

Wenn die englische Literatur des Merkantilismus hauptsächlich für die Interessen des Handels eintritt, so hält sie dabei fest, daß das Gedeihen der ganzen Nation mit dem Wachstum des Handels aufs engste verknüpft sei. Auch die Landwirtschaft finde bei blühendem Handel reicheren Absatz, was zu einer Erhöhung der Rente führen müsse. Thomas Mun, Verfasser der im Jahre 1664 veröffentlichten Schrift: „*Englands treasure by foreign trade, or the balance of our trade is the rule of our treasure*“², bezeichnet den auswärtigen Handel zwar nicht als ausschließliche, doch als vornehmliche Quelle des nationalen Wohlstandes. Er unterscheidet *Wealth*, *Treasure*, *Money*. Das Nationalvermögen (*Wealth*) enthält einen natürlichen (*naturales Vermögen*, wie Grund und Boden usw.) und einen künstlichen Bestandteil. Der letztere (*artificial Wealth*) wird durch den beweglichen Reichtum (*Treasure*, *Stock*) gebildet; das Geld (*Money*) ist ein Teil dieses *Treasure*. Die Vermehrung des *Treasure* bedeutet demgemäß eine Vermehrung des *Wealth*. Der Vermehrung des *Treasure* aber dient vorzüglich der auswärtige Handel. Schifffahrt und Handel, die Zölle, die Ausfuhr gewerblicher Erzeugnisse, das Geldwesen, alles müsse so gestaltet werden, daß der *Treasure* und damit der *Wealth* wachse.

Ein geordnetes Geldwesen, niedriger Zins, Beseitigung von Monopolen, das sind Forderungen, welche von den englischen Theoretikern häufiger erhoben werden. Das Interesse des Handels ist zunächst bedingt durch ein geordnetes Münzwesen. Mun, North, Locke u. a. forderten daher vollwertige Ausprägung der Münzen. Schon in der von einem unbekannten Edelmann W. S. herausgegebenen Schrift: „*Compendious or brief Examination of certayn ordinary Complaints*“ etc. (1581)³ wird auf die Schäden hingewiesen, welche sich aus minderwertiger Münze für das Land ergeben. Da für die auswärtigen Kaufleute nicht der Nominal-, sondern der Realwert der Münze, die sie für ihre Waren erhalten, entscheidet, so werden sie die Preise der Waren nominell erhöhen müssen. Die städtischen Händler, die zunächst den auswärtigen Kaufleuten deren Waren abkaufen, werden dann aber genötigt sein, auch von den Landleuten einen höheren Preis zu fordern. Die Bauern zahlen infolgedessen an die Edelleute geringere Rente, weshalb jene, um das alte Einkommen zu bewahren, die Pacht erhöhen oder aber den Ackerboden in Weideland verwandeln werden zum schweren Schaden des Bauernstandes. Isaak Newton (von 1700 bis 1727 Direktor

daß einer übervorteilt wird, weil im gegebenen Falle und Augenblicke für den einen das Getreide und für den andern der Wein mehr Wert hat.

Oncken, Geschichte der Nationalökonomie I 193.

² Das Buch wurde durch den Sohn des Verfassers nach dessen Tode herausgegeben (übersetzt von Rudolf Biach [1911]). Mun war Direktionsmitglied der Ostindischen Kompanie. Oncken a. a. O. 207 f. Vgl. Neue Zeit XXIX, 1 (1911), 908 ff.

³ Deutsch von Hoops (Leser) (1895).

der Londoner Münze) empfahl, die dem inländischen Verkehr dienenden Münzen etwas unter ihrem Nennwerte auszuprägen. Dadurch werde verhindert, daß die Münzen in den internationalen Verkehr abflössen, so daß das Inland der erforderlichen Umlaufsmittel entbehre. — Um dem Handel billiges Kapital, billige Betriebsmittel zu sichern, ihm hierdurch den Sieg im Kampfe mit der auswärtigen Konkurrenz zu erleichtern und für England die Handelsbilanz günstig zu gestalten, forderte Josiah Child, Verfasser des „New Discourse of Trade“ (1668) und des „Treatise concerning the East-India-Trade“ (1681), daß auf dem Wege der Gesetzgebung der Zinsfuß herabgesetzt werde. Der niedrige Zins galt ihm als „die causa causans der Reichtümer des holländischen Volkes“. Andererseits wurde darauf hingewiesen, daß der Kapitalzins wie der Preis jeder Ware durch das Verhältnis von Angebot und Nachfrage bestimmt werde. Der niedrige Zins finde seine Erklärung und Begründung in dem Anwachsen des disponibeln Kapitals. Staatliche Willkür könne denselben nicht nach Belieben schaffen. Als Vertreter dieser Anschauung darf Dudley North gelten, der Verfasser der „Discourses on Trade“ (1691). — Für „Freetrade“ im Sinne ihrer Zeit, d. i. gegen das Monopol privilegierter Handelskompanien, sprachen sich namentlich Misselden und Malynes (beide 1622) aus. Abgesehen von politischen Gründen pries auch Josiah Child die Navigationsakte deshalb als „Magna Charta Maritima“, weil sie den Handel schlechthin, nicht bloß privilegierte Handelsgesellschaften, schützte. In dem Handel mit Ostindien hielt Child jedoch das Kompaniemonopol für berechtigt¹. Einem „Free-port-system“ redete Josua Gee (The Trade and Navigation of Great-Britain, 1729) das Wort. Beschränkte sich die Forderung Gees zunächst nur auf zwei Freihäfen (Gibraltar, Port Mahon), so hat die Matthew Decker zugeteilte Schrift „An essay on the causes of the decline of the foreign trade“ etc. (1744) das Freihafensystem für ganz England empfohlen in der Weise, daß Einfuhr und Ausfuhr abgabenfrei sich vollziehen. Der Plan, den Robert Walpole gefaßt, den Großhandel durch Befreiung von Abgaben zu stärken, London zum Freihafen zu machen, tritt uns hier in durchgreifender Form erneut entgegen. Für den Ausfall an Abgaben sollte nach Walpole ein Akzisesystem Ersatz schaffen, während Decker eine Einkommensteuer nach Maßgabe des Konsums in Vorschlag brachte, eine „single tax“, wie Decker sagt, die jedoch wesentlich verschieden ist von der single tax, der Bodenertragssteuer, im Sinne der Physiokraten und der single tax Henry Georges. — Nicht gerade höflich in der Auswahl der Mittel, um England den ausländischen Markt, namentlich in der Konkurrenz mit Frankreich, zu sichern, ist der englische Geistliche und Verfasser der „Elements of Commerce“ (1755) Josiah Tucker²: 1. Schlage jeden Franzosen vor den Kopf, wo du ihn treffen magst, wegen seines unverzeihlichen Verbrechens, die Waren billiger herzustellen, als die Engländer (es tun). 2. Schlage jeden Kunden, eingeboren oder Ausländer, vor den Kopf, welcher es wagt, solche Waren zu kaufen, anstatt sie von englischen Fabriken zu beziehen. 3. Mache die Waren besser und verkaufe sie billiger — als ein Mittel, den Strom des Handels auf uns selbst zu lenken, ohne unsern Nachbarn Gewalt anzutun. — Weniger brutal erscheint der Egoismus merkantilistischer Auffassungen in der Ausprägung, wie sie sich schon früher bei Locke gefunden. Er sagt: „Das aus den Minen gewonnene

¹ Oncken a. a. O. 207 209.

² Vgl. W. E. Clark, Josiah Tucker, Economist (1903).

Gold und Silber bereichert nicht in demselben Maße wie das durch den Handel erhaltene. Wer der leichteren Wagschale das Übergewicht verschaffen will, wird das nicht so rasch erreichen, wenn er neue Gewichtssteine in dieselbe einlegt, als wenn er aus der schwereren Wagschale herausnimmt, was er in der leichteren hinzufügt, denn alsdann wird die Hälfte genügen. Reichtum besteht nicht in dem Besitz einer größeren Menge Goldes und Silbers, sondern in einer größeren Menge im Vergleich mit der übrigen Welt, d. h. mit unsern Nachbarn, wodurch wir in den Stand gesetzt werden, uns eine größere Fülle von Annehmlichkeiten des Lebens zu verschaffen, als den benachbarten Königreichen und Staaten zugänglich ist, die einen geringeren Anteil von dem Gold und Silber der Welt besitzen, die Mittel des Überflusses und der Macht entbehren, also ärmer sind.“¹

13. Zusammenfassende Beurteilung des Systems. Der Merkantilismus ist, nach Otto Hintze², „eine wirtschaftliche Politik im Dienste der Machtpolitik, nicht bloß nach den Gesichtspunkten der wirtschaftlichen Wohlfahrt, eine Politik, die vornehmlich das Ganze im Auge hat, die zum Teil erst Landschaften und Städte zu einem einheitlichen Wirtschaftskörper zusammenfaßt und sie im Rivalitätskampf gegen die andern großen Wirtschaftskörper abschließt, immer bestrebt, die produktiven Kräfte und den Güterumsatz im Innern dermaßen zu steigern, daß eine annähernde wirtschaftliche Unabhängigkeit vom Auslande erreicht wird, zugleich aber wo möglich andere, minder entwickelte Länder in wirtschaftliche Abhängigkeit zu bringen und, wenn es geht, zugunsten des eigenen Staates auszubeuten“. Eine erschöpfende Definition ist damit freilich noch nicht gegeben. Erst wenn wir die verschiedenen von Smith, Schmoller, Oncken u. a. hervorgehobenen Gesichtspunkte in der rechten Weise miteinander verbinden, erschließt sich uns das volle Verständnis des Merkantilismus.

Zu dem die merkantilistische Politik zumeist beherrschenden Gedankenkreise gehört die Vorstellung, daß der Handel entscheidende Ursache des Völkerreichtums sei. Noch lebte bei Beginn der Neuzeit die glanzvolle Entwicklung der italienischen Handelsrepubliken in aller Erinnerung. Durch die neuen Entdeckungen hatte sich der Schauplatz des Handels außerordentlich erweitert. Man sah, wie nun Spanien und Portugal durch die Ausbeutung des neuen Weltteils mit Gold und Silber sich bereicherten. Dem Volke, das eigenen Bergwerken glänzendes Gold nicht entnehmen konnte, das über keine Kolonien verfügte, schien erst recht die günstige Handelsbilanz das beste, wenn nicht einzige Mittel zu bieten, in den heiß ersehnten Besitz edler Metalle zu gelangen. Mußte ja das Ausland seine Schuld in barem Gelde bezahlen. Des Geldes aber bedurfte der moderne Staat in seiner zentralisierten Gestaltung für seine neuen Aufgaben, seine Beamten, sein Söldnerheer, seine wirtschaftliche

¹ John Locke's Works II (1714) 7.

² Imperialismus und Weltpolitik, in Internationale Wochenschrift der Allgemeinen Zeitung I (1907) 602.

und politische Machtentfaltung. Des Geldes benötigten der Handel und die Manufakturen. Was verhandelt wurde, mußte ferner regelmäßig vorher im Lande erzeugt werden. Dazu aber war wiederum Geld notwendig wie für die Räder des Wagens die Schmiere. Es standen also die Grundansichten des merkantilistischen Systems über Handel, Geld, Handelsbilanz, Manufakturen in einem unter den damals gegebenen Verhältnissen natürlichen Zusammenhange. Sie bildeten eine Kette, zu deren Gliedern ebenfalls die Vorstellung von der territorialen oder nationalen Zusammenfassung der einen Volkswirtschaft gegenüber der andern Volkswirtschaft zweifellos gehörte.

Wie das Merkantilssystem in seiner Eigenart sich recht wohl aus geschichtlichen Verhältnissen erklärt, so findet es zum Teil auch in den selbigen Verhältnissen seine Rechtfertigung. Kaum wird „der geschichtlich Gebildete meinen“, wie Roscher treffend bemerkt¹, „daß eine Lehre, die jahrhundertlang von den Stadtwirtschaften des späteren Mittelalters an bis über die Staatswirtschaft Friedrichs d. Gr. hinaus in Theorie und Praxis vorherrschte, bloß auf Irrtum beruht habe. Selbst wo der Irrtum der Merkantilisten ein absoluter war . . . muß man doch sagen, es war die Verwirrung eines Menschen, dessen Gesichtskreis plötzlich weiter wird, und der nun die Menge der auf ihn eindringenden neuen Vorstellungen nicht sofort bemeistern kann.“

Auf einige der häufiger vorkommenden und wichtigeren Irrtümer sei indes noch einmal kurz hingewiesen.

1. *Überschätzung des Geldes.* Der Merkantilismus überschätzte das Geld nicht, weil er die Wirtschaft des Einzelnen mit der der Gesamtheit des Volkes, privates Geldhaben mit Volkswohlstand verwechselt hätte. Das Verlangen nach einem größeren Besitzstande von Edelmetallen erklärt sich, wie gesagt, aus den Bedürfnissen der Zeit. Die Geldwirtschaft war bereits auf höherer Stufe angelangt. Die kapitalistische Produktion, der Großbetrieb, hatten ihren Anfang genommen. Der Staat bedurfte des Geldes und darum solcher Steuerzahler, die über viel Geld verfügten. In der Geldanhäufung erblickten die Merkantilisten einerseits den wünschenswerten Erfolg volkswirtschaftlicher Betätigung, anderseits das Mittel, um Reichtum und Macht zu begründen. „Der Besitz der edeln Metalle als Wirkung und als Ursache, als Erfolg und als Anregung der wirtschaftlichen Tätigkeit unter der Leitung des Handels — dies ist, soweit überhaupt ein paar Worte zur Kennzeichnung genügen können, die leitende Idee des Merkantilismus gewesen.“² Der Irrtum des Merkantilismus bestand aber darin, daß er das Geld bei der Wohlstandsfrage doch oft allzusehr in den Vordergrund stellte. Der volkswirtschaftliche Lebensprozeß ist auf die Versorgung der Menschen mit

¹ Geschichte der Nationalökonomik 232 f. nebst Anm.

² Dühring, Kritische Geschichte der Nationalökonomie 34 ff.

Gütern gerichtet. Güter werden erzeugt, vertauscht, verteilt, verzehrt. Die ökonomische Macht, die das Geld besitzt, ist ihm von den Menschen übertragen¹. Die Rolle, die es in der Vermittlung des Verkehrs spielt, erscheint im Hinblick auf den Wohlstand als etwas Sekundäres. Seine Bedeutung besteht darin, daß man sich Güter damit verschafft. Hat ein Volk eine Fülle von Gütern, so kann es Geld dafür eintauschen. Hat es keine sonstigen Güter, dann wird es auch sein Geld bald ausgegeben haben, um sich nur am Leben zu erhalten. Nicht darum ist ein Land arm, weil es kein Geld hat, sondern es hat kein Geld, weil es arm ist. Jede natürliche und unmittelbare Betrachtung der Wohlstandsquellen wird somit auch nicht den Schwerpunkt auf das Geld legen können. Die Berücksichtigung der besondern Einwirkungen des Geldes auf das Wirtschaftsleben und seiner Bedeutung für dasselbe ist nicht auszuschließen: aber sie kommt nur als notwendige Ergänzung der natürlichen Betrachtungsweise zur Geltung, nicht als das vornehmlichste und wichtigste Moment in der Wohlstandsfrage.

2. *Überschätzung des auswärtigen Handels und der Industrie.* Die naturgemäße Entwicklung einer Volkswirtschaft bringt es mit sich, daß neben der Urproduktion allmählich das stoffveredelnde Gewerbe wie der Handel zur Selbständigkeit gelangen und als dem Ackerbau gleichberechtigte Faktoren Geltung für sich in Anspruch nehmen. Bevor noch ein Volk seine Verkehrsbeziehungen auf das Ausland erstreckt bzw. erstrecken muß, wird diese Stufe erreicht, wann und soweit die einheimische Landwirtschaft imstande ist, einen Überschuß über die eigenen Bedürfnisse zu erzeugen und diesen Überschuß an einen gewerblich oder im Handel tätigen Bevölkerungsteil abzutreten. Die Landwirtschaft bleibt dabei Grundlage der Volkswirtschaft; sie ist es, die durch ihre erfolgreiche Produktion die weitere Entfaltung der wirtschaftlichen Kräfte des Volkes ermöglicht. Daß vermöge der Trennung von Handel, Gewerbe, Landwirtschaft die gesamte Volkswirtschaft zu einer höheren Rangstufe emporsteigt, ist so wenig zweifelhaft, wie die dadurch bewirkte Vervollkommnung des wirtschaftlichen Könnens auf jedem der genannten Gebiete. Indem nun aber der Merkantilismus alles, Ackerbau, Gewerbe, Handel, vornehmlich unter der Rücksicht gerade ihrer geldschaffenden Kraft schätzte und bewertete, konnte er leicht zu einer einseitigen und schiefen Beurteilung der Wohlfahrtsquellen in ihrem Verhältnis zueinander sich verleiten lassen. Der Handel erschien ihm wenn nicht als die einzige, so doch schlechthin als die wichtigere, ergiebigere Quelle des nationalen Wohlstandes. Insbesondere durch den auswärtigen Absatz der Manufakturprodukte zog ja der Handel Geld ins Land, welches das nationale

¹ Bernardo Davanzati (Sulle monete, 1588) bestimmt den Begriff des Metallgeldes also: „Gold, Silber oder Kupfer, geprägt von dem Gemeinwesen nach Gefallen, von den Völkern zum Preis und Maß der Dinge gewählt, um sie leicht zu verhandeln.“

Kapital vermehrte, dadurch den Erwerbsfleiß befruchtete, der einheimischen Bevölkerung lohnende Arbeit verschaffte, den Handel zu neuen Erfolgen befähigte. „Betrachten wir die Frage von dem höchsten Standpunkt der philosophischen Geschichtsforschung“, meint Ingram¹, „so müssen wir sagen, daß der überall herrschende Enthusiasmus für Gewerbe und Handel im wesentlichen berechtigt war, da er die Nationen in die Hauptbahnen allgemein gesellschaftlicher Entwicklung lenkte. Hätte der Zeitgedanke, anstatt dem Zwange gleichzeitiger Umstände nachgebend, von gesellschaftswissenschaftlicher Voraussicht geleitet werden können, so würde er notwendig mit Eifer denselben Pfad betreten haben, welchen er sich auf Grundlage der Erfahrung wählte.“ Vielleicht denselben Pfad, aber kaum mit dem oft übertriebenen Eifer, mit größerer Klugheit vielmehr, unter sorgfältigerer Wahrung der Gleichberechtigung ländlicher und städtischer Industrie, mit größerer Sorge für das Wohl der neu ins Leben tretenden gewerblichen Arbeiterklasse. Einseitigkeit schadet stets, und wäre es auch nur durch Heraufbeschwörung entgegengesetzter Einseitigkeit. Wir wollen nicht behaupten, daß der Merkantilismus überall eine direkte Vernachlässigung des Ackerbaues im Prinzip gefordert habe. Aber damit ist die Frage noch nicht entschieden, ob er überall der Landwirtschaft die nötige Förderung und Fürsorge tatsächlich angedeihen ließ. Die staatliche Fürsorge wendete sich doch in der Regel weit überwiegend der Pflege gewerblicher und merkantiler Interessen zu, der Förderung des großen Kapitals, das im Handel, in Manufakturen, Fabriken tätig war. Namentlich erfreuten sich die privilegierten Handelsgesellschaften einer geradezu außerordentlichen Begünstigung durch den Staat.

Freilich darf nicht außer acht gelassen werden, daß der Merkantilismus, wie wir oben ausführten, in den verschiedenen Ländern und bei den verschiedenen Schriftstellern durchaus nicht das völlig gleiche Gepräge hatte. Hier handelt es sich eben nur um eine zusammenfassende Betrachtung. Und da wird wohl die Überschätzung der relativen Bedeutung des Handels nicht bestritten werden können.

Mag auch ein isoliertes Volk glücklich sein, reich werden die Nationen nur durch den auswärtigen Handel. So lehrte noch Stewart. In der merkantilistischen Zeit aber, als der jugendkräftige Kapitalismus mit der staatlichen Entwicklung in hoch gespanntem, ja überreiztem Gewinnstreben sich begegnete, war jene Auffassung zur fast allgemeinen und festen Überzeugung der teilenden Kreise geworden. Nicht in der Pflege des Verkehrs zwischen Stadt und Land suchte man das Heil, sondern vor allem im internationalen Verkehr, in dem aktiven direkten Seehandel, in dem für andere besorgten Zwischenhandel. So wies Serra auf den Wohlstand von Genua, Florenz, Venedig hin im Gegensatz zu der Armut Neapels. In der niederländischen Ausprägung des Merkantilismus und auch in seiner spanischen Form erschien der Handel geradezu als die einzige Quelle des nationalen Wohlstandes. Es wäre nun in der Tat töricht,

¹ Geschichte der Volkswirtschaftslehre 51.

die Vorteile zu verkennen, welche sich aus der Anknüpfung von Verkehrsbeziehungen mit dem Auslande für eine höher entwickelte Volkswirtschaft ergeben können. Doch bleibt immer die Frage, in welchem Maße und Umfange, in welcher Art diese Beziehungen gepflegt werden sollen. Ein Volk, das einer blühenden Landwirtschaft sich erfreut und bei vernünftiger Wirtschaft dauernd erfreuen kann, würde offenbar verkehrt handeln, diese sichere Grundlage seines Wohlstandes im Interesse fortschreitender Industrialisierung zu opfern. Das Ausland wird ihm vielleicht für absehbare Zeiten hinreichend Nahrungsmittel im Austausch gegen Produkte der Verarbeitungsgewerbe darbieten können. Allein die Volkswirtschaft steht dann nicht mehr auf eigenen Füßen. Mag immerhin der Oberkörper eines Menschen, der sich künstlicher Beine bedient, noch so kräftig sich entwickeln, der Mensch ist und bleibt doch ein Krüppel. Und mögen anderseits Industrie und auswärtiger Handel der größeren Einträglichkeit, des höheren Geldwertes der Ausfuhr wegen sich zunächst empfehlen, die aktive Handelsbilanz eine günstige Beschäftigungsbilanz für eine dichtere Bevölkerung in Aussicht stellen, das Ganze hat doch eine schwankende Unterlage. Dazu kommen die inneren Gefahren einer einseitigen Entwicklung, die sich auf Kosten der Landwirtschaft und der Lebenshaltung der arbeitenden Klassen vollzieht¹.

Jede unbeschränkte, durch die geschichtlichen Bedingungen eines Landes nicht geforderte, vielmehr künstlich bewirkte und forcierte Industrialisierung bringt den Völkern kaum Glück, nicht einmal dauernden Reichtum. Hier gilt ganz besonders, was Roscher von der Industrialisierung sagt: sie birgt in sich „ein Element vorübergehenden Glanzes, aber nachhaltiger innerer und äußerer Gefahr“. Wie weise für seine Zeit klingen da auch die Worte, mit denen der als Propst und Oberkonsistorialrat in Berlin 1767 verstorbene Johann Peter Süßmilch sein Buch über die „Göttliche Ordnung in denen Veränderungen des menschlichen Geschlechtes“ (1742) beschließt: „Meinem Vaterlande wünsche ich einen zu aller möglichen Vollkommenheit getriebenen Ackerbau, eine gemäßigte, mit Sicherheit verbundene, durch große Klugheit geordnete Aufnahme der Manufakturen und Fabriken, eine vornehmlich durch den Ackerbau geförderte und davon abhängende Sicherheit, Macht und Reichtum, eine blühende Handlung, eine wohlgeordnete Freiheit, die mit Tugend und Gerechtigkeit verbunden ist, vor allem aber den Segen des allerhöchsten und gnädigen Regierers aller Weltteile, als an welchem wahrhaftig, trotz allen törichten Witzlingen unserer Zeit, alles gelegen ist, und ohne welchen alle gebrauchten Mittel des Zweckes verfehlen.“

3. *Der absolutistische Charakter und die gewinnsüchtige Engherzigkeit merkantilistischer Wirtschaftspolitik.* Eine maßvolle Einwirkung des Staates auf die Gestaltung des wirtschaftlichen Lebens gehört prinzipiell zu dem durch den natürlichen Staatszweck umgrenzten Pflichtenkreis der Staatsgewalt². Niemand wird heute bestreiten wollen, daß von der staat-

¹ H. v. Scheel sieht in dem praktischen Merkantilismus „ein gewisses Konglomerat von Maßregeln . . ., die sämtlich auf eine Begünstigung des beweglichen Kapitals abzielen“ (Zeitschr. für die gesamte Staatswissenschaft 1868, 244).

² Zalešij, Philosophie und politische Ökonomie bei den Merkantilisten des 16. bis 18. Jahrhunderts, in Kohlers Archiv für Rechts- und Wirtschaftsphilosophie VII

lichen Rechtsordnung, von einer guten, unabhängigen Justiz, von zielbewußter, kluger, energischer, staatlicher Wirtschaftspolitik die Wohlfahrt eines Volkes erfahrungsgemäß in hohem Grade abhängig ist. Blickt man dann noch auf den historischen Prozeß, der dem Merkantilismus seine geschichtlichen Bedingungen gab, so läßt sich durchaus nicht verkennen, daß gerade damals eine intensivere Staatstätigkeit in und mit der Zusammenfassung größerer Territorien¹ zu strengerer staatlicher Einheit, durch die politische Erstarkung des Staates und der Staatsgewalt ebenso ermöglicht wie durch die Entwicklung der wirtschaftlichen Verhältnisse erfordert wurde. Hatte doch die Arbeitsteilung nunmehr das ganze Land erfaßt. Die örtlich getrennten Einzelwirtschaften waren durch einen lebhaften Verkehr und Handel weit inniger verflochten. Des Landes Wohlstand konnte und mußte jetzt viel mehr denn früher als etwas Einheitliches betrachtet und behandelt werden. Da bedurfte es eines kraftvoller wirkenden, das Ganze überragenden Mittelpunktes, von dem aus die neu entbundenen wirtschaftlichen Mächte und Strebungen ihren Schutz, ihre Förderung, aber auch ihre Ordnung und Versöhnung finden konnten. Die städtische Wirtschaftspolitik mußte in ihren Funktionen von der die landschaftlichen oder nationalen Gesamtinteressen rechtmäßig und pflichtmäßig nach innen, aber auch nach außen kräftig wahren den zentralen, staatlichen Instanz abgelöst werden. Bei einzelnen Nationen waren es dann noch äußere Ereignisse, welche der Staatsgewalt außerordentlich schwierige Aufgaben stellten: die Entdeckung neuer Länder und Seewege oder die Rückwirkung dieser Tatsachen auf das eigene Land, das Verlangen, in dem allgemeinen Reichtumsstreben und in der Ausnützung günstiger Gelegenheiten hinter andern Völkern nicht zurückzubleiben usw. Aber überall tritt die Staatstätigkeit sehr in den Vordergrund gemäß dem besondern Bedürfnis der Zeit. Nur machte sich in der Wahl der Ziele und Mittel eine gewisse Überspannung des Staatsgedankens und der despotische Charakter der Fürstengewalt vielfach bemerkbar, wie auch, bei dem niedrigen Stande wirtschaftlicher Erkenntnis, die staatliche Wirtschaftspolitik nicht immer die rechten Wege zu finden vermochte.

Des Herrschers Größe hängt von der Größe dessen ab, was beherrscht wird (Ernst v. Lassaulx). Bei blühender Volkswirtschaft findet auch der Staatsschatz und der Fürst seine Rechnung. Aber es ist doch etwas ganz anderes, wenn in dem Fürstenwohl die naturgemäße Folge des Volkswohls erblickt wird, oder wenn das Volkswohl als Mittel zum Fürstenwohl, nicht als höchstes pflichtmäßiges Ziel der staatlichen Wirtschaftspolitik zur

(1913/14) 110 ff. 280 ff. 439 ff. 602 ff. Über den nationalen Gedanken bei den Merkantilisten ebd. 280 ff.

¹ In Deutschland führt sich der Fürstenabsolutismus auf die Territorialfürsten zurück, in Frankreich auf das absolute Königtum, insbesondere Ludwig XIV. Es hat auch republikanisch gesinnte Merkantilisten gegeben.

Geltung kommt. Die absolutistische Grundanschauung des merkantilistischen Systems gab der ganzen Wirtschaftspolitik vielfach ein regalistisches Gepräge. Fast in allen Fragen überwogen dann die finanziellen Interessen des Staates und des Fürsten. Selbst der Zollabschluß des Staates nach außen wurde anfangs nach finanziellen Rücksichten bemessen; der Schutz der nationalen Produktion kam erst an zweiter Stelle in Betracht. So darf man auch nicht erwarten, daß die mit Recht gepriesene Herstellung eines einheitlichen territorialen oder nationalen Verkehrs- oder Marktgebietes unmittelbar, in richtiger Konsequenz, überall mit einer genügenden Freiheit der wirtschaftlichen Bewegung nach innen sich verbunden hätte.

Verschiedene Kameralisten stritten dem Binnenhandel, wie wir sahen, überhaupt die Fähigkeit ab, das Volksvermögen zu mehren. Mit Unrecht. Sie hatten dabei das Einzelgeschäft im Auge, das ihnen lediglich als eine bloße Kommutation vorhandener Güter erschien. Der Einfluß des Binnenhandels auf die Fortentwicklung des gesamten volkswirtschaftlichen Lebensprozesses, das Wachstum an Macht und Mitteln, welches sich aus der gesteigerten Intensität jenes Prozesses für das Volk notwendig ergibt, wurde von ihnen vollständig verkannt. Einsichtsvolle Politiker haben allerdings auch damals die Bedeutung des Binnenhandels und die Notwendigkeit freierer Bewegung für denselben klar erfaßt. Wie sie die Grenzzölle als unentbehrlich für das Gedeihen der eigenen Volkswirtschaft erachteten, glaubten sie aus demselben Grunde die Beseitigung der Binnenzölle erstreben zu sollen. Doch selbst der energische Colbert gelangte mit der Verlegung der Zölle an die äußeren Grenzen nicht zu einem vollen Erfolge. Manche Erleichterungen des Verkehrs wurden wohl durch völlige oder teilweise Beseitigung der alten Stapel-, Meilen- und Straßenrechte herbeigeführt, ebenso durch Verbesserungen oder Neuanlage von Straßen, Kanälen. Bis ins 19. Jahrhundert aber litt namentlich Deutschland sehr unter der gegenseitigen Absperrung der zahlreichen kleinen Territorien. Dazu kamen hier noch die Torakzisen, die beim Eintritt in die Städte entrichtet werden mußten. Wirtschaftsgebiete, die so enge zusammengehören wie die Stadt und das sie umgebende Land, blieben auf diese Weise künstlich voneinander geschieden, in ihrem wechselseitigen Verkehr behindert.

Eine erziehende staatliche Wirtschaftspolitik ferner, in richtiger Weise gehandhabt, wirkt segensreich. Ergänzt und ersetzt der Staat, was der Industrie fehlt, schafft er die Möglichkeit für den Unternehmer, seine kaufmännischen und technischen Kenntnisse zu erweitern, vermittelt er durch seine Handelskonsuln zuverlässige Nachrichten über den Stand fremder Märkte, ausländischer Produktionsverhältnisse usw., so ist der Volkswirtschaft damit ein großer Dienst geleistet. Nötigt aber der Staat einer durch sich selbst schon leistungsfähigen Industrie seine Hilfe auf, beschränkt er sich nicht darauf, das Fehlende zu ergänzen, die gesellschaft-

lichen Kräfte zu wecken, will er sie ersetzen, verdrängen, oder wird die Erziehung zur Bevormundung, dann wandelt sich der Segen in Verderben, die Produktion fühlt sich durch jede das rechte Maß übersteigende und nicht zur rechten Zeit zurückweichende staatliche Reglementierung gehemmt und entmutigt. Obrigkeitliche Betriebsvorschriften können nicht so schnell verändert werden, wie die Anpassung an den wechselnden Geschmack und Bedarf der Konsumenten es erheischt. Die Industrie sieht sich dadurch auch in ihrer inneren Organisation gelähmt, kann nicht verbesserte Verfahrungsarten, Vereinfachungen des Produktionsprozesses u. dgl. in der Weise und mit der Schnelligkeit ein- und durchführen, wie es ihrem Interesse, der Wirksamkeit einer für den Fortschritt unentbehrlichen kraftvollen Initiative entspricht. Der Unternehmer wagt nicht mehr so recht, wirklich „Unternehmer“ zu sein, weil er seine Industrie in feste Bahnen gewiesen sieht. Nie und nimmer kann die stets schwerfällige Bürokratie mit ihren Normen jene Beweglichkeit erlangen, die für einen irgendwie ausgebildeten Handel, für eine Industrie jenseits der Anfangsstadien zum Lebensbedürfnisse wird.

Daß der Zwangs- und Gewaltstaat in seiner Fürsorge für die Entwicklung der Industrie und des Handels das rechte Maß überschritt, kann um so weniger wundernehmen, als die forcierte Reichthumsjagd der merkantilistischen Zeit einer ruhigen Entwicklung der Verhältnisse abhold war und gerade durch die gewalttätigen Mittel eines polizeilichen Zwangssystems¹ das goldene Ziel um so schneller und glorreicher gewinnen zu können vermeinte.

4. *Ausbeutung der Kolonien und internationale Handelseifersucht.* Die in sich richtige Überzeugung, daß es für ein Volk solidarische Wirtschaftsinteressen gibt, erzeugt leicht einen gewissen „Egoismus der Gemeinschaft nach außen; die Handelspolitik aller Zeiten empfängt von diesem Egoismus ihre Impulse“². Darum braucht aber dieser Egoismus doch nicht zu den brutalsten und rohesten Mitteln zu greifen, wie es die merkantilistische Politik oft getan. Die Kolonien wurden wie Landgüter behandelt, deren Bewirtschaftung allein dem Vorteile des Mutterlandes dienen mußten. Die alten Gewerbe Mexikos und Perus fanden bei den

¹ Grenzen der Staatsgewalt kannte der Absolutismus überhaupt kaum. In Hessen-Kassel und Braunschweig wurden die Untertanen als Soldaten nach auswärts verhandelt. In Mecklenburg erlaubte das regalistische Finanzsystem des 18. Jahrhunderts, Pfarreien an den Meistbietenden zu versteigern. Eine preußische Trauerordnung von 1716 bekundete große Abneigung von dem übermäßigen Trauern, weil dadurch der Absatz farbiger Stoffe gestört werde. Das Tragen von Holzschuhen machte straffällig als „ein Ruin vor die Unterthanen und ein Nachtheil der Accise“. Christian Wolf forderte Kleider- und Tischordnungen streng nach Ständen abgestuft. Auch Joh. Joachim Becher hält es für die Sache einer „wohl bestellten Obrigkeit, durch gemeine Polizey-Reguln die Anordnung zu thun, wie ein jeder mäßig und bürgerlich in seinem Stand leben und sich im Haußbauen, Essen und Kleydern verhalten solle“ usw.

² Schmoller, Umriss und Untersuchungen 56 f.

Spaniern den Untergang. England untersagte oder unterdrückte den eigenen Gewerbebetrieb seiner Kolonien usw. Fremden Ländern gegenüber aber galt der Grundsatz, den der Generalregisseur Friedrich II. in die Worte kleidete: „Quand on agit contre l'étranger, on agit pour la nation“, oder wie Voltaire sagte: „Im Wunsche nach Größe unseres Vaterlandes liegt der Wunsch nach Verderben unserer Nachbarn.“ Eine wahrhaft erleuchtete und weitherzige Politik würde dem ausländischen Kaufmann jede Freiheit gewährt haben, welche nicht den inneren Bedürfnissen und dem Wohle des Volkes und Landes, der Erhaltung wichtiger Stände Verderben brachte; sie hätte mit Rücksicht auf den internationalen Verkehr das Interesse des eigenen Landes gewiß nicht aus dem Auge verloren, aber das eigene Wohl auch in dem suchen und finden können, was beiden Teilen vorteilhaft war; sie hätte die Möglichkeit einer Reziprozität der Interessen, einer fördernden Wechselwirkung mit beiderseitigem Vorteile der im Tauschverkehr sich nahetretenden Nationen anerkennen müssen; sie hätte schließlich widerstrebende Interessen durch wahrhaft gerechte internationale Verträge auszugleichen versucht. Allein die Vorstellung einer allen genügenden internationalen Solidarität, die Idee einer Politik der Ausgleichung, wie sie dem theokratischen Weltkaisertum des Mittelalters angehörte, war der Neuzeit verloren gegangen¹. Jetzt hatte man nur Verständnis für eine „Vorrangspolitik der Nationalstaaten“. Gelang es nicht, durch künstlich forcierten Auslandshandel die fremden Länder hinreichend zu schädigen, dann wurde zum Schwerte gegriffen oder durch betrügerische Handelsverträge dem nationalen Egoismus Befriedigung verschafft. Das Sittengesetz, Wahrhaftigkeit, Gerechtigkeit, Menschlichkeit hatten für die Regelung internationaler Verhältnisse keine praktische Geltung mehr. Die Selbstsucht als Leidenschaft, brutale Übermacht, Tücke und List entschieden alle Fragen. Wurden dadurch auch materielle Erfolge erzielt, dennoch wird kein rechtschaffener Mensch Betrug, Gewalttätigkeit, jedwede Ungerechtigkeit zu den legitimen Quellen des nationalen Reichtums rechnen wollen.

„Zu allen Zeiten sind politische Macht und wirtschaftlicher Wohlstand in der Geschichte gerne als Geschwister aufgetreten“, sagt Schmoller², „aber vielleicht waren sie niemals so enge verbunden wie damals. Die Versuchung für die größeren Staaten jener Tage, ihre politische Macht zur Bekämpfung, ja eventuell zur Vernichtung ihrer wirtschaftlichen Konkurrenten zu benutzen, war zu groß, als daß sie ihr nicht unter Verleugnung oder Beugung des Völkerrechts zunächst immer wieder unterlegen wären. Der kommerzielle Wettstreit artete schon im Frieden in einen halben Kriegszustand aus, stürzte die Nationen in immer neue Kriege und gab allen Kriegen eine Richtung auf Handel, Gewerbe und Kolonialerwerb, wie sie eine solche aus verschiedenen Gründen in dem Maße weder früher noch später besaßen.“ Das gilt namentlich

¹ Oncken, Geschichte der Nationalökonomie I 152.

² Umriss und Untersuchungen 47.

von Holland, Frankreich, England. „Wenn so die ganze Zeit von 1600 bis 1800 von jahre- und jahrzehntelangen Kriegen erfüllt ist, deren wesentlicher Zweck ein wirtschaftlicher war, . . . so zeigt das den Geist der Zeit in seinem wahren Lichte: die nationale Leidenschaft der wirtschaftlichen Rivalität war allerwärts in einem Grade erwacht, daß sie nur in diesen Kämpfen ihren vollen Ausdruck und ihre Befriedigung finden konnte. Und es war schon eine Ermäßigung dieser Leidenschaft, wenn man sich in den dazwischen liegenden Friedensjahren damit begnügte, den Kampf statt mit Seeschlachten und Kanonen mit Aus- und Einfuhrverboten, Zollltarifen und Schifffahrtsgesetzen fortzuführen, wenn man in diesen Friedensjahren etwas mehr als in der Kriegszeit auf die Stimme des eben sich ausbildenden Völkerrechts hörte.“¹

Der Merkantilismus hat in der Richtung, in welcher er tätig war, zum Teil Großartiges geleistet. Handel und Gewerbe sind durch ihn mächtig gefördert worden. Das hat auch Adam Smith, obwohl Gegner des Merkantilsystems, anerkannt. Wird aber die Frage gestellt, ob der Merkantilismus unter allgemeinem volkswirtschaftlichen Gesichtspunkte Lob verdient, so dürfte heute kaum jemand diese Frage unbedingt bejahen wollen.

Wenn zuweilen in der Gegenwart von einem modernen Merkantilismus (Neomerkantilismus)² die Rede ist, dann möge dabei nicht vergessen werden, daß das Merkantilsystem nicht bloß durch seine Erfolge, sondern auch durch seine Einseitigkeiten und Übertreibungen, Fehler und Mängel lehrreich geworden ist.

§ 2.

Das physiokratische System.

Literatur: A. Smith, *Wealth of nations* IV, chap. 9, Übersetzung von Stöpel III 209 ff. — August Oncken, *Geschichte der Nationalökonomie* I (1902) 247—582 (2. Band der 1. Abteilung des Hand- und Lehrbuchs der Staatswissenschaften von Frankenstein-Heckel). — Ders., Artikel „Quesnay“ im *Handwörterbuch der Staatswissenschaften* VI³ 1270 ff. — Ders., *Œuvres économiques et philosophiques de F. Quesnay* (1883). — Ders., Die Maxime „Laissez faire et laissez passer“, ihr Ursprung, ihr Werden (1886). — Ders., Entstehen und Werden der physiokratischen Theorie, in Frankenstein's Vierteljahrsschrift für Staats- und Volkswirtschaft (1896/97). — Weulersse, *Le Mouvement physiocratique en France de 1756 à 1770*, 1910. — Ders., *Les Manuscrits économiques de François Quesnay et du Marquis de Mirabeau aux Archives Nationales* (1910). — Marx, *Theorien über den Mehrwert*, herausgegeben von Karl Kautsky I (1905) 1—126: vgl. auch das von Marx verfaßte 10. Kapitel des II. Abschnittes in Engels *Anti-Dühring*. — Wilh. Roscher, *Geschichte der Nationalökonomik in Deutschland* (1874) 480—500. —

¹ Schmoller a. a. O. 50 f.

² Der nationale Zug in der Wirtschaftspolitik, der „Schutz der nationalen Arbeit“, Errichtung von Zollschränken und Erstreben günstiger Handelsverträge, Wettbewerb um Kolonien, Absatzgebiete und Rohstoffländer, aber auch die ganze Brutalität der „Vorrangspolitik der Nationalstaaten“, der Verdrängung und Unterdrückung lästiger Konkurrenten, die häßlichen Äußerungen eines egoistischen Kapitalismus und Imperialismus — finden sich in diesem Neomerkantilismus wieder.

v. Sivers, Turgots Stellung in der Nationalökonomie (1874). — Neurath, Der Sozialphilosoph Franz Quesnay (1881). — Périn, Die Lehren der Nationalökonomie seit einem Jahrhundert; autorisierte Übersetzung (1882) 20—37. — Hasbach, Die allgemeinen Grundlehren der von Quesnay und A. Smith gegründeten politischen Ökonomie (1890). — Ingram, Geschichte der Volkswirtschaftslehre, deutsch von Rossau (1890, 2. Aufl. 1906) 76 bis 110. — Eisenhart, Geschichte der Nationalökonomik² (1891) 26—39. — Diehl, Theoretische Nationalökonomie (1916). — Schumpeter, Epochen der Dogmen- und Methodengeschichte, im Grundriß der Sozialökonomik I (1914). — Gide und Rist, Geschichte der volkswirtschaftlichen Lehrmeinungen (1918) 1—57. — Ruhland, System der politischen Ökonomie I (1903) 54—67. — F. A. Schweizer, Geschichte der Nationalökonomik in vier Monographien II: Physiokratismus von Turgot (1904). — Lexis, Physiokratisches System, im Handwörterbuch der Staatswissenschaften VI³ 1038 ff. und im Wörterbuch der Volkswirtschaftslehre II³ 531 ff. — St. Bauer, Zur Entstehung der Physiokratie, in Jahrbücher der Nationalökonomie und Statistik XXI (1890) 113 ff. — Fritz Wolters, Studien über Agrarzustände und Agrarprobleme in Frankreich von 1700 bis 1790, in Staats- und sozialwissenschaftlichen Forschungen von Schmoller und Sering XXII (1905) 5. — Benedikt Güntzberg, Die Gesellschafts- und Staatslehre der Physiokraten, in Staats- und völkerrechtliche Abhandlungen, herausgegeben von Georg Jellinek und Gerhard Anschütz VI (1908) Heft 3. — Lavergne, Les économistes français du 18^e siècle (1870). — Schelle, Du Pont de Nemours et l'école physiocratique (1888). — Espinas, Histoire des doctrines économiques (1902). — Higgs, The Physiocrats (1897). — Taine, Die Entstehung des modernen Frankreich, deutsch von Katscher (1877). — Tocqueville, Der alte Staat und die Revolution, deutsch von Oelkers, in Wigands Bibliothek der besten Werke des 18. und 19. Jahrhunderts (1867) 125 ff. 142 ff. 172 ff. 195 ff. — H. Ripert, Le Marquis de Mirabeau, in L'Ami des Hommes (1901). — L. Brocard, Les doctrines économiques et sociales du Marquis de Mirabeau, in L'Ami des Hommes (1902). — Rapaport, Chr. W. Dohm, der Gegner der Physiokratie und seine Thesen (1908). — A. Dubois, Collection des économistes et des réformateurs sociaux de la France (1910 f.). Ähnlich der deutschen „Sammlung sozialwissenschaftlicher Meister“ von Waentig. — Die Geschichtswerke, die sich mit der französischen Revolution befassen, von Thiers, v. Sybel, Weiß, Eugen Jäger. Vgl. auch die Literaturangaben in Bd. I², Kap. 4, § 3, 273 f.

14. Neue Ideen und neue Ziele. Einseitigkeit führt zur Reaktion, die ihrerseits leicht der Einseitigkeit verfällt, wie schon Adam Smith bemerkt hat¹: „Wenn die Gerte zu sehr nach der einen Seite gebogen ist“, sagt das Sprichwort, „so muß man sie, um sie wieder gerade zu machen, nach der andern Seite biegen.“ Die französischen Denker, die das System entwickelten, welches den Ackerbau als die einzige Quelle des Einkommens und Wohlstandes eines Landes darstellt, scheinen diese Maxime des Sprichworts befolgt zu haben, und wie in Colberts System der städtische Gewerbeleiß im Vergleich zum ländlichen sicher überschätzt war, so scheint er in dem ihrigen ebenso sicher unterschätzt zu werden.“ Doch wollten die Physiokraten auch noch in anderem Sinne der „Natur“ wiederum zur „Herrschaft“ verhelfen, nämlich der „natürlichen Freiheit“.

In der mittelalterlichen Stadt galt es, die zünftigen Handwerksmeister in ihrer Nahrung zu schützen. Der moderne Staat wandte seine Sorge den Manufakturen und Fabriken zu. Die Mittel blieben aber die-

¹ Volkswohlstand (Buch IV, 9. Kapitel), übersetzt von Stüpel II 210 f.

selben: Privilegien und Monopole, Statuten und Reglemente, Zurückdrängung der Konkurrenz, jetzt der Völkerkonkurrenz im internationalen Verkehre. Was jedoch der industriellen Entwicklung anfangs eine Stütze bot, das wurde später als Behinderung des wirtschaftlichen Fortschrittes empfunden. Man solle den Handel sich selbst überlassen: „Laissez-nous faire!“ Das sei das beste Mittel, die Volkswirtschaft zu heben. So antwortete, wie berichtet wird, bereits der Kaufmann Legendre, als Colbert nach dem unglücklichen Kriege mit den Niederlanden (1672—1678) in einer Versammlung von Industriellen und Händlern sich Rats erholte. Das städtische Bürgertum Frankreichs, einmal erstarkt, war der staatlichen Bevormundung überdrüssig geworden, wurde es später weit mehr noch unter Colberts Nachfolger Louvois. Die Zahl der Manufakturinspektoren nahm zu. Alle Märkte und Messen unterlagen ihrer Kontrolle. Rücksichtslos brachten sie gänzlich veraltete Reglements zur Geltung. Monopole, Privilegien, Prohibitionen hemmten die wirtschaftliche Bewegung der Nation.

Auf der andern Seite sah der französische Ackerbau sich zurückgesetzt hinter Handel und Industrie. Ihm blieb die Ausfuhr seiner Produkte versagt im Interesse der einheimischen Manufakturen. Ein Privathandel mit Getreide konnte neben dem Staatsmagazinwesen nicht aufkommen. Weniger als Handelsartikel galt das Getreide, denn als Gegenstand des Notbedarfs. Selbst der Verkehr von Provinz zu Provinz fand Behinderung, stand unter strenger behördlicher Aufsicht. Der Milizdienst, die feudale Gebundenheit, die kirchlichen und feudalen Lasten drückten schwer auf die ländliche Bevölkerung. Sogar Geschenke, die sie dem Hof spendeten, wußten die Grundherren auf ihre Bauern abzuwälzen. Die trostlose Lage der durchgehends armen Landleute wurde zeitweilig noch verschärft infolge der vielen und langwierigen Kriege¹.

Dazu kam eine grenzenlose Verwirrung im staatlichen Haushalte. Die Verschwendung des prunksüchtigen Hofes, die riesigen Kosten fast unaufhörlicher Kriege hatten die Finanzen des Staates erschöpft. Beim Tode Ludwigs XIV. betrug die Schuldenlast etwa zwei Milliarden Livres, jährlich mit 89 Millionen zu verzinsen. Die gesamten Staatseinnahmen beliefen sich aber pro Jahr auf nur mehr 68 Millionen. Hartherzige Steuerpächter (*fermiers generaux*) trieben durch ein Heer gewissenloser Beamten die in ihrer Größe unsichern, von Jahr zu Jahr schwankenden, für das verarmte Volk überschweren Abgaben ein. Die Finanznot verleitete zu völlig verfehlten Finanzoperationen. Man denke an das

¹ Vauban schreibt in seiner „Dime royale“ (1699): „Fast der zehnte Teil des Volkes bettelt. Von den andern neun Zehnteln können fünf den Bettlern kein Almosen geben, denn sie bedürften dessen eigentlich selbst. Drei Zehntel sind auch noch überaus schlecht daran, und das letzte Zehntel umfaßt etwa 100 000 Familien, von denen vielleicht 10 000 ‚à leur aise‘ leben.“ Die oberen Zehntausend!

sog. „System“ Law. Marx bemerkt¹: „Das Aufkommen der Physiokraten hatte zu tun sowohl mit dem Gegensatz zum Colbertismus als namentlich auch mit dem Kladderadatsch des Systems von John Law.“ In der Tat ein gewaltiger Kladderadatsch, ein Vorspiel der Assignatenwirtschaft der französischen Revolution².

Kein Wunder, daß allenthalben drei Worte zündeten: Freiheit, Ackerbau, Reform der Finanzen! Immer lauter erscholl in der Literatur dieser Ruf, je mehr das Elend im Laufe des 18. Jahrhunderts sich steigerte. Dabei wurden naturgemäß auch die allgemeineren Fragen nach dem Wesen des Volksreichtums, nach den Ursachen, Bedingungen, Kennzeichen desselben mitberührt.

15. Die Schriftsteller der Übergangsperiode zum physiokratischen System. Zweck der erstrebten „abondance de l'argent“ war für Colbert die „abondance des denrées“ gewesen. Dennoch haben die Schriftsteller der Übergangsperiode zum physiokratischen System³ es für notwendig erachtet:

1. die übertriebene Gold- und Geldverehrung entschieden abzulehnen.

So betonte Boisguillebert⁴ ausdrücklich, der Reichtum eines Volkes bestehe nicht wesentlich in dem Besitze von Gold und Silber, das ja als Verkehrsmittel durch Papier ersetzt werden könne. Die unmittelbaren Bedürfnisse, Nahrung, Kleidung, das, was niemand entbehren könne, bilde die einzigen Reichtümer. Auch Vauban⁵, ein Freund Colberts und in handelspolitischer Hinsicht Merkantilist, urteilt, daß nicht die große Menge von Gold und Silber an sich die wahren Reich-

¹ Vgl. Marx, Theorien über den Mehrwert, aus dem Nachlaß herausgegeben von Karl Kautsky (1905) 49.

² Über Law (Zettelbank, Handelskompanie) vgl. Bd. IV, 4. Teil, Kap. 4, § 4, Das Bankwesen. Eisenhart, Geschichte der Nationalökonomik² (1891) 30. „Bald wandte sich die Tätigkeit der in Beziehung auf Spekulationen enttäuschten Geister“, sagt Adolf Blanqui (der Ältere) in seiner Geschichte der politischen Ökonomie in Europa (deutsch von Buß II [1841] 60 f.), „dem Anbau des Bodens zu, um von ihm die Vergütung für die Leiden des ‚Systems‘ zu verlangen. Man hätte sagen mögen, daß jedermann nötig hatte, im Schatten seiner Rebe und seines Feigenbaumes von den Schlägen und Schwankungen der Börse auszuruhen.“ Oncken, Geschichte der Nationalökonomie I 264.

³ Oncken a. a. O. 247 ff.

⁴ Er veröffentlichte: *Détail de la France* (Ausführliche Beschreibung Frankreichs) (1695); *Factum de la France* (Denkschrift über Frankreich) (1706). Beide Werke vereinigt und ergänzt unter dem Gesamttitel: *Détail de la France* (1712). Vgl. Oncken a. a. O. 250 ff. Boisguillebert lebte von 1646 bis 1714; er war Richter beim Parlament zu Rouen. Vgl. noch Cohn, P. de Boisguillebert, in *Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft* (1869).

⁵ Lohmann, Vauban, seine Stellung in der Geschichte der Nationalökonomie und sein Reformplan (1895). Oncken a. a. O. 254 ff. F. K. Mann, Vauban und die Volkswirtschaftslehre des Absolutismus. Eine Kritik des Merkantilsystems (1914). Die „Volkswirtschaftslehre des Absolutismus“ geht nach Mann bis zur Mitte des 18. Jahrhunderts. Ein eigentliches Merkantilsystem habe es nicht gegeben: „Das Merkantilsystem datiert vom Jahre 1776“ (in dem Smith's Werk über den Völkerreichtum erschien).

tümer eines Staates ausmachen, sondern die Fülle jener Güter, deren Gebrauch für die Erhaltung des menschlichen Lebens notwendig ist. Ebenfalls Mélon¹ vertritt in seinem 1734 herausgegebenen „Essai politique sur le Commerce“ den Satz, daß Geld nicht selbst der ganze Reichtum, sondern nur das Zeichen oder Pfand des übrigen Reichtums sei (so schon Aristoteles und Thomas von Aquin). Montesquieu² nennt Gold und Silber einen erdichteten Reichtum. Sie sind ihm nur Zeichen des wahren Vermögens. Nach der Eroberung Mexikos und Perus, sagt er, vernachlässigten die Spanier den wahren Reichtum, um nun jenen Zeichen desselben nachzujagen, deren Wert ebendadurch heruntergesetzt wurde. Richard Cantillon³ beginnt seinen „Essay sur le Commerce en general“⁴ mit dem Satze: „La Terre est la source ou la matière d’où l’on tire la Richesse; le travail est la forme qui la produit, et la Richesse en elle-même, n’est autre chose que la nourriture, les commodités et les agréments de la vie.“

2. Hier wird die Erde die Quelle des Reichtums genannt. Das führt uns zu den neuen Anschauungen über die Entstehung des Reichtums. Merkantilisten sahen in dem Aktivhandel eines Landes die wahre Quelle seines Reichtums und seiner Kraft. Um zum aktiven Handel zu gelangen, sollten die eigenen Rohstoffe im Lande verarbeitet und alles aufgeboden werden, eine örtliche Industrie hervorzurufen, möglichst viele Fabrikate an das Ausland abzusetzen, während die fremdländischen Waren durch Grenzzölle ferngehalten wurden. So verlangte es die merkantilistische Handelsbilanztheorie. Allmählich macht sich nun ein Umschwung der Ideen bemerkbar. Bereits Boisguillebert stellt den Satz auf, Wohlstand und Macht erlange ein Staat durch seine ländliche Bevölkerung. Die Förderung der städtischen Bevölkerung durch Colbert habe dem Lande ebenso geschadet, wie die besondere Pflege des Ackerbaues durch Sully unter Heinrich IV. Frankreich an Volkszahl und Wohlstand zu einer achtungswerten Höhe gehoben habe⁵. Doch versteht Boisguillebert unter der von ihm befürworteten Bevorzugung des Ackerbaues nur die Förderung und Stärkung der eigentlichen agrarischen Bevölkerung, nicht der ohnedies schon reichen Grundherren⁶. Ein mäßige

¹ Mélon war Sekretär bei Law.

² Esprit des lois Buch 21, 22. Kap.

³ Französischer Bankier irischer Abkunft, in Smith's Wealth (Buch I, 8. Kap.) erwähnt.

⁴ Erschienen 1755 nach dem Tode des (1734 durch den eigenen Diener ermordeten) Verfassers. Eine freie englische Übersetzung erschien 1759 unter dem Titel „The Analysis of Trade“.

⁵ Heinrich IV. wird die Äußerung zugeschrieben: „Jeder Bauer soll am Sonntag sein Huhn im Topfe haben.“ Heinrichs Minister, Béthune de Sully, nannte den Landbau und die Viehzucht „die beiden Nährbrüste des Staates“, „die wahren Minen von Peru“. Sully ist kein Vorläufer der Physiokraten. Er forderte staatliche Fürsorge für die Volkswirtschaft. „Seine Maßnahmen sind derart“, bemerkt Oncken (Geschichte der Nationalökonomie I 177), „daß sie der ausgesprochenste Merkantilist nicht rücksichtsloser hätte treffen können.“ Den Luxusindustrien war Sully wenig geneigt, sonst aber durchaus kein Feind der Industrie. Die 1638 veröffentlichten „Économies Royales“ enthalten eine Anzahl von Regierungsmaximen, deren Bedeutung der ältere Mirabeau wohl überschätzt hat.

⁶ Die Physiokraten wollten, wie Weulersse lehrt, die Vorherrschaft der landwirtschaftlichen Großbetriebe, um möglichst hohe Getreidepreise, einen möglichst

hoher Getreidepreis habe als günstiges Wahrzeichen für den allgemeinen Wohlstand eines Volkes zu gelten. Niedrige Getreidepreise seien nicht minder Teuerung als allzu hohe; für den Landwirt, der seine Produktionskosten nicht wieder einbringe; für das ganze Volk, da ein Teil seines Bodens unangebaut bleiben werde. Indem auch Mélon den vornehmsten Reichtum eines Landes in seinem Grund und Boden erblickt, ist ihm der Ackerbau zugleich das solide Fundament der Industrie und des Handels. Die Landbevölkerung sei die zahlreichste im Staate, ihre Arbeit wesentlicher als die anderer Stände. Ähnlich wie Cantillon, Quesnay und Adam Smith behauptet Mélon, das Gesamtwohl eines Volkes sei nach dem Einkommen der Landbevölkerung, nicht der Städte zu schätzen. Eine dieser Auffassung entsprechende innere Wirtschaftsbilanz erschien ihm wichtiger als eine günstige auswärtige Handelsbilanz. Doch ist er kein Feind der Städte, sieht im städtischen Luxus nicht bloß eine Ursache der Entnervung, sondern innerhalb vernünftiger Grenzen einen für das Ganze vorteilhaften Antrieb zur Produktion. Als „Basis“ des ganzen Wirtschaftslebens wird der Ackerbau von Veron de Forbonnais¹ bezeichnet, nicht als die alleinige „Quelle“ des Wohlstandes, wie später die Physiokraten lehrten. Zu den Wohlstandsquellen rechnet Forbonnais auch Handel und Industrie. Nicht in dem Großhandel verkörpere sich der Reichtum eines Landes, wie der Merkantilismus voraussetzte, sondern „in einem guten allgemeinen Ackerbau, in den Gewerben derjenigen Einwohner, welche jenem nicht obliegen können, und einem gesunden inneren Handel“. Das war auch die Ansicht des Marquis d'Argenson²: „Tout grand commerce se réduit à l'usure.“ Sein volkswirtschaftliches Ideal blieb „cette médiocrité“, die allein eine Nation glücklich mache, wie das Schweizervolk zeige. Dabei gilt ihm der Ackerbau als das Wichtigste für den Wohlstand des Landes. Auch Cantillon sieht in dem Grund und Boden nicht gerade die einzige Quelle des Reichtums. Arbeit und Boden stehen ihm als ebenbürtige Faktoren der Produktion nebeneinander. Lehrten später die Physiokraten, daß die Arbeit lediglich aus dem Boden die von demselben erzeugten Gaben schöpfe und für die Konsumtion herrichte, so ist nach Cantillon die Arbeit, ebenfalls die städtische, industrielle Arbeit, im vollen Sinne produktiv. Er schätzt sogar die Arbeit des Gewerbsmannes höher als die ländliche³, erblickt in dem auswärtigen Handel das wesentlichste Mittel der staatlichen Macht, hält fest an der Handelsbilanztheorie. Bei aller Sympathie für die ländlichen Interessen war Cantillon doch Merkantilist, nicht der „Vater der Physiokratie“, wie Jevons und Higgs gemeint haben. Vincent de Gournay⁴ huldigte ebenfalls

hohen produit net zu erzielen als Quelle eines hohen impôt unique für den König und als Lohnfonds für alle Nichtgrundbesitzer der Nation. Vgl. die Kritik dieser Auffassung durch R. de Waha im Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik XXXV (1912) 839 f.

¹ Sein Hauptwerk sind die *Recherches et Considérations sur les Finances de France* (1758). Vorher erschien eine Schrift: *Über die Elemente des Handels* (1754) usw. Vgl. Oncken, *Geschichte der Nationalökonomie* 270 f.

² Seine Lehren finden sich in dem zwischen 1736 und 1757 niedergeschriebenen *Journal*, das in der *Collection Baudouin des Mémoires sur la Revolution française* (1825) zuerst gedruckt und 1858 vollständiger durch ein jüngeres Glied der Familie d'Argenson herausgegeben wurde. Vgl. Oncken a. a. O. 273 ff.

³ Oncken a. a. O. 276 ff.

⁴ Vincent de Gournay lebte von 1712 bis 1759.

der Ansicht, daß die Arbeit der kaufmännischen Berufe als selbständige Quelle des Reichtums zu erachten sei. Der Arbeiter, der ein Stück Stoff herstellt, fügt der Masse der Güter eines Staates ein neues reelles Gut hinzu. Behandelte später Quesnay und die physiokratische Schule den Handel nur als einen Nebenzweig des Ackerbaues, so erschien derselbe Gournay und dessen Anhängern durchaus als ebenbürtiger Zweig im Produktionsleben des Volkes, Kultur des Bodens und Handel (mit Einschluß der Industrie, der Schifffahrt) als die doppelte Quelle des Wohlstandes eines Landes. Reichtum und Macht beruht hinwiederum dem Marquis Victor de Mirabeau¹ (dem „älteren“ Mirabeau) zufolge auf einer zahlreichen Bevölkerung, und zwar nicht der städtischen, sondern der durch ihren Fleiß und sittlichen Charakter ausgezeichneten ländlichen Bevölkerung. Er glaubte sich für diesen Gedanken auf die von Sully aufgestellten und in dessen Memoiren ausgezeichneten Maximen berufen zu können. Später ließ Mirabeau sich von Quesnay belehren, daß nicht die Bevölkerung Ursache des Reichtums, sondern der Reichtum Ursache der Bevölkerung sei, also zunächst für Reichtum gesorgt werden müsse.

3. Zurücktreten der Staatsintervention, größere Freiheit statt der bisherigen Beschränkungen, das war neben der erstrebten größeren Pflege des Ackerbaues die Forderung, welche nun mehr oder minder entschieden im Hinblick auf die staatliche Wirtschaftspolitik erhoben wurde.

So verlangte Boisguillebert die Beseitigung aller Orts- und Provinzialzölle für den inneren Verkehr, überhaupt möglichst große Freiheit. Der Staat soll nur dem Unrecht wehren. Im übrigen werde die Natur, d. i. ihm zufolge die Providenz, eine gewisse Harmonie der Interessen herbeiführen. Nach Mélons berühmt gewordener Definition ist der Handel „ein Austausch des Überflüssigen gegen das Notwendige“. So weit wenigstens müsse der Händler Freiheit haben in der Ein- und Ausfuhr von Waren, daß es jedem Bürger möglich werde, seinen Überfluß gegen das ihm Mangelnde auszutauschen. Keine Willkür, nur eine solche Freiheit fordert er, daß unbehindert geschehen könne, was dem Gemeinwohl nicht widerspricht. Im Zweifel sei zu Gunsten der Freiheit zu entscheiden. Auch Montesquieu² forderte keine absolute Freiheit. Was den Kaufmann einschränke, hemme darum den Handel noch nicht. Für den Handel mit den Kolonien müsse dem Mutterlande das Monopol gewahrt bleiben. Es diene dieser Vorzug als Vergeltung für den militärischen Schutz, den das Mutterland gewähre. Quesnay war anderer Ansicht. Er meinte, solche Privilegierung des Mutterlandes könne diesem auf die Dauer keinen Vorteil bringen, eine Auffassung, die im allgemeinen auch Adam Smith geteilt hat. Absolute Freiheit wurde zuerst von René d'Argenson gefordert, die volle internationale Verkehrsfreiheit ohne jeden Zoll. Der Warenverkehr zwischen den verschiedenen Ländern müsse nicht minder frei sein wie der von Wasser und Luft. Ganz Europa sollte einen allgemeinen Markt bilden, wo derjenige Produzent und diejenige Nation obsiegen werde, die das Beste leiste.

¹ Marquis Victor Riquetti de Mirabeau, Verfasser des *L'Ami des Hommes* (1757), neu herausgegeben durch Rouxel (1883). Vgl. Oncken a. a. O. 279 ff.

² „Montesquieu ist als Konservativer und Liberaler, als Bourgeois und als Sozialist, sogar als Staatssozialist — immer mit gleicher Entschiedenheit — verteidigt und angefeindet worden.“ So Fritz Karl Mann, Montesquieu als Staatsmann, in *Schmollers Jahrbuch* XXXIV (1910) 1529 ff.

Eher sei der Ausländer zu begünstigen als der inländische Produzent, der durch die Nähe des Marktes und die Ersparung der Transportkosten so wie so schon einen Vorsprung habe. Bezog sich das „Laissez faire“, d'Argensons vor allem auf den internationalen Verkehr, so galt seine Absage doch überhaupt jedem „zu viel Regieren“: „Pour gouverner mieux, il foudrait gouverner moins.“ Oder, wie es an einer andern Stelle heißt: „Laissez faire, tel devrait être la devise de toute puissance publique, depuis que le monde est civilisé.“¹ Gegenüber Bellonis „Dissertatione del commercio“ fordert er vom Staate für die volkswirtschaftliche Bewegung nur Schutz, Beseitigung der Hindernisse, aber keine peinliche positive Fürsorge. Der Instinkt der Biene leiste ja mehr als das größte staatsmännische Genie. Ehre und Gewinn leiteten die Menschen besser als jede staatliche Protektion. Der Staat habe nur für „gute Richter, Unterdrückung der Monopole, einen für alle Einwohner gleichen Schutz, unveränderliche Münzen, Wege und Kanäle“ zu sorgen. Dennoch stellte d'Argenson nicht, wie das spätere Manchesterium, seine Freiheitsforderung im Interesse des Großbesitzes und Großbetriebes auf. Seine Vorliebe galt vielmehr der ländlichen Bevölkerung, wie oben bereits bemerkt wurde. Auch Victor Mirabeau trat lebhaft für die allgemeine und vollkommene Freiheit des inneren Wirtschaftslebens sowohl wie des internationalen Verkehrs ein. Beseitigung aller Ein-, Aus- und Durchfuhrzölle war sein Ideal. Begeistert spricht er von dem allgemeinen Weltfrieden, dem großen Plane Heinrichs IV. Nachdem ein allgemeiner Brüderlichkeitsvertrag (*traite de fraternité*) geschlossen, führt der „König-Hirte“ (*roi pasteur*) als Friedensfürst ein allbeglückendes Regiment. Die universale Friedensidee findet sich auch bei d'Argenson und innerhalb der modernen Manchesterschule, hier in Verbindung mit der Vorstellung einer internationalen Wirtschaftsorganisation. Schon früher war ein merkantilistischer Schriftsteller, der Abbé von Saint-Pierre, mit Begeisterung für den allgemeinen Frieden eingetreten, da der Krieg eine gewaltige Schädigung der Völker bedeute. Er wünschte ein europäisches Schiedsgericht in Metz oder Köln auf Grund einer vertraglichen Vereinbarung der christlichen Staaten — „der Traum eines redlichen Mannes“², wie Kardinal Dubois sagte.

Bis in die letzte Zeit galt der Pariser Handelsintendant J. C. Vincent, Herr v. Gournay³ (1712—1759), als Urheber der Formel: *Laissez faire et laissez passer*. Zugleich wurde er den Vertretern der absoluten Freihandelslehre beigegeben. Nach Aug. Oncken⁴ trifft jedoch beides nicht zu. Der Ausdruck: *Laissez-nous faire* wurde, wie schon erwähnt, von dem Kaufmann Legendre zuerst Colbert gegenüber gebraucht. Er findet sich wieder unter den Zeitgenossen Gournays bei d'Argenson. Von Gournay mag der zweite Teil der Formel herrühren: *laissez passer*. Nach den Angaben des älteren Mirabeau soll Gournay zuerst beide

¹ Vgl. Oncken, Die Maxime „Laissez faire et laissez passer“, ihr Ursprung, ihr Werden (1886) 60 ff.; Geschichte der Nationalökonomie I 274.

² Solange sich dieser Traum nicht erfüllt hat, wird mancher wohl dem Hallenser Juristen Johann Peter Ludewig (unter Friedrich Wilhelm I.) nicht unrecht geben wollen, wenn er in einer guten Wirtschaft der Untertanen und zugleich in einer auserlesenen Armee die beiden Grundsäulen erblickt für das Glück eines Landes: Armeen ohne Geld sind wie Bäume ohne Wurzeln; ein reiches Land ohne Heer wie ein Garten ohne Zaun.

³ Vincent ist der Familienname, de Gournay ein Adelstitel.

⁴ Geschichte der Nationalökonomie I 283 ff. Über Gournay auch G. Schelle, Vincent de Gournay (1897).

Formeln gefunden haben. Allein das *Laissez faire et laissez passer* Gournays hatte bei ihm doch lange nicht den weiten Sinn wie später innerhalb der physiokratischen Schule und namentlich für das Manchestertum. Es bedeutete hier keineswegs, daß die Waren zwischen den verschiedenen Ländern frei wie Luft und Wasser verkehren sollten, sondern lediglich die Ablehnung des traditionellen Systems der Monopolisierung des Handels mit den Kolonien, der Privilegien und Prohibitionen. Für die innere Wirtschaftspolitik besagt jener Satz allerdings eine ziemlich unbeschränkte Freiheit der Individuen. Gleichwohl sollte damit doch nicht die absolute Untätigkeit des Staates gefordert, sondern wiederum nur das Inspektorenwesen und die *Reglements* abgelehnt werden, die als ein Hindernis der Entwicklung des Handels sich erwiesen hatten. Überblickt man das Ganze der Doktrin, so handelt es sich bei Gournay und seinen Schülern, wie Oncken¹ meint, um eine im Auslande erwachsene, mehr „liberale Tendenz innerhalb des traditionellen Merkantilsystems“. Turgot habe in der zweiten Formulierung² des „*Eloge de Gournay*“ diesen allzusehr als Physiokraten erscheinen lassen, obwohl die von Gournay herrührenden Abhandlungen, wie die Schriften seiner Schüler (Turgot ausgenommen), eher im Geiste von Childs „*Discourse*“³ geschrieben seien. Gewiß bekämpfte Gournay nachdrücklich die inneren Zölle, forderte für ganz Frankreich Zolleinheit, betrachtete die Herstellung eines großen einheitlichen nationalen Wirtschaftsgebietes als unerläßlich für den Volkwohlstand. Allein das trennt ihn noch nicht von den Merkantilisten. Auch Colbert erstrebte Zolleinheit im Innern, ohne diese freilich voll erreichen zu können. Wollte Gournay, daß die Inländer nicht wie Fremdlinge einander gegenüberständen, so war ihm die Bevorzugung des einheimischen Handels vor dem ausländischen, des aktiven vor dem passiven Handel, doch etwas ganz Selbstverständliches. Zolleinheit im Innern, aber nicht Aufhebung aller Zölle, sondern Verlegung derselben an die Landesgrenzen, Schutz des gesamten Landes und seiner Geschäftswelt gegen die ausländische Konkurrenz, Einführung von Zöllen an Stelle des Verbotes (z. B. der Einfuhr bunter Gewebe), also Ersatz des Prohibitionssystems durch ein liberales Schutzsystem, dazu Aufhebung aller Einzelprivilegien und Kompanie-monopole, Beseitigung der indischen Kompanie, Zugänglichkeit des Kolonialhandels für alle Untertanen des französischen Königs, das sind zum Teil Forderungen, die Gournay zweifelsohne von den extremen Merkantilisten unterschieden, ohne ihn jedoch den Physiokraten beizugesellen. Für das innerstaatliche Wirtschaftsleben forderten auch Gournays Schüler die unbeschränkte Konkurrenz. Das eigene Interesse und die Konkurrenz galten hierfür als die mächtigsten Antriebe. Sie würden mehr leisten als staatliche *Reglements* und Inspektionen. Eine Konsequenz dieser Auffassung war es, wenn die Aufhebung aller zwangsweisen und monopolistischen Gemeinschaften, insbesondere der Zünfte (*jurandes*) gefordert wurde. An deren Stelle sollten freie berufliche Verbände treten und niemand zum An-

¹ A. a. O. 291.

² Die erste Formulierung stammt aus der Zeit unmittelbar nach Gournays Tode 1759, die zweite mag etwa um 1780 geschrieben sein.

³ Gournay übersetzte Childs Hauptwerk unter dem Titel: *Traité sur le Commerce et sur les avantages, qui résultent de la réduction de l'intérêt de l'argent*, par Josias Child, avec un petit *Traité contre l'Usure* par le chevalier Thomas Culpeper, Amsterdam et Berlin 1759.

schluß an dieselben oder zum Verbleiben genötigt werden. Ohne jede Form der staatlichen Intervention bezüglich der inneren Volkswirtschaft abzulehnen, wurde ferner eine Änderung der Art und des Charakters dieser Intervention empfohlen. Statt der Reglemente bedürfte das Gewerbe der Belehrung, statt der Inspektoren wünsche es Instruktoren über neue Verfahrungsweisen u. dgl. Auch sollten Subsidien zum Fortschritt ermuntern, den Erfindungen Schutz gewährt werden. Die Physiokraten aber lehnten auch eine derartige modifizierte Staatsintervention als künstliche Beschleunigung des natürlichen Ganges der Dinge ab. In einem Briefe an den französischen Gesandten in Rom, den späteren Minister Choiseul¹, trat Gournay nachdrücklich für die Aufhebung des kirchlichen Zinsverbotes ein. Zum Schaden der katholischen Völker wandere das Kapital in die protestantischen Länder. Letztere seien dadurch in der internationalen Warenkonkurrenz günstiger gestellt. Child hatte dargelegt, daß der niedrige Zinsfuß Ursache, nicht Folge des Nationalreichtums sei. Darum müsse der Staat mit der Zinsherabsetzung beginnen. An Stelle des Zinsverbotes sollte die gesetzliche Regulierung des Zinsfußes treten.

4. Die vielen Mißstände im staatlichen Finanzwesen führten schließlich zu mannigfachen Vorschlägen über die Neuregelung der Besteuerung. Der Bauernstand hatte außer den feudalen Lasten tatsächlich fast alle von den höheren Ständen auf ihn abgewälzten Staatsabgaben zu tragen. Dem, glaubte Marschall Vauban², werde am besten durch Einführung eines dem kirchlichen Zehnten nachgebildeten „Königszehnten“ (Dime royale) abgeholfen. Das Zehntel des Einkommens galt dabei als das Maximum der Besteuerung. Unter gewöhnlichen Verhältnissen werde ein Zwanzigstel, für Handwerker ein Dreißigstel usw. genügen. Es handelt sich hierbei also um das „Urbild einer modernen Personal-einkommensteuer“, die alle Klassen und Berufe treffen sollte. Sie ist als die vornehmlichste, nicht aber als einzige Steuer gedacht, da sie neben sich noch eine Salzsteuer, Abgaben auf Getränke, Grenzzölle u. dgl. zuläßt. Die Durchführung einer solchen Reform hätte allerdings die Vernichtung des feudalen Systems bedeutet. Darum wurde denn auch Vaubans „Nouveau système“ von Ludwig XIV. sehr ungnädig aufgenommen und gemäß Parlamentsbeschluß vom Henker öffentlich verbrannt. An Stelle der üblichen, jährlich neu veranlagten und insofern wandelbaren Personalsteuer, der „taille arbitraire“, brachte der Abbe von Saint-Pierre eine nach Maßgabe des Bodenertrages dauernd festzusetzende Steuer in Vorschlag³. An diese tarifierte Taille knüpfte Quesnay später mit seinem impôt unique an. Bei Saint-Pierre war sie jedoch keine Einkommensteuer. Die Schule Gournays verlangte, daß der größte Teil der Steuer auf Konsumtionsobjekte, namentlich Luxusgegenstände, gelegt werde. Die Produktion als solche dagegen dürfe nicht belastet, keine Abgabe von Rohstoffen, Fabrikaten und Fabrikanten erhoben werden, damit billiger produziert und die Konkurrenz mit andern Ländern erfolgreicher aufgenommen werden könne. Das sei die Praxis solcher Länder, die sich durch Handel zu vergrößern strebten.

¹ Mitgeteilt bei Schelle, Vincent de Gournay 180 f. Oncken, Geschichte der Nationalökonomie I 308.

² Oncken a. a. O. 254 ff. Lohmann, Vauban, seine Stellung in der Geschichte der Nationalökonomie und sein Reformplan (1895).

³ Projet d'une taille tarifée (1718).

Während England seine industrielle Weltherrschaft fest begründete, lagen in Frankreich die Verhältnisse so, daß von einer Vergrößerung der Macht durch Handel keine Rede sein konnte. Die französische Volkswirtschaft war tief gesunken. Von einer allgemeinen materiellen Wohlfahrt war nichts mehr zu spüren. Die wirtschaftende Bevölkerung lebte zum großen Teil in äußerster Not. Die Fortdauer des ganzen Staatswesens stand in Frage. Da suchte man also wiederum, wie gesagt, Heil bei der „Natur“, nachdem alle Kunst am Ende nur Mißerfolge aufwies. Herrschaft der Natur, des Naturgemäßen, der natürlichen Ordnung, der natürlichen Freiheit, der Mutter Natur, d. i. der Erde, wurde die Parole der neuen Schule, welche mit Eifer ihren Ideen und Zielen in Wissenschaft und Leben Geltung zu verschaffen suchte. Viele betrachten dieselbe sogar als die eigentliche Begründerin der nationalökonomischen Wissenschaft.

16. Quesnay und das physiokratische System¹. Nicht bloß die besonderen Bedürfnisse, die geistigen Strömungen des Zeitalters, auch persönliche Verhältnisse und Schicksale haben die Anschauungen François Quesnays (1694—1774) mehr oder minder beeinflusst. So schon der Umstand, daß er als Sohn eines Bauern seine Jugend auf dem Lande zugebracht; nicht minder seine umfassende theoretische und praktische Betätigung auf medizinischem Gebiete. Er war Anhänger der hippokratischen Lehre von dem selbsttätigen Heilwirken der Natur. Anregung der natürlichen Kräfte, deren Wirken allenfalls leiten und zügeln, das ist nach Quesnay die Aufgabe des Arztes, aber auch des Politikers. Nicht minder kommt in Betracht der langjährige Aufenthalt am Hofe, wo Quesnay seit 1749 als Leibarzt der Pompadour weilte und reichlich Gelegenheit fand, die vielen Mängel der staatlichen Verwaltung aus größerer Nähe beobachten zu können. Von 1753 an beschäftigte er sich eingehend mit wirtschaftlichen Fragen.

Er verfaßte für die seit 1751 von Diderot und d'Alembert herausgegebene Enzyklopädie die Abhandlungen „Fermiers“ (1756) und „Grains“ (1757). Weitere Artikel: „Hommes“, „Impôt“, „Intérêt de l'argent“ wurden nicht mehr veröffentlicht. Mit dem Jahre 1757 trat der ältere Mirabeau² an Quesnays Seite. Im Jahre 1758 stellte Quesnay das „Tableau économique“ fertig³; es erschien 1760 als Nachtrag zu Mirabeaus „L'Ami des Hommes“⁴, wie 1759 bereits die „Ques-

¹ Über François Quesnay und das physiokratische System vgl. Oncken a. a. O. 314 ff. Ders., Entstehen und Werden der physiokratischen Theorie, in Frankensteins Vierteljahrsschrift für Staats- und Volkswirtschaft (1896/97). Ferner Ders., Œuvres économiques et philosophiques de F. Quesnay 1888.

² Victor Mirabeau, nicht zu verwechseln mit seinem jüngeren Bruder, dem sog. Bailli Mirabeau, und mit seinem Sohn, dem Tribun der Revolutionszeit.

³ Ausführlich behandelt bei Oncken, Geschichte der Nationalökonomie I 386 ff. — Vgl. auch Marx, Theorien über den Mehrwert I 85 ff.

⁴ Über Victor Mirabeaus „L'Ami des Hommes“ sagte Edmond Rousse, es sei ein Buch, das jedermann nenne, fast niemand kenne, und das in jeder Generation ein mutiger

tions interessantes sur la Population, l'Agriculture et Commerce“ ebenfalls als Nachtrag zum „L'Ami des Hommes“ veröffentlicht worden waren. Unter dem Titel „Extraits des economies royales de Sully“ fügte Quesnay dem „Tableau“ eine Anzahl von „Maximes“ bei. Es sind allgemeine Grundsätze über den vollkommenen Zustand des sozialen Körpers. Das Tableau selbst bringt die Auffassung Quesnays über die naturgemäße Verteilung eines bestimmten Jahresergebnisses der nationalen Produktion auf die verschiedenen Klassen durch die Zirkulation zahlenmäßig zur Darstellung. Den Physiokraten galt das „Tableau“ als die größte Erfindung des menschlichen Geistes neben der Schritt, dem Gelde usw. Insbesondere schätzten sie es als Werkzeug der gesellschaftlichen Heilkunde. Es ließ erkennen, ob Zirkulation, Verteilung und Reproduktion in rechter Ordnung, ob der gesellschaftliche Körper krank oder gesund sei. Aber schon für Turgot hatte das „Tableau“ nur mehr geringe Bedeutung, um so größere die Maximen als Leitsterne für die positive Gesetzgebung und staatliche Politik. Im Dienste der physiokratischen Ideen stand seit 1765 das „Journal de l'agriculture, du commerce et des finances“ unter der Redaktion von Dupont de Nemours¹. Als dieser wegen eines Konfliktes mit der Regierung seine Stellung verlassen mußte, vertraten seit 1767 die „Ephémérides du citoyen“² physiokratische Ideen. Die wichtigeren der von Quesnay in beiden Journalen (anonym) veröffentlichten Aufsätze wurden unter dem Titel „Physiocratie ou constitution naturelle du gouvernement le plus avantageux au genre humain“ von Dupont zusammengefaßt herausgegeben. Eine neue Ausgabe erfolgte durch E. Daire 1846 unter dem Titel „Physiocrates“ mit Beifügung der in der großen Enzyklopädie veröffentlichten Artikel³. Die beste Sammlung der Arbeiten Quesnays besitzen wir von August Oncken: *Ceuvres économiques et philosophiques de F. Quesnay* (1888). Auch bietet Oncken eine auf ausgebreiteter Literaturkenntnis beruhende Zusammenstellung der physiokratischen Lehre im ersten Bande seiner „Geschichte der Nationalökonomie“ (1902). In kürzerer Übersicht enthält der Artikel „Quesnay“ im sechsten Bande des Handwörterbuchs der Staatswissenschaften (von A. Oncken) die Lehre des Meisters der physiokratischen Schule.

Der Name „Physiokratie“ ist wohl kaum von Dupont de Nemours zuerst gebraucht worden. Oncken führt ihn auf Quesnay selbst zurück⁴. In dessen Sinne bedeutet er die Herrschaft der „natürlichen Ordnung“, die mit der unwiderstehlichen Gewalt der Evidenz der Vernunft sich anempfiehlt. Der Ausdruck „physiokratisches System“ scheint in Deutschland eher gebraucht worden zu sein als in Frankreich (nach A. Oncken und G. Schelle). In England bediente man sich der von A. Smith gewählten Bezeichnung „Agrikultursystem“ (agricultural system).

Bürger lesen müsse, um alle andern von seiner Lektüre zu befreien. Allerdings fehlt dem Buche die rechte Ordnung in der Behandlung des Stoffes. Für den ökonomischen und sozialwissenschaftlichen Forscher wie auch für den Historiker hat die Schrift heute noch ihre Bedeutung.

¹ Vgl. A. Dubois, Dupont de Nemours (1910). Neudruck seiner Schriften (in der gleichen Sammlung auch die Schriften von Baudeau, Mercier de la Rivière).

² 1772 gab es neue Schwierigkeiten. Das Erscheinen der „Éphémérides“ wurde eingestellt. Seit 1774 erschienen dann wieder die „Nouvelles Éphémérides“.

³ Daire ist Herausgeber der Collection des Principaux Economistes.

⁴ Artikel „Quesnay“ im Handwörterbuch der Staatswissenschaften VI⁸ (1910) 1270 ff.

Indem Quesnay sein System als Philosoph aufbaut, wirft er der früheren Behandlung der Staatslehre vor, daß sie einseitig die historische Entwicklung ins Auge gefaßt habe. Die volle Wahrheit, die Erkenntnis des Richtigen, könne nicht endgültig aus den gegebenen Verhältnissen und dem positiven Rechte, sondern nur aus der Natur, ganz allgemein gefaßt, deduziert werden. Die historische Auffassung vermöge insbesondere niemals zur Erkenntnis der Gründe für die ewige Dauer jener Reiche zu führen, die, wie es in China geschehe, nach den unwandelbaren Forderungen der „natürlichen Ordnung“ alle Verhältnisse gestalten. Der Geschichtsforscher hänge zu sehr an der Wandelbarkeit, sehe überall den Anfang, das Wachstum, den Niedergang der Völker, obwohl dieses Absteigen zum Schlechteren nur ein hypothetischer, durch die Vernachlässigung des „ordre naturel“ erklärter Vorgang sei.

Quesnay unterscheidet also eine doppelte Rechtsordnung, den „ordre naturel“ und den „ordre positif“. Die natürliche Ordnung, die eben als natürliche oder ideale für alle Fragen des menschlichen Zusammenlebens unserer Vernunft mit Evidenz sich empfiehlt, stellt den Inbegriff der unwandelbaren, ewigen, allgemeinen Grundgesetze des Gesellschaftslebens dar. Gott, als Urheber der Natur, ist ihre letzte Quelle. Die praktische Anwendung und zweckmäßige Durchführung dieser Gesetze bildet die Aufgabe der positiven Ordnung, des „ordre positif“, die den Verhältnissen der Zeit und den wechselnden Bedürfnissen sich anpassen muß und darum veränderlich ist. Wo die positive Ordnung die natürliche Ordnung in rechter Weise zur Geltung bringt, da allein herrscht dauernde Wohlfahrt. Wir müssen aber näher auf Einzelheiten eingehen, um uns von der Bedeutung und Tragweite dieses allgemeinen Satzes im physiokratischen System zu überzeugen.

Die „natürliche Ordnung“¹ gewährt

a) zunächst jedem einzelnen Menschen ein natürliches Recht auf den Unterhalt (*droit naturel à la subsistance*)². Wenn behauptet wurde, der Gesellschaftszustand habe das im Urzustande unbeschränkte Erwerbsrecht geschmälert, so teilt Quesnay diese Anschauung nicht. Das Hobbessche³ Recht aller auf alles habe auch im Urzustande keine andere praktische Bedeutung gehabt, wie das Recht der Schwalbe auf alle Mücken, die in der Luft umherfliegen. Nur was der Einzelne sich tatsächlich angeeignet, sei sein eigen geworden, allerdings ausreichend, seinen Unterhalt zu decken. Der Gesellschaftsvertrag habe das natürliche Recht auf den

¹ Ingram, Geschichte der Volkswirtschaftslehre Kap. 5.

² Nach Güntzberg (Gesellschafts- und Staatslehre der Physiokraten [1907] 63) würde das „Recht auf Existenz“ usw. nur einen objektiven, vom „ordre naturel“ geforderten Zustand bei den Physiokraten bedeuten, nicht einen subjektiven Rechtsanspruch(?).

³ Über Hobbes vgl. auch Ferdinand Tönnies, Thomas Hobbes, der Mann und der Denker (1912).

Unterhalt nicht geändert und ändern können. Auch innerhalb des Staates verbleibe daher dem Menschen sein natürliches Recht. Die Gesellschaft sei haftbar für die Verwirklichung dieses Rechtes; soweit der Mensch nicht selbst den Unterhalt sich verschaffen könne, werde die Armenfürsorge zur Pflicht des Staates. Es bleibe anderseits der freien individuellen Erwerbstätigkeit überlassen, mehr zu erwerben, als die Deckung des Bedarfs erheischt. Die Ungleichheit des Besitzes ist nicht von Übel, sondern bietet mannigfache Anregung zum Fortschritte.

b) Zu den natürlichen Grundrechten des Individuums gehört ferner die „geheiligte Freiheit“, das eigene Los so viel als möglich zu verbessern ohne Schädigung eines andern¹. Daraus ergibt sich die Forderung der vollen Freiheit im Gebrauche des Eigentums, desgleichen die Berufs- und Gewerbefreiheit. Im Gegensatze zum Merkantilsystem wird die Physiokratie darum als „System der natürlichen Freiheit“ bezeichnet.

c) Auch die vollkommenste politische Gestaltung der staatlichen Gesellschaft wird durch die „natürliche Ordnung“ vorgezeichnet. Der Einheitsstaat an Stelle des föderativen Lehnstaates, statt des „despotisme arbitraire“ der „despotisme légitime“, der aufgeklärte Absolutismus, das ist der Staat und die Zentralgewalt, von der Quesnay eine schnelle und wirksame Durchführung physiokratischer Politik erwartet. Der von Montesquieu empfohlene Konstitutionalismus fand wenig Beifall. Er führt, wie die Republik, nur zu leicht zum Klassenstaat mit einseitiger Vertretung der Interessen herrschender Gruppen. Nicht die Trennung der Gewalten entspricht der „natürlichen Ordnung“, sondern ein absolutes Regiment, freilich geregelt durch die Gesetze — „pouvoir absolu réglé par les lois“. Schließlich erscheint der Monarch in diesem Staate der „natürlichen Ordnung“ sogar als der einzige Hohepriester (le seule pontife), und die vollkommene Theokratie als die beste Staatsform.

d) In wirtschaftlicher Beziehung ist es der Agrarstaat, das „royaume agricole“², dessen Grundzüge Quesnay aus der „natürlichen

¹ Die zum „ordre naturel“ führende Staatsmaschine soll so aufgebaut werden, „daß das egoistisch-persönliche Interesse nur als Naturtrieb genommen und als mechanische Größe behandelt wird, während als Regulativ und Vernunftsprinzip das wohlverstandene, also auch auf die Gesamtheit sich beziehende Interesse dienen soll“. Vgl. Güntzberg, Gesellschafts- und Staatslehre der Physiokraten 73.

² Gegenstand theoretischer Erörterungen konnte für den Physiokraten nur der „état agricole“ werden, der das Staatswesen einer auf produktiver Arbeit beruhenden Gemeinschaft darstellt. Industrielle Staaten, die den Physiokraten vor Augen standen (Holland und die handeltreibenden Städterepubliken), bildeten nur ein kleines, für die Ernährung der Einwohnerschaft ungenügendes Territorium, waren somit vom landwirtschaftlichen Staate abhängig. Außer dem „état agricole“ und dem industriellen oder Handelsstaate kennen die Physiokraten noch barbarische Staatswesen, in denen jede Ordnung fehlt. Die politischen Prinzipien, welche die Physiokraten feststellten, galten für das „royaume agricole“. Vgl. Güntzberg a. a. O. 80.

Ordnung“ abliest. Der Reichtum eines Volkes besteht dem Wesen nach nicht im Gelde, sondern in den Gütern, welche zum Leben wie für die jährliche Reproduktion neuer Güter erforderlich sind. Gewiß bedarf jedes Land des Geldes als eines Umlaufsmittels. Aber über die Grenze der Bedürfnisse des Verkehrs das Geld zu mehrern, hat keinen Sinn. Der Reichtum, der sich beständig konsumiert und wiedergeboren wird, das ist der wahre Reichtum. Ihn soll man mehrern. Er wird letztlich allein von dem Boden erzeugt. Die Erde ist die einzige Quelle des Reichtums. Die auf den Boden verwendete Arbeit schafft den Reichtum nicht im strengen Sinne. Sie entnimmt ihn nur der Erde, schöpft ihn aus derselben. In der gleichen Weise vermehrt, vervielfältigt sie ihn, und zwar sie allein. Denn nur die Urproduktion (Landwirtschaft, Forstwirtschaft, Bergbau, Fischerei)¹ ist volkswirtschaftlich produktiv, weil und soweit sie außer der Wiedererstattung ihrer sämtlichen Unkosten noch einen jährlichen Überschuß (surcroit) abwirft, einen Reinertrag (produit net). Derselbe führt sich auf die natürliche Fruchtbarkeit des Bodens und auf dessen Verbesserung zurück. Er ist Gabe der Natur und zugleich Verzinsung rationell ausgeführter Meliorationen. Eine möglichst gute Verzinsung bei hohem Reinertrag wird zum Vollzug weiterer Verbesserungen anregen.

Die im Handel und Gewerbe aufgewendete Arbeit trägt dagegen nichts zum gesellschaftlichen Reinertrage bei. Die Totalsumme der nationalen Reichtümer wird durch sie nicht vermehrt. „Eine Person, welche die kostbaren Spitzen zu unsern Handmanschetten klöppelt, kann eine Handvoll Flachs im Werte eines Livre auf denjenigen von tausend bringen. Beim ersten Anblick könnte man meinen, sie habe das Nationalprodukt in diesem Teile tausendmal vergrößert; aber das Klöppeln dieser Spitzen kostete ihr vielleicht zwei Jahre Arbeit; die tausend Livres, die sie nach vollbrachter Arbeit gewinnt, sind nichts als die Wiederherstellung ihres Unterhaltes, den sie sich während dieser Zeit vorschob. Was die Gesamtheit dieser so bevorzugten Fabriken und Manufakturen leistet, ist also nichts als eine ‚Addition‘ bereits vorhandener landwirtschaftlicher Werte, aber keine Vermehrung derselben.“² Nur die Bodenkultivierung erzeugt und vermehrt den Reichtum eines Landes, nicht Industrie und Handel neben dem Ackerbau (wie es Gournay schon vor Adam Smith lehrte). Sie sind bloß ein „Zweig“, eine „Dependenz“ des Ackerbaues; spielen eine ähnliche Rolle wie einst die hörigen Handwerker auf den Burgen und Höfen der Grundherren. Nur daß diese Industriellen heute als freie

¹ Bis Ende des 18. Jahrhunderts unterschied man für das wirtschaftliche Gebiet drei Arten menschlicher Arbeit: Agriculture, industrie, commerce. Seit Dunoyer wird vielfach folgende Klassifikation bevorzugt: Industrie extractive, agricole, manufacturière, commerciale, des transports.

² Eisenhart, Geschichte der Nationalökonomik² (1891) 31 f. Adam Smith, Volkswohlstand, übersetzt von Stöpel III 215 f.

Bürger in den Städten leben. Wirtschaftlich aber stellen sie doch noch gewissermaßen ein landwirtschaftliches Gesinde dar, das außer dem Hause arbeitet. So weit sie in dieser wirtschaftlichen Abhängigkeit bleiben, einheimische Rohstoffe verarbeiten und in Verkehr bringen, haben sie ihre volle Berechtigung und sogar hohe Bedeutung für den Wohlstand des Volkes.

e) Das führt uns zur physiokratischen Lehre von der sozialen Gliederung des „royaume agricole“. Quesnay unterscheidet zunächst drei Hauptklassen der Bevölkerung. Eine vierte und zahlreichste Gruppe wird von der besitzlosen Bevölkerung gebildet. Da nur der Ackerbau substantiell neue Güter produziert, den vorhandenen Gütervorrat vermehrt, allein einen Reinertrag (produit net) aufzuweisen hat, so können als „produktiv“ bloß jene Klassen bezeichnet werden, die in ursächlicher Beziehung zum agrarischen Reinertrag stehen. Es sind die Grundeigentümer und großen Pächter.

a) Die Grundeigentümer (classe des propriétaires) bilden die oberste, zugleich politisch und sozial höchste Klasse. Wenn die Grundherren auch nicht selbst den Ackerbau betreiben, so entfalten sie doch insofern eine ländlich administrative Tätigkeit, als die ursprüngliche Urbarmachung des Bodens auf sie bzw. ihre Vorfahren sich zurückführt; sie haben ferner die dem ländlichen Betriebe gewidmeten Baulichkeiten errichtet, Meliorationen vollzogen durch Ent- und Bewässerungsanstalten, durch Anlage von Schutzwaldungen, von Wegen und Kanälen usw. Sie erhalten darum als Eigentümer des Bodens in der Form des Pachtgeldes den Reinertrag nach Abzug eines angemessenen Betriebsgewinnes für den Pächter. Unter der Rücksicht der Produktivität erscheinen die Grundeigentümer hiernach als eine „classe mixte“. Ihre politischen Funktionen sind unproduktiv, ihre ländlich administrative Tätigkeit dagegen ist produktiv¹.

β) Die zweite Klasse, die classe „productive“ schlechthin, besteht aus den eigentlichen Ackerbauern. Doch gehören dazu nicht die damals der Zahl nach in Frankreich vorherrschenden Kleinbauern der

¹ Marx verweist auf eine Stelle bei Turgot, *Réflexions sur la Formation et la Distribution des Richesses* (1766): „Der Grundbesitzer erhält alles, was ihm zufällt, nur durch die Arbeit des Landmannes.... Der Landarbeiter bedarf des Grundbesitzers nur kraft der Verträge und Gesetze.“ Und Marx (Theorien über den Mehrwert, herausgegeben von Kautsky I [1905] 54 f.), bemerkt dazu: „Hier wird also der Mehrwert direkt dargestellt als der Teil der Arbeit des Landarbeiters, den sich der Grundbesitzer ohne Äquivalent aneignet.“ Es handelt sich somit dabei nach Marx um die „kapitalistische Exploitation der Agrikultur“. Der „feudale Grundeigentümer“ ist „in einen Kapitalisten verwandelt“ und „nur auf eigene Bereicherung bedacht“ (ebd. 45). Diese Auffassung deckt sich nicht mit der physiokratischen Lehre, wie Quesnay sie vortrug. Turgot aber wechselt in der Ausdrucksweise. Er bezeichnet in seinen „Réflexions“ den Landarbeiter als „l'unique source des richesses“ (§ 7). Später (§ 53) heißt es dann wieder: „C'est toujours la terre, qui est la première et l'unique source de toute richesse; c'est elle qui, par la culture, produit tout le revenu.“ Vgl. Oncken, *Geschichte der Nationalökonomie* I 460 f.

„petite culture“. Diese erhielten von dem Grundeigentümer eine Bodenparzelle mit dem erforderlichen Gebäude. Der Kleinbauer besaß nichts als seine Arbeitskraft zu eigen. In natura wurde der Ernteertrag geteilt („métayage“, Halbscheidepacht). Hier wurde kein Reinertrag erzielt, im besten Falle der notdürftige Unterhalt gewonnen. Deshalb und des dabei üblichen Raubbaues wegen hielt Quesnay diese Gruppe von Bauern, mit Rücksicht auf den allgemeinen Wohlstand, für schädlich. An Stelle der „petite culture“ müsse mehr und mehr die „grande culture“ treten, der Großbauer, der Pächter (fermier) nach englischem Muster, der den Acker mit Pferden bestellt. Der Großbetrieb allein ist produktiv, wirtschaftet sparsamer und vollkommener als der Kleinbetrieb. Nur die fermage großen Stils kann einen Reinertrag, eine Rente für den Grundherrn, in steigendem Maße erzielen.

Für die Intensität des Betriebes ist die Höhe des Betriebskapitals, über welches der Pächter verfügt (richesses d'exploitation de la culture du cru), von entscheidender Bedeutung. Das Betriebskapital umfaßt die dauernden Betriebsmittel (Viehstand, Maschinen usw., avances primitives) und was jedes Jahr für Saatgut, Arbeitslöhne u. dgl. (avances annuelles) ausgelegt werden muß. Der erstere Bestandteil wird fünfmal höher sein müssen als der zweite. Die avances primitives sind es, die dem Betriebe die feste Unterlage gewähren. Die Blüte des Pächterstandes hängt von einer reichlichen Verzinsung der richesses d'exploitation ab. Quesnay nimmt 10 % (inklusive Amortisationsquote) als notwendig für das Gedeihen der Landwirtschaft an.

γ) Industrie und Handel bilden die dritte Klasse. Dieselbe erzeugt, wie gesagt, keine neuen Güter, verändert, veredelt lediglich einen gegebenen Stoff oder bringt die Güter von Ort zu Ort, von Hand zu Hand. Sie entnimmt ihr Einkommen nicht einem von ihr selbst geschaffenen Fonds. Nennt Quesnay sie deshalb „classe stérile“, so soll damit kein Tadel ausgesprochen, die „sterile“ Klasse nicht als schädlich bezeichnet werden. Nur bildet sie keinen Überschuß, keinen Reinertrag, vermehrt den nationalen Reichtum nicht. Was sie im Verwandlungsprozesse dem Stoff an Wert zufügt, ist gerade so viel, als die Summe der während der Arbeit für den Nahrungsaufwand verbrauchten Werte beträgt. Es handelt sich da bloß um eine Addition von Reichtum; seitens der Erde findet dagegen eine création und génération, seitens des Ackerbaues eine multiplication des Reichtums statt. Tatsächlich versucht allerdings diese sterile Klasse, die von den andern Klassen Beschäftigung und Unterhalt empfängt (classe salariée), dennoch für sich Gewinn zu machen, nicht ohne Erfolg, aber zum großen Schaden und mit Übervorteilung der andern Bevölkerung.

Gelten die im Landbau angelegten Reichtümer als „richesses véritables“, „richesses réelles“, so sind die von der kaufmännischen Berufsgruppe angesammelten Gewinne, „richesses pécuniaires“, keine wahren Reichtümer für das Land, sondern „richesses fictives“, „richesses

stériles“. Indem die merkantilistische Politik die Vermehrung gerade dieser fiktiven Reichtümer erstrebte, hat sie dem Ackerbau die zur Kultur des Bodens erforderlichen Kapitalien entzogen, dem Staate aber eine ähnlich unsichere, schwankende Unterlage gegeben, auf welcher jene kleinen Handelsstaaten, wie Holland, Genua, Venedig usw., ihr Glück aufgebaut haben. Gewiß ist der auswärtige Handel nicht völlig auszuschließen. Kein Land produziert alle Arten von Gütern. Über die rechte Grenze der Notwendigkeit hinaus aber diesen Handel mehrten wollen, das steht im Widerspruch mit den wahren Wohlstandsinteressen des eigenen Landes und dient nur dem Vorteile von Leuten, deren Vaterland das Geld ist. Die Handelsbilanztheorie bezeichnet Quesnay geradezu als „une chimere des speculateurs politiques“. Der aus der bloßen Veräußerung entspringende Profit (profit d'expropriation), wie ihn das Merkantilsystem erstrebte, wird von den Physiokraten verworfen. „Um Geld zu erhalten“, sagt Mercier de la Riviere¹, „muß man es kaufen, und nach diesem Kauf ist man nicht reicher, als man vorher war; man hat bloß in Geld denselben Wert erhalten, den man in Waren hingegeben hat.“ Macht der auswärtige Handel dennoch Profit, so ist das durchgehends das Ergebnis von Handelsprivilegien u. dgl. Jedenfalls gereicht der Gewinn, den die Kaufleute dabei finden mögen, nicht zum wahren Vorteile des Inlandes.

Wo richtiges Verständnis wirtschaftlicher Dinge vorhanden ist, da beherrscht den Physiokraten zufolge ein Satz die ganze staatliche Wirtschaftspolitik: Alles, was den Landbau schädigt, ist auch schädlich für Nation und König; alles, was den Landbau fördert, dient dem König und dem Volke zum Heil. „Pauvre paysan, pauvre royaume; pauvre royaume, pauvre roi.“² Dasselbe, was späterhin der Spruch ausdrückte: „Hat der Bauer Geld, hat's die ganze Welt.“ Eine richtige Handelspolitik hätte demgemäß erfordert, daß der aktive auswärtige Handel mit Landbauprodukten sich vollzöge und seine Gegengabe durch den passiven Handel in Industrieprodukten suche. Indem jedoch die merkantilistische Praxis gerade umgekehrt die Einfuhr von Rohstoffen aus dem Auslande zu Gunsten des aktiven Handels in Fabrikaten auf jede Weise erleichterte, hat sie eine Politik verfolgt, die allenfalls für solche Staaten am Platze wäre, die über ein kleines oder ein zur Landwirtschaft ungeeignetes Territorium verfügen und daher notgedrungen in Industrie und Handel ihre Nahrung suchen müssen³. So aber sind durch

L'ordre naturel et essentiel des Sociétés politiques II 338.

¹ Xenophon schreibt Sokrates den Satz zu: „Wenn der Ackerbau gedeiht, so gedeihen mit ihm alle andern Künste; geht er aber zurück, so verfallen mit ihm alle übrigen Erwerbszweige, sei es zu Land, sei es zur See.“ Diesen Spruch wählte Quesnay als Motto.

³ Quesnay nennt Nationen, die sich hauptsächlich auf den Zwischenhandel verlegen, wie die Holländer der merkantilistischen Zeit, Schmarotznationen, die von der Arbeit anderer leben.

das Manufakturschutzsystem für die produktiven Klassen einerseits die unentbehrlichen Verbrauchsartikel verteuert worden, andererseits hat der Versuch, den industriellen Arbeitern durch das Verbot der Ausfuhr¹ inländischen Getreides billiges Brot zu verschaffen, dem Ackerbau die Teilnahme an den höheren Preisen des Auslandes entzogen, den Preis im Inlande bei innerer Überproduktion tief herabgedrückt. Und doch ist nicht Überfluß und niedriger Preis Reichtum, sondern Überfluß und hoher Preis. Hohe Getreidepreise! das bleibt nach Quesnay das Alpha und Omega der ökonomischen Wissenschaft. Bei hohem Getreidepreis kann der Ackerbauer seine Betriebsmittel ergänzen, vermehren, einen hohen Betrag an die Grundherren abliefern.

Die Gesamtheit der jährlichen Reinerträge bildet den „verfügbaren“ Reichtum (*richesses disponibles*), der nach Abzug der Steuern zur Hälfte an den Ackerbau und zur andern Hälfte an Industrie und Handel fällt im Austausch für Lebensmittel und gewerbliche Produkte. Der mit Rücksicht auf den Wohlstand des Volkes richtige und vollkommene „Bildungs-, Umlaufs- und zugleich Reproduktionsprozeß“, wie das *Tableau économique* ihn veranschaulichte, war freilich dem damaligen Frankreich abhanden gekommen. Die Klasse der Grundherren verausgabte in ihrer Entartung für unnützen Luxus mehr als die Hälfte des Reinertrags an die sterile Klasse. Letztere wiederum verbrauchte ebenfalls mehr als die Hälfte ihrer Bezüge für ausländische Rohstoffe und Luxuswaren. Das mußte aber in Verbindung mit dem niedrigen Getreidepreis zur Einschränkung der agrarischen Produktion, zu verderblichem Raubbau, zur Verminderung des gesellschaftlichen Reinertrages, schließlich zum völligen Verschwinden desselben führen. Es war das die „fürchterliche Krisis“, der Frankreich nach Quesnay entgegenging. Und was konnte da helfen? Nur die Beseitigung des Manufakturschutzsystems, die Sicherung hoher Preise für die Landwirtschaft. Dann würden die von der Industrie absorbierten Kapitalien dem Ackerbau zufließen². Der Übergang zur „grande culture“ in weitem Umfange wäre ermöglicht, der gesellschaftliche Reinertrag gerettet. Wenn Quesnay von hohen Getreidepreisen spricht, so denkt er nicht an eine übermäßige Höhe. Ideal ist für ihn nur der stabile, dauernd gute Preis. Nichts schädige mehr als häufige und heftige Preisschwankungen, die dem Ackerbau alle Sicherheit und Festigkeit raubten. Diese Dauer des Preisstandes lasse sich am ehesten erreichen bei Freiheit der Getreideausfuhr, weil hierdurch der im allgemeinen weniger schwankende Preis des internationalen Verkehrs auf die innere Preisfestsetzung Einfluß gewinne. Eine Importfreiheit des Getreides kennt

¹ Vgl. A. Oncken, Was sagt die Nationalökonomie als Wissenschaft über die Bedeutung hoher und niedriger Getreidepreise? (1901) 6 ff.

² Die Geldaristokraten der Industrie und des Handels würden dann agrarische Aristokraten werden. (?)

Quesnay vom idealen Standpunkte aus nicht, wenn dieselbe auch ausnahmsweise für die Praxis, im Falle übermäßiger Preissteigerung, von ihm nicht ausgeschlossen wird.

Quesnay¹ unterscheidet zwischen dem natürlichen und dem laufenden Preise (*prix naturel* und *prix courant*). Ihren natürlichen Preis erhalten die Waren nicht erst auf dem Markte. Wohl aber entsteht dort der laufende Preis nach Angebot und Nachfrage. Er bewegt sich um den natürlichen Preis als festen Punkt. Der natürliche Preis der industriellen Produkte wird lediglich durch die Auslagen für den Unterhalt der Produzenten während der Produktion und sonstige direkte Kosten bestimmt. Bei den landwirtschaftlichen Produkten tritt aber noch eine Vergütung für die freiwilligen Gaben der Natur, die, in der Voraussetzung der *grande culture*, das *produit net* begründen, hinzu. Zur genaueren Bestimmung des Preises unterscheidet dann Quesnay zwischen dem Grundpreis (bemessen durch die Kosten), dem Verkaufspreis erster Hand, und dem Konsumkäuferpreis, dem Kaufpreis letzter Hand. Nach der „natürlichen Ordnung“ soll der Verkaufspreis erster Hand und der Kaufpreis letzter Hand keine bedeutendere Verschiedenheit aufweisen. Dem wirkt jedoch der Zwischenhandel entgegen, der von den Konsumenten möglichst viel herauszupressen sucht, wie er dem Produzenten möglichst wenig für seine Ware bietet. Gerade für die landwirtschaftliche Produktion ist es aber von höchster Wichtigkeit, daß der Preis erster Hand sich beträchtlich über den Grundpreis erhebe. Denn innerhalb der Differenz zwischen Grundpreis und Verkaufspreis erster Hand bewegt sich der Reinertrag. Die Zwischenhändler sind also ein Schaden für die Konsumenten wie für die Grundbesitzer, denen sie den Reinertrag verkürzen, somit für die ganze Nation. Darum muß durch eine zweckmäßige Absatzpolitik nach Möglichkeit für Ausschaltung des Zwischenhandels gesorgt, daneben noch durch sparsamen und technisch vollkommenen Betrieb (Einführung von Maschinen usw.) die Herabsetzung des Grundpreises der landwirtschaftlichen Produkte erwirkt werden.

Auch in der Zinsfrage geraten die *richesses pecuniaires* mit den Interessen der Landwirtschaft in Kollision. Die natürliche Unterlage des Zinses ist nach Quesnay der Reinertrag des Bodens. Das Geld an sich gilt ihm als unproduktiv. Nur daraus, daß man mit demselben ein Reinertrag abwerfendes Grundstück kaufen kann, erklärt sich der Zins. Begründet aber der Reinertrag den Zins, so entspricht einem hohen Reinertrag ein hoher Zins. Je höher die Preise der Produkte sind, um so höheren Zins darf der Landwirt also auch für die Verzinsung seines Betriebskapitals berechnen. Die kaufmännischen *richesses pecuniaires* dagegen erniedrigen in dem Maße, wie sie wachsen, durch gesteigertes Angebot von Kapital den Zinsfuß. Dem Pächter, der, wie Quesnay voraussetzt, regelmäßig mit eigenen Fonds arbeitet, nützt das nichts; es schadet ihm vielmehr, da er am eigenen Zins dadurch verliert.

Dem Wohlstande eines Landes ist es auch wenig förderlich, wenn der Staat Kreditpapiere ausgibt. Er befördert dadurch nur die Ansammlung von Reichtümern,

¹ Zur Preislehre Quesnays vgl. A. Oncken, Entstehen und Werden der physiokratischen Theorie Abschn. V, in Frankensteins Vierteljahrsschrift für Staats- und Volkswirtschaft 1896/97; Ders., Geschichte der Nationalökonomie I 370 f.

die als „sterile“ dem Lande keinen Nutzen bringen. Besser wäre es, im Falle der Not die Opferwilligkeit der getreuen Untertanen in Anspruch zu nehmen.

δ) Den zahlreichsten Bestandteil des Volkes bilden die „dernières classes de citoyens“, der „petit peuple“, „bas peuple“, die besitzlose arbeitende Bevölkerung, die hier neben den drei Hauptklassen als vierte Gruppe in Betracht kommt. Sie ist für ihren Unterhalt auf den Arbeitslohn angewiesen. Als Konsument inländischer Nahrungsmittel trägt sie wesentlich zum Gedeihen des Ackerbaues bei. Bereits Quesnay lehrt vor Ricardo, daß im allgemeinen der Preis der zum Unterhalt notwendigen Lebensmittel den Lohn des Arbeiters regle. Dabei gilt, wie später bei Adam Smith, auch hier schon das Korn als Repräsentant der notwendigen Unterhaltungsmittel. Da nun der Lohn entsprechend dem Preise der Nahrungsmittel steigt und steigen muß, so kann ein hoher Preisstand des Getreides dem Arbeiter nicht schaden. Darum gibt es denn auch naturgemäß zwischen der Landwirtschaft und der arbeitenden Bevölkerung keinen wirklichen Interessengegensatz. Der Lebensunterhalt, welchen dem Arbeiter sein Lohn gewähren muß, umfaßt übrigens nicht bloß die zur Existenz unumgänglich notwendigen Mittel, sondern alles, was in dieser Beziehung vernünftigerweise als nützlich erachtet werden kann.

Ohne Zweifel gehört ein relativ hoher Bevölkerungsstand zur Wohlfahrt eines Volkes. Er wird sich jedoch von selbst einstellen, wenn durch einen blühenden Ackerbau im voraus für den nötigen Unterhalt sicher gesorgt ist. Da anderseits die natürliche Fortpflanzung leicht zu einer Überschreitung der Grenzen führt, welche die Unterhaltungsmöglichkeit der Volksvermehrung zieht, so wird es kaum je an Leuten fehlen, die in Armut und Dürftigkeit leben. Bei unverschuldeter Arbeitslosigkeit oder physischer Arbeitsunfähigkeit muß die staatliche Armenpflege eintreten in Anerkennung des jedem Menschen zustehenden „droit naturel a la subsistance“.

f) Bezüglich des Steuerwesens fordert die „natürliche Ordnung“, daß der ganze Staatsbedarf aus der Grundrente erhoben werde. Das Personalsteuerprinzip wurde von den Physiokraten verworfen. Al' impôt ordinaire kommt nur eine einzige direkte Steuer, impôt unique et direct in Betracht; diese wird unmittelbar aus dem gesellschaftlichen Reinertrage geschöpft; sie ist eine Bodenertragssteuer, die der Grundherr, nicht der produzierende Ackerbauer trägt. Jede andere Besteuerung wäre ein impôt indirect, würde von den damit belasteten Ständen auf den Preis ihrer Produkte geschlagen, somit schließlich doch auf die Empfänger des gesellschaftlichen Reinertrages abgewälzt. Sie trüge dem Staate weniger ein, würde aber vermöge des kostspieligen Umweges in der Erhebung dem Staate viel mehr kosten. Vorübergehende Supplementabgaben läßt die Physiokratie auch neben dem impôt unique zu.

Voltaire spottete in seinem „L'Homme aux quarante écus“ über Mercier de la Rivière, der (in dem Werke: „L'Ordre naturel et essentiel des Sociétés politiques“, 1767) gesagt, mit ca. 40 Talern (120 Livres) jährlichen Einkommens könne der

Mensch zur Notdurft leben. Voltaire läßt nun einen kleinen Grundeigentümer, welcher mühsam sein Brot verdient, mit einem städtischen Großkaufmann, der in glänzender Karosse fährt, sich unterhalten. Der Großkaufmann ist steuerfrei, der kleine Grundeigentümer nicht. Allein dieser Spott wird durch Quesnays Lehre nicht gerechtfertigt. Nur die großen Grundherren unterliegen der Einkommensteuer, keineswegs die kleinen Bauern und Pächter. Voltaire blieb nicht der einzige, der hierin die physiokratische Lehre mißverstand. —

Die *positive Ordnung* hat die natürliche Ordnung zu verwirklichen. Sie muß dabei auf die veränderlichen Umstände und Verhältnisse Rücksicht nehmen. Möglichkeit und Zweckmäßigkeit werden daher bald diese bald jene Form der Durchführung des „ordre naturel“ empfehlen. Kurz, die positive Ordnung ist wandelbar, weil von praktischen Gesichtspunkten beherrscht¹.

Auf politischem Gebiete gehört zunächst die Sorge für die Landesverteidigung zu den wichtigsten Pflichten des Staates. Die Durchführung des „ordre naturel“ vorausgesetzt, fallen die Handelskriege fort. Dennoch darf der militärische Schutz nicht fehlen. Quesnay empfiehlt hierfür ein stehendes Söldnerheer. Zur Besetzung der höchsten Stellen der Justiz und Verwaltung hält Quesnay die Grundbesitzerklasse für geeignet und berufen. Frei von den Sorgen des täglichen Erwerbes können die Grundeigentümer ehrenamtlich ohne staatliche Gebühren die entsprechenden Funktionen zum Besten der Gesamtheit ausüben. Großen Wert legt Quesnay dem zwangsweisen allgemeinen Unterricht bei. Ein aufgeklärtes Volk und nur dieses wird sich leicht durch den aufgeklärten Despotismus auf die großen Zielpunkte aller Politik hinlenken lassen: zur Wohlfahrt und Macht.

Pflege der produktiven Klassen, das ist sodann die oberste Forderung an die positive Ordnung für das wirtschaftliche Gebiet. Die sterilen Klassen kann der Staat im allgemeinen sich selbst überlassen. Umwandlung der kleinen Pachtgüter in große, Abschaffung der feudalen Lasten und Unfreiheiten, Beseitigung der Wegefronden der Pächter, Aufhebung des Flurzwanges, Herstellung oder Verbesserung von Kanälen, Landstraßen usw., Befreiung vom Milizdienst, weitgehende Steuerfreiheit, Gewerbefreiheit, Vertragsfreiheit, aber doch gesetzliche Feststellung eines Normalzinses entsprechend der Durchschnittsrate des Bodenreinertrages mit zehnjähriger Neuregelung (Turgot forderte später volle Zinsfreiheit), unter normalen Verhältnissen Exportfreiheit für die Bodenprodukte und Beförderung ihres Exportes, solange der Preis eine bestimmte Grenze nicht überschreitet, daher Festsetzung eines Normalpreises für das Getreide (18 Livres pro Septier), freie Korneinfuhr nur bei übermäßiger Preissteigerung, Importfreiheit für Fabrikate, diese und ähnliche Anordnungen erwartet Quesnay von der staatlichen Praxis. Man sieht, es unterliegt das Prinzip einer „liberté entière et absolue“, wie es die „natürliche Ordnung“ aufstellt, innerhalb der „positiven Ordnung“ immerhin mannigfachen Beschränkungen.

Mehrung der Bevölkerung durch Mehrung des Unterhaltes! So dachte Quesnay. Für eine gesunde Mehrung der Bevölkerung hoffte er aber wieder alles von der rechten Pflege des Ackerbaues. Durch Heinrich IV. und

¹ Güntzberg, Gesellschafts- und Staatslehre der Physiokraten 49 ff.

Sullys bewährte Politik sei der Bevölkerungsstand ein befriedigender geworden. Als man jedoch anfang, die städtischen Manufakturen künstlich zu fördern, zogen Kapitalien und Volk vom Lande in die Stadt. Indem die merkantilistische „Wasserkopfpolitik“ alle Kräfte namentlich nach dem Zentrum, nach Paris, leitete, ward das Land und Volk der Bedingungen einer günstigen Entwicklung entblößt. Die richtige Politik hat jetzt neue Kräftigung des Landes, nicht aber das parasitische Wachstum der Städte zu fördern. Nach dem angeblichen Vorbilde des Inkastaates, der Quesnay ähnlich wie China und auch wohl England in vielfacher Hinsicht als Muster galt, wird eine gesetzliche Hinausschiebung des Heiratsalters für Männer bis zum 25., für Mädchen bis zum 20. Lebensjahre als zweckmäßig empfohlen. Gegen Übervölkerung hilft jedoch am besten die Kolonisation in fremden Ländern. China habe freilich auf dem Gebiet der Kolonisation nichts geleistet.

17. Turgot als Physiokrat. Man kann von den „Ökonomen“, wie man damals in Frankreich die Physiokraten nannte, nicht sprechen, ohne in ganz besonderer Weise Turgots gedacht zu haben.

Anne Robert Jacques Turgot (geb. 1727, gest. 1781) widmete sich anfangs theologischen Studien, trat aber 1751, ohne Priester geworden zu sein, in die Staatsverwaltung über. Durch treue Verwertung seiner großen Talente gelangte er zu umfassender Bildung. In seiner praktischen Betätigung als Intendant von Limoges und als Minister (1774—1776) Louis XVI. war er weniger glücklich. Wenn man in ihm den eigentlichen Begründer der systematischen Nationalökonomie erblickt hat, so wird mit einem solchen Lob doch zuviel gesagt. Nein, nicht der Begründer der Nationalökonomie als Wissenschaft, aber ein glänzender Vertreter der Physiokratie war Turgot; insofern auch ein selbständiger Geist, als er den Lehren des verehrten Meisters gegenüber das Recht der Auswahl sich wahrte. Schon eine Jugendarbeit über die kulturhistorische Bedeutung des Christentums (Vortrag an der Sorbonne) offenbart die hohe Begabung Turgots. Für den Nationalökonom stehen die „*Reflexions sur la formation et distribution des richesses*“ (1766) im Vordergrund des Interesses. Eine Sammlung aller Schriften Turgots veranstaltete Dupont de Nemours. Sie erschien in neun Bänden (1809—1811) unter dem Titel: „*Œuvres de Turgot, précédées et accompagnées de mémoires et de notes sur sa vie, son administration et ses ouvrages*“. Eug. Daire und Hipp. Dussard besorgten eine neue Ausgabe im Jahre 1844: „*Œuvres de Turgot, nouvelle édition, classée par ordre de matières avec les notes de Dupont de Nemours, augmentée des lettres inédites, des questions sur le commerce et d'observations et de notes nouvelles*“ (Band III/IV des Guillauminschen Sammelwerkes: „*Collection des principaux économistes*“). Auch Robineau (Turgot, Administration et œuvres économiques, 1889) hat die bedeutenderen Schriften und Erlasse Turgots zusammengestellt.

In den wichtigsten Punkten stimmt Turgots Auffassung mit Quesnays Lehre überein: die öffentliche Wohlfahrt ist das höchste Gesetz der

¹ Nicht nur in Frankreich und bei Quesnay. „In der Zeit von Botero bis Christian Wolff“, sagt Roscher (Geschichte der Nationalökonomik in Deutschland [1874] 280), „herrschte die Bewunderung Chinas bei den Staatsgelehrten wie eine Art Mode.“

Staaten. Furcht, vorgebliche Rechte gewisser Körperschaften zu verletzen, darf von der Verwirklichung des Gemeinwohles nicht zurückschrecken. Die öffentliche Wohlfahrt aber fordert die möglichste Vermehrung der Reichtümer. Diese bestehen nicht in der Geldmasse, die im Staate vorhanden ist. Das Geld bildet nur einen kleinen Teil der beweglichen Reichtümer. Es gibt keine Reichtümer außer den Produkten der Erde. Alles, was die Erde hervorbringt, gehört zum Reichtum. Die Erde, die Produktionskraft des Bodens, ist die einzige Quelle der Reichtümer. Der Ackerbau liefert allein einen Reinertrag. Das Produkt net besteht in demjenigen, was, nach Abzug des Kapitalzinses und der Betriebskosten, des Lohnes für die eigene Arbeit und des Ersatzes für Abnutzung der Gerätschaften, vom Ertrage des Bodens dem Großpächter übrig bleibt, und was dieser an den Grundeigentümer abführt. Die gewerbliche Arbeit gibt den allein aus dem Boden stammenden Rohstoffen lediglich eine neue Form. Was der Rohstoff durch die Verarbeitung an Wert gewinnt, verzehrt der Arbeiter während der Fabrikation. Industrie und Handel erzeugen keinen Reinertrag. Darum wird auch nur der Grundherr von der Steuer getroffen, dem *impôt unique*, der Grundsteuer als Einksteuer. Auch die wirtschaftlich-soziale Gliederung der Bevölkerung in drei Klassen findet sich bei Turgot. Nur wendet er mit Vorliebe die übrigens schon von Quesnay gebrauchten Bezeichnungen an: *classe disponible* (für die Verwendung im Staatsdienste), *classe productrice*, *classe stipendiée*. Großer Reichtum des Volkes und als Folge hiervon eine zahlreiche Bevölkerung sichert dem Staate seine Unabhängigkeit. Turgot wünscht Steigerung der Produktion auf allen Gebieten, vornehmlich aber die Blüte der Landwirtschaft. Das Wachsen der Grundrente bedeutet ja im letzten Grunde allein Vermehrung des Volksreichtums. Die Bildung eines wohlhabenden agrarischen Mittelstandes erscheint bei Turgot wie bei Quesnay als Mittel- und Zielpunkt des Systems. Nur wird von Turgot die in der „natürlichen Ordnung“ begründete Freiheitsforderung viel absoluter erhoben, die Anpassung dieser Forderung an gegebene Verhältnisse durch die Normen des „*ordre positif*“ viel weniger betont¹. Der Staat hat die Hindernisse zu beseitigen, welche den Fleiß bedrücken, den Genuß der Produkte stören könnten: er hat den einzelnen vor ungerechter Schädigung zu bewahren, äußere Feinde abzuhalten. Im übrigen aber wird die unbeschränkte Freiheit, mit der jeder sein Sonderinteresse verfolgen kann, das beste Mittel sein, das allgemeine Wohl zu verwirklichen und zu sichern.

¹ In einem Briefe an Fräulein Lespinasse (1770) sagt Turgot: „Wer nicht versteht, daß es voneinander getrennte Staaten mit verschiedenartigen Verfassungen gibt, wird niemals eine volkswirtschaftliche Frage richtig behandeln.“ In einer Abhandlung „*Sur la géographie politique*“ hat Turgot aber doch die Bedeutung der besondern geographischen Verhältnisse verschiedener Länder für ihre Volkswirtschaft betont. Er ist sogar „der Vater der Wirtschaftsgeographie“ genannt worden. Vgl. Schweizer, Turgotismus (1904) 140.

Indem Turgot die Gewerbe- und Handelsfreiheit fordert, hofft er, daß der Preis des Getreides und aller Waren auf der Höhe der Preise des allgemeinen Marktes stehen, daß ein solcher Zustand eintreten werde, wo es weder ständiger Einfuhr noch ständiger Ausfuhr bedürfe, sondern wo die Einfuhr in den schlechten Jahren der Ausfuhr in den guten Jahren das Gleichgewicht halten werde.

Aber noch mehr erwartet Turgot von der Freiheit: für den einzelnen Vervielfältigung des Vermögens, Vermehrung der Genüsse, der Aufklärung und sämtlicher Mittel zum Glück, für den Staat Wachstum an Macht und großem Reichtum. „In Wirklichkeit ist“, wie Feilbogen¹ bemerkt, „der energischste Bahnbrecher des praktischen Individualismus nicht Smith, sondern Turgot gewesen.“

Energie, doch oft ohne die gerade dabei unentbehrliche kluge Zurückhaltung, das bildet Licht und Schatten im Charakter Turgots. Schweizer² schreibt es der philosophischen Schulung Turgots zu, wenn er stets „mit dem Ton dogmatischer Sicherheit spricht und Smiths zimperliches ‚vielleicht‘, ‚gewöhnlich‘, ‚es scheint‘, so weit ich feststellen konnte‘ u. dgl. meidet“. Andere werden eher geneigt sein, die bestimmte Sprechweise in Beziehung mit dem Temperament zu bringen. Turgot kennt keine Mittelwege³. Er will ehrlich und energisch durchführen, was er für das Beste hält, versteht es aber nicht, mit dem erreichbaren Guten sich zu begnügen. Als Minister will er die absolute Freiheit des Getreidehandels durchsetzen. Zunächst soll der innere Kornhandel von der Last der Provinzialzölle und des staatlichen Magazinwesens befreit werden. Allein der Augenblick ist nicht gut gewählt. Es herrscht Teuerung, und das Volk sucht die Ursache in den Maßnahmen des „Novateur“. Schwere Revolten entstehen, der sog. Mehlkrieg (*guerre des farines*). Turgot unterdrückt den Aufstand mit äußerster Strenge. In seinen berühmten sechs Edikten vom Januar und Februar 1776 verlangt er u. a. Beseitigung der Fronen, die Aufhebung der Zünfte (*jurandes*) und Meisterrechte (*maitrises*). Er will durch die Gewerbefreiheit den Menschen ihr natürliches Recht zu arbeiten wiedergeben. Aber die Menschen waren durch diese Gabe eher überrascht als erfreut. Er legt dem Könige den Plan einer radikalen Verfassungsreform vor, durch welche eine Jahrhunderte alte politische Ordnung auf einmal völlig umgestoßen werden sollte. Der König wollte sich nicht dazu verstehen, und Turgot erhielt seine Entlassung.

Das physiokratische System, dessen Vertreter ohnedies nicht beliebt waren, verlor durch die wenig glückliche Praxis des physiokratischen Ministers selbst in Frankreich alle Aussicht auf Verwirklichung. In der

¹ Smith und Turgot (1892) 46. Vgl. auch Otto Fenger, Die Wirtschaftspolitik Turgots und seiner Zeitgenossen im Lichte der Wirtschaft des *ancien régime* (1912).

² Geschichte der Nationalökonomie II: Physiokratismus von Turgot (1904) 25.

³ Oncken, Geschichte der Nationalökonomie I 464.

nationalökonomischen Wissenschaft aber lebt der Name Turgot fort. Man begegnet demselben wiederholt, so bei der Lehre vom Gelde, Zins usw.

18. Die Physiokratie in andern Ländern. Das physiokratische System hat außerhalb Frankreichs weniger Beachtung und nur vereinzelte Freunde gefunden. Der Markgraf Karl Friedrich von Baden-Durlach trat in brieflichen und persönlichen Verkehr¹ mit hervorragenden Schülern Quesnays. Er machte in dem Dorfe Dietlingen bei Pforzheim sogar einen praktischen Versuch physiokratischer Verwaltung unter A. Schlettweins² Leitung (Schlettweinsches System). Die gehofften Erfolge blieben jedoch aus. Auch J. G. Schlosser, Goethes Schwager, und Charles de Butre vermochten nicht, das physiokratische System auf badischem Boden in die Praxis zu übersetzen. Einen theoretischen Verteidiger besaß das System in dem Lehrer der Taktik und Politik Jakob Mauvillon zu Braunschweig. In der Schweiz fand die physiokratische Lehre einigen Beifall bei Albrecht von Haller, namentlich aber in dem Basler Stadtschreiber Isaak Iselin einen begeisterten Anhänger: „Die Vermehrung der Nahrungsmittel mit den geringsten möglichen Unkosten ihrer Hervorbringung und die Aufmunterung der Landwirtschaft durch eine gerechte und vorteilhafte Bezahlung der Produkte, der größte sittlich und physisch mögliche Reinertrag, sind die ersten Bedingnisse eines wahren wirtschaftlichen Wohlstandes.“ So schreibt Iselin in seinem Buche „Träume eines Menschenfreundes“³. Der Erfinder der Lehre vom Reinertrage stand ihm so hoch wie Newton in den Augen eines Mathematikers. Zu den Freunden ihres Systems rechneten die Physiokraten auch Joseph II. von Österreich. Dazu gab nicht bloß der Umstand Anlaß, daß Joseph in Mähren (1769) eigenhändig den Pflug geführt hatte. Auch bezüglich des Steuerwesens zeigte der Monarch physiokratische Neigungen. Doch blieben für die gewerbliche Politik die merkantilistischen Lehren Sonnenfels' entscheidend. Die Italiener Paoletti, Neri, Beccaria, Filangieri, Briganti, Verri, Arco u. a. kamen nur in einzelnen Punkten zu einer Übereinstimmung mit den Physiokraten. Für eine praktische Anwendung physiokratischer Lehren namentlich in der Reform des Steuerwesens ließ sich auch Leopold, Großherzog von Toskana, begeistern. Doch mußte der Reformplan später wieder aufgegeben werden. Gustav III. von Schweden wie zeitweilig auch Katharina II. von Rußland interessierten sich für die Physiokraten. Praktische Folgen für die Politik beider Länder hatte dieser Umstand ebensowenig wie für die Theorie. Nach Oncken ist das vom Fürsten Galitzin verfaßte Buch „De l'esprit des économistes“ (1796) das einzige russische Werk physiokratischen Inhaltes. Die polnische Literatur beschäftigte sich dagegen in mehreren Schriften mit dem physiokratischen System⁴. Die englische Literatur verhielt sich völlig ablehnend⁵. Das „landed interest“

¹ Karl Knies, Karl Friedrichs von Baden brieflicher Verkehr mit Mirabeau und Dupont (1892).

² Eine Tochter Schlettweins wurde die Mutter von Rodbertus.

³ I^a (1776) 187. Oncken, Geschichte der Nationalökonomie I 414 ff.

⁴ J. Marchlewski, Der Physiokratismus in Polen (1896).

⁵ Doch nennt Marx (Theorien über den Mehrwert I 68 ff.) als „einzige bedeutende englische Schrift, die sich direkt an die physiokratische Lehre anschließt“: The essential principles of the wealth of nations, illustrated in opposition to some false doctrines of Dr. Adam Smith and others, London 1797. (Anonym.)

schien hier durch das Korngesetz von 1689 hinreichend gewahrt. Um so deutlicher trat darum für den englischen Forscher die agrarische Einseitigkeit des Systems zu Tage¹.

Im 19. Jahrhundert fanden sich noch einzelne Gelehrte, die sich zur physiokratischen Lehre bekannten, so in Frankreich Germain Garnier († 1831), in Deutschland Schmalz² († 1831) und Krug († 1843).

19. Beurteilung des physiokratischen Systems. Je weniger wir den besondern Lehrsätzen der Physiokraten Beifall zollen können, um so mehr sind wir geneigt, die Aufrichtigkeit ihrer Absichten anzuerkennen. In der Tat scheinen die physiokratischen Denker das Glück ihres Vaterlandes in aller Ehrlichkeit gewünscht und erstrebt zu haben. Sie hatten jene Sympathie für das Volk, wie jeder Nationalökonom sie haben muß. Sprechen sie der Landwirtschaft innerhalb der Ökonomie eine bevorzugte Stellung zu, so geschieht es in der Meinung, das ganze Volk in allen seinen Teilen, allen seinen Ständen zu beglücken. Einseitige Vertretung von Klasseninteressen auf Kosten des Ganzen lag ihnen durchaus fern. Nicht ohne eine gewisse Kühnheit wiesen sie den bis dahin arbiträren Despotismus in die Schranken des Rechts, verurteilten sie die staatliche Mißwirtschaft. Den privilegierten Ständen bestritten sie deren politisch bevorzugte Stellung noch nicht. An die Grundherren fällt ihrer Lehre zufolge der Reinertrag der Landwirtschaft. Aber sie forderten zugleich die Belastung der bisher nur privilegierten Klasse mit der einzigen Steuer³. Auch empfahlen sie ohne Scheu dem entarteten Adel Landluft statt Hofluft, verurteilten den Absentismus der Großen, die fern von ihren Gütern ihre Einkünfte verpraßten.

In der Entwicklung der Nationalökonomie zur selbständigen Wissenschaft bedeutet die Physiokratie eine wichtige Stufe. Die Erkenntnis gar mancher fundamentaler Begriffe und Wahrheiten wurde durch sie gefördert, eine ganze Reihe volkswirtschaftlicher Probleme in Angriff genommen, zu einer gewissen, wenn auch noch unvollkommenen systematischen Einheit verbunden. Es sei nur an die Begriffe Kapital, Grundrente, Produktionskosten, Güterverteilung, Einkommen usw. erinnert. Der Zusammenhang des wirtschaftlichen Momentes mit dem Gesamtleben des Volkes, mit der Gliederung der Stände, seine Einwirkung auf staatliche Macht und Blüte war den Physiokraten wohl bekannt. Ohne den nationalen Charakter der Volkswirtschaft preiszugeben, gewährte das System dem völkerfeindlichen Streben nach Bereicherung auf Kosten und

¹ Oncken a. a. O. I 422.

² Bruno Gerecke, Theodor Schmalz und seine Stellung in der Geschichte der Nationalökonomie (1906). Hiernach ist Schmalz nicht Physiokrat im Sinne Quesnays, sondern mehr im Sinne der französischen „Schule“ der Physiokraten gewesen.

³ Quesnay wollte das Volk von den schweren Lasten befreien, die es zum Vorteil der privilegierten Klassen tragen mußte. Er forderte Gerechtigkeit für das Volk. Der gesamte Staatsbedarf sollte nur mehr durch die Grundrente gedeckt werden. Die Klasse der Grundherren sollte damit belastet werden, nicht der Bauer selbst.

zum Schaden anderer Nationen keinen Raum. Ebenso verdient, von anderem abzusehen, der Kampf gegen ein überlebtes Monopol- und Privilegienwesen, gegen veraltete Formen feudaler Gebundenheit, gegen die äußerst drückenden feudalen Lasten, die Forderung größerer Freiheit in Produktion, Verkehr, Erwerb im Hinblick auf die neuen Bedürfnisse der Zeit rückhaltlose Anerkennung.

Der Merkantilismus war nach dem Urteile hervorragender Forscher nur eine Fortbildung der alten Stadtwirtschaft, eine Übertragung der Wirtschaftspolitik der mittelalterlichen Stadtwirtschaft auf die entstehenden Territorial-¹ und Nationalstaaten. „Wir finden hier im größeren Rahmen genau jene hausväterliche und fürsorgliche Politik, wie sie die mittelalterliche Stadtverwaltung gegenüber ihren Bürgern im kleinen Kreise erkennen ließ. Der König waltet und sorgt wie ein Hausvater, mischt sich in alles ein, trifft überall und in jeder Beziehung seine Anordnungen, belehrt und unterrichtet, wo der beschränkte Untertanenverstand nicht ausreicht, gebietet aber auch mit einer Selbstherrlichkeit, die zuweilen über das gewöhnliche Maß hausväterlicher Gewalt weit hinausgeht.“² Die Physiokraten traten konsequent und systematisch dem Merkantilismus entgegen; sie haben zugleich eine grundsätzlich neue Bestimmung desjenigen gegeben, was in der Volkswirtschaft erstrebenswert sei. Sie haben die Klagen des Bauernstandes, die in der merkantilistischen Zeit weniger verstanden wurden (und denen insbesondere auch in den deutschen Territorialstaaten nur ein geringes Verständnis entgegengebracht wurde), mit dem Schwert der Wissenschaft bewaffnet. Die Meilenrechte, Bannrechte, Zwangsrechte, Ausfuhrverbote, kurz alles, was dem „Bürger“ billige Nahrung sichern und den Bauern verhindern sollte, selbst zum Händler mit seinen Produkten zu werden und die günstigsten Absatzbedingungen aufzusuchen, wurden als verwerflich und verderblich hingestellt. „Wenn irgendwo“, sagt G. v. Below³, „so trifft es bei ihren (der Physiokraten) Ideen zu, daß eine Theorie ihre Kraft und ihren Wert weniger durch ihren positiven Inhalt als durch den Gegensatz erhält, in den sie sich zu vorhandenen Einrichtungen stellt. Und ein sehr wesentlicher Zug in dem physiokratischen System ist eben der Gegensatz gegen die stadtwirtschaftlich-merkantilistische Beherrschung des platten Landes.“ Leider verfielen die Physiokraten dabei wieder in ein Extrem.

a) *Ist die Bodenkultur allein „produktiv“?*⁴ Ein kräftiger Hinweis

¹ Das gilt speziell für Deutschland.

² August Engel, Grundriß der Sozialreform (1907) 21.

³ Historische Zeitschrift LXXXIV 506. Der Untergang der mittelalterlichen Stadtwirtschaft, im Jahrbuch für Nationalökonomie und Statistik III (1901) 21 471.

⁴ Die physiokratische Ideenwelt, sagt Raymund de Waha (Die Nationalökonomie in Frankreich [1910] 4), gruppiert sich um zwei Prinzipien: 1. Es gibt eine natürliche Ordnung der menschlichen Gesellschaften: 2. der Ackerbau ist allein produktiv.

auf die fundamentale Bedeutung des Ackerbaues war gegenüber der merkantilistischen Überschätzung der geldschaffenden Exportindustrie und des Exporthandels wohl am Platze. Wurde aber nicht mehr in dem Verkauf inländischer Manufakturzeugnisse an das Ausland die Hauptquelle des nationalen Reichtums erblickt, sondern in blühender Landwirtschaft, so ergab es sich von selbst, daß die Sicherung dauernd guter Preise der Bodenprodukte als ganz spezielle Aufgabe der staatlichen Wirtschaftspolitik zu gelten hatte. Auch die in Vorschlag gebrachten Mittel: freie Getreideausfuhr mit Ausfuhrprämien bei niedrigen inländischen Preisen, Getreideeinfuhrverbot abgesehen von Teuerungsjahren, dazu Verbesserung der inneren Verkehrswege usw., dürften für Quesnays Zeit eine relative Berechtigung gehabt haben. Weit über das Ziel hinaus aber geht die physiokratische Behauptung, die Erde sei die einzige Quelle des Reichtums, die Bodenkultur allein produktiv. Es ist das kein bloß theoretischer Irrtum ohne praktische Bedeutung. Erkennen auch die Physiokraten die Nützlichkeit, die Wichtigkeit und Notwendigkeit des Handels und der Industrie an, so gelten diese ihnen doch keineswegs als dem Ackerbau gleichberechtigt. Sie bilden den Hebel des landwirtschaftlichen Fortschrittes, begünstigen den Absatz von Urprodukten, steigern dadurch deren Preis, versorgen die produktive Klasse mit Fabrikaten usw. Allein Handwerker, Industrielle und Kaufleute bilden doch nur eine classe salariee, sind notwendig, aber im Dienste und Lohn der einzig produktiven agrarischen Klasse. Ihr Wohlstand ist kein originärer, sondern ganz und gar abgeleitet vom Wohlstande der Landwirtschaft. Damit war aber zweifelsohne die Gefahr einer Mißleitung der staatlichen Wirtschaftspolitik gegeben.

Muß es nicht auffallen, daß Männer, die in der Fülle nützlicher Dinge das Wesen des Reichtums erkannt hatten, für die Frage der Produktivität die richtige Folgerung hieraus zu ziehen nicht imstande waren?

Was heißt denn produzieren? Ganz allgemein im volkswirtschaftlichen Sinne nichts anderes als materielle Gebrauchsgüter für die Befriedigung menschlicher Bedürfnisse herstellen oder beschaffen. Es sind materielle stoffliche Güter. Aber der Stoff genügt nicht. Zu der Arbeit des Landwirts muß die Tätigkeit des Müllers, des Bäckers kommen, um das für den Genuß geeignete Brot zu schaffen. Ohne die Tätigkeit des Webers würde ferner der Ackerbau umsonst den Flachs erzeugen. So ist's überall. Die Urproduktion erzeugt oder gewinnt allein neue Stoffe, entnimmt dem Boden neue stoffliche Wertträger. Indem aber die gewerbliche Arbeit diesen Stoffen eine neue Form, neue Eigenschaften verleiht, wodurch sie erst zu wirklichen Gebrauchsgütern werden, vermehrt sie zwar nicht die Quantität des Stoffes, wohl aber die der Güter, des Reichtums. Sie fügt insofern dem nationalen Reichtum Bestandteile hinzu, die ohne sie nicht vorhanden wären. Umsonst würde der Bauer

sein Getreide vervielfältigen, wenn ferner nicht der Handel den Überschuß über den örtlichen Bedarf nach andern Orten brächte, wo, was hier überflüssig oder unverwendbar ist, zur Befriedigung der menschlichen Bedürfnisse tatsächliche Verwendung finden kann. Indem der Handel zwischen Produzent und Konsument vermittelt, erweist er beiden einen großen Dienst. Er macht die Gebrauchsgüter nutzbar für die Konsumenten, fruchtbar für die Produzenten, wertvoll für die Gesellschaft. Das Produkt, das im Verkehr abgegeben wird, hat regelmäßig in der Hand des Produzenten geringere aktuelle Bedeutung als an dem Ort, wo es als Bedarfsgegenstand gesucht, geschätzt und bewertet wird. Mag also die Bodenkultur ihrer Art und der Zeit nach jeder andern produktiven Tätigkeit vorausgehen: die einzig produktive Tätigkeit ist sie nicht. Sie erzeugt, wie gesagt, allein neue Stoffe. Neue Güter werden aber auch vom Handel und Gewerbe erzeugt und dargeboten. An der Produktion des Reichtums und an der Versorgung des Menschen mit materiellen Gütern für Befriedigung seiner Bedürfnisse sind alle diese Arten von Tätigkeiten beteiligt.

Aber welche von ihnen trägt dann mehr oder am meisten zum Wachstum des Reichtums bei? Garnier hielt diese Frage für ebenso überflüssig wie die Frage, ob der rechte oder linke Fuß zum Gehen nötiger sei. Stoff, Form, Erreichbarkeit der Güter für den Konsum — nur in ihrer Vereinigung bilden sie den materiellen Reichtum. Die landwirtschaftliche Tätigkeit wirkt fundamental. Gewiß, aber in Fundamenten kann man nicht wohnen und von Rohstoffen allein nicht leben. Alle drei Tätigkeiten sind notwendig; sie ergänzen und vollenden sich gegenseitig im Hinblick auf den Zweck aller Produktion: die Deckung des menschlichen Bedarfs. Alle drei haben darum auch Anspruch auf Schutz und Förderung durch den Staat.

Doch wendete die Physiokratie ein: der Wert, den Handel und Gewerbe erzeugen, wird durch die Kosten absorbiert. Sie verbrauchen während ihrer Arbeit genau so viel an Wert, als sie durch ihre Tätigkeit hervorbringen. Die Totalsumme der innerhalb der Volkswirtschaft vorhandenen Güter wird also dadurch nicht vermehrt. Nehmen wir einmal an, die diesem Einwande zu Grunde liegende Lehre der Physiokraten sei richtig; für Industrielle und Handeltreibende stellten die Produkte ihrer Arbeit lediglich das Äquivalent dessen dar, was sie während der Arbeit verbrauchten. Wäre deshalb ihre Arbeit weniger produktiv? Hätten sie darum keine neuen Güter erzeugt, weil sie andere Güter für sich und ihre Arbeit verbrauchten? Keineswegs ist es der Zweck der Produktion, eine gegebene konstante Gütermasse in ihrer Totalsumme zu vermehren; sie soll den Lebensprozeß des Volkes und der Volkswirtschaft ermöglichen, vervollkommen. Die Güter haben darum nicht die Bestimmung, aufgehäuft, sondern verbraucht zu werden. Das entspricht auch ihrer vergänglichen Natur. Haben sie der Erhaltung

des Menschen und seiner Kraft gedient; so ist ihre Aufgabe erfüllt. Aber die Arbeit derer, die sie konsumierten, hat dafür inzwischen Ersatz geschaffen. Wäre durch diese Arbeit auch die jetzt vorhandene Totalsumme des nationalen Gütervorrates nicht vermehrt, gesteigert worden, so würde sie anderseits auch nicht vermindert sein, obwohl die Handwerker, Manufakturisten und Kaufleute inzwischen manche Güter verbrauchten. An Stelle der konsumierten Güter sind andere, vielleicht zum Teil auch dauerhaftere getreten. Der Wert der konsumierten Güter erscheint doppelt auf dem Markte. Er verschwindet in und während der Produktion, um durch die Produktion von neuem an den Tag zu kommen.

Aber die Landwirtschaft, so heißt es, bringt außer dem Vorrat von Gütern, welcher sie unterhält und beschäftigt, jährlich noch einen Reinertrag, eine freie Rente für den Grundherrschaft hervor. Hiernach aber wäre, wie Adam Smith bemerkte¹, die Arbeit der Pächter und Bauern in gewissem Sinne allenfalls produktiver zu nennen als die der Kaufleute, Handwerker und Fabrikanten; „allein die überlegene Produktion der einen Klasse macht die andere doch nicht unfruchtbar und unproduktiv!“

Und sollte denn wirklich die Landwirtschaft allein einen „Überschuß“, einen „Reinertrag“ ergeben? Sollte das gewaltige Anwachsen des Reichtums in den Industriestaaten lediglich dadurch sich erklären, daß die kaufmännischen Berufe sich am Lebensunterhalte etwas abgespart, daß sie Konsumenten und Arbeiter ausgebeutet haben? Marx bezeichnet die Lehre von der Unproduktivität aller nicht agrikolen Arbeit mit gewohnter Ironie als „unumstößlich für den Ökonomen — von Fach“². Der „Ökonom von Fach“, den er dabei als Zeugen anführt, ist freilich nur Mercier de la Rivière. Man werfe aber doch nur einen Blick auf das Ganze der modernen Fabrikation, betrachte die Teilung und Organisation der Arbeit, die äußerst geschickte und planmäßige Indienststellung der Naturkräfte, das System von Maschinen, die hierdurch bewirkte außerordentliche Steigerung der Produktivität der Arbeit, das kühne Wagnis in Ausnützung der Konjunktur, günstiger Preisverhältnisse für Rohstoffe und Fabrikate usw., wer wollte da noch in dem mit diesem großartigen Apparat vollzogenen Prozeß der Wertenbildung nichts anderes ersehen können als eine bloße „Addition“ vorhandener Werte, keinen Überschuß, keine Steigerung, keine Vervielfältigung des nationalen Reichtums? Und was bei der heutigen Fabrikation und dem heutigen Handel mit Evidenz sich aufdrängt, das gilt und galt pro modulo suo auch von den älteren Stufen merkantiler und gewerblicher Tätigkeit.

Die Physiokraten hatten also recht, insofern sie die hohe Bedeutung der Landwirtschaft für den Wohlstand des Volkes betonten. Sie irrten aber, indem sie sich nicht damit beschieden, die Produktivität der Boden-

¹ Volkswohlstand, übersetzt von Stöpel III (1878) 226.

² Marx, Kapital I⁴ (1890) 154 A. 13.

kultur als grundlegende zu bezeichnen, dieselbe vielmehr als alleinige, einzige verkündeten. Gournay und seine Schule begnügten sich klugerweise damit, den Ackerbau als einen dem Handel ebenbürtigen Zweig hinzustellen. Quesnay und den Physiokraten dagegen galt Gewerbe und Handel nur als Nebenzweig des Ackerbaues — unter den gegebenen geschichtlichen Verhältnissen, bei der schon damals erreichten Stufe volkswirtschaftlicher Entwicklung, offenbar eine Maßlosigkeit, die praktisch zu verderblichen Konsequenzen hätte führen müssen.

b) *Das individualistische Naturrecht*¹. Nicht darin haben die Physiokraten sich getäuscht, daß sie ein natürliches Recht anerkannten. Der Staat ist die Quelle des positiven Rechtes, aber nicht allen Rechtes. Nicht alles, was der Staat tut, ist recht. Wer das natürliche Recht leugnet, der gibt damit tatsächlich alle Rechte des Menschen preis. Einem Staat gegenüber, der die Quelle alles Rechtes ist, fehlt auch der Schutz wohlverborener Rechte. Die blutigste Tyrannei, der entsetzlichste Despotismus, von dem die Geschichte erzählt, würde bestenfalls als Bruch des historischen Rechtes, nicht des Rechtes schlechthin gebrandmarkt sein. Wer aber wollte ernstlich annehmen, daß der Mensch an sich dem Staate gegenüber völlig rechtlos dastehe, daß er kein Recht habe, es sei denn vom Staate ihm verliehen? Der Mensch empfang doch durch seine Natur bzw. den Urheber der Natur Aufgaben, Ziele, Pflichten, Ansprüche, Kräfte, Fähigkeiten, die er erfüllen oder verwerten muß, deren Erfüllung, Verwertung das natürliche Recht schützt. Und steht auch die Familie dem Staate gegenüber völlig rechtlos da? Führen sich ihre Rechte nur auf staatliche Verleihung zurück? Warum sollte der Staat dann diese Rechte nicht wieder beseitigen dürfen? Die Familie hat ihre natürlichen Aufgaben, darum auch Rechte, die der Staat nicht erst zu verleihen braucht, wohl aber zu schützen berufen ist. Für den modernen Juristen bleibt es freilich schwer, sich ein solches Recht vorzustellen. Spricht er von Recht, so denkt er alsbald an die physische Erzwingbarkeit, die zum positiven Rechte gehört. Allein der Büttel bildet kein Begriffselement des Rechtes schlechthin. Eine moralische Erzwingbarkeit, die Verpflichtung der Gewissen genügt völlig. Mögen die geschichtlichen Aufgaben der

¹ Die „natürliche und wesentliche Ordnung der politischen Gesellschaften“ steht im Gegensatz zu einer bloß künstlichen, vom menschlichen Willen — etwa durch einen „Contrat social“ — geschaffenen Ordnung. Sie ist aber nicht eine „natürliche“ Ordnung im Sinne des Naturzustandes gegenüber der geschichtlich gewordenen Ordnung der Zivilisation. Die Physiokraten wollten nicht, daß der Mensch in den angeblichen Urzustand zurückkehren solle. Auch ist die „natürliche“ Ordnung nicht als eine von „Naturgesetzen“, wie die Körperwelt, beherrscht aufzufassen. Die Physiokraten traten ja für eine Verbesserung der Ordnung ein. Sie führten die „natürliche Ordnung“ auf den Willensausdruck Gottes zurück und nahmen an, daß sie jedem vernünftigen Menschen als evident beste Ordnung erkennbar sei. Vgl. Rist, Die Physiokraten, in Gide und Rist, Geschichte der volkswirtschaftlichen Lehrmeinungen. Deutsch von Horn (1913) 6 ff.

Staaten noch so verschieden sein, der Staat als solcher hat stets in der öffentlichen Wohlfahrt seinen natürlichen Zweck und zur Erreichung dieses Zweckes kraft natürlichen Rechtes Autorität, d. h. das Recht, Gehorsam zu fordern, ein Recht, das allem positiven Rechte vorausgeht und von ihm vorausgesetzt werden muß. Wehe dem Staate, der nur kraft seiner Macht Gehorsam fordert, und nicht vermöge des Rechtes, das er nicht sich selbst, sondern das ein Höherer ihm verliehen. Wo der größere Teil der Bürger nicht um des Gewissens willen gehorcht, da steht die Existenz des Staates jeden Augenblick auf dem Spiele. Zwang siegt nur gegenüber einer Minorität. Aber auch um das Glück der Bürger ist es schlecht bestellt in einem Staatswesen, das von jenen Grundlinien rechtlicher Ordnung absieht, welche für das menschliche Gesellschaftsleben durch das natürliche Recht gezogen werden.

Es gibt also in der Tat ein natürliches Recht, nicht bloß eine „naturrechtliche Methode“. Diese Überzeugung ist auch heute tatsächlich viel weiter verbreitet, als es nach einem Überblick über die Literatur scheinen dürfte. Freilich bestehen auch noch mancherlei Mißverständnisse¹. Der Name „Naturrecht“ ist ja begreiflicherweise in Mißkredit gekommen. Die einen denken dabei an die „naturgesetzliche“ Auffassung der älteren Nationalökonomie, mit der das Naturrecht absolut nichts zu schaffen hat. Die andern denken an Rousseaus Naturzustandsrecht, an ein auf Sozialverträgen aufgebautes Recht. Wieder andere fürchten, wenn einmal das Naturrecht als wirkliches Recht anerkannt sei, dann würden auf den Tischen der Richter neben dem Bürgerlichen Gesetzbuch usw. auch noch die Werke der Naturrechtslehrer ihren Platz finden müssen. Weit gefehlt! Das Naturrecht reduziert sich auf einige fundamentale Rechte und Rechtsätze. Was einzelne Gelehrte daraus abgeleitet haben, hat lediglich den Wert, der ihrer Schlußfolgerung zukommt. Und nicht gerade alle sind dabei ohne Fehl geblieben, wie unsere physiokratischen Denker beweisen.

Wir haben schon an anderer Stelle² auf den Mangel einer klaren Unterscheidung zwischen physischer und moralischer Ordnung hingewiesen, auf die physiokratische Zusammenfassung des physischen und Moralgesetzes unter der Bezeichnung „Naturgesetz“, wodurch manche Irrtümer bezüglich des „natürlichen“ Rechts sich erklären. Auch wiesen wir hin auf den individualistischen Charakter des physiokratischen Naturrechts. Zweck und Aufgabe des physiokratischen Staates ist

¹ Der Berliner Rechtslehrer Joseph Kohler, der ein besseres Verständnis für das Naturrecht bekundet hat, sagt treffend: „Wenn sich heute ein Naturrecht bilden soll, so muß es an Spanier sich anschließen aus Spaniens großer Zeit, nicht an Hugo Grotius, noch weniger an jene philisterhafte Verflachung Wolffs, welche das Grotianische Naturrecht zu Grabe getragen hat“ (Archiv für Rechts- und Wirtschaftsphilosophie X [1917] 235 ff.).

² Bd. I³: Kap. 4, § 3, 278 ff. (256 ff.).

mit der Losung des Zeitalters gegeben: *Liberté, propriété, sûreté!* Die ganze Staatslehre bleibt beherrscht von dem negativen Interventionsprinzip, das vom Staate lediglich die Beseitigung jener Hindernisse fordert, die der freien wirtschaftlichen Tätigkeit der Individuen im Wege stehen¹. Dabei verharrte die physiokratische Lehre unter mancher Rücksicht wieder in den Bahnen des aufgeklärten Absolutismus. „Der Hauptzug dieser Staatsauffassung im 18. Jahrhundert besteht darin, daß im Staate, der die verschiedenartigen Tätigkeiten und Interessen zu einer Einheit zusammenschließt, keine andere neben ihm organisierte partikuläre Interesseneinheit bestehen darf, weil dadurch der Staat in seinem Wesen beeinträchtigt wird; alles Soziale wird aus diesem Grunde vom Staate absorbiert und kein selbständiges soziales Gebilde neben ihm geduldet. Das ist die im 18. Jahrhundert herrschende Gegnerschaft gegen jeden ‚esprit de corps‘ innerhalb des Staates.“²

Man darf nicht erwarten, daß der Geist der Aufklärung³ bei allen seinen Adepten in gleicher Form sich äußerte⁴. Quesnay und Turgot waren keine Materialisten. Quesnay zog sich von der Mitarbeit an der großen Enzyklopädie zurück, als diese dem Materialismus dienstbar wurde. Turgot verkehrte persönlich zwar mit den Enzyklopädisten lieber als mit dem älteren Mirabeau und den Anhängern der physiokratischen „Sekte“. Allein seine Überzeugung von dem Dasein eines persönlichen Gottes gab er darum nicht preis. Mochte man auch die „natürliche Ordnung“ auf den Willen Gottes zurückführen, so fand doch im übrigen der überlieferte Bestand philosophischer und religiöser Wahrheiten bei diesen fortgeschrittenen Geistern nur geringe oder gar keine Achtung. Sie reden viel von Evidenz, Wahrheit, Gerechtigkeit. Aber es ist ihre eigene Autorität, das nach Personen wechselnde subjektive Urteil, die darüber entscheiden, was Wahrheit und Gerechtigkeit sei. Überall zeigt sich der allgemeine Zug des Zeitalters: „Verachtung jener Erbweisheit, welche, von Geschlecht zu Geschlecht bereichert, die Staaten baut und erhält.“⁵

So konnte und mußte es geschehen, daß die an sich löbliche Absicht einer Reform unzuträglicher Verhältnisse nach dem Rechtsideal in falsche Bahnen einlenkte, weil eben dieses Rechtsideal selbst schwach begründet war.

¹ Biermann, Staat und Wirtschaft I (1904) Kap. 3. Güntzberg, Gesellschafts- und Staatslehre der Physiokraten 78 ff.

² Güntzberg a. a. O. 79.

³ Die Fundamentalsätze des physiokratischen Systems wurzeln „tief in dem Rationalismus des 18. Jahrhunderts und stehen im engsten Zusammenhang mit den naturrechtlichen Systemen des Hobbes, Montesquieu und Rousseau und den philosophischen Anschauungen eines Locke, Hume, Helvetius“ usw. (v. Scheel in der Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft 1868, 244).

⁴ Vgl. Ingram, Geschichte der Volkswirtschaftslehre 5. Kapitel.

⁵ Eisenhart, Geschichte der Nationalökonomik 27.

Oncken nimmt den „ordre naturel“ der Physiokraten wenigstens gegen den Vorwurf des Utopismus in Schutz. Er sagt¹: „Die Forderung, daß man neben dem tatsächlichen Zustand auch einen vollkommenen ins Auge fassen müsse, stempelt einen Forscher noch nicht zum Utopisten. Wer nicht das Bessere kennt, kann sich auch kein kritisches Urteil über das Tatsächliche bilden. Der Verzicht auf einen höheren Maßstab, womit man die Dinge mißt, bedeutet einen Verzicht auf jedwedes wissenschaftliche Urteil überhaupt. Das Kennzeichen des Utopisten ist, daß er sich um die tatsächlichen Verhältnisse überhaupt nicht kümmert und sich ausschließlich in einem erdichteten Himmel bewegt. Das trifft auf Quesnay nicht zu. Der methodischen Erforschung des Tatsächlichen setzt er nicht ein fertiges Vollkommenheitsideal entgegen, sondern er stellt eine Reihe von Geboten auf, durch deren Befolgung man zu dem besseren Zustande sich erheben könne. . . . Jedenfalls muß man zugestehen, daß die Methode Quesnays, das Ideale in die Form des Imperativs, des ‚Du sollst‘ zu kleiden, der Sache angemessener ist als die Form eines utopistischen ‚Seins‘. Sie dürfte ihr letztes Wort in der Wissenschaft noch nicht gesprochen haben.“

Ganz richtig! Nur vermochte der subjektivistische, rationalistische Ursprung jenes physiokratischen Naturrechts dem Sollen keine feste Unterlage zu geben. Wir müssen da als „Naturrecht“ annehmen, was dem subjektiven Erkennen einiger geistvollen Männer sich als solches präsentiert hat.

Ausgestattet mit voller „natürlicher“ Freiheit tritt hiernach das Individuum in das staatliche Gesellschaftsleben ein. Innerhalb desselben darf der einzelne ungehindert seinen eigenen Vorteil suchen, dabei seine ganze Kraft und Geschicklichkeit entfalten. Eines nur bleibt ihm verwehrt: andern zu schaden. Soweit die eigene Vernunft und die natürlichen Tugenden ihn davon nicht abhalten, wird die staatliche Gesetzgebung das gefährdete Recht schützen müssen. Schließt die „bürgerliche“ Freiheit den Gehorsam gegen die staatliche Gesetzgebung ein, so soll doch anderseits das positive Gesetz der „natürlichen“ Freiheit den weitesten Spielraum belassen. Es ist also zwar nicht die volle Passivität des Staates im Sinne des Manchestertums, was Quesnay forderte. Genügt aber die Mäßigung der „natürlichen“ Freiheit durch die „positive Ordnung“ für die Verwirklichung der öffentlichen Wohlfahrt? Viel weiter in der Anpreisung der Freiheit gingen dann noch Quesnays Schüler. Das Haupt der physiokratischen „Sekte“, nach Quesnays Tode, schwärmte für eine völlig absolute Freiheit, nicht bloß für ein Laissez faire im Gegensatz zum Colbertschen Zwangsstaate. „Il mondo va da se“, sagt der Italiener, und Mirabeau² stimmte rückhaltlos bei: „La liberté générale et indéfinie du commerce“ — ja die unbeschränkte Freiheit und Konkurrenz für den ganzen Bereich der Volkswirtschaft! Ihm

¹ Geschichte der Nationalökonomie I 400.

² Ebenso Mercier de la Rivière. Vgl. Gide und Rist, Geschichte der volkswirtschaftlichen Lehrmeinungen 12 f.

war es völlig evident, daß jedes Glied der Gesellschaft, indem es unbehindert seinen eigenen Vorteil sucht, zugleich mitwirkt zum allgemeinen Wohle. Die Regierung hat hiernach nichts zu tun, außer dem einen: sich selbst von jeder Intervention zu dispensieren. Vergleich Quesnay den Staatsmann mit einem Steuermann, der sorgsam Gestirne und Kompaß beobachten und nach Wind und Wetter ausspähen muß, um das Schiff zwischen allen drohenden Fährlichkeiten hindurchzuleiten, so meint dagegen Mirabeau: „Es handelt sich bei der Schifffahrt nicht darum, das Auge beständig auf die Bussole zu richten, sondern nur darum, zu derselben zurückzukehren, wenn Gefahr ist, aus der rechten Bahn zu kommen.“¹

Es war sodann auch eine Konsequenz jener Überschätzung der individuellen Freiheit, wenn in der Korporation ein Hemmnis der rechten, vollen Entfaltung wirtschaftlichen Strebens erblickt wurde. Große Verdienste hätten die Physiokraten sich erwerben können durch eine maßvoll kluge Bekämpfung der Ausartungen, wie sie die überlieferte korporative Arbeitsordnung in großer Zahl aufwies. War ja doch in der Tat größere Freiheit der Arbeit durch die neuen Formen des industriellen Lebens und bei der wachsenden Ausdehnung des Marktes geboten. Veraltete Privilegien und Monopole mußten beseitigt werden. Aber die Physiokratie ging weiter, richtete den Kampf gegen die Korporation als solche. Was Turgot in der Gesetzgebung erstrebte, vollzog und vollendete die Revolution. Im Jahre 1791 erklärte der Berichterstatter Chapelié in der Konstituierenden Versammlung: „Neben dem Privatinteresse der einzelnen steht nur noch das öffentliche Interesse. Es ist in Zukunft niemand erlaubt, den Bürgern ein zwischen beide tretendes Interesse einzuflößen, sie von der Sache der Öffentlichkeit durch den Korporationsgeist zu trennen.“ Das war keine Reform mehr nach einer idealen Rechtsidee, sondern der Umsturz, der vollkommene Bruch mit der Vergangenheit, zum schweren Schaden des Volkes. Denn gerade für die breiten Schichten der Bevölkerung, für die mittleren und unteren Klassen, hatte die Vereinigung zu gemeinsamem Schutz, zur Vertretung ihrer Interessen, zu wechselseitigem Beistand auch damals ihre hohe Bedeutung nicht verloren.

Konnte die Physiokratie keine praktischen Erfolge aufweisen mit ihrer übertriebenen Einschätzung der Landwirtschaft, gelang es ihr nicht, dem Glauben an die alleinige Produktivität der Bodenkultur Geltung zu verschaffen, kam es nicht zur Einführung des impôt unique, schon deshalb, weil die Voraussetzungen dieser Forderung, die Lehre von dem „produit net“, Bedenken erregen mußten, so ist die physiokratische Schule mit ihrer zu hoch gespannten Freiheitsforderung für das Einzelindividuum, ihrer Überschätzung der freien Konkurrenz, ihrer Feindschaft gegen die traditionellen Korporationen nicht

¹ Oncken, Geschichte der Nationalökonomie I 405.

ohne Einfluß auf die weitere Entwicklung der nationalökonomischen Wissenschaft sowohl wie der staatlichen Wirtschaftspolitik geblieben.

Noch ein anderer Mangel sei kurz erwähnt.

c) *Unzulässige Verallgemeinerungen.* Wie hoch man auch die Bedeutung allgemeiner Grundsätze und Normen schätzen mag, so gilt doch für die tatsächliche Anwendung und für das wirtschaftspolitische Wirken der Staatsgewalt das Prinzip der Relativität wiederum als allgemeiner Grundsatz. Es war daher grundverkehrt, wenn einzelne Physiokraten, namentlich Mirabeau, zur unmittelbaren, praktischen Verwirklichung „einfache, gleichförmige Pläne für alle klimatischen Verhältnisse und Nationen“ aufstellen und empfehlen wollten. In einer fragmentarischen Jugendschrift „*Sur la géographie politique*“ hatte Turgot ganz richtig die Abhängigkeit der Volkswirtschaft von den geographischen Verhältnissen des Landes hervorgehoben, ihren Einfluß auf Produktion, Verkehr, Handel, Reichtum, ja auf den Charakter des Volkes und die Regierungsform nachgewiesen. Aber er gab, wie wir schon hörten, diesen Standpunkt wieder auf: jeder, der nicht vergesse, daß es getrennte und verschieden konstituierte Staaten gebe, bleibe außerstande, irgendeine Frage der politischen Ökonomie richtig zu behandeln. In seinen frühesten Geisteserzeugnissen bekundete Turgot ferner weit mehr Verständnis für die Entwicklung der Verhältnisse in der Geschichte. Nur in der physischen Welt gebe es eine Bewegung nach festen Gesetzen. Die Aufeinanderfolge der Menschen biete dagegen ein von Jahrhundert zu Jahrhundert wechselndes Schauspiel. In seinen späteren Jahren will er jedoch allein die Natur, nicht die Geschichte, für Lösung der wichtigsten politischen und volkswirtschaftlichen Probleme zu Rate ziehen¹. Mochte aus den besondern Zeitverhältnissen heraus die Forderung der Physiokratie an Volkswirtschaft und Staat sich verstehen: „*De cultiver la terre avec le plus grand succès possible et de préserver la société des voleurs et des méchants*“, fehlerhaft war es, daß sie hierin für alle Zeiten und alle Umstände den alleinigen und den ausreichend sichern Weg zur nationalen Wohlfahrt erblickten².

Die Lehre der Physiokraten, welche nur den Ackerbau als „produktiv“ bezeichneten, hatte schon vor Adam Smith Widerspruch gefunden. Galiani z. B. in seinem „*Dialogue sur le commerce des blés*“ (1770) bestritt diesen Satz. Basis oder Quelle des Reichtums sei der Ackerbau nur für größere Territorialstaaten. Es fänden sich auch Staaten, wie z. B. Genf, die ganz von ihren Manufakturen lebten. Ebenso versuchte Condillac die Produktivität von Handel und Industrie nachzuweisen. Indem er von dem Satze ausging: „*la terre est l'unique source de toutes les richesses*“, wies er darauf hin, daß die Erde nur vermöge der mensch-

¹ Ebd. 467 f. Dagegen Roscher, *Geschichte der Nationalökonomik* (1874) 481.

² Man vgl. indessen auch Güntzberg, *Gesellschafts- und Staatslehre der Physiokraten* 49 ff. Hier wird behauptet, Turgot sei seinen Jugendgedanken treu geblieben.

lichen Arbeit ihre Erträge liefere. Sei aber die Arbeit hier schon produktiv, dann gelte ein gleiches für jene Gebiete, wo die Arbeit an erster Stelle in Betracht komme, für Industrie und Handel. Auch sonst fanden die Physiokraten zur Zeit ihrer Blüte bereits starken Widerspruch¹.

§ 3.

Das individualistische Industriesystem Adam Smiths.

Literatur: Adam Smith, *Wealth of nations*, deutsch von Stöpel (1878). Wir zitieren nach Stöpels Übersetzung. Ausführliche Literaturangaben über Adam Smith vgl. Bd. I²: Kap. 4, § 3, 273 ff. (252 ff.). Insbesondere sei noch hingewiesen auf Henry Thomas Buckle, *Geschichte der Zivilisation in England*, 2 Bde., übersetzt von Arnold Ruge, namentlich Bd. II³ (1868) 426 ff. — A. Held, *Zwei Bücher der sozialen Geschichte Englands* (1881). — Knies, *Politische Ökonomie*² (1883) 294 ff. — Brentano, *Die klassische Nationalökonomie* (1888). — Block, *Le progrès de la Science économique depuis A. Smith* (1890). — W. Hasbach, *Die allgemeinen philosophischen Grundlagen der von F. Quesnay und A. Smith begründeten politischen Ökonomie* (1890), Heft 42 der *Staats- und sozialwissenschaftlichen Forschungen* von Schmoller. — Ders., *Untersuchungen über A. Smith und die Entwicklung der politischen Ökonomie* (1891). — Wasserrab, *Die Nationalökonomie nach ihrer Stellung, Methode und ihrem neueren Entwicklungsgang* (1894). — Schüller, *Die klassische Nationalökonomie und ihre Gegner* (1896). — Heinrich Dietzel, *Theoretische Sozialökonomik* (1895) 123 ff. — Marx, *Theorien über den Mehrwert*, herausgegeben von Karl Kautsky I (1905) 126 ff. Der 2. Band in zwei Teilen (1905) beschäftigt sich mit Ricardo. — Karl Diehl, *Sozialwissenschaftliche Erläuterungen zu David Ricardos Grundgesetzen der Volkswirtschaft und Besteuerung*. 3 Teile (1905). — Ders., *Theoretische Nationalökonomie* (1916) 157 ff. — Edwin Cannan, *History of the Theories of Production and Distribution from 1776 to 1848*² (1903). — F. Salomon, William Pitt, der Jüngere (1901–1906). — F. A. Schweitzer, *Individualismus von Smith* (1905). — Feitel Lifschitz, *A. Smiths Methode im Lichte der deutschen nationalökonomischen Literatur des 19. Jahrhunderts* (1906) (vom Standpunkte der Onckenschen Auffassung gegenüber der historischen Schule). — Hermann Huth, *Soziale und individualistische Auffassung im 18. Jahrhundert, vornehmlich bei Adam Smith und Adam Ferguson*, Heft 125 der *Staats- und sozialwissenschaftlichen Forschungen*, herausgegeben von Schmoller und Sering (1907). — Gustav Schmoller, *Adam Smith*, in *Internationale Wochenschrift* I (1907) 375 ff. — Kautz, *Die geschichtliche Entwicklung der Nationalökonomik und ihre Literatur* (1860) 372–740. — Roscher, *Geschichte der Nationalökonomik in Deutschland* (1874) 593 ff. — Eisenhart, *Geschichte der Nationalökonomik*² (1891) 40–218. — A. Blanqui, *Geschichte der politischen Ökonomie in Europa*, übers. von Buß II (1841) 90–242. — Périn, *Die Lehren der Nationalökonomie seit einem Jahrhunderte* (1882) 37–170. — Ingram, *Geschichte der Volkswirtschaftslehre* 110 ff. — Emilio Cossa, *Il pensiero di Adamo Smith nella teoria quantitativa del lavoro* (1907). — Schumpeter, *Epochen der Dogmen- und Methodengeschichte, im Grundriß der Sozialökonomik* I (1914). — Gide und Rist, *Geschichte der volkswirtschaftlichen Lehrmeinungen* (1913) 58 ff. — Vgl. ferner die einschlägigen Artikel des *Staatslexikons der Görres-Gesellschaft*, des *Handwörterbuches der Staatswissenschaften*, des *Wörterbuches der Volkswirtschaft*, Band III der von Jastrow herausgegebenen *Textbücher zu Studien über Wirtschaft und Staat*.

Alfred Marshall sagt in seinen *Principles of Economics* über Adam Smith: Obschon er ohne Zweifel viel von andern entlehnt hat, so er-

¹ Vgl. Emanuel Leser, *Der Begriff des Reichtums bei Adam Smith* (1874) 93 ff.

scheint doch sein Genie feiner, seine Kenntnisse größer und sein Urteil noch stärker ausgeglichen, je mehr man ihn mit denen vergleicht, die vor ihm waren und nach ihm kamen.

Daß A. Smith die Literatur namentlich Englands gekannt, daß er nicht nur den Physiokraten, sondern auch andern Autoren, wie Locke¹, Hume², Tucker³, James Stewart⁴, manche Bereicherung seiner Kenntnisse verdankt, steht außer Frage. Selbstverständlich müssen wir es der Geschichte der nationalökonomischen Wissenschaft überlassen, dem Zusammenhang des Smithschen Ideenkreises mit verwandten oder gleichen Aufstellungen anderer Schriftsteller im einzelnen nachzuspüren. Auch kann es hier nicht unsere Aufgabe sein, alle Lehren des Smithschen Systems in ihrer Gesamtheit ausführlich darzulegen und zu prüfen. Nur um das Gerüste des Systems handelt es sich an dieser Stelle.

20. Der Name „Industriesystem“ bezieht sich nicht auf die Industrie im Gegensatz zum Handel und Ackerbau. „Industrie“ wird vielmehr im weiteren Sinne verstanden, zur Bezeichnung jeder wirtschaftlichen Tätigkeit, Arbeit, Betriebsamkeit. Hatten die Merkantilisten die Hauptquelle des nationalen Reichtums im auswärtigen Handel, das physiokratische Agrikultursystem in der Landwirtschaft gefunden, so lehrt uns Adam Smith nicht etwa, daß die industrielle Tätigkeit im engeren Sinne, sondern daß die Arbeit schlechthin die vornehmliche produktive Macht, entscheidende Ursache des Volksreichtums sei.

Wie bereits Garnier hervorhob, ist es aber nicht gerade immer leicht, in Smiths *Wealth of nations* das System als solches in seinen Grundzügen zu erkennen. Der schottische Gelehrte geht nicht streng methodisch voran, schweift zuweilen recht weit von seinem Thema ab, zerreißt durch größere Digressionen völlig den Zusammenhang des Gedankenganges. So findet sich im elften Kapitel des ersten Buches eine große Digression betreffend die Schwankungen des Silberwertes, im zweiten Kapitel des zweiten Buches eine Digression über Banken und Papiergeld, im dritten Kapitel des vierten Buches eine solche über Depositenbanken, namentlich diejenige Amsterdams, im fünften Kapitel des vierten Buches über den Kornhandel und die Korngesetze, im sechsten Kapitel des vierten Buches über die Prägungskosten von Münzen.

Der Hauptinhalt der Smithschen Lehren von dem Entstehen, Wachstum, der Verteilung des Reichtums wird in den beiden ersten Büchern

¹ *Treatises on government* (1689).

² *Essays moral and political* (1742); 4. Aufl. 1753.

³ Nach Tucker benennt sich das „Gesetz“, daß mit dem Steigen der Kultur die Bodenprodukte teurer, die Kapitals- und Arbeitsprodukte wohlfeiler werden. Auch wird die Lehre von der Gegenseitigkeit der Absatzwege auf Tucker zurückgeführt, ebenfalls die Lehre von der natürlichen Verteilung der Gewerbe zwischen reichen und armen Ländern, die Lehre von der Harmonie aller rechtmäßigen Interessen. Tucker schrieb: *Four tracts on political and commercial subjects* (1774).

⁴ (Merkantilist) verfaßte *An inquiry into principles of political economy*. 2 Bde. (1767). Über Smiths „Vorläufer“ vgl. Hasbach, Kautz, Ingram, Gide und Rist a. a. O.

des Wealth zum Ausdruck gebracht. Das dritte Buch enthält eine geschichtliche und politische Untersuchung über den Fortschritt zum Reichtum in einem Lande, wo wirtschaftliche Freiheit herrscht, und von den verschiedenen Ursachen, die diesem Fortschritt in den europäischen Ländern Hindernisse in den Weg legten. Im vierten Buche behandelt Smith die Systeme der politischen Ökonomie, namentlich das „Merkantilsystem“, im fünften Buche die Staatsfinanzen.

Der Klarheit wegen fassen wir die ganze Lehre unter drei Gesichtspunkten zusammen und handeln demgemäß

1. vom Wesen des nationalen Reichtums;
2. von seinem Werden und Wachsen;
3. von dem Freiheitsgedanken in Smiths Industriesystem.

I. Das Wesen des nationalen Wohlstandes.

Der Titel, den A. Smith seinem Werke gab: „An inquiry into the nature and causes of the wealth of nations“, ließ erwarten, daß er gleich anfangs den Begriff des Reichtums in umfassender Weise behandeln würde. Allein diese Erwartung wird getäuscht. Wir bleiben vielmehr für die genauere Feststellung dessen, was Smith unter Reichtum überhaupt und unter Reichtum der Völker insbesondere verstanden hat, auf gelegentliche Äußerungen und auf Schlußfolgerungen angewiesen¹.

21. Der Reichtumsbegriff bei A. Smith. a) Die Worte *wealth*, *riches*, *opulence* werden von A. Smith in gleicher Bedeutung angewendet und der Armut, *poverty*, gegenübergestellt. Sie bezeichnen, wie die Armut, die zuständige Lage (*state*, *condition*) einer Person mit Bezug auf ihr materielles Wohlergehen. Dabei kann dieser Zustand nach Art einer Eigenschaft von der Person prädiiziert werden: A ist arm, B ist reich; oder aber es ist nur ganz abstrakt von dem Verhältnis der Person mit Rücksicht auf jenen Zustand die Rede. So darf man ja auch von der Gesundheit eines Kranken reden, von dem Reichtum eines Armen, ohne zu behaupten, daß der Kranke gesund, der Arme reich sei.

Nur an wenigen Stellen bedeutet das Wort „Reichtum“ eine Gesamtheit konkreter Güter. So z. B. wenn von einer Vertauschung des vorhandenen Reichtums gegen neue Erzeugnisse die Rede ist²; oder wo es heißt: „Die Nahrungsmittel bilden nicht nur den Hauptteil alles Reichtums in der Welt, sondern der Überfluß derselben gibt auch vielen andern Gütern erst ihren hauptsächlichen Wert.“³ Der Begriff „Vermögen“ (*fortune*) dagegen erscheint als reiner Sachbegriff: Das Vermögen wird in seiner Menge vermehrt. Teile des Vermögens

¹ Man vgl. zum Ganzen Emanuel Leser, Der Begriff des Reichtums bei Adam Smith.

² *Wealth of nations* Book 1, chap. 5; Stöpel's Übersetzung I 42.

³ Book 1. chap. 11 (2); Stöpel's Übersetzung I 244.

werden als Kapital angelegt; handelt es sich um das Vermögen mehrerer Personen, dann findet sich die Pluralform „fortunes“¹ usw.

b) Wo Reichtum und Armut als Attribute von Personen prädiert werden, erscheinen sie als feste Gegensätze. Die Auffassung Courcelle-Seneuils², jedermann sei in einem Zustande „größeren oder geringeren Reichtums“, findet in Smiths Lehre keine Stütze. Wohl aber kann derjenige, der im Zustande der Armut ist, ärmer sein als ein anderer, der Reiche weniger reich als sein Nachbar. Sowohl Armut wie Reichtum lassen Grade³ zu, kommen in stärkerem und schwächerem Maße vor. Es gibt einen Fortschritt zum Reichtum (progress towards wealth, advance to riches)⁴, von einem Zustand, in welchem noch kein Reichtum vorhanden war; und ebenfalls einen Fortschritt im Reichtum (advance in wealth)⁵.

c) Reichtum und Einkommen (revenue) stehen in engster Beziehung zueinander. Der Begriff „Reichtum“ verbindet sich unmittelbar mit der Vorstellung eines reichlichen Einkommens. Der Grad des Reichtums ist in gewisser Weise bestimmt durch die Höhe des Einkommens. Zuweilen scheint es sogar, als ob die Ausdrücke „Einkommen“ und „Reichtum“ bei Smith als völlig gleichwertig gebraucht würden. Dennoch sind die Begriffe „Reichtum“ und „Einkommen“ auch innerhalb des „Wealth of nations“ formell keineswegs identisch. Faßt ja Smith den Begriff „Reichtum“ ziemlich konsequent als den Zustand von Personen auf. Das Einkommen schlechthin dagegen gilt ihm als ein „Fonds“ von Sachgütern, fund of subsistence, fund for consumption, stock reserved for immediate consumption⁶, als Konsumtionsfonds, d. i. als eine zum unmittelbaren Gebrauch oder Verbrauch verfügbare Gütermenge.

Bei den Physiokraten bedeutet das Wort „Fonds“, wie in der finanziellen Praxis, Geld, dargeliehenes Geldkapital im Gegensatz zum Zins. Für A. Smith ist „fund“ eine Gütermenge, die durch ihren Verbrauch die Erreichung eines Zweckes ermöglicht. So spricht er z. B. von den Fonds, die zur Zahlung von Lohn, zum Unterhalt der Arbeit bestimmt sind⁷. Auch wird die Grundrente als „Fonds“ für die Steuerleistung an den Staat bezeichnet⁸. Das Einkommen aber gilt als der „fund of subsistence“, als die Gütermenge, die zum unmittelbaren Verbrauch bestimmt ist für den Unterhalt des Menschen. Die Quellen des

¹ Book 1, chap. 5; Book 2, chap. 3.

² *Traité d'économie Politique* I^a (1891) 6 f.

³ Degree of wealth, opulence Book 3, chap. 8; Book 1, chap. 10 (2).

⁴ Book 1, chap. 5 9; Book 2, chap. 5.

⁵ Book 1, chap. 11 (3).

⁶ Book 1, chap. 7 Introduction; Book 4, chap. 9. In der Einleitung heißt es: „To explain, in what has consisted the revenue of the great body of the people, or what has been the nature of those funds, which... have supplied their annual consumption.“

⁷ Book 1, chap. 6 8.

⁸ Book 5, chap. 1 (4).

Einkommens, Arbeit, Land, Kapital, heißen nicht „funds“. Smith spricht von ihnen als den „three original sources of revenue“¹.

d) Die materielle Unterlage oder der materielle Inhalt des „Reichtums“ wird von A. Smith zu Anfang des fünften Kapitels des ersten Buches durch folgenden Satz näher bestimmt: „Jeder Mensch ist reich oder arm in dem Grade, wie er imstande ist, sich die Bedürfnisse, Annehmlichkeiten und Vergnügungen des menschlichen Lebens zu beschaffen.“ „Every man is rich or poor according to the degree in which he can afford to enjoy the necessities, conveniencies and amusements of human life.“² Der Reichtum als Zustand materiellen Wohlergehens besteht somit, ganz allgemein gesprochen, in der reichlichen Verfügung über äußere Mittel und der hierdurch gewährten objektiven Möglichkeit, Bedürfnisse und Wünsche im ausgedehnteren Maße zu befriedigen. Die hier in Frage stehenden Mittel, von deren Menge das Vorhandensein und der Grad des Reichtums bestimmt wird, sind ihrer Art nach Genußmittel. Elemente, die nur für die Herstellung oder Beschaffung von Genußmitteln in Betracht kommen, stehen zwar in Beziehung zum Reichtum, haben Bedeutung für den Reichtum, werden insofern auf ihn als ihr Ziel, ihren Zweck reduziert; aber unmittelbar innerlich konstituiert wird der Reichtum zunächst nur durch Verfügung über Genußmittel (Güter erster Ordnung). Das Geld repräsentiert Genußmittel, die es eintauschen kann. Auch andere Güter können als Tauschäquivalente für Genußmittel, ferner die Werkzeuge, Maschinen, welche die produktive Kraft der Arbeit vermehren, als Ursachen der Erzeugung von Genußmitteln, indirekt auf den Reichtum bezogen werden. Ja man darf sagen, daß die sachliche Unterlage und der materielle Inhalt des Reichtums in einem weiteren Sinne gefaßt bei Smith teilweise aus Genußmitteln, zum andern Teile aus Gütern besteht, die der Produktion dienen. Aber in dem engeren Begriff des Reichtums, wie Smith ihn meist versteht, sind die letzteren nicht eingeschlossen. Dazu gehört, wie gesagt, nur die Verfügung über materielle Genußmittel, genießbare Güter, consumable goods, commodities³.

Immaterielle Güter und Genüsse kann der Reichtum vielleicht erwerben, ihre Verfügbarkeit ist eine Folge des Reichtums; aber auch sie bilden keinen unmittelbaren Bestandteil desselben.

Materielle Genußmittel, die als Tauschwerte fungieren können, gewähren die Möglichkeit, in den Besitz anderer Genußmittel zu gelangen, erweitern insofern den Bereich wahlweiser Verfügung über die

¹ Book 1, chap. 6.

² Book 1, chap. 5; Stülpels Übersetzung I 41. In der im Verlag Nelson & Sons (London und Edinburgh) 1853 erschienenen Ausgabe S. 11. Afford to, im stande sein; auch in der Verbindung: I can afford, ausführen können.

³ Book 4, chap. 1; Book 5, chap. 2 4.

Güterwelt und steigern in diesem Sinne den Reichtum als Zustand materiellen Wohlbefindens.

e) Als Teile des für den unmittelbaren Genuß verfügbaren Gütervorrats oder als Arten der hier in Betracht kommenden Genußmittel unterscheidet Smith nach der verschiedenen Stärke des Bedürfnisses: „the necessaries, conveniencies and amusements of human life“¹ oder „subsistence, conveniencies and amusements“². Also: Mittel zur Befriedigung notwendiger Bedürfnisse, necessaries (zur Bestreitung des Unterhaltes, subsistence); dann Bequemlichkeiten, Schicklichkeiten, conveniencies; schließlich Mittel des Vergnügens, amusements. Auch finden sich die Ausdrücke: luxuries, Luxusgegenstände, und elegancies. Mittel des Glanzes für Genußmittel, denen kein notwendiges Bedürfnis entspricht. Zu den necessaries, den notwendigen Bedürfnissen, gehört vor allem die Nahrung, dann Kleidung und Wohnung.

„After food, clothing and lodging are the two great wants of mankind.“³ „Nächst der Nahrung sind Kleidung und Wohnung die beiden großen Bedürfnisse der Menschen.“⁴ Doch haben die „Bequemlichkeiten“ bei Wohnung und Kleidung einen weiteren Spielraum als bei der Nahrung: „Wenn vermöge der fortschreitenden Kultur des Landes die Arbeit einer Familie für zwei Familien Nahrung produziert, dann bedarf es nur der Arbeit der halben Bevölkerung, um die ganze mit Nahrungsmitteln zu versehen. Die andere Hälfte oder wenigstens der größte Teil derselben kann sich nun damit beschäftigen, andere Dinge herzustellen oder die andern wirklichen und eingebildeten Bedürfnisse der Menschen (the other wants and fancies of mankind) zu befriedigen. Kleidung und Wohnung, Hausgeräte und sonstige Ausstattungen bilden die Hauptgegenstände unter diesen wirklichen und eingebildeten Bedürfnissen. Der Reiche verzehrt nicht mehr Nahrung als sein armer Nächster. An Qualität mag sie eine andere sein, und es mag mehr Arbeit und Kunst erfordern, sie zu bereiten; aber die Quantität bleibt so ziemlich die nämliche. Man vergleiche jedoch den geräumigen Palast und die große Garderobe des einen mit der Hütte und den wenigen Lumpen des andern, und man wird merken, daß der Unterschied zwischen ihrer Kleidung, Wohnung und ihrem Hausgerät quantitativ fast ebenso groß ist wie qualitativ. Das Verlangen nach Nahrung ist bei jedem Menschen durch die Verdauungsfähigkeit des Magens beschränkt; aber das Verlangen nach Bequemlichkeiten und Schmuck in Häusern, im Anzug, in der ganzen Ausstattung scheint ohne Grenzen und bestimmte Schranken zu sein.“⁵

Im letzten Buch des *Wealth of nations*⁶ findet sich eine genauere Bestimmung der Mittel für die notwendigen Bedürfnisse. „Man kann aber“, wie Leser bemerkt, „nicht sagen, daß Smith dieselbe schon in den früheren Teilen durchgeführt habe.“ Da heißt es nun: „Unter Lebensbedürfnissen verstehe ich nicht bloß Waren, die zum Lebensunterhalt unentbehrlich sind, sondern

¹ Book 1, chap. 5. ² Book 1, chap. 2 11 (1); Book 2, chap. 2.

³ Book 1, chap. 11 (2).

⁴ Stöpels Übersetzung I 226.

⁵ Book 1, chap. 11 (2); Stöpels Übersetzung I 229 f.

⁶ Book 5, chap. 2 (2); Stöpels Übersetzung IV 225 f.

⁷ Der Begriff des Reichtums bei Adam Smith 40.

auch alle die, ohne welche nach Landessitte anständige Leute, selbst des niedrigsten Standes, nicht bestehen können. Ein leinenes Hemd z. B. ist streng genommen kein unentbehrliches Lebensbedürfnis. Die Griechen und Römer lebten, denke ich, recht behaglich, obwohl sie kein Leinenzeug besaßen. Aber heutzutage würde fast in allen europäischen Ländern ein anständiger Tagelöhner sich schämen öffentlich ohne ein leinenes Hemd zu erscheinen, dessen Mangel jenen schimpflichen Grad von Armut bezeichnet, zu dem, wie man annimmt, niemand ohne den schlechtesten Lebenswandel (without extreme bad conduct) herabsinken kann. . . . Unter Lebensbedürfnissen verstehe ich also nicht bloß die Dinge, welche die Natur, sondern auch die, welche die hergebrachten Regeln des Anstandes (the established rules of decency) für die niedersten Volksklassen unentbehrlich gemacht haben. Alle übrigen Dinge nenne ich Luxusgegenstände, ohne durch diese Benennung den geringsten Tadel auf den mäßigen Gebrauch derselben werfen zu wollen. Z. B. Bier und Ale in Großbritannien, und Wein selbst in den Weinländern nenne ich Luxusgegenstände. Ein Mann jeden Ranges kann sich des Genusses dieser Getränke gänzlich enthalten, ohne sich einem Tadel auszusetzen. Die Natur macht sie zum Lebensunterhalt nicht notwendig, und die Sitte es nicht unanständig, ohne sie zu leben.“

f) Eine quantitativ bestimmte Grenze zwischen Reichtum und Armut hat A. Smith nicht gezogen und nicht ziehen können. Die Begriffe „arm“ und „reich“ bilden allerdings Gegensätze. Allein sie verbinden sich weder positiv noch negativ mit der Vorstellung fester Größenverhältnisse der verfügbaren Güter. Dem Armen kann nicht das Prädikat „reich“ und dem Reichen nicht das Prädikat „arm“ unter derselben Rücksicht der Verfügung über Genußmittel gegeben werden. Aber es ist unmöglich, genau den Punkt zu bezeichnen, wo der Reichtum beginnt, die Armut aufhört. Es gibt Fälle, wo mit Evidenz von Reichtum gesprochen werden kann, und Fälle, wo die Bezeichnung „arm“ unzweifelhaft am Platze ist. Dazwischen liegen aber viele Zwischenstufen einer ausgedehnteren oder geringeren Verfügung über die materielle Güterwelt.

Immerhin bleibt es lehrreich, einige Fälle ins Auge zu fassen, wo Smith Reichtum oder Armut annimmt. Als „jämmerlich arm“ („miserably poor“) gelten Smith solche Völker, die ihre Kinder, ihre Greise, mit langwierigen Krankheiten Behaftete nicht zu ernähren vermögen¹. Auch die Arbeiter, welche sich selbst und ihre Angehörigen ernähren können, die über den notwendigen Lebensbedarf verfügen, wie ihn die Natur und die hergebrachten Regeln des Anstandes unentbehrlich gemacht haben, werden noch „arm“ genannt. In der Abhandlung über Ausfuhrprämien² heißt es: „Eine so ungemein schwere Steuer auf das erste Lebensbedürfnis muß entweder die Nahrungsmenge der Arbeiter (the subsistence of the labouring poor) reduzieren, oder eine der Erhöhung des Geldpreises entsprechende Steigerung ihrer Geldlöhne veranlassen. Sofern sie auf die erstere Weise wirkt, muß sie die Fähigkeit der Arbeiter herabsetzen, Kinder aufzuziehen und zu unterrichten (reduce the ability of the labouring poor to educate

¹ Wealth of nations. Introduction 1; Stöpels Übersetzung Einleitung 2.

² Book 4, chap. 5 (207); Stöpels Übersetzung III 5 f.

and bring up their children) und mithin den Bevölkerungszuwachs des Landes hemmen. Soweit sie auf die andere Weise wirkt, muß sie die Fähigkeit der Arbeitgeber (the employers of the poor) verringern, eine so große Anzahl zu beschäftigen, wie sie es sonst könnten, und mithin den Gewerbetleiß des Landes einschränken.“

Damit von Reichtum die Rede sein könne, wird also jedenfalls

α) der Besitz einer das Maß der nach Natur und Sitte „notwendigen“ Befriedigungsmittel („necessaries“) übersteigenden Menge von Gütern vorausgesetzt. Allein das genügt noch nicht.

β) „Jeder Mensch ist reich oder arm in dem Grade, wie er imstande ist, sich die Bedürfnisse, Annehmlichkeiten und Vergnügungen des menschlichen Lebens zu beschaffen.“ Dieser Ausspruch A. Smiths beweist, daß nach seiner Anschauung selbst dem Armen noch gewisse Annehmlichkeiten und Vergnügungen in irgendeinem Grade zu Gebote stehen können. Es kommt somit für die Unterscheidung zwischen Reichtum und Armut auch auf den Grad, die Art, das Maß an, in welchem nicht bloß die notwendigen Bedürfnisse, sondern auch das Verlangen nach Annehmlichkeiten, Vergnügungen u. dgl. Befriedigung finden. Man muß also jedenfalls über relativ viele Mittel verfügen, um als reich gelten zu können. Welcher Art aber jene „Vergnügungen“ und „Annehmlichkeiten“ sind, in welchem Maße und Umfange, in welcher Höhe und Menge hierfür die Mittel bereit sein müssen, damit schon Reichtum angenommen werde, das hängt zum großen Teile von der Kulturstufe ab, die ein Volk erreicht hat, und von den das Zeitalter beherrschenden Anschauungen. In der Hauptstadt ferner gilt der Reiche der Kreisstadt nicht so viel, und der reiche Dorfbewohner steigt schon in der Kreisstadt von der Höhe herab, deren er sich zu Hause erfreut. Der Negerhäuptling, der mit einer Schwimmhose und einem Zylinderhut geschmückt seinen Untertanen sich zeigt, wird sich seines Reichtums freuen, während der zivilisierte Europäer für die gleichen „elegancies“ in dieser Anwendung nur ein Lächeln hat. Ja daß unter den „necessaries“ nicht bloß das bitter Notwendige verstanden werde, sondern mehr, so wie es Anstand und Sitte auch bei dem Geringsten erfordern, setzt schon eine einigermaßen höhere Entwicklung voraus.

γ) An einer Stelle sagt Smith, auch ein ganz armer Mann könne Verlangen haben nach Kutsche und Pferden (a coach and six, sechsspänniger Wagen)¹; aber diese Velleität sei keine Nachfrage. Mit dem Besitze eines sechsspännigen Wagens hängt noch vieles andere zusammen. Wer über all dieses wirklich verfügt, mag allerdings als reich gelten können. Er hat nicht bloß viel, sondern auch mehr als andere, ja mehr, als die meisten Leute besitzen, selbst in dem modernen England und in seiner glänzenden Hauptstadt London.

¹ Book 1, chap. 7 (23); Stöpels Übersetzung I 78.

Der Gedanke, daß der Begriff „Reichtum“ nicht nur auf einen großen Besitz, sondern ebenfalls auf einen größeren hindeutet, als sonst andern zur Verfügung steht, bleibt in Einklang mit der ganzen Auffassung Adam Smiths, wenn er auch in klarer Formulierung uns nicht entgegentritt. Doch bildet der Vergleich mit andern keinen wesentlichen Bestandteil der Begriffe Reichtum und Armut, die auch unabhängig von jeder Vergleichung ausgesagt werden. Durch den Vergleich wird der Reichtum und sein Grad bloß näher bestimmt, vielleicht besser erfaßt, geschätzt.

In dem Versuch über die Volksmenge alter Nationen sagt Hume¹: „Niemand wird jemals für reich erklärt, weil er so viel hat, als der durchschnittliche Besitz in dem Lande beträgt (what may be reckoned an equal distribution of property), oder selbst, weil er drei- oder vierfach jenes Vermögen besitzt. So rechnen einige, daß jede Person in England täglich sechs Pence ausgibt: der jedoch gilt für arm, der das Fünffache dieser Summe hat.“ Tatsächlich erreicht der durchschnittliche Besitz nirgends eine Höhe, die genügen würde, um für sich allein den Zustand des Reichtums herbeizuführen. Ein Zustand mit vollkommen gleicher Verteilung des Besitzes findet sich bei keinem Volke. Selbst die reichste Nation würde dadurch alsbald auf die Stufe der Armut herabsinken.

δ) Wenn A. Smith den Arbeiter, der seine notwendigen Bedürfnisse nach den Anforderungen der Natur und Sitte befriedigen kann, noch zu den „Armen“ zählt, so hat ihn dazu vielleicht der Umstand bestimmt, daß hier der Unterhalt nur bei fortdauernder Arbeit gesichert ist. Wer von der Hand in den Mund lebt, selbst wenn die Genußmittel im Verhältnis zu höheren Bedürfnissen nicht allzu knapp bemessen sein sollten, kann jedenfalls nicht absolut reich genannt werden. Dazu gehört regelmäßig eine solche Ausstattung mit Gütern, die auch eine Unterbrechung der Arbeit gestattet, die die Existenz der nächsten Angehörigen nach dem Tode des Eigentümers sichert, ohne daß diese gezwungen wären, alsbald zu einer niedrigeren Stufe der Lebenshaltung hinabzusteigen. Arm aber bleibt in der Tat derjenige, der über nichts verfügt als seiner Hände Kraft, und der, wo diese Kraft versagt oder ihr Ende findet, sich und die Seinigen dem Elende preisgegeben sieht, als Armer auf Unterstützung angewiesen ist. In solcher Lage war der Arbeiter zur Zeit A. Smiths. Des Arbeiters Existenz in einer Weise zu sichern, daß er auch ohne Vermögen nicht mehr zu den „Armen“ schlechthin gerechnet werde, gehört zu den Problemen unserer Zeit.

22. Der Volksreichtum nach A. Smith. a) Wiederholt ist bei Smith die Rede vom Reichtum einer Gesamtheit von Personen, einer Gesellschaft, einer Gesellschaftsklasse, eines Volkes, der Menschheit² ebenso

¹ Essays and treatises on several subjects (1793). Vol. II, Essay 11, on the populousness of ancient nations 193.

² Wealth of the Society Book 1, chap. 11 (3); of the people Book 1, chap. 8; classes of people Book 1, chap. 1; competitors Book 1, chap. 7; national wealth Book 1, chap. 8.

eines Landes, wie Hollands, Großbritanniens, Europas, der Welt¹. In allen diesen Fällen wird der Reichtum dem Ganzen nicht in kollektivem Sinne zugeschrieben, sondern auf die Personen bezogen, welche das gesellschaftliche Ganze bilden oder das Land bewohnen. Der Ausdruck „Nationalreichtum“ insbesondere besagt keine solche reale Gemeinsamkeit des Reichtums bzw. der Güter, welche ihm zur Unterlage dienen, wie sie etwa einer kommunistischen Gesellschaft entsprechen und in der gemeinsamen Verfügung über dieselben sich offenbaren würde. Es handelt sich vielmehr dabei zunächst nur um eine ideale Einheit und Zusammenfassung, vornehmlich zum Zwecke wissenschaftlicher Betrachtung. Die Gebrauchs- und Verbrauchsgüter, auf denen der Reichtum unmittelbar beruht, stehen tatsächlich und rechtlich in der Verfügung der einzelnen Glieder, sind *privates* oder auch öffentliches Sondereigentum. Aber in der Vorstellung verbinden sie sich zu einer solchen Einheit, als ob das Volk selbst in seiner Gesamtheit über die Genußmittel verfügte, die in dem Eigentum der Volksgenossen sich befinden. Wir sagen: über die Genußmittel. Denn auch der Volksreichtum im engeren Sinne hat zum sachlichen Inhalt zunächst nur die Verfügung über Genußgüter. Im weiteren Sinne bezieht sich der Volksreichtum außer auf die Genußgüter allerdings auch auf diejenigen Güter, welche Genußgüter vermitteln und der Produktion dienen.

b) Der „Nationalreichtum“ als eine Zusammenfassung der im Besitze der Volksgenossen, der öffentlichen Korporationen, des Fiskus befindlichen Güter würde an sich nicht erkennen lassen, wie die Güter unter die Glieder der Gesellschaft sich verteilen. Dennoch deutet der „Volksreichtum“ im Sinne Smiths auf eine gewisse Allgemeinheit der Versorgung mit Gütern hin. Bezeichnet nämlich Reichtum bei Smith regelmäßig nicht die Fülle der Güter an sich, sondern den Zustand des materiellen Wohlstandes der Personen, gegründet auf die reichliche Verfügbarkeit von Genußmitteln, dann kann der Reichtum einem Volke als Prädikat nur zugeteilt werden, wenn wirklich das Volk, d. i. die Gesamtheit der Volksgenossen, moralisch genommen, in irgendeinem Maße eines Zustandes relativ reichlicher materieller Versorgung sich erfreut. Es genügt dafür keineswegs das bloße Vorhandensein großer Gütermassen, gewaltiger Vermögen innerhalb des Volkes. Wird die Frage nach dem Nationalreichtum gestellt, so heißt dies vielmehr: Welches ist das Verhältnis der Volksglieder zu dem Zustande, den wir Reichtum nennen? Wird der Volksreichtum als Ziel der politischen Ökonomie ins Auge gefaßt, so sagt uns Smith: „Political economy . . . proposes to enriche . . . the people and the sovereign“². Wird von

¹ Wealth of the world, Holland, territory of Genova, of Europe, of Great Britain Book 1, chap. 11 (3); country Book 1, chap. 9. Leser, Der Begriff des Reichtums bei Adam Smith 9.

² Book 4 Introduction.

einem Lande, wie England, der Reichtum als Attribut ausgesagt, so bedeutet das für Smith, daß dort auch der „Arme“ das Notwendige habe nach den Anforderungen der Natur und der Schicklichkeit¹. Ob freilich das ganze System Smiths mit seinen Konsequenzen dazu ausreicht, einen solchen Zustand herbeizuführen, lassen wir einstweilen dahingestellt. Hier handelt es sich bloß um den Begriff des Volksreichtums. Hätten wir sonst keine klaren unzweideutigen Aussprüche, so würde uns die besprochene einfache Begriffsanalyse allein schon zu der Annahme berechtigen, die Vorstellung vom nationalen Reichtum habe sich im Geiste Smiths, folgerichtiges Denken vorausgesetzt, unmittelbar auf das materielle Wohl des ganzen Volkes in seiner Gesamtheit irgendwie erstrecken müssen.

c) Auch für den Reichtum der Nationen werden verschiedene Grade anerkannt, ein Fortschreiten zum Reichtum und ein Fortschritt im Reichtum, ein stillstehender, aufsteigender, abnehmender Zustand des Reichtums (stationary, advancing, declining state, condition, circumstance)²; ferner ein „voller Reichtum“, ein „volles Maß des Reichtums“.

So heißt es z. B.: „In einem Lande, das den vollen Reichtum erworben hat, den es vermöge der Natur seines Bodens und Klimas und vermöge seiner Lage gegen andere Länder erwerben kann“ usw. „China . . . hätte wahrscheinlich schon längst das volle Maß des Reichtums erreicht, welches sich mit der Natur seiner Gesetze und Institutionen verträgt. Allein dieses Maß dürfte weit geringer sein, als es die Natur seines Bodens, seines Klimas und seiner Lage unter andern Gesetzen und Institutionen wohl zuließe.“³

Den fortschreitenden, aufsteigenden, wachsenden Reichtum bezeichnet Smith gern mit dem Worte „prosperity“. So wird die Vermehrung der Einwohnerzahl das sicherste Zeichen des Gedeihens (prosperity) eines Landes genannt, die Zunahme in der Nachfrage nach Arbeit mit der Prosperität in Verbindung gebracht⁴. Das jährliche Erzeugnis des Bodens und der Arbeit wird größer, die Ländereien sind besser angebaut, die Manufakturen zahlreicher und blühender, der Handel ist ausgedehnter mit Verwendung größeren Kapitals⁵. Alles dies gehört zu den Kennzeichen des wachsenden Reichtums. Wo der Reichtum abnimmt, da ist umgekehrt das Land unbewohnt, der Ackerbau wird vernachlässigt, die Manufakturen verfallen, der Handel wird nicht betrieben⁶.

Kurz sei noch erwähnt, daß Smith auch Vergleichen zwischen dem Reichtum verschiedener Länder anstellt, von reicheren und reichsten Ländern, von einem im Vergleich mit andern Völkern armen

¹ Vgl. oben S. 105 den Begriff der notwendigen Bedürfnisse.

² Book 1, chap. 7 8 10 (2) 11 (3); Book 4, chap. 5.

³ Book 1, chap. 9; Stöpel's Übersetzung I 131 f.

⁴ Book 1, chap. 8 11 (3). ⁵ Book 1, chap. 3 9.

⁶ Book 1, chap. 3.

Landes spricht¹. Doch hat der relative Reichtum in dem *Wealth of nations* nicht die Bedeutung, die ihm bei den Merkantilisten zuerkannt wurde. Das absolute „Vielhaben“ scheint Smith höher zu schätzen als das „Mehrhaben“ im Vergleich zu andern.

d) Nationalreichtum und Nationaleinkommen stehen in innigster Beziehung zueinander. Reich im Sinne Smiths ist ein Volk, wenn demselben, d. i. der großen Masse des Volkes, ein reichliches Einkommen zur Verfügung steht.

Das Einkommen eines Volkes schlechthin wird gebildet durch alle den Gliedern desselben als Einkommen verfügbaren Genußmittel, aber auch nur durch die zum unmittelbaren Gebrauch verfügbaren Genußmittel. Dinge, die noch eine Umformung erfahren oder an einen andern Ort gebracht werden müssen, ehe sie zum wirklichen Konsum verfügbar sind, werden erst mit der Erreichung dieser ihrer schließlichen Bestimmung Bestandteile des Einkommens der Gesellschaft. Handelt es sich um Güter, die vor ihrem endlichen Verbrauch Nutzungen gewähren, so wird die jedesmalige Nutzung zum Einkommen gerechnet.

Der Tausch unter den Gliedern des Volkes ändert unmittelbar nichts an der Größe des Gesamteinkommens der Nation. Ein solcher Tausch führt nur im Besitze der einzelnen Änderungen herbei, nicht aber im Besitze der ganzen Gesellschaft.

Die politische Ökonomie gilt Smith als die Wissenschaft von dem Wesen und den Ursachen des Reichtums der Völker². Anderseits teilt Smith den zu behandelnden Stoff so, daß in den vier ersten Büchern erörtert wird, „worin das Einkommen der großen Masse des Volkes, oder jene Fonds bestanden, welche zu verschiedenen Zeiten und unter verschiedenen Völkern ihnen den jährlichen Bedarf lieferten. . . . Das fünfte und letzte Buch handelt von dem Einkommen des Souveräns oder des Gemeinwesens.“³ Auch heißt es zu Anfang des vierten Buches: „Die politische Ökonomie, als ein Zweig der Wissenschaft eines Staatsmannes oder Gesetzgebers betrachtet, verfolgt zwei verschiedene Ziele: erstens, wie dem Volke reichliches Einkommen oder Unterhalt zu verschaffen, oder richtiger, wie dasselbe instand zu setzen sei, sich selbst ein reichliches Einkommen oder Unterhalt zu verschaffen; und zweitens, wie dem Staat oder Gemeinwesen ein zur Bestreitung der öffentlichen Dienste hinreichendes Einkommen zu sichern sei.“

Zwei Momente kennzeichnen also den Zustand des nationalen Reichtums: die Reichlichkeit des nationalen Einkommens und die Teilnahme der großen Masse des Volkes an diesem reichlichen Einkommen. Der Grad des Reichtums aber hängt folgerichtig ab von der größeren und geringeren Reichlichkeit des Einkommens einerseits und anderseits von der größeren oder geringeren Teilnahme der großen Massen des Volkes an demselben. Damit ist keineswegs gesagt, daß alle Volks-

¹ Book 1, chap. 8 9 11 (2).

² Titel des Werkes und Book 4, chap. 9.

³ Einleitung; Stöpels Übersetzung 4.

⁴ Stöpels Übersetzung II 194.

genossen ein gleiches Einkommen haben müssen. Die Verschiedenheit der Klassen, Funktionen und Verdienste wird nicht geleugnet. Doch weiß Smith auch zu unterscheiden zwischen der Einseitigkeit „privater Interessen und Vorurteile einzelner Stände“ und „der allgemeinen Wohlfahrt der Gesellschaft“¹. Letztere aber, wie sie „gesitteten und blühenden Völkern“ zukommt, fordert wenigstens, daß „ein Arbeiter, selbst der niedrigsten und ärmsten Klasse, wenn er mäßig und fleißig ist, sich eines größeren Anteils an den Bedürfnissen und Annehmlichkeiten des Lebens erfreuen kann, als ein Wilder sich je zu verschaffen imstande ist“². An andern Stellen³ wird, wie bereits angedeutet, für die niedrigsten Volksklassen ein solches Einkommen in Anspruch genommen, durch welches der notwendige Unterhalt der Familie⁴ nach den Forderungen der Natur und den hergebrachten Regeln des Anstandes gewährleistet erscheint⁵.

„Der reichliche Lohn der Arbeit ist . . . ebensowohl die notwendige Wirkung wie das natürliche Merkmal wachsenden Nationalreichtums. Der kärgliche Unterhalt der arbeitenden Armen anderseits ist das natürliche Merkmal, daß die Dinge in Stillstand, und ihr Notleiden, daß sie gewaltig im Rückschritt begriffen sind.“⁶ „Ist die Verbesserung in den Umständen der niederen Volksklassen als ein Vorteil oder als ein Nachteil für die Gesellschaft anzusehen?“ fragt Smith, und er antwortet: „Dienstboten, Tagelöhner und Arbeiter verschiedener Art machen den bei weitem größten Teil jeder politischen Gemeinschaft aus. Was immer aber die Umstände des größten Teils verbessert, kann niemals als ein Nachteil für das Ganze angesehen werden. Sicherlich kann keine Gesellschaft blühend und glücklich sein, deren meiste Glieder arm und elend sind. Überdies ist es nicht mehr als billig, daß diejenigen, welche die gesamte Masse des Volkes mit Nahrung, Kleidung und Wohnung versorgen, einen solchen Anteil von dem Produkt ihrer eigenen Arbeit erhalten, um sich selbst erträglich nähren, kleiden und wohnen zu können.“⁷

e) Der Fonds, „welcher das Volk mit allen Bedürfnissen und Annehmlichkeiten des Lebens versorgt“⁸, erschöpft sich jedesmal durch den Gebrauch. Er bedarf der Ergänzung. Würden die Abgänge nicht ersetzt, so verlöre der Reichtum alsbald seine Unterlage. Indem nun der Reichtum, in seinem Begriff als Zustand des materiellen Wohlbefindens eines Volkes auf Grundlage der Verfügung über materielle Genußmittel, sich unmittelbar mit der Vorstellung einer gewissen Fortdauer jener Verfügung oder Verfügbarkeit verbindet, versteht sich leicht, warum Smith den wirklichen Reichtum immer wieder in Beziehung bringt zu der Wieder-

¹ Book 1 Introduction; Stöpels Übersetzung I 4.

² Ebd.; Stöpels Übersetzung I 2 f.

³ Book 5, chap. 2 (2); Stöpels Übersetzung IV 225 f.

⁴ Book 1, chap. 8; Stöpels Übersetzung I 94 105.

⁵ Book 4, chap. 5; Stöpels Übersetzung III 5 f.

⁶ Book 1, chap. 8; Stöpels Übersetzung I 101. ⁷ Ebd. 108 f.

⁸ Introduction.

erzeugung der Abgänge¹. So wird die jährliche Reproduktion schließlich zur eigentlichen Grundlage des Reichtums. Das „jährliche Erzeugnis“ gilt demgemäß auch als das entscheidende Moment, durch welches auf die Dauer die Größe des Reichtums eines Volkes bestimmt wird, und insofern als ein idealer Maßstab des Reichtums. Mag in dem einzelnen Jahre das Erzeugnis hinter dem Produkte eines andern Jahres zurückstehen, das Defizit kann durch den Überfluß des andern Jahres ersetzt werden. Aber auf die Dauer wird der Reichtum des Volkes nur dann als gesichert und zunehmend sich darstellen, wenn das jährliche Erzeugnis nachhaltig ein Wachstum aufweisen kann und umgekehrt. Prosperität und Dekadenz hängen davon ab.

Am Ende der Einleitung², wo zum erstenmal der Ausdruck „wealth“ auftritt, ist derselbe schon mit dem erklärenden Beisatz des jährlichen Produktes von Land und Arbeit der Gesellschaft versehen (the real wealth, the annual produce of the land and labour of the society). Und so wird an vielen Stellen des „Wealth of nations“³ der Begriff des Reichtums in einer Weise mit der Formel: „jährliches Erzeugnis des Landes (Bodens) und der Arbeit“ verbunden, daß diese Formel fast wie eine Definition des Reichtums sich ausnimmt.

Wenn A. Smith hierbei das Erzeugnis des Landes oder Bodens dem der Arbeit gegenüberstellt, so will er aber damit keineswegs sagen, die Erträgnisse des Landbaues führten sich nicht auch auf menschliche Tätigkeit zurück. Er nennt z. B. ausdrücklich das Korn ein Erzeugnis des menschlichen Fleißes (produce of industry)⁴. Jene Formel umfaßt sowohl das Erzeugnis, das ausschließlich vom Boden hervorgebracht wird (z. B. die Produkte der Wildnis, die ungezähmten Tiere, die Fische im Meer u. dgl.), wie das durch die Arbeit mit-erzeugte Bodenprodukt und jedes andere Produkt der Arbeit: „Die Natur selbst arbeitet in der Landwirtschaft mit dem Menschen zusammen, und was sie hervorbringt, hat, obwohl die Arbeit nichts kostet, doch ebensogut seinen Wert als die Produkte der teuersten Arbeiter.“⁵ Nirgends hat Smith behauptet, daß die Produkte des kultivierten Bodens ausschließlich und allein Erzeugnisse der Arbeit seien.

Scheint es aber nicht doch, als ob Smith dafür gehalten habe, die Arbeit erzeuge alle Güter? Er hat ja an die Spitze seines Werkes den Satz gestellt: „Die jährliche Arbeit eines jeden Volkes ist der Fonds, welcher dasselbe ursprünglich mit allen Bedürfnissen und Annehmlichkeiten des Lebens versorgt, die es jährlich verbraucht, und die entweder in dem unmittelbaren Erzeugnis dieser Arbeit oder in demjenigen bestehen, was für dieses Erzeugnis von andern Völkern gekauft wird.“ Der Ausdruck „Fonds“ bedeutet sonst bei Smith Gegenstände, namentlich einen Vorrat von Bedürfnisgegenständen und Befriedigungs-

¹ Book 2, chap. 2. Smith folgt hierin den Physiokraten.

² Stöpel's Übersetzung I 5.

³ Wiederholt in Book 1, chap. 11 (3); Book 2, chap. 3; Book 4, chap. 1 9; Book 5, chap. 2 (2).

⁴ Book 4, chap. 9; Book 1, chap. 6 9 11 (3); Book 2, chap. 1.

⁵ Book 2, chap. 5; Stöpel's Übersetzung II 121. Leser, Der Begriff des Reichtums bei Adam Smith 103 f.

mitteln, nicht aber eine Tätigkeit. Nennt er hier die „Arbeit“ einen „Fonds“, so kann damit also nicht gesagt sein, die Arbeit sei die einzige Ursache oder Erzeugerin der Befriedigungsmittel für ein Volk. Vielmehr wird hier „Arbeit“ prägnant für Arbeitserzeugnis gebraucht. Es stellt dieser Ausdruck lediglich eine Abkürzung der sonst üblichen Formel: „jährliches Erzeugnis des Bodens und der Arbeit“ dar. „In dem ersten Absatz seines Werkes“, sagt Leser¹, „hat in der Tat A. Smith nichts darüber aussagen wollen, was die Quellen des jährlichen Erzeugnisses“ sind, sondern der Gedanke nur sollte vorgetragen werden, daß das innerhalb einer Nation jährlich produzierte, im Grunde (originally) allein ihr den Unterhalt verschafft, nämlich entweder unmittelbar oder indem es die Güter fremder Nationen zur Verzehrung einzukaufen ermöglicht. Es konnte um so weniger die Absicht sein, zu betonen, daß die Arbeit die einzige Ursache dieses ‚jährlich produzierten‘ sei, als in einem der nächsten Sätze der Einfluß, den Naturverhältnisse auf dasselbe üben (whatever be the soil, climate, or extent of territory), ausdrücklich erwähnt wird.“

f) Das jährliche Erzeugnis des Bodens und der Arbeit, das zur Verfügung eines Volkes steht, kann nun auch als Mittel aufgefaßt werden, um durch Tausch andere Güter zu erlangen. In diesem Sinne bedeutet für A. Smith, wie schon bei den Physiokraten, das „jährliche Erzeugnis“ soviel wie den Tauschwert des jährlichen Erzeugnisses.

„The real revenue“ wird erklärt durch die Beifügung der Wendung: „the real value“ oder „the exchangeable value of the annual produce of the land and labor of the country“². Der materielle Inhalt des Reichtums und das wirkliche Einkommen der Gesellschaft besteht, „as plain reason seems to dictate“³, in dem Tauschwert des jährlichen Erzeugnisses usw.

Indem auf diese Weise der Reichtum von dem Tauschwerte der jährlich produzierten Güter abhängig gemacht wird, bestimmt sich der Grad des Reichtums nach der Menge derjenigen Genußmittel, die durch Tausch erlangt werden können. Nicht so sehr die Güter, die im Besitz vorhanden sind, sondern die man sich dafür verschaffen kann, bestimmen und bemessen hiernach materiell den Reichtum, wie Smith uns lehrt⁴: „Reichtum, sagt Hobbes, ist Macht. . . . Die Macht, welche der Besitz unmittelbar und direkt verschafft, ist die Macht zu kaufen, d. h. eine gewisse Herrschaft über alle Arbeit oder alle Arbeitsprodukte, die sich auf dem Markte befinden. Eines Menschen Vermögen ist größer oder geringer genau in dem Verhältnis zu dem Umfang dieser Macht, oder zur Menge der Arbeit oder, was dasselbe ist, der Arbeitsprodukte anderer, welche zu kaufen oder über welche zu verfügen er dadurch in den Stand gesetzt ist.“

J. B. Say hat gemeint, der große Fortschritt, den die Wirtschaftslehre durch A. Smith gemacht habe, bestehe in der Beschränkung ihrer

¹ Der Begriff des Reichtums bei Adam Smith 104 f.

² Book 1, chap. 11 (2 3); Book 2, chap. 3 5.

³ Book 2, chap. 3.

⁴ Book 1, chap. 5; Stöpel's Übersetzung I 42.

Erörterungen auf den Tauschwert. Andere, wie z. B. Friedrich List, glaubten gerade darum Smith tadeln zu müssen. Die Einführung des Tauschwertes hat jedenfalls den Reichtumsbegriff, von dem hier zunächst die Rede ist, eher verdunkelt als geklärt. Für den nationalen Reichtum kommt dem Tauschwert der Güter bzw. des jährlichen Erzeugnisses nicht die Bedeutung zu, die Smith ihm beimißt. Gewiß, soweit privater Gewinn in Frage steht, spielt der Tauschwert der Güter eine große Rolle. Aber der Profit der Unternehmer ist nicht das Wesentliche im volkswirtschaftlichen Prozeß, sondern die Deckung des Güterbedarfes des ganzen Volkes. Auch mag für den Vergleich des Reichtums zweier Privatpersonen der höhere Tauschwert des Besitzes der einen Person dessen Überlegenheit über den Besitz der andern dartun. Der Reichere kann den Besitz des andern kaufen und behält noch einen Überschuß. Der Austausch zwischen Nationen betrifft jedoch bei „natürlicher“ Entwicklung¹ einen im Verhältnis zur ganzen verbrauchten Gütermasse regelmäßig geringeren Teil der Genußmittel. Wenn auch der wachsende Tauschwert gerade dieses Teiles vielleicht einen günstigen Absatz desselben an das Ausland ermöglichen sollte, so ist damit doch noch nicht erwiesen, daß der Tauschwert des ganzen jährlichen Produktes den besten Maßstab für die Beurteilung und Bemessung des gesamten nationalen Reichtums abgeben könne. Wächst der Tauschwert der einen Gütergruppe im inneren Verkehr, dann nimmt vielleicht der Tauschwert anderer relativ ab. Die Zunahme des Tauschwertes der Güter einer Art wird zur Vermehrung ihrer Produktion anreizen können, zeitweilig das eine oder andere Volksglied bereichern; aber für die Nation als Ganzes hat das keine entscheidende Bedeutung. Allgemeine große Teuerung könnte jedenfalls kaum als Zeichen höheren Wohlstandes gelten.

Für den nationalen Reichtum der Völker sind also jedenfalls die Güter im großen und ganzen nicht so sehr als Tauschwerte von Bedeutung, sondern durch ihr eigenes Sein, ihre Brauchbarkeit als Genußmittel, bestimmt für die Befriedigung der Bedürfnisse, die Gewährung von Annehmlichkeiten und alles dessen, was zum materiellen Wohlbefinden des Volkes gehört. Das allein entspricht auch der Grundauffassung vom Reichtum im engeren Sinne, welche Smith selbst im „Wealth of nations“ vertreten hat.

II. Das Werden und Wachsen des Reichtums.

23. Das Kapital. a) Im unkultivierten Zustande der Gesellschaft, wo es keine Arbeitsteilung gibt, Tauschakte nur selten vorkommen, sucht jedermann durch eigene Arbeit seine gelegentlichen Bedürfnisse zu befriedigen. Wenn er hungrig ist, geht er in den Wald, um zu jagen; ist

¹ Book 2, chap. 5; Book 3, chap. 1.

seine Kleidung abgetragen, so bedeckt er sich mit dem Felle des ersten besten von ihm getöten großen Tieres, und wenn seine Hütte baufällig wird, bessert er sie, so gut es gehen will, durch Holz und Rasen aus. Ist aber einmal die Arbeitsteilung durchweg eingeführt, so kann eines Menschen eigene Arbeit nur einen sehr kleinen Teil seiner gelegentlichen Bedürfnisse befriedigen. Er bedarf daher eines hinreichenden Vorrates verschiedener Güter, die ihm den Unterhalt gewähren, ihn mit Rohstoffen und Werkzeugen versehen während der Zeit, wo er sein Produkt noch nicht vollendet und für sein spezielles Produkt noch keinen Käufer gefunden hat¹.

Reicht jener Vorrat gerade hin, um seinem Besitzer auf einige Tage oder Wochen Unterhalt zu gewähren, so denkt dieser schwerlich daran, ein Einkommen daraus ziehen zu wollen. Sein Einkommen beruht in diesem Falle lediglich auf seiner Arbeit. Dies ist die Lage der meisten Arbeiter in allen Ländern. Wenn hingegen jemand einen hinlänglich großen Vorrat besitzt, um ihm auf Monate oder Jahre Unterhalt zu gewähren, so sucht er aus dem größeren Teile ein Einkommen zu ziehen und hebt nur so viel für seinen unmittelbaren Verbrauch auf, als er bis zu dem Augenblick bedarf, wo das Einkommen eingeht. Der im Eigentum einer solchen Person befindliche gesamte Gütervorrat (stock) zerfällt mithin in zwei Teile: der eine hat den Zweck als Fonds für die unmittelbare Konsumtion zu dienen; der andere Teil dient der Produktion eines Einkommens, und dieser Teil heißt Kapital².

b) Es gibt aber zwei Wege, ein Kapital so anzulegen, daß es Einkommen oder Gewinn liefert. Demgemäß zerfällt derjenige Teil des gesamten Gütervorrats, den Smith als „Kapital“ bezeichnet, wiederum in zwei Bestandteile: das stehende Kapital (fixed capital); es wirft dem Eigentümer einen Gewinn ab, ohne ihn zu verlassen. Dahin gehören Maschinen, Werkzeuge, Gebäude, welche, ohne vermietet zu werden, einen Gewinn abwerfen (wie Warengewölbe, Werkstätten, Wirtschaftsgebäude), ferner Bodenmeliorationen. Den andern Bestandteil des Kapitals bilden diejenigen Güter, die dem Besitzer nicht eher einen Gewinn abwerfen, als bis sie ihn verlassen haben, in andere Hände übergegangen sind. Dazu gehören die noch im Besitze der Händler oder Produzenten befindlichen Lebensmittel, Rohstoffe, fertige Waren, bares Geld. Dieser letztere Teil des Kapitals wird umlaufendes Kapital (circulating capital) genannt.

„Es gibt zwei Mittel, ein Kapital so anzulegen, daß es Einkommen oder Gewinn liefert“, sagt Smith³. Erstlich kann es in der Industrie, Landwirtschaft, im Handel so angelegt werden, daß es Einkommen nur abwirft, indem es aus dem Besitze des Kapitalisten heraustritt oder eine andere Form annimmt: „Die Waren des Kaufmanns bringen ihm keine Einkünfte oder Gewinne, bis er sie

¹ Book 2 Introduction.

² Book 2, chap. 1; Stöpel's Übersetzung II 5 f.

³ Ebd. 6.

für Geld verkauft, und das Geld bringt ihm ebensowenig etwas, bis er dafür wieder Waren eintauscht. Sein Kapital verläßt ihn in der einen Form und kehrt in einer andern zu ihm zurück, und nur vermittelt dieses Umlaufs oder steten Austauschs kann es ihm einen Gewinn bringen. Solche Kapitalien werden daher sehr richtig umlaufende Kapitalien genannt. Zweitens kann das Kapital auf die Verbesserung des Bodens, zum Kaufe nützlicher Maschinen und Werkzeuge oder für ähnliche Dinge verwendet werden, die Einkommen oder Gewinn liefern, ohne die Besitzer zu wechseln oder weiter umzulaufen. Solche Kapitalien werden daher ganz richtig stehende Kapitalien genannt.“

c) Auch in dem allgemeinen Gütervorrat der Gesellschaft (the general stock of society) — der nichts anderes ist als der Vorrat aller Volksglieder zusammengenommen — unterscheidet Smith 1. den Teil, dessen die Gesellschaft zum unmittelbaren Gebrauch für Konsumtionszwecke bedarf, und 2. denjenigen Teil, der zur Erzielung eines Einkommens bestimmt ist¹. Zu dem ersten Bestandteil gehören Vorräte von Nahrungsmitteln, Kleidung, Hausgeräte, auch die Wohnhäuser. Der zweite Bestandteil zerfällt wieder in stehendes und umlaufendes Kapital.

d) Das stehende Kapital der Gesellschaft besteht a) in Maschinen und Werkzeugen, β) in den Gebäuden, die dem Gewerbebetrieb (nicht bloßen Wohnzwecken) dienen, γ) in den Bodenverbesserungen (gewinnbringender Urbarmachung, Drainierung, Einzäunung, Düngung etc.), δ) in den erworbenen Fähigkeiten aller Einwohner oder Gesellschaftsglieder. „Die erlernte Fähigkeit eines Arbeiters kann man in demselben Lichte betrachten wie die Maschinen oder ein die Arbeit erleichterndes und abkürzendes Werkzeug, das zwar gewisse Kosten verursacht, diese Kosten aber mit Gewinn wiedererstattet.“²

e) Das umlaufende Kapital der Gesellschaft besteht a) aus den noch in dem Besitze der Produzenten oder Händler befindlichen Lebensmittelvorräten, β) aus den Rohmaterialien der Fabrikanten; γ) aus den fertigen, aber noch nicht verkauften Fabrikaten, δ) aus dem gemünzten Gelde, mittels dessen die drei übrigen Teile umlaufen und an ihre eigentlichen Konsumenten verteilt werden.

Wenn Smith³ sagt, kein stehendes Kapital könne ohne Beihilfe eines umlaufenden ein Einkommen liefern, so darf dieser Behauptung doch nicht eine unbedingte, schrankenlose Geltung zuerkannt werden. Saatgut und Dünger z. B. brauchen nicht stets gekauft zu werden und insofern nicht dem zirkulierenden Kapital anzugehören. Immer erfordert wird aber die Arbeit, damit ein stehendes Kapital einen Ertrag liefere.

Vom volkswirtschaftlichen Standpunkte aus ist beachtenswert die Bemerkung, die Smith noch beifügt⁴: „Die für die unmittelbare Konsumtion vorbehaltenen Vorräte zu erhalten und zu vermehren, ist der einzige Zweck der stehenden und umlaufenden Kapitalien. Diese Vor-

¹ Ebd. 8 ff.² Ebd. 12.³ Ebd.⁴ Ebd.

räte sind es, die das Volk nähren, kleiden und ihm Wohnung geben. Der Reichtum oder die Armut des Volkes hängt von den reichlicheren oder spärlicheren Ergänzungen ab, welche jene beiden Kapitalarten dem zur unmittelbaren Konsumtion bestimmten Vorrat zuführen können.“

Das fixe Kapital wird aus dem zirkulierenden Kapital erhalten; das zirkulierende empfängt seine Ergänzungen durch die Produktion, von Land- und Forstwirtschaft, von Bergbau und Fischerei usw.

f) Das „jährliche Erzeugnis“ der Gesellschaft kann nicht vollständig und ausschließlich zur unmittelbaren Befriedigung menschlicher Bedürfnisse verbraucht werden. Es muß auch dazu dienen, die Hilfsmittel der Gütererzeugung und des Güterumlaufs in gutem Bestande zu erhalten. Jedenfalls kann nicht das ganze „jährliche Erzeugnis“ zu „Einkommen“ im Sinne eines eigentlichen Konsumtionsfonds werden. Darum unterscheidet Smith zwischen Roh- und Reineinkommen („gross revenue“ und „neat revenue“). Bloß das rohe Einkommen umfaßt das ganze jährliche Erzeugnis des Bodens und der Arbeit. Das reine Einkommen dagegen stellt das jährliche Erzeugnis dar, vermindert um dasjenige, was für die Erhaltung und Ergänzung des stehenden und umlaufenden Kapitals aufgewendet wird.

„Das rohe Einkommen aller Einwohner eines Landes umfaßt das gesamte Jahresprodukt ihres Bodens und ihrer Arbeit; das reine Einkommen dasjenige, was ihnen nach Abzug der Unterhaltungskosten erstens ihres stehenden und zweitens ihres umlaufenden Kapitals übrigbleibt, oder dasjenige, was sie, ohne ihr Kapital anzugreifen, dem für ihre unmittelbare Konsumtion bestimmten Vorrat zuweisen oder auf Lebensunterhalt, Komfort und Genuß verwenden können.“¹

Doch wird dem Reineinkommen des Volkes in vollem Umfange zunächst nur derjenige Bestandteil des jährlichen Produktes entzogen, welcher auf die Erhaltung, Reparatur, Ergänzung des stehenden Kapitals verwendet wird: „Wenn die gesamten Unterhaltskosten des stehenden Kapitals vom reinen Einkommen der Gesellschaft ausgeschlossen werden müssen, so liegt doch der Fall bei den Unterhaltskosten des umlaufenden Kapitals anders. Von den vier Teilen, aus welchen das letztere besteht, dem Gelde, den Lebensmitteln, den Rohstoffen und Fabrikaten, werden die drei letzteren... dem Umlauf regelmäßig entzogen und entweder dem stehenden Kapital der Gesellschaft, oder dem für die unmittelbare Konsumtion bestimmten Vorrat einverleibt. Alles, was von den Verbrauchsgegenständen nicht zum Unterhalt des ersteren (des stehenden Kapitals) dient, geht in den letzteren über und macht einen Teil des reinen Einkommens der Gesellschaft aus. Daher entzieht die Unterhaltung jener drei Teile des umlaufenden Kapitals dem reinen Einkommen der Gesellschaft keinen andern Teil des

Jahresertrages als den, der zur Unterhaltung des stehenden Kapitals erforderlich ist¹.

Hiervon abgesehen ist es von den Bestandteilen des umlaufenden Kapitals nach Smith das Geld, dessen Unterhaltung eine Verminderung des reinen Einkommens der Gesellschaft bewirken kann: „Das stehende Kapital und der im Geld bestehende Teil des umlaufenden Kapitals haben in ihrem Einfluß auf das Einkommen der Gesellschaft eine große Ähnlichkeit miteinander. Wie erstens die Maschinen und Werkzeuge usw. gewisse Ausgaben erst für ihre Anschaffung, dann für ihre Unterhaltung erfordern, die zwar einen Teil des rohen Einkommens ausmachen, aber vom reinen Einkommen der Gesellschaft abgehen, so muß auch der in einem Lande umlaufende Geldvorrat gewisse Ausgaben erst für seine Anschaffung, dann für seine Unterhaltung erfordern, der ebenso zwar einen Teil des rohen Einkommens der Gesellschaft bildet, aber von dem reinen Einkommen desselben abgeht. Eine gewisse Menge sehr wertvoller Stoffe, Gold und Silber, und sehr künstlicher Arbeit findet, statt den zur unmittelbaren Konsumtion bestimmten Vorrat, den Lebensunterhalt, Komfort und Genuß der einzelnen zu vermehren, ihre Aufgabe in der Unterhaltung des wichtigen, aber kostspieligen Verkehrswerkzeugs, durch welches jeder einzelne in der Gesellschaft seinen Lebensunterhalt, Komfort und Genuß im geeigneten Verhältnisse regelmäßig zugeteilt erhält. Wie zweitens die Maschinen, Werkzeuge usw., die das stehende Kapital eines einzelnen oder einer Gesellschaft ausmachen, weder einen Teil des rohen noch des reinen Einkommens derselben bilden, so bildet das Geld, durch dessen Vermittlung das gesamte Einkommen der Gesellschaft regelmäßig unter alle ihre einzelnen Glieder verteilt wird, selbst keinen Teil dieses Einkommens. Das große Umlaufsrade ist von den Waren, die mittels desselben in Umlauf gesetzt sind, ganz verschieden. Das Einkommen der Gesellschaft besteht lediglich in diesen Waren, und nicht in dem Rade, welches sie in Umlauf setzt.“²

Da innerhalb der Geldwirtschaft das Einkommen nicht wie in der Naturalwirtschaft als ein Komplex von Gebrauchs- und Verbrauchsgütern, sondern als eine einheitliche, durch Geld ausgedrückte Wertsumme sich darzustellen pflegt, so könnte der Satz, daß „nicht ein einziger Pfennig einen Einkommensteil bilde“³, als zweifelhaft oder paradox erscheinen. Doch Smith löst die Schwierigkeit, indem er darauf hinweist, daß eine „Summe Geldes“ entweder nach ihrer Kaufkraft oder mit Rücksicht auf die Metallstücke, aus denen

¹ Book 2, chap. 2; Stöpels Übersetzung II 19 f. „Jedes stehende Kapital entstammt ursprünglich einem umlaufenden und muß auch stets durch ein solches erhalten werden. Alle nützlichen Maschinen und Werkzeuge rühren von einem umlaufenden Kapital her, welches die Stoffe liefert, aus denen sie bestehen, und dem Unterhalt der Arbeiter, die sie verfertigen. Auch erfordern sie zu ihrer Reparatur ein umlaufendes Kapital.“ A. a. O. 11 f.

² Book 2, chap. 2; Stöpels Übersetzung II 19 ff.

³ Ebd. 21.

sie sich zusammensetzt, verstanden werden könne: „Wenn wir sagen, daß das umlaufende Geld Englands auf 18 Millionen Pfund berechnet werde, so wollen wir nur den Betrag der Metallstücke ausdrücken. . . . Sagen wir aber, es stehe sich jemand auf 50 oder 100 Pfund jährlich, so wollen wir in der Regel nicht den Betrag der Metallstücke, die er jährlich einnimmt, sondern auch den Wert der Waren ausdrücken, die er jährlich kaufen oder brauchen kann. Wir wollen damit sagen, wie er lebt oder leben könnte, d. h. welche Quantität und Qualität von Lebens- und Genußmitteln er sich nach seinen Verhältnissen gestatten dürfe . . . Wenn dies schon bezüglich eines einzelnen klar genug ist, so ist es dies noch mehr bezüglich eines Volkes. Der Betrag der Metallstücke, die ein einzelner jährlich einnimmt, kommt oft genug seinem Einkommen gleich, und ist darum auch der kürzeste und beste Ausdruck für den Wert desselben; aber der Betrag der Metallstücke, die in einem Volke umlaufen, kann niemals dem Einkommen aller seiner Glieder gleich sein. Da die nämliche Guinee, mit der heute das Wochengehalt des einen bezahlt wird, morgen dazu dienen kann, das eines andern und übermorgen das eines dritten zu bezahlen, so muß der Betrag der jährlich in einem Lande umlaufenden Metallstücke stets einen weit geringeren Wert haben als die jährliche Summe der Einkommen. Aber die Kaufkraft oder die Waren, die nach und nach mit dieser Einkommenssumme gekauft werden können, müssen stets genau denselben Wert haben wie diese Einkommen; und ebenso ist es mit dem Einkommen der einzelnen, denen sie gezahlt werden. Das Einkommen kann mithin nicht in den Metallstücken bestehen, deren Betrag so weit unter seinem Werte bleibt, sondern muß in der Kaufkraft bzw. in den Waren bestehen, die wie nun eben jene Stücke von Hand zu Hand gehen, damit nach und nach gekauft werden können. Das Geld, das große Rad des Umlaufs, das große Werkzeug des Verkehrs, bildet also, gleich allen andern Werkzeugen, keinen Teil im Einkommen des Volkes, dem es angehört, obgleich es einen Teil, und zwar einen sehr wertvollen Teil, des Kapitals bildet; und obschon die Metallstücke, aus denen es besteht, während ihres jährlichen Umlaufs an jedermann das ihm zukommende Einkommen verteilen, so machen sie selbst doch keinen Teil dieses Einkommens aus.“

Smith führt schließlich noch eine dritte Ähnlichkeit zwischen Geld und stehendem Kapital an. Sie besteht darin, „daß ebenso, wie jede Ersparnis in den Herstellungs- und Unterhaltungskosten der Maschinen, die die Produktivität der Arbeit nicht vermindert, das reine Einkommen des Volkes vermehrt, auch jede Ersparnis in den Anschaffungs- und Unterhaltungskosten des Geldumlaufs das Volkseinkommen vermehrt“¹. Eine solche Ersparnis an den Kosten des baren Geldes erfolgt nun durch die zweckmäßige Substitution des Papiergeldes an Stelle des Gold- und Silbergeldes. Darüber jedoch an anderer Stelle.

Daß die Unterscheidung zwischen rohem und reinem Einkommen bei Smith eine besonders glückliche sei, kann wohl kaum behauptet werden. Das „rohe Einkommen“ ist eben doch ein anderer Begriff als das „Ein-

¹ Book 2, chap. 2; Stülpels Übersetzung II 25.

kommen“, wie Smith es sonst versteht. Es deckt sich mit dem „jährlichen Erzeugnis“ und zeigt dadurch gerade die Verschiedenheit zwischen den beiden Begriffen „jährliches Erzeugnis“ (Rohertrag) und „Einkommen“ (Reinertrag) in dem gewöhnlichen Sinne. Eine bedeutsame Rolle spielt die Unterscheidung denn auch in Smiths System weiter nicht. Wird der Reichtum an einer Stelle als von dem „reinen“ Einkommen abhängig bezeichnet, so ist sonst nur die Rede von Reichtum und Einkommen schlechthin, wobei das „Einkommen“ letztlich als Fonds von Gebrauchs- und Genußmitteln gilt¹.

Die in den Händen der Landwirte, Fleischer, Händler befindlichen Lebensmittel, die Rohmaterialien der Fabrikanten, die fertigen, aber noch nicht verkauften Fabrikate ferner sind zwar für diese ihre Besitzer „umlaufendes“ Kapital. Bei konsequenter Durchführung der Smithschen Definitionen aber können sie nicht für das Volk als „umlaufendes“ Kapital gelten; da erscheinen sie viel mehr bloß als Gebrauchsgegenstände und insofern als Bestandteile des Einkommens schlechthin. Denn nach der Begriffsbestimmung, die Smith von dem umlaufenden Kapital gibt, kann zum umlaufenden Kapital des Volkes eben nur dasjenige gerechnet werden, was als Gegenstand des Auslandshandels das Volk „verläßt“. Es würden anderseits die im Inlande zirkulierenden Münzen dem stehenden Kapital des Volkes beizuzählen sein.

24. Kapitalvermehrung und Zunahme des Einkommens. Das Einkommen eines Volkes wird in seiner Größe bedingt durch den Tauschwert des jährlichen Arbeitsproduktes. Es hebt und steigert sich daher auch durch Vermehrung des jährlichen Arbeitsproduktes bzw. des Tauschwertes desselben. Das jährliche Arbeitsprodukt eines Volkes aber, sagt Smith², kann in seinem Werte nur durch Vermehrung der produktiven Arbeiter oder durch Erhöhung der Produktivkraft der bisher beschäftigten Arbeiter steigen, und beides steht wiederum in Abhängigkeit von der Größe bzw. von dem Wachstum des Kapitals.

„Die Zahl der produktiven Arbeiter kann offenbar nur infolge einer Zunahme des Kapitals bzw. der zu ihrem Unterhalt bestimmten Fonds zunehmen. Die Produktivkräfte einer gleichbleibenden Menge von Arbeitern können nur infolge einer Zunahme und Vervollkommnung in den zur Erleichterung und Abkürzung der Arbeit dienenden Maschinen und Werkzeugen, oder infolge einer geeigneteren Teilung und Verteilung der Arbeit zunehmen. In beiden Fällen ist fast immer ein neues Kapital erforderlich. Nur mittels eines neu hinzugekommenen Kapitals wird es dem Unternehmer möglich, seine Arbeiter mit besseren Maschinen zu versorgen oder eine geeignetere Arbeitsteilung unter ihnen einzuführen. . . . Vergleicht man daher den Zustand eines Volkes in zwei verschiedenen Perioden,

¹ Book 2, chap. 2. Vgl. Leser, Der Begriff des Reichtums bei A. Smith 112. Den Einkommensbegriff vgl. Bd. I: Grundlegung 212 ff.

² Book 2, chap. 3; Stöpel's Übersetzung II 94 ff. Vgl. View of the Doctrine of Smith etc., in *Wealth of nations*, Ausgabe 1853, 23. Kapitel.

und findet, daß sein jährlicher Boden- und Arbeitsertrag in der späteren größer ist als in der früheren, daß seine Ländereien besser angebaut, seine Manufakturen zahlreicher und blühender sind und sein Handel ausgedehnter ist, so kann man überzeugt sein, daß sein Kapital zwischen diesen beiden Perioden sich vergrößert und durch die verständige Wirtschaft der einen mehr gewonnen haben muß, als es durch den Leichtsinn anderer Privatpersonen oder die Mißgriffe der Regierung verlor. . . . Um sich hierüber ein richtiges Urteil zu bilden, muß man allerdings den Zustand des Landes in ziemlich weit voneinander liegenden Perioden betrachten. Der Fortschritt ist oft ein so allmählicher, daß er in zu nahe aneinander liegenden Perioden nicht nur nicht zu bemerken ist, sondern daß auch durch den Verfall entweder gewisser Gewerbe oder gewisser Gegenden (Dinge, die vorkommen können, obwohl das Land im allgemeinen großen Wohlstand aufzuweisen hat) oft die Vermutung genährt wird, daß der Reichtum und die Gewerbetätigkeit des Ganzen im Abnehmen sei.“¹

Die Vermehrung des jährlichen Arbeitsproduktes² und somit die Vermehrung des Reichtums ist also bedingt durch die Entwicklung der produktiven Kraft des Volkes³. Die produktive Kraft eines Volkes aber hängt ab, wie gesagt, einmal von der Zahl der in produktiver Arbeit beschäftigten Personen, sodann von der Stufe, welche die Produktivität der Arbeit erreicht hat. Beides steht wiederum in Abhängigkeit von der Größe des Kapitals. Gehen wir etwas näher auf das Einzelne ein.

a) An produktiver Intensität nimmt die Arbeit zu durch Fortschritte in der Arbeitsteilung und mit Hilfe fortschreitender Technik.

a) Durch Fortschritte in der Teilung der Arbeit⁴. Die Arbeitsteilung erhöht einerseits die Fertigkeit, Geschicklichkeit des Arbeiters in der Verrichtung seiner Teilarbeit und bewirkt anderseits eine Ersparung in der Zeit, welche die Produktion erfordert.

β) Die Produktivität der Arbeit wird sodann gefördert durch Erfindung und Anwendung von Maschinen, welche die Arbeit abkürzen und erleichtern.

Die Erfindung der Maschinen ist selbst eine Wirkung der Arbeitsteilung⁵. Manchmal ging sie von einfachen Arbeitern aus. Bei der Konzentrierung ihrer Aufmerksamkeit auf ein und dieselbe Verrichtung fanden sie leichtere und bequemere Methoden, diese vorzunehmen. Die meisten Erfindungen verdankt man

¹ Book 2, chap. 3; Stöpels Übersetzung II 94 ff.

² Book 2 Introduction.

³ Auf die Mehrung des Jahresproduktes ist auch die Fruchtbarkeit des Landes von Einfluß.

⁴ Book 1, chap. 1—4.

⁵ Book 1, chap. 1; Stöpels Übersetzung I 14 ff. Adam Smith hat nach Marx (Kapital I 313 A. 44) keinen einzigen neuen Satz über die Teilung der Arbeit aufgestellt. Was ihn aber als den zusammenfassenden politischen Ökonomen der Manufakturperiode charakterisiere, das sei der Akzent, den er auf die Teilung der Arbeit lege (Nähnadel in der Manufaktur). Die Maschinen werden bei Smith viel weniger betont als die Arbeitsteilung. Er ist eben der „Ökonom der Manufakturperiode“.

dem Genie der Mechaniker, als der Maschinenbau ein eigenes Gewerbe wurde; wohl auch den „sog. Den kern oder Männern der Spekulation“, die durch ihre Beobachtungen die Kräfte der entferntesten und unähnlichsten Dinge miteinander zu kombinieren imstande sind. Auch für das Denkergeschäft steigert richtige Arbeitsteilung, wie in jedem andern Berufe, die Fertigkeit und erspart Zeit.

Es liegt nun auf der Hand, daß die Beschaffung oder Verbesserung der Werkzeuge und Maschinen eine Mehrung des Kapitals voraussetzt. Bezüglich der Arbeitsteilung gilt das gleiche. „Wenn die zu verrichtenden Arbeiten aus einer Zahl von Teilen bestehen“, sagt Smith, „so erfordert es ein weit größeres Kapital, jeden Arbeiter immer nur auf ein und dieselbe Art zu beschäftigen, als ihn abwechselnd an die verschiedenen Teile gehen zu lassen.“ Es kann dabei u. a. viel mehr Material verarbeitet werden, weil der einzelne Arbeiter sein Pensum rascher absolviert, ganz abgesehen davon, daß die fortschreitende Arbeitsteilung regelmäßig auch besondere Vorrichtungen und eine Vermehrung der Zahl der Arbeiter erfordert.

b) Die Arbeit nimmt zu an Ausdehnung, d. h. die Zahl der produktiven Arbeiter vermehrt sich im Verhältnis zum Wachstum des Kapitals und im Verhältnis zu der besondern Art, wie der Kapitalvorrat zur Beschäftigung der Arbeiter verwendet wird¹.

a) Im Verhältnis zum Anwachsen des Kapitalvorrates. „Der allgemeine Gewerbefleiß des Volkes kann niemals die Grenzen überschreiten, die ihm das Nationalkapital setzt. Wie die Zahl der Arbeiter, die ein Privatmann beschäftigen kann, in bestimmtem Verhältnis zu seinem Kapital stehen muß, so muß auch die Zahl derjenigen, die von sämtlichen Gliedern eines großen Volkes fortwährend beschäftigt werden, im Verhältnis zum Gesamtkapital dieses Volkes stehen und kann dieses Verhältnis niemals überschreiten.“²

β) Im Verhältnis zur Kapitalanlage³. Die Kapitalien der Nation können in vier verschiedenen Arten angelegt werden: 1. Zur Hervorbringung der Rohprodukte (Ackerbau, Bergwerke, Fische-reien); 2. zur Verarbeitung der Rohprodukte (Gewerbe); 3. zur Über-führung der rohen oder verarbeiteten Produkte aus Gegenden, wo sie überflüssig sind, in solche, wo sie begehrt werden (Großhandel); 4. durch Teilung derselben in so kleine Quantitäten, daß sie dem unmittelbaren Bedürfnis der Konsumenten entsprechen (Kleinhandel).

Jede dieser vier Arten Kapital anzulegen, ist für den Bestand oder die Ausdehnung der drei übrigen nicht minder wie zum allgemeinen Wohlbefinden der Gesellschaft durchaus notwendig. Würde kein Kapital auf die Erzielung der rohen Produkte verwendet, dann fielen Gewerbe und

¹ Book 1 Introduction.

² Book 4, chap. 1; Stöpels Übersetzung II 227; Book 1, chap. 8; Stöpels Übersetzung I 96.

³ Book 2, chap. 5; Stöpels Übersetzung II 116 ff.

Handel weg; gäbe es kein Gewerbe, dann hätten die Rohprodukte, welche ohne Verarbeitung für den Gebrauch sich nicht eignen, keinen Wert. Würde kein Kapital auf den Großhandel verwendet, dann könnten voneinander entfernte Gegenden die bei ihnen überschüssigen Produkte nicht austauschen; es würden dann an beiden Orten nur so viel rohe oder verarbeitete Produkte erzeugt werden, als an dem Orte selbst und in seiner nächsten Umgebung abgesetzt werden könnten. Gäbe es endlich keinen Kleinhandel, so müßte jeder eine größere Menge event. leicht verderblicher Waren kaufen, als er augenblicklich bedarf (z. B. einen ganzen Ochsen, ein ganzes Schaf). Das wäre aber für den Reichen schon lästig, für den Armen geradezu unmöglich.

Alle diese vier verschiedenen Anwendungen des Kapitals sind demnach für den Bestand und das Fortschreiten des nationalen Wohlstandes unbedingt erforderlich. Wer seine Kapitalien in einer jener vier Arten verwendet, gilt als „produktiver“ Arbeiter im Sinne Adam Smiths, d. h. er setzt dem Gegenstande der Arbeit einen Wert zu. Doch werden gleiche Kapitalien, je nachdem sie in der Bodenbenützung, in dem Gewerbe, Großhandel oder Kleinhandel Verwendung finden, unmittelbar sehr verschiedene Mengen von produktiver Arbeit in Bewegung setzen (put into motion a quantity of productive labour) und auch den Wert des jährlichen Boden- und Arbeitsertrages in sehr ungleichem Verhältnis vermehren.

Der Kleinhändler erstattet dem Großhändler sein Kapital nebst Gewinn und ermöglicht ihm dadurch die Fortführung seines Geschäftes. Aber der Krämer ist meist auch der einzige produktive Arbeiter, der bei dieser Kapitalanlage beschäftigt wird, und sein Gewinn macht den einzigen Wert aus, der hierbei dem Werte des Jahresproduktes von Boden und Arbeit hinzugefügt wird.

Der Großhändler erstattet dem Gewerbetreibenden und Bodenbebauer ihre Kapitale mit Gewinn, setzt sie dadurch in den Stand, ihre Geschäfte fortzuführen. Hierdurch aber trägt er indirekt dazu bei, die produktive Arbeit der Gesellschaft zu unterstützen und den Wert des Jahresertrages zu erhöhen. Sein Kapital beschäftigt sodann außer ihm selbst noch diejenigen Personen, welche seine Waren von einem Orte zum andern überführen. Er erhöht den Preis der Waren nicht nur um den Betrag seines eigenen Gewinnes, sondern auch um den Betrag der an jene Personen bezahlten Löhne. Das ist aber die ganze produktive Arbeit, die sein Kapital unmittelbar in Bewegung setzt, und der ganze Wert, den es unmittelbar dem Jahresertrag hinzufügt.

Der Großhandel beschäftigt sich entweder mit dem Binnenhandel (innerer und Küstenhandel, inländischer Konsumtionshandel), indem er die Produkte der einen Gegend in eine andere Gegend überführt; oder mit dem ausländischen Konsumtionshandel, der fremde Waren für die inländische Konsumtion herbeischafft; oder endlich mit dem Zwischenhandel (Frachthandel, Fuhr-

handel); dieser vermittelt den Verkehr fremder Länder untereinander, führt die überschüssigen Produkte des einen dem andern zu.

Der Binnenhandel ist für das Land der vorteilhafteste; denn er ersetzt durch seine Operationen zwei Kapitalien, die im Ackerbau oder in der Industrie des Inlandes angelegt waren; er setzt dadurch an zwei Stellen die Bewohner des eigenen Landes in den Stand, ihre Geschäfte weiter zu betreiben. Der ausländische Handel gewährt dem Nationalfleisse nur die Hälfte der Unterstützung, die der Binnenhandel der vaterländischen Industrie bietet. Die Förderung der Produktion kommt dabei zur Hälfte dem Ausland zugute. Überdies erfolgt die Wiedererstattung der Kapitalien und insofern die Möglichkeit ihrer Wiederanlage langsamer als beim Binnenhandel. Der Zwischenhandel endlich entzieht sein Kapital gänzlich der Unterstützung des nationalen Fleißes. Nur der Gewinn des Zwischenhändlers vermehrt den Arbeitsertrag des eigenen Landes; wird der Handel mit eigenen Schiffen und Seeleuten betrieben, so ist er wenigstens noch dadurch vorteilhafter, daß er eine gewisse Zahl produktiver Arbeiter des Landes beschäftigt und unterhält.

„Das im Binnenhandel angelegte Kapital eines Landes“, sagt Smith¹, „wird also in der Regel einer größeren Menge produktiver Arbeit Aufmunterung und Unterstützung gewähren und den Wert seines Jahresertrags mehr erhöhen als ein gleich großes im auswärtigen Handel angelegtes Kapital; und das auf letztere Art angelegte Kapital ist wiederum in beiden Beziehungen vorteilhafter als ein gleich großes im Zwischenhandel angelegtes Kapital. Der Reichtum und, sofern Macht vom Reichtum abhängt, die Macht eines jeden Landes richtet sich stets nach dem Wert seines Jahresertrags — des Fonds, aus welchem alle Steuern schließlich bestritten werden müssen. Das große Ziel der politischen Ökonomie aller Länder besteht aber darin, den Reichtum und die Macht des Landes zu vermehren. Sie sollte daher dem auswärtigen Handel keinen Vorzug geben oder ihn mehr ermuntern als den inländischen, noch den Zwischenhandel mehr als die beiden andern. Sie sollte in keinen dieser beiden Kanäle einen größeren Teil des Nationalkapitals drängen oder locken, als naturgemäß von selbst hineinfließen würde.“

Der Gewerbetreibende legt sein Kapital zum Teil als stehendes Kapital in Werkzeugen usw. an. Er erstattet hierdurch das Kapital anderer Gewerbetreibenden, von denen er jene Werkzeuge kauft, mit den entsprechenden Gewinnen. Derjenige Teil des umlaufenden Kapitals ferner, der auf den Ankauf von Rohstoffen verwendet wird, gibt den Landwirten und Bergwerksbesitzern, von denen die Rohstoffe gekauft werden, ihr Kapital zurück mit einem Gewinne. Ein bedeutender Teil des umlaufenden Kapitals wird den Arbeitern als Lohn gezahlt, die im Gewerbe unmittelbar beschäftigt sind. Der Gewerbetreibende vermehrt somit den Wert der Rohstoffe um den Arbeitslohn und den Unternehmergewinn, der aus seinem auf Arbeitslöhne, Rohstoffe und Werkzeuge verwendeten Gesamtkapital gezogen wird. Er setzt eine weit größere Menge produktiver Arbeit in Bewegung und fügt dem jährlichen Boden- und Arbeitsertrage der Gesell-

¹ Book 2, chap. 5; Stöpel's Übersetzung II 133.

schaft einen weit größeren Wert hinzu, als durch ein gleiches Kapital in den Händen des Großhändlers geschieht.

Kein Kapital von gleicher Größe setzt aber eine größere Menge produktiver Arbeit in Bewegung als das des Landwirts. Nicht nur seine Knechte und Mägde, sondern auch seine Arbeitstiere sind nach Smith produktive Arbeiter. Ja die Natur selbst arbeitet in der Landwirtschaft mit den Menschen zusammen, und was sie hervorbringt, hat, obwohl die Arbeit nichts kostet, doch ebensogut einen Wert als die Produkte der teuersten Arbeiter. Das in der Landwirtschaft angelegte Kapital setzt daher nicht allein eine größere Menge produktiver Arbeit in Bewegung als ein gleich großes in den Gewerben angelegtes Kapital, sondern es fügt auch im Verhältnis zu der Menge produktiver Arbeit, die es beschäftigt, dem jährlichen Boden- und Arbeitsertrage des Landes einen weit größeren Wert hinzu. Es ist unter allen Kapitalanlagen bei weitem die vorteilhafteste für die Gesellschaft.

Wenn nun auch die verschiedenen Anwendungen des Kapitals den Wert des Jahresproduktes in verschiedenem Maße vermehren und bald mehr bald weniger produktive Arbeiter ernähren, so finden sie sich doch, beim Fortschreiten einer Nation, wo die Entwicklung nicht künstlich gestört wird, nacheinander alle zur rechten Zeit von selbst ein. Bei dem „natürlichen Fortschritte zum Reichtum“¹ fängt man mit dem Anbau der Ländereien an. Hieran schließt sich naturgemäß die Verarbeitung der Rohprodukte. Den überschüssigen Teil der rohen und verarbeiteten Produkte transportiert man auf entfernte Märkte, wo er gegen andere daheim begehrte Waren vertauscht wird. Hat endlich der Kapitalvorrat eines Landes sich so vermehrt, daß er in der Beschaffung des Bedarfs und in der Unterstützung der produktiven Arbeit des Landes nicht mehr volle Beschäftigung findet; so bemächtigt sich der Überschuß ganz von selbst des Zwischenhandels und verrichtet dieselben Dienste für fremde Länder. Der Zwischenhandel ist also hier das Symptom großen Nationalreichtums, seine Wirkung, aber nicht seine Ursache.

Der Übergang von der Landwirtschaft zum Gewerbe, die Trennung von Stadt und Land², wie sie zur „natürlichen“ Entwicklung voranschreitender Volkswirtschaft gehört, entspricht dem beiderseitigen Interesse der Beteiligten. Die Stadt bietet einen Markt dar für den überschüssigen Ertrag des Landes, für das, was über die Subsistenz der Landwirte hinaus produziert wird; und in der Stadt vertauschen die Landbewohner diesen Überschuß gegen andere Artikel, die bei ihnen in Nachfrage sind. Mit der Ausdehnung und der Intensität der Kultur des Bodens steigt die Nachfrage nach veredelter Ware, wie die Städte sie liefern. Das Wachstum des städtischen Wohlergehens erscheint somit als die naturgemäße

¹ Book 3, chap. 1; Stöpels Übersetzung II 124 ff. 133 ff.

² Vgl. auch Book 3, chap. 3; Stöpels Übersetzung II 161 ff.

Folge des ländlichen Wohlergehens. Die erweiterte und verbesserte städtische Manufaktur kann schließlich Überschüsse an Produkten vielleicht sogar über den inländischen Bedarf hinaus erzeugen und diese Überschüsse durch den Großhandel an entfernte Plätze ins Ausland überführen lassen. Allein in den Staaten Europas ist (durch die merkantilistische Politik) diese natürliche Reihenfolge vielfach verkehrt worden. Die Pflege des auswärtigen Handels bewirkte die Einführung der feineren Manufakturen¹; Industrie und auswärtiger Handel im Verein haben dann die wesentlichsten Fortschritte der Landwirtschaft verursacht bzw. zur Folge gehabt. —

Nur einige kurze Bemerkungen unsererseits seien schon hier gestattet. Hält man die dauernde Versorgung des Volkes mit Gebrauchsgütern für den eigentlichen Zweck der nationalen Produktion, so wird dasjenige Kapital volkswirtschaftlich als am besten angelegt erscheinen, welches dem Volke die meisten nötigen und nützlichen Gebrauchs- und Genußmittel zur Verfügung stellt, und zwar so, daß seine Versorgung mit diesen Gütern auch auf die Dauer nach Möglichkeit gesichert bleibt. Der Bedarf des Volkes in seiner naturgemäßen Entwicklung ist es auch, was letztlich und entscheidend die produktive Arbeit, ein größeres oder geringeres Quantum derselben, in Bewegung setzt; nicht das Kapital an sich und der größere Kapitalbesitz, wenngleich ohne Kapital und ohne entsprechende Mehrung des Kapitals eine gesteigerte Produktion zur Deckung höheren Bedarfs unmöglich bliebe. Das vermehrte Kapital wie das Kapital überhaupt spielt in dem ganzen Versorgungsprozeß die Rolle des Hilfsmittels. Die natürliche Ursache ist und bleibt im wesentlichen die menschliche Betriebsamkeit, das maßgebende Ziel die Deckung des menschlichen bzw. nationalen Bedarfs. Es empfiehlt sich, gerade da, wo von den Fortschritten des Volkwohlstandes, von der großen Bedeutung des Kapitals, seiner Menge, seiner Anlage für das intensive und extensive Wachstum der produktiven Arbeit geredet wird, an die einfache Wahrheit zu erinnern, daß der Mensch² oberstes Ziel und vornehmste Ursache der Volkswirtschaft ist, daß er sich selbst, der natürlichen Entwicklungsfähigkeit seines Bedürfnisses und Könnens, den Fortschritt in erster Linie verdankt, daß das Kapital dabei ihm dient, nicht sein Beherrscher ist.

Für den „natürlichen Fortschritt im Reichtum“³ werden in dem entfernteren Kontext des „Wealth of nations“ außer dem freien Wirken des Selbstinteresses, der Bedeutung der Kapitalmenge und Kapitalanlage noch andere wichtige Momente angeführt, so die territoriale Beschaffenheit und Lage des Landes, die Fruchtbarkeit des Bodens, Eigen-

¹ Ebd. 171.

² Der „Mensch“, selbstverständlich nicht im individualistischen Sinne, sondern der Mensch als Gattungswesen.

³ Book 3, chap. 1.

art und Zahl der Bevölkerung, der Stand der Rechtspflege¹, der Wissenschaft, der Technik usw.

Läßt sich aber für alle Länder, trotz ihrer mannigfachen Verschiedenheiten, ein gleiches Schema des „natürlichen“ Fortschrittes in concreto aufstellen? Wird nicht oft, was dem einen Lande natürlich ist, für das andere als unnatürlich gelten müssen? Ganz gewiß! Verstehen wir A. Smith richtig, so will auch er nichts anderes lehren als dieses: wo und soweit jener stufenweise Fortschritt überhaupt möglich ist, da wird er als der „natürliche“ gelten können. Zuerst wird der Landwirtschaft Kapital zugeführt, soweit sie es aufnehmen kann, dann dem Gewerbe, dem Binnenhandel, schließlich dem Außenhandel. Jedenfalls verdient es Beachtung, wie sehr A. Smith betont hat, daß die Landwirtschaft naturgemäß die Grundlage der gesamten Volkswirtschaft bildet. Setzt diese in dem fortgeschrittenen Industriestaate nicht mehr „die größte Menge produktiver Arbeit in Bewegung“, fügt sie dem Jahresprodukte nicht so viel an „Tauschwert“ hinzu wie Industrie und Handel, steht sie hinter diesen an Rentabilität zurück, so übertrifft die Landwirtschaft auch dann noch alle andern produktiven Betätigungen wenigstens insofern, als hier des Landes eigener Boden, durch vaterländischen Fleiß befruchtet, dem eigenen Volke die wichtigsten Gebrauchswerte erzeugt, — jene unentbehrlichen Gebrauchsgüter, deren Bezug jedes Volk nach Möglichkeit sich sichern wird, ohne Abhängigkeit von fremder Gunst und Willkür, von dem wechselnden Interesse der Spekulation².

Es hieße aber unseres Erachtens A. Smith mißverstehen, wenn man für die Erklärung des Überganges zu einer höheren Stufe der Entwicklung lediglich jene Momente heranziehen wollte, welche diesen Übergang als möglich erscheinen lassen, wie Produktionsüberschüsse, eine entsprechende Menge disponiblen Kapitals. Auch die Momente der Notwendigkeit, die sich hiermit verbinden, müssen beachtet werden. Wenn der Boden nicht mehr ausreicht, um die ganze Arbeit eines Volkes zu beschäftigen, dann muß zur gewerblichen Arbeit übergegangen werden; und wenn die Zahl der gewerblichen Arbeiter jenen Punkt erreicht hat, wo durch ihre Tätigkeit der inländische Bedarf gedeckt ist, dann müssen die überschüssigen Kräfte in steigender Zahl für das Ausland arbeiten. Es ist eben die bittere Notwendigkeit der Volksernährung, welche die volkswirtschaftliche Entwicklung nicht minder und wohl noch mehr beherrscht als das freiwirkende, die günstigen Möglichkeiten ausnützende Selbstinteresse der für ihr Kapital rentable Anwendung suchenden Eigentümer.

Schließlich will uns scheinen, als ob nicht bloß verkehrte staatliche Wirtschaftspolitik, sondern nicht minder die unregelte

¹ Book 5, chap. 3; Stöpels Übersetzung IV 280.

² Vgl. Ricardo, Grundgesetze; Übersetzung Baumstark² (1877) 315 ff. — Smith, Wealth of nations Book 3, chap. 1; Stöpels Übersetzung II 140.

Gewinnsucht der Kapitalisten zu einer verfehlten Kapitalanlage führen und den für den Volkswohlstand günstigen Gang der Entwicklung durchbrechen könne. Eine vorurteilsfreie Untersuchung der geschichtlichen Vorgänge dürfte ferner zu der Erkenntnis gelangen, daß gerade die Gewinnsucht der Besitzenden nicht selten die Ursache oder wenigstens die Veranlassung war, weshalb die staatliche Wirtschaftspolitik falsche Bahnen eingeschlagen hat.

25. Die Sparsamkeit als unmittelbare Ursache der Kapitalvermehrung¹.

Die Reichlichkeit des nationalen Einkommens hängt also wesentlich ab von der Vermehrung des nationalen Kapitals. Die Größe des Kapitals und darum seine Vermehrung ist ja von entscheidender Bedeutung für den Umfang und die Intensität der Produktion und deshalb für Größe und Wachstum des Einkommens. Insofern nun aber das Nationalkapital sich aus allen Einzelkapitalien zusammensetzt, vermehrt sich das Nationalkapital durch Mehrung der Einzelkapitalien². Kommt dabei auch der Vorteil aus der Kapitalvermehrung zunächst dem Individuum zu, so wird doch ebenfalls die Hebung des allgemeinen Wohlstandes regelmäßig nicht ausbleiben, vorausgesetzt, daß die Kapitalvermehrung in irgendwie beträchtlichem Umfange sich vollzogen und das gewachsene Kapital die rechte Verwendung gefunden hat.

Wie und wodurch aber vermehrt sich das Kapital der einzelnen? „Kapitalien mehren sich durch Sparsamkeit und vermindern sich durch Verschwendung und Leichtsinn. Was jemand von seinem Einkommen (Reinertrag) erspart, fügt er seinem Kapital hinzu und verwendet es entweder selbst im Unterhalt einer weiteren Anzahl produktiver Hände oder läßt es andere tun, indem er es ihnen gegen Zinsen, d. h. für einen Anteil am Gewinn leiht. Wie nun das Kapital des einzelnen sich nur durch das vermehren kann, was er von seinem jährlichen Einkommen oder Gewinn erspart, so kann sich auch das Gesellschaftskapital, welches das nämliche ist wie das Kapital der Gesellschaftsglieder zusammen, nur auf die gleiche Weise vermehren. Sparsamkeit, und nicht Fleiß, ist die unmittelbare Ursache der Kapitalvermehrung. Der Fleiß schaffte zwar die Sachen herbei, welche die Sparsamkeit anhäuft; aber soviel der Fleiß auch erwerben mag, wenn die Sparsamkeit es nicht erhält und sammelt, würde sich das Kapital niemals vergrößern. Indem die Sparsamkeit den zum Unterhalt produktiver Hände bestimmten Fonds vergrößert, vermehrt sie die Zahl der Hände, deren Arbeit dem Wert der Gegenstände, auf die sie verwendet wird, etwas hinzufügt, und erhöht also den Tauschwert des jährlichen Boden- und

¹ Book 2, chap. 3 4. Vgl. auch Schmoller, Grundriß II 175 ff. Böhm-Bawerk, Kapital und Kapitalzins II, 2. Abt., 108 ff.; Platter, Grundlehren der Nationalökonomie (1903) 132 ff.

² Vgl. z. B. Book 2, chap. 2 5; Stöpel's Übersetzung II 125.
Pesch, Lehrbuch der Nationalökonomie. II.

Arbeitsertrags. Sie setzt eine weitere Menge Gewerbefleiß in Bewegung, der dann seinerseits den Wert des Jahresertrages erhöht.“¹

A. Smith schreibt also der Sparsamkeit keine unmittelbare schöpferische Kraft zu. Sie produziert die Kapitalgüter nicht. Die zum Reinertrag oder zum Einkommen gehörigen Güter, die nicht verzehrt, sondern für produktive Zwecke bewahrt werden, führen sich auf Natur und Arbeit als auf die ursprünglichen Faktoren jeder Produktion zurück. Lediglich für die Kapitalvermehrung, die Anhäufung der Kapitalgüter gilt Smith die Sparsamkeit als die Ursache, und zwar als die unmittelbare Ursache. Letzte, mittelbare Ursache auch der Vermehrung bleibt die menschliche Betriebsamkeit in Verbindung mit den Kräften der Natur, denen alle Kapitalgüter ihren Ursprung verdanken.

Durch Verzicht auf den gegenwärtigen Verbrauch von Einkommensbestandteilen können nun allerdings Güter bewahrt und dann als Produktivkapital einer zukünftigen reichlicheren Produktion verwendet werden. Ob solches „Sparen“ als ein Opfer gelten darf, hängt von den besonderen Verhältnissen des „Sparenden“ ab. Für denjenigen, dem ein überreiches Einkommen zur Verfügung steht, kann der Nichtgebrauch wenigstens eines Teiles dieser Güterfülle sogar mehr oder minder zur Notwendigkeit werden. Ob und inwieweit ferner die Mehrung des privaten Kapitalbesitzes durch „Sparsamkeit“ zugleich eine Förderung der Volkswohlfahrt bedeutet, das hängt noch von verschiedenen Umständen ab. Dem „Sparen“ geht der Erwerb dessen, was „erspart“ wird, voraus. Geschah dieser Erwerb auf Kosten der allgemeinen Wohlfahrt, handelt es sich im Grunde genommen bei dem ganzen „Sparprozeß“ nur um eine Akkumulation des Kapitalbesitzes in den Händen einzelner zum Schaden der sozialen Gesamtheit, dann wird selbst eine an Ausdehnung mächtig wachsende Produktion vielleicht allzu teuer erkaufte sein. Nicht die bloße Vermehrung des Kapitals und die hierdurch bewirkte Möglichkeit, mehr produktive Hände in Bewegung und Nahrung zu sehen, genügt ferner an sich, um endgültig die Frage zu entscheiden, ob jene Vermehrung des Kapitals und die dadurch hervorgerufene Steigerung der Produktion dem Volkwohlstande wirklich förderlich sei. Es kommt auch sehr auf die Art und Weise der produktiven Verwendung des vermehrten Kapitals an: ob dabei die höheren persönlichen und sozialen Güter der Menschen gewahrt bleiben, ob der Fortschritt in der materiellen Kultur nicht mit einer Schädigung der geistlichen und sittlichen Kultur sich verbinde. Kann man die Volkswirtschaft nicht aus ihrem natürlichen Zusammenhang mit dem gesamten Kulturleben eines Volkes herausreißen, dann wird ebenfalls das Voranschreiten der materiellen Produktion in seinem wahren Werte

¹ Book 2, chap. 3; Stöpels Übersetzung II 87 92.

lediglich unter Berücksichtigung jenes Zusammenhanges richtig beurteilt und bemessen.

Nicht jeder, der ein Kapital „beiseite gelegt hat“, übernimmt selbst die Anwendung desselben. Andere Personen entleihen es von ihm und gewähren ihm dafür einen Teil des Gewinnes, welchen die Anwendung des Kapitals ihnen einträgt¹. Die Zinsen sind eine Vergütung für die Erlaubnis, das Kapital zu verbrauchen oder zur Betätigung produktiver Arbeit anzuwenden. Der Verschwender wird das geliehene Kapital verbrauchen und vielleicht dabei zu Grunde gehen. Er „vergeudet in dem Unterhalte des Müßigen, was zur Förderung des Fleißigen bestimmt war“². Wird aber das entlehene Kapital auf produktive Arbeit verwendet, so kann der Schuldner ohne Verlust den Zins leisten, indem er seinen von der Anwendung gezogenen Gewinn in einem gewissen Verhältnisse mit dem Gläubiger teilt.

Die Anleihen werden gewöhnlich in Metall- oder Papiergeld gemacht. Was der Borger aber tatsächlich braucht, und was der Darleiher ihm tatsächlich verschafft, ist nicht so sehr das Geld als des Geldes Wert, das Vermögen, die Macht, die in diesem Zeichen ist, Waren zu kaufen, Werkzeuge, Rohstoffe, Lebensmittel sich zu beschaffen, über die Arbeit anderer zu gebieten. So versteht sich, wie die Kapitalien unvergleichlich größer sein können als der Betrag des Geldes, das als Werkzeug ihrer Übertragung dient; denn die nämlichen Geldstücke können nach und nach zu vielen verschiedenen Darlehen dienen, ebenso wie zu vielen verschiedenen Käufen. A leiht heute dem B eine Summe Geldes. B kauft damit von C Materialien, C verleiht dasselbe Geld wieder an D, dieser kauft damit Maschinen usw. Dasselbe Geld hat also innerhalb einer gewissen Zeit zu mehreren Darlehen gedient. „Dennoch können alle Darlehen vollkommen gesichert sein, wenn die von den Schuldnern gekauften Waren so verwendet worden sind, daß sie zu gehöriger Zeit einen gleichen Betrag Papier oder Münze mit Gewinn wieder einbringen. Und wie die nämlichen Geldstücke als Werkzeuge verschiedener Darlehen... dienen können, so können sie auch nach und nach als Werkzeug der Rückzahlung dienen.“³

„Da sich durch die Nutzung des Geldes überall etwas gewinnen läßt, so muß auch etwas für diese Nutzung bezahlt werden.“⁴ Locke, Law, Montesquieu u. a. haben irrümlicherweise gemeint, die Entdeckung des spanischen Westindiens und die im Anschluß an diese Entdeckung bewirkte Vermehrung von disponiblen Gold und Silber sei die wahre Ursache des niedrigen Zinsfußes in den meisten Ländern Europas. Hume hatte bereits diese Ansicht widerlegt. „Was für die Nutzung des Geldes gewöhnlich gegeben wird, richtet sich in der Regel danach, was sich durch diese Nutzung gewöhnlich gewinnen läßt.“⁵ An diesem Verhältnis ändert eine Vermehrung der Metallmenge nichts; diese hat, solange die Menge der mittels derselben in Umlauf gesetzten Waren die nämliche bleibt, keine andere Folge als die, den Wert der Metalle zu vermindern. „Der Nominalwert aller Arten von Waren würde größer werden, ihr Sachwert aber ganz derselbe bleiben wie früher. Sie würden gegen eine größere Zahl von Silberstücken vertauscht werden; aber die Arbeitsmenge, die dafür zu Gebot stände, die Zahl von Menschen, welche damit unterhalten und beschäftigt werden

¹ Book 2, chap. 4; Stöpels Übersetzung II 104 ff.

² Ebd.

³ Ebd. 107 f.

⁴ Ebd. 113.

⁵ Ebd. 112.

könnte, würde ganz die nämliche bleiben. Das Kapital des Landes wäre gleich groß, und es könnte nur eine größere Zahl von Stücken erforderlich werden, um einen gleichen Teil desselben aus einer Hand in die andere zu übertragen. . . . Wenn aber das Gesamtkapital des Landes das nämliche ist wie früher, so wird die Konkurrenz zwischen den verschiedenen Kapitalien der einzelnen, in welche das Gesamtkapital zerfällt, gleichfalls nur die nämliche sein, und sie werden alle ihr Geschäft mit den gleichen Vorteilen und Nachteilen treiben. Das gewöhnliche Verhältnis zwischen Kapital und Gewinn und deshalb auch der gewöhnliche Geldzins werden sich daher gleich bleiben.“¹

Der Zinsfuß hängt in Wirklichkeit ab von der Quantität der vorhandenen Kapitalien, von der Konkurrenz derer, welche Geld ausleihen und leihen wollen. Sind in einem Land überhaupt schon viele Kapitalien angewandt, so sinkt der Gewinn aus dieser Anwendung für den einzelnen Kapitalbesitzer. Da aber der Schuldner regelmäßig nur einen Teil des Gewinnes als Zinsen gibt, so sinkt auch der Zins, wenn der Gewinn niedriger geworden ist. Ebenso klar ist, daß Angebot und Nachfrage bei Leihkapitalien nicht ohne Einfluß auf den Zinsfuß bleiben kann.

Ein gesetzlicher Zinsfuß wird ein wenig über dem Marktpreis der Nutzung des Geldes stehen müssen. Wird er unter dem Marktpreis angesetzt, so kann das Gesetz nicht durchdringen; der Schuldner muß eventuell den Gläubiger sogar noch für die Gefahr bezahlen, die dieser läuft, indem er den vollen Wert der Nutzung annimmt. Würde das Gesetz den Zinsfuß viel über dem Marktpreis ansetzen, dann würde das meiste Geld an „Verschwender und Projektenmacher“ ausgeliehen werden, da diese allein sich zu so hohen Zinsen verstehen. Wird der gesetzliche Zinsfuß endlich genau nach dem niedrigsten Marktpreis bestimmt, so vernichtet er bei ehrenfesten, die Gesetze ihres Landes beobachtenden Leuten den Kredit aller derer, die nicht die allerbeste Sicherheit zu geben vermögen, und zwingt diese, sich an Wucherer zu wenden.

26. Die Verteilung des Jahresproduktes der Arbeit eines Landes. Zum Reichtum eines Volkes gehört, wie wir sahen, die Reichlichkeit seines Einkommens und die Teilnahme der großen Masse des Volkes an diesem Einkommen. Von letzterer ist nunmehr die Rede.

a) Es gibt eine Art von Arbeit, sagt Smith², die dem Werte des Gegenstandes, auf den sie verwendet wird, etwas hinzufügt, und eine andere, die diese Wirkung nicht hat. Die erstere kann, da sie einen Wert hervorbringt, produktive, die letztere unproduktive Arbeit genannt werden. So fügt die Arbeit eines Handwerkers dem Werte der von ihm bearbeiteten Materialien in der Regel noch den Wert seines eigenen Unterhaltes und des Meistergewinnes hinzu. Die Arbeit eines Diensthofen hingegen fügt dem Wert keiner Sache etwas hinzu.

War es unrichtig, wenn die Physiokratie „produktiv“ nur jene Arbeit nennt, die ein produit net erzeugt, so irrt auch Smith, indem er den Begriff der Produktivität mit der Erhöhung des Tauschwertes einer

¹ Book 2, chap. 4; Stöpels Übersetzung II 111 f.

² Book 2, chap. 3; Stöpels Übersetzung II 77 f.

Sache verbindet. „Produktiv“ wird man vielmehr alle Arbeit nennen dürfen, die ein den menschlichen Zwecken dienendes materielles Gebrauchsgut hervorbringt oder beschafft. Als „mittelbar produktiv“ darf dann wohl auch die Arbeit selbst der Dienstboten usw. gelten, insofern sie diejenigen, die in unmittelbar produktiver Arbeit tätig sind, entlastet, erfrischt usw. oder zur unmittelbar produktiven Arbeit befähigt. Nach Smith dagegen sind alle Arbeiten, die sich nicht unmittelbar in einer verkäuflichen Ware fixieren, schlechthin unproduktiv¹.

„So sind z. B. der Monarch und alle seine Zivil- und Militärbeamten, mit der ganzen Armee und Flotte, unproduktive Arbeiter. Sie sind die Diener des Volkes und empfangen ihren Unterhalt durch einen Teil vom Jahresprodukt des Fleißes anderer Leute. So ehrenvoll, nützlich und notwendig ihr Dienst auch ist, er erzeugt doch nichts, wofür sich eine gleiche Menge von Diensten später beschaffen ließe. . . . In die nämliche Klasse müssen sowohl einige der ernstesten und wichtigsten als auch manche der unbedeutendsten Berufe eingereiht werden: Geistliche, Juristen, Ärzte, Gelehrte aller Art, Schauspieler, Musiker, Opernsänger, Tänzer usw. . . . Wie die Deklamation des Schauspielers, der Vortrag des Redners oder das Tonstück des Musikers, so geht die Arbeit all dieser im nämlichen Augenblick der Produktion verloren.“ Sie fixiert und realisiert sich eben nicht in einem materiellen Gegenstande bzw. in einer verkäuflichen Ware².

Sowohl produktive wie unproduktive Arbeiter und selbst die Müßiggänger empfangen nun insgesamt ihren Unterhalt aus dem Jahresertrag des Bodens und der Arbeit des Landes, welchen — abgesehen von den freiwilligen Gaben der Erde — lediglich die produktive Arbeit hervorgebracht hat. Je nachdem ein kleinerer oder größerer Teil desselben in einem Jahre auf den Unterhalt unproduktiver Menschen verwendet wird, um so mehr wird in dem einen, und um so weniger in dem andern Falle für die produktiven übrig bleiben, und der Ertrag des nächsten Jahres wird je nachdem größer oder kleiner sein³. Der Reichtum eines Landes hängt darum auch von einem günstigen Zahlenverhältnis der produktiven und unproduktiven Leute im Lande ab. Smith hat darin wenigstens recht, daß eine große Verbreitung des Müßiggangs und der Müßiggänger dem allgemeinen Wohlstande nicht gerade zuträglich sein kann.

¹ „Die auf technische Erfindungen gerichtete Forschung ist so gewaltig produktiv, daß sich mit ihr keine andere wirtschaftliche Kraft messen kann“ (E. Dühring, *Kritische Geschichte der Nationalökonomie und des Sozialismus*³ [1879] 163).

² Über „die wenig glückliche Klasse von Leuten, die man gewöhnlich Literaten nennt“, bemerkt Smith (*Wealth of nations* Book I, chap. 10; Stöpels Übersetzung I 185): „In allen europäischen Ländern sind die meisten derselben für den Kirchendienst erzogen, aber durch verschiedene Gründe verhindert worden, in den geistlichen Stand zu treten. Sie haben also ihre Bildung in der Regel auf öffentliche Kosten erhalten, und ihre Menge ist überall so groß, daß dadurch der Preis ihrer Arbeit auf eine höchst klägliche Belohnung zusammenschrumpfen pflegt.“

³ Book 2, chap. 3; Stöpels Übersetzung II 79.

Der einzelne Arbeiter wird nur einen kleinen Teil seines Einkommens für den Unterhalt unproduktiver Hände aufzuwenden vermögen. „Der Aufwand eines großen Lords dagegen ernährt gewöhnlich mehr müßige als gewerbsame Leute; der reiche Kaufmann unterhält zwar mit seinem Kapital (capital) nur gewerbtätige Leute, aber mit seinem Aufwande (expense) . . . ernährt er gewöhnlich dieselbe Art von Leuten wie der große Lord.“¹

Wenden wir unsere Aufmerksamkeit nunmehr der produktiven Arbeit zu.

In den Händen der bei der Produktion beteiligten Leute befindet sich zunächst der Jahresertrag des Bodens und der Arbeit. Mittels des Tauschwertes des Produktes bzw. der Realisierung dieses Tauschwertes werden ihre Ansprüche befriedigt, gelangen sie direkt oder indirekt in den Besitz ihres Einkommens.

b) Die berufsmäßige Arbeitsteilung in der Gesellschaft gilt Smith als die allmähliche Folge eines gewissen Hanges der menschlichen Natur zu tauschen, sich gegenseitig auszuhelfen und ein Ding gegen ein anderes zu verhandeln². Ob dieser Hang zu den ursprünglichen Trieben in der menschlichen Natur gehöre, von denen sich weiter keine Rechenschaft geben läßt, oder ob derselbe, was wahrscheinlicher, die notwendige Folge des Vernunft- und Sprachvermögens sei, läßt Smith dahingestellt³. Es genügt ihm darauf hinzuweisen, daß der Mensch mehr als das Tier des Beistandes und der Mitwirkung anderer Wesen bedürfe, daß er diesen Beistand weit sicherer finden werde, wenn er nicht bloß auf fremdes Wohlwollen sich angewiesen sehe, sondern auch fremdem Eigennutze eine Gabe bieten könne. So ist die Arbeitsteilung nicht bloß Folge einer dem Menschen natürlichen Neigung zum Tauschhandel; sie ermöglicht auch den Tausch und macht ihn notwendig⁴, da niemand alles selbst herstellen kann, wessen er bedarf.

Die Trennung der verschiedenen Gewerbe und Beschäftigungen geht in denjenigen Ländern am weitesten, welche sich der höchsten Entwicklung der Industrie und Kultur erfreuen. In jeder vorgeschrittenen Gesellschaft ist der Landmann gewöhnlich nichts als Landmann, der Handwerker nichts als Handwerker.

Die Natur der Landwirtschaft läßt nicht so viele Unterabteilungen der Arbeit, noch eine so vollständige Trennung eines Geschäftes vom andern zu wie die Gewerbe. Der Spinner ist fast immer eine vom Weber verschiedene Person; aber der Pflüger, der Egger, der Säemann, der Schnitter sind oft ein und dieselbe. Da die verschiedenen Arbeiten verschiedenen Jahreszeiten angehören, kann nicht ein Mann beständig mit einer und derselben beschäftigt werden. Die geringe Arbeitsteilung in der Landwirtschaft ist vielleicht der Grund, warum die Steigerung der Ertragskräfte der Arbeit in dieser Kunst nicht immer mit deren Steigerung in den Gewerben gleichen Schritt hält. Die reichsten Nationen übertreffen zwar ge-

¹ Book 2, chap. 3; Stöpels Übersetzung II 82.

² Book 1, chap. 2.

³ Ebd.

⁴ Book 1, chap. 4.

wöhnlich alle ihre Nachbarn sowohl in der Landwirtschaft als in den Gewerben, doch in den letzten gewöhnlich mehr als im Ackerbau. Mögen auch die Ländereien bei reichen Völkern besser kultiviert sein und entsprechend höhere Erträge liefern, so ist doch in der Landwirtschaft die Arbeit des reichen Landes niemals in dem Grade produktiver, als dies gewöhnlich bei den Gewerben der Fall ist. Über die Grenzen, welche die Natur des Bodens der landwirtschaftlichen Produktion setzt, kann eben auch der Mehraufwand von Arbeit und Kosten, die höhere Kultur, nicht vollständig hinweghelfen. So mag immerhin das arme Land, trotz des niederen Standes seiner Kultur, mit dem reichen bis auf einen gewissen Grad in der Wohlfeilheit und Güte seines Getreides zu wetteifern vermögen. In seinen Gewerben aber kann es auf eine solche Konkurrenz keinen Anspruch machen, wenigstens dann nicht, wenn diese Gewerbe dem Boden, dem Klima und der Lage des reichen Landes angemessen sind.

Die Teilung der Arbeit wird begrenzt durch die Ausdehnung des Marktes¹. Was immer den Markt zu erweitern geeignet ist, erleichtert daher den Fortschritt einer Nation zum Reichtum. Wenn der Markt sehr klein ist, wird niemand sich ermutigt finden, gänzlich einer Beschäftigung sich zu widmen; erst die Möglichkeit des Tausches, die mit der Weite des Marktes gegeben ist und wächst, läßt eine Beschränkung der Arbeit auf die Herstellung eines einzelnen Gutes zu. In einer Zeit, wo es noch keine Eisenbahnen gab, der Landtransport schwierig und kostspielig war, boten bequeme Wasserwege die wirksamste Anregung zu weitgehender Arbeitsteilung. An der Meeresküste und an den Ufern schiffbarer Flüsse begann die Industrie zuerst sich abzuteilen und zu vervollkommen. Nur allmählich dehnte sich diese Vervollkommenung auf die inneren Teile des Landes aus. Rund um die Küste des mittelländischen Meeres wohnten die alten Kulturvölker, welche in ihrer Zeit die höchste Stufe der Entwicklung erlangten².

c) Mochte es noch in einem schottischen Dorfe zur Zeit A. Smiths vorkommen, daß der Nagelschmied Brot und Ale zuweilen mit Nägeln bezahlte, so war dies doch eine seltene Ausnahme. Die Kulturvölker wählten vielmehr Edelmetalle zum allgemeinen Handelsinstrument, durch dessen Vermittlung „Waren“ aller Art „gekauft“ und „verkauft“ werden. Smith behandelt auch die Gründe, warum gerade Edelmetalle zum allgemeinen Handels- und Tauschmittel auserkoren wurden, ferner die Geschichte der Münze³, das Verhältnis zwischen Münze und Edelmetall in ungeprägtem Zustande (Gold- und Silberbarren, Bullion)⁴. Wir werden an anderer Stelle darauf zurückkommen.

Der Preis ist der Ausdruck der Tauschwerte durch ein allgemein anerkanntes Tauschmittel. Smith unterscheidet zwischen dem „nominal“ und „real“ price. Nominalpreis ist der Preis in Geld. Der wahre

¹ Book 1, chap. 3.

² Book 1, Ende von chap. 4; Stöpels Übersetzung I 38 f.

³ Book 1, chap. 4.

⁴ Book 1, chap. 5.

Preis aber ist die Mühe und Beschwerde, die es kostet, das Gut sich zu verschaffen, bzw. die Mühe und Beschwerde, die man sich durch den Besitz des Gutes erspart, indem man das Gut gegen andere Arbeitsprodukte vertauschen kann (Kaufkraft des Gutes). „Nicht mit Gold und Silber, sondern mit Arbeit wurden alle Güter der Welt ursprünglich gekauft, und ihr Wert für die, welche sie besitzen und gegen neue Produkte vertauschen wollen, ist genau der Arbeitsmenge gleich, welche zu kaufen oder über welche zu verfügen sie dadurch in stand gesetzt sind.“¹ Arbeit ist also das wirkliche Maß des Wertes aller Waren. Dennoch wird sie als Maßstab nicht benutzt. Es ist eben schwer, das Verhältnis zwischen zwei Arbeitsmengen genau zu bestimmen. Die Arbeitszeit, die auf verschiedene Arten von Arbeit verwendet ist, entscheidet nicht immer über dieses Verhältnis. „Es kann in der schweren Anstrengung einer Stunde mehr Arbeit stecken als in zwei Stunden leichter Beschäftigung, und in der einstündigen Ausübung eines Geschäftes, dessen Erlernung zehn Jahre Arbeit kostete, mehr als in dem Fleiß eines ganzen Monats bei einer gewöhnlichen und alltäglichen Beschäftigung.“² Da überdies alle Waren häufiger gegeneinander als gegen Arbeit vertauscht werden, ist es leichter und besser, die eine zum Wertmesser der andern zu machen bzw. alle Waren nach Geld abzuschätzen.

In kleineren Zeiträumen, bemerkt Smith, schwanke der Tauschwert von Gold und Silber in der Regel nicht gerade stark, wohl aber für größere Zeiträume. Der Kornpreis dagegen schwanke zwar wegen der Verschiedenheit der Ernten, der größeren oder geringeren Leichtigkeit des Verkehrs von Jahr zu Jahr, von Ort zu Ort ziemlich stark. Für große Zeiträume dagegen sei er stabiler als der Tauschwert der Edelmetalle. Die Wissenschaft werde daher für die Vergleichung der Warenpreise benachbarter Jahre am besten der Edelmetalle als eines Maßstabes sich bedienen, für den Vergleich der heutigen Preise mit dem Warenpreis früherer Jahrhunderte werde sie erforschen und vergleichen müssen, wieviel Waren bestimmter Art ehemals und heute gegen eine bestimmte Menge Brotkorn sich vertauschten bzw. vertauschen. Die in Getreide ausbedungenen Renten bewahren ihren Wert weit besser als die in Geld ausbedungenen. Eine Parlamentsakte aus der Zeit Elisabeths verordnete, daß der dritte Teil des Pachtzinses aller Universitätsgüter in Getreide ausbedungen werden solle, das entweder in natura oder nach dem jeweiligen Marktpreise zu entrichten sei.

Smith unterscheidet ferner den natürlichen Preis und den Marktpreis³. Das Verständnis dieser Unterscheidung ergibt sich aus der nun folgenden Lehre von den Bestandteilen des Warenpreises⁴.

¹ Book 1, chap. 5; Stöpels Übersetzung I 42. Näheres in Bd. I², Kap. 1, § 4, 53 ff.

² Book 1, chap. 5; Stöpels Übersetzung I 43.

³ Book 1, chap. 7. ⁴ Book 1, chap. 6.

d) In den ursprünglichen Verhältnissen, ohne Kapitalbesitz und Landeigentum, scheint die Arbeitsmenge, die zur Erlangung verschiedener Gegenstände notwendig war, wirklich den Maßstab für den Tausch des einen gegen den andern gebildet zu haben. Auf dieser Stufe gehörte dem Arbeiter das ganze Produkt. Nachdem sich aber in den Händen einiger Personen Kapital angesammelt hatte und diese wieder andere Personen für sich arbeiten ließen, mußte der Verkauf des Produktes außer den Arbeitslöhnen und dem Kapitalersatz noch einen Gewinn für den Kapitalisten abwerfen im Verhältnis zur Größe des Kapitals. Sonst hätte der Kapitalist kein Interesse daran gehabt, Arbeiter zu beschäftigen. ein großes Kapital statt eines kleinen anzulegen.

Unter diesen Umständen gehört dem Arbeiter nicht mehr das ganze Produkt. Er muß es mit dem Kapitalisten teilen, bzw. der Wert, welcher dem Rohstoffe zugesetzt wird, löst sich in zwei Teile auf: Arbeitslohn und Unternehmergewinn.

Sobald aller Grund und Boden eines Landes Privateigentum geworden ist, möchten schließlich auch die Grundbesitzer, gleich allen andern Menschen, da ernten, wo sie nicht gesät haben. Sie fordern selbst für die freiwilligen Gaben der Natur eine Rente. Sogar wer das Holz des Waldes, das Gras der Wiesen sammelt, muß für die Erlaubnis, zu sammeln, einen Teil desjenigen abgeben, was seine Arbeit sammelt. Dieser Teil bzw. der Preis dieses Teiles bildet die Grundrente und macht in dem Preise der meisten Waren einen dritten Bestandteil neben Arbeitslohn und Kapitalgewinn aus. Der Pächter bezahlt die Grundrente an den Eigentümer für die Benutzung des Bodens: er berechnet für das von ihm verwendete Kapital einen Gewinn und für seine Arbeit einen Lohn. Der seinen Boden selbst bewirtschaftende Eigentümer pflegt seinen ganzen Ertrag Gewinn zu nennen; er wirft so, wenigstens im gewöhnlichen Sprachgebrauch, die Rente mit dem Gewinn zusammen.

Einzelne Waren gibt es, deren Preis sich nur in zwei Teile, nämlich in Arbeitslohn oder Kapitalgewinn, auflöst, und eine noch kleinere Anzahl von Waren, deren Preis nur in Arbeitslohn besteht. Im Preise der Seefische zum Beispiel spielt regelmäßig die Rente keine Rolle. Der Preis schottischer Kiesel, welche von armen Leuten am Meeresufer gesammelt werden, bildet lediglich den Lohn für ihre Arbeit. Der Arbeitslohn dagegen verschwindet niemals im Preise der Waren.

Wie der Preis oder Tauschwert jeder Ware sich in den einen oder andern oder in alle drei jener Bestandteile auflöst, so muß der Totalpreis aller Waren, die das ganze Jahresprodukt der Arbeit eines Landes bilden, sich gleichfalls in jene drei Teile auflösen und sich unter die Bewohner des Landes als Arbeitslohn, Kapitalgewinn oder Grundrente verteilen. Arbeitslohn, Gewinn und Rente sind die drei ursprünglichen Quellen alles Einkommens. Jedes andere Einkommen fließt zuletzt aus einer oder der andern

dieser Quellen. Denn, wie bereits gesagt, auch die nichtproduktiven Arbeiter (Geistliche, Gelehrte usw.), ja selbst die Müßiggänger werden von dem jährlichen Erzeugnisse der Arbeit und des Bodens eines Landes erhalten.

In jeder Gesellschaft oder Gegend gibt es nun für die bestimmte Zeit, den bestimmten Ort einen Durchschnittssatz oder eine „natürliche“ Höhe des Arbeitslohnes, des Gewinnes, der Grundrente, je nach der allgemeinen Lage der Gesellschaft, ihrem Reichtum, ihrer Armut, ihrem Fortschreiten, Stehenbleiben, Zurückgehen, der natürlichen oder durch Kultur hervorgebrachten Fruchtbarkeit des Bodens für die Rente, oder nach der besondern Natur jedes Gewerbes¹.

Dementsprechend kann derjenige Warenpreis, welcher Rente, Gewinn, Arbeitslohn nach deren natürlichem Satze bezahlt, natürlicher Preis genannt werden. Die Ware wird dann genau für das verkauft, was sie wert ist, was sie demjenigen, der sie zu Markte bringt, kostet. Der wirkliche Preis aber, zu welchem eine Ware gewöhnlich verkauft wird, heißt ihr Marktpreis. Er kann über dem natürlichen Preis oder unter demselben oder ihm völlig gleich stehen. Starke Nachfrage bei geringem Angebot treibt den Marktpreis über den natürlichen Preis hinaus; umgekehrt, bei geringem Bedarf und großem Vorrat, sinkt der Marktpreis unter den natürlichen Preis. Halten feil gebotene Quantität und wirksame Nachfrage einander die Wage, dann kommt der Marktpreis annähernd dem natürlichen Preise gleich. Der natürliche Preis ist sozusagen der Zentralpreis, gegen den die Preise aller Waren beständig gravitieren, mögen im übrigen mancherlei Zufälle Marktpreis und natürlichen Preis verschieden gestalten. Besondere Umstände können bewirken, daß der Marktpreis sich längere Zeit hindurch über dem natürlichen Preise erhält. Wenn z. B. ein Färber ein Verfahren entdeckt hat, eine gewisse Farbe mit halb so teuern Materialien, als den gewöhnlich gebrauchten, herzustellen, dann kann er den Vorteil seiner Entdeckung lange für sich und die Seinigen bewahren. Oft ist es die besondere Beschaffenheit oder Lage des Bodens, welche einen Monopolpreis für gewisse Waren (z. B. Weine) erzeugt. Zu den natürlichen Ursachen der Monopolpreise kommen dann noch politische, wie die Verleihung von Privilegien an Handelsgesellschaften, gewerbliche Korporationen (Zünfte). Der Monopolpreis ist jederzeit der höchste, der zu erreichen ist. Der natürliche Preis oder der Preis der freien Konkurrenz ist der niedrigste, der sich zwar nicht jedesmal, aber doch im Durchschnitt einer längeren Zeit nehmen läßt.

27. Der Arbeitslohn² würde in dem ursprünglichen Zustande ohne Privateigentum an Kapital und Boden in dem Produkt der Arbeit bestanden haben. Hätte dieser Zustand fortgedauert, meint Smith, dann

¹ Book 1, chap. 7.

² Book 1, chap. 8.

wäre der Lohn der Arbeit mit all den Steigerungen ihrer produktiven Kräfte, welche durch die Arbeitsteilung herbeigeführt werden, zugleich gewachsen. Alle Dinge wären auch nach und nach wohlfeiler geworden; sie würden durch eine geringere Quantität Arbeit hervorgebracht und darum auch mit dem Produkte einer kleineren Arbeitsmenge gekauft worden sein. Vielleicht auch nicht! Smith beachtet hier zu wenig, daß jene „ursprünglichen“ Zustände kaum zu einer intensiveren Bodenkultur und für den technischen Fortschritt die erforderlichen Antriebe und Voraussetzungen geboten hätten. Wie dem sei, der „ursprüngliche“ Zustand besteht nicht mehr. Neben dem Arbeiter erhebt nach Smith nunmehr auch der Grund- und Kapitaleigentümer seine Ansprüche.

Der Arbeitslohn hängt jetzt regelmäßig von dem zwischen dem Meister und den Arbeitern geschlossenen Verträge ab. Die Interessen sind dabei keineswegs die nämlichen. Die Arbeiter wollen so viel als möglich erhalten, die Meister so wenig als möglich geben. Die ersteren sind zu Koalitionen geneigt, um den Arbeitslohn hinaufzutreiben, die letzteren um ihn herunterzudrücken.

Die Koalitionen der weniger zahlreichen Meister können leichter geschlossen werden. Das Gesetz verbietet dieselben nicht, wohl aber die der Arbeiter: „Wir haben keine Parlamentsakten gegen Verabredungen zur Herabsetzung des Arbeitspreises, wohl aber viele gegen Verabredungen zu seiner Erhöhung.“¹ Die Meister können es überdies meist länger aushalten als die Arbeiter, die ohne Beschäftigung nichts zu leben haben. So ist es für den Arbeiter schwer, im Streite die Oberhand zu behalten. Auf die Dauer freilich kann der Arbeiter dem Meister ebenso notwendig werden wie der Meister ihm; aber die Notwendigkeit ist keine so unmittelbare. Die Meister stehen stets und überall in einer Art stillschweigender Übereinkunft, den Lohn nicht über den jeweiligen Satz steigen zu lassen. Wer davon abgeht, wird mißliebig. Zuweilen kommt es auch durch ausdrückliche Vereinbarung zwischen den Meistern zur Herabsetzung des Lohnes. Fügen sich die Arbeiter, dann erfährt das Publikum nichts davon. Andernfalls gibt es ja großen Lärm. Aber die Arbeiter erreichen meist nicht viel gegen die überlegene Beharrlichkeit der Arbeitgeber, die oft noch den Beistand der Behörden finden.²

Es gibt jedoch einen bestimmten Satz, unter den der gewöhnliche Lohn selbst der geringsten Arbeit nicht auf längere Zeit herabgedrückt werden kann. Der Lohn muß wenigstens hinreichend sein, dem Arbeiter und der Arbeiterfamilie regelmäßig den Unterhalt zu gewähren. Nach dem Vorgange Cantillons nimmt Smith an, daß der geringste Arbeiter durchschnittlich vier Kinder aufziehen muß, wenn zwei davon Aussicht haben sollen, später selbst als Arbeiter tätig zu sein. Der notwendige Unterhalt für vier Kinder wird ungefähr dem eines Mannes gleichgeschätzt. Die geringste Art gewöhnlicher Arbeiter muß also immer wenigstens den doppelten Unterhalt des Arbeiters verdienen. Dabei ist

¹ Book 1, chap. 8; Stöpels Übersetzung I 92.

² Ebd. 198 f.

vorausgesetzt, daß die Frau, wegen der notwendigen Pflege der Kinder, durch ihre Arbeit nur für sich selbst den Unterhalt erwerbe¹.

Nicht in den reichsten Ländern steht der Lohn am höchsten, sondern bei den in rascher Entwicklung zum Reichtum begriffenen Völkern. Der reichliche Lohn der Arbeit ist ebensowohl die notwendige Wirkung (gesteigerte Nachfrage nach „Händen“) wie das natürliche Merkmal wachsenden Nationalreichtums. Der kärgliche Unterhalt der arbeitenden Armen anderseits ist das natürliche Merkmal, daß die Dinge im Stillstand, und ihr Notleiden, daß sie gewaltig im Rückschritt begriffen sind².

Der Preis der Arbeit kann nirgends völlig genau festgestellt werden, da oft an demselben Orte und für dieselbe Sorte von Arbeit nicht bloß je nach der verschiedenen Geschicklichkeit der Arbeiter, sondern auch nach der Willigkeit oder Kargheit der Meister verschiedene Preise gezahlt werden. Wo der Arbeitslohn nicht gesetzlich reguliert ist, können wir nur feststellen, welches der üblichste ist; die Erfahrung scheint zu beweisen, daß Gesetze ihn niemals angemessen regulieren, so oft sie auch mit diesem Anspruche auftraten³.

Das entscheidendste Kennzeichen des Gedeihens eines Landes ist die Zunahme seiner Einwohnerzahl⁴. Wo gute Löhne gezahlt werden, wird diese nicht fehlen. Jede Tiergattung vermehrt sich naturgemäß im Verhältnis zu den Mitteln ihres Unterhaltes. In einer zivilisierten Gesellschaft kann der Mangel an Nahrungsmitteln nur bei den unteren Klassen einer weiteren Vermehrung der Menschen Schranken setzen, dadurch daß er einen großen Teil der Kinder, die ihre fruchtbaren Ehen hervorbringen, vernichtet. Wächst die Nachfrage nach Arbeit, so ermuntert die höhere Belohnung zur Ehe und zur Vermehrung der Arbeiter. Wäre der Lohn einmal zu gering, um die wachsende Nachfrage durch eine zunehmende Volkszahl zu befriedigen, so würde der Mangel an Händen ihn bald in die Höhe treiben, und wäre er einmal größer, so würde die übermäßige Vermehrung der Hände ihn bald wieder auf seinen notwendigen Satz herunterbringen. So reguliert die Nachfrage nach Menschen, in der Smithschen Auffassung gleich der nach jeder andern Ware, notwendig auch die Erzeugung der Menschen, beschleunigt sie, wenn sie zu langsam vor sich geht, und verzögert sie, wenn sie zu rasch fortschreitet⁵.

Die reichliche Belohnung der Arbeit ist also eine Ursache der zunehmenden Volksmenge, wie sie als Wirkung des zunehmenden Reichtums sich darstellt. Sie spornt den gemeinen Mann aber nicht nur zur Fortpflanzung, sondern auch zum Fleiße an, stärkt und löst seine Kräfte. Wo der Arbeitslohn hoch ist, da finden wir die Arbeiter stets tätiger, fleißiger, flinker. Werden die Arbeiter reichlich nach dem Stück bezahlt, so sind sie geneigt, sich zu überarbeiten, ihre Gesundheit und Kräfte vor der Zeit aufzubrauchen⁶. Es ist aber der Ruf der Natur, die eine gewisse

¹ Book 1, chap. 8; Stöpels Übersetzung 194 f.

² Ebd. 101.

³ Ebd. 107.

⁴ Ebd. 97.

⁵ Ebd. 110 f.

⁶ Ebd. 112 ff.

Schonung fordert, — zuweilen durch bloße Ruhe, zuweilen auch durch Zerstreuung und Vergnügung. Der Mann, der maßvoll arbeitet, wird nicht nur seine Gesundheit am längsten erhalten, sondern auch im Laufe eines Jahres die größte Quantität Arbeit verrichten.

28. Der Kapitalgewinn¹ ist ein zweiter Bestandteil des Warenpreises. Man könnte glauben, der Kapitalgewinn sei nur ein anderer Name für den Lohn einer besondern Art Arbeit, derjenigen nämlich, die in der Aufsicht und Leitung besteht. Das ist aber nicht der Fall. Der Kapitalgewinn ist etwas ganz anderes und wird durch andere Prinzipien bestimmt; er steht zu der Menge, Beschwerlichkeit der Aufsicht und Leitung und zu dem hierfür erfordernten Talente in keinem Verhältnis; er richtet sich vielmehr lediglich nach dem Werte des aufgewendeten Kapitals und ist je nach dem Umfange dieses Kapitals größer oder geringer.

„Nehmen wir z. B. an, daß an einem Orte, wo der gewöhnliche Jahresgewinn gewerblicher Anlagen zehn Prozent beträgt, zwei Fabriken sich befinden, in deren jeder zwanzig Arbeiter zu einem Lohn von je 15 Pfund jährlich beschäftigt sind, die also im ganzen je 300 Pfund Arbeitslohn zahlen. Nehmen wir ferner an, daß die groben Materialien, welche jährlich in der einen verarbeitet werden, nur 700 Pfund kosten, während die feineren in der andern 7000 Pfund kosten. Das in der einen jährlich aufgewendete Kapital wird in diesem Falle nur 1000 Pfund betragen, wogegen das der andern 7300 Pfund beträgt. Nach dem Satze von zehn Prozent wird mithin der Unternehmer der einen auf einen jährlichen Gewinn von etwa 100 Pfund rechnen, während der Unternehmer der andern auf etwa 730 Pfund rechnen wird. Obgleich aber der Gewinn so verschieden ist, kann doch ihre Arbeit der Aufsicht oder Leitung ganz oder nahezu dieselbe sein. In manchen großen Fabriken wird fast die ganze Arbeit dieser Art einem Geschäftsführer übertragen. Sein Lohn drückt den Wert dieser Arbeit der Aufsicht und Leitung richtig aus.“² Der Kapitaleigentümer erwartet auch in diesem Falle seinen Gewinn, obwohl er fast aller Arbeit entbunden ist. „Mithin bildet im Preise der Waren der Kapitalgewinn einen vom Arbeitslohn durchaus verschiedenen und nach ganz andern Grundsätzen geregelten Bestandteil.“³

Der Kapitalgewinn hängt in seiner Größe wie der Arbeitslohn ab von dem wachsenden oder sich mindernden Reichtum der Gesellschaft; allein diese Ursachen berühren den einen nicht in derselben Weise wie den andern. Das Wachsen des Kapitals, das den Lohn erhöht, wirkt auf Verminderung des Gewinnes. Werden die Kapitalien vieler reichen Kaufleute demselben Geschäftszweige zugewendet, so wirkt nämlich ihre gegenseitige Konkurrenz auf Verringerung des Gewinnes; und wenn in all den verschiedenen Geschäftszweigen, die in derselben Gesellschaft betrieben werden, eine gleiche Kapitalienvermehrung stattfindet, so muß die Konkurrenz dieselbe Wirkung in allen äußern. In

¹ Book 1, chap. 9.

² Book 1, chap. 6; Stöpel's Übersetzung I 67 f.

³ Ebd. 68.

Ländern, die den höchsten Grad, „das volle Maß“ des Reichtums erlangt haben, werden Arbeitslohn und Kapitalgewinn geringer sein als in aufblühenden Ländern; der Kapitalgewinn, weil Kapital im Überfluß sich anbietet, der Arbeitslohn, weil in stationärem Verhältnisse die Nachfrage nach Arbeit weniger impulsiv zu sein pflegt als bei wachsendem Reichtum.

Die Feststellung des durchschnittlichen Kapitalgewinnes ist bei den vielen Schwankungen desselben sehr schwierig. Jede Preisveränderung, das Glück oder Unglück der Konkurrenten, allerlei Zufälle, denen die Waren beim Transport oder im Lagerhause unterworfen sind usw., alles dies ist von Bedeutung für den Jahresgewinn des einzelnen Kaufmanns. Bedeutend schwieriger wird es sein, den mittleren Gewinn aller verschiedenen Gewerbe eines großen Königreiches festzustellen. Für längst verflossene Zeiten läßt sich darüber kaum ein irgendwie genaues Resultat erzielen. Dennoch bietet die Entwicklung des Zinsfußes eines Landes die Möglichkeit, auf die Entwicklung des Gewinnes zurückzuschließen¹. Der Zinsfuß wird im allgemeinen hoch sein, wenn mit der Nutzung von Geld ein großes Geschäft gemacht werden kann und umgekehrt. Zwei Umstände aber wirken auf die Erniedrigung des Zinsfußes hin, wie die Geschichte lehrt. Einmal eine gute Justiz: wenn das Gesetz die Erfüllung von Verträgen nicht sichert, so setzt es alle Borger so ziemlich auf denselben Fuß mit Bankrottierern oder Leuten von zweifelhaftem Kredit in besser verwalteten Ländern. Die Ungewißheit, sein Geld wieder zu bekommen, veranlaßt den Darleiher, einen sehr hohen Zins zu fordern. Anderseits wird der Zinsfuß, wie schon gesagt, niedriger mit wachsendem Reichtum, in einem Lande, wo die ihr Geld ausleihenden Kapitalisten einander Konkurrenz machen.

Das Verhältnis des marktgängigen Zinsfußes zu dem üblichen Satz des Reingewinnes ändert sich nach dem Steigen oder Fallen des Gewinnes. Doppelte Zinsen werden von den Kaufleuten in Großbritannien als ein guter, mäßiger, billiger Gewinn betrachtet. Der Geldverleiher und der Unternehmer teilen sich in den Gewinn. In einem Lande, wo der gewöhnliche Satz des Reingewinnes acht bis zehn Prozent beträgt, mag es billig sein, daß bei Geschäften, die mit erborgtem Gelde betrieben werden, die Hälfte des Reingewinnes, vier bis fünf Prozent, abgeht. Indessen kann das Verhältnis zwischen den Zinsen und dem Reingewinn in Ländern, wo der gewöhnliche Gewinnsatz entweder viel niedriger oder viel höher ist, nicht das nämliche sein; ist er viel niedriger, so kann für den Zins vielleicht nicht die Hälfte des Reingewinnes bewilligt werden; ist er viel höher, so kann weit mehr gegeben werden.

Hohe Kapitalgewinne erhöhen den Warenpreis. „Unsere Kaufleute und Fabrikherren klagen viel über die schlimmen Wirkungen

¹ Book 1, chap. 9; Stöpels Übersetzung I 122 ff.

der hohen Löhne auf die Erhöhung der Preise und die daraus folgende Verminderung des Absatzes im In- und Auslande. Sie sagen aber nichts von den schlimmen Wirkungen hohen Kapitalgewinnes. Von den verderblichen Folgen der eigenen Vorteile schweigen sie und klagen nur über die Vorteile anderer Leute.“¹

In Ländern, wo man den Dingen ihren „natürlichen“ Lauf läßt, wo vollkommene Freiheit der Berufswahl und des Verkehrs herrscht, müßten an sich, vermöge der Konkurrenz, Arbeitslohn und Kapitalgewinn in allen Geschäftszweigen einer gewissen Gleichheit zustreben. Jedermann könnte sich ja der Beschäftigung zuwenden, die jeweilig die besten Aussichten auf Gewinn böte. Hierdurch aber müßte allmählich ein gewisser Durchschnitt der Unternehmergewinne und Arbeitslöhne erzielt werden². Allein dieser Ausgleichung der Gewinne und Löhne widerstreben einerseits gerade die Verschiedenheit der Gegenstände oder Gewerbe, auf welche Arbeit und Kapital verwendet werden, anderseits gewisse Hemmnisse staatlicher Politik.

Zunächst also wirkt die Verschiedenheit der Anwendung von Arbeit und Kapital der Ausgleichung von Lohn und Gewinn entgegen: 1. je nachdem ein Geschäftszweig angenehmer oder unangenehmer, ehrenvoller oder minder ehrenvoll ist; 2. je nachdem die zur Ausübung erforderliche Geschicklichkeit sich leichter oder schwerer, mit größeren oder geringeren Kosten erlernen läßt; 3. je nachdem die Beschäftigung eine dauernde, sichere oder eine ungewisse, periodische (eine gefährliche, gesundheitsschädliche oder nicht schädliche und gefährliche) ist; 4. je nachdem derjenige, der sie ausübt, größeres oder geringeres Vertrauen beansprucht, von größerer oder geringerer Zuverlässigkeit sein muß; 5. je nach der größeren oder geringeren Sicherheit des Erfolges in Bezug auf Vorankommen, Emporsteigen auf der wirtschaftlichen und sozialen Leiter. Alle diese Verschiedenheiten haben Einfluß auf den Lohn. Den Kapitalgewinn beeinflusst nur die erste und fünfte Besonderheit, die Annehmlichkeit des Gewerbes, die größere oder geringere Sicherheit des Erfolges. Darum halten sich die Gewinne auch leichter auf gleichem Niveau als die Löhne.

Abgesehen von der Eigenart verschiedener Gewerbe kann aber auch die Politik der Regierungen der Niveauequalisierung entgegenwirken, und zwar in dreifacher Art: 1. Durch künstliche Beschränkung der Konkurrenten (man denke an die Zunftverfassung); 2. durch künstliche Vermehrung der Konkurrenz (z. B. durch das Stipendienwesen für Theologen, Literaten); 3. durch künstliche Verhinderung des Umlaufes von Kapital und Arbeit von einem Gewerbe oder Orte zum andern. Letzteres wird

¹ Ebd. 136.

² Book 1, chap. 10. Vgl. Goetz Briefs, Untersuchungen zur klassischen Nationalökonomie. Mit besonderer Berücksichtigung des Problems der Durchschnittsprofitrate (1915) 13 ff. 33 ff.

bewirkt durch Monopole, Zunftzwang, Prämien, hohe Auflagen auf Einfuhr usw. Smith verweist an dieser Stelle¹ insbesondere auf die Regelung des Unterstützungswohnsitzes durch das englische Armengesetz; die Folge sei Zurückweisung fremder Armen durch die Gemeinden, so daß es für den arbeitsuchenden Armen schwerer sei, die künstlichen Schranken eines Kirchspiels zu überschreiten als einen Meeresarm oder einen hohen Gebirgsrücken.

Nach Smith würde also an und für sich, um es noch einmal zu sagen, der Eigennutz Arbeit und Kapital dorthin strömen lassen, wo höherer Gewinn winkt, und zwar bis zur Ausgleichung des Gewinnniveaus mit dem Gewinn anderer Erwerbszweige. Allein einer solchen „natürlichen“ Entwicklung stellt sich wieder der Eigennutz entgegen, welcher die unangenehmen Geschäfte flieht usw.

Auch diese Ungleichheit des Arbeitslohnes und Kapitalgewinnes, die aus der Verschiedenheit der Beschäftigung und der Berücksichtigung der individuellen Neigung, Ehrliche, des individuellen Vorteils dabei sich ergibt, bleibt durchaus „natürlich“. Wenn aber die öffentliche Gewalt irgendeinen Einfluß ausüben will auf Gewinn und Lohn, so ist das „künstlich“; demgegenüber wird daran erinnert, daß die freie Konkurrenz alles am zuträglichsten regle.

29. Die Grundrente² endlich ist der dem Bodeneigentümer für die Benutzung seines Bodens bezahlte Preis. Der Eigentümer erscheint dabei als Monopolist, der den höchsten Preis fordert, welchen der Pächter zahlen kann, d. i. alles, was nach Abziehung der Betriebskosten und des landesüblichen Kapitalgewinnes für den Pächter diesem vom Bruttoertrage übrig bleibt. Bisweilen steckt in der Rente noch eine Vergütung für die erste Urbarmachung des Bodens, eine Verzinsung für Kapitalien, die zu Meliorationszwecken aufgewendet wurden. Allein das ist nur ein Zusatz zur Rente und nicht das Wesentliche derselben. Auch dann muß ja dem Grundherrn eine Rente bezahlt werden, wenn gar keine Arbeiten und Ausgaben für Bodenverbesserung aufgewendet wurden, wo es sich um ganz wüstes Land handelt.

Um aus dem fischreichen Meere in der Nähe der Shetlandinseln Nutzen zu ziehen, muß der Fischer auf dem Lande unmittelbar beim Meere wohnen. Das Land ist unfruchtbar. Die Rente, welche der Pächter zahlt, richtet sich hier vornehmlich nach dem, was das Meer einbringt — einer der seltenen Fälle, wo die Bodenrente einen Teil des Preises von Seefischen bildet. Im übrigen kann „die Rente als der Ertrag der Naturkräfte angesehen werden, deren Nutzung der Grundherr dem Pächter überläßt. Sie ist je nach dem vorausgesetzten Umfang dieser Kräfte, oder mit andern Worten, je nach der vorausgesetzten natürlichen oder künstlichen Fruchtbarkeit des Bodens größer oder kleiner. Sie ist das Werk der Natur, das nach Abzug alles dessen, was als Menschenwerk betrachtet werden kann, übrig bleibt, und beträgt selten weniger als ein Viertel, oft aber mehr als ein Drittel des Gesamtertrages“³.

¹ Book 1, chap. 6; Stöpels Übersetzung I 190 ff.

² Book 1, chap. 11.

³ Book 2, chap. 5; Stöpels Übersetzung II 121 f.

Arbeitslohn und Kapitalgewinn sind die Ursachen des Warenpreises, die Grundrente ist eine Wirkung desselben. Ersetzte der Preis den Lohn der Arbeit und den üblichen Kapitalprofit nicht, dann würde Arbeit und Kapital auf Herstellung anderer Waren verwendet werden. Insofern sind diese beiden Bestandteile des Warenpreises zugleich dessen Ursachen. Werfen die Produkte des Landes bei ihrem Verkaufe mehr ab, als Arbeitslohn und Kapitalgewinn beträgt, so fällt der Überschuf als Rente an den Herrn des Bodens. Die Grundrente ist also eine Wirkung des Warenpreises.

„Hoher oder niedriger Lohn und Gewinn sind die Ursachen eines hohen oder niedrigen Preises; hohe oder niedrige Rente ist die Wirkung desselben. Weil hoher oder niedriger Lohn und Gewinn gezahlt werden muß, damit eine bestimmte Ware zum Markte komme, ist ihr Preis hoch oder niedrig. Aber ob eine hohe, niedrige oder gar keine Rente gezahlt wird, hängt davon ab, ob der Preis der Ware hoch oder niedrig ist, d. h. ob er viel mehr oder etwas mehr oder gar nicht mehr beträgt, als zur Bezahlung des Lohnes und Gewinnes erforderlich ist.“¹

Es gibt Bodenprodukte, welche allzeit eine Rente abwerfen: die Nahrungsmittel². Wie hoch die Rente von Getreidefeldern ist, das hängt von ihrer Fruchtbarkeit und ihrer Lage zum Markte ab. In allen großen Ländern wird der größte Teil des kultivierten Bodens zur Erzeugung von Nahrung für Menschen oder Vieh verwendet. Rente und Gewinn dieses Teiles regulieren die Rente und den Gewinn alles andern angebauten Landes. Bringt irgend ein Produkt weniger ein als Getreide oder Futterkräuter, so wird man den Boden bald in Kornfeld oder Weide verwandeln, und bringt es mehr ein, so wird man einen Teil des Getreide- und Weidelandes auf das bezügliche Produkt verwenden.

Andere Produkte, welche kein notwendiges Nahrungsbedürfnis befriedigen, ergeben nicht immer eine Rente³. Nicht bloß die Höhe, sondern auch das Dasein der Rente hängt hier ganz von der Fruchtbarkeit und der Lage zum Markte ab. Zum Beispiel ein Steinkohlenbergwerk wird selbst bei fortschreitender Kultur, in ungünstiger Lage (große Transportkosten) und bei geringer Ergiebigkeit eine Rente nicht immer erzielen, vielleicht nicht einmal der Arbeitslohn und das aufgewendete Kapital mit seinen Gewinnansprüchen dabei Deckung finden. Für Waldungen, Steinbrüche, Bergwerke, Fischereien usw. entscheidet bald die Lage, bald die Ergiebigkeit, bald beides zusammen über Höhe und Existenz der Rente zugleich.

Viele Rohprodukte erhalten erst mit fortschreitender Kultur⁴, bei wachsendem Reichtum und wachsender Volkszahl einen Wert, wie überhaupt entsprechend der Nachfrage der Wert aller Produkte steigt.

¹ Book 1, chap 11; Stöpels Übersetzung I 204.

² Ebd. (1) 204 ff.

³ Ebd. (2) 225 ff. ⁴ Ebd. (3) 299 ff.

Aber nicht alle Bodenprodukte lassen sich in gleichem Maß vermehren. Es gibt 1. Produkte, welche der menschliche Fleiß überhaupt nicht vermehren kann oder die sich seiner Fürsorge entziehen, z. B. seltene Vögel oder Fische. Wächst die Nachfrage nach diesen, so bildet allein die Liebhaberei eine Grenze für den Preis. 2. Solche, welche der menschliche Fleiß stets vermehren kann im Verhältnis zur Nachfrage. Steigt der Preis solcher Produkte auch mit zunehmender Kultur, so doch nur bis zu dem Punkt, wo ihre Produktion ebenso gewinnbringend wird wie diejenige irgend eines andern Dinges, das menschlicher Fleiß dem fruchtbarsten und bestkultivierten Boden abgewinnen kann. Über diesen Punkt hinaus kann der Preis nicht wohl dauernd steigen, da sonst bald mehr Land und Fleiß auf Vermehrung der Menge dieses Produktes verwendet werden würde. Steigt z. B. der Preis des Viehes so hoch, daß es ebenso gewinnreich ist, auf dem Boden Nahrung für Vieh als für Menschen zu ziehen, so kann er (wo fremdes Getreide fehlt) nicht wohl höher gehen, da sonst bald fast alles Getreideland zu Weide gemacht werden würde. 3. Solche Rohprodukte, auf deren Gewinnung der menschliche Fleiß nur einen beschränkten und unsichern Einfluß ausüben kann, z. B. bei Fischereien, Bergwerken. Ob Bergwerke eine Rente abwerfen können und wie hoch sie sei, das hängt bei den edeln Metallen fast nur von der Ergiebigkeit der Bergwerke ab. Die ganze zivilisierte Welt bildet für Edelmetalle den Markt. Bei ihrem hohen Werte und bei dem, im Verhältnis zu größeren Waren, leichten Transport kommt die Lage des Bergwerkes kaum in Betracht. Ergiebiger heißt ein Bergwerk, bei welchem mit gleichem Aufwand von Arbeit und Kapital eine größere Quantität edeln Metalles gewonnen wird als in einem andern, minder ergiebigen.

Wir wollen hier nicht noch einmal Smiths Lehre von den „ursprünglichen“ Zuständen und von „der Arbeit als dem wirklichen Maße des Wertes aller Waren“ usw. einer Kritik unterwerfen¹. Nehmen wir die Verhältnisse, wie sie tatsächlich liegen. Durch das Zusammenwirken der geschäftlichen Leitung mit der Tätigkeit des Arbeiters, die sich unter Anwendung von Maschinen vollzieht, werden neue Gebrauchsgegenstände in der Fabrik geschaffen². Der Bauer ferner produziert sein Korn usw., indem er die natürlichen Kräfte des Bodens sich dienstbar macht. Der Arbeiter bezieht seinen Lohn, der Kapitalist seinen Gewinn, der Grundeigentümer seine Rente. Es ist der Preis der Produkte, aus dem die Kosten der Produktion ersetzt werden, durch den nach der Absicht des Produzenten Arbeitslohn, Kapitalgewinn, Rente bezahlt werden sollen. Dennoch ist es wohl kaum zulässig, von Lohn, Profit, Rente schlechthin als den drei „Bestandteilen“ des Preises zu reden und denjenigen Preis als den „natürlichen“ zu bezeichnen, der Lohn, Profit und Rente einträgt. Als Ausdruck des Tauschwertes der Ware durch eine andere Ware bzw. durch Geld erhält der Preis wie der Tauschwert seine objektive Bestimmung durch das Verhältnis von Vorrat und Bedarf der verschiedenen Gebrauchsgegenstände, deren Zweck die Befrie-

¹ Bd. 1²: Kap. 1, § 4, 53 ff.

² Book 2, chap. 3; Stöpels Übersetzung II 77.

digung menschlicher Bedürfnisse ist. Der in letzter Instanz entscheidende Bestimmungsgrund für Wert und Preis ist nach der teleologischen Wertauffassung in dem menschlichen Bedürfnen zu suchen¹. Werden die Kosten nicht ersetzt, ist auf die Dauer keine Rente, kein Gewinn zu erhoffen, dann wenden sich die privaten Produzenten einem andern Felde, das bessere Aussichten bietet, zu. Aber der eigentliche und letzte Grund, warum die Konsumenten sich dazu verstehen, einen höheren Preis für eine Ware zu zahlen, ist nicht der Wille und das Interesse der Produzenten, sondern der eigene Nutzen und die Notwendigkeit der Produkte für die Befriedigung eines gegebenen Bedarfs. Der natürliche und objektive, innere Endzweck der Produktion bleibt die Herstellung von Gebrauchsmitteln, nicht von Tauschmitteln, mag letztere auch der subjektive Zweck der produzierenden Kapitalisten sein. Das Erwerbsinteresse der Produzenten ordnet sich naturgemäß der volkswirtschaftlich geeigneten Bedarfsdeckung des Volkes unter. Das ist ein Grundgedanke in der von uns vertretenen Volkswirtschaftslehre. Wir werden später darauf zurückkommen. Eine für das bei der Produktion beteiligte Kapital günstige Preisbildung ist für die Nation als Ganzes durchaus nicht immer ein Vorteil, wird vielmehr die Art der Verteilung innerhalb der Nation sogar ungünstig beeinflussen, insoweit im inneren Verkehr der eine Teil der Volksglieder auf Kosten der andern sich ungebührlich bereichern will. Spricht man von einem „natürlichen“ Preise, so darf dieser nicht an erster Stelle in der Befriedigung der Ansprüche der Produzenten erblickt und dem Marktpreise gegenübergestellt werden. Vielmehr ist gerade der Marktpreis eines hinreichend großen Marktes, insofern die soziale Schätzung das tatsächliche Verhältnis zwischen Warenvorrat und Bedarf im allgemeinen richtig erfasst, weit eher als der „natürliche“ Preis der Waren anzusehen. Das ist der Normalpreis, um welchen Schwankungen nach oben und unten möglich bleiben.

30. Der *improving, declining, stationary state* eines Landes ist von großem Einfluß auf die Höhe des Preises der Rohprodukte² und der Industrieerzeugnisse³. Führt der Kulturfortschritt durch wachsende Volkszahl, die er ermöglicht, naturgemäß, bei gleicher Fläche bebauten Landes, zu einer Erhöhung des Sachpreises (nicht etwa bloß des nominellen Preises infolge Vermehrung der edeln Metalle) der Bodenerzeugnisse, so erniedrigt sich umgekehrt mit wachsender Kultur, durch die Fortschritte der Arbeitsteilung und Maschinenteknik, der Preis der Manufakturwaren. Die produktive Kraft der Arbeit wird eben durch höher entwickelte Arbeitsteilung und Technik gesteigert. Eine gleiche Anzahl Menschen liefert da bei gleicher Anstrengung, gleichen Kosten, eine größere Quantität und eine bessere Qualität solcher Waren. Die Verminderung des Preises ist

¹ Vgl. Bd. I: Grundlegung 39 52.

² Book 1, chap. 11; Stöpels Übersetzung I 299 ff.

³ Ebd. 336 ff.

jedoch nicht für alle Waren die gleiche. Auch kann es geschehen, daß die gleichzeitige Verteuerung des Rohmaterials im Preis des fertigen Fabrikates die Minderung der Manufakturkosten verschwinden läßt.

Die drei verschiedenen Volksklassen, unter welche sich der gesamte Jahresertrag des Bodens und der Arbeit bzw. der Gesamtpreis dieses Jahresertrages verteilt, bilden die drei großen ursprünglichen Stände, aus denen jede zivilisierte Gesellschaft besteht (*the three great, original and constituent orders of every civilized society*). Aus ihrem Einkommen wird schließlich das Einkommen jedes andern Standes bestritten¹. Das Interesse des ersten und zweiten Standes, der Grundeigentümer und der Arbeiter, ist mit dem allgemeinen Interesse der Gesellschaft innig und unzertrennlich verbunden. Das Interesse des dritten Standes, derer, die vom Gewinn leben, hat jedoch nach Smith nicht den gleichen Zusammenhang mit dem allgemeinen Interesse und dem Fortschritte der Gesellschaft wie das der beiden andern.

Jede Verbesserung innerhalb der Gesellschaft, der ausgedehntere Anbau des Landes, Vermehrung des Verkehrs unter den verschiedenen Teilen desselben, Zunahme und Verbesserung der Arbeit, erhöhen die Bodenrente und gewähren dem Grundeigentümer auch dadurch Vorteil, daß er mittels derselben über mehr Arbeit gebieten kann.

Der Lohn des Arbeiters ist niemals so hoch, als wenn die Nachfrage nach Arbeit stetig wächst und die beschäftigte Arbeitermenge von Jahr zu Jahr zunimmt, also beim fortschreitenden Reichtum der Gesellschaft. Ist der Reichtumszustand stationär, dann sinkt der Lohn des Arbeiters bald auf das Niveau, auf dem er nur eben noch im stande ist, eine Familie durchzubringen (*bring up a family*) oder das Arbeitergeschlecht fortzupflanzen. Gerät die Gesellschaft in Verfall, so sinkt der Lohn sogar noch tiefer. Kein Stand leidet so grausam beim Verfall der Gesellschaft wie die Arbeiter.

Das behufs Gewinns angelegte Kapital mag den größten Teil der nützlichen Arbeit einer Gesellschaft in Bewegung setzen. Allein der Gewinnsatz steigt hier nicht wie die Rente und der Arbeitslohn mit dem Gedeihen der Gesellschaft und sinkt nicht mit ihrem Verfall. Er ist im Gegenteil seiner Natur nach in reichen Ländern niedrig, in armen hoch, und in Ländern, die am schnellsten ihrem Untergang entgegenzueilen, stets am höchsten. Soweit also der eigene Vorteil, das Selbstinteresse in Betracht kommt, ist der Kapitalist ganz anders bei den verschiedenen Zuständen der Gesellschaft interessiert als der Arbeiter und der Grundeigentümer.

Großhändler und Fabrikherren sind in diesem Stande die beiden Klassen, die gewöhnlich die größten Kapitalien anlegen; sie sind auf ihren Vorteil am wachsamsten, stets mit Plänen und Entwürfen beschäftigt und darum

¹ Book 1, chap. 11 (3) Schluß des Kapitels; Stöpels Übersetzung I 342 ff.

höchst scharfsinnig in Verfolgung ihres Vorteils, genießen ihres Reichtums wegen großes Ansehen. „Allein, da ihre Gedanken sich gewöhnlich mehr mit dem Interesse ihres besondern Geschäftszweiges beschäftigen als mit dem Interesse der Gesellschaft, so kann man sich auf ihr Urteil, selbst wenn es mit der größten Aufrichtigkeit gegeben wird (was nicht in allen Fällen geschieht), weit mehr in Betreff des ersteren als des letzteren verlassen. . . . Das Interesse der Händler in jedem Zweige des Handels und der Gewerbe ist stets in gewisser Hinsicht vom öffentlichen Interesse verschieden und ihm sogar entgegengesetzt. Es liegt immer im Interesse der Händler, den Markt zu erweitern und die Konkurrenz einzuschränken. Die Erweiterung des Marktes ist oft für das öffentliche Interesse vorteilhaft, aber die Einschränkung der Konkurrenz muß ihm stets schädlich sein und kann nur dazu dienen, den Händlern größere Gewinne zu verschaffen, als sie ihrer Natur nach sein würden, und sie dadurch in den Stand zu setzen, zu ihren Gunsten den übrigen Bürgern eine alberne Abgabe (an absurd tax) aufzulegen. Auf Vorschläge zu neuen Gesetzen und Regelungen des Verkehrs, welche von dieser Seite kommen, sollte man stets nur mit der größten Vorsicht hören und sie niemals annehmen, bevor man sie nicht nur mit der gewissenhaftesten, sondern auch mit der argwöhnischsten Aufmerksamkeit lange und reichlich geprüft hat. Sie kommen von einer Klasse von Leuten, deren Interesse niemals genau mit dem öffentlichen zusammenfällt, die gewöhnlich ein Interesse haben, das Publikum zu täuschen und selbst zu bedrücken, und die es wirklich bei vielen Gelegenheiten getäuscht und bedrückt haben.“¹

Adam Smith zieht jedoch auch hier wiederum nicht nach jeder Seite hin die richtigen Konsequenzen. Nachdem er von dem häufigen Gegensatz zwischen dem Gesamtinteresse des Volkes und dem Privatinteresse der Kapitalistenklasse gesprochen, hätte er folgerichtig nicht bloß der merkantilistischen Schranken, sondern auch der Gefahren der Freiheit in Geltendmachung des Privatinteresses gedenken und zur Forderung einer vernünftigen Beschränkung dieser Freiheit kommen sollen². Allein diese Forderung würde ihn leicht in Konflikt gebracht haben mit der individualistischen Grundlage seines Systems. Was Smith hier sagt, tut den Großhändlern und Fabrikherren nicht weh und hat für den Ausgleich des Gesamtwohles und des privaten Eigennutzes praktisch geringe Bedeutung.

Smith beschließt das dritte Buch des „Wealth of nations“³, indem er das in einem Lande durch Handel und Industrie erworbene Kapital so lange einen „sehr prekären und unsichern Besitz“ nennt, bis ein Teil desselben in der Kultur des Bodens gesichert und realisiert sei. „Die gewöhnlichen Erschütterungen

¹ Ebd. 346 f.

² Gegenüber der merkantilistischen Monopolwirtschaft durfte die Freiheitsforderung in richtigem Umfange als gerechtfertigt erscheinen. „Der logische Gedankengang (bei Smith)“, sagt Maurice Siew (Jahrb. f. Nationalökonomie u. Statistik XXXVIII [1909] 375), „ist folgender: Die wirtschaftliche Freiheit beeinflusst die Ausdehnung des Marktes, die Ausdehnung des Marktes die Arbeitsteilung, die Arbeitsteilung die Produktivität der Arbeit und die Produktivität der Arbeit den Reichtum des Landes.“

³ Stöpels Übersetzung II 192 f.

des Krieges und des Staates trocknen leicht die Quellen des nur dem Handel entsprossenen Reichtums aus; derjenige hingegen, der aus den soliden Verbesserungen des Ackerbaues hervorgeht, ist weit dauerhafter und kann nur durch die gewaltsameren Konvulsionen zerstört werden, wie sie durch jahrhundertelange Verheerungen feindlicher und barbarischer Völkerschaften veranlaßt werden, und wie sie einige Zeit vor und nach dem Falle des römischen Reiches im Westen Europas sich ereigneten.“

III. Der Freiheitsgedanke in Smiths Industriesystem.

31. Die philosophische Grundanschauung und das geschichtliche Milieu.
Wer A. Smiths individualistischen Standpunkt richtig würdigen will, muß einerseits das geschichtliche Milieu, andererseits die philosophische Grundanschauung des Verfassers des „Wealth“ gebührend beachten.

Ein zum Teil sehr entartetes Korporationswesen, die Vorliebe des merkantilistischen Staates für Bevormundung und Reglementierung der ganzen Gewerbstätigkeit im Volke konnten dazu verleiten, in der vollkommensten Freiheit (perfect liberty)¹ Rettung und Heil zu sehen. „Das Vorgeben, daß Zünfte zur besseren Leitung des Gewerbes notwendig seien“, sagt Smith², „entbehrt aller Begründung. Die wahre und die wirksame Aufsicht, die über einen Arbeiter geführt wird, geht nicht von seiner Zunft, sondern von seinen Kunden aus. Die Furcht, ihre Arbeit zu verlieren, hält ihn vom Betrüge ab und zügelt seine Nachlässigkeit. Ein Zunftmonopol schwächt notwendig die Kraft dieser Aufsicht.“ Ebenso wenig gereicht die Einmischung der Regierung in wirtschaftliche Verhältnisse dem Volke zum Vorteil. „Die europäische Wirtschaftspolitik bringt durch Hemmung der freien Zirkulation der Arbeit und des Kapitals, sowohl von Geschäft zu Geschäft als von Ort zu Ort, in manchen Fällen eine sehr schädliche Ungleichheit in der Gesamtheit der Vorteile und Nachteile ihrer Anlagen hervor usw.“³

Über die moralphilosophischen Anschauungen A. Smiths hat der erste Band dieses Werkes genügend unterrichtet⁴: Die Natur leitet uns

¹ Vgl. z. B. Book 1, chap. 10. Part. 2 zu Anfang.

² Book 1, chap. 10; Stöpels Übersetzung I 166 ff. 181. ³ Ebd. 188.

⁴ Bd. I²: 4. Kap., § 3, 281 ff. Ausführlicher in H. Pesch, Liberalismus, Sozialismus und christliche Gesellschaftsordnung II² (1899) 104 ff. Earl of Buchan zweifelt daran, ob Adam Smith ein Christ war im positiven Sinne. Schweizer (Individualismus von Smith 59) hält Smith für einen liberalen Protestanten; ein gründlicher Theologe sei er jedenfalls nicht gewesen. Es ging Smith wohl wie vielen unserer heutigen Gebildeten, die nicht streng gläubig, aber auch nicht mit voller Bestimmtheit ungläubig sind; in ihrer Weltanschauung offenbart sich viel Inkonsistenz und Konfusion. Wenn wir Smith einen Deisten nannten, so fügten wir bei (Die philosophischen Grundlagen des ökonomischen Liberalismus² [1899] 112 A. 2), daß er nicht zu jenen extremen Deisten gehörte, welche die Erhaltung der Welt durch Gott und eine göttliche Vorsehung leugneten. Einer der vorzüglichsten Kenner des englischen Deismus, Robert Flint, be-

zu dem größten Teile durch ursprüngliche und unmittelbare Triebe, auf wirtschaftlichem Gebiete durch die Selbstliebe (selfish passions). Jene Triebe geleiten uns, wenn ungestört in ihrem Wirken, zu dem großen Endziel der Natur, zum Glück, auf wirtschaftlichem Gebiete zum allgemeinen Wohlstande. „Die gleichmäßige, beständige und ununterbrochene Anstrengung jedes Menschen, seine Lage zu verbessern, dieser Trieb, aus dem der öffentliche wie der Privatwohlstand entspringt, ist oft mächtig genug, um trotz der Ausschweifung (extravagance) der Regierung und der größten Mißgriffe der Verwaltung den natürlichen Fortschritt zum Besseren aufrecht zu erhalten. Gleich dem unbekannten Triebe animalischen Lebens stellt er oft trotz der albernen Vorschriften des Arztes Gesundheit und Kräfte des Körpers wieder her.“¹ Smith hat nicht gelehrt, daß die Selbstliebe immer von selbst mit Notwendigkeit zum Gemeinwohle führe. Er hat auch die Selbstliebe nicht zum ausschließlichen Grundprinzip des menschlichen Handelns gemacht. Er kennt wohlwollende Triebe in der menschlichen Natur. Aber dieses Wohlwollen gehört nicht zum Fundamente der Reiche, hat mit der bürgerlichen Solidarität als natürlicher Rechtspflicht nichts zu tun²; es ist doch mehr eine Verzierung des gesellschaftlichen Gebäudes, vollkommen frei, seine Verletzung nicht einmal vom Gefühl der Schuld begleitet³.

Die Anschauungen A. Smiths über Staat und staatliche Aufgaben stehen sodann unverkennbar unter dem Einfluß des individualistischen Naturrechts der Aufklärungsphilosophie, jenes Naturrechts, das vom Individuum und dessen „natürlichen“ Rechten ausgeht.

streitet überhaupt, daß in dieser absoluten Scheidung Gottes von der Welt das Wesen der deistischen Lehre gesucht werden dürfe: „Christian apologists, as a rule, when speaking of the so called ‚English deists‘, represent them as having denied that God was present and active in the laws of nature. This is erroneous and unfair. One or two of them may have done so, but certainly what as a body they denied, was merely that God worked otherwise than through natural laws.“ (Vgl. dazu Theorie der moralischen Empfindungen, Braunschweig 1770, 207 f.) Verschiedene Äußerungen Smiths, die Schweizer (a. a. O. 56 ff) zusammenstellt, beweisen nicht, daß Smith sich dem Einfluß der seine Zeit weithin beherrschenden Vorstellungen, jener naturalistisch-deistischen Auffassung der „Natur“, des „Natürlichen“ usw. entzogen habe. Es ist dieser Einfluß zugleich mit dem Gegensatz gegen die merkantilistische Staatsbevormundung, was Smith zur Überschätzung dessen verleitete, was von selbst geschieht (let her [nature] alone) gegenüber dem „Künstlichen“ und insofern „Unnatürlichen“. Vgl. auch Friedrich Hoffmann, J. Bentham und Ad. Smith, in Schmollers Jahrbuch XXXIV (1910) 483 ff., insbesondere 497 ff.

¹ Book 2, chap. 3; Stöpel's Übersetzung II 94. Man braucht darum nicht gerade die Selbstliebe im Sinne Smiths mit rücksichtslosem Egoismus gleichzustellen. Vgl. Diehl, Theoretische Nationalökonomie (1916) 158 ff. Vgl. auch Knies, Politische Ökonomie² (1883) 228 ff.

² Book 4, chap. 2; Stöpel's Übersetzung 230 f.

³ Smith. Theorie der moralischen Empfindungen. Nach der dritten englischen Ausgabe übersetzt (1770) 184 f. 204 f.

Es ist keine Manifestation der *lex aeterna*, welche das soziale staatliche Zusammenleben der Menschen ordnet, dem Staate seinen natürlichen Zweck vorzeichnet und hiernach Recht und Pflicht des Staates und der Bürger im Staate und gegenüber dem Staate bemißt und verteilt. Smiths eigene Auffassung findet sich dargelegt in verschiedenen Stellen der „Theory of moral sentiments“, dann im fünften Buche des „Wealth of nations“. Weiteren Aufschluß geben die 1896 von Cannan herausgegebenen „Lectures on Justice“. In der hier gebotenen geschichtsphilosophischen Entwicklungslehre des Staates gilt als dessen Hauptzweck der Schutz des Eigentums; auch erscheint da für die höheren Stufen der Entwicklung eine korporative Gestaltung des Gesellschaftslebens als wenig zuträglich usw.

Nach allem versteht es sich ohne weiteres, in welchem Sinne und warum die Freiheitsforderung im „Wealth of nations“ immer wieder grundsätzlich erhoben wird: alle Bürger sollen die vollkommenste Freiheit bewahren, ihr Kapital und ihre Arbeit auf die ihnen vorteilhafteste Weise anzuwenden. Eine Einmischung der Regierung, welche die freie Verwertung des privaten Fleißes und Kapitals behinderte, wäre dem nationalen Wohlstande schädlich. Indem nämlich ein jeder den eigenen Vorteil erstrebt, befördert er regelmäßig ganz „von selbst“ zugleich auch den Nationalreichtum — „von einer unsichtbaren Hand geleitet“¹. Die freie Konkurrenz setzt dem Eigennutz die erforderlichen Schranken; so hält sie insbesondere auch die Preise auf einem, den gegebenen Verhältnissen entsprechenden, niedrigsten Stande, bewirkt die Versorgung des Volkes mit bester Ware² usw.

Es wäre ungerecht, Smith absoluten Mangel an historischem Sinne vorzuwerfen³. Er kennt den Einfluß örtlicher, zeitlicher Verhältnisse auf den Entwicklungsgang des Wirtschaftslebens. Gleichwohl erscheint innerhalb seines Systems die freie Wirtschaftsverfassung als die nunmehr dauernd beste Organisation für alle Zeiten und alle Völker.

Aber auch so blieb in der Freiheitsforderung

32. Adam Smith maßvoller als das spätere Manchestertum. Er ließ z. B. Zinsgesetze zu⁴, weshalb Bentham in seiner „Verteidigung des Wuchers“ ihn angriff. Auch empfahl Smith eine gewisse Regelung des

¹ Book 4, chap. 2; Stöpels Übersetzung II 227 230 f.; Book 4, chap. 7: ebd. III 167 usw. Vgl. auch Theorie der moralischen Empfindungen 373 f.

² Book 1, chap. 10; Stöpels Übersetzung I 181.

³ Wir teilen die Auffassung Karl Diehls, wenn er sagt: Smith war kein extremer Dogmatiker in seinen theoretischen Darlegungen. Da findet sich auch viel induktives Material. Aber als Wirtschaftspolitiker und Wirtschaftsphilosoph hat er allerdings das Ideal einer freien Menschengemeinschaft vor sich und deduziert daraus bestimmte Postulate allgemeiner Art für alle Völker aller Zeiten bezüglich der Handelspolitik, Gewerbepolitik usw. (Conrads Jahrb. 1908, 1. Heft, 122 f.).

⁴ Book 2, chap. 4; Stöpels Übersetzung II 104 ff.

Bankwesens, Schranken gegen das Übermaß der Banknotenausgabe. „Privatleute daran zu hindern, die Noten eines Bankiers . . . in Zahlung zu nehmen“, bemerkt er¹, „wenn sie dazu bereit sind, sei, könnte man sagen, eine offenbare Verletzung der natürlichen Freiheit, die das Gesetz nicht schwächen, sondern aufrechterhalten soll, . . . allein Handlungen der natürlichen Freiheit weniger einzelnen, die die Sicherheit der ganzen Gesellschaft gefährden, werden durch Gesetze aller Staaten eingeschränkt und müssen eingeschränkt werden, in den freiesten nicht weniger als in den despotischen Staaten. Die Nötigung, Brandmauern zu errichten, damit das Weitergreifen des Feuers verhindert werde, ist eine ganz ähnliche Verletzung der natürlichen Freiheit wie die hier empfohlene Regelung des Bankwesens.“ Smith kannte ferner einen Prüfungszwang im Interesse der nationalen Bildung und zum Schutze gegen unwiederbringliche Jugendversäumnisse, einen Waffenübungszwang². Die kosmopolitische Idee einer Weltgemeinschaft, wobei die Individuen des Volkes mit den Individuen aller andern Völker frei in Verkehr treten können, findet sich bei A. Smith auch noch nicht in extremer Form. Er hält die Herstellung voller Handelsfreiheit für das England seiner Zeit für ebenso absurd als die Einführung eines Zustandes nach dem Muster der Utopie von Thomas Morus oder Harringtons „Oceana“³.

Der Staat im Sinne Smiths ist ferner nicht bloß Sicherheitsproduzent, der Nachtwächterstaat des Manchestertums. Außer der erhaltenden Staatstätigkeit gibt es eine das Volkswohl fördernde, wenigstens in engen Grenzen: Nach dem System der natürlichen Freiheit, zu dem Smith sich bekennt, hat der Souverän drei Pflichten zu beobachten, allerdings drei Pflichten von höchster Bedeutung, aber einfach und faßlich für den gemeinen Menschenverstand: erstlich die Pflicht, das Volk gegen Gewalttätigkeiten und Angriffe anderer unabhängiger Völker zu schützen; zweitens die Pflicht, jedes Glied des Volkes möglichst vor Unrecht oder Beeinträchtigung seitens aller andern Glieder desselben zu bewahren, d. h. die Pflicht, eine unparteiische Rechtspflege aufrecht zu erhalten; drittens die Pflicht, gewisse öffentliche Werke oder Anstalten zu errichten und zu unterhalten, welche einzelne oder eine kleine Zahl von einzelnen kein Interesse haben, zu errichten und zu erhalten, weil der Gewinn niemals einem einzelnen oder einer kleinen Zahl von einzelnen die Kosten ersetzen würde, obgleich er einem großen Volke die Kosten oft überreichlich ersetzen kann⁴. Für gute Straßen z. B., für Brücken, für Kanäle, Häfen u. dgl. sorgt am besten die Regierung. Derartige Anstalten übersteigen die Kräfte der Privaten; zu ihrer Herrichtung treibt auch den einzelnen nicht immer kräftig genug der eigene Vorteil. Dennoch sind sie von

¹ Book 2, chap. 2; ebd. 69.

² Book 5, chap. 1; ebd. IV, 1 ff. 85 ff.

³ Book 4, chap. 2; ebd. II 251.

⁴ Book 4, chap. 9; ebd. III 242.

großer Bedeutung für den Wohlstand, weil sie den Markt erweitern, den Umsatz der Waren erleichtern. Selbst, wo es sich nicht um den öffentlichen, allgemeinen Verkehr handelt, sondern um den Vorteil einzelner Handelszweige, die durch Anlage von Faktoreien, kleiner Festungen, durch Gesandtschaften und Konsuln geschützt und gefördert werden, ist die Hilfe des Staates am Platze. Nur sollten hier die speziellen Interessenten die Kosten tragen, für welche sie ja wieder bei denjenigen Ersatz suchen können, die ihre Waren verbrauchen¹. Unternehmungen, die, wie z. B. die Urbarmachungen von Ländereien, die Anlage neuer Manufakturen u. dgl., anfangs ein Reineinkommen kaum gewähren, können durch Befreiung von öffentlichen Beiträgen so lange bevorzugt werden, bis sie ein reines Einkommen abwerfen; länger aber nicht, damit nicht ein dem freien Wettbewerb schädliches Monopol entstehe. Auch sonst ist die Begünstigung einer bestimmten Industrie berechtigt, wenn dieselbe für die Sicherheit des Staates als nötig sich erweist.

Man darf wohl bezweifeln, ob das, was an positiver Förderung der Volkswirtschaft der Staat nach Smith zu leisten hat, dem Staatszweck und darum der Staatspflicht in volkswirtschaftlicher Beziehung überall genügen könne. Auch erscheinen die Schranken, welche Smith der individuellen Freiheit zieht, immerhin doch nur als seltene und unzulängliche Ausnahmen von dem prinzipiell anerkannten System der natürlichen Freiheit und der Forderung der freien Konkurrenz².

33. Mit dem Hinweis auf den Mangel an Freiheit im Mittelalter und im Merkantilsystem, auf die verderbliche Monopolwirtschaft früherer Zeiten, wie auf das verfehlte Bestreben der Regierungen in der Neuzeit, Kapital- und Arbeitsverwendung in ihrem Sinne auf ein angebliches Gemeinwohl hinzulenken, verbindet Smith den Beweis für die praktische Vortrefflichkeit des Systems der natürlichen Freiheit.

Die Überreste des Feudalwesens³, das Erstgeburtsrecht, die Fideikomnisse, Majorate usw. sicherten den ausschließlichen Besitz des Grund und Bodens einzelnen Familien. Große, reiche Grundbesitzer aber sind oft mehr zur Verschwendung geneigt als zur rationellen Bewirtschaftung und Ausnützung des gesamten Landes; sie verwenden einen Teil des Bodens zu ihrem Vergnügen, bleiben im übrigen persönlich nicht selten fern von ihren Gütern, überlassen den Anbau usw. den Verwaltern oder Pächtern. Diese Verwaltung aber ist dem vollkommenen Anbau der Ländereien meist noch weniger günstig als die Verpachtung. Doch auch der Pächter hat, namentlich wenn die Pacht nicht auf lange Zeit geschlossen ist, weniger Interesse an den Verbesserungen als der fleißige, mit dem Anbau des Bodens selbst beschäftigte Eigentümer, meist auch

¹ Book 5, chap. 1 2: ebd. IV 40 ff. 51 ff. 154 f. 175 ff.

² Vgl. z. B. Book 5, chap. 2; Stülpels Übersetzung IV 177.

³ Book 3, chap. 2: ebd. II 145 ff.

nicht das dazu erforderliche Kapital. Sollen diese Übelstände verhindert werden, nicht ganze Strecken unangebaut oder schlecht angebaut bleiben, dann wird es also besser sein, daß der Grund und Boden nicht im ausschließlichen Besitz privilegierter Familien oder Korporationen stehe, daß er dem freien Verkehr gänzlich überantwortet und dem Kapital die unbeschränkte Möglichkeit eröffnet werde, der Landwirtschaft sich zuzuwenden.

Aber auch noch andere Umstände¹ verhinderten eine vollkommenere Kultur des Bodens. So die Sklaverei oder Leibeigenschaft der Landarbeiter. Sklavenarbeit ist nur scheinbar billig. Sklaven essen viel und leisten wenig. Schädlich sind ferner Fronen, Gerechtsame wie Hut- und Triftrecht u. dgl.; ebenso unzweckmäßige Abgaben an den Staat, auch sonstige drückende Auflagen, wie der Zehnte. Schließlich gehört hierhin das Verbot des freien Handels mit den Erzeugnissen des Bodens oder wenigstens die Einschränkung dieses Handels. Die Erweiterung des Marktes ist nicht bloß für die Entwicklung der Manufakturen von Vorteil, sondern wirkt auch günstig auf die Vervollkommnung der landwirtschaftlichen Produktion. Nur in ganz außerordentlichen Fällen, wenn die Ausfuhr das gewöhnliche Maß weit zu übersteigen droht, mag allerdings eine zeitweilige Beschränkung dieser Ausfuhr dem Lande zum Vorteil gereichen.

Bei natürlicher Entwicklung scheiden sich mit zunehmender Bevölkerung, fortschreitender Arbeitsteilung, wachsendem Reichtum die städtischen Gewerbe von den ländlichen². Und es gibt dann keinen vorteilhafteren Verkehr als den zwischen Stadt und Land. Allein dieser natürlichen Entwicklung wurde nicht selten vorgegriffen³. Die feudale Beherrschung des Bodens, der elende Zustand der Landbewohner verursachte und beförderte auch dort und zu einer Zeit die Bildung von Städten, die Entstehung von städtischen Manufakturen und städtischem Handel, wo noch für die fruchtbarste aller Verwendungen von Kapital und Arbeit, nämlich auf das Land, an und für sich hinreichend Raum und Gelegenheit gewesen wäre. Städte, die nicht auf Grund der natürlichen Entwicklung entstanden sind, finden an dem sie umgebenden Lande mit seiner Bevölkerung kaum den zu ihrem gesicherten Bestande und ihrem Gedeihen nötigen Rückhalt. Ermöglicht es ihre Lage, so suchen sie darum durch Handel mit dem Auslande, durch Verarbeitung fremdländischer Rohstoffe ihre Existenz zu gewinnen. Aber diese Quellen ihres Wohlstandes versiegen nur zu leicht, wie der Verfall so mancher deutschen Städte beweist. Immerhin haben auch die der natürlichen Entwicklung vorausseilenden Städtebildungen dem Landbaue genützt. Die Erzeugnisse des Bodens fanden in den Städten lohnenden

¹ Ebd. 150 ff.

² Book 3, chap. 1; ebd. 138 ff.

³ Book 3, chap. 3; ebd. 161 ff.

Absatz; städtisches Kapital wendete sich der Bebauung der in der Nähe der Stadt gelegenen Grundstücke zu; auch gaben die Städte dem ganzen Lande ein Beispiel bürgerlicher Freiheit, Regsamkeit, Sicherheit.

Das rasche Gedeihen der Städte aber, der größere Reichtum, dessen sie sich, namentlich auch durch den Auslandshandel, erfreuten, begünstigte die Entstehung jenes wirtschaftspolitischen „Systems“, welches unter dem Namen des Merkantilismus¹ bekannt ist. Smith weist dieses „System“, um es noch einmal kurz zu sagen, als unrichtig und schädlich zurück.

Er wirft demselben zunächst eine falsche Würdigung des Geldes vor². Das nationale Vermögen bestehe nur zu einem kleinen Teil aus Geld. Dieses trete zurück hinter der weit größeren Menge anderer in einem Volke vorhandenen Güter, welche einen Tauschwert haben. In der Summe aller dieser Güter bestehe die materielle Grundlage des Reichtums eines Volkes. Das Geld werde nur zum Umsatz jener Güter gebraucht, besitze darin seine Bestimmung und seinen vorzüglichsten Wert. Nicht so sehr das Gold Amerikas als vielmehr die Erweiterung des Marktes durch die Entdeckung Amerikas habe auf den Wohlstand europäischer Länder einen günstigen Einfluß ausgeübt. Der Handel zur Anschaffung der einem Lande notwendigen Metallmengen bilde nur einen kleinen Teil des gesamten Handels. Länder, die wie Spanien und Portugal in verkehrter Einseitigkeit die Bedeutung des Geldes überschätzten, hätten ihren Wohlstand eingebüßt usw. — was ja alles schon oben bei der Besprechung des Merkantilsystems genauer ausgeführt wurde.

Auch die merkantilistische Auffassung von der Handelsbilanz wird zurückgewiesen. Der freie Handel zwischen zwei Ländern ist für beide vorteilhaft, wenn auch für das eine Land mehr als für das andere. In beiden wird durch diesen Handel das jährliche Erzeugnis und das jährliche Einkommen gesteigert, beide finden für die ihnen überflüssigen Produkte dabei Absatz³. Die falsche Bilanztheorie hat das Verhältnis der Völker in ein feindliches verkehrt und dadurch sehr geschadet. Man wollte allein Reichtum erwerben und hat dadurch die Zunahme des Reichtums vermindert.

Entscheidend für den Wohlstand eines Landes ist nicht die aktive und passive Handelsbilanz, sondern die Bilanz zwischen dem jährlichen Erzeugnis und der jährlichen Konsumtion. Ein Land mit großen jährlichen Erzeugnissen ist in der Lage, für die Befriedigung seiner Bedürfnisse das Ausland und die ausländische Produktion eventuell in höherem Maße in Anspruch zu nehmen, als es von jenem in Anspruch genommen wird. Zugrunde geht aber ein Land, welches dauernd mehr ausgibt, als seinem Einkommen entspricht.

Lehrreich ist für uns an dieser Stelle Smiths Beurteilung der verschiedenen Mittel, deren sich das „Merkantilsystem“ bediente, um

¹ Book 4, chap. 1—8 incl.

² Book 4, chap. 1; Stöpels Übersetzung II 195 ff.

³ Hume versuchte zu erweisen, daß eine dauernde Unterbilanz nicht möglich sei. Der Geldwert müsse steigen, die Warenpreise würden infolgedessen sinken und dadurch die Ausfuhr wieder in die Höhe gehen, neuer Geldzufluß dem Lande zuteil werden, wenn einmal der Geldvorrat durch Mehreinfuhr vermindert werden sollte.

eine günstige Handelsbilanz zu erzielen. Waren, die im Inlande erzeugt werden können, sucht das „System“ der inländischen Produktion zu reservieren¹. Fremde Waren werden darum durch hohe Zölle oder durch Verbote der Einfuhr fern gehalten. Andere Arten von Waren, welche das Inland nicht selbst hervorbringen kann, nimmt man nach Möglichkeit von solchen Ländern, denen gegenüber eine passive Handelsbilanz nicht zu befürchten ist. Auch hier helfen Zölle oder Zollfreiheit, um dem Handel die rechten Wege zu weisen. Auf den ersten Blick mag es vorteilhaft erscheinen, die Konkurrenz des Auslandes im Interesse der inländischen Produktion auszuschließen oder zu beschränken, auf allen Gebieten wenigstens, wo das Inland Waren einer bestimmten Art selbst hervorbringen kann. Im Vertrauen auf ihr Monopol werden das vaterländische Kapital und der vaterländische Fleiß der Erzeugung solcher Waren ohne Zweifel sich in größerem Umfange zuwenden, als es ohne die Einschränkung fremder Waren der Fall wäre. Ist damit aber für das Nationalwohl ein Vorteil erzielt? Nehmen wir an, es bestände volle Freiheit. Arbeit und Kapital würden dann die für sie selbst vorteilhafteste Verwendung suchen, hierdurch die vaterländische Industrie weit mehr beleben und zugleich den höchstmöglichen Produktenwert zu erzielen im stande sein. Indem jeder seinen eigenen Vorteil sucht, würde auf diese Weise zugleich auch für die Mehrung des nationalen Wohlstandes am besten gesorgt sein. Vermag die ausländische Industrie Waren bestimmter Art nicht billiger herzustellen als die inländische, dann wird die ausländische Konkurrenz schon durch die Transportkosten ungünstiger gestellt als die inländische Produktion. Ermöglichen aber die besondern Verhältnisse des Auslandes eine billigere Herstellung, dann möge man dem ausländischen Kapitalisten die vorteilhafteste Verwendung seines Kapitals nicht mißgönnen, weil in der Freiheit das vaterländische Kapital sich dann ändern, und zwar jenen Zweigen der Produktion zuwenden wird, welche zugleich für den Kapitalisten wie für den Nationalwohlstand unter den gegebenen Bedingungen die vorteilhaftesten sind.

Bildet der freie Verkehr zwischen Inland und Ausland nach Smith die wünschenswerte Regel, so läßt er doch auch Ausnahmen von derselben zu. So vor allem, wenn es sich um die Sicherheit, die Existenz, die Blüte des Staates handelt (Navigationsakte!). Ferner erscheint es ihm billig, Konsumtionsartikel, die im Inlande besteuert sind, nicht ohne Auflage vom Auslande importieren zu lassen, weil sonst den Ausländern hieraus vor den Inländern ein Monopol erwüchse. Eine Beschränkung der Einfuhr fremder Ware wäre auch Ländern gegenüber berechtigt, die durch Einfuhrverbote u. dgl. ihrerseits den heimischen Handel schädigen, wenn und soweit durch eine solche Maßregel die Wiederherstellung des freien Handelsverkehrs erhofft werden kann. Empfiehlt sich im übrigen

¹ Book 4, chap. 2 3.

die unbehinderte Bewegungsfreiheit, so wird es doch nicht zuträglich sein, die Freiheit des Verkehrs dort plötzlich und unvermittelt einzuführen, wo längere Zeit Schranken und Hemmnisse bestanden haben.

Auch denjenigen Ländern gegenüber, mit welchen die Handelsbilanz für das eigene Land ungünstig sich gestaltete, fordert Smith Freiheit des Verkehrs. Die gewöhnlichen Mittel (Zollregister und Wechselkurs), deren man sich bedient, um die Bilanz festzustellen, lieferten keine hinreichend sichern Ergebnisse. Und wenn aber auch wirklich die Bilanz ungünstig wäre, so würde es doch dem Inlande schädlich sein, auf die wohlfeileren Produkte des Auslandes verzichten zu müssen und dessen Waren nicht in andere Länder überführen zu können.

Eine Begünstigung der Ausfuhr durch Rückzölle¹ (Rückerstattung von Abgaben auf eingeführte fremde Waren bei deren Wiederausfuhr) wird von Smith nicht beanstandet. Der Rückzoll schädigt das Land nicht. Es gibt dabei nur zurück, was es erhalten hat, und stellt so gewissermaßen nachträglich den Zustand der Freiheit praktisch wieder her.

Anders verhält es sich mit Prämien, die der Staat zur Begünstigung der Ausfuhr zahlt. Sie werden Kaufleuten bewilligt, die auf dem ausländischen Markt der Konkurrenz nicht gewachsen wären und daselbst nicht zu dem üblichen Gewinn gelangen würden ohne die von der Regierung ihnen zugestandenen Prämien. Hierbei opfert das Volk einmal die Prämie; anderseits muß es für den im Lande zurückbleibenden Teil der Waren überdies noch einen höheren Preis bezahlen. Der Ausländer dagegen erhält die Ware durch die Prämie um so billiger. Besser noch wäre es, eine Prämie für die gesteigerte Produktion der Ware als für deren Ausfuhr zu zahlen. So würde wenigstens die Ware dem Inlande nicht teurer zu stehen kommen. Dennoch bliebe auch so der Nachteil bestehen, daß das Kapital künstlich in Kanäle geleitet würde, in welche es frei seinen eigenen Interessen folgend nicht geflossen wäre. Hier gilt nach dem allgemeinen Freiheitsprinzip nur als alleinige Ausnahme der Fall, wo die Produktion der fraglichen Ware durch die Sicherheit des Staates selbst gefordert würde. In dieser Voraussetzung wäre die Prämie, wenn die Produktion sich nicht ohne sie einstellt, gerechtfertigt.

„Preise“ zur Weckung und Kräftigung des Wettseifers, der Kunstfertigkeit, der Erfindungskraft sind keine Prämien im obigen Sinne; in richtiger Anwendung dienen sie dem wirtschaftlichen Fortschritt. Auch ist zu beachten, daß man zuweilen den Namen „Prämie“ dort anwendet, wo es sich in Wirklichkeit um Rückzölle handelt.

Handelsverträge², denen zufolge die Waren eines fremden Landes entweder mit Ausschluß der Waren aller andern Länder oder doch unter geringeren Abgaben im Inlande zugelassen werden, schädigen das Land, welches solche Begünstigungen gewährt. Das andere Land dagegen ge-

¹ Book 4, chap. 4 5.

² Book 4, chap. 6.

winnt durch seine Monopolstellung nicht. geringen Vorteil. Das Merkantilsystem aber hat solche Handelsverträge auch für dasjenige Land als vorteilhaft erachtet, das ein fremdes Land in gedachter Weise bevorzugt, sofern nur der Verkehr mit demselben keine ungünstige Handelsbilanz ergebe. Wenn dann andere Länder, die sich durch derartige Handelsverträge zurückgesetzt und benachteiligt glauben, Repressalien üben, vergrößert sich noch der Schaden, der sich aus der Unterdrückung des freien Verkehrs notwendig ergibt.

Eine Begünstigung der Ausfuhr kann auch durch Anlegung von Kolonien¹ erstrebt werden. Im Altertum waren es innere politische Unruhen, die zu einer Ausscheidung einzelner Volksteile führten; oder es dienten die Kolonien dazu, einer stark wachsenden Bevölkerung Luft zu schaffen. In der Neuzeit veranlaßten die Entdeckungsfahrten, namentlich auch das Bestreben, jene reichen Schätze der neu aufgefundenen Gebiete zu gewinnen, die Anlage von Kolonien. Religiöse oder politische Verfolgungen im Mutterlande kamen in der Regel höchstens als sekundäre Ursachen der Kolonienbildung in Betracht. Handelt es sich um Gebiete mit ausgedehntem fruchtbaren, aber kaum oder gar nicht angebauten Boden mit wenig dichter, der Kultur bisher fremder Bevölkerung, dann werden die Kolonisten aus zivilisierten Ländern mit ihren Kenntnissen, ihrer Bildung, ihrem Sinne für bürgerliche Ordnung solche Ansiedlungen bald zu hoher Blüte und großem Wohlstande bringen können. Allein gerade das Verhältnis zum Mutterlande behindert oft sehr eine so glückliche Entwicklung. Das Mutterland sieht nämlich nur zu gern in den Kolonien ein Mittel für die Hebung seiner eigenen Ausfuhr und sucht darum für sich selbst allen Handelsverkehr mit den Kolonien zu monopolisieren. Es geschieht dies in verschiedener Weise. Entweder wird der Handel mit den Kolonien bestimmten Handelsgesellschaften ausschließlich zugewiesen, so daß andere Kaufleute des Mutterstaates von der Konkurrenz ausgeschlossen sind. Oder der koloniale Handel wird an bestimmte Häfen, Jahreszeiten, Handelsflotten usw. gebunden, was auch wiederum praktisch auf eine Bevorzugung bestimmter Gruppen von Kaufleuten hinausläuft. Oder endlich alle Kapitalisten des Mutterlandes werden zum kolonialen Handel zugelassen, so zwar, daß das Monopol sich nur gegen den ausländischen Handel richtet, nicht aber in einseitiger Bevorzugung bestimmter Gesellschaften oder Gruppen zugleich gegen die minder begünstigten Kaufleute des eigenen Landes. Jede Form einer solchen Monopolisierung ist nun sowohl den Kolonien als den fremden Ländern und dem Mutterlande selbst schädlich. 1. Die Kolonien müssen die vom Mutterlande allein bezogenen Waren in der Regel teurer bezahlen, als wenn der koloniale Markt der freien Konkurrenz aller Nationen offen stünde. Mag immerhin der dem Mutterlande monopolisierte

Handel den Kolonien schon einen weiteren, vergrößerten Markt verschaffen: der Vorteil, der ihnen daraus erwächst, ist jedenfalls nicht so groß, als ihr Gewinn bei freiem Handel sein würde. 2. Den andern Staaten aber werden die kolonialen Produkte, die sie nur mittelbar durch den Handel des Mutterlandes beziehen können, teurer zu stehen kommen als bei direktem Handel mit den Kolonien. 3. Schließlich ist für das Mutterland der monopolisierte Kolonialhandel schädlich, auch wenn dasselbe durch sein Monopol die Produkte der Kolonien billiger erhalten könnte, als dies, den freien Handel vorausgesetzt, der Fall sein würde. Derartige Monopole erregen zunächst leicht Feindschaft und Krieg, wobei die Verteidigung der meist weit entfernten Kolonien sehr schwierig und kostspielig ist. Mag ferner auch der einzelne privilegierte oder durch das Monopol bevorzugte inländische Kaufmann in seinem Handel mit den Kolonien großen Vorteil finden, die übrigen Bürger des Mutterlandes und dieses selbst würden dadurch geschädigt. Das inländische Kapital entzieht sich manchen andern nützlichen Verwendungen, sucht eben den höheren Gewinn des kolonialen Handels; es verteuern sich im Inlande alle Warenpreise, insofern jener höhere Gewinn die Gewinnansprüche des Kapitals auch bei sonstigen Verwendungen steigert, was natürlich nicht ohne Rückwirkung auf die gesamte Preisbildung bleibt; es verringert sich die produktive Arbeit im Mutterlande, weil ja ein großer Teil des vaterländischen Kapitals dem monopolisierten kolonialen Handel sich zuwendet. Gewiß bringt der Handel mit den Kolonien auch so noch Vorteil. Aber man darf die Erklärung dieses Vorteils nicht in dem Monopole suchen. Er kommt trotz des Monopols zur Geltung und würde ohne Monopol weit größer sein.

Noch eine Schlußbemerkung zum „Merkantilsystem“¹. Begünstigung der Ausfuhr und Beschränkung der Einfuhr sind zwar die beiden Haupthebel, wodurch das „Merkantilsystem“ jedes Land zu bereichern gedenkt; allein hinsichtlich gewisser Waren scheint es ein entgegengesetztes System zu befolgen: nämlich die Ausfuhr zu beschränken und die Einfuhr zu begünstigen.

Um der inländischen Manufaktur billige Rohstoffe zu verschaffen, hat die merkantilistische Politik vielfach die Einfuhr des rohen Materials begünstigt, seine Ausfuhr erschwert oder verboten. 1. Die freie Einfuhr kann aber auch hier an sich nur günstig wirken, wie der freie Handel überhaupt günstig wirkt. Werden jedoch von andern Waren Abgaben zur Bestreitung der öffentlichen Bedürfnisse erhoben, so scheint die Gerechtigkeit zu fordern, daß nicht etwa zum Besten einer einzelnen Gruppe von Bürgern, der Manufakturisten, für das Rohmaterial eine Ausnahme gemacht werde. 2. Das Verbot der Ausfuhr der Rohstoffe gewährt dem inländischen Fabrikanten ein Ankaufsmonopol. Und doch würde sein

¹ Book 4, chap. 8; Stöpels Übersetzung III 184 ff.

Interesse vielleicht nicht weniger gewahrt sein, wenn ohne den Druck jener Beschränkung die Produktion des rohen Materials im Inlande in größerem Umfange stattfände, als dies vermöge jener Hemmnisse der Fall sein wird.

Adam Smith beendigt seine Zurückweisung des Merkantilismus mit einem allgemeinen Prinzip: „Zweck und Ziel aller Produktion ist die Konsumtion, und die Interessen des Produzenten sollten nur soweit berücksichtigt werden, als es zur Förderung der Interessen des Konsumenten nötig sein kann. Diese Maxime ist so vollkommen einleuchtend, daß es abgeschmackt wäre, sie beweisen zu wollen. Allein in dem ‚Merkantilsystem‘ wird das Interesse des Konsumenten fast beständig dem des Produzenten aufgeopfert, und dies ‚System‘ scheint die Produktion und nicht die Konsumtion als Endzweck alles Gewerbefleißes und Handels zu betrachten.“¹ Vielleicht bedarf diese Auffassung weniger einer Korrektur als einer Ergänzung.

Der objektive Zweck der Produktion abstrakt genommen ist die Deckung des Bedarfs von Konsumenten, wo immer diese Konsumenten sich befinden mögen. Der höchste Endzweck des nationalen Gewerbefleißes und Handels ist dagegen das materielle Gemeinwohl des eigenen Volkes, die Deckung des Bedarfs seiner Konsumenten. Ohne Zweifel gehört zum materiellen Gemeinwohl eine möglichst gute und billige Befriedigung des Bedarfs der inländischen Konsumenten; wir sagen: eine „möglichst“ billige, d. i. eine solche, bei welcher das Gemeinwohl des ganzen Volkes gewahrt bleibe. Auch für die Konsumenten steht das nationalökonomische Prinzip höher als das privatwirtschaftliche ökonomische Prinzip. Ordnet sich das privatwirtschaftliche Interesse der Konsumenten dem allgemeinen Wohle unter, so findet es dabei insofern wieder seine Rechnung, als die Konsumenten zugleich Produzenten sind; das Opfer, das sie im Interesse anderer Produzentengruppen bringen, wird durch die Erhaltung dieser andern Produzenten und die Stärkung des inneren Marktes nicht selten reichlich kompensiert. Es ist darum irrig zu sagen, der Vorteil des Konsumenten werde stets durch die freie Konkurrenz am besten gewahrt. Auf die Dauer wird das nicht immer der Fall sein. Eine kluge Wirtschaftspolitik, welche das dauernde Wohl des ganzen Volkes im Auge behält, wird darum je nach den gegebenen Verhältnissen prüfen müssen, wie weit der Konkurrenz freie Bahn zu belassen, wie weit ihr Schranken zu ziehen seien.

Das physiokratische System ist nach A. Smith „von allen bisherigen Systemen der politischen Ökonomie der Wahrheit vielleicht am nächsten gekommen“². Das gilt namentlich von seiner Lehre, „daß der Volkswohlstand nicht in dem unverzehrbaren Geldreichtum, sondern in

¹ Book 4, chap. 8; Stöpels Übersetzung III 206.

² Book 4, chap. 9; ebd. 209 ff. 230.

den verzehrbaren, durch die Arbeit des Volkes jährlich wiedererzeugten Gütern bestehe, und daß vollkommene Freiheit das einzig wirksame Mittel sei, diese jährliche Wiedererzeugung so groß wie möglich zu machen“¹. Smith verurteilt jedoch die physiokratische Lehre von der alleinigen Produktivität der auf den Landbau verwendeten Arbeit, eine Lehre, aus welcher sich auch die falsche Doktrin von der einzigen Steuer ableitet.

34. Rückblick auf Smiths System. Wir müssen es, wie gesagt, denjenigen Werken, die sich ausführlicher mit der Geschichte unserer Wissenschaft beschäftigen, überlassen, fürs einzelne festzustellen, welche Lehren Smith zuerst entdeckt, und welche er andern Schriftstellern entnommen hat². Den Freiheitsgedanken fand er bereits in der holländischen, französischen, englischen Literatur vor³. Die individualistische Kulturauffassung war der gemeinsame Zug der Denker der Zeit, in welcher Smith lebte. Dennoch ist die Geistesarbeit, die Smith im übrigen persönlich leistete, eine gewaltige. Ein weites Gebiet menschlicher Erkenntnis mit hellem Blick überschauend, vereinigte er die zerstreut liegenden Ideen und Urteile, um manche neue Einsicht vermehrt, zu einem großartigen Gebäude. Mögen die Kritiker an diesem Baue noch vieles auszusetzen finden. Niemand hat bis jetzt unabhängig von ihm ein gleichwertiges oder besseres System zu schaffen vermocht; auch für die Zukunft wird jeder, der mit Nationalökonomie sich beschäftigt, in gar vielen Fragen auf Adam Smith zurückgreifen müssen. Das ist auch der Grund, warum wir Smiths Lehre an dieser Stelle so ausführlich behandeln.

Die Grundgedanken bei Adam Smith, sagt (noch 1869) Karl Heinrich Rau, sind so sehr aus der Natur der Sache geschöpft, daß die neueren Untersuchungen nur eine allmähliche innere Fortbildung herbeiführten, ohne ein anderes System aufzustellen; daher wird auch die heutige politische Ökonomie, obschon sie sich keineswegs mehr auf den Inhalt der von Adam Smith selbst ausgesprochenen Lehren beschränkt, doch noch als das System desselben betrachtet.

Man hat der Smithschen Wirtschaftstheorie unter anderem vorgeworfen: Das geistige und sittliche Element im Staats- und Wirtschaftsleben trete hinter dem materiellen Momente völlig zurück; alles werde zu einseitig nach dem rein ökonomischen Gesichtspunkt bewertet, der Mensch lediglich nach seiner ökonomischen Fähigkeit, seiner Produktions-

¹ Book 4, chap. 9; Stöpels Übersetzung III 230.

² Vgl. z. B. Wilhelm Hasbach, Untersuchungen über Adam Smith und die Entwicklung der politischen Ökonomie (1891) 135 ff. Roscher, Geschichte der Nationalökonomik 594 f. Auch Leser, Begriff des Reichtums 92 f. 101 Anm. Smiths *Wealth of nations* erschien 1776.

³ Friedrich Raffel, Englische Freihändler vor Smith (1905).

kraft geschätzt, in seiner höheren Würde und Aufgabe, den entsprechenden natürlichen Rechten und Pflichten, verkannt; auch des Gemeinwesens höhere kulturellen Aufgaben und Beziehungen fänden nicht die gebührende Beachtung. Die Völker und Gemeinwesen erschienen hier fast ausschließlich als große Agglomerate von Individuen, die lediglich von materiellen, ökonomischen Trieben beherrscht und nicht durch sittliche Pflichten zu einer moralisch-organischen Einheit verbunden seien. Es fehle das volle, klare Verständnis für die Bedeutung des nationalen Gemeinwesens als eines besondern, selbstberechtigten Mittelgliedes zwischen den atomistisch betrachteten Individuen und dem großen Menschheitsganzen. Indem ferner die Individuen für das wirtschaftliche Gebiet unter die Herrschaft von Trieben gestellt würden, sinke die Nationalökonomie zu einer bloßen Naturlehre des privaten Erwerbs und Verkehrs herab. Die Freiheit des Menschenwillens und seine ethische Kraft werde dabei vergessen oder nicht genügend anerkannt. Die Verschiedenheiten der Gestaltung und Entwicklung der einzelnen Volkswirtschaften und somit auch die bloße relative Berechtigung der volkswirtschaftlichen Sätze, Institutionen, Vorschläge für die konkreten Verhältnisse könnten gegenüber der Behauptung einer unabänderlichen Leitung durch herrschende Naturtriebe nicht zur gebührenden Beachtung gelangen. Schließlich führe die übertriebene Betonung des Individualprinzips dazu, in der Volkswirtschaft lediglich ein Zusammensein von Einzelwirtschaften, für welche der Tauschverkehr das alleinig einigende Band abgebe, zu erblicken, alle andern Bande sozialer Gemeinschaft innerhalb der Volkswirtschaft auszuschließen und dadurch auf eine Verwertung der für das Gemeinwohl so bedeutsamen gesellschaftlichen Kräfte zu verzichten.

Diese und ähnliche Anstellungen, wie sie von Hildebrand, Knies und vielen andern immer wieder gemacht wurden¹, treffen ohne Zweifel mit noch größerem Rechte die Nachfolger A. Smiths in der liberalen Nationalökonomie als den Urheber selbst. In maßvoller Form erhoben, deuten sie aber auch auf Fehler hin, an denen Smiths System tatsächlich krankt oder zu deren Entstehung es den Anlaß bieten konnte.

Stimmen wir mit A. Smith darin überein, daß nicht bloß die Bodenausnutzung produktiv und der auswärtige Handel nicht exklusiv als Hauptursache des Völkerreichtums zu preisen sei, so können wir andererseits, wie bereits gesagt, seinen Begriff der „Produktivität“ nicht als richtig anerkennen. Irrig ist in dieser Auffassung zunächst, daß nur diejenige wirtschaftliche Betätigung „produktiv“ genannt wird, welche dem Stoffe Tauschwert verleiht. In der Naturalwirtschaft spielt diese Art produktiver Arbeit keine große Rolle. Dennoch fehlt auch da die produktive Arbeit keineswegs. Im volkswirtschaftlichen Sinne „produktiv“ ist die

¹ Vgl. J. Kautz, Die geschichtliche Entwicklung der Nationalökonomik und ihrer Literatur (1860) 467 ff.

Arbeit, die dem Menschen ein nützliches ökonomisches Gut schafft. Und kann jede andere Betätigung schlechthin als „unproduktiv“ bezeichnet werden? Nicht alle Arbeit des Menschen ist freilich wirtschaftlichen Sinne unmittelbar produktiv. Die Tätigkeiten, welche den Menschen selbst, sein physisches, geistiges, moralisches, seine Eigenschaften, die menschliche Persönlichkeit mit ihrer natürlichen und übernatürlichen Ausstattung, die Sicherung und Ordnung des Gesellschaftslebens zum Gegenstande haben, sind im Sinne der ökonomischen Wissenschaft, richtig verstanden, nicht unmittelbar produktiv. Aber der Nationalökonom ist darum noch nicht berechtigt, dieselben als „unproduktiv“ zu charakterisieren. Erzeugen und beschaffen jene Tätigkeiten keine materiellen Gebrauchsgüter für den Bedarf des Menschen, so ist ihre Produktivität zum großen Teil in einer höheren Ordnung, in der Bedeutung für das menschliche Leben und auch für die wirtschaftliche Ordnung der Nationalökonom nicht verkennen wird. Empfangene Subjekte jener Tätigkeit ihren Unterhalt aus dem nationalen Einkommen, so sind sie also darum noch lange nicht Schmarotzer, die von dem Erwerb anderer leben, was übrigens auch Smith keineswegs behaupten wollte.

Die Arbeit ist im Smithschen System nur die vorzüglichste, die einzige natürliche Produktionskraft. Schon allein der häufig wiederkehrende Ausdruck: „das Jahresprodukt des Bodens und der Arbeit“ bekundet dies. Doch ging Smith zu weit, wenn er ganz allgemein in der Arbeit das eigentliche und ursprüngliche Maß aller Werte erblickte.

Höher entwickelte Völker gewähren in der Regel dem Selbstgenuß einen großen Spielraum. Auch für das wirtschaftliche Leben haben sie sich einer größeren Freiheit fähig und bedürftig, als dies auf der niedrigeren Stufe der Fall zu sein scheint. Dennoch hat selbst in der kultivierten Volkswirtschaft die gesunde Freiheit ihre Grenzen. Mit dem Liberalismus muß es darum ein gefährlicher Optimismus genannt werden, wenn man für den Verkehr alles Gute von der freien Konkurrenz, die die Feststellung der angemessensten Preise, den rechten Ausgleich zwischen Angebot und Bedarf, erwartete. Eine am 10. März und 5. April 1777 in den „Göttinger Gelehrten Anzeigen“ erschienene Kritik² konnte demgegenüber bereits vom Standpunkte der damaligen Erfahrungen aus auf so manchen Übel der freien Konkurrenz verweisen, auf „die vielen schlechten Verkäufe und Betrügereien, die daher entstehen, da bei der zu großen Mitbewerbszahl nur durch wohlfeile Preise und leichten Kredit Kunden erlangt werden können; den Ruin vieler, die bei solcher Freiheit ein vorzüglich reizendes aber nicht so vielen ersprießliches Gewerbe wählen; die Folgen

¹ Die Smithsche Auffassung fand einen Verteidiger neuester Zeit in Emilio Il pensiero di Adamo Smith nella teoria quantitativa del lavoro (1907). (Dieser als Maßstab der Werte — Menge der Arbeit, welche die verschiedenen Waren zu erzeugen und über welche sie verfügen könne.)

² Zitiert bei Roscher, Geschichte der Nationalökonomik 599.

mancher geschickte Mann, zumal wenn er recht ehrlich ist, bei der zu großen Konkurrenz unterdrückt wird“. Es sei ferner nicht bewiesen, daß es den Inländern bei ganz freier Einfuhr niemals an gleich guter oder besserer Beschäftigung fehlen könne, oder daß Gewerbe, die erst mit der Zeit ihren Unternehmer entschädigen, dann aber sehr gemeinnützig sind, stets ohne besondere Begünstigung angefangen werden könnten. Daß ferner durch die freie Konkurrenz gerade der beste Ausgleich zwischen Vorrat und Bedarf bewirkt werde, ist auch nicht über allen Zweifel erhaben, nachdem die Anarchie der Produktion schon so manche Krisen heraufbeschworen hat. Gelingt es ferner den großen Kapitalisten, die kleinen zu erdrücken, so können die Sieger das Publikum zu ihrem Vortheile unbehindert ausbeuten usw. Wenn Smith endlich meint, die freie Konkurrenz verschaffe den Teilnehmern an der Produktion ihre gebührenden Anteile als Grundrente, Kapitalgewinn und Arbeitslohn, so dürfte ihn die Erfahrung doch nur zu oft widerlegt haben und immerfort widerlegen.

Der Wohlstand des Volkes ist nach Smith bedingt durch die Größe des jährlichen Erzeugnisses. Aber wieviel Opfer an Gesundheit, geistigen und sittlichen Gütern sind dafür vielleicht unnötigerweise gebracht worden. Wird es denn wirklich der volkswirtschaftlichen Betrachtung genügen, das Gesamtergebnis der Produktion ins Auge zu fassen, auf seine Steigerung bedacht zu sein, dabei aber der Menschen, die es erzeugen, zu vergessen, ihrer wenigstens nicht genügend zu gedenken? Wie kann man die Freiheit preisen, wo alles für die Notwendigkeit eines umfassenden staatlichen Schutzes so vieler arbeitenden Volksgenossen spricht, — selbst auf die Gefahr hin, daß dadurch das nationale Jahresprodukt, vielleicht nur der Gewinn einer nicht selten schmutzigen Habsucht, um etwas verkürzt würden? Und steht das, was an Gütern und Wohlstand den Arbeitern geleistet wird, wirklich im Verhältnis zu den Opfern und Mühseligkeiten ihrer Mitwirkung beim Produktionsprozesse? Von der Größe des Jahreserzeugnisses hängt die Größe des Anteils ab, den die an der Produktion beteiligten Personen erhalten können. Wir sagen: erhalten können. Denn wenn Smith auch allen Beteiligten ein reichliches Einkommen zubilligt und wünscht, so fehlen in seinem System doch ausreichende Garantien dafür, daß die Verteilung des jährlichen Erzeugnisses in der als wünschenswert bezeichneten Weise sich nun auch tatsächlich vollziehe. Wo das Selbstinteresse eine so ausschlaggebende Rolle spielt wie in Smiths System¹, und wo diesem Selbstinteresse so wenig Schranken gezogen werden wie dort, da liegt die Gefahr doch sehr nahe, daß den Interessen der schwächeren Elemente nicht in befriedigendem Maße Rechnung getragen werde. Wenn nicht

¹ Vgl. die Ausführungen A. Smiths über die doppelte Moral bei allen „zivilisierten“ Völkern: Book 5, chap. 1; Stöpel's Übersetzung IV 125 ff. Auch Book 1, chap. 7.

die Rechtsordnung und der soziale Zusammenschluß die Arbeiter schützen, wird die freie Konkurrenz ihnen jedenfalls nur zu oft bloß Elend bringen.

„Smith befand sich gerade in den Anfängen einer großen wirtschaftlichen Revolution“, sagt Ingram¹. „Die Produktions- und Verkehrswelt, in welcher er lebte, war noch, wie sich Cliffe Leslie geäußert hat, eine sehr junge und eine verhältnismäßig beschränkte; er erwähnt nur eine einzige Dampfmaschine, die Newcomensche, und von der Baumwollindustrie spricht er nur einmal und nur beiläufig. In der Zeit von 1760 bis 1770, sagt Mr. Marshall, fing Roebuck an, Eisen durch Kohle zu schmelzen, verband Brindley die aufstrebenden Sitze der gewerblichen Tätigkeit mit der See durch Kanäle, entdeckte Wedgwood die Kunst der billigen und guten Herstellung von Töpferwaren, erfand Hargreaves die Jenny-Spinnmaschine, machte Arkwright Wyatts und Highs Erfindungen des Spinnens vermittelst der Streckwalzen nutzbar und verwendete zu deren Bewegung die Wasserkraft, und erfand Watt die Kondensationsdampfmaschine. Cromptons Mule-Spinnmaschine und Cartwrights Kraftwebstuhl folgten bald darauf. Diese rasche Entwicklung hatte eine weite Ausdehnung der Industrie zur Folge, jedoch auch manche bedauerlichen Ergebnisse. Hätte Smith letztere voraussehen können, so würde er vielleicht nicht so rückhaltlos an die durch die bloße Befreiung des Strebens zu schaffenden Wohltaten geglaubt und nicht so ungestüm auf das Schädliche der alten Einrichtungen hingewiesen haben, die zu ihrer Zeit der Arbeit teilweisen Schutz gewährt hatten.“

Vermehrt wird das jährliche Erzeugnis durch Vermehrung der Zahl der produktiven Arbeiter oder durch die Steigerung der produktiven Kraft ebendieser Arbeiter. Beides aber, die vermehrte Zahl der produktiven Arbeiter und die Potenzierung ihrer produktiven Kraft, setzt eine Vermehrung des Kapitals voraus. Von der Vermehrung des Kapitals hängt also in letzter Linie die Vermehrung des jährlichen Erzeugnisses, die Höhe des nationalen Einkommens, die Größe des Nationalreichtums ab. Die Menge des Kapitals bzw. seine Vermehrung aber hängt wiederum ab von der Größe desjenigen, was durch die Sparsamkeit der Bürger von ihrem jährlichen reinen Einkommen erübrigt und für die Bildung neuen Kapitals verwendet wird. Die Vermehrung des Kapitals stellt sich hier weniger als eine Vermehrung der Kapitalgüter durch die Arbeit, denn als eine Ansammlung jener Güter in der Hand sparsamer Leute dar. Dennoch wird die Volkswirtschaft ein sehr verschiedenes Gepräge an sich tragen, wenn die wachsende Menge von Kapitalgütern sich in der Hand weniger vereinigt, oder wenn an dem Kapitalvermögen eine größere Zahl der Volksgenossen Anteil haben. Dieser Frage der rechten Besitzschichtung, Vermögensverteilung gegenüber erweist sich aber Smiths System als unzulänglich. Ja es befördert geradezu durch die Forderung unbehinderter Konkurrenz und voller Freiheit die volkswirtschaftlich wenig wünschenswerte Akkumulation des Kapitalbesitzes und damit dessen Herrschaft in der Gesellschaft. Denn großer Kapi-

talbesitz bedeutet Reichtum, und Reichtum ist Macht über Güter und Menschen.

Indem Smith zwischen Kapital und Kapitalbesitz nicht genügend scharf unterscheidet und ebenso nicht zwischen Produktivität und Rentabilität, indem er den Tauschwert gegenüber dem Gebrauchswerte in den Vordergrund rückt, vermischen sich bei ihm privatwirtschaftliche Vorstellungen mit den volkswirtschaftlichen, kaum zum Vorteile der letzteren. Die Größe, auch die wachsende Größe der Summe des in einem Volke vorhandenen Kapitals und Einkommens mag die Zunahme des Reichtums einzelner, vielleicht auch vieler Volksglieder erweisen; ein sicheres und richtiges Bild von der Prosperität des gesamten Volkes kann eine solche Summenbetrachtung nicht vermitteln.

Hermann Huth glaubt das Ergebnis seiner Forschungen über die „Soziale und individualistische Auffassung im 18. Jahrhundert“¹ in den Satz zusammenfassen zu können: „Smith ist nicht Individualist: seine Gedanken gehen in Wahrheit aus von der Gesellschaft.“ Aber Huth selbst muß den „liberalistischen“ Charakter des „Sozialprinzips“ in Smithscher Prägung wiederum in einer Weise hervorheben, daß es schwer bleibt, nicht von dem Individualismus des Smithschen Systems zu sprechen: „Das Individuum tritt nicht nur so stark hervor, weil Smith gegen die Schattenseiten der Gesellschaft... kämpft, sondern auch vor allem, durch die Eigenart seines Systems. Wie Smith in der praktischen Frage der Verfassung der Gesellschaft das Zweckmäßigste ohne planmäßige Leitung, einzig durch das Gegeneinander der Individuen entstehen sieht und vermeint, die einzelnen dienen unbeabsichtigt doch der Förderung des Ganzen am besten“, so hält er es auch nicht für nötig, daß der ethische Zielpunkt von den Individuen ins Auge gefaßt wird. Der Mensch braucht nicht, ja soll nicht (wegen der Gefahr der Irreleitung) um der abstrakten (?) Gesellschaft willen handeln: auch ohne das ist gesorgt, daß die Wohlfahrt des Ganzen gedeiht. Gerade durch den Egoismus ist dafür gesorgt; wenn nur das Glücksstreben frei waltet, so hat die Weisheit und Güte Gottes schon das Wohl der Gattung gesichert. Gott hat das Individuum zum Werkzeug gemacht nicht nur für das eigene Glück, sondern auch für die Förderung der Gesamtheit usw.“²

Umfassender Kritik der einzelnen Lehren des *Wealth of nations* bedarf es hier weiter nicht. Wiederholt wurde schon mit der Darlegung des Systems eine kurze Beurteilung der wichtigsten Doktrinen verbunden. Auch dürfen wir auf dasjenige hinweisen, was der erste Band in der

¹ 1907, 154.

² „Private vices public benefit“, sagte Mandeville; die Habsucht der Produzenten, die Genußsucht der Konsumenten hält die Maschinerie der Gesellschaft im Gange. Vgl. Ferd. Tönnies, *Ethik und Sozialismus*, im *Archiv für Sozialwissenschaft* XXVI (1908) 73.

³ Huth a. a. O. 153 f.

Lehre vom Werte, bei der Behandlung des individualistischen Systems, bei der Methodenfrage usw. ausgeführt hat. Noch oft werden wir schließlich in der Folge auf die Smithschen Theorien zurückkommen müssen. Das Gesagte genügt aber schon, um Smith ebenso vor übertriebenem Lob² wie gegen ungerechten Tadel zu schützen. „Es dürfte in der Geschichte wenig Beispiele geben“, bemerkt Roscher³, „wo eine ganze Wissenschaft durch einen Mann und ein Buch desselben in so kurzer Zeit einen so großen und nachhaltigen Fortschritt gemacht hätte wie die Volkswirtschaftslehre durch das Hauptwerk Adam Smiths: einen Fortschritt ebenso bedeutsam für den Umfang wie für die Tiefe, für die Methode wie für das System, für das Ganze wie für das Einzelne, für die Theorie wie für die Praxis der Wissenschaft. Man wird noch heutzutage nicht wesentlich fehlgreifen, wenn man die ganze Dogmengeschichte der Nationalökonomik in zwei Hauptmassen teilt: vor und seit Ad. Smith; so daß alles Frühere als Vorbereitung auf ihn, alles Spätere als Fortsetzung von ihm oder Gegensatz zu ihm erscheint.“ Der Inhalt der nationalökonomischen Wissenschaft ist in der Folge bedeutend erweitert worden. Manche Lehren wurden neu hinzugefügt, andere berichtigt oder genauer bestimmt. Auch in systematischer Beziehung wurden Verbesserungen gemacht. Allerdings ist seitens derjenigen, die sich als Smiths Schüler bekannten, auch manches von den Lehren des Meisters verschlechtert worden, indem das System unter ihren Händen mehr und mehr einen ganz einseitig kapitalistischen Charakter annahm. Smith schien wenigstens noch eine gewisse Neutralität beobachten zu wollen; er preist die „Kapitalisten bald als Wohltäter des Menschengeschlechtes und als Stifter fortdauernden Segens“. bald wieder stellt er sie als „eine Klasse hin, die von Abzügen am Ertrag der Arbeit anderer lebt“⁴. Späterhin erscheint dann die Kapital- und Kapitalbesitzbildung immer mehr als höchstes Ziel der Volkswirtschaft, welches unter möglichster Einschränkung des staatlichen Eingreifens durch die Entfesselung des Interessenkampfes erreicht wird. Die Volkswohlfahrt ergibt sich dabei natürlich ganz „von selbst“. Wer wollte aber leugnen, daß wenigstens Keime dieser verderblichen Lehren zum Teil in Smiths Werken gesucht werden müssen?⁵

Bd. I²: Kap. 1, § 4, 53 ff. (52 ff.); Kap. 4, § 3, 273 ff. (252 ff.); Kap. 5, § 4, 530 ff. (459 ff.).

² Vgl. z. B. Buckle, Geschichte der Zivilisation in England, deutsch von Ruge, I⁵ (1874) 182; II³ (1868) 432 ff.

³ Geschichte der Nationalökonomik 593 f.

⁴ Böhm-Bawerk, Geschichte und Kritik der Kapitalzinstheorien² (1900) 87. Smith, *Wealth of Nations* Book 2, chap. 3; Book 1, chap. 6. Vgl. auch M. Siew, Die Arbeitgeber und die Arbeitnehmer im Lichte von Adam Smith, in *Conrads Jahrb.* XXXVIII (1909) 372 ff.

⁵ Ingram, Geschichte der Volkswirtschaftslehre 144.

§ 4.

Die weitere Entwicklung der nationalökonomischen Wissenschaft und der Sozialismus.

Zur **Literatur** vgl. die in den früheren Paragraphen aufgeführten Werke.

Da wir es bei unserer Darstellung nur mit Systemen, nicht mit der Doktrin aller einzelnen auf Smith folgenden Nationalökonomien zu tun haben, so werden wir hier nur noch ein paar Bemerkungen über einige der für die Fortbildung der Volkswirtschaftslehre bedeutendsten Forscher beifügen. Ausführliche Behandlung ihrer Lehren gehört in die Geschichte der nationalökonomischen Wissenschaft bzw. wird uns später bei den einzelnen Fragen obliegen.

Drei oder vier Schriftsteller bezeichnet man zugleich mit A. Smith als

35. „klassische Nationalökonomien“ : die Engländer Robert Malthus, David Ricardo, John Stuart Mill und wohl noch den Franzosen Jean Baptiste Say.

Malthus² verdankt seinen wissenschaftlichen Ruf der viel umstrittenen Bevölkerungstheorie. Er vermeinte die Beziehung zwischen Bevölkerungszunahme und den Nahrungsmitteln durch den Satz bestimmen zu können, daß die Bevölkerung in einem geometrischen Verhältnisse, die Nahrung dagegen nur in einem arithmetischen zunehme. Es sind hiernach natürliche Ursachen (Widerspruch zwischen der Vermehrungstendenz der Bevölkerung und der Vermehrungstendenz der Unterhaltungsmittel), auf welche das Elend der großen Zahl sich zurückführt; nicht so sehr die Mangelhaftigkeit gesellschaftlicher Einrichtungen kann dafür verantwortlich gemacht werden.

In seinen sozialphilosophischen Anschauungen schließt Ricardo sich an Bentham an und teilt dessen Mängel. Die wirtschaftliche Lehre fußt auf A. Smith. Auch Ricardo erhofft von der freien Betätigung der einzelnen und ihrer Konkurrenz die größten Erfolge und weist im allgemeinen die Einmischung der Regierungen ab. Für seine besondern Lehren kommt Ricardo³ in Betracht bei der Werttheorie, Grundrenten-

¹ Nähere Angaben über die einzelnen Persönlichkeiten s. Bd. I²: Kap. 4, § 3, 289 f. (268 f.).

² Malthus gab sein berühmtes Werk „An Essay on the Principle of Population“ zum ersten Male 1798 heraus, später in zwei Bänden; die letzte von Malthus selbst besorgte (6.) Ausgabe erschien 1826. Vgl. Bonar, Malthus and his work (1885).

³ Ricardos Hauptwerk „On the Principles of Political Economy and Taxation“ erschien zum ersten Male 1817, 3. Aufl. 1821, dann wieder 1891/92. Deutsche Übersetzung von E. Baumstark, 1. Aufl. 1837, 2. Aufl. 1877. Mac Culloch veranstaltete eine Ausgabe aller Werke Ricardos 1846 (4. Aufl. 1876). Auch der 13. Band der „Collection des principaux économes“ (1847 von Fonteyrand) und die „Nouvelle collection des principaux économes“ von 1882 bietet eine Sammlung der Ricardoschen Schriften.

theorie, Lohntheorie, wegen seiner Lehre von Zins und Unternehmergewinn, von der auswärtigen Handelspolitik, seiner Anschauungen über Krisen, Überproduktion, Maschinenwesen. — Für den Tauschwert ist nach Ricardo die auf die Herstellung der Güter verwendete Arbeitsmenge maßgebend¹. — Nach A. Smith trägt jeder Boden Rente. Die Größe derselben hängt von der Größe und dem Werte des Bodenertrages ab. Ricardo bezeichnet als Rente den Teil des Erzeugnisses der Erde, welcher dem Grundherrn für die Benützung der ursprünglichen und unzerstörbaren Kräfte des Bodens bezahlt wird. Sie ist ein Teil des Reinertrages. Für denjenigen Boden, der keinen Reinertrag ergibt, wird keine Rente bezahlt. Die schlechteste Bodenklasse ist rentenlos. Sie bringt nur die Kosten ihrer Bewirtschaftung ein. Der Preis des Bodenproduktes ersetzt hier lediglich die Produktionskosten. Die am wenigsten fruchtbaren Ländereien, die mit zunehmender Bevölkerung noch angebaut werden müssen, um dem vermehrten Verlangen nach Nahrungsmitteln zu genügen, bestimmen den Satz der Rente aller andern, fruchtbareren. Der Preis der Bodenprodukte muß noch die auf die mindest fruchtbaren Ländereien verwendeten Kosten decken. Die Rente irgendwelcher höheren Bodenklasse ist also gleich dem Unterschiede zwischen den auf diesen besseren Boden verwendeten Produktionskosten und den Kosten desjenigen, noch für den Bedarf der Gesellschaft notwendigen Produktes, welches auf dem mindest fruchtbaren Boden mit dem größten Kostenaufwand erzielt wird. Die Ricardosche Grundrententheorie ist viel interpretiert, angegriffen und verteidigt worden². Namentlich Carey, Rodbertus, Marx, Schäffle bemühten sich, der Ricardoschen Theorie andere Rententheorien entgegenzustellen. — Der „natürliche“ Preis der Arbeit wird dargestellt durch den gewohnheitsmäßigen Lebensunterhalt³, der tatsächliche „Marktpreis“ strebt einer Ausgleichung mit diesem „natürlichen“ Preise zu. — Der Profit erscheint als Beweggrund zur Ansammlung von Kapital, als Entschädigung für die Mühe und das Risiko des Kapitalisten. Ricardo glaubt an eine Ausgleichung der Gewinnsätze zu einem Durchschnittsprofit. — Er lobt den freien internationalen Handelsverkehr. — Die Gefahr einer allgemeinen Überproduktion wird von ihm nicht anerkannt, nur die Möglichkeit einer Über-

Das Beste über Ricardo in K. Diehl, Sozialwissenschaftliche Erläuterungen zu Ricardo (1905). Auch dessen Theoretische Nationalökonomie I (1916) 164 ff.

Bd. I^o: Kap. 1, § 4, 53 ff.

¹ „Ricardo hat ausgehend von der konsumentenfeindlichen Tendenz der Grundrente die Nationalökonomie auf einen im wesentlichen antiagrarischen Standpunkt festzulegen gesucht.“ So Julius Wolf, Die Volkswirtschaft der Gegenwart und Zukunft (1912) 19.

² „Das später von Lassalle verkündete ‚eherne Lohngesetz‘ ist nichts anderes als eine ‚Ausgrabung‘ aus Malthus und Ricardo“ (Wolf a. a. O.). Malthus und Ricardo werden zuweilen als „Pessimisten“ in der Nationalökonomie bezeichnet. Vgl. Gide und Rist, Geschichte der volkswirtschaftlichen Lehrmeinungen 132 ff.

produktion einzelner Warengattungen. — Durch die Maschine wird die Produktivität der Arbeit gesteigert, was auch für die Arbeiter eine Wohltat ist. Doch gibt Ricardo in der dritten Auflage der „Principles“ zu, daß die Maschinen den Interessen der Arbeiterklasse nachteilig werden könnten usw.

Während Ricardo von seinen Verehrern nicht selten über das rechte Maß hinaus gelobt wurde, war man anderseits allzuleicht geneigt, nur Fehlerhaftes bei ihm aufzuspüren, sogar seine persönlichen Absichten zu verdächtigen.

Als Anhänger Benthams mag Ricardo immerhin mit seinem Meister ganz ehrlich die Maximisation des Wohles, die Minimisation des Elendes auch für die Arbeiter gewünscht und in dem größtmöglichen Wohl der größtmöglichen Zahl das Ziel der gesellschaftlichen Entwicklung erblickt haben². Allein es handelt sich dabei lediglich um individuelle Glücksucher, um die Herstellung des höchstmöglichen Einzelglücks im Sinne des optimistischen und individualistischen Liberalismus, also mittels der schrankenlosen Freiheit, die auch Benthams Schule forderte. „Im wesentlichen ist Bentham bei Epikur stehen geblieben“, sagt Cathrein³. „Neu ist bei ihm nur das Bestreben, darzutun, daß seine egoistische Lustlehre mit den Anforderungen des Gemeinwohles im Einklang stehe. . . . Trotz dieses philanthropischen Zuges kommt aber Bentham doch nicht über den egoistischen Epikureismus heraus. Denn die eigentliche Triebfeder und der oberste Maßstab des Sittlichen ist und bleibt eben das eigene größte Wohl, und das Gemeinwohl kommt nur insofern in Betracht, als es mit dem eigenen Wohl unzertrennlich verbunden ist. Das geht aus zahlreichen Stellen der ‚Deontologie‘ hervor. Der Mensch wird nur durch das Streben nach Lust und Entfernung vom Schmerz getrieben. Kann damit das Streben nach fremdem Wohle bestehen? Gewiß, antwortet Bentham, denn zu den Lustempfindungen gehört auch die Sympathie (Wohlwollen) und zu den Unlustgefühlen das Übelwollen: ‚Ist die Lust, die ich empfinde, während ich meinem Freunde Vergnügen mache, nicht meine eigene Lust? Ist die Unlust, die ich beim Anblick der Schmerzen meines Freundes empfinde, nicht meine eigene Unlust? Ja noch mehr. Bei Berechnung unseres eigenen Wohlseins müssen wir immer auf fremdes Wohl Rücksicht nehmen: ‚Es könnte geschehen, daß die Handlung, welche mir eine augenblickliche Lust verspricht, denen, welche mit mir zur selben Gesellschaft gehören, nachteilig wäre, und diese würden infolge der von uns erlittenen Beeinträchtigung zum Zwecke der Selbsterhaltung auf Rache sinnen und uns ein gleiches oder größeres Maß von Leid zufügen, als die Lust wäre, welche uns

Diehl verweist diesbezüglich auf Theodor Bernardi, Versuch einer Kritik der Gründe, die für großes und kleines Grundeigentum angeführt werden (1849) 306. Hier wird die Grundanschauung Ricardos als einseitig kapitalistisch bezeichnet. — Ebenso Held, Zwei Bücher (1881) 177 183; Schulze Gävernitz, Zum sozialen Frieden I (1890) 32; H. v. Nostiz, Das Aufsteigen des Arbeiterstandes in England (1900) 15 usw. Dagegen Karl Diehl, David Ricardos Grundgesetze III: Erläuterungen, 2. Tl. (1905) 449 ff. Gustav Cohn, Nationalökonomische Studien (1886) 660.

² Bentham, Introduction zum Constitutional Code, WW. IX 5. Über Benthams Philosophie vgl. Viktor Cathrein, Moralphilosophie I² (1899) 159 f. 170 333 442 501; II 56 80 85 635. Schulze-Gävernitz, Britischer Imperialismus (1906) 12 usw.

³ A. a. O. I 160 f.

die Handlung verschaffen könnte. Außerdem könnte die fragliche Handlung in der allgemeinen Gesellschaft Mißfallen erregen und uns möglicherweise infolge des Verlustes des guten Rufes einen Schaden zuziehen, welcher das durch dieselbe erzeugte Vergnügen mehr als aufwiegt. Daraus folgert Bentham, unser eigenes Interesse müsse uns bestimmen, andern nicht zu schaden, ihnen vielmehr wohlzutun. In Übereinstimmung mit diesen Grundsätzen teilt er die Tugenden in die zwei Haupttugenden: Klugheit und Wohlwollen. Jene hat unser eigenes Glück ohne Rücksicht auf fremdes Wohl zum Gegenstand, diese hat ebenfalls das eigene Glück zum Gegenstand, aber auf dem Umwege des fremden Wohles. Das Wohlwollen hat sich immer der Klugheit unterzuordnen. Man mag in diesem Standpunkte noch keinen „zynischen Materialismus“ erkennen wollen. Dem Materialismus bedenklich nahe kommt er ohne Zweifel. Es ist darum auch leicht verständlich, warum Benthams Lehre in Deutschland gerade an L. Feuerbach einen so eifrigen Apostel gefunden hat¹.

John Stuart Mill wurde von seinem Vater James Mill² in Benthams „philanthropische“ Ideen eingeführt. Auch läßt sich der Einfluß der positivistischen Philosophie Comtes auf ihn kaum verkennen. In der ökonomischen Lehre Ricardo nahe stehend, verbindet er in seinen „Principles“, wie Smith es getan, die praktischen Probleme der Wirtschafts- und Sozialpolitik unmittelbar mit den theoretischen Erörterungen.

„Keine tiefgreifende prinzipielle Umgestaltung!“ sagt Karl Menger³. „Keine Neubegründung der Wirtschaftstheorie! Kein weitgehender Anspruch auf Originalität! Er will nur die Ergebnisse der neueren Untersuchungen auf dem Felde der Volkswirtschaft (diejenigen über das Geldwesen, den auswärtigen Handel, die Kolonisation usw.) der Systematik der Nationalökonomie einverleiben, vor allem aber die Darstellung der allgemeinen volkswirtschaftlichen Theoreme mit deren politischer Anwendung verbinden.“

In seiner „Selbstbiographie“⁴ gesteht späterhin Mill, daß er nicht mehr auf dem Boden der „alten Schule“ verharre. Seine Anschauungen seien allmählich

¹ Cathrein, Moralphilosophie I 161 A. 2.

² James Mill schrieb „Elements of Political Economy“ (1821), 3. Aufl. 1826, im Anschluß an Smith und Ricardo, deutsche Übersetzung von Jacob (1824). J. St. Mill veröffentlichte „Principles of Political Economy with some of their Applications to Social Philosophy“, 2 Bde. (1848, 7. Aufl. 1871) (J. St. Mill starb zu Avignon 1873), deutsche Übersetzung von Soetbeer, 3 Bde. (1852). (Bestandteil der Gesammelten Werke Mills von Gomperz.) In den „Essays on some Unsettled Questions of Political Economy“ (1844) handelte Mill von dem internationalen Warenaustausche (Gleichung der internationalen Nachfrage), dem Einfluß der Konsumtion auf die Produktion, dem Gebrauch der Worte „produktiv“ und „unproduktiv“ in ihrer Anwendung auf Arbeit, Konsumtion und Kostenaufwand, von dem Kapitalgewinn und Zins, über Begriff und Methode der Volkswirtschaft.

³ J. St. Mill (20. Mai 1806 bis 8. Mai 1873). Zum 100jährigen Erinnerungsfeste der Geburt Mills, in Neue Freie Presse 1906, Nr. 14993. Vgl. auch Hans Gehrig, J. St. Mill als Sozialpolitiker, in Conrads Jahrb. XLVII (1914) 176 ff. Über die sozialpolitischen Anschauungen der englischen Schule (Smith-Ricardo). Ders. in Conrads Jahrb. XLIII (1911) 202 ff.

⁴ Autobiography (1873), deutsch von L. Kolb (1874).

derartige geworden, daß sie ihm entschieden die Bezeichnung eines Sozialisten eintragen würden. Das Privateigentum und das Erbrecht in ihrer gegenwärtigen Bedeutung würden auf die Dauer nicht mehr das letzte Wort der Gesetzgebung sein. Die Zeit werde kommen, wo die Teilung des Arbeitsertrages, die jetzt in so hohem Maße von dem Zufall der Geburt abhängt, auf dem Wege der Übereinkunft nach einem anerkannten Grundsatz der Gerechtigkeit sich vollziehen werde. Es handle sich darum, die größte individuelle Freiheit, die in den sozialistischen Systemen oft preisgegeben werde, mit einem gemeinschaftlichen Eigentumsrecht an den Rohstoffen des Erdballes und mit einer gleichmäßigen Anteilnahme an den gesamten Wohltaten der vereinigten Arbeit zu verbinden. Das sei die große soziale Aufgabe der Zukunft, die allerdings erst in weiter, dunkler Ferne sich verwirklichen werde. Auch meint Mill, es werde dereinst der heutige Gottesglaube endgültig verschwinden und vor einer reinen Menschenreligion zurückweichen. Derselbe Mann, der hier so kühn gegen den alten Gott sich erhebt, beugte sich den Wünschen der Gattin, um seine Anträge auf Frauenemanzipation zu stellen.

Vieles in den Lehren und Arbeiten Mills macht den Eindruck des Unfertigen. Seine Lebensanschauung ist nicht bloß, wie Roscher sagt, „zu wenig aus einem Gusse“, vielmehr schlecht fundiert, darum schwankend und widerspruchsvoll in sich selbst.

Jean Baptiste Say hat den Lehrstoff der englischen Schule systematischer zu ordnen und nach französischer Art in klarer, gefälliger Form zur Darstellung zu bringen versucht. Wie Ricardo sagte, war Say der erste oder einer der ersten festländischen Schriftsteller, welche die Smithschen Grundsätze richtig würdigten und zur Anwendung brachten. Er habe mehr getan als alle übrigen festländischen Schriftsteller zusammen, um jenes erleuchtete und wohlthätige System den Nationen Europas anzupfehlen. Im Jahre 1803 veröffentlichte Say seinen „*Traité d'économie politique*“ und 1828 den „*Cours complet d'économie politique pratique*“¹. Als besonderes Verdienst nahm er die Erfindung der Theorie der Absatzwege (*théorie des débouchés*) für sich in Anspruch.

Mercier de la Rivière hatte schon vor Say gelehrt, daß die Produkte sich mit Produkten bezahlen. Durch die Produktion werden wir daher in den Stand gesetzt, die Produkte anderer zu kaufen. Wir produzieren alle, die einen für die andern. Die ganze Welt ist nützlich der ganzen Welt. Jeder macht um so mehr Geschäfte, je mehr der andere sie macht. Je mehr wir produzieren, um so mehr können wir kaufen und konsumieren. Gerade der Handel mit dem Auslande dehnt

¹ Der „*Traité d'économie politique, ou simple exposition de la manière dont se forment, se distribuent et se consomment les richesses*“, 2 Bde. Die 6. Auflage (einpäufig), herausgegeben von Says Sohn Horace Say (1841), bildete den 9. Band der „*Collection des principaux économistes*“. — Der „*Cours complet d'économie politique pratique*“ erschien zuerst in 6 Bänden. Die 2. und 3. Aufl. (2 Bde.) wurde von Horace Say kommentiert (Bd. X und XI der *Collection des principaux économistes*); deutsche Übersetzungen von Jacob und Morstadt bzw. von Rüder und Sporschill, Theobald, Stirner. Der „*Catéchisme d'économie politique*“ wurde veröffentlicht 1815 (5. Aufl. 1839); deutsche Übersetzungen Karlsruhe 1816, Stuttgart 1817.

unsere eigene Produktion und Konsumtion aus. Je mehr die fremden Nationen selbst betriebsam sind, und je mehr wir die Aufnahme ihrer Produkte bei uns gestatten, um so mehr erweitern sich die Absatzwege für unsere eigene Industrie. Unser Interesse verlangt somit nicht den Untergang des fremden Handels und der fremden Manufakturen. Im Gegenteil. Der Reichtum eines Menschen, eines Volkes ist dem andern nicht schädlich, sondern nützlich. Der Kampf gegen die Industrie anderer Völker wird als töricht erkannt werden in dem Maße, wie die Nationen an Bildung zunehmen. Da das Angebot zugleich Nachfrage ist, der Besitz von Waren Kaufkraft bedeutet, so wird eine Absatzstauung, Handelsfreiheit vorausgesetzt, auf allen Gebieten und überall gleichzeitig nicht eintreten. es müßten denn alle Menschen gerade mit den von ihnen gewünschten Artikeln so reichlich versehen sein können, daß jeder einzelne für den Überfluß des andern keine Verwendung mehr hat.

In der Praxis dürfte denn doch häufiger, als diese Theorie lehrt, der Produktaustausch Hindernisse finden, sei es, daß der Käufer kein Bedürfnis für unsere Waren hat, oder daß ihm die Kaufkraft abgeht, oder daß es zu einer Einigung über den Preis nicht kommen kann, oder daß man uns Waren anbietet, die wir selbst produzieren können und nach unsern Verhältnissen produzieren müssen. Say beschließt seinen *Cours complet*¹ mit dem Satze: „Indem die Theorie der Absatzwege zeigt, daß die Interessen der Menschen und der Nationen nicht im Gegensatz miteinander stehen, muß sie notwendigerweise die Saat der Eintracht und des Friedens austreuen; diese wird mit der Zeit reifen und nicht eine der geringsten Folgen einer richtigen Ansicht von der Ökonomie der Gesellschaften sein.“

Erwähnung verdient noch (abgesehen von der die Nützlichkeit der Güter mehr berücksichtigenden Wertlehre u. a.) die Einteilung des *Traité*, die sich nicht bloß in Frankreich eingebürgert hat; der Reihe nach werden die Produktion, Distribution, Zirkulation und Konsumtion der Güter behandelt.

Eine kurze Kritik der Sayschen Gesamtlehre liegt in den Worten Blanquis²: „Es gab zwei Mächte, welche dieser große Schriftsteller (Say) ungleich, obwohl mit gleicher Ungerechtigkeit behandelt hat: die Kapitale, indem er ihnen zu großen Einfluß zuschreibt, und die Regierungen, indem er ihnen jede fruchtbare Einwirkung auf das Glück der Bürger abspricht.“

36. Andere hervorragende Freunde und Gegner der Smithschen Lehren
Das Lob der Freiheit verkündet ebenfalls Charles Dunoyer³. Freiheit erhöht die Kraft und Wirksamkeit der Arbeit, läßt Vorsicht, Tatkraft, Ausdauer bei der individuellen Tätigkeit zur Geltung gelangen, von denen der günstige Erfolg der Arbeit nicht nur für den einzelnen, sondern auch

¹ Ausführliches Lehrbuch der politisch-praktischen Ökonomie; Übersetzung Stirner IV (1846) 234.

² A. Blanqui (der Ältere), Geschichte der politischen Ökonomie; Übersetzung Buß II (1841) 163.

³ *La liberté du travail* (1845).

für das Wohl der Gesellschaft sich herleitet. Ganz richtig, ohne Freiheit kein Wohlstand! Dennoch ergibt sich hieraus keineswegs die absolut freie Konkurrenz als volkswirtschaftliches Postulat. Einschränkung des Mißbrauchs der Freiheit, Anregung und Förderung eines segensreichen Gebrauches der Freiheit ist durchaus nicht gleichbedeutend mit Unterdrückung der Freiheit.

Die englische (manchesterliche) Bewegung gegen die Gesetze über den Getreidehandel veranlaßte Frédéric Bastiats erste Schrift: „Cobden et la Ligue“¹. Ihr folgten die „Sophismes économiques“². Von dem bedeutendsten Werke Bastiats „Harmonies économiques“³ erschien nur der erste Band. Der frühe Tod des Verfassers setzte seinen Arbeiten ein Ziel. Bastiat glaubte an eine „beständige Annäherung aller Menschen an ein immerfort sich erhöhendes Niveau“⁴, an die allgemeine „Vervollkommnung und Ausgleichung“. Aber in einem falschen Optimismus befangen erwartete er die Verwirklichung dieses Zieles als „das schließliche Resultat der großen Naturgesetze, wenn sie ungehindert walten“⁵. Nicht die teleologische Auffassung als solche, die Annahme von naturgemäßen Zielen und Zwecken in der Volkswirtschaft, fordert unsern Widerspruch heraus, ebenfalls nicht das Lob, welches Bastiat der „Harmonie“ spendet; auch soll nicht geleugnet werden, daß dort, wo zunächst Disharmonien sich geltend machen, schließlich sich alles wieder harmonisch gestalten, daß z. B. eine blühende Industrie bei der Blüte der Landwirtschaft und umgekehrt diese bei jener und durch jene ihre Rechnung finden kann. Allein eine für das Glück der Gesellschaft ausreichende Harmonie einzig von der „Natur“ und dem „laissez aller“ zu erwarten, diese Harmonie ausschließlich mit dem Eigentum und der Freiheit zu verknüpfen, das war verfehlt. Zur Ausgleichung der so oft widerstrebenden Interessen genügen nicht Natur, Freiheit, Assoziation. Dazu bedarf es des Opfers, der Gerechtigkeit, der Liebe, der Fürsorge aller für das Gesamtwohl der Gesellschaft verantwortlichen Instanzen. Die ökonomische und soziale Harmonie ist keine bloße Naturgabe, sondern ein schwieriges, praktisches Ziel, ein Kunstprodukt, das nicht von selbst erreicht wird, sondern mit Klugheit, Ausdauer, Gewissenhaftigkeit erstrebt und behauptet werden muß⁶.

Zuweilen findet sich die Bezeichnung „Harmonisten“ für die Anhänger Bastiats: Paillottet, Prince-Smith und die „Freihändler“ der Manchesterschule.

¹ 1845.

² 1845—1848. Über Bastiat vgl. den Aufsatz von Weinand im Staatslexikon der Görres-Gesellschaft I³⁻⁴ 585 ff.

³ Frühjahr 1850. Im gleichen Jahre (Dezember) starb Bastiat als gläubiger Katholik. Paillottet veröffentlichte in der Gesamtausgabe der Bastiatschen Schriften auch die Vorarbeiten zum zweiten Bande.

⁴ Volkswirtschaftliche Harmonien, deutsch Berlin 1850, 363. ⁵ Ebd.

⁶ Bd. I²; Kap. 1, § 4, 59 f. (55 f.) wurde Bastiats Wertlehre berücksichtigt.

Als Anhänger der älteren liberalen Schule kommen für Frankreich u. a. noch Cherbuliez, Garnier, Courcelle-Seneuil, Léon Say, Yves Guyot, Passy, Molinari, Block in Betracht. Pellegrino Rossi (1787—1848)¹ darf der Smithschen Schule beigezeichnet werden, wenn er auch nicht in allen Lehren dem Meister folgte. Von neueren französischen Nationalökonomern seien erwähnt: Baudrillard, Leroy-Beaulieu, Jourdan, Beauregard, Levasseur, Arnault, de Foville, Rambaud; sie gehören einer in etwa gemäßigten liberalen Richtung an, gewähren der Staatsintervention einen weiteren Spielraum und lassen einen mäßigen Schutz zu anstelle des Freihandels. Noch selbständiger sind in manchen Fragen dem ökonomischen Liberalismus gegenüber: Cauwès und Gide, Funck-Brentano, Espinas, Paul Pic, Taller, Laborde, Villey, Saint-Marc, Duguët, Fournier de Flaix, François du Maroussem, Jules Simon, Jay, in Belgien de Laveleye, Mahaim, in der Schweiz Segretan usw.²

Auch Italien hat, wie vor, so nach Adam Smith, achtungswerte Nationalökonomern hervorgebracht, unter andern Francesco Ferrara, Luzzatti, Rabbeno, Nitti, Messedaglia, Lampertico, Minghetti, Luigi Cossa, Ferraris, Ricco-Salerno, Cusumano, Nicolini, Toniolo u. a. Unter den spanischen Nationalökonomern ragen unter andern Sanz y Escartin, Olozaga, Hurtado, Posada hervor.

Von englischen Schriftstellern nennen wir Bentham, Lauderdale, Senior, Mac Culloch, Cairnes, Thornton, Macleod, Sidgwick, Jevons, Bagehot, Cliffe Leslie, Jevons, Marshall u. a. Manche traten schon mehr aus dem Bannkreis der Klassiker, empfanden das Bedürfnis einer Reform der Wissenschaft. Tooke und Newmarch schufen ein bedeutendes geschichtliches Werk über die Preise, Rogers über Arbeit und Löhne; durch große Objektivität zeichnet sich Ashleys Wirtschaftsgeschichte aus usw.

Der Umstand, daß die Handelskammer von Manchester eine Petition um Abschaffung der Kornzölle an das Parlament richtete, und daß die Anti-Corn-Law-League (1838 gegründet; Cobden, Bright, J. B. Smith, Greg, Fox, Joseph Hume, Moore, Prentice, Villiers, Gibson, Wilson usw.) in Manchester ihren Sitz hatte, erklärt die Entstehung des Wortes „Manchestertum“. Man bedient sich dieses Ausdruckes namentlich zur Bezeichnung des extremen Flügels der Freihandelsschule und der Lehre, daß jedes Eingreifen des Staates in das wirtschaftliche und gesellschaftliche Leben prinzipiell verwerflich sei.

In Amerika wurden von Raymond, Cooper, Philipps, Wayland, Vethake Smiths „Wealth“ und die sonstigen Produkte der klassischen Nationalökonomie popularisiert und bearbeitet. Beachtenswert sind dann noch Rae, Bowen, Bascom, die Freihändler Amasa Walker und Perry, der Sohn Amasa Walkers A. Walker, Bolle; ferner Clark, Seligman, Seager, Fisher usw.

Als Begründer einer „Schule“ hat der Amerikaner Henry Charles Carey³ größere Bedeutung erlangt. Ursprünglich Verfechter des Frei-

¹ Pellegrino Rossi starb (durch Mörderhand) als Minister Pius' IX. am 15. November 1848.

² Eine andere Gruppierung der französischen Autoren bietet R. v. Waha, Die politische Ökonomie in Frankreich, im Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik XX (1904) 139 ff.

³ Er verfaßte den „Essay on the Rate of Wages“ (1835), die „Principles of Political Economy“, 3 Bde (1837—1840), „The harmony of Interests“ (1851), eine Schrift

handelssysteme trat er später mit Entschiedenheit für das Schutzzollsystem ein. In der Wertlehre behauptet er, daß nicht die Produktionskosten, sondern die Reproduktionskosten den Preis eines Gutes bestimmten. Er gehört zu den Gegnern der Malthusschen Bevölkerungstheorie und der Ricardoschen Lehre von der Bodenrente. In Amerika zählten Peshine Smith, William Elder, Robert E. Thompson zu seinen Anhängern. Eugen Dühring glaubte bei Carey das richtige Verständnis für die innige Verknüpfung der wirtschaftlichen und sozialen Erscheinungen gefunden zu haben. Dühring selbst war ein geist- und temperamentvoller, leider nicht immer höflicher Verfechter der Careyschen Ideen in Deutschland.

In der deutschen Wissenschaft fanden sich zunächst eine Anzahl von Schriftstellern, welche das Smithsche System lediglich überarbeiteten, wie Kraus, Sartorius, Lüder. Zur Smithschen Schule werden außerdem Hufeland, Lotz, Jacob, auch v. Soden gerechnet. Einen hervorragenden Platz unter den deutschen Gelehrten nehmen dann v. Thünen, Nebenius, Rau, Hermann ein. „Der isolierte Staat“¹ v. Thürens erlangte hohes Ansehen in der wissenschaftlichen Welt. Besonderes Interesse beansprucht auch seine Lehre vom naturgemäßen Arbeitslohn. Nebenius erwarb sich große Verdienste um die Gründung des deutschen Zollvereins. Als eine bedeutende Leistung wurde seine „Monographie über den öffentlichen Kredit“² geschätzt. Karl Heinrich Rau verfaßte ein durch Klarheit ausgezeichnetes Lehrbuch der politischen Ökonomie³, im wesentlichen der Smithschen Lehre folgend. Von Hermanns Arbeiten erfreuen sich die „Staatswirtschaftlichen Untersuchungen“⁴ bis heute großer Anerkennung. Beachtenswert ist unter anderem seine Lehre von den Bestimmungsgründen des Preises, die Betonung des öffentlichen Wohles gegenüber der individuellen Selbstsucht usw.

Als machtvoller Gegner des ökonomischen Liberalismus und seiner inneren Wirtschaftspolitik trat in Frankreich Jean Charles Léonard Simonde de Sismondi auf⁵. Eisenhart nennt Sismondi einen „Anwalt der gesellschaftlichen Solidarität“⁶. Damit ist kurz sein prinzipieller Standpunkt gekennzeichnet. Sismondi klagt das herrschende System des Mammonsdienstes an. Dessen Wissenschaft sei Chrematistik, wie Aristoteles die Wissenschaft von der Vermehrung der Reichtümer genannt.

zugunsten der Einführung des Protektionssystems in den Vereinigten Staaten: „Letters to the President“ (1858); ferner die „Principles of Social Science“, 3 Bde (1858/59); deutsch von K. Adler (1863/64).

¹ 1826, 3. Aufl. 1875. ² 1820, 2. Aufl. 1829.

³ I: Grundsätze der Volkswirtschaft 1826, 8. Aufl. 1868/69; II: Volkswirtschaftspflege (Volkswirtschaftspolitik) 1828, 5. Aufl. 1862/63; Finanzwissenschaft 1832—1837, 5. Aufl. 1864/65.

⁴ 1832, 2. Aufl. 1870.

⁵ Sismondi (1773—1842), geb. zu Genf, schrieb eine Geschichte der italienischen Republiken des Mittelalters; ferner „De la richesse commerciale“ (1803) (im Sinne A. Smiths). Seinen antiliberalen Standpunkt vertritt er in „Nouveaux principes d'économie politique“ 2 Bde. (1819, 2. Aufl. 1827) und „Études sur les sciences sociales“ 3 Bde. (1836—1838).

⁶ Geschichte der Nationalökonomik⁸ 119 ff.

Sie sei eine Güterwissenschaft, keine Wohlfahrtswissenschaft, keine politische Ökonomie. Indem sie die Güter und ihre Vermehrung abstrakt, ohne Beziehung zum Menschen und zur Gesellschaft betrachte, habe sie ihr Gebäude auf einer unhaltbaren Grundlage aufgebaut. Ökonomie bedeutet dem Wortlaute nach die Regel des Hauses, politische Ökonomie die Regel der Wirtschaft in ihrer Anwendung auf den Staat. Alles geht dabei vom Menschen aus, alles muß sich auf den Menschen beziehen, auf die Menschen, insofern sie durch ein gemeinsames, soziales Band geeint sind. Indem aber das liberale System die Steigerung der Güterproduktion abstrakt, ohne Rücksicht auf den jedesmaligen Bedarf erstrebt, habe es jedes richtige, natürliche Maß der Produktion verloren. Daher Überproduktion und periodische Krisen. Indem sie auf der andern Seite in der Gütermenge und darum in der Vermehrung der Güter ein sicheres Zeichen der Volkswohlfahrt erblickt, ohne zu beachten, daß jene Gütermenge überdies noch in Beziehung zur Bevölkerung gebracht werden müsse, daß der Volkswohlstand nicht durch die Gütermenge allein, sondern durch die Teilnahme der breiten Masse des Volkes an dieser Gütermenge bedingt werde, habe sie das Elend ins Riesige wachsen lassen neben ungeheuerlichem Reichtum. Noch mehr; der Mensch, der lebendige Endzweck des wirtschaftlichen Lebens, er wird als Mittel und Werkzeug verbraucht. In neuer Form ist die alte Sklaverei wiederhergestellt worden. Will man die Gesellschaft retten, dann muß mit diesem System einer verkehrten Gewerbefreiheit gebrochen werden. Gewiß enthält die Smithsche Lehre viel Gutes, viel Richtiges. Aber sie bedarf der Ergänzung, einer ganz neuen Grundlegung: der Staat muß innerhalb der politischen Ökonomie wieder als der verordnete Vertreter des Gemeinwohles anerkannt werden, seine von Gott gewollte Aufgabe, das Gesamtwohl und in dem Gesamtwohle das Wohl aller zu schützen!

Es wird immer wieder hingewiesen auf die gewaltigen Fortschritte in der Produktion der Güter, welche das System der freien Konkurrenz gebracht habe. Sismondi leugnet diese Fortschritte nicht. Aber haben sie der Menschheit Glück gebracht? Blickt auf die Opfer dieses Fortschrittes, den mittleren Besitz, schaut hin auf die Arbeiterscharen und fragt endlich auch diejenigen, die als Sieger aus dem Kampfe hervorgingen, welche als die Reichsten der Reichen die Welt beherrschen, fragt sie, ob sie ihres Reichtums sicher, ob sie glücklich sind.

1. Die Entfesselung aller Kräfte, ihre äußerste Anspannung im Wettkampfe bewirkt nicht nur die Fortschritte in der Gütererzeugung, sie schuf auch die Möglichkeit einer unbegrenzten Ausdehnung der Geschäfte. Frühere Zeiten kannten die Gebundenheit der Ackergüter, eine Beschränkung des städtischen Gewerbes auf möglichst gleichmäßige, ihren Mann ernährende Betriebsgrößen. Die Gewerbefreiheit brachte den Großbetrieb, schuf das Fabrikssystem mit seiner minutiösen Arbeitsteilung bis

zum völligen Ersatz der Arbeit durch die Maschine. Was ist die Folge? Die Herrschaft des Kapitals, des größeren Kapitals, verderblich zunächst den kleineren, kapitalschwachen Unternehmern, die durch den Mitbewerb der Mächtigen außer Konkurrenz gesetzt werden. So negiert die freie Konkurrenz sich selbst, indem sie die Konkurrenten vernichtet. Das Mittelalter kannte die Epidemie der Bankrotte nicht, die für unser Zeitalter charakteristisch geworden. Die Gewerbsgenossen zerfleischen sich, statt sich zu helfen. Daher schließlich die Zerreißung der Gesellschaft in eine besondere besitzende Klasse und in eine dienende Klasse.

2. Ist es nötig, von den Leiden der dienenden Arbeiterklasse zu sprechen? Hört nicht alle Welt, wie sie seufzt, wie sie knirscht unter der Herrschaft des Kapitals? Mag den Arbeitern eine gewisse bürgerliche Gleichberechtigung bewilligt sein, in Wirklichkeit sind sie abhängig, abhängiger als in früheren Zeiten und dabei in einer vollkommen unsichern Lage. Der Kapitalist erstrebt die Vermehrung seines Reichtums, der Arbeiter den Lebensunterhalt. So ist er schwächer als der Kapitalist. Er muß ihm dienen, auch wenn er ausgebeutet wird, um nicht Hungers zu sterben. Die alte Feudalität kannte die Pflicht des Herrn, für den Unterhalt des Hörigen zu sorgen. Die neue Feudalität läßt dem Arbeiter die Freiheit, nach eigenem Rechte zu Grunde zu gehen.

Der kapitalistische Unternehmer erlangt die Möglichkeit, den Arbeiter auszubeuten, in erhöhtem Grade noch durch die Übervölkerung.

Malthus sah das Prinzip derselben in der Begrenztheit des Bodens und der auf ihm erzeugbaren Unterhaltsmittel einerseits, gegenüber der unendlichen Vermehrungsfähigkeit des menschlichen Geschlechtes anderseits. Sismondi ist der Ansicht, daß die Ertragsfähigkeit des Bodens dabei unterschätzt worden sei. Ein großer Teil des Bodens werde eben nicht für die Vervielfältigung der Notwendigkeiten des Lebens verwendet, sondern im eigenen Interesse der Launen seiner Herren und für die Erzeugung von Produkten, die gut bezahlt werden, die aber der Arbeiter nicht kaufen kann. Die Vermehrung des menschlichen Geschlechtes werde anderseits nicht von seinem virtuellen Vermögen, sondern von seinem Willen bedingt. Der wohlerzogene Mensch begründe nicht eher einen Hausstand, bis er seiner Nahrung sicher sei. So mache es der Beamte, der Landwirt usw. Der heutige Fabrikarbeiter aber sei niemals seines Einkommens gewiß. Wenn er Beschäftigung habe, so hoffe er, sie zu behalten, und gründe einen Hausstand. Die Erfindung einer neuen Maschine usw. kann ihn alsbald brotlos machen. Er sieht sich der Existenzmöglichkeit beraubt durch eine Schuld, die nicht die eigene war und die er auch nicht voraussehen konnte. An seine unsichere Lage gewöhnt, verliert der Arbeiter das Bewußtsein der Verantwortlichkeit. Bald im Brot, bald im Kampf um ein elendes Dasein, erhofft und erstrebt er auch für die Seinigen kein besseres Los. Man klage nicht den Arbeiterstand an, als ob er sinnlos tierische Befriedigung suche. Nein, das herrschende System trägt die Schuld, wird zum Quell einer überzähligen Bevölkerung.

Selbst was man mit Recht als Fortschritt preisen könnte, schafft neues Leid. Die Erfindung arbeitsparender Maschinen wirft den Ar-

beiter auf die Straße und vermehrt die Überzähligen, die dann sich gegenseitig den Preis der Arbeit verkümmern. Aber bewirkt die Erfindung nicht eine Verringerung der Kosten? Werden die Preise der Produkte dadurch nicht herabgemindert? Und wird man die hierdurch ermöglichten Ersparnisse nicht zu einer neuen Nachfrage nach Arbeit verwenden? Das alles beseitigt die Not nicht. Auch die neuen Maschinen verursachen Kosten und die Ersparnisse werden nicht nur auf Arbeitslöhne verwendet. Mögen die Preise der Produkte in arithmetischer Progression fallen, die Arbeiter werden vielleicht in geometrischer Progression ihrer Arbeit entsetzt. Es bleibt somit wahr, daß sogar, was wirklicher Fortschritt ist, im herrschenden System zum Quell des Elendes für den Arbeiter wird.

3. Aber auch die Sieger im Wettkampf, die Reichen und Mächtigen, finden kein Glück. Mit dem Besitze wächst das Verlangen nach Besitz. Ruhelos werden sie durch die eigenen Begierden hineingehetzt in jene schwindelhaften Unternehmungen, ohne Rücksicht auf die Wahrung des Verhältnisses zwischen Produktion und Bedarf. Man produziert nicht wie die alten Handwerker auf Bestellung, für Kunden, sondern auf Lager, für einen unbekannten oder unberechenbaren Markt. Der Marktpreis und sein Verhältnis zu den Kosten beherrschen allein die Geschäftsführung. Steigt der Marktpreis, sinken die Kosten, dann dehnen sich die Geschäfte aus. Nicht weil viel Nachfrage da ist, wird produziert, sondern weil die Arbeit billig, für einen Spottpreis, zu haben ist. So wächst die industrielle Produktion ins Ungeheuerliche. Die Millionen fabelhaft reicher Kapitalmagnaten dienen ihr. Die Übervölkerung verschafft ihnen zugleich zu Schleuderpreisen die Hände des hungernden Volkes. Das dauert aber jedesmal so lange, bis alles unter der Last der Überproduktion zusammenbricht. Man hatte eben für den Markt und doch ohne Kenntnis des Bedarfs produziert. Kein Wunder, daß dann in periodischen Krisen Kapital und Arbeit immer wieder begraben werden. Aber noch ein anderes Übel verfolgt und verzehrt den übergroßen Reichtum. Während der Kapitalismus die Arbeiter ausbeutet, wird der Kapitalist selbst nur zu oft durch seine eigenen Lüste ausgebeutet. Viele glaubten zu herrschen und sind doch Sklaven der eigenen Leidenschaften. Wie gewonnen, so zerronnen, wenn nicht durch der Eltern, dann durch der Kinder Schuld!

Die Rücksichtslosigkeit, mit welcher Sismondi das Verderbliche des herrschenden Systems aufdeckte, verletzte die Verteidiger der industriellen Gesellschaft aufs tiefste. Die einen erblickten in seiner Kritik eine rückständige, reaktionäre, verkehrte Lehre. Andere waren geneigt, einzelne Übertreibungen im sozialistischen Sinne zu deuten. Mit Unrecht. Sismondi war kein kommunistischer Sozialist. Die Beseitigung des Privateigentums an den Produktionsmitteln forderte er nicht. Daß Grundeigentümer und Kapitalist aus dem Ertrage der Arbeit eine Vergeltung

des Dienstes beziehen, den sie durch Darbietung ihres Eigentums leisten, hält Sismondi für gerecht. Aber ihr Anteil darf nicht zu groß werden auf Kosten der Arbeiter.

Daß es Reiche in der menschlichen Gesellschaft gebe, gereicht dieser selbst, auch nach Sismondi, zum Vorteile. Der Reichtum gewährt demjenigen, der über denselben verfügt, die Möglichkeit, alle seine höheren Fähigkeiten auszubilden und anderseits seinen Überfluß zur Tröstung der Armen und Elenden zu verwenden. Dieser beiden Prärogative wegen sind die reichen Leute für den Fortschritt jeder Gesellschaft nötig. Ohne sie würde die Gesellschaft bald in Unwissenheit, Barbarei, Egoismus versinken. Die Liebe insbesondere ist für die Gesellschaft noch wichtiger als für die Armen. Indem sie die zufälligen Störungen in der regulären Verteilung der Güter heilt, verbindet sie die Klassen, erzeugt Zuneigung und Dankbarkeit, erhebt alle zu einer moralischen Höhe, welche der Nation durch innigere Verbindung der Bürger neue Festigkeit des sozialen Zusammenhanges verleiht. Sismondi setzt dabei voraus, daß, nachdem für das Wohl aller im allgemeinen hinreichend gesorgt ist, nur der Überfluß der Nation für die Dotierung der Reichen vorbehalten sei. Er fügt hinzu man könne unschwer erkennen, daß für die Nation, für den Zweck der Gesellschaft eine größere Anzahl Besitzer von mäßigem Reichtum mehr Bedeutung hätten als ein einziger Reicher in seiner Überfülle. Ist es der Beruf und die Aufgabe der reichen Leute, ihre geistigen Kräfte zu entwickeln und in den Dienst der Gesellschaft zu stellen, so bleibt es nicht minder gewiß, daß der Luxus entnervt und für solche Dienste unfähig macht. Anderseits wird die wohltätige Verbindung der Gesellschaft durch das Band werktätiger Liebe sich in geringerem Grade vollziehen, wenn die Zahl der Wohlhabenden abnimmt und nur wenige über gewaltige Reichtümer verfügen. Diese stehen den Armen ferner. Durch die Distanz des Ortes und des Ranges sind sie von ihnen getrennt. Kurz, ein Millionär, der das Vermögen von zehn oder hundert Reichen in seinem Patrimonium vereinigt, nützt der Gesellschaft lange nicht so viel wie eben jene zehn oder hundert Reiche. Der Reichtum, der die Zahl der Wohlhabenden vermindert, ist kein Glück für die Gesellschaft. Nur innerhalb gewisser Grenzen seiner Größe also bleibt der Reichtum eine Wohltat auch für das ganze Volk.

Die Vorzüge des Mittelstandes und in der Produktion des Kleinbetriebes standen für Sismondi außer Frage. Er bewunderte jene Verbindung von Arbeit und Besitz, wie sie innerhalb des Zunft- und Feudalsystems sich vorgefunden hatte. In dem Kleinbetriebe bleibe Lohn, Zins, Rente in einer Hand. Da sei am besten für den arbeitenden Menschen gesorgt. In dem Großbetriebe des herrschenden Systems werde der Lohn lediglich als Kostenpunkt betrachtet, genau so, als ob der Arbeiter ein bloßes Werkzeug sei. Sismondi schwärmte namentlich für

die „patriarchalische“ Wirtschaft des kleinen bauerlichen Betriebes, wo Vater und Kinder, mit wenigem Gesinde vielleicht, zusammenarbeiten. Eine durch mäßigen Wohlstand beglückte ländliche Bevölkerung sei auch der Gesamtheit ein Segen; sie erzeuge durch ihre stetige Nachfrage bei guter Kaufkraft sichern Wohlstand der Gewerbe. Von dort aus sei Übervölkerung nicht zu fürchten. Wer über eigene Nahrung für eine neue Familiengründung nicht verfüge, der heirate nicht. Obwohl Sismondi im Interesse des Fortbestandes kleinerer Betriebe die freie Teilbarkeit des Bodens befürwortete, fürchtet er doch Unheil von einer allzu großen Zersplitterung. Auch verkennt er nicht die Gefahr, daß aus den kleinen Zwergwirtschaften durch Aufkauf Latifundien entstehen könnten. Im eigenen Interesse des bauerlichen Besitzes ist darum Sismondi einer gewissen maßvollen Gebundenheit des Grundeigentums nicht entgegen. Für das gewerbliche Gebiet stimmt Sismondi dem Meister der Schule. A. Smith, darin bei, daß die Konkurrenz zu einer höheren Leistungsfähigkeit erziehen könne als der zünftlerische Schutz. Doch habe die Zunftverfassung eine gewisse Gewähr geboten gegen Übervölkerung und Überproduktion. Die Zurückführung der städtischen Industrie auf den kleinen handwerksmäßigen Betrieb hält Sismondi für völlig ausgeschlossen. Wollte der eine Staat es versuchen, seine Nachbarn würden mit ihren Dampfmaschinen und Arbeiterscharen ihm die Existenz auf der alten Grundlage unmöglich machen. Nein, das Problem ist ein anderes.

Es handelt sich in der Gegenwart darum, wie das Fabrikssystem in den Dienst des Gemeinwohles gestellt werden könne, so zwar, daß es auch den arbeitenden Klassen, die es hervorgerufen hat und auf die es sich stützt, zum Vorteile gereiche. Sismondi ist also ebensowenig Reaktionär wie Kommunist. Er erstrebte aber eine gerechtere und billigere Verteilung der Früchte des Großbetriebs, nicht durch Rückkehr zum Zunftsystem, nicht durch Lohntaxen oder durch Beseitigung des Privateigentums. Er hält an dem Eigentum fest, an der persönlichen Freiheit, hat Bedenken gegenüber einem direkten Eingreifen des Staates. Dennoch könne und müsse der Staat, der die neue Betriebsform zugelassen, verlangen, daß dieselbe zu einem erhöhten Gemeinwohle führe. Es handle sich dabei zunächst um die Herstellung einer Art von Solidarität zwischen den Großunternehmern in Stadt und Land und den von ihnen beschäftigten Arbeitern. Die kranken, invaliden, durch neue Maschinen verdrängten Arbeiter dürften von ihren Herren nicht mehr ohne weiteres aufs Pflaster geworfen und der öffentlichen und privaten Mildtätigkeit überantwortet werden. Der Arbeitslohn sei darum in einer Weise zu gestalten, daß er als ausreichendes Einkommen für das Ganze der Existenz des Arbeiters, auch für die Zeit der Krankheit und des Alters den Unterhalt gewähre. Genüge der Lohn hierfür nicht, so habe derjenige das Fehlende zu ersetzen, der den Nutzen einer zu wohlfeil erkauften Arbeit genossen. Die

Unternehmerklasse bleibt also nach der Ansicht Sismondis für den Unterhalt ihrer Arbeiter dauernd haftbar, und zwar die Grundbesitzer oder Pächter für die Landarbeiter, die Fabrikherren für die Fabrikarbeiter, nach verschiedenen Gruppen zusammengefaßt, damit nicht die eine Gruppe für die Fehler der andern zu büßen habe. Durch diese Sicherung der ganzen Existenz der Arbeiter erhofft Sismondi auch sonst noch mancherlei segensreiche Wirkungen. Die Last solcher Verpflichtungen würde die Unternehmer dazu führen, den Arbeitern von vornherein einen so reichlichen Lohn zu gewähren, daß sie möglichst lange in Gesundheit und Kraft verbleiben und arbeiten könnten. Andererseits würden die arbeitenden Klassen durch die Sicherung ihrer Existenz leichter das Gleichgewicht ihrer Bevölkerung wiederfinden. Ja Sismondi hält es nicht für unmöglich, daß die schwere Belastung der Großbetriebe eine allmähliche Rückkehr zu seinem Betriebsideale, dem kleinen und mittleren Betriebe, bewirken könnte, — wenigstens soweit der Großbetrieb seine größere Produktivität auf Kosten der gerechten Ansprüche der Arbeiter errungen habe oder behaupte.

Nicht ohne Bescheidenheit sagt Sismondi zum Schluß der „Nouveaux principes“: „Ich bekenne es, nachdem ich gezeigt habe, wo in meinen Augen die Gerechtigkeit ist, traue ich mir die Kraft nicht zu, die Mittel des Vollzugs anzugeben.“ Man mag das, was Sismondi an praktischen Vorschlägen bietet, heute allerdings für unzulänglich halten. Man mag ihm und seiner Schule (Th. Fix¹, Alban de Villeneuve-Bargemont² u. a.) mit Recht oder Unrecht jene Vorliebe für mittelalterliche Institutionen, die an die sog. romantische Schule (Adam Müller, v. Haller, Gentz) erinnert, zum Vorwurf machen wollen. Man mag in den Plänen einer teilweisen Neugestaltung der modernen Verhältnisse andererseits das Moment sozialer Selbsthilfe vermissen. Der gerechte Beurteiler wird aber dennoch Eisenhart beistimmen, wenn er sagt³: „In der Wissenschaft, die der Weltliteratur angehört, ist von Sismondis Schule eine still umbildende Gewalt ausgegangen und sind unverlierbare Gesichtspunkte namentlich von der deutschen Wissenschaft angeeignet, die den abreißenden Faden hier auflehmen sollte. Ich rechne darunter die Reinertragslehre Sismondis, daß die privatwirtschaftliche Fassung, die den Arbeiter als einen bloßen Kostenpunkt erwägt, mit nichten den Leitstern der ganzen Volkswirtschaft abgeben dürfe, und daß deshalb die Staatsgewalt aufgerufen sei, die Privatwirtschaften in einer gemeinnützigen (sozialen) Richtung zu erhalten. Und selbst seine unmittelbar praktischen Entwürfe für die Sozialisierung des Fabrikwesens sind doch nicht spurlos vorübergegangen.“ Man braucht nur an die Reformen zu denken, die auf

¹ Herausgeber der „Revue mensuelle d'économie politique“ seit 1833.

² Verfasser der „Économie politique chrétienne“ (1834) und der „Histoire de l'économie politique“ (1841).

³ Geschichte der Nationalökonomik 133.

gewerblichem Gebiete sich inzwischen vollzogen, an die Arbeiterschutzgesetzgebung, die sozialpolitische Versicherungsgesetzgebung, die Tarifverträge u. dgl. A. Smith und seine Schule hatten es leichter, auch für die Praxis wirksame Ratschläge zu geben. Die Verkündung der Freiheit führte zum Niederreißen der bestehenden Schranken. Jetzt aber handelt es sich nicht um Niederreißen, sondern um den Aufbau einer neuen Ordnung. Hier kann die Wissenschaft vor allem die richtigen Grundsätze bieten, die großen Ziele in allgemeinem Umriss zeichnen, die Faktoren angeben, die zur Reformarbeit berufen sind, vielleicht auch das unmittelbar in Anknüpfung an die gegebenen Verhältnisse Mögliche der praktischen Reform feststellen, die bereits vollzogenen Reformen auf ihre Bewährung prüfen, die Art und Weise ihrer Fortbildung für jedes Gebiet untersuchen. Die Übel der Gegenwart sind groß, umfassend. Wer mit einzigem Plane im voraus den Weg der Heilung bis ins kleinste Detail vorzeichnen wollte, würde sich der Gefahr aussetzen, eine Utopie gezeichnet zu haben. Das soziale Reformwerk ist die ernste bleibende Aufgabe der Menschheit, der Staaten, der Völker. Solang der Himmel uns kein Genie schenkt, das mit niemals dagewesener Fülle geistiger Kraft allein für alles genügt, müssen wir uns jederzeit mit dem Zusammenarbeiten vieler Kräfte bescheiden, das Gute, was die einzelnen geleistet, mit Achtung und Dankbarkeit verwerten und von der Entwicklung mit kluger Leitung die fortschreitende Besserung der Verhältnisse erwarten. Gott hat die Völker heilbar erschaffen. Er heilt sie aber nicht plötzlich, durch ein Wunder, sondern allmählich durch die Vermittlung der Menschen. Große Männer können den Heilungsprozeß beschleunigen. Ihn zu ersparen, zu ersetzen, vermögen sie nicht.

Faßt man alles zusammen, sagt Eisenhart¹, „so wird man nicht anstehen, in Sismondi den ersten, einstweilen verschütteten, in die Erde versenkten Keim einer Richtung anzuerkennen, welche heute dahier (in Deutschland) als sog. Kathedersozialismus zur allseitigen Entfaltung strebt.“ Kells Ingram stimmt dem bei. Er sagt: „Sismondi kann als Vorläufer der, unter der ungenauen Bezeichnung ‚Kathedersozialisten‘ bekannten, deutschen Nationalökonomien betrachtet werden; doch flößen deren Schriften weit mehr Hoffnung und Vertrauen in die Zukunft ein als die seinigen.“²

Hatte Sismondi seine wuchtigen Angriffe namentlich gegen die innere Wirtschaftspolitik der liberalen Schule gerichtet, so kämpfte Friedrich List³ machtvoll gegen die Lehre von der absoluten Handelsfreiheit im kosmopolitischen Sinne. „Die kritische Sonde, mit welcher Sismondi die Wirtschaftspolitik des . . . Liberalismus in ihren inneren Erfolgen geprüft

¹ Geschichte der Nationalökonomik 134.

² Ingram, Geschichte der Volkswirtschaftslehre 228.

³ Geboren 6. August 1789 zu Reutlingen; durch Selbstmord geendigt am 30. November 1846 bei Kufstein. Vgl. A. v. Peez, Die Bedeutung von Friedrich List für die Gegenwart (1906).

hatte, an seine äußeren legend, ist List mit ihm zu einem und demselben Ergebnis gelangt, daß sie auf einer gänzlich verfehlten, individualistischen, das Leben zerrüttenden Grundanschauung beruhe. So bewegt er sich mit ihm in derselben bahnbrechenden Richtung für eine Erneuerung der volkswirtschaftlichen Anschauungen im Sinne einer solidarischen Lebensgemeinschaft.“ Die wissenschaftliche Bedeutung von List ist größer, als die unmittelbaren praktischen Erfolge seiner Agitation waren für die Einigung Deutschlands auf dem Gebiete der Handelspolitik, des Verkehrs, des Gewerbewesens, des Münzwesens, der Kolonisationsbestrebungen, seiner Bemühungen für die Zollvereinigung, die Ausdehnung der Eisenbahnen. List hat seinem Hauptwerke den Titel „Das nationale System der politischen Ökonomie“² gegeben. Der Name selbst deutet den Grundgedanken des Werkes an: zwischen Welt und Individuum steht die Nation. Jede Nation, die hinreichend groß ist, um einen für seine wesentlichen Aufgaben genügend ausgerüsteten Staat zu bilden, die überdies innerhalb ihres Bereiches die Vorbedingungen einer allseitigen wirtschaftlichen Entwicklung besitzt, muß auch die Grundlage einer in gewissem Maße sich selbst genügenden Ökonomie werden. Sie muß sich den andern Nationen gegenüber nicht nur politisch, sondern auch wirtschaftlich als eine solidarische Gemeinschaft betrachten; ihre Interessen haben einen selbständigen Mittelpunkt, sind nicht notwendig dieselben mit denjenigen der andern nationalen Wirtschaftskörper. So kämpfte List einerseits für innere Zolleinheit, anderseits für ein konsequentes nationales Schutzzollsystem, damit Deutschland das werde, was andere Völker in der merkantilistischen Zeit geworden, eine wirtschaftlich in sich geschlossene Großmacht, die mit ihren durch den Schutzzoll erstarkten und zur vollen Leistungsfähigkeit erzogenen wirtschaftlichen Produktivkräften nicht mehr hinter der industriellen Überlegenheit anderer, schon früher vorangeschrittenen Länder zurückzustehen brauche. Das industrielle Schutzzollsystem im Sinne Lists ist ein Erziehungssystem. Jede Nation muß ihren eigenen Verhältnissen und namentlich der Stufe ihrer Entwicklung entsprechende besondere Mittel zur Erreichung ihrer Zwecke anwenden. So Deutschland das Schutzzollsystem, bis seine

¹ Eisenhart a. a. O. 179.

² Lists Gesammelte Schriften wurden herausgegeben zuerst von L. Häusser (1850). „Das nationale System“ in 7. Aufl. (1888) mit einer Einleitung von K. Th. Eheberg; 1905 als Bd. III der Sammlung sozialwissenschaftlicher Meister von H. Waentig. Vgl. Dühring, Kritische Geschichte 332 ff. 345 f. Kurt Köhler, Problematisches zu Friedrich List (1908). Schmoller, Fr. List als praktischer Volkswirt (Schriften des Deutschen volkswirtschaftl. Verbandes III [1909] Heft 1). Oskar Steincl, Friedrich Lists Nationales System der politischen Ökonomie (1909). H. Dietzel, Lists Nationales System und die „nationale“ Wirtschaftspolitik, im Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik XXXV (1912) 366 ff. E. Meuser, List oder Raymond? in Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft LXIX (1913) 104 ff. Meuser tritt im Anschluß an Eheberg gegen Köhler für die Originalität der grundlegenden Theorien Lists ein.

Produktivstände erstarkt sein werden und dereinst die Periode einer allgemeinen Freihandelskonföderation beginnen kann.

Nach List müßte eigentlich jede Nation mit dem Freihandel beginnen. Der Verkehr mit reicheren und höher entwickelten Nationen werde nämlich einer noch vorwiegend agrarischen Wirtschaft die mannigfachsten Vorteile der Anregung zum Fortschritt bieten können. Auf der zweiten Stufe, auf welcher List zu seiner Zeit Deutschland und Amerika glaubte, sei dagegen im Interesse der Erziehung und Erstarkung der noch schwachen gewerblichen Tätigkeit das Schutzzollsystem am Platze. Völlig erstarkte nationale Industrien endlich könnten den Freihandel vertragen, wie England und annähernd Frankreich zu Lists Zeiten. In dem Idealbild einer wirtschaftlich ausgereiften Nation finden die drei produktiven Stände, Landwirtschaft, Gewerbe, Handel, eine gleichmäßig günstige Entwicklung. Doch sind für die Gesamtkultur der Nation Gewerbe und Handel wichtiger als der Ackerbau. In rein agrarischen Staaten fehle leicht der Unternehmungsgeist und setze sich nicht selten ein falscher Konservatismus fest. Für die höheren Wirtschaftsformen seien indes nur die Länder der gemäßigten Zone geeignet. Die heißen Zonen verfügten dagegen in der Produktion gewisser Rohstoffe über ein natürliches Monopol. Zwischen den Ländern der gemäßigten und der heißen Zone bestehe also in der Tat eine naturgemäße Arbeitsteilung, die gegenseitige Ergänzung und Verbindung der Kräfte.

Lists Lehre von den produktiven Kräften gipfelt in dem Satze, daß die Erhaltung der Kraft, Reichtümer zu sammeln, für ein Volk bedeutsamer sei als der Reichtum selbst. Die Nationen leben fort. Darum kann ihr wahrer Reichtum nicht in dem bloßen Besitze von Tauschwerten bestehen. Er wird vor allem in der möglichst vollkommenen und allseitigen Entwicklung ihrer produktiven Kräfte seine Verwirklichung finden.

Interessant ist ferner Lists Lehre von der besondern Bevölkerungskapazität der verschiedenen Stufen wirtschaftlicher Entwicklung. Jeder Wirtschaftszustand hat eine bestimmte Fassungskraft für die Bevölkerung, der Industriestaat eine größere als der reine Ackerbaustaats. Er besitzt eine umfassendere Versorgungskraft, erweitert beträchtlich die Existenzbedingungen für das Volk. Verfügt ein Land über eigene Industrie, so findet innerhalb derselben ein Teil der bis dahin ländlichen Bevölkerung produktivere Verwendung; dieselbe gewährt zugleich dem Landbau einen bequemen, nahen Markt. Der Landmann hinwiederum kann seinen Bedarf an industriellen Produkten bei unmittelbarer Nähe der Bezugsquelle viel leichter decken. Auch der weitere Fortschritt zum Handelsstaat steigert die Bevölkerungskapazität. Die Eröffnung des Weltmarktes belebt die industrielle Arbeit, gibt der Bevölkerung eine noch höhere Vermehrungsfähigkeit, als sie bei intensiver Ausbildung des inneren Marktes besitzen würde. Natürlich hat der innere Markt für die nationale Wirtschaft größere Bedeutung als die Vorteile, welche der Auslandshandel schafft. Eine kluge Wirtschaftspolitik wird auf die letzteren nicht verzichten, aber um derselben willen auch nicht den inneren Markt vernichten wollen.

Die populationistische Vermehrungsfähigkeit hängt also nach List nicht so sehr von den Vorräten an Nahrungsmitteln ab wie von der wirtschaftlichen Verfassung eines Volkes. Macht sich eine Stauung bemerkbar, so wird daher zu untersuchen sein, wie derselben durch Weiterbildung des bisherigen Wirtschaftszustandes zu begegnen sei.

Die Verdienste der sog. historischen Schule deutscher Nationalökonomie, ihr Gegensatz zur liberalen Schule, sind aus dem ersten Bande hinlänglich bekannt. Was ein Roscher, Hildebrand, Knies, Schmoller und seine Schule für die Wissenschaft geleistet haben, verdient und findet allgemeine und höchste Anerkennung. Unter Ablehnung der naturgesetzlichen Auffassung suchte man hier die wirtschaftlichen Erscheinungen aus ihrer geschichtlichen Entwicklung zu verstehen, durch statistische Massenbeobachtungen ihren gegenwärtigen Stand richtig zu erkennen.

Die teilweise in Gegensatz zur historischen Schule getretene österreichische Schule², die sich an Karl Menger anschließt (Sax, Böhm-Bawerk, v. Wieser, Zuckerkandl, Schumpeter u. a.), ist beachtenswert durch den Versuch psychologischer Vertiefung der wissenschaftlichen Auffassung und durch entschiedenes Eintreten für die „Theorie“ gegenüber der „historischen“ Forschung.

Über die Grenzwerttheorie der österreichischen Schule wurde im ersten Bande bereits ausführlich gehandelt. Auf andere Untersuchungen, wie über Kapital, Einkommen, Gewinn usw., werden wir später zu sprechen kommen. Nur des zunächst führenden Geistes sei hier noch einmal besonders gedacht. Karl Menger gibt zu, daß die Erfahrung der „naturgesetzlichen“ Auffassung der Volkswirtschaft im Sinne der älteren Nationalökonomie nicht günstig sei. Er will aber doch auf dem Wege logischer Abstraktionen und Deduktionen zu „exakten“ Gesetzen des wirtschaftlichen Lebens gelangen. Durch Analyse steigt er zu den elementarsten Faktoren menschlicher Wirtschaft empor, isoliert dieselben von allen für die ökonomische Seite des menschlichen Lebens und Handelns unwesentlichen Momenten. So gelangt er zu ursprünglichen Bedürfnissen, zu den ursprünglich von der Natur gebotenen Gütern und zu dem von der Selbstliebe geleiteten Streben nach Bedürfnisbefriedigung, kurz zu dem uns schon bekannten „Homo oeconomicus“ der Smithschen Schule, zu dem „freien, durch andere Faktoren nicht beeinflussten Spiel“ jenes allgemeinsten und mächtigen Triebes, des individuellen Eigennutzes, zu „exakten“ Gesetzen, welche „die Bürgschaft der Ausnahmslosigkeit in sich tragen“, — dies alles freilich nur in der „reinen Theorie“. Die „reine Theorie“ möchte aber immerhin doch Einfluß gewinnen auf das praktische Leben, wird auch von individualistisch gesinnten Politikern in ihrem Sinne verwertet³.

¹ Bd. I²: Kap. 5, § 4, 537 ff. (462 ff.).

² Ebd. 541 ff. Zur Wertlehre vgl. ebd. Kap. 1, § 4, 61 ff.

³ Über Mengers Stellung zur Methodenfrage vgl. Bd. I², Kap. 5, § 4, 541 ff.

Wir lehnen gewiß nicht die Berücksichtigung psychologischer Momente in der Nationalökonomie ab, fordern sie sogar, wenn auch nicht in der Weise der Wiener Schule. Ebenso erkennen wir den methodischen Wert eines richtig durchgeführten Isolierungsverfahrens an. Aber Abstraktionen sind doch nicht so ganz in die Willkür des Theoretikers gestellt. Wer von der Natur des Menschen handelt, kann nicht von dem Kopfe und von der Seele abstrahieren. So darf, wer von dem Wirtschaftsleben des Menschen handelt, Sitte und Recht nicht als etwas Nebensächliches außer acht lassen. „Abstrahentium non est mendacium“, sagten die alten Logiker. Die „exakte“ Ökonomik Mengers aber schreibt dem „allgemeinsten und mächtigsten“ Triebe, dem Eigennutze — wenigstens für die „reine Theorie“ und, um zu „ausnahmslosen, exakten“ Gesetzen zu gelangen, eine Wirksamkeit zu, die eingestandenermaßen im Widerspruch steht mit der Erfahrung.

Das Bestreben, aus der Nationalökonomie eine „exakte“ Wissenschaft zu machen, findet sich wieder bei einem andern hervorragenden Österreicher, wenn er dabei auch seine eigenen Wege geht.

Wir haben früher schon von der mathematischen Methode gehandelt, wie sie von Jevons, Walras, Cournot u. a. angewendet wurde. Wirtschaftliche Erscheinungen auf mathematische Formeln zurückzuführen und der Berechnung zu unterwerfen, das mag zur Erläuterung, zur Illustration gute Dienste leisten, soweit es sich um meßbare Größen und zuverlässige Größenangaben handelt. Eine rein mathematische Volkswirtschaftslehre aber kann es nicht geben, weil die Nationalökonomie vieles zu berücksichtigen und zu behandeln hat, was eben mathematisch nicht erfaßbar ist. Nach Schumpeter² wäre die Nationalökonomie allerdings eine mathematische Wissenschaft, die sich darum auch der mathematischen Methode bedienen müßte. Er rät sogar den Nationalökonom den das Studium der höheren Mathematik an im Interesse des Fortschrittes der Volkswirtschaftslehre. Indem er seinerseits nur mit Logik und festen Größen bei Feststellung der wirtschaftlichen Beziehungen operieren will, erhofft er für diese „reine“ und „exakte“ Ökonomie allgemeine Anerkennung.

Auch in unserer Auffassung sind gewisse Notwendigkeiten zu beachten, welche die Beschränktheit der Gütermengen dem wirtschaftlichen Handeln auferlegt; auch wir möchten daraus die richtigen Folgerungen ziehen. Hat es aber darum die nationalökonomische Forschung nur mit ökonomischen Quantitäten und der Relation zwischen diesen zu tun, mit bloßen Größenverhältnissen zwischen Gütermengen und Wirtschaftssubjekten? Gewiß nicht! Die nationalökonomischen Sätze sind keine Gleichungen.

¹ Vgl. Bd. I²: Kap. 5, § 4, 545 ff. (468 ff.).

² Das Wesen und der Hauptinhalt der theoretischen Nationalökonomie (1908). Vgl. auch Schumpeter, Die Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung (1912).

keine mathematische Formeln, deren Gültigkeit Schumpeter doch immer wieder an bestimmte Voraussetzungen knüpfen muß. Kurz, gerade das, was Schumpeter als Vorzug seiner reinen und exakten Ökonomie ansieht: der Ausschluß teleologischer Betrachtung, das Isolierungsverfahren mit voller Abstraktion von allen Elementen psychologischer, sozialer, ethischer, politischer Art, und auch die Trennung zwischen Statik und Dynamik — alles dieses bildet, wie uns scheint, eher eine Schwäche dieser Theorie. Auf solchem Wege kommen wir schwerlich zum richtigen Verständnis der wirtschaftlichen Zusammenhänge und noch weniger zu wahrer, praktischer, volkswirtschaftlicher Erkenntnis. Wenn Schumpeter selbst darauf verzichtet, ein vollständiges Bild der realen volkswirtschaftlichen Zusammenhänge zu geben, wenn er gesteht, daß das Gebiet der theoretischen Nationalökonomie größer ist, als eine „exakte“ Theorie zu umfassen vermag, so trifft das eben mit unserem Urteil völlig zusammen. Und gerade darum schon müssen wir Schumpeters reine Theorie als Ganzes genommen ablehnen, ohne den Wert der Einzeluntersuchungen irgendwie herabsetzen zu wollen.

Ganz auf psychischer Auffassung des Wirtschaftslebens hat Robert Liefmann die ökonomische Theorie aufbauen wollen¹. Nach Liefmann ist „Wirtschaften“ etwas Psychisches, eine Art von Erwägungen, ein Vergleichen von Lust- und Unlustgefühlen. Es ist aber ein Vergleichen bestimmter Art, nämlich wenn mehrere erstrebte Lustgefühle, Genüsse, mit den zu ihrer Erlangung aufzuwendenden Unlustgefühlen, Opfern, verglichen werden, und der Mensch vor die Frage gestellt ist, in welchem Umfange und bis zu welchem Grade er die Aufwendung von Unlustgefühlen, von Opfern, für die verschiedenen erstrebten Lustgefühle oder Genüsse vornehmen und fortsetzen will, um ein möglichst großes Maß, ein Maximum von Genuß zu erreichen. Die Unlustgefühle oder Opfer (Arbeitsmühe oder Opfer an Sachgütern oder Geld), bei denen man erwägt, ob und in welchem Grade man sie auf die Erlangung dieses oder jenes Genusses, dieses oder jenes Bedürfnisses am zweckmäßigsten verwendet, wie man also die Aufwendung von Opfern verteilen soll, nennt Liefmann: „Kosten“. Der in seinem Sinne „psychische“ Kostengedanke ist eine wesentliche Erscheinung der „Wirtschaft“, wiederum in seinem Sinne. Die erstrebten „Genüsse“ sind „Bedürfnisse“, solange sie erstrebt werden, und „Nutzen“, wenn sie erlangt sind. Für die Empfindung der Lustgefühle, des Nutzens, gilt nun, daß sie mit wachsender Befriedigung des Bedürfnisses an Stärke abnimmt (Gossensches Gesetz)². Die Aufgabe des wirtschaftenden Menschen ist die: seine Kosten so zu verteilen, daß der Überschuß von Nutzen über die Kosten, den er mit der letzten, auf jede Bedürfnisart noch zu

¹ Vgl. die Aufsätze Liefmanns in Conrads Jahrb. 1913, 1914, 1916; im Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik 1912, 1915; in der Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft 1917; dann Grundsätze der Volkswirtschaftslehre I (1917), II (1919)

² Vgl. Bd. I²: Kap. 1, § 4, 61 (57).

verwendenden Kosteneinheit erzielt, bei allen Bedürfnissen gleichgroß ist. Und diesen Überschuß von Nutzen über die Kosten nennt Liefmann „Ertrag“. Es ist natürlich zunächst genau so ein „psychischer“ und daher nicht zahlenmäßig feststellbarer Begriff, wie Nutzen und Kosten. Er bildet aber die Richtschnur für das wirtschaftliche Handeln. Der Wirtschaftser muß ja die Gesamtheit der Kostenaufwendungen so verteilen, daß der Nutzenüberschuß oder Ertrag, den er mit der letzten, auf jede Bedürfnisart aufzuwendenden Kosteneinheit erzielt, bei allen gleichgroß ist. Diesen mit der letzten Kosteneinheit bei jeder Bedürfnisart zu erzielenden Ertrag nennt Liefmann „Grenzertrag“, und jenes Prinzip der zweckmäßigsten Verteilung der Kosten auf die verschiedenen Bedürfnisse nennt er: „Gesetz des Ausgleichs der Grenzerträge“. Dieses Prinzip, nach dem alles wirtschaftliche Handeln erfolgt, ist zugleich Organisationsprinzip des ganzen Tauschverkehrs, der „Volkswirtschaft“. Die wirtschaftliche Tätigkeit zerfällt hier in zwei Teile: die Erwerbswirtschaft und die Konsumwirtschaft. Ziel der Erwerbswirtschaft ist nicht Bedarfsbefriedigung, Nutzenüberschuß, Konsumertrag, sondern ein Geldreinertrag. Nach der „psychischen“ Auffassung ist aber die Erwerbswirtschaft nur eine Teilwirtschaft, ein Teil der eigentlichen, erst in der Konsumwirtschaft abschließenden wirtschaftlichen Erwägungen. Man darf darum nie vergessen, daß der Geldreinertrag der Erwerbswirtschaft in der dahinter stehenden Konsumwirtschaft dem erstrebten Nutzen psychisch gegenübergestellt wird. Der Wirtschaftser erstrebt zunächst in seiner Erwerbstätigkeit einen möglichst hohen Geldertrag und verwendet ihn dann in der Konsumwirtschaft als Kosten nach dem Gesetz des Ausgleichs der Grenzerträge usw.

Liefmann hat sich als Kartellschriftsteller und durch seine Studie über Beteiligungs- und Finanzierungsgesellschaften einen geachteten Namen in der Wissenschaft erworben. Seine neuen Grundsätze der Volkswirtschaftslehre begegneten aber ziemlich allgemeiner Ablehnung, wie er seinerseits die ganze bisherige Nationalökonomie ablehnen zu müssen geglaubt hat. Es ist „reine“ Theorie, was er bietet, wie uns scheinen möchte unter Verkennung des wirklichen Lebens. Um nur eines hervorzuheben: Wo sind denn die Wirtschaftser, welche die Aufwendung von Unlustgefühlen für die erstrebten verschiedenen Lustgefühle nach Liefmann so vornehmen und fortsetzen, daß ein Maximum von Genuß erreicht wird? welche die Gesamtheit der Kostenaufwendungen so verteilen, daß der Nutzenüberschuß oder Ertrag, den der Wirtschaftser mit der letzten, auf jede Bedürfnisart aufzuwendenden Kosteneinheit erzielt, bei allen gleich groß ist? — nach Liefmanns „Gesetz des Ausgleichs der Grenzerträge?“ Alle bisherige Theorie war nach Liefmann eine materialistische Verirrung, weil sie — technisch-materialistisch — „Wirtschaften“ gleichbedeutend mit „Sachgüterbeschaffung“ annahm. Nach Liefmann ist aber „Wirtschaften“, wie wir hörten, etwas „Psychisches“, eine Art von Erwägungen, nämlich ein Vergleichen von Lust- und Unlustgefühlen. Soll

das etwa ein dem bisherigen Materialismus gegenübergestellter Idealismus sein? Hier liegt der erste Grundfehler der Liefmannschen Theorie: sein Wirtschaftsbegriff ist falsch. „Wirtschaften“ besteht nicht in etwas „Psychischem“, in Erwägungen, im Vergleichen von Lust- und Unlustgefühlen. „Wirtschaften“ ist vielmehr eine von der menschlichen Vernunft geleitete Tätigkeit, die als Ziel die Versorgung des Menschen mit äußeren Gütern zum Zweck der Befriedigung menschlicher Bedürfnisse verfolgt. Die Vernunft ist es, die den normalen Menschen beim Wirtschaften leitet, nicht das Empfinden, nicht Lust- und Unlustgefühl. Das Rationelle, nicht das „Psychische“ im Sinne Liefmanns, entscheidet, mag das Empfinden auch einen konkurrierenden Einfluß ausüben je nach der Individualität des Handelnden. Indem aber Liefmann das Wirtschaften in das „Psychische“ verlegte, mußte er zugleich auch in den Einzellehren einem irreführenden Subjektivismus zum Opfer fallen. Die Vernunft läßt sich regelmäßig von der Erkenntnis des Objektiven bestimmen; sie sucht in ihrer Tätigkeit die „Wahrheit“, d. h. die Übereinstimmung des Intellekts mit der ontologischen Wirklichkeit, und als praktische Vernunft für menschliches Handeln die „Richtigkeit“. Empfindung, Gefühl, insbesondere Lust- und Unlustgefühl, stehen unter dem Einfluß der Außenwelt, sind in sich selbst etwas Subjektives, Schwankendes, sogar bei dem gleichen Individuum Wechselndes, jedenfalls bei verschiedenen Individuen selten gleich. Es heißt darum auch die Wirtschaftslehre auf Sand bauen, wenn man sie auf Genüsse und Lustgefühle bzw. deren Gegenteil gründen will. „Das ganze Bild des wirtschaftlichen Mechanismus, von dem Liefmann spricht“, sagt ferner Diehl¹, „ist so irreführend als möglich. Ausgangspunkt für alle nationalökonomische Theorie kann niemals die Individualwirtschaft mit den in ihr sich abspielenden psychologischen Vorgängen, sondern immer nur die Sozialwirtschaft sein.“ Und damit ist ein anderer Grundfehler der Liefmannschen Theorie gekennzeichnet.

Auf Einzellehren Liefmanns können wir hier nicht eingehen.

Was die Lehrbücherliteratur betrifft, so wird man mit besonderer Hochachtung der Werke von Knies, Roscher, Hermann Schäffle, Wagner, Schmoller, Menger, Cohn gedenken müssen². Bei Studierenden noch immer beliebt und ihnen zu empfehlen ist Philippovichs „Grundriß der politischen Ökonomie“ Band I, und für Volkswirtschaftspolitik der zweite Band von Conrads „Grundriß zum Studium der politischen Ökonomie“. Die „Volkswirtschaftslehre“ von Lexis ist Erzeugnis eines voll abgeklärten Geistes. Wir stimmen Lexis insbesondere darin bei, daß der Volkswirtschaftslehre auch eine praktische Aufgabe gestellt sei, halten aber die Abzweigung eines besondern Teiles als Volkswirtschaftspolitik, als volkswirtschaft-

¹ Theoretische Nationalökonomie (1916) 324.

² Beachtenswert sind auch die Lehrbücher von Rösler, Devas-Kämpfe, Ruhland, das neue Lehrbuch von Schwiedland.

licher Kunstlehre, nicht für unbedingt notwendig. Die Volkswirtschaftslehre ist eben in ihrer Gänze praktische Wissenschaft, die selbstverständlich theoretisch prinzipielle Untersuchungen und ebenso die Darlegung der kausalen Zusammenhänge einschließt. Mit Recht bemerkt Lexis, daß für die Wissenschaft die möglichst wirksame Förderung des allgemeinen Wohles den leitenden Gedanken bilde, und daß es speziell der ethischen Einwirkung der Wissenschaft zu verdanken sei, wenn die Förderung des Gemeinwohles heute gleichbedeutend sei mit der Verbesserung der Lage der Arbeiterklasse insbesondere.

Eine wertvolle Bereicherung der nationalökonomischen Literatur bildet die „Theoretische Nationalökonomie“¹ von Karl Diehl. Wer über Systeme und Methoden der nationalökonomischen Forschung gründliche Belehrung sucht, wird hier einen zuverlässigen Führer finden. In allem sucht Diehl bei der Beurteilung der verschiedenen Richtungen und Lehren mit strengster Objektivität in der Darstellung Gerechtigkeit in der Beurteilung zu verbinden. Diehl stimmt Alfred Ammonn² bei, wenn dieser es ablehnt, die nationalökonomischen Probleme aus einer rein individualen Bedingtheit des menschlichen Handelns, wie dem Prinzip der Wirtschaftlichkeit, abzuleiten. Die volkswirtschaftlichen Probleme setzten vielmehr eine soziale, d. h. nur in Bezug auf ein gesellschaftliches Zusammenleben und korrespondierendes Miteinanderhandeln mögliche und denkbare Bedingtheit voraus. Diese Bedingtheit besteht aber in einer bestimmten äußeren dem Individuum von der Gesellschaft auferlegten Ordnung des sozialen Verkehrs. Es ist charakteristisch für Diehl, daß er die Bedeutung der positiven Rechtsordnung für die volkswirtschaftlichen Erscheinungen in den Vordergrund seiner Gesamtauffassung rückt.

Schönbergs Großes „Handbuch der politischen Ökonomie“ hat seinen Wert noch nicht verloren. Daneben entstand jetzt, ebenfalls unter Mitwirkung vieler hervorragender Fachmänner, der neue „Grundriß der Sozialökonomik“, der eine Reihe wertvoller Abhandlungen zu bieten verspricht.

Für Theoretiker wie Praktiker ganz unentbehrlich sind ferner das „Handwörterbuch der Staatswissenschaften“ und das „Wörterbuch der Volkswirtschaft“. Auch mit vortrefflichen Zeitschriften sind wir in Deutschland reichlich ausgestattet, sowohl für die Nationalökonomie in ihrer Gesamtheit, wie für einzelne spezielle Gebiete dieser Wissenschaft. Erinneert sei bei ersteren insbesondere an die Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik (mit volkswirtschaftlicher Chronik), an Schmollers Jahrbuch für Gesetzgebung und Verwaltung, an die Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft, an das Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik, an die Zeitschrift für Sozialwissenschaft, an die österreichische

¹ 1916.

² Objekt und Grundbegriffe der theoretischen Nationalökonomie (1911).

Zeitschrift für Volkswirtschaft, Sozialpolitik und Verwaltung, an die Soziale Kultur usw. —

Vor allem interessiert uns der Wandel in gewissen Grundanschauungen, der für die Gestaltung der nationalökonomischen Wissenschaft von weittragender Bedeutung ist. Dahin gehört die Betonung des sittlichen Momentes in der Volkswirtschaft¹, die Anerkennung und Hervorhebung der Beziehungen zwischen Wirtschaftstheorie, Recht und Rechtswissenschaft, die Geltendmachung der Prinzipien außer den Tatsachen, eine höhere Auffassung von dem Zweck und den Aufgaben des Staates und der Staatsgewalt gegenüber dem wirtschaftlichen Gebiete.

In Frankreich betonte de Maistre die Notwendigkeit der geschichtlichen realistischen Betrachtung im Gegensatze zur willkürlich abstrakten Rousseaus. Man dürfe den Menschen nicht aus den nationalen Zusammenhängen herausreißen. „Ich habe in meinem Leben Franzosen, Italiener, Russen usw. gesehen“, sagt de Maistre, „aber nie den abstrakten ‚Menschen‘. Die Revolution hat Konstitutionen für den ‚Menschen‘ bilden wollen, für ein irreelles Erzeugnis der Phantasie.“ Schon vor Savigny hatte de Maistre auch die organische Auffassung von der Entstehung des Rechts gegenüber der künstlichen, ungeschichtlichen vertreten.

Das Ergebnis einer aus unmittelbarer Anschauung in den verschiedensten Ländern geschöpften reichen Erfahrung war für Frédéric Le Play² die unerschütterliche Überzeugung, daß glücklich nur diejenigen Gemeinwesen und Familienverbände seien, deren Mitglieder das tägliche Brot besitzen und zugleich einen sittlichen Lebenswandel führen gemäß den zehn Geboten (constitution essentielle)³. Wiederherstellung der Familie, das ist und bleibt nach Le Play Hauptziel aller Bestrebungen auf dem Felde der Sozialpolitik. Der niedersächsische Einzelhof mit Anerbenrecht, den Le Play im Norden Deutschlands kennen lernte, gehört zu seinen Idealen. Er hoffte, daß es nach Beseitigung der Zwangsteilung und Einführung der Testierfreiheit auch in Frankreich vielleicht noch zur Übergabe des ungeteilten Hofes an einen bevorzugten Erben kommen werde.

¹ Vgl. Bd. I²: Kap. 5, § 2, 488 ff. (420 ff.).

² J. Peeters, Le Play et son œuvre, in *Revue Sociale Catholique* X (1906) 344 ff. 355 ff. Verschiedene Bewertung Le Plays durch de La Tour du Pin, Fidaö, Henri Savatier in *L'Association Catholique* LXIV Nr. 2 (1907) 93 ff.

³ Zu den Anhängern der Le Playschen Schule gehörte unter andern Claudio Jannet und gehört der über deutsche Verhältnisse wohl unterrichtete und auch in Deutschland geschätzte George Blondel, ferner Tourville, Demolins, Le Rousier, Deleage, Béchaux, Poincard usw. Von Le Plays Werken seien erwähnt: *Les ouvriers européens* (1855, 2. Aufl. [6 Bde.] 1877/79). *La réforme sociale en France* (1864, 7. Aufl. 1887). *L'organisation du travail* (1870, 5. Aufl. 1888). *L'organisation de la famille* (1871, 3. Aufl. 1884). Le Plays Schule begründete die Zeitschrift „*Réforme sociale*“. Über Le Plays Methode vgl. Bd. I²: Kap. 5, § 4, 540 f.; vgl. auch Léon Poincard, *La production, le travail et le problème social dans tous les pays au début du XX^{me} siècle* (1907) (etwas einseitig individualistisch).

Die gewerbliche Produktion wurde von Le Play geringer geschätzt als die Urproduktion in Landwirtschaft, Forst- und Bergwerksbetrieb. Letztere sind stabil, national, patriarchalischen Sitten zugänglicher als die Industrie. Die Konkurrenz führt innerhalb der Industrie nur zu leicht dazu, daß alle sozialen Beziehungen dem Profit untergeordnet, alle Rücksichten der Religion, der Familie, der Sitten ausgeschaltet werden. Der Egoismus siegt hier öfter über die Liebe zum Nächsten und zum Vaterlande. Allerdings hofft Le Play, daß manche Gefahren der Industrie durch die Patronage, patriarchalische Wohlfahrtseinrichtungen, überwunden werden können. Doch hält er wiederum den handwerksmäßigen und hausindustriellen Betrieb für weit geeigneter, Arbeitsamkeit, Sparsamkeit, Unabhängigkeitssinn, überhaupt die Moral im Volke zu erhalten, während die Großindustrie alles dies gefährdet, die Arbeiter dem Pauperismus, die oberen Klassen der Korruption, das ganze Land nach kurzer materieller Blüte einem raschen Untergang verfallen läßt.

Der belgische Nationalökonom Charles Périn hält seinerseits dem Prinzip der Selbstliebe das Prinzip des Opfers entgegen, nicht im asketischen Sinne, sondern als Nationalökonom, zum Besten der unentbehrlichen sozialen Solidarität. Georg Ratzinger führte in seinen geistvollen Essays die Volkswirtschaft auf ihre sittlichen Grundlagen zurück. Sozialpolitiker, Philosophen, Theologen erheben sich neben Nationalökonomien in großer Zahl für eine ethisch-soziale Auffassung und Beurteilung des Wirtschaftslebens gegen den kapitalistischen Individualismus, zeigen, wie er den sozialen Tugenden der Gerechtigkeit, der Liebe widerspricht, die sozialen Zusammenhänge zerreißt. Wir erinnern für die katholische Seite noch einmal an de Mun, de Pascal, de La Tour du Pin, Verhaegen, V. Brant, Lorin, Toniolo, an v. Ketteler, v. Vogelsang, v. Liechtenstein, v. Kuefstein, A. M. Weiß, Ratzinger, Decurtins, Beck, Feigenwinter, Jung, A. v. Kostanecki, Eberle, Hättenschwiller, Albertus, Hitze, Jäger, Walter, Werthmann, an Jos. Schrijers, Schaepman, J. M. Aalberse, Antoine, Vermeersch, Rutten, von Overbergh, Nicotra, Benigni, van Gestel, Bruin, Lehmkuhl, Meyer, Cathrein, Costa-Rossetti, Biederlack, neuerdings Max Scheler. Auf evangelischer Seite an Stöcker, Nathusius, v. Berlepsch usw.¹

Alle sind überzeugt von der Notwendigkeit der sozialen Reform. Alle verwerfen das individualistische System der natürlichen Freiheit. Alle fordern ein soziales System, das einzelne mit dem Namen einer neuen „Sozialökonomie“ benennen, andere als „christlichen Solidarismus“ oder als „christlichen Sozialismus“. „christlich-soziales“ oder „organisches System“, „sozial-politische“, „reformerische“ Richtung usw. bezeichnen.

37. Der Marxistische Sozialismus und die Pläne einer kollektivistischen Gesellschaft. „Sozialismus“, sagt Karl Diehl², „ist diejenige Richtung in der Nationalökonomie, welche die Aufhebung des Privateigentums an den Produktions-

¹ Bd I²: Kap. 4, § 5, 392 ff. (351 ff.). Dasselbst auch nähere Angaben über Schriften und Betätigung der oben genannten Sozialpolitiker.

² Über Sozialismus, Kommunismus und Anarchismus (1906) 4.

mitteln als wünschenswert betrachtet oder meint, daß wir in der Entwicklung zu dieser Gesellschaftsordnung begriffen sind.“ In diesem Sinne verstand die politische Partei, die den Namen „Sozialdemokratie“ führt, den Sozialismus. Mag auch erst deren Endziel kommunistisch sein, so strebt sie jetzt schon ihre eigenen bestimmten praktischen Ziele an, versucht unter Anwendung politischer Mittel vorbereitend ihr „Programm“ zu verwirklichen.

Wir haben im ersten Bande den Sozialismus seinen Hauptlehren nach ausführlich behandelt: die materialistische Geschichtsauffassung, die Wertlehre, die Entwicklungsgesetze der kapitalistischen Epoche¹. Auch wurde dort der sozialistische Zukunftsstaat erwähnt und gewürdigt. Die theoretischen Leistungen sozialistischer Schriftsteller, insbesondere die scharfsinnigen kritischen, wenn auch auf Beobachtung englischer Verhältnisse (speziell Textilindustrie) beruhenden Untersuchungen des Marxschen „Kapitals“, können von der nationalökonomischen Wissenschaft nicht unbeachtet bleiben. An dieser Stelle muß es genügen, noch einmal kurz auf den kollektivistischen Gedanken als System bildendes Prinzip hingewiesen zu haben: die Gesellschaft Subjekt der Produktion und der Verteilung, folgerichtig mit Gesellschaftseigentum an den Produktionsmitteln!

Marx und Engels haben im übrigen stets abgelehnt, „Rezepte für die Kochtöpfe der Zukunft zu schreiben“. Auch heute noch verpflichten sich einsichtsvollere Sozialdemokraten durchaus nicht auf Zukunfts Konstruktionen, wie sie z. B. Bebel in seinem Buche „Die Frau und der Sozialismus“, Oswald Köhler in dem „Sozialdemokratischen Staat“², Atlanticus in „Produktion und Konsum im Sozialstaat“³ geboten haben. Es ist das Konsequenz der materialistischen Geschichtsauffassung, die nur auf die Entwicklungstendenzen zur kommunistischen Gesellschaft hinweist⁴, aber ein genaues Bild der zukünftigen Ordnung der Dinge zu entwerfen nicht imstande ist. Das eine bleibt aber doch gewiß: das Wirtschaftsleben des Zukunftsstaates mit der Aufhebung des Privateigentums an den Produktionsmitteln und mit der Leitung der Produktion und Verteilung durch die Gesellschaft unterscheidet sich nicht bloß von der heutigen Ordnung der Dinge; es

¹ Bd. I²: Kap. 4, § 4, 303 ff. (282 ff.). Die Literatur über den Sozialismus ist in Bd. I² zu finden. Besonders erwähnt seien außer Diehl, Sozialismus, Kommunismus und Anarchismus (1906): Biermann, Anarchismus und Kommunismus (1906). Brunhuber, Die heutige Sozialdemokratie (1906). Dazu Bernstein, Die heutige Sozialdemokratie in Theorie und Praxis (1906). Günther, Die revisionistische Bewegung in der deutschen Sozialdemokratie, in Schmollers Jahrbuch (1905). Navratil, Wirtschaft und Recht (im Gegensatz zu Stammler) (1906). Koppel, Für und wider Marx (1905). Hammacher, Das philosophisch-ökonomische System des Marxismus (1909). Földes, Der Sozialismus (1910). Sombart, Sozialismus⁷ (1918). Riekes, Die philosophische Wurzel des Marxismus, in der Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft LXII (1906). Bortkiewicz, Wertrechnung und Preisrechnung im Marxschen System, im Archiv für Sozialwissenschaft XXIII (1906). Tönnies, Ethik und Sozialismus, im Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik XXV (1907). Cathrein, Materialismus und Sozialdemokratie, in Stimmen aus Maria-Laach LXX 1906). B. Erdmann, Die philosophischen Voraussetzungen der materialistischen Geschichtsauffassung, in Schmollers Jahrbuch XXXI (1907). M. Adler und R. Hilferding, Marx-Studien (1904/1910).

² 1891. ³ 1898.

⁴ Marx, Kapital I⁴ 727 ff. Vgl. auch Maurice Bourguin, Die sozialistischen Systeme und die wirtschaftliche Entwicklung, übersetzt von Louis Katzenstein (1906) 23 ff.

stellt überdies den extremen Gegensatz zu derselben dar. Die geschichtliche Verwirklichung des kollektivistischen Sozialismus soll freilich dereinst das ganze Volk beglücken, mag auch die heutige Sozialdemokratie als Partei des Industriearbeiters zunächst die Interessen einer einzelnen Gruppe vertreten¹. Die Erfahrungen aber, die man bisher gemacht hat, lassen sehr wenig für eine zukünftige Beglückung des Gesamtvolkes durch den kommunistischen Sozialismus erhoffen.

Als eine Spielart des Marxistischen Sozialismus kann auch der russische Bolschewismus² bezeichnet werden. Er verwirft den deutschen orthodoxen Marxismus, das „Kautzkytum“, das einem feigen Opportunismus entstamme. Haben Marx und Engels den Sozialismus zur Wissenschaft erhoben, so handle es sich jetzt um die Durchführung dessen, was jene gelehrt, um die „Entwicklung des Sozialismus von der Wissenschaft zur Tat“ (Radek). Geistiger Führer der Bolschewisten ist Nikolaus Lenin³.

Das Ökonomische tritt in der Theorie Lenins zunächst hinter dem Politischen zurück. Was ist der Staat, und was ist das Wesen der Revolution? Als Voraussetzung der Existenz des Staates gilt nach Lenin das Vorhandensein von Klassengegensätzen; der Staat selbst aber ist nichts anderes als die von einer herrschenden Klasse gebildete Organisation, um eine andere Klasse zu unterdrücken und auszubeuten. Auch die bisher bestehenden Staaten und Staatsformen haben diesem Zweck der Unterdrückung und Ausbeutung der einen Klasse durch die andere gedient. Die Klassengegensätze sind unversöhnlich; darum ist es töricht, von dem Staate eine Versöhnung zu erwarten, da ja die Unterdrückung zum Wesen des Staates gehört. Für die bolschewistische Theorie ergibt sich hieraus die Notwendigkeit der Revolution, deren Endziel die Beseitigung aller Klassen ist. Allein dieses Endziel kann nicht unmittelbar erreicht werden, wie der Anarchismus vermeinte. Die Revolution beseitigt den Staat der Bourgeoisie, führt aber an dessen Stelle die Diktatur des Proletariats ein, den proletarischen Klassenstaat, der dann mit der Bourgeoisie ebenso aufräumt, wie vordem der Staat die Organisation zur Unterdrückung der proletarischen Mehrheit des Volkes war

¹ Eduard David, Sozialismus und Landwirtschaft I (1903) 19 f.

² Seit dem Londoner Kongreß zerfallen die russischen Sozialisten in radikale Bolschewikis und weniger radikale Menschewikis. Bolsche = mehr, Mensche = weniger, „Bolschewiki“ also = Mehrheitler (der größere Teil der Sozialisten in Rußland).

³ In deutscher Übersetzung liegen, abgesehen von „Kundgebungen“ „Der Kampf ums Brot“, vor: „Staat und Revolution“ (1917 geschrieben) und „Die nächsten Aufgaben der Sowjetmacht“ (1918). Oppenheimer (Die soziale Frage und der Sozialismus [1919] Vorwort) meint, Lenin habe Marx völlig mißverstanden. Vgl. dagegen Sombart, Sozialismus und soziale Bewegung⁷ (1919). Lenin folgende Autoren sind: Radek, Sinowjew, Bucharin. Von letzterem erschien das „Programm der Kommunisten“ (deutsch 1918). Zum Ganzen vgl. Joseph Jahn, Zur Theorie des Bolschewismus (1919). Bernhard Duhr, Der Bolschewismus (Flugschriften der „Stimmen der Zeit“ Heft 6, 1919).

durch die Bourgeoisiminderheit. Was man in den heutigen demokratischen Staaten „Demokratie“ nennt, ist keine wahre Demokratie. Unter der Formel „Gleiches Recht für alle“ verbirgt sich die Herrschaft der Bourgeoisie. Der bisherige Parlamentarismus ist nur ein „Schwatzbudensystem“. Die ungeheure Mehrheit des Volkes bleibt bei all dem der Minderheit untergeordnet. Erst die proletarische Diktatur, der proletarische Staat, führt zur wahren Demokratie, indem er alle Vorrechte beseitigt, alles arbeitslose Einkommen unmöglich macht. Sind aber einmal alle Klassen beseitigt, dann wird der Staat schließlich überflüssig. Er verschwindet in der zweiten Phase des neuen Zeitalters. Gibt es keine Klassen mehr, dann ist ja der Staat als Organisation einer Klasse zur Unterdrückung einer andern Klasse zum sinnlosen Begriff geworden: die Menschen werden sich dann daran gewöhnen, die elementarsten Regeln des gesellschaftlichen Zusammenlebens ohne Unterordnung und ohne daß Anwendung von Gewalt nötig wäre, einzuhalten. Diese ganze Umgestaltung erfordert Zeit; darum wird auch die Diktatur des Proletariates vielleicht jahrzehnte- oder auch geschlechterlang dauern müssen, wie sie ebenfalls nicht gerade mit zarter Hand ihre Ziele durchführen kann.

Auf wirtschaftlichem Gebiete wird die proletarische Diktatur und die Sowjetorganisation¹, das Rätssystem, den Proletariern die Alleinherrschaft geben. Kontrolle und Leitung aller Betriebe geht an die Delegierten der bewaffneten Arbeiter über. Der Kapitalismus hat schon die ganze Wirtschaft mehr oder weniger mechanisiert. Die Betriebsleitung läuft darum im wesentlichen auf Kontrolle und Registrierung hinaus. Das ist aber etwas, was schließlich jeder Mensch mit leidlicher Schulbildung leisten kann. Das wissenschaftliche Personal: Ackerbautechniker, Ingenieure usw., werden sich den bewaffneten Arbeitern fügen, wie sie bisher der Kapitalistenklasse dienstbar waren in proletarischer Abhängigkeit. Gewiß, die Produktion bedarf der Disziplin, der Einheitlichkeit. Das alles wird aber nicht fehlen, nur in anderer Form da sein. Die Kontrolle, die Disziplin wird nur nicht mehr von einer besondern Klasse ausgeübt. Jeder kann nun eine Zeitlang Unternehmer sein, wie er auch Bürokrat sein kann. Es gibt aber keine Unternehmerklasse mehr. Bürokratie und Kapitalismus weichen zurück vor dem siegreichen Proletariat, das nicht aus sentimentalischen Intellektuellen besteht, sondern aus Männern des praktischen Lebens und der Tat.

Es ist ein Bau auf tönernen Füßen, diese Zukunftsgesellschaft des Bolschewismus. Gewiß war die Entstehung und der Bestand vieler Staaten mit schwerem Unrecht und mit Gewalttätigkeit verknüpft. Auch hat Klassenherrschaft die Zweckerfüllung des Staates, der der Wohlfahrt des ganzen Volkes zu dienen hat, Sonderinteressen einer herrschenden Klasse unterworfen. Allein das gehört nicht zum Wesen des Staates, ebenso-

¹ Sowjet = Rat.

wenig wie es zum Wesen des Menschen gehört, einen Buckel zu haben. Wirft der Bolschewismus den Staat der Gegenwart nieder, dann führt er ja selbst wieder den proletarischen Staat ein, mit der trügerischen Hoffnung, dieser Staat würde lange Zeit bestehen können. Und muß dieser proletarische Staat als Klassenherrschaft schwinden, nachdem alle Bürger durch den Kommunismus zu Proletariern gemacht wären, nun so würde doch alsbald ein neuer Staat erstehen. Warum? Weil der Staat ein natürliches Bedürfnis des Menschen ist ebenso wie die Familie. *Natura duce* haben die Menschen den Staat eingeführt, weil es Bedürfnisse gibt, die weder der Einzelmensch noch die kleineren Verbände der Menschen befriedigen können, Bedürfnisse, denen nur die Gesamtkraft eines größeren, umfassenderen Verbandes gewachsen ist. Ebenso wenig wird es möglich sein, alle Besitzunterschiede und entsprechend alle Klassen zu beseitigen. Die Verschiedenheit der konkreten Menschenindividuen ist zu groß, die Leistungen der Einzelmenschen sind zu sehr voneinander unterschieden, um eine Gleichheit nicht als widernatürlich erscheinen zu lassen, wie sie der Bolschewismus, übrigens auch der konsequente deutsche Marxismus, erstrebt oder von der Entwicklung erhofft.

Und wird schließlich vom Rätssystem, vom Übergang der Kontrolle und Leitung an die Delegierten der bewaffneten Arbeiter für das wirtschaftliche Gebiet das Heil zu erwarten sein? Schon hat man in Rußland bitter erfahren müssen, daß nun doch nicht jeder sowohl Arbeiter- wie Unternehmerfunktionen ausüben könne, daß Betriebsleitung etwas mehr ist und mehr erfordert als bloße Kontrolle und Registrierung. Als man in Rußland praktisch erfuhr, daß die Funktionen der Betriebsleitung nicht so einfach von den bewaffneten Proletariern durchgeführt werden können, nachdem man auch sonst in der Verwaltung die übelsten Erfahrungen machte, da entschloß Lenin sich zu einem Kompromisse. Wir haben das noch nicht gelernt, hieß es, wir werden es aber lernen! Bis dahin müssen hochbezahlte Spezialisten der Bourgeoisie in Dienst genommen werden. Einheitslohn und Todesdrohung genügten eben nicht. Diese Spezialisten würden sich selbst allmählich überflüssig machen: die Rationalisierung der Wirtschaft, die Arbeitsteilung im besondern müsse noch weiter gesteigert, das Proletariat müsse in seinem Bildungsstande gehoben werden. Dann könne das Kompromiß wieder fortfallen. „Ich höre die Mär, mir fehlt der Glaube.“ Lenin wird hier zum Propheten. Das sind Weissagungen, aber keine Wissenschaft! Nicht der Praktiker spricht aus solchen Annahmen, sondern der Phantast.

Und doch ist der Bolschewismus, wie der marxistische Sozialismus, Symptom schwerer gesellschaftlicher Krankheit. Nur durch das Zusammenarbeiten des ganzen Volkes wird die volle Heilung ermöglicht werden. —

Das führt uns noch einmal zu den Ideenwandlungen speziell in der deutschen Nationalökonomie zurück. Hier wird die Theorie allmählich

auf Wege geleitet, wie die Vernunft und nicht die Phantasie sie lehrt, auf Wege, die auch praktisch zu einer wirklichen Gesundung der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Verhältnisse führen können.

Hatte J. Görres¹ in patriotischer Begeisterung die Deutschen aufgefordert, das Bewußtsein wiederzugewinnen, daß sie eine Nation seien, dann war es Adam Müller², welcher die Idee der Nation (vor List) in den Mittelpunkt wissenschaftlicher Betrachtung stellte: Nicht die Anzahl der Köpfe macht die Nation aus. . . . Den Nationalreichtum darf man darum keineswegs, wie die Ökonomen es taten, der Summe der individuellen Reichtümer gleichstellen. . . . Ein Volk ist die erhabene Gemeinschaft einer langen Reihe von vergangenen, jetzt lebenden und noch kommenden Geschlechtern, die alle in einem großen, innigen Verbande zu Leben und Tod zusammenhängen, von denen jedes einzelne und in jedem einzelnen Geschlechte wieder jedes einzelne Individuum den gemeinsamen Bund verbürgt und mit seiner gesamten Existenz wieder verbürgt wird. . . . Der Staat ist nicht eine künstliche Veranstaltung; er ist notwendig, unvermeidlich. Der Mensch ist nicht zu denken außerhalb des Staates: . . . Der Staat ist keine bloße Manufaktur, Meierei, Assekuranzanstalt oder merkantilistische Sozietät; er ist die innige Verbindung . . . des gesamten inneren und äußeren Lebens einer Nation zu einem großen, energischen, unendlich bewegten und lebendigen Ganzen. Der Staat ist keine Maschine, kein Mechanismus, wie Orgel und Uhr. Die Aufgabe für den Staatsgelehrten wie für den Staatsmann ist keineswegs ein willkürliches Anordnen toter Stoffe. . . . Eine Nation ist immer in Bewegung und jede Nation hat ihre eigentümliche Bewegung, was Staatsgelehrte und Staatsmänner zu beachten haben. Wie der hl. Thomas, so fordert auch Adam Müller, der Staatsmann müsse, dem Arzte ähnlich, seinem Patienten gegenüber, nicht nach Gesundheit überhaupt streben, sondern nach der diesem Körper eigentümlichen Gesundheit. . . . Jeder wirkliche einzelne Staat drückt die allen Staaten gemeinschaftliche Idee des Rechtes in seiner eigentümlichen Sprache, in eigentümlichen Formen, Gesetzen und Sitten aus. In diesem Sinne dürfen wir das positive Recht für natürliches anerkennen. Der Staatsmann betrachtet das Gesetz nie einzeln in seiner abstrakten Strenge, sondern stellt es der Lage der Dinge gegenüber, in der es entstanden, er sieht es an, wie es aus der Geschichte hervorgegangen ist; er behandelt das einzelne Gesetz wie eine Seele, deren Körper in einem Kapitel aus der Nationalgeschichte besteht. Adam Müller war ferner kein Freund des absoluten Eigentums im Sinne des römischen Rechts; er stellte ihm das deutschrechtliche, sozial gemilderte Eigentum gegenüber;

¹ Politische Schriften I 117 ff.

² Elemente der Staatskunst (1809) I 39 f. 55 f. 91 ff. 115 247 255 f., II 202 206 225 ff. 265 usw. Vgl. die Bemerkungen Othmar Spanns über Müller in Zeitschrift für Sozialwissenschaft XI (1908) 491 f.

er trat sodann ein für die Idee neuer organischer Verbände, welche das Individuum in den Dienst des Gemeininteresses, „in die Mitte seiner Nation“, stellen, die große Kontinuität des ganzen Volkes in seinen Gliedern wieder begründen sollten. Roscher¹ sagt von Adam Müller, er habe sich um die Auffassung von Staat und Volkswirtschaft als organischem Ganzen besonders verdient gemacht, welches über den einzelnen und selbst den Generationen stehe. In seiner Schrift über Karl Rodbertus hebt mit Nachdruck auch Dietzel² die Verdienste Müllers um die Wirtschaftslehre hervor. Sein Wirken, sagt er, bedeutet einen energischen Schritt vorwärts auf der Bahn zur historischen, realistischen Auffassung der sozialen Verhältnisse. Eines der bedeutendsten Leitmotive der historischen Schule hat er zuerst in kräftigen Akkorden angeschlagen: die Theorie der „produktiven Kräfte“, welche dann Friedrich List seiner Polemik gegen den Freihandel zugrunde legte. Die Idee vom Staate als dem „großen Individuum“, das in der Kontinuität der Generationen sein Leben lebt, ist durch Adam Müller zu der praktischen Konsequenz zugespitzt, daß die Politik nicht über dem Interesse der momentanen Individuen das dauernde Interesse des Staates vergesse, — daß sie von den Lebenden Opfer fordern dürfe, wenn es gilt, dadurch Kräfte zu wecken und zu erziehen, welche späteren Geschlechtern Ruhm und Reichtum gewinnen werden.

Kurz, alles in allem darf man Adam Müller das Verdienst zuerkennen, welches Schmoller³ für List in Anspruch nehmen wollte, das Verdienst nämlich, dem Schiffe der nationalökonomischen Wissenschaft seine neue Richtung gegeben zu haben. Damit soll die Bedeutung, die List tatsächlich für die Entwicklung der nationalökonomischen Wissenschaft erlangt hat, nicht herabgesetzt werden.

Nachdrücklich haben dann Knies, Roscher, Schäffle, Wagner usw. 1. die Einheit der Volkswirtschaft, 2. den Zusammenhang derselben mit dem ganzen Volksleben (insbesondere auch mit Sitte und Sittlichkeit) hervorgehoben.

Ein Volk ist nach Knies⁴ etwas anderes als eine beliebige Summe von Individuen: Die wirtschaftlichen Zustände und Entwicklungen der Völker dürfen nur als ein mit dem gesamten Lebensorganismus eng verbundenes Glied angesehen werden. Die Volkswirtschaft ist nur die ökonomische Seite des ganzen einheitlichen Volkslebens. Man kann durchaus nicht die wirtschaftlichen Lebenskreise von den politischen oder den religiös-kirchlichen oder irgend andern trennen. Sie stehen alle in verwandtschaftlichem Zusammen-

¹ Geschichte der Nationalökonomik (1874) 765 ff. Vergleich zwischen Müller und List 975 ff.

² Karl Rodbertus (1886) 230 f.

³ Grundriß I (1908) 117 f.

⁴ Die Politische Ökonomie vom geschichtlichen Standpunkte² (1883) 141 ff. 157 ff. 422 ff.

hange und bedingen einander. Mit dem Volke zugleich entsteht, nach Roscher¹, die Volkswirtschaft; sie wächst mit dem Volke zugleich heran und kommt zur Blüte und Reife. Wie jedes Leben, so ist auch das Volksleben eine Realität (ein Ganzes), dessen verschiedenartige Äußerungen im Innersten zusammenhängen. Wer daher eine Seite desselben wissenschaftlich verstehen will, der muß alle Seiten kennen. Und zwar sind es vornehmlich sieben Seiten, welche hier in Betracht kommen: Sprache, Religion, Kunst, Wissenschaft, Recht, Staat und Wirtschaft. Die Volkswirtschaft ist ein organisches Ineinander, sagt Adolf Wagner², nicht ein mechanisches Nebeneinander von Einzelwirtschaften. Sie ist ebensogut, wie ein Volk, ein reales Ganze. Schmoller lehnt ebenfalls die Auffassung der älteren Nationalökonomie ab, derzufolge es keine Volkswirtschaft, sondern nur Einzelwirtschaften gegeben habe. Die englische, die deutsche Volkswirtschaft, sagt er, sind nicht bloß eine Summe von Einzelwirtschaften, sondern ein einheitliches Ganze, dessen Teile in jeder Beziehung unter sich in anderer Wechselbeziehung stehen, als dieselben Teile mit den Einzelwirtschaften anderer Völker usw. usw.

Nicht nur ihre wissenschaftlichen Grundanschauungen, nicht bloß das Mitleid mit den Leiden des Mittelstandes und der Arbeiterklasse, führten die Gegner des ökonomischen Liberalismus dazu, in weitem Umfange für Staatsintervention einzutreten. Drohend erhob sich ja der marxistische Sozialismus gegen Staat und Volkswirtschaft, und gewann mächtig an radikalen Parteigängern, je mehr das Volk in seiner Masse es empfand, was der herrschende manchesterliche Individualismus für die schwächeren Volksglieder bedeutete. Den Gefahren der sozialen Zukunft, sagte Schmoller in einem Vortrage über „die soziale Frage und den preußischen Staat“, könne nur durch ein Mittel die Spitze abgebrochen werden: dadurch, daß das König- und Beamtentum, daß diese berufensten Vertreter des Staatsgedankens, diese einzig neutralen Elemente im sozialen Klassenkampf . . . ergänzt durch die besten Elemente des Parlamentarismus, entschlossen und sicher, die Initiative zu einer großen sozialen Reformgesetzgebung ergriffen und an diesem Gedanken ein oder zwei Menschenalter festhielten. Auf der Gegenseite, bei den Freunden des ökonomischen Liberalismus, fand die Forderung nach einer umfassenden sozialreformerischen Staatsgesetzgebung natürlich geringes Verständnis. Man bezeichnete solche Bestrebungen sofort als „sozialistisch“, und spöttisch nannte der Freihändler H. B. Oppenheim diejenigen Professoren, die für eine Sozialreform im bezeichneten Sinne eintraten: „Kathedersozialisten“. Auch wurde es allmählich üblich, die Benennung „Staatssozialisten“ für jene Dozenten, wie auch für die Mitglieder des von ihnen 1872 begründeten „Vereins für Sozialpolitik“ in Anwendung zu bringen.

Der Mangel einer klaren, prinzipiell begründeten Erfassung des Staatszweckes, des Verhältnisses von Staat und Privatwirtschaft, und da-

¹ Grundlagen der Nationalökonomie³⁴ (1906) § 12 ff. (30 ff.).

² Grundlegung der politischen Ökonomie I⁸ (1892) § 149 ff. (353 ff.).

mit prinzipieller Begrenzung der Staatsintervention war nun allerdings eine bedauernswerte Schwäche in den Lehren jener Vertreter des Reformgedankens. Schon die Romantiker ließen die schulgerechte Klarheit der Prinzipien diesbezüglich vermissen. Bei den Historikern und namentlich in der neueren historischen Schule trat die Prinzipienforschung im Vergleich zur Tatsachenforschung überhaupt fast ganz oder ganz in den Hintergrund. So konnten denn auch die Gegner der Sozialreform immer wieder auf einzelne Übertreibungen, auf gewisse Einseitigkeiten in den Lehren der sog. „Kathedersozialisten“ hinweisen, dadurch aber die wissenschaftliche Stellung derselben im ganzen zu diskreditieren versuchen.

Der „Kathedersozialismus“¹ ist, wie Wagner ausführt, nicht das, was man eine „wissenschaftliche Richtung“ nennen könnte; er hat nicht genügend Gemeinsames, nicht genug Dogmatisches, das doch in jeder „Richtung“ als Kern stecken muß. „Kathedersozialismus“ ist nur ein Sammelname, um alle Gegner des reinen Laissez faire, laissez passer im wirtschaftlichen Leben zusammenzufassen. Im übrigen haben die „Kathedersozialisten“ sehr verschiedene Auffassungen. Wagner weist beispielsweise hin auf seinen Gegensatz zu Schmoller in Methodenfragen, zu Brentano² als direktem Freihändler usw. Auch über das Maß der verlangten Staatshilfe gingen die Ansichten auseinander. Die einen legten den Schwerpunkt der Sozialreform mehr in gesetzgeberische Maßnahmen, Ausdehnung der Gemeinwirtschaft, die andern mehr in freie Vereinstätigkeit usw.

Will man insbesondere Adolf Wagner richtig verstehen, so dürfen die Gründe seiner Ablehnung der neueren, von Schmoller geführten historischen Schule nicht übersehen werden.

¹ Vgl. Hans Gerig, Die Begründung des Prinzips der Sozialreform. Eine literarisch-historische Untersuchung über Manchestertum und Kathedersozialismus (1914).

² Lujo Brentano darf als Hauptvertreter des reformerischen Liberalismus bezeichnet werden. Diese Richtung hält im wesentlichen fest am freiwirtschaftlichen System, erkennt aber die Notwendigkeit einer Beschränkung individueller Freiheit durch freie Organisationen an, und wo diese versagen, durch die staatliche Zwangsgewalt: „Die sozialpolitisch liberale Ideenrichtung“, sagt Brentano (Schönbergs Handbuch I¹ 937), „hält an der gewerblichen Freiheit und rechtlichen Gleichheit als den Grundbedingungen des intensiven wie extensiven Kulturfortschrittes und der größtmöglichen Entfaltung aller Fähigkeiten der einzelnen fest. Allein sie erkennt an, daß die bloße Beseitigung der alten gewerblichen Ordnung ohne positive Maßnahmen, um diese Prinzipien im Leben zur Wahrheit zu machen, Mißstände erzeugt hat, welche geradezu zur Unfreiheit führen und die schwächeren sozialen Elemente von der Teilnahme an den Kulturfortschritten ausschließen. Sie ist daher bestrebt, auf dem Boden der bestehenden Eigentums- und Erwerbsordnung teils gesetzliche Maßregeln, teils freiwillige Organisationen zu finden, welche, indem sie die sozial Schwächeren gegen den Mißbrauch der Übermacht der Stärkeren schützen und dieselben instand setzen, vereint den Kampf der wirtschaftlichen Interessen mit den Stärkeren aufzunehmen und zu bestehen, die Prinzipien der gewerblichen Freiheit und rechtlichen Gleichheit auch im Leben zur Verwirklichung zu bringen.“ Das Hauptverdienst Brentanos bildet sein Werk über die Arbeitergilden der Gegenwart (1871).

Daß ein genetisches Begreifen des Wirtschaftslebens, im Sinne der älteren Vertreter der historischen Auffassung, für die Wissenschaft von höchster Bedeutung und von um so größerem Werte ist, wenn es nicht bloß Tatsachen feststellt, sondern auch Wahrheiten durch Erfahrung klärt, liegt auf der Hand. Hier bildet nicht mehr das Individuum in sich die Grundlage der wissenschaftlichen Erkenntnis, erscheinen Staat, Recht, Wirtschaft nicht als bloße Produkte summierter Individuen, sondern als das Werk höherer, in der Geschichte waltender Mächte. Es kommen die Kräfte zur Geltung und finden Beachtung, die das Bleibende im Volksgeiste, seine heiligsten und dauernden Überzeugungen in Erkenntnis und Sitte darstellen. Das Individuum mit seinem Interesse, seiner Willkür, wird hier gebeugt unter das Interesse des Staates, die geschichtlich überkommene Ordnung. Man denke für diese Auffassung an Savigny, Niebuhr, Dahlmann, Stahl und an die älteren Vertreter der historisch-realistischen Nationalökonomie. Auch die neuere historische Schule hielt im wesentlichen an den gleichen Anschauungen fest. Nur verfiel sie, zum Teil vielleicht beeinflusst durch die zur Mode gewordenen, durch Herbert Spencer mitbeeinflussten evolutionistischen Gedankengänge, einem mehr oder minder einseitigen Historismus. Unter Verzichtleistung auf die Ausbildung eines wissenschaftlichen Systems wendete sie sich, nicht ohne glänzende Erfolge, der Erforschung konkreter Einzel Tatsachen und -probleme, insbesondere der gegenwärtigen Volkswirtschaft zu. Solche Beschränkung auf die Methoden der Induktion vermochte indes wissenschaftlich beanlagte Geister nicht abzuhalten, eine Fortbildung der volkswirtschaftlichen Erkenntnis noch in anderer Richtung durch Hinzufügung deduktiven Forschens und prinzipieller Gesichtspunkte zu erstreben.

Damit ist denn auch der Standpunkt Wagners gekennzeichnet. Schärfster Denker unter den modernen Nationalökonomern konnte ihn Schmollers Relativismus nicht befriedigen. Der Individualismus war, wie der partiell kommunistische Sozialismus, ein „theoretisches und praktisches System“. Dieser individualistischen und sozialistischen „Doktrin“ mußte eine andere, vermittelnde „Doktrin“, ein „wissenschaftliches System“ gegenübergestellt werden. Ein solches System, eine solche Doktrin bot auch nicht das, was man zuweilen als „wissenschaftliche und praktische Sozialpolitik“ bezeichnet. Es handelte sich hier um mehr als eine wissenschaftliche begründete „Politik“, wie auch der Individualismus und Sozialismus nicht bloß „politische“ Systeme sind. Die Vermittlung zwischen Individualismus und Sozialismus mußte vor allem prinzipiell vollzogen, was prinzipiell berechtigt und notwendig wäre, mußte festgestellt werden.

Wagner glaubte nun in seinem „Staatssozialismus“, als theoretisch-praktischem System, die prinzipiell richtige Vermittlung zwischen Individualismus und Sozialismus gefunden zu haben. Am nächsten fühlte er sich dabei, wie er sagt, Rodbertus und Schäffle, wenigstens in gewissen

prinzipiellen Auffassungen, wenn er auch in Einzelheiten und selbst in Prinzipienpunkten wieder von ihnen abweiche.

Von Schäffle¹ läßt sich in der Tat vieles lernen, wenn auch der häufige Wechsel seiner Anschauungen die Stellungnahme zu ihm erschwert. Manchmal scheint Schäffle dem Sozialismus nahe treten zu wollen; dann wiederum bekennt er, daß die positive Sozialreform an erreichbarem Erfolg und an Einfachheit der Mittel den Sozialismus weit übertreffe. Schäffle ist Anhänger umfassender Staatsintervention (Fabrikgesetzgebung): er spricht auch von einem schon anerkannten „Sozialismus“ des Staates; der Staat müsse die Konkurrenz schützen und regeln; staatliche Geschäftsführung sei dort am Platze, wo Zentralisation nötig, wo Konkurrenz sich nicht entwickeln könne. Im übrigen würden manche bisher an den Staat und die Gemeinde angelehnte Aufgaben besser an gesellschaftliche und genossenschaftliche Organisationen übergehen. Anerkennenswert ist Schäffles Bestreben, die Volkswirtschaftslehre wieder in engere Beziehung zur allgemeinen Gesellschaftswissenschaft, zur Moral und Recht zu bringen. Die Gesellschaft ist nach Schäffle² kein Organismus im Sinne der Biologie. Ob freilich die soziologischen Darlegungen Schäffles speziell den moralisch-organischen Charakter menschlicher Gesellschaftsformen klar erkennen lassen, bleibe hier dahingestellt.

Viel radikaler als ich, sagt Schäffle, spricht Rodbertus über das „Kapital“ als das bald entbehrlich werdende „fünfte Rad“ am Wagen der Volkswirtschaft. Um dem Arbeiter eine der steigenden Produktivität der Arbeit entsprechende Quote des Nationalproduktes zu verschaffen, forderte Rodbertus Festsetzung des Verhältnisses zwischen den nationalen Einkommenszweigen: Arbeitslohn und arbeitslosem Einkommen (Grundrente und Kapitalgewinn), unmittelbar durch den Staat. Die direkte Staatsregelung³ für einen so wichtigen Teil des volkswirtschaftlichen Prozesses gilt jedoch Rodbertus nur als erster Schritt zur Verdrängung der Privatwirtschaft durch die Staatswirtschaft, der gesellschaftlichen, d. h. der bürgerlichen Betätigung auf wirtschaftlichem Gebiete durch den Staat im engeren Sinne, die Staatsgewalt. Heute können zwar die Menschen der „erziehenden Gewalt“, welche das Privateigentum ausübt, noch nicht entbehren. Die Verstaatlichung eines Erwerbszweiges soll darum auch heute nur stattfinden, wo es sich um die Abstellung eines großen Übels oder die Erzielung eines großen, allgemeinen Vorteils handelt. Doch gelten die Grund- und Kapitaleigentümer Rodbertus auch jetzt schon nur als Funktionäre des Staates, der Nation, deren Obereigentum am Boden und Kapital stillschweigend vorausgesetzt wird. Die Vollendung der Staatswirtschaft gehört der Zukunft an. Der

¹ Vgl. Eugenie Fabian-Sagal, A. Schäffle und seine theoretisch-nationalökonomischen Lehren (1910).

² Vgl. insbesondere: Bau und Leben des sozialen Körpers I³ (1896). Vgl. auch II 335. Hier spricht Schäffle von der Möglichkeit einer kollektivistischen Entwicklung mit cäsaristischer Spitze.

³ Rodbertus stand unter dem Einfluß der Philosophie seiner Zeit. Der „Staatspantheismus“ Hegels aber mußte, wie Ahrens (Naturrecht 186) bemerkt, konsequent durchdacht, zum Staatssozialismus führen.

Form nach sei heute die Finanzwirtschaft allein „Staatwirtschaft“ und die Volkswirtschaft nur erst eine Quasi-Staatwirtschaft. Die Zukunft aber werde, was die übliche Ausdrucksweise jetzt schon instinktiv ahnen lasse, die Staatwirtschaft in vollem Sinne bringen. Wird dieser Zustand dereinst verwirklicht sein, sagt Rodbertus, dann erst, bei Kommunismus an Boden und Kapital, ist die Gesellschaft vollständig befreit, sowohl von individuellem wie von gesellschaftlichem Despotismus. . . . Nicht der Individualismus, sondern der Sozialismus schließt die Reihe der Emanzipationen, die mit der Reformation begonnen haben. . . . Ich gestehe offen, ich meinerseits glaube an die dereinstige Aufhebung des Grund- und Kapitaleigentums. Geschichte, Gegenwart und Wissenschaft haben diesen Glauben gleich sehr in mir begründet. Bekennt sich also Rodbertus zum „Sozialismus“, den er von der Zukunft erwartet, so ist doch nicht der demokratische Sozialismus sein Ideal; er erwartet vielmehr das Heil vom historisch überlieferten Staate, mit einem Cäsar aus dem Hause der Hohenzollern an der Spitze. Nicht Rodbertus selbst, andere haben die Rodbertussche Lehre „Staatssozialismus“ genannt. Es ist in der Tat voller „Staatssozialismus“¹; der „Staat“ dabei wenigstens in Zukunft Subjekt und Träger des wirtschaftlichen Prozesses, wie die „Gesellschaft“ beim demokratischen Sozialismus.

Adolf Wagner folgt Rodbertus in dieser Auffassung keineswegs, wie er auch den marxistischen Sozialismus ablehnt und vorzugsweise mit psychologischen Argumenten zurückweist. Sein „Staatssozialismus“ ist auch im Hinblick auf die Produktionsmittel nur „partieller Sozialismus“. Die Ausdehnung der Staatstätigkeit ohne Wahl, „aus Prinzip“, auf Kosten der privatwirtschaftlichen und zum Teil auch der karitativen und übrigen gemeinwirtschaftlichen Tätigkeit, sagt er, ist theoretisch falsch und praktisch verwerflich. Der „Staatssozialismus“ in seinem Sinne schließt vielmehr begrifflich den Gedanken der Übertragung der gesamten Produktion und Verteilung auf den Staat ebenso wenig in sich, wie den grundsätzlichen Ausschluß des privatwirtschaftlichen Systems aus der Volkswirtschaft. Er verwirft nur einen schrankenlosen Individualismus, nicht aber einen nach sozialen Rücksichten einzuschränkenden. Kurz Wagners „Staatssozialismus“ will ein System sein, das eine vermittelnde Stellung in Theorie und Praxis zwischen Individualismus und Sozialismus einnimmt, das auf einen Kompromiß zwischen Individual- und Sozialprinzip hinausläuft². Motiv seines Eintretens für solchen „Staatssozialismus“ war bei Wagner der Wunsch, dem Sozialismus entgegenzukommen, weil er dessen Kritik teilweise für berechtigt und dessen Forderungen in bezug auf die Eigentumsordnung teilweise für erfüllbar und die Erfüllung für erwünscht hielt.

¹ Über diesen „Staatssozialismus“ von Rodbertus und auch über den „Staatssozialismus“ im Sinne Wagners wurde in Bd. I², Kap. 3, § 2, 177 bereits ausführlicher gehandelt. Dort auch Literaturangaben.

² Vgl. Bd. I¹ Kap. 4, § 5, 403 ff.; Wagner, Grundlegung I³ (1892) 58 ff. 749 ff. 892 ff.; Theoretische Sozialökonomik I (1907) 105 ff.; Rektoratsrede (1895); Aufsatz in den Akademischen Blättern 1911.

Als Kernpunkt seines „Staatssozialismus“ bezeichnet nun Wagner selbst: die partielle Ersetzung von Privateigentum an Kapitalien und Grundstücken durch gesellschaftliches, d. h. aber gleich genauer bezeichnet: durch staatliches, kommunales u. dgl. Eigentum und damit die partielle Ersetzung von Privatwirtschaft durch Gemeinwirtschaft. Also Ausdehnung der gemeinwirtschaftlichen Organisation, Beschränkung der privatwirtschaftlichen Organisation! Die Gründe, die Wagner hierfür anführt, sind folgende: Für Staat und Gemeinde ist nicht, wie bei der Privatwirtschaft, der Gewinn vor allem maßgebend. Durch staatliche und kommunale Einrichtungen werden daher die gemeinnützigen und sozialen Interessen oft besser gewahrt als durch die private Wirtschaft. Nur so würden ferner die großen Gewinne, die nicht aus der Arbeit eines einzelnen, sondern aus den gesamten Verhältnissen hervorgingen, von den Privaten und Privatgesellschaften auf den Staat und die Gemeinden übertragen. Auf diese Weise werde die privatkapitalistische Macht unter den Staat gebeugt. So könne insbesondere auch den bedenklichen Übelständen begegnet werden, die sich aus der Bildung faktischer privatwirtschaftlicher Monopole auf wichtigen Wirtschaftsgebieten ergeben würden.

Zu beachten ist, daß eine gerechte Beurteilung der Wagnerschen Doktrin in dieser Begründung der Verstaatlichung von Wirtschaftszweigen zugleich die Bedingungen zu erkennen hat, unter denen Wagner die Verstaatlichung befürwortet. Er empfiehlt eben die Ersetzung der Privatwirtschaft durch gemeinwirtschaftliche Formen nur in der Voraussetzung, daß jene Ersetzung „nach der Lage der Verhältnisse ökonomisch und technisch möglich und zweckmäßig und zugleich sozialpolitisch wünschenswert und passend“ ist. Das Vorhandensein dieser Bedingungen, sagt Wagner, nimmt der „Staatssozialismus“ nicht, wie der Marxistische Sozialismus, überall von vornherein unbedingt als erwiesen an, sondern er verlangt erst den Beweis dafür. Er setzt sich dabei auch über die psychologischen wie praktisch technischen und politischen Bedenken und Schwierigkeiten einer gemeinwirtschaftlichen, auf der Grundlage gesellschaftlichen Gemeineigentums ruhenden Organisation der Volkswirtschaft nicht einfach hinweg, sondern hält eine eingehende objektive Auseinandersetzung mit denselben für erforderlich und für seine Aufgabe ... Gerade das erschwere die theoretische und praktische Aufgabe sehr, denn damit erweise sich eine Abwägung von Fall zu Fall als unvermeidlich. Alles sehr schön! Nur fehlte das klar ausgesprochene, mit der richtigen Erkenntnis des Staatszweckes gegebene Prinzip einer Leitung und Begrenzung der Staats-tätigkeit.

Ist die Ausdehnung der „Gemeinwirtschaft“ unter den bezeichneten Bedingungen Kernpunkt des Wagnerschen „Staatssozialismus“, so erfordert dieser aber auch dort, wo die Privatwirtschaft sich behauptet, weit-

gehende Regelung derselben durch den Staat, um zu einer gesunden, dem wahren Gesellschafts- und Volkswirtschaftsinteresse entsprechenden Lösung des Produktions- und Verteilungsproblems zu gelangen. Kaum bedarf es schließlich besonderer Erwähnung, daß Wagner mit allem Nachdruck den sozialen Reformgedanken gemeinsam mit den andern „Kathedersozialisten“ vertreten hat. Schon 1871 forderte er für die Arbeiter Lohnerhöhung, Verminderung der Arbeitszeit, Versicherung gegen Krankheit, Invalidität und Alter, staatliche Schutzgesetzgebung, geistliche, religiös-sittliche Hebung. Bekannt ist ferner Wagners Eintreten für die Bodenreform. Große Verdienste schließlich erwarb er sich namentlich auf finanzwissenschaftlichem Gebiete (Miquelsche Steuerreform), wenn hier auch nicht alle seine Vorschläge unbeschränkte Billigung finden konnten.

Insofern der „Staatssozialismus“ einerseits den manchesterlichen Individualismus, anderseits den demokratischen Sozialismus ablehnte, entstanden demselben denn auch zunächst von individualistischer wie sozialistischer Seite entschiedene Gegner. Obwohl aber Wagner allein unter den Kathedersozialisten den „Staatssozialismus“ zu einer wirtschafts- und sozialpolitischen Theorie ausgebildet hatte, so richtete sich doch diese Gegnerschaft der nationalökonomischen Seite, bei der allgemeinen Achtung, deren Wagner als Mensch und als Forscher sich erfreute, in Deutschland weniger direkt gegen ihn, als gegen den „Kathedersozialismus“ überhaupt, in dem man ja doch vielfach den „staatssozialistischen“ Gedanken schon verkörpert glaubte.

Die Entwürfe zum Erfurter Programm hatten den Staatssozialismus ein „System der Verstaatlichung zu fiskalischen Zwecken“ genannt. Das deckte sich freilich nicht wenigstens mit dem, was Wagner unter „Staatssozialismus“ verstand. Er nennt diese Definition darum auch einseitig und tendenziös. Fiskalische Zwecke könnten mitspielen, sie seien aber nicht das Entscheidende. Wiederum versuchte dann Vollmar, eine Definition des Staatssozialismus aufzustellen. Man kann, sagt er in einem Aufsatz der „Revue bleue“, unter Staatssozialismus, ganz allgemein genommen, den Grundsatz verstehen, daß der bestehende Staat nicht bloß eine Organisation zu politischen Zwecken sei, sondern daß sich seine Souveränität auch auf das volkswirtschaftliche Gebiet in dessen vollem Umfange erstrecke, so daß dem Staate nicht nur die Regelung des ganzen Verhältnisses zwischen Arbeitern und Unternehmern zusteht, sondern daß auch die Überführung beliebiger Teile der Gütererzeugung unter die Oberleitung und selbst in den unmittelbaren Betrieb des Staates in seiner Befugnis liege. Dieser Staatssozialismus flößte Vollmar kein Bedenken ein. Den marxistischen Gedankengängen getreu sahen indes Kautsky, Liebknecht usw., wie auch der sozialdemokratische Parteitag von 1892, in der Auffassung Vollmars geradezu einen Verrat an den Grundsätzen der Partei. Auf dem gleichen Standpunkte verharren bis heute die Sozialisten marxistischer Richtung, während das Organ der Revisionisten (die „Sozialist. Monatshefte“) dem „Staatssozialismus“ freundschaftlich eine besondere Rubrik einräumt mit Berichten und kritischer Prüfung der Vorgänge bürgerlicher Sozialreform und Sozialpolitik.

Als wissenschaftlicher Gegner des Kathedersozialismus und als Vertreter eines sog. „ethischen Individualismus“ beansprucht ferner Julius Wolf¹ unsere Aufmerksamkeit. Würde Wolf sich darauf beschränkt haben, gegenüber offenbaren Übertreibungen in der Forderung von Staatsintervention und Verstaatlichungen für die „Selbstbehauptung der Individualität“ einzutreten, so hätte er sich großes Verdienst um Wissenschaft und Leben erwerben können. Indem er aber am Kathedersozialismus tadelte, daß dieser „als Kritiker der bürgerlichen Wirtschaftsordnung seine Stellung näher zum Sozialismus“ genommen habe, so konnte man glauben, daß er in umgekehrter Richtung in den gleichen Fehler verfallen sei und „als Kritiker des Sozialismus“ seine Stellung allzunahe zur individualistischen Auffassung gesucht habe. Die soziale Frage ist, Wolf zufolge, im wesentlichen keine Frage der Reform, sondern der Entwicklung, des technischen Fortschrittes, der sich selbsttätig in sozialen Fortschritt umsetzt, ein Produktions-, kein Verteilungsproblem. Wolf will allerdings kein Manchestermann sein; er schlage aber, so sagt er, die sog. Sozialreform gering an gegenüber dem, was die natürliche Entwicklung geleistet habe und leisten werde. Ihm dünkt es sogar „töricht, vermessen und wissenschaftlich unhaltbar, durch die Mittel, welche die Sozialreform zur Hand habe, die Gesellschaft auf eine andere Basis zu stellen, ihr einen andern Stempel aufprägen zu wollen, als sie ihn ohnedies habe.“ Das aber hätten die Sozialreformer gerade gewollt, sie hätten nicht an „die private Sittlichkeit allein gedacht, sondern an die Durchtränkung der Gesetzgebung und inneren Staatspolitik mit dem ethischen Gedanken“² usw.

Wolf gehört jetzt auch zu jener Gruppe von Gelehrten (Max und Alfred Weber, Sombart usw.), die zwar meist nicht bestreiten wollen, daß die Führer des Kathedersozialismus, insbesondere Wagner und Schmoller, große Verdienste um die Wissenschaft sich erwarben, daß ferner die historische Schule der Nationalökonomie einer wohlbegründeten Tatsachenforschung die Wege geebnet habe, die aber im Interesse wahrer Wissenschaft, wie sie annehmen, sich genötigt halten, gegen „die politischen Auswüchse der herkömmlichen Schule“ Front zu machen. Diese Auswüchse führen sich nach ihrer Auffassung, kurz gesagt, darauf zurück, daß die Väter der historischen Schule, die Kathedersozialisten usw., sich nicht mehr ausschließlich mit dem Beschäftigten, „was ist“, sondern mit dem, „was sein soll“, damit den Boden wahrer Wissenschaft verließen, mit ihren Lehren und Forderungen zu einer wissenschaftlich verbrämten Politik herabsanken. „Äußerste Objektivität“ haben die Anhänger jener „neuen Richtung“ auf ihre Fahne geschrieben. „Ihr Kampf gilt“, wie es wenigstens in einem Artikel der „Post“ vom 7. September 1917 hieß, insbesondere „den vorgefaßten politischen Meinungen, die von vornherein das Interesse der Arbeitnehmer über das des Arbeitgebers zu stellen entschlossen waren, und derart den exakten Forschungsbetrieb auf den deutschen Universitäten zu überwuchern drohten“. Diese „exakte“ Wissenschaft wird gewiß ehrlicher Überzeugung ihrer Vertreter entstammen. Gleichwohl scheint uns ihre Auffassung gerade vom wissenschaftlichen Standpunkte unannehmbar. Es fehlt da insbesondere eine klare Unterscheidung zwischen

¹ Vgl. neben Wolfs „Sozialismus und kapitalistische Gesellschaftsordnung“ (1892) „Die Volkswirtschaft der Gegenwart und Zukunft“ (1912) 30 f. Beachtenswert auch: Nationalökonomie als exakte Wissenschaft (1908).

² Vgl. Bd. III (1. Aufl.) Einleitung.

dem Betrieb der Naturwissenschaften und sozialer Wissenschaften; es fehlt die Idee einer praktischen Wissenschaft über und für menschliches Handeln. Im Grunde ist das, was die neuen Lehrer verkünden — philosophisch gesprochen — nur der alte Irrtum des englischen Naturalismus und des französischen Positivismus. Auch ein Durkheim, ein Lévy-Brühl u. a. lehren, die Wissenschaft habe keine andere Aufgabe, als zu erkennen, was ist, nicht, was sein soll. Der Begriff einer „normativen Wissenschaft“ sei ein Widerspruch in sich selbst. Darum müsse denn auch der Moralphilosophie und Moralthologie der wissenschaftliche Charakter abgesprochen werden. Die rationalistische Philosophie und Naturrechtslehre des 18. Jahrhunderts hatten in der Tat blindlings auf die Allwissenheit der Vernunft vertraut; sie setzten dabei tatsächlich die Phantasie an Stelle der durch reale Kenntnisse erleuchteten Vernunft, endeten mit abenteuerlichen Sätzen über Ursprung, Zweck, Mittel des Gesellschaftslebens der Menschen. Da versteht man ja einigermaßen den Horror, den ein Comte und seine Nachfolger vor „Zweckbetrachtungen“ usw. in der Wissenschaft empfanden¹. Ist es aber nun darum jetzt notwendig, in das entgegengesetzte Extrem zu verfallen, jede Zweckbetrachtung und jedes Werturteil als unwissenschaftlich zu bezeichnen? Gerade die Erfahrung lehrt ja doch, daß es tatsächlich gewisse Zwecke und Ziele gibt, die allgemein bei allen Menschen wiederkehren, daß alle Handlungen der Menschen wegen eines Zweckes geschehen, daß alle Menschen ihre eigene Wohlfahrt erstreben. Und die Geschichte belehrt uns darüber, daß auch die Staaten gegründet und erhalten wurden zur Sicherung und Förderung einer Wohlfahrt, welche die isolierten Familien, Geschlechtsverbände nicht gewähren konnten. Sehr richtig bemerkt darum Schäffle, in der Sozialwissenschaft wiege die Teleologie vor, weil eben die sozialen Tatsachen zwar nicht ausschließlich, aber doch sehr wesentlich Produkt der Verwirklichung von Zweckvorstellungen seien. Ebenso allgemein aber ist auch die Tatsache, daß zur Erreichung jener Zwecke und Ziele Mittel angewendet werden müssen und daß die Menschen zwischen verschiedenen Mitteln wählen können und zu wählen haben. Die Wahl ist nicht immer eine glückliche, Mißgriffe sind möglich, die den Erfolg menschlicher Handlungen zum Schaden des einzelnen oder der Gesellschaft in Frage stellen können. Es ist darum von größter Bedeutung für den Menschen und für den Staat bzw. die Staatslenker, gute und schlechte Erfolge dieser oder jener Mittel zu kennen, richtige „Werturteile“ über diese Mittel zu gewinnen. Wenn es sich hierbei zunächst noch um ein Erkennen dessen, „was ist“, um Kausalforschung handelt, so springt doch sofort der wesentliche Unterschied in die Augen, der zwischen der Naturwissenschaft und der Forschung auf sozialem Felde besteht. Bei der Naturwissenschaft handelt es sich nur um die Erkenntnis von Ursache und Wirkung, um naturgesetzliche Notwendigkeiten; in den Sozialwissenschaften aber um Mittel und Erfolg im Hinblick auf einen erstrebten Zweck zur Erleichterung richtiger Auswahl unter verschiedenen zur Wahl stehenden Mitteln. Das recht begründete Urteil: dieses oder jenes Mittel ist im Hinblick auf den Zweck gut, spricht, auf Vernunft- und Erfahrungserkenntnis gestützt, eine Wahrheit aus. Aber diese Wahrheit hat eben praktische Bedeutung für das Handeln des Menschen, für sein finales Wollen und Sollen. Also auch die praktische

¹ Vgl. Defourny, *La Sociologie Positiviste* (1902). Insbesondere: Deploige, *Le conflit de la Morale et de la Sociologie* (1911).

Wissenschaft verzichtet keineswegs auf die Erkenntnis dessen, „was ist“: sie belehrt uns über die regelmäßigen Wirkungen von Gewohnheiten, Gesetzen, Einrichtungen usw., kurz über die tatsächlichen Kausalzusammenhänge. Der Mensch hat aber nicht bloß ein Bedürfnis, zu erkennen, sondern auch zu handeln. Und hierfür leistet eben die praktische Wissenschaft als solche wichtige Dienste, indem sie ihn auch über die geeigneten Mittel zur Erreichung frei gewählter oder notwendiger Zwecke und Ziele belehrt, Grundsätze und Erfahrungstatsachen ihm hierzu an die Hand gibt. „In speculativis scientiis non quaeritur nisi cognitio veritatis, in scientiis operativis finis est operatio“, sagt schon der hl. Thomas von Aquin. Mögen also die Vertreter der neuen Richtung der weiteren Erforschung wirklicher Kausalzusammenhänge sich widmen. Sie werden sich die größten Verdienste um die nationalökonomische Wissenschaft dabei erwerben können. Wenn sie aber den praktischen Charakter dieser Wissenschaft ganz außer acht lassen. Zweckbetrachtung, Werturteil, Sozialpolitik und soziale Reform vom Boden der Wissenschaft verweisen wollen, dann wird man mit Recht Bedenken tragen, ihnen zu folgen.

Wir haben hier Gegner der „Kathedersozialisten“ erwähnt, doch keineswegs, um alle Lehren und Auffassungen der unter diesem Sammelnamen bezeichneten Autoren, insbesondere auch nicht, um den „Staatssozialismus“ Adolf Wagners gutzuheißén. Freilich, mit Wagner war eine Verständigung auch in prinzipieller Hinsicht am leichtesten zu erreichen. Allein so wie Wagners „Staatssozialismus“ als wirtschafts- und sozialpolitische Theorie nun einmal tatsächlich liegt, begegnet er doch ernsten Bedenken. Privateigentum und Privatwirtschaft, die heutigen Ständeunterschiede, die heutige Gesellschaftsordnung, den historischen Staat, wollte Wagner nicht beseitigen. Der Staat, die „Gesellschaft“ sollen auch nicht zum Subjekt, zum Träger des ganzen wirtschaftlichen Prozesses in Produktion und Verteilung gemacht werden, wie ein extremer Staatssozialismus oder der demokratische Sozialismus dies als Ergebnis geschichtlicher Entwicklung hinstellen. Wagner lehnt insbesondere die materialistische Geschichtsauffassung des marxistischen Sozialismus ab; er erkennt an, daß außer den ökonomischen Faktoren geistige und namentlich sittliche für die Gestaltung der wirtschaftlichen und sonstigen kulturellen Verhältnisse in Betracht kommen und kommen müssen. Macht er aber auch den Staat nicht zum Träger des ganzen wirtschaftlichen Prozesses, so doch immerhin eines wachsenden Teiles desselben. Das gemeinwirtschaftliche Organisationsprinzip gewinnt größere Geltung auf Kosten des privatwirtschaftlichen Prinzips. Die gemeinwirtschaftliche Organisation tritt mehr in den Vordergrund, die privatwirtschaftliche mehr zurück. Gewiß läßt sich die wohlmeinende Absicht Wagners verstehen, durch Befürwortung stärkeren und umfassenderen Eingreifens des Staates die Aussöhnung der heutigen sozialen Gegensätze zu erleichtern. Ja, mag sich heute selbst speziell die Überführung von Produktionsmitteln in Staatseigentum und Staatsbetrieb (Beteiligung am Wirtschaftsleben und Staatsmonopol) in erhöhtem Maße empfehlen. Es ist aber doch etwas anderes, wenn man

klar und unzweideutig sagt: die Übernahme eines Wirtschaftsgebietes durch den Staat gehört an sich nicht zu den Aufgaben, zum Zweck des Staates, sondern ist nur ein ausnahmsweise berechtigtes Mittel, oder wenn man solche Übernahme dem Aufgabenkreise des Staates beizählt. Wagner hat freilich gewisse Bedingungen und Beschränkungen dem Vordringen gemeinwirtschaftlicher Organisation gesetzt: die Verstaatlichung muß „technisch und ökonomisch möglich“, „zweckmäßig, sozialpolitisch wünschenswert und passend“ sein. Ist aber damit, auch wenn Prüfung „von Fall zu Fall“ zugesagt wird, eine hinreichend klare prinzipielle Begrenzung der Staatstätigkeit, der Verstaatlichung gewonnen? Spielt nicht doch bei der Grenzregulierung zwischen privater und öffentlicher Sphäre das bloße Ermessen und Belieben der jeweiligen Staatsgewalt eine allzu große Rolle? Und wird es nicht leicht in der Praxis zum Ersatz der Privatwirtschaft durch staatliche Produktion, zu ihrer Verdrängung kommen auch dort, wo die Regelung durch bürgerliche Organisation oder staatliche Intervention genügt hätte? Wird nicht der Staat auf wirtschaftlichem Felde, statt bloß ergänzender, allmählich eine führende Rolle spielen? Wagner hat ja von „einem Gesetz der wachsenden Ausdehnung der ‚öffentlichen‘ bzw. der Staatstätigkeiten bei fortschreitenden Kulturvölkern“ gesprochen. Die Tatsache wachsender Staatstätigkeit kann nicht bestritten werden. Allein von einem „Gesetz“ dieser Ausdehnung möchten wir doch nicht gerne reden, selbst wenn dieses „Gesetz“, im Sinne Wagners weniger streng gefaßt, als Ausdruck von bloßen „Gestaltungstendenzen“ der wirklichen Erscheinungen gedeutet wird. Solche „Gestaltungstendenzen“, als „Gesetz“ der fortschreitenden Kulturentwicklung verstanden, lassen doch eben einen dauernden kausalen Zusammenhang zwischen Kulturentwicklung einerseits und fortschreitender staatlicher Tätigkeit, fortschreitender Ausdehnung der öffentlichen Wirtschaft, fortschreitender Verdrängung der Privatwirtschaft durch gemeinwirtschaftliche Formen vermuten. Die Konstanz solchen ursächlichen Zusammenhanges vorausgesetzt, würde uns aber die aufsteigende Kulturentwicklung allmählich leicht der sozialistisch-kommunistischen Gesellschaftsordnung immer näherbringen, also in einen Zustand hineinführen können, den Wagner selbst als auf die Dauer unmöglich und des Menschen unwürdig bezeichnet hat.

Wir verzichten darauf, alle Bedenken hier aufzuführen und zu prüfen, die gegen andere spezielle Lehren Wagners vorgebracht worden sind. So z. B., wenn die steuerliche Korrektur der Einkommensverteilung beanstandet wurde oder die Begründung des privaten Eigentums durch die Legaltheorie. Ist freilich das Privateigentum ganz und gar Schöpfung des Staates, ist es ausschließlich positives, vom Staate gewährtes Recht, dann läßt sich prinzipiell auch gegen die stärksten Eingriffe des Staates nichts einwenden; das Eigentum wäre dann im Prinzip ein widerrufliches Recht, der private Eigentümer bloß öffentlicher Funktionär, der seinen

Besitz im Auftrage oder mit Ermächtigung der Gesamtheit verwaltet usw. Wir gehen, wie gesagt, auf diese Einwendungen hier nicht ein, indem wir allgemein die Aufgabe der Wissenschaft heutzutage weniger in der Polemik als in der positiven Förderung wissenschaftlicher Erkenntnis erblicken möchten, unter bereitwilliger und gerechter Anerkennung alles dessen, was die moderne Wissenschaft und hier wieder insbesondere, was die historische Schule, die „Kathedersozialisten“, namentlich Wagner, für den Fortschritt der Wissenschaft geleistet haben.

Darin stimmen wir aber Wagner bei, daß es eines neuen volkswirtschaftlichen Systems bedarf, und daß dieses System in einer Vermittlung zwischen den extremen Systemen des Individualismus und Sozialismus bestehen muß¹.

Wir haben darum im ersten Bande den Solidarismus als sozialphilosophisches System dem Individualismus, aber auch dem kommunistischen Sozialismus gegenübergestellt, den Rechtssolidarismus des staatlichen Gemeinschaftslebens, den Solidarismus der Assoziation (Kooperations- und Repräsentativsolidarismus der Genossenschaften und Berufsverbände). Die Solidarität als Tatsache und als Pflicht, die Solidarität, wie sie die Menschen mit dem Menschen eint in Kraft des göttlichen Gesetzes der Liebe, die Solidarität, welche die Staatsgenossen verbindet nach natürlichem und positivem Recht, die Solidarität der Berufsgenossen gemäß dem geschichtlichen Bedürfnis, also die Solidarität in ihrer ganzen Ausdehnung bietet uns die sozialphilosophische und sozialethische Grundlage für ein volkswirtschaftliches System solidarischer Gemeinschaft, welches man als soziales Arbeitssystem passend bezeichnen darf.

Beide Abhandlungen, die des ersten Bandes über „Solidarismus“ und die nun folgende über „ein soziales Arbeitssystem“, ergänzen sich gegenseitig. Die Untersuchung des ersten Bandes war mehr sozialphilosophischer Art; sie hatte vorwiegend das aus der allgemeinen Gesellschaftslehre abgeleitete letzte und höchste Organisationsprinzip im Auge. Jetzt handelt es sich um die Organisation der Volkswirtschaft im Hinblick auf den Volkswohlstand als volkswirtschaftliches Ziel. Was wir dabei unter Volkswohlstand verstehen, ist in den bisherigen Darlegungen hinreichend außer Zweifel gestellt. Wir werden aber später noch eingehend darauf zurückkommen.

„Im strengsten Sinne des Wortes kann man nur da von einem neuen System reden, wo ein prinzipieller Satz von großer Tragweite oder auch einige axiomatische Grundeinsichten den ganzen Inhalt einer Wissenschaft

¹ Jedes System, jede Theorie, auch die Einzellehren, über welche die Ansichten auseinandergehen, werden regelmäßig einen mehr oder minder großen Wahrheitsgehalt beanspruchen dürfen. Sonst würden sich wissenschaftliche Vertreter eines solchen Systems oder einer solchen Lehre kaum finden. Der Fehler besteht dann darin, daß man bei der Verteidigung und Formulierung des Systems oder der Doktrin der Einseitigkeit oder dem Extrem verfällt.

umwandeln. Wo solche Fundamentalsätze nicht einzeln oder klar nachweisbar sind, da läßt sich vielmehr von Richtungen, Neigungen und Färbungen der Theorie, aber nicht von einem selbständig oder wesentlich veränderten System reden.“¹ Hiernach dürfen wir also wohl von einem neuen System reden, in welchem das moralisch-organische Sozialprinzip die Organisation der Volkswirtschaft beherrscht², und das durch seine Fundamentalsätze sich wesentlich von dem atomistisch-individualistischen und dem kommunistisch-sozialistischen System unterscheidet. Selbstverständlich nehmen wir die Auffindung dieses Systems nicht für uns in Anspruch. Wenigstens seine Elemente waren in der bisherigen sozialwissenschaftlichen und nationalökonomischen Literatur schon gegeben.

§ 5.

Ein solidaristisches Arbeitssystem.

Motto: „Sieh, da entbrennen in feurigem Kampf die
eifernden Kräfte,
Großes wirkt ihr Streit, Größeres wirkt ihr
Bund.
Tausend Hände belebt ein Geist, hoch schlaget
in tausend
Brüsten, von einem Gefühl glühend, ein einziges
Herz,
Schlägt für das Vaterland und glüht für der
Ahnen Gesetze.“

Schiller, Spaziergang³.

Literatur: Vgl. die Literaturangaben in Bd. I: Grundlegung, 4. Kapitel, § 5, Solidarismus 351 f. (2. Aufl. 392 f.). — Dann noch Eugen v. Philippovich, Individuelle Verantwortlichkeit und gegenseitige Hilfe im Wirtschaftsleben. Rektoratsrede (1905). — Albion W. Small, General Sociology. An Exposition of the Main Development in Sociological Theory from Spencer to Ratzenhofer (1905). — Albert v. Schäffle, Abriß der Soziologie (1906). — Gustav Ratzenhofer, Soziologie (1907). — Franz Walter, Sozialpolitik und Moral (1899). — Ders., Die Propheten in ihrem sozialen Beruf (1900). — Ders., Kapitalismus, Sozialismus, Christentum (1906). — Daniel Rousseau, La liberté individuelle (1907). — Franz Staudinger, Wirtschaftliche Grundlagen der Moral (1907). — Max v. Schraut, Die persönliche Freiheit in der modernen Volkswirtschaft (1907). — Jos. Schrijvers, Manuel d'Économie Politique (1907). — Joseph Beck, Volkswirtschaft und Sittengesetz (Rektoratsrede) (1908). — Charles Antoine, Cours d'Économie Sociale⁴ (1908) 120—144. — De La Tour du Pin La Charce, Vers un ordre chrétien (1908) 105 ff. — Gustav Rahland, System der politischen Ökonomie III (1908). — Ludwig Psenner, Christliche Volkswirtschaftslehre (1907/08). — Otto Willmann, Die Soziologie als Sozial-

¹ Eugen Dühring, Kritische Geschichte³ (1879) 377.

² Das „Organisationsprinzip“ der Volkswirtschaft, wie es hier verstanden wird, berührt nicht bloß die Verschiedenheit der Eigentumsformen, sondern die ganze volkswirtschaftliche Arbeitsgemeinschaft als Bestandteil des staatlichen Gesellschaftslebens, den ganzen volkswirtschaftlichen Lebensprozeß.

³ Was der Dichter hier von der Stadt sagt, gilt auch von Staat und Volkswirtschaft.

ethik, in Hist.-polit. Blätter CXXXVI (1905) 366—378. — Heinrich Koch, Gleichstellung von Arbeiter und Arbeitnehmer, in Stimmen aus Maria-Laach LXIX (1905) 253 ff. 374 ff. — Ders., Konstitutionelle Betriebsverfassung, in Soziale Kultur XXVI (1906) 485 ff. — Adolf Weber, Die neuzeitliche Arbeiterbewegung, ebd. 94 ff. — Georg Simmel, Soziologie der Über- und Unterordnung, im Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik XXIV (1907) 477—546. — Thünen-Archiv, Das Arbeitsverhältnis als Arbeitsgemeinschaft (1907) 2. — Karl Lamprecht, Die Anfänge neuer sozialer und politischer Anschauungen seit der Mitte des 18. Jahrhunderts, Beilage zur Allgemeinen Zeitung 1907, Nr. 4 5 6. — Rosenthal, Der Wandel der Staatsaufgaben in der letzten Geschichtsperiode (1913). — Paul Jedzink, Einzelwirtschaft, Gesellschaftsbildung und Religionsübung in ihren wechselseitigen Beziehungen (1908). — Franz M. Schindler, Die soziale Frage der Gegenwart. 3. und 4. Aufl. 1908. — Eugen Schwiedland, Sitte und Recht und ihre wirtschaftliche Bedeutung, in Zeitschrift für Sozialwissenschaft XI (1908) 591—605. — G. Bäumer, Die soziale Idee in den Weltanschauungen des 19. Jahrhunderts (1910). — Gide und Rist, Geschichte der volkswirtschaftlichen Lehrmeinungen, übersetzt von Horn (1913) 667 ff. (behandelt die französischen Solidaristen). — Gnauck-Kühne, Das soziale Gemeinschaftsleben im Deutschen Reiche. — Gemeinwirtschaft (Brauer) (1919). — Kiefl, Sozialismus und Religion (1919). — A. Pieper, Vom Geiste der deutschen Demokratie (1919). — Derselbe, Zur staatsbürgerlichen Bildung und politischen Schulung (1919). — J. Plenge, Christentum und Sozialismus (1919). — Lechtape, Der christliche Sozialismus (1919). — A. Heinen, Mammonismus (1919). — Derselbe, Sozialismus, Solidarismus (1919). — C. Noppel, Der deutsche Rätegedanke und dessen Durchführung (1919). — Derselbe, Die soziale Revolution (1919). — Meßmer, Katholizismus und Revolution (1919). — Im Geiste des Solidarismus (anonym) (1919). — J. Mausbach, Das soziale Prinzip und der Katholizismus und F. Keller, Der moderne Kapitalismus, in: Deutschland und der Katholizismus II (1918). — Die Zeitschriften Soziale Kultur, Soziale Revue, Glaube und Arbeit, Deutsche Arbeit, Zeitschrift für christliche Sozialreform, Soziale Werte, Mercuria usw. usw.

Die Frage nach der volkswirtschaftlichen Organisation bezieht sich auf das geordnete Nebeneinander- und Zusammenwirken aller Bestandteile der staatlichen Gesellschaft in Beschaffung der wirtschaftlichen Güter durch die Arbeit, anderseits auf die gebührende Teilnahme des Gesamtvolkes an diesen Gütern. Wie aber wird das Wirken der verschiedenen Faktoren ohne Beseitigung der Freiheit, der wirtschaftlichen Selbständigkeit, ohne Aufhebung des Wettseifers wohl geordnet? Und wie muß das Zusammenwirken sich gestalten, wie die Verteilung der Güter sich vollziehen, damit das Ziel der Volkswirtschaft, die Bedarfsversorgung des Volkes im Sinne von Volkswohlstand, erreicht und bewahrt werde? Dies ist für Theorie und Praxis das große Problem, das den Gegenstand der Untersuchungen des Nationalökonomen, der Bemühungen des Staatsmannes bildet.

Alle jene Fragen finden, wie uns scheinen will, ihre befriedigende Beantwortung in dem volkswirtschaftlichen Systeme, dem man den Namen eines sozialen oder solidaristischen Arbeitssystems geben darf.

Es ist ein volkswirtschaftliches System, weil es sich dabei um Gestaltung der Wirtschaftsverfassung, um die Organisation der Volkswirtschaft handelt. Es ist ein neues System, indem es dem Smithschen Industriesystem eine solidaristische Grundlage mit gesellschaftlicher Regelung des volkswirtschaftlichen Prozesses gibt. Es

ist kein neues System, insofern die hierbei leitenden Gedanken bereits in der Ideenwelt der Reformarbeit vor dem Weltkriege sich finden.

38. Der prinzipielle Ausgangspunkt des solidaristischen Arbeitssystems. Drei Grundsätze stellten wir gleich zu Anfang im ersten Bande an die Spitze unserer Untersuchungen:

Der Mensch ist Herr der Welt, und zwar der arbeitende Mensch und wiederum der Mensch inmitten der Gesellschaft.

1. Der Mensch ist Herr der Welt, die ihm dienen muß zur Befriedigung seiner Bedürfnisse. Die Grundlagen dieser Herrschaft sind unveränderlich, wie die sinnlich-vernünftige Natur des Menschen unveränderlich bleibt; aber die besondere geschichtliche Ausgestaltung ist veränderlich. Wie die menschliche Natur, so ist auch die Herrschaft über die äußere Welt Gemeingut aller Menschen. Alle sind darum in irgendeiner Form zur Teilnahme an dieser Herrschaft berufen. Das intensive und extensive Wachstum solcher Teilnahme aller an der Herrschaft wie die objektive Ausdehnung der Weltbeherrschung gilt als Kennzeichen fortschreitender Kultur. Der Mensch ist folgerichtig Subjekt und Ziel der Wirtschaft. Stets und überall bleibt er Herr der Naturkräfte, der Sachenwelt, die ihm Gegenstand, Mittel, Bedingungen seiner Tätigkeit liefern. Niemals kann er Objekt, bloßes Mittel, Werkzeug sein. Auch der einfachste Arbeiter nimmt teil an dieser Subjektstellung im Wirtschaftsleben der Menschen, bleibt Subjekt und Ziel der wirtschaftlichen Tätigkeit.

2. Der arbeitende Mensch ist Herr der Welt, die Arbeit das unerläßliche Mittel der Weltbeherrschung, die Arbeit darum eine natürliche Notwendigkeit. Von der Arbeit hängt das Maß der verfügbaren Güter ab. Immer wieder melden sich die Bedürfnisse. Ohne ausdauernde, fortgesetzte, geordnete Arbeit wird die Menschheit nicht erhalten, die äußere Welt nicht ihrem Dienste unterworfen, gibt es keine Entwicklung, keinen Fortschritt, nicht für den einzelnen, nicht für die Völker, nicht für unser ganzes Geschlecht. Die Arbeit ist aber auch sittliche Notwendigkeit. Allgemein für alle Menschen gilt das Gesetz der Arbeit. Es ist Individualgesetz, das jeden einzelnen verpflichtet. Die wirtschaftliche Betätigung, insbesondere die auf die Versorgung mit materiellen Dingen gerichtete körperliche Arbeit ist Menschheitsgesetz, aber nicht Individualgesetz. Man kann auch Nützliches oder Notwendiges für den Bestand und Fortschritt der Menschheit leisten, ohne gerade den Spaten in die Hand zu nehmen oder in die Fabrik zu gehen.

Die Arbeit ist des Menschen Pflicht und ebenso sein Recht, seine Ehre. Achtung, ja Ehrfurcht vor der Arbeit, selbst der niedern Arbeit! Auch diese ist notwendig, auch in ihr offenbart sich, und zwar oft in hohem Grade, Fleiß, Gewissenhaftigkeit und Zusammenstimmigkeit. Recht verrichtet, wird jede Arbeit schließlich zur Freude des Menschen. Unter

allen, was den Menschen drücken kann, ist die Arbeit der geringste Druck.

3. Der arbeitende Mensch inmitten der Gesellschaft, wo er die Ergänzung findet, deren er fähig und bedürftig ist, der arbeitende Mensch inmitten der Gesellschaft, der mit seinesgleichen arbeitet, unitis viribus, in Arbeitsteilung und Arbeitsgemeinschaft, der Rücksicht nimmt auf das Wohl anderer, der sein eigenes Interesse dem höheren Interesse der Gemeinschaft unterzuordnen versteht. Der arbeitende Mensch inmitten der Gesellschaft, mit andern Worten: das arbeitende Volk, das die Vorzüge seines Territoriums zu verwerten versteht, das sein Land beherrscht, die Volkskraft in beiden Geschlechtern zur rechten Geltung kommen läßt, die individuellen und sozialen Anlagen zur möglichst vollkommenen Entwicklung bringt, nicht durch Unterdrückung oder Trägheit eine Fülle von Fähigkeiten und Talenten verkümmern läßt, das die ökonomischen, sozialen, politischen Verhältnisse der Gerechtigkeit dem Gemeinwohl gemäß zu ordnen versteht, das alle trennenden, zersplitternden, zerstörenden Mächte immer wieder durch das Ideal und die lebendige Kraft der Gemeinschaft siegreich überwindet.

39. In solchem Sinne ist der arbeitende Mensch Hauptursache der nationalen Wohlfahrt, der arbeitende Mensch, das arbeitende Volk schlechthin.

Und diesem arbeitenden Menschen muß in Produktion und Verteilung die ihm gebührende Stellung und Geltung gewahrt werden.

Wir sagen: dem arbeitenden Menschen, nicht nur der Arbeiterklasse, sondern auch dem Mittelstande. Für seine Erhaltung und Stärkung kämpfen wir mit gleicher Liebe und Sorge, weil eine gesunde Volkswirtschaft sich mit einem Zustande nicht verträgt, wobei das ganze Volk im Dienste weniger Herren oder auch im Dienste eines einzigen Herrn, der kommunistischen Gesellschaft, steht.

Wir sagen: dem arbeitenden Menschen, nicht bloß der arbeitenden Hand. Auch die geistige Arbeit des Unternehmers und der Angestellten verlangt ihr Recht. Es gibt ferner neben und über den materiellen höhere, immaterielle, geistige, sittliche Bedürfnisse des Menschen, die der Volkswirt nicht behandelt, aber achtet und beachtet, deren Befriedigung äußerlich bedingt erscheint durch die Ergebnisse der materiellen Produktion. „Zwei Menschen ehre ich und keinen dritten“, sagt Carlyle¹: „Erstens den sich mühenden Arbeiter, der mit von der Erde geschaffenen Werkzeugen mühsam die Erde besiegt und zum Eigentum des Menschen macht. . . . Einen zweiten Mann ehre ich und noch höher — den, welcher für das

¹ Arbeiten und nicht Verzweifeln. Auszüge aus seinen Werken von Kühn und Kretzschmar (1902) 31 f.

geistig Unentbehrliche arbeitet, nicht für das tägliche Brot, sondern für das Brot des Lebens.“

Wir sagen: dem arbeitenden Menschen, zur Verurteilung des Müßigganges, nicht minder zur Abweisung merkantilistischer und physiokratischer Einseitigkeit. Die menschliche Betriebsamkeit schlechthin, so lehren wir mit Adam Smith, ist Ursache der nationalen Wohlfahrt; nicht bloß die landwirtschaftliche, nicht bloß die kommerzielle und industrielle Betätigung. Als volkswirtschaftlich vollwertig gilt uns in der Regel nur diejenige Nation, die alle Produktivstände, Landwirtschaft, Gewerbe, Handel, in sich vereint, als richtig organisiert diejenige, welche sie alle bei Lebenskraft zu erhalten versteht. Landwirtschaft, Gewerbe, Handel sind gleichberechtigte Faktoren. Ohne ferner die Bedeutung des Naturfaktors für Produktion und Reichtumsgestaltung irgendwie herabzusetzen, ohne die natürlichen Produktivkräfte zu leugnen und der menschlichen Arbeit exklusive Produktivität und Wertbemessung zuzuschreiben, gilt uns die durch den Geist geleitete, zielbewußte persönliche Betätigung des Menschen nicht als die einzige, wohl aber als die oberste und wichtigste Ursache in der Bildung, in der Förderung oder Wiederaufrichtung der materiellen Wohlfahrt eines Volkes.

Der arbeitende Mensch ist prinzipale aktive Ursache der Produktion. Die äußere Natur mit ihren Kräften bietet Gegenstand, Bedingungen und Mittel dazu. Wo sie wirkursächlich tätig ist (wie im Ackerbau), steht sie unter der Leitung des Menschen, bleibt insofern prinzipale passive Ursache. Die Fabrik usw. ist Bedingung, die Maschine usw. instrumentale Ursache in der Produktion.

Handelt es sich um die Herstellung eines einzelnen wirtschaftlichen Gutes, so weist die Ordnung der Ursächlichkeit große Verschiedenheiten auf. Beim Bau eines Hauses z. B. tritt die menschliche Arbeit sehr in den Vordergrund. Der Diamant, der gefunden und dadurch für den Menschen verfügbar wird, hat seinen inneren Wert nicht durch menschliche Tätigkeit erhalten. Handelt es sich um den Reichtum im kollektiven Sinne, um eine Gütermenge, einen Fonds der Bedürfnisbefriedigung, ein Stammvermögen, da wird dieser Reichtum, selbst wo günstige natürliche Bedingungen geboten waren, schon größtenteils auf menschliche Betriebsamkeit sich zurückführen lassen. Weit mehr noch gilt dies für die Wohlfahrt als den Zustand des materiellen Wohlbefindens des ganzen Volkes bis in die untersten Schichten, der materiellen Ausstattung aller Schichten mit Mitteln zur Befriedigung ihrer materiellen und immateriellen Bedürfnisse entsprechend der Würde der menschlichen Natur, dem persönlichen Verdienste, der durch Zeit und Kulturhöhe bedingten Lebenshaltung. Hier tritt neben das Wirken individueller Betriebsamkeit die Tätigkeit der sozialen Faktoren: Staat, Gemeinde, Genossenschaft, Berufsverband, zur Gewinnung jenes Zustandes. Mit der Tätigkeit vereint sich dann noch das Opfer. Ohne Entsagung keine Harmonie der Interessen, ohne Harmonie der Interessen keine gesicherte Volkswohlfahrt! Staatliche Machtfülle und deren richtiger Gebrauch nach innen und

außen, Höhe der Gesamtkultur eines Volkes und dessen allseitige Betriebsamkeit verbinden sich regelmäßig auch mit den höheren Stufen der materiellen Wohlfahrt, bei nicht allzu ungünstigen äußeren Verhältnissen, und bedingen sich gegenseitig.

Die Arbeit ist Hauptgrundlage des Erwerbs. Nicht die einzige Grundlage des Erwerbs in einer auf Privateigentum begründeten Gesellschaftsordnung. Da gibt es auch rechtlich begründeten Erwerb in Konsequenz des Eigentums, ohne Schädigung fremden Rechts oder der Wohlfahrt der Gesamtheit. Das Erbrecht insbesondere ist notwendig als Ansporn zur Aussaat für die kommenden Geschlechter, zur Inangriffnahme langfristiger Unternehmen. Da finden sich ferner neben persönlichen auch sachliche Leistungen, die eine Wiedervergeltung beanspruchen können. Gleichwohl entfällt der weitaus größte Teil des Volkseinkommens auf gerecht belohnte Arbeit. Auch da gilt sodann, daß die Volkswirtschaft nicht Beutefeld, sondern Arbeitsfeld ist. Niemand, der arbeitsfähig ist, soll von der Arbeit anderer leben, ohne selbst etwas Nützliches zu leisten. „Drohnen“ sind, wie wir an anderer Stelle sagten, Produkt der Geschichte, persönlicher Verirrung oder krankhafter gesellschaftlicher Entwicklung, nicht Produkt der Natur und einer der Vernunft entsprechenden Ordnung.

Das Gesagte zeigt, warum wir das solidaristische System Arbeitssystem nennen. Und weshalb ist es ein soziales System?

40. Der Begriff des „Sozialen“ im Arbeitssystem. Nennen wir das Arbeitssystem ein „soziales“ System, so ist dabei das Wort „sozial“ im umfassendsten Sinne verstanden¹. Der atomistischen Auflösung wird überall die Gemeinschaft, der individualistischen Freiheitsforderung die Gemeinschaftspflicht gegenübergestellt. Das soziale Arbeitssystem ist also ein vom Gemeinschaftsgedanken beherrschtes System. Wir treten ein für die durch Gerechtigkeit und Liebe beherrschte Lebensgemeinschaft der Menschen, für das friedliche Nebeneinander- und ein hilfreiches Zusammenwirken der Menschen und Völker, für das durch Zweck, Autorität und Recht geordnete Gemeinschaftsleben der staatlichen Gesellschaft und der innerstaatlichen Verbände, für freie Einigung, privatrechtliche und öffentlich-rechtliche Zusammenfassung und Zusammenordnung der Kräfte der einzelnen und der Stände, um diesen Sicherung und Förderung in sich selbst zu verleihen, wie namentlich aber auch im Hinblick auf die aus der wirtschaftlichen Entwicklung sich ergebenden Schwierigkeiten und Gefahren. Kurz, „sozial“ ist das Arbeitssystem deshalb, weil es das Solidaritätsprinzip in seiner ganzen und vollen

¹ Vgl. Karl Wasserrab, Sozialwissenschaft und soziale Frage, eine Untersuchung des Begriffs „sozial“ und seiner Hauptanwendungen (1900); Ina Neundörfer, Der Begriff „sozial“, in Köln. Volkszeitung LX (1919) 696, 5. Sept.; Stier-Somlo, Sozialgesetzgebung (zu Anfang).

Bedeutung, namentlich aber jene Solidaritätspflichten zur Geltung bringt, die sich aus der moralisch-organischen Einheit und Gemeinschaft der staatlichen Gesellschaft und der Volkswirtschaft, aus dem Zwecke des Staates, der Aufgabe der Volkswirtschaft für die einzelnen und deren Verbände, für die Gesamtheit und die Staatsleitung ergeben.

Vergesellschaftung der Menschen, das ist die Parole, welche das soziale Arbeitssystem einer kommunistischen Vergesellschaftung der Produktionsmittel gegenüberstellt. Die Vergesellschaftung der Menschen aber umfaßt jene dreifache Solidarität, von der im ersten Bande¹ die Rede war: die Solidarität der Staatsgenossen, die Solidarität der Berufsgenossen, die allgemein menschliche Solidarität.

1. Die allgemein menschliche Solidarität, beruhend auf der Zugehörigkeit zur alle umfassenden Gottesfamilie, beherrscht die Beziehungen von Mensch zu Mensch, von Volk zu Volk: „Die Gemeinsamkeit des gleichen geschöpflichen Adels aus Gottes Hand, die Gemeinsamkeit der überirdischen hohen Endbestimmung, die Gemeinsamkeit der irdischen Laufbahn zu eben diesem Ziele mit ihren Hilfsmitteln, Gefahren, Kämpfen, Hoffnungen und Freuden, das ist das allumfassende natürliche Bruderband der gesamten Menschheit; es bildet im menschlichen Bewußtsein den allgemeinsten sittlichen Rahmen der menschlichen Gesellschaft. Nur innerhalb dieses Rahmens können sich wieder engere gesellschaftliche Körper auf Grund engerer und untergeordneter Lebensgemeinschaft bilden, ohne deshalb ihre menschliche Zusammengehörigkeit zu verleugnen. Wo hingegen dieses sittliche Band der allumfassenden Nächstenliebe seine Wirksamkeit verliert, treten notwendig die rein egoistischen Sonderinteressen maßgebend in den Vordergrund. Haß und Neid und brutale Gewalt sind dann die bestimmenden Motoren der sozialen Entwicklung. . . . Das war bekanntlich der Zustand der heidnischen Welt infolge der sündlichen Abirrung von Gott als dem einzig möglichen sozialen Zentrum aller Völker und aller Zeiten.“² Weil dieses edle Band der Nächstenliebe fehlt, darum verwirklicht sich auch heute wieder jenes furchtbare Wort: *Homo homini lupus*. Ohne Gott als soziales Zentrum, ohne Nächstenliebe die sich mit der Beobachtung aller Pflichten der Gerechtigkeit verbindet, bleibt insbesondere auch das hohe Ideal des Völkerbundes bloßes Wahngelbde oder häßliches Idol, dem die Völker nur der Gewalt weichend sich beugen.

2. Die Solidarität der Staatsgenossen. Der Staat ist mehr als eine Masse von Individualexistenzen. Er ist vielmehr eine moralisch-organische Einheit, eine durch die öffentliche Volkswohlfahrt als Staatszweck beherrschte Volksgemeinschaft³. Zuerst gehört ein jeder

¹ Bd. I²: Kap. 4, § 5, 414 ff. (384 ff.).

² Theodor Meyer, Arbeiterfrage 31 f.

³ Vgl. hierzu Bd. I²: Kap. 2, § 1, 75 ff. (70 ff.); § 4, 132 ff. (131 ff.) 139 ff. (138 ff.); Kap. 3, § 2, 159 ff. (153 ff.); Kap. 4, § 5, 415 ff. (384 ff.).

sich selbst an. Dann aber ist ein jeder in den organischen Verband der staatlichen Gesamtheit gestellt.

Die Bürger sind als Staatsgenossen dem Staatszwecke sittlich verpflichtet. Sie sollen der öffentlichen Wohlfahrt auch als wirtschaftende Bürger dienen, positiv durch ihre wirtschaftlichen Leistungen, negativ, indem sie in ihrem Erwerbsstreben fremdes Recht und die allen gemeinsame öffentliche Wohlfahrt nicht schädigen.

Durch diese pflichtmäßige Hinlenkung auf den gemeinsamen Zweck (Gesamtwohlfahrt) wird die Volkswirtschaft aus einer bloßen Vielheit von Privatwirtschaften, ohne Beseitigung und Verdrängung dieser Vielheit, zu einer sozialen Einheit.

Die Volkswirtschaft als soziale Einheit besitzt ferner in der materiellen Seite der öffentlichen Wohlfahrt ihre Aufgabe. Und sie erfüllt diese Aufgabe durch eine der jeweilig erreichten Kulturhöhe entsprechende Bedarfsversorgung des Gesamtvolkes an äußeren Gütern.

Die Volkswirtschaft ist also im Hinblick auf jene Aufgabe Arbeitsgemeinschaft, der volkswirtschaftliche Prozeß kein Gegeneinander, sondern ein Miteinander und Füreinander der Einzelwirtschaften und Kräfte.

Die Arbeit erscheint demgemäß als Berufspflicht und als Berufsleistung, als pflichtmäßiges Zusammenarbeiten im gleichen wirtschaftlichen Berufe und ebenso mit den andern wirtschaftlichen Berufen zur Erfüllung einer gemeinsamen Aufgabe: der Bedarfsdeckung des Gesamtvolkes, wo einer für alle und alle für einen wirken im Dienste des Ganzen, wo jeder sein eigenes Wohl suchen und finden darf, aber nicht auf Kosten fremder Wohlfahrt, sondern in und mit der Wohlfahrt aller.

3. Die Solidarität der Berufsgenossen. Als großer sozialer Organismus bedarf die bürgerliche Gesellschaft organischer Gliederung. Der einzelne ist „Glied“ nur im Sinne von „Bestandteil“ der Gesellschaft. „Organe“ der Gesellschaft aber sind erst die Berufsstände. Es entspricht darum auch der organischen Auffassung des Gesellschaftslebens, daß die in demselben Berufe Tätigen sich in der Berufsgemeinschaft vereinigen, das soziale Berufsorgan bilden, und zwar für die wirtschaftliche Seite des Gesellschaftslebens die wirtschaftsberufliche Organisation.

Die berufliche Korporation ist Bedürfnis aller Zeiten, auch der Gegenwart wie der Zukunft, ihr Fehlen ein Mangel der gesellschaftlichen und volkswirtschaftlichen Organisation. Aber die besondere Form der Berufsgenossenschaft wechselt in den verschiedenen Geschichtsepochen. Die Form des Zunftwesens gehört einer verflochtenen Zeit an. Das moderne Organisationswesen muß an die heute gegebenen Voraussetzungen anknüpfen. Es findet innerhalb des gleichen Berufes größere Verschiedenheiten vor, als der mittelalterliche Handwerkerstand solche aufwies.

Eine moderne Berufsverkörperung muß darum, wie schon Schäffle hervorhob, beweglicher, zugänglicher, mehr spezialisiert und doch zugleich umfassender sein, um Lebenskraft zu gewinnen und zu bewahren, um einen Zustand herbeizuführen, in welchem Freiheit und Ordnung versöhnt sind. Das Fehlen relativ vollkommener, den Zeitbedürfnissen entsprechender Berufsverbände „machte bislang das Regieren so schwer, drängte zur Anwendung mechanischer Bindemittel und nötigte dem Staate die Rolle auf, zentralisierend in allem und für alle Vorsehung¹ zu spielen“ (Schäffle).

Die Berufsorganisation ist Berufsgemeinschaft. Der gleiche Beruf hat gemeinsame Interessen. Auch da heißt es: „Einer für alle und alle für einen.“ Die Berufsgenossenschaft wirkt als solidarische Interessenvertretung des Standes. Aber sie würde aufhören, soziales Organ in der staatlichen Gesellschaft zu sein, wenn bei der Vertretung der Standesinteressen ein engherziger Gruppenegoismus sie leiten sollte.

Ist die Arbeit allgemein menschliche Pflicht, für den Staatsbürger soziale Pflicht gegenüber den andern Staatsgenossen und der ganzen Gesellschaft, Berufspflicht, weil die staatliche Gesellschaft der verschiedenen Berufe bedarf für ihre Wohlfahrt, d. i. für die Erfüllung des Bürger und Staatsgewalt verpflichtenden Zwecks der staatlichen Gesellschaft, dann erscheint die Arbeit der zu sozialen Organen formierten Berufe als soziale Funktion im Dienste der Wohlfahrt des gesamten Volkes, als Quasi-Amt innerhalb der volkswirtschaftlichen Arbeitsgemeinschaft. Und bleiben die einzelnen Berufsgenossen als Staatsbürger auf das Gemeinwohl verpflichtet, so gilt ein Gleiches von ihrer Vereinigung im Berufsverbände. Die Berufsgenossenschaft mag also die Interessen des Berufs noch so entschieden vertreten. Niemals darf sie vergessen, daß sie nur ein Teil im Ganzen, ein Organ der Gesellschaft ist, daß die berufsgenossenschaftliche Solidarität sich vor der Solidarität der höheren Gemeinschaft, d. i. vor der staatsbürgerlichen Solidarität, beugen, daß das Berufsinteresse wie das Einzelinteresse dem Gesamtinteresse der staatlichen Gesellschaft und der ganzen Volkswirtschaft sich unter- und einordnen muß.

Die Solidarität der Berufsgenossen erstreckt sich insbesondere auch auf das Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Der Arbeitnehmer ist als Mensch, wie wir sahen, zur Teilnahme an der Beherrschung der äußeren Welt berufen. Er gehört im Wirtschaftsleben der subjektiven Ordnung an. Er ist nicht Unternehmer, aber Produzent und Gehilfe des Unternehmers, für die ausführende Arbeit dessen Leitung unterstellt, aber niemals bloßes Produktionsmittel. Er darf auch nicht als bloßes Mittel für den Erwerbszweck des Unternehmers betrachtet und benutzt werden. Kann er als Mensch im Hin-

¹ Speziell in der Zeit des Territorialfürstentums, des Merkantilismus.

blick auf Arbeitsbedingungen und Betriebsverhältnisse den Schutz seiner Persönlichkeit und unzweifelhafter Rechte in jeder Richtung beanspruchen. so bleibt er als arbeitender Mensch auch mit Rücksicht auf die Vergeltung seiner Arbeit Selbstzweck. Seine Arbeit soll ihm eben ein menschenwürdiges Dasein ermöglichen, ihm und seiner Familie eine seinen Fähigkeiten und Leistungen entsprechende Wohlfahrt bringen und sichern. Es wäre daher einseitige Überhebung privatwirtschaftlicher Betrachtung über die volkswirtschaftlich richtige Einschätzung, wenn man im Lohne lediglich ein Kostenelement der Produktion erblicken und dabei vergessen würde, daß der Lohn für eine wichtige Volksgruppe deren Einkommen bedeutet, die Grundlage ihrer Existenz ausmacht.

Als an dem Gedeihen des Betriebes mitinteressierte und durch die soziale Funktion der Produktionsart mitverpflichtete Gehilfen sind Angestellte und Arbeiter Berufsgenossen des Unternehmers. Die Durchführung dieser Auffassung bedeutet in der Tat eine überaus wichtige Etappe auf dem Wege zu richtiger „Sozialisierung“, um die Ermöglichung und Grundlegung zur Fortbildung des Verhältnisses zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu einer solidarischen Arbeits- und Interessengemeinschaft, um Überwindung des trennenden Klassen Gegensatzes durch den einigenden Berufsgedanken, die Berufsgemeinschaft leitender und ausführender Arbeit. Gewiß, es hat nicht wenige Unternehmer gegeben, die nicht mehr auf dem gehässigen „Herrenstandpunkte“ verharrten und die auch wußten, daß die patriarchalische Grundlage des Arbeitsverhältnisses fürs allgemeine sich überlebt hat. Unternehmer, die ein feines Verständnis hatten für die Empfindungen, welche die Abhängigkeit, die Last und Monotonie der Arbeit in der Seele des Arbeiters auslösten, die bei ihren Arbeitern das Gefühl des Fremdseins, der Benachteiligung, der Unterdrückung nicht aufkommen ließen. Als ein ideales Vorbild dieser Art von Unternehmern hat sich unserem Gedächtnis unauslöschlich z. B. der Gladbacher Fabrikant Franz Brandts eingeprägt. Neben solchen Unternehmern gab es aber auch nur zu viele, die sich bisher zu einer richtigen psychologischen Beurteilung und ethischen Bewertung des Arbeiterstandes nicht emporheben konnten. Und doch kommt so viel darauf an, daß die Arbeiter ihrem Berufe und ihrer Berufstätigkeit auch seelisch nähertreten können, daß sie sich nicht als Ware taxiert dem toten Kapital gegenübergestellt sehen, daß sie den Betrieb gewissermaßen als ihren Betrieb erkennen, für denselben Interesse haben, weil ihre eigene Würde und ihr Interesse in demselben Anerkennung und praktische Geltung finden.

Die Unternehmer, Angestellten und Arbeiter des gleichen Berufes haben sich in verschiedenen Verbänden organisiert. Diese Organisationen sollten aber nicht bloß Sonderinteressen der speziellen Berufsteile gegenüber den Interessen der andern Berufsteile verfolgen, sondern auch die gemeinsamen Interessen und Pflichten des ganzen Berufs im Auge behalten. Solche gesunde

Arbeitsgemeinschaft zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern und deren Verbänden finden wir z. B. in den Bestimmungen des zwischen den resp. Verbänden geschlossenen Vertrags vom 15. November 1918. Da heißt es: Die Arbeitsbedingungen für alle Arbeiter und Arbeiterinnen sind entsprechend den Verhältnissen des betreffenden Gewerbes durch Kollektivvereinbarungen mit den Berufsvereinigungen der Arbeitnehmer festzusetzen. Für jeden Betrieb mit einer Arbeiterschaft von mindestens 50 Beschäftigten ist ein Arbeitsausschuß einzusetzen, der die Arbeiter zu vertreten und in Gemeinschaft mit dem Betriebsunternehmer darüber zu wachen hat, daß die Verhältnisse des Betriebes nach Maßgabe der Kollektivvereinbarung geregelt werden. Die Festsetzung der Arbeitsbedingungen durch die großen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände kann ja bloß nach einem Normal- oder Durchschnittssatz geschehen. Die Durchführung der zentral getroffenen Vereinbarungen, insbesondere der Tarifverträge, wird aber zweckmäßig nur unter Berücksichtigung der Eigenart des einzelnen Betriebes geschehen können. Die verschiedenen Betriebe auch der gleichen Branche, desselben Produktionszweiges, sind eben Individualitäten mit Besonderheiten in bezug auf Lage, Organisation, Maschinen, zum Teil auch hinsichtlich der Anforderungen an Veranlagung und Bildung der Arbeiter¹.

An Stelle der Arbeiter- und Angestelltenausschüsse, welche für solche Anpassung an den Einzelbetrieb zu sorgen hatten, sollen nun „Betriebsräte“² treten mit erweiterten Funktionen und Rechten.

Wir unsererseits verkennen nicht, daß ein richtig bemessenes und begrenztes Mitbestimmungsrecht der Angestellten und Arbeiter (besondere Sektionen für beide Gruppen in den Betriebsräten) wohl geeignet wäre, bei den Arbeitnehmern größeres Interesse an den Angelegenheiten und Erfolgen des Betriebes, eine Stärkung des Verantwortlichkeitsbewußtseins, Erhöhung der Arbeitsfreudigkeit hervorzurufen. Aber auch für ein solches begrenztes Mitbestimmungsrecht, das Führung und Fortführung des Betriebes nicht behinderte, würde doch eine doppelte Voraussetzung gemacht werden müssen: 1. Vor allem muß die Arbeiterschaft sich wieder von dem Geiste befreien, mit welchem die sozialdemokratische Agitation und die revolutionäre Atmosphäre sie erfüllt haben. Es gibt auch einen „Herrenstandpunkt der Arbeiter“. Wenn diese sich nicht als verantwortliche Mitarbeiter, sondern nur als Kontrolleure, als Aufseher der Geschäftsleitung betrachten, dann wird der Betriebsrat nie und nimmer „den Arbeitgeber bei der Betriebsleitung unterstützen und für einen möglichst hohen Stand der Arbeitsleistungen sorgen“³. Das Gegenteil wird der Fall sein, wo das Band einigender Solidarität zwischen Arbeiter und Unternehmer zerrissen ist, wo die Erkenntnis mangelt, daß die Sorge für gute Arbeitsleistungen sittliche Pflicht, Berufspflicht auch für den Arbeiter ist. 2. Da jeder Einzelbetrieb der höheren Einheit des ganzen Gewerbebezuges angehört, so müssen die Betriebsräte im Bereich des Einflusses der Gewerkschaften bleiben. Sie dürfen sich nicht loslösen von der gewerkschaftlichen Organisation für das ganze Gewerbe. Die Gewerkschaften sind von den Arbeitern selbst gebildet und unter großen Opfern stark

¹ Vgl. Gemeinwirtschaft. Grundzüge christl. Sozialauffassung (1919) 12 f.

² Vgl. C. Noppel, Die deutschen Sozialisierungsgesetze, in „Stimmen der Zeit“ XCVII (1919) 328 ff.

³ Gesetzentwurf über Betriebsräte § 15, Ziffer 10.

geworden. Sie sind die gegebene Instanz für eine zentrale Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen. Sie verfügen auf ihrem Gebiete über Erfahrung und Sachkenntnis; sie kennen insbesondere auch die Grenzen durchführbarer Forderungen. Ist es Sache der Betriebsräte, die zentral getroffenen Vereinbarungen auf den einzelnen Betrieb anzupassen, so bleiben sie zugleich bei der Durchführung der Tarifverträge an die Entscheidungen der Tarifinstanzen gebunden. Lösen sich dagegen die Betriebsräte von den Gewerkschaften los, gehen sie in allem eigenmächtig vor, dann verlieren sie den starken Rückhalt, den die Gewerkschaften ihnen gewähren; sie würden darum auch nur zu leicht jede praktische Bedeutung für die Arbeiter verlieren.

Es entspricht ferner gewiß der richtig bemessenen Stellung der Betriebsräte, wenn von ihnen die Förderung eines guten Einvernehmens zwischen allen im Betriebe tätigen Personen erwartet wird. Leidenschaftliche Streiklust verträgt sich nicht mit solcher Auffassung. Wo die Arbeit als Berufspflicht, als soziale Funktion anerkannt wird, da allein ist die zuverlässige Unterlage für ein wirksames Einigungs- und Schiedswesen gegeben, da wird der Streik zur seltenen Erscheinung, in gemeinnötigen Betrieben ganz ausgeschlossen bleiben.

Das friedliche Verhältnis zwischen Arbeitern und Arbeitgebern, wie es den Interessen beider Teile entspricht, kann nur gewinnen durch vollkommenere korporative Zusammenfassung der beruflichen Organisationen, durch weitere Ausbildung von Arbeitsgemeinschaften, durch den Auf- und Ausbau der sozialen Organe von den untersten Instanzen der Einzelbetriebe über die regionalen Instanzen bis hinauf zur zentralen Spitze des Reichswirtschaftsrates. Dieser hat dann Vorarbeit zu leisten für die Gesetzgebung durch die politischen Parlamente. Ein Gutachten des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften sagt darüber: „In dem Zentralpunkt müssen alle Erfahrungen, Anregungen und Gutachten aus den verschiedenen berufsgenossenschaftlichen Organisationen zusammenlaufen und sich verdichten zu praktischen Vorschlägen für die gewerbliche, wirtschaftspolitische und soziale Gesetzgebung als richtunggebende Unterlage für die politisch-parlamentarischen Körperschaften.“ Dieser Aufbau der sozialen Organe beschränkt sich natürlich nicht auf Arbeiter und Arbeitgeber der Industrie, sondern umfaßt in seiner Vollendung alle Stände, den ganzen Gesellschaftskörper.

Auf Einzelheiten können wir an dieser Stelle nicht eingehen¹. Wir behalten uns vor, in anderem Zusammenhange auf die besprochenen Fragen zurückzukommen.

¹ Über eine Dreigliederung des sozialen Organismus vgl. Rudolf Steiner, Die Kernpunkte der sozialen Frage in den Lebensnotwendigkeiten der Gegenwart und Zukunft (1919). Freiheit im geistigen Leben, Gleichheit im Rechtsleben, Brüderlichkeit im Wirtschaftsleben, das ist Steiners Lösung. Das Wirtschaftsleben soll auf assoziativer Grundlage verwaltet werden. Manche Gedanken Steiners berühren sich mit den unsrigen. Eine wirkliche Dreiteilung im Sinne Steiners wird sich indes — von theoretischen Bedenken abgesehen — praktisch schwerlich durchführen lassen.

41. Individualismus, individualistischer Kapitalismus, kollektivistischer Sozialismus als Gegensätze zum sozialen Arbeitssystem. I. Der Individualismus geht vom Einzelmenschen aus. Er erwartet vom Individuum und darum auch von der freien Betätigung des Individuums alles Heil für den Menschen und die Menschheit: auf religiösem und philosophischem Gebiete von der freien Forschung, auf politischem Gebiete von individuellen Summengrößen, auf wirtschaftlichem Gebiete vom freien Walten der Selbstliebe, des individuellen Selbstinteresses.

Wenn wir hier vom Individualismus als einem volkswirtschaftlichen System reden, so denken wir an die individualistische Lehre Adam Smiths, an Herbert Spencers und anderer Philosophen Theorie des Kampfes ums Dasein mit der Forderung vollfreier Geltendmachung größerer individueller Kraft und Geschicklichkeit, wenn auch die Schwachen dabei zugrunde gehen; ferner an das Manchestertum, an die radikal individualistischen Lehren der deutschen Freihandelschule usw. Dieser Individualismus hat zwar viele Gegner gefunden. Vollständig überwunden wurde er aber weder in der Theorie noch in der Praxis. Es ist das System, unter dessen Herrschaft das, was man heute „kapitalistischen Geist“ zu nennen pflegt, sich frei entfalten konnte, jenes materialistische Gewinnstreben, das keine Rücksicht, kein Erbarmen kannte und kennt. Gewiß ist Gewinnstreben ein berechtigtes Motiv des wirtschaftlichen Handelns¹. Für den materialistischen Individualismus war es jedoch die höchste Norm. Die objektiven sittlichen Rechtsnormen wurden in der wirtschaftlichen Praxis nicht beachtet, und die Theorie glaubte von ihnen „abstrahieren“ zu müssen, um vor „ethischen“ Erörterungen bewahrt zu bleiben.

I. Im individualistischen System fehlt der Volkswirtschaft 1. die Einheit. Die wirtschaftlichen „Gesetze“ sind da bloße Relationsgesetze des Tauschverkehrs. Es fehlt ein wahres Organisationsprinzip, welches die Wirtschaftseinheiten zur höheren Einheit der Volkswirtschaft verbindet. Die Volkswirtschaft war nur die Summe von Privat-

¹ Wo die Unterscheidung zwischen Motiv und Norm fehlt, da kommt man anderseits leicht zu einem Rigorismus, welcher eine richtige Beurteilung der sittlichen Berechtigung der Selbstliebe, des Selbstinteresses als Motivs unserer Handlungen erschwert, ja geradezu unmöglich macht. „In der Tat“, sagt E. Pfeiderer (Eine Kardinalfrage der Ethik, in Jahrb. für protestant. Theologie VI 206), „ist ‚eudämonistisch‘ das allerheftigste Verdikt, in welchem die Kritik ethischer Systeme und einzelner Lehren ihre Mißbilligung auszudrücken und eine definitive Verurteilung derselben zu proklamieren pflegt.“ Nach E. v. Hartmann (Phänomenologie des sittlichen Bewußtseins 51) „beginnt die Sittlichkeit da, wo das Streben nach individueller Glückseligkeit in allen seinen Formen gebrochen ist“. Diese wirre Anschauung führt sich auf Kant zurück. Er sagt: „Das gerade Widerspiel des Prinzips der Sittlichkeit ist: wenn das der eigenen Glückseligkeit zum Bestimmungsgrunde des Willens gemacht wird“ (vgl. J. B. Becker, Die moralische Beurteilung des Handelns aus Lust, in Zeitschrift für kathol. Theologie 26. Jahrg. [1902] 462 ff.).

wirtschaften, von denen jede einzelne den privaten Ertrag ohne Grenzen als ihren Zweck verfolgte. Den Inbegriff der wirtschaftlichen Beziehungen der im freien Tauschverkehr in wechselseitige Berührung tretenden Wirtschaften nannte man „Gesellschaft“. Diese „Gesellschaft“ stand ziemlich unabhängig neben dem Staate. Der Staat war ja auch an seine territorialen Grenzen gebunden, während jene „Gesellschaft“ im freien Weltverkehr über die staatlichen Grenzen hinaus sich erstreckte und betätigte. Man sprach noch zuweilen von dem „Organismus“ der Volkswirtschaft — ein schönes Wort, das auf die individualistische Wirtschaft aber gar nicht paßte. Es fehlte eben 2. die Gliederung, die zu jedem Organismus gehört. Man ließ Genossenschaften zu. Es bildeten sich auch allmählich Kartelle — „Kinder der Not“, wie der erste Kartellschriftsteller, Kleinwächter, sie benannte. Es waren das aber Gesellschaftsformen, die der Volkswirtschaft keine Gliederung verliehen, ökonomische, geschäftliche Organisationen lediglich im Dienste privater Unternehmungen. Berufsgenossenschaftliche Organisationen blieben ausgeschlossen. 3. Es fehlte eine einheitliche Aufgabe der Volkswirtschaft, weil ja dieser selbst die innere Einheit fehlte. 4. Es fehlte darum ein regelndes Prinzip für das Wirtschaftsleben; es fehlten 5. regelnde Faktoren; es fehlte darum 6. der Schutz der Konsumenten in bezug auf Güte und Preis der Waren. Man erwartete alles Heil vom „freien Spiel der Kräfte“, von dem unbegrenzten, entfesselten Erwerbstriebe. Wie Hohn klingt es, wenn man die „freie Konkurrenz“ als „regelnden“ Faktor pries, die „freie Konkurrenz“, die in ihren drei Elementen: Eigeninteresse, Freiheit, Wettbewerb, selbst der Regelung bedarf, und der gegenüber auch die Freiwirtschaft sich selbst verneinend in Kartellen eine schützende Regelung schließlich suchen mußte.

Der Individualismus ist Mechanismus. Es fehlt der innere Zusammenhang, die innere organische Einheit¹, das Miteinander und die innere Hinordnung auf den gemeinsamen Zweck. Die Konkurrenz ist da kein Wettstreit in der Erfüllung dem gemeinsamen Zweck dienstbarer Funktionen, sondern ein schonungsloses Gegeneinander der Individuen. Die Autorität bleibt etwas Äußerliches, ist kein inneres Prinzip der Gesellschaft. Sie hat nur die Aufgabe, den schlimmsten Unfug zu verhindern, wie der Polizist zu Berlin während der Neujahrsnacht.

II. Spricht jemand von „Kapitalismus“, so wird man allerdings stets zuerst fragen müssen, was er unter „Kapitalismus“ verstehe². Das Wort „Kapitalismus“ wird nämlich in sehr verschiedener Bedeutung gebraucht und ist vielfach zu einem Schlagworte herabgesunken.

Man bezeichnet z. B. als „Kapitalismus“ jene Wirtschaftsweise, in welcher das „Kapital“, die „produzierten Produktionsmittel“, eine besonders große Rolle

¹ Zum Begriff des Organismus vgl. Bd. I², Kap. 2, § 4, 139 ff. (138 ff.).

² Vgl. Richard Passow, „Kapitalismus“, eine begrifflich-terminologische Studie (1918).

spielen. Auf diesen „Kapitalismus“ im technischen Sinn will und kann auch der kollektivistische Sozialismus nicht verzichten. Der „Kapitalismus“, den der kollektivistische Sozialismus bekämpft, ist für ihn eine Wirtschaftsverfassung mit Privateigentum an den Produktionsmitteln, ist die privatwirtschaftliche Organisation der Volkswirtschaft schlechthin mit der Forderung privatwirtschaftlichen Ertrages.

Der „Kapitalismus“ aber, dem wir hier das soziale Arbeitssystem gegenüberstellen, ist nicht ein „Kapitalismus“ in dem bezeichneten doppelten Sinne: also nicht technischer Kapitalismus, nicht der Kapitalbesitz als solcher, das Erwerbsstreben als solches, die privatwirtschaftliche Organisation als solche. Vielmehr die aus der individualistischen, freiwirtschaftlichen Entartung der privatwirtschaftlichen Organisation hervorgegangene ungebundene Herrschaftsstellung des Kapitalbesitzes, sein ungezügelter Erwerbsstreben. Unsere Ablehnung dieses „Kapitalismus“ trifft also letztlich die individualistische, freiwirtschaftliche Wirtschaftsverfassung selbst, die zu schweren Schädigungen der Volkswirtschaft geführt und ihren extremen Gegensatz im kommunistischen Sozialismus hervorgerufen hat. Die unregelmäßige Freiheit des individualistischen Systems ermöglichte eben volle Ausnutzung der im Kapitalbesitz liegenden Macht und der mit dem größeren Kapitalbesitz verbundenen Übermacht, darum Niederwerfung des Mittelstandes, Vernichtung minder kräftiger Konkurrenten, Konzentration des Kapitalbesitzes, des Reichtums in der Hand einzelner, die Ausbeutung der Konsumenten und der besitzlosen Arbeiter. Mammonistische, wucherische Erwerbsgier, die keine Rücksicht kennt, tritt dabei an Stelle eines maßvollen Erwerbsstrebens. Die Bedarfsdeckung des Volkes ist weniger Aufgabe der Volkswirtschaft, als Mittel der Bereicherung der Privatwirtschaft. Der subjektive Zweck des privaten Erwerbens steht über der objektiven Aufgabe der Volkswirtschaft. Die Privatwirtschaft dominiert die Volkswirtschaft¹.

„Das Großkapital“, sagt Adolf Wagner², „wird ökonomisch, sozial, politisch immer mächtiger und bewährt seine Anziehungs- und Verschmelzungskraft. Die

¹ Das „Wehe“, welches Christus den Reichen zurief, wendet sich nicht gegen rechtmäßig verdienten Reichtum, sondern gegen den habgierigen und hartherzigen Reichtum, gegen den Mammonismus. Und dieser Reichtum oder wenigstens diese unersättliche Habgier findet sich übrigens nicht nur beim Großkapitalisten und Großagrarier, sondern wie die letzten Zeiten bewiesen, ebenso stark in Arbeiterkreisen. Auch ein armseliges Kuhbäuerlein kann davon angesteckt sein. Die scharfe Ablehnung eines solchen Reichtums und Reichtumsstrebens durch Christus findet seine Ergänzung durch die sonst von Christus ausgesprochene Wertschätzung der strebsamen Arbeit und durch die Forderung, das anvertraute Gut treu zu verwalten und zu vermehren. — Der Moralist wird, wenn von „Kapitalismus“ die Rede ist, insbesondere den „kapitalistischen Geist“, den „Mammonismus“ ins Auge fassen, der Nationalökonom vor allem die Mängel der Wirtschaftsverfassung.

² Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft (1887) 122.

bisherigen Klein-, Mittel- und selbst Großbetriebe und Güter werden in ihrer Widerstandsfähigkeit gegen die aufsaugende Tendenz des privaten Großkapitals untergraben. Ein Enteignungs- und Enterbungsprozeß greift Platz. Latifundien. Pächterwesen, Proletariat sind über kurz oder lang die immer allgemeinere Folge. Neue Abhängigkeitsverhältnisse großer Volksschichten vom Privatkapital entstehen. Wilde Spekulationen ergreifen immer mehr wirtschaftliche Gebiete. Die notwendigen Rückschläge davon, Krisen und flaue Perioden, verbreiten unendliches Elend über Schuldige und Unschuldige. Zum Spielobjekt wird alles. Mobil und Immobil, zu Spielern alle, jeder sucht die ‚Konjunkturen‘ auszubeuten und zu seinem Vorteil zu wenden, sie selbst künstlich zu schaffen. . . . Alle die Dinge, die den Triumph des menschlichen Geistes im 19. Jahrhundert bilden, werden alsbald eigensüchtig von der Spekulation ausgenutzt, dienen selber wieder nur dazu, die Produktion regelloser, das Erwerbsleben ruheloser zu machen, den einen unermessliche Reichtümer, oft nicht zu ihrem Segen, nicht einmal immer zu ihrem Genuß, zuzuführen, die viel zahlreicheren andern nur noch abhängiger, unselbständiger, in Erwerb und Lebensstellung unsicherer, zugleich aber unzufriedener, neidischer, trotziger zu machen.“

Alle Dinge haben Preis, der Mensch hat Würde!¹ Der erste Band² lehrte uns den Menschen kennen, wie wir auch oben wiederholten, als Mittelpunkt und Beherrscher der materiellen Welt, durch seine sinnlich vernünftige Natur befähigt, in fortschreitender Entwicklung arbeitend diese Herrschaft zu erweitern, zu vervollkommen, zu befestigen. Er gehört der ökonomischen Ordnung an als Herr, nicht der Ordnung der ökonomischen Güter. Niemals ist er Objekt oder Werkzeug, immer und überall Subjekt und Ziel der Wirtschaft.

Im Zentrum des individualistischen, freiwirtschaftlichen Systems dagegen steht das Kapital. Es ist notwendig, um die Produktivität der Arbeit intensiv zu steigern durch fortschreitende Teilung der Arbeit, mit Anwendung immer neuer und besserer Maschinen; notwendig, um die Arbeit extensiv zu erweitern durch Vermehrung der Zahl der Arbeiter. Von dem Wachstum des Kapitals bzw. des Kapitalbesitzes hängt in letzter Linie die Größe des nationalen Reichtums ab. Darum erscheint denn auch die Kapitalbildung schon bei Smith, mehr noch in der Ricardoschen Schule als unmittelbares Ziel des volkswirtschaftlichen Prozesses. Großes hat in der Tat die kapitalistische Zeit geleistet in technischer und organisatorischer Hinsicht, in der Organisation der Massenwirtschaft, wo mit Massenkraften Massenbedürfnisse befriedigt werden, Großes in der Ausbildung eines komplizierten Wertabrechnungs- und Wertübertragungssystems, Großes in der Gestaltung des Verkehrswesens³. Das Wesen jenes „Kapitalismus“ aber, wie er sich innerhalb der individualistischen Volkswirtschaft und unter dem Schutze einer individualistischen Vermögensordnung ausgebildet, ist keineswegs mit der Funktion des Kapitals im Wirtschaftsprozesse erschöpft. Im Kapital steckt ökonomische Macht, Vermögensmacht⁴, Macht über Güter, Macht über Menschen. Das individualistische Kapitalsystem setzte die unregelte

¹ Und zwar eine weit höhere, als die Kantsche Autonomie ihm zugesteht.

² Bd. I³: Grundlegung 2 ff. (2 ff.).

³ G. Briefs, Antikapitalismus schlechthin? in Kölnische Volkszeitung Nr. 590, 30. Juli 1919.

⁴ So auch Béla Földes in seiner Sozialökonomie (Társadalmi gazdaságtan) I⁴ (1905).

Herrschaft des Kapitals über den Menschen an die Stelle der Herrschaft des Menschen über die Welt¹. Dabei ging die Würde des arbeitenden Menschen in Scherben.

Man gewöhnte sich daran, „Kapital“ und „Arbeit“ rein sachlich zu behandeln und einander als Faktoren der Produktion gegenüberzustellen. Das Kapital ist ja von Natur unpersönlich, die Arbeit aber eine persönliche Betätigung. Allein diese Schwierigkeit wurde überwunden, indem man die Arbeit oder Arbeitskraft zur „Ware“ degradierte². Die von Natur persönliche, menschliche Arbeit diente nun wie eine Sache dem unpersönlichen und in seiner Verwertung des arbeitenden Menschen nur zu oft unmenschlichen „Kapital“, das keine andere Bestimmung in sich zu tragen schien als die des Erwerbes, keine andere Norm als die des eigenen Vorteils, kein anderes Prinzip als den Naturinstinkt der Selbstliebe und des Eigennutzes seines Besitzers, das nicht bloß kraft des Sachverständes Führer und Leiter, sondern Herr und Beherrscher des Arbeiters sein wollte. „Ich nenne Gurth, den Leibeigenen Cedrics, der den Eisenring um den Hals trug, kein Bild menschlicher Glückseligkeit; aber er erscheint mir glücklich im Vergleich mit vielen Menschen der Gegenwart, obgleich diese nicht als Sklaven eines andern geboren wurden.“ Wer wurde nicht an jenes Wort Carlyles erinnert, wenn er Einblick gewann in die Verhältnisse so mancher Arbeitsstätte, die unter dem Banner des egozentrischen Kapitalismus stand? „Ich erkenne“, sagt Tugan-Baranowsky³, „im kapitalistischen Wirtschaftssystem das Vorhandensein eines unlösbaren inneren Widerspruchs, an dem es mit eherner Notwendigkeit zugrunde gehen muß. Dieser Widerspruch besteht darin, daß die kapitalistische Wirtschaft aus dem arbeitenden Menschen ein bloß wirtschaftliches Mittel macht und zugleich zur Verbreitung der Rechtsanschauung führt, welche in aller menschlichen Persönlichkeit den höchsten Zweck an sich erblickt. Das ist also der Widerspruch des fundamentalen ökonomischen Prinzips mit der fundamentalen ethischen Norm, welche lautet: „Der Mensch und überhaupt jedes vernünftige Wesen existiert als Zweck an sich selbst, nicht bloß als Mittel zum beliebigen Gebrauch für diesen oder jenen Willen, sondern muß in allen seinen sowohl auf sich selbst als auf andere vernünftige Wesen gerichteten Handlungen jederzeit zugleich als Zweck betrachtet werden.“⁴ So ist auch nach Wagner die „soziale Frage nichts anderes als der zum Bewußtsein gekommene Widerspruch der volkswirtschaftlichen Entwicklung mit dem als Ideal vorschwebenden und im politischen Leben sich verwirklichenden gesellschaftlichen Entwicklungsprinzip der Freiheit und Gleichheit“⁵.

¹ „Das Kapital, der Geldbesitz, beherrscht die Produktion.... Die höchstmögliche Rente für die Besitzenden entscheidet über Ort und Art der Arbeit samt allen Folgen, über Arbeiten und Hungern der Besitzlosen.“ Man vgl. z. B. Robert Wilbrandt, Die Weber in der Gegenwart (1906) 203; Lode u. Schwiedland, Das böhmische Schleiferland (1907) usw.

² A. M. Weiß, Soziale Frage und soziale Ordnung⁴ (1904) 349 f. 385 ff. Hitze, Artikel „Arbeiterfrage“ im Staatslexikon.

³ Theoretische Grundlagen des Marxismus (1905) 237.

⁴ Kant, Grundlegung der Metaphysik der Sitten. Herausgegeben von Kirchmann (1897) 52.

⁵ So auch Bebel, Die Frau und der Sozialismus¹⁰ (1891) 240: „In ihrer Reichtumsgestaltung ist die Gesellschaft viel aristokratischer geworden als in jeder früheren

Das kapitalistische System der Freiwirtschaft vermochte durch äußerste Kraftentfaltung die Produktion in hohem Grade zu entwickeln und zu steigern: aber es war nicht geeignet, die produzierten Güter in einer Weise in der gesamten staatlichen Gesellschaft zu verteilen, welche zur wahren materiellen Wohlfahrt des Volkes führt. Es nahm dem Menschen nicht nur die Würde, sondern nur zu oft auch den Preis seiner Mühen. Schrankenlose Konkurrenz endete mit Monopolisierungen. Die Spekulation versorgte den Markt, bestimmte die Preisbildung. Der Geldgewinn war im Übermaß an Stelle des Arbeitsgewinnes getreten. Auch wer die marxistische Formulierung der Wert- und Mehrwerttheorie ablehnt, wird nicht verkennen, wie verhängnisvoll für das Ganze kapitalistische und spekulative Aneignung von Mehrwerten ist, die in gar keinem Verhältnis zu dem der Gesellschaft geleisteten Dienste stehen. Ein ganzes Volk kann aber auf die Dauer nicht im Dienste weniger Kapitalmagnaten und Spekulanten sich abmühen².

Es wird nunmehr keinem Mißverständnisse begegnen können, wenn wir den individualistischen Kapitalismus in seinem Gegensatz zum solidaristischen Arbeitssystem bezeichnen, als: eine aus individualistischer Freiheit des privaten Erwerbsstrebens hervorgegangene und von den verkehrten Grundsätzen und Praxen der liberalen Wirtschaftsepoche beherrschte, in erster Linie nicht der Gesamtwohlfahrt des Volkes, sondern dem Kapitalbesitze und seinen Geldinteressen dienstbare Wirtschaftsverfassung. Oder kürzer: Kapitalismus ist die freie Beherrschung der Arbeit und der ganzen Volkswirtschaft durch die Übermacht des Kapitals und das unbegrenzte Geldinteresse des privaten Kapitalbesitzes³. Noch kürzer: Kapitalismus ist die Beherrschung der Volkswirtschaft durch das Geldinteresse des Kapitalbesitzes.

Der „Kapitalismus“ in diesem Sinne hat die Herrschaft des Kapitalbesitzes aber auch über die Grenzen der Volkswirtschaft hinaus auf das politische und

Periode, . . . dagegen ist die Gesellschaft in ihren Ideen und Gesetzen weit demokratischer geworden.“

¹ Costa-Rossetti, Allgemeine Grundlagen der Nationalökonomie 128.

² Das ist nicht gleichbedeutend mit Proklamierung des „Rechts auf den vollen Arbeitsertrag“ im Sinne sozialistischer Schriftsteller. Vgl. Bd. I²: Kap. 4, § 4, 317 f. (295 f.).

³ Diese Begriffsbestimmung entspricht dem, was die Enzyklika Rerum novarum unter „Kapitalismus“ versteht. Vgl. Herders Textausgabe der Enzyklika I 4 6 64. „Die Nationalökonomie hatte sich“, so bemerkt August Oncken (Geschichte der Nationalökonomie I [1902] 23 f.), „als die Interessenlehre des dritten oder Bürgerstandes herausgebildet. ‚Doch‘ die Zeiten, wo das Bürgertum noch um seine Anerkennung und Ebenbürtigkeit rang, sind vorbei. Heutzutage muß die Aufgabe der Wissenschaft eher darin bestehen, die naturgemäßen Schranken dieses Interesses (des bürgerlichen nach Reichtum und Gewinn) wieder hervorzukehren. Reichtum und Gewinn sind ein notwendiger Faktor im Gesellschaftsleben der Völker, aber sie sind nicht alles. Wehe der Nation, die das glaubt und danach handelt.“

das geistige Gebiet auszudehnen verstanden. Er beherrschte die Presse, die Wissenschaft, die Kunst, die Schule, das gesamte Staatsleben. Er bemühte sich, das Gift der materialistischen Weltanschauung als „Bildung“ im ganzen Volke, und gerade in der Arbeiterschaft, zu verbreiten. Er hat die Individual- wie die Sozialmoral untergraben, die Familie zerklüftet, das soziale Zusammenleben verpestet, Volk und Völker in feindliche Heerlager zerteilt. „Der Riß zwischen dem besitzenden aristokratischen Teil der bürgerlichen Welt, der ‚Bourgeoisie‘, und dem nicht besitzenden, um Lohn arbeitenden Teil derselben, dem Proletariat, ist nicht mehr bloß in der äußeren tatsächlichen Erscheinung von Reichtum und Armut, sondern tief innerlich in den Herzen vorhanden.“¹

Nachdem der Individualismus alle Kulturgebiete, vom religiösen angefangen, durchlaufen, macht er auf dem untersten Gebiete materieller, wirtschaftlicher Kultur in einer den Massen fühlbaren Weise Bankrott. Das von dem Mißbrauch der Kapitalmacht gequälte Volk glaubt in seiner Verzweiflung Rettung zu finden bei dem andern, dem Individualismus entgegengesetzten Extrem, des kommunistischen Sozialismus.

III. Aber auch der kollektivistische Sozialismus bietet für die Wohlfahrt des arbeitenden Volkes keine Gewähr. Ohne es zu wissen oder anzuerkennen, operiert dieser Sozialismus zum Teil mit Ideen, die auf dem Boden einer ihm fremden Weltanschauung und Wissenschaft entstanden sind². Er betont mit uns die auf die menschliche Gemeinschaft gerichtete Bestimmung des Besitzes und der Arbeit. Er bekämpft das kapitalistische Prinzip des unbegrenzt wachsenden Erwerbes für den einzelnen, weist darauf hin, daß die Bedarfsdeckung der Gesamtheit das Ziel des volkswirtschaftlichen Lebensprozesses sei, spricht von Brüderlichkeit und Solidarität. Aber er wird zur Farce durch seine naive Einseitigkeit und seine maßlosen Übertreibungen, für welche die materialistische Weltanschauung ihm die rechte Musik beschafft. Man spricht von einer „Sozialdemokratie“, die aber weder „Demokratie“ noch „sozial“ ist. Ochlokratie, Haufenherrschaft, tritt an Stelle der Demokratie, der Volksherrschaft. Und kann man „sozial“ nennen, was die Gemeinschaft zerreißt? Die Herrschaft des Proletariats soll die Herrschaft des Kapitalbesitzes ablösen. Klassenegoismus und Klassenherrschaft — nur mit vertauschten Rollen! Und das nennt sich „sozial“! Statt das Privateigentum auf seine wahre Bestimmung zurückzuführen, mit den von dem Gemeinwohl geforderten Schranken zu umhegen, statt den vom egoistischen Kapitalismus vergessenen sozialen Charakter der Arbeit zur rechten Geltung zu bringen, läßt der kollektivistische Sozia-

Schäffle, Kapitalismus und Sozialismus (1870) 2.

¹ So sieht z. B. auch Saint-Simon die unentbehrliche metaphysisch-religiöse Grundlage jedes Sozialsystems in dem Gemeinschaftsgedanken, ohne diesen Gedanken jedoch seinem Inhalte nach richtig zu erfassen. Mit dem verworrenen Egalitätsprinzip und allgemeiner Brüderlichkeit u. dgl. wird man demselben in seiner wahren und umfassenden Bedeutung nicht gerecht. (Saint-Simon, Nouveau christianisme [1825]. L. v. Stein, Sozialismus und Kommunismus 174.)

lismus Besitz und Arbeit von der Gesellschaft konfiszieren; statt die von der Natur oder der geschichtlichen Entwicklung geforderten Gesellschaftsformen zu bilden, zu läutern, zu festigen, zu vervollkommen, zwingt und drängt er seine „Genossen“ schließlich in eine einzige, allumfassende Wirtschaftsgenossenschaft, die ihrer Einzigkeit wegen schon allein zum Leviathan sich auswächst, die nicht durch das Mittel der öffentlichen Wohlfahrt für alle wirkt, sondern unmittelbar die Bedarfsdeckung jedes einzelnen vollzieht, — eine große Versorgungsanstalt und darum eine Zwangsanstalt für ökonomisch unselbständige, unfreie Menschen. Wir behaupten nicht die absolute Unmöglichkeit einer sozialistischen Ordnung. Das aber steht uns fest: lange würde die kommunistische Gesellschaft kaum bestehen, nicht bloß weil sie der zentralen Verwaltung übermenschliche Aufgaben stellt, auch die wahre Freiheit opfert, sondern ganz besonders weil sie bei der Verteilung der Güter der qualitativen Verschiedenheit der Arbeit und darum der Arbeit und den Arbeitenden nicht gerecht werden kann. „Nicht, was der Mensch besitzt, macht sein Glück, noch macht, was ihm fehlt, sein Elend aus“, sagt Carlyle². „Blöße, Hunger, Not aller Art, selbst der Tod ist freudig erduldet worden, wenn das Herz in der richtigen Verfassung war. Es ist das Gefühl der Ungerechtigkeit, das allen Menschen unerträglich ist. Der roheste Neger erträgt es nicht, ungerecht behandelt zu werden. Kein Mensch erträgt es oder sollte es ertragen. Ein Gesetz, tiefer als irgendeines, ein Gesetz von Gotteshand unmittelbar in des Menschen innerstes Wesen geschrieben, ist ein ewiger Widerspruch dagegen.“ Und ungerecht muß die kommunistische Gesellschaft sein, um sich nicht alsbald wieder aufzulösen, um nicht in neuer Verschiedenheit des Besitzes und neuer Klassenbildung die kommunistische Gleichheit schwinden zu sehen. Wenn sie jedem das Gleiche zusichert, kann sie nicht jedem das Seine gewähren, kann der natürlichen Verschiedenheit der Begabung, der Geschicklichkeit, des Fleißes, der Moralität nicht hinreichend gerecht werden, sie muß um der erstrebten, widernatürlichen Gleichheit willen schließlich jede Geltung und Freiheit des Individuellen brutal unterdrücken. Es läßt sich aber die Menschheit, die nun einmal aus Individuen besteht, auf die Dauer nicht gefallen, daß im „Genossen“ der Mensch verschwinde und zugrunde gehe.

Jene, die den christlichen Glauben aus den Herzen der Arbeiter gerissen, sie zum materialistischen Irrwahn verführt haben, ernten heute schon die bittere Frucht einer von gewissenlosen Massen getragenen gottlosen Weltanschauung. Wir brauchen nur hinzuweisen auf die ungeheure Verschleuderung von Werten, auf die Vernichtung unseres Kredites im Auslande infolge der inneren Zerrüttung, wodurch die Hebung der Valuta, die Wiederaufnahme weltwirtschaftlicher Verkehrsbeziehungen verhindert wurde, auf die schwere Schädigung des inneren Marktes, der

¹ Lebende Worte und Werke I (1902) 54 f.

in der allgemeinen Unsicherheit sich nicht beleben konnte, auf die Lähmung der durch Sozialisierung usw. bedrohten Industrie, auf den Wahnsinn des Lohnrausches, verbunden mit Arbeitsscheu, die politischen Streiks; die „wilden“ Sozialisierungen. Ist nicht das erste Auftreten des Kollektivismus schon zu einem kläglichen Fiasko geworden? Und ist es nicht genau derselbe materialistische Geist, der den Kapitalismus und nun weithin die Arbeiterseele beherrscht, der Geist der Selbstsucht, Erwerbsgier und Genußsucht?

Die volkswirtschaftliche Impotenz des kommunistischen Sozialismus muß noch klarer zutage treten, wenn einmal der Sozialisierungsprozeß in seinem Sinne beginnt. Proletarische Diktatur und Sozialisierung gehören zusammen. So verlangt es die marxistische Lehre und das Erfurter Programm. Darum muß sozialisiert werden, und zwar alles und bald. Die konsequenten Marxisten fordern es. Langsames, allmähliches, teilweises Sozialisieren, das wäre ja nur eine Konzession an den Kapitalismus. Allein durch bloßes Dekretieren erhalten neue Wirtschaftsformen noch lange keine Lebensfähigkeit und Lebenskraft. Willkürliches Experimentieren am Wirtschaftskörper bezahlt sich mit schweren Verlusten, mit Elend und Not. Und doch sind die Freunde einer kommunistischen Sozialisierung auf solches Experimentieren angewiesen. Warum?

Es fehlt ihnen jedes Vorbild. Wir treffen im Laufe der Jahrhunderte zwar wiederholt Kämpfe der Besitzlosen gegen die Besitzenden. Aber diese Kämpfe endigten niemals mit der Vergesellschaftung der Produktionsmittel. Nicht einmal im klassischen Altertum mit seiner hochkapitalistischen Entwicklung!

Es fehlt der detaillierte Plan einer kommunistischen Sozialisierung. Marx hat nur ein nebelhaftes Bild von der sozialistischen Zukunftsgesellschaft entworfen. Die Bebel'sche abenteuerliche Utopie aber wurde von keinem der führenden Geister im Sozialismus ernst genommen. Und auch in der sonstigen sozialistischen Literatur fehlt jeder Versuch, einen Plan der inneren Einrichtung einer sozialistischen Gesellschaftsordnung zu entwerfen. Man hat offenbar gefürchtet, durch Darlegung eines solchen Planes sich zu blamieren, und darum lieber alles von der „Entwicklung“ erwartet.

So fehlen denn auch alle die Sozialisierung begrenzenden Grundsätze. Der Marx'sche historisch-evolutionistische Sozialismus, auf Hegel'scher Philosophie beruhend, kannte eben, wie wir im ersten Bande¹ dargelegt, keine Prinzipien, mit denen noch die rationalistische französische Philosophie des 18. Jahrhunderts die feudale Gesellschaft bekämpft hatte. Er operierte nicht mit Gerechtigkeitserwägungen wie ein „ethischer Sozialismus“, wollte nur die historische Tatsache der Widersprüche in der

¹ Bd. I²: Kap. 4, § 4, 323 f. (301 f.).

kapitalistischen Gesellschaft feststellen, bestimmte Entwicklungstendenzen nachweisen, zeigen, wie die überlieferten politischen, gesetzlichen, sozialen und idealen Formen nicht mehr dem über alles entscheidenden ökonomischen Inhalte der Gesellschaft entsprächen, wie die Entwicklung zu neuen Formen dränge. Für den älteren „kritisch-utopistischen Sozialismus“, den Marx verwarf, obwohl er die utopistisch-kommunistische Idee von ihm entnahm¹, war die Erkenntnis der zukünftigen Gesellschaftsordnung das Ergebnis eines Denkprozesses, für Marx aber das Resultat der Beobachtung des historischen Weltprozesses² und der vor unsern Augen sich vollziehenden Auflösung der kapitalistischen Gesellschaft. Die Utopisten konstruierten eine vollkommene und gerechte Gesellschaftsordnung aus dem Kopfe, Marx wollte die Elemente der zukünftigen Gesellschaftsordnung aus der Beobachtung des mit objektiver Notwendigkeit sich vollziehenden Zersetzungsprozesses der bürgerlichen Gesellschaft entnehmen, in welchem schon die Ansätze zu neuen Formen (Konzentration u. dgl.) sich angeblich zeigen. So versteht man auch, in welchem Sinne man heute von für die Sozialisierung „reifen“ Wirtschaftsformen spricht. Wer aber entscheidet, welche Formen dazu reif sind? Gibt es da nicht sehr verschiedene Auffassungen? Und merkt man denn nicht die offenbare, durch das Entwicklungsgerede mühsam verschleierte *petitio principii*, an welcher der ganze „Sozialismus“ krankt, indem er ohne jeden Beweis *a priori* oder *a posteriori* stillschweigend voraussetzt, was doch sehr in Frage ist, nämlich daß die Sozialisierung im kommunistischen Sinne schon an sich dem Volke zum Vorteil gereicht? Da besteht auch kein großer Unterschied zwischen dem naiven „Sozialismus“ der Massen und dem aufgeklärteren der Revisionisten. Für alle ist die sozialistische Zukunftsgesellschaft, mag man sie jetzt verwirklichen oder erst von aschgrauer Ferne ihre Verwirklichung erwarten, unzweifelhaft ein Eldorado, und wir sollen nun mit blindem Köhlerglauben ihren Verheißungen vertrauen. Da hatten doch unsere Vorfahren klarere Begriffe und weisere Sprüche, wenn sie sagten: Gesamt Gut, verdammt Gut — Der Gemeindegelbes hat viel zu tragen — Der Gemeindegelbes läßt immer den Schwanz hängen. Soll das etwa die zukünftige Rolle der „Genossen“ sein?

Der Kapitalismus hatte den Arbeiter zur „Ware“ degradiert. Und was wird der Kommunismus aus ihm machen? Marx hat freilich einen wunderbaren Trost bereit. Nachdem der Kapitalismus den Mittelstand niedergeworfen, und wenn das zwerghafte Eigentum vieler in das massenhafte Eigentum weniger verwandelt ist, dann — so prophezeit er — dann schlägt die Stunde des kapitalistischen Privateigentums. Die Expropriateurs werden expropriert. Die Trennung des Arbeiters vom Produktionsmittel

¹ Vgl. darüber Bernsteins Urteil, zitiert in Bd. I²: Kap. 4, § 4, 377 f. (338 f.).

² Tatsächlich beschränkte sich Marx auf die Beobachtung der englischen Industrie, speziell der Textilindustrie, und baute hierauf unzulässige Verallgemeinerungen auf, wie auch die tatsächliche Entwicklung sich keineswegs nach Marxschen Konzepten vollzog.

hat aufgehört. An Stelle des Privateigentums tritt jetzt das gesellschaftliche Eigentum¹. Und daran hat dann jeder Anteil, also in einem 70 Millionenvolke (Deutschland) mit genau einem 70 Millionstel Souveränität! Denn mehr entfällt auf den einzelnen an Rechten und Anteilen nicht. Was verlangst du mehr, wenn du über eine so große Summe, eine solche Macht verfügst; über ein 70 Millionstel des Gesellschaftseigentums — der Idee nach — ? In Wirklichkeit verfügt im proletarischen Staate nur die Majorität. Die andern haben nichts zu sagen. Dir bleibt bloß das erhebende Bewußtsein deiner erhabenen Souveränität und das empörende Gefühl tatsächlicher Auslieferung an den einzigen Herrn: die „Gesellschaft“, der gegenüber alles Zähneknirschen machtlos ist. Nirgends ist „die Trennung des Arbeiters vom Produktionsmittel“ radikaler, vollständiger, hoffnungsloser, brutaler als in einer Proletariengesellschaft nach den Konzepten des kollektivistischen Sozialismus.

Der kommunistische Rausch dürfte schnell ein schmerzliches Ende finden, sobald die unausbleibliche große Enttäuschung der Arbeiterwelt sich eingestellt haben wird, wenn die Arbeiter selbst erkannt und am eigenen Leibe verspürt haben, daß die ihnen gemachten Verheißungen, insbesondere ihre Hoffnungen auf hohen Lohn bei kürzester Arbeitszeit, auf die Dauer durch kommunistische Sozialisierung nicht erfüllt werden können. —

Indem wir den kommunistischen Sozialismus als unpraktisches Wahngebilde ablehnen, treten wir mit dem solidaristischen Arbeitssystem für eine neue wirklichkeitswahre Wirtschaftsverfassung ein. Wir wissen, daß die Rückkehr zum freien Verkehr im Sinne des wirtschaftlichen Liberalismus nicht mehr möglich ist. Wir verwerfen die frühere Anarchie der Produktion, eine vom kapitalistischen Interesse einseitig diktierte Verteilung, lehnen monopolistische Ausbeutung des Volkes ab. Der Kapitalismus hat seine Rolle ausgespielt, wenn man eben unter Kapitalismus die gekennzeichnete Beherrschung der Volkswirtschaft durch das einseitige Geldinteresse des Kapitalbesitzes versteht. Wir erblicken aber in den vielfachen Übelständen der kapitalistischen, freiwirtschaftlichen Epoche keine unabänderlichen „Entwicklungsgesetze“, sondern Mißbildungen, Krankheitserscheinungen, die sich aber letztlich auch auf eine falsche Ideenwelt zurückführen. Nicht auf dem Wege des Umsturzes alles Bestehenden, sondern durch eine an die gegebenen Verhältnisse anknüpfende Reform erstreben wir die neue, bessere Wirtschaftsverfassung. Dabei leiten uns Ideen, Grundsätze außer den Beobachtungen der Wirklichkeit.

Man hat darauf hinweisen zu müssen geglaubt, daß es schon bisher nicht wenige Kapitalbesitzer gegeben habe, die im Herzen und in der Tat bereits wirkliche Solidaristen gewesen seien. Wir sind weit entfernt, dies zu bestreiten. Sie

¹ Marx, Das Kapital⁴ (1890) 726 ff.

hatten sich eben losgesagt vom individualistischen Kapitalismus, standen im Gegensatz zur Überspannung des kapitalistischen Bogens. Sie beweisen nur, daß es auch in der freiwirtschaftlich-kapitalistischen Epoche für einzelne oder für viele, ja für ganze Gruppen möglich blieb, die Arbeit als Pflicht zu üben und lediglich einem berechtigten Selbstinteresse Raum zu geben. Für das individualistische System, wie es seit Adam Smith die Volkswirtschaft der meisten Völker beherrschte, folgt daraus aber nichts. Viel ist in der freiwirtschaftlichen Epoche gearbeitet und dadurch manches erreicht worden in der Wohlfahrt. Es war indes nicht die soziale Pflicht, die durchweg jenes unruhige, hastende Arbeiten bestimmte, sondern weit mehr ein überspanntes, keineswegs immer berechtigtes Selbstinteresse. Die Erfahrungen der Kriegs- und Nachkriegszeit in Deutschland bewiesen nur zu sehr, wie der solidaristische Geist doch nicht gerade besonders große Eroberungen gemacht hatte.

Der Druck der Verhältnisse nach dem Weltkriege läßt es ferner verstehen, daß man die Lage vor dem Weltkriege günstiger beurteilt. Wäre sie aber wirklich tadellos gewesen, dann bliebe sowohl die werbende Kraft der Sozialdemokratie unverständlich, wie auch das Reformstreben und die verdienstvolle Reformarbeit vor dem Weltkriege. Die Reform vollzog sich unleugbar im Kampfe gegen die aus dem individualistischen Kapitalismus hervorgegangenen Mißstände, war schon ein Verlassen und Aufgeben der freiwirtschaftlichen Theorie und Praxis, ging bereits von den Grundsätzen aus, auf denen das solidaristische System sich aufbaut. Es wäre beklagenswert, wenn man jetzt diese Grundsätze wieder verdunkeln und sich darauf verlegen wollte, den bis in seine Fundamente morschen Bau des Kapitalismus mittels Reparaturen zu stützen und zu erhalten, ganz abgesehen davon, daß ein solches Unternehmen völlig aussichtslos bliebe.

41. Prinzipielle Voraussetzungen der zukünftigen Wirtschaftsverfassung. In seiner „General Sociology“¹ tadelt der Amerikaner Albion W. Small an Herbert Spencer die einseitige Betonung des Mechanismus in der gesellschaftlichen Struktur. Die Hervorkehrung der Organisation in den soziologischen Werken A. Schäffles wird demgegenüber als ein Fortschritt anerkannt². Aber erst die Verbindung der Ideen Schäffles mit Ratzenhofers Harmonisierung der sich bekämpfenden, zu einem Ganzen organisierten Individuen vermag den amerikanischen Soziologen zu befriedigen.

Denselben allmählichen Übergang von dem individualistischen zum sozialen Gedanken haben wir auch zum Teil für die nationalökonomische Wissenschaft feststellen können. Dem Zwangssystem des merkantilistischen Polizeistaates gegenüber galt das System der natürlichen Freiheit zunächst als Erlösung. Bald aber zeigte es sich, wie das angeblich naturgesetzlich geregelte Spiel der individuellen Interessen und Bestrebungen den Menschen nicht zum Heile gereichte³. Das größte Glück der größten

¹ Chicago-London 1905.

² A. v. Schäffle, Abriß der Soziologie (1906) 131.

³ Karl v. Vogelsang, Soziale Lehren; zusammengeordnet von Wiard Klopp (1904) 602 ff. Vgl. oben S. 177 ff. Sismondis Kritik der individualistischen Nationalökonomie

Zahl im Sinne des Individualismus und der hedonistischen Philosophie Bentham's erwies sich als Chimäre. Eine immer größere Zahl blieb dabei ohne Glück. Erst wenn der individuelle Mensch zum Gattungswesen geworden, seine *forces propres* als gesellschaftliche Kräfte erkannt und organisiert hat, erst dann ist die menschliche Emanzipation vollzogen, so verkündeten nun die Propheten des Sozialismus¹. Allein es würde für den Menschen leichter sein, immer auf dem Kopf zu gehen, als zum bloßen Gattungswesen zu werden, ohne zugleich Individuum zu bleiben. Das erstere wäre nur ein physisch bedenkliches Experiment. Gegen das zweite schützt uns sogar die Metaphysik. Im Unterschiede vom Sozialismus glaubten andere das Interesse aller hinreichend gewahrt durch die freie Gesellung mit einer vom Staate emanzipierten gesellschaftlichen Selbstorganisation. Wiederum andere versuchten es mit der schärferen Betonung des sozialen Zusammenhanges, des Gemeinsinnes, forderten eine allseitige Ethisierung der Volkswirtschaft oder empfahlen als Rettung eine mehr oder minder umfassende Verstaatlichung und Vergemeindlichung wirtschaftlicher Gebiete usw. In all diesen verschiedenen Richtungen und Vorschlägen zeigt es sich, wie die wissenschaftliche Erkenntnis dem individualistischen Prinzip gegenüber auf den Gemeinschaftsgedanken zurückgreifen zu müssen glaubte. Man suchte dabei mehr oder minder nach „kollektiven Kunstmitteln der wirtschaftlichen Versorgung“, ohne jedoch, vom Sozialismus abgesehen, die individuelle Selbständigkeit völlig preiszugeben.

Unser Solidaritätssystem steht ebenfalls auf dem Boden der Gemeinschaft. Aber es unternimmt, den Gemeinschaftsgedanken universal zu formen. Indem es an die Solidarität als Tatsache und als Pflicht, an die gegenseitige Bedingtheit und Ergänzung und an die Gemeinschaftspflicht anknüpft, faßt das Solidaritätssystem die sozialen Momente, die sich in den verschiedenen neueren Sozial- und Wirtschaftstheorien vorfinden, zur Einheit eines in sich geschlossenen Systems zusammen. Es begnügt sich daher nicht mit der Forderung einer bloßen sozialen Verstärkung der individuellen Bestrebungen, nicht mit dem exklusiv kooperativen Solidarismus (Charles Gide u. a.)², nicht mit mutualistischen Ideen irgendwelcher Art, nicht mit einem „sozialitären System“ im Sinne Eugen Dührings, nicht mit der Übernahme gewisser Gruppen von Funktionen durch die Gesamtheit oder mit der Übernahme gewisser Gruppen von Funktionen durch die Gesamtheit oder mit der Ausdehnung der „Gemeinwirtschaft“ in diesem Sinne (Schäffle, Wagner), nicht mit der erweiterten persönlichen und organisierten Caritas, mit der Stärkung des Gemeinsinnes und der Übung gemeinnütziger Wohlfahrtspflege usw. Alles dies, soweit es gesund, prinzipiell zulässig und begründet ist, vereint sich im

¹ Vgl. Mehring, Aus dem literarischen Nachlaß von Marx, Engels, Lassalle I 424.

² So z. B. wieder Mariano Mariani, *Il fatto cooperativo nell'evoluzione sociale* (1906).

Solidaritätssystem, verbindet sich dann noch mit den verschiedenen Formen der Einigung und Interessenvertretung, dem Ausgleich der individuellen, der Klassen- und Standesinteressen nach den Forderungen der sozialen Gerechtigkeit und des allgemeinen Wohles. Dabei bleibt, wie gesagt, die Fortdauer der Privatwirtschaft, die Freiheit des Einzelverhaltens überall da, wo sie nicht höheren Pflichten, insbesondere, nach dem Prinzip der Rechtskollision, nicht dem Rechte der gesellschaftlichen Gesamtheit weichen muß, vollkommen gewahrt und als wesentlicher Bestandteil der privaten wie öffentlichen Wohlfahrt rechtlich geschützt.

Weder vom Individuum noch von der Gesellschaft geht das Solidaritätssystem aus, sondern vom Individuum und der Gesellschaft zugleich. auf daß beiden zuteil wird, was ihnen gebührt: vom Menschen inmitten der Gesellschaft¹.

Erstens: Nicht als Atom im Raume, nicht als Minute in der Zeit tritt der Mensch in diese Welt, sondern als ein Glied der allgemeinen menschlichen Gesellschaft, der Menschheit, in ihr lebend vor seinem Leben, mit ihr lebend und strebend den großen Endzielen zu, die Gott den Menschen für Zeit und Ewigkeit gegeben, fortlebend in ihr nach seinem Tode durch das Erbe seiner Werke². Diese erste, fundamentale Solidarität bildet, wie wir sahen, den sittlichen Rahmen aller menschlichen und gesellschaftlichen Verhältnisse³. Sie erhöht den Niedrigen, erniedrigt den Stolzen, stellt jene Gleichheit und Brüderlichkeit unter den Menschen her, wie sie der Gleichheit der Natur, unserer natürlichen und übernatürlichen Bestimmung entspricht. Sie tilgt nicht jede Verschiedenheit, jede Über- und Unterordnung. Das widersprüche der menschlichen Natur, die trotz metaphysischer Gleichheit in den konkreten physischen Individuen verschieden sich verkörpert. Es widersprüche der Natur menschlicher Verbände, die vermöge ihrer organischen Gestaltung Haupt und Glieder in sich beschließen. Es wäre unvereinbar mit der beruflichen und technischen Arbeitsteilung in der Gesellschaft und im wirtschaftlichen Lebensprozesse, mit dem geordneten Zusammenwirken der leitenden und der ausführenden Tätigkeit in jedem Unternehmen, mit der durch die Organisation der Unternehmung geforderten Unterordnung des einzelnen unter die Leitung des Gesamtbetriebes. Aber es ist das etwas ganz anderes als die Herrschaft des Menschen über die Sache, das Werkzeug. Die Verschiedenheit der

¹ Cathrein, *Moralphilosophie* I³ (1899) 292 ff.; II 448 ff. 521 ff. C. Willems, *Philosophia moralis* (1908) 360 ff. Vgl. hierzu auch Franz Perlinger, *Die Ideen der Lebensgemeinschaft im Universum*, im *Korrespondenzblatt der Akademischen Piusvereine* 1906, Nr. 21, 5 ff.

² Donoso Cortès, *Versuch über den Katholizismus, den Liberalismus und Sozialismus*; deutsch von Reiching (1854) 152 ff.

³ Theodor Meyer, *Die Arbeiterfrage und die christlich-ethischen Sozialprinzipien*⁴ (1904) 31 f. Georg Grupp, *Kulturgeschichte der römischen Kaiserzeit* II (1904) 379 ff.

Stellung und Betätigung, die Über- und Unterordnung löst nicht die Einheit der Natur und der Lebenszwecke. Auf der Unterlage der allgemeinen menschlichen Solidarität erhebt sich die Verschiedenheit von Rang, Stand, Klasse, ohne die menschliche Gleichberechtigung zu zerstören. Menschen sind es, König und Untertan, Fabrikherr und Arbeiter, Arme und Reiche, Menschen, aufs innigste geeint durch die sittlichen Bande der Liebe und der Gerechtigkeit. Wir sagen: der Gerechtigkeit und der Liebe. Es klingt ja schön und ist auch nicht falsch, wenn der amerikanische Arbeiterführer John Mitchell¹ die Forderung der modernen Arbeiter also formuliert: „Recht, nicht Gnadengeschenk, menschenwürdigen Lohn, — diese Erhebung eines ganzen Standes von den Knien zu aufrechter, die Sachlage überblickender Stellung ist eine neue, gewaltige Tatsache, bedeutet die Umwälzung vom autokratischen zum demokratischen Wesen im Wirtschaftsleben.“ Gewiß soll, was recht ist, nicht als Gnadengeschenk gewährt werden. Allein der bloße Rechtsstandpunkt ist eisig kalt. Menschen zufrieden und glücklich zu machen, dazu reicht er nicht aus. Auf dem Grunde des bloßen Rechts und des klagbaren Vertrages fühlt sich kaum der herzlose Egoist heimisch. Selbst dort noch kann und muß speziell das Arbeitsverhältnis den menschlichen Charakter bewahren in den Beziehungen zwischen Leitung und ausführender Arbeit, wo das Rechtssubjekt der Unternehmung kein Herz besitzt, eine juristische Person ist. Wer es mit den Arbeitern wahrhaft wohl meint, wird also dahin streben, daß zu den rechtlichen Beziehungen im Arbeitsverhältnis die menschlichen, freien, sittlichen und sittigenden Wirkungen der menschlichen Persönlichkeit, Güte, Liebe, Dankbarkeit, hinzutreten, jene Beziehungen, deren Pflege Kaiser Wilhelm II. einst so beredt und schön dem neuen Fabrikherrn in Essen ans Herz gelegt hat. Die Liebe ist nicht an die Patronage gebunden. Was das patriarchalische Industriesystem nach dieser menschlichen, persönlichen, christlich-ethischen Seite Gutes enthielt, das kann und muß auch in die konstitutionelle Fabrikverfassung hinübergerettet werden. Sonst werden wir nie und nimmer einen wahrhaft zufriedenen Arbeiterstand haben.

Weit über die Grenzen der einzelnen Staaten hinaus umschlingen endlich diese sittlichen Bande wahrer Humanität die ganze Menschheit. Die Einheit der Völkerwelt, die Zusammengehörigkeit aller Menschen zu einer großen Familie² und die Weltökonomie ist, richtig gedeutet, ein Ideal von realer praktischer Bedeutung. Alles drängt nach dem furchtbaren Weltkriege auf Versöhnung, größere Annäherung, wirtschaftliche Ergänzung, ja auf Verbrüderung der Völkerfamilie. Aber diese Welteinigung bleibt Einheit des Geschlechtes, der Gattung, eine

¹ Organisierte Arbeit; übersetzt von Hasse (1905).

² *Universus hic mundus una civitas est communis Deorum atque hominum existimanda* (Cicero).

Einheit, welche die nationalen und staatlichen Einheiten in sich beschließt, nicht aufhebt, nicht beseitigt, die Weltwirtschaft nicht an die Stelle der Volkswirtschaft setzt, die durch wechselseitigen Verkehr und Austausch allen nützen, kein Volk verderben soll. Um Eintracht und gegenseitige Förderung handelt es sich dabei, nicht um die Preisgabe der nationalen Produktivkräfte der eigenen Volkswirtschaft, nicht um Entfesselung des internationalen Kapitals zum Schaden der Volkswirtschaft, im übrigen um Probleme der Humanität, um die Mitteilung christlicher Kultur an solche Völker, die der Kultur und Zivilisation nahezu entbehren, um praktische Achtung fremder Nationalität und fremder Verdienste. Right or wrong, my country! Das ist die Parole des Chauvinismus. Gerechtigkeit, Liebe auch andern Völkern gegenüber das Gebot wahrhaft humaner Solidarität.

Zweitens: Hat die kapitalistische Epoche die heiligen Bande der innigsten sittlichen Lebensgemeinschaft, der Familie, der Urzelle des menschlichen Gesellschaftslebens, gelockert, will der kommunistische Sozialismus (nach manchen seiner Vertreter) diese Bande lösen, dann fordert das soziale System Wiederherstellung der Familie¹, Schutz derselben in ihrer solidarischen Einheit und Festigkeit, daß die Eltern den Kindern, die Kinder den Eltern das seien, was sie, der natürlichen Ordnung nach, einander sein sollen. Nicht den volkswirtschaftlichen Faktoren fällt die positive Hauptarbeit dieser Reform zu. Aber die volkswirtschaftliche Organisation darf jene Reform nicht hindern, ihrerseits den Ruin der Familie nicht herbeiführen. So hatte selbst im Lande der „natürlichen Freiheit“ der Ingenieur und Nationalökonom Le Play die Staatsintervention zur Regelung der Frauen- und Kinderarbeit gefordert, verlangte allenthalben die moderne Sozialpolitik Zurückgabe der Frau, der Mutter, der Kinder an die Familie, Sonntagsruhe, Beschränkung der Arbeitszeit, damit der Vater der Familie gehöre, — einen solchen Familienlohn, daß er ihr Ernährer werde und bleibe. Leichter noch gehört aber der Vater dort der Familie an, wo er sich jener vollen ökonomischen Selbständigkeit erfreut, die den unschätzbaren Vorzug des alten Mittelstandes und der höheren Stände vor dem Fabrikarbeiter bildet. Die Erhaltung und Stärkung des Mittelstandes ist auch darum unter dieser Rücksicht nicht bloß ein wirtschaftliches Problem, sondern überdies ein Problem von hoher sittlicher und sozialer Bedeutung.

Drittens: Das soziale Arbeitssystem hält fest an Staat und staatlicher Ordnung. Dem sozialen Arbeitssystem genügt aber nur

¹ Die Familie ist die Grundlage des Staates. In ihr finden sich die fünf Pfeiler des Gesellschaftslebens: Religiosität, Gehorsam, Achtung vor der Autorität, Opfersinn, Gemeinnutz (A. M. Weiß, Soziale Frage und soziale Ordnung I [1904] 463). Wenigstens für Genuß und Gebrauch der Güter ist die Familie auch Wirtschaftsgemeinschaft und oft noch darüber hinaus. Vgl. §§ 1356 1360 des B.G.B. — Richard Ehrenberg, Die Familie in ihrer Bedeutung für das Volksleben (1916.)

der echte Volksstaat — Monarchie oder Republik — nicht ein Staat, der einseitig den Interessen einer herrschenden Klasse — Bourgeoisie oder Proletariat — dient, sondern ein solcher Staat, der Rechts- und Wohlfahrtsstaat zugleich ist, der in der Verwirklichung der Gerechtigkeit und der öffentlichen Wohlfahrt zum Besten des gesamten Volkes seine pflichtgemäße Aufgabe erblickt, ein Staat ferner, der sich vor bureaukratischer Bevormundung und Reglementierung der Volkswirtschaft hütet, der nur ergänzend eingreift, wo private und berufsgenossenschaftliche Initiative nicht genügen, um auch allgemeine Interessen zu wahren, dessen Verwaltung die Kunst des Individualisierens versteht, dessen Wirtschaftsrecht dem Ziele der Volkswirtschaft entspricht und zugleich elastisch genug ist, um dem Wandel der wechselnden Verhältnisse sich anzupassen. Wir fordern vom Staate eine gesetzlich durchgebildete Eigentumsordnung, die Privateigentum und Erbrecht nicht zum Hindernis der geordneten Versorgung des gesamten Volkes mit den Mitteln seiner Existenz werden läßt; eine umfassende Möglichkeit zum Aufsteigen in Beruf und Klasse, darum weite Ausdehnung einer tadellosen Jugend-erziehung in allgemeiner und beruflicher Hinsicht. Wir fordern eine Wirtschaftsordnung, in welcher die soziale Verpflichtung der Arbeit ihre finale Beziehung zur Gemeinschaft, gegenüber den Zwecken, die der individuelle Erwerbstrieb sich setzen mag, zur gebührenden Geltung kommt. Darf es als ein ethischer Defekt des „kapitalistischen Geistes“ mit verhängnisvollen Folgen für die Volkswirtschaft bezeichnet werden, daß unter seiner maßlosen Herrschaft das Individuum oft nahezu mit der egoistischen Gesinnung des „Einzigen“ (nach Max Stirner)¹ ausschließlich sich selbst gedient, so stellt das Solidaritätsprinzip ein richtiges Verhältnis zwischen Individuen, Erwerbsständen und volkswirtschaftlicher Gemeinschaft wieder her, nicht durch Ausschließung berechtigten Erwerbsstrebens — der mächtigsten psychologischen Triebfeder der Arbeit und des wirtschaftlichen Fortschrittes, — sondern durch die richtige Unterordnung jedes besondern Erwerbsstrebens unter die Zwecke der Gesamtheit, zur Sicherung einer solchen Bedarfsdeckung des ganzen staatlich geeinten Volkes, die aller Existenz, nach Möglichkeit auch aller Wohlfahrt garantiert. Die „purpurnen Adern glücklicher, menschlicher Wesen“ (Ruscin), nicht der Sack mit Goldmünzen, der einige wenige unter dem Fluche der andern in die Tiefe zieht, entspricht dem richtigen Wohlstandsideal.

Viertens: Von höchster Bedeutung aber bleibt die Überwindung des individualistischen Eigentumsbegriffs und die Läuterung der

¹ „Ob, was ich denke und tue, christlich sei, was kümmert's mich? Ob es menschlich, liberal, human, ob unmenschlich, illiberal, inhuman, was frag' ich danach? Wenn es nur bezweckt, was ich will, wenn ich nur mich darin befriedige, dann belegt es mit Prädikaten, wie ihr wollt, es gilt mir gleich.“ Das die Gesinnung des „Einzigen“ nach Max Stirner, — oder auch der vielen „Einzigen“ unserer Tage.

Eigentumsinstitution durch die Einführung sozialer Gesichtspunkte.

Statt in dem absoluten, pflichtenlosen Eigentum, in der kapitalistischen Mißbildung des Eigentums erblickt, wie wir sahen, der kollektivistische Sozialismus den Grund alles sozialen Elendes, der tiefen Zerrissenheit der Gesellschaft in der Privateigentumsinstitution als solchen und in der auf dem Privateigentum aufgebauten privatwirtschaftlichen Organisation der Volkswirtschaft. Er hofft darum eine Besserung der Verhältnisse nur von der Beseitigung des Privateigentums wenigstens an den Produktionsmitteln und damit von dem Ersatz der privatwirtschaftlichen Organisation durch kommunistische Formen. „Mit der Auflehnung gegen das privatrechtliche, weltgeschichtlich bewährte Fundament aller menschlichen Gemeinschaft fallen die sozialistischen Systeme aber aus dem soliden Entwicklungsgange der Wissenschaft heraus und begeben sich auf ein... utopisches Gebiet.“¹ In Ausübung seiner natürlichen Rechte hat der Mensch die Privateigentumsinstitution gebildet, nicht nach Laune und von bloß vorübergehenden Zweckmäßigkeitsrücksichten geleitet, sondern weil der vernünftige Geist dabei diejenige Ordnung fand, welche der menschlichen Natur, dem Postulate gesellschaftlicher Ordnung und kultureller Entwicklung am besten entsprach. Wo höhere Kultur, da findet sich überall das Privateigentum an den Produktionsmitteln, und es ist nicht abzusehen, warum es in Zukunft anders sein sollte. Ohne Zweifel ist die Eigentumsinstitution in mannigfacher Hinsicht eine historische Kategorie, geschichtlichen Wandlungen in ihrer Ausdehnung und Ausgestaltung unterworfen. Die Grenzen der kommunalen und staatlichen Gemeinwirtschaft insbesondere können je nach dem Bedürfnis der Zeit oder des Landes enger oder weiter gezogen werden. Darüber aber entscheidet nicht der bloße Wille des jeweiligen Gesetzgebers. Eine ganze Reihe anderer Momente bestimmen Zulässigkeit solcher Formen, wie auch die geschichtliche Gestaltungs-, Ergänzungs-, Fortbildungsmöglichkeit des Eigentums und der Eigentumsordnung direkt oder indirekt, vor, mit und neben der Gesetzgebung.

Wie immer nun auch die privatwirtschaftliche und privatrechtliche Ordnung sich positiv formen mag, das soziale Arbeitssystem kennt kein absolutes, pflichtenloses Eigentum². Das Eigentum ist 1. Macht, aber begründete Macht nur, weil zugleich Recht, darum gebunden an die sittliche und rechtliche Ordnung. Das Eigentum ist nicht ein in die Sachenwelt verlängertes Ego. Es hat auch sittliche und soziale Pflichten. Der brutale Herrenstandpunkt so mancher Industriellen leitet sich nicht von dem Eigentum, sondern von dem Mißbrauch desselben ab. Das Eigentum ist 2. nicht das höchste Recht, das dem Menschen der Sachenwelt gegenüber zusteht. In der äußersten Not erweist sich das natürliche Recht des Menschen auf Existenz rechtlich stärker als das erworbene Recht des Eigentümers an der Sache. Wie darf dieser also seine bevorzugte Stellung benutzen, um die physische, geistige, sittliche Existenz seiner Mitmenschen zu untergraben, zu vernichten, um Not hervorzurufen? Das Eigentum ist 3. nicht Selbstzweck, Herrschaft um der Herrschaft und des Genusses

¹ Eisenhart, Geschichte der Nationalökonomik³ (1891) 135. Vgl. auch Robert Brunhuber, Die heutige Sozialdemokratie (1906) 72 ff. 96 ff.

² Vgl. hierzu Bd. I³: Kap. 3, § 3, 223 ff. (206 ff.).

der besitzenden Klassen willen, sondern Mittel zum Zweck einer geordneten Versorgung der in Gesellschaft lebenden Menschen. Es soll und darf nicht der unbeschränkten Erwerbsgier eines egoistischen Kapitalismus, nicht nur seiner eigenen Selbstvergrößerung ohne Maß und Ziel dienen, darf nicht zum Hemmnis der nationalen Bedarfsdeckung werden. Es muß sich vielmehr der Bedarfsdeckung des ganzen Volkes unterordnen und wird ihr in der Tat dienstbar werden in der zweckmäßig organisierten Gesellschaft mit einer gerechten Verteilung des Volkseinkommens und gesunder Besitzschichtung. Damit sind zugleich die obersten Grundsätze gegeben, nach denen sich die Ordnung der modernen Siedlungsfragen, der Enteignung, eine gesunde Bodenreform vollziehen kann.

Gewiß, auch der Reichen in mäßiger Zahl und ohne übergroßen Reichtum bedürfen Staat und Volkswirtschaft¹. Milliardäre aber mögen zwar die Reichtümer eines Landes absorbieren; sie sind nicht zahlreich genug, um den sozialen, politischen, kulturellen Funktionen des Reichtums innerhalb der Gesellschaft genügen zu können! Aufgehäuften Millionen nach Carnegies Vorbild zum Besten der Menschheit verwenden, ist ja recht schön. Wieviel namenloses Weh wäre aber vielleicht dem Volke erspart geblieben ohne die Anhäufung eines so kolossalen Reichtums! Und wie schwach ist der Trost, daß übergroßer Reichtum sich den Händen der zweiten oder dritten Generation entwindet. Besser wird es sein, übermäßiger Reichtumsbildung wirksam zu begegnen, als von der Zersetzung und den moralischen Fäulniszentren eines verwesenden Reichtums das Heil zu erwarten.

Die Güter dieser Erde sollen der ganzen Menschheit dienen. Das Privateigentum hebt diese Bestimmung der Erdengüter nicht auf. Der Besizende darf sich nur als Verwalter eines Stückes der für alle Mitmenschen bestimmten Erdengüter betrachten. Das ist das große Prinzip der christlichen Lehre über den Gebrauch des Eigentums. „Die zeitlichen Güter, welche dem Menschen von Gott gegeben sind, gehören zwar ihm hinsichtlich des Eigentums, allein was den Gebrauch betrifft, sollen sie nicht nur ihm gehören, sondern auch den andern, welche daraus unterhalten werden können, von dem, was jenem überfließt.“ So lehrte Thomas von Aquin², so spricht es Leo XIII. aus in der Enzyklika *Rerum novarum*: „Der Mensch muß die äußeren Dinge nicht wie ein Eigentum, sondern wie ein gemeinsames Gut betrachten und behandeln, insofern nämlich, als er sich zur Mitteilung an Notleidende gerne verstehen soll. Was ihr an Überfluß habt, das gebet den Armen (Lk. 11, 41). Dies ist Pflicht der Gerechtigkeit im Falle der äußersten Not, in andern Fällen ist's eine Pflicht der Liebe.“

Allein nicht nur die Einzelnot des Nebenmenschen bildet eine verpflichtende Schranke für die Freiheit des Eigentumsgebrauchs. Es ruht

¹ Andrew Carnegie, *The Gospel of Wealth*, in *The North American Review* CLXXXIII Nr. 4 (21. Sept. 1906) 526 ff. Das Evangelium des Reichtums, übersetzt von P. Heubner (1907).

² 2, 2, q. 32, a. 5 ad 2; q. 66, a. 2 (corp. art.), a. 7 (corp. art.); Com. in Pol. 2, l. 4, S. 411. Vgl. Engelbert Krebs, *Die katholische Kirche und die neue Wirtschaftsordnung*, in *Deutsche Arbeit* IV (1919) 496 ff.

auch als „soziale Hypothek auf dem Privateigentum“ (Briefs) die Pflicht, den Eigentumsgebrauch den Forderungen des Gemeinwohles der staatlichen Gemeinschaft anzupassen, und die staatliche Gesellschaft hat das Recht und die Pflicht, eine solche Anpassung zu fordern und zu erzwingen. Damit ist nicht bloß die freiwirtschaftliche Idee eines absolut freien Eigentums zurückgewiesen, nicht bloß speziell die Steuerpflicht auf die persönliche Zugehörigkeit zum staatlichen Verbande gegründet¹. Es ergeben sich hieraus vielmehr auch wichtige Gesichtspunkte für die Regelung des volkswirtschaftlichen Prozesses.

In einem kommunistischen Gemeinwesen, sagen wir einmal: in einer Familienkommunion, wird ein Teil des Jahresproduktes seitens des Familienoberhauptes in den Konsumtionsbesitz der einzelnen Angehörigen der Familienwirtschaft überführt. Andere Güter, wie Äcker, Werkzeuge, Saatmittel usw. bleiben im Besitz des Familienoberhauptes bzw. der Gesamtfamilie. Das ist kein Konsumtionsbesitz, sondern Verwaltungsbesitz. Die Produktionsmittel und was an Vorräten zur Sicherung zukünftigen Konsums aufzubewahren ist, wird von dem Familienoberhaupte für die Gesamtheit verwaltet².

In einer auf Privateigentum an den Produktionsmitteln gegründeten Gesellschaft mit Marktwirtschaft erhält der Eigentümer der Produktionsmittel aus dem Verkauf der Produkte Ersatz der Kosten, eine Wiedervergeltung für seine sachlichen und persönlichen Leistungen. Was er aus dem Gewinn für seinen standesgemäßen Unterhalt verwendet, ist sein freier Konsumtionsbesitz. Und auch bezüglich der Produktionsmittel usw. bleibt er juristisch wahrer Eigentümer; im Sinne des liberalen Systems sogar absoluter Eigentümer, der damit machen kann, was ihm beliebt. Dennoch wird man auch solchen, nicht unmittelbar der Konsumtion dienenden Besitz insofern Verwaltungsbesitz nennen können, als und weil die volkswirtschaftlichen Interessen dem Eigentumsgebrauch Grenzen ziehen. Es steht nicht im Belieben des Grundbesitzers, den Boden unbenutzt liegen zu lassen usw., wenn seine Bearbeitung zur Deckung des Volksbedarfs benötigt wird. Das gleiche gilt von den auf andern Produktionsgebieten verfügbaren Mitteln, die für die Fortsetzung und Vervollkommnung der Produktion erfordert werden. Pflichten des Eigentümers und Pflichten des Staates stehen in denkbar schroffstem Gegensatz zu einer anarchischen Produktion.

Fünftens: Der konsequente Individualismus forderte schrankenlose Freiwirtschaft. Der christliche Solidarismus verneint die ab-

¹ Im Gegensatz zu der liberal-individualistischen Interessentheorie und Assekuranztheorie, die in der Steuer ein bloßes Entgelt für Staatsleistungen oder eine Versicherungsprämie für staatlichen Vermögensschutz erblickten. Vgl. Lechtape, Steuergerechtigkeit (1919).

² Vgl. Wilh. Neurath, Elemente der Volkswirtschaftslehre³ (1896) 412 ff.

solute Freiheit auch auf wirtschaftlichem Gebiete ebenso wie eine kommunistisch gebundene Planwirtschaft. Er erkennt in der Freiheit ein die Kraftentfaltung belebendes und erfrischendes Moment, fordert und gewährt darum alle Freiheit, die sich mit der Gesamtwohlfahrt verträgt und die eine möglichst günstige Erfüllung der volkswirtschaftlichen Aufgabe fördern kann. Aber er weiß auch, daß unbegrenzte Freiheit die volkswirtschaftliche Aufgabe, die Bedarfsdeckung des Gesamtvolkes, schwer zu schädigen vermag. Freiheit, gewiß, aber keine individuelle Willkür! Das solidaristische System sieht in der volkswirtschaftlichen Aufgabe ein Prinzip der Regelung für den Gebrauch der Freiheit, sowohl in bezug auf das Was und Wie der Produktion, als für die Preis- und Einkommensbildung, ein Prinzip des Rechts und der Gerechtigkeit, das über das zulässige Maß individueller Freiheit letztlich entscheidet.

Das Ausmaß der Freiheit kann nicht unter allen Umständen und für alle Verhältnisse das gleiche bleiben. Die richtig bemessene Freiheit ist vielmehr elastisch, anders für eine belagerte Stadt, ein blockiertes Land, anders in der Übergangszeit nach schwerer Kriegsnot, anders in normalen Verhältnissen der Friedenszeit, aber niemals schrankenlos. Es wäre höchst tendenziös und ein recht grober logischer Schnitzer, wenn man heute der als Last empfundenen bisherigen staatlichen Zwangswirtschaft gegenüber wieder eine schlechthin freie Wirtschaft als das Richtige und Erstrebenswerte gegenüberstellen wollte. Man könnte richtig nur schließen, daß die gebundene Wirtschaft in der bestimmten gegebenen Form fürderhin wenig angebracht, nicht aber, daß nun jede Schranke der Freiheit zu verurteilen und die Freiwirtschaft des Liberalismus das einzig Zulässige¹ sei.

Bleibt es von äußerster Wichtigkeit, daß man für Art und Maß der Freiheitsbindung das richtige Prinzip (volkswirtschaftliche Aufgabe) in Anwendung bringt, so gilt das gleiche von den Faktoren, welche die Regelung vollziehen. In schwerster Kriegsnot wird da ein rasches und kräftiges, unmittelbares Eingreifen staatlicher Instanzen leichter berechtigt sein als zu andern Zeiten. Nach unserer Auffassung sind an erster Stelle die berufsständischen Instanzen zur Regelung zuständig, indem sie die Interessen des Berufes am besten bemessen und vertreten können, zugleich aber das richtige Verhältnis der Berufstätigkeit zur volkswirtschaftlichen Aufgabe wahren müssen. Für die Preisbildung wird auch die Stimme der Konsumenten zu beachten sein. Der Staat selbst aber kommt, als letzte und höchste Instanz, für die Regelung nur soweit in Betracht, als sein Eingreifen neben und über den berufsständischen Organisationen ergänzend zur Wahrung der öffentlichen Wohlfahrt nötig ist.

¹ Diejenigen, welche gegenüber der „gebundenen Planwirtschaft“ die „freie Wirtschaft“ fordern, sind doch zumeist gerade heute gezwungen, ihre Forderung zu begrenzen und damit wieder das Prinzip der Beschränkung der Freiheit anzuerkennen. J. Reichert (Rettung aus der Valutanot [1919]) z. B. fordert zwar für den Inlandsmarkt freie Preisbildung, für den Außenhandel aber planmäßige Regelung (Ausfuhr-Mindest- und Einfuhr-Höchstpreise).

Ohne Schwierigkeit können wir nunmehr zur richtigen Auffassung der heute so sehr in den Vordergrund gerückten Begriffe: Sozialisierung und Gemeinwirtschaft, gelangen.

43. Sozialisierung und Gemeinwirtschaft. Auch wir fordern Sozialisierung und Gemeinwirtschaft, aber im solidaristischen, nicht im kommunistischen Sinne. Durch Sozialisierung, d. i. durch Einführung und Durchführung des oben entwickelten Gemeinschaftsgedankens, der Gemeinschaftspflicht, wird die Volkswirtschaft zur Arbeitsgemeinschaft, zur Gemeinwirtschaft, zu einem gemeinsamen Arbeiten im Hinblick auf ein gemeinsames Ziel. Und dieses gemeinsame Ziel ist die Wohlfahrt des ganzen Volkes, eine seinen Wohlstand begründende und sichernde Bedarfsdeckung. Die individuelle Bewegungs- und Betätigungsfreiheit, die für den wirtschaftlichen Fortschritt von höchster Bedeutung ist, wird dabei nicht aufgehoben, das Individuum nicht seines Eigentums, seines berechtigten Eigenlebens und Eigenstrebens beraubt. Aber es darf nicht selbstüchtig seinen Vorteil suchen mit Schädigung der Gemeinschaft. Es muß mit seiner privaten Betätigung und privaten Wirtschaft der Gemeinschaft dienen, sich dieser ein- und unterordnen. Das heißt die Privatwirtschaft sozialisieren, ohne sie zu beseitigen, eine Gemeinwirtschaft einführen ohne die Sklaverei eines kommunistischen Wirtschaftsmechanismus¹.

Die „Sozialisierung“, im Sinne einer Ordnung der Eigentums- und Erwerbsverhältnisse nach sozialen Gesichtspunkten, genügt aber dem kollektivistischen Sozialismus nicht. Ihn befriedigt nur die vollständige „Vergesellschaftung“ der Produktionsmittel, Grund und Boden eingeschlossen. Er verlangt die kommunistische Gemeinwirtschaft.

Mit dem Kommunismus geht nach Marxistischer Lehre schon die kapitalistische Epoche, in ihrer Vollendung, schwanger. Die proletarische Diktatur übernimmt bloß die Rolle der Hebamme — und der rothaarige Bub ist in die Welt eingeführt. So verkündet die materialistische Geschichtstheorie und die Lehre von den Entwicklungsgesetzen der kapitalistischen Epoche, wie Marx sie vorgetragen². Schade nur, daß diese neue Weltordnung bald wiederum der „Negation der Negation“ zum Opfer fallen muß. Oder sollte das Hegelsche Entwicklungsgesetz, mit dem Marx operierte, seine Geltung verlieren, sobald der „Sozialismus“ erschienen? Doch sei dem, wie ihm wolle — es gibt auch bei den heutigen Sozialisten Leute, die den Glauben an die materialistische Entwicklungslehre verloren haben. „Aller historische Materialismus“, sagt Bernstein³, „hilft über die Tatsache nicht hinweg, daß es Menschen sind, die ihre Geschichte machen, daß die Menschen Köpfe haben, und daß die Disposition der Köpfe keine so

¹ Wenn Ausdehnung der „Gemeinwirtschaft“ von Nationalökonomien (Wagner u. a.) gefordert wurde, so handelt es sich bei der „Gemeinwirtschaft“ in diesem Sinne um staatliche oder kommunale Wirtschaften, die innerhalb der Volkswirtschaft neben den selbständigen Privatwirtschaften und ohne diese zu absorbieren, bestehen.

² Vgl. Bd. I²: Kap. 4, § 4, 333 ff. (309 ff.).

³ Neue Zeit XVI 749.

mechanische Sache ist, um lediglich durch die Wirtschaftslage regiert zu werden....“ Und diese Köpfe können sich wohl auch veranlaßt fühlen, zu prüfen, ob denn eine kollektivistische Wirtschaftsverfassung mit unmittelbarer und allgemeiner Bedarfsdeckung des Volkes durch den Staat vor dem Forum der menschlichen Vernunft bestehen kann.

Da sagt nun aber diese Vernunft, daß umfassendere Gemeinschaften sich nur bilden für Zwecke und Ziele, die das Individuum und die unteren und engeren Gemeinschaften nicht mit der eigenen Kraft erreichen, erfüllen können, mag man diese höheren Gemeinschaften „Staat“ oder „Gesellschaft“ oder sonstwie nennen. Der Zweck des Staates, bemerkt schon Cicero in „De re publica“, muß sich nach der Ursache richten, aus der er hervorging. Der Staat ist geschaffen worden, um seinen Angehörigen jene Güter zu sichern, welche Individuen, Familien, engere Verbände mit ihren eigenen Kräften nicht erlangen können. Die unmittelbare Verwirklichung des privaten Wohles durch wirtschaftliche Betätigung ist darum nicht Sache des Staates, sondern der Privaten selbst. „Der Staat hat nicht den Zweck“, sagt Cathrein¹, „jedes einzelne Glied direkt und unmittelbar glücklich zu machen — jeder ist seines eigenen Glückes Schmied —; er soll bloß einen gesellschaftlichen Zustand herbeiführen, der es einem jeden seiner Glieder ermöglicht, durch eigene freie Tätigkeit das zu seinem irdischen Wohl Notwendige zu erwerben, soweit dies hienieden nach Verhältnis der Umstände geschehen kann.“ Wo der Staat unmittelbar für die private Wohlfahrt einzelner Individuen oder Gruppen sorgt, da gehört das nicht zum Zwecke des Staates, sondern dient nur als Mittel zur Erfüllung seines Zweckes. So die Gewährung eines Gehaltes für die Beamten sowie die Verpflegung des Heeres. Auch wird der Staat für diejenigen eintreten müssen, denen die eigene Kraft zur Selbstversorgung mangelt und für welche die Hilfe näher berufener Instanzen fehlt oder nicht ausreicht.

Wir werden also sagen müssen: Der Zweck der staatlichen Gesellschaft besteht in der Herstellung, Bewahrung, Vervollkommnung der Gesamtheit jener gesellschaftlichen Bedingungen und Einrichtungen und den entsprechenden Tätigkeiten, durch welche allen Gliedern des Staates die Möglichkeit geboten, erhalten, erhöht wird, frei und selbsttätig ihr eigenes wahres irdisches Wohl nach Maßgabe ihrer besondern Fähigkeiten, Verhältnisse, Bedürfnisse zu erreichen und das redlich Erworbene zu bewahren. Jene Möglichkeit ist das allen Gliedern gemeinsame Gut, das den Sozialzweck des Staates bildet. Wir nennen dasselbe im Unterschiede von der privaten Wohlfahrt: öffentliche Wohlfahrt, *salus* oder *prosperitas publica*.²

¹ Moralphilosophie II⁵ (1911) 529.

² Wenden sich Erwerbslose, aber Arbeitsfähige an den Staat, so ist dieser berechtigt, ihnen Arbeit zuzuweisen. Vgl. im übrigen zur weiteren Frage Theodor Brauer, Das Recht auf Arbeit (1919).

Ehe denn der Staat war, hatte der Mensch schon das natürliche Recht, Eigentum für sich im Interesse seiner eigenen Wohlfahrt zu erwerben. Er bewahrt dieses Recht auch im Staate, kann Eigentum erwerben, besitzen, darüber disponieren, solange eine Kollision mit der öffentlichen Wohlfahrt vermieden wird. Produktion, Verteilung der Gebrauchsgüter im Tauschverkehr, Preisbildung und Einkommensbildung haben ihren unmittelbaren Zweck in der privaten Wohlfahrt der wirtschaftenden Bürger. Kurz, der ganze Bedarfsdeckungsprozeß ist naturgemäß bürgerliche, nicht staatliche Aufgabe nach dem allgemeinen Grundsatz: Alles, was von Individuen, Familien, sonstigen innerstaatlichen Verbänden hierbei und hierzu durch sich geleistet werden kann, liegt außerhalb des Staatszweckes¹.

Damit ist nun keineswegs jeder Einfluß des Staates auf diese bürgerliche Betätigung verneint, ein Einfluß, der dem Staate als dem Hüter der öffentlichen Wohlfahrt zukommt. Durch seine Rechtsordnung, insbesondere durch eine zweckmäßige Erwerbs- und Eigentumsordnung hat, wie gesagt, der Staat die öffentliche Wohlfahrt gegen privaten Eigennutz zu schützen, er hat fördernd und helfend einzugreifen, wo die privaten Kräfte zur Erreichung eines Zieles, das von der öffentlichen Wohlfahrt gefordert wird, nicht ausreichen. Er wird sein Augenmerk darauf richten, ob für die Befriedigung der universalen Bedürfnisse, die bei allen Individuen wiederkehren (Nahrungs-, Wohnungs-, Kleidungsbedürfnis) entsprechend gesorgt ist. Er kann auch in Notfällen die Bedarfsversorgung des Volkes mit Lebensnotwendigkeiten selbst übernehmen und ordnen, wie dies in der Kriegszeit geschah. Es wird freilich nicht viele geben, die glauben, der Staat habe mit allen seinen Kriegsmaßregeln gerade einen hervorragenden Befähigungsnachweis für wirtschaftliche Hantierungen geliefert. Der Staat kann ferner aus finanziellen oder sonstigen Gründen neben den Bürgern in begrenztem Maße am Wirtschaftsleben sich beteiligen. Er kann z. B. agrarische oder industrielle Musteranstalten errichten, mit privaten Unternehmungen in Konkurrenz treten, um eine ungünstige Preisbildung zu rektifizieren, kann die Befriedigung von Kollektivbedürfnissen der staatlichen Gemeinschaft in eigene Regie übernehmen.

Darf er aber auch ganze Wirtschaftsgebiete verstaatlichen, kommunistisch „sozialisieren“? Der Staat soll die bürgerliche Tätigkeit ergänzen mit der Gesamtkraft der Gesellschaft, er soll sie aber nicht von dem ihr naturgemäß zukommenden Felde verdrängen. Der volkswirtschaftliche Bedarfsdeckungsprozeß ist, wie wir sahen, bürgerliche Sache, fällt nicht in den Bereich des Staatszweckes. Eine Sozialisierung, Vergesellschaftung, Verstaatlichung ganzer Wirtschaftsgebiete kann also nur durch ganz besondere Gründe als ein Ausnahmefall gerechtfertigt werden, und darum müssen diese Gründe in jedem Einzelfall nachgewiesen werden. Der alleinige Grund aber, der für eine Sozialisierung sprechen kann, ist die Notwendigkeit derselben für die öffentliche Wohlfahrt, für das, was wir als Staatszweck bezeichnet haben. Die Sozialisierung muß ein unzweifelhaft notwendiges Mittel zur Erfüllung des Staatszweckes geworden sein. Und zwar ist sie das letzte Mittel, das erst dann angewendet werden kann, wenn der Gebrauch anderer Mittel keine Aussicht auf Erfolg bietet. Die Verstaatlichung ganzer Wirtschaftszweige bleibt eben mehr oder minder eine Anomalie. Daran müssen wir unbedingt festhalten gegenüber der sozialistischen Fiktion einer „natur-

¹ Vgl. Bd. I*: Kap. 3, § 2, 165 ff. (157 ff.).

notwendigen Entwicklung“ zur kommunistischen Gesellschaftsordnung hin, jener bei vorurteilsfreier Beobachtung der tatsächlichen Verhältnisse in keiner Weise begründeten Annahme, die in die Praxis übertragen nur zu bald zum schweren Schaden des ganzen Volkes als nackte Illusion sich erweisen müßte.

Notwendig aber kann die Vergesellschaftung eines Wirtschaftsgebietes aus doppeltem Grunde werden: 1. dann, wenn der privatwirtschaftliche Betrieb auf dem fraglichen Gebiete sich mit den Anforderungen einer guten Bedarfsversorgung des Volkes nicht vereinbaren läßt, und 2. wenn die finanziellen Bedürfnisse des Staates ohne Verstaatlichungen nicht befriedigt werden können. Also Vergesellschaftung aus volkswirtschaftlichen¹ oder finanzwirtschaftlichen Gründen: volkswirtschaftliche und finanzwirtschaftliche Staatsmonopole.

Auch für den Staat gilt der Satz: prius est vivere et dein philosophari. Der Staat muß finanziell leben können, wenn er seinem Zwecke dienen soll. Bei finanzwirtschaftlichen Monopolen aber ist nicht von vornherein ein ganz bestimmtes Gebiet für die Sozialisierung gegeben, es sei denn, daß zugleich volkswirtschaftliche Gründe die Vergesellschaftung dieses Gebietes forderten. Hier kommt es also insbesondere auf kluge Auswahl eines finanziell ergiebigen Gebietes an, mit Berücksichtigung aller volkswirtschaftlichen Folgen der Vergesellschaftung. Denn über allem finanziellen Begehren stehen die volkswirtschaftlichen Rücksichten. Nicht alle Wirtschaftsgebiete eignen sich zu finanziellen Monopolen.

Bei der Durchführung des volkswirtschaftlichen wie des finanzwirtschaftlichen Monopols ist ferner das technisch und ökonomisch Mögliche und Zweckmäßige zu beachten, die Technik der Organisation (ob rein öffentliche oder gemischte wirtschaftliche Unternehmungsform mit Beteiligung des Staates usw.). Auch darf bei der Frage nach „Sozialisierung“, Verstaatlichung oder Kommunalisierung von Betrieben, das Verhältnis der angeblichen materiellen Vorteile zu dem gesamten Volkwohlstande nicht übersehen werden, ob das, was man als wirtschaftlichen Fortschritt preisen möchte, nicht eine gewaltige soziale Schädigung durch Vernichtung einer großen Zahl selbständiger Existenzen bedeuten würde. Da heißt es von Fall zu Fall genau abwägen, Nutzen und Schaden miteinander vergleichen.

Nicht jede Objektsozialisierung im Sinne von Verstaatlichung oder Vergemeindlichung lehnen wir also ab. Aber wir haben wenigstens für solche Verstaatlichungen und Vergemeindlichungen ein Prinzip, das sie zugleich begründet und begrenzt. Dieses Prinzip besitzen wir eben im Zweck der oberen Gesellschaftsformen, in der Frage, ob die Verstaatlichung oder Vergemeindlichung eine Erhöhung oder Minderung der allen gemeinsamen öffentlichen Wohlfahrt bedeutet, ob dadurch die Bedarfsversorgung des Volkes erleichtert oder verbessert wird

Als volkswirtschaftlich zweckmäßig wird heute regelmäßig die Übernahme der großen Verkehrsanstalten durch den Staat bzw. die Gemeinden betrachtet und ebenso die anderer gemeinnütziger Veranstaltungen und Betriebe, bei

¹ Als Gründe für die zwangsgemeinwirtschaftliche Befriedigung von Bedürfnissen bezeichnet Kleinwächter (Lehrbuch der Nationalökonomie [1902] 19 ff.): „1. die Allgemeinheit des Bedürfnisses; 2. die Unmöglichkeit einer anderweitigen Fürsorge für ein gemeinsames Bedürfnis; 3. die Gefährdung des Publikums durch die Einzelnen.“

denen die öffentliche Verwaltung durchgängig allein die bestmögliche Bedarfsversorgung zu sichern vermag (Wasser, Licht usw.).

Die Beherrschung von natürlichen Seltenheitsgütern, gewissen Bodenschätzen und Kraftquellen, die für viele Industrien oder gar für alle Produktion notwendig sind, hat eine so hohe allgemein volkswirtschaftliche Bedeutung, daß hier die Sicherung gegen Ausnutzung durch ein privatkapitalistisches Monopol zweckmäßig erscheint. Auch das kapitalistische Kreditmonopol erregt begründete Bedenken. Es ist ein mächtiges Mittel zur Beherrschung der Volkswirtschaft durch das überwiegende Erwerbsinteresse des privaten Finanzkapitals¹. Gustav Ruhland² forderte „körperschaftlichen Kredit“ anstelle des Privatkredits, der die Seele des herrschenden Kapitalismus, der Hauptherd wucherischer Beziehungen sei. Andere verlangten, um den Übelständen abzuhelpfen, volle Verstaatlichung der schon konzentrierten Banken. Wir werden später auf die Frage zweckmäßiger Reorganisation des Bankwesens zurückkommen müssen.

Im allgemeinen stehen wir der reinen Verstaatlichung wirtschaftlicher Gebiete, nach unserer Auffassung vom Staatszwecke, kritisch gegenüber und würden andere Formen der Sozialisierung vorziehen, die Verstaatlichung jedenfalls nur als letztes Mittel ins Auge fassen. Bei der Post, bei den Eisenbahnen usw., wo eine bureaukratische Geschäftsführung weniger schädlich und eher möglich ist, wo es vor allem auf Pünktlichkeit, Sicherheit und gute Ordnung der Ausführung ankommt, mag der Staatsbetrieb sich empfehlen, nicht so leicht auf sonstigen Gebieten.

Wie aber verhält es sich mit dem Grund und Boden?³ Besteht auch da die Gefahr gemeinschädlicher Monopolbildung? Der Boden ist Naturgabe. Er kann nicht, wie sog. „beliebig vermehrbare“ Güter, an Ausdehnung bzw. Menge zunehmen. Das gibt dem Bodenbesitz eine besondere Wichtigkeit, die sich erhöht bei steigender Bevölkerung. Wer über den Boden verfügt, kann auch allein ihn verkaufen.

Man darf wohl von einem Monopol des Großgrundbesitzes sprechen in Gegenden, wo dieser überwiegt, wo nur das Pachtverhältnis den Zugang zum Landbesitz eröffnet, wenn nicht gar der Großgrundbesitzer überdies durch „Bauernlegen“ noch den eigenen Besitz vermehrt und den Rest selbständiger Grundeigentümer zu beseitigen sucht.

Einen ausgesprochen monopolistischen Charakter hat jedenfalls der städtische und vorstädtische Bodenbesitz. Das gleiche gilt von nichtstädtischen Industriezentren. Hier bedarf es nicht gerade kommunistischer Sozialisierung (Bodensozialismus). Aber um so notwendiger wird eine kräftig zugreifende Bodenreform, eine Bodenpolitik, welche Stadterweiterung und Wohnungsbeschaffung nicht mehr der privaten Spekulation und dem privaten Bereicherungsbestreben überläßt. Gemeinden, eventuell gemeinnützige Genossenschaften müssen mit dem notwendigen Enteignungsrechte ausgestattet werden usw.

Schon die große Zahl der kleinen und mittleren bäuerlichen Besitzer verhindert, daß man diese als Monopolisten bezeichne. Ihr Besitz ist

¹ Karl Oskar v. Soden, Ausgangspunkte und Wege der Sozialisierung, in Deutsche Arbeit IV (1919) 251 ff. 295 ff.

² System der politischen Ökonomie III 368.

³ Vgl. K. O. v. Soden, Die Bodenfrage, in Soziale Kultur XXXVII (1917) 637 ff.

auch zu klein, als daß der einzelne einen monopolistischen Einfluß auf die Bodenpreisgestaltung gewinnen könnte. Es beweist völligen Mangel an Verständnis der Eigenart der Landwirtschaft, wenn man etwa für den bäuerlichen Boden Staatseigentum mit Staatsbetrieb fordern wollte. Die Landwirtschaft ist, wo intensiver Betrieb nötig, wesentlich individuelle Pflégewirtschaft, sowohl dem Acker gegenüber wie in der Viehwirtschaft. Staatseigentum mit Privatbetrieb aber bleibt nur in beschränktem Umfange möglich, etwa in der Form der bisherigen staatlichen Domänenverfassung (Verpachtung staatlicher Domänen). Die Einführung allgemeiner Erbpacht mit staatlichem Eigentum würde der deutsche Bauernstand als Beraubung und als capitis deminutio empfinden. Schwere Schädigung landwirtschaftlicher Produktivität wäre die unausbleibliche Folge. Mit Recht bemerkt darum das rheinische Organ der christlichen Bauernschaft¹: „Der Staat wird sich bei seinen Sozialisierungsbestrebungen in der Landwirtschaft darauf beschränken müssen, eine zweckentsprechende Bodenpolitik zu betreiben und regelnd in die ländlichen Besitzverhältnisse im Interesse der Gesamtheit einzugreifen. Diese Bestrebungen decken sich in der Hauptsache mit dem, was man bisher Siedlungsfrage und innere Kolonisation nannte. Eine solche Sozialisierung kann auch als im allgemeinen Interesse liegend ausgesprochen werden. Denn Ziel einer gesunden Politik muß sein, unsern Bauernstand nach Kräften zu stärken, die Zahl der Bauernstellen zu vermehren, möglichst viele Menschen und Arbeitskräfte dem Lande wieder zuzuführen. Die Großstadtentwicklung muß abgebaut und das Land wieder mehr bevölkert werden. Mehr Menschen aufs Land! muß heute die Parole sein.“

Für eine Landbeschaffung in diesem Sinne bieten sich nach dem Organ der christlichen Bauernschaft der Rheinlande hauptsächlich folgende Möglichkeiten dar:

1. Freihändiger Ankauf und freiwillige Lieferung. Die freiwillige Hergabe würde am meisten zu begrüßen sein. In einigen deutschen Landesteilen haben sich größere Landwirte schon selbst zusammengetan, um aus eigenen Stücken Land zur Abgabe bereitzustellen. Es sind besondere Landlieferungsverbände von Großgrundbesitzern gebildet worden. (Gefördert wird diese Hergabe von Land durch die Bestimmung, daß bei der Vermögensabgabe statt Barzahlung eine Abgabe in Land vorgesehen ist.)

2. Kultivierung von Öd- und Unland. Eine besondere Schwierigkeit liegt hier allerdings in den Kosten. Schon früher waren diese Kosten recht erheblich. Heute aber sind die Kosten für Kultivierung und Instandsetzung angesichts der bedeutend gestiegenen Materialpreise und Lohnansprüche ganz gewaltige.

3. Bereitstellung geeigneter Staatsdomänen.

4. Vorkaufsrecht bei privatem Besitzwechsel zugunsten des Staates.

5. Enteignung. Dieser Weg soll aber erst dann beschritten werden, wenn alle andern Quellen erschöpft sind, und auch dann soll die Enteignung nur angewendet werden unter Vermeidung schroffer Eingriffe nach Rücksicht der Billigkeit und des Gesamtinteresses.“

Das wären also die Wege einer „Sozialisierung“, mit der auch die Landwirtschaft einverstanden sein kann.

¹ Vom 15. August 1919.

Im Interesse ihrer privatwirtschaftlichen Zwecke hatte die Industrie bis in das letzte Viertel des 19. Jahrhunderts hauptsächlich Verbesserung der maschinellen Ausrüstung und der inneren Organisation der Betriebe erstrebt. Dann suchte man die Schwierigkeiten, welche sich aus der Konkurrenz der Großbetriebe ergaben, zur Sicherung und Mehrung des eigenen Ertrags, auf andern Wegen zu überwinden¹. Man griff zur Betriebsvereinigung, zur Angliederung ergänzender Fabrikationen an ein Unternehmen (Integration, vertikale Kombination, gemischte, kombinierte Werke), zur Filiation (Anlehnung neu gegründeter Betriebe an eine ältere Unternehmung), Interessengemeinschaft (Zusammenarbeiten mehrerer Unternehmungen mit Verteilung des Gewinnes nach vereinbartem Schlüssel), zur Besitzgemeinschaft und Beteiligung (Erwerb der Aktien anderer Unternehmungen eventuell zur Beherrschung der letzteren), zur Kartellierung und Vertrustung (Zusammenfassung einer größeren Anzahl von Betrieben zu einem Riesenunternehmen).

Wenn nun heute von einer Sozialisierung der Industrie gesprochen wird, so dürfte eigentliche Verstaatlichung doch nur dann in Frage kommen können, wo die Beseitigung eines privatkapitalistischen Monopolverhältnisses, welches die nationale Bedarfsversorgung erschwert, auf anderem Wege nicht möglich ist. Genügte das System der Konzessionierung mit staatlicher Kontrolle, oder andere, nicht kommunistische Formen, so wäre das vorzuziehen. Unsere Grundanschauungen würde es jedenfalls am meisten entsprechen, wenn die Industrie aus sich heraus unter Hinzuziehung des Handels und der Verbraucher Selbstverwaltungskörper schüfe, welche in eine gesunde, nichtkommunistische Gemeinwirtschaft überleiten könnten. Solche Selbstverwaltungskörper wurden schon von industriellen Reichsarbeitsgemeinschaften errichtet. So haben die stahlindustriellen Werke in Deutschland den Stahlbund gegründet. Ebenfalls die Chemie verfügt über eine Reichsarbeitsgemeinschaft, desgleichen die deutsche Eisen- und Metallindustrie usw.

Von einer Verstaatlichung des Handwerks, unter Wahrung der kleingewerblichen Betriebsform, kann nicht geredet werden. Ein wichtiges Mittel zur Kräftigung des Handwerks und zur Steigerung seiner Leistungsfähigkeit im Bedarfsdeckungsprozesse bildet aber die sog. Arbeits- oder Lieferungsgemeinschaft, auch Werkvereinigung genannt. „Ihrem Wesen nach“, sagt Lübbering², „ist sie eine Zusammenfassung der handwerklichen Produktivkräfte zur Lösung derjenigen Aufgaben, denen der Klein- und Mittelbetrieb in seiner Vereinzelung nicht gewachsen ist. Sie soll das Handwerk befähigen, alle Arbeiten zu erledigen, die in seinen Wirkungsbereich fallen, ohne Rücksicht auf ihren Umfang. Ihre Notwendigkeit zeigte sich sofort, als es galt, die riesenhaften Heeresaufträge der Kriegszeit in den Klein- und Mittelbetrieben des Handwerks zu erledigen. Ihre vollendetste Ausprägung hatte sie vor dem Kriege schon im rheinisch-westfälischen Tischlerhandwerk gefunden. Das übrige Handwerk hat fast allgemein während des Krieges den gleichen Weg eingeschlagen. Warum das Gros des Handwerks nicht schon früher den gesunden Gedanken der Arbeitsgemeinschaft verwirklicht hat, erklärt sich aus den Schwierigkeiten, die diesem

¹ Näheres in Bd. I^o: Kap. 2, § 10, 361 ff. Vgl. auch kurz bei Schwiedland, Der industrielle Zusammenschluß, in Soziale Kultur XXXVII (1917) 276 ff.

² Die Arbeitsgemeinschaft der selbständigen Handwerker, in Soziale Kultur XXXVII (1917) 604 ff. Separat und ergänzt 1919.

entgegenstehen. Sie liegen teilweise in den äußeren Verhältnissen, wie z. B. in der bürokratisch-engherzigen Vergebungspraxis mancher Behörden (vor dem Kriege), zum größten Teil aber im Handwerk selber, in seiner sittlichen und wirtschaftlich technischen Verfassung, wie sie sich unter der Herrschaft des freien Spiels der Kräfte gebildet hat.“

Man hat zuweilen über eine kapitalistisch-monopolistische Ausbildung des Großhandels geklagt und für den Handel mit Dingen des notwendigen Bedarfs wohl auch dessen Verstaatlichung verlangt. Andererseits hoffte man die monopolistische Stellung speziell des Lebensmittelgroßhandels durch Zusammenschluß von landwirtschaftlichen Genossenschaften und von Verbrauchergenossenschaften in einem gemeinsamen Zweckverbände, auf gemeinwirtschaftlicher Grundlage, überwinden zu können. Im übrigen wurde eine Sozialisierung des Großhandels im Anschluß an die Industrie der einzelnen Produktionszweige für zweckmäßig erachtet. Die Verstaatlichung könnte jedenfalls nur dann in Betracht kommen, wenn sie als unbedingt notwendig mit Rücksicht auf die volkswirtschaftliche Aufgabe erwiesen wäre. Auch der Kleinhandel wird, als wertvoller Bestandteil des Mittelstandes, mit seiner wirtschaftlichen Funktion, bei vernünftig voranschreitender Reform nicht geopfert werden. Das dürfte namentlich bei Kommunalisierungsfragen zu berücksichtigen sein.

Als Hauptmittel für Lösung der schweren Finanzfragen nach dem Weltkriege wird die Einführung von Staatsmonopolen heute selbst von Leuten empfohlen, die sonst dem Monopolgedanken abgeneigt waren. Wir möchten die Behandlung der finanziellen Monopole der Finanzwissenschaft überlassen und beschränken uns hier nur auf einige allgemeinere Bemerkungen.

Auch solche Monopole müssen technisch und ökonomisch möglich, finanziell zweckmäßig und notwendig sein. Das ist prinzipielle und praktische Voraussetzung der Einführung finanzieller Monopole. Insbesondere ist die Überordnung volkswirtschaftlicher Gesichtspunkte über die finanzwirtschaftlichen, besonders bei finanzwirtschaftlichen Monopolen, zu beachten. Man wird sich darum zuerst immer über die volkswirtschaftlichen Folgen der Einführung eines Monopols klar werden müssen.

Dann wird zu untersuchen sein, ob im gegebenen Fall ein Vollmonopol, mit Ausschaltung der Privatwirtschaft von der Herstellung des Produkts bis zum Verkauf an den Verbraucher, oder ein Teilmonopol zu wählen ist. So wird z. B. beim Zucker ein reines Fabrikationsmonopol mit gleichzeitigem Schutz des Publikums gegen zu hohe und unregelmäßige Preisaufschläge seitens des Handels empfohlen. Eine Monopolisierung des Handels aber ließe sich hier nicht durchführen. Selbst der Großhandel wäre nicht zu entbehren mit Rücksicht auf den Zuckerexport. Das reine Handelsmonopol, bei welchem die Herstellung des Produktes der Privatindustrie überlassen bleibt, kann wieder ein Vollhandels- oder ein Teilhandelsmonopol sein. Bei ersterem ist der Privathandel gänzlich ausgeschlossen. Das Teilhandelsmonopol ist praktisch meist Zwischenhandelsmonopol, d. h. der Staat kauft die Ware vom Produzenten und verkauft sie mit entsprechendem Aufschlag an den Kleinhandel. Außer diesen gewöhnlichen Formen des Staatsmonopols gibt es noch andere, die ebenfalls für volkswirtschaftliche

Monopole in Betracht kommen können. Dahin gehören z. B. die Errichtung einer „Vertriebsgesellschaft“ (Aktiengesellschaft) mit Alleinhandelsrecht aber unter staatlicher Aufsicht der Geschäftsführung und Preispolitik. Auch würde der Staat Anteil am Reingewinn haben. Ein anderer Weg wäre die Schaffung eines Zwangssyndikates in einem Produktions- oder Handelszweige, wobei dem Staate ein Mitbestimmungsrecht bei der Geschäftsführung, besonders bei der Preisbildung und ebenso ein Anteil am Gewinn zugesichert würde usw. usw.¹

Fassen wir noch einmal die in der Monopolisierungsfrage wichtigsten Gesichtspunkte kurz zusammen:

1. Wir lehnen aus prinzipiellen und praktischen Gründen den durch seinen absolutistischen Staatsbegriff kompromittierten kommunistischen Sozialismus, die fortschreitende Beseitigung jedes Privateigentums an den Produktionsmitteln, die allmähliche Verstaatlichung oder Vergemeindlichung aller bisher privater Betriebe, kurz die „Vollsozialisierung“² als unheilvoll für Volk und Staat ab. Gleiches gilt von einer allgemeinen Syndikalisierung, durch welche die Betriebe an die zufällige Arbeiterschaft übergeben werden sollen. Für Leitung komplizierter Betriebe erweist und erlangt die Arbeiterschaft am wenigsten durch „wilde Sozialisierungen“ die erforderliche Befähigung.

Die Übernahme der gesamten Produktion durch den Staat liegt nicht nur außerhalb des Staatszweckes, sie widerspricht auch diesem Zwecke. Die „öffentliche Wohlfahrt“ als gesellschaftlicher Zustand verträgt sich keineswegs mit der zwangsweisen Einschnürung des Wirtschaftslebens in einen zentralisierten Mechanismus, nicht mit der bürokratischen Kontrolle, die ein Gesellschaftszustand mit vorherrschender kollektivistischer Gemeinwirtschaft nötig machen würde. Es läßt sich nicht mit dem „allgemeinen Wohle“ vereinbaren, wenn die Volksgenossen in wachsender Zahl zu öffentlichen Beamten werden, wenn die wirtschaftliche Abhängigkeit einen immer größeren Teil des Volkes ergreift, wenn die freie Entwicklung und Betätigung der Individuen mehr und mehr unterbunden wird. Da ist kein universales, bei den einzelnen Bürgern sich verwirklichendes Wohl, da kommen die in den Einzelnen veranlagten Kräfte und Fähigkeiten nicht zur vollen Entfaltung, da verliert sich das Individuum mit allem, was es Gutes und Nützliches in sich birgt, in dem ertötenden Einerlei einer mechanisierten Gesamtwirtschaft. Nicht in der Verallgemeinerung der Abhängigkeit, nicht in einem Zustand, wo sich die große Mehrzahl der Bürger auch auf wirtschaftlichem Gebiete als Untergebene einer gewaltigen Beamtenhierarchie gegenübergestellt sieht, wo die Masse der unten Stehenden nur durch einen langen Instanzenzug hindurch mit ihren Wünschen und Beschwerden zu den höchsten Vorgesetzten gelangen kann, nicht in solchen Verhältnissen wird man daher das rechte, erstrebenswerte Ziel der Weiterentwicklung erblicken können.

Mit Rücksicht auf den Weltverkehr und die Weltwirtschaft wäre es überdies für Deutschland unmöglich, durch Vollsozialisierung inmitten all der

¹ Vgl. Paul Beusch, Grundsätzliches zur Frage der Staatsmonopole, in *Soziale Kultur* XXXVII (1917) 154 ff.

² Kautsky sagte auf dem Berliner Rätekongreß (April 1919): „Der Ruf nach sofortiger Vollsozialisierung ist nichts weiter als ein Schlagwort.“

Länder, die das Privateigentum an den Produktionsmitteln keineswegs zu beseitigen beabsichtigen, gewissermaßen für sich eine kommunistische Insel zu bilden.

2. Wir lehnen aber ebenso den individualistischen Gedanken absoluter Gewerbefreiheit und absolut freier Konkurrenz, der jede Verstaatlichung und Vergemeindlichung ausschließt, ab. Der freiwirtschaftliche Liberalismus hat die Ausbildung privatwirtschaftlicher Monopole nicht verhindern können. Gerade die hierdurch hervorgerufenen Mißstände sind es zum Teil, die nun öffentliche Monopolisierungen notwendig machen.

3. Mit Rücksicht auf den Zweck der höheren Gesellschaftsformen (Staat, Gemeinde) kann von einer Verstaatlichung oder Vergemeindlichung nur ausnahmsweise die Rede sein. Sie muß darum in jedem Einzelfall gerechtfertigt werden durch ihre volkswirtschaftliche oder finanzielle Notwendigkeit.

4. Der marxistischen Lehre von einer naturnotwendigen „Entwicklung“ zum Kommunismus hin (materialistische Geschichtsauffassung, Entwicklungsgesetze der kapitalistischen Gesellschaft) fehlt jede wissenschaftliche Begründung. Sie ist auch von einsichtsvollen Sozialisten abgewiesen worden. Folgerichtig erweckt die Formel von Betrieben, die „für die Sozialisierung reif“ seien, bei uns kein Vertrauen. Es kann nur von für Verstaatlichung oder Kommunalisierung geeigneten Betrieben¹ die Rede sein. Und darüber, d. i. über die technische, ökonomische, volkswirtschaftliche oder finanzwirtschaftliche Möglichkeit, Zweckmäßigkeit, Notwendigkeit, muß man sich wiederum in jedem Einzelfall vorerst versichern.

Nicht alle Wirtschaftszweige eignen sich schon ihrer Natur nach für den öffentlichen Betrieb. Wo der spekulative Charakter des Geschäftes freie Beweglichkeit der Geschäftsleitung, schnelle Entscheidungen, rasche Entschlüsse erfordert, da ist der notwendig schwerfälligere öffentliche Betrieb mit seiner bureaukratischen Kontrolle nicht am Platze. Auch die politische Möglichkeit und Zweckmäßigkeit fällt ins Gewicht. In einem rein demokratischen Staate bedeuten umfassende Verstaatlichungen eine enorme Stärkung der gerade herrschenden Partei mit allen Konsequenzen.

5. Namentlich ist auch zu untersuchen, ob die Hinopferung wirtschaftlich selbständiger Existenzen den Volkwohlstand, die sozialen Lebensbedingungen der Gesellschaft, nicht schwerer schädigt, als daß dieser Schaden durch vermeintliche Vorteile einer Verstaatlichung oder Kommunalisierung aufgewogen werden könnte.

¹ Der gegen Staatsmonopole allgemein erhobene Einwand der Schwerfälligkeit des Betriebes, der Behinderung des technischen Fortschrittes, des Mangels an kaufmännischem Geiste trifft nicht auf alle Staatsbetriebe in gleicher Weise zu. Man wird darum beim Einzelfalle zu prüfen haben, ob der in Frage kommende Betrieb sich für Verstaatlichung eignet. So wäre z. B. eine Monopolisierung der wichtigen Maschinenindustrie allerdings kaum möglich ohne Hemmung des technischen Fortschrittes.

6. Die richtige Sozialisierung der Eigentumsverhältnisse wird nicht kommunistische Formen aufweisen, nicht zur Beseitigung des Privateigentums an den Produktionsmitteln führen, sondern im Gegenteil eine Vermehrung der Eigentümer bewirken, Schaffung von kleinem Eigenbesitz (Siedlungsgesetzgebung), Stärkung des kleinen und mittleren Besitzes, Ausstattung auch der Arbeiter mit einem kleinen Besitz¹. Mit gesunder Mischung des privaten Eigentums, die weithin eine wirkliche Verbindung zwischen Arbeit und Produktionsmittel herstellt, muß sich eine den psychologisch wichtigen Antrieb des Erwerbstrebens nicht ertötende Begrenzung der Größe des Eigentumserwerbes und eine die Erfüllung der volkswirtschaftlichen Aufgabe, die nationale Bedarfsdeckung, sichernde Ordnung des Eigentumsgebrauches verbinden, namentlich auch beim Grund und Boden als dem natürlichen Nährboden des Volkes².

Wo immer eine Übernahme von Privateigentum in Staats- oder Gemeinde-eigentum gerechtfertigt ist, da wird der bisherige Eigentümer zu entschädigen sein. Wenn privates Recht mit dem öffentlichen Recht, das Privatinteresse mit dem öffentlichen Interesse kollidiert, müssen Privatrecht und Privatinteresse als das niedere Recht und Interesse dem öffentlichen Rechte und Interesse als dem höheren weichen, — aber auch nicht mehr und nicht weiter, als eine wirkliche Kollision vorliegt, während der nicht in Kollision kommende Teil des privaten Rechts und Interesses seine volle Geltung bewahrt. So z. B. wenn das öffentliche Interesse zum Zweck der Verkehrserleichterung des Grundstückes eines Privatmanns bedarf, so kollidieren die Rechte der Gesamtheit und des Privaten bloß in betreff des privaten Eigentums an jenem Grundstück, weshalb der private Eigentümer sein Eigentumsrecht am Grundstück aufgeben muß. Zwischen dem Eigentum am Grundstück als einer Wertgröße aber, als eines Bestandteils des privaten Vermögens und dem öffentlichen Interesse liegt eine Kollision nicht vor. Darum hat der expropriierende Staat bzw. die Gemeinde dem Privaten den vollen Wert seines Grundstückes zu ersetzen, weil es für den Bau der Straße nicht notwendig ist, daß der Private einen Vermögensverlust erleidet. Und so verhält es sich auch bei den für Sozialisierungen notwendig werdenden Expropriationen. Jede Expropriation vollzieht sich rechtlich nur, wenn den für die Rechtskollision geltenden Prinzipien genügt, mit andern Worten: wenn dem berechtigten, aber sein Recht opfernden Privaten volle Entschädigung geleistet wird.

Das solidaristische System unterscheidet sich dadurch wesentlich vom kollektivistischen Sozialismus, daß es eine allgemeine Vergesellschaftung der Produktionsmittel ablehnt, dafür aber für eine umfassende Sozialisierung der Menschen eintritt. Wir möchten auf diesen Gedanken noch einmal zurückkommen im Hinblick auf die notwendige Weiterbildung des Organisationswesens und auf die Umgestaltung des Arbeitsverhältnisses im solidaristischen Sinne.

¹ Von Leo XIII. in der Enzyklika „Rerum novarum“ empfohlen.

² Vgl. Alois Wurm, Das Recht auf ein Existenzminimum, in Soziale Kultur XXXVII (1917) 601 ff.

44. Organisationswesen und Solidarisierung des Wirtschaftslebens. Als Glied der Menschheit durch jene humane Solidarität gehoben und getragen, die sich, wie die Solidarität der christlichen Familie, vornehmlich auf das Gesetz der Liebe stützt, findet der Mensch neuen mächtigen Schutz und wirksame Förderung durch die auf sozialer Gerechtigkeit fußende Solidarität der staatlichen Gesellschaft. Dazu kommt nun aber noch, in Gestaltung und Ausdehnung durch geschichtliche Verhältnisse und Bedürfnisse bedingt, — ein Lebensproblem gerade der heutigen Welt — die korporative Ordnung, die auf der Gruppierung der Menschen je nach der Gemeinsamkeit ihrer wirtschaftlichen Interessen und ihrer wirtschaftlichen Funktionen beruht, die echt und recht solidarische Organisation und Einigung der Berufs- und Standesgenossen, vornehmlich zu dem doppelten Zweck wirksamer Interessenvertretung gegenüber Staat und Publikum, anderseits zur Regelung bzw. Potenzierung der (für ihre wirtschaftliche Selbstbehauptung oder für eine, dem Wohle der Gesamtheit, der ganzen Branche, des ganzen Standes und dessen Glieder genügende Betätigung) unzulänglichen Einzelkräfte. Daß die Assoziation auch mißbraucht werden kann zum Verderben des Volkes und seiner Stände, daß der Staat infolgedessen unter Umständen genötigt wird, das Gemeinwohl gegen solchen Mißbrauch wirksam zu schützen, steht außer Frage.

„Wo die Aufklärung nur einen mechanischen Verein erblicken konnte, da ist in Wahrheit vorhanden ein lebendiges Verhältnis der Wechselwirkung und gegenseitigen Verpflichtung wie der Glieder eines organischen Leibes. Der Nährstand kann nicht ohne die bildende Kraft des Lehrstandes, nicht ohne den Schutz des Wehrstandes sein, wie umgekehrt beide nicht ohne die ernährende des ersteren usf., der Ackerbauer nicht ohne den Fabrikanten, der Fabrikant nicht ohne den Ackerbauer. Alles ist durcheinander und füreinander, Mittel und Zweck zugleich, Mittel für das Ganze und Zweck für sich selbst. Und ein Staat ist, wie schon Schelling bestimmte, um so vollkommener, je inniger sich ein jeder in ihm dieser Gegenseitigkeit bewußt ist. So ist es denn die besondere Aufgabe des Rechts und der Staatskunst, dieselbe zu wahren, und wo ein Stand oder eine Klasse in egoistischer Verfolgung ihres Sonderinteresses sich ihr entziehen will, ihn zu der Harmonie mit dem Ganzen zurückzuführen.“¹

Die richtige Durchführung der berufsgenossenschaftlichen Organisation in Verbindung mit der vernunftgemäßen Erfassung der Aufgaben der Staatsgewalt eröffnet in der Tat die Aussicht auf eine dem Gesamtwohle dienende Sozialisierung des Wirtschaftslebens, auf eine Bedarfsdeckung des Volkes in solidaristischer, nicht kommunistischer Art.

Was wir in Deutschland heute bedürfen, um aus unserer Not herauszukommen, das ist, wie Kautsky auf dem Berliner Rätekongreß

¹ So in einer längst vergessenen Schrift von Nibler, *Der Staat aus dem Organismus des Universums entwickelt* (1805). Der philosophische Standpunkt Niblers bleibt hier im übrigen außer Betracht.

(April 1919) sagte, „ein großer Stab höchstentwickelter Intellektuellen“, und wir fügen hinzu: Nötig ist uns eine Betriebsleitung durch tüchtige, tatkräftige, selbständige, auf Ertrag und Kapitalbildung bedachte Unternehmer. Nur müssen diese Unternehmer den objektiven Zweck ihrer wirtschaftlichen Tätigkeit, die Bedarfsversorgung der Konsumenten, nicht bei der Verfolgung des subjektiven Zweckes, der Ertragsbildung, schädigen, den privatwirtschaftlichen Ertrag nicht höher stellen als die Erfüllung der volkswirtschaftlichen Aufgabe. Und um wiederum hierzu zu gelangen, wird es einer gesellschaftlichen Leitung des Unternehmertums bedürfen. „Die individuellen Antriebe beim Unternehmertum wie bei der großen Masse“, sagt Artur Spiethoff¹, „sind heute weniger entbehrlich als je, denn die seelische Verfassung war andern Beweggründen nie unzugänglicher als heute, und die volkswirtschaftliche Notlage macht höchste Kraftanstrengung zur dringenden Notwendigkeit.“ Daraus folgt weiter: „Die Bedarfdeckungswirtschaft“ (im kommunistischen Sinne) „wird dadurch für absehbare Zeit unmöglich, und alle Sozialisierung wird im Rahmen einer gesellschaftlich geleiteten Marktwirtschaft vor sich gehen müssen, die auf die Entfaltungsmöglichkeit und Belebung wirtschaftlich wirkender seelischer Antriebe ihre besondere Aufmerksamkeit richtet.“ Die „gesellschaftliche Leitung“ aber ist keine Leitung der Betriebe, sondern der großen Gewerbszweige durch Unternehmer, Verbraucher, Arbeiter und Vertreter des Staates. „Das Unternehmertum als Ganzes hat“, wie Spiethoff sagt, „nicht diejenige volkswirtschaftliche Einsicht, als daß ihm bei den veränderten erschwerten Verhältnissen die Volkswirtschaft in der bisherigen Weise überlassen werden könnte. Wie nützlich Maßnahmen der gedachten Art auf die Unternehmerorganisationen, auf die Kartelle, auf die Außenseiter wirken, hat die Kriegswirtschaft gezeigt. Diese hat für manche Gewerbe bereits gesellschaftliche Leitungen angebahnt, die als gelungene Versuche zu werten sind. Über die besondern Übergangsaufgaben hinaus, als da sind Ein- und Ausfuhrregelung, Devisenverteilung, Rohstoffzuteilung, Still- und Zusammenlegungen, Kapitalanlegungen sind es namentlich die Preis- und Lohnregelungsgebiete, die einer gesellschaftlichen Behandlung nicht mehr entraten können. Der soziale Friede und das Gedeihen der deutschen Volkswirtschaft sind gleicherweise schlechterdings davon abhängig, daß Preise und Löhne im Zusammenhang miteinander bestimmt werden, und daß Vertreter aller Beteiligten dabei zu einem Ausgleich kommen. Die gesellschaftlichen Organe scheinen am besten berufen, diesen lebensnotwendigen Ausgleich herbeizuführen.“

Noch ist bei der Ausbildung einer berufsgenossenschaftlichen Organisation alles in Bewegung. Die großen industriellen Verbände haben sich zu Reichs-

¹ Einige Bemerkungen zur Lehre von der Sozialisierung, in Schmollers Jahrbuch XLIII (1919) 437 ff.

verbänden zusammengeschlossen, ebenso die landwirtschaftlichen Spezialverbände, die Handwerkerverbände¹, die Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände. Den Abschluß der Bewegung bildet das Standesparlament.

Bei allem ist aber auch nicht die Bedeutung örtlicher Verbände zu übersehen. Die Lebensinteressen eines großen Teiles speziell des Mittelstandes und sein Absatzgebiet konzentrieren sich auf die örtliche Gemeinde. Hier müssen die Interessen des Standes vornehmlich geltend gemacht werden. Dazu bedarf es aber eines örtlichen Zusammenschlusses, der zugleich dem Berufs- und Fachverband einen starken Unterbau bietet. Es würde eine Schwächung besonders dieser örtlichen Verbände bedeuten, wenn dieselben an Stelle politischer Neutralität einen parteipolitischen Charakter annehmen wollten. Die wirkungsvolle und friedliche Vereinigung aller Berufsgenossen in demselben örtlichen Verbands wäre dadurch unmöglich gemacht.

Auch in dem Genossenschaftswesen, dessen hohe Bedeutung für Landwirtschaft, Handwerk und Kleinhandel die Erfahrung bewiesen, und ebenfalls in den Kartellen wirkt der Solidaritätsgedanke. Beide Vereinigungsformen sind jedoch privatwirtschaftlicher Art, ökonomische Vereinigungen ihrer Mitglieder für geschäftliche Ziele unter Anwendung geschäftlicher Mittel. Sie können den korporativen Vereinigungen der Berufsgenossen, den Standesorganisationen nicht gleichgestellt werden, sondern sind denselben untergeordnet. Wir haben darum auch Bedenken, mit Ruhland zu sagen: „Die Innung der Zukunft heißt Syndikat“². Eine Planwirtschaft (Anpassung der Produktion an den Bedarf) wird die Zukunft bringen, aber in einer Form, welche den volkswirtschaftlichen Zweck über das privatwirtschaftliche Interesse stellt, beherrscht vom berufsgenossenschaftlichen und dem richtig verstandenen gemeinwirtschaftlichen Gedanken. Auf bloßer Kartellierung (als kapitalistischer Organisationsform) läßt sich die ganze Reform nicht aufbauen³.

45. Sozialisierung des Arbeitsverhältnisses. Eine ganz besondere Bedeutung gewinnt der Gemeinschaftsgedanke, wie gesagt, in seiner Anwendung auf das Arbeitsverhältnis. Nicht Kapital und Arbeit, sondern der Unternehmer und die Arbeiter verbinden sich im Arbeitsvertrage, der Mensch mit den Menschen. Juristisch ein Lohnverhältnis, ethisch quasi ein Gesellschaftsverhältnis der Arbeitsgemeinschaft!⁴ Das Kapital ist Gegen-

¹ Vgl. dazu Heinrich Lübbering, Berufsständische Gemeinschaftsarbeit (1919). Für den Kleinhandel liegen die Verhältnisse schwieriger. Indes scheint auch da eine berufsständische Bewegung angekündigt (Reichsbund deutscher Textildetaillistenverbände).

² System der politischen Ökonomie III (1908) 345 f. Vgl. unsern Bd. III, Kap. 3, § 1, 424 ff.

³ Vgl. Walter Rathenau, Die neue Wirtschaft (1918). Dazu Karl v. Tyszka, Die Sozialisierung des Wirtschaftslebens (1919). Eine besonders scharfe Ablehnung Rathenaus bei Walter Lambach, Diktator Rathenau (1918).

⁴ „Wir wollen nicht die Abschaffung der Unternehmer, sondern die gemeinsame Arbeit mit ihnen. Beide, Arbeiter und Unternehmer, sind notwendig und schaffen in gemeinsamer Tätigkeit den Ertrag.“ Das ist die Auffassung vernünftiger Arbeiterkreise, wie sie z. B. in der Rede Heinr. Imbuschs auf der 15. Generalversammlung des

stand oder Mittel im Produktionsprozeß, der Mensch dessen Ziel, außer den Konsumenten in ihrer Art alle an der Produktion beteiligten Personen, auch die Arbeiter. Jede Ausnützung der Kapitalmacht auf Kosten der physischen, geistigen, sittlichen Persönlichkeit des Arbeiters bleibt ausgeschlossen (Arbeiterschutzgesetzgebung), als wucherisch gebrandmarkt jede ungerechte Ausbeutung der Arbeitskraft, die Vorenthaltung des nach Recht und Billigkeit verdienten Lohnes. Mag der Unternehmer von seinem privatwirtschaftlichen Standpunkte aus den Arbeitslohn zu den Kosten der Produktion rechnen. Das soziale System erblickt in dem Lohne jenen wichtigen Bestandteil des Volkseinkommens, durch den heute die große Masse des Volkes ihr Leben erkaufte. Es wünscht dessen Bemessung schon für den ungelerten Arbeiter bis zu dem Minimalmaße einer dem erreichten Kulturstande entsprechenden wahrhaft menschenwürdigen Lebenshaltung, überhaupt den standesgemäßen Unterhalt der Arbeiterfamilie, wennmöglich mit Beteiligung am Gewinn. Die Freiheit des Vertrages findet im göttlichen Sittengesetz seine Grenzen. Nicht um die unmögliche Aufhebung des Arbeitsverhältnisses handelt es sich für die Zukunft, sondern um dessen Umgestaltung gemäß der Gerechtigkeit, dem sozialen Ideal und den Interessen der menschlichen Kulturgemeinschaft. Im Mittelalter war das Arbeitsverhältnis ein Durchgangsstadium zur vollen ökonomischen Selbstständigkeit. Etwaige Unvollkommenheiten wurden leichter verschmerzt. Heute ist es ein dauerndes Verhältnis für die große Menge der Menschen. Es handelt sich jetzt darum, dem arbeitenden Menschen im Rahmen jenes Verhältnisses ein wahrhaft menschenwürdiges Dasein zu bereiten, und dasselbe zu sichern auch für die Zeit, wo er ohne eigene Schuld nicht arbeiten kann (Sozialversicherung).

Der moderne Arbeiter fordert die materielle Verwirklichung jener Rechtsgleichheit, welche das Gesetz ihm formell gewährt hat, und zwar nicht nur

Gewerkvereins christlicher Bergarbeiter (August 1919) zum Ausdruck kam. Solche Kreise erkennen, daß eine Förderung und Hebung der Industrie nicht nur Sache der Unternehmer, sondern auch der Arbeiter ist. Vgl. hierzu Theod. Brauer, Gewerkschaft und Volkswirtschaft (1912). Der Aufschwung der deutschen Industrie vor dem Weltkriege wäre ohne die weitblickenden Industriekapitäne ebenso unmöglich gewesen, wie ohne eine hochwertige Arbeiterschaft. „Aus gelernten, angelernten und ungelerten Arbeitern“, bemerkt H. Schuhmacher (Unternehmertum und Sozialismus, in Schmollers Jahrbuch XLIII (1919) 405 ff.), „wußte der Unternehmer einen arbeitsfähigen Organismus zu schaffen, auf dessen glänzendem Zusammenwirken ein nicht unerheblicher Teil der Erfolge unserer Qualitätsindustrie beruhte. Nicht in den sachlichen Produktionsmitteln war die Überlegenheit, durch welche die deutsche Industrie sich vielfach ausgezeichnet hat, begründet; in ihnen sind in einer Zeit freien Maschinenhandels nur noch geringe Unterschiede zwischen entwickelten Industrieländern vorhanden. Die Ausnutzung des technischen Apparates war aber verständnisvoller und wirksamer; und das erklärt sich, abgesehen von der weitsichtigen und zielbewußten Leitung der Unternehmer, aus der Bildung und Disziplin der deutschen Arbeiter, mit deren Hilfe wir auch in Zukunft uns allein zu der uns zukommenden Stellung emporringen können.“

in wirtschaftlicher, sondern auch in bürgerlicher und gesellschaftlicher Beziehung¹. Das erst ist die volle Emanzipation, wie sie das soziale System dem „vierten Stande“ vindiziert. Die Arbeiter wollen sich nicht mehr einseitig vom Arbeitgeber die Bedingungen diktieren lassen, welcher Lohn, welche Arbeitszeit, welche Betriebsordnung als angemessen zu betrachten seien. Nachdem für das politische Gebiet der Arbeiter als gleichberechtigter Bürger anerkannt ist, will er ferner auch teilhaben an den Rechten und Wohltaten, die andern Ständen lediglich um ihrer bürgerlichen Qualität willen gewährt sind, teilhaben insbesondere an der Gesetzgebung, die seinen eigenen Stand betrifft. Sein Ehrgefühl gestattet es schließlich nicht, als gesellschaftlich minderwertig zu gelten, seinen Stand als „Schatten der Gesellschaft, als Anhängsel der übrigen Stände“, als Gegenstand einer bevormundenden Fürsorge und fürsorgenden Bevormundung betrachtet und behandelt zu sehen. Daß gerade in letzterer Beziehung zuweilen eine übertriebene Empfindlichkeit der Arbeiter zu tage tritt, daß auch unbillige Forderungen gestellt werden können, beweist die tägliche Erfahrung, und zwar zum Schaden der Arbeiter selbst.

Der aufrichtige Freund wird wie dem Arbeitgeber so auch dem Arbeiter nicht in allem schmeicheln, wird ihn nicht bloß an seine Rechte, sondern ebenso sehr an seine Pflichten gegen Unternehmer und Gesellschaft erinnern. Man darf freilich von ihm nicht nur Opfer fordern und erwarten. Der Heroismus wird geweckt durch das Bewußtsein der Pflicht. Die Pflicht aber verbindet sich stets mit dem Bewußtsein des Rechts, des Anspruchs auf das eigene Glück, soweit nicht das Gemeinwohl des Ganzen und die Rücksicht auf fremdes Recht das Opfer erheischt. Auch wer im niedrigen Stande lebt, erhebt diesen Anspruch. Er fühlt sich als Bürger nur, wenn die gesellschaftliche Solidarität seinen Interessen in dem gleichen Maße schützend und helfend zur Seite steht wie bei den übrigen Gliedern der Gesellschaft. Er fühlt sich zurückgesetzt, wenn sie ihm nur unvollkommen sich zuwendet. Er fühlt sich als Sklave, wo sie ihm verweigert wird². Das gilt für das ganze politische und soziale Leben. Aber auch für das wirtschaftliche Zusammenwirken mit dem kapitalistischen Unternehmer. Wo der Mensch dem Menschen sich eint zur Erreichung eines Zweckes, kann und darf das echt menschliche, gesellschaftliche, solidarische, kurz das sittliche Moment nicht verschwinden: gegenseitige Pflichten, gegenseitige Rechte, gerechte Teilnahme an dem Gute, welches den Zweck der Vereinigung bildet!

So wirft das Solidaritätsprinzip helles Licht ganz besonders auf das durch Materialismus und Selbstsucht in Feindschaft verzerrte Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Es läßt in seiner vollen Geltung erstens die gesamte Arbeit, die innerhalb der staatlichen Gesellschaft auf Förderung der Kultur, auf Beschaffung des Reichtums sich richtet, als ein durch soziale Pflichten beherrschtes Zusammenwirken aller zur Herstellung und Bewahrung des Gesamtwohles erkennen; es erstrebt zweitens, allen Berufsgruppen die

¹ August Pieper, Das Problem der Einordnung der Arbeiterbewegung in die Gesellschaft, in Soziale Kultur 26. Jahrgang (1906), 114 ff. Auch H. Koch S. J., Die Gleichstellung von Arbeitgeber und Arbeitnehmer in der Großindustrie, in Stimmen aus Maria-Laach LXIX (1905) 253 ff. 374 ff. Heinrich Herkner, Die Arbeiterfrage 499 ff. Franz Hitze, Arbeiterfrage.

² Sismondi, Études sur les sciences sociales II, éd. Bruxelles 1838, 185 f.

Früchte ihrer Mitwirkung zu sichern, allen die ihrer Stellung, ihrem Verdienste entsprechende Teilnahme an den Fortschritten der Kultur und an dem wachsenden Wohlstande des Volkes zu gewähren.

„Ich erblicke in dem Streben, die Schwachen des Volkes emporzuheben, ein großes, ja vielleicht das größte und edelste Gesetz der Menschheit, und es muß ein Stolz für jeden sein, an der Verwirklichung dieser Absicht mitzuarbeiten.“ So der Minister des Innern v. Bethmann-Hollweg am 23. März 1906 im preußischen Abgeordnetenhaus. Ist jenes „Emporheben“ der Schwachen aber nicht eine Konzession an den „demokratischen Zug unserer Zeit“? Wenn es ein „Emporheben“ ist, das „Klassen“ versöhnen soll, ganz gewiß! „Die Gesellschaft der Zukunft“, sagt Maurice Bourguin¹, „wird weit demokratischer sein als die heutige, weil die Demokratisierung der politischen Welt notwendig die Demokratisierung der wirtschaftlichen Welt nach sich ziehen muß. . . . Die Demokratie hat ihre Schwächen, denn sie ist menschlich: aber sie hat auch ihre Größe. Man muß sie ohne Hintergedanken und ohne Furcht willkommen heißen, man muß ihr Liebe und Begeisterung entgegenbringen, weil sie eine Gesellschaftsordnung ist, die auf hoher Kulturstufe die individuellen Werte am höchsten steigert und das größte Glück für die größte Zahl verwirklicht.“² —

Die Solidarität ist, wie eingangs gesagt und im ersten Bande weiter ausgeführt wurde, zunächst Tatsache: das Wohl der Individuen und Gruppen durch das Wohl des Ganzen, der respektiven Gemeinschaft, mitbedingt, und umgekehrt. Fordern wir zum Beispiel, das Arbeitsverhältnis sollte als wahre Arbeitsgemeinschaft aufgefaßt werden, so entspricht dies zunächst vollständig den Tatsachen. Nichts törichter, als die „schwierige Faust“ für das Gedeihen der Industrie gering zu schätzen. In den „schweren Industrien“, z. B. in der Kohlenindustrie, lastet bis heute die Hauptarbeit tatsächlich auf der „schwierigen Faust“; auch die Eisenindustrie braucht harte, angestrenzte Handarbeit³. Auf der andern Seite ist die Handarbeit auf das Wissen und Können der Ingenieure, Chemiker, Fabrikleiter angewiesen. Geist und Hand müssen in der Produktion zusammenwirken, bedingen und ergänzen sich gegenseitig.

Die Solidarität ist aber auch ein ethisches Prinzip. Daraus ergibt sich eine doppelte Forderung, die unerläßliche Bedingung ist für die rechte Einordnung der Arbeiterschaft in die Gesellschaft und, wie oben ausgeführt wurde, für die Umbildung des heutigen Arbeitsverhältnisses in eine solidarische Arbeitsgemeinschaft:

¹ Bourguin, Die sozialistischen Systeme und die wirtschaftliche Entwicklung; übersetzt von L. Katzenstein (1906) 392 f. H. Sierp, Demokratie und Weltanschauung (Nr. 7 der Flugschriften der Stimmen der Zeit 1919).

² Damit ist freilich noch nicht gesagt, daß für den Fabrikbetrieb die Entwicklung vom Absolutismus zur Konstitution und dann überall noch weiter: von der Konstitution zur Demokratie (als Produktivgenossenschaft) führen werde. Das Wort „Demokratie“ kann überhaupt verschieden gedeutet werden und die Demokratie selbst sehr verschiedene Formen annehmen. Was hier in Frage steht, ist namentlich dieses: es gilt aus den Industrieuntertanen „Industriebürger“ zu machen, die bei Festsetzung des Lohnes und der Arbeitsbedingungen ein gewichtiges Wort mitzusprechen haben (Naumann).

³ Karl Ballod in Schmollers Jahrbüchern XXXI (1907) 501.

1. Wahre Solidarität bleibt stets und überall mit dem gesamten Pflichtenkreis im Einklang. Richtig verstandene und geübte soziale Solidarität ist niemals ein Prinzip einseitiger, ungerechter Interessen- und Klassenpolitik, tritt nie in Gegensatz zu der Solidarität der höheren oder weiteren Gemeinschaften. Die Solidarität der Berufsgenossen ordnet sich darum der Solidarität der Staatsgemeinschaft als der höheren Gemeinschaft unter. Sie vergißt auch nicht, daß alle Genossen der menschlichen Gemeinschaft angehören, als Menschen in ihrer Freiheit, ihren Rechten geachtet werden müssen, mögen sie nun diesem oder jenem speziellen Verbandsangehörigen oder auch „nicht-organisiert“ sein. „Das Wort ‚sozial‘“, sagt F. W. Foerster¹, „wird heute viel im Munde geführt, aber wenig in seiner wahren Bedeutung erfaßt und angewendet. Die Politik (eines beträchtlichen Teiles) der Arbeiterklasse ist zurzeit noch keine wirklich soziale Politik, sondern eine imperialistische Politik, sie geht nicht auf Einordnung, sondern auf Überordnung hinaus; sie betrachtet die Wahrung der Arbeiterinteressen nicht vom Standpunkte des sozialen Ganzen und der Achtung und Schonung fremder Ansprüche und Bedingtheiten, sondern sie konzentriert sich auf die größtmögliche Machtsteigerung einer Klasse. Dies ist eine individualistische, aber keine wahrhaft ‚organische‘ Politik, trotz alles Redens von der Menschheit“ — diese Menschheit weiß nur zu gut, was sie von der sozialen Kultur derer zu erwarten hat, die sich so daran gewöhnen, die Religion der Klasse an die Stelle der menschlichen Gesellschaft zu setzen. Auch andere Klassen haben in dieser Richtung gesündigt — der Sozialdemokratie aber blieb es vorbehalten, aus der Schwäche eine Theorie zu machen.“ Nicht die viel berufene „Solidarität“ der „Genossen“, sondern das kommunistische Prinzip charakterisiert den Sozialismus. Spricht er im übrigen von Solidarität, so ist es nicht eine Solidarität, die der ganzen Gesellschaft zugute kommt. Nur um die einseitige Pflege jenes kollektiven Egoismus der Klasse handelt es sich oft dabei, der durch die häufige Mißachtung der Rechte anderer jeden wahrhaft demokratischen Geist ertötet². Echte Demokratie will keine Tilgung aller Unterschiede. Was sie erstrebt, das ist Leben, Entwicklung, Freiheit für jede Kraft im Volke, die dem Guten, dem Wohle der Menschheit dient. Soll die Arbeiterbewegung eine wirkliche Kulturbewegung werden, dann muß sie höhere Ziele, Güter, Ideale, die sich über das bloß augenblickliche Wohlbefinden der Klasse erheben, in ihrer Berechtigung anerkennen, dann darf sie bei der Geltendmachung ihrer Forderungen nicht der Rechte und des Wohles der gesellschaftlichen Allgemeinheit vergessen, dann muß sie auf den Klassenkampf und auf die brutalen Mittel dieses Klassenkampfes verzichten.

Damit soll freilich den Arbeitern durchaus nicht das Recht bestritten oder verkürzt werden, durch organisierte Selbsthilfe in wirksamer Weise, ohne Verletzung fremder Rechte und höherer Pflichten, günstigere Arbeitsbedingungen und bessere Löhne zu erringen. Im Gegenteil begrüßen wir von unserem prinzipiellen Standpunkte aus die Organisationsbewegung, welche die Arbeitnehmer und Arbeitgeber in immer größerem Umfange ergreift, trotz mancher wenig erfreulicher bisheriger Begleiterscheinungen, mit Genugtuung und verkennen

¹ Christentum und Klassenkampf, in der Monatschrift für christliche Sozialreform XXVIII (1906) 651 f. A. 1 (in 4. Aufl. separat 1919).

² Ebd. 655 f.

durchaus nicht deren hohe praktische Bedeutung für die Wohlfahrt des Volkes. Allzulange in schroffem Gegensatz und diesen durch den erbitterten Kampf oft unnötig verschärfend, werden die Organisationen dereinst, wenn einmal der Ausgleich der widerstrebenden Interessen annähernd vollzogen ist, in der beruflichen Interessengemeinschaft sich wiederfinden, die sie naturgemäß eint und aufeinander anweist¹. Verlieren wir darum in der Nacht der Übergangszeit nicht die Hoffnung auf bessere Tage, wo schon das Licht der Morgenröte in der Ferne sich zeigt: Versöhnung der Klassen in der höheren beruflichen Gemeinschaft!

2. Des rücksichtslosen Klassenkampfs wegen und zur Entfesselung maßloser Begehrlichkeit bekannte sich der Sozialismus zum materialistischen Atheismus². Die soziale Solidarität aber als ethisches Prinzip und zugleich als beherrschendes Prinzip des sozialen Arbeitssystems stellt dieses System in Gegensatz zur materialistischen Auffassung des Wirtschaftslebens. Wir bekennen, daß das Materielle nur eine Seite des Menschenlebens, des Volkslebens darstellt, daß es höhere, geistige, sittliche Güter für Individuum und Gesellschaft gibt, die der materiellen Wohlfahrt nicht geopfert werden dürfen, daß es ohne Rücksichtnahme auf jene höheren Güter keine wahre Kultur, keine menschliche und gesellschaftliche Wohlfahrt geben kann. Auch hier steht alles im Zusammenhang, in Gemeinschaft. Wir werden darum niemals bei der Beurteilung praktischer Vorschläge deren Verbindung mit den höheren Menschheitszielen und mit der Gesamtkultur des Volkes, ihre Folgen und Wirkungen für dieselbe, vergessen dürfen³ (Prinzip der Einheit der Kultur). —

Fassen wir noch einmal die wichtigsten Unterschiede zwischen einer sozial-organischen, individualistischen und kollektivistischen Organisation kurz und scharf zusammen.

Der Individualismus hatte die Volkswirtschaft in eine bloße Summe von Einzelwirtschaften, mit brutalem Gegeneinander der ihrem Eigeninteresse rücksichtslos dienenden Individuen und Sonderwirtschaften aufgelöst. Es fehlte der Volkswirtschaft jede wahre innere Einheit; es fehlte eine wirkliche, das Ganze einheitlich umfassende Organisation. So bildete sich infolgedessen das aus, was wir oben als „Kapitalismus“ bezeichneten und verwarfen: die unbeschränkte Übermacht des großen Kapital- und Geldbesitzes, jene Plutokratie, die durch Monopolisierungen im privatwirtschaftlichen Interesse, durch wucherische Ausnutzung der Mitmenschen, der Konsumenten, der Arbeiter, durch Unterdrückung der Mittelstände, in maßloser Weise sich bereicherte, mühelosem Geldgewinn von großem und größtem Umfange, der in keinem Verhältnis zur aufgewandten Mühewaltung und Intelligenz stand, nachging, eine Plutokratie,

¹ v. Berlepsch, Tarifverträge, in Soziale Praxis XVII (1908) Nr. 42. Vgl. Das deutsche Buchdruckergewerbe, seine Organisations-, Arbeits-, Lohn- und Preisverhältnisse (1908) usw. usw.

² John J. Ming S. J., The Characteristics and the Religion of Modern Socialism (1908).

die durch Spekulationen wucherischer Art mit oder ohne Börse sich auf Kosten der Volkswohlfahrt zu mehren und zu stärken verstand, schließlich durch ihre Geldmacht die ganze wirtschaftliche, politische, kulturelle Welt beherrschte.

Der kollektivistische Sozialismus entstand als Reaktion gegen den Kapitalismus. Nicht alles ist falsch an diesem Sozialismus. Sein Verhängnis ist seine Maßlosigkeit. Was richtig an ihm wäre, wird ins Extreme verzerrt und verdreht. Die Einheit der Volkswirtschaft wird überspannt, indem Staat oder „Gesellschaft“ zum Subjekt und Träger des ganzen Wirtschaftsprozesses gemacht werden sollen. Die Organisation der kommunistischen Volkswirtschaft bildet ein Analogon zum physisch-organischen Aufbau des Tierleibes. Wie in diesem jedes Glied nur Glied ist, so ist in der kollektivistischen Organisation der Einzelmensch nur „Genosse“ ohne wirtschaftliche Selbständigkeit. Die „Gesellschaft“ wird zur allgemeinen Versorgungs- und Zwangsanstalt, eine einzige große Wirtschafts-genossenschaft. Und ebenso wird der Solidaritäts- und „Genossenbegriff“ verzerrt zum einseitigen „Klassenbegriff“. Von wahrer Demokratie bei den sog. „Unabhängigen“ keine Spur! Auch die sozialdemokratische „Internationale“ ist lediglich einseitige Zusammenfassung des internationalen Proletariats, keine Gemeinschaft der Völker.

Charakteristisch für den Solidarismus und das soziale Arbeitssystem ist die Synthese individueller und sozialer Gesichtspunkte. Da bleibt die Vielheit der privaten Wirtschaften bestehen. Aber aus dieser Vielheit wird eine Einheit durch Hinlenkung auf die Volkswohlfahrt als alle verpflichtenden Staatszweck. Da wird der wirtschaftende Mensch nicht aus dem Staatsbürger herausgeschält (Rösler), wie im individualistischen System; da ist aber auch der Genossenschaftsbegriff nicht einseitiger Klassenbegriff, wie im kollektivistischen System, sondern Bürgerbegriff, der alle Staatsbürger umfaßt, nicht bloß die proletarischen „Genossen“. Da wird die Volkswirtschaft als Arbeitsgemeinschaft freier Bürger zur echten Gemeinwirtschaft, nicht im Sinne kommunistischer Zwangswirtschaft, sondern durch Ein- und Unterordnung der Einzelwirtschaften im Hinblick auf die volkswirtschaftliche Aufgabe einer der Kulturhöhe entsprechenden, geordneten Bedarfsversorgung des ganzen Volkes — einer Bedarfsversorgung, welche die Marktwirtschaft nicht ausschließt, wie dies die kommunistische Bedarfsdeckungswirtschaft es tut. Da handelt es sich nicht um ein Analogon zum tierischen Organismus, nicht um eine physisch-organische Gemeinschaft, bei welcher der „Genosse“ in der Gemeinschaft versinkt, sondern um eine moralisch-organische Verbindung, in welcher die Glieder nicht nur Glieder sind, nicht im Zweck der Gesamtheit ihr ganzes Zweckstreben erschöpfen, sondern auch eigene natürliche Rechte der Persönlichkeit, eigene Zwecke haben, — Selbstzwecke mit Selbstverantwortlichkeit und eben darum auch mit wirtschaftlicher Selbständigkeit bleiben.

46. Merkzeichen und Früchte der solidaristischen Organisation: Freiheit der Ordnung, Bindung der Willkür, Vereinigung der Kräfte, Ausgleich der Interessen, Versöhnung der Stände. Die angebliche „Organisation“ der individualistischen Volkswirtschaft gründet sich im wesentlichen auf das Prinzip der wirtschaftlichen Betätigungsfreiheit, der individualistischen Vertragsfreiheit und der individuellen Verantwortlichkeit der in ihr wirkenden Sonderwirtschaften für ihr wirtschaftliches Schicksal¹.

Die Organisation, welcher der kommunistische Sozialismus das Wort redet, setzt an Stelle der freien, privaten Wirtschaft die gesellschaftliche Gesamtwirtschaft, an Stelle der Selbstverantwortlichkeit des Einzelnen für sich, für seine wirtschaftliche Existenz, sein wirtschaftliches Gedeihen, die gesellschaftliche Verantwortlichkeit, in gewisser Weise die Fürsorge für das Wohl jedes einzelnen „Genossen“ unmittelbar durch die Gesamtheit.

Das soziale volkswirtschaftliche System bricht, wie gesagt, nicht mit der privatwirtschaftlichen Ordnung, hebt die wirtschaftliche Selbstständigkeit, die Konkurrenz und Selbstverantwortung nicht auf, will keine unmittelbare gesellschaftliche Verantwortung für das Wohl der Gesellschaftsglieder nach kollektivistischem Muster. Aber 1. es umhegt und beschränkt die wirtschaftliche Freiheit, die Konkurrenz, gemäß den Forderungen der Gerechtigkeit, des allgemeinen Wohles, regelt und ergänzt sie durch das Prinzip der gegenseitigen Hilfeleistung und durch berufliche Organisation, stellt 2. die sozialrechtliche Verantwortlichkeit der Staatsgewalt und andererseits die sozialrechtliche Mitverantwortlichkeit der Staatsbürger und ihrer Verbände für das öffentliche Wohl der Gesamtheit, ihre Pflicht der Rücksichtnahme auf das Wohl anderer, der Einordnung ihrer Interessen in die gemeinsamen Interessen des ganzen Volkes, an die Seite der privaten Selbstverantwortlichkeit, schafft durch all dieses die unentbehrlichen Voraussetzungen, die eine wirtschaftliche Selbstverantwortung, namentlich für die Schwächeren, überhaupt erst ermöglichen.

1. Das Wohlwollen soll nicht zur einzigen Triebfeder, zum alleinigen bewegenden Prinzip der Gesellschaft gemacht werden. Das wäre ein Traum, ein Trugbild der Phantasie, kein System, welches dem wirklichen Leben genügen könnte. Nein, nicht um Ausschaltung und Beseitigung, sondern nur um die Regelung und Ordnung der Selbstliebe und des Selbstinteresses handelt es sich in einer Weise, daß zugleich dem Individuum wie der Gemeinschaft Genüge geschieht. Ein gleiches gilt von der Freiheit.

So lange die Freiheit ein Ideal ist, so lange wird sie vergöttert. Sowie sie zur Wahrheit geworden, gleitet sie alsbald von der idealen Höhe herab, um

¹ Vgl. Eugen v. Philippovich, Individuelle Verantwortlichkeit und gegenseitige Hilfe im Wirtschaftsleben. Rektoratsrede (1905).

selbstischen Zielen zu dienen. Warum das? Es bedarf eines höheren Maßes und eines Führers, wenn die Freiheit nicht zum niedrigen Werkzeug brutaler Selbstsucht werden soll. Und dieses höhere Prinzip ist die Gerechtigkeit, als Maß der Freiheit, wie anderseits nur die Annahme des Prinzips der Autorität in uns und außer uns jenen Grad der Gerechtigkeit entwickelt, garantiert, ohne den die Freiheit bloß eine Parodie bleibt. Die Autorität schützt davor, daß die Freiheit nur die individuellen Gesichtspunkte ins Auge fasse, der sozialen aber vergesse (Zichy).

Nicht die Freiheit, sondern die Ordnung bildet die Grundlage der Gesellschaft. Als Postulat der Vernunft fordert die Ordnung das Opfer der Freiheit, aber nur dort, wo höhere Interessen der Gerechtigkeit und des Gemeinwohles der Willkür Schranken ziehen. Es ist Sache der praktischen Klugheit, das jeweilig richtige Maß der Freiheit zu bestimmen¹. Die Freiheit ist Problem, nicht Axiom.

Wenn die ältere Nationalökonomie die freie Konkurrenz für alle Zeiten pries, so ging sie, wie Béla Földes bemerkt, von falschen Voraussetzungen aus. „La concurrence conduit au monopole“ (L. Blanc). Die absolut freie Konkurrenz negiert sich selbst durch den Sieg des Stärkeren und die Ausschaltung des Schwächeren. Und sehen wir nicht heute, wie die Mächtigsten, von keiner gesetzlichen Schranke gehindert, durch Kartelle, Trusts, Fusionen die Konkurrenz selbstsüchtig zu verengen, zu beseitigen suchen? Sehen wir nicht allenthalben das Bestreben, die Konkurrenten und die Konkurrenz dadurch zu überwinden, zu beseitigen, daß man sich anschickt, den Konsumenten Vorteile zu bieten, die sonst niemand bieten kann? Kurz, die Konkurrenz ist tatsächlich schon nicht mehr so allgemein und kann auch in Zukunft nicht so allgemein bleiben, wie die liberale Theorie behauptet. Sie bedarf der Schranken, um sich nicht selbst aufzuheben, um Raum zu lassen für jenen gesunden Wettstreit, der für das Wohl der Gesellschaft unentbehrlich ist.

Man sagte, wo die freie Konkurrenz herrsche, werde der Gesamtbedarf eines Volkes an wirtschaftlichen Gütern am besten und billigsten befriedigt, das Konsumenteninteresse am wirksamsten gewahrt. Jeder wähle sich frei seinen Beruf und gelange durch die Konkurrenz zu dem ihm gebührenden Lohn, Gewinn, Rente. Demgegenüber ist mit Recht hervorgehoben worden², daß die vollfreie Konkurrenz den Sieg der kräftigeren, aber auch der gewissenloseren Elemente fördere, das brutale Obsiegen des Großbetriebes über den Kleinbetrieb, daß sie durchaus keine Garantie biete für eine allen Anforderungen genügende Deckung des Volksbedarfs, eine gesunde Preisbildung und Verteilung, daß die Konkurrenz also jedenfalls einer Korrektur und Ergänzung bedürfe.

2. Diese Korrektur und Ergänzung erblicken wir nun zunächst

a) in einer zweckentsprechenden Bindung der privatwirtschaftlichen Instanzen.

Die Freiheit des Handels — der am meisten Freiheit fordert — besteht, wie schon Montesquieu im „Geist der Gesetze“ ausführt, nicht darin, daß dem Kaufmann erlaubt sei, alles zu tun, was ihm beliebt. Was den Kaufmann ein-

¹ Max v. Schraut, Die persönliche Freiheit in der Volkswirtschaft (1907).

² Ad. Wagner, Grundlegung 813 ff.

schränkt, weist oft dem Handel nur die rechten Wege. Der Kaufmann kann in seiner Freiheit gebunden werden zum Vorteile des Handels selbst und des Landes. Man denke z. B. an den Schutz der nationalen Produktivkräfte gegen ausländische Konkurrenz durch die Zollgesetzgebung, an den Kampf gegen den unlauteren Wettbewerb, die ungerechten Mittel der Konkurrenz¹, monopolistische Mißbräuche der Kartelle und Trusts usw. Ist es Zweckbestimmung des Handels, die Verbindung zwischen Konsumtion und Produktion in Zeit und Raum zu vermitteln, zu erleichtern, dann darf der Handel für sich nicht die Freiheit in Anspruch nehmen, jene Verbindung zwischen Produzenten und Konsumenten zu erschweren, unnötig zu verteuern.

Nicht bloß in sich, sondern auch nach außen hin ist die Volkswirtschaft Einheit und Gemeinschaft. Auch in seinen weltwirtschaftlichen Beziehungen bleibt der wirtschaftende Mensch Staatsbürger. Er darf dabei nichts unternehmen, was die eigene Volkswirtschaft, das eigene Land diskreditiert und schädigt. Eine vollkommene Autarkie der einzelnen Kulturvölker ferner wird heute niemand verständigerweise für zuträglich oder möglich halten. Töricht aber wäre es, darum die Autarkie gering zu schätzen und auch für solche Gebiete der Produktion zu opfern, wo und soweit sie zum Besten der allen gemeinsamen Wohlfahrt erhalten werden kann. Die inländische Produktion besitzt in dem inländischen Konsum ihren natürlichen Schwerpunkt. Und gereicht jede Kapitalanlage im Auslande der eigenen Volkswirtschaft zum Vorteile? Kurz: Die nationale Volkswirtschaft darf nicht der freihändlerischen Weltwirtschaft geopfert werden!

Die einzelnen Völker sind wirtschaftlich nicht gleichwertig, so daß bei freiem Verkehr keineswegs jedes immer seine Rechnung findet. Wird das Land mit auswärtigen Produkten überschwemmt, dann kann die entsprechende inländische Produktion nicht aufkommen. Man darf auch nicht auf das Interesse der Welt und der Menschheit für die Handelsfreiheit sich berufen. Nicht Welt und Menschheit, sondern einzelne fremde Volkswirtschaften mögen jeweilig ein Interesse am vollfreien Verkehr haben, oder auch die Inhaber der Einzelwirtschaften, die miteinander in Verkehr stehen. Allerdings wird ein an Zahl wachsendes Volk mit begrenztem Territorium notwendig in die Weltwirtschaft hineinwachsen. Darum fordern auch wir Pflege des internationalen Marktes, aber doch immer so, daß der nationale Markt als Rückzugslinie kräftig bleibt. Oder wer erwartet ernstlich, daß je alle Staaten zugleich wechselseitig, dauernd ihre Prohibitionen und Zölle aufheben werden? Für keinen Staat gibt es im übrigen ein Generalmuster der Welthandelspolitik. Diese wechselt nach den Bedürfnissen des nationalen Wohles, den inneren und den äußeren Möglichkeiten.

Die öffentliche Gewalt wird ferner bei Bemessung zulässiger Freiheit ganz besonders auch darüber sich klar werden müssen, wie weit sie es gestatten darf, daß der Mittelstand durch Einrichtungen oder Verbände „mit der Keule der Wohlfeilheit“² niedergeworfen werde, ob für die allgemeine Wohlfahrt die Erhaltung der selbständigen Existenz großer Gruppen von Staatsbürgern oder

¹ Vgl. hierzu auch Julius Bachem im Staatslexikon der Görres-Gesellschaft V³-1115 und in Soziale Kultur XXVI (1906) 810 ff. über § 826 des B.G.B.; ferner F. Baugarten und A. Mezlény, Kartelle und Trusts (1906) 353.

² Louis Blanc.

aber der in etwa und vielleicht nur vorübergehend billigere Preis der Ware größere Bedeutung hat¹.

Das Prinzip der Wirtschaftlichkeit, die Erzielung des größten Erfolges mit den geringsten Opfern, hat im ganzen wirtschaftlichen Prozesse, nicht bloß für die Privatwirtschaft, sondern auch für die Volkswirtschaft Geltung. Unnütze Vergeudung von Gütern und Kräften bleibt überall verfehlt. Innerhalb der Volkswirtschaft ist aber das privatökonomische Prinzip nicht das höchste Prinzip; hier hat es sich dem nationalökonomischen Prinzip unterzuordnen, welches die soziale Einheit des Volkes und der Volkswirtschaft², die Allgemeinheit des materiellen Wohlstandes ins Auge faßt. Für das Gesamtwohl eines Volkes ist die Erhaltung vieler selbständiger und lebenskräftiger Wirtschaftssubjekte wichtiger als ein höherer oder niedriger Güterpreis. Mensch, Stand und Volk dürfen nicht der Ware geopfert werden!³

Sprechen wir von Bindungen der Konkurrenz, so erstreckt sich die durch das öffentliche Wohl geforderte Einschränkung der wirtschaftlichen Freiheit selbstverständlich über die Fragen von Kauf und Verkauf, über die Beziehung von Groß- und Kleinbetrieb hinaus⁴. Um nur ein wichtiges Beispiel anzuführen: die Arbeiterschutzgesetzgebung, die den Arbeiter namentlich in jenen Rechten schützt, auf die er zum Teil nicht verzichten kann und nur, durch Not gezwungen, verzichten wird.

b) Der Gemeinschaftsgedanke fordert aber nicht bloß Bindung der Willkür, er besagt Verbindung der Menschen, Vereinigung der Kräfte, soziale Selbsthilfe in den verschiedensten Formen privatrechtlicher und öffentlich rechtlicher Assoziation, Kooperation freier oder offizieller beruflicher Korporation.

Nach Peter Kropotkin⁵ ist die psychische Wurzel des Fortschrittes „ein Gefühl unendlich weiter als Liebe und persönliche Sympathie (Büchner) — ein Instinkt, der sich langsam bei Tieren und Menschen im Verlaufe einer außerordentlich langen Entwicklung ausgebildet hat, und der Menschen und Tiere ge-

¹ Ashley, Englische Wirtschaftsgeschichte II (1896) 175. „Das Streben“ (welches die alten Zünfte beherrschte), „die Herstellung und den Vertrieb von Waren vom Standpunkte der allgemeinen Wohlfahrt aus zu betrachten, sollte unsern heutigen Volkswirtschaftlern als vorbildliches Beispiel dienen.“

² Bd. I²: Kap. 5, § 1, 452 ff. (405 ff.)

³ Bezüglich der wirtschaftlichen Selbständigkeit bzw. Unselbständigkeit geben folgende Zahlen Auskunft:

Deutschland (vor dem Kriege): Einfuhr von Nahrungsmitteln in Milliarden Mk. 2,76; Ausfuhr 1,04. Einfuhrüberschuß in Milliarden Mk. 1,72. Auf den Kopf der Bevölkerung 25,2 Mk.

England: Einfuhr von Nahrungsmitteln in Milliarden Mk. 5,80; Ausfuhr 0,65. Einfuhrüberschuß in Milliarden Mk. 5,15. Kopfquote 110,5 Mk.

Frankreich: Einfuhr von Nahrungsmitteln in Milliarden Mk. 1,53; Ausfuhr 0,67. Einfuhrüberschuß in Milliarden Mk. 0,86. Kopfquote 21,7 Mk.

⁴ A. Marshall, Handbuch der Volkswirtschaftslehre; nach der 4. Aufl. deutsch von Ephraim und Salz (1905) 6. Ein englischer Schriftsteller, B. H. Thwaite (The Rise of Germany 1870—1905 [1905] 23), spricht von dem Unterschiede zwischen Freiheit und Freiheit, indem er Deutschland und England vergleicht: „It is all the difference between cosmos and chaos, and between liberty responsible and irresponsible.“ Das gilt für die Leistungen der deutschen Reformarbeit.

⁵ Gegenseitige Hilfe in der Tier- und Menschenwelt; übersetzt von Landauer (1908).

lehrt hat, welche Stärke sie durch Betätigung gegenseitiger Hilfe gewinnen und welche Freuden sie im sozialen Leben finden können.“ In Wirklichkeit dürfte freilich der Lehrvortrag dieses altruistischen „Instinktes“ nur zu oft durch lärmende Zwischenrufe der stärkeren egoistischen Triebe gestört und unterbrochen werden. Mit „Gefühlen“ und „Instinkten“ läßt sich die Menschheit nun einmal nicht retten. Dazu bedarf es klarer Einsicht, praktischer Vernunft, energischen Wollens, opferfreudiger Gesinnung und darum einer Weckung des Gewissens, des Pflichtbewußtseins, treuer, allseitiger Pflichterfüllung. Nur so gedeiht auch die Assoziation, kommt es wirklich zu gegenseitiger Hilfe, nicht bloß zur Vereinigung der Kraft, sondern ebenso sehr zur Mäßigung und Regelung der Kraft. Und gerade dieser Regelung bedürfen wir in der Gegenwart.

Die mehr als hundertjährige Revolutionsperiode, die mit manchem Heiligtum eines verknöcherten Konservativismus glücklich aufgeräumt, aber im ganzen der Wohlfahrt der Völker eher geschadet als genützt hat, findet ihr Ende mit einer gesunden Neuorganisation des ganzen gesellschaftlichen Lebens. Dem Volke fehlte bisher das innere, feste Gerüste. Darum bewegte sich die in sich haltlose, pulverisierte Masse nur zu schnell und nur zu leicht unter dem Einfluß politischer und wirtschaftlicher Erregungen wie die vom Sturm gepeitschten Wogen des Meeres. In der politischen und wirtschaftlichen Welt herrschte die Agitation, die Zusammenballung unterdrückter Klassen, die Despotie, sei es der einzelnen, sei es der Menge, oder volle Anarchie. Nur eine, wahrer Volkswohlfahrt angepaßte, Organisation wird Rettung bringen können.

3. Bindung der Willkür unter Wahrung berechtigter Freiheit, der Selbstständigkeit, des Wettsefers, Verbindung der Menschen zur Einigung und Regelung der Kräfte, zur Ordnung der Produktion und Verteilung, — noch fehlt eine dritte praktische Folgerung des Gemeinschaftsgedankens: der Ausgleich widerstrebender Interessen und dadurch Versöhnung der Stände!

Daß innerhalb eines Staatswesens mancherlei Gegensätze der Interessen zutage treten, ist unvermeidlich. Wollten aber die einzelnen, die verschiedenen Stände und Gruppen, einseitig, ohne Rücksichtnahme auf andere und die Gesamtheit allein ihren Vorteil erstreben, so wäre damit ein friedliches, gedeihliches Zusammenleben beständig in Frage gestellt. Andererseits kann von niemand und von keiner Gruppe regelmäßig der volle Verzicht auf das eigene Interesse, ohne Ersatz und Vergeltung, gefordert werden. So ergibt sich die Notwendigkeit eines Ausgleiches der Interessen, durch welchen einem jeden das Seine, auf welches er im gesellschaftlichen Zusammenhang Anspruch machen kann, zuteil wird. Die prinzipielle Begründung dieser Forderung bietet geringere Schwierigkeit als deren praktische Durchführung.

Das Solidaritätssystem stellt nämlich, wie wir sahen, die soziale Verantwortlichkeit der Selbstverantwortlichkeit an die Seite. Woraus sich dann sofort ergibt, daß hier nicht alles Heil vom freien und rücksichtslosen Walten des Eigeninteresses erwartet werden darf. Wer aber ist das Subjekt jener sozialen Verantwortlichkeit?

a) Wo kein Organ vorhanden, welches das Interesse der Gesamtheit und die Zukunft der Nation vertritt, da ist auf eine konsequente Wahrung dieses Interesses nicht zu rechnen. Jenes Organ, das für die öffentliche Wohlfahrt direkt und an erster Stelle verantwortlich erscheint, ist die Staatsgewalt. Sie kann, abgesehen von Armut und Not, nicht unmittelbar für das Wohl des

einzelnen Bürgers verantwortlich gemacht werden, insofern dieses naturgemäß als Ergebnis der Selbsttätigkeit und Selbstverantwortung sich darstellt. In den allgemeinen volkswirtschaftlichen und sozialen Verhältnissen muß aber, wie wir sahen, so weit sonst nicht gesellschaftliche Kräfte ausreichend gesorgt haben, durch die öffentlich-rechtlichen Instanzen, den Volksgliedern und den verschiedenen für die Gesamtwohlfahrt nötigen oder nützlichen Berufe positiv und negativ, mittels Rechtsschutz und Wohlstandspflege, die Möglichkeit offen gehalten werden, um selbsttätig und selbstverantwortlich ihr eigenes Wohl wirken zu können. Das ist es, was wir unter der sozialen Verantwortlichkeit der Staatsgewalt für die Wohlfahrt der ganzen Gesellschaft und unter ihrer Wirksamkeit für den Ausgleich widerstrebender Interessen verstehen.

b) Aber auch die Glieder des Staates sind sozialrechtlich mitverantwortlich für das öffentliche Wohl der Gesamtheit¹. Je komplizierter der Wirtschaftsorganismus durch die fortschreitende Spezialisierung der Arbeit und der Werkzeuge, die Entwicklung der Geldwirtschaft, sich gestaltet, je mehr die Wirtschaftszweige in gegenseitiger Abhängigkeit verwachsen, je mehr die Arbeit der verschiedenen Stände innerhalb der arbeitsteiligen Gesellschaft an sozialer Bedeutung gewinnt, je mehr die zunächst ihrem Standesinteresse dienenden Berufsorganisationen sich mächtig entfalten, um so wichtiger wird die Solidarität der Staatsgenossen, ihr Staatsbewußtsein, für die Organisation der Volkswirtschaft, deren Bestand und Blüte. Dieser sozialrechtlichen Mitverantwortlichkeit der Bürger und ihrer Verbände für das Gedeihen des Ganzen wird praktisch nicht nur durch die Beiträge zur Deckung des Staatsbedarfs, nach dem Maße der Leistungsfähigkeit², genügt, sondern auch durch das Opfer des eigenen Interesses, wo die Rücksicht auf fremde Interessen, die allgemeine Harmonie der öffentlichen Wohlfahrt, eine Ausgleichung entgegengesetzter Interessen, das teilweise Zurücktreten des Einzel- oder Standesinteresses notwendig macht.

47. Soziales Arbeitssystem, Religion und Kirche. Die wirtschaftliche Persönlichkeit findet nach Schäffle ihren Untergang, wenn sie sich vom Sitten- und Religionsgesetze abwendet. Aber auch Staat und Gesellschaft fallen, ohne den segensreichen Einfluß der religiösen Mächte auf die wirtschaftlichen Betätigungen, Beziehungen, Zusammenhänge, Verbände, sicherem Verderben anheim. „Richtige Lebensauffassung und richtige Weltanschauung“, sagt Psenner³, „ist die Grundbedingung und der Ausgangspunkt richtiger menschlicher Tätigkeit, somit auch richtiger Volkswirtschaft.“

„Die Wirtschaft ist nicht etwas Mechanisches, keine tote Maschine, die nach gewissen physikalischen Regeln so oder so zu bauen ist, so und so angetrieben wird und dann in bestimmter Weise läuft, sondern die

¹ Friedrich Pilgram, Aufsatz im „Arbeiterpräses“ (Berlin), herausgegeben von Fleischer I 295 ff.

² Vgl. Franz Hamm, Zur Grundlegung und Geschichte der Steuermoral (1908).

³ Christliche Volkswirtschaftslehre I (1907) 2. In gleichem Sinne Hitze, Artikel „Arbeiterfrage“ im Staatslexikon der Görres-Gesellschaft²; Walter in Sozialpolitik und Moral; C. Willems, Philosophia Moralis (1908) 556 ff. B. Duhr, Der Dekalog „die Grundlage der Kultur“ (Nr. 10 der Flugschriften der „Stimmen der Zeit“ 1919).

Wirtschaft ist eine Betätigung lebender Menschen und daher eine Angelegenheit, die ebenso moralisch als unmoralisch betrieben werden kann.“¹ Und sie wird unmoralisch betrieben werden unter der Herrschaft des kommunistischen Sozialismus ebenso wie unter der Herrschaft des individualistischen Kapitalismus. Warum? Weil die materialistische Weltanschauung, die jener Sozialismus vom liberalen Kapitalismus sklavisches² übernommen hat, außerstande ist, den Menschen moralisch zu leiten. „So lange wir nicht die Seele über die Sache prinzipiell zu stellen gelernt haben“, bemerkt Theodor Steinbüchel³, „so lange überwinden wir auch bei einer sozialisierten Wirtschaft nicht den kapitalistischen Geist des individualistischen Egoismus, so lange bleibt aller Sozialismus öder Mechanismus. . . . Die Sozialisierung der Gesinnung ist die Voraussetzung für eine im Geiste sittlichen Verantwortungsbewußtseins und sozialer Mitverpflichtung getragenen Sozialisierung der Wirtschaft.“

Eine für alle gedeihliche Lebensgemeinschaft, ein wohlgeordnetes Gemeinschaftsleben, das friedliche Nebeneinander, das zielgemäße und ausdauernde Miteinander, wird eben nicht durch die staatliche Rechtsordnung und den äußeren Zwang allein garantiert. Es gehört dazu ganz wesentlich noch ein inneres, durch die religiös-sittliche Bildung dem Volke vermitteltes und bewahrtes Element: der gute Wille, das Pflichtbewußtsein, bei hoch und niedrig. Es gehören dazu jene sozialen Tugenden, welche die Selbstsucht überwinden, zum Opfern befähigen.

48. Die sozialen Tugenden: Gerechtigkeit und Liebe⁴.

Gerechtigkeit und Liebe sind weit mehr als bloß subjektive, psychologische Antriebe. Es sind ethische Grundprinzipien zur objektiven Regelung des gesellschaftlichen Lebens, heilige Gewissenspflicht für Bürger und König, für den Untertan wie für den Lenker der Staaten!

Die Gerechtigkeit gibt oder läßt jedem, was ihm gebührt, was er als sein Recht fordern kann: Nicht jedem das Gleiche, sondern jedem das Seine! Suum

¹ Worte eines Hochschullehrers in der „Germania“ Nr. 119, 15. März 1919.

² Auch die „materialistische Geschichtsauffassung“ ist im wesentlichen doch nur Feuerbach okuliert mit Hegel oder umgekehrt. Indem sie das Ökonomische zum letztlich auch die geistige Ordnung bestimmenden Momente machte, hat sie die Sozialdemokratie rettungslos an den Materialismus gekettet und den Weg zur Erkenntnis der Wahrheit sich selbst verlegt.

³ Soziale Ideen, in Deutsche Arbeit IV (1919) 320. Diese Erkenntnis findet sich auch bei manchen Sozialdemokraten. Vgl. z. B. Hans Müller, Das religiöse Moment in der sozialistischen Bewegung, in Sozialist. Monatshefte XIV (1910) Bd. XXIII 1665 ff. Neuerdings mehren sich die Stimmen, welche die Verbindung des Sozialismus mit dem Materialismus als eine zufällige, nicht wesentliche, bezeichnen möchten. Marxistische Auffassung, die noch die Massen beherrscht, ist das freilich nicht.

⁴ Ch. Antoine, Cours d'Économie Sociale⁴ (1908) 120 ff. Karl Kiefer, Die Tugend der ausgleichenden Gerechtigkeit unter besonderer Berücksichtigung des Bürgerlichen Gesetzbuches (1905). Die Schriften Lehmkuhls, Cathreins, Meyers, Mausbachs, Schelers.

cuique! Was schuldet der Bürger der Gesellschaft? Was schuldet die Gesellschaft dem Bürger? Was schulden die Bürger einander? Nach dieser dreifachen Rücksicht unterscheidet man zwischen der legalen, distributiven, kommutativen Gerechtigkeit. Die legale Gerechtigkeit ist charakterisiert durch das Verhältnis der Unterordnung, die distributive Gerechtigkeit durch das Verhältnis der Überordnung, die kommutative Gerechtigkeit durch das Verhältnis der Bei- oder Nebenordnung.

Die „legale“ Gerechtigkeit regelt die Beziehungen der Gesellschaftsglieder zur Gesellschaft, indem sie diese Beziehungen den Forderungen des Gemeinwohles anpaßt, dieselben jenen Forderungen gemäß ordnet. Diese Gerechtigkeit wird von den Bürgern geübt, die ihre privaten Interessen dem Gesamtinteresse unterordnen und im Gehorsam gegen die Obrigkeit alle um des Gemeinwohles willen geforderten Opfer bringen; aber auch von den Funktionären der Staatsgewalt, die für das Gesamtwohl einzutreten haben. Objekt der legalen Gerechtigkeit ist somit das, was notwendig ist für das Gemeinwohl der Gesellschaft.

Die „distributive“ Gerechtigkeit regelt die Beziehungen der Gesellschaft zu ihren Gliedern, indem sie die Güter und Lasten der Gesellschaft dem sozialen Verdienst, Bedürfnis und den Hilfsquellen entsprechend verteilt (in der Gesetzgebung, Verwaltung, dem Steuerwesen usw.).

Die „kommutative“ Gerechtigkeit gewährt dem andern genau, was ihm strikten Rechts gebührt (Äquivalenzprinzip), den gerechten Preis für die Ware, den gerechten Lohn usw. Hier sind Subjekt und Ziel des Rechtes vollkommen getrennte Personen, während bei der legalen Gerechtigkeit die Trennung keine vollkommene, der Verpflichtete eben ein Bestandteil der Gesellschaft ist. Hier besteht ferner zwischen Schuld und Forderung die genaue, absolute Gleichheit, während die legale und distributive Gerechtigkeit eine relative Gleichheit anstrebt, die Lasten verteilt nach der Leistungsfähigkeit der Individuen; und dieserhalb hat man die legale Gerechtigkeit eine „geometrische“ genannt im Unterschiede von der strikten, arithmetischen *iustitia commutativa*.

Die kommutative Gerechtigkeit regelt also die wechselseitigen Beziehungen der privaten (oder als solche in Betracht kommenden¹) Persönlichkeiten zunächst in bezug auf das Mein und Dein in der Güterwelt. Da sie hauptsächlich für den Tauschverkehr Geltung gewinnt, hat sie ihren Namen „kommutative“ Verkehrs- oder Tauschgerechtigkeit erhalten. Ihr Objekt ist das strikte, natürliche oder durch Vertrag gewordene Recht (Rechtsanspruch). Auch die persönlichen Güter der Menschen werden durch die kommutative Gerechtigkeit geschützt; solche Güter betrachtet der Mensch an erster Stelle als das „Seinige“. Sie sind nicht selten solcher Art, daß man nicht einmal wirksam darauf verzichten könnte. Die außerordentliche Bedeutung dieser kommutativen Gerechtigkeit für den alltäglichen Verkehr der Bürger unter sich steht außer Frage. Wer aber vom Geiste der Gerechtigkeit sich ganz beherrschen läßt, wird auch ohne größere Schwierigkeit geneigt sein, dem Mitbürger gegenüber Billigkeit zu üben. Billig ist jemand, wie Schelling² sagt, „wenn er sein Recht nicht zum Schaden anderer auf die Spitze treibt, sondern sich lieber selbst etwas entzieht, obgleich er das

¹ Z. B. der Staat als Fiskus.

² Werke I, 2. Abt., 541.

Gesetz für sich hätte“. Nach Knies¹ führt die Billigkeit namentlich zum Verzicht auf übermäßigen Vorteil und Gewinn im Interesse anderer, wengleich das Gesetz diesen Gewinn und Vorteil schützt, die tatsächliche und rechtliche Möglichkeit desselben dargeboten wäre. Der Akt der Billigkeit ist nicht bloße Liberalität. Andererseits wird er auch nicht durch Recht und Gerechtigkeit gefordert. Es ist vielmehr nur eine gewisse Schicklichkeit, die ihn erheischt².

Die distributive Gerechtigkeit hat eine doppelte Funktion: die gesellschaftlichen Lasten der Leistungsfähigkeit der Bürger gemäß zu verteilen, die gesellschaftlichen Vorteile aber gemäß dem Bedürfnis und dem Verdienste. Die „Verteilung“ des Reichtums im Sinne der Nationalökonomie gehört nicht zu den Funktionen dieser „verteilenden“ Gerechtigkeit, nicht zu den Funktionen des Staates, dem das Eigentum an dem nationalen Reichtum nicht zusteht. Dennoch kann es mit Rücksicht auf das Gemeinwohl dem Staate durchaus nicht gleichgültig sein, wie die „Verteilung“ des Reichtums sich vollzieht. Er handelt darum gemäß der legalen Gerechtigkeit, wenn er vor allem die Durchführung der kommutativen Gerechtigkeit im „Verteilungsprozesse“ schützt und sichert; auch vermag die staatliche Gesetzgebung und Verwaltung überdies indirekt einen bedeutenden Einfluß auf die „Verteilung“ auszuüben.

Die legale Gerechtigkeit ist das eigentliche Band der Gesellschaft. Kraft dieser Gerechtigkeit kann und muß die staatliche Autorität für die öffentliche Wohlfahrt eintreten und von den Bürgern alles das fordern, was, sei es dauernd oder unter gewissen Verhältnissen, für das Gemeinwohl der Gesellschaft notwendig ist. Die Bürger ihrerseits sind durch die legale Gerechtigkeit verpflichtet, die öffentliche Wohlfahrt nicht durch eigennützige Bestrebungen zu stören und die von der Autorität im Hinblick auf das Gesamtwohl geforderte Beihilfe zu leisten. Durch die Dazwischenkunft des Gesetzgebers erhält die schon an sich bestehende Verpflichtung der Bürger, dem Gemeinwohl sich unterzuordnen und positiv beizutragen zu demselben, die genauere Bestimmung und Bestimmtheit. Kann der Staat vermöge der legalen Gerechtigkeit aus einer Liebespflicht eine Rechtspflicht machen? Offenbar nicht in dem Sinne, daß er eine Liebespflicht zu einer Pflicht der kommutativen Gerechtigkeit machen könnte. Wohl aber kann er unter Umständen zu Handlungen verpflichten, die an sich nur von der Liebe gefordert werden. Die hieraus für die Bürger erwachsende Pflicht erscheint dann zugleich als eine Pflicht der legalen Gerechtigkeit³.

Der Ausdruck *soziale Gerechtigkeit* ist relativ neu. Man hat dabei zuweilen (wie bei der „sozialen Moral“) an eine solche Gerechtigkeit gedacht, die innerhalb der Gesellschaft gelten müsse. Heute versteht man unter sozialer Gerechtigkeit regelmäßig die der Gesellschaft eigentümliche Gerechtigkeit. In diesem Sinne, aber metaphorisch aufgefaßt, bedeutet „soziale Gerechtigkeit“ zunächst dasselbe wie „soziale Ordnung“, das objektive Wohlgeordnetsein des

¹ Politische Ökonomie² (1883) 241. Roscher, Grundlagen §§ 11 12. Kautz, Die Nationalökonomik als Wissenschaft (1858) 167.

² Über „billiges Recht“ vgl. Cathrein, Moralphilosophie I⁵ (1911) 595; Billigkeit und Recht, im Archiv für Rechts- und Wirtschaftsphilosophie IV (1910) 526 ff.

³ Vgl. S. Thom., Comment. in Arist. Politic. I. 2, lect. 4. Suarez, De virtute theol. d. 7, s. 8. Vgl. auch La Tour Du Pin, Vers un ordre chrétien (1907) 105 f. Ch. Antoine, Cours d'Économie Sociale 135 f.

sozialen Körpers, die Übereinstimmung des tatsächlichen sozialen Zustandes mit dem rechtlichen Idealzustande¹. Im eigentlichen Sinne jedoch hat die soziale Gerechtigkeit zu ihrem Gegenstande das Recht auf das Sozialwohl. Dieses Sozialwohl kann aber wiederum doppelt betrachtet werden, in fieri und in facto esse, wie es zustande kommt und wie es genossen wird. Darum umfaßt die soziale Gerechtigkeit sowohl das Recht der Gesellschaft gegenüber den Trägern der Autorität wie gegenüber jedem ihrer Glieder, gegenüber den Bürgern und den verschiedenen Ständen, im Hinblick auf die Herstellung und Erhaltung der öffentlichen Wohlfahrt, als das Recht jedes Bürgers, der verschiedenen Stände und Klassen, im Hinblick auf die Teilnahme am Genuß dieses sozialen Gutes. Aufgabe der sozialen Gerechtigkeit ist es, beiderlei Ansprüche zu regeln; und so kann man unterscheiden zwischen der kontributiven und der distributiven sozialen Gerechtigkeit. Beide Rücksichten vereint bilden erst die ganze soziale Gerechtigkeit.

Die soziale Gerechtigkeit fordert somit die Erfüllung aller Pflichten wie die Verwirklichung aller Rechte, die das Sozialwohl zum Gegenstande haben. Sie begnügt sich nicht mit der Ruhe der Ordnung; sie ist auch ein Prinzip des Fortschrittes, die Dynamik gesunder Weiterbildung oder Reform gegebener Verhältnisse. Die „soziale“ Gerechtigkeit umfaßt die legale und distributive Gerechtigkeit und steht der kommutativen als der „individuellen“ Gerechtigkeit gegenüber. Versteht man unter sozialer Gerechtigkeit im weitesten Sinne jene Gerechtigkeit, die innerhalb einer wohlgeordneten Gesellschaft Geltung haben muß, so umfaßt sie natürlich die legale, distributive, kommutative Gerechtigkeit zugleich.

Aus dem Gesagten ergibt sich wiederum klar, daß die Sonderwirtschaften, die einzelnen Stände und Klassen nicht einseitig, ohne Rücksicht auf andere Stände und Klassen auf die Gesamtheit, ihr Eigeninteresse durchsetzen dürfen, daß der Ausgleich der Interessen zum großen Teil eine Forderung der sozialen Gerechtigkeit ist.

Nicht aus der Freiheit, wie Bastiat lehrte, sondern aus der Gerechtigkeit, die jedem das Seine, jeder Leistung die gebührende Wiedervergeltung sichert, erwächst die gesellschaftliche Harmonie.

Die Liebe bezeichnet entweder Wohlwollen oder Wohltun. Für die Wohltätigkeit ist nicht immer und überall Wohlwollen bestimmendes Motiv. Auch Eitelkeit, Egoismus, Rücksicht auf Herkommen und Sitte usw. können zur Übung der Wohltätigkeit antreiben. Andererseits findet sich natürliches Wohlwollen, Philanthropie, oft in reichem Maße bei Menschen, die sich nicht zum christlichen Glauben bekennen. Der Christ wird aber selbst jenes bloß natürliche, doch aufrichtige und selbstlose, Wohlwollen des Menschen gegen den Menschen achten müssen. Es bildet, wie die Ähnlichkeit der Natur, die Übereinstimmung gleicher Interessen, ein Prinzip der Freundschaft, der geselligen Verbindung der Menschen untereinander. Vom Christentum empfangen jene Elemente natürlicher Zuneigung

¹ Das soziale Ideal, das Stammler in dem Satze formulierte: „Eine Gemeinschaft frei wollender Menschen, von denen jeder die objektiv berechtigten Zwecke des nächsten zu den seinen macht“, kann jedenfalls durch geeignete nähere Bestimmungen und Ergänzungen nur gewinnen.

neue Kraft, übernatürliche Erhebung, Veredlung durch die Beweggründe des Glaubens, durch das Gesetz und Vorbild des Erlösers.

Gerechtigkeit und Liebe sind verschieden, doch einander nicht entgegengesetzt. Vielmehr ergänzen sie sich und bieten eine der andern in der Gesellschaft eine kräftige Stütze. Das unerschütterliche Fundament der sozialen Ordnung ist die Gerechtigkeit, aber auch die Liebe bleibt unentbehrlich für Erhaltung und Entwicklung der Gesellschaft. Sie ist durchaus nicht eine bloße Dekoration und Versüßung des gesellschaftlichen Lebens. Mag die Gerechtigkeit verhindern, daß die Menschen einander schaden, sie treibt für sich allein nicht dazu an, daß sie einander ausreichend helfen. Gar oft bedarf aber der Mensch, der einzelne wie ganze Gruppen, Stände und Klassen, der Hilfe, die rechtlich nicht geschuldet ist. Darum eben muß zur Gerechtigkeit die Liebe hinzutreten, damit der Mensch dem Menschen helfe, auch wo keine Rechtspflicht ihn dazu zwingt¹.

Die Liebe hat also zuerst Lücken auszufüllen, welche die Gerechtigkeit offen läßt. Und sie wird organisiert dabei mehr leisten können als in der Zersplitterung. Sie ist sodann zweitens die Hüterin der Gerechtigkeit. Ohne Liebe wird der Mensch kaum stark genug sein, in allen Fällen der natürlichen Begierde gegenüber, die zum Bruch des Rechtes drängt, siegreich standzuhalten. Die Liebe dagegen erleichtert die Beobachtung der Gerechtigkeit. Wer in freiwilliger Liebe Gaben zu spenden bereit ist, der wird im allgemeinen um so bereitwilliger das leisten, was er der Gerechtigkeit nach schuldet. Es besteht ein unverkennbarer psychologischer und moralischer Zusammenhang zwischen Liebe und Gerechtigkeit. Die Liebe sichert die Übung der individuellen und sozialen Gerechtigkeit und darüber hinaus die Verwirklichung auch jener Ansprüche, die zwar nicht auf strikte Gerechtigkeit, wohl aber auf Billigkeit sich zurückführen. Mit der Liebe paart sich der Geist der Friedfertigkeit. „Der Kampf ums Recht ist die Poesie des Charakters“, meinte v. Jhering. Allerdings verwahrte er sich dagegen, dem Zank und Streit, der Prozeß- und Rauflust das Wort zu reden². Nur da, wo der Angriff auf das Recht zugleich eine Mißachtung der Person enthalte, verlangt nach Jhering der Charakter die Geltendmachung des Rechts. Die Schrift, in welcher der berühmte Rechtslehrer jene Auffassung vertrat, hat jedoch trotz ihrer Popularität gerade von namhaften Juristen lebhaften Widerspruch erfahren müssen. So nannte Kohler die angebliche Verpflichtung zum Kampf ums Recht eine „geschmacklose Idee, die in ihrer Konsequenz unser Leben zu einer Folterkammer mache“ usw.

Eine Gesellschaft, die allein durch Liebe sich regelt, bleibt für diese Welt ein unerreichbares Ideal. Hier bedarf es noch der äußeren Verpflichtung einer festen Rechtsordnung und geeigneter Durchführung des objektiven Rechts, das in seiner Geltung und Verwirklichung unabhängig ist von den Gefühlen des Menschen, guter oder schlechter Veranlagung, guten oder schlechten Willens. Gerade für unsere Zeit gilt Eicherts Wort in erhöhtem Maße:

„Entzündet rings auf den Bergen weit
Das flammende Feuersignal der Zeit:
Gerechtigkeit!“

¹ S. Thom., Contra Gent. I. 3, c. 30.

² Vgl. E. Burlage, Friedensvereine zur Schlichtung von Rechtsstreitigkeiten, in Soziale Tagesfragen, herausgegeben vom Volksverein für das katholische Deutschland (1907) Heft 35.

49. Kurzer Rückblick auf die „Sozialisierung“ im Sinne des sozialen Arbeitssystems. Das Wesentliche der von unserer Zeit geforderten Sozialisierung kann nicht in einer Verstaatlichung oder Kommunalisierung der Produktionsmittel und des gesamten Wirtschaftslebens bestehen, sondern in der Vergesellschaftung der Menschen. An Stelle des Gegeneinanders der Individuen, der Klassen, der Völker muß ein geordnetes Mit- und Füreinander treten.

1. Alle Menschen gehören zu der einen großen Gottesfamilie, sind als Kinder Gottes Brüder untereinander, verpflichtet zu gegenseitiger Achtung, zur Wahrung der Gerechtigkeit und Liebe in ihren wechselseitigen Beziehungen¹. Nicht chauvinistischer Völkerhaß, sondern christliche Völkerversöhnung tut heute besonders not.

2. Die derselben Staatsgemeinschaft angehörenden Bürger sind zur Wahrung des Staatszweckes verpflichtet, ein jeder nach seiner Stellung im Staate, nach seiner Leistungsfähigkeit, ohne Preisgabe seiner Persönlichkeit und seiner natürlichen Rechte.

Die materielle Seite der Volkswohlfahrt ist Teil jenes Staatszweckes, auf welchen die wirtschaftenden Staatsbürger sittlich verpflichtet sind. Durch die gemeinsame Verpflichtung auf den gemeinsamen Zweck empfängt die Volkswirtschaft ihre Einheit und wird zur Arbeitsgemeinschaft; sie hat in der materiellen Volkswohlfahrt ihre Aufgabe.

Die Einheit der Volkswirtschaft ist, wie die Einheit der Staatsgemeinschaft, keine physische, sondern eine moralische Einheit. Die wirtschaftliche Selbständigkeit der Bürger bleibt dabei gewahrt. Zur Gemeinwirtschaft wird die Volkswirtschaft nicht durch Aufhebung dieser Selbständigkeit, sondern durch Einordnung der Privatwirtschaften in die volkswirtschaftliche Arbeitsgemeinschaft und durch Unterordnung unter den alle verpflichtenden Zweck.

3. Die bürgerliche Gesellschaft erhält ihre organische Gliederung durch Organisationen der verschiedenen Berufe, für die wirtschaftliche Seite des Volkslebens durch wirtschaftlich-berufliche Organisationen. Die Berufsorganisationen sind Interessenvertretungen, aber in Unterordnung unter den sie, wie ihre Mitglieder, verpflichtenden Zweck: die volkswirtschaftliche Aufgabe.

Auch dem kommunistischen System fehlt jedes Verständnis für den Reichtum und die Kraft einer berufsgenossenschaftlichen Organisation. In der heutigen Gesellschaft kennt der kommunistische Sozialismus nur die beiden Klassen: Pro-

¹ So Benedikt XV. in der Allokution vom 3. Juli 1919. „Stehen wir alle zusammen auf dem Boden der gleichen Menschenwürde“, mahnt Balthasar Wilhelm in den „Stimmen der Zeit“ (XLIX [1919] 419), „bilden wir stillschweigend einen großen Bund, dessen Name Menschheit, dessen Glieder Mitmenschen, dessen Abzeichen Menschenantlitz! Liebe sei der Beitrag und Liebe, was jeder empfängt! Auf denn, Brüder, schließen wir die Reihen, und setzen wir rüstig unsere Fahrt fort, nicht mit geballten Fäusten, sondern mit verschlungenen Händen: Wir Erdenfahrer — wir Menschen!“

letariat und Bourgeoisie, in der Zukunftsgesellschaft aber nur an die Gesellschaft geschmiedete „Genossen“ ohne lebenskräftige Berufsorganisation. Seinen eigenen Gewerkschaften stand er von Anfang an mißtrauisch gegenüber.

4. Das Verhältnis von Arbeitnehmern und Arbeitgebern ist privatwirtschaftlich das einer Arbeitsgemeinschaft mit dem gemeinsamen Interesse am Gedeihen des Geschäftes; volkswirtschaftlich ist es das einer Berufsgemeinschaft in derselben Branche. Diese Auffassung kommt der Forderung nach paritätischer Ausgestaltung der beruflichen Organisationen von Arbeitgebern und Arbeitnehmern entgegen und bietet die allein mögliche Grundlage eines Betriebsrätesystems (Demokratisierung der Betriebe, die nicht Familienbetriebe sind). Der einigende Berufsgedanke — die Vereinigung nicht von „Kapital“ und „Arbeit“, sondern der führenden, leitenden mit der ausführenden Arbeit im Dienste des Ganzen — überwindet den trennenden Klassengedanken.

50. Der volkswirtschaftliche Prozeß in solidaristischer Beleuchtung. Aus der Vergesellschaftung der Menschen im dargelegten Sinne ergibt sich die Notwendigkeit einer Regelung der Eigentumsverhältnisse und des volkswirtschaftlichen Prozesses. Das ist die zweite, ebenfalls wesentliche Form richtiger „Sozialisierung“.

1. Wo übergroßer Reichtum harter Armut unvermittelt gegenübersteht, da hat es an einer nach sozialen Gesichtspunkten und nach den Forderungen der Gerechtigkeit geregelten Eigentums- und Erwerbsordnung gefehlt. Gesunde Schichtung der Besitzverhältnisse mit mäßigem Reichtum, einem breiten Mittelstande, Sicherung menschenwürdiger Existenz auch für die untersten Schichten ist unerlässlich für die materielle Volkswohlfahrt und darum mit aller Konsequenz zu erstreben.

2. Der volkswirtschaftliche Prozeß muß die volkswirtschaftliche Aufgabe verwirklichen, darum auch eine auf Erfüllung dieser Aufgabe abzielende Regelung erfahren.

a) Prinzip dieser Regelung ist eben die aus dem Staatszwecke abgeleitete Aufgabe der Volkswirtschaft, d. i. Bedarfsversorgung des Volkes mit äußeren Gütern im Sinne wahren Volkswohlstandes.

b) Für die Art der Bedarfsdeckung kommen bei der Regelung als Bedarfsdeckungsprinzipien in Betracht a) das ökonomische Prinzip, das aber nicht ausschließlich dem privaten Interesse, sondern auch der Volkswohlfahrt sich anpassen muß, und darum β) das national-ökonomische Prinzip; γ) das hygienische Prinzip; δ) das ästhetische Prinzip und ϵ) das ethische Prinzip. Nur wo den diesen Bedarfsdeckungsprinzipien entsprechenden Forderungen genügt wird, ist die Bedarfsversorgung eine dem Kultur- und Fortschrittsbedürfnis gemäße.

c) Gegenstand der Regelung sind alle drei Bedarfsdeckungselemente zugleich, also: 1. Beschaffung der Güter, 2. die

Zuteilung derselben an die Gebraucher durch den Tauschverkehr, 3. die Einkommens- und Vermögensbildung.

α) Für die Beschaffung der Güter gilt als Gesetz: Anpassung an den Bedarf. Der Bedarf ist nicht immer gleich. Nach dem Weltkriege z. B. war die Erhöhung der Produktion des zum Leben Notwendigen besonders dringend erfordert. Aber auch in normalen Zeiten muß ein richtiges Verhältnis zwischen notwendigen, nützlichen, angenehmen Gütern gewahrt bleiben (nicht Luxusgüter z. B. in Fülle, während es an den notwendigen Bedarfsgütern mangelt).

„Bedarfsdeckungswirtschaft“ mit Anpassung an den Bedarf vollzieht sich nicht notwendig in kommunistischer Form. Sie kann eine Art Kundenwirtschaft sein, indem die Güter auf Bestellung erzeugt werden (heute z. B. bei Großprodukten: Maschinen u. dgl.). Aber auch die Marktwirtschaft erlaubt Bedarfsdeckung mit Anpassung an den Bedarf. So haben schon die Kartelle eine solche Anpassung versucht, die in berufsgenossenschaftlich organisierter Wirtschaft sich noch erleichtern würde.

β) Für den Tauschverkehr gilt als Gesetz: Güte der Ware und angemessener Preis. Bezüglich der Ware müssen quantitative und qualitative Betrügereien ausgeschlossen und bekämpft werden. Der Preis muß für Produzenten und Konsumenten angemessen sein. Er wird es sein, wenn er die Kosten deckt und dem Produzenten oder Händler einen mäßigen Gewinn abwirft. Die Produzenten notwendiger Lebensbedürfnisse sind zum Angebot ihrer Erzeugnisse verpflichtet und anzuhalten. Sie dürfen solche Güter nicht zurückhalten, um höheren Gewinn zu machen. Sie müssen die Güter auch zu dem angemessenen Preise, dem Produktionskostenwerte anbieten, dürfen die Notlage der Nachfragenden nicht zu ihrem Vorteile ausnützen.

γ) Für die Einkommensbildung aus wirtschaftlicher Betätigung gilt das Gesetz der Wiedervergeltung nach dem Werte der Leistung. Der Produzent oder Händler, der seine Waren zum Produktionskostenpreise verkauft, verfügt in dem mäßigen Gewinne über ein Einkommen, welches ihm einerseits seinen standesmäßigen Unterhalt zu gewähren hat, andererseits aber auch die Mittel zur Fortsetzung, Ausdehnung, Vervollkommnung der Produktion, der Unternehmung. Das Gewinnprinzip der kapitalistischen Epoche muß hinsichtlich der Einkommensbildung wieder durch das Bedarfsdeckungsprinzip ersetzt werden, wobei sowohl der Bedarf der Produzenten, als auch der Bedarf der Gesellschaft und Volkswirtschaft (Fortsetzung der Produktion usw.) gebührende Deckung finden. Eine Anhäufung übermäßigen Reichtums bei einzelnen Individuen, wie das unbegrenzte Gewinnprinzip sie ermöglichte, entspricht weder der Bestimmung der Erdengüter, noch den Anforderungen einer gesunden Volkswirtschaft. Der wucherische Erwerb eines offenbaren Mehrwertes insbesondere, sowie das Beuteeinkommen aus Spekulationen, die nicht als Leistungen im Dienste der volkswirtschaftlichen Aufgabe sich darstellen,

sind zu verwerfen und nachdrücklich zu bekämpfen. Dem Arbeiter und Angestellten gebührt ebenfalls eine gerechte Wiedervergeltung ihrer Leistung, demgemäß Ersatz etwaiger Kosten bei der Arbeit selbst (Werkzeuge u. dgl.), ferner ein Lohn, der ausreicht für einen, der Stellung des Arbeiters im Produktionsprozeß entsprechenden, standesgemäßen Unterhalt der Arbeiterfamilie. Auch auf die Befriedigung geistiger Bedürfnisse ist hierbei Rücksicht zu nehmen. Wenn als Untergrenze des Lohnes der menschenwürdige Lebensunterhalt bezeichnet werden darf, so ist damit die Forderung eines den Preisen der Unterhaltungsmittel entsprechenden Reallohnes von selbst gegeben¹.

d) Es gibt schließlich drei regelnde Faktoren für das Wirtschaftsleben: *α*) das Gewissen der einzelnen Menschen. Ohne eine sittlich gute Menschenverfassung ist die Wahrung einer guten Wirtschaftsverfassung gänzlich ausgeschlossen. *β*) Die autonomen Berufsorganisationen. In ihnen ruht der Schwerpunkt der Regelung. Sie haben nicht nur die Interessen ihres Standes zu vertreten, sondern in ihrer Sphäre auch der Volkswohlfahrt zu dienen, diese auch ihrerseits nach Möglichkeit vorbeugend gegen Trug und Wucher seitens der Berufsgenossen zu schützen. Die berufsgenossenschaftliche Organisation baut sich örtlich, regional, national auf. Ihre Spitze besitzt sie in dem Reichs- oder Volkswirtschaftsrat, der beratend neben der politischen Vertretung und Gesetzgebung steht. *γ*) Der Staat, der mit seiner ergänzenden, ausgleichenden, ordnenden Tätigkeit das Recht der einzelnen, der Organisationen, der staatlichen Gesamtheit schützt und gemäß den Anforderungen der öffentlichen Wohlfahrt fördernde Hilfe spendet nach Möglichkeit und Bedürfnis.

51. Christlicher Solidarismus oder christlicher Sozialismus? Das soziale Arbeitssystem wurde hier als in sich richtig und begründet, als zeitgemäß und als ein Fortschritt über die bisherigen individualistischen Systeme und über den kommunistischen Sozialismus hinaus erwiesen. Wir würden uns freuen, wenn recht viele aus der Erkenntnis der Vernunftgemäßheit des sozialen Arbeitssystems und seiner praktischen Bedeutung für die Wohlfahrt der Völker ein richtiges Verständnis auch der christlichen Weltanschauung gewinnen würden, in welcher jenes System feste Stütze findet.

Auf katholischer Seite gibt es verschiedene Benennungen für das auf dem Gemeinschaftsgedanken beruhende System. Man hat es durchaus zutreffend „Christlicher Solidarismus“ genannt. Andere sprechen von „Christlichem Sozialismus“. Bei den Massen der Arbeiterschaft hat das Wort „Sozialismus“ besondere Zugkraft. Die Arbeiter würden es besser und leichter verstehen, wenn man dem verkehrten, materialistischen Sozialismus einen wahren, christlichen Sozialismus gegenüberstellte. Das soziale Arbeitssystem macht ja auch die Menschen wieder zu „Socii“ im Sinne der christlichen Moral, Rechts- und Sozialphilosophie. Wer trotzdem Bedenken trägt,

¹ Vgl. hierzu Th. Brauer, Bodenfrage und Arbeiterinteresse (1916), und Vom Reallohn, in Deutsche Arbeit, Februar 1917.

das oft mißbrauchte Wort „Sozialismus“ hier anzuwenden, und darum Verwirrung davon befürchtet, wird sich vielleicht für den Ausdruck: „Gesellschaftsform der christlichen Volksgemeinschaft“ u. dgl. entscheiden. Ein neuer Gedankeninhalt, als der hier dargelegte, ist freilich mit solcher Bezeichnung nicht gegeben.

Wenn wir sagten, das soziale Arbeitssystem finde in der christlichen Weltanschauung eine besondere Stütze¹, so darf das nicht mißverstanden werden. Es ist nicht die besondere Aufgabe des Christentums, ein volkswirtschaftliches System zu entwickeln. Die christliche Lehre zeigt aber, was der Mensch als sittliches Subjekt zu tun und zu lassen, wie er sein Leben und Streben in allen Sphären aufzufassen und durchzuführen hat. Der Pflichtenkreis des Menschen ist nicht mit seinem inneren Leben abgeschlossen. Es gibt auch soziale Pflichten, Pflichten der einzelnen Gesellschaftsglieder in ihrem Berufs- und Standesleben, Pflichten der Träger der sozialen Autorität gegenüber der gesellschaftlichen Einheit. Wir sprechen von einer sozialen oder legalen, einer distributiven, einer kommutativen Gerechtigkeit, von der christlichen Nächstenliebe als höchster sozialer Tugend. Die ganze Tugendlehre der christlichen Kirche hat gewaltige Bedeutung für das Gemeinschaftsleben der Menschen und insbesondere auch für die Volkswirtschaft. Wir haben ferner eine durchgebildete Moral- und Sozialphilosophie, haben die Rundschreiben der obersten Hirten der christlichen Kirche². So fehlt es uns also nicht an Leuchttürmen, an denen die eigene nationalökonomische Forschung sich oftmals orientieren kann. Eine volle Trennung von Weltanschauung und Volkswirtschaftslehre ist undurchführbar. Auch diejenigen, die eine solche fordern, stehen gerade dabei unter dem Einfluß ihrer Weltanschauung. Noch möchten wir das schöne und tief wahre Wort hier anführen, das sich in Friedrich Lists Gesammelten Schriften³ findet; „Es gibt keinen besseren Beweis für die Göttlichkeit der christlichen Religion als den, daß ihre Lehren und Verheißungen mit den Forderungen der materiellen wie der geistigen Wohlfahrt des menschlichen Geschlechts in vollkommener Übereinstimmung stehen.“ Diese Übereinstimmung muß auch der Nationalökonom als solcher anerkennen, wenn er vorurteilsfrei zu Werke geht.

Die Rückkehr zu christlichen Grundsätzen im Gesellschafts- und Wirtschaftsleben wäre für Deutschland insbesondere zugleich die Rückkehr zu sich selbst. Oder ist der christliche Solidarismus etwas anderes als die konsequente Durchführung gerade des deutsch-rechtlichen, von christlichem Geiste getragenen, wahrhaft demokratischen Genossenschaftsgedankens, durch welchen die Freiheitsidee einen besondern Gehalt, und die nationale Einheitsidee, die Zusammenfassung der Volkskräfte, eine feste Grundlage erhält, während aus dem kollektivistischen Sozialismus mit seinem Staats- oder Gesellschaftsabsolutismus uns ein ganz undeutscher Geist entgegenweht? Es ist jener Familien-, Gemeinde- und Stammessinn, auf das wirtschaftliche Leben übertragen, jene Liebe zur Assoziation, jener echt deutsche Genossenschaftsgeist, der, wie Gierke sich ausdrückt⁴, „allen engeren Gliederungen des Staates ein eigenes, selbständiges Leben

¹ G. Garriguet, *La valeur de l'Évangile* (1909).

² Meßmer, *Katholizismus und Revolution* (1919).

³ *Das nationale System* (Ausg. Häusser, 1851) 133 Anm.

⁴ *Das deutsche Genossenschaftsrecht I* (1868) 3.

zu wahren versteht und doch noch Kraft genug übrig behält, um für die allgem reinsten wie für die vereinzeltsten Zwecke des menschlichen Daseins aus den noch ungebundenen Elementen der Volkskraft lebensvolle, nicht von oben belebte, sondern von innen heraus tätige Genossenschaften in unübersehbarer Reichhaltigkeit zu erschaffen. Diese engeren Gemeinwesen und Genossenschaften, welche der Allgemeinheit gegenüber als Besonderheiten erscheinen, ihren Gliedern aber selber Allgemeinheiten sind, bieten allein die Möglichkeit, eine große und umfassende Staatseinheit mit einer tätigen bürgerlichen Freiheit, mit der Selbstverwaltung zu vereinen.“

Fassen wir zum Schluß die Hauptpunkte der Solidaritätslehre noch einmal in wenigen Schlagworten zusammen: Mit zielbewußter und energischer Selbsthilfe vereint soziale Beihilfe, kräftige Staatshilfe, — Ergänzung der Schwäche, Regelung der Kraft, — Bindung und Verbindung, Bindung der Willkür und gemeinschädlicher Selbstsucht, Verbindung der Menschen in der volkswirtschaftlichen Arbeitsgemeinschaft, — Harmonisches Zusammenwirken zur Erfüllung der volkswirtschaftlichen Aufgabe, — Selbstverantwortung und soziale Verantwortung, — Wetteifer an Stelle unlauterer und brutaler Konkurrenz, — Politik der mittleren Linie im Staate, gerechter Ausgleich der Interessen von Stadt und Land, von Konsumenten und Produzenten, Arbeitern und Arbeitgebern, — Keine Zerreißung der Gesellschaft in zwei Gruppen: arm und reich mit Ausschaltung des Mittelstandes, — Stärkung und Verbreiterung des Mittelstandes, — Ob-siegen des einigenden Berufsgedankens über den trennenden Klassengedanken, — Keine Vergesellschaftung der Produktionsmittel, aber Vergesellschaftung der Menschen, — Organisation der Berufsstände in moderner Form, — Freiheit in der Ordnung, keine Unterdrückung der Freiheit durch unzulässige Zwangswirtschaft, aber auch keine wilde Freiheit, — Anpassung der Produktion an den wirklichen Bedarf, — Erhaltung der Volkswirtschaft in der Weltwirtschaft, — kein wirtschaftliches Faustrecht, — Gerechtigkeit im Austausch und Verkehr, — Tausch ohne Täuschung, — Wiedervergeltung nach dem Werte der Leistung in der Einkommensbildung, — Gerechtigkeit und Billigkeit gegen alle, gegen die Gesamtheit, die Stände und Klassen, die einzelnen Bürger, — Besonderer Schutz, besondere Hilfe für die Schwachen, — Volle Verwirklichung der menschlichen, bürgerlichen, beruflichen Solidarität für die Arbeiter und von seiten der Arbeiter, — Gerechtigkeit gegen die Arbeiter, aber auch Gerechtigkeit gegen die Unternehmer, — Arbeitsgemeinschaft zwischen Unternehmer und Arbeiter, — Arbeitsrecht, Friedensvermittlung statt Klassenkampf, — Solidarität der Menschheit als wahrer Kulturgemeinschaft. Kein Imperialismus mit gewaltsamer oder friedlicher Unterdrückung und Ausbeutung fremder Völker und Länder, — Weltpolitik mit Achtung des Völkerrechts und fremden Anspruchs auf naturgemäße Entwicklung und Entfaltung, — Kolonialpolitik ohne egoistische Ausschließung und ohne imperialistische Machtwillkür, aber mit kultureller Hebung der kolonialen

Bevölkerung, — Überwindung der Klassen- und der nationalen Gegensätze durch die Solidarität höherer Gemeinschaft, — Als Ergänzung und Krönung mit der Gerechtigkeit gepaart, die versöhnende, heilende, helfende Liebe, wie das Christentum sie fordert, indem es uns in jedem Menschen einen Bruder, in jedem Volke ein Glied der großen Gottesfamilie erkennen läßt. — Das sind in Kürze noch einmal die wichtigsten Grundforderungen des christlichen Solidarismus.

Der kommunistische Sozialismus will die Entwicklung in sein System hineinzwängen. Das gleiche gilt auch von andern, in diesen schweren Zeiten aufgetauchten Plänen und „Planwirtschaften“. Kein System hat sich vollkommen durchgesetzt. Das wird auch von dem solidaristischen System gelten. Wir erwarten von der Zukunft keine absolut vollkommene Wirtschaftsverfassung. Aber es ist gerade jetzt von hoher Bedeutung, daß gewisse prinzipielle Grundforderungen betont werden, die bei der, über die gegebenen Verhältnisse hinaus fortschreitenden, Entwicklung, soweit eine Einwirkung auf dieselbe möglich ist, zu beachten sind: Das solidaristische Arbeitssystem stellt die menschliche Arbeit höher als das Kapital, betont den Gemeinschaftsgedanken in seiner ganzen oben dargelegten Ausdehnung, zeigt Einheit und Aufgabe der Volkswirtschaft, beweist die Notwendigkeit einer Regelung des wirtschaftlichen Prozesses durch gesellschaftliche Faktoren, ohne Beseitigung der Privatwirtschaft, ihrer mit dem Gemeinwohle vereinbaren Freiheit, ihres der Bedeutung eigener Leistung entsprechenden Erwerbstrebens, proklamiert den Grundsatz der Gerechtigkeit für Preisbildung und Einkommensbildung usw. Der eigentliche Wirtschaftsplan aber läßt sich nicht auf lange Sicht in allen Details unveränderlich festlegen. Er muß sich, unter Wahrung der richtigen prinzipiellen Grundforderungen, immer wieder der jeweiligen inneren und äußeren Situation anpassen. Wie für alle Politik, so gilt auch für die Wirtschaftspolitik, daß sie die Kunst des Möglichen ist. Kurz: die Theorie bietet durch Aufstellung von Systemen nur die Metallbarren. Deren Ausprägung ist und bleibt Sache der Praxis und der Praktiker. Die Theorie gibt die Seele. Den Leib baut die Praxis auf und aus.

„Wir wählen die Objekte unserer Wissenschaft nicht planlos“, sagt Eugen von Philippovich¹, „sondern mit Rücksicht auf den Zweck, dem sie dienen, und als der letzte Zweck der Wirtschaft ergibt sich uns der ‚Volkswohlstand‘. Alle kritischen Betrachtungen gegebener volkswirtschaftlicher Zustände, betreffen sie nun die Organisation

¹ In seinem auf der Generalversammlung des Vereins für Sozialpolitik zu Wien 1909 gehaltenen Referate über das „Wesen der volkswirtschaftlichen Produktivität“, in Schriften des Vereins für Sozialpolitik CXXXII (1910) 358.

der Produktion oder die Formen des Verkehrs oder das System der Verteilung, messen deren Wert an irgend einer Vorstellung vom Volkswohlstand, alle Untersuchungen ihrer Entwicklung weisen die Veränderungen auf, die sie an diesem Wohlstand hervorrufen. . . . Die Volkswirtschaft als Mittel, den Volkswohlstand zu erreichen oder, wenn wir diese Fähigkeit als Produktivität bezeichnen, die Produktivität der Volkswirtschaft ist das eigentliche Objekt unserer Wissenschaft.“ Wir werden folgerichtig unsere volkswirtschaftlichen Untersuchungen mit der Entwicklung des Begriffes „Volkswohlstand“ zu eröffnen haben¹.

¹ Das billigte Philippovich, indem er (a. a. O.) sagte: „Mit Recht hat daher in jüngster Zeit Pesch in seiner Allgemeinen Volkswirtschaftslehre das Wesen und die Grundlagen des Volkswohlstandes in den Vordergrund der Darstellung gerückt.“

Zweites Kapitel.

Der Volkswohlstand im Sinne des sozialen Arbeitssystems.

Literatur: Die Lehrbücher von Wagner, Schmoller, Philippovich, Conrad usw., von Kautz, Rau (I 82 ff.), Roscher, Einleitung Kap. 1, § 9. — Simonde de Sismondi, *Études sur l'Économie Politique* II (Bruxelles 1838) 193—233. — Ders., *Neue Grundsätze der politischen Ökonomie*; Übersetzung von Stöpel-Prager I (1901) xii—xxiv. — Julius Lehr, *Die Grundbegriffe der Nationalökonomie*, im Hand- und Lehrbuch der Staatswissenschaften von Frankenstein-Heckel² (1901), herausgegeben von Max v. Heckel 216—222. — A. M. Weiß, *Soziale Frage und soziale Ordnung* II 494 ff. 506 ff. 542 777 usw. — Charles Périn, *Über den Reichtum in der christlichen Gesellschaft*, 2 Bde.; übersetzt von J. Weizenhofer (1868). — Julius v. Costa-Rossetti, *Allgemeine Grundlagen der Nationalökonomie* (1888). — Friedrich Kleinwächter, *Das Einkommen und seine Verteilung*, in Frankenstein's Hand- und Lehrbuch (1896) 44—86. — Franz Maria Schindler, *Die soziale Frage der Gegenwart*⁴ (1908). — Edwin Seligmann, *Principles of Economics*² (1906) 584—597 (jetzt 3. Aufl.). — Gustav Schmoller, *Was verstehen wir unter dem Mittelstand?* (1897.). — H. Böttger, *Vom alten und neuen Mittelstand* (1901). — F. Wegener, *Der Freiheitskampf des Mittelstandes* (1906). — J. Wernicke, *Kapitalismus und Mittelstandspolitik* (1907). — Buehl, *Das Armenwesen* (1905). — Löning, *Armenwesen*, in Schönbergs Handbuch⁴ III, 2. Abt. (1896). — Joseph Biederlack, *Die soziale Frage*⁷ (1907). — August Engel, *Grundriß der Sozialreform* (1907). — J. Jastrow, *Sozialpolitik und Verwaltungswissenschaft* I (1902) 2—27. — R. van der Borcht, *Grundzüge der Sozialpolitik*, in Frankenstein-Heckels Lehr- und Handbuch (1904) 1 ff. — Karl Wasserrab, *Soziale Frage, Sozialpolitik und Carität* (1903). — Robert v. Erdberg, *Die Wohlfahrtspflege* (1903). — Gnauck-Kühne, *Christlich-soziale Bildung, in Soziale Kultur* 1907, 585 ff. — Philippovich, *Das Wesen der volkswirtschaftlichen Produktivität*, in den Schriften des Vereins für Sozialpolitik CXXXII (1919). — Eggenschwyler, *Zum Problem der Produktivität*, in *Jahrb. für Nationalökonomie und Statistik* XLIX (1915) 499 ff.

§ 1.

Wohlstand und Wohlstandsstreben.

52. Die Wohlfahrt im allgemeinen ist ein Zustand menschlichen Wohls oder ein mit Annehmlichkeit verbundener Zustand irdischer Vollkommenheit, der daraus entsteht, daß die äußeren Güter in entsprechender Art und Menge dem Menschen regelmäßig und beständig zufließen¹. Die Güter gelten quantitativ und qualitativ sowie in der Art ihres Zufließens

¹ v. Costa-Rossetti, *Allgemeine Grundlagen der Nationalökonomie* 10 ff.

als entsprechend, wenn sie geeignet sind und genügen, die wirklichen, nach Stand und Lage der Verhältnisse vernunftgemäßen Bedürfnisse des Menschen würdig und, im Hinblick auf die Erfüllung seiner Lebenszwecke und berechtigten Anforderungen an das Leben, ausreichend zu befriedigen. Zum Begriff der „Wohlfahrt“ gehört jedoch der Akt der Bedürfnisbefriedigung selbst und das an die aktuelle Befriedigung sich anschließende Behagen nicht mehr, sondern lediglich die Möglichkeit dieser aktuellen Befriedigung, und zwar als dauernder Zustand.

Wesentlicher Unterschied zwischen geistiger und materieller Wohlfahrt. Der sinnlich-vernünftigen Natur des Menschen gemäß hat die Wohlfahrt eine doppelte Seite: eine geistige und eine körperliche, eine materielle und eine immaterielle, — die in der Praxis sich vielfach gegenseitig bedingen.

Es mag nicht selten geschehen, daß dieselben äußeren Güter in verschiedener Rücksicht sowohl der leiblichen wie der geistigen Wohlfahrt dienen können. Ein Landgut zum Beispiel bietet durch seinen Ertrag nicht bloß die Deckung der Nahrungs-, Kleidungs- und Wohnungsbedürfnisse, sondern kann auch mittelbar zur geistigen Wohlfahrt des Besitzers beitragen, insofern es demselben die Möglichkeit eröffnet, sich Bücher zur Pflege der Wissenschaft zu kaufen oder Werke der Nächstenliebe zu üben. Allein das hebt den wesentlichen Unterschied, der zwischen geistiger und leiblicher Wohlfahrt besteht, keineswegs auf; noch weniger als die natürliche Bestimmung der materiellen Güter, leiblichen Bedürfnissen zu dienen, dadurch beseitigt wird, daß jemand sie in der Verkehrswirtschaft benützt, um sich durch Tausch in den Besitz von Büchern, Werken der Kunst u. dgl. zu setzen.

Innerhalb der Wirtschaftslehre haben wir es nun offenbar allein mit der materiellen Wohlfahrt, dem Wohlstande zu tun, wenigstens insofern der unmittelbare Gegenstand jener Lehre in Frage kommt. Wissenschaft, Kunst, Sittlichkeit, Recht, Religion usw. üben gewiß den größten Einfluß auf das wirtschaftliche Leben aus. Auch wird die reale Verwirklichung der geistigen Wohlfahrt vielfach auf den Gebrauch materieller Mittel angewiesen sein. Allein nicht alles, was von Einfluß auf die Ökonomie ist oder derselben bedarf, gehört zum Gegenstande und in den Bereich der Wirtschaftslehre. Der Unterschied zwischen materieller und geistiger Wohlfahrt muß einestails zur Wahrung der Würde des Menschen und der Erhabenheit der geistig-sittlichen Ordnung festgehalten werden, andernteils nicht minder auch im Interesse unserer Wissenschaft selbst. Wird nämlich jener Unterschied nicht beachtet, so muß man entweder das ganze Leben der Bürger in der Ökonomie aufgehen lassen, oder es fehlt doch wenigstens die sichere Grenze zwischen der Wirtschaft und andern Kreisen menschlicher und bürgerlicher Tätigkeit. Gleichzeitig wird auch der feste Standpunkt für die Bestimmung wichtiger ökonomischer Grundbegriffe verloren und die Wissenschaft selbst unsicherem Schwanken überantwortet. Was sind z. B. ökonomische

Güter, was ist ökonomische Produktion und Konsumtion, wenn die Ökonomie alle Güter umfaßt, wenn ihre Grenzen einer klaren Umschreibung entbehren? ¹

53. **Materielle Wohlfahrt oder „Wohlstand“** ist jener dauernde Zustand menschlichen Wohlseins oder irdischer Vollkommenheit, in welchem dem Menschen zur Befriedigung seiner wirklichen, vernunftgemäßen, durch Natur und Kultur, Stand und Lebenshaltung (allgemeine Lebensgewohnheiten des Standes) bestimmten Bedürfnisse ausreichende materielle Mittel zur Verfügung stehen. Oder kurz: Wohlstand ist Wohlfahrt, soweit diese aus der entsprechenden Fülle äußerer, materieller, nützlicher Güter erwächst.

„Wohlstand“ bezeichnet einmal abstrakt das zwischen erreichbaren Mitteln und Bedarf obwaltende Verhältnis an sich, ohne Rücksicht darauf, ob das Verhältnis günstig oder ungünstig ist. In diesem Sinne umfaßt der Begriff „Wohlstand“ den Reichtum, ja selbst die Armut, wie man auch von der Gesundheit eines Kranken reden kann.

Gewöhnlich aber bedeutet „Wohlstand“ ein günstiges Verhältnis zwischen Mitteln und Bedarf, und zwar ganz allgemein, wie in obiger Begriffsentwicklung, oder speziell die unteren und mittleren Stufen jenes günstigen Verhältnisses. Auch in dieser letzteren Bedeutung besagt „Wohlstand“ schon mehr als „Auskommen“. Wer gerade genug zum Leben hat, findet sein Auskommen. Zum Wohlstand gehört überdies, daß jenes Auskommen ein gesichertes, genügendes, befriedigendes sei, also auch den allgemeinen Lebensgewohnheiten der Zeit und des Standes, soweit diese vernünftig sind, Rechnung trage.

Gehört zum Wohlstande Vermögensbesitz? Versteht man unter Vermögen den Inbegriff der einer Person zur ausschließlichen rechtlichen Verfügung stehenden wirtschaftlichen Güter, so liegt es auf der Hand, daß zum Wohlstand Vermögen gehört. Wird das „Vermögen“ aber im engeren Sinne verstanden als bleibendes Eigentum äußerer materieller Güter (namentlich das der Einkommensbildung gewidmete Vermögen, auch aufgespeichertes, nicht für den Haushalt bestimmtes Geld), so ist es jedenfalls nicht immer zur materiellen Wohlfahrt nötig. Auch ohne Besitz von Ländereien, Häusern, Produktionsmitteln, Geldkapitalien u. dgl. kann jemand über eine genügende Menge von ökonomischen Gütern verfügen, die ihm regelmäßig und beständig zufließen, z. B. durch gesicherten Arbeitslohn, Besoldung usw.² In diesen Fällen fehlt vielleicht fast jedes Vermögen im engeren Sinn, nicht aber ein ständiges Einkommen, gesicherte Einkünfte, die allerdings immer zur materiellen Wohlfahrt gehören.

„Wohlhabenheit“ bedeutet schon den Übergang zum Reichtum. Versteht man „Wohlstand“ im Sinne von „Wohlhabenheit“, so wird in

¹ Vgl. Neumann, Wirtschaftliche Grundbegriffe, in Schönbergs Handbuch I⁴ (1896) 174 f.

² v. Costa-Rossetti, Allgemeine Grundlagen 12.

der Regel auch das Vorhandensein eines Vermögens im engeren Sinne vorausgesetzt.

54. „Reichtum“ und „Wohlstand“ decken sich nicht. Reiche Leute erfreuen sich zwar des Wohlstandes. Aber nicht alle, die im Wohlstand sich befinden, können als „reich“ bezeichnet werden. Der Reichtum als Zustand einer Person bezeichnet eine höhere Stufe des Wohlstandes, ein besonders günstiges Verhältnis zwischen Bedarf und verfügbaren Mitteln. Zugleich verknüpft sich in der Regel mit dem Begriff des Reichtums die Vorstellung eines größeren Vermögensbesitzes im engeren Sinn, somit auch eines bedeutenderen Einkommens, das nicht bloßes Arbeitseinkommen, sondern Renteneinkommen aus bleibendem Eigentum ist. Man kann überdies den Reichtum relativ auffassen und wird von Reichtum gerne dort sprechen, wo der Wohlstand des einen im Verhältnis zu dem eines andern als groß erscheint. Hätten alle Menschen viele, aber gleich viele Güter, sagt Roscher¹, so würde vermutlich jeder seine Schornsteine und Kloaken selbst fegen, seine Schuhe selbst putzen müssen. Der Reichtum gewährt nicht nur Macht über Sachen, sondern verfügt auch über den Dienst anderer Menschen, hat gerade insofern eine höchst wichtige soziale Seite und Bedeutung. Allein dieser Vergleich mit andern gehört doch kaum als konstitutives Element zum Wesen des Reichtums. Der formelle Begriff „Reichtum“ bringt absolut lediglich die Idee eines größeren Überflusses an ökonomischen Gütern, dessen ein Wohlstandssubjekt sich erfreut, zum Ausdruck. Daß die Stufe des Wohlstandes relativ höher ist, schließt sich nur als Eigentümlichkeit an den Begriff des Reichtums an. Objektiv und materiell wird ja der Reiche, wie die Verhältnisse tatsächlich liegen, allerdings nicht nur viel haben, sondern auch mehr als andere.

Während der Ausdruck „Wohlstand“ sich ausschließlich auf einen menschlichen Zustand bzw. das Verhältnis zwischen Bedarf einer Person, eines Volkes und der verfügbaren Deckung desselben bezieht, wird das Wort „Reichtum“ häufig auch zur Bezeichnung einer ansehnlichen Quantität von ökonomischen Gütern, eines großen Vermögens, gebraucht. Wenn man von ökonomischen Gütern spricht, so denkt man, wie wir in der Grundlegung ausführten², zunächst an äußere materielle Sachgüter. Im weiteren und übertragenen Sinne können auch persönliche Güter, Eigenschaften, Verhältnisse als ökonomische Güter bezeichnet werden, sofern diese zur Erreichung materieller Güter in Beziehung stehen. In ähnlicher Weise soll hier der Ausdruck „Reichtum“, ohne weiteren Zusatz gebraucht, eine Fülle äußerer materieller Güter bedeuten. Denselben werden vorteilhafte geschäftliche Verbindungen, geschäftliches

¹ Grundlagen, Einleitung, Kapitel 1, § 9. „Whatever a man had in abundance, constituted his wealth. . . It made him well off“ (Seligmann, Principles of Economics 8).

² Bd. 1²: Grundlegung 23 f. (23 f.).

Renommee, eine vortreffliche Organisation des Geschäftes, dingliche Rechte an fremder Sache, Monopole, Forderungsrechte beigelegt. In einem weiteren Sinne verstanden, umschließt der „Reichtum“ bei manchen Schriftstellern auch jene inneren persönlichen Güter, welche für die ökonomische Ordnung von größter Bedeutung sind, aber keineswegs mit den materiellen Gütern auf gleiche Stufe gestellt werden dürfen.

„Man kann den Begriff Reichtum für gewisse Zwecke weiter fassen“, sagt Alfred Marshall¹, „aber dann muß man, um Mißverständnisse zu vermeiden, einen besondern erläuternden Zusatz zu Hilfe nehmen. So ist z. B. die Geschicklichkeit des Zimmermanns ein ebenso direktes Mittel, welches ihn befähigt, materielle Bedürfnisse anderer Leute direkt und daher indirekt seine eigenen Bedürfnisse zu befriedigen, wie das Handwerkszeug in seinem Kasten. A. Smith² und den meisten Wirtschaftslehrern auf dem Kontinent folgend, können wir hier von persönlichem Reichtum reden und von diesem Ausdrucke sagen, daß er alle diejenigen Kräfte, Eigenschaften und Gewohnheiten einschließt, welche zusammen mit den geschäftlichen Beziehungen und Verbindungen irgendwelcher Art... direkt dazu beitragen, die Menschen wirtschaftlich leistungsfähig zu machen.“ Wir werden unsererseits niemand deshalb des Materialismus anklagen, wenn er in einem weiteren und übertragenen Sinne selbst persönliche Kräfte und Eigenschaften den ökonomischen Gütern, den Elementen des Reichtums, beizählt. Aber man darf dabei nicht der wesentlichen Unterscheidung zwischen der subjektiven und objektiven, der inneren und äußeren Ordnung der Güter vergessen. „Reichtum existiert für den Menschen“, sagt Edwin Seligmann³, „doch der Mensch selbst ist kein Reichtum, er sei denn ein Sklave, und dann ist er Reichtum nicht für sich selbst, sondern für einen andern. Reichtum wird durch den Menschen erzeugt, aber es ist das Produkt, nicht der Produzent, was den Reichtum ausmacht. Die Dinge, die den Reichtum bilden, sind dem Menschen stets äußerlich.“

Der Ausdruck „Reichtum“ wird in der Volkswirtschaftslehre noch in einer dritten Bedeutung zur Bezeichnung des materiellen Einzelgutes gebraucht. In der Volkswirtschaft, sagt Boccardo, ist ein Blatt Papier, das einen Pfennig kostet, ebenso Reichtum wie die Goldgruben von Peru und die fruchtbaren Tiefebene der Lombardei. Auf diese Weise könnten wir in der Tat dem Bettler, dem wir einen Pfennig schenken, sagen: Im gewöhnlichen Leben wirst du arm genannt, aber wissenschaftlich bist du reich. Denn wer Reichtum besitzt, ist reich, und dieser Pfennig ist Reichtum⁴. Hat die Nationalökonomie etwa schwerwiegende Gründe, hier von der gewöhnlichen Sprachweise abzuweichen? Daß überhaupt ein Grund vorliegen müsse, daß die Wissenschaft nicht rein willkürlich Begriffe formulieren könne, wird niemand bestreiten wollen. Bei Wahl der Ausdrücke und deren Erklärung bietet ja doch der gewöhnliche

¹ Handbuch der Volkswirtschaftslehre; Übersetzung (1905) 2. Kap., § 3, 105.

² Wealth of Nations book 2, chap. 2.

³ Principles of Economics 9.

⁴ Vgl. Liberatore, Grundsätze der Volkswirtschaft, übersetzt von Graf Kuefstein (1891) 27 f.

Sprachgebrauch stets den natürlichen Ausgangspunkt¹. Die Wissenschaft mag neue Begriffe aufstellen, die dem Alltagsleben fremd sind, sie mag die dem Volke geläufigen Begriffe näher und schärfer bestimmen, aber diese letzteren Begriffe so umgestalten, daß sie ihre gewöhnliche Bedeutung ganz verlieren, dafür müssen der Wissenschaft sehr gewichtige Gründe zur Seite stehen. Fragen wir nun, warum man mit dem Worte „Reichtum“ ein dem Volke ganz fremdartigen Begriff verbindet, dann antwortet uns Jean Baptiste Say: „Im gemeinen Leben heißt man nur denjenigen reich, welcher viele Güter besitzt; allein der wissenschaftliche Forscher der Erzeugung, Verteilung, Konsumtion der Reichtümer nennt jederlei Dinge Reichtümer, welche diesen Namen verdienen, ob deren Vorrat groß sei oder klein: gerade wie ein Haferkorn ebensogut für Hafer gilt wie ein ganzes Malter von dieser nämlichen Frucht.“² Liberatore antwortet auf diese Begründung, indem er dem von Say gewählten Beispiele ein anderes entgegenstellt: „Im gewöhnlichen Sprachgebrauch erweckt das Wort ‚Heer‘ die Idee einer großen Menge von Soldaten. Aber dies ist nicht genau. Denn die Idee der mehr oder weniger großen Menge ist nicht notwendig in der Idee des Heeres eingeschlossen. Und daher können einige wenige Soldaten oder auch nur ein einziger ‚Heer‘ genannt werden, und dies mit demselben Recht, mit dem ein einziges Getreidekörnlein ‚Korn‘ genannt wird.“³ Jedermann wird mit Leichtigkeit den Irrtum dieser Beweisführung einsehen. Die Begriffe „Heer“, „Volk“, „Bibliothek“ u. dgl. sind Kollektivbegriffe, d. h. Begriffe, die eine Gesamtheit von Personen oder Dingen, bezeichnen und darum nicht von den einzelnen Individuen, welche jene Gesamtheit bilden, ausgesagt werden. Der Begriff „Korn“, „Hafer“ u. dgl. ist dagegen ein universeller Begriff, d. i. ein Begriff, der nur die Gattung oder Art bezeichnet, welche in jedem Individuum, das zur Gattung oder Art gehört, sich verwirklicht findet. Darum ist der Name „Korn“ ein Distributivname, der von jedem einzelnen Körnlein geradesogut ausgesagt werden darf wie von einer großen Quantität. In dem gewöhnlichen Sprachgebrauch nun ist aber, wie gesagt, der Name „Reichtum“ ein Kollektivname. Er bezeichnet eine das wirkliche, notwendige, durch den standard of life bestimmte Bedürfnis übersteigende Gütermenge, den Überfluß an Gütern über den Bedarf hinaus, bzw den Zustand einer Person, insofern dieselbe sich eines solchen Überflusses erfreut, die

¹ Vgl. Costa-Rossetti, Allgemeine Grundlagen 42 ff.

² Ausführliche Darstellung der Nationalökonomie oder der Staatswirtschaft, Übersetzung von C. E. Morstadt 1 (1830), 1. Buch, 1. Kap., 82. In Stirners Übersetzung I (1845), 1. Teil, 1. Kap., 84.

³ Liberatore, Grundsätze der Volkswirtschaft 29. Bei einzelnen Gegenständen spricht man zuweilen von „Reichtum“, nennt sie „reich“, weil sie eine nützliche oder angenehme Eigenschaft in reichlichem Maße, in großer Fülle, Mannigfaltigkeit besitzen.

höhere Wohlstandsstufe dieser Person. Die Nationalökonomie ist um so weniger berechtigt, die kollektive Bedeutung in eine distributive zu verwandeln, weil zur Bezeichnung der nützlichen Gegenstände, die den Reichtum bilden, Namen in genügender Auswahl zu Gebote stehen, wie z. B. Teile, Bestandteile, Elemente des Reichtums, oder auch einfach: Güter, Produkte u. dgl.

Wir schließen uns im übrigen der Bemerkung Liberatores an: „Wenn jemand darauf besteht, jede Kleinigkeit, die zu etwas taugt, selbst ein Blatt Papier oder einen von ihm gebrauchten Fetzen eines Leintuches Reichtum zu nennen, so werden wir darüber lächeln, ihm aber deshalb nicht den Krieg erklären.“¹

Die Menge von Gütern, welche man als „Reichtum“ bezeichnet oder welche dem Zustande des Reichtums als Unterlage dienen, bilden keineswegs eine feste Größe. Wie die Bedürfnisse zu verschiedenen Zeiten nicht ganz dieselben bleiben, in einer höheren Kulturstufe sich anders gestalten als in der erst entstehenden Zivilisation, so ändern sich auch die Grenzen, durch deren Überschreiten ein Güterquantum Reichtum bildet und zum Reichtum führt. Regelmäßig verbindet sich nur die Vorstellung des Überflusses mit dem Begriffe des Reichtums. Von „Überfluß“ wird man aber jedenfalls dann reden können, wenn die Gütermenge zu groß ist, um ganz für persönliche Zwecke verwendet zu werden, innerhalb der jeweilig durch Vernunft und Sitte gezogenen Schranken².

Louis Say u. a. nannten „reich“ diejenigen, welche auch die Luxusbedürfnisse befriedigen können³. Und in der Tat genügt nach der allgemeinen Auffassung zum Begriff „Reichtum“ schon ein solcher Überfluß, der zu dauernder und ausgedehnter Befriedigung von Luxusbedürfnissen befähigt. „Wohlhabend“ sind nach Louis Say diejenigen, bei welchen außer den Notwendigkeitsbedürfnissen auch die Annehmlichkeitsbedürfnisse Befriedigung finden.

Bei der Lehre vom Almosen pflegt die Moraltheologie⁴ zwischen „bona vitae necessaria“, „bona statui necessaria“ und dabei wiederum „statui simpliciter necessaria“ oder „decentiae status necessaria“, — endlich „bona simpliciter superflua“ zu unterscheiden. Wer im Überfluß lebt, gilt hiernach als reich. Fehlen die Mittel zum standesgemäßen Leben, dann spricht man von Dürftigkeit. Wem aber auch das zum Leben überhaupt Notwendige gebricht, den nennt man arm.

55. Dürftigkeit und Armut. „Dürftigkeit“ bezeichnet also einen Zustand, bei dem zwar die Mittel zum Lebensunterhalt vorhanden sind, aber nicht hinreichen zur Befriedigung der besondern, aus persönlichen und sozialen Verhältnissen, namentlich aus den Anforderungen des Standes erwachsenden Bedürfnisse⁵.

¹ Liberatore a. a. O. 31.

² Vgl. Lehr, Grundbegriffe und Grundlagen der Volkswirtschaft, in Frankensteins Hand- und Lehrbuch (1893) 203.

³ Louis Say, *Traité de la richesse individuelle et sociale* (1827) 1, 77 ff.

⁴ Lehmkuhl, *Theologia moralis* I n. 605.

⁵ Löning, *Armenwesen*, in Schönbergs Handbuch III⁴ 2, 396.

Die Dürftigkeit ist ein höchst relativer und dehnbarer Begriff. Jemand kann seinen Standesgenossen als dürftig gelten, während er im allgemeinen zu den Wohlhabenden gezählt wird und auch, absolut betrachtet, sich eines gewissen Wohlstandes erfreut. So nennt man dürftig schon denjenigen, der die „*ad decentiam status necessaria*“, das zur Wahrung der Würde seines Standes Notwendige nicht mehr besitzt, z. B. einen Fürsten, der sich den Luxus eines Kammerdieners, einer Equipage nicht gestatten kann. Einen höheren Grad von Dürftigkeit erzeugt aber der Mangel des für Bewahrung des Standes schlechthin Notwendigen, der „*statui simpliciter necessaria*“. Diese Dürftigkeit zwingt den Menschen nicht nur, seine Ansprüche auf Lebensgenuß herabzusetzen, sondern auch, sofern die Dürftigkeit eine dauernde, unabänderliche ist, von der Höhe der bisherigen gesellschaftlichen Stellung herabzusteigen.

„Armut“ im absoluten Sinne liegt dann vor, wenn die zur Erhaltung der Existenz, zur bloßen Fristung des Lebens notwendigen Mittel nicht verfügbar sind, ohne daß gerade schon der Fall der *extrema necessitas* vorzuliegen braucht. Relative Armut ist vorhanden, wenn die Fähigkeit fehlt, jenen *standard of life* zu behaupten, der in zivilisierten Ländern für die unteren Klassen etwas mehr in sich schließt als die unbedingt notwendigen Existenzmittel¹. Bittere Armut in Verbindung mit Verlassenheit wird zum „Elend“. Hier kann der Arme sich nicht nur nicht selbst den notwendigen Lebensunterhalt verschaffen: es wird ihm auch von außen keine genügende Hilfe zuteil.

Ursprünglich bedeutet „Elend“ den Zustand der Verbannung, den Aufenthalt eines Verbannten, Verstoßenen in fremdem Lande. Hiervon übertrag sich der Begriff auf jeden Zustand der Hilflosigkeit, Verlassenheit.

56. Die materielle Wohlfahrt ist der geistig-sittlichen Wohlfahrt untergeordnet. Da zur Bestimmung des Menschen die vollkommene Entfaltung aller in der menschlichen Natur vorhandenen Anlagen und Fähigkeiten und deren harmonisches Zusammenwirken gehört, sagt Kautz², so ist auch das Streben nach Wohlfahrt, welche eben das Ergebnis dieser vollkommenen Entwicklung und harmonischen Wechselbeziehung bildet, ein durchaus unverwerfliches, berechtigtes und nur dann verdammungswürdig, wenn es den Gesetzen der sittlich höheren Natur des Menschen und der sozialen Gemeinschaft widerspricht, den Forderungen und Vorschriften der Gerechtigkeit, der Moral und wahren Humanität entgegentritt. Die Unterordnung der materiellen Wohlfahrt unter die geistig-sittliche Wohlfahrt gilt nicht nur für die Praxis des Lebens. Auch die Wirtschaftslehre kann sich durchaus nicht damit begnügen, das Verhältnis der Unterordnung ein für allemal im Prinzip anzuerkennen. Vielmehr wird sie dessen beim Auf- und Ausbau ihres Lehrsystems stets ein-

¹ Seligmann, *Principles of Economics* 584.

² Die Nationalökonomik als Wissenschaft 8. Vgl. auch Costa-Rossetti, *Allgemeine Grundlagen* 7 f.; Willems, *Philosophia moralis* (1908) 556 ff.; Walter, *Sozialpolitik und Moral* (1890) 22--144.

gedenk bleiben müssen. Die Wirtschaftswissenschaft ist ja nicht bloß eine Wissenschaft der Erscheinungen, der Feststellung und Beschreibung von Tatsachen, die in der realen Wirklichkeit bereits gegeben sind. Sie faßt die materielle Wohlfahrt als einen menschlichen Zustand, und zwar als einen Zustand auf, der Ziel und Objekt menschlichen Strebens sein kann. Es handelt sich für uns um wahre menschliche Wohlfahrt, jene Wohlfahrt, die aus dem Besitz der materiellen Dinge dem ganzen Menschen erwächst. Nicht die Sachgüter als solche, losgelöst von ihrer Beziehung zum Menschen, bilden den Gegenstand der Wirtschaftslehre, vielmehr die ökonomische Seite des Menschenlebens und -strebens; somit zwar bloß die materielle Wohlfahrt, aber doch als Teil der Gesamtwohlfahrt des Menschen, darum nicht herausgerissen aus dem Zusammenhang mit der höheren und als höher anzuerkennenden Ordnung. Mit andern Worten: es ist nicht die Aufgabe der Wirtschaftslehre, ihre Untersuchungen über die materielle, ökonomische Sphäre hinaus auszudehnen; aber sie darf anderseits nicht übersehen und vergessen, daß die wirtschaftliche Wohlfahrt auch moralische und rechtliche Grundlagen und Grenzen hat, daß ihrerseits die irdische Wohlfahrt die materielle Unterlage für alles höhere Streben des Menschen bildet und darum nicht in Widerspruch treten darf zu den höchsten Lebenszielen und zu jenen sittlichen Normen, welche das Gesamtstreben des Menschen in seinem individuellen und sozialen Leben regeln. Eine wahre, des Menschen würdige materielle Wohlfahrt gibt es nicht, es sei denn eine solche, die alle Kollision mit den Forderungen der sittlichen Ordnung vermeidet. Jede Wirtschaftslehre, die das vergißt, die das Verhältnis des Menschen zu den materiellen Gütern und zum Wohlstande anders auffaßt und darstellt, als es die Vernunftordnung fordert und der Bestimmung der Güter und der höheren Bestimmung des Menschen entspricht, wird notwendig einseitig, mangelhaft, verkehrt, verderblich sein und wirken¹.

57. Wohlstand und Glück. Es ist ein bei den griechischen Philosophen häufig wiederkehrender Gedanke, daß der Reichtum für uns kein eigenes, sondern nur ein fremdes, von der Τύχη geliehenes Gut sei. Etwas Fremdes ist der Reichtum für den Menschen wie der Reif, der auf die Wiese fällt, die Weisheit aber ihm eigentümlich, — so sagt ein unbekannter Schüler der Stoa, den Theognetos anführt². Freilich ein kostbarer Reif, welcher das irdische Glück des Menschen von außen her nicht wenig zu fördern vermag. Anderseits wird die innere Zufriedenheit, das persönliche Glücksgefühl keineswegs bloß durch erweiterte Bedürfnisse, eine Fülle materieller Güter gesichert.

Wer kennt nicht das Wort des alten Seneca: „Si quem volueris esse divitem, non est, quod augeas divitias, sed minuas cupiditates“?³ Es gibt hienieden Zufriedenheit ohne große Schätze, und auch die größten Reichtümer vermögen

¹ Vgl. Franz M. Schindler, Die soziale Frage der Gegenwart² (1906) 65.

² Vgl. Adam Rainfurt, Zur Quellenkritik von Galens Protreptikos (1905) 25 f.

³ Vgl. auch G. Schmoller, Grundriß I 1.

nicht den Schmerz von uns zu bannen. Reichtum und irdisches Glück, Armut und irdisches Unglück sind also nicht ohne weiteres miteinander zu verwechseln¹. Der Wohlstand mag wohl ein Mittel zum Glück sein, aber er ist nicht das höchste, einzige, unentbehrliche Mittel dazu. Beklagenswerte Verirrung wäre es daher, wenn jemand über der Sorge für die materiellen Bedingungen des Lebens das vergessen würde, was des Lebens wahren Wert ausmacht²; oder wenn die Wirtschaftslehre den Wohlstand auf Kosten höherer Güter, unter Mißachtung derselben befördern wollte. Das hieße nicht, die materiellen Güter dem wahren Glücke des Menschen dienstbar machen, sondern in ihnen, ihrem Erwerb und ihrem Besitz eine Quelle des Verderbens für unser Geschlecht eröffnen.

Würde das Wirtschaftsleben zugleich mit dem, was es an äußeren materiellen Gütern zu bieten vermag, stets auch die innere Zufriedenheit verbinden können, die Welt bliebe doch eine Fremde, das Leben eine Pilgerschaft ohne die Freuden der Heimat. Das menschliche Leben findet seine Erklärung, Ergänzung und Vollendung, die definitive Ruhe, den endgültigen Frieden erst mit Erreichung des jenseitigen Zieles. Niemals wird daher die vernunftgemäße Wirtschaftslehre selbst mit der ausgiebigsten materiellen Befriedigung aller irdischen Bedürfnisse jene Seligkeit verbunden wännen, deren unser Herz fähig und bedürftig, auf welche das tiefste, gewaltigste, hienieden unstillbare Sehnen jeder Menschenseele, ihr bewußt oder unbewußt, gerichtet ist.

Selbst das beste soziale und wirtschaftliche System kann kaum einen Teil der sozialen und ökonomischen Übelstände, niemals aber die natürlichen und individuellen Übel, weder körperliche noch geistige Krankheit, noch Schwierigkeiten, die aus der Natur- und Charakteranlage sich ergeben, noch Tod und Todesnot beseitigen.

In seiner Schrift „Das menschliche Elend, Geschichte seiner Auffassung und Entwurf einer Statistik desselben“³ hat der österreichische Reichsratsabgeordnete Otto Hausner das Elend in drei große Kategorien geteilt. Erstens: das kosmische, unabwendbare, durch die Weltordnung und die Naturgesetze bedingte menschliche Elend. Zweitens: das anthropologische, schwer und langsam abwendbare, durch die bösen Triebe, durch die Verschuldung der einzelnen Menschen herbeigeführte Elend. (Beim einzelnen Menschen lassen sich die Triebe ordnen. In der Masse eines Volkes wird es stets solche geben, die ihre Triebe und Leidenschaften nicht beherrschen. Das „anthropologische“ Elend wird sich darum zwar in einer gesitteten Gesellschaft entsprechend vermindern, aber tatsächlich nirgends gänzlich fehlen.) Drittens: das politisch-soziale, leichter und rascher abwendbare, durch die staatliche und gesellschaftliche Organisation bedingte Elend.

Die erste Kategorie teilt Hausner wiederum folgendermaßen ein: 1. Das Elend an der Schwelle des Daseins: die Geburt. 2. Das Elend des Kampfes mit den Elementen. 3. Das Elend des menschlichen Körpers. 4. Der Tod.

Zur zweiten Kategorie gehören: 1. Die Unzucht und ihre Folgen. 2. Die Völlerei und ihre Folgen. 3. Zorn, Haß, Rache, Neid, Roheit, Grausamkeit. Eifersucht, verschmähte Liebe und deren Folgen. 4. Habgier, Geiz, Verschwen-

¹ Adam Ferguson, *Essay on the History of Civil Society* VI (1767)-1 3.

² de Laveleye, *Éléments d'Économie politique* (1882) 22.

³ Wien 1879.

dung und deren Folgen. 5. Die Verzweiflung und deren Folgen: Selbstmord. 6. Der falsche Ehrbegriff und das Duell. 7. Die Trägheit, der Müßiggang und die Fahrlässigkeit. 8. Die Unwissenheit und ihre Folgen. 9. Die Erblichkeit der Fehler, Laster und Verbrechen.

In die dritte Kategorie fällt: 1. Das Elend des Krieges. 2. Das Elend der Entnationalisierung. 3. Das Elend des Glaubensdruckes. (Man denke z. B. an den sog. Kulturkampf und seine Leiden.) 4. Das Elend des Despotismus. 5. Das Elend der sozialen Ungleichheit. 6. Das Elend der einzelnen Verwaltungsmaßnahmen, namentlich des Steuerdrucks. 7. Das Elend der Repression. 8. Das Elend der Maßregeln und Anstalten gegen das Elend, der Armengesetze und Armenhäuser.

Mit dieser Einteilung wird nicht jeder einverstanden sein. Es teilt z. B. der Sozialismus manche Quellen des Elendes, die Hausner der menschlichen Natur zugeschrieben, den sozialen Einrichtungen zu (Prostitution, Völlerei, Raub, Bankrott, Wucher, Schmuggel, Steuerverheimlichung, Spielwut, Börsenspiel, Gründungsschwindel usw.). Richtig ist, daß eine gute soziale Organisation höchst bedeutenden Einfluß ausübt auf die Äußerung der menschlichen Leidenschaften. Aber als irrtümlich muß denn doch die Hoffnung gelten, daß alles Elend, alle Not, die bösen Leidenschaften irgendwann aufhören werden. Man mag ihre Ausdehnung, ihre verheerenden Wirkungen, Äußerungen beschränken, vermindern; aber völlig beseitigen wird man sie niemals, am wenigsten im kommunistischen Zukunftsstaate. Die Habsucht, die Verschwendung, Zorn, Haß, Neid usw. würden in einer sozialistischen Gesellschaftsordnung zum Teil in anderer Form, aber mit noch größerer Heftigkeit sogar als heute sich geltend machen.

Nach Tönnies¹ gehört die Untersuchung der Frage, ob die reicheren Länder auch tatsächlich die glücklicheren seien, nicht zum Gegenstande national-ökonomischer Forschung: noch weniger die Frage, „ob überhaupt Reichtum unbedingt oder innerhalb gewisser Grenzen die Menschen glücklich mache? und wenn glücklich, ob auch tüchtig, tugendhaft und stark? ob er etwa nur unmittelbar zu ihrem Genuß und Vergnügen, auf die Dauer aber zu ihrem Verderben gereiche? also in Wirklichkeit andere Folgen habe als im Scheine? Ob etwa in bezug auf solche Wirkungen ein Unterschied zwischen natürlichem Reichtum an Bodenprodukten und dem künstlichen Reichtum an beliebigen Gütern und Waren, der durch Geldreichtum repräsentiert wird, sich behaupten lasse?“ Der Nationalökonom achtet das Glück, die geistigen und sittlichen Güter des Volkes. Er hütet sich, seinerseits störend in die höheren Sphären der Kultur einzugreifen. Er weiß, daß materieller Wohlstand zum Glück der Menschen und Völker beitragen kann. Indem er von seinem Standpunkt aus den materiellen Wohlstand preist, hofft er, daß die Menschen dasjenige, was ihnen zum Heile gereichen kann, nicht durch eigene Schuld zum Verderben werden lassen.

58. Der Glückseligkeitstrieb und dessen Bedeutung für den Wohlstand.

Vermöge seiner allumfassenden Erkenntnis den Blick über das Gegenwärtige erhebend, ausgestattet mit einer natürlichen Expansivkraft des Wollens und Begehrens, die durch kein Einzelgut und auch nicht durch eine Summe von Einzelgütern befriedigt werden kann, strebt der Mensch immer voran neuen Zielen zu,

¹ Archiv für Rechts- und Wirtschaftsphilosophie I (1907) 38.

von deren Erreichung er sein Glück oder wenigstens eine teilweise Befriedigung erwartet. Von der ersten Jugendzeit an begleitet jeden von uns diese Hoffnung, dieses Sehnen nach Glück, nach stets höherem Glück, weil das Gewonnene niemals vollkommen genügt. „Das Verlangen, unsere Lage zu bessern“, sagt Adam Smith¹, „kommt mit uns vom Mutterleibe und verläßt uns nie, bis wir hinabsinken in das Grab. In der ganzen Zwischenzeit, die jene zwei Momente trennt, gibt es vielleicht kaum einen einzigen Augenblick, in welchem irgend jemand so vollkommen mit seiner Lage zufrieden ist, daß kein Wunsch nach Veränderung, Verbesserung übrigbliebe.“ Ein Segen für den Menschen ist dieses Verlangen und zu seinem Besten ihm verliehen; es wirkt mächtig auch auf das materielle Streben des Menschen ein, wie eine geheimnisvolle Kraft, die ihn unablässig vorantreibt, immer neuen Zielen zu, in immer neuen Versuchen, seine Lage zu verbessern. —

Für die Beurteilung von Wohlstand und Wohlstandstreben ist also eine dreifache Wahrheit von besonderer Bedeutung:

1. Wohlstand trägt bei zum Glück, aber das Glück ist nicht gebunden an Wohlstand und Reichtum. Was den Menschen glücklich machen kann, liegt zum größeren Teil außerhalb der Sphäre der materiellen Güter, gehört der geistigen, sittlichen Ordnung an², ist darum dem Armen selbst erreichbar, oft leichter als dem Reichen. Mit Mühe erworben, mit Furcht und Besorgnis besessen, mit Schmerz verloren, hat der Reichtum für sich allein noch kein menschliches Herz vollauf befriedigt. Gesteigerte Begierden, nicht selten Ekel und Überdruß sind seine Begleiter. *Crescit amor nummi, quantum ipsa pecunia crescit!*

2. Gehört die Entfaltung aller in der menschlichen Natur vorhandenen Anlagen und Fähigkeiten und deren harmonisches Zusammenwirken (innere Kultur) zur irdischen Bestimmung des Menschen, so bildet die materielle Wohlfahrt als Bestandteil und Ergebnis dieser Entwicklung ein durchaus berechtigtes wichtiges Ziel menschlichen Strebens. Nur darf dieses materielle Streben, die Unterwerfung der stofflichen Außenwelt, nicht in Konflikt geraten mit den Gesetzen der höheren sittlichen Natur des Menschen. Sonst wird das wahre Glück des Menschen einer bloß scheinbaren und untergeordneten Befriedigung geopfert, zugleich die materielle Welt ihrer eigenen höheren Bestimmung entzogen. Wie die Wirtschaftslehre sich vor der materialistischen Erniedrigung des Menschen hüten, irdisches Wohlleben nicht auf Kosten der geistig-sittlichen Natur und seiner die materielle Welt überragenden Ziele empfehlen und befördern darf, ebenso wird sie pantheistische Vergötterung zurückweisen, die den Menschen nicht bloß in die Mitte der Schöpfung stellt, sondern auch als deren unumschränkten, durch kein höheres Gesetz gebundenen Herrn

¹ *Wealth of Nations* 151: „The desire of bettering our condition comes with us from the womb, and never leaves us, till we go into the grave: in the whole interval, which separates those two moments, there is scarce perhaps a single instant, in which any man is so perfectly satisfied with his situation as to be without any wish of alteration, or improvement of any kind.“ Ebenso Macaulay, *History of England* I 275 (Tauchnitz): „In every human being there is a wish to ameliorate his own condition.“

² Der Mensch kann sich nicht damit begnügen, zu leben „comme un chien bien nourri et pas trop souvent fustigé!“ Rossi, *Cours d'Économie politique* I⁴ (1865) 26.

proklamiert. Der Mensch ist Herr der Welt, damit er in Ausübung dieser Herrschaft Gottes Diener sei.

3. Bei allem, was der Mensch tut und erstrebt, und namentlich in den Fragen des Mein und Dein, stellt sich nur zu leicht Unvollkommenheit und Unordnung ein. Gar mancher sucht den eigenen Nutzen ohne jede Rücksicht auf Gerechtigkeit, Liebe, allgemeines Wohl, macht die eigene Wohlfahrt in rücksichtsloser Weise zum Endziel seiner Wünsche, unbekümmert darum, ob Glück, Wohl, Existenz anderer gleichberechtigter menschlicher Wesen dadurch in Frage gestellt und vernichtet werde. Ist also das Wohlfahrtsstreben an sich berechtigt, so bedarf es doch noch vielfach auch der äußeren Leitung und Korrektur, damit der Mensch nicht als egoistische Größe, sondern als ein soziales Wesen innerhalb der Gesellschaft sein eigenes Glück verwirkliche.

§ 2.

Öffentliche Wohlfahrt und allgemeine Wohlfahrt.

59. Ziel der Einzelwirtschaft und der Volkswirtschaft. Nicht die materiellen Güter, nicht deren Beschaffung, Erhaltung, Vermehrung, Verwendung, nicht Vermögens- und Kapitalbildung, sondern des Menschen materielle Wohlfahrt bildet den Zweck jenes Inbegriffs von Tätigkeiten und Einrichtungen, den man „Wirtschaft“ zu nennen pflegt, und zwar ist die eigene Wohlfahrt des Wirtschaftssubjekts das Ziel der Sonderwirtschaft, das Wohl des ganzen Volkes Aufgabe der Volkswirtschaft.

Es fragt sich nun aber, in welchem Sinne und in welchem Umfange das Wohl des ganzen Volkes Ziel der Volkswirtschaft sei. Ist es das Wohl unmittelbar der einzelnen Volksglieder, oder handelt es sich hier zunächst um einen gesellschaftlichen Zustand, an welchem alle einzelnen Volksglieder teilnehmen? Die Beantwortung dieser Fragen fällt sehr verschieden aus je nach den Grundanschauungen über das Wesen, die Einheit, den Zweck der Volkswirtschaft, je nach dem philosophischen Standpunkte in der Beurteilung des Gesellschafts- und Staatslebens.

Den individualistischen Systemen bedeutet die Volkswirtschaft, wie wir sahen, bloß ein Aggregat von Einzelwirtschaften, die Volkswohlfahrt bloß die Summe der Wohlfahrt der Individuen. Ist aber die Volkswohlfahrt die Summe der Wohlfahrt unabhängiger Individuen, so wird dieselbe eben auch nur durch die freie Tätigkeit der Individuen verwirklicht. Das Wohl von A mit dem Wohle von B und dem Wohle von C usw. macht zusammen des Volkes Wohlfahrt aus. Diese Wohlfahrt wird am besten gewahrt und am sichersten erreicht, wie man glaubte, bei unbeschränkter Freiheit der Einzelwirtschaften in der Erwirkung ihres Eigenwohls.

Dem Sozialismus gilt die Volkswirtschaft als Gesellschaftswirtschaft einer einzigen großen Wirtschaftsgenossenschaft, die daher

unmittelbar für das Wohl aller einzelnen „Genossen“ verantwortlich ist. Da diese sozialistische „Gesellschaft“ (im Sinne des Marxismus) den historisch überlieferten Staat ablöst, so wird ihre Fürsorge über das rein materielle Gebiet hinausgreifen, sich mehr oder minder auf das ganze Wohl der ganzen Masse erstrecken müssen.

Das Solidaritätssystem sieht in der Volkswirtschaft kein bloßes Aggregat freier Sonderwirtschaften, auch nicht eine einzige Gesellschaftswirtschaft, sondern die soziale Ordnung und die moralisch-organische Einheit und Gemeinschaft vieler selbständiger Sonderwirtschaften.

Mit der Volkswirtschaft in diesem sozialen Sinne beschäftigt sich die Volkswirtschaftslehre. Gleichwohl ist auch die andere materielle Auffassung des Begriffes „Volkswirtschaft“, als der Summe aller Sonderwirtschaften, nicht ohne Bedeutung für die klare Erfassung des Begriffes der Volkswohlfahrt, des Volkswohlstandes, als des Zieles der Volkswirtschaft.

Der Ausdruck „Volkswohlfahrt“ kann nämlich auch innerhalb unserer sozialen Auffassung in doppeltem Sinne verstanden werden: als ein öffentlicher Zustand der Gesellschaft (*prosperitas publica seu communis*) und als ein Zustand des Volkes in allen seinen Gliedern (*prosperitas universalis*).

Das allgemeine Wohl als *privates* Wohl aller einzelnen Volksgenossen ist das unmittelbare Ergebnis ihrer eigenen Tätigkeit mit vollkommener Selbstverantwortlichkeit unter Benützung der durch die öffentliche Wohlfahrt gebotenen Garantien und Möglichkeiten.

Die materielle öffentliche Wohlfahrt, jener öffentliche Zustand, der in den gegebenen gesellschaftlichen Bedingungen allen die Möglichkeit gewährt, erhält, stärkt, selbsttätig ihr materielles Eigenwohl zu wirken, ist ein Teil des unmittelbaren Zweckes der staatlichen Gesellschaft, steht also unter direkter Verantwortlichkeit der Staatsgewalt und der Mitverantwortlichkeit der Staatsgenossen.

Der Volkswohlstand umfaßt beides, sowohl die durch die öffentliche Wohlfahrt allen gemeinsam gebotene Möglichkeit als die zum Teil durch jene Möglichkeit vermittelte, aber durch die Selbsttätigkeit der Wirtschaftssubjekte verwirklichte materielle Wohlfahrt der Einzelwirtschaften: die allen gemeinsame öffentliche Wohlfahrt und die allgemeine Wohlfahrt der Einzelwirtschaften zugleich.

Demgemäß kann nun auch der Ausdruck „Ziel der Volkswirtschaft“ in dreifachem Sinne verstanden werden. Er bezieht sich entweder

a) auf die *prosperitas publica*, die materielle Seite der öffentlichen Wohlfahrt, mit der es die Volkswirtschaftslehre unmittelbar zu tun hat; oder

b) auf die *prosperitas universalis*, die allgemeine Wohlfahrt der Sonderwirtschaften, für welche die öffentliche Wohlfahrt mit sozialen Kräften die sozialen Vorbedingungen schafft; oder

c) auf den Volkswohlstand, der die gesicherte soziale Möglichkeit und die tatsächliche Wirklichkeit der allgemeinen materiellen Volkswohlfahrt zugleich in sich begreift.

Hat die Volkswirtschaftslehre unmittelbar auch nur mit der sozialen, öffentlichen Wohlfahrt zu tun, so gewinnt sie doch gerade hierfür aus der Betrachtung der allgemeinen Wohlfahrt wie des Volkswohlstandes wichtige Gesichtspunkte¹.

Die Volkswirtschaft umschließt außer der Gesamtheit aller privaten Einzelwirtschaften auch die Wirtschaft der öffentlichen Verbände (Gemeinden, Kreise, Provinzen, Staat), und deren Wohl gehört neben dem Wohl der privaten Einzelwirtschaften ebenfalls zum Ziele der Volkswirtschaft. Auch die öffentlichen Körper bedürfen ja der materiellen Mittel für ihre Existenz, ihre Entwicklung, Wirksamkeit, Zweckerfüllung. Wie aber der innere Betrieb der Privatwirtschaften als solcher nicht zum Gegenstande der Volkswirtschaftslehre gehört, so findet auch die auf Herbeischaffung und Verwendung der erforderlichen Mittel gerichtete, nach planvoller Ordnung sich vollziehende Finanzwirtschaft der öffentlichen Körperschaften ihre gesonderte Behandlung in der Finanzwissenschaft. An dieser Stelle genügt es, hervorzuheben, daß die Volkswirtschaft für die erforderlichen materiellen Mittel aufkommen muß, daß diese Mittel bei blühender Volkswirtschaft und guter Finanzwirtschaft unschwer beschafft werden können, daß von der Ordnung der Finanzwirtschaft das Leben der Volkswirtschaft stark beeinflusst wird. Eine schlechte Finanzwirtschaft vernichtet sich selbst zugleich mit der Wohlfahrt des Volkes.

60. Die materielle Seite der öffentlichen Wohlfahrt. Gilt die Volkswirtschaft als ein wichtiger Bestandteil des Gesellschaftslebens eines staatlich geeinten Volkes, so muß der Zweck, welcher das gesamte staatliche Gesellschaftsleben beherrscht, seine Bedeutung als Ziel und Zweck auch für die wirtschaftliche Seite desselben bewahren². Zweck der staatlichen Gesellschaft ist die „öffentliche Wohlfahrt“. Was aber gehört zu dieser öffentlichen Wohlfahrt, und was gehört zur materiellen Seite der öffentlichen Wohlfahrt?

Die öffentliche Wohlfahrt ist eine durch die staatliche Gesellschaft geschaffene oder dargebotene öffentliche Möglichkeit, deren sich die Glieder der Gesellschaft zur Förderung ihres Eigenwohles bedienen können, vernünftigerweise auch bedienen werden, aber nur soweit die rechte Ordnung, Gerechtigkeit und die öffentliche, allen gemeinsame Wohlfahrt selbst es

¹ „Es gibt keinen Volksreichtum“, sagt Robert Liefmann (Grundsätze der Volkswirtschaftslehre II [1919] 718). Individueller Reichtum und Volksreichtum sind allerdings verschieden. Das Individuum ist reich durch den ihm selbst rechtlich gehörenden Güterreichtum. Das Volk ist reich dadurch, daß seine Glieder zu Wohlstand gelangen. Man spricht ja auch in diesem Sinne von einem reichen Dorfe, einer reichen Stadt. Volksreichtum, Volkswohlstand sind eben Zustandsbegriffe. Sie bekunden, daß in einem Volke gut gesorgt ist für die öffentliche Wohlfahrt und daß auch die allgemeine Wohlfahrt eine entsprechende Ausbreitung gefunden hat. Man vgl. übrigens die eigenen Ausführungen Liefmanns a. a. O. 722 ff.

² Bd. I², Kap. 3, § 2, 166 ff. (160 ff.); Kap. 5, § 1, 462 ff.

erheischt, bedienen müssen. Es läßt sich daher die „öffentliche Wohlfahrt“ als Staatszweck bezeichnen als ein sozialer, dem Wohle aller Bürger, Familien, Stände, Klassen der staatlichen Gesellschaft dienender Zustand, durch welchen und in welchem allen Gliedern der Gesellschaft eine Fülle äußerer Güter gemeinsam dargeboten wird, zu ihrem besondern oder privaten Gebrauche, aber regelmäßig ohne unmittelbare Zuwendung an die einzelnen.

Es ist also 1. ein gesellschaftlicher Zustand, der dem Wohle der Staatsgenossen als Mittel zur Privatwohlfahrt dient; 2. ein Zustand, der allen Gliedern der staatlichen Gesellschaft dient, da niemand von dem Zwecke der Gesellschaft, der er angehört, ausgeschlossen ist. 3. Eine Fülle äußerer Güter, welche die gesellschaftliche Gesamtkraft (Staatsbürger und Staatsgewalt) dem Menschen erwirkt, wird in jenem Zustande dargeboten, Güter von solcher Menge und Art, wie sie in der Isolierung, im staatslosen Zustande durch die unzureichende Einzelkraft nicht erlangt und behauptet werden könnten. Da die öffentliche Wohlfahrt als Mittel zur privaten Wohlfahrt sich darstellt, so gehört zu jenen-Gütern auch der wirksame Schutz gegen Gefahren, die der Privatwohlfahrt aus dem gesellschaftlichen Zustande selbst erwachsen. 4. Eine Fülle äußerer Güter, sagen wir, weil der Staat mit seinen Gütern nicht unmittelbar Geist und Seele des Menschen erreicht, sondern in allem, was er tut und leistet, äußerer Mittel sich bedienen muß. 5. Diese Güter werden gemeinsam dargeboten, zum besondern Gebrauche für die Gesellschaftsglieder, aber ohne unmittelbare Zuwendung an die einzelnen. 6. Die tatsächliche Benutzung der öffentlichen Wohlfahrt und die Verwirklichung der eigenen Wohlfahrt der einzelnen Glieder der staatlichen Gesellschaft vollzieht sich durch deren Selbstbetätigung und unter deren Selbstverantwortung. 7. Nur ausnahmsweise, wo die Selbstbetätigung und Selbstverantwortung unmöglich, dauernd oder vorübergehend ausgeschlossen ist (Krankenfürsorge, Armenfürsorge u. dgl.), findet auch eine unmittelbare Zuwendung der Güter an die einzelnen Gesellschaftsglieder statt.

Die Güter aber, deren Vorhandensein und Darbietung die öffentliche, allen gemeinsame Wohlfahrt begründet und ausmacht, lassen sich ganz allgemein auf drei Klassen zurückführen. Es sind

a) Produkte menschlicher Tätigkeit, Früchte leiblicher und geistiger Arbeit, die nicht jeder einzelne selbst zu erzeugen vermag, die aber innerhalb der staatlichen Gesellschaft mit fortschreitender Kultur in immer reicherer Fülle hervorgebracht werden;

b) öffentliche Anstalten für Zwecke des Unterrichts, der Förderung von Kunst und Wissenschaft, des Verkehrs, zum Besten der Produktivstände, der Alters-, Kranken-, Waisenversorgung, der Armenpflege usw.;

c) Rechtsschutz und rechtliche Ordnung des Gesellschaftslebens, geordnete persönliche und wirtschaftliche Freiheit, Ruhe und Sicherheit für Staat und Bürger und die hierzu erforderlichen öffentlichen Einrichtungen, Vorkehrungen usw.

Alle diese für den Begriff der öffentlichen Wohlfahrt charakteristischen Momente und alle diese Güter, die den Inhalt der öffentlichen Wohlfahrt ausmachen, finden sich nun in ihrer Art bei jenem Bestandteile wieder, den wir als die materielle Seite der öffentlichen Wohlfahrt bezeichnet haben. Nur daß die öffentliche Wohlfahrt hier als Mittel zur Verwirklichung der allgemeinen materiellen Wohlfahrt, des Wohlstandes, der Volksglieder erscheint, und daß von den in der öffentlichen Wohlfahrt dargebotenen Gütern bloß solche unser Interesse direkt beanspruchen, die der materiellen Wohlfahrt zu dienen geeignet sind.

Zur materiellen Seite der öffentlichen Wohlfahrt gehört hiernach:

1. Der Zustand dauernder und gesicherter Verfügbarkeit einer entsprechend großen Fülle dem ganzen Volke erreichbarer materieller Gebrauchsgüter.

a) Eine entsprechend große Fülle von Gebrauchsgütern muß ohne übergroße Schwierigkeiten erreichbar, verfügbar sein.

Das Glück der Völker besteht zum großen Teil in dem relativ leichten und gesicherten Erwerbe ihres Lebensunterhaltes. Da unter normalen Verhältnissen die Volkszahl wächst, die Geburten an Zahl die Sterbefälle übertreffen, und da anderseits mit der Entwicklung der Kultur der Kreis der Bedürfnisse für den Menschen sich erweitert, das Bedürfnis in vielfacher Weise sich ausdehnt und verfeinert, so wird die Fülle der materiellen Produkte nur dann als „entsprechend groß“ gelten können, wenn sie der steigenden Bedürfnisbefriedigung einer wachsenden Bevölkerung zu genügen imstande ist. Auf den höheren Stufen der Zivilisation steigt überdies mit der Schwierigkeit und Ausdehnung ihrer Aufgaben zugleich der Bedarf der staatlichen Gesellschaft an äußeren materiellen Gütern. Auch dieser Bedarf muß seine Deckung finden.

Die Bedürfnisse des Menschen bilden keine fest umgrenzte Größe. Mit der Ausdehnung der Kenntnisse, mit der Belebung des schöpferischen Fleißes wächst das Bedürfnis und die Möglichkeit der Befriedigung zugleich. Wie das Individuum in sich den Trieb zur Vervollkommenung trägt, so bedingt auch die Entwicklungsfähigkeit des Bedürfnisses den Fortschritt der menschlichen Kultur. Man sage nicht, diese Lehre stürze unser Geschlecht mit Notwendigkeit in ein materialistisches Genuß- und Wohlleben. Gewiß hat jederzeit die Befriedigung der Bedürfnisse ihre moralische Begrenzung, dürfen die niederen nicht auf Kosten der höheren Bedürfnisse sich Geltung verschaffen. Sonst verbindet sich nur zu bald für ein Volk mit dem sittlichen zugleich der wirtschaftliche Verfall. Aber an sich ist die Dehnbarkeit der Bedürfnisse ein Vorzug unserer sinnlich-geistigen Natur, der den Menschen weit über das Tier erhebt, ein wirksamer Hebel für die volle Entfaltung unserer Kräfte und Fähigkeiten. Die rechte Steigerung des materiellen Wohlseins kann ja in voller Harmonie mit allen höheren individuellen und sozialen Lebenszwecken bleiben, deren

Erfüllung sie gerade für die große Masse wesentlich erleichtert¹. Ein Volk, dessen Bedürfnisse sich nicht aufsteigend entwickeln, das keine bessere Befriedigung derselben erstrebt, entbehrt der klugen Voraussicht, der Sparsamkeit, der Ordnungsliebe und des Fleißes. Es verliert sogar die Fähigkeit, sich auf der bisherigen Höhe materieller, geistiger, sittlicher Kultur dauernd zu behaupten. „Wechsel und Umfang der Bedürfnisbefriedigung zeigen die Höhe der Güterentwicklung und mit ihr die Höhe der freien geistigen Produktionskräfte der Völker und Zeiten.“²

b) Die Verfügbarkeit einer Fülle materieller Gebrauchsgüter muß sodann eine dauernde und dauernd gesicherte sein. Nur dann kann aber die Volkswirtschaft dem in staatlicher Gesellschaft geeinten Volke eine für alle Fälle gesicherte, dauerhaft feste wirtschaftliche Grundlage geben,

a) wenn für die Erhaltung, rechte Verwendung, Entfaltung, Entwicklung der eigenen Produktivkräfte und alles dessen, was sie ergänzen und ihnen als Mittel dienen kann, hinreichend Sorge getragen ist. Dahin gehören die natürliche Ausstattung des Volkes in territorialer und nationaler Hinsicht, das künstliche, durch Arbeit erzeugte Vermögen, speziell das Stammvermögen, das der Produktion dient; vor allem aber die menschlichen, körperlichen, geistigen und moralischen Kräfte der Volksglieder. mögen diese Kräfte als unmittelbar produktive sich darstellen oder, wie z. B. die Intelligenz des Erfinders, zu den indirekt wirtschaftlich-produktiven Kräften gezählt werden. Die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der eigenen Produktivkräfte eines Volkes, in ihrem Bestande, ihrer Entwicklung wird, abgesehen vom Schutz gegen egoistische, erschöpfende Ausnützung von Land- und Menschenkraft, insbesondere durch die Fortschritte der Technik bedingt, ferner durch den steigenden Güterbedarf der Konsumenten, soweit der arbeitende Mensch in Betracht kommt, auch durch spezielle psychologische Momente, Aussicht auf Gewinn, Emporsteigen auf der sozialen Leiter, Erlangung und Behauptung wirtschaftlicher Selbständigkeit u. dgl.

Umfaßt das Volk Generationen und Jahrhunderte, so gilt ein gleiches von der Wirtschaft des Volkes. Daraus ergibt sich, wie verkehrt es wäre, das Volkswohl lediglich als Gegenwartsziel zu erstreben, ohne Rücksicht zu nehmen auf das Glück der kommenden Geschlechter. Volk und Volkswohlfahrt, Volkswirtschaft und Volkswohlstand gehören der Zukunft ebenso an wie der Gegenwart. Was wir der Vergangenheit verdanken, und mehr noch, erwartet die Zukunft von uns. Der Überfluß der Gegenwart muß daher in dauernden Wohlstand verwandelt, der Volkswohlstand von heute erhalten und vermehrt werden, ohne den von morgen zu schädigen oder gar der Gefahr des Unterganges auszusetzen.

¹ Man denke z. B. an gute, gesunde Wohnungen!

² L. v. Stein, System der Staatswissenschaften I (1852) 154. Vgl. Bd. I²: Grundlegung Kap. 1, § 1, 3 ff. (4 ff.).

β) Wie die Erhaltung, Betätigung, Entfaltung, Entwicklung der eigenen Produktivkräfte eines staatlich geeinten Volkes, so gehört ferner die Bewahrung und Erstarkung jener Produktivstände, die eine für das Leben und den gedeihlichen Fortschritt des Volkes wichtige oder gar unentbehrliche volkswirtschaftliche Funktion ausüben, zur öffentlichen Wohlfahrt des Volkes. Jede höher entwickelte Volkswirtschaft wird darum, ihrer eigenen Vollwertigkeit wegen, auf eine nach Möglichkeit blühende eigene Landwirtschaft, auf ein eigenes blühendes Gewerbe, einen eigenen kräftigen Handel nicht verzichten können. Die hierfür erforderlichen Zollschränken sind ebenso nützlich, wie unnötige Zollschränken verderblich wirken. Ganz besonders ist auf die Erhaltung des Klein- und Mittelbetriebes als der Grundlage des selbständigen Mittelstandes zu achten, wo immer eine solche Erhaltung volkswirtschaftlich möglich ist. Die hohe Bedeutung der wirtschaftlichen Selbständigkeit nach der individuell-psychologischen Seite hin, ferner für die Familie, für den ganzen sozialen Aufbau der staatlichen Gesellschaft läßt die Erhaltung des Mittelstandes überall da als notwendig erscheinen, wo auch der Kleinbetrieb dem steigenden Bedarf einer wachsenden Bevölkerung auf die Dauer gebührende Deckung mit zu verschaffen imstande bleibt, oder wo er einem mehr individualisierten Bedarf genügen kann.

c) Die Fülle von Gütern muß dem Volke erreichbar sein. Da die öffentliche Wohlfahrt der Ermöglichung der allgemeinen Volkswohlfahrt dient, die materielle Seite der öffentlichen Wohlfahrt in der allgemeinen materiellen Wohlfahrt ihr Ziel hat, schließlich und letztlich also in dem Zustande der materiellen Wohlfahrt von Personen und Familien, so ergibt sich schon hier der innere Zusammenhang zwischen dem Wohlfahrts- und Verteilungsproblem. Näher darauf einzugehen, wäre verfrüht. Vorläufig möge der allgemeine Hinweis genügen, daß die in ausreichender Fülle vorhandenen, in ihrem beständigen Zufließen dauernd gesicherten Güter allen Gliedern des Volkes erreichbar sein müssen. Unter allen, auch den besten Verhältnissen werden freilich manche Wünsche unerfüllt bleiben. Die Unbegrenztheit des menschlichen Begehrens wie die Begrenztheit der Güter und Kräfte lassen zwischen Verlangen und Befriedigung stets eine mehr oder minder große Kluft offen¹.

Ferner: nicht allen das Gleiche, sondern jedem das Seine! Bei der physischen und moralischen Ungleichheit der Menschen, die ganz naturgemäß schon für sich allein zu einer sozialen und ökonomischen Differenzierung, zur Verschiedenheit der Stände und Klassen führt, wird eine quantitativ und qualitativ völlig gleiche Wohlfahrt für alle niemals und nirgends dauernde Verwirklichung finden und kann ebendarum auch von der öffentlichen Wohlfahrt nicht als Möglichkeit geboten werden. Das aber wird von einer wohlbestellten staatlichen Gesellschaft mit Recht

¹ Fuchs, Volkswirtschaftslehre 20 f.

erwartet, daß in ihr moralisch alle Glieder wenigstens irgendeinen Grad von Privatwohlfahrt, vermöge der öffentlichen Wohlfahrt und der eigenen Betätigung, erreichen können, daß selbst die untersten Klassen der Bevölkerung jenes Existenzminimum zu gewinnen imstande sind, wie es für ein menschenwürdiges Dasein die unentbehrliche Unterlage bildet, daß, abgesehen von eigener Schuld und unvermeidlichen Unglücksfällen, kein Glied der Gesellschaft von der Teilnahme an der öffentlichen Wohlfahrt und deren Gütern ausgeschlossen bleibe, kein Glied und ganz gewiß keine ganze Klasse hilflos dem Elende überantwortet werde, daß anderseits dauernder Fleiß, persönliche Tüchtigkeit, persönliches Verdienst regelmäßig auch in dem Grade materieller Privatwohlfahrt, welche als unmittelbare Frucht der eigenen Wirksamkeit sich darstellt, eine einigermaßen gebührende Vergeltung zu finden vermögen.

Die Verbreitung der privaten Wohlfahrt im Volke und die Höhe dieser Wohlfahrt wirkt natürlich wiederum auf die öffentliche Wohlfahrt zurück. Ein möglichst ausgedehnter und hoch qualifizierter Güterkonsum innerhalb des eigenen Landes zum Beispiel bietet der heimischen Produktion die Möglichkeit dauernd gesicherten Absatzes auf dem inneren Markte, damit aber den besten Anlaß und wirksamsten Anreiz zu einer soliden Ausdehnung der produktiven Tätigkeit, zur Darbietung einer noch größeren Fülle von Produkten.

Von höchster Wichtigkeit für die materielle Seite der öffentlichen Wohlfahrt sind ferner:

2. Die staatliche Rechtsordnung sowie die öffentlichen Einrichtungen für Ruhe und Sicherheit. Dies gilt schon von den niederen Stufen volkswirtschaftlicher Entwicklung, wo die Einzelwirtschaften mit viel größerer innerer Selbständigkeit nebeneinander bestehen. Weit mehr aber benötigt es einer rechtlichen Ordnung der Einzelwirtschaften, sobald diese, mit fortschreitender gesellschaftlicher Arbeitsteilung, immer häufiger und allseitiger ineinandergreifen, die gegenseitige Abhängigkeit, die Bedingtheit des Wohles der Einzelwirtschaft durch die Entwicklung und das Verhalten der andern Wirtschaften an praktischer Bedeutung zunimmt. Da bedarf es einer den jedesmal gegebenen Verhältnissen genau angepaßten, auf den Ausgleich der Interessen, die friedliche Erledigung der unvermeidlichen Interessenkonflikte, die Eindämmung des Egoismus nach den Forderungen der Gerechtigkeit und der öffentlichen Wohlfahrt, die zeitgemäße Ausbildung und Gestaltung besonderer Standesrechte (Agrarrecht, Handelsrecht, Handwerksrecht, Arbeiterrecht u. dgl.) gerichteten Gesetzgebung; ferner des wirksamen Schutzes der Rechte durch eine gute Rechtspflege und Polizei. Ebenfalls die Sicherheit des politischen Friedens nach innen und außen zählt zu den unerläßlichen Vorbedingungen frischen Unternehmungsgeistes und jeder fruchtreichen materiellen Interessenpflege, wie auch der Schutz gegen auswärtige Feinde an den Grenzen und auf den Meeren.

3. Sodann gehören hierhin öffentliche Einrichtungen, Organisationen, Veranstaltungen, zur direkten oder indirekten Förderung, Pflege des Wirtschaftslebens, der materiellen Wohlfahrt des Volkes. Vor allem kommen die Maßnahmen der staatlichen Wirtschaftspolitik in Betracht, welche die Bewahrung und Stärkung der wirtschaftlichen Autarkie des Volkes, die Steigerung der Aufnahmefähigkeit des inneren Marktes, die Zunahme der eigenen Produktion, die Wahrung der heimischen Interessen auf dem Weltmarkte u. dgl. bezwecken; dann Veranstaltungen der inneren Verwaltung, der allgemeinen Kulturpflege, der systematische Ausbau des gesamten höheren, speziell auch des technischen Unterrichts (landwirtschaftliche, technische Schulen u. dgl.), um die nötigen leitenden Kräfte zu gewinnen, des Verkehrs, der materiellen Fürsorge, der Armenpflege, Organisationen für Interessenvertretung usw., mögen nun derartige Anstalten, Einrichtungen sich auf die Tätigkeit der politischen Verbände (Staat, Provinz, Kreis, Gemeinde) zurückführen oder ihr Dasein bzw. ihre Wirksamkeit sonstigen gesellschaftlichen Verbänden mit öffentlich-rechtlichen Befugnissen (Innungen, Kammern u. dgl.) verdanken.

Beispielsweise nennen wir Wege, Eisenbahnen, Post, Telegraph, Telefon, Maß, Gewicht, Münzwesen, Märkte, Börsen, Armenanstalten, Versorgungshäuser, Sparkassen, Versicherungswesen, die Offices du travail usw.; auch die mit mehr oder minder amtlichem Charakter versehenen Organe, um Mitteilungen in betreff des auswärtigen Handels zu sammeln, seien erwähnt, z. B. das belgische, österreichische und ungarische Handelsmuseum, das französische Office national du commerce extérieur, das englische Imperial Institute und Commercial Intelligence Branch of the Board of Trade, das Philadelphia Commercial Museum usw.¹

4. Schließlich hat auch die Wohlfahrtspflege als freie Tätigkeit der Gesellschaftsglieder² nicht geringe Bedeutung für die materielle Seite der öffentlichen Wohlfahrt.

Die sozialphilosophische Grundlage der modernen „Wohlfahrtspflege“ wie die Stellung der „Wohlfahrtseinrichtungen“ im sozialen Leben hat wiederholt Beachtung gefunden, ohne daß es jedoch zu einer Übereinstimmung der Ansichten kam. Nicht einmal die Begriffsbestimmungen sind mit genügender Klarheit festgestellt³.

Herkner spricht zum Beispiel von Veranstaltungen, hervorgegangen aus der eigenen Initiative der Arbeitgeber; dieselben werden „in der Regel als Wohl-

¹ Vgl. die Schriften über Nationalexportämter, Auslandshandelskammern, Förderung des Außenhandels von A. Neufeld, Cl. Mayer, W. Wendtland usw.; die Vorschläge in W. Kundts „Zukunft unseres Überseehandels“ (1904). Auch Zeitungen, Zeitschriften mit Nachrichten über Handel, Gewerbe, Geldwesen haben hohen Wert. Besondere Beachtung verdient Harms' „Archiv für Weltwirtschaft“.

² Vorbildlich war in dieser Hinsicht Belgien. Vgl. A. Vermeersch, *La législation et les œuvres en Belgique* (1904).

³ Vgl. Robert v. Erdberg, *Die Wohlfahrtspflege* (1903) 3 ff.

fahrtseinrichtungen“ bezeichnet. Es sind dabei allerdings auch Maßnahmen, die „im wohlverstandenen Interesse beider Teile“, der Arbeiter und der Unternehmer, liegen, selbst solche Betätigungen der „Fabrikphilanthropie, die der Oberelsässer R. Grad, einer der sachkundigsten Vertreter dieser Politik, einst als ein ‚gutes Geschäft‘ bezeichnet hat“¹.

Münsterberg² sagt: „Handelt es sich bei jenen (Veranstaltungen der Armenpflege und der Wohltätigkeit) um Hilfe an Bedürftige, so sind bei diesen (den Wohlfahrtseinrichtungen) Bestrebungen gemeint, die sich das Volkswohl angelegen sein lassen, wichtige hygienische Maßregeln, Einrichtungen für Erziehung und Unterricht fördern, den Sparsinn beleben, für Herbeiführung von Versicherungseinrichtungen und Einrichtungen, das Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu bessern, Sorge tragen, kurz, alles herbeiführen wollen, was die ärmeren Volksklassen davor bewahren kann, fremde Hilfe, d. h. Fürsorge im engeren Sinn, in Anspruch nehmen zu müssen.“

Heinrich Sohnrey schreibt in seinem „Wegweiser für ländliche Wohlfahrts- und Heimatpflege“³: „Das Wort ‚Wohlfahrtspflege‘ ist nichts anderes als ein Sammelname für eine Reihe von volkswirtschaftlichen, sozialreformerischen, gemeinnützigen und volkspädagogischen Aufgaben (auf dem Lande), die bisher größtenteils noch arg vernachlässigt wurden und insofern mit Liebe und Wohlwollen zusammenhängen, als sie ohne ein vollgerütteltes Maß von treuer Liebe zu unserem (Land-) Volke nicht vorwärts gebracht werden können.“⁴

H. Albrecht beginnt die Einleitung seines „Handbuchs der sozialen Wohlfahrtspflege in Deutschland“⁵ mit dem Satze: „Unter ‚sozialen Wohlfahrtseinrichtungen‘ sollen im nachstehenden diejenigen der freien Initiative von Staat, Gemeinde, Körperschaften und Privatpersonen entstammenden Einrichtungen verstanden werden, die dazu bestimmt sind, die wirtschaftliche und soziale Lage der unbemittelten Klassen zu verbessern.“

In einem Referat über „kommunale Wohlfahrtspflege“ in den Verhandlungen der sechsten Konferenz der Zentralstelle für Arbeiterwohlfahrtseinrichtungen nannte Flesch die Wohlfahrtseinrichtungen „Experimente der Sozialwissenschaft“. „Sie haben für den sozialen Fortschritt und die organische Entwicklung unserer Volkswirtschaft eine ähnliche Bedeutung, wie sie früher jenen unklaren Experimenten der Alchimisten und später den zielbewußten Versuchen unserer Chemiker für die Entwicklung der Naturwissenschaften zukommt.“ Bei der kommunalen Wohlfahrtspflege handelt es sich nach Flesch um „Einrichtungen, durch welche auf die Zufriedenheit bestimmter abgeschlossener Arbeitergruppen hingewirkt werden soll“, oder um Einrichtungen, „durch welche solche Maßregeln erprobt und vorbereitet werden sollen, die auf generelle Beseitigung oder Linderung einzelner sozialer Schäden abzielen“⁶.

¹ Heinrich Herkner, Arbeiterfrage³ (1902) 440 ff. (445) (reiche Literaturangabe);
⁵ (1908) 188 ff. 328 ff.

² Zentralstellen für Armenpflege und Wohltätigkeit (1897).

³ Schriften des Ausschusses für Wohlfahrtspflege auf dem Lande² 27 f.

⁴ Ähnlich J. Kellen, Die Arbeiter-Wohlfahrtseinrichtungen (1902).

⁵ 1902, 3.

⁶ Vgl. auch Lindemann, Arbeiterpolitik und Wirtschaftspflege in der deutschen Städteverwaltung (1904).

Robert v. Erdberg¹ definiert (im Anschluß an Stammers Sozialphilosophie): „Wohlfahrtseinrichtungen sind Einrichtungen, welche beruhen auf freiwilliger Tätigkeit, und welche geschaffen werden zur Linderung oder Beseitigung solcher aus der wirtschaftlichen Entwicklung notwendig hervorgehender Schäden, die auf dem Wege rechtlicher Zwangsnormen noch nicht oder überhaupt nicht gemildert oder beseitigt werden können.“

Die modernen Wohlfahrtsbestrebungen sind fürs allgemeine keineswegs bloße Experimente, um einem späteren Eingreifen der Staatsgewalt die Wege zu bereiten. Die Darbietung sozialer Wohlfahrtseinrichtungen ist überhaupt weder die erste noch die alleinige Aufgabe der Staatsgewalt als solcher. Es hieße jener Gewalt Lasten aufbürden, die sie nicht zu tragen vermag, wenn man vergessen wollte, daß die volle Verwirklichung des Staatszweckes niemals das ausschließliche Werk der Träger der staatlichen Autorität sein kann, sondern das Werk des Staates als der gesamten staatlichen Gesellschaft sein muß. Hält man aber diese Wahrheit vor Augen: daß nämlich die öffentliche Wohlfahrt Zweck der staatlichen Gesellschaft, nicht der bloßen Staatsgewalt ist, dann gewinnt auch die freie Tätigkeit der Gesellschaft, wie sie in den heutigen Wohlfahrtsbestrebungen sich kundgibt, festen Boden. Mit dem wichtigsten Teile der öffentlichen Wohlfahrt, mit Rechtssicherheit, Rechtsschutz, Rechtsordnung hat sich nur die Staatsgewalt zu beschäftigen. Darüber hinaus soll sie positiv und negativ die Sozialpflicht der Bürger bestimmen und ergänzend eintreten, wo und solange die individuellen und gesellschaftlichen Kräfte der Bürger für die Gestaltung der öffentlichen Wohlfahrt nicht ausreichen. Die Staatsgewalt soll ferner unterstützen, fördern, was von den individuellen und sozialen Kräften im Bereich der öffentlichen Wohlfahrt geschieht. Aber nirgends, auch nicht in der Wohlfahrtspflege, darf die Staatsgewalt zur Allgewalt werden, die individuellen und sozialen Kräfte nicht verdrängen, deren Initiative nicht ertönen.

„Gemeinnützige Wohlfahrtspflege“ wäre somit jene freiwillige Tätigkeit der Gesellschaft (von Vereinen, Kommunitäten, Privatpersonen) im Dienste der öffentlichen Wohlfahrt, die nach Bedürfnis der Zeit die Linderung oder Beseitigung allgemeinerer, aus der gesellschaftlichen Entwicklung hervorgegangener wirtschaftlicher oder sozialer Schäden, oder aber auch die richtige und umfassendere Verwertung der aus derselben Entwicklung sich ergebenden Vorteile für größere oder kleinere Gruppen der Bevölkerung bezweckt und bewirkt.

Der „soziale“ Charakter dieser Art von Wohlfahrtspflege wird schon durch die Worte „gemeinnützig“ und „im Dienste der öffentlichen Wohlfahrt“ hervor- gehoben. Ihre Veranlassung ferner ist sozialer Art: es handelt sich um Schäden oder Vorteile, die mit der gesellschaftlichen, namentlich der wirtschaftlichen Ent-

¹ Die Wohlfahrtspflege 22.

wicklung verbunden sind. Der Zielpunkt der Tätigkeit ferner ist ein sozialer, eine größere oder kleinere Gruppe von Personen (die Gesamtheit der Arbeiter in einer Fabrik, in einem Bezirke u. dgl.). Dementsprechend werden auch die angewandten Mittel sozialer Art sein, dauerhafte Einrichtungen, Veranstaltungen, die sich an eine Vielheit oder Mehrheit von Personen wenden. Wir haben ferner nicht bloß auf Schäden, sondern auf die Vorteile, die sich aus der Entwicklung ergeben, Bezug genommen. So finden wir z. B. heute in manchen Gegenden eine nicht unbeträchtliche Lohnsteigerung. Diesen Vorteil in der rechten Weise, durch zweckmäßige Ausgestaltung des Konsums, im Interesse einer höheren Lebenshaltung zu verwerten, dazu zeigen sich die Arbeiter vielfach nicht befähigt. Hier durch Aufklärung usw. zu helfen, ist gewiß auch eine wertvolle Betätigung moderner Wohlfahrtspflege¹.

Ist „Wohlfahrtspflege“ Liebestätigkeit? Der Volksvertreter wird vielleicht im Geiste der christlichen Caritas sich an der Herstellung sozialer Gesetze beteiligen, die dem Arbeiter lediglich sein Recht garantieren sollen. Subjektiv ist das, den Beweggrund der Liebe vorausgesetzt, ein Liebeswerk; objektiv aber bleibt das Gesetz innerhalb der Sphäre der Rechtsordnung. So werden viele Werke der heutigen Wohlfahrtspflege sich nicht bloß auf den „Gemeinsinn“, sondern auch auf wahre Nächstenliebe zurückführen. Allein was aus dem Beweggrunde der Liebe geschieht, ist darum objektiv noch keine „Liebestätigkeit“, „Wohltätigkeit“. Bei der Liebestätigkeit im engeren Sinne handelt es sich zunächst um Übel individueller Art, die durch Zuwendung von Gütern oder Hilfe unmittelbar an den Einzelnen gelindert oder überwunden werden². Die Wohlfahrtspflege dagegen hat es mit der Gruppe zu tun. Ihre Wohlfahrtseinrichtungen kommen freilich in letzter Linie dem einzelnen Individuum zugute, aber es sind und bleiben doch nach Analogie und Art öffentlicher Veranstaltungen geformte Einrichtungen zur Bekämpfung sozialer Übelstände.

Nicht alles, was von der Wohlfahrtspflege in Angriff genommen werden kann, berührt das volkswirtschaftliche Gebiet und fordert Behandlung in der (besondern) Volkswirtschaftslehre. Es handelt sich dabei auch um manches, das weniger der materiellen, wirtschaftlichen Seite des Lebens als der physischen, geistigen und moralischen Wohlfahrt des Volkes dienen soll.

In Deutschland wurde (5. Dezember 1906) die frühere Zentralstelle für Arbeiterwohlfahrtseinrichtungen in eine Zentralstelle für Volkswohlfahrt umgewandelt. Die Aufgaben dieser Zentralstelle sollten folgende sein: 1. durch Herstellung einer Verbindung zwischen den mannigfachen freien Organisationen

¹ Der deutsche Käuferbund suchte seinerzeit das Verantwortlichkeitsgefühl der Konsumenten gegenüber den Arbeitern und kaufmännischen Angestellten zu heben.

² Der unmittelbare „terminus ad quem“ ist die einzelne Persönlichkeit und der „finis propter quem“ das Privatwohl dieser Persönlichkeit.

auf dem Gebiete der Wohlfahrtsbestrebungen dieselben in ihrer Entwicklung zu unterstützen, notwendig scheinende Verbesserungen anzuregen, einer nachteiligen Zersplitterung der Kräfte entgegenzuwirken und die Begründung neuer Einrichtungen im Falle des Bedürfnisses herbeizuführen; 2. die Entwicklung der Volkswohlfahrtspflege im Inland und Ausland zu verfolgen und die darauf bezüglichen Schriften, Berichte, Statuten usw. zu sammeln; 3. über Wohlfahrtseinrichtungen auf Anfragen Auskunft und Ratschläge zu erteilen; 4. über die Entwicklung der Wohlfahrtspflege im Inland und Ausland den beteiligten Regierungen fortwährend zu berichten; 5. auf Erfordern einer Regierung Gutachten zu erstatten, Vorschläge auszuarbeiten und bei der Vorbereitung von Gesetzentwürfen und Verwaltungsanordnungen mitzuwirken; 6. in Zeitschriften, in Buchform, durch Vorträge, durch Veranstaltung von Konferenzen, Informationskursen usw. für die Verbreitung der Volkswohlfahrtspflege Sorge zu tragen und zu ihrer Ausgestaltung anzuregen; 7. zur Ausbildung zweckmäßiger Methoden sich auf dem Gebiete der Volkswohlfahrtspflege praktisch zu betätigen.

Die Zentralstelle für Volkswohlfahrt war nicht als behördliche Einrichtung gedacht, sondern ein öffentlich-rechtlicher Verein mit Staatszuschüssen, Teilnahme von Mitgliedern der Regierung am Vorstande, einem Beiräte von 48 Mitgliedern, wovon 18 durch die Regierung ernannt wurden.

Je reichlicher ein Volk unter Wahrung des rechten Verhältnisses zum Bedarf mit Anstalten ausgestattet ist, die der materiellen Wohlfahrt dienen, je vollkommener und solider dieselben organisiert sind, je tadelloser sie fungieren, um so besser für die allen Volksgliedern gemeinsame Wohlfahrt.

5. Die irdische Wohlfahrt hat, wie gesagt, noch andere und höhere Bestandteile, denen die materielle Wohlfahrt als Grundlage dient, als Mittel untergeordnet ist. Nur als ein Kulturgut kommt die materielle Wohlfahrt bei der Lehre vom Ziele der Volkswirtschaft in Betracht, weil sie bloß als solches Ziel menschlichen Strebens sein kann, nicht losgerissen aus ihrem natürlichen Zusammenhang mit der Gesamtkultur eines Volkes, mit der Gesamteleologie unseres irdischen Lebens, mit den höheren und höchsten, bis ins Jenseits hinübertragenden Zielen und Zwecken der Menschheit.

Nur dort, wo jener Zusammenhang in der Praxis bewahrt wird, ist aber auch die Dauer der materiellen Wohlfahrt selbst, ihr Bestand für die Zukunft gesichert. Dabei soll keineswegs, wie es von Storch geschah, „Reichtum und Zivilisation“ in den Begriff der „nationalen Prosperität“ hineingezogen oder das ganze soziale System (Say) zum Gegenstand der politischen Ökonomie gemacht werden. Wir möchten nicht einmal mit Sismondi die ganze physische Wohlfahrt des Menschen, soweit sie von seiner Leitung abhängt, der Untersuchung des Nationalökonomen überweisen. Nein, dieser betrachtet und behandelt lediglich die materielle Seite der irdischen Wohlfahrt, abstrakt für sich, aber nicht als etwas objektiv in sich Isoliertes, Abgeschlossenes, Vollendetes. Der Nationalökonom, der seinen Gegenstand richtig erfäßt, wird vielmehr den objektiven Zusammenhang des Wirtschaftswesens mit dem Gesamtorganismus des Volkslebens im ganzen der staatlichen Gesellschaft nirgends völlig

außer acht lassen¹. Er wird nicht vergessen, daß das Gebiet, welches er im besondern behandelt, in seinem Bestande, seiner Gestaltung, seiner Entwicklung von allen übrigen Gebieten des menschlichen und Volkslebens mehr oder minder beeinflußt wird und abhängig ist, wie es seinerseits auf das Gesamtleben der staatlichen Volksgemeinschaft je nachdem eine günstige oder ungünstige Rückwirkung auszuüben vermag. Er wird daher eben als Volkswirt mit den wirtschaftlichen insbesondere die sozialen Momente, das soziale Wohl des Volkes stets im Auge behalten müssen. Gerade die historische Schule hat immer wieder darauf hingewiesen², wie die Volkswirtschaft mit dem Volke entsteht, zur Blüte und Reife kommt, sinkt und vergeht, daß die staatliche Eigenart der einzelnen Gemeinwesen die Besonderheiten des Territoriums, die physikalischen und geographischen Verhältnisse, die sozialen und politischen Institutionen, das in der Geschichte sich vollziehende Schicksal in und mit dem Gesamtleben des Volkes zugleich die Volkswirtschaft bedingen und bestimmen, daß aber auch diese hinwiederum auf Leben und Schicksal der Völker einen weit und tief greifenden Einfluß ausübt.

Selbst ein Mann wie z. B. Eugen Dühring, der die Einmischung der Religion in wirtschaftliche Fragen den rückständigen Elementen in moderner Umgebung zurechnet, Religion durch Gesinnungsbildung ersetzen zu können vermeint, trifft doch sonst in der Wertung des wirtschaftlichen Momentes mit uns zusammen. Die materiellen Interessen bilden nach ihm bloß den Unterbau der menschlichen Existenz. Ein wirklich befriedigendes Zusammenleben bedarf aber noch anderer Stützen als des materiellen Piedestals: „So wichtig das letztere auch als Fußpunkt ist, so bleibt doch die Gestalt menschlichen Lebens, die sich auf diesem Sockel erheben soll, unvergleichlich bedeutsamer.“³ Kaum irgendwo ist der wirtschaftliche Gesichtspunkt der ausschließliche, nirgends der höchste, wo menschliches und gesellschaftliches Handeln in Frage steht. Gibt es aber weitere Ziele der Menschheit, höhere Aufgaben der Gesellschaft, die sich nicht in die engen Grenzen der Volkswirtschaftslehre einschließen lassen, so kann auch die Gesellschaftslehre nicht als bloßes Beiwerk der Wirtschaftslehre behandelt werden. Ihr Gebiet reicht über den Gegenstand der Volkswirtschaftslehre hinaus, ordnet sich mit ihren höheren Lehren dem nationalökonomischen Wissenszweige wesentlich über. Namentlich für die Lösung der modernen Reformfragen genügt kaum irgendwo das rein wirtschaftliche Moment. Ohne Berücksichtigung der weiteren und höheren Gesichtspunkte edler Menschlichkeit, der Bildung, der Sitte, des Rechts, der sozialen Gemeinschaft gibt es da keinen Ausweg, kein Heil.

61. Der Zustand allgemeiner materieller Wohlfahrt. „Quando... si dice che il bene dell'individuo dee subordinarsi al bene sociale, si parla di un individuo contrapposto agli alteri. E sarebbe opportunissimo il soggiungere tosto: e il bene sociale dee misurarsi dal bene che ridonda nel tutto degl'individui.“⁴ Niemand wird fordern, daß die sämtlichen Glieder eines Staatswesens zugleich sich und ihr Privat-

¹ Kautz, Nationalökonomik 139 ff.

² Vgl. z. B. Roscher, Grundlagen Kap. 1, § 14. Knies, Politische Ökonomie² (1883) 141 ff. Siehe oben S. 199 ff.

³ Dühring, Kritische Geschichte der Nationalökonomie und des Sozialismus² (1879) 11.

⁴ Taparelli, Saggio teoretico di Diritto naturale I, n. 726.

wohl dem Untergange widmen sollen der Erhaltung des Staates wegen, schon deshalb, weil mit ihnen allen zusammen ja auch der Staat selbst zugrunde ginge. „Wenn man also sagt, das Wohl des Individuums müsse sich dem Sozialwohle unterordnen, so spricht man von dem einen Individuum im Gegensatze zu den andern“, von den Individuen im disjunktiven Sinne. „Es wird aber gut sein, sogleich hinzuzufügen“, bemerkt Taparelli, „daß das Sozialwohl sich nach dem Wohle bemißt, welches auf alle Individuen“ im distributiven Sinne „überfließt“.

Das Sozialwohl, die allen gemeinsame Wohlfahrt (*bonum publicum seu commune*) dient eben als Mittel zum *bonum universale*, dem allgemeinen Wohle aller Glieder der staatlichen Gesellschaft, die materielle öffentliche Wohlfahrt der allgemeinen materiellen Wohlfahrt der Volksglieder. Die staatliche Gesellschaft und alle Gesellschaftsglieder müssen mit materiellen Gütern hinreichend ausgestattet sein, um ihre Lebenszwecke in entsprechend vollkommener Weise erfüllen zu können. Nur dann kann man ihr Verhältnis zu der materiellen Güterwelt als ein günstiges bezeichnen und in diesem Sinne von allgemeiner materieller Wohlfahrt sprechen.

Die Ausstattung der politischer Verbände mit materiellen Mitteln gehört nicht hierhin. Damit beschäftigt sich, wie gesagt, die Finanzwissenschaft. Wir haben es im folgenden nur mit der Wohlfahrt der Einzelnen und der privaten Einzelwirtschaften zu tun.

Diesen Einzelwirtschaften sichert die öffentliche Wohlfahrt die sozialen Bedingungen, die gesellschaftliche Möglichkeit ihrer privaten Wohlfahrt. Sie bietet nicht die individuelle Möglichkeit, welche zur unmittelbaren Verwirklichung der privaten Wohlfahrt überleitet. Aber sie darf auch jene individuelle Möglichkeit nicht schwächen oder grundlos beschränken. Es gehört deshalb insbesondere noch zur öffentlichen Wohlfahrt, daß die individuelle Kraft und Kraftbetätigung und darum auch die individuelle Freiheit, soweit sie der Gerechtigkeit und dem Gesellschaftszwecke entspricht, durch gesellschaftliche Ursachen nicht gehemmt oder unterdrückt, sondern gefördert werde. Die private Wohlfahrt der Einzelwirtschaften erscheint hiernach als Ergebnis verschiedener Faktoren und Ursachen, sozialer und individueller Art. Die Volkswirtschaftslehre überläßt die besondere Behandlung der nicht sozialen Momente andern Wissenschaften, speziell der Privatwirtschaftslehre. Sie kann jedoch nicht davon absehen, das Endergebnis, an welchem die von ihr behandelten sozialen Faktoren und Momente einen so wesentlichen Anteil haben, und zu dessen Verwirklichung sie in Anwendung kommen, genauer ins Auge zu fassen. Dies um so weniger, als gerade aus der Erkenntnis dessen, was man unter der privaten allgemeinen materiellen Wohlfahrt versteht, helles Licht fällt auf die Anforderungen, die an die Ausgestaltung der öffentlichen materiellen Volkswohlfahrt gestellt werden müssen.

Was gehört also dazu, daß ich, im Hinblick auf ein Volk, sagen kann, die allgemeine materielle Wohlfahrt finde sich bei ihm in befriedigendem Maße verwirklicht vor?

Selbstverständlich werden in dürrer Steppe, auf sandigem oder felsigem Boden geringere Ansprüche an das Leben gestellt als in fruchtbaren Gefilden mit fleißiger Bevölkerung. Anders gestaltet sich die allgemeine Lebenshaltung, je nachdem ein Volk ohne bleibenden Wohnsitz ist oder Sesshaftigkeit erlangt hat, anders wenn Ackerbau oder wenn Gewerbe und Handel vorherrschen. Die allgemeine Wohlfahrt wird also immer das besondere Gepräge tragen, welches den äußeren Naturverhältnissen, der Kultur- und Wirtschaftsstufe entspricht. Eines aber gehört stets zum Begriff der allgemeinen Wohlfahrt: die Bezugnahme auf die Gesamtheit aller Gesellschaftsglieder.

Doch auch hier sei wiederum hervorgehoben, daß die Allgemeinheit des Wohlstandes unter den Gesellschaftsgliedern keine Gleichheit besagt. Verschiedene Abstufungen der materiellen Wohlfahrt ergeben sich naturgemäß aus der physischen, geistigen und moralischen Ungleichheit der individuellen Menschen, aus der in der Gesellschaft herrschenden Arbeitsteilung, aus den ungleichen Lebensschicksalen und Arbeitserfolgen der Einzelnen.

Die Allgemeinheit braucht ferner keine absolute zu sein. Es genügt die moralische Allgemeinheit. Um vom Wohlstande eines „Volkes“ zu reden, ist es ja nicht erforderlich, daß jedes einzelne seiner Glieder sich tatsächlich und ununterbrochen materieller Wohlfahrt erfreue. In dem Sinne einer solchen numerischen Allgemeinheit hat sich der materielle Wohlstand noch bei keinem Volke gefunden und wird sich ohne jeden Zweifel niemals verwirklichen lassen.

Oder wer wollte bestreiten, daß es zu allen Zeiten einzelne Glieder der Gesellschaft geben wird, die aus individuellen Ursachen, durch Unglücksfälle oder auch durch Müßiggang, Liederlichkeit, Verschwendung, verkehrte Lebensweise der Verarmung anheimfallen? Dazu kommen als Ursachen materieller Not, abgesehen von persönlicher Schuld, von Krankheit, Alter u. dgl., noch äußere Verhältnisse und Ereignisse, z. B. Mißwachs, Krisen, Krieg usw., wo ein Teil der Gesellschaftsglieder sich gezwungen sieht, wenigstens vorübergehend die Entbehrungen der Armut zu tragen. In früheren Zeiten waren Armut und Not im Anschluß an Naturereignisse, Mißwachs, Seuchen häufiger und härter als heutzutage. Dafür treten in der Gegenwart mehr solche Ursachen der Verarmung in den Vordergrund, die aus der Umgestaltung sozialer und wirtschaftlicher Verhältnisse, aus der Entwicklung der Technik (z. B. Verdrängung von Handarbeitern durch die Maschine, Vernichtung eines Teiles des Handwerks durch die Großindustrie u. dgl.), aus der Änderung der Verkehrsrichtung usw. sich ergeben¹. Aber auch das Unglück durch persönliche Schuld nimmt dort gewaltig zu, wo die religiöse und sittliche Gesinnung verlorengegangen ist.

¹ Lehr, Grundbegriffe und Grundlagen der Volkswirtschaft (1893) 203 f.

Nach Julius Lehr¹ lebt „die ganze Bevölkerung eines Landes oder Landesteiles im Wohlstand, wenn sie wenig oder keine Armen zählt, wenn alle ein befriedigendes, genügendes oder reichliches Auskommen finden und auch Bedürfnisse der Annehmlichkeit befriedigen können“. Julius von Costa-Rossetti aber sagt²: „Das im Hinblick auf die Geschichte erreichbare Ideal allgemeiner materieller Privatwohlfa^hrt besteht darin, daß der größere Teil der Bürger sich einer bescheidenen, jedoch ungleichen Wohlhabenheit erfreut, daß ein geringerer Teil mäßigen Reichtum besitzt, daß ein dritter Teil endlich, und zwar der bei weitem geringste, gelinder Armut ausgesetzt ist und keine Klasse von Menschen in bleibendem Elende schmachten muß.“ Auch nach Franz M. Schindler³ ist „die allgemeine materielle Wohlfahrt des gesamten Volkes“ dann vorhanden, „wenn bei mäßigem Reichtum einzelner allen Volksklassen in der Regel ein zur auskömmlichen Lebenshaltung entsprechendes, wenn auch ungleiches materielles Einkommen in gesicherter Weise und ohne allzu große Arbeitsleistung erreichbar ist, so daß kein Volksteil dazu verurteilt ist, dauernd im Elende zu darben“.

Zur Erläuterung fügt Schindler bei: „Die allgemeine materielle Wohlfahrt eines Volkes ist dadurch gekennzeichnet, daß allen Volksklassen ohne Unterschied, abgesehen von außerordentlichen Umständen und Zeitverhältnissen, ohne übergroße und aufreibende Arbeitsanstrengung der Erwerb und Genuß von Sachgütern in solcher Menge und Güte dauernd ermöglicht ist, wie sie den Bürgern der einzelnen Volksklassen zu ihrem nach Zeit und Ort standesgemäßen Leben notwendig sind. Demgemäß schließt der Zustand allgemeiner materieller Volkswohlfa^hrt ebenso den übergroßen (nicht einen mäßigen) Reichtum einzelner Volksklassen aus wie die Verurteilung anderer Stände zu bleibender Not oder zu dauernder Entbehrung eines gesicherten Einkommens für die standesgemäße Lebenshaltung; jenen, weil ein solcher Reichtum in der Regel nicht ohne ungerechte Bedrückung und ohne Gefahr der Verelendung anderer gewonnen und verwendet wird; diese, weil dauernder Notstand einzelner Volksklassen von selbst dem Begriffe allgemeiner Wohlfahrt, d. h. der Wohlfahrt des ganzen Volkes in allen seinen Klassen und Ständen, widerstreitet, und weil der dauernde materielle Notstand ganzer Volksstände eine stete Gefährdung aller, auch der geistig-sittlichen Güter des Gemeinwohles in sich birgt. — Dagegen ist der Zustand allgemeiner materieller Wohlfahrt auch keineswegs als Zustand allgemeinen Reichtums aufzufassen, da ein allgemeiner reichlicher Überfluß an Gütern wegen des beschränkten Ausmaßes von Dingen, welche von der Natur unmittelbar genußreif dargeboten werden, und wegen der eng begrenzten Arbeitskraft und Arbeitslust der Menschen zur Genußfähigmachung der Naturdinge unmöglich herbeizuführen ist. Er schließt ebenso nicht eine gelinde Armut einzelner Volksteile aus, weil eine solche aus Gründen, die in der Natur der menschlichen Verhältnisse liegen, sich niemals ganz beseitigen lassen wird. Denn immer wird es Familien, Gemeinden, ja ganze Volksstände geben, die durch kürzere oder längere Zeit einen mehr oder weniger einschneidenden

¹ Ebd. 202 f. ² Allgemeine Grundlagen 35.

³ Die soziale Frage der Gegenwart, vom Standpunkte des Christentums² (1906) 62 f.

Mangel an Bedarfsgütern zu auskömmlicher standesgemäßer Lebenshaltung ertragen müssen wegen besonderer Unglücksfälle, deren Folgen für einzelne Familien oder ganze Gemeinden und Länder durch längere Zeit nachwirken; oder wegen außerordentlicher und bleibender lokaler Schwierigkeiten, welche sich dem Erwerbe des Lebensunterhaltes entgegenstellen; wegen eingetretener Veränderungen, sei es in der Art der Güterproduktion oder im Bedarfe von Gütern bestimmter Gattungen, sei es im Verkehrswesen überhaupt oder in der Marktlage für einzelne Güterarten, durch welche von Zeit zu Zeit die einzelnen Erwerbsstände Hemmungen in ihrer hergebrachten Lebenshaltung erfahren; wegen Vernachlässigung zeitgemäßen Fortschreitens mit der Entwicklung des Wirtschaftslebens u. dgl. Endlich wird niemals eine völlig gleiche Verteilung der Wohlhabenheit zur Wirklichkeit werden können. Ihrer Verwirklichung steht die Verschiedenheit der inneren Anlagen und Kräfte, der Lebensgewohnheiten und Bedürfnisse der einzelnen Menschen ebenso wesentlich entgegen wie die Mannigfaltigkeit günstiger und ungünstiger äußerer Bedingungen des Lebenserwerbes, die zusammen notwendig unendlich zahlreiche Abstufungen des Wohlstandes herbeiführen. Wenn der größere Teil der Familien aller Volksstände sich einer gesicherten, obschon bescheidenen und ungleichen Wohlhabenheit zur Bestreitung standesgemäßer Lebensführung erfreut und bei mäßigem Reichtume Einzelner keine Volksklasse in bleibendem Elende schmachtet, ist im wahren Sinne ein Zustand allgemeiner materieller Wohlfahrt erreicht, soweit er auf Erden überhaupt erreichbar ist. Daß Einzelfälle von zeitweiser oder bleibender, auch schwerer und schwerster Armut unter den Menschen niemals ausbleiben können, sei es daß sie selbstverschuldet ist, sei es daß ihre Träger kein persönliches Verschulden trifft, ist in der Natur des Menschen, wie sie tatsächlich ist, und in dem natürlichen Einflusse der Außendinge auf die Lebensverhältnisse des Menschen begründet. Christi Wort wird stets wahr bleiben: *Arme werdet ihr immer bei euch haben*“ (Matth. 26, 11).

Ohne große Schwierigkeit wird sich nunmehr der Begriff „Volkswohlstand“ feststellen lassen.

§ 3.

Volkswohlstand.

Die Volkswohlfahrt ist die Wohlfahrt eines staatlich geeinten Volkes. Ein Volk fährt aber wohl, wenn nichts fehlt von der ihm zukommenden Vollkommenheit hinsichtlich seiner inneren Verfassung, seiner Zweckerfüllung, seiner Stellung nach außen. Das Zentrale bleibt dabei die Zweckerfüllung. Existenz und Kraft des Staates ist unentbehrliche Voraussetzung der Zweckerfüllung. Die staatliche Gesellschaft existiert nicht, um zu existieren und stark zu sein, nicht ihrer selbst, sondern ihres Zweckes wegen. Die innere, soziale und politische Verfassung mag sich im Wechsel geschichtlicher Bedingungen ändern. Sie wird gut sein und es mit dem staatlich geeinten Volke diesbezüglich wohl stehen, solange und in dem Maße, als sie die Erfüllung des Zweckes der staatlichen Gesellschaft ermöglicht, erleichtert, fördert. Auch wird das Verhältnis nach außen, zu andern Völkern, andern Staaten in dem Maße das

richtige sein, als dadurch Bestand, Recht und Macht des Staates für die Erfüllung seines Zweckes gewahrt und gesichert bleibt.

Volkswohlstand ist Wohlstand der Bevölkerung, aber auch Wohlstand des Volkes als dauernder Einheit. Ein Volk kann nicht als wohlstehend bezeichnet werden, wenn die Bevölkerung des Wohlstandes entbehrt. Die bloße Summe der materiellen Wohlfahrt aller Einzelwirtschaften, die Tatsache, daß die Individuen und Familien, aus denen das Volk sich zusammensetzt, zu einer bestimmten Zeit des Wohlstandes sich erfreuen, genügt anderseits noch nicht, um von Volkswohlstand zu sprechen. Die Deutschen des Jahres 1700 sind tot. Das deutsche Volk aber lebt. Das Volk hat dauernde Wohlstandsinteressen, und es kann geschehen, daß die Interessen der Individuen, die gegenwärtig ein Volk ausmachen, den zukünftigen Interessen des Volkes widersprechen¹. Der Begriff des Volkswohlstandes nimmt also nicht bloß auf den allgemeinen Wohlstand der jeweilig aktuellen Bevölkerung Bezug, sondern zugleich auf die öffentliche Wohlfahrt, die den Wohlstand des Volkes als dauernde Einheit, die Interessen der Gegenwart wie der Zukunft, schützt und sichert.

62. Was gehört nun zum Volkswohlstande? Der Volkswohlstand enthält ein dreifaches Moment:

1. Es muß moralisch allen Gesellschaftsgliedern, abgesehen von eigener Schuld und unabwendbaren Unglücksfällen, dauernd möglich sein, eine der allgemeinen Kulturstufe und den besondern persönlichen Verhältnissen entsprechende materielle Wohlfahrt zu gewinnen und zu behaupten.

2. Es muß die weitaus größere Zahl auch tatsächlich eine den äußeren, geschichtlichen und persönlichen Verhältnissen entsprechende materielle Wohlfahrt erlangen und bewahren.

3. Es müssen darum alle für den Volkswohlstand bedeutsamen Kraft- und Güterquellen gewahrt, ihre Ausdehnung und Ergiebigkeit in Harmonie mit den wachsenden Bedürfnissen einer wachsenden Bevölkerung erhalten bleiben.

4. Ebenso darf nichts von der physischen, geistigen, sittlichen Volkskraft verlorengehen; vielmehr bedarf es auch hier eines der Gesamtentwicklung entsprechenden stetigen Fortschrittes. Dem materiellen Reichtumsstreben darf ferner die soziale Einheit und sozial gesunde Schichtung, die Gesamtkultur und Zivilisation nicht zum Opfer fallen. Auch die politische Macht, Einfluß und Ansehen des Staates, seine Wirksamkeit, Größe, Blüte, Vervollkommenung sind davon abhängig, daß die wirtschaftliche Entwicklung die richtigen Bahnen einschlägt.

Wo jene vier Momente sich verbinden, dort ist jener Zustand vorhanden, den wir als „Volkswohlstand“ bezeichnen. Genauer gesprochen:

¹ Cannan, *Theory of Production* 10 f.

Zum Volkswohlstande gehört die dauernde Versorgung eines an Zahl wachsenden Volkes mit materiellen, der Befriedigung steigender Bedürfnisse genügenden Mitteln, gemäß den Anforderungen fortschreitender Kultur, so zwar, daß neben einer größeren Anzahl mäßig reicher Personen ein breiter und kräftiger Mittelstand in der Gesellschaft sich behauptet, allen Gliedern, auch den untersten Klassen, ein der erreichten Kulturhöhe entsprechendes, zum mindesten menschenwürdiges Dasein gesichert wird, dauern des Elend ausgeschlossen bleibt, — dies alles unter gleichzeitiger Wahrung der höheren Güter der Persönlichkeit, der Familie, der staatlichen Gesellschaft.

a) Die dauernde Versorgung. Wir wählen den Ausdruck „Versorgung“, weil er zugleich die Möglichkeit wie die Tatsächlichkeit der Wohlfahrt ausdrückt. Daß es sich um eine „Versorgung“ auf privatwirtschaftlicher Grundlage handelt, ergibt sich aus dem Zusammenhange, insofern im folgenden die Besitzschichtung (Reichtum, Mittelstand usw.) erwähnt wird. Die Selbstverantwortlichkeit für die eigene private Wohlfahrt ist damit zugleich genügend angedeutet. Andererseits weist der Ausdruck „Versorgung“ eines „staatlich geeinten“ Volkes auch auf die öffentliche Wohlfahrt als Mittel zur Verwirklichung der privaten Wohlfahrt und damit auf die soziale Verantwortlichkeit der Staatsgewalt wie der Bürger für des Volkes Wohlfahrt hin.

Die Versorgung muß eine dauernde sein — eine volkswirtschaftliche Forderung, soweit die Dauer und Sicherheit der Versorgung namentlich von der Organisation der Volkswirtschaft und von einer richtigen Wirtschaftspolitik abhängt. Es müssen die eigenen Produktivkräfte des Landes und des Volkes, alle Produktivstände lebens-, wirkens-, entwicklungsfähig erhalten, ein kaufkräftiger innerer Markt der inländischen Produktion bewahrt, die Heimatsinteressen nicht einer überspannten Weltpolitik geopfert werden. Der Mangel innerer Konsolidierung einer Volkswirtschaft, die hieraus notwendig folgende Unsicherheit der Versorgung des Volkes, deren übermäßige Abhängigkeit von Faktoren, über welche die Volkswirtschaft nicht Herr ist und auf die Dauer nicht Herr sein kann, verträgt sich nicht mit dem richtig erfaßten Begriffe des Volkswohlstandes. Daß die Dauer und Ordnung der Versorgung durch die gute Ausgestaltung und Handhabung der Rechtsordnung wesentlich mitbedingt wird, ist unmittelbar einleuchtend.

b) Eines an Zahl wachsenden Volkes, mit entsprechender Fürsorge für den Nachwuchs. Man wird vielleicht auf Frankreich und dessen Wohlstand hinweisen, um zu zeigen, daß die Zunahme an Zahl nicht wesentlich zum Volkswohlstande gehöre. Allein gerade Frankreich läßt erkennen, wie bei unnatürlich langsamer Volksvermehrung

auch der Volkswohlstand sich nicht in dem Maße weiter entwickelt als bei stärkerer Zunahme. Das Volk, das an Zahl zurückgeht oder nicht entsprechend wächst, ist krank und stirbt ab. Von einer Volkswohlfahrt da zu reden, ist kaum möglich. Gehört aber das Wachstum der Bevölkerung zum Wohlstehen des Volkes, dann muß die wachsende Bevölkerung auch dauernde Versorgung finden. Damit ist zugleich kurzsichtige Ablehnung von Weltwirtschaft und Weltpolitik zurückgewiesen. Für hochentwickelte Völker läßt sich die Aufgabe, eine wachsende Bevölkerung zu ernähren und zu beschäftigen, schließlich nur dadurch erfüllen, daß die Arbeit des Volkes in gewissem Umfange mit ihren Erzeugnissen über die Grenzen des eigenen Landes hinaus Erwerb suche und finde. Nur auf diese Weise können auch dauernd die Rohmaterialien und Produkte Bezahlung finden, die als steigender Einfuhrüberschuß allen Schichten der Bevölkerung zugute kommen.

c) Mit genügenden materiellen Mitteln zur Befriedigung materieller und mittelbar auch immaterieller Bedürfnisse. Allen wirklichen und vernunftgemäßen Bedürfnissen, deren Befriedigung in irgendeiner Weise von dem Besitz materieller Güter abhängt, muß durch die Disponibilität jener Güter Genüge geschehen können, und zwar für das ganze Volk.

d) Wenn wir allen Gliedern der Gesellschaft in der Sphäre der materiellen Existenzbedingungen ein menschenwürdiges Dasein gesichert wissen wollen, so umschließt der Ausdruck „alle Glieder“ zugleich den Hinweis auf das weibliche Geschlecht. Die sog. „Frauenfrage“ tritt somit nach ihrer wirtschaftlichen Seite schon hier in den Gesichtskreis des Nationalökonomen.

e) Der Befriedigung steigender Bedürfnisse. Wo Fortschritt vorhanden, da nehmen die Bedürfnisse zu, dehnen sich aus, verfeinern sich, nicht bloß für die höheren Klassen der Bevölkerung. Ein Volk, das hierin nicht richtig voranschreitet, das den Anforderungen verbesserter Lebenshaltung nicht in rechtem Maße entsprechen könnte, darf nicht als „wohlstehend“ bezeichnet werden.

f) Gemäß den Anforderungen fortschreitender Kultur. Volkswirtschaft ist Leben. Wo Leben, da Entwicklung, Fortschritt. Eine Volkswirtschaft, die nicht voranschreitet, vergeudet den vorhandenen Wohlstand und baut der Zukunft des Volkes kein Haus. Was wir aber hier noch besonders unter der Rücksicht des Kulturfortschrittes hervorheben möchten, das bezieht sich weniger auf das Quantum und Quale der Befriedigung in rechter Weise wachsender und verfeinerter Bedürfnisse, als speziell auch auf die Möglichkeit einer umfassenderen Teilnahme des ganzen Volkes an den Gütern der Kultur. Wo die Kultur nicht mehr und mehr zu einem Gemeingute des Volkes wird, wo nur bevorzugte Klassen und Gruppen von der Entwicklung der Technik, der Verfeinerung der Genüsse, der Ausdehnung der Kenntnisse usw. Vorteil haben,

ohne daß auf die andern Volksglieder irgendein Strahl des Lichtes fällt¹, wo eine plutokratische Entwicklung den unteren Klassen nur die Last, den oberen die Freuden des Lebens zuweist, da mag den Wohlstand eines solchen Volkes preisen wer will. Nicht als ob der Reichtum an sich, in gesunder Bildung und Verteilung, zu verwerfen oder für ein Volk entbehrlich wäre. Wir fordern ihn vielmehr in solcher Form gerade im Interesse fortschreitender Kultur als ein Begriffselement des Volkswohlstandes.

g) Eine größere Anzahl mäßig reicher Personen. „Es ist eine allgemeine Erfahrung“, sagt Malthus², „daß Tugend und Fleiß und Talente aller Art am besten unter den mittleren Gesellschaftsklassen gedeihen; aber es ist klar, daß nicht alle zu den Mittelklassen gehören können. Nach der Natur der Dinge sind die oberen und unteren Klassen absolut notwendig, und nicht allein notwendig, sondern auch sehr wohlthätig. Wenn niemand hoffen dürfte, in der Gesellschaft zu steigen oder bzw. befürchten dürfte, zu fallen, wenn sich der Fleiß nicht belohnte und die Trägheit nicht bestrafte, so wäre jene Rührigkeit, unsere Lage zu verbessern, die jetzt die Haupttriebfeder des öffentlichen Gedeihens bildet, nicht zu erwarten.“ Solange die Forderungen des sinnlich-materiellen Daseins sicherer Erfüllung entbehren³, nehmen sie fast die ganze Sorge, Aufmerksamkeit und Kraft in Anspruch. Gewährt aber die Sicherung der materiellen Existenz freie Muße und überfließende Mittel, dann ist eine sorgenlose Bewegung und Entfaltung der geistigen Kräfte eher ermöglicht. Es können diese Kräfte wie die materiellen Güter auch zur Förderung von Kunst und Wissenschaft, zur Pflege der allgemeinen Interessen, zum Troste der Armen und Leidenden verwendet werden. Bei voller materieller Unabhängigkeit nach oben und nach unten ist ferner die Übernahme und gemeinnützige Ausübung von Funktionen im Dienst der öffentlichen Verbände, in der Gemeinde, im Kreise, in der Provinz, im Staate wesentlich erleichtert. Zum Fortschritte in der Kultur bedarf es sodann einer fortschreitenden Unterwerfung der Naturkräfte. Dazu aber gehören zuweilen die großartigsten technischen Anlagen, die wiederum nicht ohne das Zusammenwirken zahlreicher Menschen hergestellt werden können. Das erfolgreiche Zusammenwirken ist undenkbar ohne die Unterwerfung der ausführenden Arbeit unter die Anordnungen des leitenden Kopfes. Ohne äußeren Zwang wird jedoch nur die Aussicht auf eine Bezahlung größere Mengen von arbeitenden Menschen zu dieser Unter-

„Es fehlt an rechter Achtung vor dem Evangelium“, sagt Bourguin (Die sozialistischen Systeme usw. 393). „wenn jemand sein Herz der Sehnsucht verschließt, welche die große Menge einem besseren Leben und einer höheren Bildung der menschlichen Persönlichkeit entgegenreibt.“ Dieser Gedanke wird plastisch zum Ausdruck gebracht in dem Roman: Bauernsegen von Hans Schrott-Fiechtl (1919).

² Versuch über das Bevölkerungsgesetz, Übersetzung Stöpels (1879) 759 f.

³ Vgl. Kautz, Nationalökonomik 83 ff.

werfung und Leistung von Arbeit bestimmen können. „Zur Bezahlung von Leuten braucht man selbstverständlich disponibles Geld; disponibles Geld hat aber heute nur derjenige, der mehr hat, als er zum Leben braucht, d. h. also der ein ‚größeres‘ Einkommen hat. Hierin liegt in erster Reihe die Bedeutung der ‚großen‘ Einkommen“, sagt Kleinwächter¹, „und dieselbe wird einem handgreiflich klar, wenn man in einem sog. ‚armen‘ Lande lebt, in einem Lande, das nicht vorwärts kommen kann, in welchem keine größeren Unternehmen ins Leben gerufen werden können, weil niemand da ist, der die dazu erforderlichen Mittel besitzt, d. h. weil niemand da ist, der mehr Geld hat, als er zur Bestreitung seines Lebensunterhaltes notwendig braucht.“ Die großen Einkommen oder, besser gesagt, die großen Vermögen haben aber, wie gesagt, auch darin ihre vornehmlich wirtschaftlich kulturelle Bedeutung, daß die Aussicht auf Reichtum, auf höhere Lebenshaltung und größeren gesellschaftlichen Einfluß bei solchen die Energie, den Sparsinn, den Wagemut stärkt, die erst auf dem Wege zum Reichtum sich befinden. Strebsame Kräfte werden dadurch geweckt, ermuntert, ermutigt, ihre Fähigkeiten voll auszunutzen, da ja auch ihnen die Vorzüge des Reichtums als Frucht angestrebter Arbeit und besonderer Tüchtigkeit nicht unerreichbar sind².

Alles in allem ist es also für Land und Volk von nicht geringem Wert, wenn es über eine größere Anzahl mäßig reicher Personen, die sich über das ganze Land hin verteilen, verfügt. Ein Überwiegen des Erwerbslebens innerhalb eines Volkes führt freilich auch wieder leicht dazu, daß das ganze Leben, selbst die edelsten Beziehungen und Verhältnisse (z. B. Ehe, Familie) lediglich oder doch vorzugsweise nach ihrer materiellen Seite betrachtet, geschätzt und gepflegt werden. An Stelle der Harmonie, des Vertrauens, der Ergebenheit tritt Neid, Haß, Klassenkampf, unter den Besitzenden selbst eine auf gegenseitige Vernichtung abzielende Reibung der Kräfte; alle, der besitzlose Arbeiter und der reiche Unternehmer, verlieren den festen Boden, sehen sich den unberechenbaren Schwankungen der Wirtschaftsbewegung überantwortet. Übergroßer Reichtum entnervt, führt leicht zu einem erschlaffenden materiellen Genußleben, verbindet sich meist mit maßloser Herrschsucht. „Nec ulla deformior species est civitatis, quam illa, in qua opulentissimi optimi putantur“, sagt Cicero³. Wären die Milliardäre wirklich die Besten, sie sind nirgends zahlreich genug, um den sozialen Funktionen des Reichtums in der rechten Weise innerhalb des ganzen Volkes zu genügen⁴.

¹ Das Einkommen und seine Verteilung (1896) 67.

² Ludwig Felix, Der moderne Reichtum (1906). (Nicht ohne Einseitigkeit in der Hervorhebung der Vorzüge des Reichtums.)

³ De republica 1, 34.

⁴ Der Reichtum eines Mannes soll, wie Carnegie vorschlägt, nach seinem Tode zur Hälfte der Volksgemeinschaft anheimfallen. Auch der amerikanische Präsident Roosevelt empfahl die progressive Erbschaftssteuer.

Richtig bemerkt Herkner¹, es liege nicht im Interesse einer harmonischen Entwicklung, wenn die materiell bevorzugten Existenzen nur noch in städtischen Verhältnissen zu finden wären: „Die Losung Naumanns, ‚Bauerngut an Bauerngut bis zur russischen Grenze‘, und das von Schulze-Gävernitz ausgesprochene Wort, ‚das Land der Masse‘, können mit der Einschränkung angenommen werden, daß auf dem Lande so viele aristokratische Existenzen, d. h. Leute von höherer Bildung, wirtschaftlicher Unabhängigkeit und Geneigtheit, dem öffentlichen Wohle sich ohne eigennützige materielle Absichten zu widmen, erhalten bleiben, als im Interesse der fortschreitenden Entwicklung des Landes selbst geboten erscheint. Es ist, wie z. B. die Schweiz zeigt, der ländlichen Bevölkerung keineswegs förderlich, wenn die aristokratischen Elemente ganz überwiegend den Kreisen der Industrie und des Handels angehören.“ Zunächst bedarf eben die Landwirtschaft selbst einer größeren Anzahl reicherer Grundbesitzer, welche die ihnen zur Verfügung stehenden Mittel für Wirtschaft und Betrieb vorbildlich rationell verwerten, die durch Benutzung aller Errungenschaften in Wissenschaft und Technik dem Fortschritte die Wege bahnen. Ausschließlicher oder vorherrschender Latifundienbesitz aber, die „*infinita villarum spatia*“², jene übermäßige Anhäufung des Grundbesitzes bei einem und demselben Besitzer, eine Ausdehnung des Großgrundbesitzes, die für den Mittelbesitz keinen Raum mehr läßt, ist verderblich³. Großgrundbesitz in mäßigem Umfange kann dagegen auch sozial und politisch recht vorteilhaft wirken. „Selbst in Ländern wie England spielt die Landaristokratie, verglichen mit der industriellen und kaufmännischen Aristokratie, eine große Rolle, weil kein anderes Vermögen den Bestand der Familien so sehr sichert wie der Grundbesitz und die oft uralten Traditionen jene Familien aufs strengste mit den öffentlichen Institutionen des Landes, namentlich auch mit dem Königtum, verbinden.“⁴

h) Ein breiter und kräftiger Mittelstand. Wenn heute vom „Mittelstande“ gesprochen wird, so muß man sich vorerst vergewissern, was derjenige, der dieses Wort gebraucht, darunter versteht. Der Differenzierungsprozeß, der mit fortschreitender Kultur innerhalb der Gesellschaft sich vollzieht, schafft eben nach den verschiedensten Richtungen hin ein Hoch und Niedrig, ein Oben und Unten, und darum auch Mittelstufen der mannigfachsten Art⁵.

a) Nimmt man zum Unterscheidungsgrunde der Schichtung die Höhe des Einkommens und der materiellen Lebenshaltung, so steht der Mittelstand zwischen Reichtum und Armut. Der Reiche braucht auf die

¹ Die Arbeiterfrage (1902) 78 Anm.; (1908) 429.

² Tacitus, Annales 3, 53.

³ „*Latifundia perdidit Italia, iam vero et provincias. Sex domini semissem Africae possidebant, cum interfecit eos Nero princeps*“: in Plinius, Naturgeschichte 18, 6.

⁴ Max Sering, Ländlicher Grundbesitz: Wörterbuch der Volksw. I² 342; II² 222.

⁵ Schmoller, Was verstehen wir unter dem Mittelstande? Hat er im 19. Jahrhundert zu oder abgenommen? Vortrag auf dem achten Evangelisch-sozialen Kongreß zu Leipzig (1897) 6. Vgl. Heinz Starkenburg, Die Entwicklungstendenz des Mittelstandes im 19. Jahrhundert (1897) 4 ff. Von dem „Mittelstande“ der Bildung (zwischen Volksschulbildung und Hochschulreife: das Einjährigeneugnis) nach Starkenburg dürfen wir hier absehen.

Kosten der Bedürfnisbefriedigung wenig oder gar nicht Rücksicht zu nehmen. Die Armut verfügt über ein so geringes Einkommen, daß jeder außergewöhnliche Bedarf, z. B. Krankheitskosten, die Lebenshaltung unter das Existenzminimum herabdrückt. Der Mittelstand kann vermöge seines Einkommens eine im ganzen anspruchslose, aber doch behagliche Lebensführung sich dauernd gestatten.

Man spricht heute auch von einem „neuen“ Mittelstande¹ und rechnet dazu die „Angestellten“, die Privatbeamten, das Verwaltungspersonal der größeren Unternehmungen², zum Teil die liberalen Berufe, dann auch die mittleren Beamten der politischen Verbände, wohl auch die besser bezahlten gelernten Arbeiter usw. Diese bilden dann für sich den „neuen“ Mittelstand oder sie treten zu den Vertretern des Kleinhandels, den Handwerkern, den auf eigener Scholle wirtschaftenden Bauern, zur Auffüllung des ganzen „Mittelstandes“ hinzu.

Die „Privatbeamten“, ein Analogon zu den Staatsbeamten nach Art der Anstellung und Lohnbezahlung, stehen im Dienste privater Arbeitgeber, von denen sie als Gegenleistung für ihre, wenn auch sehr verschiedenartige, so doch vorwiegend geistige Arbeit während eines längeren Zeitabschnittes als Gegenleistung ein vereinbartes Gehalt empfangen. Die Umgrenzung des Begriffes „Privatbeamter“ ist keine unbedingt feste³. Nicht nur Ingenieure, Techniker usw. der Großunternehmungen, ferner höhere Bureaubeamten der Juristen, Banken, Kassen usw. werden dieser Gruppe zugeteilt, sondern auch Bureau-schreiber, Werkmeister, Zuschneider in den großen Konfektionsgeschäften usw. zählen tatsächlich zu den „Privatbeamten“, obwohl ihre Dienstleistung nicht durchweg als eine „überwiegend geistige“ bezeichnet werden kann. Andererseits werden die Direktoren der großen Aktiengesellschaften, die Beamten, die mit der technischen oder kaufmännischen Leitung der Großunternehmungen betraut sind, sich eher der Unternehmerklasse zuzählen als dem Kreis von Personen, die mit der Bezeichnung „Privatbeamte“ vorlieb nehmen⁴.

¹ Schmoller a. a. O. 25 ff. 31.

² Nach W. v. Oechelhäuser (Zeitschr. d. Ver. Deutsch. Ing. [1906] 1137) kam im ersten Dezennium des Jahrhunderts je ein Beamter (vom Direktor bis Meister) auf folgende Arbeiterzahl. In

Stahl- und Hüttenwerken auf etwa 30 bis 26 Arbeiter				
Spinnereien	"	"	18	15
Webereien	"	"	12	10
Schiffswerften	"	"	16	8
Maschinenfabriken	"	"	12	4
Gasgesellschaften	"	"	9	4
Chemischen Fabriken	"	"	7	6

³ Viktor Leo definiert: „Privatangestellte und Privatbeamte“ sind „Personen, die, in fremden Diensten gegen Entgelt beschäftigt, ausschließlich oder überwiegend geistig tätig und nicht öffentliche Beamte sind“ (Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik XXXVI [1908] 9).

⁴ Zum Begriff „Privatbeamter“ vgl. W. Mertens, Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik XXV (1907) 649 ff. — H. Potthoff, Soziale Praxis 1907, 1261. — Stier-Somlo, Reformblatt für Arbeiterversicherung 1907.

Dem Sozialismus gegenüber, der die ganze Gesellschaft in nur zwei Klassen scheidet: kapitalistisches Unternehmertum und Proletariat, mag es angezeigt sein, darauf hinzuweisen, daß keineswegs heute alles außer dem kapitalistischen Unternehmertum fortschreitend „verelenden“ muß und tatsächlich verelendet, daß zwischen die obere und untere Schicht eine verhältnismäßig starke Mittelklasse sich einschiebt, daß zu dieser Mittelklasse auch gelernte Arbeiter, Werkmeister, Steiger, Monteure, Vorarbeiter u. dgl. in nicht geringer Zahl gehören. Verbiehet also das Vorhandensein und das Anwachsen dieses sog. „neuen Mittelstandes“, die ökonomischen Entwicklungstendenzen der heutigen Volkswirtschaft in allzu düstern Farben erscheinen zu lassen, so steht anderseits auch der soziale Wert jener mittleren Schicht außer Zweifel. „Geschäftlicher Gehorsam und pflichttreuer Dienst in den Geschäftsstunden vereint sich ganz wohl mit sonstiger Unabhängigkeit der Gesinnung, des Charakters, der Lebensführung.“¹ Was man dem selbständigen Mittelstande diesbezüglich nachrühmt, braucht den in abhängiger Lebensstellung befindlichen Gliedern des „neuen“ Mittelstandes nicht abgesprochen zu werden.

Der Einwand, daß durch die zeitlich und örtlich verschiedene und wechselnde Höhe der quantitativen und qualitativen Bedürfnisskala, durch die Verschiebungen des Geldwertes, die vielfach unzureichende Sicherheit der Einkommenschätzungen die Einkommenshöhe überhaupt völlig ungeeignet werde für exakte Klassenscheidungen, fällt kaum ins Gewicht. Wie überhaupt mit dem Begriffe des Reichtums die Vorstellung eines „exakt“ bestimmten Größenverhältnisses der verfügbaren Güter sich nicht verbindet, wie es evidente Fälle des Reichtums und evidente Fälle der Armut gibt, dazwischen aber begrifflich und faktisch mannigfache Stufen eines größeren und geringeren Wohlstandes liegen, so kann man doch ganz wohl von einer mittleren Wohlstandsklasse sprechen, ohne daß nun gerade mit absoluter „Exaktheit“ die Umgrenzung derselben sich vollziehen läßt².

Für das gesellschaftliche Leben und unter Rücksicht des Volkswohlstandes bedeutet also diese Mittelschicht, wo sie vorhanden ist und sich ausbreitet, jedenfalls ein wertvolles Gut, indem sie gerade durch ihre verschiedenen Abstufungen des Wohlstandes die Verbindungen zwischen hoch und niedrig erhält und erleichtert. Alle schroffe Scheidung zwischen reich und arm, der Mangel vermittelnder Übergänge zerreißt die soziale Einheit, führt notwendig zu Gegensätzen, zu Kampf und Feindschaft, zur Auflösung jedes innigen gesellschaftlichen Zusammenhanges und damit schließlich zum Untergang der Gesellschaft selbst.

Eine andere Frage ist es aber, ob und wie weit der „neue“ Mittelstand den alten zu ersetzen vermöge. Die Beantwortung dieser Frage wird wohl verschieden ausfallen, je nachdem man der modernen Entwicklung gegenüber Optimist oder Kritiker, vielleicht gar pessimistischer Be-

¹ Schmoller, Was verstehen wir unter dem Mittelstande? usw. 25.

² Nach Schmoller (a. a. O. 157) war vor dem Kriege die untere Grenze des Einkommens für den Mittelstand 1800 Mark, die obere Grenze 8000 Mark.

urteiler ist. Die Optimisten sind geneigt, eine vollständige Umschichtung der Gesellschaft als durch die Entwicklung der Technik geboten darzustellen. Die Bedeutung des alten Mittelstandes wird dabei nicht selten herabgedrückt. Man beruft sich auf bedeutende Autoritäten, wie Bücher, Sombart u. a., um zu erweisen, daß auch das alte Handwerk nicht immer auf goldenem Boden stand. Gleichzeitig werden die Vorzüge des „neuen Mittelstandes“ stärker betont, wohl auch ein armer, verschuldeter, von seinen gewerkschaftlich organisierten Gesellen bedrängter Handwerker mit einem besser gestellten Privatbeamten in Vergleich gezogen. Selbstverständlich darf dann noch die Berufung auf Sombarts Urteil über den verwirrenden Begriff „Mittelstand“ nicht fehlen. Koryphäen der historischen Schule bezeugen überdies, daß eine Differenzierung der Gesellschaft, die geschichtlich sich bildete, keinen Anspruch hat auf ewigen Bestand. Seien wir also zufrieden mit dem „neuen Mittelstand“ und lassen wir den alten, wenigstens im Bereiche des gewerblichen Lebens und des Handels, teilweise oder ganz zugrunde gehen¹. Und wenn auch nicht bis zur völligen Preisgabe des historisch überlieferten Mittelstandes geschritten wird, so fehlt da doch jede Begeisterung für seine Erhaltung, der man ziemlich skeptisch gegenübersteht.

Die Kritiker oder Pessimisten betonen unter den Ursachen des Niedergangs des alten Mittelstandes weit mehr die freie Konkurrenz als die fortgeschrittene Technik. Sie sind auch geneigt zu einer gewissen Überschätzung des mittelalterlichen Handwerks. In keiner Weise erscheint ihnen der „neue“ Mittelstand“ als gleichwertig dem „alten“. Sie haben festen Glauben an die Möglichkeit der Erhaltung des letzteren, wenn nur Staat und Gesellschaft zu „energischen“ Maßregeln sich verstehen wollten. In der näheren Bezeichnung dieser Maßregeln fehlt dann wiederum Klarheit und Übereinstimmung.

Zunächst bleibt zu beachten, daß der modernisierte Begriff des Mittelstandes, der die Reste des „alten“ und den „neuen“ Mittelstand zugleich umschließt, im wesentlichen eine mittlere Wohlstandsklasse von sehr heterogenen Elementen darstellt, einen Sammelbegriff, mit dem wirtschaftspolitisch sich nicht gerade viel anfangen läßt². Man muß jedenfalls heute, wo so oft von der „Mittelstandsfrage“ die Rede ist, diese Frage immer zunächst spezialisieren (Posadowsky), zusehen, ob

¹ Ernst Abbe zum Beispiel ist der Ansicht, daß die Erhaltung und Wiedererneuerung eines breiten, gesunden Mittelstandes in den gewerblichen Ständen nur möglich sei durch Hebung der Arbeiter und Angestellten mit rechtlicher Sicherheit ihrer wirtschaftlich gehobenen Existenz.

² Eben weil jene Klassifikation sich nicht nach der ökonomischen und zugleich sozialen Position und Funktion, sondern in der Hauptsache nach dem Einkommen oder Besitz vollzieht. Ein unbemittelter Leutnant fällt dabei in dieselbe Klasse wie ein Volksschullehrer oder ein qualifizierter Arbeiter. Vgl. Neue Zeit XXIV 1 (1905), 10 ff.

dabei die Interessen der Privat- oder Staatsbeamten, des Bauernstandes, des gewerblichen Mittelstandes, des kleinen Kaufmanns usw. in Betracht kommen. In dieser Spezialisierung erst handelt es sich dann nicht mehr um bloße Quantitätsstufen, nicht mehr lediglich um den Gesichtspunkt der Einkommenshöhe, sondern schon um berufliche Qualitätsgruppen, so wie es dem geschichtlichen Begriffe des „Mittelstandes“ entspricht.

4) Für die Standesunterscheidung bildet die wirtschaftliche Berufstätigkeit, die ökonomische und die sich anschließende soziale Position und Funktion das principium divisionis. Innerhalb der drei großen Produktivstände: Landwirtschaft, Gewerbe, Handel, gibt es je eine obere, mittlere, untere Schicht. Indem man nun die mittlere Schicht der verschiedenen Produktivstände zu einer Einheit verbindet, gelangt man zu dem Begriff des Mittelstandes im alten Sinne, der alle durch eigenen Betrieb wirtschaftlich selbständigen¹ oder auf dem Wege zur Selbständigkeit befindlichen Glieder jener mittleren Schicht der Produktivstände umfaßt. Derselbe unterscheidet sich also nach oben von dem Großgrundbesitz, der Großindustrie, dem Großhandel, nach unten von den dauernd gegen Lohn oder Gehalt beschäftigten Personen². Ehedem umschloß der Mittelstand hauptsächlich die bürgerlichen Vertreter und Träger der mittelalterlichen stadtwirtschaftlichen Organisation gegenüber der feudalen Grundaristokratie einerseits und den in feudaler Abhängigkeit befindlichen Landbewohnern anderseits. Heute umfaßt der „Mittelstand“ im eigentlichen Sinne die produktive Mittelklasse selbständiger Vertreter der mittel- und kleinbetrieblichen Wirtschaftsstruktur, unsere Bauern, Handwerker, Detaillisten. Das Eigentum an den Produktionsmitteln vereinigt sich dabei noch mit der leitenden und zugleich ausführenden Arbeit des Betriebsinhabers.

Zweifelloos gibt, wie auch Schmoller bemerkt, „die Leitung eines eigenen Betriebes, zumal wenn sie mit einem gewissen Besitz verbunden ist, eine Selbständigkeit, eine persönliche Unabhängigkeit, wie sie der Abhängige, der Beamte, auch der gut bezahlte Arbeiter nicht so leicht hat“³. Man darf vielleicht noch hinzufügen: Ein nicht geringer Teil der Menschen

¹ Die „wirtschaftliche Selbständigkeit“ wird hier als verbunden mit Leitung des eigenen Betriebes verstanden. „Wirtschaftlich selbständig“ werden sonst wohl auch Personen genannt, die sich selbst ernähren, von keinem andern ernährt werden.

² Eine genauere Abgrenzung des selbständigen Mittelstandes nach oben bietet große Schwierigkeit. Da gilt zum Teil allerdings: stat pro ratione voluntas!

³ Und auch nicht haben wird, selbst wenn alle Reformen zugunsten der „Privatbeamten“ (Pensionsversicherung, besonderes Privatbeamtenrecht, Ausschüsse in größeren Betrieben, Kammern u. dgl.) eine befriedigende Durchführung erlangt haben werden. Mag dadurch die „Selbständigkeit“ jener Beamten erhöht werden, sie bleiben dennoch Beamte, gewinnen eine größere Selbständigkeit im fremden Betrieb, nicht die Selbständigkeit des eigenen Betriebes, wie sie die Glieder des alten Mittelstandes auszeichnete.

wird sich erst dann bei dem Erwerb materieller Güter zufrieden und glücklich fühlen, wenn sie sich zugleich wirtschaftlicher Selbständigkeit erfreuen. In der Selbständigkeit finden sie die Möglichkeit der vollen Entwicklung, freudigen Betätigung und Entfaltung ihrer Kräfte. Da ermutigt sie die Hoffnung, auf der sozialen Leiter emporzusteigen; und selbst wenn diese Hoffnung gar manche trügen sollte, wenn sie in abhängiger Stellung über reichlichere Mittel verfügen würden als jetzt, sie wollen doch tausendmal lieber ihre eigenen Herren bleiben, als im Lohn und Sold eines Fremden stehen. Alles Streben nach konstitutioneller Fabrikverfassung, nach wirtschaftlicher Gleichberechtigung des Arbeiters u. dgl., was ist es im Grunde genommen anderes als eben dieses gewaltige, aus der menschlichen Persönlichkeit als solcher herauswachsende Sehnen und Ringen nach Selbstgeltung und Selbständigkeit? Wehe der Gesellschaft, die jenes Streben verkennt!

Könnte aber auch die Stellung des Privatbeamten mit mittlerem Einkommen dem Anspruch auf psychologische Befriedigung der Persönlichkeit¹ überall in gleichem Maße genügen, wie dies bei einem gut gestellten wirtschaftlich vollkommen selbständigen Mittelstande der Fall ist, so kann es doch unmöglich als ein sozial befriedigender Zustand gelten, wenn die Leitung nahezu des gesamten Wirtschaftslebens schließlich in der Hand einer kleinen Gruppe großkapitalistischer Unternehmer ruht, wenn innerhalb der staatlichen Gesellschaft ein großer Teil der Bürger Staatsbeamte, ein noch bedeutend größerer Teil Privatbeamte im Dienste der Industrie, des Handels, der Geldaristokratie und ein wieder größerer Teil dauernd Lohnarbeiter sind.

Nur wo auch durch einen breiten, wirtschaftlich selbständigen und lebenskräftigen Mittelstand von der Tiefe zur Höhe hinauf Stufen gebildet werden, da kann es ein befriedigendes soziales Aufsteigen geben, bleibt die absolute Vorherrschaft einer Plutokratie ausgeschlossen, ist nicht das ganze mit der Hand arbeitende Volk Proletariat ohne Hoffnung.

Wir könnten noch unter wirtschaftlichem Gesichtspunkte hinzufügen, daß der Klein- und Mittelbetrieb, speziell für das landwirtschaftliche Gebiet, intensiver wirtschaftet als der Großbetrieb, und daß auch das Handwerk viel leichter sich dem individuellen Bedarf anpaßt, wohl auch durch Qualitätsarbeit mit künstlerischer Ausgestaltung des Produktes noch Hohes zu leisten imstande ist.

Mag die staatliche Gesellschaft vielleicht kein wesentliches Interesse daran haben, ob für die gewerbliche Erzeugung dieser oder jener Waren der Mittelstand allein oder teilweise oder gar nicht mehr in Betracht komme². Gar sehr aber ist sie dabei interessiert, daß ein beträchtlicher

¹ Wegener sieht die wesentliche Bedeutung des Mittelstandes gerade in der „selbständigen, persönlichkeitsbildenden Betätigung“.

² Vgl. Viktor Kienböck, Ziel und Grenzen der gewerblichen Mittelstandspolitik. Separatabdruck aus dem Jahrbuch der Leo-Gesellschaft für 1899, 123.

Teil der Bevölkerung dem Mittelstande angehöre und daß es überhaupt einen Mittelstand noch gebe. Dieses Interesse ist so wichtig, daß es unter Umständen vielleicht auch einmal angezeigt sein kann, wirtschaftspolitisch „für den Zweck der Erhaltung des Mittelstandes den Fortschritt der Technik, die Mehrproduktion durch die Großindustrie in die zweite Linie zu stellen“¹. Nicht die Technik allein, nicht die bloße Fülle der Produkte, nicht ihr billiger Preis an sich, wir wiederholen es, sondern die daraus hervorwachsende Wohlfahrt des Menschen, des Volkes, der staatlichen Gesellschaft bildet den volkswirtschaftlich entscheidenden Gesichtspunkt.

Nach J. Wernicke² gehören „in der Regel zum Mittelstande Personen mit einer über die gewöhnliche, durch die Volksschule vermittelte, hinausgehenden Bildung, die in ihrem Berufe nicht rein körperliche oder mechanische Arbeit, sondern mehr oder weniger auch geistige Arbeit leisten und die physische oder mechanische Arbeit anordnen, leiten oder beaufsichtigen, ein mittleres Einkommen haben und vielfach auch ein mittleres Kapital besitzen. Im großen und ganzen umfaßt so der Mittelstand das mehr oder minder gebildete Bürgertum, einschließlich der Beamten und freien Berufe, im Gegensatz zu den reichen Schichten der Bevölkerung mit hohem Einkommen auf der einen und zu den besitzlosen Arbeitern oder nur mechanische Dienste leistenden Klassen auf der andern Seite. Oder anders gesagt: der Mittelstand besteht aus denjenigen Volksangehörigen, die durch ihre Leistungen, ihre Bildung oder ihren Besitz über die großen Massen der arbeitenden Klassen hinausragen, ohne aber durch ein großes Einkommen zu den kapital- oder besitzreichen Klassen zu gehören.“

Sehr richtig bemerkt hierzu Bernhard Harms³: „Die Selbständigkeit scheint mir doch eine größere Rolle zu spielen, als es nach Wernickes Darstellung den Anschein hat. Soll der Mittelstand jene soziale und politische Funktion erfüllen, die ihm, als zwischen Großkapitalisten und Arbeitern stehend, zugewiesen wird, so muß er wirtschaftlich unabhängiger sein als der ‚Angestellte‘, der Gefahr läuft, die Vertretung seiner Überzeugung mit dem Verlust seiner Stellung zu büßen. Vorläufig sehe ich für den alten Mittelstand noch keinen Ersatz. Jenen unzähligen Theorien vom neuen Mittelstande bringe ich zunächst noch etliches Mißtrauen entgegen. Für eine soziale Differenzierung nach Einkommensverhältnissen sind wir in Deutschland noch nicht reif. Glücklicherweise!“

Auch Anton Retzbach⁴ hält dafür, daß der „neue“ Mittelstand keinen vollen Ersatz für den „alten“ bieten könne. Er habe für die Gesellschaft durchaus nicht den gleichen Wert: „Der konservative Zug des Landwirts wie des Handwerkers und Kaufmanns, der für das Gesellschaftsgebäude so wichtig ist, haftet dem neuen Mittelstand nicht in gleichem Maße wie dem alten an. Ersterer ist ein Kind

¹ Schmoller, Was verstehen wir unter dem Mittelstande? usw. 5. — Nach der Schlacht von Dunbar (September 1650) schrieb Cromwell an das Lange Parlament: „Bitte, stellt die Mißbräuche aller Berufe ab, und gibt es einen, der viele arm macht, um wenige reich zu machen: das frommt einem Gemeinwesen nicht.“

² Kapitalismus und Mittelstandspolitik (1907) 326 f.

³ Zeitschrift für Sozialwissenschaft XI (1908) 182.

⁴ Die Förderung des gewerblichen Mittelstandes, in Soziale Revue VII (1907) 217.

seiner Zeit, einer Zeit des ruhelosen Vorwärtsdrängens und Änderns auf allen Gebieten. Die Quantität des Mittelstandes ist für die Gesellschaft nicht das allein Maßgebende, es kommt auch auf die Qualität an.“

„Der Nationalökonom sollte den schönsten Nutzen (des bauerlichen Grundbesitzes) darin finden“, bemerkt Gustav Freytag¹, daß er der großen Mehrzahl von Menschen, welche nur mit kleinem Kapitale arbeiten, eine gesunde, freie und tätige Existenz gewährt, und daß das tüchtige menschliche Leben, welches sich in der Beschränkung seiner Sphäre entwickelt, ein nie versiegender Quell ist, aus dem die Nation die aufsteigende Kraft der Individuen schöpft; alle Kreise, alle Tätigkeiten des Erdenlebens rekrutieren sich aus der unverdorbenen, bildungsfähigen Menschenkraft, welche der Bauernstand unaufhörlich hergibt.“

„Die geschichtliche Erfahrung scheint mir darzutun“, sagt Heinrich Herkner², „daß diejenigen Perioden die erfreulichsten Züge aufweisen, in denen ein breiter Mittelstand vorhanden war. Es sind die sog. organischen, positiven, aufbauenden Epochen in der Geschichte der Menschheit. Da zeigt sich eine glückliche Vereinigung von Arbeit und Genuß, von Rechten und Pflichten, ein offener Blick für gesunden Fortschritt; da finden wir eine lebhafte und allgemeine Teilnahme an öffentlichen Dingen, da sind wenige so arm, um durch den Umsturz nur gewinnen zu können, wenige so reich, um als gesellschaftliche Macht der Autorität des Staates zu trotzen, kein Bürger so reich, um mit Rousseau zu sprechen, daß er die andern kaufen könnte, und keiner so arm, daß er sich selbst verkaufen müßte. Das ist der Boden für wahre politische Freiheit, für eine tatkräftige Selbstverwaltung. Proletarischen Ausschreitungen kann durch die Verbindung der Mittelklasse mit den oberen Schichten, plutokratischen Anmaßungen durch die Allianz mit der Masse begegnet werden. Da ist eine breite Brücke zwischen arm und reich geschlagen. Die oberen Klassen ergänzen sich leicht aus den unteren, und die zahlreichen Zwischenglieder sorgen dafür, daß die Kulturerrungenschaften der Spitzen der Gesellschaft sich auch allmählich auf die breiten Volksmassen erstrecken. Da ist nicht zu besorgen, daß viele von Natur reich ausgestattete Individuen unter dem Drucke des Elends verkommen oder in üppigem Reichtum erschlaffen. Die Produktion gedeiht und blüht. Produktion und Konsumtion sind leichter im Gleichgewicht zu erhalten. Die Arbeit der Gesellschaft findet einen kaufkräftigen Markt in der Heimat. Der wirtschaftliche Kreislauf vollzieht sich ohne ernstere Reibungen und Störungen. So war es in den guten Tagen Athens und Roms, so in den Ruhmeszeiten italienischer, deutscher, niederländischer Städtefreiheit. Auf einem breiten Mittelstande beruht die Machtstellung Frankreichs, ein breiter Mittelstand verleiht den meisten schweizerischen Kantonen sowie dem Süden und Westen Deutschlands die gesunde soziale und politische Physiognomie. Darum sind Priester, Dichter und Denker, Staatsmänner,

¹ Vermischte Schriften I (1901) 456.

Unentwegt auf freier Hufe,
Grundentsprossen, grundverwachsen,
Wurzelfest wie unsere Eichen!

Was F. W. Weber, der Dichter von „Dreizehnlinden“, von dem alten Sachsenstamme sagt, das gilt noch und möge für alle Zeiten gelten von unserem deutschen Bauernstande.

² Die Arbeiterfrage ³(1902) 75 f.; ⁵(1908) 426 f.

Historiker und Volkswirte aller Zeiten und Völker einig in dem Lobe eines zahlreichen, in mäßigem Wohlstande lebenden Mittelstandes, sie preisen ihn als das wichtigste Fundament eines gesunden Staatswesens und werden nicht müde, vor greller Vermögensungleichheit mit Nachdruck zu warnen.“¹

Nehmen wir aber einmal an, es wäre heute praktisch unmöglich, den alten Mittelstand in seiner ganzen Ausdehnung zu erhalten, so würden wir gerade dann um so nachdrücklicher betonen müssen, daß der neue Mittelstand den alten nicht vollwertig zu ersetzen vermöge. Einmal, damit in der Gegenwart alles aufgeboten werde, um vom alten Mittelstande zu bewahren, was noch zu retten ist; sodann damit für die Zukunft das Verlangen nach Wiederherstellung des wirtschaftlich selbständigen Mittelstands nicht ersterbe und jede späterhin sich ergebende Möglichkeit und Gelegenheit benutzt werde, um dem alten Mittelstand neues Leben, neue Kraft zu verleihen.

i) Den untersten Klassen muß ein zum mindesten menschenwürdiges Dasein gesichert und dauerndes Elend von ihnen ausgeschlossen bleiben. Die individuelle Armut, daß einzelne Bevölkerungselemente unfähig sich erweisen, in das funktionelle Zusammenwirken der Menschen innerhalb eines gesellschaftlichen Ganzen sich einzuordnen, daß sie zur Wirtschaftsführung unvernünftig sind aus Gründen der Gesundheit, wegen geistiger Minderwertigkeit oder Willensschwäche², durch Unglücksfälle und Unrecht verarmen, daher vorübergehend oder dauernd in einem Zustande des Mangels am Notwendigsten sich befinden, wenn ihnen nicht geholfen wird, das läßt sich nicht vermeiden. Was wir im Begriffe des Volkswohlstandes nach moderner Auffassung fordern müssen, ist folgendes:

a) Daß zur Verminderung der Armutsfälle geeignete vorbeugende Maßnahmen getroffen bzw. Veranstaltungen geschaffen werden. Dabei handelt es sich zum Teil um Erleichterung der Selbsthilfe (durch Spar- und Darlehenskassen, Leihhäuser, Konsumvereine für Minderbemittelte u. dgl.), zum Teil um positive staatliche Fürsorge. Man denke z. B. an die soziale und sozialpolitische Gesetzgebung Deutschlands, durch welche die Gefährdung von Leben und Gesundheit nach Möglichkeit ausgeschlossen, für den Fall der Krankheit, des Unfalls, der Invalidität, des Alters ein Rechtsanspruch auf Fürsorge außerhalb der Armenpflege³ gewährt wird.

¹ Allerdings kann auch der Mittelstand entarten. Frankreich hat wohl den breitesten und bestsituierten Mittelstand. Aber gerade er taugt hier in moralischer Beziehung sehr wenig, leitet darum auch die staatliche Politik in falsche Bahnen.

² Roscher, System der Armenpflege und Armenpolitik, 3. Auflage ergänzt von Christian-Klumker (1906) 16 f. 213 ff.

³ Zur Frage der Entlastung der öffentlichen Armenpflege durch die Arbeiterversicherung vgl. unter andern: Ayers, Arbeiterversicherung und Armenpflege (1901). — van der Borgh, Die soziale Bedeutung der deutschen Arbeiterversicherung. — Düttmann, Umbau der Arbeiterversicherung, Arbeiterversorgung (1904). — R. Freund, Armen-

β) Daß die Armen nicht verlassen, dem Elende überantwortet bleiben. Wo individuelle Armut im technischen Sinne vorliegt, d. h. wo eine Person oder Familie den notdürftigen Unterhalt (das unbedingt Notwendige in Bezug auf Wohnung, Kleidung, Nahrung, die erforderliche Pflege in Krankheitsfällen, im Todesfall das angemessene Begräbnis) aus eigenen Mitteln oder Kräften sich faktisch nicht zu beschaffen vermag, wo auch von privater Seite (Angehörigen, Krankenkassen usw.) das Notwendige nicht gewährleistet wird, da liegt den öffentlichen Körperschaften die Pflicht der Fürsorge ob. Eine gut geregelte Armenpflege gehört zu den Anstalten der öffentlichen Wohlfahrt, die regelmäßige Ausschließung der absoluten Verlassenheit für den Armen zum Begriffe des Volkswohlstandes.¹

γ) Daß Massenarmut nicht zu einer dauernden, regelmäßigen, häufigen Erscheinung des Wirtschaftslebens werde, und daß dieselbe, wenn ihr für den einzelnen Fall in wirksamer Weise nicht vorgebeugt werden konnte, zum mindesten baldige und wirksame Abhilfe finde.

„Paupers“ heißen in England solche Personen, deren Unterstützungsbedürfnis amtlich anerkannt ist. Als „Pauperismus“ bezeichnet man jedoch meist die Armut, die, in allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnissen gegründet, weitere Kreise der Bevölkerung zugleich ergreift. Der Pauperismus hat seine Grade und Abstufungen. Charles Périn definiert schon einen höheren Grad des Pauperismus, wenn er ihn bezeichnet als „die bis zum sozialen Elend gesteigerte Armut in einer immer weitere Kreise umschlingenden Allgemeinheit“². Also Massenarmut oder gar Massenelend, — das ist es, was man im allgemeinen unter „Pauperismus“ versteht.

In der kapitalistischen Zeit findet sich der Pauperismus zeitweilig als Klassenarmut bei der Arbeiterbevölkerung. Industrielle Krisen oder sonstige Stockungen berauben diese ihres Lohnes, der in normalen Zeiten zur Deckung ihres Lebensunterhaltes ausreichte.

„Es hat ohne Zweifel Perioden gegeben“, sagt Rodbertus, „in welchen eine allgemeine zunehmende Verarmung stattgefunden hat. Eine solche muß die

pflege und Arbeiterversicherung (1895). — Zwiedineck-Südenhorst, Arbeiterschutz und Arbeiterversicherung (1905). — David Grünspecht, Die Entlastung der öffentlichen Armenpflege durch die Arbeiterversicherung, in Conrads Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik, 3. Folge, Bd. XXXIII (1907) 63 ff. Diese Entlastung äußert sich nicht in der Abnahme der Aufwendungen der Armenverwaltungen, sondern in der freieren Bewegung, in größerer Liberalität, auskömmlicherer Bemessung der Unterstützungen. Die Erhöhung der Ausgaben der Armenverwaltungen erklärt sich zum Teil auch aus einer Verteuerung der Lebensmittel, die sich namentlich im Budget der „geschlossenen Armenpflege“ (Anstaltspflege), aber auch sonst geltendmacht.

¹ Vgl. Buehl, Das Armenwesen (1904) 6 ff.; Edwin Seligmann, Principles of Economics (1906) 584 ff. — Cohn nennt die öffentliche Armenpflege „eine Gesamtbürgschaft gegen das äußerste Elend“ (Archiv f. Sozialw. XX [1905] 474).

² Die Lehren der Nationalökonomie 93.

Zeit des Verfalls des römischen Reiches gewesen sein. Es hat auch Perioden gegeben, in welchen eine einzelne Klasse unter einem vorübergehenden Drucke geseufzt hat. Darunter haben die Klassen der Grundbesitzer und Kapitalisten öfter zu leiden. Aber die Geschichte hat keine frühere Zeit aufzuweisen, in welcher eine andauernd zunehmende, partielle Verarmung der Gesellschaft, eine stete Zunahme der Verarmung einer und derselben Klasse des Volkes zugleich bei andauernd steigendem Nationalreichtum¹, stattgefunden hätte. Daß früher die arbeitenden Klassen dies Schicksal am wenigsten erduldet haben, hat in deren früheren Rechtsverhältnissen seinen Grund gehabt. Zwar Seuchen und Hungerjahre müssen dann und wann noch furchtbarer unter ihnen gewütet haben, aber weder die Sklaverei noch die verschiedenen Stufen der Hörigkeit und Untertänigkeit, noch das *ius prohibendi* des strengen Zunftrechts können den Pauperismus kennen, wenn sie auch Schlimmeres gekannt haben². Der Sprachgebrauch hat daher auch mit einem neuen Namen die neue Sache bezeichnet, einem Namen, der fast schon durch seine Wortbildung daran mahnt, daß die Sache die Barbarei inmitten der Zivilisation ist.“ Allerdings findet sich im Altertum der Pauperismus als Klassenarmut des Arbeiters nicht, dafür aber ein anderes Übel, das Rodbertus selbst als etwas noch Schlimmeres bezeichnet. „Der Sklave, der vollständig in den Willen seines Herrn gegeben war, bekam Nahrung, Kleidung und Wohnung von demselben. Er brauchte sich also nicht gegen den Hunger und gegen die Folgen seines Mangels an Vorsorge zu schützen. Wie hätte da also der Pauperismus herrschen können, solange der Mensch die Sache eines andern war, und daher das Interesse des letzteren verlangte, für den Unterhalt des Sklaven zu sorgen? Auch die Haustiere sind nicht der Gefahr ausgesetzt, Mangel zu leiden. Der Herr sorgt für ihre Erhaltung, um Nutzen aus ihnen zu ziehen.“³ Wenn übrigens Rodbertus die stetige relative Zunahme, das unaufhörliche Wachsen der Verarmung in den Begriff des Pauperismus einbezieht, so hängt dies mit seiner an anderer Stelle zu würdigenden Lehre über Arbeitslohn und Rente⁴ zusammen.

Was den Arbeiterstand noch immer hart drückt, das ist nicht die stetige Zunahme der Armut⁵, der „Verelendung“, sondern die Un-

¹ „Nationalreichtum“ hier von Rodbertus im absoluten Sinne gebraucht, als Reichtum inmitten der Nation.

² Vgl. Rodbertus' ersten sozialen Brief an v. Kirchmann: „Die soziale Bedeutung der Staatswirtschaft (1850) 18.

³ Corbière, Volkswirtschaftslehre II (1867) 279.

⁴ Vgl. Rodbertus, Zur Beleuchtung der sozialen Frage I (1875) 45 ff. 49; Kozak, Rodbertus' sozialökonomische Ansichten (1882) 217. Wo der Verkehr in Bezug auf die Verteilung des Nationalproduktes sich selbst überlassen bleibt, da wird nach Rodbertus (a. a. O. I 24) „bei steigender Produktivität der gesellschaftlichen Arbeit der Lohn der arbeitenden Klassen ein immer kleinerer Teil des Nationalproduktes“. Dasselbe Güterquantum genügt für den Unterhalt des Arbeiters, während dessen Arbeit ein fortschreitend größeres Güterquantum erzeugt.

⁵ Z. B. für England James E. Thorold Rogers, *Six Centuries of Work and Wages. The History of English Labour*. New edition (1886) 522. Hans von Nostitz, *Das Aufsteigen des Arbeiterstandes in England* (1900). Sidney Webb, *Englands Arbeiterschaft 1837 u. 1897*, übersetzt von Dora Landé. Auch die 2. Auflage von Friedrich Engels' Buch über die „Lage der arbeitenden Klasse in England“ (1892).

sicherheit seiner Existenz¹, der Umstand, daß gerade der Arbeiterstand so leicht der Verarmung ausgesetzt bleibt. Durchschlagende Mittel gegen diese Form der Massenarmut sind bisher nicht gefunden. Die Anerkennung eines Rechtes auf Arbeit, so zwar, daß jeder Arbeitslose vom Staate oder von der Gemeinde lohnende oder gar seiner besondern Berufsbildung entsprechende Arbeit erhalten müsse, stößt in der heutigen Gesellschaftsordnung auf unüberwindliche prinzipielle und praktische Schwierigkeiten². Die Verschiebung von Gemeindearbeiten in die arbeitslose Zeit, Notstandsarbeiten, die beste Organisation des Arbeitsnachweises, Arbeitslosenunterstützung, Arbeitslosenversicherung oder Sparzwang (Bildung einer Lohnreserve unter Beitragsleistung des Arbeitgebers) usw. vermögen die Massenarmut gewiß zu lindern, ihre Folgezustände abzuschwächen. Die Quelle und die Ursachen jener betrübenden Erscheinung aber, welche auf eine sonst glanzvolle Entwicklung düstere Schatten werfen konnte, werden durch derlei Maßnahmen nicht beseitigt. Erst wenn das ganze Erwerbsleben wieder in ruhigere Bahnen gelenkt, durch zeit- und zweckgemäße Organisationen geregelt sein wird, steht eine Besserung der Verhältnisse in Aussicht³. An dieser Stelle genügt es, hervorgehoben zu haben, daß Volkswohlstand und Massenarmut als regelmäßige oder häufige Erscheinung unversöhnliche Gegensätze sind. Wir fordern aber auch positiv,

o) daß den untersten Klassen ein der erreichten Kulturhöhe entsprechendes und in diesem Sinne menschenwürdiges Dasein gesichert bleibe. Wenn das Bedürfnis keine konstante Größe, sondern auch für die unteren Klassen wandelbar ist, so darf man, um die Klagen jener Klassen als unbegründet hinzustellen, nicht auf die Bedürfnislosigkeit früherer Zeiten hinweisen. Nicht bloß das absolute Mißverhältnis zwischen gegenwärtigem Bedürfnis und tatsächlicher Befriedigung, sondern ebenfalls die fortschreitende Vergrößerung der Differenz in der Lebensführung der verschiedenen Bevölkerungsklassen muß, unter dem Gesichtspunkte des Volkswohlstandes, als ein wenig günstiges Merkmal der Entwicklung bezeichnet werden. Bei fortgeschrittener Volkswirtschaft wird somit zunächst ein höheres Ausmaß von Existenzmitteln erfordert, als gerade für den Augenblick zur Fristung des Lebens in notdürf-

¹ Vgl. Löning, Das Armenwesen, in Schönbergs Handbuch⁴ III, 2. Abt. 456. — Deutsche Vierteljahrsschrift IV 2 (1865), 334: Aufsatz über Le Plais Sozialreform in Frankreich.

² Vgl. Bd. I², Kap. 4, § 4, 313 ff. (291 ff.). Das englische Allowance-System (Gilberts' Act 1792/96) legte den englischen Gemeinden die Verpflichtung auf, jedem arbeitsfähigen Armen in der Nähe seiner Wohnung Beschäftigung zu suchen, eventuell den Lohn einzuziehen und aus öffentlichen Mitteln zu ergänzen. Es bewährte sich in der Praxis ebensowenig wie in Frankreich das System der Nationalwerkstätten. Vgl. Theodor Brauer, Das Recht auf Arbeit (1919).

³ Von dem Betriebsrätesystem z. B. erhofft man Schutz gegen willkürliche Entlassungen aus der Arbeit.

tigster Weise ausreicht. Gewiß bietet die Armut nicht selten das Schauspiel der erhabensten Tugenden. Sie lähmt aber auch nur zu leicht den Mut, verbittert das Herz, läßt Geist und Willen erstarren unter dem Druck der Entbehrung, der Qual materieller Sorgen, gibt den Anlaß zur Entsittlichung, zur Auflösung der Familienbände. Ebenfalls die Gerechtigkeit und Billigkeit erfordern unbedingt, daß nicht Armut das Los jener Klassen sei, die durch Darbietung ihrer Kräfte, ihrer Arbeit, ihres Lebens das höhere materielle Wohlbefinden der Gesellschaft begründen helfen. Darf es ferner als Gemeinplatz gelten, daß die gesamte Kultur und Zivilisation auf ökonomischer Grundlage ruht, so ist die entsprechende Teilnahme gerade der unteren Klassen an den Vorteilen der Verbesserung dieser ökonomischen Grundlage ebenso sehr ein Postulat höherer Kultur, wie jede Zivilisation, die in der großen Masse des in seinen gerechten Ansprüchen getäuschten Volkes den erbittertsten Feind sich großzieht, den Keim des Verderbens in sich selbst trägt und über kurz oder lang dem Untergang verfallen muß.

Als anzustrebendes Ziel der Einkommensverteilung bezeichnet, wie uns schon bekannt, C. J. Fuchs¹ mit Schmoller:

„1. daß das Einkommen auch der untersten wirtschaftlich selbständigen, d. h. sich selbst ernährenden Klasse, also der gewöhnlichen ungelernten Arbeiter, ihnen ein gesichertes, ‚menschenwürdiges‘ Dasein gewährt:

2. daß möglichst viele und volle Mittelstufen von der untersten zur obersten führen; sie bedingen das gegenseitige Verständnis, die Einheit des Volkes;

3. daß das Emporsteigen auf eine höhere Stufe für den dazu Geeigneten möglich und leicht ist, und also unbehinderte soziale Auslese besteht;

4. daß die einmal erreichte Höhe des Einkommens gesichert ist, also bei den unteren Klassen insbesondere durch Versicherung für den Fall irgendwelcher Arbeitslosigkeit.“

k) Alles dies unter Wahrung der höheren Güter der Persönlichkeit, der Familien, der staatlichen Gesellschaft. Ausgedehnter Besitz materieller Güter ist nicht der höchste Maßstab individueller und sozialer Wohlfahrt².

Wo immer Reichtum und materielle Macht aus dem harmonischen Zusammenhange mit den höheren Lebensgütern, Ansprüchen und Zielen heraustritt, wo die wirtschaftliche Wohlfahrt den edleren Forderungen und Aufgaben des Menschendaseins und der Gesellschaft sich nicht mehr unterordnet, wo Reichtum, Gütererzeugung, Güterverteilung den sozialen Zusammenhang zerreißt, den gesellschaftlichen Abstand der einzelnen Be-

¹ Volkswirtschaftslehre² (1905) 120. Vgl. Bd. I², Kap. 4, § 2, 267 (246 f.).

² „Das Ziel aller Wirtschaft, möglichst großer, reiner Nutzen, bedeutet nicht möglichst großen Geldreichtum, sondern die möglichste Fülle allseitiger sittlich-persönlicher Entwicklung und Bildung der Einzelnen und des Volkes durch wirtschaftliche Produktion und Konsumtion der äußeren Güter.“ So Alb. Schäffle, Das gesellschaftliche System der menschlichen Wirtschaft I (1873) 2.

völkerungsschichten erweitert, da fehlt für die Gesamtheit, für alle und jeden, selbst für die Reichen, das innere Gleichgewicht, da fehlen Ruhe und Glück. Auch für die gesellschaftliche Prosperität bildet der materielle Reichtum nur das eine, nicht das einzige Element. Dem modernen Arbeiter steht die Anerkennung seiner Gleichberechtigung als Mensch, als Bürger, die gebührende Achtung seiner Persönlichkeit, die Anerkennung seiner Bedeutung für das Wohl des Ganzen weit höher als Geld und Gut.

Stürzen die Pfeiler der geistig-sittlichen Ordnung, dann nützt die materielle Entwicklung nichts mehr. Im Gegenteil, sie beschleunigt die Auflösung der Gesellschaft von innen heraus, ihren endlichen Verfall. Menschliche Wohlfahrt, gesellschaftliche Wohlfahrt gewährt das Materielle nur so weit, als die sittlichen und wirtschaftlichen Lebensbedingungen zum Wohle aller in lebendiger Wechselwirkung bleiben, als der Stoff dem Geiste sich unterwirft und durch diesen Gott gehorcht, dem Herrn der Welt, der Staaten und der Menschen.

Kultur ist Pflege, d. h. Entfaltung und Regelung der Natur, Beherrschung der äußeren Natur und ihrer Kräfte, Entwicklung der inneren natürlichen Anlagen des Menschen, des Körpers und des Geistes, des Verstandes und Willens, des Gesellschaftslebens (Zivilisation) in Unterordnung unter die höchsten Aufgaben und Ziele des Menschenlebens und unter das Gesetz, das zu diesen Zielen geleitet. Auch hier ist es die Verbindung aller Elemente, die Ordnung und die Einheit des Ganzen, was wahre Kultur ausmacht. Wo die sittliche Kultur fehlt, die Leidenschaften keinen Zügel finden, in falsche Bahnen gelenkt werden, da wird die einseitig äußere materielle Kultur den Untergang beschleunigen. Die Seele der Kultur ist die Kultur der Seele!

Die höchsten Menschheitszwecke finden in dem Individuum ihre Erfüllung, — nicht im Diesseits, sondern in der Ewigkeit. Nur der einzelne Mensch hat eine Ewigkeit. Ein solcher transzendentaler Individualismus hat mit dem Individualismus, den wir bekämpfen mußten, nichts zu tun. Er ist nicht exklusiv, egoistisch, wünscht und erstrebt vielmehr die Teilnahme möglichst vieler, ja aller an demselben höchsten Gute, das seiner Unendlichkeit wegen der Anteil aller sein kann, und macht darum auch geneigt, alle an den irdischen Gütern teilnehmen zu lassen nach den Begrenztheiten dieser Welt.

63. Der Volkswohlstand ein praktisches Ziel. Wir teilen den Standpunkt desjenigen nicht, der „in der Wissenschaft allein Indikative gelten lassen will, die Aufstellung von Zielpunkten verschmäht oder zum mindesten von der praktischen Wirksamkeit der ‚dünnen Stimme‘ der Theorie eine sehr geringe Meinung hat. Schließlich ist alle gesellschaftliche Entwicklung doch ein Produkt menschlichen Wollens (wenn auch abhängig von äußeren Verhältnissen). Es kann also nur darauf ankommen, ob die Wissenschaft ihre Ideale mit so überzeugenden Beweisgründen ausstatten kann, als notwendig ist, um das Wollen einer genügend großen Zahl von Menschen zu bestimmen“ (Herkner 1902). Der Volkswohlstand ist ein solches Ideal, keine Utopie, sondern ein praktisches Ziel, das nicht

überall in gleicher Art, in gleichem Maße erreicht wird, dem aber die Volkswirtschaft in dem ihr möglichen Grade, der geschichtlichen Stufe, den besondern Verhältnissen gemäß, genügen kann, genügen muß und fortschreitend genügen wird. Nicht jede Änderung ist Fortschritt. Fortschreiten besagt eben die Annäherung an ein Vorbild, an ein Ideal der Vollkommenheit, die den jeweilig gegebenen Verhältnissen entsprechende Nachbildung und Ausprägung desselben.

Der Volkswohlstand läßt Grade zu. Erst wenn das Volk bis in seine unteren Schichten hinab relativ dauernde und gesicherte Befriedigung seiner notwendigen Bedürfnisse findet, darf man in Wahrheit schon von Volkswohlstand reden. Können die Kleinen und die Mittleren eben noch erträglich leben, so ist das Volk nicht wohlhabend oder gar reich zu nennen. Erst wo die notwendigen Bedürfnisse eine besonders gute und darüber hinaus, in weiten Kreisen auch noch andere Bedürfnisse Befriedigung finden, kann man von Wohlhabenheit des Volkes sprechen. Reich ist ein Volk, dem ein Überfluß von materiellen Mitteln zu Gebote steht. Doch besteht zwischen den verschiedenen Graden des individuellen und des nationalen Wohlstandes ein Unterschied. Für die einzelne Privatwirtschaft erscheint der Wohlstand erhöht, wenn dieselbe über ein größeres Quantum wirtschaftlicher Güter verfügen kann. Die Vermehrung des Güterreichtums aber bedeutet für die Volkswirtschaft noch nicht unmittelbar einen erhöhten Volkswohlstand, sondern zunächst nur die Möglichkeit einer Erhöhung, die erst zur Wirklichkeit wird durch die Teilnahme der breiten Schichten des Volkes an dem Gütervorrat der Gesellschaft. Nicht das bloße Vorhandensein, der Besitz größerer Gütermengen, sondern die Art der Verteilung bildet hier den entscheidenden Gesichtspunkt.

Erlaubt auch der Begriff „Volkswohlstand“, wie wir ihn entwickelt haben, keineswegs, mit quasi mathematischer Genauigkeit Anfang und Ende und die verschiedenen Grade des Volkswohlstandes exakt zu umgrenzen, so genügt er doch, um auf etwa Fehlendes aufmerksam zu machen und vor einer Überschätzung einzelner Reichtumserscheinungen in ihrer Bedeutung für das Ganze zu bewahren. Von Volkswohlstand kann jedenfalls keine Rede sein, wo die öffentliche Möglichkeit der Erlangung materieller, der erreichten Kulturstufe, den örtlichen, zeitlichen, persönlichen Verhältnissen angepaßter Wohlfahrt fehlt, das Wohlfahrtsstreben durch Mängel der Rechtsordnung, der öffentlichen Verwaltung usw. kaum überwindlichen Schwierigkeiten begegnet, wo die Mehrzahl oder auch eine große Zahl der Staatsgenossen der ihrem Fleiß und Talent entsprechenden Wohlfahrt entbehren muß, wo eine im Verhältnis zur Gesamtzahl des Volkes beträchtliche Zahl von Gesellschaftsgliedern im Zustande der Armut sich befindet, wo der Armut keine Erleichterung geboten, das Elend nicht beseitigt wird, wo der Mittelstand fehlt, das Volk in zwei Hälften, eine sehr reiche und eine sehr arme zerfällt, —

„zwei Nationen“, wie Disraeli gesagt hat¹, wo die höheren Güter der Persönlichkeit, der Familien, der staatlichen Gesellschaft materiellen Interessen geopfert werden, wo Leben und Gesundheit des Mitmenschen nichts gelten gegenüber finanziellen Erfolgen, wo der Staat die unteren Klassen einem rücksichtslosen Unternehmertum ausgeliefert hat oder ohne Schutz überläßt, wo der Bedrückte „keinen Richter und Rächer“ mehr findet (Ghent).

Die Verwirklichung des Ideals einer Volkswirtschaft der Gegenwart und europäischer Kultur würde anderseits nach Julius Kautz² „jener Zustand des ökonomischen Völkerlebens bilden, wo einerseits ein gutes harmonisches Ebenmaß aller Güterquellen, eine nachhaltig sichere, vollständige und zweckmäßige Benutzung aller vorhandenen Güterfaktoren, sowie auch eine den gegebenen Natur- und Sozialverhältnissen vollkommen entsprechende, intelligent und kunstgemäß betriebene reichliche Produktion mannigfaltiger, allen wichtigeren Volksbedürfnissen genügender Befriedigungsmittel vorhanden wäre, wo ein rühriger, lebhafter, alle Nationalkräfte vollkommen entwickelnder, den geistigen und materiellen Güteraustausch mächtig fördernder, innerer und äußerer Handelsverkehr mit allseitig entwickeltem, wohlbegründetem Kredit, mit ungestörtem, freiem Geldumlauf, guter, harmonischer Vermögens- und Einkommensverteilung Hand in Hand ginge, jedem wirtschaftlich arbeitenden Gesellschaftsgliede zur Sicherung und Verschönerung seines Lebens Gelegenheit geboten, eine vollständige, den Forderungen der Humanität und Gerechtigkeit entsprechende Vergütung und Kompensation seiner Anstrengung und Arbeit gesichert wäre, und anderseits neben vernünftigem, menschenwürdigem Gütergebrauch und Gütergenuß, neben weiser Einrichtung des staatlichen Haushaltes, von seiten einer, das Gesamtinteresse und die öffentliche Wohlfahrt kräftigst fördernden Staatsgewalt, alle jene Sozialbedingungen, welche zur Ausbildung und ununterbrochenen Vervollkommnung aller ethischen, geistigen, materiellen und ökonomischen Kräfte des Volkes erforderlich sind — verwirklicht, und überhaupt von seiten des ganzen Gemeinwesens bewirkt würde, daß die Volkswirtschaft eine Stütze des politischen und nationalen Lebens, einen Träger der Ordnung und der Harmonie, einen Hebel der Macht und Zivilisation des Staates bilde.“ Auch die bloß annähernde Verwirklichung solchen Ideals wäre imstande, ein Volk glücklich zu machen.

64. Volkswirtschaftliche und soziale Fragen. Wir müssen von dem Begriffe der Ordnung des gesellschaftlichen Lebens ausgehen, um zum Begriffe der „sozialen Frage“ zu gelangen. Gesellschaftliche Ordnung ist das objektiv rechte Verhältnis der Personen und Dinge (Güter, Einrichtungen, Veranstaltungen, Bedingungen des Lebens und Strebens,

¹ Fuchs, Volkswirtschaftslehre² (1905) 120.

² Die Nationalökonomik als Wissenschaft (1858) 138.

Zusammenhänge usw.) im Hinblick auf den Zweck der Gesellschaft. Die soziale Ordnung gilt als gestört, wenn durch irgendwelche Gründe, Änderungen in den äußeren oder inneren Verhältnissen der Gesellschaft, die Erreichung des Gesellschaftszweckes für die ganze Gesellschaft oder Teile derselben verhindert oder erschwert ist. Die Wiederherstellung einer rechten, d. h. einer dem Sozialzweck in den veränderten Verhältnissen objektiv entsprechenden Ordnung wird dann zum sozialen Problem.

Durch die gewaltigen technischen und wirtschaftlichen Umwälzungen des letzten Jahrhunderts wurden nun der volkswirtschaftlichen Entwicklung neue Bahnen angewiesen. Nicht um Beseitigung oder Verkürzung der modernen Errungenschaften konnte es sich heute handeln. Das zu lösende Problem bestand und besteht vielmehr darin, für den neuen ökonomischen Inhalt die entsprechenden neuen Formen der Rechts-, Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung zu finden. Wie der Jüngling den Kleidern des Kindes entwächst und eines neuen Rockes bedarf, so fragt es sich hier, welche Änderungen in der überlieferten Ordnung des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens vorzunehmen sind, damit unter den neuen und immer noch sich wandelnden Verhältnissen das Ziel der Volkswirtschaft, der Volkswohlstand, gebührende Verwirklichung finde. Und das ist die soziale Frage im weiteren Sinne des Wortes.

Sofort ergibt sich aber eine doppelte Seite dieser Frage: 1. eine volkswirtschaftlich-technische Seite und 2. eine volkswirtschaftlich-soziale Seite oder kurzweg eine soziale Frage im engeren Sinne des Wortes.

Die volkswirtschaftlich technische Seite beschäftigt sich mit der Frage, wie für ein wachsendes Volk mit steigenden Bedürfnissen die Güter in gebührender Menge und Auswahl unter den veränderten Verhältnissen der Produktionstechnik, des Verkehrswesens, vermehrter Volkszahl, höherer Ansprüche an die Lebenshaltung usw. zu beschaffen seien.

Die volkswirtschaftlich soziale Seite bezieht sich auf die Frage, wie unter den veränderten Verhältnissen die materielle Wohlfahrt für die Gesamtheit der Gesellschaftsglieder, die verschiedenen Stände und Klassen Verwirklichung und Sicherung finde.

Hierbei handelt es sich dann wiederum einmal um die Vorbedingungen einer gesunden wirtschaftlichen Existenz, namentlich für bestimmte Volksgruppen oder Volksteile, die durch die wirtschaftliche Entwicklung in Gefahr und Bedrängnis geraten sind (Arbeiterfrage, Agrarfrage, Handwerkerfrage, Frage des Kaufmannstandes, der Privatbeamten, Frauenfrage)¹; anderseits um die Frage der gesunden sozialen Existenz, einer dem Volksganzen förderlichen, den gerechten Ansprüchen der einzelnen Volksteile, Stände und

¹ Vgl. die Schriften von Hitze, Biederlack, Retzbach, Engel usw. über die soziale Frage und Reform.

Klassen entsprechenden gesellschaftlichen Lage, der Harmonie von Rechten und Pflichten, der Übereinstimmung des Wollens und Strebens der freien Bürger, hervorgerufen und gewahrt durch Gerechtigkeit und Liebe, das Gesetz und die Autorität in der Einheit des sozialen Zweckes.

Es darf heute kühnlich die Beseitigung der Störungen der sozialen Harmonie, die Versöhnung der Klassen, ihrer außerordentlichen Bedeutung wegen die soziale Frage im engsten Sinne genannt werden. Von der befriedigenden Lösung dieses Problems hängt zugleich das Wohl der Bürger wie die Existenz und Kraft der staatlichen Gesellschaft ab.

Wer überdies den Zusammenhang zwischen leiblicher und geistig-sittlicher Wohlfahrt im Auge behält, wer mit uns eine Gesundung unserer Verhältnisse in letzter Linie von der religiös-sittlichen Erneuerung der Bevölkerung erwartet, für den bildet eben diese Erneuerung das wichtigste Problem unserer Zeit.

Man unterscheidet zwischen Staatshilfe, sozialer Beihilfe (freier Tätigkeit der Gesellschaft) und sozialer Selbsthilfe durch privat- und öffentlich-rechtliche Organisationen der zunächst interessierten Stände und Klassen, wenn die Frage nach den bürgerlich gesellschaftlichen Faktoren für die Lösung sozialer Probleme gestellt wird.

Die „Sozialpolitik“ im weiteren Sinne umfaßt alles, was von den drei gekennzeichneten Faktoren zur Besserung der wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse geplant und ausgeführt wird. Im engeren Sinne beschränkt sich der Begriff „Sozialpolitik“ auf die diesbezügliche Tätigkeit des Staates bzw. der Staatsgewalt. Im engsten Sinne findet sich der Ausdruck auch speziell für die Tätigkeit des Staates, die eine Versöhnung der Klassen bezweckt. Nach Bortkiewicz¹ ist die Sozialpolitik nichts anderes als die in Gesetzgebung und Verwaltung sich äußernde Stellungnahme des Staates zu den sozialen Gegensätzen. So wurde auch z. B. die staatliche Arbeiterversicherung ganz speziell „sozialpolitische“ Gesetzgebung genannt. Schließlich findet der Name „Sozialpolitik“ Anwendung auf die Lehre von „sozialpolitischen“ Maßnahmen im weiteren und engeren Sinne des Wortes.

„Politik“ bezeichnet hier nicht, wie bei Plato und Aritoteles, die Lehre vom Staate oder, wie auch in späteren Zeiten, die Lehre von der Natur und den Formen des Staates (Monarchie, Aristokratie, Demokratie usw.); auch nicht die Staatskunst im engeren Sinne, die sich unmittelbar auf den Staat als

¹ Zum Begriff „Sozialpolitik“ vgl. L. v. Bortkiewicz, Der Begriff der Sozialpolitik, in Conrads Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik, 3. Folge, Bd. XVII (1899) 332 ff.; J. Jastrow, Sozialpolitik und Verwaltungswissenschaft I (1902) 2—27; R. van der Borcht, Grundzüge der Sozialpolitik (Frankenstein-Heckel, Hand- und Lehrbuch der Staatswissenschaften) (1904) 1—4; Karl Wasserrab, Soziale Frage, Sozialpolitik und Carität (1903) usw.

solchen, seine Existenz, Kraft, Sicherheit (äußere und innere Politik) bezieht. Es handelt sich vielmehr um jene „Politik“, die als Staatsklugheit bezeichnet wird und die richtige Auswahl der Mittel (namentlich in der Verwaltung) zum Gegenstande hat. Im weiteren Sinne spricht man mit Bezug auf die richtige Auswahl der Mittel für Verwirklichung des Sozialzwecks (Volkswohlfahrt) vielleicht weniger gut selbst dort von „Politik“, wo nicht die Tätigkeit staatlicher Organe, sondern das Wirken anderer gesellschaftlicher Faktoren (Assoziationen, gemeinnützige Wohlfahrtspflege) in Frage steht.

Zuweilen wird die soziale Frage geschmacklos eine „Magenfrage“ genannt. Sie ist in Wirklichkeit eine Frage der Kultur, des Fortschrittes in der Kultur¹, wobei den materiellen, geistigen, sittlichen Interessen des Menschen und des Volkes zugleich Rechnung getragen wird. „Gewiß ist es ein Fortschritt, wenn die wirklichen Kulturgüter immer mehr auch unter denen verbreitet werden, die bisher nur einen ungenügenden Anteil daran haben. Dies auf dem wirtschaftlichen Gebiet zu erreichen, ist die Hauptaufgabe der sozialen Reformen und der mit der Wissenschaft verbundenen Technik. Auch die Kunst soll der Masse zu gute kommen², nicht nur zur Verschönerung ihres Lebens, sondern auch zur Veredlung ihrer Empfindungen. Vor allem aber wird die Zukunft der Kultur von dem Maße abhängen, in dem die sittliche Idee der Gerechtigkeit in der menschlichen Gesellschaft zur Herrschaft gelangt, jener Gerechtigkeit, die nicht durch schematische Rechtssatzungen bedingt ist, auch selbstgefälliges Wohltun verschmäht, aber fordert, daß jeder bei seinem Handeln in jedem andern die gleichberechtigte Persönlichkeit anerkenne und achte.“³ So wird in der Tat die Lösung der sozialen Frage schließlich nicht lediglich das Werk sozialer Faktoren. Jeder einzelne muß dabei mitwirken, indem er mit echt sozialer Gesinnung sich erfüllt, Gerechtigkeit und Liebe übt gegenüber dem Mitmenschen, gegenüber der Gemeinschaft, dem Vaterlande.

¹ Der Nationalökonom und Sozialpolitiker steht dem in dem Wirtschaftsleben sich offenbarenden Schaden nicht wie ein Almosenspender oder ein Wohltätigkeitsverein gegenüber. Es handelt sich vielmehr für uns um die Verbesserung der Verhältnisse von Grund auf (Alfred Lasson).

² Ein Gedanke, der, wie E. v. Halle (Volks- und Seewirtschaft I [1902] 163) bemerkt, oft bei Carlyle, Ruskin, Morris, Crane, Hobson u. a. wiederkehrt: daß der Eintritt in die moderne Produktionsordnung die Vorbedingungen liefern soll zu der fortschreitenden Anteilnahme des Volkes an der künstlerischen, wissenschaftlichen, geistigen und sittlichen Erhebung. Nur dann werde der technische Fortschritt, der dem Menschen die Versorgung mit dem Notwendigen erleichtere, zum vollen und wahren Kulturfortschritt, wenn er sich mit jener idealen Volkserhebung verbinde. Ein Gedanke, der auch in der Arbeit des Volksvereins für das katholische Deutschland Verwirklichung gefunden hat.

³ Wilhelm Lexis, Wesen der Kultur (Hinneberg, Kultur der Gegenwart) I (1905) 51.

§ 4.

Volksreichtum, Volksvermögen, Volkseinkommen.

Literatur: Friedrich List, Das nationale System der politischen Ökonomie. Aug. A. Häusser (1851) 201—236 334—348. — v. Hermann, Staatswissenschaftliche Untersuchungen² (1870) 582—599. — Schäffle, Das gesellschaftliche System der menschlichen Wirtschaft I (1873) 2—64. — Wagner, Grundlegung I³ 399 ff. — Emil Sax, Grundlegung der theoretischen Staatswirtschaft (1887) 363 ff. — Friedrich Kleinwächter, Das Einkommen und seine Verteilung, in Frankensteins Hand- und Lehrbuch (1896) 44—62. — Lexis, Allgemeine Volkswirtschaftslehre² (1913) 136 ff. — Derselbe, Artikel „Volkseinkommen“, „Volksvermögen“, im Wörterbuch der Volkswirtschaft II³ 1221 ff.; „Volksvermögen“, in Bd. VIII des Handw. der Staatswissenschaften 424 ff.

65. Verschiedene Bedeutungen des Wortes „Reichtum“. Nach den bisherigen Ausführungen¹ ist es nichts Neues, wenn wir sagen, der Ausdruck „Reichtum“ könne in dreifachem Sinne verstanden werden: als Gattungsname, als Sammelname, als Zustandsname.

Als Gattungsname bezeichnet „Reichtum“ die generische Gesamtheit aller ökonomischen Güter. Wie jeder Universalbegriff und Universalname wird der Begriff und der Name „Reichtum“ auf die einzelnen Gegenstände, die zu derselben Gattung gehören, angewandt. Der allgemeine Begriff vervielfältigt sich in den Individuen, die Bestandteile der Gattung bilden. Jedes einzelne ökonomische Gut ist in diesem Sinne „Reichtum“, wie jedes einzelne vernünftig-sinnliche Individuum, das zur menschlichen Gattung gehört, Mensch genannt wird. Es wurde bereits darauf hingewiesen, daß das Wort „Reichtum“ von Nationalökonomern so als Gattungsname gebraucht wird, während der gewöhnliche Sprachgebrauch das Wort in diesem Sinne nicht anzuwenden pflegt.

Als Sammelbegriff und Sammelname bedeutet „Reichtum“ die Fülle der ökonomischen Güter — Reichtum im objektiven Sinne.

Als Zustandsname bezeichnet „Reichtum“ den in materieller Rücksicht günstigen Zustand, in welchem jemand sich befindet, dem ein Fülle ökonomischer Güter zur Verfügung steht. In der Regel verbindet sich mit dem Begriff des Reichtums zugleich die Vorstellung eines großen Einkommens, das nicht reines Arbeitseinkommen, sondern Renteneinkommen, Einkommen aus Besitz, Vermögen ist. Der Reichtum als Zustandsname ist Reichtum im subjektiven Sinne und kann von einem Subjekte ausgesagt werden: diese oder jene Person oder Gesamtheit ist reich, verfügt über Reichtum im objektiven Sinne.

Der Ausdruck „Reichtum“, sagt Mercier de la Rivière, hat in unserer Sprache verschiedene Bedeutungen; bald gebrauchen wir ihn, um den Zustand (l'état habituel) einer Person zu bezeichnen, bald verwechseln wir ihn mit dem Ausdruck „Wert“ und wenden ihn auf Sachen an. So bezeichnet z. B. auch bei v. Soden

¹ Vgl. oben Kap. 2, § 1.

„Reichtum“ sowohl „einen Zustand des vollkommenen Genusses“ oder aber „die Summe der Mittel zu diesem Genusse“.

66. Reichtum des Volkes oder Volksreichtum. Spricht man von Volksreichtum, dann denkt man nicht mehr an den Reichtum als Gattungsbegriff. Es handelt sich um den Reichtum als Sammelname, als Kollektivbegriff, um die Menge oder Fülle der Güter, die dem Volke zugeschrieben wird. Oder es kann dieser Ausdruck auch als Zustandsbegriff verstanden, das Verhältnis des Volkes zum Reichtum ganz allgemein oder speziell das günstige Verhältnis dadurch bezeichnet werden.

Wie wichtig aber die Unterscheidung zwischen dem Kollektivbegriffe und dem Zustandsbegriffe „Reichtum“ in der Anwendung auf ein Volk ist, erhellt sofort, wenn wir die Frage stellen: Was gehört dazu, daß ein Volk als reich gelten darf? Wonach ist das größere oder geringere Maß seines Reichtums zu bemessen? Wann kann ich von einer Vermehrung, Steigerung des Volksreichtums sprechen, und in welchem Sinne ist diese Vermehrung zu verstehen?

Der Reichtum im kollektiven Sinne vermehrt sich durch die Vermehrung der ökonomischen Güter. Auf diese Weise rein sachlich aufgefaßt ist der Reichtum der Gesellschaft unabhängig davon, wie sich innerhalb derselben die Güter verteilen. Durch den inneren Tausch und die Verteilung wechselt der Güterbestand lediglich für die Individuen, nicht für die ganze Gesellschaft. Mag der eine Millionär, der andere Bettler sein, das Quantum der innerhalb der Gesellschaft verfügbaren Güter bleibt das gleiche.

Handelt es sich aber um den Reichtum als einen Zustand des Volkes, so genügt es nicht, daß eine Fülle von Gütern innerhalb des Volkes sich befindet, daß ein Teil des Volkes mit diesen Gütern ausgestattet ist; sie müssen auch dem ganzen Volke in gebührender Verteilung zur Verfügung stehen, so zwar, daß der Zustand des gesamten Volkes, moralisch¹ genommen, in materieller Hinsicht ein günstiger genannt werden darf. Wir können darum Lorenz v. Stein nicht ohne Vorbehalt beipflichten, wenn er sagt²: „Der Volksreichtum bedeutet das Verhältnis des Einzelreichtums zur Summe der Bevölkerung und ist in dem Grade vorhanden, in welchem die Zahl der Reichen gegenüber der Gesamtziffer eine große ist.“ Wie wir ein Volk nicht reich darum nennen, weil es innerhalb desselben viele Reichtümer gibt, so genügt uns auch nicht eine relativ große Zahl von Reichen, um das Volk selbst ein „reiches“ zu nennen.

Bacon von Verulam verglich den Reichtum mit dem Dünger; aufgehäuft bleibe dieser steril, über das Land ausgebreitet, mache er dasselbe fruchtbar. Es

¹ „moralisch“ auch hier im Gegensatz zu „numerisch“.

² L. v. Stein, Lehrbuch der Nationalökonomie³ (1887) 282.

würde nun ungerecht sein, wollte man die ältere Nationalökonomie, speziell Adam Smith oder Ricardo anklagen, sie hätten das Glück und die Existenz der Volksmenge gegenüber dem Wachsen des Kapitalreichtums als etwas Nebensächliches betrachtet¹. Smiths und Ricardos humane Gesinnung, ihr aufrichtiger Wunsch, daß bis auf die untersten Klassen herab das Wohlergehen des Volkes sich erstrecken möge, steht ganz außer Zweifel. Eine andere Frage aber ist es — wie schon angedeutet wurde —, ob die von den ersten Meistern der Nationalökonomie vorgetragenen Lehren nicht doch eine Auffassung begünstigten, bei welcher der Reichtum nicht so sehr die materielle Lage des ganzen Volkes als die Fülle der Güter bedeutet, ob nicht insbesondere die Untersuchung Adam Smiths über das Wesen und die Ursachen des Reichtums der Völker unsere Aufmerksamkeit mehr auf den Reichtum als Kollektivebegriff denn als Zustandsbegriff hinlenkt.

„Es ist die wirtschaftliche Signatur der hinter uns liegenden Menschenalter“, sagt Karl Oldenberg², „daß die zivilisierten Länder reich wurden durch eine in der Geschichte beispiellose Vermehrung der produktiven Kapitalien. Die Schaffung von Kapital rentierte sich zehnfach durch Ausnützung der damaligen plötzlichen technischen und der Verkehrsfortschritte, und es wurde ein Jahrzehnte dauernder Wettlauf zwischen den Nationen eröffnet, um die plötzlich auf den Straßen liegenden Erwerbsgelegenheiten mit kapitalbewaffneter Hand zu okkupieren.“ Der Praxis entsprach die Theorie: „Die ganze ältere Nationalökonomie, von den physiokratischen Anfängen bis zum Ende ihres politischen Einflusses, in runden Daten von 1750 bis 1875, ist ein fortgesetzter motivierter Aufruf zur Kapitalienbildung. Die Physiokraten, wenn man nicht die übliche Version der Handbücher, sondern die Schriften ihres Meisters Quesnay ansieht, gipfeln — nationalökonomisch — in der Forderung, daß für die Landwirtschaft durch möglichst ungleiche Einkommensverteilung Meliorationskapitalien flüssig gemacht werden, um die damaligen agrikulturtechnischen Fortschritte Englands nach Frankreich zu übertragen, — viel mehr als in der ohnehin nicht mehr neuen und vieldeutig gewordenen Formel *Laissez faire*. Adam Smith hat als Engländer diese landwirtschaftliche Einseitigkeit nicht nötig, aber die Kapitalienakkumulation ist für ihn neben dem Prinzip des *Laissez faire* die Bedingung der Wohlfahrt, der Eckstein seines Lehrsystems.“ Wer diesen Gedanken aufgriff und denselben unter dem Einfluß der Ideen und Strömungen der Zeit bis in seine letzten Konsequenzen verfolgte, dem konnte in der Tat als die wichtigste Bedingung und als das sicherste Zeichen auch des Volksreichtums die Häufung des Kapitals in den Händen der Unternehmer erscheinen oder, wie Oldenberg sagt: „eine reiche Minderheit, die über proletarische Massen herrscht, mehr Kapitalien zurücklegt als eine Nation von mittlerem, gleichmäßigem Wohlstande. Armut ist Zwangssparsamkeit; und das Opfer der Massenarmut mußte die Nation bringen im Interesse ihrer wirtschaftlichen Zukunft und im Interesse ihrer nationalen Existenz“.

Wir wollen gegen denjenigen keine Anklage erheben, der, in rein geschichtlicher Betrachtung, eine solche Auffassung aus den besondern Verhältnissen der

¹ Karl Diehl, Sozialwissenschaftliche Erläuterungen zu Ricardos Grundgesetzen 2. Tl. (1905) 456. Leslie Stephen, *The English Utilitarians I* (1900) 134.

² Vgl. Schmollers Jahrbuch XVII (1893) 452 ff.

älteren Epoche als einer Übergangszeit zu verstehen sich bemüht. Andererseits werden wir es als einen Fortschritt volkswirtschaftlicher Erkenntnis bezeichnen dürfen, daß heute niemand mit Ernst die nationale Gesamtheit schon deshalb reich nennen wird, weil eine kleine Gruppe größeren Kapitalbesitzes sich erfreut. Den richtigen Standpunkt bezeichnet Sismondi, indem er seinen „Nouveaux Principes d'Économie Politique“ sofort in der Überschrift den Gegentitel gab: „ou de la richesse dans ses rapports avec population“¹. Hatte das individualistische System, wie er meinte, die Fortschritte des Reichtums ohne genügende Berücksichtigung seiner Beziehungen zur materiellen Lage des gesamten Volkes untersucht, so hoffte Sismondi, daß die Wahrheit, auf Grund der Erfahrungen, sich nunmehr stärker erweisen werde als der Geist des Systems: die Tatsachen haben bewiesen, daß die individualistischen Nationalökonomien „einer falschen Glückseligkeit nachgegangen sind, daß ihre Theorien, wo sie praktisch ausgeübt wurden, wohl den materiellen Reichtum (im objektiven Sinne) hatten vermehren können, daß sie aber zu gleicher Zeit die Masse der Genüsse, die jedem einzelnen zukommen, vermindert haben, daß, wenn sie die Neigung hatten, den Reichen reicher zu machen, sie zugleich den Armen ärmer und abhängiger machten und schlechter für ihn sorgten. . . . Das Studium Englands hat mich in meinen ‚neuen Grundsätzen‘ befestigt. In diesem überraschenden Lande, das eine große Erfahrung zur Belehrung der übrigen Welt in sich zu bergen scheint, habe ich die Produktion zunehmen und die Genüsse abnehmen sehen. Die Masse der Bevölkerung scheint dort ebenso wie die Philosophen zu vergessen, daß das Anwachsen der Reichtümer nicht der Zweck der politischen Ökonomie ist, sondern das Mittel, dessen sie sich bedient, um das Glück aller zu fördern. Ich habe dieses Glück in allen Klassen gesucht, es aber nirgends finden können. Tatsächlich ist die hohe englische Aristokratie bei einem Grad des Reichtums und des Luxus angelangt, der alles übersteigt, was man bei allen übrigen Völkern zu sehen bekommt. Indessen erfreut sie sich selbst nicht der Fülle, die sie auf Kosten der andern Klassen erworben zu haben scheint; es mangelt ihr die Sicherheit . . . in keinem Lande sind die Bankrotte häufiger. Nirgends werden diese ungeheuern Vermögen, von denen jedes für eine öffentliche Anleihe zur Erhaltung eines Reiches oder einer Republik ausreichen würde, mit solcher Schnelligkeit in alle Winde zerstreut. . . . In England hat das Volk ebensowenig Behaglichkeit in der Gegenwart wie Sicherung für die Zukunft. Keine Bauern gibt es mehr auf dem Lande; man hat sie gezwungen, Tagelöhnern Platz zu machen; fast keine Handwerker mehr in den Städten oder unabhängige Kleinindustrielle, sondern nur Fabrikarbeiter. . . . Die englische Nation hat es für sparsamer befunden, alle Arbeiter auf den niedrigsten Lohn zu setzen, mit dem sie leben können, so daß die Arbeiter nur noch Proletarier sind; sie hat es für sparsamer befunden, die Irländer nur mit Kartoffeln zu nähren und ihnen nur Lumpen zur Kleidung zu geben, und so bringt jedes Schiff täglich Legionen Irländer, die zu billigerem Preise arbeiten als die Engländer und diese aus allen Gewerben vertreiben. Was sind also die Früchte dieses ungeheuern aufgehäuften Reichtums? Haben sie eine andere Wirkung gehabt, als die Sorgen, die Entbehrungen, die Gefahr eines vollständigen Untergangs allen Klassen mitzuteilen? Hat England.

¹ Eisenhart, Geschichte der Nationalökonomik² (1891) 118.

als es die Menschen über den Dingen vergaß, nicht den Zweck den Mitteln geopfert?“¹

In seinen „Études sur l'Économie politique“² gesteht der g.istvolle Schriftsteller, daß er die allgemeine Begeisterung für den Industrialismus nicht unbedingt teilen könne. Ohne Zweifel lasse die gegenwärtige Entwicklung eine Reihe von Siegen erkennen, welche der Mensch durch seine Intelligenz über den Stoff davongetragen. Allein die Bewunderung dürfe nicht blind an gewissen sozialen Umständen und Übelständen vorübergehen, welche den materiellen Aufschwung begleiteten. Der große Zweck der menschlichen Gesellschaft sei ja doch nicht die Vervollkommnung der Dinge, sondern deren Unterwerfung unter den Dienst des Menschen: Wir müssen uns gegen eine weit verbreitete Neigung schützen, die nur zu Illusionen führen kann. Alles, was das Merkmal der Größe und der Macht an sich trägt, erregt unsere Bewunderung, selbst wenn sich diese Größe auf Kosten dessen geltend macht, der sie bewundert. So hat auch jener nicht immer vernünftige Enthusiasmus die Nationalökonomien verleitet, mehr das Große als das Nützliche zu suchen. Hat es nicht beispielsweise ihrer Einbildungskraft geschmeichelt, an einen Handel zu denken, welcher die entferntesten Punkte der Erde verbindet, der seine Fahrten ausdehnt in Länder mit gefährlichem Klima, der die sturmgepeitschten Meere durchfährt, um unbekannten Konsumenten zu dienen? Gewiß zeichnet die Größe diesen Handel aus, wenn er den Erdkreis umspannt, allen Gefahren trotzt. Aber wir dürfen daraus nicht schließen, daß der Handel um so nützlicher sei, je mehr er sich ausdehnt in die Ferne. Er ist im Gegenteil niemals vorteilhafter, als wo er von Hafen zu Hafen sich abspinnt oder zwischen Stadt und Land. Wir sehen ferner jeden Tag, wie sehr die gewaltige Ausdehnung der Magazine eines einzigen Kaufmannes der Einbildungskraft der Menschen imponiert, wo sie vor ihren Augen alle die Herrlichkeiten aufgehäuft finden, die ihrem Geschmack schmeicheln, ihr Begehren erregen können. Und wie gefällt nicht jene Ordnung und jene Regelmäßigkeit, wenn ein einziger Leiter von Hunderten von Arbeitern sie alle zusammenwirken läßt zur Durchführung seines Gedankens. Wie bewundert man nicht die Ausdehnung und den Reichtum der Gebäude einer großen Farm, wohin man zahlreiche Herden eilen sieht, und die umgeben ist, soweit das Auge reicht, von Feldern ähnlicher oder gleicher Kultur. Wir leugnen nicht die Schönheit, die Größe dieser verschiedenen Erscheinungen. Es ist jedoch die Schönheit von Dingen, nicht von Menschen. Der Nationalökonom aber muß ohne Unterlaß seine Blicke auf die Menschen richten. Er schätzt das hoch, was dem Menschen mehr Glück verspricht. Und ist dies das eine Magazin, in dem ein reicher Kaufmann alle Schätze einer Provinz vereinigt, oder sind es Hunderte bescheidener Läden, von denen jeder eine unabhängige Familie ernährt? Verwenden jene zahlreichen Arbeiter, die den Gedanken eines einzigen Kopfes ausführen, nicht mehr Intelligenz, wenn jeder dieser Köpfe eigenen Kombinationen und Reflexionen sich hingeben kann? Vermag schließlich jenes Landgut, das eine

¹ Sismondi, Neue Grundsätze der politischen Ökonomie; nach der zweiten Ausgabe des französischen Originals übersetzt von Stöpel-Prager I (1901). Vorbemerkung zur 2. Auflage (erschien 1827) xii ff. Die Verhältnisse haben sich inzwischen durch den Einfluß der Gewerkschaften zugunsten der Arbeiter geändert.

² X (Bruxelles 1838) 194 ff.

Quadratmeile umfaßt, dem Vaterlande ebenso viele tüchtige Soldaten zu geben als vierzig bäuerliche Heimstätten, — Männer, bereit, die Gesetze zu verteidigen, die sie glücklich machen? Ohne Zweifel kann der Mensch mit gutem Rechte stolz sein auf die Herrschaft, die er über die Natur ausübt. Doch weder die Kraft, die er den Elementen entlehnt, noch die Geschicklichkeit, mit der er sie verwendet, beweisen hinlänglich den Fortschritt der Wohlfahrt für die Gesellschaft. Der Mensch ist mächtiger geworden. Aber wird seine Macht sich ausüben für oder gegen seinesgleichen? Wird er sich bloß das Glück und die Vervollkommnung des einen Individuums unter tausend angelegen sein lassen, oder vielmehr das Glück und die Wohlfahrt aller, so wie es der Nationalökonom wünschen muß?

Der Vorwurf, den Sismondi im allgemeinen gegen die individualistische, englische Nationalökonomie erhebt, wird von anderer Seite noch ganz besonders Adam Smith gegenüber zur Geltung gebracht. Um hier nur ein Beispiel anzuführen: „Anstatt daß Adam Smith“, sagt Charles Périn¹, „den Reichtum nimmt als das, was er in Wirklichkeit ist, als ein Mittel, die Lage des Menschen zu verbessern und sie zur Erreichung ihres Zieles in der sittlichen Ordnung zu unterstützen, was notwendig dazu führt, den materiellen Fortschritt nur im Verhältnis zum Wohlbefinden der großen Mehrzahl zu betrachten — beschäftigt sich Smith einzig mit der Feststellung der Gesetze, unter denen der kollektive Reichtum der Völker wächst. Ich stehe keinen Augenblick an, diese abstrakte und absolute Auffassung des Reichtums als die Quelle aller Irrtümer zu bezeichnen, durch welche Smith die ganze Wissenschaft in die Irre geführt, und welche ihn die Frucht aller der Entdeckungen hat verlieren lassen, zu denen ihn die Macht jener scharfen Beobachtungs- und seltenen Erklärungsgabe geführt, die er in so hohem Maße besaß.“ Man darf indes nicht übertreiben, vor allem nicht übersehen, was auch Arthur Salz² hervorhebt, daß Smith der Ökonom der Manufakturperiode, des Großhandbetriebs, ist, wo der Kapitalismus noch in aufstrebender, fröhlicher Jugend sich befand. Für Smith war das Kapital und seine Vermehrung die Quelle des Volkseinkommens. Mit dem wachsenden Kapital vergrößern sich auch die Fonds, die für die Arbeiterlöhne aufgewendet werden. Der englische Nationalökonom will also durchaus nicht die unteren Klassen vom allgemeinen Wohlergehen mit Vorbedacht ausschließen, wenn er die Kapitalvermehrung, die Ausdehnung und Intensitätssteigerung der Produktion so nachdrücklich betont. Unter dem Einfluß des zeitlichen und örtlichen Milieus verfällt er aber doch im Ausbau seines Systems, wie wir sahen, einer gefährlichen Einseitigkeit. Und vermöge derselben Einseitigkeit erhielt dann auch wohl bei ihm die physiokratische Idee neue Nahrung, daß jene fast unbeschränkte Freiheit der persönlichen Bewegung und des wirtschaftlichen Verkehrs der Vermehrung des „Volkseinkommens“ überaus förderlich sei. Daß es aber bei solcher Mehrung des Reichtums mit dem Volke recht übel bestellt sein könne, war freilich eine Erkenntnis, die der älteren Nationalökonomie nicht mit derselben Klarheit sich aufnötigte, wie dies heute der Fall, nachdem die Menschheit manche traurige Erfahrungen gemacht hat.

¹ Die Lehren der Nationalökonomie seit einem Jahrhundert; autorisierte Übersetzung (1882) 41.

² Beiträge zur Geschichte und Kritik der Lohnfondstheorie (1905).

Schon Jean Baptiste Say sagt im Anhang zum zweiten Bande seiner „Ausführlichen Darstellung der Nationalökonomie oder der Staatswirtschaft“¹ mit aller Bestimmtheit: „Einige überreiche Individuen machen noch nicht ein reiches Land aus.“ Zur Erläuterung fügt er bei: „Herr von Tracy unterscheidet in seinem Kommentar über den ‚Geist der Gesetze‘ mit vielem Grunde die reichen Völker von denjenigen, in deren Mitte es große Reichtümer gibt: ‚Man merke, daß in den sog. armen Ländern das Volk, im ganzen genommen, fast immer wohlhabender ist als in denjenigen, welche man reich nennt.‘ Es ist sehr wahr, daß in der Schweiz, einem Lande, das man für arm ansieht, weil sich daselbst keine kolossale Vermögensmasse findet, der geringste Bauer aus eigenen Mitteln unabhängig lebt, während man in England, vielleicht dem reichsten Lande in Europa, dem achten Teile der Bevölkerung Almosen spenden muß. Wenn man sagt, eine Nation sei durch den Luxus und die Reichtümer verweichlicht, so kann dies nur von einem sehr kleinen Teile des Volkes gelten. Der Überrest ist durch Elend und Armut abgestumpft. Wären die Reichtümer daselbst besser verteilt, so würde niemand verweichlicht und niemand abgestumpft sein.“

67. Geldbesitz und Volksreichtum. Vom allgemein menschlichen Standpunkte aus betrachtet besteht der reale (effektive) Reichtum in den wirklichen Gebrauchsgütern, den „Nutzbarkeiten des Lebens“ (Carey). Auch vor der Geldwirtschaft, bei vollkommener Naturalwirtschaft, kann ein Volk des Reichtums sich erfreuen. Für die Bedürfnisse des Menschen kommt Edelmetall nur unter der Rücksicht des Schmuckes in Betracht. Geld als solches ist lediglich Übertragungsmittel der Gebrauchsgüter, insofern sekundärer, repräsentativer Reichtum. Den Geldreichtum genießt der Mensch, indem er ihn fortgibt. Der Reichtum besteht nicht „in copia auri et argenti per se et simpliciter, sed comparative erga alias res“, sagte schon Paul Welser. Eine Nation kann ihren Reichtum nicht genießen, bemerkt Mercier de la Rivière², ohne das Geld für immer verschwinden zu machen. Sie vermag es nur durch die Wiedererzeugung der Werte zu erhalten, deren Verkauf oder Tausch ihr ein Vermögen in Geld verschafft haben. Dieses Vermögen in Geld ist somit nur ein zweites, ein anderes, erstes Vermögen repräsentierendes Vermögen, an dessen Stelle es gesetzt worden ist. Alle andern Güter, so meinte freilich Locke, seien leicht zu verbrauchen und zu vergeuden, Geld hingegen sei ein beständiger Freund, der zwar von Hand zu Hand wandere, aber wenn man verhindern kann, daß er aus dem Lande geht, nicht leicht der Vergeudung und dem Verbrauch ausgesetzt sei. Daher müsse Gold und Silber als der solideste und wichtigste Teil des beweglichen Reichtums einer Nation gelten, und die Vermehrung dieser Metalle sollte deshalb das Hauptziel der politischen Ökonomie sein. Mit Recht sagt demgegenüber Adam Smith³: „Es wäre ebenso töricht, den Reichtum eines Landes durch Ein-

¹ Übersetzung Morstadt³ (1830) 497.

² Ordre naturel et essentiel des Sociétés politiques II 338.

³ Wealth of Nations; Stöpels Übersetzung II 209 f. Vgl. Liberatore, Volkswirtschaft 40.

fuhr oder Zurückhaltung einer unnötigen Menge Goldes und Silbers vermehren zu wollen, wie es töricht wäre, einer Familie dadurch zu einer besseren Mahlzeit verhelfen zu wollen, daß man sie zwänge, eine unnötige Menge Küchengerät zu halten. Wie die Kosten dieses unnötigen Gerätes die Menge oder die Güte der für den Haushalt erforderlichen Lebensmittel vermindern, aber nicht vermehren würden, so würden auch in einem Lande die Kosten des Ankaufs einer unnötigen Menge Goldes und Silbers notwendig das Vermögen schmälern, das dem Volke Nahrung, Kleidung, Wohnung, Unterhalt und Arbeit verschafft.“¹

Immerhin nennt man mit Recht eine Person oder Einzelwirtschaft, die viel Geld besitzt, reich eben in der Voraussetzung, daß sie mittels des Geldes sich eine Fülle nützlicher Güter verschaffen kann. Würde das Geld diesem Zwecke zu dienen außerstande sein, so wäre jene Person arm wie der fabelhafte König Midas, unter dessen Berührung sich alles in Gold verwandelte. Ein Reicher, der Hungers sterben muß, ist ein großer Widersinn, hat schon Aristoteles bemerkt. Aber eine solche Voraussetzung verwirklicht sich nicht in unsern Verhältnissen. Da ist das Geld heute praktisch Repräsentant aller Werte. Wer es in großer Fülle besitzt, kann sich nach Wunsch Gebrauchsgüter verschaffen, alle „Bedürfnisse der Notwendigkeit, der Annehmlichkeit, der Behaglichkeit, des Überflusses, des Prunkes“ (Boisguillebert) befriedigen.

Auch für ein Volk bildet der durch Edelmetall repräsentierte Vermögenswert einen nicht gering zu schätzenden Besitz, das Geld in seiner Warenqualität einen Bestandteil des Volksreichtums. Wichtiger ist seine Bedeutung als Schwungrad des Verkehrs. Als Mittel, Kapitalgüter und Arbeit zu gewinnen, erleichtert und fördert es den Produktionsprozeß der Sonderwirtschaften, gibt ihm Leben, Kraft, die Möglichkeit fortschreitender Entwicklung. Aber im Gelde besteht nicht der Reichtum des Volkes und nicht auf Geld führt sich dieser ganze Reichtum in letzter Linie zurück.

Wenn wir sagen, der Reichtum bestehe letztlich und wesentlich nicht im Edelmetalle, im Gelde, sondern in der Fülle der Gebrauchsgüter, so brauchen wir kaum hinzuzufügen, daß auch nicht die Güter in ihrer Eigenschaft als Tauschwerte den absoluten Güterreichtum eines Volkes ausmachen können.

Für den relativen Reichtum, beim Vergleich des Reichtums verschiedener Sonderwirtschaften kann die Fülle von Tauschwerten allerdings in Betracht kommen. Die Verfügung über ein tauschwertiges Gut gewährt innerhalb der arbeitsteiligen Gesellschaft die Möglichkeit wahlweiser Verfügung über andere Güter. Es gehört auch bei höherer Entwicklung der Volkswirtschaft zum Wohlstande des Volkes, daß den einzelnen Gliedern eine große Mannigfaltigkeit von Gütern durch Tausch erreichbar sind. Soweit ferner die Glieder eines Volkes mit den Gliedern anderer Völker in Tauschverkehr treten oder treten müssen, ist ohne

¹ Vgl. auch J. Stuart Mill, Politische Ökonomie²; übersetzt von Soetbeer (1864) 2 f.

Zweifel der Reichtum des Volkes und dessen Entwicklung in gewissem Umfange abhängig von der Kaufkraft der Güter, über welche das Volk verfügt, von dem, was es im internationalen Verkehr bieten, bzw. von der Menge der Genußmittel, welche es für seine Güter im Tausch erlangen kann¹. Damit ist aber erstens durchaus nicht gesagt, es sei ein wünschenswerter Zustand für ein Volk, in steigendem Maße von dem Auslande wirtschaftlich abhängig zu werden, namentlich wenn es sich dabei um die notwendigsten Genußmittel handelt. Und zweitens darf nicht vergessen werden, daß hierbei der Tausch doch schließlich vor allem das Mittel ist, um sich Gebrauchsgüter zu verschaffen. Territoriale Vorzüge, gar manche Güter, die zum natürlichen Reichtum eines Volkes gehören, kann man überhaupt nicht als Tauschmittel verwenden. Was ein Volk aber an Genußmitteln von andern Gesellschaften eintauscht, wird, wenn sein Bestand nicht völlig in der Luft schweben soll, immer nur ein geringer Teil von dem sein, was es bedarf. Kurz, nicht die Summe der Tauschwerte als solcher macht den wesentlichen Bestand des Volksreichtums aus², und nicht das Wachsen des bloßen Tauschwertes seiner Güter darf als wahre Bereicherung des Volkes unter jeder Voraussetzung betrachtet werden. Reich ist das Volk vielmehr im objektiven Sinne wesentlich durch die Fülle der Genußmittel, über die es verfügt, und sein materieller Reichtum wächst durch die Vermehrung dieser Güter oder durch die Steigerung ihres Gebrauchswertes³.

Der wirtschaftliche Güterreichtum eines Volkes umfaßt somit an materiellen Bestandteilen 1. im engeren Sinne die sämtlichen Gebrauchsgüter; 2. im weiteren Sinne außer den ökonomischen Gütern, die unmittelbar zur Befriedigung menschlicher Bedürfnisse, zur Erhöhung der Lebensannehmlichkeit und zur Erreichung der Lebenszwecke des Menschen verfügbar sind, alles, was in der materiellen Ordnung als Ursache und Hilfsmittel direkt oder indirekt für die Beschaffung von Genußmitteln dienen kann, mag es im privaten oder öffentlichen Eigentum stehen. Im weitesten Sinne umschließt der Güterreichtum eines Volkes nach manchen Autoren auch noch die freien Güter, den sog. „natürlichen“ Reichtum eines Landes.

¹ Ein holländisches Sprichwort sagt: „Wo etwas zu verkaufen ist, da ist auch etwas einzukaufen.“

² Die Notpreise in einer belagerten Stadt machen diese nicht reicher. Das gilt auch von Staat und Volk. Eisenhart, Geschichte der Nationalökonomik 196. — H. Oswalt, Vorträge über wirtschaftliche Grundbegriffe (1905) 169 f.: „Wer Wert schafft, hat darum der Menschheit noch nicht genützt; ja er kann ihr geschadet haben. Wer Nützlichkeit schafft, hat der Menschheit immer genützt, aber er hat ihr nicht immer so viel genützt, wie er hätte nützen können und sollen. Das gelingt nur dem, der durch Schaffung nützlicher Dinge Wert schafft.“

³ Indem Marshall die Begriffe „Reichtum“ und „Kapital“ untersucht, sagt er: „Wir sollten von Kapital sprechen, wenn wir die Dinge als Produktionsfaktoren, und wir sollten Reichtum sagen, wenn wir sie als Resultat der Produktion, als Gegenstände der Konsumtion und als Genußspender durch ihren Besitz betrachten.“ Handbuch der Volkswirtschaftslehre I; nach der vierten englischen Auflage übersetzt von Ephraim und Salz (1905) 122 f.

„Die Themse“, sagt Marshall¹, „hat dem Reichtum Englands mehr hinzugefügt als alle seine Kanäle, vielleicht sogar mehr als seine Eisenbahnen, und obgleich sie im Gegensatz zu den Kanälen, den Werken von Menschenhand, eine freie Naturgabe ist (abgesehen von den Korrekturen für die Schifffahrt), müssen wir sie doch als einen Teil von Englands Reichtum betrachten.“

Verschiedene Autoren zählen auch nicht materielle Güter dem Volksreichtum bei. Physische und geistige Vorzüge des Volksstammes, soziale und politische Güter, wie die Organisation des staatlichen Lebens u. dgl., werden indes besser jenen Gütern zugezählt, welche die Grundlagen der Volkswohlfahrt als eines Zustandes bilden. Andere Errungenschaften, wie technische Erfindungen u. dgl., sind alsbald Gemeingut der zivilisierten Welt, gehören dann zum „kosmopolitischen“ Reichtum, dem „Weltreichtum“ und nicht mehr zum Güterreichtum eines einzelnen Volkes. Aber auch abgesehen hiervon denkt jedermann, wenn von wirtschaftlichem Güterreichtum im eigentlichen Sinne die Rede ist, doch unmittelbar nur an Güter materieller Art.

68. Reichtum des Volkes als Zustand materieller Volkswohlfahrt wird entweder gleichbedeutend mit „Volkswohlstand“ verstanden oder aber als ein höherer Grad des Volkswohlstandes; letzteres namentlich, wenn von einem Volke ausgesagt wird, es sei ein „reiches Volk“. Dazu gehört aber ein Dreifaches: erstens die Reichlichkeit der zur Verfügung stehenden ökonomischen Güter, zweitens die Teilnahme des ganzen Volkes an diesem Güterreichtum und drittens die Sicherung sowohl des Güterreichtums als der Teilnahme des ganzen Volkes an demselben. Treffen diese drei Umstände zusammen, dann darf in der Tat ein Volk wahrhaft und in vollem Sinn „reich“ genannt werden.

Mit Rücksicht auf die beiden letzten Punkte, Sicherung des Güterreichtums und der Teilnahme an demselben, erinnern wir an alles das, was früher bezüglich der öffentlichen Wohlfahrt gesagt wurde. Hierhin gehören die bürgerliche und militärische Sicherheit, gute Rechtsordnung und Rechtspflege, allgemeine Kultur- und Wohlfahrtspflege, die zweckgemäße Organisation der Volkswirtschaft und der Gesellschaft, die geordnete Benutzung öffentlichen Eigentums und öffentlicher Veranstaltungen usw. Namentlich sei auf die Erhaltung der produktiven Stände und der produktiven Kräfte des Volkes und Landes noch einmal ausdrücklich hingewiesen. Den „effektiven“ Reichtum eines Volkes bilden die „Nutzbarkeiten des Lebens“, aber in Verbindung mit der dauernden, durch die Summe und rechte Pflege der „produktiven Kräfte“ gebotenen Möglichkeit ihrer erneuten Hervorbringung.

„Der Nationalreichtum besteht“ nach Friedrich List², wie uns schon bekannt, „nicht in dem Besitz von Tauschwerten, sondern in dem Besitz von produktiver Kraft... Louis Say von Nantes meinte: In der politischen Ökonomie

¹ Ebd. II, 2. Kap., § 5, 106 ff.

² Das nationale System der politischen Ökonomie; Ausgabe Häusser (1851) 129 ff. 339 f.

sei eine Terminologie herrschend geworden, womit man viel falsches Spiel treibe, und sein Bruder (Jean Baptiste Say) sei nicht frei davon¹. Nach seiner (Louis SAYS) Meinung besteht der Reichtum der Nationen nicht in den materiellen Gütern und in ihrem Tauschwerte, sondern in der Fähigkeit, diese Güter fortwährend zu produzieren². Smiths und J. B. SAYS Tauschwertstheorie betrachte den Reichtum bloß aus dem beschränkten Gesichtspunkt eines Kaufmanns, und dieses System, welches das sog. Merkantilsystem reformieren wolle, sei selbst nichts anderes als ein beschränktes Merkantilsystem“, — eine Ansicht, der List beipflichtete. —

Fragt man also nach den Gütern, aus welchen der Reichtum eines Volkes objektiv in letzter Linie und wesentlich besteht, so wird man an die Genußmittel denken und sagen, der Volksreichtum im kollektiven Sinne bedeute eine große Fülle von Gebrauchsgütern.

Lautet die Frage: Welches Volk darf als „reich“ bezeichnet werden? dann wird man außer der Reichlichkeit der verfügbaren Gütermenge noch die relativ reichliche Teilnahme des ganzen Volkes an diesen Gütern fordern, sowie den sichern Bestand sowohl der Reichlichkeit der Güter als der entsprechenden Teilnahme des Gesamtvolkes an denselben.

Noch ein kurzes Wort über den *Volksreichtum im relativen Sinne*. Der Reichtum zweier Individuen läßt sich leichter miteinander vergleichen als der Reichtum zweier Völker. Die Güter der beiden Individuen desselben Volkes weisen geringere Verschiedenheiten auf als oft der Reichtum zweier Nationen. Auch bietet der Tauschverkehr innerhalb desselben Landes einen brauchbareren Maßstab, um individuelle Reichtumszustände, die auf dem Besitz ungleichartiger Gütermengen beruhen, einer Vergleichung zu unterziehen. Die Vergleichen verschiedener Völker oder verschiedener Zeiten sind dagegen naturgemäß viel unsicherer und willkürlicher³. Manchen Bedürfnissen, die in dem einen Lande durch freie Güter Befriedigung finden, kann in dem andern vielleicht mehr oder minder nur gegen Entgelt Genüge geschehen usw. Wir bescheiden uns darum mit dem, was Leser sagt, nämlich „daß ein Volk und ein Zeitalter um so reicher sind, einer je größeren Volksmenge für ihre stärker entwickelten Bestrebungen und Bedürfnisse eine im Verhältnisse dazu größere Menge der Mittel der Befriedigung zu Gebote steht, und je mehr auch alle einzelnen am Besitze der Gesamtheit vollen Anteil haben“⁴. —

Es dürfte sich vielleicht empfehlen, für den Wohlfahrtszustand eines Volkes den Ausdruck „Volkswohlstand“ vorzubehalten, das Wort „Volksreichtum“ aber lediglich zur Bezeichnung des Güterreichtums anzuwenden. Der Begriff „Wohlstand des Volkes“ nimmt dann auch Rücksicht auf die Verteilung der Güter, der Begriff „Reichtum des Volkes“ aber bloß auf die Menge der Güter. Solange jedoch in der Ausdrucksweise keine Übereinstimmung erreicht ist, wird man im einzelnen Falle zusehen müssen, ob ein Volk deshalb als „reich“ gepriesen wird, weil es über eine größere Gütermenge verfügt, oder aber eines höheren Grades des Volkswohlstandes sich erfreut.

¹ L. Say, *Études sur la richesse des nations*. Préface iv.

² „La richesse ne consiste pas dans les choses qui satisfont nos besoins ou nos goûts, mais dans le pouvoir d'en jouir annuellement.“

³ Leser, Begriff des Reichtums bei A. Smith (1874) 51 f.

⁴ Ebd. 52.

Als wir nach fünfjährigem Aufenthalte in dem industriellen Lancashire ins holländische Limburg kamen, hatten wir ein „reiches“ Land mit lebenswürdigen, toleranten, im besten Sinn liberalen, fleißigen und geschickten Bewohnern verlassen, statt dessen eine „arme“ Provinz zum zeitweiligen Aufenthalt gewählt. Und doch sahen wir in diesem „armen“ Herzogtum Limburg nicht so viel Elend, nicht so viele unglückliche Menschen als in dem „reichen“ England, — eine ähnliche Erfahrung, wie sie lange vor uns Sismondi schon gemacht hatte. Gleichwohl darf das heutige England sich schon wesentlicher Fortschritte erfreuen im Vergleich mit dem älteren England, das Sismondi kennen lernte.

69. Volksvermögen. In einem weiteren Sinne kann man unter „Vermögen“ den Inbegriff von wirtschaftlichen Gütern verstehen, welche in einem bestimmten Zeitpunkte der Verfügungsgewalt einer Person oder einer Gesamtheit von Personen unterworfen sind. Doch denkt man in der Regel, wenn von „Vermögen“ die Rede ist, mehr an einen ruhenden Vorrat von Gütern, der zugleich als eine Wertgröße sich darstellt und aufgefaßt wird. Subjektiv verstanden bedeutet „Vermögen“ bzw. „Vermögensbesitz“ die rechtliche Verfügung einer Person oder einer Gesamtheit von Personen über jenen Gütervorrat¹.

Im Hinblick auf das Subjekt des Vermögensbesitzes unterscheidet man zwischen öffentlichem und privatem Vermögen, je nachdem, sei es einer physischen oder einer juristischen Person des Privatrechts (z. B. einer privaten Interessen dienenden Assoziation) sei es einer juristischen Person des öffentlichen Rechts (Staat, Provinz, Gemeinde), die rechtliche Verfügung über das Vermögen zusteht. Als öffentliches Vermögen schlechthin werden diejenigen öffentlichen Vermögensstücke bezeichnet, welche, wie Wege, Flüsse usw. der allgemeinen Benutzung dienen; ihm steht gegenüber das eigentliche Staats-, Gemeindevermögen, welches wiederum entweder als Verwaltungsvermögen, z. B. öffentliche Gebäude, unmittelbar den Vollzug der öffentlichen Leistungen ermöglicht, oder als Finanzvermögen den öffentlichen Verbänden Besitz- oder Unternehmereinkünfte gewährt, z. B. Domänen, öffentliche Verkehrsanstalten u. dgl.

Nach seiner Zweckbestimmung zerfällt das Vermögen in Genuß- und Erwerbsvermögen. Das Genußvermögen umfaßt die der Konsumtion gewidmeten Verbrauchsgüter, wie z. B. Nahrungsmittel, und die Nutzgüter, die nicht durch den ersten Gebrauch verbraucht werden, z. B. Gebäude. Derjenige Teil des Vermögens, welcher der Beschaffung neuer Güter dient und insofern als Erwerbsvermögen bezeichnet werden kann, heißt „Kapital“ im weitesten Sinne des Wortes.

Die Bildung des Begriffes „Volksvermögen“ und die Umgrenzung dessen, was zum Volksvermögen gehört, begegnet mancherlei Schwierigkeiten².

¹ Vgl. Wagner, Grundlegung I³ 306 ff.; Schäffle, Das gesellschaftliche System der menschlichen Wirtschaft³ I (1873) 72 131 ff.; Lehr-Heckel, Die Grundbegriffe der Nationalökonomie² (1901) 200 ff.

² Vgl. hierzu auch die Bemerkungen Potthoffs über den „Urquell der Sozialpolitik“, in Soziale Praxis XIX (1910), Nr. 24, 614 f.; M. R. Weyermann, Sozialökonomische Begriffsentwicklung des Vermögens und Volksvermögens, in Conrads Jahrb. LII (1916) 145 ff.

Zunächst ist die Volksgemeinschaft zwar eine Gemeinschaft durch Abstammung, Sprache, Geschichte, durch gesellschaftliche, politische, geistige, wirtschaftliche Beziehungen, aber nicht eine besondere Gesellschaftsform, wie Familie, Staat, darum auch in sich selbst kein Rechtssubjekt, kein einheitlicher rechtlicher Träger des Vermögensbesitzes. Lexis lehnt es deshalb geradezu ab, von „Volksvermögen“ im eigentlichen Sinne zu sprechen. Er sagt¹: „Es ist zu beachten, daß Vermögen ein rein privatwirtschaftlicher Begriff ist, da irgendein Rechtssubjekt als Eigentümer der das Vermögen ausmachenden Güter vorausgesetzt wird. Man kann daher von einem Staatsvermögen, aber bei der bestehenden Eigentumsordnung nicht von einem Volksvermögen reden, sondern nur von dem Volksreichtum als der Gesamtheit aller in den Einzelvermögen innerhalb der Nation vorhandenen Güter.“ Allein auch in dem Ausdrucke „Volksreichtum“ erscheint das Volk wiederum sprachlich formell als Subjekt des Güterbesitzes. Überdies kann man ja vom Volksvermögen im objektiven Sinne sprechen, indem man von dem Vermögen im subjektiven Sinne, dem rechtlichen Vermögensbesitz, abstrahiert. Es dürfte daher wohl genügen, ausdrücklich darauf hingewiesen zu haben, daß in den Bezeichnungen „Volksreichtum“ und „Volksvermögen“ das Volk eben nicht als Rechtssubjekt verstanden wird, daß es sich dabei lediglich um eine Zusammenfassung des Güterreichtums eines Volkes, den Vorrat, eventuell die Fülle, wirtschaftlicher Güter handelt. Setzen wir voraus, daß die Welt, wie es tatsächlich der Fall, nach Völkern und Staaten geteilt ist, dann steht dem einzelnen Volke eben nur ein begrenztes Territorium zur Verfügung, und ebenso sind die Güter, die der Verfügung der Volksgenossen unterliegen, in und mit einer freilich wandelbaren, aber jeweilig bestimmten Menge gegeben.

Weitere Schwierigkeiten bereitet die Frage, welche Güter zu jener „Gesamtheit aller in den Einzelvermögen innerhalb der Nation vorhandenen Güter“ gehören. Rau sagt²: „Das Volksvermögen umfaßt sämtliche in der Gewalt der Staatsbürger befindlichen sachlichen Güter. Es unterscheidet sich dadurch von dem Staatsvermögen, welches im Besitze der Regierung ist und von ihr zum Besten des ganzen Staates benutzt wird... Es ist jedoch gestattet, das Volks- und Staatsvermögen in einem Lande im Begriffe zusammenzufassen. Die Summe beider, das Staatsvermögen im weiteren Sinne bezeichnet den ganzen Anteil des einzelnen Staates an der auf der Erde überhaupt vorhandenen Gütermasse.“ Machen wir von dieser Erlaubnis Gebrauch und rechnen wir also mit Mangoldt, Marshall, Földes zum Volksvermögen, außer dem Privatvermögen der einzelnen Bürger und ihrer privaten Vereinigungen, auch das Vermögen des Staates, der öffentlichen Korporationen.

Nicht hierzu rechnen wir aber die sog. „freien“ Güter³. Sie werden für die Entwicklung des Volkswohlstandes vorteilhafte Möglichkeiten gewähren, auch auf die Größe des Volksvermögens zurückwirken können. Aber in sich selbst

¹ Lexis, Art. „Verteilung“ im Handwörterbuch der Staatswissenschaften VIII². Schon v. Hermann wies darauf hin, daß die Nation keine juristische Person sei. Vgl. ebenfalls Johann v. Komorzynski, Die nationalökonomische Lehre vom Kredit (1903) 187 f.; A. Hesse, Das deutsche Volksvermögen, in Conrads Jahrb. L (1915) 290 ff.

² Volkswirtschaftslehre I⁷ (1863) 62.

³ Vgl. Bd. I²: Grundlegung 22 ff. (21 ff.).

sind sie keine Bestandteile dieses Volksvermögens. Nur ihre Ergebnisse, soweit diese sich in wirtschaftlichen Werten verkörpern, werden demselben zugerechnet.

Innere Güter und Eigenschaften der Menschen, der sog. „persönliche Reichtum“, bilden eine Quelle, aber ebenfalls keinen Bestandteil des Reichtums im strengen ökonomischen Sinne, gehören somit auch nicht zum Volksvermögen. Geschäftliches Renommee und ähnliche Vorzüge können für den Wohlstand Bedeutung haben, insofern „als sie das kaufende Publikum zu denjenigen Produzenten hinführen, welche seine wahren Bedürfnisse am preiswertesten befriedigen“¹. Für das Volksvermögen kommen sie aber in sich selbst nicht in Betracht, sondern lediglich indirekt, durch ihre Einwirkung auf die Wertgröße, die ein Geschäft durch derartige Vorzüge erlangt. Bezüglich der persönlichen Dienste wird man vorerst zwischen Diensten unterscheiden müssen, die nicht nur von einer menschlichen Person ausgehen, sondern auch zugleich die Person zum Gegenstande haben, z. B. den Dienst des Arztes, Lehrers usw. und andererseits Diensten, die sich auf die materielle Ordnung der Dinge, die Sachgüterproduktion unmittelbar beziehen, einen materiellen Vermögensvorteil gewähren. Die ersteren bilden in sich selbst keinen Bestandteil des Volksvermögens, wohl das materielle Entgelt, welches dafür empfangen wird. Das Recht auf Dienstleistungen anderer Art kann einen Vermögenswert darstellen. Es ist aber festzustellen, ob dieser Wert als gesonderter Vermögenswert existiert, oder nur in dem Erzeugnis der Leistung oder auch in anderer Weise noch zur Geltung kommt, z. B. in der Werterhöhung eines herrschenden, der Wertverminderung eines dienenden Grundstückes, bei Hand- und Spanndiensten u. dgl.

Verstehen wir unter „Volksvermögen“ die Gesamtheit aller in den privaten und öffentlichen Sondervermögen innerhalb des Volkes vorhandenen, im eigentlichen Sinne des Wortes wirtschaftlichen Güter, so umfaßt dasselbe zugleich die Güter, die der Konsumtion, wie diejenigen, die der Produktion dienen. Es ließe sich aber auch an sich der Begriff „Volksvermögen“ in einem engeren Sinne lediglich auf die Gesamtheit jener Güter beschränken, welche nicht zu dem Fond für unmittelbare Bedürfnisbefriedigung gehören, die vielmehr das Stammvermögen der Nation bilden.

Bei der Bemessung des Volksvermögens kann man unmittelbar die Summe der im Volke vorhandenen Güter feststellen wollen oder aber von dem Sondervermögen aller einzelnen Vermögenssubjekte ausgehen.

70. Volkseinkommen. Darf man überhaupt von einem Volkseinkommen sprechen, da ja das Volk als Volk über ein Einkommen nicht zu verfügen scheint?

„Einkommen“² bedeutete ursprünglich nur Güter (Einnahmen), die von außen in die eigene Wirtschaft hereinkamen, namentlich Geldstücke. Bald dehnte sich der Begriff auf alle materiellen Güter aus, die von außen in die eigene Wirtschaft hereinkamen, dann auch auf Güter, die innerhalb der eigenen

¹ Marshall, Handbuch der Volkswirtschaftslehre 107.

² Nach Grimm erst seit dem 16. Jahrhundert in der Schriftsprache üblicher Ausdruck. Vgl. Kleinwächter, Lehrbuch der Nationalökonomie (1902) 258 ff. Bücher, Festschrift zum Deutschen Historikertag (1894) 123. Bd. I², Kap. 3, § 3, 232 ff. (213 ff.).

Wirtschaft neu entstehen. Nach der Lehre von Hermann¹ und Schmoller² gehört aber nur dasjenige von den Einnahmen zum „Einkommen“, was „ohne Schmälerung des Stammvermögens verzehrbar ist“. Was also als Teil des Stammvermögens (zurückgezahlte Darlehen, Kaufschilling für ein verkaufte Haus u. dgl.) in das Vermögen zurückkommt, gehört nicht zum „Einkommen“. Noch ein anderes Moment findet sich schon bei v. Hermann als zum Begriff des Einkommens gehörig bezeichnet: „eine gewisse Regelmäßigkeit“ der Wiederkehr der Einnahmen. Lotteriegewinne z. B. sind zwar „Einnahmen“, aber kein Bestandteil des engeren Begriffes „Einkommen“. Freilich gibt es, wie Robert Meyer³ ausführt, keine absolut sichere Regelmäßigkeit; eine relative Sicherheit hat derjenige, dessen Wirtschaftsbetrieb dauernd Güter selbst hervorbringt, oder derjenige, welcher die Sorge für die Wiederkehr einer zuverlässigen andern Wirtschaft überläßt (z. B. der fest angestellte Beamte).

Man unterscheidet „gebundenes“ und „freies“ Einkommen. Ersteres ist erforderlich zur Deckung des „standesgemäßen“ Lebensbedarfs⁴; was darüber hinaus übrigbleibt, ist frei verfügbar.

Die ältere Theorie nannte „ursprüngliches“ Einkommen dasjenige, was aus der materiellen Produktion hervorgeht und sich unter die an der Produktion Beteiligten verteilt; „abgeleitet“ hieß das Einkommen aller nicht unmittelbar an der Produktion Beteiligten (Beamte, freie Berufe usw.). Hermann „kennt kein anderes ‚abgeleitetes‘ Einkommen als das ohne Gegengabe von andern empfangene. Solches findet sich aber nur bei Armen oder durch das Wohlwollen anderer Versorgten.“⁵ Jedenfalls wird das Einkommen derjenigen Berufe, die nicht unmittelbar am wirtschaftlichen Erwerbsleben beteiligt sind, in seiner Höhe durch den Erfolg des wirtschaftlichen Prozesses, die Wertgröße des Produktes der nationalen Arbeit, mitbedingt. „Die Einkommen der Rechtsanwälte, Ärzte, Schriftsteller, Künstler werden bei sinkendem Jahresprodukt, also bei sinkendem Einkommen der wirtschaftlichen Berufe geringer werden, weil man ihre Dienstleistungen in geringerem Maße in Anspruch nimmt und daher nur ein kleiner Teil des Einkommens jener auf sie hinübergeleitet wird.“⁶

Der Begriff „Volkseinkommen“ wurde wie der Begriff „Einkommen“ nur allmählich zu klarerer Bestimmtheit durchgebildet. Schon in der Handelsbilanztheorie der Merkantilisten ist er erkennbar; ebenso in der physiokratischen Lehre vom produit net, revenu net. Doch tritt in beiden Systemen der volkswirtschaftliche Gesichtspunkt bei der Einkommenslehre mehr zurück.

¹ Staatswissenschaftliche Untersuchungen² (1870) 582—598.

² Die Lehre vom Einkommen, in der Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft XIX (1863) 1 ff.

³ Das Wesen des Einkommens (1887). Artikel „Einkommen“ im Handwörterbuch der Staatswissenschaften III³ 656 ff.

⁴ Früher sagte man: des „notwendigen“ Lebensunterhaltes.

⁵ v. Hermann a. a. O. 593.

⁶ Eugen v. Philippovich, Grundriß der polit. Ökonomie I⁴ (1901) 269. Vgl. dagegen Ad. Wagner, Theoretische Sozialökonomik (1907), erste Abteilung, 44.

„Das privatwirtschaftliche Moment in der Auffassung beider Schulen liegt darin“, sagt Friedrich Kleinwächter¹, „daß sie ... das Schwergewicht auf die möglichst große Differenz legen, und zwar die Merkantilisten auf die Differenz zwischen Einnahme und Ausgabe, die Physiokraten auf die Differenz zwischen Produktionskosten und Ernte. ... Wir heute ... nehmen den Standpunkt ein, daß ein möglichst großes Nationalprodukt, d. i. ein möglichst günstiges Resultat der sog. nationalen Produktion, der Tätigkeit eines ganzen Volkes wünschenswert sei, damit jeder einzelne Angehörige dieses Volkes möglichst mit allen denjenigen Gütern versehen sei, die man zum Leben braucht. Die Älteren hingegen, also hier zunächst die Merkantilisten und die Physiokraten, die in ihrem nationalökonomischen Denken nicht vom ganzen Volke, sondern in erster Reihe vom einzelnen ausgehen und immer nur diesen im Auge haben, denken zunächst an das gute ‚Geschäft‘, an den Profit, den der einzelne Geschäftsmann (oder Landwirt) erzielt, und wünschen, das ganze Volk möge auch einen derartigen möglichst hohen ‚Profit‘ erzielen.“

Hoher Ertrag der nationalen Produktion, ein bedeutendes und sich mehrendes Jahresprodukt von Böden und Arbeit, ein großer Überschuß des Ertrages über die Produktionskosten, das sind nach Adam Smith die erstrebenswerten Ziele der Volkswirtschaft. Man darf Smith nicht vorwerfen, die Erzielung des höchsten Nettoeinkommens der Nation sei von ihm ausdrücklich, mit Bewußtsein und Vorbedacht, in einseitig kapitalistischem Interesse aufgefaßt worden. Um zum nationalen Reineinkommen in seinem Sinne zu gelangen, zieht Smith von dem „jährlichen Erzeugnis“ oder von dem Roheinkommen nur dasjenige ab, was für den Ersatz der Hilfsmittel der Gütererzeugung und des Güterumsatzes erforderlich ist, nicht aber die während der Produktion von den Arbeitern aufgebrauchten Genußmittel. Diese bilden vielmehr in seiner Auffassung einen Bestandteil des nationalen Reineinkommens². Der Arbeitslohn gehört zunächst zu dem umlaufenden Kapital. Für den Arbeitgeber zählt seine Aufwendung zu den Kosten der Produktion. Für den Arbeiter aber wird er Reineinkommen und darum auch für die Nation Reineinkommen, da der Smithsche Gedankenkreis³ dem nationalen Reineinkommen alles zuweist, was den Gliedern der Nation an Genußmitteln verfügbar wird. Stellt Smith Macht und Wohlfahrt des Staates als abhängig von dem Einkommen des Volkes dar, so ist dabei im Prinzip auch an das Einkommen der Arbeiter gedacht. Die Steigerung des nationalen Einkommens bedeutet in seiner Auffassung ebenfalls für den Arbeiter die Möglichkeit einer Steigerung der Wohlfahrt, höherer Lebenshaltung, eines wachsenden Überschusses über den notwendigsten Lebensunterhalt. Das nationale Einkommen deckt in Smiths Lehre auch dem Arbeiter den Tisch, und zwar um so reichlicher, je mehr der Reichtum des Volkes wächst.

Kleinwächter⁴ glaubt aus dem zweiten Kapitel des zweiten Buches der „Wealth of Nations“ unmittelbar entnehmen zu dürfen, daß Smith den Arbeitslohn dennoch zu den Produktionskosten des Nationalproduktes gerechnet habe.

¹ Das Einkommen und seine Verteilung (1896).

² Diehl, Sozialwissenschaftliche Erläuterungen zu David Ricardos Grundgesetzen 2. Teil (1905) 452.

³ Vgl. Wealth of Nations, Book 2, chap. 1; Stöpels Übersetzung 19 f.

⁴ A. a. O. 49 ff.

Die Übersetzung, die Kleinwächter anführt, sagt allerdings: „weder die für die Maschinen, Arbeitsgeräte, Nutzungsgebäude usw. erforderlichen Materialien noch der Arbeitslohn für die Verfertigung jener Gegenstände (aus denen das feste Kapital einer Gesellschaft besteht) kann dazu (zur reinen Einnahme der Gesellschaft) gerechnet werden“. Allein der englische Text lautet wie folgt: „Neither the materials necessary for supporting their useful machines and instruments of trade, their profitable buildings etc. (stehendes Kapital), nor the produce of the labour necessary for fashioning those materials into the proper form, can ever make any part of it. The price of that labour may indeed make a part of it; as the workmen so employed may place the whole value of their wages in their stock reserved for immediate consumption. But in other sorts of labour (die nicht das feste, stehende Kapital zum Gegenstande haben), both the price and the produce go to this stock; the price to that of the workmen, the produce to that of other people, whose subsistence, conveniences and amusements are augmented by the labour of those workmen.“

Noch schärfer ausgeprägt glaubt Kleinwächter die privatwirtschaftliche Auffassung des Volkseinkommens bei Ricardo zu finden. Im 26. Kapitel der „Grundgesetze der Volkswirtschaft und der Besteuerung“¹ sagt nämlich Ricardo: „Für einen einzelnen, welcher ein Kapital von 20 000 £ besitzt, dessen Gewinn 2000 £ jährlich beträgt, würde es höchst gleichgültig sein, ob sein Kapital hundert oder tausend Menschen beschäftigt, ob das hervorgebrachte Gut um 10 000 oder 20 000 £ verkauft wird, vorausgesetzt, daß in keinem Falle sein Gewinn unter 2000 £ herabginge. Ist nicht das wirkliche Interesse eines Volkes ein gleiches? Vorausgesetzt, sein reines wirkliches Einkommen, seine Rente und sein Gewinn seien dieselben, so ist es von gar keiner Bedeutung, ob das Volk aus zehn oder zwölf Millionen Einwohnern besteht. Seine Fähigkeit, seine Flotten und Heere und alle Arten von nichthervorbringender Arbeit zu erhalten, muß im Verhältnisse stehen zu seinem reinen und nicht zu seinem rohen Einkommen. Könnten fünf Millionen Menschen soviel Nahrung und Kleidung hervorbringen, als zehn Millionen Menschen bedürfen, so wären Nahrung und Kleidung für fünf Millionen Menschen das reine Einkommen. Würde es für ein Land von irgendeinem Nutzen sein, wenn zur Hervorbringung dieses nämlichen reinen Einkommens sieben Millionen Menschen erforderlich wären, d. h. wenn sieben Millionen Menschen anzuwenden wären, um genug Nahrung und Kleidung für zwölf Millionen Menschen hervorzubringen? Die Nahrung und Kleidung für fünf Millionen Menschen würde noch das reine Einkommen sein. Die Anwendung einer größeren Menschenzahl würde uns weder in den Stand setzen, unsere Heere und Flotten um einen Mann zu vermehren noch eine Guinee mehr an Steuern beizutragen.“

Schon Theodor Bernhardt² und Adolf Held³ haben Ricardos Auffassung als eine einseitig kapitalistische hingestellt. Held sprach von der oben zitierten Stelle als einer „berüchtigten“. Auch andere Schriftsteller, wie Schmoller⁴.

¹ Übersetzt von Ed. Baumstark² (1877).

² Versuch einer Kritik der Gründe, die für großes und kleines Grundeigentum angeführt werden (Petersburg 1849).

³ Zwei Bücher zur sozialen Geschichte Englands (1881).

⁴ Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft (1863) 12.

Schulze-Gävernitz¹, Hans von Nostitz², sind der Ansicht, daß Ricardo die wirtschaftlichen Verhältnisse einseitig vom Standpunkte des Arbeitgebers aus behandle. Wie dem immer sei, aus der „berücktigten“ Stelle wenigstens scheint diese Anklage kaum begründet werden zu können. Man darf jene Worte allerdings nicht aus ihrem Zusammenhange herausreißen, muß beachten, was Ricardo unter Roh- und Reineinkommen des Volkes versteht und welches das spezielle Beweisthema ist, das ihm hier vor Augen schwebt. „Es handelt sich hierbei“, sagt Gustav Cohn³, „wie bei vielen Ausführungen Ricardos um eine Diskussion mit Adam Smith über Roheinkommen und Reineinkommen eines Volkes. Wie denn überhaupt zum Verständnis von Ricardos Hauptwerk nicht bloß ein Eingehen in seine Methode nötig ist, sondern auch die sich von Kapitel zu Kapitel aufdrängende Bemerkung: daß dieses Werk als ein kritisch-polemischer Kommentar zu Adam Smiths großem Werke (soweit es die allgemeinen Prinzipienfragen betrifft), aber ohne jede Systematik entstanden ist. Die Lehre vom Reineinkommen, die Ricardo mit strengerer Logik als Adam Smith, aber gleich diesem im Anschluß an die französischen Physiokraten entwickelt, ist, wie die ganze Theorie dieser bahnbrechenden Denker des 18. Jahrhunderts, in allererster Reihe ‚menschenfreundlich‘. Das ‚produit net‘ sollte das sein, was künftig allein die bisher auf der Masse des Volkes schwer lastenden Steuern trüge, und das arbeitende produktive Volk sollte seinen Lebensunterhalt unantastbar behalten; dieser Lebensunterhalt als notwendige Kosten der gesamten Produktion sollte im Gegensatz zu der Ausbeutung im ancien régime von der Steuer unberührt und heilig sein. Wenn die heutige Wissenschaft eine andere Ansicht vom Volkseinkommen, vom Roh- und Reineinkommen und von der Besteuerung hat, so ist nur um so bestimmter zu fordern, daß man die Ethik und Logik der Schöpfer der alten Reineinkommenslehre an der Quelle aufsuche.“ Der Kontext, in welchem die oben angeführten Worte Ricardos gebraucht werden, zeigt nun aber unzweifelhaft, daß Ricardo bloß sagen wollte: Für die Macht des Staates, soweit diese auf Steuern beruht, habe die größere oder geringere Zahl der Arbeiter nicht viel zu bedeuten. Denn die Steuer könne nur aus dem Reineinkommen des Volkes genommen werden. Das Ergebnis der Güterproduktion, das Roheinkommen, verteilt sich zwischen Grundbesitzer, Kapitalisten und Arbeiter. Nur die beiden ersten Gruppen, Grundbesitzer und Kapitalisten, können ein Reineinkommen erzielen. Während der Anteil, der auf die Arbeit entfällt, gerade dazu ausreicht, um die „Produktionskosten“ der Arbeit, den notwendigen Lebensunterhalt der Arbeiter, zu decken, erzielen die Kapitalisten und Grundherren einen Reinertrag, das Reineinkommen des Volkes, aus dem der Staat seine Steuern nehmen mag. Doch lassen wir Ricardo selbst sprechen: „A. Smith preist unaufhörlich die Vorteile, welche ein Land eher von einem großen rohen

¹ Zum sozialen Frieden I (1890) 32. Den Nachfolgern A. Smiths gilt eher dieser Vorwurf: „Adam Smith konnte dies noch nicht tun, weil es zu seiner Zeit den modernen Arbeitgeber noch nicht gab.“ Vgl. Brentano, Die klassische Nationalökonomie (1888).

² Das Aufsteigen des Arbeiterstandes in England (1900). Nostitz spricht Smith und Malthus von Voreingenommenheit für den Kapitalbesitz frei; „weniger zweifellos ist ihm dies bei Ricardo“. Zur ganzen Frage vgl. Karl Diehl, Erläuterungen zu Ricardo 2. Teil, 450 ff.

³ Nationalökonomische Studien (1886) 657 ff.

⁴ Grundgesetze² (1877) 315 f.

als von einem großen reinen Einkommen ziehe. Im Verhältnisse, sagt er, als ein größerer Teil des Kapitals auf den Ackerbau verwendet wird, wird auch die Menge hervorbringender Arbeit, welche es im Inlande in Bewegung setzt, größer sein, wie es auch gleicherweise der Wert sein wird, welchen dessen Anwendung dem jährlichen Erzeugnisse des Bodens und der Arbeit der Gesellschaft gibt. Nach dem Ackerbaue setzt das in den Gewerken angelegte Kapital die größte Menge hervorbringender Arbeit in Bewegung und setzt dem jährlichen Erzeugnisse den größten Wert bei. Dasjenige Kapital, welches im Ausfuhrhandel angelegt wird, hat die geringste Wirkung unter diesen drei Anlagearten. Für einen Augenblick angenommen, dies sei wahr; was für ein Vorteil würde wohl für ein Land aus der Anwendung einer großen Menge hervorbringender Arbeit entspringen, wenn seine reine Rente und seine Gewinne zusammengekommen (Reineinkommen) dieselben wären, ob nun jene Arbeitsmenge oder eine geringere angewendet wäre? Das ganze Erzeugnis des Bodens und der Arbeit eines jeden Landes (Rohertrag) zerfällt in drei Teile: einer davon ist für Arbeitslohn, ein anderer für Gewinne und der andere für Renten bestimmt. Bloß von den beiden letzteren Teilen können Abzüge für Abgaben oder Ersparnisse gemacht werden; der erstere macht immer, wenn er mäßig ist, die notwendigen Hervorbringungsauslagen aus.“ In der Anmerkung hierzu bemerkt aber Ricardo: „Vielleicht ist dies zu scharf ausgedrückt, da im allgemeinen den Arbeitern unter dem Namen Lohn mehr zukommt als der Betrag der unbedingt notwendigen Hervorbringungskosten. In solchem Falle empfangen die Arbeiter einen Teil des reinen Einkommens des Landes, und er kann von ihnen zurückgelegt oder ausgegeben werden, oder er mag dieselben instand setzen, zur Verteidigung des Landes beizutragen.“ Nun folgt im Kontext die „berückigte“ Stelle, in welcher Ricardo, wie gesagt, nur des weiteren ausführt, daß eine größere Zahl von Arbeitern bei gleichem Reineinkommen des Volkes, für die Steuern und die Macht des Staates, soweit sie sich auf Steuern gründet, keine Bedeutung habe: „Die Anwendung einer größeren Menschenzahl (in der Produktion) würde uns weder in den Stand setzen, unsere Heere und Flotten um einen Mann zu vermehren, noch eine Guinee mehr an Steuern beizutragen. Nicht auf Gründe irgendeines unterstellten, aus einer großen Bevölkerung erwachsenden Vorteils oder auf Gründe der Wohlfahrt, welche eine größere Anzahl menschlicher Wesen genießen könnte, stützt A. Smith den Vorzug, welchen er derjenigen Kapitalanwendung gibt, die die größte Menge von Arbeit in Bewegung setzt, sondern vielmehr ausdrücklich auf den Grund der Erhöhung der Macht eines Landes; denn er sagt: ‚Der Reichtum, und insofern Macht von Reichtum abhängt, die Macht jedes Landes müsse im Verhältnisse stehen zum Werte seines jährlichen Erzeugnisses, des Fonds, aus welchem zuletzt alle Steuern bezahlt würden.‘ Es muß indessen einleuchten, daß das Vermögen, Steuern zu entrichten, zum reinen und nicht zum rohen Einkommen im Verhältnis steht.“ In der Anmerkung bemerkt Ricardo noch: „Say hat mich völlig mißverstanden, indem er annimmt, ich hätte die Wohlfahrt so vieler menschlichen Wesen für nichts geachtet¹. Ich denke, der Text wird genugsam zeigen,

¹ Auch Sismondi deutet die Worte Ricardos falsch, wenn er sagt: „Was! der Reichtum ist alles, die Menschen nichts? Was! der Reichtum selbst ist nur insoweit etwas, als er in Beziehung zu den Auflagen steht? In Wahrheit bleibt dann nichts

daß ich meine Bemerkungen auf die besondern Gründe richtete, auf welche sich A. Smith stützte.“

Wir teilen Ricardos Anschauungen gewiß nicht in allem. Gerade darum aber glauben wir um so mehr dem vielgefeierten und vielgelästerten Forscher volle Gerechtigkeit widerfahren lassen zu müssen. Ricardo hat ebensowenig wie Smith den Arbeiterstand und dessen Glück geringgeschätzt. „Die Freunde der menschlichen Gesittung können nur wünschen“, sagt Ricardo¹, „daß in allen Ländern die arbeitende Klasse einen Geschmack für die Gegenstände körperlichen und gemüthlichen Wohlbehagens und für Genüsse bekomme und durch alle gesetzlichen Mittel in ihren Anstrengungen noch angetrieben werde, um sich dieselben zu verschaffen. . . . In denjenigen Ländern, in welchen die arbeitende Klasse die wenigsten Bedürfnisse hat und mit der wohlfeilsten Nahrung zufrieden ist, ist das Volk den größten Glückswechslfällen und dem größten Elende ausgesetzt. Sie hat daselbst keinen Zufluchtsort gegen Jammer und Not; sie kann ihr Heil nicht in einem niedrigeren Zustande suchen; sie steht bereits so niedrig, daß sie nicht tiefer sinken kann. Bei einem Mangel am Hauptgegenstande ihres Unterhaltes gibt es wenige Ersatzmittel, mit denen sie sich helfen könnte, und Teuerung derselben ist von den meisten Schrecknissen der Hungersnot begleitet.“ Das klingt nicht gerade menschenfeindlich. Ricardo glaubte auch, daß mit dem Steigen des Reineinkommens in seinem Sinne zugleich ein Steigen des Fonds, aus dem die Arbeiter ihr Einkommen beziehen, verbunden sei. Die Betrachtung der Entwicklung des Maschinenwesens (mit Freisetzung von Arbeit) durfte ihn allerdings eines Besseren belehren. Wie dem immer sei, sehr richtig bemerkt Diehl² zu der „berühmten“ Stelle: „Man wird gewiß große Bedenken haben müssen gegen die hier vorgenommene Scheidung von Roh- und Reineinkommen und gegen die Auffassung Ricardos, als ob nur aus dem sog. Reineinkommen Steuern bezahlt werden könnten. Dies alles mag zu einer Kritik von Ricardos Steuerlehre angeführt werden, aber man sollte ihn nicht auf Grund dieser Stelle als „zynischen Menschenverächter“ bezeichnen.“

71. Schätzung des Einkommens vom Standpunkte der Einzelwirtschaft und der Volkswirtschaft³. Für die Einzelwirtschaft sind die Arbeitslöhne Produktionskosten, deren Verminderung den Reinertrag der Wirtschaft zu steigern scheint. Wenn also die industriellen Unternehmer, die Grundeigentümer oder Pächter, als Eigentümer des aus der Produktion hervorgehenden Erzeugnisses, bei der Verteilung sich selbst einen unverhältnismäßig großen Anteil zu sichern suchen, dürfen sie sich vielleicht gar noch rühmen, durch Verminderung der Produktionskosten wesentlich zur Erhöhung des Volkseinkommens beigetragen zu haben?

mehr zu wünschen, als daß der König ganz allein auf der Insel beständig eine Kurbel dreht und durch Automaten die ganze englische Arbeit entstehen läßt.“ Neue Grundsätze der politischen Ökonomie; Übersetzung Prager II (1902) 254 Anm.

¹ Grundgesetze (1877) 73.

² Erläuterungen zu Ricardo II 457.

³ Vgl. J. B. Say, Ausführliches Lehrbuch der politischen Ökonomie; Übersetzung Stirner III (1845) 17 ff. Ad. Wagner, Grundlegung I³, 1, 399 ff.

Ganz anders die Auffassung des Volkswirtes. Zwei Momente beanspruchen sein Interesse: einmal die Größe der nationalen Einnahme und deren Steigerung; dann aber, und zwar in höherem Grade, die Verteilung jener regelmäßigen Einnahme, das wirkliche Einkommen des gesamten Volkes, das Einkommen der ganzen Bevölkerung. Das Nationalprodukt an sich und dessen Mehrung ist nicht Endzweck der Volkswirtschaft — eine schon oft wiederholte Lehre —, das Ergebnis der nationalen Produktion erscheint vielmehr nur als Mittel zum allgemeinen Volkswohlstande. Das wird die Volkswirtschaftslehre schon bei der Aufstellung des Begriffes des Volkseinkommens beachten und in der ganzen Lehre vom Volkseinkommen als den bedeutendsten, wichtigsten Gesichtspunkt stets vor Augen halten müssen.

Das Volkseinkommen erscheint somit als derjenige Teil des Nationalproduktes oder der nationalen Einnahmen, den ein Volk jährlich verzehren darf, ohne dadurch den ungestörten Fortgang seiner Wirtschaft zu gefährden¹. Indem wir auf das „Volk“ als den Verzehrer hinweisen, soll zugleich die Bestimmung jenes Teiles des Nationalprodukts, zur Befriedigung der Bedürfnisse des ganzen Volkes zu dienen, angedeutet werden. Allerdings kann nicht der ganze Ertrag der gesamten Volkswirtschaft für Zwecke der Konsumtion Verwendung finden. Es wirkt irreführend, wenn z. B. J. B. Say lehrt, „der Rohertrag der Gesellschaft ist dasselbe wie ihr Reinertrag“². Er wollte allerdings damit Stellung nehmen gegenüber der Ricardoschen Theorie, welche den Arbeitslohn dem Roh- und nicht dem Reineinkommen zuwies. Allein es ist evident, daß ein Volk nicht den ganzen Rohertrag verzehren kann, ohne sich alsbald wirtschaftlich zugrunde zu richten. Ein Teil des Rohertrages muß auf Erhaltung der Maschinen, Werkzeuge, Ersatz der Roh- und Hilfsstoffe usw. verwendet werden. Mit andern Worten: die sog. Produktionskosten müssen von dem Rohertrage in Abrechnung kommen.

Hier aber ist der Punkt, wo die privatwirtschaftliche und volkswirtschaftliche Auffassung auseinandergehen.

Man kann in ganz abstrakter Betrachtung die Menschheit der äußeren Natur gegenübergestellt denken, ohne Rücksicht auf geschichtliche und rechtliche Gestaltungen, in der abstrakten Voraussetzung eines eigentumslosen Zustandes. In dieser Voraussetzung stellt eigentlich nur die Arbeit, die erforderlich ist, die Welt zu beherrschen, der Natur ihre Schätze und Kräfte zu entnehmen, „Kosten“ dar. Sie allein „kostet“ dem Menschen Mühe. Die Natur trägt hier alle andern Kosten außer der menschlichen Arbeit. Was der Mensch von dem Seinigen hinzufügt, ist lediglich der Arbeitsaufwand. Sobald aber ein staatlicher Zustand mit Eigen-

¹ Kleinwächter, Das Einkommen usw. 57. „Volkseinkommen ist der in gegebener Zeit produzierte oder durch den auswärtigen Wirtschaftsverkehr (auswärtigen Handel und Verwertung inländischen Kapitals im Auslande) gewonnene Konsumtionsfonds der Volkswirtschaft.“ Philippovich, Grundriß der politischen Ökonomie I⁴ 274; I¹¹ (1916) 333 ff. 394 f.

² A. a. O. 17 f.

tum vorausgesetzt wird, die Aneignung bestimmter Güter, die nun einen Bestandteil der Habe der Volksglieder bilden, da bedeutet dasjenige, was für Zwecke der Produktion von diesen Gütern hingeopfert wird, eine Verminderung jener Habe — „Kosten“ für den Produzenten.

Dazu gehören für den privatwirtschaftlichen Produzenten außer den verbrauchten Roh- und Hilfsmaterialien, Brennstoffen u. dgl. die Abnutzungsquote des stehenden Kapitals, die für Darlehen gezahlten Zinsen und die Arbeitslöhne. Lediglich der nach Abzug all dieser Auslagen und Opfer verbleibende Überschuß des Produktionsertrages steht der Privatwirtschaft für Verbrauch oder Vermögensvermehrung zur Verfügung.

Stellen wir uns aber auf den volkswirtschaftlichen Standpunkt, so werden uns als sachliche „Kosten“ bloß jene Wertverluste, jene Opfer an Gütern und Werten erscheinen, die eine Verminderung der Gesamtheit aller innerhalb der Volksgemeinschaft vorhandenen Güter und Werte bewirken. Dahin gehören die in der Produktion verbrauchten Güter und Werte, die verbrauchten Roh- und Hilfsstoffe, die Abnutzung der Werkzeuge, Tiere, Gebäude u. dgl.: die volkswirtschaftlichen und natürlichen Kosten, die überhaupt notwendig sind zur Herstellung von Sachgütern. Ihre Aufwendung vermindert unmittelbar und zunächst das Volksvermögen und macht einen Ersatz aus dem Ertrage der Produktion notwendig; auch die Auslagen für ausländisches Rohmaterial sind den volkswirtschaftlichen Kosten beizuzählen.

Die Einzelwirtschaft hat also außer den natürlichen und sonst volkswirtschaftlich notwendigen Kosten noch die aus ihren besondern Verhältnissen erwachsenden Auslagen zu tragen, welche sie instand setzen, über fremde Arbeitskräfte oder fremde Produktionsmittel zu verfügen (Lohn, Pacht, Zins, Miete). Diese besondern privatwirtschaftlichen Aufwendungen bedeuten eine Verringerung des Profits der einzelnen Unternehmung, für Volk und Volkswirtschaft aber keine Verminderung des Volksvermögens oder Volkseinkommens, sondern lediglich eine Verschiebung des Besitzes innerhalb der Volksgenossen. Es handelt sich dabei volkswirtschaftlich nicht um Kosten-, sondern um Verteilungsfragen. Hinsichtlich der Arbeitslöhne tritt als besonderer Grund, warum sie volkswirtschaftlich nicht als Kosten gelten können, hinzu, daß Güter, die ihrem Endzwecke, der Befriedigung menschlicher Bedürfnisse, zugeführt werden, volkswirtschaftlich eben nicht mehr unter den Begriff einer Aufwendung für Zwecke der Produktion (Produktionskosten) fallen. Kurz, der Arbeitslohn, der in den Augen des Unternehmers den vor Verkauf des Produktes bezahlten und darum diskontierten und um eine Risikoprämie verminderten Gegenwert für die Arbeitsleistung darstellen mag, zählt für die Einzelwirtschaft zu den Kosten. Die Einzelwirtschaft wird die Summe der Löhne daher von dem Rohertrage abziehen, um ihren Reinertrag zu ermitteln. Für den Arbeiter selbst ist der Lohn sein Einkommen, das ihm zum Verbrauch zur Verfügung steht. Da aber die Arbeiter ein Bestandteil des Volkes sind, wird der Lohn unter volkswirtschaftlichen Gesichtspunkten als Bestandteil des Volkseinkommens und nicht als Bestandteil der volkswirtschaftlichen Kosten zu gelten haben¹. Und nun die praktisch wichtige Konsequenz!

¹ Sismondi betonte nachdrücklich, daß der Arbeitslohn eben als Einkommen des Arbeiters nicht bloße Vergeltung der Arbeit sei nach Stundenzahl, der Zeitdauer,

Eine Verminderung der allgemeinen, natürlichen, volkswirtschaftlichen Kosten bedeutet auf die Dauer eine Verbilligung der Produktion im Interesse der Gesamtheit, ein günstigeres Verhältnis zwischen dem Roh- und Reinertrage der Volkswirtschaft, eine Erhöhung des volkswirtschaftlichen Reinertrages, des Volkseinkommens. Das Interesse der Einzelwirtschaft begegnet sich dabei mit dem Interesse der Volkswirtschaft. Insofern der eigene Vorteil des Unternehmers zur Einführung besserer, mehr wirtschaftlicher Produktionsmethoden veranlaßt, eignet sich gerade die privatwirtschaftliche Produktionsweise ganz besonders, um zur Verringerung der volkswirtschaftlichen Produktionskosten beizutragen.

Allein die Rücksicht auf den eigenen Vorteil treibt den privatwirtschaftlichen Unternehmer nicht selten auch zu einer solchen Verringerung seiner privatwirtschaftlichen Kosten an, wobei sich das volkswirtschaftliche Interesse keineswegs mit dem privatwirtschaftlichen deckt¹. Die Arbeitslöhne bilden einen bedeutenden Bestandteil der einzelwirtschaftlichen Produktionskosten. Für den privaten Unternehmer liegt es da eben sehr nahe, durch Beschränkung der Lohnzahlung, bei gleicher Produktion, eine Verminderung der Kosten, eine Erhöhung seines Einkommens zu suchen.

Mancher wird vielleicht noch dabei sich schmeicheln, ein Wohltäter des Volkes zu sein, weil ja die Verbilligung der Produktion eine Verbilligung der Waren bewirken könne. Angenommen, die Verbilligung der Waren entspreche tatsächlich der Verbilligung der Produktion, was nützt die Billigkeit der Waren, wenn die Kaufkraft, die Zahlungsfähigkeit der großen Volksmasse sich vermindert hat? Im übrigen wird es sich nur zu oft mehr um eine Erhöhung des Profits der Unternehmer handeln als um eine Preisminderung der Waren. Man mag dem Unternehmer seinen gerechten Profit gönnen. Eine Steigerung des Volkseinkommens aber bloß aus der Mehrung des Unternehmergewinnes ableiten wollen, das geht nicht an. Wo immer solche Mehrung stattfindet durch ungebührliche Verkürzung des Arbeitereinkommens, da ist sie ein Unglück für die Volkswirtschaft. Einer Bevölkerung in Not und Elend sind auch billige Waren zu teuer.

Wollen die privaten Unternehmer sich wahre Verdienste um Volk und Volkswirtschaft erwerben, dann mögen sie also bei guten Löhnen ihrer Arbeiter allen Fleiß auf die Verminderung der volkswirtschaftlichen Kosten verwenden. Dazu rechnen wir aber auch eine der Eigenart der verschiedenen Produktionszweige angepaßte Verminderung der Arbeitszeit, sofern diese Verminderung für die Arbeiter größere Freiheit, Hingabe an die Familie, geistige und sittliche Bildung ermöglicht. Sehr richtig bemerkt diesbezüglich Ad. Wagner²: „Von dem Fortschritt hierin hängt das Maß des eigentlichen volkswirtschaftlichen und auch des gesellschaftlichen und Kulturfortschrittes mit ab, freilich nur, soweit die ‚frei werdende‘ Zeit würdig verwendet und auch die so entbundene Arbeit

sondern für das Ganze seiner Existenz ausreichen müsse, auch für die Pausen der Arbeit, für Krankheit und Alter; vgl. oben S. 181 f.

¹ Die Verminderung der natürlichen Kosten erhält Güter, die der Gesellschaft nützlich werden können; die Ersparung an Lohn erhält nur dem Unternehmer sein Geld.

² Grundlegung I, 1, 405.

nicht anderswo nur zur Herstellung der Mittel für bedenkliche Genüsse benutzt werden würde.“ Die volkswirtschaftlichen Verhältnisse bieten eben auch hier zunächst die Möglichkeit des kulturellen Fortschrittes. Seine Verwirklichung hängt nicht lediglich von wirtschaftlichen, sondern weit mehr von der religiösen und sittlichen Erziehung des Volkes ab¹.

Das bietet den Anlaß zu einigen weiteren Erwägungen. Nach dem Erscheinen von A. Smiths „Wealth of Nations“ bemerkte Fox in dem House of Commons: „The way, as my learned friend Dr. A. Smith says, for a nation as well as an individual, to be rich, is for both, to live within their income.“ Eine vernunftgemäße Konsumtion, die innerhalb des Einkommens der Nation bleibt, bedeutet dessen Verwertung und nicht dessen Vergeudung. Der Aufwand aber, der in Art und Maß des Güterverbrauchs die rechte Grenze übersteigt, führt den einzelnen wie die Völker zum wirtschaftlichen Ruin.

Die Reinerträge der Volkswirtschaft dienen ferner nicht bloß Konsumtionszwecken. Sie werden auch zur Erhaltung und Vermehrung des Stammvermögens zu verwenden sein. „Eine Nation, die nur auf die Produktion von Genußgütern bedacht wäre“, sagt E. v. Philippovich², „würde zwar durch einige Zeit den Eindruck großen Reichtums machen, müßte aber binnen kurzem verarmen.“

Sehr nachdrücklich betonte darum schon Daniel Georg Morhof³ die Wichtigkeit einer klugen Verwaltung. Er sagt: „Wollte jemand die ganze Ökonomik wissenschaftlich vortragen, so müßte er zuerst omnes reipublicae status einer Prüfung unterziehen und die Art und Weise zeigen, wie die Hausreichtümer erhalten und vermehrt werden können. Denn die Erhaltung des wirtschaftlichen Vermögens durch eine kluge Verwaltung ist die Grundlage der ganzen Ökonomik und Chrematistik.“

Eine Verminderung der natürlichen Kosten der Produktion bedeutet zunächst nur eine Ersparung von Nationalkapital, von dem, unter andern Voraussetzungen, größere Bestandteile bei gleichem Produktionserfolge verbraucht worden wären. Die kluge Verwaltung, die auf Vermehrung und Erhaltung des Vermögens bedacht ist, bietet, abgesehen von dem tatsächlichen und unmittelbaren privatwirtschaftlichen Nutzen, vorerst bloß die Möglichkeit eines volkswirtschaftlichen Fortschrittes. Ob diese Möglichkeit sich verwirklicht, ob die Güterersparung und Gütervermehrung auf die wirtschaftliche Lage des Volkes dauernd günstig zurückwirkt, das hängt noch von vielen andern Bedingungen ab.

Wenn Roscher sagt⁴, die reichste Periode pflege für die Völker den Verfall einzuleiten, Whately aber meint, daß nur der persönliche, niemals der nationale Reichtum gefährlich wirke, so lassen sich vielleicht beide Ansichten dahin vereinigen, daß man hier unter nationalem Reichtum den auf ein gesittetes Volk gut verteilten Reichtum versteht.

72. Der Volkswohlstand in der Gegenwart und in früheren Zeiten. Erfreuen die Völker europäischer Kultur sich eines höheren Maßes materieller Wohlfahrt als früher?⁵ Die Ansichten darüber sind verschieden. Die-

¹ Schmoller, Grundriß I 225.

² Grundriß I* 274.

³ In seinem Polyhistor (1688).

⁴ Grundlagen § 21. Auch Roscher, Geistliche Gedanken 132 f.

⁵ Kautz, Die Nationalökonomik als Wissenschaft 115 ff.

jenigen, welche jene Frage bejahen, weisen hin auf den erhöhten Aufwand zur Befriedigung auch der feineren, kostspieligeren Bedürfnisse selbst in den bürgerlichen Kreisen, auf die großen Unternehmungen und gewaltigen Kapitalverwendungen, die hohe Entwicklung der Technik, des Maschinenwesens, der Produktions- und Kommunikationsmittel, auf den lebhaften Verkehr, die Lieferungen, die Zahlungen von enormer Höhe, auf die Niedrigkeit des Zinsfußes, die Leichtigkeit in der Erlangung von Kapitalien, den hohen Lohn der qualifizierten Arbeit, die ausgedehnten Bodenverbesserungen, die prächtigen öffentlichen Bauten, die Pflege der Wissenschaft und Kunst, die Aufwendungen zur Linderung der Armut, die günstigere mittlere Lebensdauer, welche auf bessere Nahrungsverhältnisse, Kinder- und Krankenpflege schließen lasse usw. Man müßte in der Tat die Augen schließen, um die neuzeitlichen Fortschritte in der materiellen Kultur verkennen zu wollen. Die Völker, speziell die europäischen, aber auch Amerika, verfügten lange über unvergleichlich größeren Reichtum, als früheren Zeiten zur Verfügung stand.

Wir sehen davon ab, daß der Weltkrieg mit seinen Folgen darin für einzelne Völker harte, schwere Wandlungen herbeiführte. War nun aber auch der Volkswohlstand vor dem Weltkriege in dem gleichen Maße vorangeschritten wie der Reichtum, der sich innerhalb der Gesellschaft vorfand? Diejenigen, welche das verneinen, weisen hin auf den brutalen Egoismus im nationalen und internationalen Wirtschaftsleben, auf das Beuteeinkommen zahlreicher Spekulanten und Wucherer, auf die Zerklüftung der Gesellschaft, den Untergang oder die Schwächung des Mittelstandes, die bittere Feindschaft zwischen Proletariat und Unternehmerklasse, die frühere Zeiten nicht oder nicht in gleichem Maße kannten. Sie bestreiten, daß die große Menge der ungelerten Arbeiter überall eine nach den heutigen Begriffen menschenwürdige Lebensweise führten, leugnen, daß deren Lage relativ in dem Maße sich verbessert habe, wie es den sonstigen Fortschritten der materiellen Kultur entsprechen würde, weisen hin auf die härtere, mechanische und darum wenig befriedigende Arbeit in der Fabrik usw.

Sombart beschäftigte sich in einem (Herbst 1907) zu Berlin gehaltenen Vortrage mit den Fragen: Was gibt uns die moderne Kultur, wie wirkt sie auf die Persönlichkeit? Macht sie uns froher, gemütsreicher, tiefer, besser? Und er antwortet: „Die moderne Kultur hat uns der Natur entfremdet. Sie hat sich wie eine Asphaltsschicht zwischen uns und die Natur gelegt, so daß uns die Natur höchstens nur noch ein Objekt ästhetischen Genusses ist. Wir erleben nicht mehr die Jahreszeiten, nicht Tag und Nacht, nicht Schnee und Sturm, es sei denn als Verkehrshindernis. Wir sind so weit von der Natur abgedrängt, daß die Kinder Unterricht in der Natur erhalten müssen. Man zeigt ihnen auf Tafeln, wie der Winter aussieht und wie der Sommer aussieht. Wir haben nicht mehr das, was der Schweizer an seinen Bergen, der Norweger an seinen Fjorden, der Kleinstädter

¹ Deutsche Volkspost (1907) Nr. 50.

an seinem Kirchturm und der vorkapitalistische Großstädter, etwa der Wiener, an seiner alten Kultur hat, nämlich das unmittelbare Ortszugehörigkeitsgefühl. Die persönlichen Beziehungen sind geschwunden. Selbst die Familie als Wohn- und Ernährungsgemeinschaft beginnt sich immer mehr zu lockern, und damit wird für die Frau die ihr innerlich angewachsene Berufstätigkeit zerstört. Und auch die Arbeit des Mannes, die keine volle Werkschöpfung, sondern eine für die Persönlichkeit sinnlose Teilverrichtung wird, verliert ihre sittlichende und erhebende Kraft. Es ist wahr, daß die moderne Technik unerhörte Wunderwerke schafft, aber alle die Erfindungen und Entdeckungen bedeuten doch nichts anderes, als daß durch sie das Unglück, die Misere, der Jammer der Millionenanhäufungen um einiges gelindert wird. Alle die Möglichkeiten, die der Dämon des Erfindungsgeistes uns gegeben hat, lösen sich, wenn wir die Frage stellen, was sie uns denn wirklich bringen, in nichts auf. Wozu brauchen wir so viel Licht in der Welt? Weil wir in den Städten zusammengepfertcht wohnen, und weil wir abends zu Hunderttausenden durcheinanderlaufen, was natürlich beleuchtet werden muß. Wozu brauchen wir in der Luft herumzufliegen? Was brauchen wir Telefon? Um unser Wohlbefinden kümmert sich der Dämon Erfindungsgeist nicht, er liefert uns bloß den Lärm und Gestank und — da er materielle Güter schafft, die wieder zur Bevölkerungszunahme führen — liefert er uns die Masse. Zweifellos hat sich die Wissenschaft, wo sie der Technik genützt hat, als sehr fruchtbar erwiesen, aber unsere wirklichen Einsichten in das Wesen der Dinge sind heute nicht um einen Deut größer, als es früher der Fall war. Nichts hat die moderne Kultur für unser inneres Leben, für unser Glück, unsere Zufriedenheit, unsere Tiefe geleistet. „Ein großer Aufwand schmachlich ist vertan. Die Hoffnung, daß die moderne Kultur sich selbst überwindet, da sich mit zunehmender Kultur eine Tendenz der Verringerung der Bevölkerungszunahme ergibt, nimmt wohl allzu lange Zeiträume in Aussicht. Ebenso wenig können wir darauf warten, daß mit der letzten Tonne Kohle die letzte Tonne Eisen verschmolzen wird. Bleibt daher nur übrig, mit einer Dosis Resignation uns in einen Verteidigungszustand gegen alle die Schrecklichkeiten zu versetzen.“ Wäre das alles? Ist nichts zu sagen von dem materialistischen Zug unserer Zeit, der Überschätzung der materiellen Seite der irdischen Wohlfahrt, der einseitigen Würdigung der auf den praktischen materiellen Nutzen gerichteten Wissenszweige, der Erniedrigung der Kunst in materialistischen Realismus, der moralischen Erniedrigung, der Anarchie der Sitten, den Kennzeichen überkultivierter und sinkender Zeitalter?

Und dennoch! Seien wir keine Pessimisten! Die Menschheit hat schlimmere Zeiten überwunden. Es handelt sich heute um die Übergangszeit in ein höheres, besseres Zeitalter der Versöhnung und harmonischer Wohlfahrt. Die Voraussetzung dazu ist nicht schwer zu erfüllen: Rückkehr zur christlichen Wahrheit und Gesittung, zugleich mit einer entsprechenden Organisation der Gesellschaft! *A time of anxiety, yet of hope!* wie Macaulay sagte. Unsere Zeit hat auch überall viel Gutes. Sehr richtig bemerkte Helferich: Der einzige Satz, daß der Mensch als solcher Rechtssubjekt ist, wiegt für die Menschheit mehr als alle Triumphe der Industrie. Doch auch die materiellen Fortschritte wollen wir dankbar anerkennen, dabei freilich ein offenes Auge bewahren für

die vielen Mängel der modernen Volkswirtschaft, die einem weiteren Fortschritt Raum gewähren und denselben dringend erfordern. Selbst diejenigen, welche einseitig vergangene Zeiten loben, würden nur eine teilweise Wiederherstellung derselben wünschen. Folgen wir diesbezüglich ihren weisen Ratschlägen, indem wir das Gute der Vergangenheit mit den Vorzügen der Gegenwart nach Möglichkeit vereinen.

§ 5.

Kennzeichen des Volkswohlstandes im allgemeinen.

Literatur: A. Wagner, Grundlegung der politischen Ökonomie*. Erster Teil. Erster Halbband (1892) 431—439. — Julius Lehr, Grundbegriffe und Grundlagen der Volkswirtschaft. Zur Einführung in das Studium der Staatswissenschaften, in Frankensteins Hand- und Lehrbuch der Staatswissenschaften I, 1. Abt. (1893) 200—202. 2. Aufl. herausgegeben von Max v. Heckel, Die Grundbegriffe der Nationalökonomie (1901) 214—216. — Mithoff-(Schönberg), Die volkswirtschaftliche Verteilung, in Schönbergs Handbuch der politischen Ökonomie I⁴ (1896) 781—784. — Lexis, Die volkswirtschaftliche Konsumtion, ebd. 789 ff. — J. v. Costa-Rossetti, Allgemeine Grundlagen der Nationalökonomie (1888) 30—38. — Julius Wolf, Sozialismus und kapitalistische Gesellschaftsordnung (1892) 307—566. — John Towne Danson, Economic and Statistical Studies (1906). — W. Sombart, Warum gibt es in Amerika keinen Sozialismus? (1906.) — E. v. Halle, Weltwirtschaft (1906). — W. J. Ashley, Das Aufsteigen der arbeitenden Klassen Deutschlands im letzten Vierteljahrhundert, übersetzt von P. Scharf (1906). — Fischer, Die wirtschaftliche Bedeutung Deutschlands (1906); 2. Aufl., Die Industrie Deutschlands und seiner Kolonien (1908). — Hermann Krose, Der Niedergang einer großen Nation, in Stimmen aus Maria-Laach LXXI (1906) 285 ff. — Deutschlands Wohlstand, in den Historisch-politischen Blättern 1909. — Rathgen, Handels- und Zahlungsbilanz, im Wörterbuch der Volkswirtschaft I³ (1911). — Lexis, Verteilung, im Handw. der Staatswissenschaften VIII³ (1911) usw. Die hierhin gehörigen statistischen Angaben.

73. Wert und Bedeutung der Kriterien. Die Kennzeichen des Volkswohlstandes beziehen sich nicht auf die Volkswohlfahrt in ihrer ganzen Ausdehnung. Was sie bieten, ist lediglich eine mehr oder minder bestimmte Vorstellung von der materiellen Seite, der materiellen Basis der Wohlfahrt. Darum zeigen die Kennzeichen, die wir anführen werden, auch nur bedingt wahre Wohlfahrt an, in der Voraussetzung nämlich, daß die Ausstattung der Volksgenossen mit materiellen Gütern nicht auf Kosten und unter Verlust höherer Güter der Kultur, der Religion, der Sittlichkeit des Volkes, sich vollziehe¹.

Ein einzelnes Kriterium genügt ferner kaum, um ein richtiges Urteil über den Wohlstand des Volkes zu ermöglichen. Dazu ist die gleichzeitige Berücksichtigung der verschiedensten Kennzeichen erforderlich. Aber auch in ihrer Vereinigung bleiben es bloß „Kriterien“, die, zusammengefügt, noch lange kein genaues und getreues „Bild“ des Volkswohlstandes ergeben.

¹ Über den Zusammenhang zwischen bonum honestum und bonum utile vgl. Bd. I², Kap. 1, § 3, 19 (18 f.). Ignaz Wild, Wertlehre (1908) 7 ff.

Kaum brauchen wir hinzuzufügen, daß der Volkswohlstand nicht nach allen Seiten hin vollständig und genau durch Zahlen umschrieben und beschrieben werden kann. Die Zahlen lassen uns überdies bei manchen, auch wesentlichen Punkten im Stich¹. Für die neueste Entwicklung fehlt zurzeit meist noch eine genaue Statistik. Manche Zahlen, die sich auf die Zeit vor dem Weltkriege beziehen, erwecken dem Deutschen nur wehmütige Erinnerungen. Sie zeigen aber doch, was Deutschland war und was es mit Gottes Hilfe in einer glücklicheren Zukunft wieder werden kann.

Nach diesen Vorbemerkungen wird es nicht schwerfallen, Bedeutung und Wert der wichtigeren Kennzeichen des Volkswohlstandes richtig zu beurteilen. Wir müssen vor allem über ein Doppeltes Aufschluß erhalten: Steht eine genügende Menge von Gütern zur Verfügung, um den Bedarf eines an Zahl wachsenden Volkes nach den Anforderungen der erreichten Kulturstufe zu decken? Verteilen sich ferner diese Güter so über die Gesamtheit des Volkes, nach Menge und Art, daß selbst den unteren Klassen ein menschenwürdiges Dasein ermöglicht, die Armut beschränkt, das Elend ausgeschlossen werde?

74. Die verfügbare Gütermenge ist im wesentlichen abhängig von dem, was ein Volk produziert. Das Ergebnis der jährlichen Gütererzeugung nach Abzug der volkswirtschaftlichen Kosten, mit der Volkszahl verglichen, kommt unter den Kennzeichen des Volkswohlstandes an erster Stelle in Betracht². Ohne das Vorhandensein einer für die Bedarfsdeckung ausreichenden Gütermenge kann von dem Wohlstande des Volkes keine Rede sein. Andererseits ist die Tatsächlichkeit des allgemeinen Wohlstandes mit der bloßen Anwesenheit jener Gütermenge noch lange nicht gegeben³. Das muß man vor Augen behalten, wo immer, sei es von der absoluten Gütermenge (aggregate wealth) oder aber auch von einem Durchschnitt (average or per capita wealth) in unserer Frage die Rede ist. Als ein Bayer vernahm, daß in seinem Vaterlande der Statistik zufolge auf den Kopf der Bevölkerung eine beträchtliche Anzahl Liter Bier kämen, fragte er gerührt: „Wo sind die meinen?“ Die Erhöhung der Kopfquoten beweist zunächst nur die Möglichkeit einer besseren Versorgung des Volkes. Es kommt aber darauf an, ob auch in Wirklichkeit eine Hebung der Lebenshaltung in der Masse der Bevölkerung eingetreten ist⁴.

¹ Über die Notwendigkeit und Durchführung eines Auf- und Umbaues der Wirtschaftsstatistik vgl. Rudolf Meerwarth, Einleitung in die Wirtschaftsstatistik (1920).

² Wagner, Theoretische Sozialökonomik I (1907) 75; Grundlegung I³, 2, 468 636 ff.

³ Nur in diesem beschränkten Sinne ist richtig, was James Mill (Commerce Defended 105) sagt: „A nation is poor or is rich according as the quantity of property she annually creates in proportion to the number of her people is great or is small.“

⁴ Über Kopfquote des Verbrauchs vgl. auch Lexis, Allgemeine Volkswirtschaftslehre² (1913) 39.

Von der Vergrößerung der nationalen Produktion, von der Vermehrung des Gesamtproduktes eines Landes wird der allgemeine Wohlstand des Volkes mitbestimmt, hängen die möglichen Fortschritte in der Verteilung der Güter unter den Volksgenossen wesentlich ab. Wo es an Produktion mangelt, ist Elend das Los des Volkes. Für jede an Zahl der Bevölkerung wachsende Nation heißt es darum: zuerst mehr produzieren, dann könnt ihr mehr verteilen¹.

Die industrielle Entwicklung Deutschlands hatte keinen Rückgang seiner Produktion von Nährfrüchten im Gefolge gehabt. Im Gegenteil nahm diese stärker zu, als relativ die Bevölkerung wuchs. Das führte sich auf die wesentliche Verbesserung des Betriebes (bessere Düngung, gesteigerte Anwendung maschineller Kraft) zurück. Beim Roggen betrug vom Jahrfünft 1883/87 bis zum Jahrfünft 1908/12 die Steigerung der Anbaufläche 5,8 %, die Steigerung der Erntemenge 87,7 %, die Steigerung des Ertrags pro Hektar 77,7 %. Der Ertrag pro Hektar betrug für Weizen im Durchschnitt der Jahre 1883/87: 13,4 Doppelzentner (100 kg), für Kartoffel 87,4 Doppelzentner; im Durchschnitt der Jahre 1908/12: für Weizen 20,7 und für Kartoffel 133,4 Doppelzentner pro Hektar. Im Jahre 1912 beliefen sich die Ernteerträge pro Hektar in Doppelzentnern: für Weizen auf 22,6, für Roggen auf 18,5, für Kartoffel auf 150,3. Gleichzeitig betrugen die Ernteerträge pro Hektar in Doppelzentnern: in Rußland (?) für Weizen 6,9, für Roggen 9,0, für Kartoffel 81,7; in Frankreich für Weizen 13,8, für Roggen 14,3, für Kartoffel 74,2; in den Vereinigten Staaten für Weizen 10,7, für Roggen 10,6, für Kartoffel 76,2; in Argentinien für Weizen 9,3 usw. In der Produktion von Rübenzucker stand Deutschland mit 2 701 000 Tonnen an erster Stelle in der Welt. Durch Verbesserung der Schläge, sachgemäße Züchtung und Fütterung hatte auch die deutsche Viehzucht vor dem Weltkriege eine ansehnliche Höhe erreicht.

Für die industrielle Entwicklung von höchster Bedeutung ist der Vorrat von Kohle und Eisen, über welchen ein Land verfügt. Deutschland war in der Friedenszeit diesbezüglich günstig gestellt. Der Wert der unmittelbaren Erzeugnisse des deutschen Bergbaues hob sich in den Jahren 1887—1911 (für Kohlen, Erze, Salze) von etwa 700 Millionen *M* auf mehr als 2 Milliarden *M*. Durchweg steigerte sich die industrielle Produktionskraft Deutschlands rasch und stark, wie sich aus der Zunahme der Ausfuhr der verschiedenen Industrieerzeugnisse, bei gleichzeitiger Stärkung des inneren Marktes für die gleichen Produkte, ergab.

Der außerordentlich glänzenden industriellen Entwicklung entsprach auch die Blüte des Handels- und Transportgewerbes, des Postverkehrs, der Eisenbahnen, der Schifffahrt usw.

Alles dieses erlitt nun durch den unglücklichen Ausgang des Weltkrieges² eine unglaublich schwere Schädigung. Deutschland mußte Gebiete abtreten, die für seine Lebensmittel- und Rohstoffversorgung von größter Bedeutung waren. Westpreußen und Posen waren Überschußbezirke, die nicht nur die eigene Bevölkerung nährten, sondern auch erhebliche Überschüsse für die Versorgung

¹ Wagner, Grundlegung I³, 2, 667.

² Vgl. Lorenz Zach, Die Friedensbedingungen und ihre wirtschaftlichen Folgen für Deutschland (1919).

anderer deutscher Landesteile lieferten (namentlich Roggen, Kartoffeln). Auch verbleibt Deutschland, nach Abzug des Viehbestandes der abzutretenden Landesteile (speziell von Ostpreußen, Schleswig-Holstein und Elsaß-Lothringen) und der an die gegnerischen Mächte abzuliefernden Viehmengen, ein überdies schon durch Fleischnot und Mangel an Futtermitteln äußerst geschwächter Restbestand von Vieh. Für die nächste Zeit nach dem Frieden und bei gleichbleibender Bevölkerung, wohl auch länger, wird Deutschland zur Deckung seines Fleischbedarfs auf Einfuhr aus dem Auslande angewiesen bleiben. Mit dem Rückgang des Viehbestandes ist zugleich ein entsprechender Ausfall der Nebenprodukte der Viehwirtschaft (Milch, Butter usw.) verbunden. 1918 konnte z. B. Westpreußen noch 36 151 Zentner Butter abliefern und Posen 27 000 Zentner. Die Einfuhr landwirtschaftlicher Produkte aus dem Auslande begegnet zunächst großen Schwierigkeiten. Das meiste, ja nahezu alles, wird die deutsche Landwirtschaft selbst leisten müssen für die Versorgung des eigenen Volkes. Darum Menschenkraft auf das Land, Maschinen, Düngemittel usw., kurz all das, was zur weiteren Intensivierung der Landwirtschaft vonnöten ist!

Die Steinkohlenförderung betrug im letzten Friedensjahre 191,5 Millionen Tonnen. Während des Krieges verminderte sie sich beträchtlich und betrug 1918 nur 161,5 Millionen Tonnen. Hauptursachen des Rückganges waren das Fehlen vieler gelernter und erfahrener Bergleute, die Verminderung der Arbeitskraft durch die Hungerblockade, die Verkürzung der Schichtdauer, die Verschlechterung im Zustande der Betriebsanlagen. Später wirkten dann noch die sinnlosen Streiks unheilvoll ein. Nun kommt aber noch hinzu der Verlust der lothringischen Steinkohlen (etwa $3\frac{1}{2}$ Millionen Tonnen), der Saarkohlen für 15 Jahre (etwa 9% der ganzen Produktion Deutschlands), eventuell der Kohlenförderung Oberschlesiens (rund 23% der gesamten deutschen Steinkohlenproduktion), überdies noch die aus dem verminderten Bestande der Produktion zu leistenden starken Lieferungen von Kohle und Kohlederivate (Benzol, Steinkohlenteer) an die gegnerischen Mächte — alles das bedeutet für Deutschland den Verlust von mehr als der Hälfte des Gesamtkohlenbedarfs. Man verweist auf die Möglichkeit gesteigerter Braunkohlenförderung, die stärkere Verwertung der Torflager, Ersatz der Kohle durch Ausnutzung der Wasserkräfte, fordert Sparsamkeit in der Verwendung der Kohlenvorräte. Das kann aber nicht ersetzen, was Deutschland verlor. Der wirtschaftliche Aufschwung vor dem Kriege, die Entfaltung der Industrie war nur möglich durch den Reichtum an eigener, billiger Kohle.

Deutschland konnte ferner bis zum Weltkriege der ganzen Welt gute und preiswerte Eisenerzeugnisse liefern. Es war einer der ersten Eisenlieferanten des Weltmarktes. Nach dem Verluste der lothringischen Minette wird nun die deutsche Eisenindustrie von ihrer bisherigen stolzen Höhe herabsteigen müssen. Einen schmerzlichen Verlust würde auch das fernere Fehlen der oberschlesischen Zinkerze und der entsprechenden Hüttenwerke für Deutschland bedeuten. Die westlichen Zinkwerke haben schon vor dem Kriege ausländische Erze in Anspruch nehmen müssen, und es ist fraglich, in welchem Umfange das nach dem Kriege möglich sein wird. Ebenso fallen für Deutschland fürderhin mit dem Elsaß das elsässische Kali und die (während des Krieges zum ertragreicheren Schachtbau übergegangenen) Pechelbronner Petroleumwerke hinweg. Überdies verliert Deutschland zugleich mit seinen Kolonien den wachsenden Reichtum kolonialer Rohstoffe und Rohprodukte.

Durch den Länderverlust muß Deutschland sodann auf ein Zehntel seines früheren Eisenbahnnetzes verzichten (1912 betrug dessen Länge 60 521 Kilometer). Die Bewegungsfreiheit der deutschen Verwaltung wird überdies wesentlich eingeschränkt (im Hinblick auf Gebühren, den Bau neuer Eisenbahnen usw.). Schwer litt auch der Verkehr durch die Auslieferung von Lokomotiven und Wagen. Sollten und konnten die Eisenbahnen vor dem Kriege Überschüsse liefern (privatwirtschaftliches Prinzip), so hörte man später nur von großen Defiziten reden und von den die ganze Volkswirtschaft schwer drückenden übermäßigen Tarifen.

Von der glänzenden Entwicklung seiner Handelsflotte bleibt Deutschland nur die Erinnerung. Im Jahre 1896 hatte der Raumgehalt der deutschen Kauffahrteischiffe 1 969 238 Bruttoregistertonnen betragen, 1913 aber 4 935 999 Bruttoregistertonnen. Die größten Handelsschiffe mußte Deutschland sämtlich ausliefern, von den andern die Hälfte und von den Fischereifahrzeugen ein Viertel. Auf die wichtigsten Kabel mußte es verzichten. Auch von der Flußschiff-tonnage war ein beträchtlicher Teil abzutreten. Die „internationalen“ Ströme Mitteldeutschlands (Elbe und Oder) wurden internationalen Kommissionen unterstellt, Donau und Rhein internationalisiert. Der Kieler Kanal ist fürderhin der internationalen Schifffahrt geöffnet, Danzig Deutschland genommen.

Wer in der Schädigung des deutschen Volkswohlstandes und in der Lähmung der deutschen Volkswirtschaft das Hauptkriegsziel der stärksten Gegner Deutschlands erblickt, der muß gestehen, daß dieses Ziel tatsächlich erreicht worden ist.

75. Außenhandel. Es wird nicht selten behauptet, daß insbesondere auch der Umfang des Außenhandels, allgemein betrachtet, ein Gradmesser des Volkswohlstandes sei. Doch kann die Steigerung der Ausfuhr jedenfalls nicht immer und überall als ein gutes Zeichen gelten. Die Ernährung des russischen Volkes zum Beispiel wurde durch starke Getreideausfuhr zeitweilig schwieriger und schlechter. Ferner deutet starker Getreideexport unter Umständen eine ungünstige Besitzverteilung an. Der kleine selbständige Grundeigentümer in Bulgarien und Serbien ißt sein Getreide selbst; er verkauft nur so viel, als er Geldes bedarf, um die Steuern zu zahlen. Wo aber der Großgrundbesitz vorherrscht, Pächter- und Halbpächtersystem, da steigert sich der Export. Wird der inländische Arbeiter relativ schlecht entlohnt und können die Waren deshalb billiger an den Weltmarkt abgegeben werden, dann hat die Volkswirtschaftslehre ebenfalls kaum Ursache, eine solche Ausfuhr den günstigen Kriterien des Volkswohlstandes beizuzählen usw.

Andererseits läßt sich nicht bestreiten, daß die Entwicklung des Außenhandels für den Volkswohlstand von größter Bedeutung sein kann. Nehmen wir die Verhältnisse, wie sie sich finden bei den Kulturvölkern europäischer Zivilisation. Überall sehen wir eine mehr oder minder lebhaftete Beteiligung am internationalen Verkehr, wenn dieser Beteiligung nicht die Wege verlegt werden. Dabei sind nicht etwa bloß die Großindustrie, die großen Handelshäuser und Schifffahrtsunternehmen, sondern alle sozialen Klassen der Bevölkerung an der günstigen Gestaltung des Außenhandels, insbesondere des Seeverkehrs, in irgendeiner Weise

interessiert. Deutschland zum Beispiel brauchte vor dem Weltkriege für fast ein Sechstel seines Bedarfs Lebensmittelfuhr aus der Fremde. Abgesehen von allen überseeischen Genußmitteln kam ein Viertel des Brotgetreides vom Auslande. Für rund zwei Milliarden Mark Rohstoffe und Halbfabrikate lieferten unserer Industrie fremde Staaten. Dabei waren 70 % des gesamten deutschen Außenhandels Seehandel. Nordamerika gab uns Baumwolle, aus den La Plata-Gebieten oder Australien erhielten wir Wolle, aus Rußland Lein, von Südbrasilien oder Uruguay Leder. Indien sandte Reis und Gewürze, Argentinien oder die Union Weizen, Brasilien oder Java Kaffee, China Tee, Norwegen Heringe, Sumatra Tabak usw.¹ Man nehme diese Zufuhren weg, wie es in der Kriegszeit geschah, welche eine Erschwerung und Verschlechterung der Lebensführung, Verteuerung des Lebensunterhaltes für das ganze Volk, in allen seinen Schichten und Klassen, mußte das zur Folge haben!

Wir übergehen die besondern Vorteile, welche den Verkehrsgewerben, dem Land- und Wassertransport, dem Hafendienst, der Spedition, Kommission, dem Hotelwesen, der Schenk- und Speisewirtschaft usw., aus der industriellen und merkantilen Entwicklung mit starker Ausfuhr erwachsen. Nur daran sei erinnert, wie gerade die Arbeiter in Lohn und Lebenshaltung von der Bewahrung und Ausdehnung des industriellen Absatzgebietes, von den internationalen Handelsbeziehungen abhängig geworden sind. Allein in der Textilindustrie und in den Bekleidungsgewerben Deutschlands nach ihrem Bestand im ersten Dezennium des Jahrhunderts würden nach Eckert bei stockender Zufuhr von Baumwolle, Wolle, Seide, Flachs, Hanf, Jute bis zu zwei Millionen Menschen der Gefahr der Arbeitslosigkeit ausgesetzt gewesen sein.

Gehört eine blühende Landwirtschaft zum sichersten Rückhalt der Industrie, so garantiert anderseits eine hochentwickelte und regelmäßig auch an der Weltwirtschaft beteiligte Industrie der Landwirtschaft höhere Preise, als sie bei der Ausfuhr irgendwo sonst erwerben könnte. Die Kaufkraft der im Inlande benachbarten Industrie, der gewisse lohnende Absatz, ermöglicht größte Intensität und Vielseitigkeit des Anbaues. Die Gemüsezucht, die landwirtschaftlichen Nebengewerbe der Viehzucht, Molkerei, Getreidemüllerei, Zuckerfabrikation und Brennerei gelangen dabei zu großer Blüte usw.

Es steht also ganz außer Frage, daß die Zunahme des Außenhandels für die Entwicklung des nationalen Wohlstandes von nicht geringer Bedeutung ist².

Wie aber, wenn der Außenhandel damit endet, daß man zahlen muß? Kann ein Außenhandel auch dann noch als vorteilhaft gelten, wenn er keinen unmittelbaren zahlenmäßigen Geldgewinn abwirft?

Die Einzelwirtschaft oder das Volk, die mehr einnehmen, als sie ausgeben, profitieren; umgekehrt: zugrunde gehen muß schließlich, wer dauernd mehr aus-

¹ Christian Eckert, Die Seeinteressen Rheinland-Westfalens (1906) 32 ff.

² Für umfassende Zahlenangaben verweisen wir insbesondere auf Borgius in E. v. Halle, Die Weltwirtschaft II (1906) 234 ff.; Richard Calwer, Jahrbuch der Weltwirtschaft (1912) 390 ff. Auch Karl Helfferich, Deutschlands Volkswohlstand 1888—1913 (1914).

gibt, als er einnimmt. Das ist richtig, wenn das gesamte Einkommen eines Volkes ins Auge gefaßt wird und dabei sich herausstellt, daß mehr verbraucht als eingenommen wird. Wie aber stellt sich die Sache, sofern lediglich eine größere Einfuhr einer kleineren Ausfuhr von Waren gegenübersteht?

In der merkantilistischen Zeit galt die Übereinstimmung zwischen Einnahmen und Ausgaben als gestört, wenn beim Vergleich des Wertes der Wareneinfuhr und der Warenausfuhr sich herausstellte, daß die fremdländischen Produkte der Einfuhr nicht ganz mit den Landesprodukten der Ausfuhr bezahlt wurden. Der Überschuß der Einfuhr mußte nun mit Edelmetall gedeckt, der Saldo durch Abgabe von Gold und Silber an das Ausland ausgeglichen werden. Eine solche passive Handelsbilanz aber, bei welcher sich aus dem Vergleiche des Wertes von Warenein- und -ausfuhr ein Saldo zum Besten fremder Staaten ergab, erschien ohne weiteres, wie wir an anderer Stelle schon darlegten, als eine „ungünstige“ Bilanz, die allmählich zur Verarmung des Landes führen müsse. Es galt darum als Forderung kluger Handelspolitik, einen Verkehr mit fremden Ländern zu beschränken oder zu verhindern, der zu einer passiven Handelsbildung für das eigene Land führte. Auf freihändlerischer Seite war und ist man dagegen auch heute geneigt, in der passiven Handelsbilanz sogar ein Zeichen zunehmenden Reichtums zu sehen, einen Beweis, daß die Kaufkraft des Inlandes gewachsen und daß das Ausland größere Zahlungsverbindlichkeiten gegenüber dem Lande mit „ungünstiger“ Handelsbilanz haben müsse. Beide Auffassungen generalisieren, sie treffen nicht das Richtige für jeden einzelnen Fall.

76. Handels- und Zahlungsbilanz. Die Erfahrungen, die man in England mit dem ostindischen Handel machte, führten bereits im 17. Jahrhundert zu der Erkenntnis, daß bei der Frage, ob die Handelsbilanz günstig oder ungünstig sei, der Gesamtverkehr des Landes und der ganze Handelsumsatz in Anschlag zu bringen sei, nicht der Verkehr mit einem einzelnen andern Lande. England mußte für die indischen Waren Silber abgeben, erzielte aber beim Verkauf jener Waren im Verkehr mit andern Ländern beträchtliche Gewinne. Ferner wußte schon Child, daß Handels- und Zahlungsbilanz¹ keineswegs immer zusammenfallen. Ein Land kann zu Zahlungen genötigt sein, die sich nicht aus dem Warenverkehr ableiten, und es kann dieser Zahlungsverpflichtung durch gesteigerte Warenausfuhr genügen. So durfte Child auf Irland hinweisen, das jedes

¹ Der internationale Verkehr beschränkt sich nicht auf die Warenbewegung. Diese ist, mit Rudolf Kobatsch (Internationale Wirtschaftspolitik [1907]) zu sprechen, nur ein Einzelfall des „sachlichen internationalen Verkehrs“ neben dem „internationalen Kapitalienverkehr“. Dazu kommt dann noch der „persönliche internationale Verkehr“ (Ein- und Auswanderung, kommerzieller und touristischer Reiseverkehr). — A. Sartorius v. Waltershausen unterscheidet zwischen Handels-, Forderungs- und Zahlungsbilanz. Die Zahlungsbilanz ist die Gegenüberstellung fälliger und in Geld beanspruchter Forderungen zwischen zwei Ländern. Sie bildet einen Teil der internationalen Forderungs- oder Verpflichtungsbilanz. Die gegenseitige Aufrechnung gewisser Forderungen in dem Kontokorrent zweier Völker, und zwar der Forderungen für gelieferte Sachgüter aller Art, wird als Handelsbilanz bezeichnet. Das volkswirtschaftliche System der Kapitalanlage im Auslande (1907) 70 ff.

Jahr an England Pachtzinsen zu entrichten habe, dieserhalb eine große Menge von Waren ausführe, ohne einen Gegengewinn in Geld zu empfangen. Würde auch unter solchen Voraussetzungen für ein Land die Handelsbilanz in dem Sinne, daß mehr Waren aus- als eingeführt werden, sich aktiv gestalten, auf einen höheren Wohlstand des Landes könnte daraus nicht geschlossen werden. Die in jenem Sinne „günstige“ Handelsbilanz wäre dann doch nur das Ergebnis einer Verschuldung des Landes, der Notwendigkeit, Zinsen an andere Länder zu zahlen mittels gesteigerter Warenausfuhr. Auf der andern Seite beweist die Erfahrung, daß gerade bei wirtschaftlich hochstehenden Ländern ein Überwiegen des Imports, eine passive Handelsbilanz vorkommt. Die reichsten und im Reichtum fortschreitenden Länder Europas, wie England, Frankreich, Deutschland vor dem Weltkriege, hatten die „ungünstigste“ Handelsbilanz. „Die englische Handelsbilanz war 1820 bei 600 Millionen *M* Importen und 880 Millionen Exporten mit 280 Millionen *M* bzw. rund 50 % aktiv“, sagte (1901) R. E. May¹. „Heute, wo sie mit 50 % passiv ist, wird England sicher nicht mit jener Zeit zurücktauschen mögen, hat sich doch inzwischen sowohl sein Volkseinkommen pro Kopf (von 460 auf 720) als der Konsum pro Kopf um über 50 % gehoben.“

Man wird also bei der Beurteilung gegebener Verhältnisse, wie Rathgen² bemerkt, vor allem auf die Gründe der Aktivität und Passivität der Handelsbilanz im einzelnen Falle achthaben müssen. Die wahre und ganze Bedeutung der Handelsbilanz erscheint überdies in der Regel erst dann, wenn dieselbe im Zusammenhang mit allen andern internationalen Wertübertragungen, somit als Bestandteil der Zahlungsbilanz ins Auge gefaßt wird.

Die Zahlungsbilanz ergibt sich aus dem Warenverkehr, aus Darlehen und Kapitalanlagen im Ausland, den Zinszahlungen im Anschluß an jene Kapitalübertragungen, dem Gewinn aus Erwerbsgeschäften mit und in dem Auslande, Geldsendungen von Auswanderern und Wanderarbeitern, aus dem Reiseverkehr, aus internationalen Unterstützungen, Ausgaben für kriegerische Unternehmungen im Auslande usw. Für manche Länder mit „ungünstiger“ Handelsbilanz, wie z. B. England, Frankreich, Deutschland, Niederlande, verwandelt sich die passive

¹ Die Wirtschaft in Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft (1901) 69. Der Außenhandel betrug in Millionen Mark für das deutsche Zollgebiet 1887 zusammen 6245,9, im Jahre 1912 aber 19648,2 (Zunahme 214,7 %), für England 10721,5 bzw. 22858,1 (Zunahme 113,1 %), für die Vereinigten Staaten 5823,1 bzw. 15916,2 (Zunahme 173,3 %), für Frankreich 5890,8 bzw. 11669,8 (Zunahme 98,1 %). Die Einfuhr nahm in den bezeichneten Jahren für Deutschland um 243,8 % zu, für England um 108,7 %, für die Vereinigten Staaten um 136,9 %, für Frankreich um 95,0 %; die Ausfuhr für Deutschland um 185,4 %, für England um 119,3 %, für die Vereinigten Staaten um 208,6 %, für Frankreich um 101,8 %.

² Artikel „Handels- und Zahlungsbilanz“ in Elsters Wörterbuch der Volkswirtschaft I³ (1911) 1238 ff.

Handelsbilanz in eine aktive Zahlungsbilanz, weil sie für den Überschuß des Einfuhrwertes über den Ausfuhrwert der Waren in den Zinsen der dem Auslande geliehenen oder im Auslande angelegten Kapitalien, in den Gewinnbezügen aus dem Auslande usw. mehr als reichliche Deckung besitzen. Von der unmittelbaren Gefahr eines Verschuldungs- und Verblutungsprozesses kann also in der gekennzeichneten Voraussetzung keine Rede sein.

Bei der Beurteilung der Handelsbilanz in ihrer Bedeutung als eines Kennzeichens des Volkswohlstandes ist sowohl der Enthusiast als der Pessimist in Gefahr, zu einer falschen Auffassung zu gelangen. Eine außerordentlich rapide Entwicklung des Außenhandels wird bei dem einen Bewunderung erregen, dem andern vielleicht Anlaß geben zur Besorgnis für Dauer und festen Bestand der nationalen Wohlfahrt. Die Klugheit erfordert, daß nicht dieses oder jenes Empfinden hier einseitig entscheide, daß alle Momente zugleich beachtet werden, daß mit der Freude über die Gegenwart Voraussicht und Vorsicht für die Zukunft sich verbinde.

Man darf wohl im allgemeinen sagen: 1. Die ruhige, stetige, gleichzeitige und gleichmäßige Zunahme von Ausfuhr und Einfuhr kann für gewöhnlich als ein günstiges Zeichen aufsteigender wirtschaftlicher Entwicklung gelten. 2. Ändert sich das Verhältnis beider zueinander, dann muß neben der Warenbilanz, dem Unterschiede zwischen der Menge der aus- und der eingeführten Waren, auch die Zahlungsbilanz im Hinblick auf die übrigen Wertübertragungen von Land zu Land berücksichtigt werden. „Eine Erhöhung der Einfuhr über die Ausfuhr“, sagt Jul. Lehr¹, „kann schon zur Verarmung eines Volkes führen, sofern eben nur vorhandene Schätze aufgezehrt werden. Doch kann, auch ohne daß sich der Wohlstand mindert, die Einfuhr von Waren dauernd größer sein als die Ausfuhr, sobald einem Volke andere Länder tributpflichtig sind, sei es, daß es sich um Tribute im üblichen Sinne handelt, die heute freilich eine untergeordnete Rolle spielen, sei es, daß erworbenes flüssiges Vermögen aus Kolonien in das Mutterland wandert, oder sei es endlich, daß ein Volk dem andern verschuldet ist und Zinsen an dasselbe zu entrichten hat.“

Fügen wir 3. das ergänzende Urteil Rathgens² bei: „Eine ‚günstige Handelsbilanz kann zusammenhängen mit rasch wachsender Produktion, aber auch mit verminderter Kaufkraft, mit starken Ausleihungen an das Ausland, mit Rückzahlung von Schulden an das Ausland (wie zeitweise in den Vereinigten Staaten), mit starken Zinszahlungen an das Ausland (Rußland, Österreich-Ungarn, Ägypten). Wenn der radikale Freihandel in einer ‚ungünstigen‘ Handelsbilanz ein Zeichen wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit und von Kaufkraft sieht, so kann das richtig sein. Sie kann aber auch ein Zeichen sein, daß das vollwertige Geld durch

¹ Grundbegriffe 200 f.

² Wörterbuch der Volkswirtschaft I³ 1240.

Kreditgeld verdrängt wird, daß ein Land durch fremde Erwerbstätigkeit ausgebeutet wird, daß es in wachsende Verschuldung gegenüber dem Auslande gerät. Im letzten Falle kann zeitweise eine völlige Täuschung für das dahin exportierende Land entstehen, wenn es die zur Bezahlung der Exporte nötigen Gelder selbst in Form von Anleihen beschafft, nachher aber infolge des Bankrottes des sich verschuldenden Landes nichts zurück-erhält, wie aus neuester Zeit das Beispiel von Argentinien, Griechenland, Portugal zeigt. Aus allem ergibt sich die Unmöglichkeit, die Handelsbilanz ohne die übrigen Teile der Zahlungsbilanz zu würdigen.“¹

Oft wird darauf hingewiesen, daß die tatsächlichen Bilanzverhältnisse des internationalen Handels vermittelt der Statistik nicht genau festgestellt sind. Der Wert der Ausfuhr erscheine da zu klein und daher die Unterbilanz größer, als sie in Wirklichkeit sei. Conrad meint diesbezüglich, der Wert der Ausfuhr (nach den Inlandspreisen berechnet) sei gegenüber den tatsächlichen Verhältnissen ohne weiteres um 25—33 % (ja vielleicht noch mehr) zu niedrig angesetzt. In dieser Voraussetzung würde es sich allerdings zum Teil um eine rechnerische Unterbilanz handeln, die zur genauen Beurteilung der wirklichen Handelsbilanz keinen ausreichenden Anhalt bieten könnte.

Pohle machte auf das oben angedeutete Moment der Unsicherheit aufmerksam, welches die Notwendigkeit einer Deckung passiver Handelsbilanz durch andere Einnahmeposten für Dauer und ruhigen Bestand der materiellen Volkswohlfaht in sich birgt. Er sagt² (1902):

„Das jährliche Guthaben Deutschlands an das Ausland beläuft sich . . . auf ca. 1100—1150 Millionen M. Es reicht also jetzt gerade aus, um das Defizit zu decken, das sich ergibt, wenn man die Mehrausfuhr von Fabrikaten von der Mehreinfuhr an Rohstoffen und Lebensmitteln abzieht, wobei die Mehreinfuhr von Edelmetallen noch ganz außer Betracht gelassen ist. Eine andere Frage ist es, ob Deutschland darauf rechnen kann, die Mittel, mit denen es jetzt die große Passivität seiner Handelsbilanz ausgleicht, dauernd zu behalten und sie vor allem auch dem Wachstum der Bevölkerung entsprechend beständig zu steigern. In dieser Beziehung darf man die kommende Entwicklung nicht allzu rosig sich ausmalen. Die Einnahmen Deutschlands aus der Reederei zum Beispiel würden

¹ Die Statistik der Einfuhr ist schon wegen der Zölle vielfach genauer als die Statistik der Ausfuhr. Da in den meisten Staaten Gewichtszölle, nicht Wertzölle erhoben werden, ist die Quantitätsstatistik der Einfuhr besser als die Wertstatistik. Der Wert ist überhaupt eine wechselnde Größe. Selbst Sachverständige können sich in der Schätzung täuschen. Größer wird die Ungenauigkeit, wo lediglich die Angaben von Importeuren und Exporteuren vorliegen. Über „die Bedeutung der Zahlen der passiven Handelsbilanz“ vgl. auch die Abhandlung von Rochussen in Conrads Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik. 3. Folge, XXXI (1906) 23 ff. Erst seit 1867/68 sind über den Welthandel statistische Nachweise geführt worden, bis inkl. 1888 in den „Übersichten der Weltwirtschaft“ von Franz Xaver Neumann-Spallart und Juraschek, für die spätere Zeit in den „Geographisch-statistischen Tabellen“ des letzteren usw.

² Deutschland am Scheidewege 62 ff.

sofort einen erheblichen Rückgang erfahren . . . , wenn z. B. Amerika dazu überginge . . . , seine protektionistische Politik durch eine Nachahmung der Cromwellschen Navigationsakte oder durch ähnliche Maßnahmen zur Förderung des amerikanischen Schiffsbaues und der amerikanischen Schifffahrt zu krönen. Weiter ist es höchst unsicher, ob Deutschland immer in dem jetzigen oder gar noch in steigendem Umfange Gläubiger anderer Länder wird sein können. Die Schuldnerstaaten werden vielmehr das natürliche Bestreben haben, sich von dem deutschen Kapitalmarkte zu emanzipieren, und sie werden bei fortschreitender Entwicklung ihrer Volkswirtschaft und dementsprechender Zunahme ihres Kapitalreichtums auch bald in die Lage kommen, sich auf friedliche Weise durch Rückzahlung des geliehenen Kapitals von ihren Schulden zu befreien, wenn sie es nicht vorziehen, sich mit einem Schlage durch offenen oder verschleierten Staatsbankrott ihrer Verpflichtungen zu entledigen, wofür es ja bereits jetzt nicht an Beispielen fehlt. . . . Was endlich die Zukunftsaussichten der Einnahmen aus im Auslande industriell und kommerziell angelegtem deutschem Kapital betrifft, so besteht hier die Gefahr, daß dem Kapital schließlich der Kapitalist nachfolgt und dadurch Kapital und Zinsen dem Heimatlande verlorengehen. Wenn auch der, der ursprünglich die Kapitalanlage im Auslande begründet hat, noch Deutscher bleibt, so kann das in der zweiten oder dritten Generation leicht anders werden, zumal wenn sich in dem betreffenden überseeischen Staate die Verhältnisse mehr konsolidieren.

Angesichts all dieser Momente war Pohle geneigt, Viktor Leo beizustimmen, der in seiner Schrift „Entwicklungstendenz im Welthandel“ die Zeit nicht fern glaubt, wo durch die große Passivität unserer deutschen Handelsbilanz auch unsere Zahlungsbilanz passiv werde, so daß wir vom Kapital leben müssen. Man durfte nun vielleicht den Gedanken an eine amerikanische Navigationsakte abweisen, auch die andern Befürchtungen mit Rücksicht auf die damals immer noch wachsende Übertragung deutschen Kapitals ins Ausland für unwirksam halten¹. Dennoch vermochte schon vor dem Weltkriege die siegesgewisse Betonung der Tributpflicht des Auslandes, seiner wachsenden Abhängigkeit vom deutschen Kapital, der Lobpreis auf unsere gewaltige Kaufkraft nicht alle Bedenken zu verscheuchen, die sich aus der Tatsache ergaben, daß wir dabei selbst mehr und mehr von der ausländischen Produktion abhängig wurden. Die Gesamtentwicklung des Welthandels und des Außenhandels der einzelnen Nation wird überdies nicht bloß durch wirtschaftliche,

¹ Den deutschen Besitz an ausländischen Effekten berechnete Schmoller im Jahre 1892 auf 10 Milliarden Mark, der Reichsbankpräsident Koch im Jahre 1898 auf 12 Milliarden, das Reichs-Marineamt 1905 auf etwa 16 Milliarden Mark, die deutschen Kapitalanlagen in überseeischen Ländern auf 8—9 Milliarden Mark. Es mag sein Schönes haben, Gläubiger der ganzen Welt zu sein und von den Renten des Auslandes zu leben. Allein der internationale Gerichtsvollzieher fehlt. Fremde Macht und List kann dabei Quellen des Wohlstandes verschütten, wie das Deutschland in und nach dem Weltkriege nur zu bitter empfunden hat. Vgl. Kjellén, Die Großmächte, in Zeitschrift für Sozialwissenschaft IX (1906) 17 ff. Heinrich Dietzel, Die Theorie von den drei Weltreichen, in Barths „Nation“ (1900) 30 ff. usw.

sondern ebenfalls durch politische Faktoren und Tatsachen bestimmt¹, wie wir heute nur zu bitter erfahren mußten.

Was wir übrigens an dieser Stelle betonen wollten, ist zunächst nur das eine, daß mit der Aufführung der großen Zahlen der Zahlungsbilanz aber auch des Außenhandels noch kein durchschlagender Beweis wahren, wachsenden und dauernden Volkswohlstandes in allen Fällen erbracht sei. Ja es steht für uns ganz außer Zweifel, daß jede einseitige, überhastete, insbesondere gegenüber der Landwirtschaft rücksichtslose, exportindustrielle Entwicklung durchweg für größere Staaten keineswegs eine feste Unterlage und dauernde Garantie der Wohlfahrt bieten kann, wie sie zum Wesen und Begriff des Volkswohlstandes gehört. Nicht als ob wir den Wert auswärtiger Handelsbeziehungen unterschätzten oder gar eine künstliche oder gewaltsame Veränderung der volkswirtschaftlichen Struktur zugunsten der Landwirtschaft empfehlen wollten². Aber bei der Auffassung, die wir von dem Volkswohlstande haben, flößt uns ein Zustand, wobei der Schwerpunkt der nationalen Wohlfahrt auf die Brücke verlegt wird, die Ausland und Inland im Handelsverkehr verbindet, in etwa Bedenken ein. Der eine Pfeiler dieser Brücke, der im Auslande ruht, ist unserer Machtsphäre entrückt, in seiner Tragfähigkeit und seinem Fortbestehen von Bedingungen und Entwicklungen abhängig, deren Regelung sich unserem Einflusse ganz oder teilweise entzieht.

„Obwohl wir uns auf dem Meere regen müssen“, sagte Christian Eckert³ (1906), „lastet das Schwergewicht unserer wirtschaftlichen wie politischen Betätigung auch fürderhin auf dem Kontinent.“ Fügen wir

¹ W. J. Ashley, Das Aufsteigen der arbeitenden Klassen Deutschlands im letzten Vierteljahrhundert; übersetzt von P. Scharf (1906) 3 ff. Christian Eckert, Deutschland und England. Sonderabdruck aus der Deutschen Wirtschaftszeitung 1906. Der größere Vorrat und die bessere Beschaffenheit der Kohle, das der Baumwollenindustrie besonders angepaßte Klima Lancashires, die insulare Lage, die vorteilhafte Küstenbildung usw., das waren natürliche Vorzüge Englands, die Deutschland nicht in gleichem Maße aufweisen konnte. Dazu kam noch vom 17. Jahrhundert an die Begünstigung durch die geschichtliche Entwicklung. Der letzte Krieg, der England selbst heimsuchte, war die Fehde der Rundköpfe und Kavaliers, ein Krieg, der nicht lange dauerte und das Leben der großen Masse des Volkes kaum berührte. Deutschland hatte dafür seinen Dreißigjährigen Krieg, die Kriege Ludwigs XIV., Napoleons I. Die Freiheit des Binnenhandels und eine größere Vollkommenheit in den Verkehrsmitteln erreichte Deutschland erst im 19. Jahrhundert. In der industriellen Entwicklung, die für England im letzten Viertel des 18. Jahrhunderts begann, folgte Deutschland nicht vor der Mitte des 19. Jahrhunderts. Während die kontinentalen Mächte sich bekriegt, hatte England einen gewaltigen Vorsprung gewonnen in der Kolonisation und auf dem Weltmarkte.

² Über das Interesse aller Klassen des Volkes am Seeverkehr vgl. Christian Eckert, Die Seeinteressen Rheinland-Westfalens (1906) 32 ff.

³ Deutschland und England. Sonderabdruck aus der Deutschen Wirtschaftszeitung 1906, 10.

hinzu: Dort ist für den Volkswohlstand am besten gesorgt, wo das Schwergewicht der gesamten volkswirtschaftlichen Entwicklung im Inlande ruht, wo die produktiven Kräfte des eigenen Landes ausreichenden Schutz und möglichste Förderung finden, in fortschreitender Entfaltung zunächst und zuerst der besseren Versorgung der Volksgenossen dienen, dafür aber auch an einem leistungsfähigen inneren Markte den stärksten und schließlich für alle Fälle einzig sichern Rückhalt bewahren¹. Auf die Dauer wird speziell auch für die Arbeiterbevölkerung die ununterbrochene Arbeitsgelegenheit das entscheidende Moment sein, mehr als die Lohnhöhe, die bei dem sprunghaften Auf und Ab des Wirtschaftslebens doch viel wechselt. Für dauernde Arbeitsgelegenheit — bei gutem Lohne — bietet aber die Stärkung des inneren Marktes die beste Gewähr².

77. Das nationale Vermögen und Einkommen³. Auch hier liefern die großen Zahlen, wie die Statistik sie bietet, kein sicheres Kriterium.

Da hören wir⁴, daß um die Wende des Jahrhunderts nach Giffen das englische Nationalvermögen 10 037 Milliarden £, nach Mulhall (1896) 11 806 Milliarden £ beträgt oder betragen soll⁵. Foville schätzte damals den Wert des französischen Volksvermögens auf 225 Milliarden *Fr.*, Turquan auf 212,8 Milliarden *Fr.* Pantaleoni berechnete für Italien 48,1 Milliarden *L.*, Bodio 54,7 Milliarden *L.* Inama-Sternegg schätzte das österreichische Volksvermögen auf 30 Milliarden *fl.*, Fellner das ungarische auf 31,10 Milliarden *K.* 1890 soll das amerikanische Volksvermögen 65 Milliarden \$ betragen haben. Nach Becker belief sich das deutsche Volksvermögen 1886 auf 175 Milliarden mit jährlicher Zunahme um 5 Milliarden *M.* Das ergäbe für 1900 rund 250 Milliarden *M.* May rechnete

¹ Der Rückgang der heimischen Landwirtschaft würde die Industrie nötigen, den Verlust kaufkräftiger Abnehmer des Inlandes durch gesteigerten Export auszugleichen. Es wird aber der Wettbewerb um so leichter, je geringer der Prozentsatz ist, den ein Land auf dem Weltmarkte verwerten muß. Calwer, Einführung in die Weltwirtschaft 3.

² Heinrich Dade, Rede auf der 33. Generalversammlung der Steuer- und Wirtschaftsreformer, Febr. 1908.

³ Hier als Wertgröße, oben S. 354 ff. als Güterquantum.

⁴ Vgl. Friedr. Fellner, L'évaluation de la richesse nationale, im Bulletin de l'Institut International de Statistique XIII 2 (1903) 96 ff. Ders., Die Schätzung des Volkseinkommens (1904).

⁵ Nach Max Eckert (Handelsgeographie I [1906] 167 f.) wurde das englische Volksvermögen im Jahre 1800 auf 400 Millionen *M* geschätzt. 1860 habe es schon 125 Milliarden *M* betragen. Ende des Jahrhunderts belaufe es sich auf etwa 400 Milliarden *M* (!) oder rund 10 000 *M* auf den Kopf der Bevölkerung. Im Laufe des 19. Jahrhunderts hätte sich hiernach der britische Nationalreichtum annähernd um das Tausendfache vermehrt — wenn die Berechnungen richtig sind. Das französische Nationalvermögen stieg (ebenfalls nach Max Eckert) von etwa 100 Milliarden (1853) auf 300 Milliarden *M* (1903). Also Verdreifachung in 50 Jahren.

für dasselbe Jahr 224 Milliarden *M* heraus. Neuhaus nimmt 140 Milliarden *M* deutsches Privatvermögen an, mit Ausschluß des gewinnabwerfenden Staatsvermögens und des Vermögens der andern öffentlichen Korporationen. Nach Lexis betrug das Vermögen des Deutschen Reiches für 1896/97 etwa 160 Milliarden *M*. G. Evert¹ berechnete das versteuerbare Privatvermögen in Deutschland auf 150 bis 160 Milliarden *M*, das Volksvermögen in Großbritannien und Irland (für 1896) auf 236 Milliarden *M*. Die Vermögenszunahme schätzt Evert für Deutschland auf etwa 2 Milliarden *M* pro Jahr. Schmoller nahm für 1895 den Betrag von etwa 200 Milliarden *M* als deutsches Volksvermögen an. Steinmann-Bucher² schätzte es (1908) auf 350 Milliarden. Helfferich³ begnügt sich für dieselbe Zeit mit 290 bis 320 Milliarden (Durchschnittssatz für den Kopf der Bevölkerung 4500 bis 4900 *M*). Die Veranschlagung Edmond Thérays ergab 1908 für Frankreich ein Volksvermögen von 232,5 Milliarden *M* (auf den Kopf der Bevölkerung durchschnittlich 5924 *M*). Für England bewegen sich die Veranschlagungen um 230 bis 260 Milliarden *M* (pro Kopf 5100 bis 5800 *M*); für die Vereinigten Staaten veranschlagt das „Census Office“ das Volksvermögen auf rund 500 Milliarden *M* (5500 *M* pro Kopf) usw.

May schätzte das deutsche Volkseinkommen 1900 auf 31 165 Millionen *M*, Max Eckert auf 25 Milliarden *M*. Inama-Sternegg nimmt 1893 für Österreich ein Volkseinkommen von 2400 Millionen *fl.* an, Fellner für Ungarn 3210 Millionen *K* usw. Helfferich berechnet das jährliche private Volkseinkommen Deutschlands für 1912 auf 39 bis 40 Milliarden *M*, das Gesamteinkommen (mit Einschluß der öffentlichen Einnahmen) auf 42 Milliarden *M* (ca. 640 *M* pro Kopf). Für 1896 veranschlagt Helfferich das Gesamteinkommen Deutschlands auf etwa 23 Milliarden *M* (= ca. 440 *M* pro Kopf). In 16 Jahren hätte sich demnach das Gesamteinkommen um 80% gesteigert (pro Kopf um 45%). Schmoller nahm für das Jahr 1895 als Gesamteinkommen Deutschlands 25 Milliarden *M* an; Steinmann-Bucher für 1908 den Betrag von 35 Milliarden *M*; Leroy-Beaulieu bezifferte etwa um dieselbe Zeit das französische Volkseinkommen auf 20 Milliarden *M* (pro Kopf 514 *M*) und Chiozza Money veranschlagte das englische Volkseinkommen auf 35 Milliarden *M* (pro Kopf 815 *M*). Von den 42 Milliarden deutschen Volkseinkommens (das sich innerhalb der beiden letzten Dezennien der Friedenszeit durchschnittlich jedes Jahr um 1 Milliarde vermehrte) wuchsen (nach Abzug für öffentliche Verwendungen und privaten Verbrauch) nach Helfferichs Berechnungen jährlich 10 Milliarden dem Volksvermögen zu.

¹ Das Volksvermögen in den wichtigsten Kulturländern, in Die Woche vom 25. August 1906.

² 350 Milliarden deutsches Volksvermögen (1909). May, Deutsches Nationalvermögen und Einkommen, in Schmollers Jahrbuch 1909, 1459 ff.

³ Deutschlands Volkswohlstand 1888—1913 (1914).

Der Krieg hat natürlich gewaltig aufgeräumt. Helfferich urteilt, von der Substanz der deutschen Volkswirtschaft seien durch den Krieg 70 bis 80 Milliarden *M* verlorengegangen (in „Kreuzzeitung“ 1919). Der Verlust wird aber wohl in Wirklichkeit noch größer sein.

Die Zahlen von Volksvermögen und Volkseinkommen beruhen auf allgemeinen Schätzungen und weisen nicht unbedeutende Verschiedenheiten auf¹. Wichtiger ist für uns hier, was aus solchen Zahlen geschlossen werden kann.

Wenn z. B. Max Eckert das Gesamtvermögen des britischen Reiches auf rund 400 Milliarden *M* schätzte, das Frankreichs auf 330 Milliarden *M*, Deutschlands auf 200 Milliarden *M*, dann dürfte man vielleicht im Hinblick allein auf dieses Volksvermögen für sich betrachtet sagen mögen, Deutschland sei um die Hälfte weniger „wohlhabend“ als Frankreich, um das Doppelte weniger „wohlhabend“ als Großbritannien. Aber es wäre falsch, bloß auf Grund der angenommenen Verschiedenheit des Volksvermögens den Volkswohlstand Großbritanniens doppelt so hoch, den Frankreichs um die Hälfte höher zu schätzen als den Volkswohlstand Deutschlands. Volksvermögen und Volkseinkommen sind Summenbegriffe, Zahlenbegriffe, der Volkswohlstand ist ein Zustandsbegriff. Und dieser Begriff setzt sich eben aus einer ganzen Reihe von Momenten zusammen, unter denen das Volksvermögen ein zwar wichtiges, aber doch nur ein einziges Moment bildet. So kann es geschehen, daß in der Gesamtbeurteilung der Wohlstandsverhältnisse eines Volkes bei geringerem Volksvermögen wegen der gleichzeitigen günstigen Gestaltung der andern Momente ein höherer Volkswohlstand angenommen werden darf als bei einem Volke mit größerem Volksvermögen, aber schlechterer Verteilung usw.

Wir stimmen Marshall bei, sofern er das nationale Einkommen einen besseren Maßstab der allgemeinen wirtschaftlichen Lage nennt als das nationale Vermögen². „Denn das Einkommen besteht hauptsächlich aus Gütern, welche direkten Genuß gewähren, während der größere Teil des nationalen Reichtums aus den Produktionsmitteln besteht, welche der Nation nur insofern von Dienst sind, als sie zur Produktion genußbereiter Endprodukte beitragen.“ Der Vergleich zweier Nationen nach ihrem Geldeinkommen entscheidet aber nach Marshall noch nicht, welche von beiden Nationen die reichere sei. Es bleibt nämlich die Frage: „Ist hier das Gesamteinkommen der Einwohner oder das Durchschnittseinkommen maßgebend? Im ersteren Falle wäre Indien reicher als die

¹ „Alle Zahlenangaben über die Größe des Volksvermögens sind cum grano salis zu nehmen, sie können für größere Völker schon leicht um (einige) Milliarden von der Wirklichkeit abweichen“ (Behr). Anhaltspunkte zur Inventarisierung von Grund und Boden, Bergwerken, Jahresernten, Forderungen des In- und Auslandes usw. bietet Gottlieb Schnapper-Arndt in seiner Sozialstatistik (1908).

² Handbuch der Volkswirtschaftslehre, übersetzt von Ephraim und Salz I (1905) 125.

Niederlande, sonst aber umgekehrt. Das Durchschnittseinkommen ist für die Zwecke der sozialen Wissenschaften der richtigere Maßstab, aber der Staatsmann interessiert sich meist mehr für das wirkliche Gesamteinkommen, das nach Abzug des Existenzbedarfs verbleibt.“¹

78. Einkommensverhältnisse der Bevölkerung. Wichtiger als die Kenntnis eines aus dem Nationaleinkommen berechneten „Durchschnittseinkommens“ ist die direkte Feststellung des tatsächlichen Einkommens der Bevölkerung. Sehr richtig bemerkt diesbezüglich A. Wagner², daß die Größe des Volksvermögens und des Volkseinkommens, prunkhafte Zahlen der Statistik, keineswegs darüber entscheiden, in welcher Lage sich die Mitglieder des Volkes, die Klassen, Berufsstände, Familien und Individuen befinden. Er sagt: „Bedeutende Höhe des Volksvermögens und -einkommens und zugleich eine solche Verteilung desselben, daß auch die in ungünstigerer ökonomischer Lage befindliche Masse der Bevölkerung ihr genügendes Auskommen aus eigenem Einkommen zur vollständigen Befriedigung aller notwendigen Bedürfnisse und zur Teilnahme an wichtigeren Kulturgütern eines Zeitalters fortdauernd gesichert weiß, ist daher das zu erstrebende Ziel der volkswirtschaftlichen Entwicklung, — wenigstens in jenen Perioden der Weltgeschichte, wo mit der Erklärung der persönlichen Freiheit aller Bewohner auch das letzte Individuum aufgehört hat, nur als Mittel für die Zwecke anderer in Betracht zu kommen.“ Mithoff (Schönberg) glaubt ergänzend hinzufügen zu müssen³, „daß es für eine die Existenz und den Kulturfortschritt eines Volkes sichernde Verteilung des Einkommens vor allem auch auf den Zustand der mittleren Einkommensklassen ankommt. Sie müssen eine breite Schicht der Bevölkerung umfassen, und bei der Frage nach der Gestaltung ihres Einkommens ist es für die Volkswohlfahrt weniger wichtig, wenn auch wünschenswert, daß diese Schicht stetig zunimmt, als daß sie (der Mittelstand) sich behauptet und die gesicherte Basis ihres Einkommens habe.“ Vielleicht empfiehlt es sich, überdies ausdrücklich zu vermerken, daß die Abnahme speziell des ökonomisch selbständigen Mittelstandes und die Gefährdung der gesicherten Basis seines Einkommens als ein ungünstiges Zeichen der volkswirtschaftlichen Entwicklung aufgefaßt werden muß.

Es gibt nun verschiedene Wege, um mittelbar oder unmittelbar, schlußweise oder durch ziffernmäßige Feststellung der Bezüge einen mehr oder minder klaren Einblick in die Einkommensverhältnisse einer Bevölkerung zu erlangen.

So hat man zum Beispiel den zu bezahlenden Hauszins als Grundlage einer annähernden Schätzung der Wohlhabenheit in der Stadt Budapest ge-

¹ Zur Frage, die uns hier beschäftigt, vgl. H. Krose, Der Niedergang einer großen Nation, in Stimmen aus Maria-Laach LXXI (1906) 285 ff.

² Grundlegung I³ 411 ff.

³ Die volkswirtschaftliche Verteilung, in Schönbergs Handbuch I⁴ (1896) 783.

wählt¹. Danach zeigte die Bevölkerung der ungarischen Hauptstadt um die Wende des Jahrhunderts folgende Gliederung (ausgedrückt in Prozenten der Gesamtbevölkerung):

	K	%		K	%
Arme	bis 250	18,4	Bemittelte . . .	1000—2000	9,7
Vermögenslose . .	200—400	41,3	Vermögende . . .	2000—5000	2,2
Mäßig Bemittelte .	400—1000	28,2	Reiche	über 5000	0,2

Das Gesamtbild ist wenig günstig. Von je hundert Einwohnern sind bloß zwei vermögend. Dazu nebenbei bemerkt: 12 827 Wohnungen entbehren der Küche, 81 627 bestehen bloß aus einem Zimmer. Was aber die Zusammensetzung der Haushaltungen anlangt, so ergaben sich nur 97 776 unter 152 769, in welchen außer der Familie und den Diensthofen keine fremden Elemente (Aftermieter, Bettgeher) vorhanden waren. Erfreuliche Entwicklung des Volksvermögens und Volkseinkommens — dabei ein solches Wohnungselend in der Hauptstadt!

Das relativ beste Mittel, um einen allgemeineren Einblick in die Verhältnissverhältnisse zu erlangen, bietet die Steuerstatistik dort, wo eine allgemeine direkte Einkommensteuer besteht. Auch eine gut durchgeführte Vermögenssteuer kann wertvolle Aufschlüsse geben.

Muß im allgemeinen die Konzentration des Besitzes als ein ungünstiges Zeichen in der Entwicklung der Einkommens- und Vermögensverhältnisse eines Volkes betrachtet werden, so hat anderseits eine Änderung in der Verteilung als Verbesserung oder eine solche Schichtung der Bevölkerung nach Wohlstandsklassen als günstig zu gelten, bei welcher die Dezentralisation und Ausgleichung des Besitzes von oben nach unten hin auf der sozialen Leiter, mit allgemeinerer Teilnahme des gesamten Volkes am Volksvermögen und Volkseinkommen, Platz greift. Wenn wir unter diesem Gesichtspunkte zum Beispiel die Endergebnisse der preußischen Steuerstatistik vor dem Weltkriege taxieren wollen, so war mehr noch als das beträchtliche Wachstum des Volkseinkommens und Volksvermögens erfreulich die Abnahme der steuerfreien (mit unter 900 M Einkommen) und die Zunahme der steuerpflichtigen Bevölkerung. Erfreulich nicht etwa bloß aus fiskalischen Gründen, sondern weil dabei offenbar eine Hebung der Einkommensverhältnisse der unteren Klassen zutage tritt! Der einkommenssteuerpflichtige Teil der Bevölkerung war stärker gewachsen, als es der Zunahme der Gesamtbevölkerung entsprechen würde. Günstig war speziell auch die relativ starke Zunahme der Einkommenssensiten unter den gutgestellten Arbeitern und den verwandten Klassen. Die Statistik der Vermögenssteuer bewies aber auch, daß die besitzenden (vermögenssteuerpflichtigen, mit Vermögen über 6000 M) Klassen der Bevölkerung absolut zunahmen; relativ allerdings nicht in ganz gleichem Maße wie die Bevölkerung, was sich zum Teil wohl aus Mängeln der Veranlagung (bei hier fehlender Deklarationspflicht), der starken Einwanderung besitzloser Personen usw. erklärt.

¹ Vgl. Soziale Praxis XVI (1907) Nr. 29, 762.

Deutlich erkennbar war eine gewisse plutokratische Entwicklung. Die größeren Einkommen und Vermögen wuchsen relativ stärker als die kleineren. Milliardäre hatte Preußen und Deutschland nicht wie Nordamerika. Aber die Zahl der Millionäre wuchs beträchtlich.

Über das stärkere Anwachsen der großen Einkommen und Vermögen belehren uns die nachstehenden Tabellen der preußischen Einkommens- und Vermögensstatistik.

Vergleichende Übersicht der Ergebnisse der Ergänzungssteuerveranlagung für den preußischen Staat nach Einkommensgruppen. Die Ergänzungssteuer trifft die Vermögen von 6000 Mark an.

A = Zahl der Zensiten, B = Anteil der Zensiten vom Hundert der Gesamtzahl, C = Vermögensanteil der Einkommensklasse vom Hundert des gesamten steuerpflichtigen Vermögens.

Einkommensgruppe Mark	A			B			C		
	1895	1905	1908	1895	1905	1908	1895	1905	1908
900— 3 000	869 908	977 108	1 048 430	75,5	70,8	69,6	29,2	24,8	23,8
3 000— 6 500	161 657	221 992	266 309	14,0	16,1	17,7	15,8	14,7	16,0
6 500— 9 500	52 166	76 073	69 285	4,5	5,5	4,5	9,4	9,2	7,3
9 500— 30 500	44 741	68 649	79 777	3,9	5,0	5,3	19,5	20,2	19,7
30 500—100 000	8 740	14 284	17 811	0,8	1,0	1,2	14,1	15,4	15,6
über 100 000	1 579	2 848	3 787	0,1	0,2	0,3	11,6	15,2	17,0

Es ergibt sich aus dieser Aufstellung, sagt Noppel¹, daß sich die großen Vermögen bzw. die der hohen Einkommensklassen sowohl der Zahl der Zensiten wie dem Vermögen nach weitaus am schnellsten vermehren. Die 21500 Zensiten der beiden obersten Klassen besaßen 1908 bereits ein Drittel des gesamten veranlagten Vermögens. Der verhältnismäßige Rückgang in der ersten Einkommensstufe zeigt, daß die Lebenshaltung gestiegen und die Kaufkraft des Geldes gesunken und deshalb eine Vermögensbildung in dieser Stufe erschwert war.

Ein noch augenfälligeres Bild dieser Entwicklungstendenz bietet die Darstellung der sogenannten Vermögenspyramide:

Von den reichsten Zensiten besaßen vom steuerpflichtigen Gesamtvermögen:

		1896	1899	1902	1905	1908	1911	1914
die 1. Milliarde:		26	17	17	13	9	6	5
" 2. "		75	58	50	41	26	20	18
" 3. "		123	93	78	65	47	37	33
" 4. "		171	135	113	91	67	54	51
" 5. "		223	174	147	122	89	73	67
" 6. "		286	222	189	150	114	95	89
" 7. "		384	276	231	192	140	120	109
" 8. "		400	346	286	223	170	145	131
" 9. "		602	400	342	286	203	166	156
" 10. "		667	498	400	317	242	196	184
die ersten 10 Milliarden:		2957	2219	1853	1500	1107	912	843

¹ Die soziale Revolution, Flugschrift 12 der „Stimmen der Zeit“ 1919.

Dabei betrug das steuerpflichtige Vermögen in Millionen:

1896	1899	1902	1905	1908	1911	1914
64708	70744	76389	83156	91703	103918	113445

Die Zahl der Zensiten in Tausend:

1166	1227	1297	1379	1502	1767	1940
------	------	------	------	------	------	------

Der Anteil der Zensiten am Hundert der Bevölkerung:

	1896	1899	1902	1905	1908	1911	1914
ausschl. Angehöriger:	3,7	3,7	3,7	3,8	3,8	4	—
einschl. Angehöriger:	14	13,9	14	13,8	13,8	14,1	—

Es zeigt sich also, daß die Zahl der Vermögensbesitzer sich im Verhältnis zur jeweiligen Gesamtbevölkerung nur unwesentlich, bei Berücksichtigung der Familienangehörigen fast gar nicht vermehrt hat, während im gleichen Zeitraum der absoluten Zunahme der Zensiten um rund 66,5 % eine solche des Kapitals von 78,6 % entspricht. Diese Differenz ist fast restlos den größten Vermögen zugute gekommen.

79. Die Lage der unteren Klassen. Im dritten Buche seines Versuches über das Bevölkerungsgesetz sagt Malthus¹: „Die Aufgabe², die sich Adam Smiths ‚Untersuchung‘ stellt, ist, das Wesen und die Ursachen des Volkswohlstandes‘ (of the wealth of nations) zu ergründen. Eine andere, noch interessantere Aufgabe, die er gelegentlich damit vermischt, betrifft die Ursachen, welche das Glück und das Wohlergehen (the happiness and comfort) der in jedem Volke die zahlreichste Klasse bildenden niederen Volksklassen berühren. Diese beiden Gegenstände sind unzweifelhaft eng miteinander verknüpft; aber das Wesen und die Ausdehnung dieser Verknüpfung und die Art und Weise, in welcher steigender Wohlstand (increasing wealth) auf die Lage der Armen wirkt, sind nicht mit genügender Korrektheit und Genauigkeit geschildert.“ Malthus widerspricht insbesondere der Auffassung Smiths, daß jede Zunahme des Volkskapitals oder -einkommens darauf hinwirke, die Nachfrage nach Arbeitskräften zu steigern, die Lage der niederen Volksklassen zu heben. Wie dem immer sei, an dieser Stelle kommt nur in Betracht, was Edwin Cannan ausspricht³: „Für einen Ökonomen der Gegenwart wäre es unmöglich, Malthus' Bemerkung zu wiederholen, daß Adam Smith Wesen und Ursachen des wealth of nations mit den Ursachen des Glückes und Wohlstandes der unteren Klassen der Gesellschaft vermische“, daß also Smith seinen eigentlichen oder vornehmlichsten Gegenstand, the professed object, gewissermaßen verlasse, indem er sich mit der Wohlfahrt der niedrigen Klassen beschäftige.

Ohne Smiths oder Malthus' aufrichtige Sympathie für die „arbeitenden Armen“ irgendwie in Zweifel zu ziehen, darf man dennoch Cannan bei-

¹ Übersetzung von Stöpel (1879) Buch 3, Kap. 13, 584 ff. Essay³ 367 f.

² The professed object.

³ A History of the theories of production and distribution in English Political Economy from 1776 to 1848³ (1903) 396.

pflichten, wenn er hinzufügt, der Gegenstand der Volkswirtschaftslehre werde gegenwärtig weiter und klarer umgrenzt als früher. Die Vorstellung von einem Haufen Güter (*pile of wealth*), der wächst und wächst, ohne daß die Volksgemeinschaft ihre Lage verbessert, sei dem heutigen Nationalökonom fremd geworden. Der Volkswirt unserer Tage fragt und forscht überdies nach dem Maße, der Art der tatsächlichen Bedarfsdeckung der Volksgenossen. Und hat er es mit der Lage der niedriger Gestellten zu tun, so betrachtet er das nicht als ein gelegentliches Abschweifen von seinem Hauptthema. Es gelten ihm vielmehr gerade diejenigen Kennzeichen, welche sich auf die Wohlfahrt der unteren Klassen beziehen, als die wichtigsten unter allen Kriterien des Volkswohlstandes. Wo das Wohlbefinden bis in die tiefsten Schichten dringt, werden auch die höheren Gruppen eines entsprechenden Wohlstandes sich erfreuen. Allerdings genügt das Wohlbefinden der unteren Klassen noch nicht, um das Vorhandensein der allgemeinen materiellen Volkswohlfahrt unmittelbar zu erweisen. Die mittleren Klassen stellen ja ebenfalls einen wichtigen Bestandteil des Volkes dar. Ein Volk steht schließlich nicht wohl, wenn es nicht auch höhere Klassen mit entsprechendem Wohlstande besitzt.

Mit jenem lebenswürdigen Optimismus, der unter den deutschen Wirtschaftsstatistikern R. E. May auszeichnet, versuchte Paul Leroy-Beaulieu uns davon zu überzeugen, daß gerade die unteren Klassen stärker als die mittleren und oberen eines Fortschrittes in ihrer Lage sich erfreuen, und daß dieser Fortschritt in Zukunft sich noch verstärken werde. Er sagt¹: *Les progrès du bien-être de la classe inférieure de la population sont et surtout seront, dans un prochain avenir, plus rapides que ceux de la classe moyenne et de la classe élevée. Sans arriver à un nivellement des conditions, qui est impossible, à une uniformité des situations humaines, qui serait mortelle à la société, le mouvement économique actuel conduit à un plus grand rapprochement des conditions sociales à une moindre inégalité entre les fortunes.* Für England speziell unternimmt es Giffen², einen bedeutenden Fortschritt im Einkommen der arbeitenden Klassen zu erweisen. Lehrreich ist ebenfalls Sidney Webbs Vergleich zwischen „Englands Arbeiterschaft 1837 und 1897“³; dann noch Hans v. Nostitz' groß angelegtes Werk: „Das Aufsteigen des Arbeiterstandes in England“⁴. „Das Aufsteigen der arbeitenden Klassen Deutschlands im letzten Vierteljahrhundert“ (des verflossenen Jahrhunderts) behandelt eingehend der englische Wirtschaftshistoriker W. J. Ashley⁵.

Ob es sich nun in der Tat um ein „Aufsteigen“ handelt im Sinne der Volkswohlstandsfrage, läßt sich namentlich aus der Lohnhöhe und der Lebenshaltung der arbeitenden Klasse erkennen.

¹ *Essai sur la répartition des richesses*⁴ 47 f.

² *Journal of the Statistical Society* XLVI (1883) 593 ff.

³ Autorisierte Übersetzung von Dora Landé (1898).

⁴ Ein Beitrag zur sozialen Geschichte der Gegenwart (1900).

⁵ Übersetzt von P. Scharf (1906). Vgl. auch Ashley, *The rise in prices and the cost of living* (1912).

Lohnstatistik. Für die Beurteilung der Lage der Arbeiter kommt weniger der nominelle Geldlohn, als der effektive Reallohn in Betracht. Es muß festgestellt werden, was der Arbeiter zu dieser oder jener Zeit, an diesem oder jenem Orte mit dem Geldlohn sich beschaffen kann, je nach dem Stande der Preise seiner Bedarfsartikel, und zwar der Detailpreise. „Wenn der Arbeiter früher 100 verdiente und 80 für unbedingt notwendige Lebensmittel ausgab, heute dagegen 150 einnimmt, aber 140 ausgeben muß, so hat sich seine Lage trotz der scheinbaren Lohnerhöhung verschlechtert; er kann jetzt für nicht unbedingt notwendige Lebensbedürfnisse nur noch 10 ausgeben, gegen 20 bei den früheren Verhältnissen.“¹ So aufgefaßt ist die zeitliche und örtliche Lohnbewegung wohl geeignet, einen Einblick in die wirklichen Lebensbedingungen der unteren Stände zu gewähren. Rodbertus legte bekanntlich noch ganz besondern Nachdruck auf den Vergleich der Bewegung des Gesamtbetrages der Löhne zu der jeweiligen Höhe des Renteneinkommens.

Die durchschnittlichen Nettolöhne der Bergarbeiter im Kohlenbergbau betrugen 1888 im Oberbergamtsbezirk Dortmund 863 *M*, 1912 aber 1586 *M*; im Oberbergamtsbezirk Oberschlesien 1888: 516 *M* und 1912: 1053 *M*. Der englische Kohlenbergarbeiter erhielt 1912 einen Durchschnittslohn von 1642 *M*, der deutsche Arbeiter im Ruhrgebiet (mit Berücksichtigung der Versicherungsbeiträge) 1790 *M*. (Helfferich.) Auch in den andern Zweigen der Volkswirtschaft stiegen die deutschen Löhne, wenn auch nicht überall in gleichem Verhältnis.

*Konsumstatistik*². Ließen sich die zeitlichen und örtlichen Bedingungen einer „normalen“ Lebenshaltung der unteren Klassen mit genügender Rücksichtnahme auf die Teilnahme auch an den Gütern höherer Kultur feststellen, so würden die in der Regel nur annähernd genauen Angaben über Menge und Art der von den Bewohnern eines Staates, den Gliedern einer Klasse oder Gruppe konsumierten Gegenstände und Werte für die Beurteilung des Volkswohlstandes nicht wenig gewinnen. Jetzt begnügt man sich meist damit, Berechnungen über den Verbrauch von Mehl, Brot, Fleisch, Salz, Kartoffeln, Eiern, Branntwein, Zucker, Kaffee, Tee, Tabak u. dgl. vorzunehmen und die Kopfquote der jährlichen Konsumtion für die einzelnen Nahrungs- oder Genußmittel anzugeben. Eine solche Konsumtionsziffer hat schon deshalb keine volle konkrete Bedeutung, weil die Ernährung der Kinder, die von der Gesamtzahl der Bevölkerung einen beträchtlichen Bestandteil bilden, sich wesentlich anders gestaltet als die

Ad. Weber, Armenwesen und Armenfürsorge (1907) 21. Über Löhne und Lebenshaltung der Arbeiterschaft in Industrieländern vgl. Soziale Kultur XXXI (1911) 430 ff. Kuczynski, Die Entwicklung der gewerblichen Löhne seit der Begründung des Deutschen Reiches (1909). Karl v. Tyszka, Löhne und Lebenskosten in Westeuropa im 19. Jahrhundert, Bd. 145 der Schriften des Vereins für Sozialpolitik (1914).

² Die Konsumtion des Arbeiters ist nach v. Hermann hauptsächliches Ziel der Volkswirtschaft.

Ernährung der Erwachsenen¹. Dennoch gibt es gewisse Nahrungs- und Genußmittel, deren Konsumtion einiges Licht auf die allgemeineren Wohlstandsverhältnisse eines Volkes wirft. Es sind dies namentlich Gegenstände, die der untersten Stufe des Luxus angehören, wie Zucker, Tee, Kaffee, Kakao u. dgl. Die Konsumenten aus den bemittelten Klassen werden von diesen Gegenständen jederzeit (ohne Blockade) so viel genießen, als jedem beliebt. Daher läßt sich voraussetzen, daß ihr Verbrauch an diesen Artikeln überhaupt annähernd dem möglichen Maximum gleichkommt. Eine Vermehrung der jährlichen Kopfquote der Konsumtion eines dieser besseren Nahrungs- und Genußmittel darf darum als ein günstiges Symptom für den Fortschritt in der Lebenshaltung der Masse der Bevölkerung betrachtet werden.

„Wenn z. B. die Konsumtionsziffer des Zuckers steigt, so bedeutet das nicht, daß die Wohlhabenden mehr Zucker konsumieren, sondern daß solche, die sich vorher diesen Genuß nur selten oder gar nicht verschaffen konnten, jetzt einen größeren Anteil an demselben genommen haben. Dieser Schluß ist auch noch für gewöhnliches Fleisch gerechtfertigt, da nun einmal die Lage der Masse in den meisten Ländern so ungünstig ist, daß der Fleischkonsum wie ein Luxus beschränkt ist. Was dagegen das Brot (und in bezug auf manche Länder die Kartoffeln) betrifft, so ist der ökonomische Fortschritt vielmehr in einer Verminderung der auf den Kopf kommenden Konsumtionsziffer zu erkennen, vorausgesetzt, daß gleichzeitig eine Steigerung der Kopfquote anderer Nahrungsmittel stattfindet. Denn je ärmer eine Bevölkerung ist, um so ausschließlicher ist sie auf Brot (Roggenbrot) oder Kartoffeln angewiesen.“²

Der Rohzuckerverbrauch betrug in Deutschland 1885/86 pro Kopf der Bevölkerung 6,8 *kg*, 1910/11: 19,0 *kg*; der Verbrauch von Kaffee 1886/90: 2,38 *kg*, 1912: 2,53 *kg*; der Fleischkonsum 1912: 51 *kg* pro Kopf; der Weizenkonsum 1886/90: 63,6 *kg* und 1907/11: 88,6 *kg* pro Kopf.

Im Durchschnitt der Jahre 1886/90 betrug der Verbrauch Deutschlands an Baumwolle 4,19 *kg* pro Kopf der Bevölkerung, 1912 dagegen 7,56 *kg*.

Mit Rücksicht auf die Kleidung mag der stärkere Verbrauch gewöhnlicher Kleiderstoffe pro Kopf der Bevölkerung günstig gedeutet werden.

Bezüglich der Wohnung wird deren Lage, Beschaffenheit, Mietpreis, die Zahl und Größe der Räume, die Anzahl der Personen usw. in Betracht zu ziehen sein. Immerhin darf eine Besserung der Lage der unteren Klassen angenommen werden, wenn die Zahl der Wohnungen mit nur einem oder überhaupt keinem heizbaren Raume relativ abnimmt³.

¹ Vgl. Wilh. Lexis, Die volkswirtschaftliche Konsumtion, in Schönbergs Handbuch I⁴ (1896) 789 ff.

² Ebd. I 800.

³ Vgl. auch die vom Statistischen Reichsamt herausgegebenen „Neueren Erhebungen von Wirtschaftsrechnungen im In- und Auslande“. Das 21. Sonderheft des „Reichsarbeitsblattes“ (1919) gibt die inländischen Erhebungen über die Lebenshaltung im vierten Kriegsjahre wieder, die der Kreisausschuß für Konsumenteninteressen in Berlin durch seine Ortsausschüsse für April 1918 veranstaltet hatte.

Einzel schilderungen des Haushaltes der ärmeren Klassen. Die Lebensweise der bemittelten Klassen wechselt oft von Familie zu Familie. Will man hierfür die Konsumtion feststellen, so bedarf es jedenfalls der Durchschnitte aus größeren Beobachtungsreihen. Anders bei den unteren Klassen. Hier findet sich eine viel geringere Individualisierung der Lebensgestaltung. Kennt man genau die gewöhnliche Lebensweise einer oder der andern normalen Familie, so hat man für gewöhnlich daran einen Typus gewonnen, der ein im wesentlichen getreues Bild der Lebensweise der ganzen Klasse unter gegebenen örtlichen oder zeitlichen Bedingungen und Sitten darstellt¹. Die Untersuchungen des Haushaltungsbudgets der unbemittelten Familien, speziell der Arbeiterfamilien, wie sie zuerst von Le Play, Ducpétiaux, Engel und später immer wieder angestellt wurden, sind darum in etwa geeignet, allgemeineren Urteilen über die Lage der fraglichen Klasse zur Grundlage zu dienen².

In vielfacher Hinsicht belehrend für die Erkenntnis und Beurteilung der Gesamtlage der arbeitenden Bevölkerung, der Fortschritte und Ziele in der Entwicklung ihrer Verhältnisse ist ferner der richtig durchgeführte

Vergleich zwischen verschiedenen Ländern derselben Kulturstufe, namentlich wenn das eine zum Vergleich herbeigezogene Land diesbezüglich, mit Recht oder Unrecht, lange als Muster hingestellt zu werden pflegte. Im allgemeinen urteilte Ashley³, daß in Deutschland die industriellen Arbeiterklassen um die Wende des Jahrhunderts wirtschaftlich kaum schlechter gestellt waren als in England. Eine allen gerechten Anforderungen genügende vergleichende Lohnstatistik fehlte allerdings noch. Sorgfältige Untersuchungen, wie die Hasbachs⁴, zeigten aber doch, daß in Deutschland die Löhne keineswegs mehr überall und in allen Branchen niedriger waren als in den gleichen englischen Industrien. So hatte sich der Unterschied zwischen englischen und deutschen Löhnen im Maschinenbau und im Schiffsbaugewerbe deutlich vermindert. Bezüglich der Wollspinnerei und Weberei war Hasbach der Ansicht, daß, wenn auch die höchsten Durchschnittslöhne bei uns nicht gezahlt werden, dennoch „der Gravitationspunkt etwas höher zu liegen scheine als in England“⁵. Ferner glaubte er annehmen zu dürfen, daß „die Löhne in den

¹ W. Lexis a. a. O. I 814 f.

² Vgl. hierzu Zeitschrift für die ges. Staatswissenschaften (1910) 190 ff.; Soziale Revue (1910) 59 ff. usw. Über Fortschritte der Haushaltungsstatistik berichtet Viktor Heller im Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik XLIV (1917) 232 ff.

³ Das Aufsteigen der arbeitenden Klassen Deutschlands im letzten Vierteljahrhundert 6 ff. Vgl. auch Soziale Revue XI (1911) 153 ff.; Sozialist. Monatshefte 1911, Heft 7, 438 ff.

⁴ Zur Charakteristik der englischen Industrie, in Schmollers Jahrbuch XXVII (1903) 349 ff., speziell 369 ff.

⁵ Feuerbach, Zur Charakteristik der englischen Industrie, in Schmollers Jahrbuch XXVII (1903) 381.

rheinisch-westfälischen Eisenhütten und Walzwerken durchschnittlich nicht geringer, sondern wahrscheinlich höher seien als die englischen“¹. Das ist aber um so bemerkenswerter, sagt Ashley², einmal, weil dieser Zweig am stärksten mit der englischen Industrie konkurriert, ferner, weil er im industriellen Leben Deutschlands tonangebend ist, und schließlich, weil er augenscheinlich eine bedeutend größere Anzahl Arbeiter beschäftigt als in England. Eine von der British Iron Trade Association 1896 zum Studium der deutschen Verhältnisse entsandte Delegation kam ferner zu dem Ergebnis, daß in Deutschland die Gesamtverteilung der Löhne gleichmäßiger sei, ohne die unter englischen Arbeitern herrschenden Extreme sehr hoher und anderseits relativ sehr niedriger Löhne³. Wir haben oben schon gesehen, wie auch im ersten Dezennium des 20. Jahrhunderts bis zur Kriegszeit die deutschen Löhne sich günstig entwickelten. Von großer Bedeutung ist dann namentlich noch die in Deutschland viel häufiger vorkommende Ergänzung des Lohneinkommens durch Nebenbeschäftigung, vorwiegend durch landwirtschaftlichen Nebenerwerb.

Die Art der Ernährung ist nicht die gleiche für den englischen und für den deutschen Arbeiter. Der englische Arbeiter verzehrt mehr Fleisch, der deutsche mehr Eier, Gemüse, Obst und mehlhaltige Nahrung. Sollte daraus mit Recht auf einen niedrigeren Standpunkt seines Komforts geschlossen werden dürfen? Wohl kaum. Ashley wenigstens folgerte daraus nur, daß die Gewohnheiten der deutschen Bevölkerung, auch der industriellen, noch stark durch ländliche Gebräuche beeinflusst sind, und daß Deutschland noch ein weit weniger industrialisiertes Land sei als England. Seine Gewohnheiten erlaubten es jedenfalls vor dem Kriege dem deutschen Arbeiter, billiger zu leben und doch im wesentlichen nicht schlechter, sowohl wegen der besondern Art seiner Ernährung, als auch wegen der in vielen Orten herrschenden größeren Billigkeit der Lebensmittel. Dazu kommt noch, daß die deutsche Hausfrau sparsamer und schmackhafter zu kochen versteht⁴.

Fragen wir ferner, in welcher Weise die Arbeiterbevölkerung gegen die wirtschaftlichen Folgen von Krankheit und Alter geschützt wird oder sich selbst schützt, so steht Deutschland sicher nicht hinter England zurück.

Beim Vergleich der Arbeitszeit zwischen englischen und deutschen Verhältnissen sodann darf unter anderem nicht übersehen werden, daß eine Stunde Arbeit keineswegs ohne weiteres für beide Länder denselben

Feuerbach, Zur Charakteristik der englischen Industrie, in Schmollers Jahrbuch XXVII (1903) 373. Vgl. auch W. zur Nieden, Die Arbeiterverhältnisse der Eisen- und Stahlhüttenindustrie Großbritanniens, in Schmollers Jahrbuch XX (1896) 531.

² Das Aufsteigen der arbeitenden Klassen Deutschlands 9.

³ Ebd. 10. In England ist auch das Zwischenmeistersystem viel mehr verbreitet als in Deutschland (der englische mill-contractor oder roller).

⁴ Ashley a. a. O. 22. Dückershoff, Wie der englische Arbeiter lebt (1898).

Kraftaufwand, dieselbe Nervenanspannung bedeutet. Intensivere Arbeit, wenn auch in kürzerer Zeit, kann härter für den Arbeiter sein als eine längere Zeit ausfüllende „gemächliche“ Arbeit. „Ein Handweber kann 13 Stunden den Tag arbeiten“, schreibt Schulze-Gävernitz¹. „Einen Sechsstuhlweber aber 13 Stunden arbeiten zu lassen, ist eine physische Unmöglichkeit. Die Natur der Arbeit ist eben eine andere geworden. An Stelle der Muskeltätigkeit tritt die Beaufsichtigung der Maschine, d. h. geistige Anspannung. Wer den Mulespinner zu Oldham beobachtet hat, umschwirrt von 2 $\frac{1}{2}$ Tausend Spindeln, oder die Weberin zu Burnley, umtost von vier, ja sechs Weberschiffchen mit der Geschwindigkeit von 200 Schlägen in der Minute, der weiß, welch hohe geistige Anspannung hier erfordert wird.“ Zur Zeit, als in Deutschland die Arbeitszeit um zwei Stunden länger war, liefen in deutschen Fabriken die Spindeln um 10 % langsamer, auch wegen der Pausen (um Fäden zu knüpfen, die Maschine auszubessern) nicht mehr als 80 % der Zeit, während sie in England 92 – 95 % der Zeit liefen². In manchen Fabriken, in Eisen- und Stahlwerken, Walzwerken ist ferner der einzelne Mann vermöge eines gewissen Ablösungssystems nicht während der ganzen Arbeitszeit angestrengt. Auch macht es einen großen Unterschied, ob der Arbeitsraum gesundheitlich gut oder schlecht eingerichtet ist usw. Forderten wir daher für den deutschen Arbeiter eine kürzere Arbeitszeit, wie sie jetzt erlangt ist, so durften wir dabei nicht vergessen, daß mit der kurzen Arbeitszeit allein ohne gleichzeitige Wahrung so mancher Vorteile, deren wir uns schon früher erfreuten, kaum viel gewonnen wäre.

Kurz, Ashley wollte seinerzeit nicht an die so viel gepriesene Überlegenheit des britischen Volkswohlstandes glauben. Er hatte seine Beobachtungen in verschiedenen deutschen Industriezentren (Berlin, Leipzig, Frankfurt, Chemnitz usw.) gemacht. Indem er die englischen und deutschen Verhältnisse vergleicht, kam er zu dem Endurteile: „Es existiert in England keine derartig offenbare und auffallende Überlegenheit in bezug auf die äußere Erscheinung des Volkes, wie man wohl erwarten könnte, wenn hinter derselben eine wesentliche Überlegenheit des Volkswohlstandes vorhanden wäre.“³ Auch andere Engländer nahmen aus der Beobachtung deutscher Arbeiterverhältnisse vor dem Weltkriege günstige Eindrücke mit. Erziehung und Familie, Pflichtbewußtsein, Ordnungssinn und Mäßigkeit, staatliche und städtische Fürsorge, die in jede Lücke springt — so urteilten sie⁴ —, haben in Deutschland Verhältnisse geschaffen, in denen namentlich die „unteren Klassen“ besser gedeihen als bei dem früher üblichen englischen „Gehen- und Gewährenlassen“. Gewiß fanden sich auch bei uns die allgemeinen Elendserscheinungen, welche die

¹ Der Großbetrieb (1892) 167.

² Ashley a. a. O. 12 ff.

³ Ebd. 48.

⁴ Best, Davis und Perks, Berlin und seine Arbeiter, deutsch von Waldemar Zimmermann. Mit einem Vorwort von Hans Delbrück (1907).

kapitalistische Entwicklung überall begleiteten: Kinderarbeit, Frauenarbeit, Nachtarbeit, überlanger Arbeitstag, ungesunde Arbeitsräume, Unfallgefahr, Lohndruck, Arbeitslosigkeit usw. „Will man jedoch der Wahrheit die Ehre geben“, sagt Sombart¹, „so wird man bei einer Darstellung deutscher Arbeiterzustände immer hinzufügen müssen: daß bei uns die Elenderscheinungen nicht in gleichem Umfange und in gleicher Schärfe aufgetreten sind wie in England und Frankreich. Das hat wohl vor allem seinen Grund wiederum in der Tatsache, daß der Kapitalismus in Deutschland soviel später zur Entfaltung gelangt ist wie in jenen Ländern und deshalb die Reaktionsbewegungen gegen die Ausbeutung der Arbeiter durch den Kapitalismus verhältnismäßig früher in die Erscheinung getreten sind als in den wirtschaftlich weiter fortgeschrittenen Staaten. Wir dürfen nicht vergessen, daß Deutschland seine kapitalistische Laufbahn erst antrat, nachdem die Erfahrungen der Chartistenbewegung, der französischen Revolten und Revolutionen der 1830er und 1840er Jahre vorlagen, nachdem der Carlylismus Gemeingut vieler Gebildeten geworden war, nachdem die Ideen des Arbeiterschutzes in jahrzehntelangen Kämpfen bereits sich siegreich zur Anerkennung durchgerungen hatten. Aber wenn das Bild von der Lage des Proletariats in Deutschland auch niemals ganz so düstere Töne aufzuweisen hat wie in andern Ländern, so bleibt es doch in seinen Grundlinien dasselbe wie überall.“

Und nun noch ein anderer Vergleich, für die Lehre von den Kennzeichen des Volkswohlstandes besonders wertvoll, weil er unsere Aufmerksamkeit nicht bloß auf Lohnverhältnisse, Nahrungsspielraum u. dgl. lenkt. Werner Sombart hat die gerade für uns Deutsche lehrreiche Frage behandelt: „Warum gibt es in den Vereinigten Staaten keinen Sozialismus?“² Er führt hierfür drei Hauptgründe an:

1. Die ungleich bessere wirtschaftliche Lage der amerikanischen Arbeiter. Die Geld-Arbeitslöhne waren in den Vereinigten Staaten zwei- bis dreimal so hoch wie in Deutschland, mindestens doppelt so hoch³. Welchen Gebrauch machte nun der Amerikaner von seinen überschießenden Einnahmen? sparte er mehr? oder befriedigte er seine „notwendigen“ Bedürfnisse (Nahrung, Wohnung, Kleidung) ausgiebiger? oder verwendete er mehr auf „Luxusausgaben“? Nach Sombart machte er von der zweiten dieser drei Möglichkeiten Gebrauch⁴. Die Befriedigung der notwendigen Bedürfnisse war eine bessere: „Der amerikanische Arbeiter ißt fast dreimal soviel Fleisch, dreimal soviel Mehl, viermal soviel Zucker als der deutsche (der hohe Konsum von Mehl, Eiern, Zucker deutet auf reichlichen Genuß von Mehlspeisen — Pies und Puddings — hin). . . . In Summa: in der Gestaltung seiner Nahrungsverhältnisse steht der amerikanische Arbeiter unsern besseren Mittelstandskreisen viel näher als unserer Lohnarbeiterklasse:

¹ Die deutsche Volkswirtschaft im 19. Jahrhundert (1903) 525 f.

² 1906. ³ Sombart a. a. O. 93.

⁴ Ebd. 112 ff. Wie der Arbeiter (in Amerika) lebt.

er speist schon, er ißt nicht mehr bloß.“¹ Der amerikanische Arbeiter wohnt ferner behaglich; er kleidet sich gentlemanlike und sie ladylike. „Was der deutsche Arbeiter an den Ausgaben für Wohnung, Kleidung, Nahrung ‚erspart‘, das vertrinkt er. Die ganze Differenz zwischen dem ‚freien‘ Einkommen des amerikanischen und deutschen Arbeiters — und mehr als sie — wird von den Ausgaben für alkoholische Getränke absorbiert.“² Die Unbehaglichkeiten, „die aus der Kreuzung von Kartoffeln mit Alkohol auf die Dauer mit Notwendigkeit sich einstellen müssen“³, sind dem amerikanischen Arbeiter unbekannt. Er fühlt sich relativ wohl in der bestehenden Gesellschaftsordnung. „An Roastbeef und Apple-Pie wurden alle sozialistischen Utopien zuschanden.“⁴

2. Die soziale Stellung des Arbeiters — das ist nach Sombart der zweite Grund, warum es in Amerika keinen Sozialismus gibt. Der amerikanische Arbeiter fühlt sich als gleichberechtigter Vollbürger, nicht als Angehöriger einer Sonderklasse. „Dieser Ton der ‚Gleichberechtigung‘, auf den das gesellschaftliche und öffentliche Leben in den Vereinigten Staaten abgestimmt ist, herrscht aber auch innerhalb der kapitalistischen Unternehmung.“⁵

In ihrer Lebensführung außerhalb der Fabrik erscheinen die Arbeiter als „Bürger“, als working-gentlemen und working-ladies. „Rein äußerlich fehlt das Stigma der Sonderklasse, wie es fast alle europäischen Arbeiter an sich tragen. Auch im Auftreten, im Blick, in der Unterhaltung sticht der amerikanische Arbeiter grell vom europäischen ab. Er trägt den Kopf hoch, geht elastischen Schrittes und ist frei und fröhlich in seinem Ausdruck wie nur irgendein Bürgerlicher. Das Gedrückte, das Submisse fehlt ihm. Er verkehrt mit jedermann wirklich — nicht nur in der Theorie — wie mit ‚seinesgleichen‘. Der Gewerkschaftsführer, der an einem Festbankett teilnimmt, bewegt sich ebenso sicher auf dem Parkett wie in Deutschland irgendeine Exzellenz. Er trägt aber auch einen brillant sitzenden Frackanzug, Lackstiefel, elegante Wäsche nach der neuesten Mode, so daß ihn auch äußerlich wiederum niemand vom Präsidenten der Republik zu unterscheiden vermag. ... Das ganze öffentliche Leben trägt einen mehr demokratischen Zuschnitt. Dem Arbeiter wird nicht auf Schritt und Tritt vor Augen geführt, daß er einer ‚niederer‘ Klasse angehört. ... Weil nicht das, was man ist, noch viel weniger das, was die Eltern waren, für die Wertung des Einzelnen entscheidet, sondern das, was man leistet, so liegt es nahe, die ‚Arbeit‘ in ihrer abstrakten Form als ‚Arbeit‘ schlechthin zu einem Ehrentitel zu machen und somit auch dem Arbeiter respektvoll zu begegnen, ‚obwohl‘ oder vielmehr weil er nur Arbeiter ist.“⁶

Und so verhält es sich auch in der Fabrik. Der Unternehmer kehrt nicht den „Herrn“ hervor. Der rein geschäftliche Standpunkt beherrscht den Lohnvertrag. In der Arbeitsstätte sieht der Arbeiter sich mit Achtung behandelt. Es fehlen vielleicht die einfachsten Schutzvorrichtungen, aber für den „Komfort“ (Badewannen, Schränke usw.) ist gesorgt. Auch versteht der Unternehmer es meisterhaft, seine Arbeiter für den Erfolg des Unternehmens zu interessieren.⁷

3. Einen dritten Grund für die eigenartige friedsame Stimmung des amerikanischen Arbeiters erblickt Sombart in dem Umstande, „daß praktisch beliebig viele Menschen mit gesunden Gliedern ohne oder fast ohne jedes Vermögen durch

¹ Ebd. 118.² Ebd. 121 ff.³ Ebd. 125.⁴ Ebd. 126.⁵ Ebd. 129.⁶ Ebd. 128.⁷ Ebd. 131 ff.

die Ansiedlungen auf Freiland sich zu unabhängigen Bauern machen konnten“¹. Die industrielle Reservearmee konnte noch in unbesetztes Land abgeschoben werden.

„Alle diese Momente aber, die bis heute (1906) die Entwicklung des Sozialismus in den Vereinigten Staaten aufgehalten haben, sind im Begriffe zu verschwinden oder in ihr Gegenteil verkehrt zu werden, so daß infolgedessen der Sozialismus in der Union im nächsten Menschenalter aller Voraussicht nach zu vollster Blüte gelangen wird.“² Daß auch in Amerika (ungelernte Arbeiter!) großes, übergroßes Elend sich findet, bestreitet Sombart nicht, ebensowenig daß dort schon lange der „Kapitalismus“ von vielen Arbeitern als schwerer Druck empfunden wurde — mit seiner Abhängigkeit trotz aller „Gleichberechtigung“ und aller „Demokratie“, mit seinen Stockungen, mit Lohndruck, Arbeitslosigkeit usw.

Wenn ferner die Angaben über Zahl und Lage der Armen, über die Armenpflege usw. zu den wichtigeren Kriterien des Volkswohlstandes gerechnet werden müssen, dann kommt insbesondere Nordamerika nicht gerade gut weg. Nach Robert Hunter³ nämlich beläuft sich die Zahl der unterhalb der Grenze der poverty lebenden Personen, also derjenigen, die in Nahrung, Kleidung und Wohnung nicht das Nötigste haben (underfed, underclothed and poorly housed) in den Vereinigten Staaten auf insgesamt 10 000 000 in Zeiten durchschnittlicher Prosperität, wovon 4 000 000 öffentliche Arme sind. „Im Jahre 1897 empfingen in New York Armenunterstützung über 2 Millionen Menschen (?)“⁴; 14 % der Bevölkerung derselben Stadt leben in Zeiten wirtschaftlichen Aufschwungs (1903), 20 % in schlechten Zeiten (1897) im größten Elend (distress), d. h. von ihnen weiß man es; zählt man die verschämten Armen hinzu, so wird die Zahl der in poverty Lebenden in New York und andern Großstädten selten unter 25 % sinken. In Manhattan (dem Hauptstadtteil New Yorks) wurden (1903, also in einem „guten“ Jahre) 60 463 Familien, das sind 14 % aller Familien, aus ihren Wohnungen exmittiert. Jeder zehnte Tote wird in New York als Stadtarmer auf Potter's Field beerdigt.“ Man mag die rasche und vielseitige Entwicklung der Vereinigten Staaten preisen, als Muster und Ideal unter der Rücksicht des allgemeinen Volkswohlstandes können sie durchaus nicht in Betracht kommen.

In England war die Last der öffentlichen Armenunterstützung etwa doppelt so groß als in Deutschland. Bei der Komplikation der sozialen

¹ Sombart, Die deutsche Volkswirtschaft im 19. Jahrhundert (1903) 135 ff. Vgl. dazu auch Max Sering, Die landwirtschaftliche Konkurrenz Nordamerikas in Gegenwart und Zukunft (1887).

² Sombart a. a. O. 141 f.

³ Poverty (1904).

⁴ Ermittlung des New York State Board of Charities. Sombart (a. a. O. 16 f.) meint, es dürften in vielen Fällen Doppelzählungen vorliegen. Sonst wäre die Ziffer ja geradezu ungeheuerlich.

Zusammenhänge wird es allerdings schwer sein, aus diesem Umstande über die Wohlstandsverhältnisse ein richtiges Urteil zu fällen. Die Höhe der für Armenunterstützungen verausgabten Summen hängt ja, wie Ashley bemerkt¹, ebensosehr von dem Reichtum ab, der herangezogen werden kann, als von der Bedürftigkeit des Volkes. Allein daß auch in England viel Elend, schauerliches Elend in nicht geringer Ausdehnung sich findet, darüber lassen General Booths Berichte keinen Zweifel aufkommen. Selbst dort, wo in Deutschland eine Verminderung der Armut sich nicht erweisen ließ, griff die im ganzen vortreffliche Armenfürsorge ein, so daß diejenigen, die sich nicht selbst helfen können und für welche sonst niemand sorgte oder zu sorgen verpflichtet war, wenigstens vor dem äußersten Elende geschützt blieben.

Ganz kurz sei dann noch auf

80. Einige andere Kriterien des Volkswohlstandes hingewiesen. Die *Kriminalstatistik*, die Zahl und Art der Verbrechen, speziell der Eigentumsdelikte, bietet Anhaltspunkte für die Beurteilung der materiellen Lage des Volkes. Doch sind dabei Änderungen in der Gesetzgebung, Rechtspflege, der Handhabung der Polizei wohl zu berücksichtigen, wie auch sonstige Ursachen (Volkscharakter, religiöse und sittliche Bildung, Verwilderung in Kriegszeiten usw.), welche auf die hierhin gehörigen Erscheinungen von Einfluß sind, in Anschlag gebracht werden müssen.

Auf den Volkswohlstand schließt man ferner aus der *natürlichen Volksbewegung*, insbesondere aus der Sterblichkeit bei den verschiedenen Altersklassen, unter Berücksichtigung der Todesursachen, aus der durchschnittlichen Lebensdauer, den Gesundheitsverhältnissen der Bevölkerung in ihren verschiedenen Klassen. Entsprechend der größeren Not steigt auch die relative Zahl der Sterbefälle und umgekehrt. In Deutschland war vor dem Kriege die durchschnittliche Lebensdauer für Männer und Frauen größer als zum Beispiel in England. Nur für ältere Ladies von 60 und 70 Jahren scheint nach Ballod die Lebenserwartung dort ein klein wenig größer als für deutsche Matronen derselben Altersstufe gewesen zu sein.

Bedenken habe ich, sagt Adolf Weber², „die Zahl der Eheschließungen zum Maßstabe zu nehmen für Besserung oder Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage. Jedenfalls bedeutet Abnahme der Eheschließungen an und für sich noch nicht Verschlechterung der Lage, deshalb nicht, weil es feststeht, daß der Einzelne in der Regel um so zaghafter wird, an Neugründung einer Familie heranzutreten, je höher seine

¹ Das Aufsteigen der arbeitenden Klassen Deutschlands im letzten Vierteljahrhundert 45.

² Armenwesen und Armenfürsorge (1907) 24.

Lebenshaltung geworden ist. Für Preußen zum Beispiel hat der Statistiker v. Firks ermittelt, daß das Durchschnittsheiratsalter bei Bergarbeitern 27 Jahre beträgt, bei Personen, die im Handel und Verkehr beschäftigt sind, 30 Jahre, bei öffentlichen Beamten hingegen 33½ Jahre. Das, was man hier bei einzelnen Schichten der Bevölkerung beobachtet, wird man wahrscheinlich auch für ganze Kulturstufen feststellen dürfen. Hebt sich die Lebenshaltung, so wird man zunächst eine relative Zunahme der Eheschließungen und Geburten konstatieren können, weil eben jetzt mehr Individuen das notwendigste Existenzminimum, das zum Heiraten unbedingt erforderlich ist, erhalten; je sicherer und je besser sich aber die Lage namentlich der jugendlichen Person gestaltet, um so mehr wird die Heiratslust zur Heiratsscheu.“

Mit den Wohlstandsverhältnissen eines Landes hängt sodann die *räumliche Volksbewegung* zusammen, die Ein- und Auswanderung, speziell die Massenein- und -auswanderung, welche meist auf Gründe sozialer und wirtschaftlicher Art sich zurückführt. Das Volk verläßt das Land, wo es keine Nahrung findet, und sucht in der Fremde sein Brot. Die starken inneren Wanderungen, sofern es sich dabei um eine allgemeinere Landflucht und eine Zusammendrängung der Bevölkerung in den Städten handelt, erklären sich aus der industriestaatlichen Entwicklung, finden daher eine sehr verschiedene Beurteilung.

Auch aus der Zahl und Art der *Versicherungsverträge*, namentlich über Feuer- und Lebensversicherungen, lassen sich mit Vorsicht richtige Schlüsse ziehen auf den Wohlstand eines Volkes bzw. auf Veränderungen in demselben. Dabei ist zu beachten, wie Lehr¹ betont, welchen Veranlassungen eine etwaige Mehrung verdankt werden muß. Ist sie allein auf neu angeordneten staatlichen Zwang, auf wachsende Einsicht und Vorsicht, rührigeren Betrieb durch die Versicherungsanstalten zurückzuführen, so läßt sich aus ihr kein Schluß auf eine Änderung im Volkswohlstande ziehen. Liegen aber Veranlassungen solcher Art nicht vor, oder sind sie offenbar nur von verhältnismäßig geringer Bedeutung, so darf eine Steigerung der Wohlhabenheit angenommen werden, und zwar ist eine solche Annahme um so eher berechtigt, je mehr sie mit andern Anzeichen im Einklang steht, je mehr etwa Neubauten zur Versicherung angemeldet wurden usw.

Wichtiger noch als das Vorkommen großer Zahlungen im Inlande oder solcher, die nach und von außen gemacht werden, lehrreicher als der Aufwand, den man sich für kostspielige, große, private und öffentliche Anlagen erlaubt, bedeutsamer als der Stand der allgemeinen Kreditverhältnisse, der Staatsfinanzen, des Bankwesens, der Einnahmen der Eisenbahnen usw. erscheint sodann in unserer Frage die *Entwicklung der Sparkassen*, namentlich wenn feststeht, wie dies für

¹ Grundbegriffe und Grundlagen der Volkswirtschaft² (1901) 216.

Deutschland der Fall, daß gerade die mittleren und kleinen Leute Einlagen in die Sparkassen vornehmen¹. —

Manche stehen der ganzen Lehre von den Kriterien des Volkswohlstandes ziemlich skeptisch gegenüber². Nicht mit Unrecht, insofern dabei nur zu oft ganz einseitig das Glanzvolle weit mehr als das Gediogene in der volkswirtschaftlichen Entwicklung betont wird, der düstere Schatten aber, welchen die gepriesenen Fortschritte der Produktion, des Handels, der Erfindungen, der Maschinen, der Arbeitsteilung usw. auf das Leben der Massen werfen, in lauter Licht sich verwandelt Sind, die großen produktiven Unternehmungen, die außerordentliche Entwicklung des Kreditwesens, nicht oft genug auf schwankender Basis aufgebaut, zum Teil vielleicht Ergebnis eines überspannten und schwindelhaften Vorschreitens? Die Löhne steigen. Gewiß! Ist aber ein gesichertes Arbeitsverhältnis mit mäßigem Lohn nicht weit besser als ein hoher Lohn, der, häufigen Schwankungen unterworfen, keine feste Unterlage einer menschenwürdigen, sich gleich bleibenden materiellen und sozialen Lage zu bieten vermag? Aus der Abnahme der Sterblichkeit will man auf Verbesserung in den Lebensverhältnissen der unteren Klassen schließen. Ist denn der heutige Zustand mit den schleichenden, langsamer tötenden Krankheiten eines schwächlichen und entnervten Geschlechtes so hoch erhaben über die früheren Zeiten, in denen akute Krankheiten den Kampf mit einem kräftigen Menschenschlage aufnehmen? Rückgang der Sterblichkeit! Gilt das für das ganze Volk, für die industriellen Fabrikarbeiter, für die Hausindustriellen in gleicher Weise wie für die Wohlhabenden?

¹ Verschiedene der angeführten Kennzeichen zusammengefaßt nach Trietsch:

Volkswohlstand und Finanzen	Deutschland	England	Frankreich
Volksvermögen in Milliarden <i>M</i> , 1914	375	345	245
Einkommen „ „ „ jährlich	43	35	25
Staatsschulden in Milliarden <i>M</i> , 1912	20,5	14,8	26,0
auf den Kopf in <i>M</i> , 1912	310,1	323,9	657,7
Steuern auf den Kopf der Bevölkerung, <i>M</i>	63	106	96
davon direkte Steuern	30,9	59,3	27,0
„ indirekte „	30,9	35,0	61,5
„ Erbschafts-Steuern	0,9	11,7	7,5
Staatshaushalt 1912, Millionen <i>M</i>	9 280	3 852	3 646
auf den Kopf der Bevölkerung verfügbar <i>M</i>	140	84	92
nach Abzug der militärischen Ausgaben <i>M</i>	118	51	62
Sparkasseneinlagen in Millionen <i>M</i> , 1911	17 822	4 683	4 490
Zahl der Sparer: Millionen	22,35	14,22	14,38
Durchschnittliche Spareinlage (<i>M</i>)	800	329	312
Durchschnitt auf den Kopf der Bevölkerung (<i>M</i>)	262	102	115
Rente der Staatsanleihen in Prozent	3,74—3,96	3,28	3,24
Golddeckung der Notenausgaben in Prozent (letzter Ausweis vor dem Kriege)	33,7	25,3	28,3

² Vgl. Costa-Rossetti, Grundlagen der Nationalökonomie 34 ff.

Und was bedeutet jener Rückgang der Sterblichkeit z. B. für die armen schlesischen und sächsischen Handweber am Ende des 19. Jahrhunderts?¹ Die Handweber wurden alt! Welche Merkwürdigkeit bei ihrem kärglichen Leben! Sie betrieben eben das Hungern als Kunst. Die spärliche Nahrung war ihnen zur zweiten Natur geworden. Nur vier Nahrungsmittel: Brot, Kartoffeln, Butter und Mehl, zu 90 % der „Gesamteinfuhr“, standen ihnen zur Verfügung. Aber diese Nahrungsmittel waren „rationell“ ausgewählt, wie es der heutigen wissenschaftlichen Einsicht in den Nährwert der Speisen entspricht².

„Die Pest auf eine mit der Nahrungsmittelchemie verbündete Nationalökonomie“, ruft da Karl Jentsch entrüstet aus³, „eine Nationalökonomie, die uns lehren will, wie wir mit 400 M Familieneinkommen anständig leben können. Mögen diese Weber immerhin zufrieden, mögen sie sehr achtungswerte Staatsbürger und fromme Christen sein! Der ist des deutschen Volkes grimmigster Feind, der ihm eine Entwicklungsbahn empfiehlt, auf der es ein Volk von Schwächlingen werden soll, das weder den Pflug, noch den Schmiedehammer, noch die Muskete, noch das Schwert des Geistes zu führen vermöchte und nur eben noch dazu taugen würde, einem Nachbarvolke als Fabrikklaven zu dienen! Wäre ein mittelalterlicher Mensch auf einen heutigen Weberwochenlohn heruntergebracht worden, so würde er ihn am Sonntage aufgezehrt haben und dann vor Ablauf der Woche verhungert sein. Die Leute lebten damals für gewöhnlich in Fülle, nach einer Mißernte aber starben die Ärmern den Hungertod sans phrase. Heute sterben die Menschen, wie Rogers sagt, zollweise, nach und nach Hungers.“

Wir müssen darauf verzichten, noch andere Einwendungen vorzuführen. Die Art und Weise, wie vor dem Weltkriege mit Gewalt der „allseitige“ Fortschritt „zahlenmäßig“ erwiesen werden sollte, reizt allerdings zum Widerspruch. Der Widerspruch aber führt wiederum leicht zu Übertreibungen. Beachten wir demgegenüber ein Doppeltes, das schon zu Eingang unserer Abhandlung hervorgehoben wurde. 1. Nicht von diesem oder jenem einzelnen Kriterium darf Aufschluß über die materielle Wohlfahrt des Volkes erwartet werden. Erst die rechte Verbindung sämtlicher Kennzeichen bietet für eine vorurteilsfreie Beurteilung die brauchbare Unterlage. 2. Verlangen und erwarten wir sodann von den Kennzeichen, wie der Nationalökonom sie behandelt, nicht zu viel. Was wir „Volkswohlstand“ nennen, das ist in seinem formellen Sein, in seinen Bedingungen und Ursachen, ein so komplizierter Zustand, daß man ihn leichter in großen Zügen beschreiben als mit einer Kriterienlehre genau erfassen kann. Das gilt von der

¹ Vgl. Karl Jentsch, *Weder Kommunismus noch Kapitalismus* (1893) 153 ff.

² Karl v. Rechenberg, *Die Ernährung der Handweber in der Amtshauptmannschaft Zittau* (1890). Julius Wolf, *Sozialismus und kapitalistische Gesellschaftsordnung* (1892) 325 f. S. 327 erklärt Wolf: „Wir haben bloß unserer wissenschaftlichen Pflicht genügt, indem wir die Dinge darzustellen unternahmen, wie sie sind.“ Ein Vorwurf gegen Wolf in dieser Sache ist ungerecht. Er hat nicht gebilligt, was der Billigung nicht würdig ist.

³ A. a. O. 153 ff

Kriterienlehre im ganzen wie von den einzelnen Momenten, aus denen sie sich zusammensetzt. Nehmen wir ferner die Frage nach der „sozialen“ Stellung des Arbeiters. Das ist schon etwas, was sich nicht so exakt mit Hilfe von Gesetzesparagrafen oder mit Hilfe von Ziffern bestimmen läßt, sagt Sombart¹, wie die Eigenart seiner politischen oder ökonomischen Lage: „Die Beweisführung muß dabei zum Teil auf Sentiments beruhen, muß sich mit der Wertung von Symptomen begnügen, darf Kleinigkeiten nicht unterschätzen und wird doch im ganzen lückenhaft bleiben.“ Oder nehmen wir die Frage der Güterverteilung. Jede tiefergreifende Beantwortung dieser Frage wird irgendwie, positiv oder negativ, wie schon v. Mangoldt² betonte, eine solche Art der Verteilung ins Auge fassen müssen, „welche nicht bloß der wirtschaftlichen Prosperität, sondern der Erfüllung der allgemeinen Lebensaufgabe der Völker am günstigsten ist; und man ist daher genötigt, zu dem großen Grundproblem des Existenzzweckes der Individuen wie der gesellschaftlichen Organismen seine feste Stellung zu nehmen und zu begründen“. Die Nationalökonomie ist eben eine zwar selbständige Wissenschaft mit besonderem Formalobjekt, allein sie kann die nationalökonomische Richtigkeit von Handlungen und Einrichtungen, deren Beziehung zum Volkswohlstande nicht behandeln, ohne sich gegenwärtig zu halten, daß der materielle Wohlstand selbst wieder für Individuen und Volk lediglich die Basis ist für höhere Güter und Zwecke, ein höheres Leben und Streben.

Indem wir somit in dem materiellen Wohlstand nur einen allerdings wichtigen Bestandteil der Gesamtwohlfahrt, aber nicht die ganze Volkswohlfahrt in ihrem vollen Umfange erblicken, da diese auch Elemente geistiger, sittlicher, sozialer, politischer Art in sich enthält, die der nationalökonomischen und statistischen Feststellung unerreichbar sind, so lassen selbst die besten Angaben über die bloß materielle Seite des Lebens in uns notwendig den Eindruck des Unvollständigen zurück. Wir empfinden es ohne weiteres, daß mit jenen Kennzeichen des Volkswohlstandes in der Frage der Volkswohlfahrt noch lange nicht das letzte Wort gesprochen ist. Stärker als der Lobgesang auf den wachsenden Völkerreichtum, die Fortschritte der Technik, des Wissens und Könnens, den höheren Lohn bewegt uns vor allem immer wieder die Klage über das verbleibende tiefe Elend des modernen Arbeiters³: seine ewige Fron im Dienste Fremder, die Zerstörung der Häuslichkeit, der Familie, die oft so traurigen Wohnungsverhältnisse, die Zerreißung aller alten Bande des Berufes, der Heimat, die harte, monotone Arbeit usw. Dazu noch die entsetzlichste, grausamste Tragik unserer Zeit: der Verlust des Glaubens

¹ Warum gibt es in den Vereinigten Staaten keinen Sozialismus (1906) 127 ff.

² Volkswirtschaftslehre I (1868) 319.

³ W. Sombart, Das Proletariat, in „Die Gesellschaft“, herausgegeben von M. Buber. Paul Kampfmeyer, Das Proletariat.

an Gott, an Christus, an ein besseres Leben im Jenseits! Damit ist dem Volke der letzte Trost genommen. Kein angeblich noch so „starkes Vorwalten der intellektuellen Fähigkeit“ kann „der proletarischen Psyche“ dafür Ersatz bieten. Mit dem materialistischen Atheismus verbindet sich in der Seele des modernen Arbeiters jene verzweifelte Verbitterung, jener unruhige, unauslöschliche Haß gegen die bestehende Gesellschaft, den alle unsere Sozialreform nicht zu überwinden vermag¹. Und wer trägt die Schuld? Die höheren Klassen! Überall Preisgabe der edelsten Güter um des Mammons willen, der ödeste Unglaube, der krasseste Materialismus im Leben der ganzen Gesellschaft! Kann man sich daher wundern, daß bei allem „Fortschritt“ Glück, Zufriedenheit selten geworden sind unter den Menschen? Sie haben sich Zisternen gegraben, die ihren Durst nicht zu löschen vermögen! Materielle Güter genügen dem Menschen nun einmal nicht. Der Vogel, heimisch in freier Luft, trauert im schönsten Käfig, mit reichster Nahrung versehen. Er verlangt nach der Armut seiner Freiheit. Wie töricht, Völker deshalb allein schon glücklich zu wähnen, weil ihnen Reichtümer in Menge zufließen, weil ihre Kapitalkraft sich mehrt, der Anteil am Welthandel emporschnellt, bessere Löhne gezahlt werden, mehr Fleisch und Weizen verzehrt wird usw.! Materielle Wohlfahrt ist wahre menschliche Wohlfahrt nur da, wo sie harmonisch den Gütern höherer Ordnung des Geistes, der Seele, des Gewissens sich eint.

Das Wort, das der ebenso weise wie erfahrungsreiche Altmeister der Nationalökonomie, Wilhelm Roscher, in den letzten Jahren seines Lebens unter sein Bild zu setzen pflegte, drückt zwar keine rein nationalökonomische Wahrheit aus, gewinnt aber im Munde des Nationalökonomen ganz besondere Bedeutung. Es ist das Wort der Heiligen Schrift: „Der Mensch lebt nicht vom Brot allein, sondern von jeglichem Worte, das durch den Mund Gottes geht.“

In der Abkehr von Gott und dem christlichen Glauben ist auch die Hauptursache der sozialen Revolutionen zu sehen, die so viel Unheil über Deutschland gebracht. Doch würde die Sozialdemokratie nicht so großen Erfolg mit der Verbreitung des Unglaubens und ihrer ganzen Agitation bei der Masse der Arbeiter gehabt haben, wenn nicht infolge der kapitalistischen Entwicklung ungeheure Verbitterung in der Arbeiterwelt sich angesammelt hätte. Konstantin Noppel² führt fünf Ursachen dieser Verbitterung an: 1. Das unverhältnismäßige Anwachsen der großen Einkommen und Vermögen. 2. Die weite Verbreitung arbeitslosen Einkommens. 3. Die fortschreitende Konzentrierung und Kartellierung der mächtigsten Industrien, wodurch die Herrschaft des großen Kapitalbesitzes über die Volkswirtschaft sich ausdehnte und befestigte, wie auch

¹ Man lese nur die „Lebensgeschichte eines modernen Fabrikarbeiters“ (Theodor Bromme), herausgegeben und eingeleitet von Paul Göhre (1905).

² Die soziale Revolution, 12. Flugschrift der „Stimmen der Zeit“ 1919, 6 ff. Vgl. zum Ganzen auch Joseph Eberle, Die Überwindung der Plutokratie (1918).

das Gleiche geschah vermöge der Beherrschung des gesamten Kreditwesens durch die Großbanken. 4. Der Herrenstandpunkt der Unternehmer und Direktoren ihren Arbeitern gegenüber. 5. Die Kriegsnot, knappe Zeiten. Und wie der Arbeiter sich wirtschaftlich als enterbt, in seiner Menschenwürde verkannt, in seiner Bedeutung für die Volkswirtschaft und den Einzelbetrieb mißachtet fühlte, so war er auch in seiner sozialen Stellung nur Angehöriger seiner Klasse, sozial und politisch nicht gleichberechtigter Vollbürger.

Es fielen also in der Tat dunkle Schatten auf den Volkswohlstand des deutschen Volkes, und nicht geringer Anstrengung bedarf es, um unser Volk wieder einer besseren Zukunft entgegenzuführen.

Entsprechend dem praktischen Charakter der Volkswirtschaftslehre haben wir zunächst das Ziel der Volkswirtschaft: die Herstellung materieller Volkswohlfahrt im Sinne von Volkswohlstand, ins Auge gefaßt und uns mit dem Wesen und den Kennzeichen wahrer materieller Volkswohlfahrt vertraut gemacht. Im folgenden beschäftigen wir uns mit den Ursachen und Bedingungen territorialer und völkischer Art, die den volkswirtschaftlichen Lebensprozeß disponierend beeinflussen.

Drittes Kapitel.

Territorium und Volkswohlfahrt.

Literatur: Max Eckert, Grundriß der Handelsgeographie. 2 Bde. (1905). I: Allgemeine Wirtschafts- und Verkehrsgeographie 14—161. — Ders., Leitfaden der Handelsgeographie³ (Göschel, 1911). — Ernst Friedrich, Allgemeine und spezielle Wirtschaftsgeographie² (1907). — Ders., Einführung in die Wirtschaftsgeographie² (1911) und Geographie des Welthandels und Weltverkehrs (1911). — Chr. Gruber, Wirtschaftliche Erdkunde, in Aus Natur und Geisteswelt (1906); 2. Aufl. von K. Dove (1911). — A. Kraus, Versuch einer Geschichte der Handels- und Wirtschaftsgeographie (1905). — F. Heiderich, Länderkunde von Europa (1904). — Ders., Länderkunde der außereuropäischen Erdteile (1897), in der Sammlung Göschel. — Karl v. Scherzer, Das wirtschaftliche Leben der Völker. Ein Handbuch über Produktion und Konsum (1885). — Friedrich Ratzel, Anthropogeographie Bd. I neue Aufl. (1899), Bd. II (1891). — Ders., Die Erde und das Leben. 2 Bde (1901/02). — A. Supan, Grundzüge der physischen Erdkunde³ (1903). — Karl Ritter, Erdkunde im Verhältnis zur Natur und Geschichte des Menschen (1822 bis 1859; zuerst 1817/18). — Karl Knies, Politische Ökonomie (1883) 44 ff. — G. Cohn, System der Nationalökonomie I (1895) 213 ff. — v. Bär, Einfluß der äußeren Natur auf die sozialen Verhältnisse, in dessen Reden II (Petersburg 1876) 3 ff. — E. v. Halle, Volks- und Seewirtschaft. 2 Bde. (1902). II: Die Verteilung der Industrien auf die klimatischen Zonen 185—203. — Die Übersichten der Weltwirtschaft von Juraschek, Halle, Calwer. — Albrecht Penck, Klima, Boden, Mensch, in Schmollers Jahrbuch XXXI 2 (1907), 140 ff. — B. Harms, Volkswirtschaft und Weltwirtschaft. — P. Arndt, Deutschlands Stellung in der Weltwirtschaft: Aus Natur und Geisteswelt (1908). — Max Schippel, Tropeneröffnung und europäische Wirtschaftsentwicklung, in Sozialistische Monatshefte (1908) 81 ff. — P. Leroy-Beaulieu, La colonisation chez les peuples modernes⁴ (1891). — Alfred Zimmermann, Die europäischen Kolonien (1896—1901). — Ders., Kolonialpolitik, in Frankenstein-Heckels Hand- und Lehrbuch (1905). — Dietrich Schäfer, Kolonialgeschichte (1903), in der Sammlung Göschel. — K. Dove, Die angelsächsischen Riesenreiche (1906/07). — Arthur Girault, Principes de colonisation et de législation coloniale² (1904). — Über die Bedeutung des Klimas für den Menschen, seine Tätigkeit, seine Einrichtungen schon bei Montesquieu, Esprit des lois I. XIV—XVIII. — Auch H. Th. Buckle, History of Civilisation in England. 3 Bde. (1873), deutsch von Arnold Ruge I (1874) 35—129 (Einfluß der Natur auf die Einrichtung der Gesellschaft und den Charakter des Individuums). — Ferner H. Spencer, Principles of Sociology I (1882) P. 1, chap. 3. — Von deutschen Autoren noch Oskar Peschels Schriften über Erd- und Völkerkunde; Karl Andrees Geographie des Welthandels I² (1877), II (1872), neu herausgegeben von Franz Heiderich und Robert Singer (1909); Heiderich, Die Sozialwirtschaftsgeographie (Grundsätzliches und Literatur), im „Weltwirtschaftlichen Archiv“ II (1913) 455 ff.; K. Dove, Methodische Einführung in die allgemeine Wirtschaftsgeographie (1914); Alfred Hettner, Die geographischen Bedingungen der menschlichen Wirtschaft, in Grundriß der Sozialökonomik. II. Abt. (1914) 1 ff. — Neue Literatur fortlaufend auch im „Weltwirtschaftlichen Archiv“ von R. Harms.

81. Relativ letzte disponierende Ursachen des Volkswohlstandes. Der Bibliograph Daniel Georg Morhoff sagt, in bezug auf die *reditus provinciarum* müsse man vor allem die Lage des Landes, sein Klima, sein Verhältnis zum Meere, seine Fruchtbarkeit, die Menge und Geschicklichkeit seiner *artifices* beachten. Damit sind zugleich die Grundelemente jeder Volkswirtschaft und insofern die relativ letzten Ursachen des Volkswohlstandes genannt: Natur und Mensch — Land und Volk.

Das Territorium, auf welchem ein Volk dauernd wohnt, bildet die äußere, natürliche Grundlage seines politischen und wirtschaftlichen Lebens. Es bestimmt in hohem Grade die Art und die Erfolge seiner wirtschaftlichen Tätigkeit, die Gestaltung seiner Produktion, des Verkehrs, der Konsumtion.

Der Volkswohlstand in seiner unmittelbaren Verwirklichung ist anderseits mehr noch abhängig, bedingt von den quantitativen und qualitativen Verhältnissen des Volkes, das ihn schafft und genießt, von den physischen, 'geistigen, moralischen Kräften der Volksgenossen, von der Entwicklung ihres technischen Könnens, ihres Handels, aber auch von der Form, Art, dem Leben, der Geschichte der politischen, sozialen, wirtschaftlichen Organisation, von Rechtsordnung und Politik, der Lebenskraft und Wirksamkeit des Staates, der Gemeinden, der wirtschaftlichen Verbände.

„Offenbar ist der schaffende Mensch“, sagt Friedrich¹, „wie der Bildhauer gegenüber dem Marmorblock — was ist er ohne ihn? — die Hauptsache im Wirtschaftsleben. . . . Von des Menschen Art wird es in erster Linie abhängig sein, was bei der Einwirkung auf die Natur herauskommt. . . . Die Art des Materials, die Stoffe für die Bedürfnisbefriedigung, die Pflanzen, die Tiere sind zwar bis zu einem hohen Grade durch ihre Lebensansprüche und die Mineralien durch ihr natürliches Vorkommen örtlich gebunden, aber die produzierten Mengen und Qualitäten sind viel mehr von des Menschen Tüchtigkeit abhängig, und auch von der erwähnten örtlichen und stofflichen Gebundenheit befreit der Mensch der hohen Kultur seine Bedürfnisbefriedigung durch Verpflanzung von Pflanzen und Tieren, zielbewußte Abänderung durch Züchtung, mittels Ersatzes durch Surrogate und vor allem durch den Welthandel.“

Wir haben es hier nun zunächst mit den territorialen Bedingungen, ihrem Einfluß auf die wirtschaftliche Entwicklung eines Volkes und damit auf die Volkswohlfahrt zu tun. In einem Lande, das aller natürlichen Vorzüge entbehrt, wird kaum ein reiches Volk erblühen. Mag menschliche Klugheit, Erfahrung, Technik, Anstrengung die Ungunst gegebener Naturbedingungen mildern, Hindernisse des wirtschaftlichen Aufstiegs mehr oder minder siegreich überwinden können, zu einer die Natur ausschließenden Ungebundenheit des Könnens und Gestaltens gelangen wir

nicht. Solange Kraft und Stoff der äußeren Welt den unentbehrlichen Gegenstand, das notwendige Mittel wirtschaftlichem Fleiße darbietet, die Gunst oder Ungunst des Klimas, die geographische Lage, die geologischen Verhältnisse des Territoriums usw. Bedingung, Richtung, Förderung oder Hemmnis für die wirtschaftliche Betätigung bedeuten, bleibt der König der Schöpfung abhängig von dem Objekt seiner Herrschaft. Mögen wir immerhin die physikalischen, chemischen, vegetativen, generativen Kräfte der Natur mittels der eigenen geistigen und leiblichen Kraft mehr als früher beherrschen, entbehren können wir sie niemals, auch nicht auf den höchsten Höhen der Kultur. Gaben Gottes bleiben es letztlich jederzeit, die der menschliche Fleiß bearbeitet; Kräfte der Natur sind es, die uns dienen, die unsere Werkzeuge in Bewegung setzen im Dienste der Produktion und des Verkehrs.

Behandeln wir der Reihe nach 1. das Klima, 2. die Bodenverhältnisse, 3. die geographische Lage und Ausdehnung des eigenen Landes in ihrer Bedeutung für die wirtschaftliche Entwicklung eines Volkes.

Um Wiederholungen zu vermeiden, beschränken wir uns an dieser Stelle darauf, nur kurz den Einfluß anzudeuten, den Klima, Bodenverhältnisse, geographische Lage u. dgl. auf die Volkswohlfahrt, auf Wohnung, Kleidung, Nahrung, Verkehr, Arbeitsfähigkeit usw. ausüben. Es handelt sich hier lediglich darum, eine breite Grundlage für Auseinandersetzungen zu gewinnen, die in anderem Zusammenhang in dem Lehrstoff eingeschlossen sind.

§ 1.

Die klimatischen Verhältnisse.

Über die meteorologischen, geologischen, orographischen, hydrographischen, geographischen Tatsachen, die für uns in Betracht kommen, läßt der Nationalökonom von den Vertretern der resp. Fachwissenschaften sich belehren. Bei dem vielfachen Hinausgreifen der Volkswirtschaften über die engeren Grenzen des eigenen Territoriums wird aber die Darstellung notwendig eine weltweite Ausspannung erhalten müssen. Nur so können wir die absoluten und relativen Vorzüge, die Fülle und die Armut des einzelnen Territoriums, die Ergänzungsbedürftigkeit und den überfließenden Reichtum, den gegenwärtigen Zustand und den Entwicklungsgang einer Volkswirtschaft richtig erfassen und die gewonnene Erkenntnis fruchtbar verwerten.

82. Klima¹. Die physische Beschaffenheit des Wohngebietes, seine größere oder geringere Fähigkeit, Menschen, Pflanzen, Tiere zu beherbergen,

¹ Die Klimalehre (Klimatologie) ist ein Zweig der Meteorologie. Sie gibt für einen bestimmten Ort den mittleren Wert aller Beobachtungen über Temperatur, Niederschlag und Wind an. Sie belehrt uns über den Einfluß, welchen die regelmäßiger Wettererscheinungen an einem bestimmten Orte auf das Gedeihen den

ihnen eine gedeihliche Entwicklung zu ermöglichen, hängt wesentlich ab von klimatischen Verhältnissen, d. i. von der Gesamtheit der atmosphärischen Bedingungen eines Landes oder Ortes, von seinem Durchschnittswetter, von Wärme, Wassergehalt der Atmosphäre, Bewegungen der Luft, welche die Temperatur, Feuchtigkeit oder Trockenheit beeinflussen (Bestandteile des Klimas, „klimatische Elemente“). Die Verschiedenheit des Klimas wird hinwiederum bestimmt durch eine Reihe äußerer Bedingungen, wie geographische Breite, Bodenerhebung, Neigung zum Horizonte, Unterlage der Atmosphäre, ob Land oder Meer usw. („klimatische Faktoren“).

Die Wärme der Luft kommt weniger von den durch die Luft hindurchgehenden Sonnenstrahlen als mittelbar von dem Boden, insofern dieser die von der Sonne empfangene Wärme zurückstrahlt. Die Wirkung der Sonnenbestrahlung auf den Boden wechselt nach der Breitenlage bzw. dem Auffallswinkel der Sonnenstrahlen, nach der Dauer der Bestrahlung, auch nach der Art des Bodens.

Die Nähe großer Wasserflächen, insbesondere des Meeres, Luft und Meeresströmungen, Gebirge und Wälder bestimmen Maß und Verteilung des Regens, wie sie auch auf die Temperatur bedeutenden Einfluß ausüben. Es gibt niederschlagsarme Gegenden mit einer mittleren Regenmenge von 250 *mm* pro Jahr, niederschlagsreiche mit über 1000, ja über 4000 *mm*. Diejenigen Gegenden, welche zwischen beiden in der Mitte stehen, mit 250 bis 1000 *mm*, gehören zu den fruchtbareren Gebieten, so Zentral- und Westeuropa, Ostchina, die Osthälfte der nordamerikanischen Union; niederschlagsarm und daher wenig fruchtbar sind ganz oder zum Teil Zentral- und Südafrika, Westamerika, Osteuropa, ein großer Teil Asiens und Australiens¹.

Verschiedener Luftdruck verursacht Bewegungen der Luft. Am Tage ist das Land, in der Nacht das Meer wärmer. So strömt denn am Tage die unterste Luftschicht vom Meere zum Lande hin (Seebrise) und vom Lande zum Meere in der Nacht (Landbrise). Die auf dem Unterschied der Temperatur

Pflanzen und Tiere, industrielle Prozesse, die Gesundheit des Menschen u. dgl. haben. Die „synoptische Witterungskunde“, ein anderer Teil der Meteorologie, verfolgt die einzelne Erscheinung in ihrer Fortpflanzung über größere Gebiete während eines bestimmten Zeitraumes; sie liefert Wetterprognosen, Sturmwarnungen (Taifun!) u. dgl. Vgl. Köppen, Klimalehre (1899) 5 ff. M. Eckert, Grundriß der Handelsgeographie I 14 ff. 25 ff. Friedrich, Wirtschaftsgeographie² 111 ff. Jul. Hann, Handbuch der Klimatologie (1897). A. Woeikof, Die Klimate der Erde (1887). Ed. Brückner, Klimaschwankungen und Völkerwanderungen (1912). Klimatologische Karten in Hanns Atlas der Meteorologie (1887). Buchans Report on Atmospheric Circulation (1893; II. Bd. des Challenger-Werkes). Atlanten der Seewarte, Schulatlas von Debes usw. Die Zeitschrift der österreichischen und deutschen Gesellschaft für Meteorologie (reichste Quelle). W. Trabert, Meteorologie, in der Sammlung Götschen, usw.

¹ Die regenreichsten Gebiete der Erde sind nach Max Eckert (Handelsgeographie I 23) Tscherrapundshi in Assam mit 12 *m* jährlicher Regenhöhe und Bibundi im Kamerungebirge auch mit 10 *m* jährlicher Regenhöhe (genauer 9550 *mm*). Die jährliche Regenmenge der Erde ist auf 122 000 *cikm* berechnet worden. Es ist nicht so sehr die absolute Menge Regen als die für gewisse Zeiten (die Vegetationsperiode) genügende Menge, die über die Produktivität eines Gebietes entscheidet. Innerhalb der weniger fruchtbaren Gebiete finden sich auch fruchtbarere Striche. Rußland hat an der Wolga Gegenden mit reicheren Erträgen.

der Breitengrade beruhende Luftströmung von den Polen zum Äquator erleidet durch die tägliche Umdrehung der Erde eine Ablenkung. Zwischen dem 30.° N und S findet daher eine untere zum Äquator, aber auch westwärts gerichtete Luftbewegung statt (die Passate); und auf beiden Halbkugeln zwischen dem 30.° und 60.° eine polwärts, aber auch nach Osten gerichtete Bewegung (Region der vorwaltend westlichen und äquatorialen Winde). Die Passate wehen täglich mit fast gleicher mäßiger Stärke aus derselben Richtung. In der Nähe des Äquators befindet sich ein Gürtel mit Stillen (Kalmen) und mit veränderlichen Winden (Wallungen, Doldrums). Beim 30.° folgt wieder ein Gürtel mit Wallungen (die horse latitudes, Roßbreiten), dann nach den Polen zu bis zum 60.° ein Übergewicht westlicher Winde, darüber hinaus polwärts ein Gürtel veränderlicher, oft starker Winde, dann noch ein Gebiet mit nördlichen und östlichen Winden im Winter, im Sommer mit östlichen Winden oder Windstille.

Dieselben Temperaturunterschiede zwischen Land und Meer, welche die täglichen Land- und Seebrisen hervorrufen, erzeugen auch jahreszeitlich wechselnde Winde, im Winter vom Lande zu dem Meere hin, im Sommer vom Meere zu dem wärmeren Lande. Namentlich an der Süd- und Ostseite Asiens treten diese jahreszeitlichen Winde, Monsune genannt, in Wirkung.

Dann gibt es noch eine ganze Anzahl von Winden, zyklonalen Luftwirbeln, Orkanen u. dgl., die verschiedenen Gegenden eigentümlich sind. So die gefährlichen Orkanwirbel des chinesischen Meeres (Taifune), für das westliche Mittelmeer der drückend warme „Schirokko“ (in Spanien „Leveche“), ferner der „Maestro“, dann vom Ebro bis Genua der „Mistral“ (NW), die mit Staub und Sand beladenen Wüstenwinde: „Samum“, „Chamsin“ (Ägypten), „Harmattan“ (Oberguinea), die Schneestürme in Sibirien „Buran“ und „Purga“, in Nordamerika „Blizzard“ genannt, der heiße, trockene „Norther“ in Südastralien und der „Suchowei“ in den Steppen Südrußlands, die kalte „Bora“ an den Nordostküsten des Adriatischen und des Schwarzen Meeres, der warme „Föhn“ an der Nordseite der Alpen, der „Chinook“ an der Ostseite der Rocky Mountains, der warme Wind an der Küste Grönlands usw.¹

Wie die Meeresströmungen, so sind auch die regelmäßigen ozeanischen Winde von großem Werte speziell für die Segelschifffahrt. Auf dem Atlantischen Ozean erleichtert der Nordostpassat die Reise von Europa nach Mittel- und dem tropischen Südamerika, der Südostpassat die Fahrt von Südafrika dorthin. Der Verkehr von Amerika nach Europa wird nördlich vom Passatgürtel auf der Nordhalbkugel durch Südwestwinde begünstigt, die Fahrt von Buenos Aires nach Kapstadt und von Durban nach Australien südlich von der Passatzone auf der Südhalbkugel durch Westwinde. Auch die Monsune haben am Westrande des Großen Ozeans ihre Bedeutung für den Seeverkehr. Im westlichen Indischen Ozean werden die Monsune für die Verbindung zwischen Vorderindien und der Ostküste Afrikas benützt.²

Es gibt fünf *Klimazonen*. Sie entsprechen so ziemlich den Erdzonen (Zonen der Sonnenstrahlung)³. Erdzonen heißen die zwischen den

¹ Köppen, Klimalehre (1899) 58 ff. 102 ff.

² Chr. Gruber, Wirtschaftliche Erdkunde (1906) 6.

³ Geographische Breite und Neigung des Bodens bestimmen den Winkel, unter dem die Sonnenstrahlen auf die Erdoberfläche fallen; sie sind von entscheidender Bedeutung

Wendekreisen bzw. zwischen Wendekreis und Polarkreis liegenden wie auch die von je einem Polarkreis umschlossenen Gebiete.

Die heiße Zone zwischen den zwei Wendekreisen¹ (des Krebses auf der nördlichen, des Steinbocks auf der südlichen Halbkugel) hat eine Breite von 47° , eine Fläche von 202 Millionen qkm , 40% der gesamten Erdoberfläche. Der Klimagürtel der Tropenzone ist die „Sommerzone“ der Erde. Dort herrscht eine gleichmäßige hohe Temperatur während des ganzen Jahres bei fast immer senkrechter Bestrahlung durch die Sonne. Die Tageslänge sinkt nie unter $10\frac{1}{2}$ Stunden. Den Wechsel zwischen Sommer und Winter vertritt die trockene und nasse Jahreszeit. In der „Zone der Kalmen“, unmittelbar am Äquator, gibt es fast täglich Gewitter und Platzregen. Im übrigen entspricht innerhalb der heißen Zone die Zeit der Niederschläge auf der nördlichen Halbkugel unserem Sommerhalbjahr, auf der südlichen unserem Winterhalbjahr.

Die gemäßigste Zone, nördliche und südliche, liegt zwischen je einem Wendekreis und Polarkreis. Jede der beiden gemäßigten Zonen erstreckt sich über 43° . Die Fläche beider Gürtel umfaßt 265 Millionen qkm (52% der gesamten Erdoberfläche). Das Charakteristische ist hier nicht so sehr die gemäßigte Temperatur als der Wechsel zwischen Sommer und Winter mit den Übergangszeiten, Frühling und Herbst (daher die Bezeichnung „Jahreszeitengürtel“). Der Unterschied der Jahreszeiten nimmt von den Tropen polwärts zu. In der Mitte der gemäßigten Zone tritt er am klarsten in die Erscheinung. Näher zu den Wendekreisen (subtropische Zone) und nach den Polarkreisen hin (subarktische Zone) gleichen sich die Jahreszeiten den Verhältnissen der warmen bzw. der kalten Zone allmählich an.

Die kalte Zone („arktische“ oder nördliche, „antarktische“ oder südliche) wird von je einem Polarkreis umschlossen. Ihrer Gestalt nach ist sie kein Gürtel, sondern eine Kugelkappe. Die Distanz zwischen Pol und Polarkreis beträgt $23\frac{1}{2}^{\circ}$. Die Fläche beider kalten Zonen umfaßt 42,5 Millionen qkm (8% der gesamten Erdoberfläche). Die Strahlen der Sonne fallen hier sehr schräg auf. Da die große Kälte eines langen, strengen Winters nur durch einen kurzen Sommer unterbrochen wird, so

für das Klima. So versteht sich auch die Ableitung des Wortes „Klima“ von *κλίμα*, neigen, „wobei unbestimmt bleibt, ob es eine gelehrte, von der Neigung der Sonnenstrahlen oder gar der Erdachse ausgehende Wortbildung oder die Verallgemeinerung eines volkstümlichen, im gebirgigen Griechenland naheliegenden Begriffes für den Unterschied zwischen den nach verschiedenen Himmelsrichtungen schauenden Abhängen ist“ (Köppen, Klimalehre 10). Friedrich (Wirtschaftslehre 111 Anm. 1) unterscheidet vier Zonen: 1. die tropische Zone, 2. die subtropische Zone, 3. die gemäßigste Zone, 4. die polare Zone.

¹ „Wendekreise“ genannt, weil in diesen Kreisen die Sonne sich scheinbar wendet, am 21. Juni im Wendekreis des Krebses südlich, am 21. Dezember im Wendekreis des Steinbocks wieder nördlich. Die zwischen den Wendekreisen liegende Zone heißt auch „Tropenzone“ mit Rücksicht auf die Bezeichnung ihrer Grenzen (τροπή, Wende).

dürfen die Polarzonen in klimatischer Beziehung als „Winterzonen“ bezeichnet werden.

Jede der beiden Halbkugeln der Erde hat also eine Sommerzone, Jahreszeitenzone und Winterzone.

Innerhalb der einzelnen Klimazonen (namentlich in mittleren Breiten) finden sich Sonderklimate oder

83. „Klimaprovinzen“, wegen der verschiedenen Verteilung von Wasser und Land, der verschiedenen Erhebung des Bodens über den Meeresspiegel, Gebirge und Wälder, Meeresströmungen.

Das Land wird *ceteris paribus*, bei gleicher Sonnenbestrahlung, rascher erwärmt als das Wasser, gibt aber auch die Wärme schneller ab. Die über dem Lande befindlichen Luftschichten sind daher am Tage wärmer als die über dem Wasser befindlichen; während der Nacht haben die über dem Wasser befindlichen Luftschichten höhere Wärme, da das Wasser die Wärme länger behält und sich langsamer abkühlt als das Land. Die Unterschiede zwischen Tag- und Nachttemperatur sind auf dem Lande größer als auf dem Wasser. Auch ist der Gegensatz zwischen Sommer und Winter nahe dem Meere nicht so stark wie auf dem Lande. So spricht man von einem Seeklima mit geringen Temperaturunterschieden (Differenz zwischen wärmstem und kältestem Monat nicht über 15°) und einem Landklima (Differenz 20° — 40°); dazwischen steht das Übergangsklima (Differenz 15° — 20°). Im Innern der Kontinente sind die Temperaturunterschiede zwischen Winter und Sommer am stärksten, wie inmitten Rußlands, des arktischen Nordamerika, des nordöstlichen Sibirien. Hier in Werchojansk steht der tiefsten Wintertemperatur von -70°C eine höchste Sommertemperatur von $31,5^{\circ}\text{C}$ gegenüber (Eckert). Wo das Landklima herrscht, ist im allgemeinen der Winter kalt, der Sommer heiß, der Frühling kurz, der Herbst eine längere Übergangszeit. Das Seeklima (Westseite der Kontinente in der mittleren gemäßigten Zone) hat die vier Jahreszeiten; aber sie stehen in weniger schroffem Gegensatz zueinander in bezug auf Temperatur und Niederschläge. Küstenlandschaften des Kontinents nehmen teil am Klima des Innern oder der hohen See, je nachdem sie von der einen oder andern Seite die Luft zugeführt erhalten. Auf der südlichen Halbkugel sind die Unterschiede zwischen Land- und Seeklima geringer. Das Land ist hier weniger ausgedehnt als im Norden, bleibt auch dem Pole ferner.

Warme oder kalte Meeresströmungen¹ beeinflussen die Temperatur der auf ihnen ruhenden Luftschicht, die Wolkenbildung, die Niederschläge. Der Golfstrom zum Beispiel im Nordatlantischen und der Kuro Siwo oder schwarze Strom (wegen seiner dunkelblauen Färbung) im Nordpazifischen Ozean verbreiten einen Teil der Wärme und Feuchtigkeit

¹ Karl Andree, *Geographie des Welthandels*-I² (1877) 417 ff. 468. Dasselbst auch die Ursachen der Strömungen.

der Tropen über die nördlichen Erdräume hin. Ähnlich wie Landflüsse zwischen festen Ufern, so fließen die Strömungen inmitten des stromfreien Wassers in einer Breite, die bis 250 deutsche Meilen beträgt, und mit einer Schnelligkeit, wie sie irgendein Strom des festen Landes aufweist.

„Die Küstenstriche der Pyrenäenhalbinsel, Frankreichs, der Niederlande, des westlichen Deutschlands, Irlands, Großbritanniens und Norwegens, die südlichen Inselgebiete Japans und ein großer Teil der atlantischen Staaten der nordamerikanischen Union schöpfen ihr vergleichsweise mildes, abgeglichenes, niederschlagsreiches Klima und die Ertragsfähigkeit ihres Bodens wesentlich aus den warmen Meeresströmungen. Wenn Dublin in Irland annähernd die gleiche jährliche Durchschnittstemperatur hat wie Odessa im Schwarzen Meere; wenn in Südostengland kornschwere Äcker mit prächtigen Wiesen, herrliche Baumgruppen mit behäbigen Ortschaften und stolzen Herrensitzen abwechseln, während das gegenübergelegene, von der kalten Grönlandströmung bespülte Labrador im östlichen Nordamerika in hohem Maße unwirtlich und äußerst spärlich bewohnt ist; wenn Norwegen nur für 160 Tage im Jahre Brotfrucht einführen muß, trotzdem es sich in der Hauptsache zwischen dem 60. und 70.° n. Br. erstreckt, während die in gleicher geographischer Breite liegenden Küstenstrecken Ostsibiriens den größten Teil des Jahres für die Schifffahrt schwer zugänglich sind und bloß von nomadisierenden Tschuktschen durchstreift werden: so verdankt Nordwesteuropa all diese Vorzüge den Armen des Golfstromes. Gleich einem milden, feuchten Hauch streichen die von ihm herwehenden Winde über Eilande und Küsten und tragen dazu bei, daß sich gerade in seinem Bereich die am meisten hervortretenden Kultur- und Handelsstaaten der Welt konzentrieren. Gemeinsam mit den zahlreichen Bodenschätzen der atlantischen Reiche Europas, dem gewerblichen Sinn und wagemutigen Handelsgeist ihrer vorwiegend germanischen Völker trug gerade der Golfstrom mit dazu bei, daß sie zur größten Werkstätte der Weltindustrie und zu einem Reich der Mitte für den internationalen Verkehr wurden, daß man mit Recht von einer Europäisierung der Erde sprechen darf, und daß man als die kulturfähigsten fremden Länder nunmehr diejenigen bezeichnen muß, welche die meisten europäischen Einflüsse empfangen haben: die Vereinigten Staaten von Amerika, Kanada, Japan, Südastralien, Südafrika und das südliche Amerika.“¹ Das System des Kreislaufes der Strömungen hat auch für die Fauna und Flora des Meeres, für die Verteilung der Fische und Meergräser, Insekten und Korallen nicht geringe Bedeutung.²

Das Klima der Höhen über 2000 bis 4000 m wird Höhenklima, das Klima der Berge in den unteren Höhenstufen Gebirgsklima genannt. Manche Gebirge wirken als „Klimascheiden“. Die Alpen mit ihrer Erstreckung von West nach Ost schützen die südlich gelegenen Länder vor dem rauhen Nordwinde. Die Karpathen bilden im Norden und Osten einen Schutz für die ungarische Tiefebene, der Himalaja für Indien. Die nordamerikanischen Gebirge halten, ihrer meridionalen Erstreckung wegen,

¹ Ch. Gruber, Wirtschaftliche Erdkunde (1906) 5.

² Karl Andree, Geographie des Welthandels I 417.

die kalten Polarwinde nicht ab, wie sie anderseits den warmen Südwinden den Weg nicht verlegen¹.

Auch große, zusammenhängende Waldungen haben einen nicht geringen Einfluß auf die klimatischen Verhältnisse einer Gegend. Sie mildern die Temperatur in der heißen Zeit, bewahren den Wassergehalt des von ihrem Blätterschmuck beschatteten Bodens, liefern Quellen und Flüssen eine regelmäßige Wasserzufuhr, brechen die Gewalt der Stürme usw.

Im übrigen führt Entwaldung nicht überall und immer zum Niedergang der Wirtschaft eines Landes. Die britischen Inseln haben ihren Waldschmuck größtenteils verloren. Dennoch fehlt ihnen der Regen nicht, da der Südwest vom Golfstrom her ausreichend Regenwolken der englischen Feldflur und den irischen Viehtriften zuführt. Auch gehört die Waldrodung zu den Notwendigkeiten jeder Ansiedlung, um Land für Hausbau und Saat zu gewinnen. Wo aber das rechte Maß dabei überschritten wird, da ergeben sich die größten Schäden. „Frankreich“, sagt Kirchhoff², „noch weit schlimmer die südlicheren Länder ums Mittelmeer bezeugen, was geschieht, wenn zufolge fahrlässiger Waldverwüstung das Naß nicht mehr im schattigen Wald niedertropft auf moosigen Boden, um entlang den Baumwurzeln wie in tausend Kanälchen ins Erdreich zu sickern, Quellen nährend. Wo sind sie hin, die schiffbaren Flüsse der Apenninhalbinsel zur Römerzeit? Im Süden vielfach zu tobsüchtigen Fiumaren³ geworden, liegen sie in der regenarmen Sommerzeit trocken, reißen dagegen bei winterlichen Gewittergüssen wie mit den Krallen eines Ungeheuers immer neue, immer tiefere Risse in die nackten Felswände, von denen die für den Pflanzenwuchs so nötige Verwitterungskruste krumiger Erde durch das nämliche Unwetter in ihr Bett entführt wird, bloß zur Versumpfung der Niederung, zur Verstopfung der Flußmündung. So ist aus dem Land, da Milch und Honig floß, das skelettartig kahle Palästina geworden; das Fett des Bodens, besonders die kostbare Roterde, die aus der oberflächlichen Auflösung des palästinensischen Kreidekalkes durch den Regen zurückblieb und in der Terrassenkultur der Israeliten sparsamst bewahrt blieb, mußte beim Verfall pfleglicher Bodenbehandlung, beim Abtrieb der immergrünen Eichenhaine, von denen die Bücher des Alten Bundes melden, der bleichen Steinwüste weichen.“

¹ Wo in den Gebirgshöhen die Bodenkultur überhaupt noch möglich ist, beschränkt sie sich auf Feldgras oder Egartwirtschaft (süddeutsche Gebirgsgegenden). Man baut mehrere Jahre hindurch Ackerfrüchte und läßt den Boden dann ein Jahr lang als Weide oder Wiese dienen. Erst an der unteren Grenze der klimatischen Wirtschaftshöhenzone kann die dauernde Kultivierung des Bodens und die Fruchtwechselwirtschaft eintreten. Es werden dabei in jährlichem Wechsel Marktpflanzen (Getreide, Hülsenfrüchte, Handelspflanzen usw.) oder Futterpflanzen (Klee usw.) angebaut. Vgl. Globus 1906, Nr. 10. Nach Nimföhr nimmt die Temperatur in der Atmosphäre nur bis zu einer gewissen Höhe ab; in den höchsten Schichten steigt die Temperatur wiederum.

² Mensch und Erde (1905) 70 f.

³ Fiumara, ein in Süditalien für die rasch und gewaltig anschwellenden, aber ebenso rasch wieder abfließenden Flüsse gebräuchlicher Ausdruck. In Oberitalien heißen sie Torrente, in Spanien Rambla. Theobald Fischer, Mittelmeergebiet, in Internationale Wochenschrift für Wissenschaft, Kunst und Technik I (1907) Nr. 8, 256

84. Die wirtschaftliche Bedeutung des Klimas¹ ist eine überaus große. Die Vegetationsdecke des Bodens, seine größere oder geringere Fruchtbarkeit, der üppige vor Stürmen geschützte Talgrund, dürre Steppen und Wüsten usw. führen sich auf klimatische Einflüsse zurück. Vor allem aber ist alles organische Leben, sind Pflanzen, Tiere, Menschen in ihrem Dasein und in ihrer Entwicklung durch klimatische Verhältnisse bedingt.

Die „Ökumene“, d. i. die von dem Menschen besiedelte Erde, und die „Wirtschaftsfläche“, das Gebiet menschlicher Wirtschaft, reichen über die eigentliche „Kulturfläche“ hinaus, d. i. über jenen Teil der Erdoberfläche, der Kulturpflanzen (Nahrungs- und Nutzpflanzen) trägt. Teile von Alaska und von Australien zum Beispiel lassen Bergbau zu. Aber der Boden liefert keine pflanzlichen Produkte; auch anderswo findet sich nur kümmerliche Nahrung für wenige Tiere, wie in den „nordischen Steppen“, den Tundren. Die Kulturfläche hinwiederum ist größer als das Kulturland im engsten Sinne, die dem eigentlichen Landbau dienende Fläche. Demgemäß unterscheiden wir auch im folgenden zwischen dem Kulturland im engeren Sinne oder Landbauzonen und Kulturzonen, dem Kulturland im weiteren Sinne.

Nach Eckert kamen um die Jahrhundertwende von der Gesamtoberfläche der Erde (144 Millionen *qkm*) 31 Millionen *qkm* auf Acker- und Wiesenland, 42 Millionen *qkm* auf Wald, 28 Millionen *qkm* auf Steppen, 34 Millionen *qkm* auf Ödland. Mit andern Worten: 73 Millionen Kulturland (Acker, Wiese, Wald) standen einem kulturlosen Gebiet von 71 Millionen *qkm* gegenüber. Kulturland im engsten Sinne, das von den Menschen zur Erzeugung von Nahrungs- und Genußmitteln bearbeitet wird, gibt es nur 20 Millionen *qkm* (etwa ein Siebtel der Erdoberfläche).

1. Die Pflanzenwelt² und insbesondere die Kulturpflanzen, deren Pflege der Mensch sich angelegen sein läßt, bedürfen der Wärme und Feuchtigkeit, und zwar in verschiedenem Grade und Maße. Namentlich danach umgrenzen sich ihre Ausbreitungsbezirke.

Die Getreidegrenze fällt im wesentlichen zusammen mit der Isotherme³ 15° C des wärmsten Sommermonates.

Sie „reicht an der Westküste Skandinaviens am weitesten nach Norden, bis zum 70.°; innerhalb Skandinaviens geht sie nach Süden, um das Ende des Bottischen Meerbusens zu streifen, darauf steigt sie wieder an bis über den nördlichen Polarkreis und umspannt das Weiße Meer, ohne jedoch dessen Ufergestade zu berühren. Im Uralgebirge sinkt sie aber bis auf 60° n. Br. und durchquert Asien zwischen dem 61. und 62.°, jedoch nicht ganz zum Meere; denn sie läuft östlich des 130.° ö. L. v. Gr. nach Süden, um beim 50.° den asiatischen Erdteil zu verlassen; im weiteren Verlaufe wird die Südspitze von Sachalin und der Südosten von Kamtschatka abgeschnitten. In der Breite von 55° betritt die Getreidegrenze Nordamerika, läuft an der Westseite der Rocky Mountains nach Süden

¹ M. Eckert, Handelsgeographie I 27 ff. 62 ff.

² Drude, Handbuch der Pflanzengeographie (1890). Auch Andree, Geographie des Welthandels, und J. Wiesner, Die Rohstoffe des Pflanzenreichs² I (1900), II (1903).

³ „Isothermen“ sind Linien, welche in der kartographischen Darstellung der Wärmeverteilung auf der Erde die Orte gleicher Temperatur miteinander verbinden.

bis zum 50.° n. Br. und steigt auf deren Ostseite hinauf, bis sie beim 63.° den Mackenzie erreicht, umgeht im südlichen Bogen den Großen Bärensee, verläuft im Norden des Winnipegsees und geht herunter fast bis zum 50.° n. Br., um auch in der Nähe dieses Grades am St. Lorenzstrom Amerika zu verlassen. Nachdem sie nur den Südostteil Neufundlands berührt hat, steigt sie gleichsam im Sinne des Golfstromes wieder nach Europa empor und läßt Island außerhalb des Kulturbereiches. Von den Süderteilen wird nur die äußerste, sich in Inseln auflösende Spitze Südamerikas von der polaren Getreidegrenze getroffen.“¹ Auch wo Getreide selten reift, ist nicht jede Bodenkultur ausgeschlossen. In Island zum Beispiel nimmt der Kartoffel- und Gemüseanbau stetig zu. Selbst das isländische Moos findet Verwendung als Nahrungsmittel.

Mit Rücksicht auf das für bestimmte Gebiete charakteristische Vorkommen von Getreidearten unterscheidet man die sog. *Landbauzonen* der Erde.

Beginnen wir a) mit den Landbauzonen der außertropischen Länder.

Der hohe arktische Norden entbehrt des Anbaues. Die Renttierzucht nomadischer Lappen ist dort die alleinige Form landwirtschaftlichen Betriebes. Bis an die Getreidegrenze rückt dann a) die arktische und antarktische Gerstenzone vor. Doch bleibt der Anbau der Gerste in jenen Regionen selten (in Europa zwischen dem 60. und 70.° n. Br., in Amerika und Asien zwischen dem 50. und 60.° n. Br. Zur antarktischen Gerstenzone gehört nur die Südspitze Patagoniens). Noch spärlicher als die Gerste finden sich Hafer² und (in Rußland) Roggen. Polwärts weiter als Gerste steigen Kartoffel, Kohl und Wasserrübe hinauf. Von den Obstbäumen (Apfel-, Birn-, Kirschbaum) dringt die Kirsche am höchsten vor, bis 66.° n. Br., nördlich von Drontheim. Der Hauptsache nach überwiegt aber hier die eigentliche Waldwirtschaft und Viehzucht. Die polare Waldgrenze findet sich am 60.° n. Br., wo noch die Birke und Lärche gedeiht.

Innerhalb der nun folgenden β) Haferzone überwiegt fürs allgemeine der Anbau des Hafers gegenüber dem Brotgetreide. Doch ist die Feldgraswirtschaft, die Ackerweide, mit ausgedehnter Rinderzucht noch charakteristischer für diese Zone. Auch der Kartoffelanbau findet sich teilweise in größeren Flächen (Irland, Südnorwegen). Der Flachsbaue hat vielfach an Ausdehnung abgenommen.

Diese Landbauzone „umfaßt in Europa Irland, Schottland, die westlichen Küstenlandschaften Norwegens bis zum 66.° n. Br., die Jütische Halbinsel, die nördlichen großen Inseln Dänemarks, Südschweden, Südfinnland bis zu den Landschaften östlich des Onegasees. Durch Asien läuft der Haferbaustreifen zwischen dem 50. und 55.° n. Br., an der pazifischen Seite wird er nach Süden bis beinahe zum 40.° n. Br. umgebogen. Jesso fällt in diese Zone. In Nordamerika zieht die Haferzone sich als breiter Saum zwischen dem 40. und 60.° von der

¹ M. Eckert, Handelsgeographie I 63 97 ff.

² Der Hafer braucht drei Wochen länger für sein Wachstum als die Gerste.

pazifischen bis zur atlantischen Seite und erfüllt das südlich bewohnte Kanada und die nördliche Union. In den atlantischen Küstenlandschaften herrscht wegen der dichter Bevölkerung ein vorstädtischer, intensiverer Landwirtschaftsbetrieb vor, in dem Kartoffel und Buchweizen kultiviert werden. Die großartige Heugewinnung innerhalb der amerikanischen Haferzone hat eine ebenso großartige Milch- und Meiereiwirtschaft zur Folge gehabt. In Südamerika verknüpft die Haferzone als schmales Band (zwischen dem 40. und 50.^o) pazifische und atlantische Küstenlandschaften. In Südafrika kommt die Haferzone nicht zur Geltung, in Australien nur im äußersten Süden, in Tasmanien, auf der südlichen Hälfte der Nordinsel von Neuseeland und auf der ganzen Südinsel.“¹

Und nun die „Getreidebauzone“ im engeren Sinne, d. i. die Zone, in welcher namentlich Brotgetreide gebaut wird. Ihren nördlichen Streifen bildet γ) die Roggenzone. Zu dieser gehören zum großen Teil das mittlere Europa und das südliche Sibirien. In den andern Erdteilen tritt sie weniger als besondere Zone hervor. Auch der Flachsbaue wird in der Roggenzone erfolgreich betrieben. In den südlicheren Gebieten kommen ebenfalls Winterweizen, Buchweizen, Hirse, Hanf, Tabak, Zuckerrübe gut voran. In Deutschland überwiegt noch der Roggen; die Weizenfläche ist kleiner.

Ferner δ) die Weizenzone macht den südlicheren Teil der Getreidebauzone aus. Sie erfordert einen milden Winter, größere und gleichmäßigere Feuchtigkeit.

„Die Weizenzone umfaßt das westliche Europa, Frankreich und England, viele Gebiete Südeuropas und das südliche Rußland mit Ausnahme der Steppenregion. In Nordamerika umfaßt die Weizenzone in der Hauptsache das Gebiet der kanadischen Seen bis zum Ohio im Süden und bis zum Winnipegsee im Norden. Die Weizenkultur ist überhaupt in Nordamerika so recht die Kultur des Neulandes. Mit der Gewinnung von Neuland nach Norden und Westen schreitet auch die Weizenkultur nach Norden und Westen und zieht sich mehr von den älteren Ostgebieten zurück. In dem großen kalifornischen Tal ist auch der Weizenbau hervorragend. In Südamerika umfaßt das mittlere und südlichere Argentinien größere Weizenflächen, in Afrika das Kapland und in Australien Südost- und Ostaustralien. Der Weizenanbau Indiens erweist sich andern Kulturen (Zuckerrohr, Reis, Sorghum) gegenüber, nicht als vorherrschend.“²

Die Fruchtbarkeit im Hinblick auf ein und dieselbe Frucht ist natürlich in den verschiedenen Ländern nicht die gleiche. Wenn man sagt, in Deutschland sei die Ernte z. B. das Achtfache, in Ägypten das Dreißigfache, so soll damit ausgedrückt werden, daß ein gesätes Korn acht Körner produziere usw.

Zu beachten ist bei dem Getreide ferner der Nährwert, wieviel Eiweiß, Fett, Kohlehydrate z. B. der Weizen enthält. Im allgemeinen ist der Weizen südlicher Provenienz eiweißreicher. Dasjenige Land erfreut sich eines relativen Vorzugs, welches die billigste und zugleich an Nährwert reichste Frucht erzeugt.

In ε) der Maiszone, welche an die Weizenzone sich anschließt, ersetzt Mais den Hafer als Futtergewächs; er dient ebenfalls dem Menschen

¹ M. Eckert a. a. O. I 67 f.

² Ebd. I 68.

als Nahrungsmittel. Zum Gedeihen des Maises ist hohe Sommerwärme und viel Feuchtigkeit erforderlich, wie sie in mehr binnenländischen Gebieten der südlicheren Getreidezone sich vereint finden. Auch helfen diesbezüglich künstliche Bewässerungsanlagen mit gutem Erfolge nach.

„Die Maiszone umfaßt das südwestliche Frankreich, Ober- und Mittelitalien, das südliche und südöstliche Österreich-Ungarn, Rumänien und benachbarte russische Gebiete und das nördliche Kaukasien, in Asien Nordchina mit Korea und die drei südlichen großen japanischen Inseln. Die mittlere und südliche Union mit Ausnahme der Küstengebiete und der Felsengebirgslandschaften sind die großartigsten Maiskulturgebiete der Erde. Das mittlere und nördliche Argentinien, Uruguay, der Südosten von Südafrika und Australien sowie die gebirgigen Landschaften Nordaustraliens fallen in die Maiszone.“¹

Wenn die verschiedenen Landbauzonen ihren Namen von der für ihr Gebiet charakteristischen Körnerfrucht erhalten, so finden sich innerhalb derselben doch auch noch andere Kulturpflanzen in größerer oder geringerer Auswahl. In dem nördlicheren Teile der gemäßigt warmen Kulturzone ist zwar der Roggen die Hauptbrotf Frucht. Daneben kommen Hafer und Gerste ausgiebig vor, nicht minder Buchweizen und insbesondere die Kartoffel. Diese hat z. B. in Deutschland große Bedeutung für die Ernährung des Volkes, wird aber auch zur Branntweinproduktion und als Viehfutter verwendet².

Für den südlicheren Teil der gemäßigt warmen Zone treten Weizen und Mais in den Vordergrund, Roggen und Gerste mehr zurück. Der Weizen- und Maiszone gehören die besten und wichtigsten Weinländereien an. Der Wein gedeiht vorzugsweise in Gebieten, deren Sommer nicht zu feucht und deren Winter nicht zu kalt ist. Das Kapland erzeugt quantitativ in Hektolitern den meisten Wein pro Hektar. Italien und Spanien produzieren auf einer verhältnismäßig großen Fläche relativ geringe Durchschnittserträge. Deutschland weist große Schwankungen der Erträge auf wegen seines Klimas. Auch bleibt der Weinbau hier auf ein kleineres Gebiet beschränkt. Bei forcierter Produktion liefern die Weinberge wohl größere Quantitäten, aber geringere Qualität, eine ähnliche Erscheinung wie bei der Erzwingung besonders hoher Weizen erträge. In der mehr südlichen gemäßigten Zone gedeihen vorzüglich die bekannten Obstbäume, wie Aprikosen, Pflirsiche, Quitten, Mispeln, Walnüsse; ferner die Runkel- und Zuckerrübe, allerlei Gartengemüse, dann Lein, Hanf usw. Innerhalb der ganzen gemäßigten Zone finden sich Eichen, Birken, Weiden, Fichten, Kiefern, Buchen, Pappeln usw.

¹ M. Eckert, Handelsgeographie I 69.

² Im Jahre 1900 betrug im Deutschen Reiche die Anbaufläche (in qkm) für Weizen 20512, für Roggen 59816, für Gerste 17065, für Hafer 41049, für Kartoffeln 32418 qkm; in Österreich für Weizen 10653, für Roggen 17017, für Gerste 12341, für Hafer 18992, für Kartoffeln 11684 qkm; in Ungarn für Weizen 33822, für Roggen 10645, für Gerste 10306, für Hafer 10003, für Kartoffeln 5138 qkm; im europäischen Rußland für Weizen 167068, für Roggen 285941, für Gerste 75667, für Hafer 161867, für Kartoffeln 36020 qkm. In Frankreich beanspruchte die Anbaufläche für Weizen 68641, für Roggen nur 14198, für Gerste 7572, für Hafer 39414, für Kartoffeln 15099 qkm; in den Vereinigten Staaten für Weizen 171966, für Roggen 6440, für Gerste 11712, für Hafer 110737, für Kartoffeln 10566 qkm. Vgl. Tabelle bei Eckert a. a. O. I 66. Die Angaben sind nicht überall die gleichen. Auch finden fortgesetzt Änderungen statt.

Sodann b) die subtropischen Landbauzonen. Hierhin gehört zunächst α) die Agrumen- oder Olivenzone (Mittelmeer und Levante). Auch Hülsenfrüchte gedeihen in dieser Zone. Der Getreidebau bedarf vielfach künstlicher Bewässerung.

Ferner β) die subtropische Gerstenzone. Sie schließt sich an die Agrumen- und Olivenzone an, geht ostwärts nach Asien (Quellgebiet des Syr), umfaßt das ganze Pandschab und Industal, ebenfalls Nordkalifornien mit dem Stromgebiet des Colorado, auf der Südhalbkugel den peruanisch-chilenischen Küstenstrich (vom 10. bis zum 38.°), das Oranje-stromgebiet Südafrikas, West-, Südwest- und Mittelastralien. Charakteristisch für Afrika und den Südwesten Asiens ist die Dattelpalme, so daß man von einer besondern Dattelpalmzone sprechen kann.

Innerhalb des subtropischen Gebietes der nördlichen Halbkugel finden sich sodann Hauptanbaugelände der Baumwolle. Zur γ) subtropischen Baumwollzone gehört namentlich Nordamerika, vom Kalifornischen Golf bis zum Atlantischen Ozean, im Norden bis zum Eingange der Chesapeake-bucht, ferner das mittlere China, insbesondere das Stromgebiet des Jangtsekiang, die Landschaft Ferghana am oberen Syr, das Niltal, Westafrika.

Fassen wir die Verteilung der wirtschaftlich wichtigsten Pflanzen überhaupt, ohne die engere Abgrenzung durch bestimmte Gewächse charakterisierter Landbauzonen, ins Auge, dann läßt sich die subtropische Kulturzone in zwei größere Teile zerlegen:

Die „nördlichere subtropische Zone“ umschließt „in der Hauptsache das Mittelmeer, die fruchtbaren Strecken des Orients bis hin zum Himalaja, das mittlere und südliche China und die drei großen japanischen Südlinseln, Hondo, Sikoku und Kjusiu, alle südlichen Staaten der Union, die mexikanischen Hochflächen bis zum 20.° n. Br., auf der Südhalbkugel zunächst in Südamerika einen Teil der chilenischen Küste zwischen dem 30. und 40.° s. Br., Argentinien und Paraguay, in Südafrika die Fruchtlandschaften des Kaplandes bis nach Natal und zuletzt in Australien die Landschaften des Südwestens, Südens und Südostens.“¹ Hier finden wir an der Nordseite der Zone in Europa und zum Teil in der Levante den Ölbaum, von den Getreidearten die Gerste, die auch bis in den südlicheren Teil der subtropischen Zone hinein vorkommt, dann den Mais, die Kartoffel, in Nordamerika die Tobinamburknolle; ferner die Agrumen: Zitronen, Orangen und Apfelsinen; dann ebenso Feigen, Mandeln, Granatäpfel, Kastanien, Johannisbrotbaum; dann Wal- und Haselnüsse; als Gemüsepflanze die Artischoke, den Kapernstrauch; Sinapisarten (Südeuropa und Orient) liefern Senf, Krokusarten den Safran. Auch der Mohn wird stark kultiviert. Die Eichen Südeuropas und des Orients gewähren gutes Gerbmateriel, Galläpfel, Korkrinde. Von den falschen Zedern (Südeuropa, Nordamerika) erhalten wir treffliches Holz für unsere Bleistifte. Nordafrika und die Levante verfügen über echte Zedern; in Nordamerika gedeiht in dieser Zone der gewaltige Mammutbaum. Besondere Bedeutung besitzt unter den Pflanzen der subtropischen Kulturzone der Teestrauch. Er findet sich in China zwischen

¹ M. Eckert a. a. O. I 72.

dem 22. bis 38.° n. Br., in Japan bis zum 39.° n. Br. Zu seiner Entwicklung bedarf er eines feuchten, warmen, aber nicht dauernd drückenden Klimas, einer gewissen Höhenlage, 1500—2000 *m* hoch. Den besten Tee liefern die Boeahügel im Distrikt Kienningfu der Provinz Fukien. Mit gutem Erfolge wird der Tee auch in Ceylon, Java und Ostindien¹ angebaut, auch in den ehemaligen tropischen deutschen Kolonien. In Brasilien und Nordamerika war der Erfolg weniger günstig. Vielleicht daß auch die Südabhänge des Kaukasus späterhin einer lohnenden Teekultur sich erfreuen dürften. Der Geschmack dieses Tees ist allerdings weniger gut, die Produktion ziemlich teuer (relativ hohe Arbeitslöhne).

Dem andern Teile der subtropischen Kulturzone, der „trocken warmen subtropischen Zone“ (Eckert) gehören an die Eierpflanze, die Wassermelone: Faserstoff liefern Esparto oder Halfa, deren Produktionsgebiet namentlich in Algier, den spanischen Provinzen Murcia und Almeria zu suchen sind. Ferner gehören hierhin Weihrauch, Myrrhen in Asien und Afrika, die Sesam-, Rizinus- und Krotonöle, arabischen Gummi liefernden Pflanzen, die übrigens auch in der tropischen Kulturzone gefunden werden. Besonders charakteristisch ist für die trockenwarme subtropische Zone die Dattelpalme. Ohne sie würde z. B. die Sahara kaum Menschen beherbergen können. Sie gewährt, wie die Kokospalme, Nahrung, Kleidung, Obdach, Brennmaterial usw. Sie findet sich überdies noch im Südwesten Asiens, weniger häufig in Andalusien; Ostindien hat seine indische Dattelpalme (Palmenzucker).

Und nun schließlich c) die tropischen Landbauzonen, die sich weniger nach Norden und Süden als nach Osten und Westen gegeneinander abgrenzen. Übrigens sind dort die Grenzen der größtmöglichen Anbaugelände einzelner Pflanzen noch nicht genügend festgestellt, um verschiedene besondere Zonen zu unterscheiden. Es finden sich hier Zuckerrohr, Reis, Durra, Kokospalme, Banane, Batate und Yams, Kakao-, Brotfrucht- und Kolanußbaum, Sagopalme und Yerba Mate.

Man kann jedoch die tropische Kulturzone mit Eckert² in eine engere und weitere tropische Zone teilen. Der engeren Zone gehören diejenigen Pflanzen an, welche bloß in den Niederungen der Tropen, im echt tropischen Klima, gedeihen. Die weitere Zone umfaßt dann teils die Pflanzen, welche nur auf den Höhen der tropischen Gebiete oder auf den Grenzen der tropischen und subtropischen Zone vorankommen, teils solche Pflanzen, die sowohl in den tropischen Grenzgebieten als in den Niederungen und den Höhen der Tropen zu finden sind.

Die engere Tropenkulturzone liefert den echten Sago (aus dem Mark verschiedener Palmenarten Indonesiens hergestellt), besitzt namentlich im südöstlichen Asien und in Ozeanien (auch in Amerika) den Brotfruchtbaum, den Affenbrotbaum oder Boabab im tropischen Afrika, in Ost- und Westindien. Dessen Fruchtfleisch dient zur Nahrung, die Asche seiner Fruchtschale zur Seifenfabrikation. Auch seine Rinde und die pulverisierten Blätter (Lalo) finden nützliche Verwendung. Unter allen Pflanzen des echt tropischen Klimas nimmt ihrer wirtschaftlichen Bedeutung nach die Kokospalme den ersten Platz ein. Das Nußfleisch

¹ Der indische Tee ist billiger, steht dem chinesischen an Geschmack nach, ist aber rein, während die Chinesen oft minderwertige Blätter beimischen.

² Handelsgeographie I 74 ff.

und Holz dient den Eingeborenen. Die sog. Kopra (zerschnittene und getrocknete Nußkerne zur Ölbereitung), ferner die Kokosnußkuchen (als Kraftfutter) und die „Koir“ (Fasern zu Flechtarbeiten) sind hervorragende tropische Handels- und Ausfuhrartikel. Die Kokospalme entstammt wohl Panama und Costa Rica; sie findet sich namentlich auf Ceylon, dann an den indischen Küsten, in Ozeanien, Indonesien, den nördlichen Küstengebieten Brasiliens, den pazifischen wie atlantischen Küsten Zentralamerikas. Auch in Afrika scheint die Kokospalmenkultur eine Zukunft zu haben. Parantüsse oder amerikanische Nüsse (Öl) liefert der gewaltige Bertholletiabaum Südamerikas. Der Kakaobaum bedarf viel Wärme. Er findet sich vor allem in Ecuador, dann in Brasilien, Französisch-Guayana, Venezuela, Mexiko, auf Celebes, verschiedenen westindischen Inseln (Martinique, St. Vincent, Grenada, Dominica, Jamaica, Trinidad); für Kamerun hoffte man ebenfalls das Beste. Samoa scheint sich wenigstens nicht in dem gleichen Grade als Kakaoland zu bewähren. Der Zimtlorbeerbaum, aus dessen innerer Rinde Zimt oder Kaneel gewonnen wird, gedeiht in Ceylon, andern Teilen Indiens und Indonesiens, in Südamerika und auf den Antillen. Ähnlich dem Zimt ist die Kassia, die in den südchinesischen Provinzen, in Annam, Cochinchina, auf der Malabarküste, auf Ceylon, in Mexiko, Südamerika gefunden wird. Die Gewürznelken kommen von den Molukken, aber auch von Bourbon, Mauritius, Amboina, Guayana, den Antillen usw. Vanille (eine Pflanze der Orchideenfamilie) wird von Amerika aus an der mexikanischen Küste verhandelt. Sie findet sich auch in Réunion, Mauritius, den Seychellen, auf Java. Der Muskatbaum entstammt den Molukken, findet sich aber auch auf Sumatra, Sansibar, Réunion, Mauritius, Surinam, den Antillen. Erwähnen wir noch die amerikanische und namentlich die afrikanische Ölpalme von dem afrikanischen Guineaküstengebiet („Ölfüsse“: Brass, Neu- und Altcalabar, Bembe, Kamerun), die Sapotaceen, von denen Guttapercha gewonnen wird (Singapore, Borneo, Lombeck), den Manilahanf (südöstlicher Teil der Philippinen), Sisalhanf (Yukatan), auch einzelne Arten von Sapotaceen, die die Balata liefern, aus der Matrizen, Formen zu galvanischen Zwecken, Treibriemen, Schuhsohlen etc. verfertigt werden, mancherlei Gewächse, die Parfümerien liefern, zum Schluß den berühmten Ananasstrauch. Die besten Ananasfrüchte kommen von der Westküste Zentralamerikas und einigen westindischen Inseln. Aber auch in Brasilien, Hawaii, Queensland und Indien wird der Ananasstrauch gepflegt.

Innerhalb der weiteren subtropischen Kulturzone bildet der Reis in Süd- und Südostasien die Hauptnahrung der Bevölkerung. Hervorragend ist die Reiskultur in Bengalen. Im Museum zu Kalkutta werden über 1000 Spielarten dieser Frucht ausgestellt. Bei uns in Europa jedoch schätzt man den Reis von Carolina höher. Die italienischen Reiskulturen sind zurückgegangen. Unter den mehlhaltigen Nahrungspflanzen steht aber noch über dem Reis eine Hirsenart, das Sorghum oder die Durra. Es ist vielleicht dasjenige Brotgetreide, das die meisten Menschen ernährt (Indien und China). Ebenfalls verschiedene Bohnenarten liefern Mehl, die Sajobohnen (China), die Lablabohnen (Afrika), die Erdnuß auch Öl (Brasilien, Afrika usw.). Das Arrowroot-Mehl wird aus der Maranta, Canna, Curcuma gewonnen. Von den Knollengewächsen wird insbesondere „die süße Kartoffel“, die Batate, in tropischen und subtropischen Gebieten kultiviert, namentlich auf der Westküste Südamerikas und speziell in Peru. Wichtig ist auch die Yamsknolle, ferner die Knollen der Kolokasien (die Blätter liefern den „Karibenkohl“), das Wurzelgewächs Maniok (Mandiok, in Westindien Kassave

genannt). Das Zuckerrohr wurde zuerst in Indien gefunden, kam später nach Mesopotamien, von dort durch die Araber weiter auf die asiatischen Inseln des Mittelländischen Meeres, nach Malta (Melite, daher Melis), Sizilien und nach dem südöstlichen Spanien. Die Raffinierung des Zuckers wurde wohl zu Anfang des 10. Jahrhunderts von arabischen Ärzten am unteren Euphrat oder Tigris erfunden. Das Zuckerrohr erfordert ein warmes, feuchtes Klima. Frost vermindert den Zuckergehalt. Durch eine einzige Frostnacht kann die Louisianaernte an 25 % des Wertes verlieren. Den meisten Rohrzucker liefern neben Java und Kuba die südlichen Staaten der Union (Louisiana). Das Zuckerrohr findet überdies Pflege in Mexiko und Zentralamerika (Guatemala), auf den westindischen Inseln, besonders außer Kuba auf Portorico, Barbados, Trinidad, in Südamerika bis zu den nördlichen Teilen Argentinien. Dazu kommt die spanische Provinz Malaga, die östliche Küstenlandschaft Afrikas (auch [Deutsch-]Ostafrika), das Nordostgebiet Australiens, das mittlere und nordwestliche Ostindien, das südliche China. Der japanische Zuckerrohrbau geht zurück. Ein weithin bekanntes Nahrungs- und Genußmittel ist die Banane, die auf den malaiischen Inseln und den Philippinen besonders gut gedeiht, aber auch sonst in dem ganzen Tropengebiet vorkommt. Der Kaffeebaum stammt ursprünglich aus Abessinien, kam dann in noch andere afrikanische Gebiete und nach Arabien (Kaffa, Mokka). In Ceylon sind die Kaffeebaumkulturen durch Krankheiten sehr geschädigt worden. In Indonesien (speziell Java, Celebes, Sumatra) blieb die Entwicklung eine günstige; ganz Außerordentliches aber leistet Brasilien, wo 1722 die ersten Kaffeebäume gepflanzt wurden. Etwa 8000 qkm waren um die Wende des Jahrhunderts angebaut, 663 400 qkm (vom Amazonas südwärts bis São Paulo und von der Küste bis fast zur Westgrenze) galten als anbaufähig. Brasilien ist heute schon das erste Kaffeeland der Erde. Sonst wird Kaffee noch in Surinam gebaut, ferner in Zentralamerika, Mexiko, auf den großen und kleinen Antillen, auf einigen Inselgruppen Ozeaniens (Fidschi-Inseln, Tahiti usw.). An Menge und Güte steht der in den Tropen produzierte Tabak immer noch weit über den Erzeugnissen der gemäßigten Zone. Die besseren Tabaksorten finden sich in Nordamerika (Virginia, Maryland, Kentucky, Florida), Mexiko, Südamerika (Brasilien!), Westindien (Habana, Kuba, Jamaica, Portorico), (Deutsch-)Neuguinea, Java, Sumatra, Manila, dem südlichen China, Ostindien, Syrien, in einzelnen Gebieten Afrikas. Die Koka (im nördlichen Chile, in Peru, Ecuador, Bolivia) liefert das für die Medizin wichtige Kokain. Die Kokablätter werden ähnlich wie die Betelnüsse der Betelnußpalme (Ostindien, Malabarküste, Ceylon, Siam, Penang, Sumatra) gekaut und erfreuen sich zahlreicher Liebhaber. Asien erzeugt den schwarzen und weißen Pfeffer, Ingwer und Galgant, Afrika ebenfalls Ingwer. Amerika den spanischen Pfeffer, Peru und Ecuador den Chinchonarindenbaum (Chinarinde), der auch am Südschiff des Himalaja, ferner in Ceylon, Java, Sierra Leone gedeiht. Von Formosa kommen fünf Sechstel der gesamten Kampferproduktion, das andere Sechstel von Java, Sumatra, Borneo, Südchina, Japan. Mancherlei tropische Pflanzen liefern Kautschuk¹, so die Heveaarten (am Amazonas, Französisch- und Englisch-Guayana, Peru, Ostecuator, Bolivia, Venezuela), die Ficusarten der Ulmaceen in Bengalen, auf den Philippinen, Java, Sumatra, in Australien und Neukaledonien, in Afrika, wo besonders auch die Landolphien sich

¹ Vgl. Hans Rost, Der Kautschuk, in Soziale Kultur 1907, 339 ff.

finden. Ein bekanntes Harzprodukt der Trope ist der Kopal, meist halb fossil der Erde entnommen (namentlich gut in [Deutsch-]Ostafrika und Mozambique; dann Sierra Leone, auch Australien, Neuseeland, Neukaledonien, Manila, Südamerika). Von tropischen Faserstoffen nennen wir die der Säckefabrikation dienende Jute¹ (Bengalen), die Ramie (Chinagrass; in China, Indien, Indonesien), vor allem die Baumwolle. Von alters her berühmt ist die indische und die afrikanische Baumwolle (von Oberguinea an bis Abessinien und Oberägypten). Pharao zeichnete Joseph durch ein baumwollenes Gewand aus. Im Mittelalter wurde Baumwolle namentlich in Mossul (Musselin) verarbeitet. Als die Spanier nach Mexiko kamen, fanden sie auch dort Baumwollgewebe vor. Cortez schenkte dem Kaiser Karl V. mehrere Ballen. Bis ins 18. Jahrhundert blieb in Europa die Produktion teuer. Die Entkörnung des Samens, der die Baumwolle enthält, war kostspielig und ebenso die Verarbeitung, bis die großen Erfindungen eine gewaltige Ausdehnung der mechanischen Baumwollproduktion herbeiführten. Überall in den tropischen Gebieten, in Ozeanien, in großer Ausdehnung jetzt auch in der subtropischen Zone (Südstaaten der Union, insbesondere Sea Islandsorte, Ägypten, Ferghana im asiatischen Rußland) wird Baumwolle angebaut. Die Baumwolle von Neuguinea gilt als der amerikanischen gleichwertig². Auch in Togo, Kamerun, (Deutsch-)Ostafrika ist Anpflanzung möglich³.

Zum Schlusse sei noch der tropischen Nutz- und Farbhölzer gedacht. Das „spanische Rohr“ liefern uns die Rottangpalme und andere Calamusarten des indischen Festlandes, Indonesiens und auch Westafrikas. Das südamerikanische Quebrachoholz, desgleichen das falsche Zedernholz (Zigarrenkisten) Amerikas, das Korkholz Asiens und Afrikas finden sich in tropischen und subtropischen Gebieten. Asien liefert die Bambusrohre, das ausgezeichnet harte Teakholz (Tickholz, Schiffsbau), ferner das rote Sandelholz, Ebenholz, Rotholz. Auch in Afrika findet sich Ebenholz und in Amerika Rotholz. Außer Rotholz oder Pernambukholz liefert das tropische Amerika noch Blauholz, Palisanderholz, Amarant- und Mahagoniholz⁴.

Nicht nur die Breitenlage, sondern auch die Höhenlage ist für den Bodenanbau und die Ausbreitung der Kulturpflanzen von Bedeutung. Die Wärme

¹ Jetzt vielfach im Ursprungslande selbst verarbeitet.

² Auf der größeren Länge der Faser beruht mit die Festigkeit des Gewebes.

³ Im Jahre 1906 war die Baumwollernte ungenügend; die Jute wurde ebenfalls sehr teuer. Die „Fasernot“ führte dazu, dem Holz als Ersatzmittel der üblichen Textilrohstoffe Geltung zu verschaffen. In der Papierfabrikation waren schon lange vorher die Fasern der Lumpen (Baumwolle und Leinen) durch die Holzfaser ersetzt. Vgl. H. Mehner, Die Technik im Jahre 1906, in E. v. Halles Weltwirtschaft II 1 (1907), 303 ff. Über Baumwollproduktionsgebiete vgl. Zeitschrift für Sozialwissenschaft I (1910) 117.

⁴ Die Pflanzen haben auch ihre Feinde, unsere Getreidearten in den Mäusen, Hamstern, ferner in der Hessenfliege u. a., der Weinstock in der Reblaus, die Kartoffel im Coloradokäfer. In den subtropischen und tropischen Gegenden fürchtet man für die Baumwolle den Bollweevil, sonst die Wanderheuschrecken in den Steppen und baumarmen Gegenden, die Bockkäfer für die Kaffee-, Tee-, Kakaopflanzen usw. M. Eckert, Handelsgeographie I 105.

der freien Luft nimmt mit der Erhebung ab, auf 100 *m* fast um 1° C. Es gibt eine klimatische Höhengrenze der menschlichen Wirtschaft, jene untere Grenze des bald breiteren bald weniger breiten Gürtels, in welchem während des Sommers die zusammenhängenden Schneemassen des Gebirges noch schmelzen. Übrigens ist selbst der körnige Gebirgsschnee oder Firn, der, wenn er lange liegt, zum Eis der Gletscher sich gestaltet, für die menschliche Wirtschaft nicht nutzlos. Versorgt er doch in der trockenen Sommerzeit die Alpenflüsse mit Wasser, das dem Menschen und seiner Industrie dienstbar und unentbehrlich ist. Auf den nördlichen Gehängen größerer Gebirgsmassen ist bei längerem Winter die Vegetationsperiode kurz. Wintersaaten gedeihen hier kaum. Viele Pflanzen kommen dort überhaupt gar nicht auf. Aber auch die südlichen Gehänge (Sonnenseite) bieten der Kultur manche Schwierigkeiten durch das häufige Gefrieren und Auftauen. Die Getreidegrenze steigt an südlichen Gehängen höher hinauf als an nördlichen, auf der Nordseite der Tauern bis 1200 *m*, auf der Südseite bis 1500 und 1700 *m*, im Gebiete des Brenners im Norden bis 1160 *m*, im Süden bis 1350 *m*, in dem des Ortlers im Nordwesten bis 1250 *m*, im Südosten bis 1640 *m* (Eckert). Gebirgshöhen von 600 bis 1300 *m* Höhe sind die regenreichsten Gebiete; insbesondere sind die den Winden, namentlich den Seewinden zugeneigten Seiten regenreicher als die andern, im „Regenschatten“ befindlichen Seiten.

In doppelter Beziehung hat der Mensch seine Herrschaft über die Pflanzenwelt ausgedehnt und verstärkt. Er erweiterte die Kulturfäche durch Bodenbearbeitung, Bewässerung, durch Beobachtung und praktische Ausnützung der Wachstumsbedingungen usw. Dann auch vermehrte er die Anzahl der Kulturpflanzen, die er wildwachsend gefunden und durch seine Kunst und Pflege veredelte¹.

2. *Die Tierwelt* hängt in ihrer Verbreitung über die Erde wie die Pflanzenwelt von klimatischen Einflüssen ab, von Wärme und Niederschlagsmenge². Auch die jagdbaren Wildtiere (Löwe, Tiger, Elefant usw., Pelztiere, Robben, Wale, Fische u. a.) haben zum Teil als Nutztiere für die menschliche Wirtschaft ihre Bedeutung. Wir wollen jedoch der Kürze wegen hier nur die andere Gruppe der Nutztiere, die Haustiere und ihre Verbreitung, ins Auge fassen.

Das in wirtschaftlicher Beziehung wichtigste Haustier ist das Rind, in der Regel bloß als Milch- und Fleischtier, weniger als Lasttier (Zugochse) verwendet. Landwirtschaft und Milchwirtschaft stehen in inniger Beziehung. Nur in Island findet sich Milchwirtschaft ohne Landwirtschaft. Die Rinder werden dort zum Teil mit Fischabfällen gefüttert. Milchtier innerhalb der menschlichen Wirtschaft ist auch die Ziege, die sich selbst mit kärglicher Nahrung auf dürrtigem Boden begnügt. Die Angoraziege

¹ Volz, Der Einfluß des Menschen auf die Verbreitung der Haustiere und Kulturpflanzen (1852).

² M. Eckert, Handelsgeographie I 29 f. 100 ff. Ed. Hahn, Die Haustiere und ihre Beziehungen zur Wirtschaft des Menschen (1896). R. Müller, Die geographische Verbreitung der Wirtschaftstiere (1903).

mit prächtigem Seidenhaar stammt aus Kleinasien, findet sich aber auch in Spanien, dem Kaplande und (Deutsch-)Südwestafrika. In fruchtbaren Gebieten der Weizenzone und ebenso in den Steppen Kleasiens und des südöstlichen Europas, im Gebirge (Rhönschaf) wie auf dürrer Heide (Heidschnuke) gedeiht das Schaf, ein wichtiges Fleisch-, auch Milchtier, insbesondere aber seiner Wolle¹ wegen sehr geschätzt. Rind, Ziege, Schaf sind Wiederkäuer mit weltweiter Verbreitung, wenn auch die Existenzbedingungen nicht überall gleich günstig sind, z. B. entfallen in Buenos Aires auf $2\frac{1}{2}$ qkm 140 Schafe, in Südastralien (wegen der Dürre) auf die gleiche Fläche nur ein Schaf². Als Wiederkäuer, denen die klimatischen Verhältnisse überhaupt nur eine beschränkte Verbreitung gestatten, sind Kamel, Lama und Yak für die südlicheren Steppen und Wüstengebiete zu nennen, für die nördlichen (Tundren) das Renntier. Das zweihöckerige Kamel (Trampeltier) findet sich in Zentralasien bis nach dem Südosten Europas. Das einhöckerige Kamel (Dromedar) dient als Last- und Reittier in Arabien, im Hochland von Iran, Nordafrika, Ostafrika bis Dar-es-Salam. Auch in Südamerika, West- und Südwestaustralien, (Deutsch-)Südwestafrika wird das Dromedar nicht selten als Lasttier benutzt. Das Lama (Schafkamel) gehört den Hochregionen der Anden (Peru, Bolivia) an. Der Yak (Grunzochse) lebt in den hochgelegenen tibetanischen Gebieten; im südwestlichen China vertritt der Yak unser Hausrind. Das Renntier ist für die Bewohner des kalten Nordens zugleich Fleisch- und Milchtier, Last- und Reittier.

Von den Einhufern mit weltweiter Verbreitung ist der Esel früher als das Pferd als Lasttier gebraucht worden. Auch heute noch dient er dem gleichen Zwecke, namentlich im Orient, am Mittelmeer, in den italienischen, spanischen, portugiesischen Kolonialgebieten. Das Pferd hat seine große Verbreitung durch die Europäer erhalten. Die kleinen Pferde findet man insbesondere in Skandinavien, Finnland, Island, die schweren Arbeitspferde werden mit Vorliebe in Belgien, England, Dänemark gezüchtet. Berühmt wegen ihrer Eleganz, Ausdauer, Genügsamkeit sind die arabischen Pferde. Die Kalmücken und Kirgisen finden Geschmack an einem alkoholischen, aus der Stutenmilch bereiteten Getränk, dem Kumys. Sonst ist das Pferd Zug- und Reittier. Bei den Pampasindianern, gewissen türkischen und mongolischen Völkern, für die ärmere Bevölkerung unserer europäischen Großstädte gilt das Pferd auch als Fleischtier.

¹ Die Wolle spielt eine große Rolle, nachdem namentlich in den La Plata-ländern, in Argentinien, Uruguay, dann in Australien die Schafzucht eine so große Ausdehnung genommen. Die australische Wolle ist sehr fein; in früheren Zeiten wurde die spanische Wolle ihrer Feinheit wegen gepriesen.

² Für Australien kommt auch die Kaninchenplage in Betracht. Die Kaninchen fressen den Schafen das Futter weg. Man wehrt sich gegen sie durch Einzäunen der Wasserplätze in den Trockengegenden.

Die afrikanischen Tigerpferde, Zebra, haben nur eine beschränkte Verbreitung. Gezähmt finden sie als Reit- und Zugtiere Verwendung. Man hofft, daß sie auch im gezähmten Zustande gegen die Tsetsefliege widerstandsfähig bleiben¹.

Haustiere mit weltweiter Verbreitung sind noch das Schwein und der Hund². In einzelnen Ländern mohammedanischer Kultur fehlt das Schwein. Sonst ist es fast überall zu finden. Das Hundefleisch dient, wie den alten Mexikanern, so heute noch einzelnen Völkern Afrikas und Ozeaniens zur Nahrung. Im übrigen ist der Hund der treueste Gefährte des Menschen allüberall, wenn auch nur für die Eskimos und andere Polarvölker von unmittelbar wirtschaftlicher Bedeutung, insofern das Vordringen in die Polarwüsten ohne den Hund undurchführbar bliebe.

Auch die Vogelwelt stellt ihre Vertreter zu dem Bestande der Haustiere: Huhn, Taube, Ente, Gans, Truthahn, Pfau, in Südafrika und in (Deutsch-)Ost- und Westafrika den Strauß.

Schließlich seien noch die Seidenraupe und die Biene als Nutz- und Haustiere der Insektenwelt genannt. Daß die Seidenraupe „Haustier“ wurde, verdanken wir den Chinesen. Die Seidenzucht drang von China nach Ostturkestan, Indien und Persien vor, vom 6. Jahrhundert nach Konstantinopel und dem südlichen Europa. Italien und Frankreich leisteten Bedeutendes auf diesem Gebiete. Die Seidenzucht ist durch den Maulbeerbaum, der die Seidenraupe ernährt, beschränkt auf die südlichen Länder der gemäßigten Zone. Die Bienenzucht kann bei rechter Pflege wohl in allen Ländern nützlich betrieben werden.

Die Viehzähmung ist als die vielleicht größte Kulturtat der Menschheit bezeichnet worden. Sie gelang zuerst wohl in Vorderasien und verbreitete sich von dort über die Erde. Eduard Hahn verteidigt die Ansicht — und ihm folgt Gustav Schmoller³ —, daß die Viehzucht nicht aus der Jagd hervorgegangen sei, der Ackerbau mit Vieh und Pflug sich vielmehr an den einfachen Hackbau, den Anbau von Knollengewächsen,

¹ Außer den Surrah- oder Tsetsefliegen und den Wadenstechern sind auch die Zecken, welche das Texasfieber hervorrufen, (namentlich den Rindern) sehr schädlich.

² Einige Zahlen über die Verbreitung der Haustiere in Europa zu Beginn des Jahrhunderts: Rinder besaß Rußland und Polen etwa 36 Millionen Stück, Deutschland 19 Millionen, Österreich-Ungarn 16 Millionen, Frankreich ca. 15 Millionen, Großbritannien 11½ Millionen Stück. Der Schweine gab es in Deutschland 17 Millionen, in Rußland 13 Millionen, in Österreich-Ungarn 12 Millionen, in Frankreich 7 Millionen, in Großbritannien 3½ Millionen Stück; Schafe in Rußland 52 Millionen, in Frankreich 20 Millionen, in Spanien 16½ Millionen, in Österreich-Ungarn 11 Millionen, in Deutschland ungefähr 10 Millionen, in Italien 7 Millionen Stück. Der Pferde besaß Rußland 21 Millionen, Deutschland und Österreich-Ungarn über 4 Millionen, Frankreich 3½ Millionen, Großbritannien und Italien über 2 Millionen Stück. Der deutsche Viehstand litt enorm im Weltkriege, ferner durch die Abtretung bis dahin deutscher Gebiete und durch erzwungene Ablieferung von Vieh an die siegreichen Gegner.

³ Grundriß I 194 ff.

Mais, Hirse und Reis mit Hacke und Spaten angeschlossen habe. Der Übergang vom Hackbau zum Ackerbau mit Pflug und Ochsespann, mit Züchtung von Rindvieh, Ziege, Schaf, Pferd, Esel, Schwein, Huhn, mit Milch, Fleisch, Brot als Grundlage der Ernährung, bedeutete einen gewaltigen Fortschritt zu höherer wirtschaftlicher Kultur, den Ausgangspunkt zugleich der immer weiter voranschreitenden Entwicklung. Die Hirten- und Nomadenkultur mit ihrer Viehwirtschaft verlegt Schmoller in eine spätere Zeit; sie habe eben nur bestehen können in der Voraussetzung einer benachbarten höheren Kultur, benachbarter Ackerbauvölker, die gegen tierische Produkte Mehl, Waffen, Werkzeuge zu liefern imstande waren.

Nicht bloß die ursprüngliche Zähmung, auch die Verpflanzung und Veredlung der Tiere ist dem Menschen vielfach gelungen. Unter denselben klimatischen Verhältnissen können sehr verschiedene Rassen des gleichen Tieres gedeihen. Durch kluge Zuchtwahl und Kreuzung mit edleren Rassen wurde in Europa die Quantität und Qualität der heimischen Produkte bedeutend gesteigert. Unser „Kulturrindvieh“ und unsere „Kulturschweine“ sind den alten Landschweinen und dem Landrindvieh weit voraus.

3. *Klima und Mensch.* Die Wirkungen des Klimas auf den einzelnen Menschen und auf ganze Völker sind unzweifelhaft groß. Körper, Geist, Gemüt werden dadurch zugleich berührt. Das Klima kann entnerven und kräftigen. Von ihm hängt die gesamte Lebensführung ab, Dauer und Regelmäßigkeit der Arbeit, die sog. Werkzeit, d. h. die Zeit, innerhalb deren der Mensch arbeiten kann.

Vor allem wirkt das Klima ein auf die Produktivkraft des Menschen, fördert oder hemmt seine Arbeitslust und Arbeitsfähigkeit. Vom Klima abhängig ist die Konsumtion der Güter. Der Bedarf des Südländers an äußerer Erwärmung durch Wohnung, Kleidung, Feuerung ist bedeutend geringer als der Bedarf des Bewohners nordischer Gegenden. Verschieden gestaltet sich der Bedarf an innerer Erwärmung durch Nahrung je nach der durchschnittlichen Jahreswärme und dem Feuchtigkeitsgehalt der Atmosphäre. Kältere und feuchtere Luft hat eine zehrendere Wirkung und erfordert die Zuführung einer größeren Menge von Nahrungsstoff. Die Bewohner wärmerer Gegenden werden daher zur Erhaltung des Lebens weniger zu arbeiten haben als die Bewohner kälterer Länder, einerseits weil die natürliche Produktionskraft des Bodens an und für sich schon mehr gewährt, anderseits weil sie weniger zu produzieren brauchen, da der Konsum von Nahrungsmitteln ein geringerer ist¹.

Es ist nicht so sehr die mittlere Jahrestemperatur, als vielmehr der Wechsel in der Temperatur, das Vorhandensein oder der Mangel einer genügend kühlen und hinreichend warmen Jahreszeit, wo-

¹ Knies, Politische Ökonomie 56.

durch das organische Leben, Mensch und menschliche Kultur bedingt erscheinen. Große Hitze macht schlaff, aber auch eine gleichmäßige Temperatur hat eine ähnliche Wirkung. Nach Virchow kann der Mensch nicht mehr die Energie zu dauernder Tätigkeit haben, wenn eine mittlere Temperatur von mehr als 20°C bloß einige Monate des Jahres herrscht¹.

„Auf derselben Jahresisotherme von 0° liegen die reichen Wälder am mittleren Amur, wo wilde Reben um Eichen sich schlingen, der Tiger seine Beute sucht, und — die eisstarrenden Küsten Ost-Grönlands. Aber die Mitteltemperatur des Juli ist dort 22°C , hier nur 6° . Auf dem nur oberflächlich auftauenden Eisboden von Jakutsk, wo die normale Januartemperatur — 41° ist, wachsen Wälder und ist Ackerbau möglich. Umgekehrt ist in niederen Breiten die Unterbrechung der Hitze durch eine kühlere Jahreszeit für die Europäer und deren Abkömmlinge eine Bedingung zur vollen Betätigung der körperlichen und geistigen Kräfte. . . . Ein heißer, sogar sehr heißer Sommer verhindert das atemlose ‚going ahead‘ in Nordamerika nicht; wo sich aber die Hitze, wenn auch gemildert, über das ganze Jahr erstreckt, wohin der stimulierende Winter nicht mehr reicht, da kann wohl gelegentlich der Nordländer die mitgebrachten idealen Ziele oder großangelegten Spekulationen Jahre hindurch mit Energie verfolgen, aber Schläffheit und Sorglosigkeit ist sicherlich der allgemeine Charakterzug des Menschengeschlechtes in diesen Gegenden, der auch die eingewanderten Europäer je länger desto mehr ergreift. Dazu kommt die für den Europäer notorische Unmöglichkeit, in dieser heißen Zone auf dem Festlande ohne Lebensgefahr harte körperliche Arbeiten zu leisten und sich der Sonne auszusetzen (Sonnenstich) — eine Schranke, deren Ursachen noch nicht genügend aufgeklärt sind, und welche auf dem Ozean, an Bord wie auf ozeanischen Inseln, nicht entfernt in demselben Maße besteht.“²

Macht die Gleichmäßigkeit einer hohen Temperatur dem Europäer den dauernden Aufenthalt in der heißen Zone äußerst schwierig, den Menschen leicht schlaff und untätig, so fehlt in der kalten Zone anderseits die für eine günstige Entwicklung der menschlichen Wirtschaft erforderliche höhere Wärme. Wenn auf die lange Winternacht in der kalten Zone auch ein langer Sommertag folgt, so dient die Wärme zumeist nur zum Schmelzen von Schnee und Eis. An einzelnen Stellen, wo die Neigung des Bodens eine günstigere Insolation herbeiführt, kommt es zu Blüten, selten zu Früchten. Kaum daß die Ebenen sich etwas mit Moosen und Flechten bedecken — die Steppe des Nordens, die Tundren. Steigt die mittlere Temperatur auch der wärmsten Jahreszeit nicht über 10°C , dann gedeiht selbst die sibirische Lärche nicht mehr. In der polaren Zone bleibt daher der Mensch im wesentlichen auf das Meer für seine Ernährung angewiesen, wo nicht das anspruchslose Renntier einem armen Hirtenstamme für fast alle Bedürfnisse dienen muß.

¹ G. Cohn, System der Nationalökonomie I (1885) 218 Anm.

² Köppen, Klimalehre 106 f. Die „Zimmerwärme“ (18°C) ist die Temperatur, die der Europäer nötig hat, um in der Ruhe nicht zu frieren, bei körperlicher Arbeit keine lästige Wärme zu empfinden.

Die gemäßigte Zone scheint für die Entwicklung des Menschen, seiner Tatkraft und ihrer Erfolge die günstigsten Bedingungen zu bieten. In dieser Zone befinden sich die großen Anbaubiete der Zerealien, der Getreidefrüchte; auch die wichtigsten Haustiere erlangen hier die größte Ausbreitung. Die südliche gemäßigte Zone hat bei ihrer geringen Landentwicklung nicht die Bedeutung wie die nördliche Zone, die zur eigentlichen Kulturzone des Menschengeschlechtes geworden ist¹.

„Der Tropenbewohner gleicht dem im Reichtum Geborenen, der nicht arbeiten lernt, weil er es nicht braucht; der Polarmensch dem Proletarier, der keine lohnende Arbeit finden kann, da kein Acker, seinen Schweiß zu lohnen, da ist. Der Bewohner der Mittelzone aber ist der arbeitsgewohnte und unternehmungslustige Mittelstand, der ohne Arbeit Not leidet, mit der Arbeit aber immer neue, steigende Bedürfnisse befriedigt. Die Geschichte zeigt uns indessen, daß die Gunst des Klimas für die Kultur auch von der Höhe der letzteren abhängt. Denn die Brennpunkte der Kultur sind deutlich polwärts gewandert. Aus dem subtropischen Gürtel, wo sie im 6. Jahrhundert v. Chr. lagen, haben sie sich in den Gürtel mit zwar heißen Sommern, aber kühlen ($0-10^{\circ}$) Wintern und weiter in jene mit gemäßigten ($10-22^{\circ}$) Sommern und die mit kalten (unter 0°) Wintern verlegt. Im ganzen ist die Wanderung von den produktenreichen nach den für den großen Verkehr begünstigten und an geistiger und materieller Energie (Unternehmungssinn und Kohle) reichen Ländern gegangen. Denn die Produkte der heißen Länder kann der unternehmende Nordländer sich holen, seine Energie kann er aber nicht dorthin auf die Dauer verpflanzen. Von Natur arme Randgebirge der Festländer, die auf früheren Entwicklungsstufen der Menschheit weit im Rückstande bleiben, gewinnen im Zeitalter des Weltverkehrs dominierende Stellung — man vergleiche Nordwest-Europa, Japan und anderseits Feuerland, dessen Häfen vielleicht auch einst von stolzen Schiffen wimmeln und dessen Wasserfälle eine reiche Industrie mit Kraft versehen werden.“²

Wenn von den Vorteilen und Nachteilen des Klimas die Rede ist, bleibt zu beachten, daß kein Lebewesen eine so große Fähigkeit hat, sich zu akklimatisieren, wie der Mensch. Allerdings ist die Anpassungsfähigkeit nicht bei allen Völkern die gleiche. Die Romanen ertragen das Tropenklima besser (vgl. spanische Bauern und Tabakfabrikarbeiter in Kuba) als die Germanen. Fortschritte der Technik, wie die Erfindung der künstlichen Kälteerzeugung („negative Heizung“), die Einführung des elektrischen Lichtes, des mechanischen Betriebes von Luftgebläsen, Fächern usw., ermöglichen eine lokale Milderung der Hitze³. Auch gegen die sog. klimatischen Krankheiten weiß man heute sich besser zu

¹ „Die Tropen“, hat man gesagt, „seien die Wiege der Menschheit gewesen, weil sie das Leben leichter machten; die gemäßigte Zone aber die Wiege der Kultur, weil sie den Menschen zu größerer Entfaltung seiner Kräfte nötigte, ohne ihm das Leben so zu erschweren wie die kalte Zone mit ihrer Armut an Pflanzen und Tieren.“ Schmoller, Grundriß I 132.

² Köppen, Klimalehre 111 f.

³ E. v. Halle, Volks- und Seewirtschaft II (1905) 195 ff.

schützen. „Fast alle tropischen Länder haben einige endemische Krankheiten gemeinsam; es sind das vorzugsweise die Malaria in ihren verschiedenen Formen und die Dysenterie; diese sind die eigentlichen Feinde der in den Tropen lebenden Europäer. Andere tropische Krankheiten, wie Beri-Beri, Lepra, Elephantiasis usw., befallen vorzugsweise die farbigen Rassen. Gelbfieber und Cholera beschränken sich in ihrem Auftreten auf bestimmte Gegenden und können durch gute sanitätspolizeiliche Maßnahmen wesentlich eingeschränkt werden. Ein mehr oder weniger erfolgreicher Schutz gegen die Malaria¹ ist zu erzielen durch gute, geräumige und kühle Wohnungen, durch eine an Abwechslung reiche, gemischte Kost mit tunlichstem Ausschluß der Fleischkonserven, durch eine vollständige, sich von allen Extravaganzen freihaltende Lebensweise, durch den fleißigen und methodischen Gebrauch von Chinin, entweder in prophylaktischem Sinne (wöchentlich 1—2 gr) oder im Anschluß an bereits überstandene Krankheiten, endlich durch einen rechtzeitigen Klimawechsel. Gegen Dysenterie schützt vorzugsweise eine mäßige Lebensweise mit Vermeidung von Diätfehlern.“² Auch haben die heutigen Transportmittel eine Akklimatisierung des Europäers in den tropischen und subtropischen Gegenden vielfach gefördert, indem z. B. die zu verarbeitenden Materialien jetzt leichter aus ungesund gelegener Gegend an weniger gefährliche Orte überführt werden können, und der Mensch selbst an höher gelegenen Plätzen zu wohnen vermag, wenn auch seine Arbeitsstätte in wenig zuträglicher Umgebung sich befindet.

In den Polarzonen wird die lange Winternacht manche Personen nervös und blutarm machen. Erkältungskrankheiten sind trotz des häufigen Temperaturwechsels bei der Keimfreiheit der Luft selten. Der Skorbut, der früher die Polarreisen gefährdete, wird jetzt bei richtiger Verproviantierung und Lebensweise nicht mehr gefürchtet.

Unter dem Kältegefühl haben die Bewohner des hohen Nordens weniger zu leiden³. Es macht sich eher im Sommer als im Winter geltend, namentlich in der Nähe des Wassers. Die tropische Wärme dagegen verwöhnt den Menschen so, daß er schon bei 22° friert.

In der dünnen Luft hoher Berge endlich entsteht leicht die Bergkrankheit; aber auch dort vermag der Mensch sich zu schützen und zu gewöhnen, wie der Bau der peruanischen Oroyabahn (4769 m) und Arequipa-Punobahn (4580 m) in den Andenhochländern gezeigt hat⁴.

¹ Ein Deutscher, der seit vielen Jahren in Südafrika wohnt, berichtet uns, er habe die Krankheit, sobald sie bei einem seiner Untergebenen sich zeigen wollte, mit bestem Erfolge durch Champagner bekämpft.

² O. Schelling, *Klimatologie der Tropen*, Bericht (1893).

³ Im russischen Feldzuge 1812 hielten es die Südfranzosen, die im Winter nicht zu heizen brauchen, bezüglich der Kälte am besten aus. Also auch die Heizung kann den Menschen verwöhnen.

⁴ M. Eckert, *Handelsgeographie* I 31 60. Die Schneegrenze in den peruanischen Anden liegt 4740 m, in den Alpen 2740 m hoch.

85. Konstanz des Klimas. Für die Eiszeit, in welcher das ganze nördliche Europa, von der Mitte Deutschlands an, Amerika und Asien unter einer Eisdecke von durchschnittlich 1000 *m* Dicke lag, wird man in jenen Gegenden nicht gerade ein sommerliches Klima voraussetzen dürfen. Auch mögen in später Zukunft wiederum gewaltige Veränderungen auf der Erdoberfläche sich vollziehen, mag das Eis des Nord- und Südpols im äquatorialen Gürtel sich zusammenfinden u. dgl. Für die geschichtliche Zeit und für die von uns übersehbaren Zeiträume wenigstens kann man aber doch vor einer gewissen Konstanz des Klimas sprechen, die von Klimaschwankungen, periodischen oder nicht-periodischen Verschiedenheiten in Regen- und Wärmemenge, nicht aufgehoben wird. Eine radikale Umgestaltung des Klimas durch menschliche Kunst ist erst recht ausgeschlossen, wenn auch durch Ausrodung größerer Waldgebiete gewisse Milderungen herbeigeführt wurden. Diesbezüglich bemerkt Max Eckert¹: „Ein anschauliches Bild von der allmählichen Milderung des Klimas von Europa gibt uns die Rebe, deren Vordringen dem Abnehmen der Wälder regelrecht folgte, bis endlich das nördliche Klima Halt gebot. Zu Anfang unserer Zeitrechnung ging der Weinstock nicht über den 47.° n. Br. hinaus. Im 3. Jahrhundert hatte er schon die Loire erreicht, im 4. Jahrhundert sehen wir ihn bereits im Westen von Paris und im Osten bis zur Mosel (Trier); im 6. Jahrhundert eroberte er sich die Normandie und Picardie wie das ganze Rheingebiet; im frühen Mittelalter ist er dann weiter nach den Gebieten Mitteld Deutschlands vorgedrungen, bis er endlich den 52.° n. Br. erreichte. Neuerdings ist jedoch der Weinbau in den nördlichen Gegenden Deutschlands zurückgegangen². Man ist geneigt, auf eine Verrauhung des Klimas zu schließen; doch der Grund liegt nicht in der Klimaänderung, sondern in dem massenhaften Import und bequemen Transport billiger südlicher Weine und in der Verfeinerung des Geschmacks. Der Weinbau ist jetzt auf seinen nördlichen Vorposten nicht mehr lohnend. Trotzdem in England, das etwas nördlichere Lage als Deutschland hat, der Winter um 3° wärmer denn bei uns ist, reifen daselbst keine Trauben, weil die glühende Augustsonne fehlt, in deren Strahlen die Traube reift; dagegen können in England Lorbeer und Myrte im Freien überwintern. Dies ist zugleich ein Beispiel für die unterschiedliche Wirkung des Land- und Seeklimas. Das Gedeihen eines guten Weines ist von größeren Wasserflächen mit beeinflusst. Die Weinreben an den Geländen der Mosel, des Rheins, des Mains, der Garonne und anderer Flüsse empfinden wohlthuend die Feuchtigkeit, die dem Wasser entsteigt, und die Sonnenwärme, die es zurückstrahlt.“

§ 2.

Bodenverhältnisse.

Die Produktion, die Verkehrs- und Erwerbsverhältnisse eines jeden Landes sind, wie von dem Klima, so auch von der Bodenqualität, den

¹ Handelsgeographie 28 f.

² Es fehlt jeglicher Grund für die Annahme, daß z. B. in Ostpreußen das Klima im Mittelalter besser gewesen sei als heute. Man wird wohl an dem ostpreussischen Dreimännerwein wenig Geschmack gefunden haben.

orographischen und hydrographischen Besonderheiten, der geologischen Beschaffenheit des Territoriums abhängig.

86. Die agronomische Beschaffenheit der Oberfläche und des Untergrundes, die Tiefe der Ackerkrume, die Mischungs-, Schichtungs-, Lagerungsverhältnisse der Bodenbestandteile bedingen die Art der Bodenbearbeitung wie die Qualität und Menge des Bodenertragnisses. Es ist das Verdienst der neueren Naturwissenschaften, durch Untersuchung der Bestandteile der Gewächse und des Bodens, auf dem sie gedeihen, die Möglichkeit einer Steigerung der Fruchtbarkeit des Bodens und einer Umwandlung unfruchtbarer Strecken in fruchtbares Ackerland in gewissem Umfange ermöglicht zu haben. Von geringerem praktischen Werte wie die Agrikulturchemie, aber nicht minder reich an interessanten Ergebnissen, ist die Bodenkulturgeologie, welche die Abhängigkeit der Ackerkrume und der Pflanzenvegetation von der geologischen Unterlage nachzuweisen versuchte. Es gibt geognostische Karten, die den Zusammenhang zwischen dem Untergrund und der Vegetation, der Verteilung von Wald, Wiese, Ackerboden auf der Oberfläche, dementsprechend auch die Lage der Dörfer und Flecken in überraschender Weise erkennen lassen und erklären¹.

Die Zusammensetzung der obersten Bodenschicht hängt ab von dem Verwitterungsprozesse der Gesteine, ihrer Art, ihrer Komposition. Vernehmen wir darüber die Angaben Max Eckerts²: „Quarzporphyr bildet einen flachgründigen und steinigen Boden, der aber immerhin zur Wald- und Weinkultur geeignet ist. Waldboden ergeben ferner Glimmerschiefer, Phonolith und Syenit. Letzterer dient auch dem Feldbau, besonders wenn der zersetzte Grus³ Lockerheit und Luftwechsel des Bodens bewirkt. Die Lockerheit des Bodens ist bei einer fruchtbaren Erdschicht, bei der Krume, immer höchst wichtig. Granit neigt im allgemeinen zum Wald- und Feldboden. Je feldspatreicher er ist, desto leichter verwittert er und desto fruchtbarer ist der aus ihm entstandene Ton- und Lehm-boden. Quarz und Glimmer des Granites bleiben fast unzersetzt; sie sorgen besonders für die Lockerheit der Krume. Für den Feldbau ist der Gneis recht gut geeignet. Vorzügliche Verwitterungsprodukte ergeben verschiedene Basalte, so z. B. die Basalte der Lausitz, des Siebengebirges. Einige Basalte liefern geradezu einen der fruchtbarsten Böden, einen dunkeln, eisenreichen Lehm-boden mit reichlichem Kaligehalt. Dieser Boden ist indessen selten über große Gebiete ausgedehnt, da der Basalt nur einzelne Bergkuppen bildet. Hat er allerdings wenig Kaligehalt, wie auf der Rhön und wie man neuerdings auch auf Samoa beobachtet hat, so geht ihm seine sonst bewährte große Fruchtbarkeit verloren. Keinen besonders guten Boden ergeben Serpentin, Quarzfels, Raseneisenstein u. a. m. Serpentin verwittert schwer und bildet einen zu kalkigen⁴ Boden. Die Serpentin-kegel sind kahl. Der reine Quarz verwittert gar nicht und ist unfruchtbar. Er

¹ Knies, Politische Ökonomie 47.

² Handelsgeographie I 57 f.

³ „Grus“ ist aufeinandergehäuftes Verwitterungsprodukt des Gesteins in der Größe etwa einer Erbse.

⁴ Blätterig, schuppig.

ist nur selten bodenbildende Unterlage. Der Raseneisenstein verursacht als Untergrund die sog. brandigen Stellen. Gips liefert unfruchtbaren Boden. Ist er hinreichend mit Ton gemengt, so ist er fruchtbar (Ahorn und Buche gedeihen dann gern auf ihm). Die Beimengungen und Mischungen von andern Gesteinen erhöhen die Fruchtbarkeit mancher unfruchtbarer Verwitterungsprodukte. So ist der reine Kalksteinboden im allgemeinen unfruchtbar. Er wird aber sehr fruchtbar, wenn er mit Sand und Ton gemengt ist. Auch die Kreideberge sind unfruchtbar, weil ihr Kalkboden zu rein und zu heiß ist. Wird er tüchtig gedüngt, so ist er für Weinbau sehr geeignet (Champagne). Ton und Lehm sind gewöhnlich neu angeschwemmte Bodenarten (Norddeutsche Tiefebene). Nach ihren Beimengungen an Kalk und Sand richtet sich ihre Fruchtbarkeit. Sandstein und Sand ergeben natürlich sandigen Boden. Loser Sand ist an feuchten Stellen fruchtbar (Flußufer, Meeresküste), an trockenen Orten führt er zur Steppenbildung (Geestland, Heide, Dünen, Wüste). Der Löß gehört auch zu den Sandböden. Er wird aus feinen Quarz- und Kalkkörnern, die mit Ton gemengt sind, gebildet und ist sehr locker. Die atmosphärischen Niederschläge nimmt er leicht auf und behält sie lange.“ Echter Löß ist aus Steppengebieten vom Winde als feiner, lichtgelber Staub in jene Gegenden hingeweht und abgelagert worden, die heute vielfach recht regenreich sind. See-Löß entsteht durch Auswaschung porösen Gesteins. „Überall, wo Löß auftritt, zeichnet sich die Gegend durch große Fruchtbarkeit aus. Die besten Weizenländer der Alten und Neuen Welt sind an die Verbreitung des Löß gebunden. Er tritt im oberrheinischen Gebiet und am Südrand der norddeutschen Tiefebene auf, in der ungarischen Tiefebene, in Südrußland, sodann in Argentinien östlich der Anden, besonders aber in China. Hier ist er wohl wegen seiner Weichheit ein Verkehrshindernis, ist aber für die chinesische Bevölkerung von weittragender wirtschaftlicher Bedeutung.“

Wie wichtig der Untergrund für die Fruchtbarkeit eines Gebietes ist, zeigt z. B. der Westerwald. Unter gut verwittertem Basaltboden findet sich hier vielfach eine Lettenschicht, die keine Feuchtigkeit durchläßt und so die günstige Entwicklung des pflanzlichen Lebens behindert.

Böden mit gleicher Bodenbeschaffenheit können sehr verschiedene Fruchtbarkeit aufweisen je nach dem Klima des Gebietes, dem sie angehören. Nicht bloß fruchtbare Lößböden, sondern auch Sande und Kiese, die in Ostpreußen als steril gelten würden, liefern in der mittelhessischen Tiefebene bei deren Regenreichtum und ihrer milden Temperatur noch Erträge. Italiens Ebenen sind fruchtbarer als die des Deutschen Reiches, nicht wegen der Bodenbeschaffenheit, sondern wegen der größeren Wärmesummen bei günstiger Bewässerung (Niederschlägen oder künstlichen Anlagen). Große Flächen der Poebene bestehen aus grobem, kaum verwittertem Kies. Indiens und der niederen Teile Chinas Fruchtbarkeit beruht weniger auf ihrer Bodenbeschaffenheit als auf dem Klima, dessen sie sich erfreuen¹.

87. Die inneren Bodenschätze² spielen in der Geschichte der wirtschaftlichen Entwicklung der Menschheit eine hervorragende Rolle. Sie

¹ A. Penck, Klima, Boden, Mensch, in Schmollers Jahrbuch 1907, 580.

² M. Eckert a. a. O. I 109 ff.

sichern aber auch dem Lande, das über dieselben verfügt, in mannigfacher Hinsicht den Vorrang vor andern Gebieten. Man denke nur an die Rolle, welche Eisen und Kohlen beim Bau und Betrieb von Eisenbahnen, Dampfschiffen, Kriegswerkzeugen, Maschinen, allen möglichen Wirtschaftsgeräten spielen! Wie schlecht gestellt ist da ein Land, das nicht eigene Kohlenlager, Eisenerze besitzt, sondern alles aus der Ferne herbeischaffen muß.

Der jährliche Gesamtwert der dem Boden entnommenen Metalle (ohne Eisen) beträgt für die Vereinigten Staaten von Nordamerika rund 2200 Millionen *M* (Eckert). Kein anderes Land kommt darin der Union gleich.

Mehr als die Hälfte der ganzen Kupfergewinnung fällt auf die Vereinigten Staaten. In Europa ist Spanien das kupferreichste Land (Rio Tinto, Huelva). Doch führt Spanien seine Kupfererze zum Teil aus. Im 18. Jahrhundert war England neben Spanien das kupferreichste Land in Europa. Heute produziert England verhältnismäßig wenig Kupfer aus eigenen Erzen, verhüttet aber fremde Erze. Deutschlands Kupferproduktion ist bedeutend, wenn auch die deutschen Erze nicht sehr reichhaltig an Kupfer sind. Die große Ausdehnung der Elektrotechnik nötigt Deutschland zu einem bedeutenden Kupferimport. Für die Leitung der Elektrizität eignet sich eben Kupfer besser als Eisen.

Ein Viertel der Weltproduktion von Blei fällt auf Nordamerika (Felsengebirge). Dann folgen als Produzenten namentlich Spanien und Deutschland (Oberschlesien, Harz, Westfalen, Eifel, Nassau). Blei hat Bedeutung für die chemische Industrie, Uhrenfabrikation usw. Rohzink wird am meisten in Deutschland produziert, sonst namentlich noch in Belgien und Nordamerika. Wurde Zink früher ausschließlich zur Legierung des Kupfers (Messing) verwendet, so wird es jetzt mehr noch in der Elektrotechnik gebraucht. Auch hat ihm die Zinkographie (Photozinkographie) eine neue technische Bedeutung verliehen. Die Malaisische Halbinsel und die benachbarten Inseln Banka und Billiton, auch China sind für Zinn die Hauptproduktionsgebiete. Ursprünglich war England das reichste Zinnland, von dem selbst die Phönizier ihr Zinn geholt haben sollen. Früher hielt man Nickel nur¹ für eine schädliche Beimischung von Kupfer. Heute hat Nickel seine bekannte Verwendung, insbesondere zur Härtung von Eisen und Stahl (Stahlplatten). Quecksilber kommt von Spanien, Kalifornien, Krain, auch von Mexiko, Chile, Peru, China und Japan. Nicht weil die Quellen erschöpft, sondern weil der Bedarf, die technische Verwendung zurückging, ist die Quecksilberproduktion gesunken. Aluminium wird gewissen Tonerden (dem grönländischen Kryolith usw.) entnommen, in Nordamerika, Frankreich, England, auch in der Schweiz (Neuhausen), Baden (Rheinfelden), Österreich (Lend-Gastein) erzeugt. In der Kriegszeit wurde Aluminium als Kupferersatz in großen Mengen erzeugt (nicht nur zu Badisch-Rheinfelden, sondern auch durch die Chemische Fabrik Griesheim Elektron (im rheinischen und mitteldeutschen Braunkohlengebiet) und in Berlin (Rummelsburg)¹. Die großen Hoffnungen, die sich an das Aluminium

¹ Auch Karbid zur Bindung des Luftstickstoffes wurde während des Weltkrieges in großer Masse hergestellt (Piesteritz bei Wittenberg, Chorzow bei Beuthen, Spremberg [Niederlausitz], bei Breslau, in Waldeck, Freyung [nördlich Passau], Kalkstickstoffwerke in Knapsack bei Köln, Waldshut am oberen Rhein).

knüpften, hatten sich anfangs nicht erfüllt. Für Maschinen und Schiffbau galt es als nicht verwendbar, weil zu leicht Schädigungen ausgesetzt usw. Die Legierung von Aluminium und Magnesium soll zwei Drittel der Festigkeit des Schmiedeeisens haben, eine größere als Messing.

Fünf Sechstel der überhaupt geringen Platingewinnung entfallen auf Rußland, das übrige auf Kolumbien und andere Länder. Gold war vielleicht das erste Metall, das von den Menschen verarbeitet wurde. Es ist eben ziemlich weich und leicht zu bearbeiten. Durch Legierung wird es härter. Als Schmuck, für Gerätschaften und Kunstzwecke, als Tauschmittel (zuerst wohl in Vorderasien) kam das Gold schon früh zur Verwendung. Es findet sich als Berggold (ursprüngliche Lagerung) in Gesteinen oder als Waschgold (sekundäre Lagerung) in Flüssen. In alter Zeit suchte man Gold in Thrakien, Spanien etc.; in Böhmen, Mähren, Ungarn und Siebenbürgen, in den Hohen Tauern, später in Südamerika (Peru, im 18. Jahrhundert in Brasilien), dann auch im Ural, ferner im Altai (Gebirge in Hochasien), seit 1848 in Kalifornien, seit 1851 in Australien, seit 1859 in Neuseeland, seit 1888 in Transvaal und späterhin noch in Alaska. Besonders ergiebig in Transvaal sind die Main-Reefgruben des Witwatersrandes, in Nordamerika der Comstockgang bei Virginia City. Wie im Altertum Spanien und Griechenland, so galten im Mittelalter der deutsche Harz (Andreasberg, Klausthal), das Erzgebirge (Freiberg, Marienberg), der Distrikt von Příbram in Böhmen, der Kongsberg in Norwegen als vorzügliche Fundstätten des Silbers. Heute besitzen Mexiko und Nordamerika die mächtigsten Silberbergwerke. Auch wird viel des edeln Metalles in den südamerikanischen Anden gefunden. Zwei Jahrhunderte lang war das Wertverhältnis des Goldes zum Silber wie 1 : 15 bis 1 : 16. Die gewaltig gesteigerte Silberproduktion hat zu einem Wertverhältnis von 1 : 36 und tiefer geführt. Doch hat nicht nur das Anschwellen der Silberproduktion die Entthronung des Silbers als Währungsmetall verursacht. Durch die brasilianischen und kalifornischen Funde war eben Gold genug da, um zur Goldwährung übergehen zu können. Man braucht ja auch bei der heutigen Entwicklung des Bankwesens (Giroverkehr usw.) weniger Metallgeld, und Gold ist bequemer als Silber. Ein Staat, der Goldwährung eingeführt hat, wird kaum zur Silber- oder Doppelwährung zurückkehren wollen. Er würde mit Silber überschwemmt werden. Indien und China haben (namentlich als Bezahlung für seinen Tee) gewaltige Mengen von Silber aufgenommen. Ein Viertel der Gesamtproduktion von Gold und Silber wurde allmählich von dem Kunstgewerbe und der Industrie verbraucht.

Verschiedene Schriftsteller wollten den Fortschritt der gesamten Kultur durch die Namen von Metallen bezeichnen. Mit Recht nennt dies Seligmann¹ eine Übertreibung, wenn auch die Metalle in der wirtschaftlichen Entwicklung eine hervorragende Rolle gespielt haben. Überdies begegnet die Unterscheidung eines erzenen, bronzenen, eisernen Zeitalters noch andern Bedenken. Bronze ist schwerer darzustellen als Eisen. Sie ist eine Legierung von Kupfer und Zinn. Diese Metalle finden sich aber nicht überall. Es wäre also einerseits für die Entstehung der Bronze Handel vorauszusetzen. Andererseits hätten die beiden Metalle geschmolzen werden müssen. Die älteren Völker werden sich also zunächst doch des Eisens bedienen und der Übergang zur Bronze dürfte sich dann nur in einzelnen Gebieten vollzogen haben. Wenn aus der alten Zeit wenig Eisen vorhanden

¹ Principles of Economics² (1906) 39.

ist, so erklärt sich das wohl aus dem Verrosten des Eisens, seiner Neigung, sich mit Sauerstoff zu verbinden. Unbestritten aber bleibt, daß für die moderne Industrie, für die heutige Entwicklung von Handel und Verkehr das Eisen eine ganz hervorragende Wichtigkeit erlangt hat. Kein Metall kann es an Härte mit dem Eisen aufnehmen. Gediegenes Eisen findet sich in den Meteoriten. Sonst muß es aus Eisenerzen gewonnen werden. Zu den besten Eisenerzen gehört der Magneteisenstein (mit 72,4 % reinem Eisen). Er wird in Nordamerika, im Ural und in Schweden gefunden. Die Sheffielder Industrie bedient sich vorzugsweise der schwedischen Eisenerze. Spateisenstein findet sich in Steiermark, Westfalen, Thüringen; Toneisenstein bei Zwickau, Saarbrücken, in Südwalen und Pennsylvanien; Kohleneisenstein im schottischen und westfälischen Steinkohlengebiet. Die alte Technik konnte nur aus reichhaltigen Erzen Eisen gewinnen und verschwendete dabei viel Kohle und Arbeitskraft. In den seit dem 18. Jahrhundert üblichen kleineren, schornsteinartigen Hochöfen werden Kohlen und Erze durcheinander aufgetürmt; auch Kalkstein wird beigefügt, um das Eisen leichter flüssig zu machen. Flüssiges Roheisen sammelt sich unten und wird alle paar Stunden dem Ofen entnommen. Das im Hochofen schmelzende Eisen nimmt Kohlenstoff auf. In dem Puddelprozeß (Frischprozeß) wird die Kohle wieder ausgetrieben, um Schmiedeeisen zu erlangen. Das Roh- oder Gußeisen enthält 5—6 %, das Stab- oder Schmiedeeisen 0,5—0,7 %, der Stahl 1½—2 % Kohlenstoffe. Wurde das Roheisen früher wieder geschmolzen und etwa 24 Stunden glühend erhalten, um den Kohlenstoff auszutreiben, so wird beim Bessemerprozeß Luft durch das flüssige Roheisen getrieben, die sich mit der Kohle verbindet und so das Eisen entkohlt. Aber hierbei bestand die Gefahr, daß die Entkohlung zu stark und das Eisen brüchig wurde. In der Stahlproduktion kam darum der Siemens-Martinprozeß auf, bei dem durch Zusammenschmelzen von Schmiedeeisenabfällen mit Roheisen auf einem Flammenofenherd Stahl erzeugt wird. Einen großen Fortschritt bedeutet sodann der Thomasprozeß, die Möglichkeit, Eisen zu entphosphoren. Das von dem Engländer Thomas erfundene Verfahren wurde in den „Rheinischen Stahlwerken“ (Meiderich) und dem Hörder Bergwerks- und Hüttenverein fortgebildet. Gerade für Deutschland hat dieses Verfahren hervorragende Wichtigkeit, da zwei Drittel seiner Eisenerze Phosphor enthalten. Auch Frankreich hat phosphorhaltige Eisenerze, nicht so England. Die bei der Entphosphorung entstehende Schlacke gilt wegen ihres hohen Phosphorsäuregehaltes als vortreffliches Düngemittel. Viele Millionen Mark, die früher dem Auslande für künstlichen Dünger bezahlt werden mußten, werden so dem Lande erhalten. Durch die natürlichen Verhältnisse besonders begünstigt ist die amerikanische Eisenproduktion. Sie findet nicht nur (wie dies in England und in dem rheinisch-westfälischen Industriebecken der Fall ist) neben dem Eisen die Kohle vor, sondern besitzt überdies noch in unmittelbarer Nähe große Mengen von Erdöl und brennbaren Gasen. In Pittsburg zum Beispiel können letztere in Leitungen gleich zu den Schmelzöfen geführt werden. Die Vereinigten Staaten erzeugen etwa ebensoviel Roheisen wie England und Deutschland zusammen. Das alte Deutschland und England produzierten davon annähernd gleich viel, Deutschland etwas mehr. Dann folgte Rußland, Frankreich, Österreich-Ungarn, hierauf Belgien, Schweden, Kanada, dann erst Spanien und Italien. Eine bedeutende Steigerung der Eisenproduktion wird möglich sein für die Union, auch für Spanien, Rußland, Schweden, in den andern Ländern alter Eisenproduktion voraussichtlich kaum mehr. Ob aber der Bedarf an Eisen so enorm bleibt wie heute,

das hängt davon ab, ob das Eisen in Zukunft mehr zum Ersatz für den Verschleiß gebraucht werden wird, oder ob überdiß noch ebenso gewaltige Mengen für Neuanlagen von Eisenbahnen, Brücken usw. erforderlich sein werden.

Angaben über die Eisenerzvorräte der Welt sind natürlich nur unsichere Schätzungen¹. Eine Gesamtübersicht über die Eisenerzreserven der ganzen Erde (entworfen auf der 100. Generalversammlung deutscher Eisenhüttenleute 1910) zeigt folgendes Bild:

	Gegenwärtige wirkliche Reserven (Millionen t)		Mögliche Reserven (Millionen t)	
	Erz	Eisen	Erz	Eisen
Europa	12 032	4 733	41 029	12 085
Amerika	9 855	5 154	81 822	40 731
Australien	136	74	69	37
Asien	260	156	457	283
Afrika	125	75	viele tausend	viele tausend

Bei stark wachsender Produktion (und weiteres Wachstum im gleichen Tempo vorausgesetzt) würde die Frist für den Verbrauch der wirklichen Reserven nicht mehr groß sein können (etwa 60 Jahre?). Man darf aber hoffen, daß die möglichen Reserven sich als größer erweisen werden, als die Zahlen zunächst erwarten lassen. Nach v. Richthofen verfügt insbesondere China über bedeutende Eisenerzlager. Der große Erzfund auf Kuba wird zu 600 Millionen t geschätzt. Und sollte man nicht in der Zukunft heute nicht geahnte Funde machen können? Es bleibt auch die Hoffnung auf technische Fortschritte, welche die Ausnutzung minderwertiger Erze rentabel machen können. Im Notfall würde man mit erhöhten Kosten die ärmeren Erze verarbeiten oder zu eisenartigen Felsarten (z. B. Basalt) greifen müssen, die jetzt gar nicht zu den Erzen gerechnet werden. In manchen Verwendungsarten können Legierungen des Aluminiums Eisen ersetzen. Allerdings müßte das Aluminium dazu schon bedeutend billiger werden².

Die Reste in geschichtlicher und vorgeschichtlicher Zeit untergegangener Wälder, der Pflanzenwelt früherer geologischer Epochen sind uns in der Kohle erhalten geblieben. Insbesondere in den nördlichen Gebieten findet sich die Kohle, nicht in den Tropen, und zwar dort, wo große Wälder waren, die sich in Kohle umsetzen konnten. Je älter die Kohle, desto besser ist sie. Die Stein- oder Schwarzkohle der Karbonperiode hat 70—95 % Kohlenstoffgehalt, die älteste fossile

¹ Törnebohm hatte 1906 die abbauwürdigen Eisenerze auf 10 200 Millionen t geschätzt. Auf Anregung Högborns wurden neue Untersuchungen über das Eisenerzvorkommen auf der Erde vorgenommen, deren Ergebnis unter dem Titel „The Iron Ore Resources of the World“ (Edited by the General Secretary of the XIth International Geological Congress Stockholm) 1910 veröffentlicht wurde. Hiernach würde der wahrscheinlich erreichbare Eisenerzvorrat der Erde 424 487 Millionen t betragen.

² Vgl. K. Oldenberg, Eisenerzvorräte, in Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft LXIV (1908) 162 f.; die Artikel Bergbau, Eisen, Kohlen im Handw. der Staatswissenschaft, die Statist. Jahrb. der einzelnen Staaten, die Übersichten der Weltwirtschaft von Juraschek, Halle, Calwer. Über Eisen- und Kohlen-Produktion und -Verbrauch vgl. Philippovich, Grundriß I¹¹ (1916) 192 ff.; Heinr. Pudor, Die Inventur der Eisenerze der Welt, in Conrads Jahrb. XLIX (1915) 231 ff.; Max Eckert, Die Eisenvorräte in der Welt, in Geograph. Zeitschrift 1913, Heft 5.

Kohle, Anthrazit oder Kohlenblende, 90—95 %. Anthrazit verbrennt ohne Dampfentwicklung und enthält pro Kilogramm 8000 Kalorien¹.

Ohne die Kohle würde die heutige technische und industrielle Entwicklung unmöglich geblieben sein. Was wäre z. B. die Eisenproduktion ohne die Verwendung der Steinkohle? Im 18. Jahrhundert noch war die Eisenproduktion in England geringer als die schwedische im 19. Jahrhundert. Aber auch sonst wird ein Land, das über viele und gute Kohlen verfügt, viel besser seine eigenen Rohstoffe oder auch fremde, eingeführte verarbeiten und hierdurch auf dem Weltmarkt einen Vorsprung erringen können. Vielleicht daß reiche Kohlenvorräte es auch in den Stand setzen, mehr Waldboden dem Ackerbau zu überweisen.

Die Steinkohle findet sich in kleineren oder größeren Flözen, oft übereinandergeschichtet. Erst bei einer Stärke von $\frac{1}{3}$ m an lohnt sich der Abbau. Von der ganzen Steinkohlenerzeugung der Erde fällt ein starkes Viertel auf die Vereinigten Staaten; dann folgte alsbald Großbritannien, das alte Deutschland. Sonst kamen als Produzenten in Betracht Frankreich, Belgien (jetzt neue und bessere Kohle in Aussicht), Österreich-Ungarn, Rußland, Australien, Japan, Kanada, Britisch-Indien, Spanien, in geringen Quantitäten Transvaal, Natal, Kapkolonie, Italien, Niederlande, Schweden, Indochina (Anam und Tonkin), Indonesien und Britisch-Borneo. Große Vorräte haben noch die chinesischen Provinzen Schansi, Hunan, Schantung und Tschili. Die Braunkohle (Lignit) gehört einer jüngeren Periode an als die Steinkohle. Man unterscheidet dabei Glanz- und Pechkohlen, holzige Braunkohle, Erdkohle (Kölnische Umbra). Der Kohlenstoffgehalt der Braunkohle beträgt 50—70 %. Deutschland und Österreich waren die hauptsächlichsten Produktionsländer, ersteres mit 50 Millionen *t*, letzteres mit ca. 30 Millionen *t* pro Jahr. Sonst werden Braunkohlen noch gewonnen in Bosnien und der Herzegowina, in Italien, Frankreich, Spanien, Großbritannien und Irland, in der Union, Süd- und Westaustralien, auch in Island (Surturbrand). Steinkohlen- und Braunkohlenproduktion der Welt zusammengenommen verteilte sich zu ein Drittel auf die Union, ein Viertel auf Großbritannien mit Irland, ein Fünftel auf das ehemalige Deutsche Reich. Während Holz sich alljährlich ersetzt, ist die Kohlenproduktion „Eduktion“ ohne Ersatz. Der Stoff ist nur begrenzt gegeben. Wenn einmal die Wirtschaft mit Eisen saturiert sein würde, dann wären weniger Kohlen für die Hüttenwerke erforderlich — so mag man annehmen. Auch die Elektrizität mag die Kohle vielfach verdrängen (Eisenbahnen, sonstige elektrische Betriebe). Aber wo der Fall der Flüsse, die Meeresflut (weiße Kohle) etc. nicht ausreicht, werden die elektrischen Betriebe selbst wieder viele Kohlen konsumieren. Auch die Dampfschiffe können der Kohle kaum entbehren. Ferner wird der Hausbedarf vielleicht noch steigen, wenn auch die heutigen besseren Öfen die Heizkraft der Kohle mehr ausnutzen. Immerhin ist die Frage nach der Erschöpflichkeit der Kohle nicht ohne Bedeutung. Dem Lande, das über die reichsten Kohlenvorräte verfügt, wird daraus jedenfalls vorerst noch großer Vorzug erwachsen².

¹ „Kalorie“, Wärmeeinheit, die Wärmemenge, die 1 l Wasser um 1° Wärme zu erhöhen vermag. Holz hat 3000, Braunkohle (Steinholz) 5000—6000, Torf 3500 Kalorien.

² Vgl. Fischer, Die wirtschaftliche Bedeutung Deutschlands und seiner Kolonien (1906) 14 39. Die 14 Millionen *ha* Wald lieferten Deutschland jährlich 50 Millionen *t* Holz, entsprechend etwa 20 Millionen *t* Kohlen. Vgl. auch E. Nasse, Die Kohlenvorräte der europäischen Staaten, insbesondere Deutschlands (1893). Hull, Our Coal Resources

Wenn etwa in tausend Jahren, bemerkt Eckert¹, die Kohlenvorräte Europas und Amerikas erschöpft sind, dann dürfte sich das Industriezentrum der Welt in der chinesischen Provinz Schansi entwickeln. Vielleicht können aber auch noch die sibirischen und kanadischen Wälder für neue kräftige Industriestaaten des Nordens genügend Holzkohle in Bereitschaft stellen. Alles dies liegt freilich im dunkeln Schoß der Zukunft. Neue Erfindungen werden vielleicht die heutige Industrie und Technik in einer Weise umwandeln, daß auch das Bedürfnis nach Kohle sich wesentlich anders gestaltet.

Erdöl (Petroleum oder Naphtha) wird hauptsächlich in Pennsylvanien und am Kaspischen Meere bei Baku (Halbinsel Apscheron) gewonnen. Außer in Nordamerika und Rußland findet es sich noch in Galizien, Rumänien, Elsaß, Pandschab, Birma, Borneo, Java, Sumatra, Japan (Echigo), Neuseeland, Argentinien. Das Erdöl ist ein Bitumen (Kohlenwasserstoffverbindung), destilliertes Fett der vor-sündflutlichen Tiere oder pflanzlichen Ursprungs. Abgesehen von der Verwendung für Leuchtzwecke kommt Petroleum in kleineren Maschinen, Explosionsmotoren, zur Anwendung, auch für Heizzwecke, namentlich als Ersatz der Kohle für Heizung der Lokomotiven usw. (Diesels Motorerfindung).

Ein Teil der Provinz Sachsen, auch Brandenburg waren in der Vorzeit eine große Salzpflanze. Steinsalz wird gewonnen bei uns in Staßfurt, Erfurt, seit 1904 in Hohensalza (Reg.-Bez. Bromberg, jetzt Polen), Jagstfeld, Schwäbisch-Hall am Kocher, ferner im ehemaligen Österreich im Salzkammergut, in Hall in Tirol, in Bochnia und Wieliczka in Galizien, Zlatina in Siebenbürgen; in Frankreich (Vic und Dieuze), in Spanien (Cordoba), England (Cheshire); Steppensalz in der Kirgisensteppe Südrußlands, im Staate Utah (US); der Steppensalzgewinnung ist ähnlich die Salzproduktion am Nordostrande der Kiautschoubucht (bei Nükoku): der salzhaltige Boden wird ausgelaugt, die Sole durch Verdampfen zur Kristallisation gebracht (Eckert); Seesalz in Bassins oder Salzgärten von Südfrankreich, Holland, Spanien (Figueras), Portugal (Setubal), Italien, Istrien, an den Ufern des Schwarzen und Kaspischen Meeres; Quellsalz (Sud- oder Solsalz) aus den Sa-

(1897). Über Deutschlands Vorräte vgl. auch Weltwirtschaftliches Archiv I (1913) 467 f. Über Nordamerikas Vorräte s. Conrads Jahrb. XXXVI (1908) 373. Über Englands Vorräte vgl. Zeitschrift für Sozialwissenschaft IV (1913) 627 ff. Eine vergleichende Übersicht über Mineralschätze und Bergbau (vor dem Weltkriege) ergibt:

	Deutschland	England	Frankreich
Kohlenlager in Milliarden t	423,4	189,4	17,6
Eisenerzlager in Millionen t	3 878	1 300	3 300
Metallisches Eisen in Millionen t	1 360	455	1 140
Kohlenförderung (1912) in Millionen t	259,4	264,6	41,3
Zunahme in 27 Jahren Prozent	252,1	63,4	111,7
Roheisenförderung (1912) in Millionen t	17,9	9,7	4,9
Zunahme in 27 Jahren Prozent	384,5	28,5	203,4
Eisenerzgewinnung (1912) in 1000 metrischen t	32 692	14 012	18 500
Kupfererzgewinnung „ „ „ „ „ „	969,3	1,9	0,0
Zinkerzgewinnung (1911) „ „ „ „ „	700,0	17,9	43,8
Bleierzgewinnung „ „ „ „ „	140,2	24,2	14,1
Silbergewinnung „ „ „ „ „	155	9,1	22,2
Kalisalze u. dgl., Wert in Millionen M.	72,5	0,0	0,0

¹ Handelsgeographie 112

linen oder Solquellen (Soden, Nauheim, Lüneburg, Schönebeck, Reichenhall usw.). Früher hielt man die in der oberen Schicht der Steinsalzlager (Staßfurter Ab-raumsalze) befindlichen Kalisalze für wertlos. Jetzt ist die Wichtigkeit der Kalisalze für die Landwirtschaft anerkannt. Man weiß auch, daß Kalisalz selten ist auf der Erde. Deutschland war vor dem Weltkriege das einzige große Kaliland.

Schwefel findet sich rein am Außenrande der Solfataren, Schwefelkrater, am Vesuv, Ätna, bei La Clear in Kalifornien, in Chile, den Aucklandinseln, auf Java und den japanischen Inseln. Die Schweiz, Böhmen, Salzburg, Galizien, Kroatien, Deutschland, Spanien haben meist unreinen, mit Ton vermischten Schwefel. Für Italien bildet die Ausfuhr von Schwefel einen bedeutenden Posten (um die Jahrhundertwende etwa 36 Millionen M). (Eckert.)

Graphit (wichtig für Bleistiftfabrikation) kommt heute vorzugsweise von Sibirien und von Ceylon, früher von Borrowdale im englischen Cumberland. Geringere Quantitäten liefern noch Bayern (Passau), Böhmen (Schwarzenbach, Stuben), Steiermark, Salzburg, Tirol, Italien, Spanien, Norwegen, Grönland, Kanada, Neubraunschweig, Kalifornien.

Die kostbarsten Diamanten sind noch immer die rein weißen ostindischen. Daneben gibt es brasilianische, seit 1829 Diamanten des Urals, seit 1867 liefert auch die Kapkolonie Diamanten¹.

Griechische und italienische Steinbrüche versorgen die Künstler mit Marmor. Italien versandte zu Anfang des neuen Jahrhunderts für 15,4 Millionen M Marmor und Alabaster. Schweden ist reich an Granit usw.

88. Die hydrographischen Verhältnisse, Quellen, Flüsse, Seen². Aus dem Schmelzwasser der Gletscher, aus dem Grundwasser, welches den Erdboden durchdringt, stammen viele Quellen.

Die in Toskana der Erde entweichenden, Borsäure enthaltenden Dampfströme (100° C) oder Soffiani bilden für Europa die einzige Dampfquelle. Als Heilquellen berühmt sind die mitteleuropäischen Thermen von Burtseid (78°), Karlsbad (74°), Gastein (71,5°), Wiesbaden (69°), Baden-Baden (67°), Ofen (61°), Aachen (55°), Teplitz (49°), Ems (47,5°), Nauheim (34—29°) usw.

Der Hauptfluß bildet mit seinen Nebenflüssen zusammen ein „Stromsystem“. Das Gebiet seiner Ausbreitung heißt „Stromgebiet“ oder „Strombecken“.

Am größten ist das Stromgebiet des Amazonas (7 Millionen qkm); viel kleiner das Stromgebiet des Kongo (3,7 Millionen qkm), des Mississippi-Missouri (3,2 Millionen qkm), des La Plata mit dem Uruguay (3,1 Millionen qkm), des Ob in Westsibirien (3,1 Millionen qkm). Die Stromgebiete des Nil, Niger (Afrika), Jénissei, Lena (Sibirien), Amur (Asien, alte Grenze der chinesischen Mandschurei) umfassen 2—3 Millionen qkm. Unter den europäischen Flüssen hat die Wolga das größte Stromgebiet mit 1,5 Millionen qkm. Weniger ausgedehnt ist das Strombecken der Donau mit 820 000 qkm, des Rheins und der Maas mit 225 000 qkm, der

¹ Das Gewicht der Diamanten wird in Karat ausgedrückt. 1 Karat ist gleich 205 mg.

² Eckert, Handelsgeographie 46 ff.

Weichsel mit 200 000 *qkm*, der Elbe mit 150 000 *qkm*, der Oder mit 120 000 *qkm*, der Rhône mit 100 000 *qkm*, der Weser mit 46 000 *qkm*, der Themse mit 12 600 *qkm* usw. Der Größe des Strombeckens entspricht regelmäßig die Stromentwicklung. Dennoch haben die weitesten Stromgebiete nicht immer die längsten Hauptflüsse. Der Mississippi hat 6530 *km* Länge, der Nil 5940, der Amazonas 5500, der Jangtsekiang 5200, Ob 5200, Jenissei 5200, Lena 4600, Amur 4500, Kongo 4200, Niger 4160, Wolga 3570, Donau 2850, der Rhein nur 1320, die Elbe 1160, die Weichsel 1040, die Oder 1020, die Rhône 760, die Weser 710, die Themse 405 *km* Länge.

Man spricht von abflußlosen Gebieten, wo der Abfluß nach dem Ozean fehlt. Sie umfassen etwa ein Viertel der Erdoberfläche.

Das Gebiet, dem das Kaspische Meer, der Aralsee (im russischen Turkestan), der Balkaschsee (in der russisch-asiatischen Kirgisiensteppe) angehören, ist (mit seinen 13 Millionen *qkm*) größer als Europa. Die Hälfte Australiens ist abflußlos in den Gebieten, denen der Australsee Eyre angehört. Von Afrika gehören die Sahara und die südafrikanische Kalahariwüste hierhin. Nur 5% des amerikanischen Kontinents ist abflußlos. Für Nordamerika bildet der Große Salzsee, für Südamerika der Titicacasee in Bolivia und Peru sowie der argentinische Chiquitasee den Mittelpunkt des abflußlosen Gebietes.

Die Seen sind auf der Erde sehr zahlreich.

An Ausdehnung übertrifft das Kaspische Meer alle andern (so groß wie Schweden). Dann folgt der Obere See, der größte der fünf terrassenförmig zwischen der Union und Kanada gelegenen Seen. (Die andern vier sind der Michigan-, Huronen-, Erie-, Ontariosee.) Der Victoria-Njansa (Afrika) ist so groß wie Bayern. Auch der Aralsee gehört zu den bedeutendsten. Von Quellseen spricht man, wenn der See einem Fluß zur Quelle dient (z. B. die ostafrikanischen Seen, der St. Moritzsee [Inn] in der Schweiz); Flußseen sind solche, die von einem Fluß ihr Wasser erhalten (Bodensee, Genfer See); Endseen solche, in die Flüsse münden, wie die Wolga, Europas größter Strom, der (unterhalb Astrachan) in das Kaspische Meer fällt. Blindseen heißen die Maare der Eifel und andere Kraterseen, z. B. in der Nähe Roms. Die Binnenseen sind im allgemeinen Süßwasserseen. Nur vereinzelt finden sich Salzwasserseen, die entweder mit dem Ozean zusammenhängen oder von Flüssen Salz zugeführt erhalten. Das Tote Meer im Südosten Palästinas (394 *m* unter dem Meeresspiegel) enthält 24% Salz.

Der Wert der Flüsse und Seen für das Wirtschaftsleben der Menschen und Völker ist ein außerordentlich großer. Ganz abgesehen davon, daß sie uns mancherlei Naturprodukte liefern (Fische, Krebse, Muscheln, Waschgold), sind sie vor allem eine wichtige Ursache der Fruchtbarkeit des Landes (Agypten und der Nil!). Die Triebkraft der Flüsse ferner setzt Mühlen, Sägen, Hammerwerke, Fabriken jeder Art in Bewegung, wie neuerdings die Wasserkraft der Flüsse und Seen in Elektrizität umgesetzt wird. Berühmte Wasserfälle erfreuen heute nicht bloß den Wanderer; sie dienen jetzt auch großen gewerblichen Anlagen (Aluminiumwerke am Rheinfall, die industriellen Anlagen an den Niagarafällen, den Trollhättafällen in Schweden, den Imatra-

fällen des Saimasees in Finnland). Und welche Wandlungen wird die weitere Ausnützung der in den Fluten der Bergwässer und im stillen Schoße der Seen verborgenen Kräfte in Zukunft noch herbeiführen können, gerade in Ländern, denen die schwarze Kohle versagt geblieben ist?

Die schiffbaren Flüsse bieten dem Verkehr von der Natur gebahnte, billige Wege. Als natürliche Verkehrsstraßen haben sie ihre Bedeutung neben den künstlichen Verkehrsstraßen der Eisenbahnen bewahrt. Sie verbinden nicht nur die einzelnen Teile eines Landes unter sich, sondern, durch die Vermittlung des Meeres, Land mit Land, Volk mit Volk, erleichtern und erhöhen nach innen und außen den Warenaustausch und Güterverbrauch. Den Wert eines reichen und wohlausgebildeten Flußnetzes haben die großen Handelsvölker, die Holländer, Engländer, Franzosen, in ihrer eigenen Geschichte und Entwicklung sehr wohl erfahren; und nicht der geringste Vorzug Amerikas besteht eben darin, daß nur 5 % der Fläche des Kontinents trockene, abflußlose Binnenlandschaft sind.

Flüsse, die fast das ganze Jahr hindurch für die Schifffahrt benutzbar sind, wie dies z. B. in Frankreich der Fall ist, bieten natürlich größere Vorteile als Flüsse mit längerer Eisbedeckung (tote Zeit): Die mittlere Dauer der Eisbedeckung der Elbe bei Hamburg beträgt stark einen Monat, des Rheines zwischen Mainz und Koblenz etwa 18 Tage, der unteren Weser 8 Tage, der Donau bei Galatz 38 Tage, des Hudson bei Albany 92 Tage, des St. Lorenzstromes bei Quebec 141 Tage, der russischen und sibirischen Ströme 5—6 Monate und länger.

Wird ein Fluß zum Hindernis des Verkehrs, stellt er sich der Anlegung künstlicher Verkehrswege entgegen, dann weiß der Mensch auch hier sich wieder zu helfen. Über die Weichsel führt bei Graudenz eine Brücke von 1092 *m* Länge. Die Rheinbrücke bei Mainz ist 1290, die Brücke über den Mississippi bei New Orleans 3350, über die Donau bei Cernavoda 3850 *m* (rund 4 *km*) lang. (Eckert.)

Schiffbare Ströme sind ferner wertvolle Leitlinien und Wegweiser für die Erschließung der Länder. Nur weniger Jahrzehnte bedurften die Europäer, um auf dem Orinoko (Venezuela), dem Amazonasstrom, dem Paraná (bildet mit dem Uruguay zusammen den La Plata) ins Herz von Südamerika einzudringen. Dagegen hat es Jahrtausende bedurft, ehe man in Afrika mit seinen durch Stromschnellen verriegelten Flußstraßen so weit kam. In nicht ganz vierzig Jahren eroberte die kleine Kosakenschar Sibirien für den Zaren; sie konnte eben die feine wurzelartige Stromverflechtung im Süden des Landes ausnützen, um die gewaltigen, weithin sich erstreckenden Nadelholzwälder bis zum Ochotskischen Busen (zwischen Kamtschatka und den Kurilen) zu durchmessen. Diesen Strömen entlang ist alsdann die russische Kolonisation ostwärts vorgedrungen.

Wüsten und Steppen bilden unter Umständen Schranken der Kulturverbreitung und Völkermischung. Die Negerrasse blieb durch die Sahara Jahrtausende hin-

durch nach Norden hin abgeschlossen. Der zentralasiatische Trockenraum, unwegsam überdies in seinem massigen Hochlandcharakter, trennte von jeher die indische Welt von der sibirischen, die chinesische von der abendländischen¹.

Zu den Flüssen und Seen zieht es den Menschen hin. Dort erblühen Ansiedlungen, finden wir vielfach eine größere Dichtigkeit der Bevölkerung. „Flußumschlagplätze“, kleinere Häfen oder auch große „Flußhäfen“ erleichtern den Verkehr und gewähren den Schiffen bei Hochwasser und Eisgang eine Zuflucht. Durch Vertiefen und Ausbaggern des Flußbettes erhöht und verbessert der Mensch die Schiffbarkeit der Flüsse, schafft er neue Wasserstraßen, verbindet Fluß mit Fluß, Seen und Ströme durch Kanäle, wie in der norddeutschen Tiefebene von der Weichsel zur Oder, Elbe, Weser und zum Rhein, in Frankreich von der Rhône zur Loire und Seine, in den östlichen Vereinigten Staaten vom Eriesee zum Hudson und Ohio, vom Michigansee zum Mississippi usw.

Während jede Eisenbahn ihrem Eigentümer ein Monopol verleiht, den Fahrplan, die Bestimmung des Tarifs, den ausschließlichen Gebrauch der Bahn dem zuweist und sichert, der Herr des eisernen Spurweges ist, charakterisiert die Trennung von Vehikel und Straße den Wassertransport. Selbst auf dem gleichen Kanale ist noch Konkurrenz möglich. In Frankreich dienten die Kanäle wohl auch als Konkurrenzanlagen gegenüber den Eisenbahnen, die durch einen übermäßig hohen Frachttarif ihr Monopol mißbrauchten.

89. Die vertikale Gliederung eines Territoriums, der Aufbau der Erdrinde nach Höhe und Tiefe, mit den Großformen der Gebirge und Ebenen, den Kleinformen von Berg und Tal, hat ebenfalls eine nicht geringe wirtschaftliche Bedeutung.

Man unterscheidet Kammgebirge, bei denen die beiderseitigen Abdachungen (Gelände, Böschung, Abhang) in einer Kammlinie zusammenstoßen (Riesengebirge, Teutoburger Wald) und Gebirgsrücken mit einer breiteren Scheitelfläche (Thüringer Wald, Frankenwald). Kettengebirge sind solche, bei denen verschiedene Gebirgskämme parallel nebeneinander laufen (Anden), Massengebirge oder Massive solche, bei denen die Erhebung keiner bestimmten Richtung folgt (Ortler, Dachsteinmassiv). Tafelländer oder Plateaus heißen hochgelegene Flachböden, die durch tiefeinschneidende Täler durchzogen, umgrenzt werden (Coloradotafelland in Nordamerika). Mittelgebirge und Hochgebirge unterscheiden sich nach der Höhe. In Deutschland gelten Gebirgserhebungen über 1500 m schon als Hochgebirge. In bezug auf Form und Gestalt der Berge spricht man von Kegel, Kuppe (Koppe, Kopf), Spitze, Horn, Tafelberg. Im Mittelgebirge herrschen Kegel und Koppe, im Hochgebirge Spitze und Horn vor.

Die tieferen Einschnitte in der Kammlinie der Gebirge heißen Paß (Joch), sofern sie von beiden Seiten leicht zugänglich, für den Verkehr benutzbar sind. Man spricht von Längstälern in den Kettengebirgen, von Quertälern,

¹ A. Kirchhoff, Mensch und Erde (1905) 6 f.

wenn diese senkrecht zum Laufe des Gebirges stehen. Enge Täler heißen *Klamm*, *Klause* oder *Engpaß*.

Einzelne Strecken, sog. *Landsenken* (*Depressionen*), liegen tiefer als der Meeresspiegel, z. B. im Westen der norddeutschen Tiefebene, in den niederländischen Provinzen Holland und Seeland, ein Gebiet von 8000 bis 10 000 *qkm*. Gewaltige Deichbauten schützen diese Landsenken vor dem Eindringen des Meeres. Auch im Süden des algerischen Hochlandes, in den Schotts und in der Libyschen Wüste gibt es Senken. Die tiefste Landsenke ist die des Toten Meeres (-394 m), die größte die Aralokaspische (-24 m tief und 736 000 *qkm* groß).

Die *Tiefebene*n sind keine Landsenken. Sie heißen *Tiefebene*n nur im Gegensatz zu den *Hochebene*n, deren mittlere Erhebung mehr als 200 *m* beträgt. Die Schwäbisch-bayrische Hochebene zum Beispiel liegt 500 *m* hoch. Nahezu die Hälfte der Erdoberfläche ist Tiefebene. In Asien, Afrika, Australien herrscht das Gebirgsland an Flächenausdehnung vor, wenn auch die größte Tiefebene im nördlichen Asien sich findet. In Europa stehen diesbezüglich Gebirgsländer und Tiefebene gleich. Amerika hat mehr Tiefebene als Gebirgsland.

Die Gebirge eignen sich nicht zu dichter Besiedlung. Wenn arm an guten Pässen, können sie ein überstarkes Hindernis des Verkehrs bilden. Die Alpen sind zum Beispiel in dieser Hinsicht besser bestellt als der Balkan und die Pyrenäen. Allerdings weiß der Mensch sich auch da wieder zu helfen. Er durchbohrt die Berge. Deutschland hat 510 Tunnel mit einer Länge von fast 200 000 *m*. Der Arlberg-tunnel ist 10,3, der Mont Cenis-tunnel 12,2, der Tunnel durch den St. Gotthard 15, durch den Simplon 19,7, der Lötschberg-tunnel 16 *km* lang. Und ebenso hinauf bis in die höchsten Höhen führt die Eisenbahn.

Die Schwarzwaldbahn steigt bis 834 *m* in die Höhe, die Brennerbahn gewinnt ihren Übergang in einer Höhe von 1367 *m*, die St. Gotthardbahn (Tunnel) in 1154 *m*, die kanadische Pacificbahn in 1623 *m*, die Zentral-Pacificbahn in 2531 *m*, die peruanische Südbahn (Arequipa-Punobahn) in 4470 *m*, die peruanische Zentralbahn Callao-Oroya (Tunnel) in 4774 *m*¹.

Weite und klimatisch günstig gelegene Kulturebenen, wie diejenigen, über welche Amerika verfügt, bieten die vorzüglichsten Bedingungen für menschliche Niederlassungen, die geringsten Schwierigkeiten für die Entwicklung von Handel und Verkehr. Für die Alte Welt ist es von entscheidender Bedeutung, daß ihre Hochländer und Hochgebirge nicht im Norden der Kontinente liegen. Andernfalls würden Südeuropa, Süd- und Zentralasien einer übergroßen Hitze ausgesetzt sein, der Norden aber unter bedeutender Kälte zu leiden haben. Es gibt manche gut bewohnte, fruchtbare und verkehrsreiche Täler (Längstäler, wie oberes Rheintal, Inn-, Etschtal). Das „große Tal“ der Alleghanies, die sich vom nordöstlichen Alabama bis an die Mündung des St. Lorenzstromes erstrecken, besitzt sogar drei nebeneinander herlaufende Eisenbahnlinien. Quertäler sind gewöhnlich weniger groß. Allein auch hier ist eine günstige wirt-

¹ Eckert, Handelsgeographie 60.

schaftliche Entwicklung nicht ausgeschlossen, wie z. B. das Berchtesgadener Land der deutschen Alpen zeigt.

Alles in allem macht es einen nicht geringen Unterschied für die volkswirtschaftliche Entwicklung, ob ein Territorium Gebirgs-, Hügel- oder ebenes Land ist. „Die Höhe der Lage eines Landes erweitert gleichsam die Entfernung vom Äquator, welche die Breitengrade anzeigen. Ein Gebirgszug von Osten nach Westen scheidet möglicherweise die frei überwinternde Rebe von der Kartoffel, die wohl auch einmal noch im Wonnemonat erfriert, den üppigen Weizen von dem dürrtigen Hafer und vielleicht obendrein die sieben fetten Jahre von den sieben magern. Selbst die Mißernte kann einmal dem Bewohner der fruchtbaren Ebenen wenig anhaben, während durch die dürrtigen Gebirgsflächen auch im reichlichen Jahre die wenigen Ansiedler nur vor dem Hunger geschützt sind.“¹ Der Verkehr ferner findet auf ebenem Lande weniger Schwierigkeiten als in gebirgiger Gegend, auf festem Boden weniger als in einem von Sümpfen durchzogenen Terrain. Mag ein Land noch so großen natürlichen Reichtum besitzen, ohne geeignete Kommunikationswege kann es denselben nicht in vollem Maße verwerten und genießen. Wo der Verkehr in einem Lande lebhafter sich gestaltet, da geschieht es, weil die Täler an wohlgelegener Seite sich öffnen, die ebene Fläche des Bodens dem Transport keine Hindernisse in den Weg legt, und das ist es denn auch, was dem Landmann seine Arbeit wesentlich erleichtert.

90. Horizontale Gliederung, Küstengliederung (Häfen)². Es bleibt ein großer Vorzug Europas, daß seine Küste so reiche Gliederung aufweist. Das Verhältnis des Flächeninhaltes der Glieder zum Rumpf beträgt für Europa 35 %, für Nordamerika 25 %, für Asien 24 %, für Australien 19 %, für Afrika 2 %, für Südamerika 1 %. Nicht bloß Halbinsel, Vorgebirg, Kap usw., sondern überhaupt die ganze Gestaltung der Küste entscheidet über die für Welthandel und Weltverkehr wichtige Zugänglichkeit eines Landes. Sowohl die Steilküsten wie die Flachküsten können der Landung von Schiffen Hindernisse in den Weg legen. Von einer Schifffahrtsküste spricht man da, wo die Landung bequem, Seeschiffe vielleicht selbst noch auf Flüssen oder Kanälen ins Land eindringen können, wo auch das hinter der Küste liegende Land durch seine Fruchtbarkeit und menschliche Industrie dem Verkehr genügende Anregung bietet. Zur stärkeren Entwicklung des Handels und Verkehrs in einem Lande trägt es auch wesentlich bei, wenn die Entfernung der inneren Landesteile von der Küste im ganzen nicht allzu groß ist. Für Europa beträgt die mittlere Meeresferne, der mittlere Küstenabstand 340 km,

¹ Knies, Politische Ökonomie 45.

² Eckert a. a. O. 44 ff. 194 ff. Die Zahlenangaben sind nicht überall dieselben. Wir entnehmen sie den Schriften anerkannter Autoritäten, und zwar für die Zeit der Jahrhundertwende.

bei Australien 350 km, bei Nordamerika 470 km, bei Südamerika 550 km, bei Afrika 670 km, bei Asien 780 km.

Die günstigsten Punkte der Schifffahrtsküste hat der Mensch zu Hafenplätzen ausgebaut. Gute Häfen, die Schutz vor den Stürmen, den Meereswellen und der Meeresdünung bieten und einen geeigneten Ankergrund besitzen, sind z. B. die Buchthäfen von Kiel, Pola, Konstantinopel, Aden; die Fluthäfen (durch die Gezeiten des Meeres, Ebbe und Flut, offen gehalten) von Liverpool, New York; die Flußmündungshäfen in Hamburg, Bremen, London; auch Danzig, Kalkutta, Schanghai (an einem geschützten Nebenarme gelegen). Ferner werden den natürlichen guten Häfen auch solche beigezählt, die hinter einer Insel oder Bank liegen, wie Pillau, Memel, Callao (Hafen von Lima), Bombay. Häfen, die hinter einer „Nehrung“ (d. i. dem Walle, den Wind und Küstenströmung vor der Festlandsküste erzeugten) liegen, nennt man Lagunenhäfen (Venedig). Aber selbst dort, wo die Natur eine Hafenanlage weniger begünstigte, hat wiederum der Mensch es verstanden, durch Wellenbrecher und Hafendämme (Molen) künstliche Häfen zu schaffen, so z. B. in Madras (Ostindien), Batavia, Kolombo, Dover, Ostende. Schließlich seien noch die „offenen Reeden“ erwähnt, wo die Schiffe in der Nähe der Küste, aber doch noch im Meere selbst die Anker werfen, wie es an den Küsten der früheren deutsch-ostafrikanischen Kolonie und in Togo geschieht.

Von den Riesenverkehrshäfen der Erde (mit über 10 Millionen *R.T.* Schiffsbewegung) entfallen neun auf den Atlantischen Ozean: London mit einer Verkehrsbewegung (1901) von 17,7 Millionen *R.T.*, Hamburg (mit 15,3 Millionen *R.T.*), Antwerpen, Liverpool, Cardiff, Rotterdam, Marseille, Konstantinopel und New York (mit 16,8 Millionen *R.T.*). Drei Riesenverkehrshäfen gehören den pazifischen Küsten an: Singapore, Schanghai und Hongkong (16,2 Millionen *R.T.*).

Zu den Großverkehrshäfen rechnet man solche, die eine Schiffsbewegung von 3—10 Millionen *R.T.* netto aufweisen. Dahin gehören z. B. St. Petersburg, Kopenhagen, Amsterdam, Southampton, Glasgow, Havre, Bilbao, Barcelona, Lissabon, Genua, Triest, Boston, Philadelphia, Baltimore, New Orleans, Habana, Buenos Aires, Montevideo, Rio de Janeiro usw.; der indisch-pazifischen Küste gehören an Kalkutta, Kanton, Tschifu, Yokohama, Nagasaki, Sydney, Valparaiso usw.

Mittelverkehrshäfen des Weltverkehrs oder solche mit 1—3 Millionen *R.T.* Schiffsbewegung sind z. B. Bremerhaven, Stettin, Riga, Stockholm, Malmö, Helsingborg, Gotenburg, Kristiania, Ostende, Manchester, Dover, Bordeaux, Malaga, Cartagena, Valencia, Neapel, Brindisi, Venedig, Port Said, Beirut, Bahia usw., ferner Bombay, Nanking, San Francisco usw.

Von den Kleinverkehrshäfen des Weltverkehrs (unter 1 Million *R.T.*) seien erwähnt Dublin, Livorno, Messina, Palermo, Catania, Sebastopol, die neuseeländischen Häfen Auckland, Wellington, Lyttelton usw.

§ 3.

Geographische Lage und Ausdehnung des Landes.
Kolonien.

Wir haben es hier nicht mit allen Momenten zu tun, die zur geographischen Lage gehören, namentlich nicht mit jenen, die das Klima in seiner Eigenart bestimmen, wie geographische Breite, Lage auf der Ost- oder Westseite der Festländer usw. Es wäre ja sonst noch einmal alles zu wiederholen, was über die Bedeutung des Klimas für Fauna und Flora, den Menschen und die menschliche Wirtschaft bereits gesagt wurde. An dieser Stelle handelt es sich nur mehr um einen kurzen Hinweis auf die geographische Veranlagung eines Landes zum Weltverkehr durch die Meeresnähe und um die Nachbarländer in ihrem Einfluß auf die wirtschaftliche Entwicklung eines Gebietes.

91. Meeresnähe. Die Oberfläche der Erde (510 Millionen *qkm*) ist vorwiegend ozeanisch. Das Wasser nimmt eine $2\frac{1}{2}$ mal so große Fläche ein (366 Millionen *qkm*; 72% der Erdoberfläche) als das Land (mit 144 Millionen *qkm*; 28% der Erdoberfläche)¹. Aber auch innerhalb des Landes beanspruchen Flüsse, Seen, Sümpfe, Firnfelder, Gletscher noch etwa 10 Millionen *qkm*.

Die östliche Hemisphäre hat mehr Land (35%) als die westliche (20%), und ebenso die nördliche Halbkugel (40%) mehr als die südliche (17%). Nur zwischen dem 40.—70.° n. Br. überragt die Landfläche mit 45 Millionen *qkm* die Meeresfläche mit 31 Millionen *qkm*. Zur nördlichen Halbkugel gehören Asien, Europa und Nordamerika mit über 78 Millionen *qkm*. Die südliche Erdhalbkugel umfaßt Afrika, Südamerika und Australien samt der benachbarten Inselwelt mit 57 Millionen *qkm*. Wenn man den Erdball in der Richtung von Nordosten nach Südwesten halbiert denkt, so hat man eine nordöstliche Land- und eine südwestliche Wasserhalbkugel. Auf der ersteren stehen Wasser und Land im Verhältnis 13 : 12, auf der letzteren im Verhältnis 14,5 : 1. Asien ist der größte aller Erdteile (44 Millionen *qkm*). Europa² hat 10 Millionen *qkm*; Afrika 30 Millionen *qkm*; Australien 9 Millionen *qkm*. Die „Neue Welt“, Nord- und Südamerika, umfassen zusammen 42 Millionen *qkm*, und zwar Nordamerika 24, Südamerika 18 Millionen *qkm*.

In dem einzigen großen Weltmeer unterscheidet man den Atlantischen Ozean (90 Millionen *qkm*), den Großen (Stillen, Pazifischen) Ozean oder die Südsee (175 Millionen *qkm*), den Indischen Ozean (72 Millionen *qkm*), das Nördliche und Südliche Eismeer (13 bzw. 16 Millionen *qkm*). Zwischen die Kontinente schieben sich die Mittelmeere ein: zwischen Nord- und Südamerika das amerikanische Mittelmeer, zwischen Europa und Afrika das romanische Mittelmeer, zwischen Asien und Australien das austral-asiatische Mittelmeer.

Wenn man von dem Weltmeere als einem einzigen Meere spricht, so denkt man an die Geschlossenheit des Meeres. Alle Abschnitte des Meeres

¹ Eckert, Handelsgeographie 18 ff. 38 ff.

² Sieht man in Europa nur eine große Halbinsel Asiens, dann faßt man beide Kontinente mit dem Namen „Eurasien“ zusammen.

hängen unter sich zusammen. Manchmal sind es freilich nur enge Straßen (Gibraltar, Bosporus und die Dardanellen), welche die Verbindung der verschiedenen Teile aufrechterhalten. Zur Abkürzung der Wege von Meer zu Meer hat dann noch die menschliche Kunst unserer Zeiten selbst größere Landbrücken durchbrochen, so den Isthmus von Suez, von Korinth, die jütische Halbinsel, den Kanal von Panama.

Abgesehen davon, daß bei günstiger Lage eines Landes zum Meere ein Teil des Binnenhandels durch die Küstenschiffahrt sich vollzieht, bildet das Meer vor allem die eigentliche Straße für den Weltverkehr und den großen Handel. Gewiß wird die natürliche Begünstigung einer zum Handel geeigneten Meeresküste nur dort tatsächlich zur vollen Geltung kommen, wo die Anregung zum Völkerverkehr auf seiten des Volkes Verständnis und die entsprechende Befähigung findet, wo höhere Kulturentwicklung kraftvoll erstrebt wird, wo eine ausreichende staatliche Machtfülle den internationalen Handel zu schützen vermag. „Wie sehr aber dieses Werkzeug in den geeigneten Händen fruchtbar wird, zeigt nicht bloß der Anblick der Weltgeschichte von den Phöniziern bis herab zu den Engländern, sondern indirekt auch die Einwirkung einer Umgebung, welche so weit wie möglich von den Verkehrsstraßen entfernt ist, an jenen Völkern, welche sich im Drange der großen Wanderungen in die Gebirge zurückgezogen haben. Die heutigen Reste der Basken in Spanien, der Briten in Großbritannien und Frankreich, ja die Völkerschaften der Urschweiz, unabhängig von einer Verschiedenheit des Stammes, beweisen . . . den relativen Stillstand der (wirtschaftlichen) Entwicklung unter Umständen, wo die Natur den Völkerverkehr verhindert.“¹

Dem überseeischen Handel verdanken insbesondere die modernen Industriestaaten zum beträchtlichen Teil ihre Blüte. Ohne den Welthandel wäre das rasche Anwachsen des nationalen Reichtums, seine Vermehrung zum Beispiel in England um das Tausendfache während des 19. Jahrhunderts (von 400 Millionen auf 400 Milliarden *M*) nicht zu verstehen.

Für einen Teil des Volkes, ja für ganze Völker gehört der Ozean ferner wegen seiner Fische, des Salzes usw. mit zur Grundlage der wirtschaftlichen Existenz. Namentlich nachdem die Hochseefischerei zur Küstenfischerei hinzutrat oder dieselbe ersetzte, hat sich der Versand von Seefischen auch nach dem Binnenlande stärker entwickelt, und scheinen die Produkte der Seefischerei mehr denn früher als ein wichtiger Bestandteil der Volksnahrung geschätzt zu werden.²

¹ Gustav Kohn, System der Nationalökonomie 218 f. Zoepfl, Ozean und Kontinent in der Weltwirtschaft, in Beilage zur Allgemeinen Zeitung 1906, Nr. 234 235 (mit Literaturangaben).

² Vom Ertrage des Fischfanges kamen nach Gruber jährlich etwa 900 000 *t* auf Amerika, 700 000 auf England, 500 000 auf Skandinavien, 200 000 auf Rußland, 150 000 auf Frankreich, 120 000 auf Holland, 60 000 *t* auf Deutschland.

Die wirtschaftliche Bedeutung der verschiedenen Ozeane ist allerdings nicht die gleiche.

Der Atlantische Ozean und seine Nebenmeere nehmen im internationalen Wirtschaftsleben die erste Stelle ein. Der Atlantische Ozean „ist für den Verkehr und Warenaustausch das moderne Mittelmeer. Nicht bloß, daß jener die leistungsfähigsten Industrie- und Handelsvölker miteinander verbindet, die sicherste und billigste Straße bildet für den Austausch der Rohstoffe Amerikas und Afrikas mit den Industrieerzeugnissen Europas. Nicht bloß, daß er durch seine Armut an Klippen, Riffen und Sandbänken und durch seine verhältnismäßige Schmalheit die Personen- und Warenbeförderung besonders begünstigt sowie infolge seiner weithingestreckten Plateaurücken die Anlage von Kabelsträngen erleichtert, deren ihm allein 17 (1905) zukommen. Der Atlantik ist vielmehr für das internationale Handelsleben vor allem durch seine mannigfaltigen, tief in die Festlandsmassen eingreifenden Nebenmeere und Golfe sowie die ihnen zugehörigen, weit ins Binnenland hinein schiffbaren Stromadern (St. Lorenzstrom und Mississippi, Amazonas und La Plata auf der Westhalbkugel, Nil und Kongo sowie die kleineren Flüsse Spaniens, Frankreichs, Englands und Deutschlands) von unschätzbarem Nutzen für die Zugänglichkeit Europas und Amerikas, für die natürliche Verbindung ihrer einzelnen Staaten untereinander, für die klimatischen Verhältnisse und die Ergiebigkeit der Naturproduktion. Dazu kommt, daß hart am Atlantischen Ozean jene größeren und kleineren Tieflandstrecken liegen, welche die Heimat der modernen Kulturvölker in der Alten und Neuen Welt geworden sind. Wo finden sich auf der Erde zum zweitenmal Meeresteile von der altersgrauen Verkehrsbedeutung der Nordsee und des Mittelmeeres? wo Ströme mit derartig langen und günstigen Schifffahrtsrinnen, wie sie Mississippi und Amazonas zukommen? wo Flüsse mit einer so großen Handelsbewegung, wie sie sich auf dem vergleichsweise kleinen Rhein, der kurzen Themse und dem Hudson abspielt? Wo finden wir zur Zeit Durchgangsstraßen von der Verkehrsbedeutung des Suezkanals, der vom Mittelmeer seinen Ausgang nimmt, ferner der englischen, französischen, nordamerikanischen und einiger norddeutschen Kanäle? Wo verdichten sich zum zweitenmal die Schifffahrts- und Kabellinien so wie in der Nordsee? Steht den 13 großen Häfen im Stillen Weltmeer nicht die doppelte Zahl hervortretender atlantischer Hafenplätze entgegen? Und queren auf dem Atlantischen Ozean nicht beständig über 20 große Dampfschifffahrtslinien, während auf das Pazifische Weltmeer nur die Hälfte davon trifft?¹

„Im Vergleich zum Atlantischen Ozean ist das Stille Meer trotz seiner ungezählten Inselfeiler noch das Weltmeer der Zukunft. Es wird künftighin das bedeutsame Bindeglied zwischen den uralten Kulturländern China-Japan und dem jungen Riesenstaate der Amerikanischen Union werden. Ihm sind für seine stets wachsende Produktion an Boden- und Industrieerzeugnissen die Länder Ostasiens vor allem willkommen, besonders wenn der 80 km lange Kanal von Colon

¹ Es ist ein Vorzug des Atlantischen und auch des Indischen Ozeans, daß die Gegenküsten nicht allzu fern voneinander sind. Für den Atlantischen Ozean beträgt der mittlere Küstenabstand 606 km, für den Indischen Ozean 621 km, für den Pazifischen Ozean dagegen 765 km. Im Atlantischen Ozean liegt der küstenfernste Punkt 2050 km, im Indischen Ozean 1700 km, im Großen Ozean 2265 km von der nächsten Küste. Vgl. Eckert, Handelsgeographie 38.

nach Panama und damit die kürzeste Verbindung zwischen den beiden größten Ozeanen ausgeführt sein wird. Dann erst kann sich der Gesamthandel der Erde zu einem wahrhaft weltmeerischen, gleichmäßig weltumfassenden erheben. Dann erst werden sich weiterhin dem einzigen großen Kabelstrang auf dem Grunde des Stillen Ozeans zwischen San Francisco und Hawai sowie dem kurzen untermeerischen Telegraphen zwischen Australien und Neuseeland, China und Formosa, den Philippinen und Sunda-Inseln andere Kabellinien zugesellen.

„Das Indische Meer dient bekanntermaßen hauptsächlich der Zufahrt von Europa nach Vorder- und Hinterindien, Ostasien und seiner Inselwelt, ferner zu dem kleinen fünften Erdteil und Polynesien. Für den Austausch der Rohprodukte Indiens, Australiens und Afrikas mit den europäischen Industriewaren ist dasselbe seit der Durchstechung der Landenge von Suez (1869) von immer wachsendem Werte geworden. Die Durchfahrtszeit für den 160 km langen Kanal beträgt im Mittel 18 Stunden. Während ihn 1870 nur 486 Schiffe mit nicht einmal $\frac{1}{2}$ Million Tonnengehalt netto passierten, waren es 1902 ihrer über 3700 mit einem Netto-gehalt von mehr als 11 Millionen *t*, wovon weit über die Hälfte auf die britische Flagge trafen. — Zu den bedeutenderen Hafenplätzen des Indischen Meeres zählen außer Suez Aden, Bombay, Kalkutta, Rangun, Singapore und Batavia ferner Sansibar und Durban in Natal. Unterseeische Telegraphen haben hier die Engländer zur Verbindung ihrer australischen, vorderindischen und südafrikanischen Kolonialländer sowohl von Australien aus nach Singapore und Madras an der Ostküste Vorderindiens als von Bombay nach Aden und Suez sowie von Kapstadt nach Sansibar und Aden gebaut.

„Die beiden Polarmeere sind infolge ihrer starken Vereisung, ihrer vielfachen Nebel, gefährlichen Stürme und der verwickelten, meist noch wenig bekannten Strömungsverhältnisse nur schwer und für kurze Zeit zugänglich. Infolge der armen Naturausstattung ihrer Inselgruppen dienen die Fahrten dorthin vorwiegend dem Fang der großen, Tran, Felle und Fischbein liefernden Meer-säuger, die sich in die Stille jener wenig besuchten Ozeane zurückgezogen haben: der Walfische, Walrosse und Robben. — Handelsgeographisch am bedeutendsten unter allen Gliedern der Polarmeere ist wohl das Weiße Meer im europäischen Nordrußland.“¹

Der jährliche Ertrag der Seefischerei wurde zu Anfang des Jahrhunderts auf 1500 Millionen *M* geschätzt; 150 Millionen *M* allein brachte der Verkauf von Kabeljau auf den Weltmarkt ein. Austern sollen jährlich bloß in New York und London 1600 Millionen Stück verzehrt werden. Viele Pflanzen- und Tierarten sind den verschiedenen Ozeanen gemeinsam. Doch zeichnet sich der Atlantische Ozean aus durch seine Heringsarten, Schellfische, Schollen, Aale, Barsche, Thun- und Tintenfische, Krabben, Hummern, Austern, Edelkorallen, Schwämme, Karetts- und Suppenschildkröten; der Große Ozean hat verschiedene Walarten, Seebären, Pelz-robber, Seeottern, Schildkröten, den Trepang und die Perlmuschel; der Indische Ozean Seejungfrauen, Welse usw., die Perlmuscheln im Roten Meer, Persischen Golf, bei Ceylon, Australien und im Australischen Archipel, ebenfalls Schildkröten und Holothurien; den Polarmeeren eignen besonders Lachs, Kabeljau (Haupt-fangplatz bei Neufundland, wo der fischreiche kühle Labradorstrom mit dem warmen

¹ Chr. Gruber, Wirtschaftliche Erdkunde (1906) 11 ff. Vgl. Eckert, Handels-geographie I 37 ff.

Golfstrom zusammentrifft), Robben, Wale, Eisbären, große Mengen Eiderenten und Alken. (Gruber.)

92. Die Beschaffenheit der angrenzenden Länder sodann und der Charakter der Nachbarvölker ist nicht bloß für den Verlauf der politischen Geschichte, sondern auch für die ökonomische Entwicklung eines Volkes von größter Bedeutung. Da in der Regel kein Volk wirtschaftlich vollständig isoliert zu leben fähig ist, so hängt viel davon ab, ob die Nachbarvölker arm oder reich, ob sie dieselben Güter in Überfluß produzieren oder andere, die als geeignete Tauschobjekte gelten können. Völker, welche in der Nähe der großen Knotenpunkte des Weltverkehrs wohnen, werden notwendig mancher Vorteile sich erfreuen, auf die andere Territorien, die fern von den Weltstraßen des Handels liegen, verzichten müssen¹. Welchen Vorteil haben z. B. England und Frankreich von ihrer Nachbarschaft gehabt! War es nicht seine zentrale Lage, die Deutschland zum unentbehrlichen Verbindungsland zwischen den regsamsten Völkern, den Ländern reichster Naturproduktion, zwischen Italien und den nordischen Gebieten, den Donaustaaten und den Nord- und Ostseeländern, Rußland und Frankreich zu machen schien? Hat nicht die Nachbarschaft strebsamer Länder (Frankreich, Belgien, Holland, auch England) stimulierend auf Deutschland wirken müssen? Man vergleiche damit des alten Österreichs geographische Lage, seine Nachbarn im Süden, Osten und teilweise im Norden!

Schließlich wird die wirtschaftliche Entwicklung eines Volkes mitbedingt durch

93. Größe, Umfang des Territoriums bei verhältnismäßiger Bevölkerung. Ein großes Volk verfügt über eine gesicherte Machtstellung. Die politische Selbständigkeit aber garantiert eine ungehinderte wirtschaftliche Entwicklung. Auch gewährt der größere Umfang des Territoriums sofern dadurch reichlichere Hilfsquellen für die Ernährung des Volkes und die Produktion von Tauschgütern geboten werden, in der Regel eine höhere ökonomische Selbständigkeit und Bedeutung gegenüber dem Auslande.

Für die Volkswirtschaft ist jedoch nicht so sehr die absolute Größe des Territoriums wie die Ausdehnung der Kulturfläche und speziell des anbaufähigen Bodens von entscheidender Bedeutung.

1. Ausdehnung und Ausdehnbarkeit der Kulturfläche. Zum Kulturlande im weiteren volkswirtschaftlichen Sinne gehört außer dem Boden der von Menschen zur Erzeugung von Nahrungs- und Nutzpflanzen² an-

¹ Knies, Politische Ökonomie 59 f. „Eine Änderung in den großen Straßen für den Welthandel ist für alle dabei beteiligten Völker immer eine Lebensfrage gewesen. In dieser einzigen Tatsache liegt der Schlüssel zu mancher wichtigen Erscheinung in der ökonomischen Geschichte der Völker, und ihre Anerkennung am gehörigen Ort wird noch manchen Satz in den Traditionen der politischen Geschichte umgestalten.“

² Nutzpflanzen sind solche Pflanzen, die Genuß-, Reiz-, Arzneimittel, Material für Bau- und industrielle Zwecke liefern.

gebaut wird (dem Kulturland im engeren Sinne), auch der Wald. Er ist für den Volkswohlstand von nicht geringem Belang. Bei manchen Völkern (Serbien, Norwegen, Schweden, Nordamerika usw.) bildet er sogar einen primären Bestandteil des natürlichen Reichtums.

Die Landoberfläche der Erde (144 Millionen *qkm*) umfaßt nach Eckert ¹ etwa 31 Millionen *qkm* Acker- und Wiesenland (20 Millionen *qkm* Kulturland im engsten Sinne), 42 Millionen *qkm* Wald, 28 Millionen *qkm* Steppe, 34 Millionen *qkm* Ödland, alles in allem 73 Millionen *qkm* Kulturland und 71 Millionen *qkm* kulturloses Land.

Asien hat 10 Millionen *qkm* (nicht ganz $\frac{1}{4}$ der eigenen Kontinentalfläche) Acker- und Wiesenland, Afrika 6 Millionen *qkm* ($\frac{1}{5}$ der eigenen Kontinentalfläche), Nordamerika 5 Millionen *qkm* ($\frac{1}{5}$), Europa 4,5 Millionen *qkm* (fast $\frac{1}{2}$), Südamerika 4,5 Millionen *qkm* ($\frac{1}{4}$), Australien und Ozeanien 1 Million *qkm* ($\frac{1}{9}$).

Der Wald umfaßt in Asien 13 Millionen *qkm* (fast $\frac{1}{3}$), in Nordamerika 9 Millionen *qkm* (über $\frac{1}{3}$), in Südamerika 8,5 Millionen *qkm* ($\frac{1}{2}$), in Afrika 7 Millionen *qkm* (über $\frac{1}{4}$), in Europa 3 Millionen *qkm* (fast $\frac{1}{3}$), in Australien und der Inselwelt 1,5 Millionen *qkm* ($\frac{1}{6}$).

Steppen kommen auf Asien 9 Millionen *qkm* ($\frac{1}{5}$), auf Afrika 9 Millionen *qkm* ($\frac{1}{4}$), auf Australien und Ozeanien 3,5 Millionen *qkm* (über $\frac{1}{3}$), auf Nordamerika 3 Millionen *qkm* ($\frac{1}{3}$), auf Südamerika 3 Millionen *qkm* ($\frac{1}{6}$), auf Europa 0,5 Millionen *qkm* ($\frac{1}{20}$).

Öd- und Unland hat Asien 12 Millionen *qkm* ($\frac{1}{4}$), Afrika 8 Millionen *qkm* ($\frac{1}{4}$), Nordamerika 7 Millionen *qkm* (über $\frac{1}{3}$), Australien und Ozeanien 3 Millionen *qkm* ($\frac{1}{3}$), Europa 2 Millionen *qkm* ($\frac{1}{5}$), Südamerika 2 Millionen *qkm* ($\frac{1}{9}$). Dazu 5 Millionen *qkm* der Polargebiete ².

Die Polarländer, die Wüsten Afrikas, Asiens, Australiens, die Hochgebirgsregionen über der Schneegrenze sind dauernd unbenützte Gebiete. Ferner gehören hierhin die großen nordischen Wälder bis zur polaren Waldgrenze (60° n. Br.), die Urwälder in den Tropen, ebenso ein Teil der Steppen Asiens, Amerikas, Afrikas, Australiens. Wohl die Hälfte der Erdoberfläche ist nach Eckert der menschlichen Kultur bisher verschlossen geblieben. Ein Viertel der Erdoberfläche ferner wird nur vorübergehend von Menschen benützt, so die Steppen (Kirgisensteppen) Eurasiens, Prärien Nordamerikas ³, die südamerikanischen Pampas, die sich über Südargentinien, einen Teil von Patagonien bis an den Ostabhang der Anden erstrecken, die brasilianischen Campos und die Llanos am Orinoko im Norden von Südamerika usw. Zu den etwa 20 Millionen *qkm* Steppen kommen dann noch 10—12 Millionen *qkm* Wald, auch verschiedene Teile des Acker- und Wiesenlandes, die brachliegen oder nur zeitweilig zur Weide dienen. Diejenigen Waldungen, die eines geregelten Forstbetriebes sich erfreuen, ferner durchgängig das Acker- und Wiesenland bilden die dauernd benützten Flächen.

¹ Handelsgeographie 64 ff.; genauer 144 489 000 *qkm* von 509 951 000 *qkm* der ganzen Erdoberfläche.

² Ebd. 63 f.

³ Vgl. z. B. Max Sering, Die landwirtschaftliche Konkurrenz Nordamerikas, in „Gegenwart und Zukunft“ 1887, 57 120 f. 215 281 460 566 659 ff.

Die Ausdehnungsmöglichkeit des Getreidebaues auf der Erde ist nicht unbegrenzt. Andererseits darf doch auch die Annahme, daß es mit der Ausdehnung des Getreidebaues in kürzester Zeit zu Ende sein werde, als allzu pessimistisch gelten. Ganz genaue Angaben sind freilich nicht möglich. Aber aus der Betrachtung der klimatischen Verhältnisse, der Temperatur und der Niederschläge, läßt sich einigermaßen auf die Möglichkeit, Getreide zu produzieren, auf die Menge des noch anbaufähigen Bodens schließen. Ein großer Teil der dauernd unbenutzten Räume wird jedenfalls auch für die Zukunft unbenutzbar bleiben. Viehzucht und Waldwirtschaft können ziemlich weit nach Norden vordringen. Für den Getreidebau aber fallen wenigstens die Polargebiete weg. In der nördlichen gemäßigten Zone wird vielfach nur sporadisch Ackerbau neben Wald und Weide möglich sein und darum kaum Jahr für Jahr und für eine dichtere Bevölkerung ausreichende Nahrungsquelle werden können. Auch in den höchsten Gebirgsregionen bieten sich für die Landwirtschaft keine Aussichten. Und in den südlichen Trockenzonen wird künstliche Bewässerung die ungenügenden Niederschläge um so weniger überall ergänzen können, da Zisternen, artesische Brunnen u. dgl. eben wiederum das Vorhandensein hinreichender Wassermengen voraussetzen. Überdies bleibt fürs allgemeine zu beachten, daß die technische Anbaufähigkeit nicht überall zugleich auch wirtschaftlich den Anbau erlaubt. Unter wirtschaftlichem Gesichtspunkte dürfte es sich oft empfehlen, einen zwar technisch anbau-, aber wenig ertragsfähigen Boden aufzuforsten usw. Kurz, mit der willkürlichen Ausdehnung des Getreidebaues ist es nichts. Man wird darum auch innerhalb einer Volkswirtschaft den technisch und wirtschaftlich verwertbaren Boden nicht in blindem Vertrauen auf die „unbegrenzte“ Möglichkeit der Ausdehnung des Getreidebaues der Erde seiner Aufgabe, dem eigenen Volke Brot zu gewähren und zu sichern, entziehen wollen.

In einem Lande mit wachsender Bevölkerung, steigender Lebenshaltung, wo selbst eine intensivere Kultur des Bodens kaum oder nicht mehr ausreicht, das Volk mit ausreichenden Nahrungsmitteln zu versorgen, lenkt sich wie von selbst die Aufmerksamkeit auf das noch etwa vorhandene Ödland und dessen eventuelle Kultivierung.

Zu Anfang des 20. Jahrhunderts hatte das Deutsche Reich im Verhältnis zu seiner Gesamtfläche 48,8 % Ackerland, 16,0 Wiesen und Weiden, 25,9 Wald, 9,3 unproduktives Land. Für das alte Österreich-Ungarn verteilte sich die wirtschaftlich ausnützbare Fläche im Verhältnis zur Gesamtfläche folgendermaßen: Ackerland 40,0, Wiesen und Weiden 25,0, Wald 30,0, unproduktives Land 5,0; für Rußland: Ackerland 29,0, Wiesen und Weiden 15,0, Wald 37,0, unproduktives Land 19,0; für Frankreich: Ackerland 58,5, Wiesen und Weiden 10,4, Wald 15,6, unproduktives Land 15,5; für Großbritannien: Ackerland 24,0, Wiesen und Weiden 54,3, Wald 3,9, unproduktives Land 17,8; für die Schweiz: Ackerland 18,7, Wiesen und Weiden 35,8, Wald 17,1, unproduktives Land 28,4; für die Niederlande: Ackerland 28,0, Wiesen und Weiden 45,0, Wald 7,0, unproduktives Land 20,0; für Belgien: Ackerland 42,0, Wiesen und Weiden 26,0,

Wald 17,0, unproduktives Land 15,0; für Dänemark: Ackerland 44,0, Wiesen und Weiden 30,0, Wald 6,0, unproduktives Land 20,0; für Spanien: Ackerland 40,0, Wiesen und Weiden 20,0, Wald 20,0, unproduktives Land 20,0; für Portugal: Ackerland 24,0, Wiesen und Weiden 28,0, Wald 3,0, unproduktives Land 45,0; für Italien: Ackerland 46,0, Wiesen und Weiden 25,0, Wald 13,0, unproduktives Land 16,0; für Schweden: Ackerland, Wiesen und Weiden 8,6, Wald 50,4, unproduktives Land 37,6; für Norwegen: Ackerland, Wiesen und Weiden 3,0, Wald 22,0, unproduktives Land 75,0; für Rumänien: Ackerland 42,2, Wiesen und Weiden 12,2, Wald 19,7, unproduktives Land 25,8; für Serbien: Ackerland 34,7, Wiesen und Weiden 14,0, Wald 38,3, unproduktives Land 13,0; für Bulgarien: Ackerland 26,7, Wiesen und Weiden 50,0, Wald 17,3, unproduktives Land 6,0; für Griechenland: Ackerland 17,5, Wiesen und Weiden 36,5, Wald 15,0, unproduktives Land 31,0; für die Türkei: Ackerland 10,5, Wiesen und Weiden 40,0(?), Wald 8,0, unproduktives Land 41,5(?)¹.

Alle Staaten Europas² haben also ein mehr oder minder großes unproduktives Gebiet, so auch Deutschland nicht ganz ein Zehntel seiner Gesamtfläche.

Die Kultivierung wüster Gebiete (Heide-, Moor-, Bruchkolonien) schreitet speziell in Deutschland im allgemeinen gut voran. Auf der Lüneburger Heide zum Beispiel sind an Stelle des Torfsumpfes und öder Sandstrecken zum Teil schon stämmige Forstbestände getreten. Durch weitere Aufforstung der deutschen Ödländer (Moorwiesen, kahle Höhenzüge usw.) könnten die gewaltigen Summen, die für Holz und Holzwaren alljährlich dem Auslande gezahlt werden mußten (über $\frac{1}{4}$ Milliarde M), nicht wenig herabgesetzt werden, obwohl allerdings die völlige Deckung des Bedarfs unseres Großgewerbes im Inlande kaum zu erwarten steht. Schöne Fortschritte macht auch die Bearbeitung und Pflege der südbayrischen „Moose“. Zwar wurde geklagt, daß die Moorkolonien in Deutschland einen weniger guten Fortgang genommen als von Anfang an in Holland. Jede Ansiedlung unter schwierigen Wirtschaftsverhältnissen (so auch in überseeischen Gebieten, z. B. Brasilien) setzt den Besitz eines genügenden Reservekapitals voraus. In den ersten Jahren ist wenig auf Ertrag zu rechnen. Für die landwirtschaftliche Moorkultur sind überdies nicht un-

¹ Die Tabelle bei Eckert, Handelsgeographie I 65. Die Zahlen sind oben nach Eckert gegeben. Ernst Friedrich (Allgemeine und spezielle Wirtschaftsgeographie², 1907) hat zum Teil (1902) andere Zahlen, z. B. für Wald in Norwegen 24%, in Schweden 48% der Fläche; für Ackerland in Norwegen 2,1%, in Schweden 8,5%. In Rumänien entfallen (1902) nach Friedrich 45,5% der Fläche auf Ackerland, 4,7% auf Wiesenland, 1,1% (1904: 0,8%) auf Weinland, 20,6% auf Wald. Der Rest ist unkultiviert. In Serbien wurden nach Friedrich 1902 etwa 25% des Bodens beackert, 32% waren noch mit Wald bestanden usw. In Preußen waren 1911 noch 10,2% Öd- und Unland vorhanden, davon 6,4% (2241 400 ha) Moorboden. Während der Kriegszeit ging man ernstlich an die Kultivierung des Öd- und Unlandes heran.

² Ein großartiges Beispiel der Gewinnung von Kulturland durch Be- und Entwässerung in den Vereinigten Staaten vgl. J. Wolfs Zeitschrift für Sozialwissenschaft X (1907) 572 f.

bedeutende Anlagekapitalien erforderlich. Auch stellt erst eine Fläche von 5 ha auf Torfmoor das Mindestmaß eines lebensfähigen landwirtschaftlichen Betriebes dar. Bleibt der Betrieb unter dieser Größe, dann wird Nebenverdienst nötig, und darunter leidet die Bodenkultur¹, das schöne Werk friedlicher Eroberung neuer Gebiete für die Ernährung des Volkes.

Nur kurz sei hingewiesen auf die Erweiterung des Territoriums durch *politische Eroberung*. Der für die wirtschaftliche Entwicklung bedeutsame Zusammenschluß zu großen europäischen Staatswesen zum Beispiel des französischen, englischen, preußischen, italienischen Staates, des Deutschen Reiches, war mehr oder minder die Frucht erobernder Tätigkeit. Auch die Ausdehnung des alten russischen Reiches über die ursprüngliche Westgrenze hinaus erfolgte lediglich auf dem Wege der Eroberung².

94. **Äußere Kolonisation**³ besagt weit mehr als bloße Eroberung. Die Germanen, die das alte Römerreich niederwarfen, waren Eroberer, keine Kolonisatoren. Die Normannen in Nordfrankreich, Unteritalien, Britannien traten als Eroberer auf; für Island, Lappland, Finnland werden ihnen auch kolonisatorische Erfolge zugeschrieben. Andererseits gehört zu kolonialen Bestrebungen allerdings ein gewisser Vorrang, eine gewisse machtvolle Überlegenheit. Gerade die kräftigsten und besonders wirtschaftlich hochstehenden Völker haben von alters her durch kolonisatorische Tätigkeit sich ausgezeichnet; so die alten Phönizier, die Ägypter, welche in Griechenland eine neue Heimstätte der Kultur gründeten, die griechischen Republiken, die an allen Küsten des Mittelmeeres Niederlassungen hatten. Noch bis auf den heutigen Tag finden sich in zahlreichen Städten Mittel- und Südeuropas Überbleibsel der römischen Militärkolonien. Fast alle romanischen und germanischen Staatsschöpfungen des Mittelalters, die im Anschluß an die Völkerwanderung entstanden, erscheinen gewissermaßen als koloniale Bildungen. Die Kreuzzüge und die Kämpfe des Islams verknüpfen sich mit kolonisatorischen Bestrebungen. Durch Grenzkolonien wurde der Nordosten Deutschlands den Slawen abgenommen. Die deutsche Hanse wie die italienischen Städterepubliken übten in weitem Umfange kolonisatorische Tätigkeit. Kaum gab es auch vor dem Weltkriege ein mächtiges und tüchtiges Volk in Europa, das nicht mehr oder minder Kolonisationspolitik trieb oder zu betreiben sich bestrebte.

Aber es war niemals die bloße Überlegenheit der brutalen Macht, sondern eine Überlegenheit in höherer Sphäre, die zur aktiven Kolonisation

¹ Vgl. darüber Sering, Moorkolonisation, in Elsters Wörterbuch der Volkswirtschaftslehre II³ 398 ff. Wismüller, Die bayrische Moorkolonie Großkarolinenfeld (1906). Ders., Geschichte der Moorkultur in Bayern (1909).

² Dietrich Schäfer, Kolonialgeschichte (1903) 11 f. (*1906).

³ Vgl. G. Zoepfl, Kolonien und Kolonialpolitik, im Handw. der Staatsw. V³ 921 ff., mit reichster Literaturangabe (1032 ff.). Ebenso Kolonien und Kolonialpolitik im Wörterbuch der Volkswirtschaft (bearbeitet von Köbner und Hans Wolff) II⁸ 62 ff.

befähigte. Erscheint ja doch die Kolonisation in der Geschichte als fortgesetzte, immer weiter ausgreifende Verbreitung der Kultur über den Erdkreis, als immer umfassendere Unterwerfung des Erdenrundes unter die Herrschaft des Menschen, als ein Vordringen der Kulturnationen in die weniger entwickelten Gebiete, die vielleicht noch kaum klare und feste Grenzen und Formen staatlicher und kultureller Einheit aufweisen. In ihrer geschichtlichen Aufgabe liegt die innere Rechtfertigung der Kolonisation an sich, freilich nicht der tatsächlichen Ziele und des wirklichen Verfahrens so mancher Conquistadores älteren und neueren Datums.

Nächste äußere Veranlassung zur Kolonisation waren namentlich im Altertum nicht selten politische Bewegungen. Wirklich oder vermeintlich Unterdrückte, mit den politischen Verhältnissen Unzufriedene suchten in geschlossener Schar — wie es damals nicht anders möglich war — zunächst eine neue, Recht und Freiheit garantierende, wenigstens ihren Wünschen besser entsprechende Heimat zu gewinnen. So entstand Karthago, durch Phönizier gegründet, wanderten Thessalier und Böötier über das Ägäische Meer nach Lesbos und von dort in den nördlichsten Teil der Westküste Kleinasiens, wo sie als „Äoler“ auftraten, kamen aus Attika, Euböa, den nördlichen und nordöstlichen Landschaften des Peloponnes, Achaia und Argolis die „Ionier“ und gründeten auf der kleinasiatischen Küste die „zwölf ionischen Städte“, besiedelten Dorier den südlichen Teil der Ost- und den östlichen Teil der Südwestküste Siziliens usw. Auch die Auswanderungen englischer Republikaner in der Zeit der Stuarts, englischer Monarchisten in den Tagen Cromwells können als Beispiele gelten, wie politische Gründe den Anlaß zur Kolonisation geboten haben. — Alsdann waren es zuweilen religiöse Gründe, die Teile eines Volkes in die Fremde trieben. So entstanden in Nordamerika Niederlassungen katholischer und puritanischer Engländer: nach der Aufhebung des Ediktes von Nantes ließen französische Hugenotten in größerer Zahl sich in Deutschland nieder. Auch religiöse Motive beherrschten die Ritter des Deutschen Ordens bei der Kolonisierung des wald- und seenreichen Landes von der Weichsel bis zur Memel, welches die heidnischen Preußen bewohnten, leiteten den Orden der Schwertbrüder bei der Kolonisierung Livlands. Viel erhabener und reiner wirkt das religiöse Motiv aber heute noch in der kolonisationsarbeit der christlichen Missionäre weithin über die Erde in allen heidnischen Gebieten¹. — Am häufigsten trieben schließlich wirtschaftliche Gründe zur Kolonisation an, eine gewisse Beengung der Lebensverhältnisse in der Heimat, der Mangel an anbaufähigem Boden, relative Übervölkerung, in der neuen Zeit nament-

¹ H. Koch, Gedanken zur Kolonialpolitik, in Stimmen aus Maria-Laach LXXI 1 (1906), 4. Für die spanische Kolonialpolitik ist das spanische Kolonialgesetzbuch (Leyes de los Reynos de las Indias) zu berücksichtigen. Supan stellt die wirtschaftlichen Zwecke der Kolonisation einseitig in den Vordergrund; er findet das Ideal mehr in der britischen Kolonisation.

lich auch die Ansammlung starker Kapitalkräfte, für die eine lohnende Verwendung gesucht wird.

Wir haben von „Kolonisation“ gesprochen, bevor wir den Begriff „Kolonie“ feststellten. Die kolonialen Eigentümlichkeiten lassen sich nach Wilhelm Roscher¹ auf zwei Hauptpunkte zurückführen: 1. daß ein mehr oder weniger altes Volk ein mehr oder weniger junges Land in Besitz nimmt; 2. daß ein Teil des Volkes sich vom Ganzen ablöst. Altes Volk, junges Land, Ablösung eines Teiles des Volkes vom Ganzen, das wären also die für den Begriff einer Kolonie charakteristischen Elemente. Es braucht nun freilich nicht immer ein großer Teil zu sein, der sich zum Zweck eigentlicher Besiedlung des neuen Landes von dem alten Volke ablöst. Manchmal sind es nur kleinere Gruppen, die als Pioniere der Kultur in dem jungen Lande auftreten, oder auch einzelne Männer mit großem Wagemut, ausgezeichnet durch Kühnheit und alles besiegende Beharrlichkeit. Immer aber wird vorausgesetzt, daß die vom Volksganzen abgelösten Teile durch Bewahrung ihrer nationalen Art, vielleicht noch durch wirtschaftliche Beziehungen, eventuell inmitten fremden Volkstums, den Zusammenhang mit der Heimat und insofern eine gewisse Abhängigkeit vom Mutterlande bewahren. Doch gehört zum Begriff der Kolonie nicht notwendig die politische Abhängigkeit des jungen, von den Kolonisten in Besitz und Pflege genommenen Landes. Wir sprechen heute zum Beispiel ohne Bedenken mit Freude von jenen wohlbestellten deutschen „Kolonien“ im brasilianischen Rio Grande do Sul. Nur wo die Kolonisation von der politischen Gewalt des alten Landes ausgeht, wird das junge Land auch regelmäßig unmittelbar der politischen Machtsphäre des Mutterlandes unterstellt².

Der Begriff einer Kolonie in streng wissenschaftlicher Definition ist mit dem Gesagten noch nicht erbracht. Schäfer³ meint, er sei so, wie

¹ Kolonien, Kolonialpolitik und Auswanderung² (1856) 1 (3. Aufl. 1885). Über ähnliche und andere Auffassungen bei älteren Schriftstellern berichtet Alfred Zimmermann. Kolonialpolitik, in Frankensteins Hand- und Lehrbuch (1905) 1. F. Bacon sagte: „I may justly account new plantations to be children of former kingdoms.“ Grivel schreibt in der *Encyclopédie méthodique, Jurisprudence* (1783): „Colonie: on entend par ce mot le transport d'un peuple ou d'une partie d'un peuple d'un pays à un autre.“ In der Abteilung *Économie politique* definiert er: „Colonie: transmigration d'un peuple ou d'une partie d'un peuple d'un pays à un autre, pour s'y établir à demeurer, à l'aide de l'agriculture.“ Nach J. B. Say (*Traité d'économie politique* [1803] ch. 28) sind Kolonien „des établissements formés dans des pays lointains par une nation plus ancienne, qu'on nomme la Métropole“. In den 1823 veröffentlichten *Essays* bekämpft James Mill die Auffassung, eine Kolonie sei nur „a body of people drawn from the mother country to inhabit some distant place“. Ihm zufolge ist die Abhängigkeit vom Mutterlande das Wesentliche. Außerhalb des Mutterlandes dauernd in Besitz genommene Gebiete gelten ihm als Kolonien. Roebuck (*Colonies of England* [1849]) nennt Kolonien nur Gebiete mit vielem verfügbarem Lande, die von Europa aus besiedelt wurden und mit einem Mutterlande in regelmäßiger Verbindung stehen.

² H. Koch a. a. O. 2 f.

³ Kolonialgeschichte 14.

ihn die Kolonialgeschichte zu fassen habe, mit völliger Sicherheit und in fest, umschriebener Begrenzung überhaupt nicht klarzustellen: Und in der Tat war und ist der kausale und teleologische Gesichtspunkt, unter welchem die älteren und neueren Kolonialtheoretiker ihren Gegenstand behandeln, sehr verschieden. Nach Heinrich Koch¹ sind „die Kolonien im weitesten Sinne: vom Mutterlande getrennte, in irgendwelcher Form abhängige Gebiete, welche einem Teile der mutterländischen Bevölkerung eine neue Tätigkeit eröffnen, sei diese nun eine Siedlungs- oder bloße Kultivationsstätigkeit“. Doch möchten wir noch hinzufügen, daß diese Gebiete zugleich auch für sich oder ihre Bevölkerung zur Teilnahme an der älteren und höheren Kultur des Mutterlandes berufen werden.

Das entspricht übrigens durchaus der eigenen Auffassung Kochs, wenn er sagt: „Politisch ist die Kolonisation gleichbedeutend mit einer Erweiterung und Stärkung der ursprünglichen Machtsphäre. Wirtschaftlich ist sie einerseits der Ausdruck und Widerhall heimischen Unternehmungsgeistes und Fleißes, anderseits eine Bereicherung des Mutterlandes durch Einführung neuer Produkte und Eröffnung neuer Absatzmärkte. Ethnologisch wird durch die Kolonie eine breitere Basis gewonnen für die Ausdehnung des eigenen Volkes, nationale Bedeutung und nationaler Einfluß wird gestärkt. Von kulturellem Gesichtspunkte endlich erblicken wir in der Kolonisation einen willkommenen Anlaß, die alte Kultur des Mutterlandes auch andern mitzuteilen, wertvolle Kulturgüter den niedrigstehenden Naturvölkern zu vermitteln und vor allem das höchste Kulturgut, den christlichen Glauben, ihnen zu bringen.“

Bereits James Mill hatte in der „Encyclopaedia Britannica“ (1823) auf den wesentlichen Unterschied aufmerksam gemacht, der zwischen Kolonien besteht, für welche die Besiedlung oder die Ausbeutung des Landes die Hauptsache sei. Namentlich aber durch Hübbe-Schleiden² wurde die Unterscheidung zwischen Kolonisation und Kultivation, die Einteilung der Kolonien in Siedlungskolonien und bloße Kultivationsgebiete in der Wissenschaft eingebürgert. Eine Siedlungskolonie oder Kolonie im engeren Sinne ist ein solches auswärtiges Wirtschaftsgebiet einer Nation, nach welchem dieselbe nicht nur Teile ihres Kapitals und ihrer Intelligenz überträgt, sondern wo sie vor allem auch ihre eigene Nationalität als einheimische Bevölkerung ansiedeln kann. Kultivalländer dagegen sind solche, die von einer Nation zwar dauernd besessen, für die Kultur eröffnet und als Wirtschaftsgebiet zum Vorteil des Mutterlandes benutzt werden können, die aber, sei es des Klimas, sei es der zahlreichen einheimischen Bevölkerung wegen, eine dauernde Niederlassung fremder Arbeitskräfte nicht oder relativ wenig gestatten³.

¹ In Stimmen aus Maria-Laach LXX 1, 5.

² Überseeische Politik I und II (1881—1883).

³ Wenn in der Kolonialwirtschaft „Kolonisation“ die vom Mutterlande aus geleitete technische, administrative Arbeit, „Kultivation“ aber die Arbeit der Kolonisten selbst genannt wird, so geht diese Unterscheidung von einem andern Gesichtspunkte aus.

Man unterscheidet ferner Ackerbaukolonien und Handelskolonien. Die Ackerbaukolonien (Bergbaukolonien) entwickeln sich entweder zu einem besondern Ableger des Mutterstammes, indem durch Rodung fruchtbares Ackerland für eine sesshafte, aus dem Mutterlande einströmende Bevölkerung gewonnen wird; oder es handelt sich bloß um Pflanzungskolonien (Plantagenkolonien), in welchen die Bestellungsarbeiten ausschließlich durch eine einheimische, an die klimatischen Verhältnisse gewöhnte Bevölkerung vollzogen werden und bloß die Leitung dieser Arbeiten in den Händen europäischer Pflanzer bleibt. In unsern deutschen, jetzt verlorenen Kolonien zum Beispiel erlaubten die klimatischen Verhältnisse für deutsche Kolonisten wenigstens durchgängig nur die Leitung des Pflanzungsackerbaues der Eingebornen. Handelskolonien sind solche, die bloß den Austausch von industriellen Produkten der Heimat mit Erzeugnissen der Kolonien gestatten. Auch die Zwischenstationen für den Handel zwischen der Kolonialmacht und fremden Gebieten können den Handelskolonien beigezählt werden.

Um von einer Kolonie im rechtlichen Sinne zu reden, ist nach Karl v. Stengel eine staatsrechtliche oder völkerrechtliche Abhängigkeit vom Mutterlande erforderlich. Gebiete, in welchen eine vollkommen selbständige Staatsgewalt besteht, mögen, wie z. B. Nordamerika oder Brasilien, im ethnographischen Sinne noch als Kolonien bezeichnet werden, im rechtlichen sind sie es nicht mehr. Die Kolonien im rechtlichen Sinne zerfallen nun in drei Gruppen: a) Die eigentlichen Kolonien im engsten Sinne sind überseeische Provinzen eines europäischen Staates. Völkerrechtlich erscheinen sie als Bestandteile des Mutterlandes. b) Protektionsländer sind überseeische Gebiete mit staatlicher Organisation, die jedoch unter der Schutzherrschaft eines europäischen Staates stehen, wie z. B. die französischen Kolonien Tongking und Tunis und die englischen und holländischen Vasallenstaaten in Indien. Die deutschen sog. „Schutzgebiete“ durften als Kolonien im eigentlichen Sinne gelten, soweit in denselben jede selbständige staatliche Organisation fehlte. c) Bei den Interessen- oder Machtsphären handelt es sich um Gebiete, welche zwar noch nicht okkupiert sind, aber durch Vereinbarungen zwischen Kolonialmächten der kolonialen Erwerbung oder der Protektoratsausübung seitens bestimmter Kolonialmächte vorbehalten bleiben.

Erwähnen wir noch folgende Einteilung der überseeischen Besitzungen, wie sie, mit Unterabteilungen versehen, von Hübbe-Schleiden für zweckmäßig gehalten wurde.

A. Stationen (abhängig): 1. Marinedepots. Beispiele: St. Helena (britisch), Gabon (französisch). 2. Militärstationen. Beispiele: Gibraltar, Malta, Aden, Perim.

B. Kolonien: 3. Dependenz (abhängig): Neufundland, Algerien, Kaledonien, Loanda. 4. Konföderierte Kolonien (selbständig): Kanada, Australien, Kapland. 5. Emanzipierte Kolonialländer (unabhängig): Vereinigte Staaten, Argentinien, Chile.

C. Kultivationen: 6. Handels- und Pflanzungsniederlassungen (abhängig): z. B. Westindien, Guayana, Senegambien, Britisch-Westafrika, Mauritius, Réunion, Singapur, Hongkong, Fidschi, Samoa. 7. Nationaldomänen: a) abhängige: z. B. Cey-

lon, Java; b) selbständige: Britisch-Indien. 8. Emanzipierte Kultivalländer (unabhängig): Mexiko, Brasilien, Peru ¹.

Der Gesichtspunkt, unter welchem die Kolonien für uns an dieser Stelle in Betracht kommen, ist lediglich ein wirtschaftlicher, volkswirtschaftlicher, und zwar ein territorialer, noch nicht der populationistische. Überall bleibt die menschliche Arbeit abhängig vom Naturfaktor, nicht bloß wo es sich um Beschaffung von Nahrungsmitteln handelt. Auch die gewerblichen Erzeugnisse enthalten Bodenprodukte. Nehmen wir nun ein Land mit industriestaatlicher Entwicklung. Für die Ernährung seiner wachsenden Bevölkerung ist es auf die Weltwirtschaft angewiesen. Die Produkte des heimatlichen Bodens genügen dafür nicht. Vom Auslande müssen die Nahrungsmittel zum Teil bezogen, ausländische Rohstoffe herbeigeschafft, in der Gestalt von Fabrikaten wieder hinausgesendet werden, um dafür neue fremdländische Erzeugnisse einzutauschen. Welche Bedeutung gewinnt da unter Umständen der sichere Besitz, mindestens die ungestörte Zugänglichkeit solcher Gebiete, die die unentbehrlichen Mittel zur Ernährung oder die erforderlichen Vorräte von Rohstoffen zur Verarbeitung darzubieten imstande sind. Das kann zur Lebensfrage eines Volkes werden, welches ohne kolonialen Besitz jener Mittel und Vorräte entbehren müßte. Ganz besonders in den früheren Jahrhunderten konnte darum der Erwerb auswärtiger Kolonien als unerläßliche Bedingung wirtschaftlicher und politischer Blüte, machtvoller Entwicklung gelten. Für Macaulay ist die Geschichte Englands seit dem 17. Jahrhundert nahezu gleichbedeutend mit dessen kolonialer Arbeit. Aus dieser vor allem sind dem britischen Reiche Macht und Güterfülle erwachsen: „Es ist hier meine Absicht“, so beginnt Macaulay sein berühmtes Geschichtswerk, „darzustellen, wie die riesige Ausdehnung unseres Handels uns zu einer Weltmachtstellung erhob, im Vergleich zu der alle andern Mächte fast in Unbedeutendheit versanken; wie die Kolonisation unseres Volkes in Amerika viel mächtiger noch und reicher sich gestaltete als selbst die überreichen Machtgebiete, über welche Cortez und Pizarro einst die Herrschaft Karls V. ausdehnten, und wie wir in Asien ein Reich gründeten, großartiger noch und von längerer Dauer als einst das Weltreich Alex-

¹ Die Einteilungen sind natürlich verschieden, je nachdem man von historischen, wirtschaftlichen, ethnographischen, sozialen, technischen Gesichtspunkten ausgeht. Wir begnügen uns hier mit der Wiedergabe der oben angeführten. Roscher spricht in seinem Buche über Kolonien (3. Aufl. 1885) außer von Ackerbau- und Pflanzungskolonien noch von „Eroberungskolonien“, wo die Ansiedler weniger durch eigene Produktion, sondern durch Ausbeutung der Eingebornen vermöge der politischen und militärischen Macht Vorteile für sich erstreben. v. Schöffles verwickelte Klassifikation vgl. in der Tübinger Zeitschrift für Staatswissenschaft XLII 625 ff.; XLIII 123 ff. 343 ff.; XLIV 59 ff. 263 ff. Zum Ganzen vgl. die ausführliche Abhandlung: Kolonien und Kolonialpolitik von Ernst Hasse im Handwörterbuch der Staatswissenschaften V² und Zoepfl in V³.

anders“¹ Stolze Worte, aber Worte, die in der Tat geeignet sind, die Bedeutung der älteren Kolonisation ins rechte Licht zu setzen. Ernst v. Halle² sieht in dem „kolonialen Drang einen kategorischen Imperativ der staatsschöpferischen Kräfte bei allen aufstrebenden Völkern“. Er meint darum: „Das deutsche Streben nach kolonialer Entwicklung sei ein naturgemäßes Produkt des geschichtlichen Werdeganges.“ Der „kategorische Imperativ“ dürfte freilich in der uns beschäftigenden Frage noch weniger Bedeutung haben als in der Philosophie. Jedenfalls findet er in den gegebenen äußeren Verhältnissen unserer Entwicklungsstufe, in den Verkehrs- und Wirtschaftsverhältnissen, leider auch in dem kategorischen Imperativ von anderer Seite, seine Schranke. Die Erfahrung hat es gezeigt. An Stelle einer vom kategorischen Imperativ beherrschten Kolonialpolitik dürfte sich gerade hier eher maßvolle Klugheit empfehlen. Eine kluge Kolonialpolitik aber wird zweierlei berücksichtigen müssen: einmal die Frage, in welchem Maße die Beschaffung von Rohstoffen und der Absatz der heimischen Produkte auch heute noch an kolonialen Besitz gebunden sei, sodann welche Gebiete hierfür eventuell heute in Betracht kommen könnten, und welchen Wert für die wirtschaftliche Entwicklung der Besitz solcher Gebiete haben würde im Verhältnis zu den Opfern, die ihr Erwerb, ihre Behauptung erfordern dürften. Hoffen wir, daß solche Erwägungen auch wieder einmal für uns Deutsche praktische Bedeutung erlangen.

Die Ziele der Kolonialpolitik in Erwerbung von Kolonien werden von Julius Wolf³ in folgender Weise zusammengefaßt: Diese Politik kann gerichtet sein 1. auf die Gewinnung von Schätzen (Mineralschätzen, andern „kostbaren Stoffen“, vgl. Ostindien, Mexiko, Peru); 2. auf die Gewinnung von Grund und Boden zur regelmäßigen Bewirtschaftung, sei es als Menschen- oder als Kapitalverwendungsgelegenheit; 3. auf die Gewinnung von Arbeitern für das Kapital (vgl. den Negerhandel früherer Zeiten); 4. auf die Gewinnung von Kolonialprodukten durch Kauf zum Zweck des Wiederverkaufs mit hohem Profit; endlich 5. zur Gewinnung von „Märkten“ für nicht koloniale Produkte. Einzelne dieser Zwecke fielen vor dem Weltkriege weg, andere traten zurück, namentlich auch durch die Zugänglichkeit fast aller fremden Länder für Kapital und bei der ausgedehnten Zugänglichkeit fremder, d. i. nicht kolonialer Märkte. „Weitere Aufgaben können ihr (der Kolonialpolitik) erwachsen in der Unabhängigmachung des eigenen Landes von fremden Staaten für den Bezug von Roh- und Hilfsstoffen, insbesondere wo die andern sonst das Monopol derselben haben, weiter in politischen Momenten.... Die vornehmlichste Aufgabe der Kolonien in unserer Zeit, nach welcher sich ihr Wert entscheidet, bleibt aber... die Erweiterung des ‚inneren Marktes‘, die sie

¹ Molesworth, Cobden u. a. sahen in den Kolonien nur „Mühlsteine am Halse der Nation“. Ihnen gegenüber verteidigte Danson (1849) den Wert der Kolonien für das Mutterland.

² Die großen Epochen der neuzeitlichen Kolonialgeschichte, in Koloniale Abhandlungen Heft 7.

³ Nationalökonomie als exakte Wissenschaft (1908) 195 f., § 264.

bieten, sei es a) durch die Kaufkraft der eingeborenen Bevölkerung, sei es b) durch die landwirtschaftliche und sonstige Produktion, die sie für Rechnung anderer als der Eingeborenen gestatten. Der Wert moderner Kolonialpolitik wird insbesondere in Rücksicht auf diese Möglichkeit zu bemessen sein.“

Wir brauchen kaum hervorzuheben, daß der Begriff des „colere“, der im Worte „Kolonie“ zum Ausdruck gelangt, keinen bloß materiellen Inhalt hat. Eben-
 darum ist auch die Ansicht derjenigen zurückzuweisen, die in der darwinistischen Lehre von der natürlichen Zuchtwahl eine Rechtfertigung der Kolonisation erblicken und dieser Rechtfertigung entsprechend dann wohl auch die Art der Kolonisation gestalten möchten. Sie sagen: „Ein Volk kolonisiert um seiner selbst willen, gestützt auf das natürliche Recht des Lebenskräftigeren, sich zu entwickeln und auszudehnen auf Kosten des weniger Lebenskräftigen.“ So könnte schließlich jeder Raub und jede Gewalttat gerechtfertigt werden.

In Gegenden, wo kein geordnetes Staatswesen besteht und der Boden zum großen Teil noch als herrenloses Land unkultiviert bleibt, wird die Kultivierung des Volkes und Landes als höchster Zweck den Kolonialerwerb rechtfertigen können. Dabei ist der Vorteil des kolonisierenden Staates, die Förderung der weißen Kolonisation usw., keineswegs ausgeschlossen, sondern als unmittelbarer, näherer Zweck ganz selbstverständlich.

Der lang im englischen Kolonialamte beschäftigte Merivale verlangt in seinen „Lectures“¹ von jeder Kolonialmacht die Einrichtung besonderer Behörden zum Schutze der Eingeborenen, deren Angelegenheiten allgemein der Einwirkung der Kolonisten zu entziehen und dem Mutterlande zu unterstellen seien. Auch P. Leroy-Beaulieu fordert in seiner „Colonisation“² möglichste Schonung³ der Eingeborenen und die nur allmähliche Umbildung ihrer Sitten und Gebräuche, soweit dies notwendig. Dazu hilft aber nicht Gewalt, sondern auf die Dauer nur die geduldige und liebevolle Erziehung durch die Mission⁴.

¹ 2. Aufl. 1861. Merivale hält von dem sonst empfohlenen System der „Reservate“ nicht viel. „Das Reservat ist ein größeres Gebiet, das den Eingebornen vorbehalten bleibt, in dem, auch wenn es fortan nicht mehr als Eigentum der Eingebornen anerkannt werden sollte, sich am ehesten in höherem oder geringerem Grade eine gewisse Selbstständigkeit der Eingebornen wieder entwickeln würde. Die Lokation ist eine Niederlassung von Eingebornen in der Nähe eines größeren, von Weißen bewohnten Platzes, die schon wegen der räumlichen Beschränkung die Eingebornen zwingt, zur Gewinnung des Lebensunterhaltes Arbeit bei den Weißen zu suchen, die ferner ebenfalls dank der räumlichen Verhältnisse eine beständige Beaufsichtigung der Eingebornen durch staatliche Organe in viel höherem Grade ermöglicht, als dies beim Reservat der Fall ist.“ Vgl. M. J. Bonn, Siedlungsfragen und Eingebornenpolitik, im Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik XXVIII (1909) 654 ff.

² De la colonisation chez les peuples modernes. Zuerst 1874, neue Aufl. 1902.

³ Das gilt auch für andere Voraussetzungen und Verhältnisse. Die größte Kolonialmacht aller Zeiten hat versagt, als es sich darum handelte, das benachbarte Irland zu „kolonisieren“. Und warum konnte es nicht gelingen? Weil man dort eine englische und nicht eine irische Zivilisation schaffen wollte. Dazu hätte man die Einwohner zu Sklaven machen oder gänzlich ausrotten müssen. Beides aber war unmöglich. (Vgl. M. J. Bonn, Die englische Kolonisation in Irland [1906]). Die Anwendung liegt nahe!

⁴ Ludwig Windthorst verteidigte diesen Standpunkt in der Reichstagssitzung vom 28. November 1885: „Eine Bedingung jeder Kolonisation wird es bleiben, daß das

Schließlich sei noch der

95. Wirtschaftlichen Zusammenfassung größerer Gebiete gedacht, wobei bisher durch Verkehrsgrenzen getrennte Landesteile oder selbständige Territorien zu handelspolitischen Einheiten verbunden werden. Die politische Einheit ist nicht immer mit der handelspolitischen Einheit zusammengefallen¹. Schottland und England waren seit 1603 politisch verbunden. Die Zolleinigung fand erst 1707 statt und der Anschluß Irlands nicht vor 1800. Für Nordfrankreich, wo der König frei gebot, konnte Colbert seine Tarife von 1664 und 1667 zur Geltung bringen. Die Grenzprovinzen, der Süden, wo die ständische Vertretung sich behauptete, die Gascogne, Languedoc, die Provence, bewahrten eine handelspolitische Sonderstellung. Elsaß und Lothringen erfuhren mit den Freihäfen die gleiche Behandlung wie das Ausland. Mit dem 1. Dezember 1790 gelangte Frankreich zur vollen Zolleinheit. In der nordamerikanischen Union bestanden zwischen den einzelnen Staaten Verkehrsbeschränkungen bis zur neuen Verfassung von 1789. In Deutschland bereitete die handelspolitische Einigung, für welche ein Friedrich List² und der badische Staatsmann Nebenius mit allem Nachdruck eingetreten, die politische Einigung vor. Nachdem zwischen verschiedenen Staaten bereits früher Zollverträge abgeschlossen waren, kam es zu dem umfassenderen Deutschen Zollverein (1. Januar 1834, mit Anschluß Luxemburgs seit 1842). Deutschland mit Luxemburg bildete bis zum Friedensschluß nach dem Weltkriege ein großes, leistungsfähiges Gebiet mit gemeinsamem inneren Markte, für handelspolitische Aktionen nach außen hin eine achtungsgebietende einheitliche Macht, die Vorteile bieten, darum aber auch reale Vorteile fordern konnte. Die agrar-industriestaatliche Entwicklung stellte unserer auswärtigen Handelspolitik periodisch immer wieder von neuem die bedeutsame und schwierige Aufgabe, durch Handelsverträge uns die Absatzmärkte und Bezugsländer³ im rechten Maße offen zu halten, wenn nicht unsere Volkswirtschaft Krisen oder selbst Katastrophen entgegengeführt werden sollte. Der Weltkrieg hat Luxemburg von Deutschland getrennt, unser Vaterland verstümmelt und seiner Kolonien beraubt. —

Wir werden im vierten Bande die wirtschaftsgeographischen Betrachtungen im Hinblick auf die wichtigsten Länder vervollständigen. Jetzt nur noch einige theoretisch und praktisch bedeutsame Folgerungen.

Missionswesen ganz und voll hergestellt wird; denn wir werden doch nicht die Eingebornen nach dem Beispiel anderer Völker niederschießen oder ausrotten; wir werden sie zivilisieren, wir werden sie zu uns herangewöhnen und zu wirklichen Menschen erziehen wollen.“

¹ Heinrich Sieveking, *Auswärtige Handelspolitik* (1905) 37 ff.

² List verglich Deutschland vor der nationalwirtschaftlichen Einigung mit dem menschlichen Körper, „dem jedes Glied unterbunden wird, damit das Blut ja nicht in ein anderes überfließe“.

³ Vgl. Adam Smith, *Wealth of Nations* book 1, chap. 3.

96. Die Relativität des Volkswohlstandsbegriffes, dem materiellen Inhalt des dadurch bezeichneten Zustandes nach, ergibt sich zunächst aus der großen Verschiedenheit der mannigfachen Stufen geschichtlicher Entwicklung bei den verschiedenen Völkern, somit aus dem Wechsel der Bedürfnisse bzw. der Befriedigungsmittel, der Ansprüche an das Leben, der Lebenshaltung, der Anschauungen über das, was als Luxus und Verschwendung zu gelten hat, oder aber was noch als innerhalb der Grenzen einer vernünftigen, wenn auch weitherzig bemessenen Bedürfnisbefriedigung gerechtfertigt erscheint. Gerade in letzterer Hinsicht zeigt selbst der Volkswohlstand der mittel- und westeuropäischen Kulturvölker in seiner konkreten Gestaltung immerhin noch mancherlei Besonderheiten des einzelnen Landes. Aber abgesehen von diesen Verschiedenheiten in der Höhe der geschichtlich erreichten Kulturstufe, der nationalen Prägung des Standard of Life u. dgl. erklärt die sehr verschiedene territoriale Ausstattung eine große Mannigfaltigkeit im Grade, Charakter, in der Weite oder Enge der Wohlstandsverhältnisse der Völker, wie es ja auch innerhalb desselben Volkes sehr verschiedene Grade des Wohlstandes der einzelnen Familien geben kann und gibt. Wo z. B. die äußere Natur vorerst bloß Hirtenvölkern und Nomaden Existenz gewährt, da hat der Begriff Volkswohlstand materiell einen andern Inhalt als in unsern modernen Industriestaaten. Für den Lappländer ist das Renntier der Inbegriff dessen, was ihn glücklich macht. Mit 76 verschiedenen Namen bezeichnet er sein Ren. Er besingt es in seinen Gedichten. Hat er 500 Stück, dann gilt er als wohlhabend; mit 800 Stück ist er ein reicher Mann; und danach bilden sich auch die Vorstellungen vom Wohlstande seines Stammes.

Es begreift sich also, warum der Nationalökonom, wenn er näher auf den Volkswohlstandsbegriff eingeht, bestimmte Voraussetzungen macht, auf konkrete Verhältnisse Bezug nimmt, — wie wir die Verhältnisse der heutigen Völker europäischer Kultur bei unsern Darlegungen überall voraussetzen. Nicht bloß die Charaktereigenschaften dieser Völker, ihre zum Teil freilich wiederum durch klimatische Verhältnisse bedingte größere Energie und Tatkraft haben sie in hervorragender Weise zu Trägern der materiellen Kulturentwicklung gemacht. Ihre höhere Kulturstufe führt sich vielmehr, wenn wir von Momenten idealer Art zunächst absehen, ganz wesentlich auch auf die wirtschaftsgeographische Ausstattung zurück, unter vielem andern zum Beispiel auf die von der äußeren Natur dargebotene „materielle Energie“ (Kohle) usw. Wo die äußere Natur gar zu karg ist, da bewegt sich ohne Schuld der Völker die materielle Entwicklung regelmäßig in minder glänzenden Bahnen.

Man nennt die Isländer ein „armes“ Volk. Früher wurden wohl auch die Schweizer ein „armes“ Volk genannt, wenigstens im Verhältnis zu dem „reichen“ Volke der Engländer, der Franzosen. Insofern damit lediglich auf die verschiedene territoriale Ausstattung hingewiesen

werden soll, mag die Charakterisierung als richtig gelten. Viel vermag aber ein tüchtiges Volk auch in ungünstigen Verhältnissen zu erreichen¹. Härtere Lebensbedingungen haben nicht selten Fleiß und Tatkraft geweckt, eine Anspannung der Kräfte bewirkt, die in reich ausgestatteten Ländern fehlt.

97. Die Abhängigkeit des Wohlstandes von der Kulturfläche des Bodens wird für alle Zukunft ihre Geltung und ebenso die Landwirtschaft immer ihre hohe Bedeutung bewahren. Phantasievolle Gelehrte haben schon von einer Herstellung der Nahrungsmittel aus den Urstoffen auf chemischem Wege gesprochen. Es wird jedenfalls noch sehr lange dauern, bis das gelingt. Und dann woher die Urstoffe nehmen? Von der Chemie, sagt Schäffle², haben wir für die Ernährung unseres Geschlechtes wohl wenig zu erwarten: „Die Chemie wird uns die Umwandlung minder wertvoller Tier- und Pflanzenstoffe in wertvollere, die Darstellung neuer, die bekannten an nützlichen Eigenschaften übertreffender Stoffe, niemals aber die Darstellung unserer Nahrungsmittel ohne Beihilfe der Lebenskraft lehren“, — von dem einen oder andern nährenden Medikament abgesehen.

Die Unterscheidung zwischen natürlichem und künstlichem Reichtum ist alt, schon von Aristoteles angewendet. Der mahnende Hinweis auf die hohe Bedeutung sowohl des einen wie des andern ist aber auch in unsern Tagen nicht überflüssig. Auf den künstlichen Reichtum verzichten wollen, hieße der gesunden Entwicklung die Wege verlegen. Aber nicht minder töricht wäre es, um des künstlichen Reichtums willen den natürlichen Reichtum zu vernachlässigen.

98. Verbesserung der territorialen Bedingungen durch den Menschen. Was ist der Mensch ohne die Erde? Sein ganzes Wirken auf wirtschaftlichem Felde bleibt Gewinn und Verwertung ihrer Güter, ihrer Kräfte. Überall bildet sie hier das Grundmaß menschlichen Schaffens. Was ist aber anderseits auch die Erde ohne den Menschen, ihre Krone, ihren König?

Die geographische Lage, die Polhöhe des Landes, die Formation des Bodens wird der Mensch niemals zu ändern imstande sein. Ebenso wenig kann menschliche Kraft und Arbeit jene Schranken durchbrechen, welche die von Gott der Natur verliehenen Gesetze seiner Einwirkung ziehen. Glaubt Karl von Rodbertus³, daß vermöge der Agrikulturchemie „schließlich die Schöpfung des Nahrungstoffes ebenso in der Gewalt der Gesellschaft liegen werde, wie es heute in ihrer Macht liegt, beliebige Tuchquantitäten zu liefern, wenn nur die nötigen Wollvorräte vorhanden sind“, so hat er eben durch Beifügung dieser letzteren

¹ Sismondi, Etudes I (Bruxelles 1837) 118 f., (Paris 1837) 172 f. H. Herkner Arbeiterfrage³ (1902) 68 ff.

² Politische Ökonomie I⁸ (1873) 119.

³ Zur Beleuchtung der sozialen Frage I (1875) 52.

Bedingungen unwillkürlich wiederum Grenzen der menschlichen Produktivkraft bezeichnet, welche eben nicht völlig in das freie Belieben des Menschen gestellt sind.

Obwohl jedoch Quantität und Qualität der Produkte nicht allein von der Arbeit des Menschen abhängen und eine unendliche Steigerung in das Reich der Utopien gehört, so darf anderseits der Einfluß der ordnenden, leitenden, veredelnden Kultur auf die tatsächlich gegebenen natürlichen und territorialen Verhältnisse keineswegs unterschätzt werden¹. Neben den natürlichen gibt es auch durch den Menschen geschaffene Grundlagen des Wirtschaftslebens. Der Mensch vermag durch rastlose Tätigkeit die Gunst des Territoriums ohne Zweifel sich mehr und mehr zunutze zu machen, dessen klimatische und sonstige Nachteile wenigstens in ihrer Wirkung zu mildern, das, was die Natur bietet, ja sogar deren eigene Fruchtbarkeit in staunenswertem Maße zu ergänzen, zu erweitern, zu erhöhen, zu vervollkommen. Man vergleiche nur die alte Germania des Tacitus mit dem späteren Deutschland in seiner Lieblichkeit und reichen Fruchtbarkeit. Es ist der Triumph des Menschen, der die Natur bezwungen, durch Rodung, Entsumpfung, Anpflanzung, durch kunstgerechte Bewässerung, durch geschickte Behandlung der Ackerkrume u. dgl. aus einer Wildnis fruchtbare Gefilde geschaffen hat.

„Stets sind die Länder das, was ihre Völker aus ihnen machen. Das Aussehen jener verkündet untrüglich den Grad der Werkthätigkeit dieser. Immer höher klimmt der Mensch empor, die Natur seiner Umgebung in seinen Dienst zu zwingen und seine Herrschaft ums ganze Erdenrund auszudehnen. Boden wie Wasser sind beide längst die Schemel seiner Macht, und sie werden es von Tag zu Tag mehr. Aus der mechanischen Kraft des Flußgefälles holen wir uns elektrisches Licht, Triebkraft für unsere Maschinen und übertragen sie vom Gebirge in die Niederung. Hier versetzen wir gewissermaßen Gebirge, dort tunnelieren wir sie; wir durchstechen Landengen und lassen in künstlich erschlossenem Wasserweg Meere sich verbinden, wo unser Verkehrsbedürfnis es erheischt. Ja wir lassen auf Schienen- wie Dampferlinien die irdischen Fernen in der Praxis mehr und mehr sich kürzen, wir heben sie völlig auf in der Telegraphie.“²

Wenn aber Plato meinte, nicht das Land habe sein Volk eigen, sondern das Volk sein Land, so werden die Wirtschaftsgeographen und Nationalökonomien unserer Tage, trotz der enormen Fortschritte, auf Grund erweiterter und vertiefter Erkenntnis doch wieder mehr geneigt sein, das Wechselverhältnis, die gegenseitige Bedingtheit von Mensch und Natur, Land und Volk schärfer zu betonen³.

¹ Cohn, Systematische Grundlegung 221 ff.

² Kirchhoff, Mensch und Erde (1905) 71.

³ Dem widerspricht nicht, daß ein Land Rohstoffe usw. aus dem Auslande bezieht und diese im Inlande verarbeitet. Zigaretten sind für Ägypten nächst der Baumwolle das wichtigste Exportprodukt. Und doch muß Ägypten alles für die Herstellung der Zigaretten Nötige: Tabak, Zigarettenpapier, Pappe, Blech, aus dem Auslande beziehen.

Sehr wahr urteilt diesbezüglich Gustav Schmoller¹: „Die methodische Wissenschaft erkennt heute das Neben- und Durcheinanderwirken der natürlichen und geistig-historischen Ursachen vollständig an; sie weiß, daß es sich um eine gegenseitige, komplizierte Beeinflussung und Abhängigkeit der Volkswirtschaft von der Natur und der Naturverhältnisse von der menschlichen Kultur und Technik handelt; sie weiß, daß sie bis heute das Maß dieser Einflüsse im einzelnen, die Tragweite der Detailursachen nicht ganz genau bestimmen kann. Aber gewisse grobe Umrisse der Tatsachen stehen fest: Wir wissen heute, daß die Ungunst der Natur am Pol und in der Sahara, in allen wasserarmen Gegenden und in den Hochgebirgen nie durch den Menschen ganz oder in der Hauptsache zu überwinden sei, soviel auch die Fortschritte der Technik leisten mögen; wir wissen, daß die von Natur reichen Böden des Südens leichter eine dichte Bevölkerung nähren und einen gewissen Wohlstand erzeugen als die kargeren des Nordens; wir wissen, daß fast alle höhere Kultur sich in der subtropischen und gemäßigten Zone und an gewissen begünstigten Örtlichkeiten derselben abspielte. Wir sind uns andererseits aber auch bewußt, daß das Vorhandensein günstiger wirtschaftlicher Naturbedingungen nie allein ihre Benutzung erklärt, daß die entsprechende geistige, moralische und technische Ausbildung der Menschen, die rechte soziale und politische Organisation immer hinzukommen muß, wenn auf besserem oder schlechterem Boden der Reichtum entstehen soll. Die Geschichte hat uns belehrt, daß zu große Erleichterung des wirtschaftlichen Lebens allzu rasch großen Wohlstand schaffen und unter Umständen die Kräfte rasch zur Erschlaffung bringen, eine gewisse Kargheit der Natur sie stählen kann; aber wir leugnen deshalb die günstige Lage Hollands und Englands und ihre großen natürlichen Vorzüge vor andern Ländern nicht. Wir sehen klar, daß die fortschreitende Technik in ungünstiger ausgestatteten Ländern einen gewissen Wohlstand herbeizuführen erlaubt, daß sie gewisse Unterschiede des Bodens und der natürlichen Ausstattung ausgleichen kann; wir erleben es immer mehr, daß die enormen Fortschritte des Verkehrs auch nach sehr kalten und sehr heißen Gegenden die dort mangelnden Güter bringen und so das wirtschaftliche Leben erleichtern können. Ob künftige Fortschritte der Technik noch ganz anders als heute die Ungunst der Natur da und dort aufzuheben vermögen, wissen wir nicht. Es ist wahrscheinlich, daß noch viel in dieser Richtung erreicht wird, aber es ist nicht denkbar, daß hierdurch die gegebenen natürlichen Grenzen aufgehoben werden; sie werden nur verschoben werden, aber doch stets das wirtschaftliche Leben der Völker beherrschen. Die reichen Völker saßen bis heute stets in mehr oder weniger begünstigter Natur-

Wir möchten aber deswegen, weil ein Land auch ausländische Mittel den eigenen hinzufügt, seine Entwicklungsfähigkeit nicht gerade in der Emanzipation von den eigenen natürlichen Produktionsbedingungen erblicken. Vgl. dagegen Grunzel, Der Irrtum über die Produktivkräfte, in Zeitschrift für Volkswirtschaft, Sozialpolitik und Verwaltung XX (1911) 471 ff. — Für Ruskin ist der einzige Wohlstand Leben; aller andere Wohlstand gilt ihm als Übelstand: „Ich kann mir sogar ein England vorstellen, das alle Gedanken an Besitz abschüttelt auf die Barbarenvölker, wo er erstanden, und das imstande ist, seine Söhne vorzuführen und zu sagen: Dies sind meine Schätze“ (Unto this Last [1862], Essay II, Schluß). Nach dieser kurzen Vorstellung würden die englischen Söhne doch alsbald von den Barbarenvölkern einen Rock sich erbitten müssen, wenn sie nicht frieren wollten.

¹ Grundriß I 138 f.

lage, und so wird es auch künftig bleiben. Aber sie erreichten Großes und Epochenmachendes stets nur, wenn und solange sie zugleich die Träger des moralisch-politischen und des technischen Fortschrittes waren. In dem Maße, als dieser zunahm, konnten sie über eine ungünstigere Naturlage Herr werden, und wirkte die größere Anstrengung zugleich fördernd auf ihren Wohlstand. So wurde es möglich, daß die höchste menschliche Kultur vom reicheren Südosten nach dem karger Nordwesten im Laufe der Geschichte rücken konnte.

„Daß alles höhere Menschenleben ein Sieg des Geistes über die Natur sei, das lehren uns also auch diese Ergebnisse. Aber sie zeigen uns ebenso, daß der Mensch stets ein Parasit der Erde bleibt, daß er sich nur an sie anschmiegen, ihre günstigsten Stellen suchend emporsteigen kann. Der Mensch löst sich mit höherer Kultur und Technik nicht von der Natur los, sondern verbindet sich inniger mit ihr, beherrscht sie, indem er sie versteht, aber auch ihren Gesetzen, ihren Schranken sich unterordnet.“

Mögen also die wirtschaftlich hochstehenden Nationen ihrer Fortschritte sich erfreuen, ohne über andere Völker sich stolz zu erheben —, was sie groß machte, ist nicht nur ihr Verdienst, sondern vor allem Gottes Gabe an die Menschen. Auf Gott weist alles hin, auch die Wissenschaft, der ein Mann wie Karl Ritter gerade „in ihrer tiefsten Auffassung“ durch den Hinweis auf Gott zu dienen überzeugt war¹. „Alle Wissenschaft“, so schrieb Ritter an H. Berghaus², „soviel man deren auch unter sich abgrenzen und bestimmen mag, ist dennoch in der tiefsten Tiefe nur eine, auf der alle andern beruhen: sie kann nur Lobgesang, nur der Hymnus des Geschöpfes an den Schöpfer sein.“³

¹ Karl Ritter, ein Lebensbild von G. Kramer (1870) 148.

² Ebd. 145 Anm.

³ Manche Folgerungen aus unsern wirtschaftsgeographischen Betrachtungen (bezüglich der „internationalen“ Arbeitseinteilung, im Hinblick ferner auf Imperialismus, Kontinentalismus, Internationalismus u. dgl.) werden im dritten bzw. vierten Bande behandelt.

Viertes Kapitel.

Volk und Volkswohlstand.

§ 1.

Bevölkerungsstand.

Literatur: Georg v. Mayr, Statistik und Gesellschaftslehre II (1897). — A. v. Fircks, Bevölkerungslehre und Bevölkerungspolitik, in Hand- und Lehrbuch der Staatswissenschaften von Franckenstein-Heckel (1898). — Die einschlägigen Artikel von Elster, Lexis, Inama, E. Meyer, Rauchberg im Handwörterbuch der Staatswissenschaften II³. — Die entsprechenden Aufsätze von Kämpfe, Neuwiem, J. P. Schneider im Staatslexikon der Görresgesellschaft I³ III³. — Die Artikel über Bevölkerungswesen von Mischler und Heß, über Auswanderung von Götsch, über Kolonisation von Köbner im Wörterbuch der Volkswirtschaft². — Ad. Wagner, Grundlegung der politischen Ökonomie I³, 2 (1893), 445—666. — Ders., Theoretische Sozialökonomik I (1907) 49—82. — Gustav Schmoller, Grundriß der allgemeinen Volkswirtschaftslehre I 133 ff. Die Siedlungs- und Wohnweise der gesellschaftlichen Gruppen; Stadt und Land 254—277. — Gustav Cohn, Grundlegung der Nationalökonomie, System I (1885) 213—256. — Eugen v. Philippovich, Grundriß der politischen Ökonomie I¹¹ (1916) 81 ff. — Joh. Conrad, Grundriß zum Studium der politischen Ökonomie II: Volkswirtschaftspolitik² (1902) 459 ff. — Kohl, Die Lage der Hauptstädte Europas (1874). — A. Hettner, Die Lage der menschlichen Ansiedlungen, in Zeitschrift für Geographie 1885. — Hitze, Abriss der Agrarfrage (1908). — Max Sering, Die Bedeutung der landwirtschaftlichen Bevölkerung, im Archiv des deutschen Sozialökonomik II. Abt. 1904. — Paul Mombert, Bevölkerungslehre, im Grundriß der Landwirtschaftslehre 1904. — R. Sohm, Die Entstehung der deutschen Städte (1890). — Werner Sombart, Moderner Kapitalismus II: Ursprung und Wesen der modernen Stadt (1902) 176—250. — Ders., Der Begriff der Stadt und das Wesen der Städtebildung, in Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik XXV (1907) 1—9. — Die Großstadt. Vorträge und Aufsätze zur Städteausstellung (Dresden) 1903 von K. Bücher, F. Ratzel, G. v. Mayr, H. Wäntig, G. Simmel, Th. Petermann, D. Schäfer. — R. Mielke, Das deutsche Dorf⁴ (1913). — Sigmund Schott, Die großstädtischen Agglomerationen des Deutschen Reiches 1871—1910 (1912). — Adolf Weber, Die Großstadt und ihre sozialen Probleme, in Paul Herres Sammlung: Wissenschaft und Bildung² (1918). — Hassert, Die Städte (Aus Natur und Geisteswelt Bd. CLXIII). — R. v. Lichtenberg, Haus, Dorf, Stadt. Entwicklungsgeschichte des antiken Städtebildes (1909). — Beusch, Wanderungen und Stadtkultur (1916). — Riehls Schriften über „Land und Leute“, „Die Familie“, „Die Arbeit“. — Heinrich Koch, Entstehung und Wachstum der Großstadt, in Stimmen aus Maria-Laach LXVII (1904) 49—58. — Ders., Die Bevölkerung der modernen Großstadt, ebd. 142 ff. 283 ff. — Anton Heinen, Soziale Kultur in Stadt und Land, in „Deutschland und der Katholizismus“ II (1918) 237 ff. — Die Großstadt, Wesen der Stadt, Standort der Gewerbe, vgl. Conrads Jahrbücher für National-

ökonomie und Statistik 1907, 721 ff. — Über die Bevölkerung der Schweiz vgl. Kritische Blätter für die gesamten Sozialwissenschaften 1906, 468 f. Die statistischen Jahrbücher der verschiedenen Staaten. Neuere Literatur aus dem Gebiete der Bevölkerungslehre und Bevölkerungsstatistik aufgeführt und besprochen von P. Mombert, im Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik XLI (1916) 199 ff.; XLIV (1918) 786 ff.

99. Nation, Volk, Bevölkerung. Wir sprechen von Nationalökonomie, dem nationalen Reichtum oder Einkommen, von der Volkswirtschaft, der Volkswirtschaftslehre, dem Volkswohlstand usw. Wir sagen, der Volkswohlstand sei das Ziel der Volkswirtschaft, d. i. der Wohlstand des Volkes, der Bevölkerung, des Volkes als dauernder Einheit, sowie der Individuen, der Familien, aus welchen jeweilig die Bevölkerung sich zusammensetzt. Wir nennen das Volk eine Ursache des Volkswohlstandes. In welchem Sinne werden nun hier die Worte „Nation“, „Volk“, „Bevölkerung“ gebraucht und verstanden?

Der Ausdruck „Nation“ bedeutet heute, nach Kirchhoff¹, einmal die „Staatsnation“, den Zusammenschluß des Volksganzen zu einem festen Staatsverbände: „Andauernder Staatsverband verkittet selbst unverwandte Völker, falls sie nicht gehässige Zwietracht auseinander treibt, führt häufig zu Blut- und Sprachgemeinschaft, verbrüdert durch gemeinschaftliche Schicksale, verfestigt die Nation durch die Liebe zum Vaterlande, dessen Boden in Flur und Siedlung, in Straßen und Schutzwehren, in Denkmälern und Gräbern Bild wie Gedächtnis der ganzen Nation enthüllen, auch solcher (meist randständiger) Teile derselben, die dem großen Ganzen noch minder fest angegliedert sind.“ Staatsgebiet (Raum) und Nation (Bewohner) gehören enge zusammen. Der territoriale Ausbau der europäischen Staaten entspricht mehr der geographischen Gliederung des Erdteils als der Verteilung seiner Völker nach Blutsgemeinschaft und Sprache.

Die „kulturelle Nation“ anderseits beruht auf einem gewissen Grade von Bluts- und Charakterverwandtschaft, dann namentlich auf dem Gemeinbesitz einer eigenartigen Kultur, einschließlich der Sprache (Neugriechen, Juden, Armenier, Polen)². Hier sind es also vor allem nichtpolitische Momente, die den Begriff der „Nationalität“ begründen. In diesem Sinne verstanden, entbehrt die Nationalität nicht selten der in sich geschlossenen, einheitlichen staatlichen Verkörperung. Wo verschiedene Nationalitäten zu einem Staatswesen verbunden sind, darf nicht vergessen werden, daß Rechte und Pflichten in erster Linie sich um den Staat als natürliche und geschichtliche Gesellschaftsform gruppieren. Die staatliche Einheit und Kraft fordert aber keineswegs das Opfer der Nationalität.

¹ Zur Verständigung über die Begriffe Nation und Nationalität (1905) 44. Ders., Mensch und Erde (1905) 75—94 (Geographische Motive in der Entwicklung der Nationen). Otto Bauer, Die Nationalitätsfrage und die Sozialdemokratie (1907). Verhandlungen des zweiten deutschen Soziologentages (über die Nationalität) (1913).

² In der Türkei z. B. scheidet die Religion die Nationen schärfer als die Sprache.

Wohlwollende Berücksichtigung der nationalen Eigenart, der Sprache, die Gleichheit, Gemeinsamkeit des Rechts, der Freiheit, wirtschaftliche Förderung bewirken im Laufe der Zeit eine allmähliche friedliche Angleichung, die Rücksichtslosigkeit und brutale Gewalt vielleicht für Jahrhunderte unmöglich machen.

Redet man von „Volk“, so wird dabei nicht selten ebenfalls bloß an die auf Gemeinsamkeit der Abstammung, der Sprache, der Sitten usw. beruhende Stammes- und Kultureinheit gedacht. In der Volkswirtschaftslehre jedoch ist „Volk“ das staatlich geeinte Volk, die durch die höchste Organisationsform des natürlichen gesellschaftlichen Lebens verbundene Einheit der Staatsgenossen, die „Staatsnation“ in dem oben entwickelten Sinne. Mit dem Begriffe „Volk“ verbindet sich hier also die Vorstellung einer gewissen inneren Einheit, der natürlichen, kulturellen oder wenigstens der historisch-politischen Volksindividualität.

„Das Volk ist kein bloßes Aggregat äußerlich verbundener, lediglich durch äußere Umstände und Verhältnisse bestimmter Individuen“, sagt Kautz¹, „sondern eine lebendige Einheit, ein System vielgestaltiger, aber durch eine Grundkraft beherrschter Kräfte, und diese Grundkraft, dieser Urquell, aus dem alle Formen und Gestaltungen des gesamten nationalen Daseins wie aus ihrem eigenen Mittelpunkt hervorgehen, ist der Volksgeist, — jenes geheimnisvoll treibende und bildende Prinzip, das bei der unendlichen Mannigfaltigkeit der Individuen dennoch sich immer und überall unauslöschlich abspiegelt, alle Entwicklung und Gestaltung des Gesamtlebens nach einer und derselben Richtung drängt, alles, was von außen herkommt, sich aneignet, allen Formen und Erscheinungen des Volks- und Staatslebens seinen eigensten Stempel aufzudrücken pflegt.“ Nicht nur für den Poeten, auch für den Staatsmann bildet der Volksgeist den Gegenstand der Beachtung, der Verehrung, sorgsamer Pflege. Er verbindet und eint, zum sittlichen Staatsbewußtsein geworden, durch die gemeinsame Pflicht gegenüber dem gemeinsamen Staat, der gemeinsamen Autorität, alle Elemente derselben staatlichen Gesellschaft, mögen diese von gleicher oder verschiedener Nationalität sein.

Der Begriff „Bevölkerung“ bezeichnet weniger die Einheit als die Gesamtheit der Bewohner eines bestimmten Gebietes, vor allem eines Staatsgebietes². Es empfiehlt sich indessen, im einzelnen Falle den speziellen wissenschaftlichen Gesichtspunkt zu beachten, unter welchem „Volk“ und „Bevölkerung“ zur Untersuchung stehen.

Die „Bevölkerung“ im Sinne der Statistik zum Beispiel ist eine unter beständigem Umsatz fortlebende Menschenmasse, die als solche nach

¹ Die National-Ökonomik als Wissenschaft (1858) 140.

² A. v. Schäffle (Abriß der Soziologie [1906] 25 116) definiert: „Volk ist die geistig verknüpfte, ein Land behauptende, gesittungsfähige Dauer- und Massenvereinigung von Personen nebst deren zugehörigen Sachgüterausstattungen (Besitze).“ Die Bevölkerung gilt ihm, neben Land und Volksvermögen, als „dritter hauptsächlicher Volksbestandteil“; sie ist der „Inbegriff aller sein (des Volkes) Land bewohnenden, nach Abstammung, Geschlecht, Alter, leiblicher und geistiger Bildung verschiedenen Individuen“.

ihrem Stand (Zahl, Tüchtigkeit, Konzentration, Geschlechts-, Alters-, Berufsverteilung) und nach ihrer Bewegung (Geburten, auch Heiraten, Todesfälle, Zuzug und Abzug), nicht aber in ihren charakteristischen Volkseigenschaften den Gegenstand der wissenschaftlichen Betrachtung bildet.

Spricht anderseits der Politiker von der „Bevölkerung“ als dem inneren Grundbestand jeder staatlichen Gesellschaft, so wird er sich kaum auf die Untersuchung bloßer Quantitätsverhältnisse der territorialen Bewohnerschaft beschränken können. Sind ja doch für die Existenz, Einheit, Kraft, Wirksamkeit der staatlichen Gesellschaft gerade die Volkseigenschaften von großer, in der politischen Geschichte oft von entscheidender Bedeutung.

Das gleiche gilt, sobald die materielle Wohlfahrt der Völker, deren Ursachen, Bedingungen in Frage stehen. Die nationalökonomische Forschung kann sich dabei nicht mit der Kenntnis der Massenverhältnisse der Bevölkerung bescheiden. Sie muß ebenfalls jene allgemeinen Eigenschaften ins Auge fassen, welche das Volk seiner Rassen- und Stammeszugehörigkeit, seiner kulturellen Besonderheit, seiner Geschichte und Entwicklung verdankt.

Erforschen wir zum Beispiel die Gründe der hervorragenden wirtschaftlichen Stellung unseres Kontinentes, so werden wir allerdings mit F. Ratzel ganz besonders der völkererzeugenden Kraft Europas gedenken müssen. Ohne den starken Bevölkerungszuwachs wäre die eigene glänzende Entwicklung nicht erfolgt, ohne Abgabe eines Bevölkerungsüberschusses die Kolonisierung, Kultivierung, „Europäisierung“ fremder Gebiete unmöglich geblieben. Nicht minder als die Menge war auch die Dichtigkeit der Bevölkerung ein erheblicher Vorteil für die wirtschaftliche Entwicklung Europas. Hier wohnen 400 Millionen Menschen nahe beieinander, annähernd der vierte Teil der gesamten Menschheit, im Durchschnitt 40,2 Personen auf den Quadratkilometer (in Asien 18,6, Afrika 4,8, Amerika 3,7). Es mußte aber überdies noch die körperliche und geistige Veranlagung der Bewohner hinzukommen. Fast 380 Millionen der europäischen Bevölkerung gehört der sog. mittelländischen oder kaukasischen Rasse an, die sich aus Romanen, Germanen, Slawen zusammensetzt. Als besonderer Vorzug dieser Rasse gilt höhere geistige Begabung, Erfindungsgeist, Weitblick und Tatkraft. Daher auch das Alter der europäischen Kultur und der gewaltige Kapitalreichtum, wiederum Momente, die für die wirtschaftliche Weiterentwicklung mächtig in die Wagschale fallen¹.

Nennt der Nationalökonom

100. Das Volk Ursache des Volkswohlstandes, so denkt er dabei, wie gesagt, an das Staatsvolk, das sich unter Umständen aus verschiedenen Nationen im kulturellen Sinne zusammensetzen mag. Dieses Staatsvolk ist also Ursache des Volkswohlstandes sowohl durch seine quantitativen wie qualitativen Verhältnisse.

Unsere Untersuchung erstreckt sich darum nicht bloß auf das, was die statistische Bevölkerungslehre über die Bewohnerschaft eines Terri-

¹ Gruber, Wirtschaftliche Erdkunde 32 f. Heiderich, Europa 29 ff.

toriums berichtet, sondern auch auf ethnographische, völkerpsychologische, geschichtliche Tatsachen, aus denen die Eigenart der Staatsbevölkerung als einer individuellen, politischen Volksgemeinschaft sich herleitet oder beurteilen läßt. Doch kommt das Volk in diesem weiteren Sinne hier zunächst nur als entferntere Ursache des Volkswohlstandes zur Sprache, das Staatsvolk nach Menge und Eigenart, nach seiner durch Natur und Kultur, natürlicher und erworbener innerer Ausstattung, Befähigung, Kraftfülle ihm zukommenden Disposition für die Verwirklichung des Volkswohlstandes. Was aber das Volk in dem volkswirtschaftlichen Lebensprozeß tatsächlich leistet, die in der aktuellen Bildung des Volkswohlstandes tätigen Faktoren usw. ebenso wie die äußere Ausstattung mit Mitteln und Werkzeugen, als Frucht menschlicher Arbeit, das alles bleibt hier vorläufig noch außer Betracht. Es gehört in die Lehre vom volkswirtschaftlichen Lebensprozeß, mit dem die folgenden Bände sich befassen werden.

Von der Statistik lassen wir uns zunächst über den Stand und die Bewegung der Bevölkerung unterrichten. Wir werden uns zu beschäftigen haben 1. mit der Volkszahl und Volksdichtigkeit, den Ansiedlungsformen der Bevölkerung, der Geschlechts-, Alters-, Berufsverteilung (statisches Moment); dann 2. mit den Änderungen in der Bevölkerung: mit der natürlichen Bewegung, Geburt und Tod, den räumlichen Bewegungen, den Wanderungen von Staatsgebiet zu Staatsgebiet, also der Ein- und Auswanderung, auch den inneren Wanderungen im selben Staatsgebiet (dynamisches Moment).

Die statistische Technik als solche gehört nicht hierin. Wir haben es lediglich mit einigen der wichtigsten Ergebnisse der Bevölkerungsstatistik zu tun, und zwar bloß, soweit dieselben von Bedeutung sind für die volkswirtschaftliche Erkenntnis, hier also mit solchen Ergebnissen, die Licht verbreiten über das materielle Wohlfahrtsstreben der Völker, bzw. die Ursachen, Kräfte, Bedingungen dieses Strebens im allgemeinen.

101. Zahl und Dichtigkeit der Bevölkerung. Die absolute Bevölkerungszahl ist die Einwohnerzahl eines Landes als Summe der daselbe bewohnenden Individuen. Die relative Bevölkerungszahl gibt das zahlenmäßige Verhältnis der ein Gebiet bewohnenden Menschen zu der Größe desselben an: die Bevölkerungsdichte¹, die Dichtigkeit des Zusammenwohnens, die heute vermittelt der Durchschnittszahl der auf einen Quadratkilometer (früher eine Quadratmeile) entfallenden Bewohner ausgedrückt zu werden pflegt².

¹ „Wohndichte“ wird nicht auf ein Territorium, sondern auf die Wohnung, das Zimmer, das Haus bezogen. Ausgedrückt wird sie durch $x \text{ cbm}$ oder $x \text{ qm}$ für einen Bewohner.

² Rümelin, Bevölkerungslehre, in der älteren Auflage von Schönbergs Handbuch II 886 ff.

An und für sich ist eine zahlreiche und dichte Bevölkerung ein hohes Gut¹. Durch die größere Zahl wächst die Wirksamkeit der Intelligenzen, nimmt die Energie der Willenskräfte zu, steigt die physische Macht, um Hindernisse der Natur, Störungen durch Verbrechen und Angriffe äußerer Feinde leichter zu überwinden.

Ein zahlreiches Volk wird zunächst *ceteris paribus* politisch stärker sein als ein weniger zahlreiches auf demselben Territorium. Die größere politische Macht aber bietet zugleich die Möglichkeit wirksameren Schutzes und kräftigerer Förderung der ökonomischen Interessen des Volkes.

Volkswirtschaftlich betrachtet, sagt Adolf Wagner², „ist die Bevölkerung eines Volkswirtschaftsgebietes in ihren arbeitsfähigen, arbeitswilligen und tatsächlich arbeitenden Gliedern der Vertreter des Faktors ‚wirtschaftliche Arbeit‘ in der Produktion der Güter“. Eine große Bevölkerung bedeutet viele Arbeiter. Allerdings kommen für die nationale Produktivkraft außer der Zahl der Arbeiter auch deren Leistungsfähigkeit, also Geschlechts-, Arbeitsverhältnisse usw. in Betracht. Aber *ceteris paribus* wird eine verdoppelte Bevölkerung die doppelte Arbeitskraft repräsentieren und insofern, vom Standpunkte der Produktion aus, zu begrüßen sein. Eine relativ zahlreiche, dichte Bevölkerung ist, wie auch Roscher sagt, „nicht bloß ein Kennzeichen bedeutender und stark benutzter Produktivkräfte, sondern schon an sich eine Produktivkraft selbst und hochwichtig als Sporn und Hilfsmittel zur Benutzung aller übrigen“. Sie ist an sich Produktivkraft. Denn die zahlreichere und dichtere Bevölkerung verfügt über mehr Intelligenzen und mehr Arme, die der nationalen Arbeit größere Ausdehnung und wegen der Möglichkeit besserer Arbeitsteilung und Arbeitsvereinigung auch größere Wirksamkeit verleihen können. Sie ist sodann ein Sporn der produktiven Tätigkeit. Eine dichtere Bevölkerung bietet sich in ausgedehnterem Maße gegenseitig Arbeit und Nahrung. Da herrscht ein viel regerer materieller und geistiger Verkehr, ein lebhafteres Voranschreiten in der wirtschaftlichen wie in der allgemeinen Kultur, was die bisherige Geschichte bestätigt.

Doch die größere Bevölkerung auf demselben Territorium bedeutet nicht nur Vermehrung der Arbeitskraft, sondern gleichzeitig auch eine Vermehrung der Konsumenten³. Bleibt nun das Jahresprodukt der nationalen Arbeit als Dividend sich gleich, nimmt anderseits die Bevölkerung (als Divisor) zu, dann wird der Quotient für den einzelnen Kopf kleiner, das Quotientenverhältnis für das ganze Volk ungünstiger sich gestalten müssen. Denn ein verringerter Quotient deutet auf eine Verschlechterung in der Lage der breiten Masse der Bevölkerung, speziell

¹ Taparelli, Naturrecht, deutsche Übersetzung II (1845) 86 ff.

² Grundlegung I³, I (1892), 466 ff. Ders., Theoretische Sozialökonomik I (1907) 72 f.

³ A. Wagner a. a. O.

der unteren Klassen, hin. Der Verdichtungsprozeß wird also, vom Standpunkte der Verteilung aus betrachtet, nur dort zum vollen Segen gereichen können, wo der wachsenden Bevölkerung eine gleichzeitig und gleichmäßig steigende wirtschaftliche Entwicklung, ein relativ entsprechendes Voranschreiten der Produktionstechnik, Ausdehnung der landwirtschaftlich benutzten Fläche, intensivere Bewirtschaftung der bisher benutzten Fläche, gewerblicher und Verkehrsfortschritt (Export, Import) usw. zur Seite geht. Auch genügt nicht die bloß zeitweilige Möglichkeit der Ernährung einer größeren Bevölkerung. Die steigende wirtschaftliche Entwicklung muß vielmehr relative Sicherung dauerhafter Ernährung bewirken. Wo der Nahrungsspielraum für eine größere Bevölkerung bloß auf Zeit und vielfach bedingt durch äußere Verhältnisse von prekärem Bestand geboten wird, da mag, wie anderwärts schon bemerkt wurde, auf eine kurze, forcierte Blüte vielleicht nur zu bald ein um so größeres Elend folgen.

Sind in einem Lande mehr Menschen vorhanden, als Nahrung finden können, dann spricht man von Übervölkerung. Absolut ist die Übervölkerung, wo es absolut an Unterhaltungsmitteln (speziell Nahrungsmitteln) fehlt, um eine gegebene Bevölkerung zu erhalten. Relative Übervölkerung liegt vor, wenn die Beschaffung der Unterhaltungsmittel (durch mangelhafte volkswirtschaftliche Zustände, durch Überfüllung einzelner Berufe, Konzentration der Bevölkerung an einzelnen Orten, Arbeits- und Erwerbslosigkeit usw.) übergroßen Schwierigkeiten begegnet. Am besten ist ein Zustand zwar dichter, aber für die Beschaffung der Nahrungsmittel nicht übermäßiger Bevölkerung, so daß angestrengte Arbeit ohne Überbürdung lohnt, zugleich der Staat Kraft und Mittel zur Erfüllung seiner Aufgaben besitzt und bewahrt².

Von Untervölkerung (Volksmangel) spricht man, wenn zu wenig Menschen in einem Staate sind, um die Erwerbsmöglichkeiten auszunützen, in der wirtschaftlichen Entwicklung tüchtig voranzustreben. Da fehlt der Wetteifer, der Schwung, die Kraft des wirtschaftlichen und des gesamten öffentlichen Lebens und Wirkens. Wehe dem Volke, das durch künstliche Beschränkung der Geburten einen solchen Zustand herbeiführt, der in früheren Zeiten das Ergebnis schrecklicher Katastrophen, verheerender Kriege und Seuchen u. dgl. zu sein pflegte.

Die äußeren Faktoren, welche die Volksdichte bestimmen, sind Klima, Boden, Kulturhöhe. Also zunächst das Klima, Wärme und Niederschlagsmenge, geographische Lage, dann die Bodenbeschaffenheit in oro- und hydrographischer Beziehung, die Bodenfruchtbarkeit, Bodenschätze,

¹ Vgl. A. Wagner, Sozialökonomik I (1907) 81 f.; Grundlegung I, 2, 657 f. Bei höherer Kultur ist der absolute Mangel an Lebensmitteln weniger zu fürchten als mangelnde Kaufkraft (lokal, klassen- und berufsweise) wegen Arbeits- und Verdienstlosigkeit usw.

² v. Mohl, Polizeiwissenschaft usw.² (1844 ff.).

Höhenlage, Küstenentwicklung. Längs der Flüsse, in den Tälern, an der Küste herrscht meist eine größere Dichtigkeit. Mit der Höhenlage nimmt im allgemeinen die Bevölkerung ab. Im eisigen Norden, auf wasserarmen Hochebenen finden sich keine oder nur wenige Menschen. Man mag mit Fr. Ratzel auf Beispiele einer auffälligen Unabhängigkeit der Volksdichte von der natürlichen Beschaffenheit der Erdoberfläche hinweisen, dennoch bleiben es in letzter Linie natürliche Verhältnisse neben den kulturellen, die ihren entscheidenden Einfluß direkt oder indirekt auf die Volksdichte der Länder ausüben.

„Wer die außerordentliche Verdichtung würdigt, welche die Bevölkerung des deutschen Bodens seit Übergang des Reiches zu den Industrieländern der Erde betrachtet, wird leicht zu der enthusiastischen Annahme verleitet, daß es nur einer gesunden industriellen Entwicklung bedürfe, um auf der Erde noch ungezählte Millionen von Bewohnern unterzubringen. Aber eine einfache Überlegung führt zu der Erkenntnis, daß die außerordentliche Verdichtung der Bevölkerung an einem Ort notwendigerweise eine minder starke Bevölkerung auf der andern Stelle voraussetzt, welche jener die Nahrungsmittel liefert. An dieser Tatsache läßt sich nicht rütteln, wenn uns auch der Sprachgebrauch darüber hinwegtäuscht, indem wir sagen: in diesem Lande werden Millionen durch Industriebetrieb ernährt, oder von unsern Bergbaudistrikten behaupten, daß hier die Ausbeutung der Kohlenschätze über tausend Einwohner auf einen Quadratkilometer ernähre. Keine Industrie kann Nahrungsmittel schaffen, d. h. aus ihren Elementen herstellen: selbst die Industrie der Nahrungs- und Genußmittel beruht nur auf einer Veredlung von Produkten der Bodennutzung, und wie außerordentlich wichtig die Kohlen auch sind, essen kann man sie nicht; wenn nicht anderswo überschüssige Nahrungsmittel produziert werden, hört die Ernährung der Bevölkerung durch Industrie und Bergbau auf; beide gewähren Ernährung nur im übertragenen Sinne, nämlich Erwerb, welcher bei entsprechendem Güteraustausch die Ernährung ermöglicht.“¹

Wohnfläche und Nährfläche fallen nicht notwendig zusammen. Die Wohnfläche, deren der einzelne Mensch bedarf, ist sehr klein. Nicht so die Nährfläche des einzelnen Individuums. Freilich kann der Mensch in seinen Bedürfnissen sich einschränken. Im allgemeinen aber entspricht der wachsenden Kulturhöhe auch eine Erhöhung der Lebenshaltung in der Masse des Volkes. Hier schafft dann, wie schon angedeutet, die kulturelle Entwicklung Rat: Ausdehnung der landwirtschaftlichen Fläche im eigenen Territorium (Rodungs-, Irrigationskultur usw.), intensivere Bodenbewirtschaftung, Heranziehung fremder Flächen, soweit die eigene nicht ausreicht, was allerdings eine genügende und gesicherte Exportmöglichkeit für industrielle Produkte voraussetzt. Wo der agrarische Betrieb vorherrscht, wird im allgemeinen geringere Dichtigkeit sich finden als in einem industriell und kommerziell höher entwickelten Lande oder Landes-

¹ Albrecht Penck, Klima, Boden, Mensch, in Schmollers Jahrbuch XXXI (1907) 140 f. 150 ff.

teile. Bei intensivem Betrieb ernährt der Landbau auf derselben Fläche mehr Menschen als bei extensivem Betrieb, die Großindustrie, entsprechende Exportmöglichkeit vorausgesetzt, mehr als das Handwerk. Umgekehrt nährt der agrarische Großbetrieb auf gleicher Fläche weniger Menschen als der mittlere Bauernbesitz oder gar der landwirtschaftliche Kleinbetrieb, Gartenwirtschaft u. dgl. Schließlich können auch Kolonisation, politische Einflüsse und Ereignisse auf die Zahl und Dichtigkeit der Bevölkerung zurückwirken.

Die Bevölkerung der Erde läßt sich nur annähernd bestimmen, da nur ein Teil durch zuverlässige Zählungen ermittelt ist¹. Juraschek schätzte (für 1900) die Bewohner der Erde auf 1,5 Milliarden (H. Wagner und Supan etwa 20 Millionen weniger). Es entfielen

	Bewohner			Bewohner	
	in Tausenden	auf 1 qkm		in Tausenden	auf 1 qkm
auf Asien . .	822 718	18,6	auf Amerika .	151 485	3,7
„ Europa . .	401 542	40,2	„ Australien .	6 688	0,7
„ Afrika . .	142 567	4,8	„ Polargebiet	13	—

im ganzen 1 525 013 000 Menschen, und 10,5 auf 1 qkm.

Volkszählung und Volksdichte der europäischen Staaten um die Wende des Jahrhunderts².

	Bewohner	
	in Tausenden	auf 1 qkm
Deutschland 1904	59 495	110,0
„ 1905	60 641 ³	112,1
Österreich-Ungarn mit Bosnien und Herzegowina 1903	48 592	71,9
Schweiz 1900	3 327	80,5
Luxemburg 1900	237	91,5
Rußland ⁴ 1897—1902	105 626	19,6
Frankreich 1902	39 060	72,8
Großbritannien ⁵ 1901—1904	43 539	138,1
Belgien 1903	6 985	237,1
Niederlande 1903	5 431	164,2
Schweden 1903	5 221	11,7
Norwegen 1903	2 293	7,1
Dänemark mit Färöer und Island ⁶ 1901	2543	17,6
Italien 1904	33 218	115,9

¹ Europa (mit Ausnahme der Türkei). Seit 1897 hat auch Rußland seine Volkszählung. Juraschek, Flächeninhalt und Bevölkerung Europas, in der Statistischen Monatschrift 1903.

² Nach den Tabellen von Mischler, Bevölkerung, im Wörterbuch der Volkswirtschaft I² 445 ff.; I³ (bearbeitet von Hesse) 470 ff.

³ 1915 waren es 68,2 Millionen.

⁴ Das gesamte europäische Rußland mit 5 389 985 qkm (ohne Küstenwässer und größere Binnenseen).

⁵ Für Großbritannien als Flächenraum hier 315 197 qkm (ohne Küstenwässer und größere Binnenseen).

⁶ Dänemark und Färöer und Island in der Tabelle Mischlers zu 144 639 qkm angegeben.

	Bewohner in Tausenden auf 1 qkm	
Spanien 1902	18 737	37,1
Portugal 1900	5 423	58,5
Türkei —	6 130	36,2
Griechenland 1896	2 434	37,6
Kreta 1900	310	36,0
Rumänien 1904	6 292	47,9
Bulgarien 1900	3 744	38,9
Serbien 1903	2 624	54,3
Montenegro —	228	25,1
Monaco 1900	15	690,0
San Marino 1899	11	183,3
Andorra 1899	5	11,6
Liechtenstein 1901	9	59,3
Thasos (zu Ägypten) 1897	12	30,9

Volkszähl und Volksdichte außereuropäischer Länder.

	Bewohner in Tausenden auf 1 qkm			Bewohner in Tausenden auf 1 qkm	
China	330 130	29,6	Venezuela	2 591	2,7
Japan	49 815	119,3	Bolivia	2 181	1,6
Indien 1901	294 000 ¹	64,0	Kuba	1 573	13,8
Vereinigte Staaten mit			Haiti	1 347	47,6
Puerto Rico	81 171	8,6	Ecuador	1 272	4,2
Brasilien	16 000	1,9	Panama	340	3,9
Mexiko	13 606	6,8	Kongostaat	19 000	8,0
Argentinien	5 191	1,8	Ägypten	13 812	4,6
Peru	4 560	2,6	Abessinien	8 000	10,0
Chile	3 917	3,1	Marokko	7 000	15,4

Als eine intensivere Dichte kann der Durchschnitt von über 50 Personen auf 1 qkm gelten. Hoch ist die Dichte von 100 und mehr Bewohnern auf 1 qkm (wie im Nordwesten Europas, Italien, Japan).

Die Durchschnittsdichte eines Landes wird nicht in allen Teilen desselben erreicht, in manchen überstiegen. In einzelnen Distrikten Belgiens, Englands, Hollands wird die Zahl von 300 Personen überschritten bis zu 600—800. Das ist indes schon der Übergang zur städtischen Ansiedlungsform, die zweifellos angenommen wird, sobald die Dichteiffer sich 1000 nähert².

Für 1900 wurde die Dichteiffer (auf 1 qkm) des Deutschen Reiches zu 104,2 angegeben; für Preußen 98,9, Bayern 81,4, Sachsen 280,3, Württemberg 111,2, Baden 123,9, Hessen 145,8, Mecklenburg-Schwerin 46,3, Sachsen-Weimar 100,3, Mecklenburg-Strelitz 35,0, Oldenburg 62,1, Braunschweig 126,4, Sachsen-Meinigen 101,6, Sachsen-Altenburg 147,3, Sachsen-Koburg-Gotha 116,1, Anhalt 137,5, Schwarzburg-Sondershausen 93,8, Schwarzburg-Rudolstadt 99,0, Waldeck 51,7,

¹ 1/2 der vermuteten Erdbevölkerung. 232 Millionen in englischen Provinzen, 68 Millionen in Eingebornenstaaten.

² Vgl. Mischler, Bevölkerung, im Wörterbuch der Volkswirtschaft I 448 f.; I² (bearbeitet von Hesse) 470 ff.

Reuß ä. L. 216,0, Reuß j. L. 168,4, Schaumburg-Lippe 126,8, Lippe 114,3, Lüneburg 325,1, Bremen 877,0, Hamburg 1850,1, Elsaß-Lothringen 118,5. Von den preussischen Provinzen hatte Rheinland (1900) 213,4, Westfalen 157,7, dagegen Pommern 54,3, Ostpreußen 54,0. Von den Regierungsbezirken stand Düsseldorf schon 1900 obenan mit 475.

Die Dichteiffer betrug (1900) für Niederösterreich (mit Wien) 156, Oberösterreich 68, Salzburg 17, Steiermark 60, Kärnten 36, Krain 51, Küstenland 95, Tirol und Vorarlberg 34, Böhmen 122, Mähren 110, Schlesien 132, Galizien 93, Bukowina 70, Dalmatien 46, Ungarn 59,6, Kroatien und Slawonien 56,8.

	Bewohner in Tausenden
Die Zählung von 1910 ergab für Deutschland	64 926
von 1910 für Österreich-Ungarn mit Bosnien und Herzegowina	51 341
„ „ „ die Schweiz	3 765
„ „ „ Luxemburg	260
„ 1909 „ Rußland (ganzes Reich)	160 096
„ 1911 „ Frankreich	39 602
„ „ „ Großbritannien und Irland	45 217
„ 1909 „ Belgien	7 452
„ „ „ die Niederlande (ohne Kolonien)	5 858
„ 1910 „ Schweden	5 523
„ „ „ Norwegen	2 358
„ 1911 „ Dänemark (ohne überseeische Besitzungen)	2 757
„ „ „ Italien	34 687
„ 1910 „ Spanien	20 069
„ 1900 „ Portugal	5 423
„ 1909 „ das Ottomanische Reich	23 851
„ 1907 „ Griechenland	2 632
„ „ „ Rumänien	6 685
„ 1910 „ Bulgarien	4 329
„ „ „ Serbien	2 912
„ „ „ Vereinigte Staaten von Nordamerika	91 973

102. Siedlungsverhältnisse im allgemeinen. Bezüglich der Verteilung der menschlichen Wohnstätten über das Territorium hin wird zwischen der geschlossenen und der offenen Wohnform unterschieden. Geschlossene Wohnplätze, bei denen die Gebäude nur durch Verkehrswege getrennt sind, sind vor allem die Städte und regelmäßig auch die Marktflecken. Die Landgemeinden (als eine politische Verwaltungseinheit) haben entweder im Dorfsystem die geschlossene Wohnform (Wohnstätten und Wirtschaftsräume sind vereinigt, von der Dorfflur umgeben) oder die offene Wohnform im Hofsystem (die einzelnen Bauernwirtschaften liegen isoliert, von ihren Fluren, Wald u. dgl. umgeben).

Über den Zusammenhang zwischen Bodenverhältnissen, menschlicher Siedlung und wirtschaftlicher Entwicklung überhaupt bemerkt Schmoller¹: „Das einzelne der Lage von Städten, Dörfern und Höfen, das

¹ Grundriß I 133.

Alter ihrer Gründung und Entwicklung, vielfach auch die Planlegung der Fluren, die Zeit und den Ort der Waldrodung, die Wegelinien, das Entstehen der verschiedenen Hauptgewerbszweige da und dort, die Verknüpfung der Siedlungen, Gewerbe und Verkehrslinien mit Quellen, Wasserlinien, Seen und Küsten — kurz all dieses wird nur der voll verstehen, der außer den historisch-gesellschaftlichen Ursachen mit der geologischen und topographischen Karte in der Hand die natürlichen Bedingungen der Volkswirtschaft eines Landes studiert. Außerdem ergeben sich hieraus eine Anzahl allgemeiner volkswirtschaftlicher Wahrheiten, z. B. daß die Dörfer und Landstädte in ihrer Lage und Entwicklung mehr von der topographischen Beschaffenheit des Ortes selbst und der allernächsten Umgebung, die größeren Städte mehr von den natürlichen Bedingungen des Landes, den Strömen, den Grenzen im ganzen bedingt sind; daß alle Landwege, je weiter wir zurückgehen und mit unvollkommener Technik rechnen, sich dem Boden, der Erhebung, den Pässen, den Landrücken anschmiegen, daß auch bei höherer Kultur alle Entwicklung des Wegewesens von dem Boden abhängig ist, daß stets Siedlungen und Wege gegenseitig sich natürlich bedingen; daß das Vorkommen von Gold und Silber, von Kupfer und Eisen, von Zink und Zinn, besonders wenn es sich um reiche Erze handelt, von Salz und Salzquellen seit alten Zeiten, das von Stein- und Braunkohle, von Ölquellen und ähnlichen Stoffen in der neueren Zeit den Anstoß zu blühendem Bergbau, zu reichem gewerblichen Leben geben konnte und kann. Aber alle derartigen Wahrheiten sind so allgemeiner und bekannter Natur, daß man sie kaum als neue wissenschaftliche Errungenschaften bezeichnen kann. Man muß sie nur für das Einzelverständnis der wirtschaftlichen, historisch oder geographisch zu betrachtenden und zu vergleichenden Zustände im Auge behalten. Hierfür erweisen sie sich als ein fruchtbarer Schlüssel der Erkenntnis.“ Von größter Bedeutung war und ist die Verteilung des Wassers, der Quellen, Bäche, Flüsse, Seen, Meeresküsten. Sie bestimmten die Siedlungen in nicht geringem Grade. An Orten mit geringer Regenmenge hängt der Ackerbau von ihnen ab; aber auch manches Gewerbe (Gerber, Färber, Bierbrauer usw.), die Mehl- und Sägemühlen, die in älterer Zeit hiervon ihre mechanische Kraft bezogen. Da der Verkehr früher weit mehr noch auf die Wasserstraßen angewiesen war, finden wir die Städte mit Vorzug am Meere und an großen Strömen angelegt (Tyrus, Alexandria, Karthago, Venedig, Genua, Amsterdam, London, Hamburg, New York)¹.

Im Zeitalter des Dampfes, der Elektrizität, der Eisenbahnen sind freilich Industrie und Städte weniger an das Wasser gebunden. Aber im ganzen bleibt doch wahr, was Schmoller sagt: „Das Ergebnis all solcher an die Erdoberfläche anknüpfender volkswirtschaftlich-geographischer Betrachtungen ist immer wieder die Erkenntnis, wie engbegrenzt die Punkte und Gebiete sind, an welchen eine hohe und allseitige, reiche wirtschaftliche Entwicklung möglich ist.“²

103. Das Dorf. Die ältesten Nachrichten lassen auch Deutschland als ein ursprünglich rauhes, unwirtliches Land erkennen. Der Fleiß des Menschen hat hier wie überall einen schweren Kampf mit den natürlichen Mächten führen müssen, aber siegreich bestanden: „Die Wälder sind ge-

¹ Cantillon, *Essai sur la nature du commerce* (1755) 22 f.

² Schmoller, *Grundriß* I 134.

lichtet und stellenweis verschwunden¹, die unbändigen Ströme bezwungen, Sümpfe und Moore ausgetrocknet und blühende Gefilde geschaffen, wo einst der Ur und der Wisent ihre Gründe erfolgreich gegen die ersten Kultivierungsversuche der Bevölkerung verteidigten. Wer erkennt heute noch aus der bunten Vielheit der Fluren die Linien, nach denen unsere Vorfahren das Land ehemals aufteilten, wer die einfachen Grundzüge der Siedlungen, die sich in den Wandlungen der Dorf- und Stadtgeschichte verloren haben! Die Separation (Flurbereinigung) zumal hat in vielen Gebieten die Flureinteilung völlig verwischt, die als Erbe einer uralten Vergangenheit noch im 18. Jahrhundert fast überall, Ende des 19. nur vereinzelt vorhanden war; aber noch hat sich als wahrnehmbares Denkmal jener alten Zustände die Dorfanlage selbst erhalten, welche in den verschiedenen Landesteilen wie eine eiserne Klammer Hof und Wege an den Boden ketten. Noch können wir, wenn auch die Flur von neuen Einteilungslinien überzogen ist, das alte Gesicht der Siedlung (zuweilen) wiedererkennen, wenn wir die Art und Lage der Gehöfte betrachten.“²

Als Hauptformen älterer Dorfanlagen lassen sich unterscheiden: das System der Einzelhöfe, die Haufendörfer, Reihen- und Straßendörfer, Rundlingsdörfer.

Der Einzelhof findet sich im Nordwesten Deutschlands ungefähr bis zur Weser, in Westfalen, Oldenburg, den Niederlanden, dem nördlichen Belgien, einem nordöstlichen Zipfel Frankreichs. Die Wohnstätte ist bei dem System des Einzelhofes inmitten des in Kultur genommenen Geländes aufgebaut. Eine Anzahl solcher Einzelhöfe sind politisch zu einer Bauerschaft verbunden. Die Namen dieser Einzelhöfe leben heute in Tausenden unserer Personennamen fort.

Das Haufendorf wird zuweilen als eine Entwicklung des Einzelhofsystems, nicht als selbständige Siedlungsform aufgefaßt. Regellos, sowohl in Richtung als in Entfernung, sind die einzelnen Hofstätten angelegt, nicht Haus an Haus, sondern jedes Haus von einem freien Platz umgeben, wenn auch die Hofstätten näher beieinander liegen als im Einzelhofsystem. Wie die Einzelhöfe durch Hecken, Gräben, kleine Wälle umhegt waren, so hatte auch das Haufendorf seinen Zaun, den Etter, manchmal sogar Tore, Gräben und Mauern. Das Haufendorf findet sich hauptsächlich in Schleswig-Holstein, Osthannover, Braunschweig, Thüringen, Hessen, dem südlichen Westfalen und Rheinland, in einzelnen Strichen Süddeutschlands und des alten Österreichs.

Das Reihen- und Straßendorf findet sich dort namentlich, wo die Landesgewalten eine Erschließung von Ödland in die Hand nahmen. Das Land wurde dabei in streifenförmige Abschnitte, sog. Königs-, Wald- oder Hagenhufen (als die Nordseemarschen besiedelt wurden, in Deich- oder Marschenhufen) geteilt. Die Gehöfte lagen dann in langen, straßenförmigen Reihen, auch in doppelter Zeile, um einen Platz, den Anger³, herum.

¹ Georg v. Detten, Der Wald in Altwestfalen (1908) 1 ff.

² R. Mielke, Das deutsche Dorf (1913) 19 ff.

³ Der „Anger“ spielte auch sonst in der Dorfanlage eine große Rolle als Ort der dörflichen Gerichtspflege, in kriegesischen Zeiten für die Sicherheit des Viehes. In

Das Runddorf ist denjenigen Landstrichen eigentümlich, wo einst slawische Stämme gesessen haben, in Ostholstein, Mecklenburg, Pommern, Brandenburg, Schlesien, Sachsen; doch nicht in Posen, West- und Ostpreußen, dagegen wieder in Skandinavien, wo niemals Slawen wohnten. Die Wohnhäuser sind bei dieser Dorfform mit dem Giebel nach dem rundlichen Dorfbau gerichtet. Der umschlossene Ring hatte meist bloß einen Ausgang, der leicht versperrt werden konnte. Zuweilen findet sich statt der runden eine viereckige Anlage. Die Runddörfer haben sich häufig zu regelmäßigen Straßendörfern entwickelt.

104. Die „Stadt“ im ökonomischen Sinne. Über den Begriff der Stadt und das Wesen der Städtebildung belehrt uns Werner Sombart¹: Die Merkmale des Begriffes Stadt stehen auch heute noch nicht fest. Nach v. Maurer sind „Städte ummauerte Dörfer“; wie es im Mittelalter hieß: „burger und gebauer zweiet nichts als zaun und mauer“. Roth v. Schreckenstein² sagt dagegen: „Nicht Mauer und Graben, nicht die Zahl der Einwohner, nicht die Blüte des Handels und des Gewerbes geben das entscheidende Kennzeichen einer Stadt. Der frei von den Bürgern gewählte, durch die betreffende Oberbehörde bestätigte Stadtrat ist das sichere Kennzeichen der in ihre volle Blüte eingetretenen deutschen Stadt. Im Ratssiegel symbolisiert sich nicht weniger als in der Mauer der rechtlich anerkannte, organisierte Unterschied zwischen Stadt und Land.“ Ähnlich Kallsen³: „Nicht die Absonderung eines Ortes von dem umgebenden Lande durch eine ihn umschließende Mauer, sondern das im Schutze der Mauer erwachsene, eigenartige, auf selbständiger Gemeindeverbindung beruhende Leben ist das Charakteristische der Stadt.“ Andern gilt der Besitz des Marktrechts als das Wesentliche: die Stadt ist eine Marktansiedlung. Dann wieder heißt es, die Stadt müsse befestigt, befriedet, im Besitze des usus negotiandi und eine Korporation des öffentlichen Rechtes sein. Justi definiert in seiner „Staatswirtschaft“⁴: „Eine Stadt ist ein Zusammenhang von Gesellschaften, Familien und einzelnen Personen, die in einem verwahrten Orte unter Aufsicht und Direktion eines Polizeykolleg, welches man einen Stadtrat nennt, oder anderer zur Handhabung der Polizeyanstalten verordneten obrigkeitlichen Personen, bey einander wohnen, um mit desto besserem Erfolge, Wirkung und Zusammenhange solche Gewerbe und Nahrungsarten zu treiben, die unmittelbar sowohl zu des Landes Notdurft und Bequemlichkeit, zu der Verbindung des gesamten Nahrungsstandes im Lande erfordert werden.“ Im Interesse der „Polizeyanstalten“ liegt es nach Justi, daß die Stadt

Oberdeutschland wird er „Heimgarten“ genannt, „auf dem die Dorflinde grünt und die steinernen Sitze für die beratenden Bauern stehen“; im Westen heißt er „Tie“ (Ting) (Mielke a. a. O. 13).

¹ Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik XXV 1 (1907), 1 ff. Vgl. auch dessen: Moderner Kapitalismus I (1902) 176 ff. ² (1916) 124 ff.

³ Das Patriziat in deutschen Städten (1856) 28.

⁴ Die deutschen Städte (1891) 238. ⁵ I (1785) 477.

nur an bestimmten Orten, Toren oder Pforten, einen Zugang habe. Die preußische Städteordnung von 1853 nennt Städte alle bisher auf dem Provinziallandtage im Stande der Städte vertretenen Ortschaften, womit allerdings für die Bestimmung des Begriffs der Stadt nicht gerade viel gewonnen ist.

In seiner ausführlichen Abhandlung über die Siedlungsweise der gesellschaftlichen Gruppen kommt Schmoller auf die Begriffe Hof, Weiler, Dorf, Stadt zu sprechen. Er sagt¹: „Die isoliert liegende Einzelwohnung des Försters, Waldhüters, Eisenbahnwärters wird noch nicht als Hof bezeichnet, sondern nur die eines Ackerbauers mit Stall, Scheune und Umzäunung, wenn dieses Anwesen den Mittelpunkt eines landwirtschaftlichen Betriebes bildet; eine Gegend mit Hofsystem ist eine solche, wo eine große oder überwiegende Zahl der wirtschaftenden Familien so im Mittelpunkt ihrer Felder und Weiden vereinzelt wohnt. Unter dem Dorfe verstehen wir das engere Zusammenwohnen von einer Anzahl Ackerbauer, Fischer, ländlicher Tagelöhner etc., die höchstens einige Handwerker und andere Elemente (Geistliche, Schullehrer, Krämer) unter sich haben; der Weiler ist eine Zusammensiedlung von wenigen Höfen und Familien, die aber nicht, wie die Dorfbauern, durch Gemeindeverfassung, Kirche und ähnliches gleichsam eine höhere Einheit und Verbindung erlangt haben. Die Stadt ist ein größerer Wohnplatz als das Dorf, aber zugleich ein solcher, wo Verkehr, Handel, Gewerbe und weitere Arbeitsteilung Platz gegriffen hat, ein Ort, der auf seiner Gemarkung nicht mehr genügende Lebensmittel für alle seine Bewohner baut, der den wirtschaftlichen, verwaltungsmäßigen und geistigen Mittelpunkt seiner ländlichen Umgebung bildet. Man denkt aber ebenso sehr daran, daß er mit Straßen und Brücken, mit Marktplatz, mit Rat- und Kaufhaus und andern größeren Bauten versehen, daß er durch Wall, Graben und Mauern besser als das Dorf geschützt sei, wofern ein solcher Schutz überhaupt noch nötig ist; endlich daran, daß er eine höhere politische und Gemeindeverfassung, gewisse Rechtsvorzüge besitze. So steigert sich mit der Differenzierung der Wohnplätze ihr technisch-wirtschaftlicher wie ihr institutioneller Charakter. Die Wohnplätze organisieren sich und werden organisiert, sie werden, je höher sie stehen, konventionelle, in gewissem Sinne immer künstlicher geordnete soziale und wirtschaftliche Körper und Gemeinschaften. Je mehr das geschieht, je älter sie sind, desto mehr greifen neben den technisch natürlichen Ursachen Sitte, Recht, Überlieferung, gesellschaftliche Ordnungen in ihre Entwicklung ein.“ Schmoller sucht also hier durch Zusammenfassung einer Reihe verschiedener, geschichtlicher, wirtschaftlicher, administrativer Elemente der „Vielseitigkeit“ des Begriffes „Stadt“ gerecht zu werden. Wer aber lediglich unter statistischem Gesichtspunkte mit der städtischen Siedlungsform sich beschäftigt, wird die

vom Internationalen Statistischen Kongreß akzeptierte Begriffsbestimmung bevorzugen: „Städte sind Wohnplätze von mehr als 2000 Einwohnern“, — eine von der amtlichen Statistik in den meisten Kulturländern angenommene Definition. Friedrich Ratzel ferner bemerkt: „Für den Geographen ist eine Stadt eine dauernde Verdichtung von Menschen und menschlichen Wohnstätten, die einen ansehnlichen Bodenraum bedeckt und im Mittelpunkt größerer Verkehrswege liegt.“ Für die Volkswirtschaftslehre und Wirtschaftsgeschichte empfiehlt Sombart folgenden „ökonomischen“ Stadtbegriff¹: „Eine Stadt im ökonomischen Sinne ist eine größere Ansiedlung von Menschen, die für ihren Unterhalt auf die Erzeugnisse fremder landwirtschaftlicher Arbeit angewiesen ist.“ Industriedörfer ohne Landwirtschaft (bloß mit Hausindustrie) würden hiernach Städte sein, sobald sie als „größere“ Ansiedlung gelten könnten. Landstädte, die der Hauptsache nur aus Ackerbürgern bestehen, wären Dörfer. Verleihung des Marktrechts, Bewidmung mit Stadtrecht, Mauern usw. machen aus einem Dorfe noch keine Stadt im ökonomischen Sinne. Selbst „die ‚Riesenstädte‘ des orientalischen Altertums, wie Ninive und Babylon, werden wir uns als Städte im ökonomischen Sinne zu betrachten abgewöhnen müssen, ebenso wie wir dem alten indischen Großgemeinwesen, nach Art Kalkuttas, oder dem modernen Teheran und ähnlichen Ansiedlungen den Charakter einer Stadt nicht werden zuerkennen dürfen.“²

Wenn der Nationalökonom von der „Konzentration“, „Agglomeration“, „Anhäufung“ der Bevölkerung redet, so denkt er nicht an die Volksdichte, sondern an die Verteilung der Bevölkerung zwischen Stadt und Land. Eine größere „Dichtigkeit“ wird in der Regel, aber nicht immer und notwendig eine stärkere „städtische Anhäufung“ herbeiführen. New Hampshire

¹ Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik XXV 1 (1907), 4. Vgl. auch Moderner Kapitalismus II (1902) 191. Hier ist das Wort „größere“ hinzugefügt. René Maunier (*L'origine et la fonction économique des villes* [1910]) definiert die Stadt: „La ville est une société complexe dont la base géographique est particulièrement restreinte relativement à son volume, ou dont l'élément territorial est en quantité relativement faible par report à celle de ses éléments humains.“

² Sombart im Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik XXV 1 (1907), 5. Aber Sombart spricht hier doch auch nicht von „Dörfern“. Ninive und Babylon waren von „kolossalen Enceinten umschlossen, mehr oder minder lose zusammenhängende, Stadtanlagen enthaltende Territorien mit Acker und Weide, um die Bevölkerung im Fall einer Einschließung ernähren zu können“ (R. Pöhlmann, *Die Übervölkerung der antiken Großstädte* [1884] 3 f.). Bücher nennt diese durch das despotische Machtwort ihres Begründers gebildeten und dem Despoten dienenden Städte „ein rein konsumtives Gebilde, den Sammelpunkt von Kriegsbeute und Tributleistungen, der Höhle vergleichbar, nach der das Raubtier seine Beute schleppt“. Die alten indischen Städte ferner waren „eine Gruppe von Dörfern, die in ‚der Stadt‘ nur ihre gemeinsamen Weideplätze hatten“ (Hunter, *The Indian Empire* [1886] 46). Die mit Lehmwällen umgebenen Städte Mittelasiens sind eben auch nur größere Gebiete, die ummauert werden, um den dort Wohnenden Schutz bei Belagerung zu gewähren (F. Ratzel, *Anthropogeographie* II [1891] 447).

hat zum Beispiel, wie Seligmann¹ hervorhebt, zwar eine dichtere Bevölkerung als Kalifornien, aber eine geringere Stadtbevölkerung.

Die Stadt nun im ökonomischen Sinne ist für ihren Unterhalt auf das Land angewiesen. Dies spricht schon der bekannte Satz² Ad. Smiths aus: „Das Überschußprodukt des Landes (the surplus produce of the country) allein liefert die Subsistenzmittel für die Stadt, welche daher nur wachsen kann im Verhältnis zum Wachsen dieses Überschußproduktes.“ Lebt eine Stadt vom Überschußprodukt des Landes, dann ist der Lebensspielraum, somit Entstehung, Fortdauer, Entwicklung der Stadt abhängig von dem Ausmaß jenes Überschußproduktes, darum auch bedingt durch die Weite und Größe des Unterhaltsgebietes, seine Fruchtbarkeit, den Stand der landwirtschaftlichen und der Verkehrstechnik.

Diejenigen unter den Bürgern, welche durch eigene Kraft unmittelbar die Landeserzeugnisse, die den Unterhalt der Stadt bilden, erwerben, das sind (nach Sombart) die primären „Städtebildner“, die andern Bürger, die von jenen leben, aber nur „Städtefüller“.

Die alten griechischen Städte zählten meist nicht über 2000 bis 10 000 Seelen³. Nur Athen soll gegen 100 000 Menschen beherbergt haben. Es erfreute sich eben einer günstigen maritimen Lage, eines blühenden Handels. Der Führerin im Delischen Seebunde waren ferner viele Städte und Inseln tributpflichtig. Es blieb für seine Unterhaltsmittel nicht auf das in nächster Nähe liegende Land beschränkt. Auch die Städte des Römerreiches waren an Größe den griechischen Städten ähnlich oder gleich. Ein bestimmtes Landgebiet gehörte zur Stadt, in der dieses seine Besitzer und seine sämtlichen Behörden hatte. Nur die Hauptstadt Rom war zur Groß- und Weltstadt geworden. Die Angaben über Roms Einwohnerzahl schwanken zwischen 700 000 und 2 Millionen. „Betrachte doch diese Menschenmenge“, schreibt Seneca seiner Mutter⁴; „kaum reichen die Häuser der unermesslichen Stadt für sie aus. Aus Munizipien und Kolonien, ja aus dem ganzen Erdkreise sind sie zusammengeströmt. Einige hat der Ehrgeiz herbeigeführt, andere der Zwang eines öffentlichen Amtes, andere eine ihnen anvertraute Gesandtschaft, andere die Schwelgerei... andere das Studium der Wissenschaften, wieder andere die Schauspiele; einige hat die Freundschaft herbeigezogen, andere das Strebertum; einige bieten ihre Schönheit feil; andere ihre Beredsamkeit. Da ist keine Art von Menschen, die nicht in der Stadt zusammenströmten, wo Tugenden und Lasten hohe Preise ausgesetzt sind.“ „Die nach Rom zogen“, sagt Koch⁵, „kamen nicht, um zu arbeiten, sondern um zu genießen, zu konsumieren auf Kosten einer halben Welt, die Rom dienstbar war. Die Reichen lebten von ihren ausgedehnten ländlichen Sklavenwirtschaften, von Erpressungen in den Provinzen, Steuerpachtungen, Wuchergeschäften; die Ärmern

¹ Principles of Economics² (1906) 51.

² Wealth of Nations Book 3, chap. 1.

³ Schmoller, Grundriß I 258 ff. Koch in Stimmen aus Maria-Laach LXVII (1904) 42 ff. Karl Bücher, Die Großstädte in Gegenwart und Vergangenheit: Großstadt (1903) 1—32; Die Entstehung der Volkswirtschaft³ (1901) 101 ff. 401 ff.

⁴ De consolatione ad Helviam matrem 6.

⁵ A. a. O. 43.

wurden auf Staatskosten mit ‚Brot und Spielen‘ versorgt. Im Jahre 46 erhielten 320 000 männliche Personen öffentliche Getreidespenden; das möchte mit Frauen und Kindern nahezu eine Million Proletarier ergeben. Rom hätte diese ungeheure Verproviantierung unmöglich aufrechterhalten können, wenn es nicht die Produktion der unterjochten Völker in seinen Dienst gestellt hätte, und wenn es nicht den Verkehr mit dem übrigen Reiche so leicht gehabt hätte durch den Verkehr am Tiber und das weitverzweigte, in Rom zusammenlaufende Straßennetz. Aber selbst die Hände zu rühren, fiel den Römern nicht ein. Sie lebten von ihrem Herrscherberufe. Einen günstigen Markt für freie Arbeit, die das Brot verdient hätte, gab es in Rom damals nicht.“

Am Rhein und an der Donau hatten die alten Römer ihre Kastelle gebaut, die Colonia Agrippina usw. Später ummauerte der deutsche König seine Pfalz, der Bischof seine Kirche, der Abt sein Kloster, der Grundherr seinen Fronhof zum Schutze wider Feinde und Überfall. Aus den Burgen wurden Städte, wenn auch zuweilen ein Dorf zum Markort und zur Stadt sich erweiterte. Städtische Siedlung trat im deutschen Mittelalter hauptsächlich in der Zeit vom 12. bis 15. Jahrhundert ein. Ursprünglich trieben die Bewohner der Städte vielfach noch Ackerbau. Wo die Stadtmarkung nicht ausreichte, wanderte aus der Umgebung der Überschuß der ländlichen Erzeugnisse in die Stadt, wofür die Bauern der Stadt gewerbliche Produkte entnahmen. Mehr und mehr vollzieht sich die Trennung zwischen Stadt und Land. Die Städter widmen sich der stoffveredelnden gewerblichen Tätigkeit und überlassen den Bauern die Gewinnung der Nahrungsmittel. „Bei den Griechen und Römern sowohl als bei den orientalischen Völkern war die Stadt nur Empfängerin von Gaben dem Lande gegenüber. Was das Land hervorbrachte, floß zum größten und besten Teil in die Stadt, ohne daß diese dafür etwas herausgab. In der antiken Stadt wohnten die Grundbesitzer, welche die Ertragnisse der Arbeit von Zinsbauern und ländlichen Sklaven sich in die Stadt bringen ließen, oder aber es waren despotische Herrscher in der Stadt, welche die unterdrückten Stämme zu jährlichem Tribut zwangen. Die Arbeit, ländliche wie gewerbliche, war dem antiken Städter ein *illiberalis et sordidus quaestus* (Cicero). Das wurde anders im Mittelalter. Stadt und Land teilten sich jetzt in die Arbeit. Wenngleich die Stadtbewohner auch größerer Freiheit sich erfreuten als die im allgemeinen unfreien Bauern, wirtschaftlich standen sie sich doch als Tauschparteien gegenüber, welche die Erzeugnisse ihrer eigenen Arbeit zu Markte trugen. Zur festgesetzten Stunde begegneten sich Bürger und Bauer auf dem städtischen Markte und tauschten gegeneinander aus, was ihr Fleiß hervorgebracht: dieser seine ländlichen Produkte, jener die Erzeugnisse aus seiner Werkstätte. Die Stadt war nicht mehr bloß Konsumtionszentrum wie im Altertum. Auch die Städter lebten jetzt von ihrer Hände Arbeit. Diese war nicht mehr Sklaven und Bauern überlassen, sie war jetzt auch ‚des Bürgers Zierde‘.“¹ Damit ist zugleich die große wirtschaftliche Bedeutung der Stadt zum Ausdruck gebracht: Die Arbeitsteilung zwischen Stadt und Land begünstigte sowohl die Entwicklung der landwirtschaftlichen wie der städtischen gewerblichen Produktion. Gewerbe, Markt, Handel geben der mittelalterlichen Stadt ihr Gepräge. Durch Vertrag und kaiserliches Privileg reservierten sich die Städte die gewerbliche Tätigkeit, sicherten sich anderseits den Bezug der agrarischen

¹ Koch in Stimmen aus M.-Laach LXVII (1904) 45.

Produkte ihrer ländlichen Umgebung. Freilich war nun auch das Wachstum der Städte durch die Leistungsfähigkeit des angegliederten agrarischen Wirtschaftsgebietes beschränkt. Wir finden größere Städte, aber keine Großstädte in damaliger Zeit. Die durch die Möglichkeit des Wasserverkehrs begünstigten Städte Köln und Lübeck mögen vor 1400 etwa die Zahl von 30 000 Einwohnern überschritten haben. Gegen 1600 kamen ihnen vielleicht noch einige andere Städte nahe oder übertrafen sie. Die angesehensten und reichsten Städte ohne Wasserverkehr bewegten sich zwischen 5000 und 25 000. Viele relativ bedeutende Städte überschritten kaum 5000 Seelen, ja die Mehrzahl aller Städte schwankte zwischen 1000 und 5000 Seelen. Ähnlich verhielt es sich mit den englischen Städten. Nach Rogers hat London im Jahre 1377 etwa 35 000 Einwohner gehabt; fünf andere englische Städte hatten 5000—11 000 Seelen, die übrigen weniger. Schmoller bezweifelt die Richtigkeit der Meinung Cibrarios und Levasseurs, denen zufolge Mailand und Paris gegen 1300 schon 200 000 Seelen gehabt. Sie mögen, wie auch Brügge und Gent, damals 50 000—60 000 überschritten haben. Daß Antwerpen 1549—1561 aber etwa 200 000 Einwohner erreichte, hält Schmoller für ebenso wahrscheinlich, wie daß London 1580 schon 180 000 Seelen gehabt habe¹.

Unter den italienischen Städten konnte Rom, als Hauptstadt der Christenheit, seinen alten Glanz bewahren und in regem Verkehr mit allen Kulturländern der Welt verbleiben. Namentlich auch die Stadtstaaten Norditaliens gelangten zu hoher Blüte. Der Adel, der in Deutschland die Städte vielfach bekämpfte, war hier der Stadt eingegliedert und hatte selbst ein Interesse an deren Gedeihen. Auch das Land, das die Stadt umgab, war ihrer Herrschaft unterworfen, überdies durch seine Fruchtbarkeit imstande, eine zahlreiche Stadtbevölkerung mitzuernähren. Florenz wird für das Jahr 1338 auf 90 000 Seelen geschätzt. Mailand hatte die Zahl von 60 000 Einwohnern wohl überschritten zur Zeit, wo in Deutschland die größten Städte vielleicht 30 000 Menschen zählten. Dem Handel nach der Levante verdankten Venedig und Genua ihr rasches Wachstum. Nach Burckhardt hatte Venedig 1422 rund 190 000 Einwohner.

105. Die moderne Großstadt. a) *Bedingungen ihrer Entstehung.* Bei der Abhängigkeit der Stadt vom Lande, des Wachstums der Stadt vom Wachstum des ländlichen Überschußproduktes, konnten die modernen Großstädte sich nur bilden unter der Voraussetzung und Bedingung, daß entweder dasselbe Land, welches bisher einer Stadt sein Überschußprodukt zur Verfügung stellte, durch verbesserte Betriebsmethoden mehr Nahrungsmittel hervorbrachte, oder daß mit größerer Freiheit des Verkehrs oder mit höherer Entwicklung der Verkehrstechnik das Unterhaltsgebiet selbst sich bedeutend erweiterte. Die gleichzeitige Erfüllung beider Bedingungen ermöglichte jenes rapide Emporwachsen der Großstädte in der zweiten Hälfte des letzten Jahrhunderts.

Der Übergang vom Dreifeldersystem zur Fruchtwechselwirtschaft in den ersten Dezennien des verflossenen Jahrhunderts, die intensivere und mehr rationelle Bewirtschaftung des Bodens ergab größere Erträge und ein Anwachsen des Überschußproduktes, das an die Stadt abgegeben

¹ Schmoller, Grundriß I 266.

werden konnte. Dazu kam die Beseitigung der inneren Zölle, die Herstellung großer, das ganze Staatsterritorium umfassender Zollgebiete, so daß die Städte nicht mehr in gleichem Maße an das benachbarte ländliche Gebiet für den Bezug ihres Unterhalts gebunden waren, und auch mit den neuen Transportmitteln, Dampfschiff und Eisenbahn, aus dem ganzen Lande, schließlich durch den überseeischen Verkehr aus der ganzen Welt beziehen konnten, was immer sie bedurften.

Nehmen wir eine Stadt wie Paris. Die Umgebung ist fruchtbar. Dennoch trägt dieselbe nur wenige Prozent zur Versorgung seiner Bevölkerung mit Fleisch bei, während es kaum ein Departement gibt, das nicht dazu beisteuerte. Neben Seine-et-Marne, Seine-et-Oise, gewissen Bezirken der Normandie, besonders Calvados, kommen die Vendée, die Departements Maine-et-Loire, Loire-Inférieure hierfür in Betracht. Algier allein liefert weit über drei Viertel der benötigten Schafe, dazu früher einige Tausend Stück noch Deutschland und Österreich-Ungarn. Ein Viertel der Fische und anderer Wassertiere, exkl. Austern, ja zwei Drittel der in den Halles Centrales verkauften Süßwasserfische und Krebse lieferten Belgien, Holland, England, Deutschland, Spanien, Italien. Etwa ein Achtzehntel Geflügel und Wildbret kam aus Deutschland, Österreich, Italien, Belgien, Holland, Rußland, Skandinavien, Spanien, Türkei. Truthühner kommen aus der Touraine, Tauben aus der Picardie und Mâconnais, Gänse aus den Departements Sarthe, Orne, Eure usw. Dazu dann noch die großen Massen von Kolonialwaren, von englischer Kohle, amerikanischer Baumwolle usw. Das ganze Land, der ganze Erdteil, die ganze Welt tragen bei, Paris zu versorgen¹.

Der freie und leichte Warenverkehr ist in der Tat zu einer Hauptbedingung geworden für Entstehen und Wachstum der modernen Großstadt. Man nehme diesen Verkehr nur für kurze Zeit hinweg — und alle Pariser, Berliner, Wiener sind verhungert.

Allein die Großstädte hätten sich nicht so rasch bevölkert, wenn nicht mit der Erleichterung des Warenverkehrs zugleich eine politische Erleichterung des Personenverkehrs eingetreten wäre. Freizügigkeit und Niederlassungsfreiheit bilden die dritte Bedingung der Großstadt neben den produktions- und verkehrstechnischen Fortschritten. Mit der mittelalterlichen Stadtmauer fielen die rechtlichen Schranken der Gebundenheit an Scholle und Zunft. Volle persönliche Freiheit, Gewerbefreiheit, Freizügigkeit ließen den frei wogenden Bevölkerungsstrom in den Städten sich stauen und zu den enormen Mengen emporswellen, die unsere heutigen Großstädte erfüllen. Freilich kam dann noch das schnelle und andauernde Wachstum der Bevölkerung als neue Begünstigung jener Entwicklung hinzu. Das Deutsche Reich hatte nach Schmollers² Schätzung im Jahre 1620 etwa 15 Millionen. 1700 war die Bevölkerungszahl eher weniger (Dreißigjähriger Krieg!). Im Jahre 1800 zählte es

¹ Annuaire statistique de la ville de Paris XXI (1900). Wäntig, Die wirtschaftliche Bedeutung der Großstädte: Die Großstadt (1903) 167 f.

² Grundriß I 171.

22—24 Millionen. 1824 waren es 24, 1850 rund 35 Millionen und 1900 endlich 56,3 Millionen. Innerhalb eines Jahrhunderts eine Volksvermehrung um das Zweieinhalbfache! Das ergab nicht bloß eine größere Volksdichte mit den hierzu gehörigen Vorteilen für die wirtschaftliche Entwicklung, sondern ermöglichte auch eine starke Anhäufung von Menschenmassen an denjenigen Orten, wo für Erwerb und Konsum sich günstige Aussichten zu bieten schienen.

b) *Die Ursachen der Großstadtbildung.* Was war es nun eigentlich, was die Bevölkerung so massenhaft in die Städte hineinzog und so zur tatsächlichen Bildung der modernen Großstadt geführt hat?

Einen Teil der Bevölkerung wird ehemals und heute noch speziell die Haupt- und Residenzstadt des zentralisierenden Fürstenstaates angezogen haben: den Stab von Beamten, die Finanzwirtschaft, das stehende Heer usw. — was natürlich ebenfalls viele Gewerbetreibende und Kaufleute in die Stadt führte. Auch der reich gewordene Landadel wurde „urbanisiert“, nahm teil am Leben des Hofes. Sombart¹ hält dafür, daß Paris und London, gerade als vornehmste Sitze der Königsgewalt, im 18. Jahrhundert ihren Aufschwung nahmen. Allein dies erklärt noch keineswegs die vielen Großstädte des 19. Jahrhunderts. War vielleicht der Handel die Ursache ihres Entstehens?

Handelsgrößtädte, die speziell dem Handel ihren Großstadtcharakter verdanken, hat es wenige gegeben. Englands blühende Handelsstädte des 18. Jahrhunderts, wie Exeter, King's Lynn, Norwich, Yarmouth, hatten nur 30 000—40 000 Einwohner. Gewiß wirkte auch der Handel mit bei dem Emporwachsen der Großstädte. Aber den Hauptgrund müssen wir doch in der modernen Fabrikindustrie suchen, in der Anziehungskraft, die von dieser auf die Massen des Erwerb und Nahrung suchenden Volkes ausgeübt wird².

Das ältere gewerbliche Betriebssystem der frühkapitalistischen Periode, der „Verlag“, wirkte seinem Wesen nach dezentralisierend. Der Verleger verteilte die Arbeit in die eigenen Wohnungen der abhängigen Lohnarbeiter, in verschiedene Dörfer, über das ganze Land hin. Als aber die fabrikmäßige Großindustrie ihre Arbeiter in derselben Arbeitsstätte konzentrierte und kontrollierte, war die Zeit der wachsenden Anhäufung bedeutender Volksmassen an demselben Orte gekommen. „Dabei ist es gleichgültig, ob solche industrielle Agglomeration sich in bewußter Anlehnung an schon vorhandene städtische Ansiedlungen vollzieht, wobei neben zufälligen Momenten die Rücksicht auf die Nähe von Handels- und Kreditunternehmungen, die Verfügbarkeit

¹ Kapitalismus II 198 ff. — Über allgemeine Ursachen der Agglomeration in den Großstädten vgl. Edward Ewing Pratt, *Industrial causes of congestion of population in New York-City* 1911. — Über die Großstadtentwicklung in Indien vgl. *Zeitschrift für Sozialwissenschaft* IV (1913) 272 ff.

² Wäntig a. a. O. 154 ff. Sombart a. a. O. 205 ff.

wissenschaftlicher und technischer Hilfskräfte, hochgelernter oder besonders wohlfeiler Arbeiter maßgebend sein kann; oder ob, wie heute vielfach in den Vereinigten Staaten, die Großindustrie zur Städtegründerin wird unter dem Einfluß jener bekannten Tendenz zu fortschreitender Zentralisation der Betriebe und Unternehmungen sowie der Anziehungskraft, die schon bestehende Etablissements auf andere ähnliche oder doch der Angliederung fähige fremde Industriezweige ausüben¹. Stets wird die Fortbildung der bloßen Industriestadt zur Großstadt erheblich gefördert, wenn sie, über den Typus der ‚Arbeiterstadt‘ hinauswachsend, zu einem Mittelpunkt des Handels- und Kreditverkehrs wird und sich um den industriellen Kern allmählich Bevölkerungselemente ansetzen, deren höheres Einkommen die wirtschaftliche Grundlage für eine immer reichere Bedarfsgestaltung, deren geistiges Niveau den Antrieb für die Entfaltung eines verfeinerten Kulturlebens abgeben kann.“² Wir möchten Nachdruck insbesondere darauf legen, daß die Großstadt selbst der Industrie einen gewaltigen Absatzmarkt bietet. Wenn große Werke die Nähe von Kohlenlagern, die Erzverarbeitung die Nähe von Erzlagern aufsuchen, so liegt der Grund in der Verbilligung der Produktionskosten. Für die Berliner Industrie müssen Kohlen und Rohstoffe von anderswoher beigebracht werden. Das erhöht die Produktionskosten, aber der Transport der Fertigfabrikate ist billiger, weil eben die großstädtische Bevölkerung selbst einer der bedeutendsten Abnehmer darstellt.

Dem „Zuge in die Stadt“ entspricht die vielbeklagte „Flucht vom Lande“. Es mag dabei auch der äußere Glanz des Stadtlebens, die vorausgesetzte größere Freiheit des Städters, das gesellige Leben, der Wechsel der Vergnügungen usw. den Landbewohner angelockt haben. Im wesentlichen und der Hauptsache nach aber war es die Aussicht auf bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen, die größere Stetigkeit der Arbeit, die Möglichkeit, leicht die Arbeitsstelle zu wechseln, kurz, die bequemere und reichlichere Erwerbsgelegenheit in dem großartigen städtischen Produktions- und Konsumtionszentrum, das die Massen zur Auswanderung vom Lande bestimmte³. Die tatsächlichen Erfahrungen in der Großstadt haben allerdings nicht wenigen bittere Enttäuschungen gebracht.

¹ Das kann zur Lokalisierung der einzelnen Gewerbszweige im Rahmen des ganzen Staatsgebietes führen. Jede Großstadt erhält dadurch ihr individuelles gewerbliches Gepräge. Namentlich in der Union ist dieser volkswirtschaftliche Differenzierungsprozeß weit vorangeschritten. Aber auch in Deutschland haben die meisten Großstädte ihre gewerblichen Spezialitäten. Vgl. Wäntig a. a. O. 162 ff.

² Ebd. 155. Vgl. auch G. Simmel, Die Großstädte und das Geistesleben: Großstadt (1903) 185—206. Theodor Petermann, Die geistige Bedeutung der Großstädte: Großstadt (1903) 207—230. M. Mendelson, Persönlichkeit und Stadtentwicklung, in Jahrb. für Nationalökonomie und Statistik XLVI (1913) 76 ff.

³ Nathusius, Konservative Monatschrift 1901, 1260. H. Herkner, Arbeiterfrage⁵ (1908) 423 ff.

Nicht bloß für die Landwirtschaft, sondern für die ganze Volkswirtschaft ist die sog. „Leutenot“ ein schwerer Mangel. Nur eine tüchtige, bodenständige landwirtschaftliche Bevölkerung wird imstande sein, den Boden hoch intensiv zu bewirtschaften. Zur Erfüllung dieser ihrer Aufgabe in heutiger Zeit bedarf die Landwirtschaft der heimischen Arbeitskräfte. Die Abhängigkeit von ausländischen Wanderarbeitern war schon an sich ein auf die Dauer unhaltbarer Zustand. Er führt zur „Kuliwirtschaft“, wenn es nicht zeitig genug gelingt, durch eine kluge, zielbewußte und nachhaltige „Heimatpolitik“ die Landflucht zu beschränken. Das wichtigste Mittel hierfür ist die Ansässigmachung freier Arbeiter, das Häuslertum. Landarbeiter bilden jedoch für sich allein noch keine leistungsfähige Gemeinde; dazu gehören noch Kleinbauern; dementsprechend bedarf es der „inneren Kolonisation“, der Schaffung zahlreicher Landstellen von kleinem Umfange, wo diese fehlen. Ist den Landarbeitern die Möglichkeit gegeben, allmählich Kleinbauern zu werden, dann werden die Kinder dieser Kleinbauern eher geneigt sein, auf dem Lande zu bleiben und zunächst wiederum als Landarbeiter sich anzusiedeln. Der Entvölkerung des flachen Landes wird ferner dadurch wirksam entgegengearbeitet, daß ähnliche Motive zum Verbleiben auf dem Lande geschaffen werden¹, wie sie jetzt zum Verlassen des Landes antreiben. Man suche die wirtschaftliche und soziale Lage der Landbewohner zu heben, das Lohn- und Dienstverhältnis, das Wohnungswesen besser zu gestalten, nach Möglichkeit auch erlaubte Genüsse, gesellige Vergnügungen, Wohlfahrtseinrichtungen der verschiedensten Art dem Landvolke zu verschaffen.

Für Deutschland wird ein weiteres Wachsen der Großstädte wohl ausgeschlossen bleiben. Jedenfalls durfte man vor dem Kriege schon wünschen, wie v. Mayr² sagt, daß dieses Wachstum „nicht in zu

¹ Vgl. von der Goltz, Die ländliche Arbeiterklasse und der preußische Staat (1893). Sering, Die innere Kolonisation im östlichen Deutschland (1893). Linschmann, Das preußische Rentengut (1904). F. Hitze, Abriß der Agrarfrage (1908). Schriften des Vereins für Sozialpolitik LIII—LV, LVIII (Verhandlungen). Richard Ehrenberg, Heimatpolitik (1908). Heinrich Sohnrey, Wegweiser für ländliche Wohlfahrts- und Heimatpflege³ (1908). Es darf allerdings nicht vergessen werden, daß die „Landflucht“ ein Moment bildet in dem Prozeß der Umbildung bisheriger Landbaustaaten in Industriestaaten. Man spricht heute zuweilen von einer Abwanderung der Industrie aus den Großstädten und den Städten überhaupt. Dieselbe war in Deutschland bis jetzt noch nicht als statistische Massenerscheinung zutage getreten, dürfte aber nach dem Weltkrieg zunehmen. Gründe hierfür sind die gesteigerten Unkosten (Bodenpreis, Löhne, Gehälter usw.), fortwährende Störungen durch Lohnkämpfe, verschlechterte Absatzmöglichkeiten bei der Unsicherheit der Lieferung usw. Kleineren und mittleren Unternehmungen, namentlich solchen, die schon Filialen anderswo besitzen, wird es leichter sein, eine solche Änderung ihres Standortes zu bewirken, als für Riesenbetriebe (vgl. Wäntig, Die wirtschaftliche Bedeutung der Großstädte: Die Großstadt [1903] 158 f.). In ähnlicher Weise gibt es auch ein „Rückströmen“ der Bevölkerung aus der Großstadt in andere Städte und aufs Land; übrigens nicht zu verwechseln mit den Dezentralisationsbestrebungen innerhalb der Großstädte, insofern dadurch eine Verlegung der Wohnungen oder auch Betriebe in die Umgebung der Stadt verwirklicht werden soll. Darüber an anderer Stelle. Vgl. K. v. Mangoldt, Die städtische Bodenfrage (1907) 453 ff.

² Die Bevölkerung der Großstädte: Großstadt (1903) 136 f.

übermäßigem Tempo erfolgen möge. Wohl stand es mit dem Problem: „Wie lange kann es noch weiter gehen mit dem Wachstum unserer Großstädte und insbesondere unserer Weltstädte?“ besser als bei dem Problem der Erschöpfung der Kohlenvorräte der Erde und einzelner Länder im besondern; denn hier ist eine unvermehrbares, ein für allemal gegebene Masse, dort hingegen die weit ausdehnungsfähige Masse der Bevölkerung mit den weit ausgreifenden Stützpunkten volks- und weltwirtschaftlicher Gestaltung der Erwerbs- und Ernährungsmöglichkeiten in Frage¹. Etwas wie eine versteckte Sorge nicht der nächsten, auch nicht der näheren, wohl aber der fernerer Zukunft mochte sich wohl regen, zugleich aber die Trostempfindung: Auch dann wird Gott weiter helfen!“

Man mag mit Ruskin oder Tolstoj, Rosegger und Gorki der Großstadt abhold sein, mit Goethe „die frische Luft des freien Feldes“² preisen — tatsächlich gehörte nun einmal die Großstadt zur modernen industriestaatlichen Entwicklung. Beide haben ihre Schattenseiten, beide ihre Lichtseiten. Es bleibt die Aufgabe der Gegenwart, auch hier eine ruhigere, dem ganzen Volke zuträgliche Entwicklung anzubahnen, die Finsternis durch das Licht zu überwinden, wo Großstädte sich behaupten, das Großstadtelend nach Möglichkeit zu beseitigen³.

c) *Statistisches über Großstädte*: In der amtlichen Statistik Deutschlands wurden Städte von 2000—5000 Einwohnern als Landstädte, von 5000—20 000 als Kleinstädte, von 20 000—100 000 als Mittelstädte, von über 100 000 als Großstädte bezeichnet. Nach dieser Klassifikation gab es im Deutschen Reiche Großstädte 1871: 8, 1900: 33, 1905: 41, 1910: 46. Die Zahl der ländlichen Gemeinden betrug 1905: 72 811, die der städtischen Gemeinden 3580.

Vor 100 Jahren finden wir im Gebiete des heutigen Deutschen Reiches nur eine Stadt mit mehr als 100 000 Einwohnern, Berlin. Auch Hamburg erreichte gerade eben diese Zahl. Um die Mitte des Jahrhunderts beginnt der rasch voranschreitende Aufschwung der Großindustrie. 1850 gab es 5 Städte mit mehr als 100 000 Einwohnern, 1870 waren es 8, 1880 schon 15, 1890 26 und 1900 33, 1905 41, 1910 46 Großstädte⁴. Im Jahre 1900 hatte Deutschland mehr Großstädte als 100 Jahre vorher ganz Europa. 1800 gab es in Europa 22 Großstädte mit zusammen 4 Millionen Einwohnern, 1900 in Deutschland allein 33 Großstädte mit über 9 Millionen Menschen. Namentlich im letzten Menschenalter haben die Großstädte gewaltig zugenommen. „Von 100 Einwohnern Deutschlands lebten in Großstädten 1871 ungefähr 5, 1880 7, 1890 12, 1900 über 16. Heute darf man wohl annehmen, daß unter Einrechnung der Vorstädte, die unter dem unmittel-

¹ Auch da gibt es freilich Bedenken. Man hat z. B. berechnet, daß London, trotz des vielen Regens und aller Wasserleitungen, schließlich doch an Brauchwasser Mangel leiden werde.

² Andere, weniger poetische Naturen halten leider „einen guten Rausch für den kürzesten Weg, aus Manchester herauszukommen“.

³ Vgl. hierzu Adolf Weber, *Die Großstadt und ihre sozialen Probleme*³ (1918).

⁴ Georg v. Mayr, *Die Bevölkerung der Großstädte: Großstadt* (1903) 77 ff.

baren Einfluß einer Großstadt stehen, ein starkes Viertel des deutschen Volkes in Großstädten wohnt.“¹

Ähnliche Entwicklungstendenzen zeigen sich in ganz Westeuropa. Für die Gesamtbevölkerung der westeuropäischen Staaten während des 19. Jahrhunderts gibt Sombart folgende Approximativzahlen an: Während die Gesamtbevölkerung von 120 auf 280 Millionen stieg, wuchs im gleichen Zeitraum die großstädtische Bevölkerung von $3\frac{1}{2}$ auf 36 Millionen und der Anteil der großstädtischen Bevölkerung an der Zahl der Gesamtbevölkerung von 3 auf 13 %. Bei Einrechnung der Vorstädte und unmittelbarer Nachbarstädte würde ein noch größeres Wachstum der Großstadtbevölkerung zutage treten. Auch sonst in der Welt zeigt sich jener Parallelismus zwischen Großindustrie und Großstadtbildung.²

Über die Bevölkerungsverschiebung in den letzten Jahrzehnten vor dem Weltkriege und über die *Verteilung der Bevölkerung zwischen Stadt und Land* in Deutschland geben folgende Angaben Aufschluß:

	1871	1885	1900	1905
Stadtbewohner	14 790 798	20 478 777	30 633 075	34 818 797
	= 36,1 %	= 43,7 %	= 54,3 %	= 57,4 %
Landbewohner	26 219 352	26 376 927	25 734 103	25 822 481
	= 63,9 %	= 56,3 %	= 45,7 %	= 42,6 %

Die Landbewohner nahmen also in diesem Zeitraum nicht nur relativ, sondern auch nach ihrer absoluten Zahl ab. In früheren Zeiten schritten Stadt und Land in der Volksvermehrung fast gleichmäßig voran, wenn nicht das Land sogar eine stärkere Vermehrung aufwies; wie z. B. in der Kurmark, wo 1748—1786 das platte Land jährlich um 1,23, die Städte um 0,48 % zunahmen. In den letzten Dezennien aber nahmen insbesondere die Mittel- und Großstädte an Bevölkerungszahl gewaltig zu. Die Mittelstädte stiegen von 3,15 Millionen im Jahre 1871 auf 7,11 Millionen im Jahre 1900, die Großstädte in derselben Zeit von 1,97 Millionen auf 9,12 Millionen. 1871 lebten in Mittel- und Großstädten nur ein Achtel (12,5 %), 1900 über ein Viertel (28,8 %) der inzwischen noch stark gewachsenen Bevölkerung. Den Mittel- und Großstädten sind „die Geburtsüberschüsse und Binnenwanderungen“, sagt Wagner, „also doch zumeist zugute gekommen. Von dem Volkszuwachs von 1871 bis 1900 von 15,36 Millionen und der Volksabnahme in den ländlichen Orten von 0,485, zusammen 15,84 Millionen, gewannen die Land-

¹ Adolf Weber, Die Großstadt (1908) 2; ² (1918) 7. Der Anteil an der Bevölkerung belief sich für die deutschen Großstädte 1867 auf 6,8 %, 1900 auf 16,2 %.

² Vgl. Wäntig, Die wirtschaftliche Bedeutung der Großstädte: Die Großstadt (1903) 159 ff. Großbritannien hatte 1901 39, Rußland 17, Frankreich 15, Italien 12, Österreich-Ungarn 9, die Union 38, China vielleicht ebensoviel, Britisch-Indien 29, Japan 8 Großstädte. Eckert, Handelsgeographie II 41 Anm. 1, 159. Acht englische Städte hatten mehr als 250 000 Einwohner. London zählte 1901 4,5 Millionen Einwohner, mit dem äußeren Ring, also das „Größere London“, 6,6 Millionen Einwohner. Das innere London besteht fast nur aus Magazinen und Geschäftshäusern (City). — In den deutschen Großstädten wohnten 1871 2 030 000 Personen (5 % der damaligen Gesamtbevölkerung), 1900 9 050 000 (16 %), 1905 11 300 000 (18 %), 1910 13 800 000 (20 % der auf $65\frac{1}{2}$ Millionen berechneten Bevölkerung). Großberlin mit 3 690 000 Einwohnern wurde nur von London und New York übertroffen. Die zweitgrößte Stadt war nun Köln (früher Breslau). Östlich von Berlin gab es 5, im Gebiet des Rheinstromes und seiner Nebenflüsse 22 Großstädte. London hatte 1911 7 252 933 Einwohner (1901 6 581 402).

städte 10,9 %, die Kleinstädte ... 18,9 %, die Mittelstädte ... 25,0 %, die Großstädte 45,2 %. Immerhin lebten aber 1900 noch mehr Menschen in ganz kleinen Orten (Dörfern, Höfen) als in den Großstädten (in 6035 Orten bis 100 Einwohner 0,868; in 41211 von 101 bis 500 Einwohnern 10 386 000), in größeren Dörfern u. dgl. mehr als in den Mittelstädten und fast so viel als in Großstädten (Orte von 500 bis 1000 Einwohnern, 11 616 mit 8 042 000) und in noch größeren ländlichen Orten (1000 bis 2000 Einwohnern, 4737 Orten mit 6 468 000) fast so viel als in Mittelstädten und über zwei Drittel so viel als in Großstädten: beachtenswerte Zahlen für gewisse wirtschaftliche Interessenfragen und deren berechtigtes Gewicht in Volkswirtschaft und Sozialpolitik, soweit darüber die Zahl der Interessenten mit entscheidet.¹

Nach Max Eckert² wohnte um die Wende des Jahrhunderts der größere Teil der Bevölkerung, und zwar vier Fünftel, noch auf dem Lande in Schweden und Norwegen. In Dänemark wohnten noch drei Fünftel der Bevölkerung auf dem Lande und die übrigen zwei Fünftel in den Städten. Ähnlich verhielt es sich in Frankreich und Österreich-Ungarn. Die reichliche Hälfte der holländischen Gesamtbevölkerung wohnte in den Städten. In der Schweiz hielten sich Stadt- und Landbewohner in etwa das Gleichgewicht. Weit mehr als die Hälfte der Bewohner waren in Belgien in Städten angesiedelt und in den Königreichen England mit Wales und Schottland sogar reichlich drei Fünftel; wohnte doch in London allein mehr als ein Zehntel der gesamten Bevölkerung der britischen Inselwelt. Ganz auffällig ist auch die Verschiebung des Anteils zwischen Land- und Stadtbevölkerung in der Union. Hierselbst wird jeder Ort von 8000 Bewohnern und mehr als „Stadt“ gerechnet. 1790, als man in der Union die erste Volkszählung vornahm, betrug der Anteil der städtischen an der Gesamtbevölkerung 3,4 %, 1900 hingegen 33,1 %; auch ein Beweis für die rasche Entfaltung der Industrie, wie sie die letzte Wirtschaftsperiode der Union kennzeichnet.

„Unbewiesen und zur Zeit unbeweisbar ist“, nach G. v. Mayr³, „daß die Großstadt die Landbevölkerung ‚verzehrt‘ und ohne Zuschuß vom Lande aussterben würde — ebenso unbewiesen und unbeweisbar aber ist, daß die Großstädte aus eigener Bevölkerungskraft auch weiter existieren könnten und insbesondere der Zuschuß vom Lande so eine Art *quantité négligeable* sei.“ Die Großstädte wie die Industriebezirke sind tatsächlich nach der heutigen Entwicklung „Bevölkerungsempfänger“. Sie decken ihre Evolution nur zum Teil aus eigenem Nachwuchs, durch „Stadtgebürtige“. Der „Jungbrunnen des ländlichen Bevölkerungsnachwuchses“ führt immer wieder überwiegend der Stadtbevölkerung neues Blut zu“. Für Berlin hat A. Böckh⁴ nachgewiesen (im Hinblick auf die Perioden 1886—1890, 1891 bis 1895 und das Jahr 1896), daß die Geburtenzahl hinter einer stationären Bevölkerung zurückblieb. Ohne Zuzug würde dort die Bevölkerung abnehmen. „Für andere Großstädte, die nach der augenblicklichen Konjunktur große Geburten-

¹ Ad. Wagner, Theoretische Sozialökonomik I (1907) 71. Zur Gebürtigkeit der deutschen Großstadtbevölkerung vgl. Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik XXXVIII (1914) 568 f. Über die Bedeutung der kleinen Stadt vgl. Soziale Kultur XXXI (1911) 451 ff.

² Handelsgeographie I 167.

³ Die Bevölkerung der Großstädte; Großstadt (1903) 104 81 ff.

⁴ Statistisches Jahrbuch der Stadt Berlin XXIV (1899) 57 ff.; XXVI (1902) 103.

überschüsse haben“, sagt v. Mayr¹, „würden sich andere Resultate herausstellen. Im ganzen aber wird es wohl dabei bleiben, daß jedenfalls die größten der Großstädte aus eigenem Nachwuchs nicht einmal auf dem Niveau der errungenen Bevölkerungsgröße sich zu erhalten vermögen.“ Ist denn aber nicht die Heiratshäufigkeit in der Großstadt größer als im übrigen Reich? Gewiß, der Wanderungszuschuß vom Lande kommt meist in den rüstigsten Jahren zur Stadt, weshalb auch in den Städten die Altersklassen vom 20. bis 40. Lebensjahre einen relativ viel breiteren Raum einnehmen als auf dem Lande. Diese Lebensjahre sind aber dieselben, in denen die Menschen gewöhnlich die Ehe eingehen. Dennoch entspricht jener Tatsache keineswegs, wie man erwarten sollte, im allgemeinen eine höhere Geburtenziffer. Kamen im Jahre 1900 im ganzen Reiche auf je 1000 Einwohner 36,8 Geburten, so war wenigstens in 27 Großstädten die Geburtenziffer eine geringere, in Berlin sogar auf 27,7 ‰ gesunken (1904: 35,2 ‰ bzw. 25,3 ‰).

Brentano und seine Schüler weisen darauf hin, daß die Großstädte im allgemeinen sich einer günstigeren Sterbeziffer erfreuen als das Land. Im Jahrzehnt 1891—1900 hat die allgemeine Sterbeziffer im Deutschen Reich 23,5 auf 1000 Einwohner betragen, im Jahre 1900 23,2; Berlin ist mit nur 20,2 bzw. 20,0 vertreten. Dresden hatte im Jahre 1900 die Ziffer 20,7. Über dem Reichsdurchschnitt standen im Jahre 1900: Breslau (27,4), Chemnitz (26,6), Danzig (29,2), Essen (25,8), Köln (24,5), Königsberg (29,5), München (26,4), Stettin (26,7). Mag nun auch für die bedeutendsten Großstädte die Sterbeziffer sich günstiger gestalten, so darf uns das nicht wundern². Denn die im Überschuß in der Großstadt vertretenen rüstigeren Altersklassen sind dem Sterben sehr viel weniger ausgesetzt als der in geringerem Maße vertretene Kinderbestand und die gleichfalls minder vertretenen Älteren und Ältesten. Vergleicht man nicht die Sterbeziffer für alle Bewohner zugleich, sondern zieht man die Sterbefälle aus den einzelnen Altersklassen für den Vergleich in Betracht, so erscheinen die Verhältnisse in den Großstädten nicht ganz so günstig. Im Jahre 1898 zum Beispiel starben von Kindern des ersten Lebensjahres in den deutschen Großstädten 222, außerhalb derselben nur 205 auf 1000 Lebendgeborene. Auf je 10 000 Kinder im Alter zwischen 1 und 15 Jahren starben in den Großstädten 105, sonst 93. Im Alter von 15 bis 60 Jahren starben in den Großstädten 88, außerhalb derselben 85 auf je 10 000 Lebende. Für die Personen über 60 Jahren kam in den Großstädten seltener Altersschwäche als Todesursache vor, häufiger Steinbildung (Krebs), entzündliche Krankheit der Atmungsorgane u. dgl. In den Großstädten wurden von je 10 000 geborenen Kindern 332, sonst 319, als totgeboren angemeldet³.

Westergaard und Ballod finden die Ursache der weniger günstigen Gesundheits- und Sterblichkeitsverhältnisse der Stadt in der ungünstigeren wirtschaftlichen Lage eines großen Teils der Stadtbevölkerung⁴. Alle Anerkennung verdienen

¹ A. a. O. 136.

² G. v. Mayr a. a. O. 132 f.

³ Medizinalstatistische Mitteilungen aus dem Kaiserlichen Gesundheitsamt VI (1901). Koch in Stimmen aus Maria-Laach LXVII (1904) 150.

⁴ H. Westergaard, Die Mortalität und Morbidität (1882). Karl Ballod, Die Lebensfähigkeit der städtischen und ländlichen Bevölkerung (1897); Die mittlere Lebensdauer in Stadt und Land (1899). Georg Hansen (Die drei Bevölkerungsstufen [1889] 323) meinte, die Städte würden in zwei Generationen die von dem Lande Zuwandernden auf-

selbstverständlich die hygienischen Bemühungen der Stadtverwaltungen, denen nicht zuletzt die fortschreitende Minderung der großstädtischen Sterbeziffern zu danken ist.

Die Citybildung in den deutschen Großstädten. Die Ausnutzung des Stadtkerns für Geschäftsräume, Bankpaläste, Hotels, Warenhäuser, Theater, Rathäuser, Anstalten, staatliche und gemeindliche Verkehrsgebäude u. dgl. hat in den Großstädten die inneren Stadtteile aus Wohnvierteln in Geschäfts- und Verkehrsviertel umgewandelt. Diese Erscheinung, die in der Weltstadt London (City) in besonders typischer Weise zutage tritt, wird als „Citybildung“ bezeichnet. Die Wohnbevölkerung (Schlafbevölkerung) nimmt im Zentrum der Großstadt fortschreitend ab, während sie nach der Peripherie hin sich verdichtet. Die Londoner Citybevölkerung betrug nach den allgemeinen Reichszählungen im Jahre 1801 noch 128 129 Einwohner, im Jahre 1901 nur mehr 26 923 Einwohner. Den ähnlichen Vorgang in den deutschen Großstädten hat der Mannheimer Stadtbeirat Schott im 14. Jahrgang des „Statistischen Jahrbuchs deutscher Städte“, auf Grund statistischen Materials von 1871 an, für deutsche Verhältnisse nachgewiesen¹.

brauchen. Auf den Vergleich der militärischen Tauglichkeit in Stadt und Land können wir nicht eingehen. Zu beachten bleibt, ob nicht ein großer Teil der in der Stadt ausgehobenen und eingestellten Soldaten unmittelbar von landwirtschaftlichen Eltern abstammt (Ballod). Vgl. übrigens L. Brentano und R. Kuczynski, Die heutige Grundlage der deutschen Wehrkraft (1900). — M. Serings Referat auf der 30. Plenarversammlung des Deutschen Landwirtschaftsrates, im Archiv des Deutschen Landwirtschaftsrates XXVI (1902) 48 ff.; das Korreferat von Freiherrn v. Cetto-Reichertshausen 64 ff. G. v. Mayr, Die Bevölkerung der Großstädte: Großstadt (1903) 122 f. L. Brentano, Der Streit über die Grundlage der deutschen Wehrkraft (1906), und Ballods Besprechung dieser Schrift in Schmollers Jahrbuch XXXI (1907) 381 ff. Erich Wellmanns (unter Serings Leitung angestellte) Untersuchungen (Abstammung, Beruf und Heeresersatz in ihrem gesetzlichen Zusammenhange [1907]) haben der Annahme eine neue Stütze verliehen, daß die landwirtschaftliche Bevölkerung und das Aufwachsen in ländlichen Verhältnissen die relativ beste Gewähr für einen zureichenden und kräftigen Nachwuchs bieten. Dagegen F. Prinzing, Der Prozentsatz der Militärtauglichen als Maßstab der körperlichen Entwicklung einer Bevölkerungsgruppe, in Zeitschrift für Sozialwirtschaft XI (1908) 20 ff. Über die Lebenskraft deutscher Städte vgl. Soziale Revue X (1910) 48 ff. Anton Heiner, Soziale Kultur in Stadt und Land, in Deutschland und der Katholizismus II (1918) 235 ff. Über Degeneration des Volkes in den Städten vgl. Zeitschrift für Sozialwissenschaft XII (1909) 759 f.; Ballod in Conrads Jahrb. XXXVIII (1909) 521 ff.; Hans Rost, Der Neomalthusianismus in den Städten, in Köln. Volkszeitung L (1909), Nr. 771, 12. Sept.

¹ Vgl. auch G. v. Mayr, Bevölkerungsstatistik (1897) 63 ff. Interessantes über Citybildung in Schmollers Jahrb. XXXIV (1910) 859 ff. Hans Rost, Die Citybildung in den deutschen Großstädten, in Kölnische Volkszeitung XLVIII (1907) Nr. 955, 4. November. Hermann Schmidt, Citybildung und Bevölkerungsverteilung in den Großstädten (1909). Die „City“, das Hauptgeschäftsviertel, deckt sich nicht überall ganz mit dem historischen Umfang der Altstadt. Häufig hat sich die City auch von dem alten Marktplatz in die Richtung nach den Bahnhöfen verschoben. Die City von London hat von dem höchsten je erreichten Einwohnerstand rund 118 000, die von Paris 90 000, von Berlin 30 000, d. i. die Hälfte des höchsten Bestandes, Leipzig 11 600 = zwei Fünftel des höchsten Bestandes an Einwohnern verloren. Wenn auch in schwächerem Maße, zeigen sich ähnliche Erscheinungen in den an die City angrenzenden Stadtteilen.

Übersicht des Bevölkerungsrückgangs in den Citystraßen.

		Einwohnerzahl der Citystraßen				
		1871	1880	1890	1900	1905
13 Städte mit Angaben seit 1871	absolut	116 017	109 411	105 570	94 387	83 438
	relativ	100	94,3	91,0	81,4	71,9
16 Städte mit Angaben seit 1880	absolut	—	162 697	156 729	139 496	122 424
	relativ	—	100	96,3	85,7	75,3
20 Städte mit Angaben seit 1890	absolut	—	—	215 545	195 131	171 792
	relativ	—	—	100	90,5	79,7
23 Städte mit Angaben seit 1900	absolut	—	—	—	210 995	184 659
	relativ	—	—	—	100	87,5

d) *Bedeutung der Großstädte.* Die Großstadt ist ein gewaltiger Faktor im Wirtschaftsleben des Volkes, von mächtigem Einfluß auf die Entwicklung der Produktion, des Verkehrs, des Handels. Hier verschärft sich die Konkurrenz, werden tüchtige Männer im Erwerbsleben gebildet, Pioniere des wirtschaftlichen Fortschrittes, Entdecker, Erfinder, Gründer und Leiter neuer Wirtschaftsexperimente, eine neue ökonomische Aristokratie¹. Hier sind wichtige Mittelpunkte geistiger Kultur; hier blühen die bedeutendsten Hochschulen, finden sich die größten Bibliotheken, eine große Schar hervorragender Lehrer unserer bis zum Übermaß spezialisierten Wissenschaften. Neben den Universitäten haben die polytechnischen Schulen, die Berg-, Forst-, Landwirtschafts- und Handelsakademien mit Vorliebe die Landeshauptstädte aufgesucht. Von der großstädtischen Presse geht mächtige geistige Anregung und geistige Beeinflussung ins Land zum Segen oder zum Fluche auch nach der wirtschaftlichen Seite hin. Hier in der Großstadt besitzen die Künste den relativ günstigsten Standort. Als Luxusgewerbe — nationalökonomisch gesprochen — sind sie, nach den Gesetzen des Luxusmarktes, für ihr Gedeihen an die zahlungsfähigere und genußsüchtigere Bevölkerung der Städte und namentlich der Großstädte gewiesen.

Kurz und treffend hat Adolf Weber in seiner Schrift: „Die Großstadt und ihre sozialen Probleme“² den Zusammenhang der Großstadt mit dem wirtschaftlichen Bedürfnisse der Gegenwart und ihre wirtschaftlichen Vorzüge für die Zeit vor dem Weltkriege gezeichnet. Er sagt: „Die Großstadt ist eine Schöpfung unserer modernen wirtschaftlichen Kultur, die sie aber gleichzeitig in hervorragendem Maße mitzutragen berufen ist durch Beteiligung an der großartigen Reichtumsvermehrung in unsern Tagen. Man drängt sich in der Großstadt zusammen, um sich besser in die Hände arbeiten zu können; wir haben im Wirtschaftsleben der Gegenwart eine wunderbare, weitverzweigte Arbeitsteilung, und diese Arbeitsteilung vermag besser zu funktionieren da, wo die Menschen zusammengedrängt sind, als wo sie zersplittert wohnen; in einer Großstadt ist deshalb die Warenerzeugung billiger, die Produktivität der Arbeit größer. Der Verbrauch ist in der Großstadt ein Massenverbrauch, der durch

¹ Wagner, Grundlegung I³ 797 ff.

² 1908, 7 ff.; ³ 1918, 11 ff.

seine Gleichartigkeit und seine Mannigfaltigkeit viel billiger befriedigt werden kann als wie der individuelle Bedarf auf dem Lande und in den kleineren Städten. Damit mag es wohl auch zusammenhängen, daß in der Großstadt ein immer größerer Teil des nationalen Reichtums sich ansammelt und daß dorthin immer mehr die Leitung unserer heimischen Produktion verlegt wird. Die Aktiengesellschaften, die Banken und Börsen haben in der Großstadt ihren Sitz und ziehen immer mehr dorthin; ihnen folgen zahlreiche reichgewordene Provinzler, teils um das großstädtische Genußleben mitzumachen, teils um durch ‚Spekulieren‘ ihren Reichtum zu vermehren. 1851 hatte der Höchstbesteuerte in Berlin ein Einkommen von 64 000 T, 1905 gab es schon 250 Berliner, die ein höheres Einkommen zu verzeichnen hatten. 1851 gab es in Berlin erst 6 Taler-millionäre, im Jahre 1900: 638. Diese Reichtumskonzentration in der Großstadt hat sozial gewiß ihre großen Schattenseiten, aber rein wirtschaftlich betrachtet doch auch wieder ihre Vorzüge. Das Kapital kann, weil es so dicht zusammen ist, besser kontrolliert und vor allem besser kommandiert werden dahin, wo seine Anlage am lohnendsten ist und wo es volkswirtschaftlich am besten verwandt werden kann. Aber nicht nur aus dem Kapital wird in der Großstadt herausgeholt, was herausgeholt werden kann, auch die wirtschaftliche Intelligenz des einzelnen wird nicht selten viel mehr entfaltet als in der kleinen Provinzstadt und auf dem Lande. Das Handwerk vermag sich in der Provinz nicht in dem Maße zu spezialisieren und damit technisch zu vervollkommen wie in der Großstadt. In der Großstadt verfügen ferner nicht selten die Fachschulen der großen Handwerksverbände über besonders tüchtige technische Lehrkräfte und vortreffliches Lehrmaterial. Die scharfe Konkurrenz einerseits, der offenbare Erfolg der Tüchtigeren andererseits spornt an und reißt demjenigen die Zipfelmütze ab, der sie in der Provinz zeitlebens auf dem Kopfe behalten hätte. Ein hervorragender Industrieller — Oechelhäuser — sagte einmal nicht ohne Grund: „Das Tempo des Denkens und des Handelns steigert sich mit der Bevölkerungszahl.“

Schmoller meint¹, das Land liefere einfachere, schlichtere, bescheidenere, kräftigere Menschen, die Stadt klügere, beweglichere, geistig entwickeltere, körperlich schwächere, aber nervös ausgebildete Menschen. Auf der andern Seite wird wiederum bezweifelt, ob Stadt und Großstadt die eigentlichen „Lieferanten“ des Geistes seien. Dietrich Schäfer wenigstens sagt²: „Die Großstadt kann und muß die Stätte des Wirkens (eines großen Mannes) sein, sie ist nicht die Stätte seines Werdens.“ Ohne den Zuzug vom Lande würde das geistige Leben dort verflachen. „Nur unter den einfachen, aber großen und tiefen Eindrücken, die der innige Verkehr mit der Natur und dem Menschenleben in die Seele des Werdenden senkt, kann jene Kraft und Nachhaltigkeit, jene Entwicklungsfähigkeit des geistigen Lebens gewonnen werden, die unerläßlich sind für wahrhaft selbständige und schöpferische Tätigkeit.“

Wir sagen nur Bekanntes, wenn wir noch erwähnen, welche Gegensätze, welch ungeheuerliches materielles, geistiges, sittliches Elend sich in der Großstadt zusammenfindet, die hehrste Tugend und charakterloses Strebertum, unbeugsame Überzeugungstreue und die elendeste Menschen-

¹ Grundriß I 277.

² Jahrbuch der Gehe-Stiftung Heft 9, 280. H. Koch in Stimmen aus Maria Laach LXVII (1904) 283 ff.

furcht, Selbstaufopferung und unmittelbar daneben die bis zum Verbrechen brutale Selbstsucht. Je mehr eine gründliche Sanierung der sozialen und wirtschaftlichen Lebensbedingungen voranschreitet, je mehr gleichzeitig die idealen Faktoren, Religion¹, Sittlichkeit, geistige Hebung der Massen, zur Geltung gelangen, um so eher werden die Großstädte in Wirklichkeit das Lob verdienen, das ihnen von begeisterten Freunden vielleicht in überreichem Maße gespendet wird; mit um so größerem Rechte dürfen wir dann auch die Großstadtbildung zu den Ursachen und nicht, wenigstens teilweise, zu den Hindernissen der allgemeinen Volkswohlfahrt rechnen. Den wahren Inhalt des „Großstadtproblems“ hat Adolf Weber in die Worte zusammengefaßt: „Das Gute an der Großstadt erhalten und das Schlechte bekämpfen.“²

Neben den Bewohnern der Städte bewahrt der Bauernstand seine volle, große Bedeutung, nach dem Weltkriege um so mehr. Er bleibt der „Nährstand“ im hervorragenden Sinne, ist innig verwachsen mit dem Boden der Heimat, weit inniger als der Städter. In sozialer und politischer Hinsicht stärkt er „die Mächte des Beharrens“ (Riehl), ist in sich, bei geringerer Arbeitsteilung, einheitlicher, geschlossener, bietet nicht den gleichen Boden für Klassenkämpfe wie die zerklüftete städtische Bevölkerung, bildet das kräftigste Element unseres Mittelstandes. Der Bauernstand ist der „Jungbrunnen der physischen und sittlichen Volkskraft. Die Arbeit, anspannend, in freier Natur, voll Wechsel und Anregung, stählt Geist und Körper. Die natürliche, einfache Lebensweise, fern von den Genüssen, Lockungen und Aufregungen der Stadt und Industrie, unterstützt durch Religiosität und Sittenstrenge, hält frisch, schafft Lebenskraft und frohen Sinn und sichert dem Familienleben reichen Inhalt und festen Bestand“³.

Noch sei an ein schönes Wort Georg v. Mayrs⁴ erinnert, das uns, mit Rücksicht auf eine glücklichere Zukunft Deutschlands, ganz aus der Seele gesprochen ist: „Der Großstädter, der Kleinstädter und der Landbewohner sind im Rahmen einer wohlausgestalteten nationalen Volkswirtschaft ebensowenig Gegner wie der Landwirt, der Industrielle, der Händler und der Rentner. Alle sind in ihrem Wohlergehen wechselseitig aufeinander angewiesen.“

106. Die Altersverteilung⁵. „Der Ewige lässet das Heer des menschlichen Geschlechtes in fest bestimmten Abteilungen aus dem Nichts er-

¹ Vgl. ebd. 293 ff. ² Die Großstadt und ihre sozialen Probleme (1908) 2; ³ (1918) 7.

³ Hitze, Agrarpolitik (1908) 2 ff. Richard Ehrenberg, Heimatpolitik (1908) 5 ff. Oskar Mulert, Vierundzwanzig ostpreußische Arbeiter und Arbeiterfamilien. Ein Vergleich ihrer ländlichen und städtischen Lebensverhältnisse (1908) 139 ff.

⁴ Die Großstadt 138.

⁵ Schmoller a. a. O. I 159 ff. Wagner, Grundlegung §§ 241 242; Theoretische Sozialökonomik I (1907) 57 ff. G. v. Mayr, Bevölkerungsstatistik (1897). M. Mendelson, Die Entwicklungsrichtungen der deutschen Volkswirtschaft (1913) 15.

scheinen; sie folgen sich, werden in jedem Stadium ausgemustert; die Abteilungen werden immer kleiner, bis sie nach Erreichung des einem jeden gesteckten Zieles wieder verschwinden“ (Süßmilk). Der normale Altersaufbau einer seßhaften Bevölkerung weist in den jüngsten Altersklassen die stärkste Besetzung auf, in den folgenden Altersklassen fortschreitend eine Minderbesetzung. Die Kinder erscheinen zunächst als eine „Belastung“ der arbeitsfähigen Bevölkerung. Sie, wie die Alten, verzehren nur. Viele Kinder gehen, trotz elterlicher Liebe, aus Mangel der rechten Pflege zugrunde. Und auch für die Alten sorgen alle möglichen Versicherungs-, Pensions- und sonstige Einrichtungen, um „die Last“ derjenigen zu erleichtern, die zur Pflege verpflichtet sind, deren wirtschaftliche Lage aber die Erfüllung dieser Pflicht erschwert. Indessen ist, was zunächst als „Last“ erscheint, unentbehrlich für den Fortschritt der Gesellschaft. Die Schwierigkeit, eine wachsende Bevölkerung unterzubringen, bildet den mächtigsten Antrieb zum Voranschreiten. Ohne den Schatz der Erfahrungen, der Reife des Urteils der Alten andererseits wäre Ordnung, Friede, Glück der Gesamtheit nur zu oft gefährdet. „Alle Festigkeit der Gesellschaft und alle geordnete Überlieferung ist bedingt durch die Autorität der Alten, ihre Zahl und ihre Lebensdauer; aller Fortschritt durch die frischere Kraft der Jungen.“¹

Die mittleren Altersklassen, vom 20. bis 60. Lebensjahre, umfassen die große Masse der voll arbeitsfähigen, produktiven Personen². Sie machen bei den heutigen Kulturvölkern meist 41—52% der Bevölkerung aus, die jugendlichen Klassen bis zu 20 Jahren 34—50%, die über 60jährigen 8—13%. Ohne Zweifel darf die Verlängerung des Lebens, die reichere Besetzung der höheren Altersklassen als ein Kulturfortschritt betrachtet und erstrebt werden. Aber er muß sich verbinden mit einer entsprechenden Zunahme der Gesamtzahl des Volkes durch das Wachstum der jüngeren Altersklassen. Wo die Gesamtzahl kaum zunimmt, wird auch die reichlichere Besetzung der höheren Altersklassen nicht mehr als sicheres Zeichen wahren Fortschrittes der ganzen Nation gelten können (Frankreich!).

Kriege rafften Männer in den besten Jahren weg, Krankheiten mehr jüngere und ältere Leute, die Auswanderung wiederum Volkselemente im leistungsfähigen Alter, vor allem Männer. Wenn Irland durch die Auswanderung große Massen verlor, so mußte das eine anormale Altersgliederung der Zurückgebliebenen bewirken. Wie die Altersverteilung, so ist ebenfalls

107. die Geschlechtsverteilung³ volkswirtschaftlich (im Hinblick auf die Leistungsfähigkeit eines Volkes) von nicht geringer Bedeutung. Inner-

¹ Schmoller, Grundriß I 160.

² Giorgio Mortara, Über die Dauer des ökonomisch-produktiven Lebens und ihre Beziehung zur Sterblichkeit; vgl. Conrads Jahrb. XXXVI (1908) 664 ff. Mortara läßt mit 15 Jahren das ökonomisch-produktive Leben beginnen.

³ Wagner, Theoretische Sozialökonomik I 56 f. Schmoller a. a. O. I 162 ff.

halb des Familienverbandes wird die Stellung des Geschlechtes notwendig verschieden sein. Auch für Produktion und Konsumtion ergeben sich für jedes Geschlecht Besonderheiten. Zwei Ursachen bestimmen das Verhältnis der Zahl männlicher und weiblicher Individuen: einmal der Anteil beider Geschlechter an der Zahl der Geborenen, anderseits die Verschiedenheiten in bezug auf Sterblichkeit und Wanderungen beider Geschlechter. Auf 100 Mädchen kommen heute bei den meisten Kulturvölkern in der Geburt 104—106 Knaben¹; doch ist die Sterblichkeit der Knaben bis zum 20. Lebensjahre durchgängig etwas größer, so daß im zeugungsfähigen Alter für gewöhnlich ein gewisses Gleichgewicht der Geschlechter erreicht wird (Monogamie!). Starke Auswanderung von Männern oder verheerende Kriege führen zu einem Weiberüberschuß bei dem betreffenden Volke; umgekehrt starke Einwanderung von Männern oder auch schlechte Lage des weiblichen Geschlechtes zu einem Männerüberschuß. Bei primitiven Völkern, zumal den südlichen, dürfte etwa die Hälfte der Bevölkerung verheiratet oder verwitwet sein (Schmoller), bei den Kulturvölkern wohl nur 33—39% der ganzen Bevölkerung, zum Teil deshalb weniger, weil hier die wirtschaftliche Existenz schwieriger geworden. Die Erziehungs- und Vorbereitungszeit ist länger, die Anforderungen an die Leistungen des einzelnen sind höher. Im Norden ist auch die Geschlechtsreife eine spätere. Im erwachsenen Alter wird für die Männer die Sterblichkeit etwas größer als für die Weiber, namentlich aber im Greisenalter. Kurz, es gibt mehr Knaben als Mädchen in dem jugendlichen Alter; dann folgt annähernd Gleichgewicht zwischen beiden Geschlechtern im erwachsenen Alter; mit zunehmendem Alter stellt sich ein Überschuß der weiblichen Bevölkerung ein, der im Greisenalter beträchtlich wird (über 80 Jahre 30—50% mehr alte Weiber). In der Gesamtbevölkerung sind schließlich dann doch wieder annähernd beide Geschlechter an Zahl einander gleich². Nach dem Weltkriege und dem gewaltigen Männersterben ist natürlich der Überschuß der weiblichen Bevölkerung stark emporgeschnellt.

108. Die Berufsverteilung wird aus Volkszählungen, Gewerbezahlungen, am besten aus der besondern Berufszählung (in Deutschland 1882, 1895, 1907) erkannt. Sie offenbart den einem Gebiete und Volke eigentümlichen volkswirtschaftlichen Charakter, die tatsächliche Verwertung der ökonomischen Hilfsquellen, in ihrem Wandel Richtung und Maß der weiteren Entwicklung, durch ihre Scheidung zwischen Selbständigen und Abhängigen (Angestellte, Privatbeamte, Arbeiter) auch die soziale Schichtung usw.

¹ Von 1900 auf 1905 war in Deutschland der Frauenüberschuß um einen Bruchteil zurückgegangen, so daß 103,2 im Jahre 1900, dann nur noch 102,9 Weibliche auf 100 Männliche entfielen.

² Wagner, Grundlegung § 243 ff.; Theoretische Sozialökonomik 63 ff.

Der Handelsgeographie¹ von Max Eckert entnehmen wir folgende Tabelle:

Die Erwerbstätigen der wichtigeren Länder (nach ihrem Beruf).
Von 100 Erwerbstätigen gehörten (im letzten Jahrzehnt des 19. Jahrhunderts) zu jeder Berufsabteilung:

Staaten	Land- u. Forstwirtschaft, Fischerei	Industrie und Bergbau	Handel u. Verkehr (Gast- u. Schankwirtschaft)	Armee und Marine	Sonstiger öffentlicher Dienst u. freie Berufe	Häusliche (persönliche) Diensthofen	Sonstige Erwerbstätige
1	2	3	4	5	6	7	8
Deutsches Reich	37,5	37,4	10,6	2,8	3,6	6,1	2,0
Österreich	64,3	21,9	6,4	1,4	2,5	3,5	—
Ungarn	58,6	12,6	3,3	1,5	2,1	4,9	17,0
Schweiz	37,4	40,7	10,7	0,1	3,8	6,2	1,1
Frankreich	44,3	33,6	9,4	2,6	4,3	4,6	0,7
Belgien	22,9	38,2	11,6	1,7	— ²	—	—
Niederlande	30,7	33,7	17,2	1,0	5,4	10,3	1,7
Großbritannien und Irland	15,1	53,7	10,0	1,0	6,4	13,8	—
Dänemark	27,1	23,9	8,2	1,0	5,3	25,8	8,7
Schweden	54,0	15,0	5,8	2,3	2,6	13,6	6,7
Norwegen	49,6	22,9	11,7	0,5	3,0	10,5	1,8
Italien	56,7	27,6	3,9	1,0	3,3	3,9	3,6
Vereinigte Staaten	35,9	24,1	16,3	0,4	4,3	19,0	—

Erwerbstätig waren nach der deutschen Berufszählung von 1882: 33,99%, 1895: 40,12% und 1907: 43,46%. Nach der Berufszählung vom 14. Juni 1895 gehörten von der Bevölkerung des Deutschen Reiches der Landwirtschaft, Gärtnerei und Tierzucht, Forstwirtschaft und Fischerei an 35,74% (1882 noch 42,5), der Industrie, dem Bergbau und Hüttenwesen, Bauwesen 39,11% (1882: 35,51), dem Handel und Verkehr 11,53% (1882: 10,01), dem Militär- und Zivildienst, den sog. freien Berufen 1895: 5,48% (1882: 4,92). Auf häusliche Dienste und Lohnarbeit wechselnder Art kamen 1895: 1,71% (1882: 2,07). Ohne Beruf und Berufsangabe waren 1895: 6,43% (1882: 4,97). Nach der Berufszählung von 1907 gehörten von 100 Einwohnern zur Abteilung A. Landwirtschaft 28,6, zur Abteilung B. Industrie 42,8, zu C. Handel 13,4, zu D. Lohnarbeit 1,3, zu E. Öffentlicher Dienst 5,5, zu F. Ohne Beruf 8,4.

Die agrarische Quote betrug für das frühere Österreich in 1900: 58,2% (gegen 64,3 in 1890), für Ungarn (mit Kroatien und Slavonien) in 1900: 63,6% (gegen 69,9 in 1890), für die Schweiz in 1900: 34,3% (gegen 37,4 in 1882); für

¹ I 166 f. Die Angaben weichen von sonstigen etwas ab. Bodenständige Berufsarten sind Land- und Forstwirtschaft, Fischerei und Jagd, Bergbau und diejenigen Industrien, welche die von den bodenständigen Berufsarten geförderten Erzeugnisse an Ort und Stelle verarbeiten. Ortsständig, von der Lage des Ortes abhängig, sind mehr die Berufe des Handels und Verkehrs. Auch Schiffsbau, Speditionsgeschäft, Bankgewerbe gehören zu den ortsständigen Berufen. Lehr- und Wehrstand, ferner diejenigen Gewerbe, welche die Bedürfnisse des täglichen Lebens befriedigen (Fleischer, Bäcker, Schneider, Schuster usw.) sind allgemein verbreitete Berufsarten.

² In Belgien (Sp. 6, 7, 8 zusammen) 25,6.

Frankreich in 1896: 44,3 % (gegen 40,0 in 1891), für Großbritannien und Irland in 1900: 12,4 % (gegen 14,0 in 1890), in England und Wales allein nur 8,0 % (gegen 10,4 in 1890), in Irland 1900: 44,6 % (gegen 44,0 in 1890), in Belgien 1900: 21,1 % (gegen 22,9 in 1890). In der amerikanischen Union in 1900: 35,9 % (gegen 38,0 in 1890).

Wir wenden unsere Aufmerksamkeit nunmehr der Bevölkerungsbewegung zu, den Änderungen in der Volkszahl durch Geburt und Tod, den räumlichen Bewegungen, der Binnenwanderung, der Ein- und Auswanderung. Die Zunahme der Bevölkerung und deren Beziehung zum Volkswohlstande, das Bevölkerungsproblem, steht dabei im Mittelpunkt unserer Erwägungen.

§ 2.

Wachstum der Bevölkerung und Bevölkerungsprobleme.

Literatur: Vgl. die Literatur zum vorigen Paragraphen. — Friedrich Prinzing, Bevölkerungsgesetz, im Allgemeinen Statistischen Archiv VI 2 (1904), 1 ff. — Ders., Medizinische Statistik (1906) 15 ff. — Zur Bevölkerungsgeschichte die Forschungen von Mommsen, Böckh, Pöhlmann, Bücher, Lamprecht, Inama-Sternegg, Beloch usw. — Eduard van der Smitten, La population (1893) 31—149. — Mombert, Studien zur Bevölkerungsbewegung in Deutschland in den letzten Jahrzehnten mit besonderer Berücksichtigung der ehelichen Fruchtbarkeit (1907). — Sombart, Die Bevölkerungsbewegung in den europäischen Hauptländern, in „Woche“ IX (1907) 623 ff. — Julius Wolf, Der Geburtenrückgang (1912). — Ders., Die Bevölkerungspolitik der Gegenwart (1918). — R. Kuczynski, Zur Statistik der Fruchtbarkeit, in Conrads Jahrbüchern XXXV (1908) 229 ff. — H. Muckermann, Die Erblchkeitsforschung und die Wiedergeburt von Familie und Volk (Heft 11 der Flugschriften der „Stimmen der Zeit“ 1919). — Oldenberg, Über den Rückgang der Geburten- und Sterbeziffer, in Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik XXXII (1911) 319 ff. — Schriften der Zentralstelle für Volkswohlfahrt: Die Erhaltung und Mehrung der deutschen Volkskraft (Heft 12 der neuen Folge, 1915). — Ehe und Volksvermehrung (M.-Gladbach) mit den drei Schriften: Mausbach, Ehe und Kindersegen; Sticker, Geschlechtsleben und Fortpflanzung; Hitze, Geburtenrückgang und Sozialreform (1916). — Faßbender, Des deutschen Volkes Wille zum Leben (1917). — Seeberg, Volkserhaltung und Volksvermehrung (1916). — Bumm, Das deutsche Bevölkerungsproblem (Rektoratsrede; 1917). — Auswanderung, in Monatschrift für christliche Sozialreform XXIX (1907) 437 ff. — Sacher, Auswanderung, im Staatslexikon I³ (1908) 471—498. — Die entsprechenden Artikel im Handwörterbuch der Staatswissenschaften und im Wörterbuch der Volkswirtschaft mit Literaturangaben. Die statistischen Jahrbücher. Erhebungen der Vereinigung für Familienwohl in Düsseldorf usw.

109. Faktoren der Bevölkerungsvermehrung. Die Vermehrung der Bevölkerung hängt ab von vielerlei Momenten, die sich auf die Natur des Menschen, die äußere Natur, geschichtliche Zustände und Ereignisse, sittliche und gesellschaftliche Institutionen, wirtschaftliche Verhältnisse und Möglichkeiten verteilen.

1. Natürliche Momente. a) Die physiologische Fruchtbarkeit des weiblichen Geschlechtes¹ umfaßt, allgemein gesprochen, etwa

¹ Vgl. Prinzing, Bevölkerungsgesetz, im Allgemeinen Statistischen Archiv VI 2 (1904), 1 ff., eine zugleich bevölkerungsstatistische und bevölkerungs-
Pesch, Lehrbuch der Nationalökonomie. II.

die Zeit vom 18. bis 45. Lebensjahre. Doch nimmt die Fruchtbarkeit der Frau nicht selten derart ab, daß nach 10—15jähriger Ehe bereits eine Geburt nicht mehr erfolgt. Bei den Naturvölkern, wo die Kinder mindestens zwei Jahre gestillt werden, kann vom 18. bis 30. Lebensjahre von der Frau alle drei Jahre ein Kind geboren werden — neun Monate gehören zum Austragen —, vom 31. bis 45. Jahre alle vier Jahre. Das sind freilich nur Annahmen. Wo sie zutreffen, würden (mit Einschluß der Totgeborenen) von derselben Frau 8—9 Kinder geboren werden können. Tatsächlich wird diese Zahl selten erreicht, wenn anderseits sich auch Frauen finden, die 18—20 mal geboren haben. Nach Bökh betrug in Berlin 1885 die durchschnittliche Kinderzahl aller Ehen 4,1 Kinder (inkl. der Gestorbenen), nach Rubin und Westergaard in Kopenhagen 1878 bis 1882 bei einer Ehedauer von mehr als 25 Jahren 4,9 Kinder. Nach Prinzing's Berechnungen¹ war in Deutschland 1894—1897 die durchschnittliche Kinderzahl länger dauernder Ehen in den Städten geringer als auf dem Lande; sie betrug in vier größeren preußischen Bezirken (Rheinland, Westpreußen, Posen, Reg.-Bez. Oppeln) 5,0 auf dem Lande.

b) Angeborene oder erworbene² Sterilität ist bei beiden Geschlechtern nicht so selten. Nach Prinzing ist anzunehmen, daß etwa 10—12% aller Ehen unfruchtbar sind. In Berlin waren 1885 von 100 Ehen bei einer Ehedauer von 20 bis 25 Jahren 12,3, in Rio de Janeiro 1890 11,4 kinderlos³.

c) Wahrscheinlich zeigt die Fruchtbarkeit der Rassen gewisse Unterschiede. Beim Zusammentreffen mit der Kultur verschwinden Indianer und Australneger, nicht so die Neger, die sich großer Fruchtbarkeit erfreuen⁴. Polygamie schränkt die weibliche Fruchtbarkeit ein, ebenso übermäßig langes Stillen der Kinder (bei Indianern zuweilen 3—4 Jahre). Auch bei Naturvölkern findet sich die absichtliche Beschränkung der Kinderzahl⁵.

d) Wie sehr die Natur den Bedürfnissen des Menschen entspricht, ergibt sich auch aus der physiologischen Bemessung der Lebensdauer. Im allgemeinen dürfen die zuletzt geborenen Kinder die elterliche Sorge und Obhut noch so lange genießen, bis sie ihren Unterhalt selbst er-

theoretische Abhandlung, die sich mit den Ursachen der Volksvermehrung beschäftigt und zugleich statistisches Material bietet. Prinzing ist Arzt und ebenfalls tüchtiger Statistiker.

¹ Vgl. Zeitschrift für Sozialwissenschaft IV (1901) 190.

² Z. B. Gonorrhöe macht Männer steril, auch Frauen, dann Kindbettfieber, Entzündung der Gebärmutter usw.

³ J. Bertillon, Nombre des enfants par famille, in Journal de la société de Statistique XLII (1901) 130. Prinzing, Bevölkerungsgesetz, im Allgemeinen Statistischen Archiv VI 2, 6.

⁴ Ratzel, Völkerkunde I* (1894) 672 ff.

⁵ R. Lasch, Über Vermehrungstendenz bei den Naturvölkern und ihre Gegenwirkungen, in Zeitschrift für Sozialwissenschaft V (1902) 81 ff. Ratzel a. a. O. I* 349.

werben und gegen fremde Übergriffe sich selbst verteidigen können¹. Bei Naturvölkern mag dieser Zeitpunkt für den männlichen Nachwuchs kaum vor dem 20. Lebensjahr eintreten. Ist nun die Frau bis etwa zum 45. Lebensjahr konzeptionsfähig und der Gatte gewöhnlich um einige Jahre älter als die Frau, so muß die physiologische Lebensdauer zwischen 65 und 70 Jahren schwanken, damit der letzte von der Frau im Alter von 45 oder 46 Jahren geborene Sohn noch 20 Jahre der elterlichen Fürsorge genießen könne. Tatsächlich entspricht die Lebenserwartung des 50jährigen Mannes ungefähr dieser Forderung. Denn die Zahl der Jahre, die der Mann im 50. Lebensjahre voraussichtlich noch zu durchleben hat, ist (nach Prinzing) in

Deutschland . . .	1871—1881	18,0 Jahre
den Niederlanden . . .	1880—1889	20,5 „
England	1881—1891	18,8 „
Schweden	1881—1890	21,9 „
Norwegen	1881—1891	23,1 „
Italien	1876—1887	19,4 „
Indien	1881—1891	14,3 „

e) Gewisse natürliche Eigenschaften des Menschen sind ferner für die Bevölkerungsentwicklung von großer Bedeutung: Geschlechtstrieb, Kinderliebe, Selbstliebe und Selbsterhaltungstrieb. Die Geschlechtsreife tritt beim Weibe in Nordeuropa meist mit dem 15. bis 16. Lebensjahr ein, in Deutschland im 15., in Norditalien im 14., in Süditalien im 13. Lebensjahre, in Persien, der Türkei, Arabien oft schon im 10. Lebensjahre, ebenso in Polynesien und Australien, bei den Negerinnen meist erst nach dem 13. Lebensjahre, bei den Chinesen, Japanern, Hindus im 14.—15. Jahre. Beim Manne kommt weniger die Geschlechtsreife als die wirtschaftliche Selbständigkeit für den Zeitpunkt der Familiengründung in Betracht. Vernünftige Selbstliebe, die Rücksicht auf das Schicksal von Frau und Kindern setzen den Forderungen des Geschlechtstriebs eine Grenze. Bei den Kulturvölkern, wo die wirtschaftliche Existenz nicht ohne weiteres gegeben ist, erscheint daher die Möglichkeit, sich zu verheiraten, praktisch nicht wenig hinausgeschoben; auch bei Naturvölkern, wo Kaufehe besteht und der Kaufpreis hoch ist². Was wäre das Menschengeschlecht ohne die Liebe der Eltern, die Mutterliebe? Es gäbe freilich kein Bevölkerungsproblem, weil eben das Menschengeschlecht hätte aussterben müssen. „Die Trägheit, körperlich und geistig“, sagt Roscher³, „ist so verbreitet, daß vielleicht die Mehrzahl ewig genügsam in dem vorgefundenen Wirkungs- und Nahrungskreise verharren würde, wenn nicht

¹ Vgl. auch Ballod, Die mittlere Lebensdauer in Stadt und Land (1899) 23 ff.; Prinzing a. a. O. VI 2, 10 f.

² Ratzel a. a. O. I 556.

³ Grundlagen der Nationalökonomie § 253.

so mächtige und allgemeine Reize wie der Geschlechtstrieb und die Kinderliebe zu dessen Erweiterung nötigten.“

2. *Historische Faktoren.* Außer diesen in der natürlichen Anlage des Menschen begründeten biologischen und ähnlichen Momenten, die auf die Fortpflanzung, Erhaltung und Vermehrung des menschlichen Geschlechtes Einfluß ausüben, hängt die Höhe der Bevölkerung eines Landes von seinen geographischen Verhältnissen ab, wie sich unmittelbar aus unsern früheren wirtschaftsgeographischen Erörterungen ergibt. Dazu kommen nun noch die historischen Faktoren, vor allem

a) der Grad der wirtschaftlichen Entwicklung, den das Land erreicht hat. Auf Jagd und Viehzucht wird, *ceteris paribus*, geringere Volksdichtigkeit sich gründen als auf Ackerbau. Ein Gebiet mit ackerbauender Bevölkerung wird diesbezüglich wiederum hinter einem Industrieland zurückstehen. Ein altes Kulturland ferner wird, alle andern Umstände als gleich angenommen, eine dichtere Bevölkerung haben als ein junges Kolonialland. Europa ist dichter bewohnt als Nordamerika, und in Nordamerika nimmt die Volksdichte vom Atlantischen Ozean zu dem Felsengebirge hin ab. Dazu kommen dann noch

b) soziale und politische Verhältnisse, die, unter den historischen Faktoren, neben den wirtschaftlichen für das Wachstum der Bevölkerung und für den Verdichtungsprozeß von wesentlicher Bedeutung sind¹. — Nach Beloch war Griechenland im 4. Jahrhundert v. Chr. am dichtesten bevölkert, zu Cäsars und Augustus' Zeiten aber so schwach, daß dem Boden die Bebauer fehlten. Hauptsächlich politische Gründe hatten diesen Zustand herbeigeführt: die fortgesetzten Bürgerkriege, der Siegeszug Alexanders d. Gr., der den Hellenen den Osten erschloß, zahlreiche Auswanderungen dorthin, nach Ägypten, Kleinasien. Wie heute Irland, so verlor damals Griechenland durch die Auswanderung einen großen Teil seiner Volkskraft. — Am Ende der Republik und zu Anfang der Kaiserzeit war die Bevölkerung in Italien viel geringer als früher. Hier waren die Ursachen des Rückganges namentlich der Zerfall der Sitten, die häufige Ehelosigkeit, Sklavenwirtschaft, die das Kleingewerbe zerstörte, die Aufsaugung der kleinen Bauerngüter durch den Latifundienbesitz. — Im Mittelalter geht das Wachstum nur langsam voran wegen großer Sterblichkeit bei den vielen Kriegen und Seuchen. Der Schwarze Tod allein raffte in drei Jahren (1347—1349) etwa 25 Millionen Menschen in

¹ Über die Verhältnisse früherer Zeiten fehlen genaue statistische Angaben. Einige Zahlen finden sich bei Schmoller, Grundriß I 168—171. Arthur v. Fircks, Bevölkerungslehre und Bevölkerungspolitik, in Frankenstein-Heckels Hand- und Lehrbuch (1898) 288—294. Namentlich vgl. die Aufsätze von Julius Beloch in Zeitschrift für Sozialwissenschaft II (1899) 505 ff.: Die Bevölkerung im Altertum; ebd. III (1900) 405 ff.: Die Bevölkerung Europas im Mittelalter; ebd. 665 ff.: Die Bevölkerung Europas zur Zeit der Renaissance. Auch Prinzing, Bevölkerungsgesetz im Allgemeinen Statistischen Archiv VI 2, 10 f.

Europa hinweg. Hundert Jahre wohl waren notwendig, um den Verlust zu ersetzen. — Die Pyrenäische Halbinsel verfügte nach Beloch zur Zeit des Kaisers Augustus noch über etwa 7 Millionen Bewohner. Später brachte die Völkerwanderung eine Minderung. Zur Blütezeit der arabischen Herrschaft hob sich die Zahl von neuem. Auch wirkte die Beendigung des 200jährigen Zwistes zwischen Kastilien und Aragonien durch deren Vereinigung auf die Volksvermehrung günstig ein. Die Zunahme der Bevölkerung hielt an in der Periode, wo Spanien voller Lebenskraft sich erfreute, in der Zeit der Entdeckung Amerikas. Um 1500 soll die Bevölkerung 11 Millionen betragen haben. Übermäßige Auswanderung, falsche Wirtschaftspolitik ergaben dann wieder eine Abnahme, wenn auch die Schätzung der Bevölkerung auf 6,75 Millionen um 1575 wohl zu niedrig ist. Die Zählung von 1787 ergab für Spanien ohne Portugal 10,2 Millionen. — Zu Cäsars Zeit war Frankreich relativ stark bevölkert mit etwa 6 Millionen. Die Völkerwanderung verursachte eine Abnahme. Für Karls d. Gr. Zeit nimmt Beloch 8 Millionen an, für die Blüteperiode der Kapetinger um 1328 etwa 14 Millionen (Levasseur 20—22 Millionen, wohl zu hoch). Der Schwarze Tod, der Hundertjährige Krieg mit England brachten einen starken Rückgang. Um die Mitte des 15. Jahrhunderts war die Bevölkerung niedriger als 1328. Im Jahre 1560 betrug die Zahl der Einwohner etwa 16 Millionen, Ende des 17. Jahrhunderts 19—20 und 1806 29 Millionen. — England hatte zu Anfang des Mittelalters eine geringe Bevölkerung, die in der Folge nur langsam stieg. Im Jahre 1086 mag sie etwa $1\frac{1}{2}$ Millionen, 1377 erst etwa $2\frac{1}{2}$ Millionen (der Schwarze Tod 1348/49) betragen haben. Mit Ende der Regierungszeit Elisabeths (1603) darf die Volkszahl auf $4-4\frac{1}{2}$ Millionen geschätzt werden; 1700 waren es bei fortschreitender wirtschaftlicher Entwicklung schon 6, 1801 9 Millionen usw.

Deutschlands Bevölkerung¹ war in der Römerzeit gering. Langsam nimmt sie nach der Völkerwanderung zu. Zu Karls d. Gr. Zeit hatte Deutschland etwa 3 Millionen Einwohner. Vom 9. bis 13. Jahrhundert zeigt sich ein rascheres Wachstum, wie schon die Entwicklung des Städtewesens beweist. Der Schwarze Tod bringt dann in der Mitte des 14. Jahrhunderts sehr starke Verluste. Für die Mitte des 15. Jahrhunderts aber nimmt Beloch eine Bevölkerung von 11 Millionen an. Bei starker Kindersterblichkeit nahm die Zahl während des 16. Jahrhunderts nur langsam zu. Vor dem Dreißigjährigen Kriege mochte sie 20 Millionen (nach andern 25 Millionen) erreicht haben. Die Kriegsjahre brachten eine Reduktion bis auf die Hälfte. Der Ausfall wurde erst am Ende des 18. Jahrhunderts eingeholt. Nach den Napoleonischen Kriegen schritt die Vermehrung mit gleichzeitigen wirtschaftlichen Fortschritten rascher voran, so daß, trotz einer Auswanderung von nahezu 6 Millionen, die Bevölke-

¹ Beloch in der Zeitschrift für Sozialwissenschaft III (1900) 407 ff.

rung am Ende des 19. Jahrhunderts 56 Millionen erreicht hatte. Die Erhöhung führt sich u. a. auf die starke Abnahme der Sterblichkeit zurück. Diese aber hat nicht etwa bloß in den wirtschaftlichen Verhältnissen ihren Grund. Auch das 15. und 16. Jahrhundert erfreuten sich eines relativ hohen Wohlstandes und hatten zugleich doch eine stärkere Sterblichkeit. Es handelt sich vielmehr hier zum Teil um die Wirksamkeit hygienischer, medizinischer Fortschritte u. dgl., die freilich ihrerseits wieder regelmäßig nur in wirtschaftlich günstigen Zeiten errungen und verwertet werden können.

Ähnlich wie bei den meisten europäischen Staaten bildet auch die Entwicklung der Bevölkerung Deutschlands seit der Völkerwanderung eine aufsteigende Kurve mit mehreren Senkungen.

Schon diese wenigen Angaben (nach Beloch, Prinzing), auf die wir uns beschränken wollen, zeigen zur Genüge, wie richtig Schmoller urteilt, wenn er in der Bevölkerungsbewegung keine bloß „natürliche“ Tatsache, sondern eine sehr komplizierte Erscheinung erkennt, eine Tatsache, die durch vielerlei verschiedene Ursachen bedingt wird und sich nicht in eine einfache Formel auflösen läßt. „Je tiefer die Forschung eindringt“, sagt auch Georg v. Mayr¹, „um so deutlicher wird es, daß es nicht ein einfaches sog. ‚Gesetz der Bevölkerung‘ gibt, sondern eine reich verschlungene Masse historisch und relativ maßgebender Gesetzmäßigkeiten und Regelmäßigkeiten auf dem Gebiete der Wechselwirkung demologischer und anderer sozialer, insbesondere wirtschaftlicher Momente.“

110. Das Wachstum der Bevölkerung in soziologischer Betrachtung². Hier handelt es sich um diejenigen Vorgänge und Tatsachen, welche unmittelbar und tatsächlich die Volkszahl eines Landes beeinflussen. Genaue statistische Angaben hierüber besitzen wir erst im 19. Jahrhundert. Der bezeichneten Vorgänge aber sind vier: Eheschließungen, Geburten, Sterbefälle, Wanderungen. Das Wachstum der Bevölkerung hängt ab von dem Verhältnis zwischen Geburten und Sterbefällen, zwischen Einwanderung und Auswanderung.

1. Die Zahl der jährlichen Eheschließungen betrug für das 19. Jahrhundert im Durchschnitt 8 auf 1000 Seelen. So wenigstens in Deutschland (von 1841 bis 1904)³. In einzelnen Jahren sind es mehr, in andern weniger. 1867 waren es 9,1 auf 1000 Einwohner, 1872 sogar 10,3 und 1873 10,0; dann wieder 9,5 im Jahre 1874, 9,1 in 1875, 8,5 in 1876, 7,9 in 1885, 8,0 in 1895, 8,1 in 1907 usw. Von 1878 bis 1888 wird die

¹ Statistik und Gesellschaftslehre II (1897) 447.

² Vgl. v. Mayr (Bevölkerungsstatistik), Schmoller (Grundriß), Wagner (Grundlegung), Prinzing (Bevölkerungsgesetz).

³ Über „Gesetzmäßigkeit in der Bewegung der Bevölkerung“ vgl. den Aufsatz von F. Toennies im Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik XXXIX (1915) 150 ff. 767 ff.

Zahl 8 nicht erreicht, dann wieder usw. In einzelnen Ländern kamen zeitweilig nur 5, in andern 10 oder 12 Eheschließungen auf 1000 Seelen pro Jahr. In besonders günstigen Verhältnissen und in Ländern mit geringer Bevölkerung wurde früher auch schon die Zahl 15 erreicht. Bedingungen der Zahl der Eheschließungen sind einmal der Prozentsatz der im heiratsfähigen Alter stehenden Personen, sodann Wirtschaft und Rechtsordnung, schließlich Sitten und Gebräuche der Völker.

a) Die Heiratshäufigkeit ist größer, wo die heiratsfähigen Altersklassen stärker vertreten sind. Darum ist z. B. in den Städten und Industriebezirken die Heiratsziffer meist höher als auf dem Lande, von wo die jüngeren Altersklassen zum Teil wegziehen, weil sie in der städtischen Industrie ein besseres Auskommen erhoffen¹. Wo ein starker Männerüberschuß vorhanden, wie z. B. in solchen Kolonien, die zahlreicher Einwanderung sich erfreuen, oder ein Weiberüberschuß, z. B. in alten Kulturländern mit starker Auswanderung, da macht sich natürlich dieser Überschuß auch in der Heiratsziffer bemerklich.

b) Wirtschaftliche Verhältnisse und gesetzgeberische Maßnahmen haben ihren Einfluß auf die Heiratsfrequenz. Früher glaubte man einen gewissen regelmäßigen Zusammenhang zwischen der Zahl der Eheschließungen und der Höhe der Fruchtpreise feststellen zu können². Dieses konstante Verhältnis hörte auf, als eine reichliche Zufuhr von Getreide, mit der Entwicklung des Verkehrs auch in schlechten Erntejahren, gesichert war. Die Tatsache aber bleibt bestehen, daß in günstigen Jahren die Eheschließungen sich mehren. Wenn einzelne Autoren (wie Ogle, Cauderlier) eine Beziehung zwischen Höhe des Exports und Heiratszahl feststellen zu können vermeinten, so ist allerdings zuzugeben, daß mit der Blüte der Industrie und hohen Löhnen günstige Bedingungen gegeben sind. Aber das Gedeihen der Industrie wird nun doch nicht gerade bloß durch die Exportziffer ausgedrückt, sondern auch durch den inländischen Verbrauch. Überdies spielt bei der Heiratsziffer ebenfalls die landwirtschaftliche Bevölkerung, auf welche der industrielle Export nicht überall bestimmend zurückwirkt, eine Rolle. — In Süddeutschland, den österreichischen Alpenländern hatten vordem die Gemeinden ein Einspruchsrecht gegen die Eheschließung, wenn der Nachweis eines genügenden Einkommens nicht geliefert werden konnte. Auch wurde mancherorts durch die Gesetzgebung eine untere Grenze des Heiratsalters festgesetzt usw.

c) Was den Einfluß der Sitten und Gebräuche betrifft, so haben diese, in Übereinstimmung mit den Anforderungen praktischer Klugheit, die Begründung der Familien mit der Erlangung wirtschaftlicher Selbst-

¹ Vgl. Friedr. Prinzing, Heiratshäufigkeit und Heiratsalter nach Stand und Beruf, in Zeitschrift für Sozialwissenschaft VI (1903) 546—559.

² Vgl. z. B. Rudolf Meyer, Der Kapitalismus fin de siècle 238.

ständigkeit verknüpft. Zu frühe zu heiraten, gilt als töricht, auch da, wo das Gesetz kein Hindernis in den Weg legt. Mit diesem Zeitpunkt aber schreitet man in allen Berufsarten in der Regel zur Aufrichtung des eigenen Herdes¹. Mit dem Beruf und der sozialen Stellung hängt die Möglichkeit der Verheiratung enge zusammen. Manche Berufe erfordern eine lange Vorbereitungszeit. Die Gründung eines eigenen Geschäftes ist auch nicht für alle Berufe gleich leicht oder schwer. Ferner wirken die ländlichen Besitzverhältnisse hierauf ein. Am frühesten heiraten gewöhnlich Arbeiter und Kleingewerbetreibende, Bauern und studierte Berufe meist später.

2. *Die Zahl der jährlichen Geburten* bewegt sich zwischen 20—60 auf 1000 Seelen, so daß 30 ungefähr die Mittelzahl darstellt.

In Deutschland kamen auf 1000 Einwohner Geborene (einschließlich Totgeborene) im Jahresdurchschnitt 1881—1890: 38,18; im Durchschnitt der Jahre 1891—1900: 37,33; im Jahresdurchschnitt 1901—1910: 33,92. Im Jahre 1910 nur 298 auf 10000 gegen 390 im Jahre 1876.

Im Durchschnitt der fünf Jahrzehnte von 1856 bis 1905 entfielen auf je 1000 Einwohner Lebendgeborene: in Rußland 49,3, Serbien 42,7, Österreich 38,5, Deutschland 36,9, Italien 36,5, Spanien 36,3, Finnland 35,1, Norwegen und Belgien 30,6, Schweden 29,6, Frankreich 24,4. Eine ununterbrochene Abnahme der Geburtenziffer von Jahrzehnt zu Jahrzehnt wiesen Schottland, Schweden, Österreich, Frankreich, Spanien auf; eine stete Abnahme in den letzten beiden Jahrzehnten außerdem England, Dänemark, Norwegen, Finnland, Ungarn, Deutschland, Holland, Belgien, Italien². Rußland stand 1910 mit 485 Geburten auf 10000 Seelen am höchsten, Frankreich mit 197 Geburten am niedrigsten, Deutschland mit 298 in der Mitte.

Es wirken hier ein zunächst

a) *wirtschaftliche Ursachen*. Innerhalb desselben Landes steigt die Geburtenziffer *ceteris paribus* in wirtschaftlich günstigen, fällt in wirtschaftlich ungünstigen Zeiten, beharrt bei stabilen Verhältnissen. Beim Vergleich verschiedener Länder oder Gebiete kann jedoch aus der Verschiedenheit der Geburtenziffer nicht mit Sicherheit darauf geschlossen werden, daß die wirtschaftlichen Verhältnisse in dem einen günstiger seien als in dem andern, daß hier Aufschwung, dort wirtschaftlicher Niedergang vorliege. Die Verschiedenheit der Geburtenziffer leitet sich eben auch noch aus andern Gründen her: gesetzgeberischen Maßnahmen, Höhe des mittleren Heiratsalters, Ausdehnung des Präventivverkehrs usw. Wirtschaftlich entwickelte Völker, wie England, Skandinavien, Frankreich, haben niedrigere Geburtenziffern als Rußland usw.

¹ Nach Ploß (Das Weib in der Natur und Völkerkunde⁵ [1897]) ist für das Weib das mittlere Heiratsalter um so niedriger, je tiefer die Kulturstufe eines Volkes.

² R. Kuczynski, Zur Statistik der Fruchtbarkeit, in Conrads Jahrbüchern 1908, 229 ff. Reinh. Seeberg, Der Geburtenrückgang in Deutschland (1913).

b) Die staatliche Rechtsordnung und gesetzgeberische Faktoren, die das Heiraten erschweren oder erleichtern. Mit Aufhebung der Leibeigenschaft in Preußen, der Ehebeschränkungen in Süddeutschland z. B. erfolgte zunächst eine starke Zunahme der Geburten (mit Abnahme der unehelichen Geburten).

c) Das Heiratsalter ist von großem Einfluß auch deshalb, weil die Fruchtbarkeit der Frauen mit dem Alter abnimmt. So wurde die teilweise geringere Geburtsziffer in den österreichischen Alpenländern durch die relative Verspätung der Ehen im Vergleich zu andern Kronländern der Monarchie erklärt¹.

d) Die verschiedenen Gesellschaftsklassen weisen eine verschiedene Geburtenzahl auf. Am höchsten pflegt die Geburtsziffer in den untersten Klassen zu sein. Die Armen haben mehr Kinder als die Reichen. Nach Bertillon² war die eheliche Fruchtbarkeit (ehelich Geborene auf 100 verheiratete Frauen im Alter von 15 bis 50 Jahren):

	Berlin	Wien	Paris
in den ärmsten Bezirken	22,2	20,0	14,0
in den reichsten Bezirken	12,2	7,1	6,9

In Holland waren nach den Angaben Verijn Stuarts³ die Unterschiede nicht ganz so groß: in Dordrecht und Rotterdam bei den reichsten Familien 4,2 Kinder, bei den ärmeren 5,6 Kinder und auf dem Lande 4,5 bzw. 5,2 Kinder. Für Kopenhagen geben Rubin und Westergaard (bei Ehen von 25 Jahren und längerer Dauer) die Kinderzahl der wohlhabenden Klassen mit 4,8 an, die der Arbeiterbevölkerung mit 5,26 Kindern.

Woher dieser Unterschied? Die besser gestellten Klassen heiraten meist später. Die unteren Klassen sind vielfach gesunder und kräftiger. Auch dürfte man nicht fehlgreifen mit der Annahme, daß bei den unteren Klassen die raffinierte Form der Unsittlichkeit erst später mehr in Übung kam.

e) In den letzten Dezennien ist auch innerhalb Deutschlands namentlich in den Städten die Fruchtbarkeit zurückgegangen, auf dem Lande zum Teil sich ziemlich gleichgeblieben. Es gilt das, wie es scheint, nicht auch von allen Ländern in derselben Weise. In Frankreich ging gerade in ländlichen Bezirken die Fruchtbarkeit sehr zurück. Für Rotterdam und Dordrecht gibt Verijn Stuart 5,3 Geburten auf die Familie an, während in 40 Landgemeinden nur 5,2 Geburten auf die Familie kamen. Da in Industriebezirken bei den Heiratenden die jüngeren Altersklassen meist stärker vertreten sind, finden sich dort auch mehr Geburten⁴.

¹ Schöffle, Deutsche Kern- und Zeitfragen. Neue Folge (1895).

² Statistische Monatsschrift. Neue Folge V (1900) 568.

³ Zeitschrift für Sozialwissenschaft IV (1901) 649.

⁴ Vgl. Prinzing, Die eheliche Fruchtbarkeit in Deutschland, in Zeitschrift für Sozialwissenschaft IV (1901) 152.

3. Die Sterblichkeit wird beeinflusst

a) von der Höhe des allgemeinen Kulturzustandes eines Landes. Hier kommen in Betracht der bessere und wirksamere Schutz von Leben und Gesundheit, die Verminderung der Seuchengefahren, Kanalisierungen, gesunde Wasserversorgung, Beseitigung der Flußverunreinigungen, Wohnungshygiene, geeignete Überwachung des Verkehrs mit Nahrungsmitteln, Genußmitteln, Heilmitteln und Giften u. dgl., Besserungen in der Säuglingsernährung, in der Krankheitsbekämpfung, Fürsorge gegen gewerbliche Erkrankungen und Unfälle, Einschränkung der Tuberkulose usw., die Tüchtigkeit unserer Ärzte, des sonstigen Heil- und Pflegepersonals, die Heilstätten und Pflegeanstalten usw.¹

b) Wirtschaftlich günstige oder ungünstige Zeiten wirken im allgemeinen auf die Sterbeziffer weniger zurück als auf die Heirats- und Geburtsziffer. Doch nimmt die Sterblichkeit der Säuglinge in wirtschaftlich ungünstigen Zeiten etwas zu.

c) Kriege und Seuchen erhöhen natürlich die Mortalität.

d) Auch findet sich bei den Armen eine höhere Sterblichkeit als bei den besser Situierten. Doch sind die Verschiedenheiten in der Altersbesetzung zu berücksichtigen. Die Kindersterblichkeit ist bei den Wohlhabenden meist geringer. Neefe hat für Breslau berechnet, daß in den Jahren 1880—1890 innerhalb der ärmeren Bezirke (Durchschnittseinkommen unter 300 *M*) die Säuglingssterblichkeit² 36,95 (von 100 Lebendgeborenen), in den Bezirken der besser Situierten (über 900 *M* Durchschnittseinkommen) nur 19,6 betragen habe. Bezüglich der Sterblichkeit in höheren Altersklassen bieten Th. Sörensens Berechnungen für Kopenhagen interessante Aufschlüsse³.

e) Daß der Beruf große Bedeutung hat für die Lebensdauer, ist außer Frage. Allerdings können die Berufsgefahren durch zweckmäßige Einrichtungen sehr vermindert werden. Es ist ein Werk wahrer Humanität, echter Nächstenliebe, aber auch von hohem sozialen und national-ökonomischen Werte, was in dieser Hinsicht speziell für den Arbeiter geschieht⁴.

Noch einmal sei kurz auf die einzelnen Faktoren der natürlichen Zunahme Deutschlands vor dem Weltkriege hingewiesen. Es betrug in Deutschland die Zahl

¹ Vgl. Das Deutsche Reich in gesundheitlicher und demographischer Beziehung. Herausgegeben vom Kaiserlichen Gesundheitsamt und Kaiserlichen Statistischen Amt.

² Zeitschrift für Hygiene etc. XXIV (1897) 247. Im Deutschen Reich starben unter einem Jahr alt in Prozenten der Lebendgeborenen: 1905: 20,5; 1906: 18,5; 1907: 17,6; 1908: 17,8; 1909: 17,0. Die Kriegsjahre wiesen eine beträchtlich erhöhte Sterblichkeit auf. Sie wuchs von 1913 bis 1919 von 14 bei 1000 auf 47 1/2.

³ H. Westergaard, Die Lehre von der Mortalität und Morbidität² (1901) 478.

⁴ Über Berufskrankheiten und Sterblichkeit vgl. Conrads Jahrbücher XL (1910) 645 ff. Soziale Kultur 1910, 431 ff.

I. Der Geborenen (einschließlich Totgeborene):

Im Jahresdurchschnitt	a) absolut	b) auf 1000 Einwohner
1881—1890	1 798 778	38,18
1891—1900	1 964 108	37,33
1901—1910	2 061 482	33,92

II. Der Gestorbenen (einschließlich Totgeborene):

Im Jahresdurchschnitt	a) absolut	b) auf 1000 Einwohner
1881—1890	1 247 470	26,48
1891—1900	1 233 843	23,45
1901—1910	1 195 144	19,67

Der Überschuß der Geborenen über die Gestorbenen:

Im Jahresdurchschnitt	a) absolut	b) auf 1000 Einwohner
1881—1890	551 308	11,70
1891—1900	730 265	13,88
1901—1910	866 338	14,26

Die Zahlen zeigen, daß der steigende Geburtenüberschuß der Hauptsache nach durch die Erniedrigung der Sterbeziffer erzielt wurde. Die Geburtenziffer ist stark gesunken. Bei gleichbleibender Sterbeziffer würde auch der Geburtenüberschuß weit kleiner sein. Es ist ein schwacher Trost, wenn man vor dem Weltkriege auf eine weitere Senkung der Sterbeziffer (Bekämpfung der Sterblichkeit im Säuglingsalter, der großen Volkskrankheiten: Tuberkulose, Krebs) hoffte, zur Ausgleicheung der sich in den drei letzten Dezennien vollziehenden Minderung der Geburtenziffer. Da die Sterbeziffer schließlich doch bei dem Beharrungszustande bzw. auf ihrem tiefstmöglichen Stande ankommen mußte, so war die Möglichkeit, daß Geburten- und Sterbeziffer sich auch in Deutschland einmal decken würden, und daß eine natürliche Vermehrung hier nicht mehr stattfinde, schon bedenklich nahegerückt.

Und nun erst in den letzten Jahren und während des Weltkrieges! Die Geburtenziffer, die 1901 noch 36 Lebendgeborene auf 1000 Einwohner betrug, belief sich 1914 auf annähernd 26 im Jahre. Die Ziffer der Toten vor dem Kriege, die von selber starben, war zuletzt 15 auf 1000 Einwohner. Für Erwachsene hätte sie kaum tiefer sinken können. 1916 war die Ziffer der Lebendgeborenen aber nur mehr 13. Der Geburtenüberschuß, der trotz allem 1914 noch 800 000 betragen hatte, sank bereits 1915 unter 0, und verwandelte sich 1918 in einen zum mindesten ebenso großen Überschuß der Sterbefälle.

Die im Jahre 1917 in Kopenhagen gegründete „Gesellschaft für das Studium der sozialen Folgen des Krieges“ befaßte sich in ihrem vierten Berichte mit der Bevölkerungsbewegung im Weltkriege. Sie betont, daß das ihr zur Verfügung stehende Material so reichhaltig sei, daß es annähernd sichere Schätzungen selbst für das letzte Kriegsjahr ermögliche.

Geboren wurden hiernach in Deutschland (einschließlich Elsaß-Lothringen):

1913	1 639 000
1914	1 818 000
1915	1 328 000
1916	1 027 000
1917	891 000
1818	945 000
1918 (bis Oktober)	778 000

Der Geburtenrückgang beträgt in 51 Monaten 3,5 Millionen.

Die Sterblichkeit der Zivilbevölkerung konnte nur bis 1915 genauer bestimmt werden. Sie nahm in diesem Jahr bei den mehr als ein Jahr alten Personen im Vergleich mit 1913 um etwa $10\frac{1}{2}\%$ zu. Im Jahre 1916 war die Zunahme nicht wesentlich stärker. Dagegen betrug sie 1917 rund 30% und 1918 etwas mehr als 50% .

Die riesige Abnahme der Bevölkerung zeigen die Zahlen des Geburtenüberschusses der Jahre vor dem Kriege und der Überschuß der Sterbefälle während des Krieges:

1913	+ 834 000
1914	+ 546 000
1915	— 58 000
1916	— 309 000
1917	— 611 000
1918 (ganzes Jahr)	— 885 000
1918 (bis Oktober)	— 632 000

Der Gesamtmaschinenverlust in $4\frac{1}{2}$ Kriegsjahren stellt sich in Deutschland auf 5,6 Millionen. In diese Zahl ist auch der endgültige Verlust an Geborenen gerechnet, der durch den Krieg veranlaßt wurde, also vom Mai 1915 gezählt bis neun Monate nach Abschluß des Waffenstillstandes.

Zu beachten ist auch die qualitative Schädigung, die Deutschland erlitt durch den Abgang von jenen Millionen Männern im leistungsfähigsten Alter, deren der Krieg uns beraubte. Deutschland hat nicht nur einen beträchtlichen Teil seines Volksvermögens durch den Krieg verloren, auch der verbleibende Rest bedeutet nicht mehr so viel wie früher. „Die Schätzungen des Volksvermögens“, sagt Zach¹, „haben überhaupt nur einen Sinn unter dem Gesichtswinkel des Rentenwertes, nämlich daß alle Vermögenswerte nur Wert erhalten, wenn die schaffende Hand des tätigen Mannes dahintersteht. Durch die Wegnahme der Fahrzeuge, durch die Zerstörung unseres Außen- und Innenhandels ist dieser Rentenwert gedrückt worden. Aber nicht nur der Rentenwert, sondern auch der Substanzwert der deutschen Volkswirtschaft ist gesunken. Mit 1,6 Millionen Gefallenen ist der Arbeitswert von 8% der Bevölkerung und 16% der

¹ Die Friedensbedingungen und ihre wirtschaftlichen Folgen für Deutschland (1919) 45.

Männer verlorengegangen, und zwar trifft dieser Verlust gerade den leistungsfähigsten Teil. Weiter sind Millionen Kriegsbeschädigte an der ferneren Ausübung ihrer vollen Arbeitskraft behindert, und endlich ist der Arbeitseffekt der gesamten deutschen Bevölkerung durch eine vierjährige Unterernährung auf ein Mindestmaß gesunken.“

Zu beachten bleibt ebenfalls, daß die Fortpflanzungsfähigkeit einer unterernährten Bevölkerung und die Lebensfähigkeit der von ihr erzeugten Nachkommenschaft nicht die gleiche ist wie die einer gesunden und kraftvollen Bevölkerung.

Es ist darauf hingewiesen worden, daß die Geburtenzahlen einen unrichtigen und irreführenden Maßstab zur Messung und Beurteilung der Bevölkerungsbewegung abgäben. Entscheidend für den künftigen Volksbestand seien nicht die Geburtenziffern, sondern die Aufwuchsziffern. Das menschliche Leben sei vor und nach der Geburt stark gefährdet. Die Zahl derer, die diese Gefährdung überstehen, wird durch die Aufwuchsziffer ausgedrückt. Fällt der Schwerpunkt der Gefährdung in die Jahre nach der Geburt, so wird durch sie die Geburtenziffer nicht vermindert; fällt er vor die Geburt, dann wird durch sie die Geburtenziffer kleiner. Der Erfolg der Bevölkerungsentwicklung könne in beiden Fällen der nämliche sein. Die jährliche Aufwuchsziffer, für deren Feststellung etwa der Eintritt ins siebte Lebensjahr zur Grundlage dienen könne, gebe in Verbindung mit der Ziffer der über diesem Alter jährlich Sterbenden die Veränderung desjenigen Volksbestandes an, der praktisch für die Zukunft allein in Betracht komme. Die Aufwuchsziffer habe sich nun in der Zeit des „Geburtenabsturzes“ nicht vermindert, sondern soweit Nachweise vorlägen, wie z. B. für Sachsen mit seinem besonders scharfen Geburtenrückgang, sogar vermehrt. Sachsen hatte 1909 12000 Geburten weniger als 1903, aber 1909 1000 Kinder mehr, die das dritte Lebensjahr erreichten, als 1903.

Nicht bestritten ist, daß unter normalen Verhältnissen mit der größeren Zahl der Geburten zunächst auch die Möglichkeit einer größeren Aufwuchsziffer gegeben ist. Ob diese Möglichkeit zur Wirklichkeit wird, das hängt freilich von der Größe der Gefahren nach der Geburt ab. Die Verringerung der Geburtenzahl an sich genommen eröffnet anderseits keineswegs schon die Aussicht auf eine relativ größere Aufwuchsziffer. Das beweisen die Verhältnisse z. B. in Deutschböhmen¹. In Frankreich kamen im Jahre 1911 auf 1000 Einwohner noch 18,7 Geburten. In Deutschböhmen zählte man 1913 zehn große Städte, die unter der Geburtenziffer Frankreichs standen (Reichenberg, Teplitz-Schönau, Karlsbad, Leitmeritz, Bodenbach, Tetschen, Saaz, Gablonz a. N., Warnsdorf, Dux). Die andern Städte haben einen etwas höheren Geburtenstand neigen aber sehr der

¹ Vgl. Kröll, Ein untergehendes deutsches Volk in „Köln. Volkszeitung“ LX (1919) 25. Sept., Nr. 753.

Ziffer Frankreichs zu. Auch auf dem Lande nimmt die absichtliche Geburtenbeschränkung in diesem glaubensarmen Volksteil zu, abgesehen vom Erz- und Riesengebirge und dem Böhmer Wald, wo in echt christlichen Familien noch eine entsprechend zahlreiche Kinderschar sich findet. Die Folge ist, daß die Tschechen in den deutschen Gebieten mehr und mehr vordringen. Die Tschechen haben eine höhere Geburtenziffer mit Ausnahme von einigen Industriegegenden. Bei ihnen findet sich jedoch zugleich auch eine geringere Säuglingssterblichkeit als bei dem äußerlich höherstehenden, aber genußsüchtigen deutschen Volke. Die verminderte Geburtenziffer hat also da keineswegs eine Verminderung der Gefahren nach der Geburt herbeigeführt. Auch leitet sich der Stillstand des Volksbestandes in Frankreich sicher nicht von den Gefahren nach der Geburt her, sondern von dem Mißbrauch absichtlicher Geburtenverhinderung.

Immerhin kann man zugeben, daß entscheidend für den künftigen Volksbestand nicht bloße Geburtenziffern, sondern die Aufwuchsziffern sind. Beide Ziffern wird man im Auge behalten müssen für die Beurteilung der Möglichkeit sowohl wie der Wirklichkeit der Volksvermehrung. Bezüglich der Aufwuchsziffern fehlen noch ausreichende statistische Angaben¹.

4. *Wanderungen*. Werner Sombart vergleicht das Deutsche Reich, von der Vogelschau aus gesehen, mit einem Ameisenhaufen, in den der Wanderer seinen Stock gestoßen hat: „Rechnet man alle diejenigen zusammen, die im 19. Jahrhundert auf dem Wege der Binnenwanderung oder der Auswanderung ihren Wohnort verlegt haben, so wird man nicht in Zweifel ziehen können, daß in der Tat während dieser Zeit Deutschland eine Völkerbewegung, eine Bevölkerungsumschichtung, eine Völkerwanderung erlebt hat, mit der verglichen die Schiebungen der vergangenen Jahrhunderte, einschließlich derjenigen, die man die Jahrhunderte der Völkerwanderung schlechthin nennt, zu winzigen Ereignissen zusammenschrumpfen.“²

Die Binnenwanderung, abgesehen vom bloßen Reiseverkehr und periodischen Arbeiterwanderungen (Sachsengängerei u. dgl.), also die Wanderungen innerhalb desselben Landes mit dauerndem Wohnortwechsel, steht in innerem Zusammenhange mit der schon behandelten „Konzentration“ der Bevölkerung in den Städten, mit der industriellen Entwicklung, der modernen Verkehrstechnik, den modernen Freiheiten (Gewerbe-, Ver-

¹ Zur ganzen Frage vgl. Würzburger, Der Geburtenrückgang und seine Statistik, in Schmollers Jahrbuch XXXVIII (1914) 1259 ff. Ders., Rückblick auf die Literatur des Geburtenrückgangs, in Soziale Praxis, 24. Februar 1916, 481 ff. I. Wolf, Die Bevölkerungspolitik der Gegenwart (1918) 6. Adolf Weber im Nachtrag zur 25. Aufl. von W. Roschers Grundlagen der Nationalökonomie (1918) 922. Raymund v. Waha, Des deutschen Volkes Wille zum Leben, in Hochland 1918, 360 f. Vgl. auch J. Grassl, Über Säuglings- und Mutterschutz, in Faßbenders „Des deutschen Volkes Wille zum Leben“ (1917) 546 ff.

² Sombart, Die deutsche Volkswirtschaft im 19. Jahrhundert (1903) 472.

kehrsfreiheit, Freizügigkeit). Starke Binnenwanderungen haben ihre Vorteile (Verteilung der Arbeitskräfte, Ausgleichung der Lohnverhältnisse usw.), aber auch Nachteile (Unstetigkeit „Landflucht“, Anhäufung in den Städten, Lohndruck, Arbeitslosigkeit usw.). Die neueste Entwicklung von „Vororten“ usw. führt wieder durch Dezentralisation der städtischen Besiedlung, Aushöhlung der City und Verpflanzung ihrer bisherigen Wohn- und Schlafbevölkerung in die Vororte, zu abermaligen Verschiebungen¹. Dahin gehört auch die bereits erwähnte Abwanderung der Industrie aus der Großstadt.

Hier nimmt nun vor allem die Auswanderung² unser Interesse in Anspruch. An Stelle der alten Völkerwanderungen, der Hunnen- und Mongolenzüge, sind heute jene langsamen, andauernden, friedlichen Wanderungen einzelner Personen und einzelner Familien in fremde Länder getreten. Unbefriedigende Zustände in der Heimat, verlockende Aussichten, wirkliche oder vermeintliche Vorteile, die ferne Länder bieten, das sind in der Regel die beiden Ursachen der Wanderungen. Bis zum Ende des 18. Jahrhunderts richtete sich die überseeische Auswanderung fast ausschließlich nach Nordamerika. Bereits im dritten Jahrzehnt des 19. Jahrhunderts aber werden neben Nordamerika auch Südamerika, Australien, Südafrika und Algier von den Auswanderern aufgesucht. Seit der Mitte des vorigen Jahrhunderts nimmt die europäische Auswanderung gewaltig zu, obwohl die Zahl der Auswanderer großen Schwankungen unterworfen bleibt. Die Zahl der Deutschen, die während des 19. Jahrhunderts jenseits des großen Wassers, meist in den Vereinigten Staaten³, eine neue Heimat suchten, kann man auf mindestens 5—6 Millionen veranschlagen. Davon entfällt ein reichliches Viertel allein auf das neunte Jahrzehnt (von 1881 bis 1890). Im Jahre 1881 erreichte die deutsche Auswanderung ihren Höhepunkt mit 220 902 Personen, beginnt dann namentlich von 1893 an rasch zu sinken und beträgt im neuen Jahrhundert durchschnittlich etwas mehr als den zehnten Teil ihres Maximums (1900: 22 309; 1901: 22 073; 1902: 32 098; 1903: 36 310; 1904: 27 984; 1905: 28 075; 1906: 31 074; 1907: 31 696; 1908: 19 883; 1909: 24 921; 1910: 25 531; 1911: 22 690).

Eine beträchtliche Auswanderung ist für die Bevölkerungsentwicklung von nicht geringer Bedeutung. Irland hat der Auswanderung wegen einen

¹ Wagner, Sozialökonomik I 60. Walli, Dezentralisation der Industrie und der Arbeiterschaft im Großherzogtum Baden (1906). Über innere Wanderungen vgl. Conrads Jahrbücher (1910) 166 ff. P. Beusch, Wanderungen und Stadtkultur (1916).

² Sachér, Artikel „Auswanderung“, im Staatslexikon der Görres-Gesellschaft I³ 471—498. v. Philippovich, Loening, v. Call, Handwörterbuch der Staatswissenschaften II³ 259 ff. Vgl. unter andern auch Sozialistische Monatshefte I (1906) 172.

³ Nach A. v. Fircks (Bevölkerungslehre [1898] 191) sind von 1821 bis 1895 überhaupt 17 622 363 Personen in die Vereinigten Staaten eingewandert. Von der Gesamtzahl der Einwanderer kamen aus Europa 15 824 309 Personen, also nahezu 16 Millionen.

starken Rückschritt in der Bevölkerungszahl zu verzeichnen gehabt¹. Es wandern regelmäßig diejenigen Altersklassen aus, die für die Erzeugung des Nachwuchses hauptsächlich in Betracht kommen.

Die deutschen Auswanderer haben der spöttischen Bezeichnung „Völkerdünger“ durch ihre Leistungen einen ehrenvollen Inhalt gegeben und den Gebieten, wohin sie kamen, großen Nutzen gebracht. In Nordamerika, wohin der Hauptstrom der Auswanderung ging, verliert der Deutsche nach zwei, drei Generationen nur zu leicht den Zusammenhang mit der Heimat. Viel besser hat das Deutschtum in seiner Eigenart im südlichen Brasilien (auch im russischen Wolga- und Schwarzmeergebiet) sich erhalten. Die Auswanderung über die deutschen Häfen hatte vor dem Weltkriege zur Erstarkung unseres Weltverkehrs nicht wenig beigetragen. Durch sie gewannen die Reedereien Hamburgs und Bremens zum Teil die Kapitallen, um Segelschiffe und dann Dampfer von hervorragender Vollkommenheit zu bauen. Die heimkehrenden Schiffe brachten aus der Fremde Waren zu relativ geringer Fracht zurück. So führt man den hochentwickelten Tabakhandel Bremens ursprünglich auf die Auswanderung usw. zurück.

Besonders stark war (von Spanien abgesehen) die Auswanderung aus Italien². Die Emigrationsziffer war hier größer als die aller übrigen Länder zusammen, Rußland ausgenommen. Es wanderten im Durchschnitt jährlich $\frac{1}{2}$ Million Italiener aus. Die Ursachen waren 1. zum Teil das rasche Wachstum der Bevölkerung. Die Gebiete um den Ätna, aus denen die Auswanderung besonders stark, haben einen jährlichen Geburtenüberschuß bis 13 pro Tausend³. 2. Der Fruchtbarkeit des Menschen entspricht nicht überall die Fruchtbarkeit des Landes, was wieder zur Auswanderung führt. 3. Es fehlte an mobilem Kapital, an Industrie und darum an Arbeitsgelegenheit. 4. Die wiederkehrende, krisenartige Überproduktion an Schwefel in Sizilien (1896), an Wein (in Piemont 1905, auch im Süden 1908), so daß der Preis der Landesprodukte bis unter die Produktionskosten fiel. Aber ungefähr die Hälfte der ausgewanderten Italiener wanderte in die Heimat zurück, die nordamerikanischen Italiener gewöhnlich nach 8 Jahren, die periodisch auschwärmenden Arbeiter natürlich früher. Doch blieb ein Teil im Ausland, so namentlich in Brasilien, was bei Aufrechterhaltung der wirtschaftlichen Verbindung für die kommerzielle und industrielle Entwicklung des Heimatlandes von Vorteil war. Die starke Auswanderung hat auch im Inlande das Angebot von Arbeit gemindert, die Arbeitslosigkeit verringert, eine Erhöhung des Lohnes zur Folge gehabt (der in einzelnen Bezirken des Südens sich verdoppelte). Im Bereich der Landwirtschaft hat der Mangel an ländlichen Arbeitern die Einführung des Maschinenbetriebes gefördert, anderseits dem Pächter vielfach günstigere Pacht-

¹ Grund: die wirtschaftlichen Verhältnisse, früher auch die religiöse Unterdrückung durch England. Bei vorherrschendem Großgrundbesitz finden auch hier die jungen Leute kein Unterkommen, keine Beschäftigung, soweit der Großgrundbesitz nicht selbst der Industrie sich zuwendet. Vgl. Prinzing, Die Bevölkerungsbewegung in Irland, in Zeitschrift für Sozialwissenschaft V (1914) 18 ff.

² Angelo Mosso, Vita moderna degli Italiani (1906). Physiologe an der Turiner Universität, beschäftigte sich Mosso auch gern mit der Auswanderungsfrage.

³ In Nordamerika — unter günstigen Bedingungen — steigert sich die Prolifizität der Italiener bis zu 62 pro Mille, dem Maximum menschlicher Fruchtbarkeit, das man bei Mitgliedern der weißen Rasse überhaupt beobachtet hat.

verträge verschafft. Die in der Fremde weilenden Arbeiter sandten nicht unbeträchtliche Summen in die Heimat, und die Rückkehrenden erkaufen sich häufig einen kleinen Landbesitz. Auch manche Kenntnisse, größere Energie und Initiative konnte der Aufenthalt und die Beschäftigung in andern Verhältnissen verleihen. Wie das meiste in dieser Welt, so hat also auch die italienische Auswanderung zwei Seiten, die beide berücksichtigt werden müssen, soll die Beurteilung richtig und sachgemäß ausfallen¹.

Und wie wird es mit Deutschland gehen jetzt nach dem Weltkriege?

Glänzende Zahlen konnte die Statistik vor dem unglücklichen Kriege aufweisen über Bevölkerung und Auswanderung. Da hieß es:

	Deutschland	England	Frankreich
Einwohnerzahl 1915 in Millionen	68,2	46,6	39,7
Geburtenüberschuß 1912, Tausende	840	465	58
„ 1912, auf Tausend	12,7	10,0	1,5
„ 1911, „ „ „	11,3	9,6	— 0,9
„ während letzter Volkszählungsperiode, jährlich auf Tausend	13,6	8,7	1,8
Auswanderer in den Jahren 1870 bis 1910, in Millionen	2,7	9,5	0,3
„ 1911 bis 1913 (3 Jahre) „	0,07	1,37	0,06
„ auf 10 000 Einw. (1913 bzw. 1912) „	3,9	102,5	4
Bevölkerungszunahme (jährlich, einschl. fremder Einwanderung), Tausende	820	184,6	20
Sterblichkeit auf 1000 in 1911	17,3	14,8	19,6
Abnahme in den letzten 20 Jahren	28,8	28,7	14,4

Die Einwohnerzahl ist herabgemindert durch Tod und Gebietsverlust. Für eine Bevölkerungszunahme stehen die Aussichten nicht gerade günstig. Überdies ist mit einer starken Auswanderung zu rechnen. Man spricht von zehn Millionen, die anderwärts ihr Brot suchen müßten. Infolge des Verlustes von zwei Millionen Männer im Kriege ist ferner der Frauenüberschuß stark hervorgetreten. In den hauptsächlichsten Heiratsjahren von 20—35 werden auf 1000 Männer etwa 1159 Frauen treffen. Diese Verhältniszahl wird sich infolge der Auswanderung noch weiter zuungunsten der Frauen verschieben. Männer sind es zumeist, die auswandern, und zwar in den leistungsfähigsten Jahren. Auch der Bevölkerungsaufbau leidet also schwer unter den Folgen des Weltkrieges.

III. Das Bevölkerungsproblem ist im Laufe der Geschichte nicht immer in gleicher Form aufgetreten. Es hat Zeiten gegeben, in welchen bei der hohen politischen und ökonomischen Bedeutung der Volkszahl die staatlichen Gewalten besondere Sorgfalt der Frage der Volksvermehrung zuwenden zu müssen glaubten².

¹ Die italienische Auswanderung in ihren sozialen Wirkungen, in Kölnische Volkszeitung XLVIII (1907) Nr. 1000, 18. November.

² Kämpfe-Ehrler, Artikel „Bevölkerung“, im Staatslexikon der Görres-Gesellschaft I² 1021 ff.; I³ (1908) 842 ff. Elster, Bevölkerungslehre und Bevölkerungspolitik, im Handwörterbuch der Staatswissenschaften II² 703 ff.

Schon Augustus bekämpfte im Jahre 18 v. Chr. durch seine *lex Iulia de ordinibus maritandis*, an welche sich die *lex Papia Poppaea* schloß, die Abneigung der höheren Stände gegen das eheliche Leben. Die Ehelosigkeit wurde hier mit Nachteilen bedroht, für die fruchtbaren Ehen aber wurden öffentliche und privatrechtliche Vorteile in Aussicht gestellt. Erfolge hat diese Gesetzgebung keine zu verzeichnen gehabt. Es fehlte den im materiellen Genuß verkommenen Römern an der sittlichen Kraft, um die Sorgen und Mühen der Kindererziehung auf sich zu nehmen.

Im Mittelalter bedurfte es staatlicher Nachhilfe überhaupt nicht, da die Verhältnisse durch sich selbst schon die Volkszunahme begünstigten. Die Stürme der Völkerwanderung hatten zahllose Menschenopfer gefordert. Ebenso räumten die vielen Kriege und Fehden gewaltig auf. Wahrhaft entsetzlich waren endlich die Verheerungen der Pest um die Mitte des 14. Jahrhunderts. Die fruchtbaren Landstrecken, die der Kultur noch harften, städtisches Gewerbe usw. boten aber die Möglichkeit der Versorgung und daher einen dauernden und mächtigen Anreiz zur Gründung neuer Familien. In der Mitte des 12. Jahrhunderts erklärte Papst Hadrian IV. die Ehen der Unfreien für gültig, selbst wenn die Herren ihre Einwilligung dazu versagt hatten. So stand also auch dem Eheschluß jener zahlreichen Klasse der Bevölkerung ein Hindernis nicht mehr im Wege.

Vom 16. Jahrhundert an beginnt wiederum eine stärkere bevölkerungspolitische Tätigkeit der Staaten, welche oft die richtigen Grenzen überschritt. Man brauchte vor allem Soldaten für die größer werdenden Heere und Arbeiter für die Manufakturen. Darum wurden nicht nur die Einwanderung und die Eheschließungen begünstigt, die Auswanderung erschwert, zahlreicher Kindersegen mit Steuerfreiheit belohnt, sondern auch die illegitime Zeugung ihrer Schande entkleidet und durch große Findelhäuser erleichtert. Ludwig XIV. gewährte allen, die sich vor dem 20. Jahre verheirateten und zehn Kinder erzeugten, Steuerfreiheit. Napoleon I. versprach jedem Familienvater, der sieben Knaben hätte, einen derselben auf Staatskosten erziehen zu lassen. Nach preußischer Sitte wurde dem Vater für den siebten Sohn ein Patengeschenk zugeдacht. Auch Pitt brachte im englischen Parlamente eine Bill ein, vermöge deren zahlreichen Familien besondere Begünstigungen erteilt waren. Im Jahre 1819 gewährte der König von Sardinien jedem seiner Untertanen im Herzogtum Genua, der zwölf Kinder hatte, Freiheit von allen königlichen und Gutsabgaben. Friedrich II. von Preußen schützte nachdrücklich die in Unehren geschwächten Personen. Sein Grundsatz war: „Le nombre des peuples fait la richesse des États.“¹ Unter dem 24. August 1741 schrieb er an Voltaire: „Je les (les hommes) regarde comme une horde de cerfs dans le parc d'un grand seigneur, et qui n'ont d'autre fonction que de peupler et de remplir l'enclos.“² Die Freiheit und Selbständigkeit der Bürger wurde in der absolutistischen Zeit, wo die Population in Frage kam, wenig geachtet. Bentham erzählt: „Ich habe eben ein sehr dickes Buch über Politik von H. Beausobre, preußischem Hofrat, vor mir liegen, wo beim Artikel ‚Population‘ zwanzig verschiedene Rezepte zu ihrer Vermehrung gegeben werden. Das neunzehnte lautet folgendermaßen: Man muß

¹ Œuvres de Frédéric le Grand IV 4. Mémoires de 1763 jusqu'à 1775 VI 82.

² Œuvres XXII 80. Über die Art und Weise, wie die Vereinigten Staaten die Einwanderung und Kolonisation förderten, vgl. Rud. Meyer, Heimstätten und andere Wirtschaftsgesetze der Vereinigten Staaten von Nordamerika usw. (1883).

darauf achthaben, daß zur Zeit der Früchte das Volk kein unreifes Obst esse.¹ Er hätte uns aber auch mitteilen sollen, in welcher Weise man hierüber wachen könne, wie viele Inspektoren notwendig seien, um die Reife der Früchte zu beurteilen, wie viele Wachen, um vor unreifen zu sichern usw. Andere Rezepte sprechen sich gegen die Heiraten mit Häßlichen aus, gegen die Heiraten zwischen Alten und Jungen usw.“

Gewöhnlich versteht man unter Bevölkerungsproblem die Frage, wie eine stärkere, wachsende Bevölkerung in demselben Lande gleich gut oder nach Möglichkeit auch besser lebe als die früher weniger zahlreiche, wie die für den allseitigen Fortschritt im allgemeinen erwünschte Zunahme der Volkszahl mit den Anforderungen des Volkswohlstandes, seiner Erhaltung und Förderung im Einklang verbleibe, wie etwaige hierauf bezügliche Schwierigkeiten, die sich aus der Volksvermehrung ergeben können, überwunden werden. Daß es sich da in der Tat um ein „Problem“, eine nicht immer leicht zu lösende Frage handelt, daß das Wachstum der Bevölkerung auch mancherlei schwere Störungen hervorrufen könne, scheint einzuleuchten, wenn man die Volksmenge, die in verschiedenen Ländern heute ihren Unterhalt finden muß, bloß der Zahl nach mit derjenigen vergleicht, die vor etwa 50 Jahren in dem gleichen Gebiete ernährt wurde¹.

Schmoller gibt drei in der Geschichte hervortretende Wege an zur Lösung des Bevölkerungsproblems²: „Die Völker konnten 1. pessimistisch und unter dem Druck ungünstiger Verhältnisse sich darauf verlassen, daß Krankheit, Kriege, Unglücksfälle aller Art den Überschuß an Menschen beseitigen werden, und sie konnten, wenn dies nicht genügte, direkt versuchen, durch absichtliche Hemmung ihre Zahl zu beschränken. Sie konnten 2. im Gefühle ihrer Kraft sich ausdehnen, ihre Grenzen hinausschieben, fremde Länder unterwerfen, durch Wanderung, Eroberung, Kolonisierung, Auswanderung sich Luft schaffen. Sie konnten 3. aber auch den jedenfalls von einem gewissen Punkte an schwierigsten Weg betreten und die einheimische Bevölkerung verdichten, was in der Regel große technische und wirtschaftliche, sittliche und rechtliche Fortschritte voraussetzte.“³

1. In primitiven, kulturarmen Zeiten mochten vielleicht die Kämpfe, Kriege, Hungersnöte, Krankheiten ernste Besorgnisse wegen allzu rascher und starker Zunahme kaum aufkommen lassen. Und wenn dann doch zeitweilig unter besonders günstigen Umständen, bei langem Frieden, wenig Krankheiten, geographisch bevorzugter Lage und trefflicher Bodenbeschaffenheit, technischen Fortschritten (Viehzähmung, Milchnahrung, besserer Ackerbau u. dgl.) das Volk sich stärker vermehrte, dann halfen in jenen rohen Zeiten der Kindsmord, die Tötung der

¹ Eine Übersicht des Wachstums der europäischen Bevölkerung seit Mitte des 19. Jahrhunderts bietet Jacques Bertillon (Chef des travaux statistiques de la ville de Paris) im Bulletin de l'Institut Internationale de Statistique XIII² (1902) 93 ff.

² Grundriß I 171—187.

³ Ebd. 172.

Alten und Kranken, die Abtreibung, geschlechtliche Laster aller Art, kurz, die brutalsten künstlichen Hemmungen. Dadurch wurden die wirklichen oder vermeintlichen Schwierigkeiten, die sich aus dem Wachstum der Bevölkerung ergaben, allerdings radikal überwunden.

2. Als zweites Mittel, das Bevölkerungsproblem zu lösen, kommen die Wanderungen in Betracht. Dieselben weisen drei Epochen auf¹:

a) Die Zeit der Stammeswanderungen. Die alten Völkerschaften verließen ihre Jagd-, Weide-, auch Ackergründe, die sie nicht mehr ernährten, und wandten sich neuen Gebieten zu. Auch bereits sesshaft gewordene Stämme wurden von der Wanderlust ergriffen oder gehorchten der Not, die sie weitertrieb in den großen Völkerwanderungen. Manchmal war es der ganze Stamm, dann wieder eine auserwählte Schar junger Männer und Weiber, die sich anderwärts eine neue Heimat suchten oder eroberten.

b) Die Kolonisation, die ursprünglich als eine Angelegenheit des Volkes betrachtet wurde, auf Volksbeschluß sich stützte, in ihrem Vollzug als Staatsmaßregel sich darstellte. So gründeten z. B. die griechischen Stadtstaaten Töchterstädte und -staaten; so entstanden die römischen Kolonien in den italischen Seestädten und in Norditalien usw.

c) In der neueren Zeit finden wir die Wanderungen der Individuen, einzelner Personen oder Familien, die heutzutage vermöge der modernen Verkehrsmittel und auf Grund des modernen Völkerrechts leicht und gefahrlos sich vollziehen können. Es sind gewaltige Massen, die auf diese Weise in entfernte Gebiete transferiert werden. Diejenigen Staaten, die in der rechten Weise jene Wanderungen mit ihrer Handelspolitik in Verbindung zu bringen wissen, vermögen aus denselben nicht geringen Vorteil dem Heimatlande zu sichern.

3. Der dritte Weg, das Bevölkerungsproblem zu lösen, besteht in der Verdichtung der Bevölkerung bzw. in dem Versuch, die zunehmende Zahl von Personen auf der gleichen Fläche und darum bei größerer Dichtigkeit zu ernähren. Die Voraussetzungen hierzu sind keineswegs immer so leicht zu beschaffen. Nicht als ob die größere Zahl in dem Lande überhaupt nicht ernährt werden könnte. Wir geben zu, sagt Schmoller², „daß es eine absolute Überbevölkerung wohl weder früher gegeben hat, noch heute gibt, sofern wir darunter eine Bevölkerung verstehen, die auch bei vollendetster und rasch fortschreitender Technik, Verkehrsentwicklung, Kolonisation, Moral- und Gesellschaftsverfassung nicht die Möglichkeit hätte, auf ihrem Gebiete zu leben. Diese Voraussetzungen waren fast nie oder nur selten vorhanden. Die praktische Frage ist wesentlich die, ob eine relative Übervölkerung vorhanden sei oder drohe, d. h. eine solche Dichtigkeit, welche gegenüber den vorhandenen Lebensbedingungen und volkswirtschaftlichen Aussichten als Druck empfunden werde. Daß eine solche in verschiedenem Grade sich immer wieder einstellt, scheint eine historische Notwendigkeit, ja eine Bedingung des Fortschrittes. Wo die Menschen sich halbwegs wohl fühlen, bei 1000 wie bei 8000 Menschen pro Geviertmeile, da tritt ein rasches Wachstum ein, und erst, wenn es eingetreten ist, wenn überall das alte Kleid der Gesellschaftsverfassung zu eng wird, sinnt man auf technischen und Verkehrsfortschritt, entstehen die Impulse zu moralischen und geistigen Fortschritten, die verbesserten Institutionen. Die Völker, die dazu nicht imstande

¹ Grundriß I 177 ff.

² Ebd. 186 f.

sind, stagnieren, altern, gehen zugrunde; die gesunden und kräftigen vollziehen die Fortschritte, aber nicht ohne weiteres, sondern in einem Ringen und Kämpfen, in einem Tasten und Suchen, das oft Generationen hindurch dauert. Immer schwieriger und komplizierter werden die Aufgaben. Unlösbar sind sie auch heute noch lange nicht.“

Diese Aufgaben erhalten aus den besondern Verhältnissen jedes einzelnen Volkes ihre nähere Bestimmung. Für Deutschland vor dem Weltkriege bezeichnete Schmoller namentlich drei Mittel¹.

a) Es müsse für einen reichlichen Bevölkerungsabfluß, womöglich nach eigenen Kolonien, gesorgt werden².

Wir verkennen durchaus nicht die Bedeutung von Kolonien für die Unterbringung von Auswanderern, soweit wirklich Ansiedlungsgebiete vorhanden sind oder gewonnen werden können, Gebiete, welche klimatisch und wirtschaftlich geeignet sind, unsere Auswanderer aufzunehmen und lohnend zu beschäftigen. Derartige Kolonisationen bedeuten gewissermaßen die Vervielfältigung eines Kulturvolkes. Solange die Kolonie Dependenz des Mutterlandes bleibt, sind die dorthin Ausgewanderten für ihre Heimat nicht völlig verloren, und selbst wenn eine staatliche Ablösung stattfindet, so kann ja der kulturelle und ökonomische Zusammenhang noch fort dauern. Auch insofern es sich nicht um Ansiedlungsgebiete³ handelt, sind gute, überseeische Besitzungen in dem Verdichtungsprozeß der Bevölkerung des Mutterlandes von nicht geringer Bedeutung. Es wird dadurch die Teilnahme am Welthandel und der Weltwirtschaft gesteigert, werden Absatzgebiete eröffnet, Lebensmittel, Kolonialwaren, Rohstoffe gewonnen, die der Produktion des Mutterlandes um so leichter und umfangreicher zugute kommen können, weil Kolonie und Mutterland ein einziges gemeinsames Wirtschaftsgebiet bilden. Die Möglichkeit einer Steigerung der allgemeinen Wohlfahrt ist dadurch gegeben und damit die Möglichkeit, daß im Mutterlande selbst eine größere Anzahl Menschen Arbeit und Nahrung finden können.

Da nun für die Ansiedlung deutscher Auswanderer in eigenen Kolonien nach Abtretung derselben überhaupt keine Aussichten bestehen, da anderseits ein Abströmen eines Teiles der Bevölkerung unter Umständen nötig werden kann, so dürfte es sich empfehlen, die Auswanderung in fremde Gebiete nicht aus dem Auge zu verlieren, um dieselbe in einer Weise leiten zu können, daß sowohl für die Auswanderer gut gesorgt wäre, als auch die Wohlfahrt der Heimat neue Förderung erfahren könnte. Vor allem solche Gebiete, wo die Auswanderer schon deutsche Kultur, Sprache, Gesittung vorfinden, wie etwa das russische Wolga- und Schwarzmeergebiet, die La Platastaaten und vielleicht (?) Südbrasilien (Rio Grande

¹ Ebd. 187.

² Koch, Gedanken zur Kolonialpolitik, in Stimmen aus Maria-Laach LXX (1906) 12 ff.

³ Um „Kultivation“, nicht um eigentliche „Kolonisation“.

do Sul) — das sind Länder, die bereits früher für die Aufnahme deutscher Auswanderer in Vorschlag gebracht wurden. Wir sind nicht so glücklich wie Rußland und Amerika, in unmittelbarer Nähe große Gebiete für die Expansion zu besitzen. Schon Ernst v. Halle meinte aber doch, in Osteuropa könnten Niederlassungsplätze für die überschüssige deutsche Bevölkerung gefunden werden¹; der landwirtschaftliche Sachverständige bei dem kaiserlichen deutschen Konsulat, H. Hucho², ferner glaubte, in Kanada ließe sich noch eine mehr als zehnfache Bevölkerung unterbringen usw.

Vor dem Weltkriege ernährte die sich immer noch ausdehnende Industrie das Plus der Bevölkerung³. Aber auch in der Voraussetzung einer zunächst ungestörten Weiterentwicklung mußte man sich schon damals sagen, daß doch schließlich alle erreichbaren Absatzgebiete dereinst einmal erschlossen sein würden, so daß dann die weitere Ausdehnung der Industrie und infolgedessen eine weitere Aufnahme von Arbeitern in derselben nicht in dem gleichen Maße möglich wäre wie heute. Namentlich aber jetzt, wo die Industrie zurückgegangen, die Existenzbedingungen für weite Kreise sich sehr verschlechtert haben, gewinnt die Auswanderungsfrage große Bedeutung und benötigt einer raschen und sichern Erledigung (Reichswanderungsamt).

Die Auswanderung hat zuweilen eine wohl übertrieben ungünstige Beurteilung gefunden, nicht bloß als Symptom des Elendes, sondern auch als Ursache neuen Schadens. Durch die Auswanderung verliere die Nation in jedem Auswanderer eine Arbeitskraft, mit ihr die auf Erziehung und Bildung des Auswanderers verwendeten Kosten; ferner nehme jeder Auswanderer einen wenn auch geringen Betrag an barem Gelde mit. So berechnet z. B. Rudolf Meyer⁴ den wirtschaftlichen Schaden, welchen die Auswanderung nach Amerika Deutschland verursachte: „jeder Einwanderer habe an ‚Arbeitswert‘ und Kapital um 1000 Dollars den amerikanischen Nationalwohlstand vermehrt“. Derartige Berechnungen des Kapitalverlustes haben geringen Wert, schon deshalb, weil sie sich zum Teil in Vermutungen bewegen. Adolf Wagner urteilt, daß keine dieser Berechnungsweisen einwandfrei sei und der volkswirtschaftlichen Seite des Problems genüge. „Über jeden Zweifel erhaben steht es“, sagt Alfred Zimmermann⁵, „daß Handel und Gewerbe des ganzen Volkes durch die Aus-

¹ E. v. Halle, Die großen Epochen der neuzeitlichen Kolonialgeschichte, in Heft 7 der Kolonialen Abhandlungen.

² Mitteilungen der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft, Beilage Nr. 18 zu Stück 30 vom 27. Juli 1907. Zeitschrift für Sozialwissenschaft X (1907) 576.

³ Damals galt in etwa, was Th. Hertzka (Die Gesetze der sozialen Entwicklung [1886] 188) bemerkt: „Wir können dereinstiger Übervölkerung heute nicht vorbeugen, ohne den Anforderungen der unmittelbaren Zukunft zuwiderzuhandeln.“

⁴ Der Kapitalismus fin de siècle (1894) 239.

⁵ Kolonialpolitik (1905) 138. Vgl. auch F. H. Geffken, Artikel „Kolonisation“, in Schönbergs Handbuch der politischen Ökonomie II⁴ (1898) 554 ff. Über österreichische Auswanderung vgl. Soziale Kultur XXVIII (1908) 557.

wanderung einen erheblichen Nutzen haben. Der Wohlstand und Einfluß, den die Ausgewanderten erwerben, kommt direkt oder indirekt, wie die Erfahrung ergibt, der Heimat wieder zugute. Ebenso sehr trägt die Auswanderung eines Landes zur Hebung seines politischen Einflusses im Auslande bei und verschafft ihm Handhaben, seine Beziehungen weiter auszudehnen.“ Im übrigen meint Leroy-Beaulieu, der Schaden der Auswanderung sei in einem dichtbevölkerten Staate nicht fühlbarer als Nasenbluten bei einem gesunden Körper. Das mag gelten, wenn die Auswanderung nicht zur Massenflucht wird.

b) Als zweites Mittel zur Lösung des Bevölkerungsproblems in Deutschland forderte Schmoller, daß die überfrühen Ehen¹ sich minderten, doch ohne Rückkehr zu polizeilichen Schranken der Niederlassung und der Ehe: „Die unteren Klassen müssen die Sitten des Mittelstandes in bezug auf Ehe und Kinder annehmen, sie werden das in dem Maße tun, als man sie durch die richtigen sozialen Reformen geistig, moralisch und wirtschaftlich hebt. Dadurch wird auch der größten Gefahr jeder Übervölkerung vorgebeugt, welche darin liegt, daß die Lebenshaltung der unteren Hälfte des Volkes stark herabgedrückt wird. In den mittleren und oberen Klassen ist umgekehrt der Ehelosigkeit, den Geldheiraten, der Prostitution und allen ähnlichen Erscheinungen, die sich als unmoralische Folge der Bevölkerungsverdichtung darstellen, mit allen den Mitteln entgegenzuwirken, die von innen heraus helfen. Das ist freilich nicht leicht in Zeiten, in welchen der Goldsegen wirtschaftlicher Aufschwungsperioden Luxus, Genußsucht und Liederlichkeit in weiten Kreisen steigert. Aber es ist nicht unmöglich, wenn von oben herab ein gutes Beispiel gegeben, die Mißbräuche und Entartungen bekämpft werden.“²

Also zunächst keine staatlichen und gemeindlichen polizeilichen Beschränkungen der Eheschließung! Wir dürfen nicht den Besitzlosen die Eingehung einer Ehe erschweren, um auf diese Weise

¹ Gegen vorzeitigen und leichtsinnigen Eheschluß gibt es kein kräftigeres Mittel als Stärkung des sittlichen Bewußtseins im Volke, des Bewußtseins der Verantwortlichkeit. Namentlich wird auch das Beispiel der Keuschheit, welches der Priester- und Ordensstand der Welt gibt, nicht ohne Einfluß auf die Gemüter der Menschen bleiben können und zeigen, daß es in der Tat höhere Kräfte im Menschen gibt als instinktive Tendenzen. „Hier ist es“, sagt Taparelli (Versuch eines auf Erfahrung begründeten Naturrechts. Aus dem Italienischen II [1845] 38 ff.), „wo ich mich von Dankbarkeit und Bewunderung gegen den Autor und Gesetzgeber der christlichen Religion hingerissen fühle. Er hat in der Fülle der Zeiten die Enthaltsamkeit durch sein eigenes Leben verehrungswürdig, durch seine Gnade möglich, durch die Einrichtungen der Kirche sogar leicht gemacht und damit den Propagationstrieb auf milde Weise durch ein frei gewähltes Mittel beschränkt, ohne die Ehelosen der Versuchung des Verbrechens auszusetzen; und indem er bei den Ehelosen der freiwilligen Enthaltsamkeit auch noch die freiwillige Armut beifügte, hat er den Verheirateten dadurch den Besitz von Hab und Gut und deswegen auch die Erhaltung einer Nachkommenschaft erleichtert.“ Charles Périn, *De la richesse* I 541.

² Schmoller, *Grundriß* I 187.

einer Zunahme der ärmeren Bevölkerung vorzubeugen¹. Denn einmal ist das Recht der Verehelichung ein klares, unbestreitbares Grundrecht des Menschen; es kann und darf dem Menschen um so weniger wegen irgendwelcher materiellen Rücksichten verkürzt werden, als die legale Befriedigung des stärksten natürlichen Triebes die Haltung des göttlichen Sittengesetzes und damit die Erreichung des höchsten und letzten, allen Menschen gemeinsamen Zieles wesentlich erleichtert². Aber auch die Erfolglosigkeit der Maßregel spricht gegen dieselbe und bestätigt den allgemeinen Satz, daß in sich verkehrte Mittel auf die Dauer niemals dem wahren Wohl der Gesellschaft entsprechen können. Die Zahl der Eheschließungen blieb allerdings in den Ländern mit Ehebeschränkungen eine geringere. Doch um so häufiger wurde das Konkubinat, um so zahlreicher waren die unehelichen Geburten. Illegitime Kinder aber bedrohen durch ihre meist vernachlässigte Erziehung die Gesellschaft unvergleichlich mehr als eine beträchtlich größere Anzahl ehelicher, wenn auch armer Kinder.

Noch weniger soll den unteren Klassen das schmachvolle Zweikindersystem empfohlen werden. Auch kann eine frühe Ehe für manchen jungen Mann aus diesem oder jenem Grunde sich empfehlen. Nur die weder dem Wohle des einzelnen noch dem Gesamtwohle zuträglichen überfrühen Ehen sollen vermindert oder beseitigt werden, weniger aus malthusischen Bedenken als im eigenen Interesse des Volkes. Der Arbeiter soll in eine Lage gebracht werden, in welcher die Besorgnis vor den Übeln der Armut wirksamer, das Pflichtgefühl, das Bewußtsein der Verantwortlichkeit gegenüber der Nachkommenschaft und der Gesellschaft verschärft wird. Es handelt sich also um die fortschreitende

¹ Charles Antoine S. J., *Cours d'Économie Sociale* (1907) 632 ff. Ch. Périn, *Über den Reichtum in der christlichen Gesellschaft II* (1868) 49 f.: „Wenn man dem Armen, der ohnedies von den meisten andern Freuden der Welt ausgeschlossen ist, mit grausamer Tyrannei auch noch die Freuden der Familie raubt, so vergrößert man die Armut, statt daß man sie ausrottet; ja noch mehr, man erzeugt das Laster mit der Armut und beschwört die Entwicklung jener schrecklichen sozialen Krankheit herauf, die man Pauperismus nennt und die in der Verbindung der moralischen Verkommenheit mit der leiblichen Not besteht.“ Vgl. auch Schönbergs *Handbuch* I 744. Roschers *Grundlagen* § 249 Anm. 3. Weiß, *Apologie I* 500 ff. Öttingen, *Moralstatistik* (1882) Tab. 36. Ratzinger, *Die Volkswirtschaft in ihren sittlichen Grundlagen* (1895) 110 f. 467 530. Franz Keller, *Bevölkerungspolitik und christliche Moral* (1905) 149 ff. Dasselbst auch die staatlichen und kommunalen Beschränkungen der Verehelichungsfreiheit in den deutschen Staaten zusammengestellt, wie auch *Handwörterbuch der Staatswissenschaften III* 600 ff. Dort S. 606: „Das Prinzip der polizeilichen Ebehinderung muß gegenüber der verwaltungspolitischen Erwägung fallen, daß das ideale Interesse der öffentlichen Sittlichkeit höher steht als das materielle Interesse der Gemeinden“ (Rehm).

² Vgl. des Verfassers Schrift: *Liberalismus, Sozialismus und christliche Gesellschaftsordnung I* (1893) 60: „Der höchste Individualzweck, die Erreichung des jenseitigen Zieles, ist zugleich der oberste und allgemeinste Menschheitszweck, dem alle besondern Sozialzwecke sich unterzuordnen haben, zu dem sie niemals in Widerspruch treten dürfen.“

materielle, geistige, sittliche Hebung, um die persönliche, kulturelle, soziale Höherstellung des Arbeiters.

Nichts liegt uns ferner, als gegen die Arbeiterklasse den Vorwurf zu erheben, sie habe sich bei der Eheschließung bisher durchweg in schuldbarer Weise von der Leidenschaft leiten lassen. Die äußeren Verhältnisse sind es vielmehr, die nur zu oft der Familie und Familienbildung ihre gesunden Grundlagen geraubt haben. „In den großen Mietskasernen“, sagt Franz Walter¹, „sind Dutzende von Familien zusammengedrängt; die Intimität und damit der Reiz des Familienlebens schwindet; die Höhe der Mietspreise zwingt zur Aufnahme von Schlafburschen und Schlafmädchen, und damit lockern sich die Bande der Zucht und Sittlichkeit, die verpestenden Einflüsse der Wohnungsnot treten zutage. Die Auflösung des Familienlebens innerhalb des Proletariats ist eine unleugbare Tatsache, und Paul Göhre, der als Augenzeuge die Zustände kennengelernt hat, versichert in seiner Schrift ‚Drei Monate Fabrikarbeiter‘, daß in den industriell hochentwickelten Gebieten Sachsens der Zerfall des Familienlebens einen beängstigenden Fortschritt aufweise. Wenn man demgegenüber darauf hinweist, daß auch in den höheren Schichten der Gesellschaft Vorkommnisse sich ereignen, die auf eine verminderte Wertschätzung des Familienlebens schließen lassen, so muß doch gesagt werden, daß in den Kreisen des Mittelstandes das Familienleben sich noch einer hohen Wertschätzung und sittlichen Pflege erfreut. Die Verhältnisse liegen ja auch hier viel günstiger. Die Heiligkeit der Familie ist doch in etwa durch die Mauern der Wohnung geschützt, ist nicht so den Blicken der Öffentlichkeit preisgegeben, Bildung und Behaglichkeit verbreiten ihren Glanz über die Häuslichkeit und verleihen ihr Wert. Beim Proletariat findet sich nichts von dem. Die Familie ist selten vollzählig beisammen, und wenn sie sich auch zusammenfindet, ist sie nicht allein, der fremde Schlafgänger drängt sich störend ein, und dadurch erfahren die Familienbände, auch wenn keine weiteren sittlichen Mißstände damit verknüpft wären, eine arge Lockerung². Da die sittliche Wertschätzung des Familienlebens gesunken ist, fehlt auch das Bewußtsein der daraus erwachsenden Pflichten. Daher ist ein Merkmal des Proletariats die absolute Sorglosigkeit in der Eheschließung und Kindererzeugung. Gegen den Leichtsin in der Familiengründung ist auch eine gesetzliche Heiratserschwerung kein wirksames Palliativ. Roscher weist mit Recht darauf hin, daß da, wo Stände und Korporationen mit wahrer Selbständigkeit bestanden, deren Mitglieder Wert auf ihre Genossenschaft legten, die Sache sich von selbst machte: der Geselle wartet freiwillig mit dem Heiraten, bis er Meister geworden³. Ganz anders geschieht es bei einem zahlreichen Proletariat, wo jener Geist der Standesehre fehlt. Die Hauptsache liegt aber für die bürgerliche Gesellschaft nicht darin, daß möglichst viele — wie die Gegner des Zölibats es wollen —, sondern daß möglichst gute, sittlich fundierte Ehen geschlossen werden; die Kraft eines Volkes liegt nicht in der absolut hohen Bevölkerungsziffer, sondern in der Bürgertugend, im sittlichen Mark.“⁴

¹ Staatslexikon IV² 720 f.

² Vgl. Brückner, Das Schlafstellenunwesen und seine Bekämpfung, in Der Arbeiterpräses, Berlin 1906, Heft 9, 263 ff.

³ Grundlagen V, Kap. 3, § 258.

⁴ Vgl. A. Wagner, Agrar- und Industriestaat² (1902).

Es war sodann die rapide Industrialisierung, die in der Tat die Möglichkeit der Existenz einer Familie vor Augen zaubern konnte, wo immer nur zwei kräftige Hände eines jungen, gesunden Arbeiters zur Verfügung standen. Und um so leichter wurden jene überfrühen Ehen eingegangen, je niedriger die Lebenshaltung des Arbeiters, je mehr auch Frauen und Kindern die Möglichkeit des Mitverdienens eröffnet war. Durch die Verbesserung der Lebenshaltung, mit erweiterten, höheren Bedürfnissen und Ansprüchen einer Arbeiterfamilie, dürfte jedoch die vorzeitige Eingehung der Ehe seltener werden. Der Arbeiter wird allmählich vorsichtiger sein und erst heiraten, wenn er selbst durch eigene Arbeit die jener erhöhten Lebenshaltung entsprechenden Mittel erwerben kann. Schon hatte sich vor dem Weltkriege die allgemeine Lage des Industriearbeiters durch Staatshilfe und Selbsthilfe ganz beträchtlich gehoben. Die Lebensbedürfnisse der Arbeiterfamilie hatten sich vermehrt, nicht zum Schaden unserer Volkswirtschaft, da hierdurch der Absatz unserer Produkte im Inlande sich erhöhte, ganz abgesehen davon, daß eine Besserung in der Lage des Arbeiterstandes an sich schon als ein volkswirtschaftlicher Fortschritt bezeichnet werden muß. Wir wollen hoffen, daß jener Prozeß allseitiger Hebung, den wir in seinen Anfängen vor Augen hatten, auch fürderhin wieder in ruhiger, allmählicher Entwicklung voranschreite und so jene Verfassung der Klasse herbeiführe, die auch in populationistischer Hinsicht als wünschenswert erscheinen muß. Dieser Vorgang wird bedeutend gefördert werden, wenn der Arbeiter in seiner Frau, seinen Kindern nicht mehr zugleich ein Mittel des Erwerbs erblickt und erblicken kann, wenn der verheirateten Frau die Fabrik verschlossen, die gewerbliche Arbeit der Kinder durch gesetzliche Bestimmungen verboten ist. Auch dann noch müssen aber ganz besonders jene Mittel herangezogen werden, „die von innen heraus helfen“ (Schmoller). Das Bewußtsein der Verantwortlichkeit der Eltern im Hinblick auf ihren Nachwuchs bedarf einer erheblichen Verschärfung. Kein Werk ist schwieriger und wichtiger als die Erziehung eines Menschen. Keine Aufgabe wird aber leichtsinniger übernommen als gerade diese, übernommen von jungen Burschen und Mädchen, die selbst noch gar sehr der Erziehung bedürfen. Mit der materiellen, geistigen und sittlichen Hebung des Arbeiterstandes wird die Ausbildung der Kinder der Arbeiter eine bessere werden, so daß die Kosten, die der Arbeiter für deren Erziehung aufzuwenden hat, sich erheblich steigern müssen. Auch dieses Moment wird die Eingehung einer Ehe, die Begründung einer Familie dem jugendlichen Arbeiter als einen folgenschweren Schritt erscheinen lassen und dem leichtsinnigen Eheschluß entgegenwirken können.

Es gehört aber, wie Schmoller sagt¹, zur Lösung des Bevölkerungsproblems schließlich noch,

c) „daß nach allen Seiten eine richtige Wirtschafts- und Handelspolitik die innere Verdichtung und die Ausbreitung der Bevölkerung nach außen, soweit sie möglich ist, befördere und erleichtere; innere Kolonisation, Parzellierung der schlecht verwalteten großen Güter, Pflege des technischen Fortschrittes in Landwirtschaft und Gewerbe, Verbesserung aller Unterrichtsanstalten, Hebung der Macht und des Ansehens

¹ Grundriß I 187.

nach außen, Förderung unseres Exportes wie unserer landwirtschaftlichen Eigenproduktion, Hinarbeiten auf eine gleichmäßigere Einkommensverteilung, das sind die Ziele, die man im Auge haben muß. Das Bevölkerungsproblem greift in alle Lebensgebiete hinein, fordert überall Zucht und Selbstbeherrschung, Weitsicht und tatkräftiges Handeln. Auch das tüchtigste Volk wird die zwei selbständigen Bewegungen der zunehmenden Menschenzahl und des wirtschaftlichen Fortschrittes nie ganz in Übereinstimmung bringen können; aber es kann die Dissonanzen mildern in dem Maße, wie es moralisch, geistig und technisch sich vervollkommnet.“ Das gilt auch für die durch den Weltkrieg zu unsern Ungunsten veränderten Verhältnisse.

112. Das Frauenproblem oder die Frauenfrage¹. Ein beträchtlicher Prozentsatz weiblicher Personen bleibt unverheiratet. Auch viele Witwen müssen ohne männliche Stütze ihren Lebensunterhalt suchen. Auswanderung kann hier als Mittel nicht vorgeschlagen werden. Auch versagt die an sich gewiß schöne und richtige Mahnung: Die Frau gehört ins Haus! Die Zahl derjenigen, die nicht heiraten können und denen das Familienhaus eben nicht mehr die nötigen Existenzmittel bietet, ist bei den gegenwärtigen Verhältnissen eine bedeutende geworden. Die Zahl der Alleinstehenden wird sich in den kommenden Jahrzehnten voraussichtlich stark vermehren. Kriegerwitwen überdies und Frauen der Kriegsbeschädigten werden genötigt sein, ihr Einkommen aus der kleinen Rente durch Nebenerwerb zu erhöhen. Darum erweist es sich als eine Notwendigkeit, daß jenen Unversorgten

¹ Aus der umfangreichen Literatur seien besonders erwähnt: Augustin Rösler, Die Frauenfrage vom Standpunkte der Natur, der Geschichte und der Offenbarung beantwortet² (1907); namentlich S. 16—144 389—526 558—567. Jos. Mausbach, Die Stellung der Frau im Menschheitsleben (1905). Ders., Altchristliche und moderne Gedanken über Frauenberufe (1906). Viktor Cathrein, Die Frauenfrage (1901), im 17. Heft der Sozialen Frage, beleuchtet durch die Stimmen aus Maria Laach; 2. Aufl. 1908. Jos. Beck, Gleichheit und Ungleichheit der Geschlechter usw., in Monatschrift für christliche Sozialreform XXIX (1907) 483 ff. Elisabeth Gnauck-Kühne, Die soziale Lage der Frau (1895). Dies., Die deutsche Frau um die Jahrhundertwende² (1907). Hedwig Dransfeld, Frauenberuf und Frauenarbeit, in Deutschland und der Katholizismus II (1918) 257 ff. Auch Lausbergs Rede über die Frauenfrage auf dem Katholikentage zu Essen 1906 (vgl. Bericht). Zahns Rede auf der Katholikenversammlung zu Düsseldorf 1908. Elisabeth Stoffels, Bildungsfrage für das weibliche Geschlecht, in Soziale Tagesfragen, herausgegeben vom Volksverein für das katholische Deutschland (1908). Maria Werner, Die grüne Gefahr² (1908). Alice Salomon, Literatur zur Frauenfrage: Die Entwicklung der Theorie der Frauenbewegung, im Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik XXVI (1908) 451 ff. Pierstorff, Frauenfrage, im Wörterbuch der Volkswirtschaft I³ und im Handwörterbuch der Staatswissenschaften: Weibliche Arbeit und Frauenfrage VIII³. Wolzendorff, Stellung der Frau im öffentlichen Recht, in v. Stengels Wörterbuch des deutschen Staats- und Verwaltungsrechts I² (1911). Silbermann, Die Frauenarbeit nach den beiden letzten Berufszählungen, in Jahrbuch für Gesetzgebung (1911). Wilh. Liese, Das hauswirtschaftliche Bildungswesen (1910). Karl Bücher, Die Frauenfrage im Mittelalter² (1910). Frauenberufsfrage und Bevölkerungspolitik, in Jahrbuch des Bundes deutscher Frauenvereine für 1917. Gertraud Wolf, Der Frauenerwerb in den Hauptkulturstaaten (1916). Fanny Imle, Die Frau in der Politik (1920).

oder Halbversorgten die Möglichkeit erwachse und gewahrt bleibe, zu einer würdigen Einzelexistenz zu gelangen. Insofern ist die Frauenfrage eine Frage der öffentlichen Wohlfahrt, an welcher die Frauenwelt ihren Anteil beanspruchen darf.

Dazu kommt noch ein anderes Moment. Verheiratete Frauen und in der elterlichen Familie stehende Töchter gehen heutzutage viel mehr als früher nach Arbeit außer dem Hause. Warum arbeiten sie denn nicht im Hause, in der Familie? Das Spinnen und Weben, das Nähen und Waschen, das Backen und Schlachten usw. ist dem modernen Familienhaushalte entzogen¹. Für Unterricht und Bildung sorgt in umfassendem Maße die Gesellschaft. Die Kräfte der Frau werden innerhalb der Familie vielfach weniger in Anspruch genommen als ehemals, obwohl eine wirklich gute Hausfrau wohl kaum über Mangel an Arbeit zu klagen haben wird. Wie dem immer sei, die neuzeitliche Entwicklung mit ihrer Massenproduktion und ihren gesellschaftlichen Einrichtungen, so heißt es, hat manche früher gebundene Kräfte freigemacht. Überdies habe auch das Weib das Recht und die Pflicht, seine Anlagen zur vollen Entfaltung zu bringen und in der rechten Weise zum Wohle der Gesellschaft zu betätigen. Diese Kräfte bilden ja in der Tat einen höchst wertvollen Bestandteil der Volkskraft. Ihn unbenutzt zu lassen, wäre unverantwortlich, bedeutete für die Entwicklung der Volksgemeinschaft einen unersetzlichen Verlust.

Damit sind die beiden Gesichtspunkte angedeutet, unter welchen die Frauenfrage für uns in Betracht kommt. Eine erschöpfende Behandlung kann sie in der Volkswirtschaftslehre nicht beanspruchen. Insbesondere werden wir den kampfgeübten Soziologen die Erledigung der Emanzipationsfrage usw. überlassen müssen. Das Frauenproblem fordert nur so weit unsere Beachtung, als sich 1. aus der wirtschaftlichen und der populationistischen Entwicklung neue Bedürfnisse, neue Ansprüche an die öffentliche Wohlfahrt ergeben können. Auch wir müssen sodann 2. von unserem Standpunkte aus fordern, daß jener nicht unbedeutende Teil der Frauenwelt, der in der Familie seine Lebensaufgabe nicht findet, mit seiner Kraft und Leistungsfähigkeit sich selbst und der Gesamtheit nicht verlorengelasse, unter den Ursachen des Volkswohlstandes den gebührenden Platz erhalte und behaupte.

In einer Frage aber, die so sehr die Interessen des Weibes berührt, wenden wir uns unter andern auch bereitwillig an verständige Frauen, die dem Studium der Frauenfrage ihre Talente gewidmet haben. Wir wählen aus der großen Zahl derselben, völlig unparteiisch, eine heraus, welche in wohlthuender Kürze uns über die geschichtliche Entwicklung der Frauenfrage und der Frauenbewegung unterrichten wird².

¹ Schmoller, Grundriß I 250 f. Die in der Berufsstatistik als „Angehörige“ bezeichneten gingen an der gesamten weiblichen Bevölkerung von 72,94% im Jahre 1882 auf 63,90% im Jahre 1907 zurück. Über den Einfluß der Hausfrauentätigkeit auf das Wirtschaftsleben vgl. Wygodzinski, Die Hausfrau und die Volkswirtschaft (1916).

² Vgl. Helene Lange, Zum Stand der internationalen Frauenbewegung, in Internationale Wochenschrift für Wissenschaft, Kunst und Technik I (1907), Nr. 17 18 19, 533—538 567—574 605—610. Vgl. auch das Handbuch der Frauenbewegung von ders. und Gertrud Bäumer. Die Frauenbewegung in ihren modernen Problemen von Helene Lange in Herre, Wissenschaft und Bildung. In derselben Serie: Politik von Fritz Stier-Somlo.

Wir sagen: der Frauenbewegung. Um eine solche handelte es sich in der Tat, nicht bloß um theoretische Erörterungen.

1. Wirtschaftliche Not der Frauen des Mittelstandes und der „Damen aus guter Familie“ bildete meist den ersten Ausgangspunkt der Bewegung. Man begann damit, dem Publikum die Notlage so vieler weiblicher Personen, die ein besseres Los verdienten, zur Kenntnis zu bringen. Andererseits setzten alsbald Bemühungen ein zur praktischen Erweiterung der wirtschaftlichen Existenzmöglichkeiten der Frau und folgerichtig auch ihrer Vorbildungsmöglichkeiten. In England wurde Thomas Hoods „Song of the Shirt“ auf Kattuntaschentüchern vervielfältigt und so die Kunde von der verschwiegenen Frauennot in das Volk getragen. Carlyle wies hin auf die 30 000 Näherinnen, die in den Dachstuben der City nahezu verhungerten. In Berlin brachte um dieselbe Zeit der Prozeß einer Konfektionsfirma recht düstere Tatsachen ans Tageslicht. Während aber zur Beseitigung der hausindustriellen Übelstände vorderhand noch wenig geschah, bemühte sich in England die „Governesses' Benevolent Society“, zunächst dem Erzieherinnenelend zu steuern, wurde dann unter Lord Actons Führung um die Mitte des 19. Jahrhunderts eine Gesellschaft für Frauenerwerb gegründet. Ähnliche Ziele verfolgten der „Wiener Frauenerwerbsverein“, der „Fredrika-Bremer-Bund“ in Norwegen, der Bund „Arbeit adelt“ in Holland, der „Letteverein“¹ für weibliche Ausbildung (1865), sonstige Vereine der Erwerbstätigen in Deutschland, zum Teil mit starker Betonung des religiösen Momentes.

Die obengenannten älteren Erwerbsvereine stellen die ersten organisierten Zusammenfassungen innerhalb der modernen Frauenbewegung dar. Sie fanden besondere Förderung in den Kreisen des volkswirtschaftlichen Kongresses in Deutschland, des Vereins für volkswirtschaftlichen Fortschritt in Österreich usw. Sie haben auch den ersten Anstoß gegeben zur heute so großen Ausbreitung der Frauenarbeit in den mittleren Berufsarten, im Handelsgewerbe, im Post- und Telegraphendienst, im Kunstgewerbe, der Photographie usw.

Die ökonomische Selbständigkeit, deren sich tatsächlich mehr und mehr weibliche Personen in ihrer eigenen Erwerbstätigkeit erfreuten, sollte nun auch im Rechte zur Anerkennung gelangen, dort, wo die Gesetzgebung bisher im Wege gestanden, wie z. B. in Schweden. Englische und später ebenfalls deutsche Frauen glaubten verlangen zu dürfen — zunächst noch nicht vermöge eines neuen Prinzips, sondern lediglich aus wirtschaftlichen Gründen —, daß der Ehefrau ein selbständiger Rechtsanspruch auf ihren Arbeitsverdienst gesichert werde².

Aber noch ein neues Feld fruchtbarer Betätigung außer und neben der wirtschaftlichen Erwerbsarbeit eröffnete sich der modernen Frauenwelt. Die gewaltigen sozialen Notstände, die sich an die glanzvolle industrielle Entwicklung knüpften, erheischten neue Formen sozialer Hilfsarbeit (ehrenamtlicher oder beruflicher), wo und weil die bisherigen Mittel öffentlicher und karitativer Für-

¹ Wilhelm Ad. Lette, preußischer Staatsbeamter, der diesen Verein begründete, war auch der Begründer und Leiter des Kongresses deutscher Volkswirte.

² Nach dem B.G.B. erstreckt sich die gesetzliche Verwaltungsgemeinschaft nicht auf das sog. Vorbehaltsgut. Dazu gehört, was die Frau während der Ehe durch ihre Arbeit und durch den selbständigen Betrieb eines Erwerbsgeschäftes erwirbt. Auch sonst hat das B.G.B. den Frauen große Selbständigkeit in privatrechtlicher Hinsicht zuerkannt. Darüber unterrichtet des näheren die Jurisprudenz.

sorge versagten. Wir sehen, wie z. B. eine Mary Carpenter ihre Besserungsanstalten für verwahrloste Kinder gründete, eine Louisa Twining mit ihrer privaten Armenpflegegesellschaft die mangelhafte amtliche Inspektion der öffentlichen Armenhäuser ergänzte. In Deutschland trat Luise Otto-Peters für die Arbeiterinnen in den Hausgewerben der sächsischen Textilindustrie ein und richtete an das sächsische Ministerium die Aufforderung, „die Frauenarbeit zu organisieren“. Im Jahre 1850 errichtete Laura Mantegazza¹ in Mailand die erste Krippe für die Kinder solcher Frauen, die selbst über Tag durch Arbeit behindert waren usw. Es handelt sich bei dieser sozialen Fürsorge hauptsächlich um Arbeiten, die der Frauennatur ganz besonders entsprechen, auf welche die Frauen sich innerlich hingewiesen fühlen. Für einzelne Gebiete schien es den beteiligten Frauen wünschenswert, amtliche Qualität und amtliche Befugnisse zu besitzen, um allseitiger und erfolgreicher in der sozialen Fürsorge wirken zu können. In England wurde dieses Ziel bald erreicht. Seit 1875 gab es dort Frauen in der öffentlichen Armenpflege. Auch die neue deutsche Reichsverfassung von 1919 weist den Frauen wiederum durch die Aufgaben des Staates und der Gemeinden „zur Reinerhaltung, Gesundung und sozialen Förderung der Familie“ sowie zum Schutz der Jugend, speziell des unehelichen Kindes, gegen Ausbeutung, sittliche, geistige oder körperliche Verwahrlosung (Art. 120) ein weites Feld fruchtbarer Sozialarbeit zu.

Man hat die moderne Frauenbewegung ein Kind der Revolution von 1789 genannt. Und in der Tat, soweit die bürgerliche Frauenbewegung der Gegenwart zum radikalen Emanzipationsgedanken sich bekennt, führt sie sich zurück auf die philosophischen und politischen Anschauungen aus der Zeit der französischen Revolution. Olympe de Gouges schrieb 1789 ihr Büchlein: „La déclaration des droits des femmes“, nachdem sich herausstellte, daß die „Déclaration des droits de l'homme“ sich lediglich auf die Männer bezog. Condorcet ward zum Verteidiger dieser Frauenrechte, während in England die Frau des Philosophen Godwin, Mary Wolstonecraft, in ihrer „Vindication of the Rights of Women“ ein Manifest der Frauenbewegung schaffen wollte. In Deutschland war es Gottlieb v. Hippel, der mit seinem Buche „Über die bürgerliche Verbesserung der Weiber“ eine mehr prinzipielle Erörterung der Frauenfrage einleitete. Es handelte sich jetzt nicht mehr um einzelne Forderungen, die sich aus der wirtschaftlichen Notlage der Frauen ergaben, sondern um die grundsätzliche Frage nach der Stellung der Frau in Staat und Gesellschaft. Hatte ja die Aufklärungsphilosophie in ihrer Weise das Verhältnis des Menschen zur Gesellschaft, seine Stellung im Staate mit der sittlichen Persönlichkeit, mit der allgemeinen Menschenwürde verknüpft. Von diesem Standpunkte aus war es durchaus logisch gedacht, wenn auch die Frau die gleiche Stellung im Staate beanspruchte wie der Mann. Andernfalls hätten die Frauen ja ihre sittliche Persönlichkeit herabgewürdigt, keinen gleichen Anteil an jener Menschenwürde gehabt, wie sie die Männer für sich in Anspruch nehmen. Nachdrücklich weist auch Aug. Rösler² darauf hin, daß die Aufklärungsphilosophie mit ihrem „Staatsvertrage“ und dem „Ehevertrage“ — beides unter Ausscheidung jedes religiösen, christlichen, autoritativen Gedankens — den radikalen Emanzipationsgedanken in die Frauenwelt getragen habe. Die vom autonomen Staate geregelte Zivilehe sei die erste und tiefste Ursache der radi-

¹ Mutter des Physiologen Mantegazza.

² Frauenfrage² (1907) 396 409 440.

kalen Frauenbewegung. Die Frau könne unmöglich ihre eigene Verpflichtung zum Gehorsam dem Ehegemaal gegenüber begreifen, wenn dieser, anstatt verantwortlicher Vertreter einer höheren Autorität zu sein, sein Vorrecht allein aus seiner Selbstherrlichkeit ableite. Der Hinweis auf das Staatsgesetz genüge hier nicht. Im Sinne der Aufklärung ist ja das Staatsgesetz nur der veränderliche Gesamtwille der autonomen Männer. Offenbar steht hier die Logik auf seiten der Frauen. Wer einmal zur Aufklärungsphilosophie sich bekennt, darf nichts einwenden gegen die volle Emanzipation der Frauen von der Herrschaft der Männerwelt. Man kann also in der Tat mit Joh. Müller und Aug. Rösler sagen: „Die Frauenfrage hat jene Aufklärung der französischen Revolution zum Vater und die soziale Not zur Mutter“, d. h. die bürgerliche radikale, nach vollster und tollster „Emanzipation“ lüsterne Frauenbewegung.

Auch in Amerika¹ führt die Frauenbewegung ihre Forderung voller Gleichberechtigung mit den Männern im politischen Leben unmittelbar auf das demokratische Prinzip zurück: die Regierung leitet ihre Berechtigung ausschließlich her von der Einwilligung aller Regierten. Zu den staatlich „Regierten“ gehören ja ebenfalls die Frauen.

In England hat bereits John Stuart Mill von dem Parlamente Gewährung politischer Rechte an die Frauen gefordert. Seit 1867 wurde dann diese Forderung fast jährlich erneuert. Mills Schrift „The Subjection of Women“² übte großen Einfluß aus, namentlich in Deutschland, wo nun auch Theologen, Nationalökonomien, Mediziner, Historiker sich mit der Frage der gesetzlichen Gleichberechtigung der Frauen zu beschäftigen angingen. Ebenfalls in Dänemark bildete Mills Buch in der Übersetzung von Georg Brandes den Ausgangspunkt theoretischer Erörterungen wie praktischer organisatorischer Versuche. Allerdings stimmten die Männer der Wissenschaft durchaus nicht ohne weiteres J. St. Mill zu. H. v. Sybel³ z. B. sagte: J. St. Mills Autorität könne die Tatsache nicht aus der Welt schaffen, daß dieselbe Schöpferkraft, welche dem Manne die Pflichten des Vaters und der Frau das Amt der Mutter übertragen, auch die geistige Konstitution eines jeden Geschlechtes dieser Ur- und Grundbestimmung angepaßt habe: „Neben dem Wirken und Dulden der Mutter hat keine andere große Arbeit Raum. So hat es die Natur gewollt, und so wird es im wesentlichen bleiben, solange die Mutter keinen größeren Schatz als das Kind in der Wiege kennt und solange dem Manne die Talente der Wartefrau und der Amme versagt sind. Das Gebiet der Frau ist das scheinbar enge und einförmige des inneren häuslichen Lebens; die Domäne des Mannes ist die weite Welt draußen, die Wissenschaft, die Rechtsordnung, der Staat.“

Die unbeschränkte Zulassung der Frauen zu bisher verschlossenen Berufen einerseits, meist auch die absolute soziale und politische Gleichberechtigung der Frau mit dem Manne, das waren also die beiden Zentralforderungen der sog. bürgerlichen Frauenbewegung. Wirtschaftlich führt dieselbe sich

¹ Declaration of Sentiments (1848), eine „weibliche Paraphrase der amerikanischen Verfassung“. Über die wirtschaftliche Betätigung vgl. Ernst Schultze, Die Frau im Erwerbsleben der Vereinigten Staaten, in Zeitschrift für Sozialwissenschaft XI (1908) 437 ff.

² 1869, 5. Aufl. 1883. Deutsche Übersetzung von Jenny Hirsch (1869, 3. Aufl. 1891).

³ Über die Emanzipation der Frauen (1870).

auf die moderne Entwicklung der ökonomischen Verhältnisse zurück; geistig fand sie, soweit es sich dabei um Übertreibungen handelt, ihren Stützpunkt in den Lehren der Aufklärungsphilosophie und zum Teil in den Anschauungen des bürgerlichen Liberalismus.

2. Während der letzten Dezennien des 19. Jahrhunderts trat in den Industriestaaten Westeuropas die Arbeiterinnenfrage¹ als neue Form der Frauenfrage in den Vordergrund des Interesses. Das war eine Frage, die mit dem Mangel an Arbeit nichts zu tun hatte. Indem die bürgerliche Frauenbewegung nur ihre eigenen Bedürfnisse ins Auge gefaßt, konnte sie — nach der wirtschaftlichen Seite hin — in der Erweiterung der Erwerbsmöglichkeiten eine teilweise Lösung der Frauenfrage erblicken. Hier aber war die weibliche Arbeit von allen Hindernissen befreit. Gerade aus dieser Freiheit ergaben sich nun eine Unmenge von Schwierigkeiten für die an Zahl wachsende, rücksichtslos ausgebeutete weibliche Industriearbeiterschaft, dann für die arbeitenden Männer, deren Lohn durch die Konkurrenz des Weibes gedrückt wurde, ganz besonders aber für die Familie. Die Vereinigung von Erwerbsarbeit und Mutterschaft mußte ja naturnotwendig zu Konflikten führen, welche die erstrebte „Gleichberechtigung“ von Mann und Weib in eigenartigem Lichte erscheinen ließ. Ein besonderer, den weiblichen Bedürfnissen angepaßter, gesetzlicher Arbeiterinnenschutz erwies sich als unbedingt notwendig — also eine Ausnahmebestimmung, eine Beschränkung der Bewegungsfreiheit, wie sie mit dem so entschieden verfochtenen Prinzip völliger Gleichheit zwischen Mann und Frau schwer vereinbar schien. Die verständigeren Elemente sahen daher allmählich ein, daß eben mit jenem Prinzip nicht gerade alles gewonnen und entschieden sei. Von nun an richteten jene darum ihre Aufmerksamkeit mehr auf eine naturgemäße Arbeitsteilung zwischen beiden Geschlechtern, eine Arbeitsteilung, die den differenzierten Anlagen und besondern Fähigkeiten von Weib und Mann entsprechen würde, dabei auf die Familien- und Mutterpflichten der Frau gebührend Rücksicht nähme. Frauenstimmrecht und politische Rechte verloren darum noch nicht für alle ihre Reize. Auch eine so hervorragende und kluge Frau wie Beatrice Webb, die vordem von dem Frauenstimmrecht nichts wissen wollte, hatte diesbezüglich ihre Ansicht geändert und forderte nun das Wahlrecht der Frau. Allgemein aber wurde an der Forderung nach Erweiterung der Erwerbsmöglichkeiten für das weibliche Geschlecht festgehalten.

3. Die Frauenbewegung erfreute sich nicht bloß einer wachsenden literarischen Vertretung. Sie hatte auch sonst tatsächliche Erfolge aufzuweisen.

Die Zulassung der Frauen zur Universität ist gegenwärtig in sämtlichen europäischen Kulturstaaten, ebenso in der Union, in Kanada, in Australien gewährt; in Frankreich seit 1863, desgleichen in Zürich seit derselben Zeit, in Schweden seit 1870, Dänemark 1875, Italien 1876, Holland 1879, Belgien 1883, Norwegen 1884. In Spanien, Portugal, Griechenland standen die Universitäten den Frauen ohne besondere Zulassung überhaupt schon offen. Seit 1881 wurden die Studentinnen in Cambridge und Oxford zu den Examina zugelassen. Aber sie genossen vorerst während der Studienzeit nicht dieselben Rechte als „akademische

¹ Vgl. E. Gnauck-Kühne, Arbeiterinnenfrage (1906). Dies., Die Lage der Arbeiterinnen in der Berliner Papierwarenindustrie. Separatabdruck aus Schmollers Jahrbuch. Neue Folge XX (1896), Heft 2.

Bürgerinnen“ wie die Studenten. Bei den neueren englischen Universitäten, ebenso in Schottland und Irland waren die Frauen den Studenten gleichberechtigt¹.

Die kommunale Verwaltung ferner beschäftigte in mehr oder minder ausgedehntem Maße weibliche Personen. Am weitesten war hierin Amerika voran. Aber auch in England, den skandinavischen Ländern, in Belgien, Holland, Deutschland finden wir Frauen an der kommunalen Armen- und Waisenversorgung, zum Teil auch, wie in England, an der kommunalen Schulverwaltung beteiligt. In Schweden besaßen die Frauen schon längere Zeit das kommunale Wahlrecht. Auch in England ist seit 1894 dieses Recht den Frauen gewährt. In den letzten Jahren erlangten die Frauen ebenfalls in Norwegen das gleiche Recht, mit dessen Hilfe sie eine erkleckliche Anzahl von Frauen in die Gemeindeverwaltungen brachten.

Für das staatliche Gebiet stellten sich den Ansprüchen auf Stimmrecht usw. größere Schwierigkeiten in den Weg. Doch finden wir das Frauenstimmrecht in den australischen Kolonien, dann zunächst in einzelnen Weststaaten der Union (Wyoming, Colorado, Utah und Idaho). In Finnland wurden 1907 schon 18 weibliche Abgeordnete in den Landtag gewählt. Norwegen erkannte am 14. Juni 1907 das Frauenstimmrecht an. In England und Holland stand man der Sache nachgerade nicht mehr schroff ablehnend gegenüber. In Deutschland brachte die Revolutionszeit das Stimmrecht der Frauen. Auch die Anstellung der Frauen im höheren Staatsdienste, Schulwesen, Medizinalwesen, selbst in der Justiz, war in Norwegen seit 1906 möglich geworden. In Schweden folgte man dem Beispiele, ohne die Justiz einzubeziehen. Zur Advokatur sind die Frauen in Frankreich, Italien, Holland, in der Schweiz und den skandinavischen Ländern zugelassen. In Deutschland ist die Entwicklung noch nicht zum Abschluß gekommen. Alle größeren Industriestaaten haben nach dem Vorgange Englands (1893) auch Frauen mit der Fabrikinspektion betraut.

Allein mit all diesem ist die Frage nach Erweiterung des Feldes weiblicher Erwerbstätigkeit keineswegs in befriedigender Weise gelöst.

4. Kehren wir darum noch einmal zu dem Gedanken der Arbeitsteilung zwischen Mann und Frau zurück, zu der Frage, welches Arbeitsfeld der Frau am besten anstehe?

Es ist von Interesse, die Ansicht der hervorragendsten Kenner der Frauenfrage diesbezüglich zu vernehmen. Die früher wohl allzu große Reserve gegenüber einer Ausdehnung der Frauenberufstätigkeit ist heute überwunden. So sagt Cathrein²: „Man kann die Frauen unbedenklich zu allen Erwerbszweigen und Berufen zulassen, für welche sie die nötige Befähigung besitzen, vorausgesetzt, daß die Interessen der Sittlichkeit und das Wohl der Familie nicht im Wege stehen.“ Wie steht es nun aber mit der Befähigung des Weibes?

In der weiblichen wie männlichen Persönlichkeit ist die Menschennatur vollwertig vertreten, doch mit einer Verschiedenartigkeit, die wie das körperliche, so auch das seelische Leben und Handeln beherrscht. Bezüglich der intellektuellen Befähigung unterscheidet Rösler die abstrahierende Kraft des Denkens, die in Begriffen und Gesetzen, im logischen Schließen die Wahrheit

¹ Im Jahre 1894 promovierte die erste deutsche Frau bei der philosophischen Fakultät zu Heidelberg. Baden ging überhaupt in Deutschland voran (1891). 1902 war keine deutsche Universität mehr den Frauen verschlossen.

² Die Frauenfrage (1901) 61.

ergreift, und die idealisierende, die das Wahre und Allgemeingültige in der Form des Ideals, der konkreten, vollkommenen Einzelercheinung erfaßt. Die erste Gabe ist mehr die des Mannes, die zweite die des Weibes¹. In der moralischen Sphäre ist nach Rösler die Gerechtigkeit; die Achtung der allgemeinen Norm, vorwiegend männliche Tugend, die Liebe, das Wohlgefallen an der anschaulichen verkörperten Vollkommenheit, eine vorwiegend weibliche Tugend. Das alles aber behindert nicht, daß Rösler sowohl auf intellektuellem wie moralischem Gebiete eine wesentliche Gleichheit der Anlage für beide Geschlechter annimmt. Wie ferner der Mann körperlich schöner ist als das Weib, so gilt er auch nach der ästhetischen Veranlagung in der Konzeption und Darstellung des Schönen als dem Weibe überlegen — nicht in jeder Einzelaufgabe, sondern so, wie das Erhabene dem Anmutigen überlegen ist². Mausbach³ wendet demgegenüber ein, nachdem Rösler einmal die anschaulich idealisierende Geistestätigkeit als natürlichen Vorzug der weiblichen Psyche erklärt habe, so bleibe es von diesem Standpunkte aus schwer verständlich, warum die Frau nicht auch im künstlerischen Schaffen die Höhe und Vielseitigkeit des Mannes erreichen könne. Im übrigen zeige sich die tatsächlich geringere künstlerische Kraft des Weibes am klarsten gerade auch dort, wo es weniger auf große Gedanken als auf die originelle Form und Anschaulichkeit, auf Proportion und Rhythmus ankommt, wie in der Musik und Baukunst. Indem dann Mausbach seine eigene Auffassung darlegt, stimmt er zunächst dem Satze Röslers bei: „Die Wahrheit, und zwar die höchste Wahrheit, ist das eine und gleiche Ziel von beiden (Mann und Weib). Das weibliche Geschlecht als intellektuell inferior erklären, wäre eine Ausschließung von diesem Ziele.“⁴ Die Gegenüberstellung der abstrahierenden und idealisierenden Kraft des Denkens lehnt Mausbach jedoch mit Berufung auf das Beispiel der Kunst ab. Er sagt⁵: „Richtiger scheint es mir, die volle Gleichheit des Weibes zu behaupten für die Erkenntnis der ersten Wahrheit, der theoretischen und sittlichen Prinzipien („intellectus“⁶ im Sinne der Scholastik) und für die Erkenntnis der höchsten Wahrheit, die schließlich nichts anderes als die reelle Erfüllung jener ersten Wahrheit ist („sapientia“ im Sinne der Scholastik); in der ersteren Befähigung liegt die Gleichheit des menschlichen Wesens, in der letzteren die Gleichheit der menschlichen Bestimmung. So erklärt sich die hervorragende Anlage des Weibes zum unmittelbaren, intuitiven Erkennen, zum sittlichen Pflichtbewußtsein, zum religiösen Glauben und Schauen. Dagegen ist das Durchschnittsdenken des Weibes dem des Mannes nicht ebenbürtig in der ableitenden und schließenden, forschenden und schaffenden Tätigkeit, welche die Brücke bildet zwischen der ersten, einfachsten Wahrheit und der empirischen Wirklichkeit mit ihren unzähligen Einzelwahrheiten und -aufgaben, die Brücke anderseits zwischen dieser Wirklichkeit und der höchsten transzendenten Wahrheit der Sittlichkeit und Religion (ratio im scholastischen Sinn). Hieraus begreift sich die geringere

¹ Rösler, Frauenfrage² 32 ff. ² Ebd. 58 ff. 67 ff. 520.

³ Mausbachs Besprechung von Röslers Frauenfrage² in Soziale Kultur XXVII (1907) 459 ff.

⁴ Rösler a. a. O. 39.

⁵ Soziale Kultur XXVII (1907) 460 f.

⁶ Der „gesunde Menschenverstand“ steht mancher Frau in höherem Maße zur Verfügung als vielen Männern.

Begabung des Weibes für die eigentliche Wissenschaft und die künstlerisch-technische Kultur. Diese Auffassung wird der psychologischen und historischen Wirklichkeit, wie mir scheint, vollkommen gerecht; sie stimmt zu dem Gegensatz der Aktivität und Passivität im geschlechtlichen Leben; sie ist als Leitgedanke für die ganze Auffassung des weiblichen Wesens auch darum fruchtbar, weil sie von vornherein zeigt, wie und weshalb eine vollkommene Gleichstellung des Weibes im Wesentlichen und Höchsten nur erreichbar ist, wenn das Höchste in die Gottbeziehung des Geistes gesetzt wird.¹

Allgemein gesprochen: Mann und Weib sind gleich in bezug auf das menschliche Wesen und die höchsten Ziele des Menschenlebens. Sie sind verschieden in ihrer natürlichen Ausstattung, physischen, intellektuellen, psychischen Eigenart, entsprechend der natürlichen geschlechtlichen Verschiedenheit und den hieraus sich ergebenden besondern Aufgaben jedes Geschlechtes. Die Verschiedenheit besagt in der allgemeinen Wertung keine Inferiorität. Sie läßt aber auch nur eine relative Gleichberechtigung zu, d. i. eine Berechtigung für jeden Teil, den Besonderheiten seiner natürlichen Ausstattung und Aufgaben gemäß zur Geltung zu kommen, nicht die absolute Gleichberechtigung und Gleichheit im Sinne des radikalen Frauenrechtlertums².

In richtiger Anwendung dieser Wahrheiten wird jener wertvolle Bestandteil der Volkskraft, der auf die Frauenwelt entfällt, auch für den materiellen Wohlstand des Volkes von Bedeutung, muß sodann die öffentliche Wohlfahrt ebenfalls der weiblichen Bevölkerung die Möglichkeit bieten, ihr Privatwohl nach der Seite des materiellen Unterhaltes hin in gebührender Weise selbsttätig zu erwirken³. Gehen wir mehr ins einzelne.

5. Es gibt zunächst gewisse Gebiete, die dem Manne vorzugsweise zukommen, ohne daß sie der Frau vollkommen verschlossen sind. Dahin gehört, wie gesagt, das Feld einer wissenschaftlichen Betätigung, die vorzugsweise auf abstrahierendes und ratiocinierendes Denken sich gründet. Auch auf dem Gebiete künstlerisch-technischer Kultur dürfte gerade nicht allzuhäufig Hervorragendes von Frauen geleistet werden. Weder in der vorchristlichen noch in der nachchristlichen Zeit, sagt Rösler⁴, weder im Stande der Unterdrückung noch in dem der Freiheit haben Frauen ebenso wie die Männer durch Entdeckungen, großartige Leistungen auf dem Gebiete der Wissenschaft, Kunst, Politik den Anstoß zu großen Bewegungen gegeben. . . . Unter den epochemachenden Naturforschern und Historikern findet sich ebensowenig ein weiblicher Name wie unter den hervorragenden Philosophen und Theologen oder unter den Meistern der Musik, Malerei, Skulptur oder Architektur, von Staatsmännern und Feldherren gar nicht zu reden. Freilich kann nicht bestritten werden, daß auch Frauen auf dem Gebiete der Kunst und Wissenschaft recht wertvolle Leistungen zustande brachten. Eine völlige Ausschließung von den genannten Gebieten soll darum auch weder empfohlen oder

¹ Mausbach in Soziale Kultur XXVII (1907) 460 f. Ders., Die Stellung der Frau im Menschheitsleben 113 ff. Franz Schindler, Die soziale Frage der Gegenwart⁴ (1908) 122 ff.

² Mausbach, Altchristliche und moderne Gedanken über Frauenberufe 45. In derselben Schrift auch eine Beurteilung der Schrift Ellen Keys Über Liebe und Ehe, deutsch von Fr. Maro (1905) 47—87.

³ Klara Molsberger, Ratschläge zur Berufsfrage der Frauen (1906).

⁴ A. a. O. 520 f. Vgl. Fanny Imle, Die Frau in der Politik (1920).

auch nur als möglich bezeichnet werden¹. Abgesehen von dem Lehrberufe und der Medizin sind aber nach Rösler² die Hochschulfächer nur in Ausnahmefällen der Beruf des Weibes.

Die Regierung, Verwaltung, Verteidigung des Staates ferner ist regelmäßig Sache des Mannes, wie die Leitung und rechtliche Vertretung der Familie³. Und das politische Wahlrecht der Frau?⁴ Gladstone⁵ bezeichnete es als seine wohlbegründete Überzeugung, daß durch die Teilnahme am politischen Leben die bisherigen Vorzüge des weiblichen Geschlechtes, denen es seinen heilsamen Einfluß verdanke, verkümmern würden. Die meisten Frauen haben eine Eigenschaft, die sie für das politische Wirken nicht gerade empfiehlt: die Umständlichkeit! Sie mögen sich aber trösten. Geschwätzigte Parlamentarier aus der Männerwelt gibt es übergenug. Und auch nicht alle Männer im Staate können Minister sein oder werden und doch sich sonst sehr nützlich machen. Sozial „minderwertig“ sind sie darum noch lange nicht. Die staatliche Autorität ist eine soziale Funktion von höchster Bedeutung. Aber der soziale Wert der Staatsgenossen bemißt sich nicht ausschließlich danach, ob jemand diese Funktion ausüben kann. Organisatoren wie ein v. Bodelschwingh, ein Franz Brandts, ein August Pieper, Adam Stegerwald, Lorenz Werthmann, Retzbach und Walterbach usw. haben höheren sozialen Wert als mancher hohe Staatsbeamte⁶. Darum sind auch die Frauen nicht deshalb „sozial minderwertig“, wenn sie nicht Minister, Regierungspräsident, Landrat, Richter werden. Übrigens gibt es im öffentlichen Dienste von Staat und Gemeinde (außer den bereits erwähnten Verwendungen im Post-, Bahn-, Telegraphen-, Telephondienst usw.) doch mancherlei Stellungen, die eine Frau ganz wohl versehen kann. Nur muß eben die richtige Auswahl getroffen werden.

Interessant ist, was diesbezüglich z. B. Nawiasky⁷ auf Grund dreißigjähriger Beobachtung mitteilt: „Die Erfahrungen mit der Verwendung von weiblichen Bediensteten begegnen im allgemeinen einer günstigen Beurteilung. Auf einigen Gebieten gibt man ihnen unbedenklich den Vorzug vor den männlichen, auf andern

Wenn nur die Rechten das Rechte schrieben,
Die Unberufenen schweigsam blieben,
Es würden Alt- und Jungfräulein
Bei jung und alt willkommen sein.

(F. W. Weber.)

² Frauenfrage³ 123 ff.

³ Simon Deploige, L'émancipation des femmes (1902).

⁴ Rösler a. a. O. 137 ff.

⁵ Womans Suffrage (1892). Die neue Reichsverfassung von 1919 hat im Art. 108 „grundsätzlich“ Männern und Frauen die gleichen staatsbürgerlichen Rechte und Pflichten zuerkannt, in Art. 17 21 das Frauenwahlrecht proklamiert, im Art. 126 allen Staatsbürgern ohne Unterschied nach Maßgabe der Gesetze und entsprechend ihrer Befähigung und ihren Leistungen den Zutritt zu den öffentlichen Ämtern eröffnet. Auch ein Unterschied zwischen verheirateten und unverheirateten Frauen wird grundsätzlich nicht gemacht, obwohl praktisch sich bei Verheirateten große Schwierigkeiten ergeben werden (Schädigung der Berufsarbeit und der Familie!).

⁶ Mausbach in Soziale Kultur XXVII (1907) 465. Werthmann, Die ersten fünf Jahre des Charitasverbandes (1903).

⁷ Die Frauen im österreichischen Staatsdienst (1902). Rösler a. a. O. 118. Mausbach, Die Stellung der Frau im Menschheitsleben (1905) 97.

halten sie den Vergleich mit ihnen aus, auf manchen aber bleiben sie auffallend hinter ihnen zurück. Es zeigt sich eben eine deutliche Differenzierung der Anlagen und erworbenen Fähigkeiten, die nicht nur physischer, sondern auch geistiger Natur sind. In physischer Beziehung erweist sich die Kraft und Ausdauer der Frauen geringer als die der Männer. . . . Eine größere Pflichttreue verhindert sie häufig, bei kleineren Affektionen vom Dienste auszubleiben. Aber trotzdem sieht man sich gezwungen, auf diese Momente Rücksicht zu nehmen und ihnen in bezug auf das Ausmaß der Dienstzeit und der Heranziehung zum Nachtdienst besondere Schonung angedeihen zu lassen. Bei denjenigen Verrichtungen aber, die größere Beweglichkeit, vor allem Fingerfertigkeit erfordern, zeigen sie sich geschickter und leistungsfähiger als die männlichen Angestellten und scheinen sie auch an Ausdauer zu übertreffen. . . . In psychischer Beziehung lobt man ihren Diensteifer und ihre Pflichttreue, ihre Geduld bei mechanischen Verrichtungen, ihre Höflichkeit gegenüber dem Publikum, ihre Verträglichkeit untereinander, ihre Fügsamkeit gegenüber den Vorgesetzten, ihre Ordnungsliebe und schöne Schrift, ihren Fleiß und ihre Ehrlichkeit, alles mehr oder weniger passive Eigenschaften. Dagegen mangelt es vielen unter ihnen an der nötigen Ruhe und Entschiedenheit, wo es bei Häufung schwieriger Geschäfte schleuniger Erledigung bedarf oder bei Andrang des Publikums scharfe Aufmerksamkeit und rasche Fassung in der Geldmanipulation erforderlich ist. Ebenso fehlt ihnen Energie und Autorität zur Leitung eines größeren Personalkörpers. Selbst bei Unterstützung der männlichen Aufsichtsorgane in der Aufrechterhaltung der Ordnung unter ihren eigenen Geschlechtsgenossinnen haben sie vielfach versagt Posten mit größeren Anforderungen an Körperkraft und Selbstbeherrschung werden den Männern, Posten mit solchen an Beweglichkeit und Geduld den Frauen zugewiesen.“ Diese Eigentümlichkeiten beruhen, wie Nawiasky sagt, nicht bloß auf der bisherigen sozialen Stellung der Frau, sondern auf deren Natur. Nichts berechtigt darum zu der Meinung, eine andere Erziehung oder Entwicklung werde jene Differenzierung ändern¹. Die Hingabe an ihre Stellung ist dem Weibe dadurch noch besonders erschwert, daß meist das Amt als Warteposten bis zur eventuellen Verhehlung angesehen wird. Natürlich verliert hierdurch ihre Arbeitskraft für den öffentlichen Dienst leicht an Wert usw.

Die Beschäftigung im privaten Dienste, der eigentliche Dienstbotenberuf oder eine höhere private Dienststellung, wird auch für die Zukunft einen bedeutenden Teil weiblicher Kraft in Anspruch nehmen. Eines bleibt da allerdings zu wünschen, daß nämlich die Familie den kalten, harten Herrenstandpunkt verlassen, dem Dienstpersonal wieder ein wahres, allseitig gesundes Heim bieten möge². Dann werden auch viele und zum Teil berechnigte Klagen über die Dienstboten um so mehr verstummen.

Der Frau die Fabrik völlig zu verschließen, geht nicht an. „Es gibt Fabrikzweige“, sagt Rösler³, „worin Frauen nicht bloß unbeschadet ihrer weib-

¹ Rösler a. a. O. 119. Ausnahmen sind immerhin möglich. Die Geschichte kennt hervorragende Fürstinnen, die das Regieren vortrefflich verstanden.

² P. Oberdörffer, Die christliche Frau und ihr Dienstmädchen (1906). Aug. Pieper, Dienstbotenfrage und Dienstbotenvereine (21. Heft der „Sozialen Tagesfrage“ 1908). Förster, Christentum und Klassenkampf (1908) 225 ff. (jetzt 4. Aufl.).

³ A. a. O. 117.

lichen Lebensaufgabe beschäftigt werden können, sondern die auch besser von Frauenhänden als von Männerarmen besorgt werden. Warum die unverheiratete Frau wenigstens in solchen Fabriken nicht ihren Erwerb suchen soll, läßt sich nicht einsehen, vorausgesetzt daß für ihre Gesundheit und ihre Frauenehre genügende Vorsorge getroffen ist.“ Damit kann der Nationalökonom einverstanden sein. In der Gesundheit und Sittlichkeit der Mädchen achtet auch er höhere Güter der Persönlichkeit, die er Gewinnsucht und Gewissenlosigkeit gegenüber wirksam geschützt wissen will. Auch betrachtet er es als ein gesundes Ziel der Sozialpolitik, die verheiratete Frau bzw. die Familienmutter aus der Fabrik auszuschließen¹. Der Vorteil, der hieraus der Gesellschaft erwächst, kommt schließlich der materiellen Ordnung wieder zugute.

Wenn im Ackerbau, Gewerbe und Handel Mädchen etwas Tüchtiges gelernt haben und sonst gute Eigenschaften mitbringen, so können sie da, wie die Erfahrung lehrt, ganz wohl erfolgreich neben den Männern tätig sein.

Eine selbständige Stellung wird sich endlich für weibliche Personen, wie schon angedeutet wurde, besonders im ärztlichen Stande, im Unterrichts- und Erziehungsfache, zum Teil auch in wissenschaftlichen Berufen darbieten.

Ganz kurz noch einige statistische Angaben! An erwerbstätigen Frauen hatten wir in Deutschland 1895: 5 264 393, 1907: 8 243 498.

Die Landwirtschaft beschäftigte 1895: 2 753 154, 1907: 4 598 986 weibliche Personen. Dazu gehören auch die selbständig ihr Gut bewirtschaftenden Frauen, ebenso die Arbeiterinnen, die in der Fischerei oder Forstwirtschaft Arbeit gefunden haben.

In der Industrie waren im ganzen 1895: 1 521 118 weibliche Personen beschäftigt (Selbständige, Angestellte, Arbeiterinnen, mithelfende Familienangehörige); 1907 waren es 2 103 924.

Im Handel und Verkehr betrug die Zahl der weiblichen Erwerbstätigen 1895: 579 608, 1907: 931 373. Dazu gehörten u. a. die kaufmännischen Gehilfinnen, die bei der Post, dem Telephon und Telegraph Angestellten, die Inhaberinnen kleiner Gemüseläden, die Botenfrauen, aber auch die Inhaberinnen großer Hotels und Fremdenpensionen.

Die wechselnde Lohnarbeit in der Hauswirtschaft beschäftigte 1895: 233 865, 1907: 320 904 Personen. Dahin gehören die dienenden weiblichen Personen, die, zum Unterschied von den Dienstboten, nicht im Haushalte, in dem sie vorübergehend beschäftigt sind, wohnen, die Stundenfrauen, Ausgeherinnen, Wasch-, Scheuer-, Putzfrauen².

Die freien Berufe und öffentlicher Dienst endlich nährten 1895: 176 648, 1907: 288 311 weibliche Personen, Lehrerinnen, Künstlerinnen, Schriftstellerinnen, Krankenwärterinnen, Hebammen.

6. Nach allem dürfte man die Forderung begreifen, daß das weibliche Bildungswesen entsprechend den heutigen Bedürfnissen der Frauenwelt

¹ Hitze, Arbeiterfrage⁴ 98 ff.

² Die „Dienenden“ sind nicht in den Ziffern der „Erwerbstätigen“ eingeschlossen. Werden Dienende und Erwerbstätige zusammengekommen, dann ergibt sich, daß 1882 24,02% und 1907 30,37% der gesamten weiblichen Bevölkerung einem Erwerbe nachgingen.

wesentlich erweitert und vervollkommenet werde. Sonst ist das Ringen um Selbstbehauptung und ein menschenwürdiges Dasein, was der berechtigten Frauenbewegung zugrunde liegt, völlig aussichtslos. Es bedarf zum Teil neuer, jedenfalls solcher Schulformen, die erhöhte Fachbildung und wissenschaftliche Bildung gewähren, fachlicher Fortbildungsschulen der verschiedensten Art, einer Hebung der höheren Mädchenschule durch gymnasialen oder realgymnasialen Aufbau. Auch das Mädchen-gymnasium¹ ist, wie die Universitätsbildung, im Prinzip nicht auszuschließen. So viel als möglich sollte aber die Frauenbildung Frauensache bleiben, wenigstens eine relative Gleichberechtigung der männlichen und weiblichen Lehrkräfte anerkannt werden und zur praktischen Durchführung gelangen². Privaten Anstalten ferner, die in ihrer Leistungsfähigkeit gerechten Anforderungen genügen, müßte die Gleichberechtigung mit den öffentlichen Anstalten gewahrt werden.

Große Aufgaben ergeben sich speziell auf dem Gebiete der sozialen Berufsbildung. Es gibt schon bei uns eine Anzahl „sozialer Berufsschulen“, teils interkonfessionell, teils auf konfessioneller Grundlage aufgebaut. Der Vorzug der konfessionellen sozialen Frauenschulen liegt in der einheitlichen religiösen Weltanschauung von Lehrenden und Lernenden, welche eine ethische, weltanschauungsmäßige Begründung der sozialen Arbeit sehr erleichtert. Die auf katholischer Seite begründeten sozialen Frauenschulen geben (wie z. B. die Soziale Frauenschule des Katholischen Frauenbundes Deutschlands in Aachen) eine sorgfältige, gründliche soziale Allgemeinbildung und soziale Berufsbildung. Ein einjähriger Kursus gibt die unerläßlich notwendige soziale Allgemeinbildung: eine Einführung in die Geschichte und in die Organisation und Tätigkeit von Gemeinde, Staat und Reich, in die allgemeine Volkswirtschaftslehre, in das bürgerliche Recht, ferner werden Psychologie und Pädagogik gelehrt, ein Überblick gegeben über die Kultur- und Wirtschaftsgeschichte, die Geschichte der christlichen Caritas, die Hauptfragen der Sozialpolitik, die allgemeine Hygiene. Auch in die Praxis der sozialen Arbeit sowie in die Bureautechnik werden die Schülerinnen eingeführt. Religiöse und ethische Unterweisungen begründen die Verpflichtung zum Gemeinschaftsdienst. Auf diese soziale Allgemeinbildung baut sich eine fachlich gegliederte Oberstufe auf, die sich je nach Bedarf in Arbeitsgruppen teilt.

Vorgesehen sind in Aachen zunächst vier Gruppen: 1. Volkspflegerische Arbeit; Berufe: Kreisfürsorgerin, Säuglingsfürsorgerin, Tuberkulosenfürsorgerin, Wohnungspflegerin, Landpflegerin, Schulpflegerin, Beamtin am Wohlfahrts- und Wohnungsamt, an den Einrichtungen der sozialen Versicherung usw. 2. Jugendpflege und Jugendfürsorge; Berufe: Jugendpflegerin, Beamtin am Jugend-

¹ Zu Karlsruhe wurde innerhalb Deutschlands 1893 das erste weibliche Reformgymnasium eröffnet. Es folgten alsbald Stuttgart, Köln, Schöneberg, Charlottenburg, Mannheim, Hamburg usw. Die Frage der „Koedukation“ beider Geschlechter wird viel erörtert, erregt aber mancherlei Bedenken. Auch der vielen Frauenarbeitsschulen, Töchter-Fortbildungsschulen, der Industrieschulen, höherer und niederer Handarbeitsschulen, Fachkurse usw. sei hier gedacht. Alle diese verschiedenen Lehranstalten dienen mehr oder minder dem Zweck einer Erweiterung der Berufs- und Erwerbszweige für Frauen. Besondere Beachtung verdient die Vorbildung solcher Personen, die im vorgeschrittenen Alter der Berufsarbeit sich zuwenden müssen (Kriegerwitwen usw.).

² Lausberg, Rede auf dem Katholikentag zu Essen 1906.

amt, an Vereinen für Jugendpflege und Jugendfürsorge, in der Berufsvormundschaft. 3. Allgemeine Fürsorge sowie Fürsorge im Anschluß an Erwerb und Beruf; Berufe: Beamtin der Armen- und Waisenfürsorge, der Polizeipflege, Fabrikpflege, Geschäftsführerin von Berufsorganisationen, von sozialen karitativen Organisationen, Arbeitsnachweisbeamtin, Berufsberaterin. 4. Gemeindehilfe; Berufe: Gemeindehelferin, Beamtin am Pfarrsekretariat, Leiterin von kirchlichen Vereinen usw. Für jede Gruppe ist ein den besondern Zielen entsprechender Studienplan aufgestellt, während die für alle Gruppen verbindlichen Lehrgegenstände in gemeinsamen Stunden vermittelt werden und gemeinsame Besprechungen der praktischen Arbeit den Einblick in verwandte Arbeitsgebiete geben. Mit den theoretischen Unterweisungen ist eine sorgfältige praktische und technische Ausbildung verbunden. So wird eine gewissenhafte und gründliche soziale Ausbildung erzielt¹.

7. Der natürliche und gewöhnlichste Beruf des Weibes wird auch in Zukunft selbstverständlich der häusliche und mütterliche bleiben. Er ist zugleich vom kulturellen Standpunkte aus der wichtigste. Wenn nur die beiden Geschlechter in der Familie² sich vollkommen wiederfinden würden! „Die moderne Kultur“, sagt Herman Schell³, „leidet in den Gesellschaftskreisen, welche sie beherrscht, am Feminismus der Männer, an der Opferscheu des Weibes. Die Männer wollen den Genuß von der Notwendigkeit aufopfernder Tatkraft und Vatersorge trennen. Die moderne Frau von Bildung fürchtet und flieht die Mutterschaft, sie scheut das Opferleben der Liebe, des Wirkens und Leidens für andere, für das Ganze.“

Wie die Ehe aber kein jeden einzelnen Menschen verpflichtendes Individualgesetz, sondern nur ein auf der Gattung ruhendes Gesetz ist, so darf auch die Gleichstellung der weiblichen Eigenart mit der Mütterlichkeit nicht so weit gehen, daß lediglich in der leiblichen Mutterschaft die Vollendung wahrer Weiblichkeit⁴ erblickt und in der Mütterlichkeit die einzige wahre Vollkommenheit der weiblichen Natur anerkannt würde. Vom sittlich-religiösen Standpunkte aus ist ohne Zweifel die aus Liebe zu Gott freigewählte Jungfräulichkeit höher zu bewerten. Andererseits kann auch die Jungfrau die Vorzüge einer geistigen Mütterlichkeit erwerben. Überall da, wo selbstlose, sich hinopfernde mütterliche Sorge erfordert wird, da ist das Weib, Frau oder Jungfrau, am Platze. Man blicke doch nur hin auf die erziehende und pflegende Tätigkeit, das karitative und soziale Wirken unserer Ordensschwwestern!

8. Wenn wir also schließlich die Frage stellen, welches Tätigkeitsfeld der Frau ganz besonders anstehe — abgesehen von dem Wirken im eigenen Haus, der eigenen Familie oder auch notwendig werdender Erwerbsarbeit außerhalb der eigenen Familie —, so kann die Antwort nach unsern letzten Ausführungen kaum

¹ Vgl. Kölnische Volkszeitung 1920, Nr. 187, 8. März.

² Vgl. hierzu unter andern Mathilde v. Habermann, Die christliche Frau (1881). Ferner Essai sur la Mission actuelle de la Femme. Par un Diplomate (Aloys v. Dumreicher) (1885). Aloys Schwegkart, Sieben Künste der christlichen Frau (1898). C. Schlesinger, Die katholische Familie (1896). St. von der Holle, Stellung und Aufgabe der Frau (1876) 41 ff. Lucy v. Hebetanz-Kämpfer, Bleibet im Hause! (1903.)

³ Christus (1903) 107.

⁴ Mausbach, Die Stellung der Frau im Menschheitsleben (1906), die Mausbach allerdings anders auffaßt als Frä. Lischnewska, Helene Stöcker, Ellen Key.

zweifelhaft sein. Der Anteil, den die Frauenwelt als solche an der öffentlichen Kultur und ihrer Ausgestaltung in Staat und Gesellschaft haben muß, liegt wenigstens vorzugsweise auf dem Gebiete der Humanität und ihrer zunehmenden Veredlung. Damit ist, wie Ferd. Jak. Schmidt hervorhebt¹, „der Frauenbewegung ein vernünftiges Ziel gesetzt, wobei es nicht mehr auf die selbstsüchtige Befriedigung einer kleinen Gruppe durch das Eindringen in die höheren Berufsarten der Männerwelt hinauskommt, sondern auf die geistige Erhebung des ganzen Frauengeschlechtes, insofern es dadurch in seiner Gesamtheit der öffentliche Träger der humanen Kultur wird. Dieses Prinzip muß dann ebensowohl die Volksschule wie in fortschreitender Vertiefung die höheren Bildungsanstalten der Mädchen durchdringen und muß zuletzt auch die Wahl und das Ziel der akademischen Studien bestimmen.“ Dabei findet in der Tat jener edle Bestandteil unserer Volkskraft, der auf die Frauenwelt entfällt, zwar nicht seine ausschließliche, aber doch seine schönste, fruchtbarste Verwendung. Speziell die Frauen, für die der humanitäre Beruf, die Lehrtätigkeit, die Armen- und Krankenpflege usw., die soziale Fürsorge in ihren verschiedenen Formen nicht zugleich die persönliche wirtschaftliche Versorgung bedeutet — wir meinen die Frauen der besseren Stände —, können sich auf diesem Felde die größten Verdienste erwerben. „Aus der Tiefe ihres mitleidigen und frommen Herzens geboren, vom natürlichen Geschick ihres Geschlechtes zum Wohltun geleitet und von der zähen Ausdauer ihres opferstarken Willens getragen“, sagt Lausberg², „hat der Karitasgedanke unsere Frauen von alters her zu außerordentlichen Leistungen vermocht. Ich nehme hier nicht aus die zahlreichen Werke und Wohlfahrtseinrichtungen der akatholischen Frauenvereine, brauche aber auch nicht zu verschweigen, welches Maß christlicher Nächstenliebe, welcher Grad heldenhafter Selbstaufopferung bei Linderung fremder Not in dem stillen Wirken unserer vielen Ordensgenossenschaften liegt: Leistungen, die uns allein schon vor dem Vorwurf der Rückständigkeit schützen dürften. An die Seite, nicht an die Stelle unserer Ordensschwester treten mit dem Mute eines christlichen Laienapostolates unsere Frauen. Waren sie schon längst in privater und erfolgreicher

¹ Zur Wiedergeburt des Idealismus (1907). „Die neue Reichsverfassung“, sagt Hedwig Dransfeld (Frauenfragen in der neuen Reichsverfassung, in Germania Nr. 377, 20. August 1919), „hat der deutschen Frau so viele Freiheiten gegeben, wie sie keine andere Frau der Welt besitzt. Diese Freiheiten stehen freilich zunächst auf dem Papier, und die lebendig fortschreitende Gesetzgebung mag noch Einengungen und Beschränkungen in Hülle und Fülle bringen. Dennoch muß die deutsche Frau heute schon zeigen, daß die ihr gewährte weitgehende Freiheit sie reif genug findet, um sich freiwillig zu binden an die geheiligten Pflichten jenes Berufes, der in geheimnisvoller Weise gerade mit ihrem Geschlechte verbunden ist, Menschenbildnerin, Seelenpflegerin, Helferin der Menschheit zu sein. Der weibliche Vortragende Rat in irgendeinem Ministerium ist für die gesamte Frauenwelt nur dann eine Errungenschaft, wenn dieses neue Amt die Möglichkeit zu einer neuartig, weil weiblich vertiefenden und be-seelenden Arbeit an lebendigen Menschen bietet. Und in diesem Geiste muß die deutsche Frau die neue Reichsverfassung mit all ihren Freiheiten in Empfang nehmen: Rechte in erster Linie um der Pflichten willen, aber auch keine Pflicht ohne das entsprechende Recht, und beides eingestellt auf schaffende Mitarbeit am Wohle der Volksgemeinschaft.“

² Rede auf dem Katholikentag zu Essen 1906.

Vereinstätigkeit auf dem Plane, so organisieren sie sich heute in dem unendlichen Jammer und Elend der Jetztzeit zu großen karitativen Verbänden. Wir haben aber noch einen weiteren Zweig edler, wahrhaft kultureller Tätigkeit christlicher Frauen zu erwähnen. Das ist die vorbeugende und schützende Tätigkeit¹, welche die gefährdete oder bereits verwahrloste weibliche Jugend vor dem moralischen Ruin und die in der Erwerbstätigkeit behinderten Mädchen und Frauen vor dem wirtschaftlichen Niedergang schützen will. Als der hl. Vinzenz von Paul die Liebestätigkeit der Frauen seinerzeit für das große Elend unter den verwahrlosten Kindern anrief, da sagte er mit der ihm eigenen Überredungsgewalt: „Nun wohl, meine Damen, das Elend ist da, ohne Sie gehen diese Kinder verloren; darum erbarmet euch um der Liebe Jesu willen dieser ärmsten Geschöpfe und seien Sie ihnen sichtbare Schutzengel, zweite Mütter.“ Auch heute bedarf es nur des Hinweises auf das moralische und wirtschaftliche Elend — die leider in einem traurigen Wechselverhältnisse zueinander stehen —, um ähnliche Begeisterung zu wecken und edle Frauenherzen zur Tat aufzurufen zum Schutz der Säuglinge gegen die Gefahren einer erschreckenden Sterblichkeit; zum Schutz der Kinder gegen das in den Familien umherschleichende Verderben; zum Schutz der Kinder gegen die Ausbeutung der Arbeitskraft; zum Schutz der Schulentlassenen, die — in den Großstädten zumal — ihre Freiheit mißbrauchen; zum Schutz der reisenden Mädchen, denen so leicht der Verführer naht; zum Schutz der dienstsuchenden Mädchen, denen eigener Leichtsinn und fremde Gewinnsucht den Weg zum Verderben eröffnet; zum Schutz der dienenden Mädchen, die im modernen Hause zwar lohnenden Verdienst, aber des öfteren keine Aufsicht, keine Zucht finden; zur Fürsorge endlich für die gewaltig anwachsende Zahl der wirklich deplazierten Mädchen, der besserungsbedürftigen oder gar gefallenen, der in der Haft des Gefängnisses oder in der noch weit schlimmeren Haft des öffentlichen Sündenlebens befindlichen, höchst armen Wesen. Einzelarbeit reicht hier nicht aus, dem allgemeiner werdenden Verderben muß mit vereinten Kräften entgegengetreten werden. Dazu kommen die wahrhaft kläglichen Verhältnisse der Heimarbeiterinnen. Gott allein weiß es, welches Maß der Schuld bei den entgleiten und verkommenen weiblichen Existenzen auf das Konto dieser traurigen Arbeits- und Lohnverhältnisse zu setzen ist. Soziale Arbeit auf der ganzen Linie zur allmählichen Besserung und Hebung der wirtschaftlichen Verhältnisse ihrer ungünstiger gestellten Mitschwestern: das ist die praktische Folgerung, die Geist und Herz aus dieser Sachlage ziehen müssen. Es heißt darum unter kluger und bewährter Führung überall Hand legen an den sozialen Auf- und Ausbau solcher Organisationen, die dem schwächeren Geschlecht angemessenen Schutz auf dem Arbeitsmarkte, vorteilhaftere Arbeitsbedingungen und lohnenderen Verdienst auf Grund besserer Schulung, ferner eine in friedlichen Formen sich bewegende Interessenvertretung und endlich möglichst gründliche Ausnutzung unserer öffentlichen Versicherungs- und Wohlfahrtseinrichtungen erwirken.“ In der Tat ein weites Feld segensreichen Wirkens für die moderne Frauenwelt, für die einzelne Frau, ganz besonders aber für organisierte Vereinstätigkeit², wie sie

¹ Vgl. hierzu Wilh. Liese, Handbuch des Mädchenschutzes (1904). Adele Sieger, Aus der Frauenwelt (1904).

² Auch für die Interessen der Frauen selbst und zur Förderung der allgemeineren Ziele der Frauenbewegung, wie sie in verschiedenen Gruppen verstanden werden, ist

z. B. der Katholische Frauenbund und ähnliche Verbände in aner kennenswerter Weise entfalten. Es gehört diese Tätigkeit zum großen Teil in die umfassendere Sphäre jener Wohlfahrtspflege, die über das engere Gebiet nationalökonomischer Forschung hinausragt, die aber bei den Nationalökonomern jederzeit dem lebhaftesten Interesse und aufrichtiger Sympathie begegnen wird.

113. „Mutterschutz.“ Noch einen andern Bestandteil des Volkes gibt es, dem sich mit Recht die Sorge edler Menschenfreunde zuwenden darf. In Deutschland werden jährlich ca. 180 000 uneheliche Kinder geboren, nahezu ein Zehntel aller Geburten überhaupt. Der Durchschnitt der Totgeburten bei den unehelichen Kindern beträgt 5% gegen 3% der Gesamtheit. Im ersten Lebensjahr sterben von den unehelichen Kindern 28,5% gegen 16,7% insgesamt. Die unehelich Geborenen stellen einen großen Teil zur Zahl der Verbrecher, Dirnen, Landstreicher usw. Da sind in der Tat schwere Übelstände zu heben. Würden die mit dem Namen „Mutterschutz“ gekennzeichneten Bestrebungen jenes Elend in wirksamer Weise mit rechten Mitteln (z. B. durch strengere Heranziehung des unehelichen Vaters zur Erfüllung seiner Pflichten dem Kinde gegenüber usw.) bekämpfen und eine gerechtere und liebevollere Behandlung der unehelichen Kinder, als die bisher übliche war, herbeiführen wollen, so verdienen sie rückhaltlose Anerkennung. Schutz der unehelichen Mutter unter Gleichstellung von Ehe und Konkubinat aber bleibt verwerflich¹. Die „Reform der konventionellen

heute eine ausgebreitete und rege Vereinstätigkeit zu verzeichnen. Von zahlreichen Frauenerwerbs- und Bildungsvereinen abgesehen, verdienen namentlich die Lehrerinnenvereine Erwähnung. Stellenvermittlungsbureaus, Frauenheime, Altersversorgungsanstalten, Krankenkassen usw. wurden durch solche Vereine begründet. Dazu kommen der Kaufmännische Hilfsverein für weibliche Angestellte, Verein für Hausbeamtinnen u. dgl., Rechtsschutzvereine, Vereine für Frauenbildung. Radikalere Ziele verfolgen die Vereine „Frauenwohl“, die in dem „Verband fortschrittlicher Frauenvereine“ sich geeint haben, während der „Allgemeine deutsche Frauenverein“ gemäßigt auftritt. Nach dem amerikanischen Vorbild des „National Council of Women“ bildete sich 1894 der „Bund deutscher Frauenvereine“, der die verschiedensten Richtungen für die Verfechtung gemeinsamer Interessen zusammenfassen will. Die verschiedenen nationalen Gesamtverbände sollten dann im „Internationalen Frauenbund“ eine gemeinsame Organisation gewinnen. Neben dem oben erwähnten „Katholischen Frauenbund“ gibt es in Deutschland noch einen „Deutsch-evangelischen Frauenbund“ (vgl. J. Pierstorff, Die Frauenfrage, im Wörterbuch der Volkswirtschaft I³). Hermann Wullen empfiehlt für im Handwerk beschäftigte weibliche Personen eine ähnliche Organisation, wie der Katholische Gesellenverein sie jungen Handwerkern bietet; im übrigen auch den Anschluß an die christlichen Gewerkschaften. Vgl. Die berufstätige Frau in der neuen Zeit, in Kölnische Volkszeitung LX (1919) Nr. 740, 21. Sept. — Richard Berger, Die häuslichen Dienstboten (1916).

¹ Das uneheliche Kind „bleibt außerhalb der weitgehenden sozialen und wirtschaftlichen Sicherung, die unter normalen Verhältnissen nur die Familie dem Nachwuchs zu gewähren vermag; seine Erziehung für das Leben baut sich nicht auf der sittlichen Lebensgemeinschaft beider Eltern auf, sie untersteht nicht der gleichmäßigen Einwirkung eines Vaters und einer Mutter. Keine Verfassung der Welt kann dem unehelichen Kinde diese Vorteile als gleiche Bedingungen für seine ‚körperliche, seelische und gesellschaftliche Entwicklung‘ gewährleisten, wie sie den ehelichen Kindern im natürlichen Gang der Dinge zuteil werden“ (Hedwig Dransfeld).

Geschlechtsmoral“¹ sollte vor allem im Sinne der religiös-sittlichen Hebung unseres Volkes verstanden werden, damit es wiederum in sich erstarke; um Keuschheit und Enthaltbarkeit zu üben².

§ 3.

Das Bevölkerungsprinzip von Thomas Robert Malthus.

Literatur: T. R. Malthus, Versuch über das Bevölkerungsgesetz. Nach der siebten Ausgabe des englischen Originals übersetzt von F. Stöpel (1879). (Ältere Übersetzung von Hegewisch [1807].) — Bonar, Malthus and his Work (1885). — Edwin Cannan, History of the Theories of Production and Distribution in English Political Economy² (1903), chap. 5, §§ 2—4, 124—182. — Adolf Wagner, Grundlegung der politischen Ökonomie I³ 2 (1893), 451 ff. 632 ff. — Ders., Theoretische Sozialökonomik I (1907) 49—82. — Ludwig Elster, Die Malthussche Bevölkerungslehre, im Handwörterbuch der Staatswissenschaften II³ (1909) 946 ff. — Rümelin, Die Bevölkerungslehre, in Schönbergs Handbuch I³ (1890) 723; 4. Aufl. (1896) 827 ff.; bearbeitet durch v. Scheel. — J. Conrad, Grundriß zum Studium der politischen Ökonomie. II: Volkswirtschaftspolitik³ (1902) 462 ff.; 6. Aufl. (1912) 564 ff. — E. v. Philippovich, Grundriß der politischen Ökonomie. I: Allgemeine Volkswirtschaftslehre¹¹ (1916) 89 ff. — Devas-Kämpfe, Grundsätze der Volkswirtschaftslehre (1896) 118—137. — Carl Fuchs, Volkswirtschaftslehre² (1905) 131—140. — Edwin Seligmann, Principles of Economics² (1906) 60—65. — Karl Diehl, Sozialwissenschaftliche Erläuterungen zu Ricardo II² (1905) 52—65. — John Kells Ingram, Geschichte der Volkswirtschaftslehre; übersetzt von E. Roschlau (1890) 150 ff. — H. Soetbeer, Die Stellung der Sozialisten zur Malthusschen Bevölkerungslehre (1886). — E. van der Smitten, La Population (1893) 149—221. — F. Fetter, Versuch einer Bevölkerungslehre, ausgehend von einer Kritik des Malthusschen Bevölkerungsprinzips, in Conrads Sammlung national-ökonomischer und statistischer Abhandlungen IX, Heft 4 (1894). — C. Cauderlier, Les lois de la population et leur application à la Belgique (1900). — Fr. Oppenheimer, Das Bevölkerungsgesetz des T. R. Malthus und der neueren Nationalökonomie (1901). Dazu J. Wolf, Ein neuer Gegner des Malthus, in Zeitschrift für Sozialwissenschaft IV (1901) 285 ff. — Franz Keller, Bevölkerungspolitik und christliche Moral (1905). — E. Levasseur, Questions ouvrières et industrielles en France sous la troisième République (1907). (Das langsame Wachsen der Bevölkerung als Grund des langsamen wirtschaftlichen Fortschrittes anerkannt.) — Heinrich Dietzel, Der Streit um Malthus' Lehre, in Festgaben für Adolf Wagner (1905) 20—52. — Wilh. Hasbach, Sir Mathew Hale und John Bruckner mit einer Geschichte der vormalthusischen Bevölkerungstheorie, ebd. 53—87. Dazu Ludwig Pohles Besprechung der Festgaben, in Schmollers Jahrbuch XXX (1906) 327 ff. — Kämpfe-Ehrler, Bevölkerung, im Staatslexikon I³ (1908) 866 ff. — J. Wolf, Nationalökonomie als exakte Wissenschaft (1908) 187—192; Ders., Der Geburtenrückgang (1912); Ders., Die Bevölkerungspolitik der Gegenwart (1918); Ders., Nahrungsspielraum und Menschenzahl (1917). — Mombert, Wirtschaft und Bevölkerung, im Grundriß für Sozialökonomik Abt. II (1914) 82 ff. — Hans Rost, Beiträge zur Moralstatistik (1913). — Diehl, Theoretische Nationalökonomie (1916). — Franz Hitze, Geburtenrückgang und Sozialreform (1917). — Mausbach, Ehe und Kindersegen (1917). — Sticker, Geschlechtsleben und Fortpflanzung (1917). — L. Krafft, Bevölkerungsprobleme (1917). — Franz Walter, Der Kinderreichtum als Quelle der Volkskraft, und Fritz Tillmann, Ehe und

¹ Helene Stöcker, Zur Reform (!) der konventionellen Geschlechtsmoral, in Zeitschrift für Sozialwissenschaft X (1907) 607 ff.

² Vgl. Paula Müller, Die „neue Ethik“ und ihre Gefahr (1908). Dies., Freiheit und Verantwortlichkeit (1910). Wuermeling, Fürsorge für uneheliche Kinder, in Faßbender, Des deutschen Volkes Wille zum Leben 597 ff.

Familie, in Deutschland und der Katholizismus II (1918) 25 ff. 45 ff. — Grassl, Der Geburtenrückgang in Deutschland (1914). — Siegfried Budge, Das Malthussche Bevölkerungsgesetz und die theoretische Nationalökonomie der letzten Jahrzehnte (1912). — F. Prinzing, Das Bevölkerungsgesetz, im Allgemeinen statistischen Archiv VI (1903) 1 ff. — Pontus Fahlbeck, Neomalthusianismus, in Zeitschrift für Sozialwissenschaft VI (1903) 594 ff. — H. A. Krose, Der Niedergang einer großen Nation, in Stimmen aus Maria-Laach LXXI (1906) 143 ff. 285 ff. 490 ff. — Walther Köhler, Die sozialwissenschaftliche Grundlage und Struktur der Malthusianischen Bevölkerungslehre, in Schmollers Jahrb. XXXVII (1913) 19 ff. — Bornträger, Der Geburtenrückgang in Deutschland, seine Bewertung und Bekämpfung (1913). — Im übrigen die Literaturangaben im Handwörterbuch der Staatswissenschaften usw.

114. Bevölkerungsprinzip und Bevölkerungsproblem. Jedes tiefere Verständnis des Bevölkerungsproblems, der Frage, wie die Volkszunahme im Einklang bleibe mit dem Volkswohlstande, ist undenkbar ohne Kenntnis der Kräfte und Ursachen, welche die tatsächliche Vermehrung der Bevölkerung bestimmen oder regeln, ohne Kenntnis zugleich ihrer erfahrungsmäßigen Wirkungen und Ergebnisse.

Malthus hat jene Kräfte und Ursachen wie die Mittel, durch welche eine Übereinstimmung zwischen Volkszahl und Nahrungsmitteln erzielt werden könne, zum Gegenstand eingehender Untersuchungen machen wollen und das Resultat seiner Studien in dem Essay on the Principle of Population niedergelegt. Er nennt den Essay „eine Betrachtung über die Folgen des Bevölkerungsprinzips (Bevölkerungsgesetzes) für das menschliche Glück in der Vergangenheit und Gegenwart, mit einer Untersuchung unserer Aussichten auf künftige Beseitigung oder Milderung der aus ihm entspringenden Übel“.

Die Kräfte, welche die Vermehrung der Bevölkerung beherrschen, werden also von dem berühmten Forscher im Hinblick auf das Bevölkerungsproblem untersucht. Er will die Wirkungen, Folgen jenes „Prinzips“ oder „Gesetzes“ feststellen für das menschliche Glück, ja er deutet schon in der Überschrift an, daß das Bevölkerungsprinzip „Übel“ veranlaßt habe, deren Beseitigung oder Milderung für die Zukunft als wünschenswert erscheinen müsse.

Bevor wir jedoch uns näher mit dem Malthusschen Bevölkerungsprinzip beschäftigen, mögen zunächst die Ansichten älterer Gelehrten über den tatsächlichen und ursächlichen Zusammenhang zwischen der quantitativen Bevölkerungsentwicklung und der Wohlstandsentwicklung kurze Erwähnung finden.

115. Vormalthussche Bevölkerungstheorien. Daß merkantilistische Schriftsteller das Wachstum der Bevölkerung durchgängig sehr günstig beurteilten und zum Teil nicht ohne Einseitigkeit jede Bevölkerungszunahme für einen volkswirtschaftlichen Fortschritt erklärten, ist uns bereits bekannt. Die Physiokraten waren dagegen einer schnellen und großen Volksvermehrung nicht unbedingt hold: zuerst müsse für Wohlstand gesorgt werden, da der Wohlstand Bedingung und Ursache der Bevölkerungszunahme sei.

„Ich hatte folgendermaßen geklügelt“, schreibt der ältere Mirabeau¹: „Die Reichtümer sind die Früchte der Erde und der Tätigkeit der Menschen. Die Arbeit der Menschen hat allein die Gabe, sie zu vervielfältigen. Also je mehr Menschen es gibt, desto mehr Arbeit, je mehr Arbeit, desto mehr Reichtum. Der Weg zur Wohlfahrt ist sonach folgender: 1. Vermehrung der Menschen, 2. dadurch Vermehrung der produktiven Arbeit, dadurch 3. Vermehrung des Reichtums. In dieser Position hielt ich mich für so unangreifbar, daß ich mit Behagen den ganzen Behang meines politischen Gebäudes danach einrichtete, als dahin gehören: Heirats- und Aufwandsgesetze u dgl. m. Kaum schritt Goliath ehemals mit größerer Sicherheit in den Kampf als ich zu einem Manne (Quesnay), von dem ich vernommen hatte, daß er auf mein Buch (*L'Ami des Hommes*) die Bemerkung geschrieben: ‚Das Kind hat schlechte Milch getrunken; die Kraft des Temperaments reißt es zwar zu dem richtigen Resultate fort, allein es versteht nichts von den Prinzipien.‘ Mein Kritiker ließ nicht mit sich markten und sagte mir geradeheraus, ich hätte den Pflug vor den Ochsen gespannt, und Cantillon, mein politischer Lehrer, sei ein Dummkopf². Diese Lästerung ließ mir den Mann, der sie aussprach, als einen Narren erscheinen; indessen hielt ich aus Höflichkeit an mich und brach die Unterhaltung ab. Zu meinem Glücke kam ich aber des Abends zurück, um mit beruhigterem Kopfe die Unterhaltung weiterzuführen. Da war es nun, daß dem Goliath der Schädel zertrümmert wurde. Mein Gegner ersuchte mich, den Menschen die gleiche Ehre anzutun wie den Schafen, wo man, um die Herde zu vermehren, mit der Vermehrung der Weiden beginne. Ich erwiderte darauf, daß das Schaf bloß eine sekundäre Ursache des Wohlstandes sei, wogegen der Mensch als die erste Ursache der Hervorbringung der Früchte betrachtet werden müsse. Darauf fing er an zu lachen und bat mich, ihm das deutlicher auseinanderzusetzen und zu sagen, ob der Mensch etwa, als er auf die Erde kam, schon das Brot in der Tasche mitbrachte, von dem er bis zur Zeit, wo die Erde bearbeitet, besät, geerntet und die Frucht ausgedroschen, zu leben vermochte. Damit war ich geschlagen. Denn man hätte entweder annehmen müssen, daß der Mensch imstande sei, wie der Bär in seinem Winterschlaf acht (oder zehn) Monate lang von seinem Fette zu zehren, oder man mußte zugeben, daß der Anbauer der Früchte solche bereits bei seiner Ankunft vorfand, die nicht von ihm selbst gesät waren. Nun bat er mich, auch alle nachfolgenden Geschlechter an dem gleichen Vorteil teilnehmen zu lassen, da es bei diesen auch nicht anders sein könne.“

Allerdings fanden die ersten Menschen in den Früchten und Gaben der Erde schon die Mittel ihrer Ernährung vor. Hätten sie sich damit aber dauernd begnügt die Menschheit wäre nicht weit gekommen. Hand,

¹ In einem Briefe, wo er selbst seine erste Zusammenkunft mit Quesnay schildert und seine Bekehrung zu dessen Anschauungen. Vgl. Oncken, *Geschichte* 318 f. nach J. J. Rousseau *ses amis et ses ennemis* par Streckeisen-Moulton II (1865) 358 f.

² Cantillon hat übrigens die gegenteilige Ansicht vertreten und wurde von Jevons als ein Vorläufer von Malthus bezeichnet. Vgl. auch Wilh. Hasbach, Sir Mathew Hale und John Bruckner mit einer Geschichte der vormalthusischen Bevölkerungstheorie, in den *Festgaben für Adolf Wagner* (1905) 63 f. Charles Emil Stangeland, *Pre-Malthusian doctrines of population* (1904). Über David Ricardos Stellung zum Bevölkerungsproblem vgl. *Zeitschrift für die gesamten Staatswissenschaften* 1910, 551.

Vernunft, Gesellschaft, diese dreifache natürliche Ausstattung des Menschen, gewährte die Möglichkeit, wenn auch mit harter Arbeit die natürlichen Widerstände zu überwinden, der Erde das abzurufen, was sie nicht freiwillig bot. Zwischen ökonomischem Fortschritt und Volkszunahme bestand dann für die Folge regelmäßig Wechselwirkung¹. Wo ökonomischer Fortschritt, da ist die Möglichkeit steigender Volkszahl gegeben; und umgekehrt deutet die steigende Volksziffer in der Regel hin auf steigende Produktivität, höhere Entwicklung der Arbeitsteilung, der industriellen und kommerziellen Tätigkeit, auf ausgedehntere Konsumtion als Bedingung des weiteren nationalen Fortschrittes. Durch Vermehrung der Bevölkerung mögliche Vermehrung des Reichtums — durch Vermehrung des Reichtums mögliche Vermehrung der Bevölkerung!

Nach Adam Smith ist „das entscheidendste Kennzeichen des Gedeihens eines Landes die Zunahme seiner Einwohnerzahl“². Er spricht zugleich von der Bedingung jener Zunahme, indem er sagt³: „Jede Tiergattung vermehrt sich naturgemäß im Verhältnis zu den Mitteln ihres Unterhaltes, und keine Gattung kann sich jemals über dasselbe hinaus vermehren. Aber in einer zivilisierten Gesellschaft kann der Mangel an Nahrungsmitteln nur unter den unteren Volksklassen einer weiteren Vermehrung der Menschen Schranken setzen; und er kann dies nur dadurch, daß er einen großen Teil der Kinder, die ihre fruchtbaren Ehen hervorbringen, vernichtet.“ Mag die Armut nicht überall zum Abschluß einer Ehe ermutigen, die wirklich abgeschlossenen Ehen der unteren Volksklassen erfreuen sich einer solchen Fruchtbarkeit, daß die Not der Eltern hier einer weiteren Vermehrung der menschlichen Spezies durch den Tod der Kinder eine Grenze zieht. Nach Smith ist also die Kindersterblichkeit, durch Armut verursacht, das hauptsächliche Hemmnis der Volkszunahme. Das Fehlen dieses Hemmnisses beweist besondere Prosperität des Landes.

Die Möglichkeit eines Mißverhältnisses zwischen der Zunahme der Bevölkerung und der Vermehrung der Nahrungsmittel und die für ein ganzes Volk hieraus sich ergebenden Übelstände wurden jedoch, wie Malthus selbst in der Vorrede zur zweiten Auflage seines Essays bemerkt⁴, bereits von Plato und Aristoteles ins Auge gefaßt⁵ und in

¹ Ad. Wagner, Agrar- und Industriestaat² 63.

² Wealth of Nations Book 1, chap. 7; Stöpels Übersetzung I 97.

³ Ebd.; Stöpels Übersetzung I 110.

⁴ Stöpels Übersetzung VIII (1879). Johannes Buridanus (1300—1358) hatte ebenfalls die Möglichkeit schon ins Auge gefaßt, daß die Nahrungsmittel nicht mehr für den Unterhalt ausreichen würden, und in diesem Falle Enthaltung von der Ehe gefordert (Eth. III q. 30). Vgl. Kaulla, Der Lehrer des Oresmius (Buridanus), in Zeitschrift für die gesamten Staatswissenschaften LX (1904). V. Brants, L'économie polit. au Moyen-âge (1895) 239. Edm. Schreiber, Die volkswirtschaftlichen Anschauungen der Scholastik (1913) 178.

⁵ Ludwig Elster, Bevölkerungslehre und Bevölkerungspolitik, im Handwörterbuch der Staatswissenschaften II³ 926 ff.

früheren Zeiten sehr gewaltsame Heilmittel dagegen empfohlen. „Neuerdings ist derselbe Gegenstand“, sagt Malthus¹, „von einigen französischen Chronisten, gelegentlich auch von Montesquieu und bei uns selbst von Franklin, Sir James Stewart, Arthur Young und Townsend, in einer Weise behandelt worden, daß ich mich sehr wunderte, warum er die öffentliche Aufmerksamkeit nicht mehr auf sich gelenkt hat.“ Außerdem verweist Malthus noch auf Hume, Wallace, Adam Smith und Price als solche Autoren, „aus deren Schriften er das Gesetz, welches den Hauptinhalt des ‚Versuchs‘ bilde, hergeleitet habe“. Spätere Forschungen über „die Vorgänger von Malthus“ haben nun noch eine weit größere Zahl von Schriftstellern ergeben, welche die Gefahren einer allzu starken Bevölkerungszunahme zum Gegenstand ihrer Untersuchungen machten; so Botero, Genovesi, Ortes, Raleigh, Hale, Child, den Franzosen Herbert, den Deutschen Justus Möser usw.²

Als ein persönliches Verdienst vor andern Autoren, die denselben Gegenstand behandelten, nimmt Malthus aber für sich in Anspruch: die eingehende Untersuchung der Mittel, durch welche die Übereinstimmung zwischen Volkszahl und Nahrungsmenge erzielt werde. „Obwohl man genau festgestellt hatte“, sagt er in der Vorrede zur zweiten Auflage des Essays³, „daß die Bevölkerung sich stets auf dem Niveau der Unterhaltungsmittel halten müsse, hatte man doch nicht die verschiedenen Arten, wodurch dies Niveau hergestellt wird, erforscht, und niemals ist dies Prinzip hinreichend bis auf seine Konsequenzen verfolgt worden, noch hat man die praktischen Schlüsse daraus gezogen, welche die genaue Prüfung seiner Folgen für die Gesellschaft zu ergeben scheint.“

Auch Hasbach urteilt auf Grund seiner umfassenden Forschungen und Vergleichen, Malthus habe die von ihm vorgefundenen „verschiedenen Gedankenrichtungen nicht eklektisch, sondern schöpferisch und mit schärfster Betonung der sozialpolitischen Konsequenzen“ zusammengefaßt⁴.

116. Anlaß und Zweck des Malthusschen Essays⁵ wird in dem Titel der ersten Auflage des Buches (1798) angedeutet: „Ein Versuch über das Prinzip der Bevölkerung in seinen Beziehungen zur zukünftigen Vervollkommenung der Gesellschaft nebst Bemerkungen über die Ansichten Godwins, Condorcets und anderer Schriftsteller.“ Die Lehre Condorcets von dem menschlichen Fortschritt und von der Möglichkeit der Erreichung eines vollkommenen Zustandes der Gesellschaft,

¹ Stöpel's Übersetzung VIII, Vorrede VIII.

² Vgl. z. B. Wilh. Hasbach, Sir Mathew Hale und John Bruckner 53 ff.

³ Vorrede, bei Stöpel IX.

⁴ A. a. O. 87.

⁵ Bonar, Malthus and his Work (1885) 6 ff. Cannan, Theories of Production and Distribution³ (1903) 131 f. Ingram, Geschichte 151 ff.

die in Godwin einen hervorragenden englischen Vertreter gefunden hatte, gefiel Malthus' Vater, einem Freunde Rousseaus. Der jüngere Malthus dagegen sprach sich gegen die Godwinschen Lehren aus. In der Absicht, seine Gedanken auf dem Papier klarer zu entwickeln, als es ihm seiner Meinung nach in der Unterhaltung möglich war, verfaßte er den Essay über die Bevölkerung. Nach Godwin führt sich das Elend in der menschlichen Gesellschaft auf die Mangelhaftigkeit der sozialen Einrichtungen zurück. Nach Malthus ist die Natur selbst Ursache der menschlichen Übel. Er wies dieserhalb hin auf die dem Menschengeschlecht innewohnende natürliche Tendenz, sich über die Nahrungsmenge hinaus zu vermehren, dem gegenüber auf die Notwendigkeit von Hemmnissen des Wachstums der Bevölkerung. Diese Hemmnisse aber führen sich alle zurück auf Laster oder Elend. Sind also für die Menschheit infolge ihrer natürlichen Tendenzen Laster und Elend immer wieder notwendig, um die Übereinstimmung zwischen Volkszahl und Nahrungsmenge herzustellen, dann fallen auf jene berückenden Zukunftsbilder Godwins, auf die vorausgesagte, ungetrübte Vollkommenheit des gesellschaftlichen Lebens recht düstere Schatten. Von einem unbegrenzten Fortschritt und wolkenlosen Glück kann dann in der Tat nicht mehr die Rede sein. Das war es, was Malthus in der ersten Auflage seines Buches beweisen wollte¹.

Allein die Annahme, Laster und Elend seien die einzigen möglichen und tatsächlichen Hemmnisse einer fortschreitenden Bevölkerungszahl, schien doch zu offenbar durch die Erfahrung widerlegt zu werden. Konnten denn nicht völlige Enthaltbarkeit oder Hinausschiebung des Eheschlusses eine Verminderung der Geburtenzahl herbeiführen? Konnte nicht auf diesem Wege dem allzu raschen Anwachsen der Volkszahl ein Hindernis entstehen? Malthus vermochte das nicht in Abrede zu stellen. Er meint aber, eine solche Enthaltung von der Ehe oder die Verschiebung derselben führe zum Laster und sei in sich schon ein Elend². Das war wiederum offenbar zuviel behauptet. Man konnte ihn ja auf viele sehr tugendhafte und ebenso glückliche Junggesellen und alte Jungfrauen hinweisen, und, wie Cannan hinzufügt³: „A somewhat prolonged period of courtship is not always looked back upon as the most miserable period of life.“ Malthus verließ denn auch in der Tat seinen bisherigen Standpunkt. Er verzichtete in der zweiten Auflage des Essays (1803) darauf, Elend und Laster als die einzigen möglichen Hemmnisse des Wachstums der Bevölkerung hinzustellen.

Diese zweite Auflage sollte, wie Malthus sagt, „als ein neues Werk betrachtet werden“⁴. Die erste Ausgabe sei eben nur „eine Gelegenheits-

¹ Erste Ausgabe des Essays 14 37 100 141 (vgl. Cannan, Theories² 131 f.).

² A. a. O. 108. ³ A. a. O. 132.

⁴ Vorrede zur zweiten Auflage bei Stöpel IX. Die erste Auflage war ein Oktavband von 396 Seiten mit ungefähr 50 000 Worten; die zweite Auflage ein Quarto mit

schrift“ gewesen. Allein die Gelegenheit, welche die erste Auffassung des Essays veranlaßte, und der Zweck, den Malthus ursprünglich verfolgte, haben unverkennbare Spuren in der zweiten und in den späteren Auflagen zurückgelassen. Das Bestreben, einer erträumten besseren Ordnung gegenüber auf tief in der Natur begründete Gefahren hinzuweisen, zeigt sich auch da, und zwar in einem Maße, daß hier noch gilt, was Malthus selbst zugestanden: „Es ist wahrscheinlich, daß ich den Bogen, welchen ich nach einer Seite hin zu stark gespannt vorfand, zu sehr nach der andern hinbog, in der Absicht, ihn gerade zu machen.“¹

Malthus hatte ferner schon in der ersten Auflage sein grundlegendes Prinzip von dem Mißverhältnis zwischen der natürlichen Tendenz der Bevölkerungszunahme und der möglichen Vermehrung der Nahrungsmittel ausgesprochen, noch bevor er genaue geschichtliche Untersuchungen darüber angestellt, „in seiner ländlichen Lage“, wo „nur wenig Materialien zu Gebote standen“². So trat er also kaum unbefangen an eine genauere Prüfung heran.

Ein wirklich großer Unterschied besteht indes doch zwischen der ersten und den folgenden Ausgaben, wie bereits angedeutet wurde, in folgendem: „Prinzipiell habe ich mich in der jetzigen Ausgabe von den früheren insoweit entfernt“, sagt Malthus³, „daß ich die Wirksamkeit eines weiteren Hemmnisses der Volksvermehrung, das nicht unter die Rubrik Laster und Elend gehört, annehme, und in den späteren Teilen habe ich manche der herbsten Folgerungen⁴ des ersten Versuchs zu mildern gesucht.“ Das weitere Hemmnis ist moral restraint, die moralische Enthaltung von der Ehe für immer oder zeitweilig.

117. Was verstand nun Malthus unter „Bevölkerungsprinzip“? Vielleicht entnahm Malthus den Ausdruck „the principle of population“ Godwins Political Justice⁵. „Es ist eine vollkommen richtige Bemerkung Godwins“, sagt Malthus⁶, „daß in der menschlichen Gesellschaft ein Prinzip waltet, wonach die Bevölkerung beständig auf dem Niveau der Unterhaltungsmittel erhalten wird“. (There is a principle in human society by which population is perpetually kept down to the level of the means of subsistence.) Die große Frage ist: Welches ist das Prinzip, — ist es etwas

604 Seiten und ca. 200 000 Worten. Die sechste, von Malthus selbst besorgte Auflage enthält 250 000 Worte. Vgl. Cannan, Theories² 130 Anm. 3.

¹ Ingram, Geschichte 159.

² Vorrede zur zweiten Auflage. ³ Ebd., bei Stöpel X.

⁴ In der zweiten Auflage findet sich noch die oft zitierte Stelle vom Ausschluß der Kinder des Elendes vom Gastmahl des Lebens (zweite englische Ausgabe [1803] 531): „At nature's mighty feast there is no vacant cover for him“ etc. In der dritten Auflage (1806) ist auch diese Stelle unterdrückt. Vgl. Lippert, Malthus, in Elsters Wörterbuch der Volkswirtschaft II³ (1911) 345 ff.

⁵ VIII (1793) chap. 2, 813. Vgl. Cannan, Theories of Production and Distribution² (1903) 134 f. Malthus, Essay¹ 176. 193 f., 2. Aufl. 367 373 f.; bei Stöpel 424 432.

⁶ Stöpels Übersetzung 432.

Dunkles oder Verborgenes? ist es eine mysteriöse Einmischung des Himmels, die zu gewisser Zeit die Männer mit Impotenz und die Frauen mit Unfruchtbarkeit heimsucht, oder ist es etwas unserer Untersuchung Offenes, unserem Blicke Erreichbares, etwas, dessen Wirksamkeit in höherem oder geringerem Grade unter jeder Gesellschaftsform beobachtet wurde? Sind nicht Elend und die Furcht vor Elend (in der ersten Auflage: is it not a degree of misery) die notwendigen und unvermeidlichen Ergebnisse der Naturgesetze auf der gegenwärtigen Staffel der menschlichen Existenz, welche die menschlichen Einrichtungen nicht verschärft, sondern vielmehr bedeutend gemildert haben, obwohl sie niemals zu beseitigen sind?“ Die Inhaltsangabe zu Anfang des Kapitels¹ enthält am Schlusse noch die Worte: „Mr. Godwin's beautiful system of equality supposed to be realised — Its utter destruction simply from the principle of population in so short a time as thirty years.“ In dreißig Jahren werde das Bevölkerungsprinzip Godwins schönes Gleichheitssystem zerstören. „Es ist schwer, nicht anzunehmen“, sagt Edwin Cannan², „daß jenes ‚principle of population‘ im Titel ungefähr dasselbe sei als ‚das Prinzip, durch welches die Bevölkerung beständig auf dem Niveau der Unterhaltsmittel erhalten wird‘. Folgerichtig scheint es probabel — es wäre unvorsichtig, mehr zu sagen —, daß in der ersten Auflage des Essays ‚the principle of population‘ folgendes sei: daß das Wachstum der Bevölkerung notwendig durch Elend (moralisches und physisches) gehemmt werde, — und in der zweiten Auflage: daß das Wachstum der Bevölkerung notwendig gehemmt werden müsse durch Elend oder Motive der Klugheit“ (moralische Enthaltung). Ohne Cannans Auffassung zu unterschätzen, möchten wir dennoch vermuten, daß Malthus den Ausdruck „principle of population“ auch noch in einem andern Sinne verstehe. Wir begnügen uns, hierfür auf den Titel der zweiten Auflage des Essays hinzuweisen. Da heißt es: „An Essay on the Principle of Population; or a View of its past and present effects on human happiness; with an inquiry into our prospects respecting the future removal or mitigation of the evils which it occasions.“ Es handelt sich also um ein Prinzip, welches in Vergangenheit und Gegenwart bestimmte Wirkungen auf das menschliche Glück ausgeübt hat oder ausübt; und zwar werden diese Wirkungen als Übel bezeichnet, die eben jenes Prinzip veranlaßt. Die Aussichten in bezug auf eine zukünftige Beseitigung oder Milderung jener Übel bildet den Gegenstand der durch Malthus geführten Untersuchung. Das wichtigste Mittel aber, die Übel zu beseitigen oder zu mildern, ist nach Malthus allerdings die sittliche Einschränkung (moral restraint), die er aufs wärmste empfiehlt³. Der moral restraint, die sittliche Enthaltbarkeit, kann darum

¹ 1. Aufl. 173.² A. a. O. 135.³ Book 4, chap. 1; Stöpels Übersetzung I 619 ff.

aber nicht selbst zu jenem „Bevölkerungsprinzip“ gehören, das die Übel verursacht, zu deren Beseitigung sie gerade empfohlen wird. Mit andern Worten: die Formulierung des Bevölkerungsprinzips, wie Cannan sie bietet (daß das Wachstum der Bevölkerung notwendig gehemmt werden müsse durch Elend oder Motive der Klugheit), scheint wenigstens nicht dem „Bevölkerungsprinzip“ zu entsprechen, das im Titel des Essays erscheint. Wir halten es vielmehr für wahrscheinlich — it would be rash to say more¹ —, daß das Bevölkerungsprinzip im engeren Sinne sich auf jene „große Ursache“ bezieht, deren „Wirkungen“ zu untersuchen „den Hauptzweck des Versuchs“² bildet: „Die Ursache, auf die ich anspiele“, sagt Malthus, „ist die beständige Tendenz in allem, animalischen Leben, sich über die dafür vorhandenen Nahrungsmittel zu vermehren.“

Das ist also das Grundprinzip in der Malthusschen Bevölkerungstheorie. Daneben stellt Malthus den zweiten Satz auf: „Population is necessarily limited by the means of subsistence“ — die wirkliche Bevölkerung ist notwendig durch die Unterhaltungsmittel begrenzt³. Ohne Unterhaltungsmittel müßten die Menschen eben verhungern. Mag also auch die Bevölkerung, wo die Unterhaltungsmittel zunehmen, sich vermehren — und sie wird es regelmäßig tun —, die Vermehrungstendenz der Bevölkerung gelangt tatsächlich nicht zum vollen Austrag, wird an ihrer Verwirklichung teilweise gehindert. Das drückt Malthus durch den dritten⁴ Satz aus: „Die Bevölkerung steigt unveränderlich, wo die Unterhaltungsmittel steigen, wenn sie nicht durch einige sehr mächtige und auffallende Hemmnisse daran verhindert wird.“ Und nun der vierte Satz⁵: „Diese Hemmnisse und die Hemmnisse, welche die überlegene Zeugungskraft unterdrücken und ihre Wirkungen auf demselben Niveau mit den Unterhaltungsmitteln halten, sind sämtlich in moralischen Zwang, Laster und Elend auflösbar.“ Die präventiven Hemmnisse (checks), moral restraint, die moralische Enthaltensamkeit, Zölibat oder Hinausschiebung der Ehe, hindern eine zu große Zahl von Geburten; die positiven oder repressiven Schranken vermindern eine zu große Zahl der Geborenen. Hierin gehören alle aus Laster oder Elend (vice and misery) entspringenden Umstände, welche irgendwie dazu beitragen, die natürliche Dauer des menschlichen Lebens zu verkürzen, z. B. Krieg, Pest, Hungersnot, äußerste Armut, schlechte Ernährung der Kinder, ungesunde Beschäftigungen u. dgl.; anderseits Abtreibung, Kindestötung, Prostitution.

Die Malthussche Bevölkerungslehre blieb nicht ohne großen Einfluß auf die Wissenschaft sowohl als auf die Gesetzgebung und Politik der Staaten. Man suchte die Grundsätze derselben, wo es nur anging, zu ver-

¹ Cannan a. a. O. 135.

² Book 1, chap. 1, 1; Stöpels Übersetzung I 1, 1.

³ Book 1, chap. 2; ebd. 20.

⁴ Ebd. 20 f.

⁵ Ebd. 21.

wirklichen, indem man die Ehegesetzgebung entsprechend abänderte, die staatliche Armenpflege „reorganisierte“ und noch mehr dergleichen Maßnahmen traf¹.

118. Anhänger und Gegner der Malthusschen Lehre². 1. Anhänger: Ohne näher auf die Lehre vom Bevölkerungswesen einzugehen, spendet David Ricardo gelegentlich der Malthusschen Theorie reiches Lob³. William Thomas Thornton meint in seiner Schrift „Over-population and its Remedy“⁴, die Übelstände einer Übervölkerung würden erst da zur Geltung kommen, wo die Zahl der von der Arbeit Lebenden größer sei als die Zahl der durch Arbeit genügend zu Ernährenden. Er pflichtet Malthus im allgemeinen bei; verkehrt sei nur, daß Malthus seine Hoffnung auf die Enthaltung von unvorsichtigen Heiraten lediglich auf die Vernunft gründe. Durch Steigerung der Lebenshaltung müsse sich bei den unteren Schichten eine unüberwindliche Scheu vor dem Herabsteigen in schlechtere Zustände entwickeln. James Mill fordert auf, „den Aberglauben der Kinderstube preiszugeben und das Nützlichkeitsprinzip fest ins Auge zu fassen“⁵. Deutlicher spricht sich der bedeutendste Anhänger Malthus', John Stuart Mill, aus⁶: Wie das Laster der Trunksucht müsse die große Kinderzahl durch die öffentliche Meinung bekämpft werden; Beschränkung der Kinderzahl auch nach geschlossener Ehe sei Pflicht namentlich für die Arbeiterbevölkerung. In seinen „Principles of Political Economy“ bekennt sich ebenfalls Mac Culloch zu der Malthusschen Bevölkerungstheorie. Jean Baptiste Say⁷ weist ausführlicher darauf hin, daß die Bevölkerungsvermehrung nicht bloß in der Begrenzung der Nahrungsmittel, sondern auch der übrigen Existenzmittel, wie Wohnung, Kleidung usw., eine Schranke finde. Daß Pellegrino Rossi die Malthussche Theorie bedingungslos anerkannte, wird kaum behauptet werden dürfen. Er schrieb eine „Introduction pour l'essai sur le principe de population“, betonte die große Wichtigkeit der Bevölkerungsfrage und forderte namentlich, daß das Volk durch Bildung und Schärfung des Pflichtbewußtseins davor bewahrt werde, blinden Instinkten (Geschlechtstrieb) zu folgen. Nennen wir noch Quetelet, Luden, Rau, v. Mohl⁸, die mehr oder minder zu Malthus standen. Auch die neueren Nationalökonomien vertreten in großer Zahl denselben Standpunkt. So G. Rümelin⁹, L. v. Stein¹⁰, W. Roscher¹¹, A. v. Schäffle¹²,

¹ Vgl. Naüm Reichesberg in Schweizerische Blätter für Wirtschafts- und Sozialpolitik (10. Mai 1894).

² Vgl. Elster, Bevölkerungswesen, im Handwörterbuch der Staatswissenschaften II² 731 ff.; II³ 964 ff.

³ Principles of Political Economy, deutsch von Baumstark² (1877) 368.

⁴ 1846. Bei Elster nach Mohl, Geschichte und Literatur der Staatswissenschaften III (1855—1858) 487 f.

⁵ Artikel „Colony“ im Supplement zur 5. Auflage der Encyclopaedia Britannica.

⁶ Grundsätze der politischen Ökonomie, übersetzt von Soetbeer (4. Ausgabe 1881) 163 ff. 272 ff.; II 4 ff. 18 ff. 32 ff.

⁷ Ausführliches Lehrbuch der praktischen politischen Ökonomie, übersetzt von Stirner III (1845) 6. Tl., 160 ff.

⁸ Geschichte und Literatur der Staatswissenschaften III (1858) 409 ff.

⁹ Reden und Aufsätze (1875) 305, in Schönbergs Handbuch³ (1890) 723 ff.

¹⁰ System der Staatswissenschaft I (1852) 115.

¹¹ System der Volkswirtschaft. Grundlagen § 242.

¹² Bau und Leben des sozialen Körpers II² (1881) 245 ff.

A. Wagner¹, G. Cohn², J. Conrad, E. v. Philippovich, in Frankreich J. Cl. Garnier, G. de Molinari, M. Block, Cherbuliez, Courcelle-Seneuil usw. Regelmäßig werden jedoch der Zustimmung zu Malthus' Lehre gewisse Beschränkungen hinzugefügt. So sagt Roscher: „Über die einzelnen Ausdrücke und praktischen Ratschläge von Malthus sind die Urteile der heutigen Nationalökonomien begreiflicherweise geteilt . . . aber die Grundansichten von Malthus können als festes Eigentum der Wissenschaft gelten.“ (Κτῆμα ἐς αἰεί!)³ Wagner bezeichnet als notwendig, „daß die Bevölkerung, die Klasse, die Familie sich in ihrer natürlichen Vermehrung innerhalb ihres Unterhaltungsspielraums halten muß, wenn nicht eine (durchschnittliche) Verschlechterung ihrer wirtschaftlichen Lage eintreten soll; daß aber auch bei der in der Geburtenfrequenz hervortretenden Vermehrungstendenz eine bezügliche Gefahr nicht verkannt werden kann: das Erschöpfen, ja das gelegentliche Überschreiten des Unterhaltungsspielraumes, wovor zu warnen ist. Dieser Hinweis auf diese Gefahr, auf die ihr zugrunde liegende Vermehrungstendenz der Bevölkerung und auf den Zusammenhang zwischen Volkszahl und Unterhaltungsspielraum ist der unumstößliche Kern in der Malthusschen Bevölkerungslehre.“⁴ Sehr vorsichtig und zurückhaltend bemerkt G. Schmoller⁵: „Das Verdienst von Malthus ist es, daß er mit Nachdruck und wissenschaftlichen Beweisen den Zusammenhang der Menschenzahl mit der Ernährungsmöglichkeit betont und die vorhandenen Grenzen der letzteren erläutert hat, aber seine Zahlenformeln sind falsch, und er stellt die sicher vorhandene Vermehrungstendenz zu sehr als natürliche, absolute, stets vorhandene hin, unterscheidet nicht genug die verschiedenen Wirtschaftszustände und Möglichkeiten des Unterhalts und des Auswegs; er sieht, wie viele seiner pessimistischen Anhänger, auch Zustände als Übervölkerung an, die mehr Folge von schlechter Einrichtung der Produktion und Verteilung der Güter, von technischer Rückständigkeit als zu großer Menschenzahl sind.“ Immerhin glaubt Elster sagen zu dürfen: „In unsern Tagen wird die Malthussche Lehre von den meisten Volkswirten als im wesentlichen richtig anerkannt.“ Auch H. Dietzel⁶ hat wiederum gleich A. Wagner erklärt: „Malthus behält in allem Wesentlichen recht.“ J. Wolf glaubte dagegen eine neue Formulierung des Bevölkerungsgesetzes empfehlen zu müssen, in der das allmähliche Sinken der Geburtenrate bei allen Völkern, die „in den Kulturkreis fallen“, zum Ausdruck gelange⁷. Allein, bemerkt

¹ Grundlegung I 2, 445 ff. Theoretische Sozialökonomik I (1907) 55 ff. 78 ff.

² System der Nationalökonomie I 116.

³ System der Volkswirtschaft. Grundlagen § 242, Anm. 15 gegen Ende.

⁴ Theoretische Sozialökonomik I (1907) 55.

⁵ Grundriß I 175; vgl. auch Schmollers Sendschreiben an Treitschke über einige Grundfragen des Rechtes und der Volkswirtschaft, in Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik XXIII (1874) 321.

⁶ Festgaben für Adolf Wagner (1905). Der Streit um Malthus' Lehre 52. Die Argumente, die Wagner aus dem Malthusschen Bevölkerungsgesetze gegen weltwirtschaftliche Entwicklung und Industriestaat gezogen hatte (schon in der „Grundlegung“, dann in „Agrar- und Industriestaat“² [1902] 6 10 ff. 48 ff.), werden von Dietzel abgelehnt (a. a. O. 21 und Dietzels „Weltwirtschaft und Volkswirtschaft“ [1900] 119. „Produzenteninteresse der Arbeiter und Handelsfreiheit“ 116 ff.).

⁷ Wolf, Ein neuer Gegner des Malthus (F. Oppenheimer), in Zeitschrift für Sozialwissenschaft 1901, 256 ff.

Dietzel¹, das Fallen der Geburtsrate, die „Fortschrittstendenz“ innerhalb des „Kulturkreises“ entspreche durchaus auch der bisherigen Formulierung der Malthusschen Lehre und dem Hauptinhalte derselben (freiwillige Beschränkung). Einer andern Formulierung bedürfe es daher nicht.

2. Die Gegner der Malthusschen Lehre werden von Elster² in drei Gruppen geteilt: Sozialisten, solche, die von naturwissenschaftlichen Gesichtspunkten ausgehen, und Optimisten.

a) Fourier, Proudhon, Engels, Marx, auch H. George u. a. lehnen die Malthussche Theorie mit Entschiedenheit ab. W. Thompson, L. Blanc, K. Marlo³, K. Kautsky dagegen pflichten im wesentlichen Malthus bei. Marx bestreitet nicht die beständige Übervölkerung in den unteren Klassen und das durch sie hervorgerufene Elend; er erklärt sie jedoch nicht „aus den ewigen Gesetzen der Natur“, sondern „aus den nur historischen Naturgesetzen der kapitalistischen Produktion“⁴.

b) Eine naturwissenschaftliche Bevölkerungstheorie hat u. a. H. Spencer der Malthusschen Lehre gegenübergestellt⁵. Möge auch in der heutigen Zeit Übervölkerung noch möglich sein, die weitere Entwicklung der Zivilisation werde ihr einen Damm entgegenstellen. Die Entwicklung der Gehirnmasse, die jetzt schon beim zivilisierten Menschen um 30% größer sei als bei den Wilden, schiebe die geschlechtliche Reife hinaus, und die vom Erwerbe geistiger Bildung unzertrennliche Anstrengung vermindere die menschliche Fruchtbarkeit. Auch A. Nossig⁶ glaubte behaupten zu dürfen, die Reproduktionskraft einer Bevölkerung sei eine stetig abnehmende Kraft. Allein es fehlt der Beweis für diese Behauptung. Gesunde, kräftige Naturen werden im allgemeinen fruchtbarer sein⁷. Die geringere Kinderzahl der höheren Stände und der Intellektuellen ist keine absolute Regel, und wo sie tatsächlich vorhanden, fehlt der Beweis, ob sie natürlich oder künstlich sei.

c) Zu den „Optimisten“ werden gerechnet J. Graham, J. Weyland, Nassau William Senior, M. Th. Sadler, ferner Fr. Bastiat, H. Carey, Fr. List, der Statistiker E. Engel usw. Insofern der Name „Optimist“ eine Charakterisierung oder gar eine ungünstige Beurteilung der angeführten Persönlichkeiten bzw. ihrer Auf-

¹ A. a. O. 39.

² Die Malthussche Bevölkerungslehre, im Handwörterbuch der Staatswissenschaften II² 741 ff.; II³ 964 ff.

³ Man vgl. aber Marlo selbst: Untersuchungen über die Organisation der Arbeit oder System der Weltökonomie IV² (1886) 65 ff.

⁴ H. Soetbeer, Die Stellung der Sozialisten zur Malthusschen Bevölkerungslehre (1886); vgl. auch M. Schippel, Das moderne Elend und die moderne Übervölkerung (1888).

⁵ Theory of Population, in der Westminster Review I (1852) 468 ff., und in A System of Philosophy II: Principles of Biology² (1867).

⁶ Über die Bevölkerung, im „Kosmos“ II (1885) 123 ff. R. Trall, Eine neue Bevölkerungstheorie (1877) deckt sich mit Spencers Theory of Population. Auch E. Reich, Die Fortpflanzung und Vermehrung des Menschen usw. (1880) folgt Spencer.

⁷ Talquist urteilte, daß die Wohlhabenheit die Zeugungskraft vermindere. Thomas Doubleday (The True Law of Population³ [1853]) glaubte beweisen zu können, daß die menschliche Fruchtbarkeit im umgekehrten Verhältnis zur Nahrung stehe. Mangelhafte Nahrung rege die Vermehrung an, gute Nahrung halte sie auf. Die Beispiele die er aus dem Tierleben anführt, beziehen sich jedoch auf krankhafte Zustände.

fassung enthalten mag, dürfte er nicht auf jeden der genannten Autoren und alle ihre Aufstellungen mit gleichem Rechte Anwendung finden

Nachdem Carey der Malthusschen Theorie gedacht hat, wirft er die Frage auf: „Ist es möglich, daß der Schöpfer so sehr mit sich selbst in Widerspruch geriet? Ist es möglich, daß er, nachdem er in der ganzen materiellen Welt ein System eingerichtet hatte, dessen Teile in der vollkommensten Harmonie untereinander stehen, daß er dann den Menschen, den Herrn von allem, Gesetzen unterworfen hat, die eine allgemeine Disharmonie erzeugen müssen? Ist es möglich, daß, nachdem er dem Menschen alle Eigenschaften verliehen hat, die zur Ergreifung der Herrschaft über die Natur notwendig sind, es auch in seinem Plane gelegen war, denselben Menschen Gesetzen zu unterwerfen, kraft deren er Sklave der Natur werden muß?“ Er meint, mit den Fortschritten der Kultur vermehrten sich die Kräfte, um Nahrungsvorräte zu beschaffen; es würde anderseits der Bedarf an Nahrungsmitteln abnehmen, da vervollkommnete Arbeitsmittel die Vergeudung der Muskelkraft verhindern würden; zugleich müsse die Tendenz zur Vermehrung der Zahl langsam, aber sicher sinken

Fr. List wies in dem „Nationalen System der politischen Ökonomie“ nachdrücklich darauf hin, daß die Fruchtbarkeit des Menschen nicht bloß von dem Nahrungsspielraume, sondern von sehr verschiedenen Faktoren abhängt, daß ein Land um so wohlhabender sei, je dichter seine Bevölkerung. Töricht müsse es erscheinen, von einem Mißverhältnis zwischen Bevölkerungszunahme und Subsistenzmitteln zu sprechen, solange noch auf dem Erdball eine Menge von Naturkräften tot daliegen, wodurch zehnt- und vielleicht hundertmal mehr Menschen, als jetzt lebten, ernährt werden könnten. Wer vermöge ferner den Erfindungen und Verbesserungen Schranken zu setzen? Noch stehe die Agrikulturchemie in ihren Anfängen; könnte denn nicht durch neue Entdeckungen die Ertragsfähigkeit des Bodens auf das Fünf- und Zehnfache gesteigert werden? Malthus' Lehre richte sich gegen einen Trieb, dem das menschliche Geschlecht den größten Teil seiner Fortschritte zu verdanken habe. Sie wolle den herzlosen Egoismus zum Gesetze erheben¹. Heute sollten wir dem Verhungerten das Almosen vorenthalten, damit nicht in dreißig Jahren ein anderer statt seiner verhungern müsse. Das heiße, einen Kalkül an die Stelle des Mitgefühls setzen. Jeder Wirtschaftszustand habe eine bestimmte Fassungskraft für Bevölkerung. Diese Fassungskraft werde gesteigert und erweitert durch den Fortschritt zur höheren Wirtschaftsform. Der Agrikulturstand könne mehr Menschen ernähren als der Hirtenstand, der Agrikulturmanufakturstand mehr als der Agrikulturstand usw. Die immer möglichen Verbesserungen in der Organisation der produktiven Mittel könne die Furcht vor Übervölkerung beseitigen. E. Dühring nennt diese Lehre vom „Gesetz der Bevölkerungskapazität“ einen „glänzenden Gedanken, der unvergleichlich weiter trage als alle Bemühungen Malthusscher Art“².

Der bekannte Statistiker E. Engel ist der Ansicht³, daß Malthus' Lehren „in direktem Widerspruch mit den übrigen Schöpfungsgesetzen und der Erfahrung

¹ In seinen *Principles of Social Science*.

² Über den „Plan zur allmählichen Abschaffung der Armengesetze“ vgl. Malthus, *Essay book 4, chap. 8 ff.*, übersetzt von Stöpel 685 ff.

³ *Geschichte der Nationalökonomie und des Sozialismus*³ (1879) 353 f.

⁴ *Zeitschrift des Statistischen Bureaus des Königlich Sächsischen Ministeriums des Innern* 1855, 141 ff.

selbst“ stehen. Aus den Vorteilen gerade größerer Dichtigkeit der Bevölkerung (Arbeitsteilung, Markt) glaubt er als wahres Gesetz der Bevölkerung den Satz ableiten zu dürfen: „Die Bevölkerung ist überall im Gleichgewicht mit den Subsistenzmitteln.“¹

Zu den Gegnern der Malthusschen Lehre gehören ferner Thiers, Wolowski, Blanqui, Bertheau, Leroy-Beaulieu, Toussaint, Loud, Mangin, Antoine, Devas, Perin, Schrijvers, Ratzinger, Liberatore, Romagnosi, E. Seligmann, F. Oppenheimer, F. Eulenburg, H. Herkner, K. Fuchs, L. Pohle, K. Diel u. a. „Optimisten“ sind diese Schriftsteller wohl kaum, sondern meist recht solide und ruhig² argumentierende Gelehrte. Wir wollen einige Gedanken aus den Darlegungen der genannten Autoren hervorheben, die zur Klärung der uns beschäftigenden Frage geeignet erscheinen.

„Wahrhaftig“, sagt Romagnosi³, „es hat nicht vieles Witzes noch vieles Herumlaufens bedurft, um zu sagen, daß man, wenn die Speise fehlt, sterben müsse, und daß nur diejenigen am Leben blieben, welche Speise hätten; aber ich kann nicht begreifen, wie man im allgemeinen behaupten kann, die Natur sei so unvorsichtig gewesen, eine Übereinstimmung zwischen menschlichem Leben und den Nahrungsmitteln nicht herzustellen. Ich begreife es ganz gut, daß die in ein Fahrzeug zusammengedrängten Leute, denen, fern von jedem Lande, der Schiffszwieback ausgeht, sterben müssen; aber ich begreife nicht, warum die menschliche Rasse, die von Ackerbau, Jagd, Viehzucht lebt, die Getreide auch aus Afrika und Amerika herbeischaffen kann, die ihre Produkte mit allen Völkern gegen Waren austauscht, und die dorthin übersiedeln kann, wo Nahrungsmittel zu finden sind, — ich begreife nicht, warum eine solche Bevölkerung wegen ihres Wachstums die Pest herbeisehnen soll oder die Armen zu einem gezwungenen Zölibat verurteilen muß.“

Liberatore bemerkt⁴: „Das, was fehlt, sind nicht die Produkte der Erde, sondern ihre gerechte Verteilung. Die Lebensmittel finden sich im Überfluß auf dem Markte; vielen jedoch fehlt das Geld, um sich dieselben anzuschaffen. Man lenke also seine Gedanken auf eine ehrliche Verteilung der Güter, auf eine gerechte Bemessung der Arbeitslöhne, anstatt über unbegründete Theorien zu träumen und unnatürliche grausame Heilmittel vorzuschlagen.“ Es bleibt eben eine Grundfrage, die im Streite um Malthus immer wiederkehrt: ist die Natur oder sind die gesellschaftlichen Institutionen und Zustände⁵ Ur-

¹ Ebd. 1885, 148.

² Oppenheimer (Das Bevölkerungsgesetz des T. R. Malthus und der neueren Nationalökonomie [1901]) urteilt nicht ohne Schärfe. Ihm ist das Bevölkerungsgesetz die „Ausgeburst einer verrenkten Logik“ usw. Eulenburg (Deutsche Literaturzeitung vom 24. August 1901, 2150 ff.) nennt Malthus den „unbedeutendsten Klassiker“. Immerhin also doch noch „Klassiker“! Vgl. auch Fr. Fetter, Versuch einer Bevölkerungslehre etc., in Conrads Sammlung nationalökonomischer Abhandlungen IX, Heft 4 (1894) 40.

³ *Economia politica e statistica civile* VI 1, bei Liberatore, Grundsätze der Volkswirtschaft, aus dem Italienischen von Graf v. Kuefstein (1891) 130.

⁴ Grundsätze der Volkswirtschaft 132.

⁵ Marcuse (Der eheliche Präventivverkehr [1917]) unterschätzt den Einfluß der heutigen Wohnungsverhältnisse auf das Streben nach künstlicher Kleinerhaltung der Familie.

sache des Elendes, — dieselbe Frage, die Malthus den Anlaß gab zur Abfassung des Essays.

Devas-Kämpfe¹ bestreitet nicht, daß Malthus in manchen Punkten, wenn auch nicht in der Hauptsache, recht hatte. Darin habe er jedenfalls gefehlt, „daß er die Tatsache, daß in gewissen Ländern und in gewissen Zeiten eine Übervölkerung faktisch stattfindet, unter dem Eindrucke der Leiden, welche die damals in England wirklich vorhandene Übervölkerung verursachte, fälschlich generalisierte und auch da an Übervölkerung glaubte, wo nur eine schlechte Verteilung des Volkseinkommens herrschte.“² Es ist nach Devas-Kämpfe ein Fehler der Malthusschen Theorie, daß in ihr „die Übervölkerung nicht mehr als etwas Mögliches, sondern als etwas Bestehendes, ja als die hauptsächlichste Quelle der Leiden angesehen werde, obgleich dem in Wahrheit in der Regel durchaus nicht so war...“³ „Diese Theorie geht von der Behauptung aus, daß der in vielen Gegenden herrschende Pauperismus größtenteils die Folge der Übervölkerung ist, und daß es demnach nur ein Mittel dagegen gibt, die Verminderung der Menschenzahl oder die Beschränkung der Volkszunahme. Die Anhänger dieser Ansicht sind demnach davon überzeugt, daß die Übervölkerung ein schon vorhandenes Übel sei. Mit der Richtigkeit oder Irrtümlichkeit dieser Behauptung steht und fällt ihr ganzes System. Sie sind alle darin einig, daß die Menschen die Neigung haben, sich schneller zu vermehren, als die für die Existenz einer stärkeren Bevölkerungszahl benötigten Unterhaltungsmittel anwachsen. Es ist nicht schwer, die Grundlosigkeit dieser Befürchtungen darzutun; Malthus gibt sich alle nur erdenkliche Mühe, um zu beweisen, daß alle Völker, von denen wir wissen, so fruchtbar sind, daß ihre Bevölkerungszahl rapid und ständig zugenommen haben würde, wenn nicht Not, Krieg und Kindermord ihre Gegenwirkungen geäußert oder die späten Eheschließungen und Ehelosigkeit vieler vorbeugend gewirkt hätten. Aber er beweist nicht, daß diese die Bevölkerungszunahme verhindernden oder langsamer gestaltenden Einflüsse der Bevölkerungszunahme zuzuschreiben sind oder sie zu verhindern bestimmt waren.“⁴ Es war aber zu beweisen, nicht daß etwas hätte der Fall sein können, sondern daß es wirklich der Fall war. Auch tut es nichts zur Sache, daß in einzelnen Fällen wirklich

¹ Grundsätze der Volkswirtschaftslehre (1896) 129 ff.

² Beachtenswert ist auch die Bemerkung: „Weil die Gegner des Malthusianismus, statt das Wesen des Gesetzes der verminderten Einträglichkeit (des abnehmenden Bodenertrages) zu erklären, und anstatt zu erörtern, wie dasselbe mit dem andern Gesetze der zunehmenden Einträglichkeit zusammenhängt, und welche Verbindung zwischen ihm und der Auswanderung sowohl als dem industriellen Fortschritt besteht, jenes Gesetz einfach leugneten, wie das Carey, Bastiat und Henry George taten, so bestärkten sie die Anhänger der Maltusschen Schule in ihrem Irrtum, statt sie zu bekehren.“

³ A. a. O. 130.

⁴ Der Tod hat nicht in der Bevölkerungszunahme, sondern in der menschlichen Natur seinen Grund. Kriege führen sich auch nicht immer auf Zunahme der Bevölkerung zurück. Wenn mehr Menschen da sind, dann werden natürlich auch mehr Menschen sterben, dann wird es auch mehr Laster geben, da mit der Zahl der Menschen sich die Zahl der schlechten Menschen vermehren kann. Es gibt viel Elend, Not, Entartung, die nicht gerade aus der Bevölkerungszunahme sich erklären, obwohl diese ja freilich auch den Anlaß zu Not und Laster bieten kann.

der Pauperismus auf Rechnung der Übervölkerung zu setzen ist. Es ist das namentlich auf kleinen Inseln und in abgelegenen Tälern, wo sich die Einwohner nicht zur Auswanderung entschließen wollten oder konnten, in der Tat der Fall. Damit ist aber durchaus nicht bewiesen, daß das in ganzen großen Ländern, z. B. in gewissen Gegenden Italiens oder Indiens, herrschende Elend auf Rechnung einer zu zahlreichen Bevölkerungszahl zu setzen ist. Tatsächlich sind in den meisten der Länder, welche von Malthus und den Malthusianern der Neuzeit als übervölkert bezeichnet werden, zahlreiche andere Ursachen des Elends und des Lasters vorhanden, indem dort menschliche Ungerechtigkeit, Gewalttat und Korruption ihre Verheerungen anrichten. Wenn sich diese unheilvollen Einflüsse nicht geltend machten, würden die vorhandenen natürlichen Hilfsmittel dieser Länder vollkommen ausreichen, um der jetzigen Einwohnerzahl reichlichen Unterhalt zu gewähren.“

„Zur Stütze seiner These“, sagt Ch. Antoine¹, „beruft sich Malthus auf Nordamerika als Beispiel; dort hat sich die Bevölkerung mehr als einmal verdoppelt in weniger denn fünfundzwanzig Jahren; auch wird hingewiesen auf die so schnelle Zunahme der Bevölkerung in Australien. Allein diese beiden Beispiele sind ohne Wert für die These. In jenen Ländern ist die Bevölkerung in der Tat durch die Einwanderer und deren Kinder gewachsen; es hat aber auch die Bevölkerung der Produktion der Unterhaltsmittel eine gewaltige Ausdehnung zu geben verstanden. Malthus scheint vergessen zu haben, daß ein Volk nicht allein von den durch den eigenen Boden erzeugten Nahrungsmitteln lebt; es ernährt sich ebenfalls zu einem großen Teil mittels der durch Tausch erreichbaren Produkte. Was ist demnach erforderlich, damit die Unterhaltsmittel ausreichen für die Bevölkerung? Ein Dreifaches: 1. daß genügend kulturfähigen Bodens vorhanden sei; 2. daß die Fruchtbarkeit dieses Bodens die entsprechende Höhe gewinne; 3. daß die Verkehrsmittel in fortschreitender Entwicklung den Verkehr erleichtern.“ Diese Bedingungen aber können alle erfüllt werden: „In der Tat, was fehlt, das sind nicht die Produkte der Erde, sondern deren richtige Verteilung.“

In einer Besprechung der „Festgaben für A. Wagner“² meint L. Pohle, daß Malthus insofern allerdings sogar als „Optimist“ gelten dürfe, als er annahm, daß mit zunehmender Kultur und Wohlhabenheit wenigstens für die Zukunft dem Menschen die Kraft werde, seine Triebe durch die Vernunft zu zügeln, auf daß die verhängnisvollen Wirkungen jenes Gesetzes, unter dessen Herrschaft das Menschengeschlecht bisher angeblich gestanden, hinwegfallen würden. Aber er widerspricht Dietzel in bezug auf die Richtigkeit des Malthusschen Bevölkerungsprinzips mit Rücksicht auf das, was als Kern dieses Gesetzes zu gelten habe. Das Gesetz besagt in der kurzen Formulierung, die Oppenheimer ihm gibt, und die von Dietzel als richtig anerkannt wird³: „Die Bevölkerung jedes vollbesetzten Landes preßte bisher und preßt heute noch, von zeitweiligen Erleichterungen abgesehen, auf die Dauer hart gegen ihren Nahrungsspielraum, wo nicht etwa moralische Selbstbeschränkung die Zuwachsrate in genügendem Maße

¹ Cours d'Économie Sociale⁴ (1908) 635 f.

² Schmollers Jahrbuch XXX (1906) 1. Heft, 327 ff.

³ Festgaben 21. Vgl. auch Oppenheimer: „Zum Malthus-Problem“ im Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik XXXV (1912) 528 ff. Dazu Budges Antikritik, ebd. XXXVII (1913) 930 ff.

verminderte oder vermindert. War oder ist das nicht der Fall, so vernichteten oder vernichten Not und Laster die überschießende Volksmenge. Und für die Zukunft ist gleichfalls das Verschwinden von Not und Laster nur von einer ausreichenden Wirksamkeit der moralischen Selbstbeschränkung zu erwarten.“ Dietzel sieht nun den „Kern“ des Gesetzes in der Behauptung, daß Volksvermehrung, solange ein gewisser Dichtigkeitsgrad der Bevölkerung noch nicht erreicht sei, als „Wohlstandsursache“, sobald dieser Grad überschritten sei, als „Elendsursache“ wirke. Pohle dagegen legt den Kernpunkt des Gesetzes darin, daß für vollbesetzte Länder, soweit nicht die Stimme der Vernunft sich Gehör verschafft, Not und Elend in gewissem Umfange für notwendig erklärt werden, um den über das eigentlich erlaubte Maß hinausgehenden Bevölkerungszuwachs wieder zu vernichten. Nach Malthus habe „im ganzen bisherigen Verlauf der Menschheitsgeschichte die Bevölkerung im allgemeinen immer die Tendenz gehabt, sich schneller zu vermehren, als die Unterhaltsmittel zunahmen, und daher waren Not und Elend notwendig, um das Gleichgewicht zwischen Bevölkerung und Subsistenzmitteln wiederherzustellen.“¹ Das sei der Kern der Malthusschen Theorie; diesen „Kern“ aber hält Pohle für unrichtig. Dietzel gibt zu, Malthus habe gelehrt, das Elend der Gegenwart beruhe zu einem großen Teile, den man aber bisher übersehen habe, nicht auf verkehrten menschlichen Einrichtungen, sondern auf den „Gesetzen der Natur und den Trieben der Menschen“. Er bestreitet aber, daß dies den Kern der Theorie bildet. Damit tritt er, nach Pohle, in Gegensatz zu der begründeten Auffassung aller Gegner des Malthusschen Gesetzes. Diese haben eben in jenem Gesetze den Versuch einer Rechtfertigung der Not und des Elendes der Gegenwart erblickt. Ihnen zufolge hat Malthus den Einfluß der sozialen Organisation auf das menschliche Elend zu niedrig, den Einfluß des Bevölkerungsmomentes zu hoch angeschlagen.²

K. J. Fuchs³ charakterisiert Malthus' Lehre in folgender Weise: „Soweit die Bevölkerungsvermehrung nicht gehemmt wird durch das präventive Mittel des ‚moralischen Zwanges‘ oder durch Kriege und Seuchen, ist Elend der Massen die Folge des steten Druckes der Bevölkerung auf die Unterhaltsmittel. Die soziale Frage ist daher für Malthus und seine Anhänger ein Bevölkerungsproblem: das Massenelend besteht mit naturgesetzlicher Notwendigkeit als Folge der Übervölkerung so lange, bis ein Volk in vernünftiger Erkenntnis dieses Zusammenhanges seine Vermehrung auf ein Maß einschränkt, mit dem die Vermehrung der Nahrungsmittel gleichen Schritt halten kann.“ Fuchs bestreitet, daß Malthus in allem Wesentlichen recht habe⁴: „Sehen wir davon ab, daß es sich gar nicht darum zu handeln braucht, die physisch mögliche Bevölkerungsvermehrung wirtschaftlich möglich zu machen, sobald wir den

¹ Pohle in Schmollers Jahrbuch XXX I. Heft, 330.

² Wenn Pohle des weiteren meint, von der Malthusschen Theorie gehöre in die Nationalökonomie nur die Frage, wie sich die Produktivität der Arbeit unter dem Einflusse der Bevölkerungszunahme ändere, so dürfte doch wohl auch speziell der behauptete Zusammenhang zwischen materieller Not und Bevölkerungszunahme die Behandlung der Malthusschen Theorie in der nationalökonomischen Wohlstandslehre rechtfertigen.

³ Volkswirtschaftslehre³ (1905) 133 ff. ⁴ Ebd. 134.

ethischen Maßstab anlegen, daß der Mensch sich vom Tier gerade durch die Fähigkeit, seine Begierden und Triebe zu unterdrücken (zu mäßigen, zu beherrschen), unterscheidet, oder daß man unter ‚physisch möglicher‘ Vermehrung eigentlich nur diejenige Anzahl von Geburten verstehen dürfte, die ohne Schädigung der Gesundheit von Mutter und Kind möglich ist — d. h. nach den heutigen Forderungen der Mediziner mit Pausen von zwei bis drei Jahren —, so müssen wir zunächst sagen: Das mögliche Maximum der natürlichen Bevölkerungsvermehrung kennen wir nicht, denn sie hat nie ohne Hemmnisse stattgefunden, auch nicht in den Vereinigten Staaten, wo zu Malthus Zeit, ebenso wie noch heute, die schnellste Zunahme erfolgte. Wir kennen sie also einfach nicht, und Berechnungen — wie die, daß sie ca. 2% betragen würde, wenn jedes Ehepaar zwischen 20 und 50 Jahren alle zwei Jahre ein Kind bekäme, bei mäßiger Sterblichkeit — haben wenig Wert. Richtig ist, daß sie nicht stattfindet, und richtig, aber ein Gemeinplatz ist auch, daß die Nahrungsmittel die oberste Grenze für die mögliche Bevölkerung sind, über die hinaus sie sich nicht vermehren kann; allein die Frage ist: Stößt sie sich wirklich immer an dieser Grenze, geht sie wirklich immer bis zu ihr, sind also wirklich die Nahrungsmittel der Regulator der Bevölkerungsbewegung, oder sind es andere und welche wirtschaftlichen, sozialen, physiologischen oder psychologischen Faktoren? Diese Frage läßt sich nun aber gar nicht für die ganze Erde beantworten, sondern immer nur für ein Land, eine Volkswirtschaft. So beschränkt ist die Bevölkerungsfrage dann entweder eine zeitweilige, anormale, oder eine dauernde, normale. Es kann nämlich allerdings entweder in dem ganzen Land oder in einem Teil davon zeitweilig die Bevölkerung zu groß sein oder werden, eine nationale oder lokale Übervölkerung eintreten. Das äußert sich dann zunächst immer in Auswanderung oder Binnenwanderung. Aber auch dies hat seinen Grund nicht in einem Mangel an Nahrungsmitteln, kann vielmehr mit einer Erleichterung der nationalen Nahrungsmittelbeschaffung, Sinken der Getreidepreise usw. Hand in Hand gehen, ja sogar dadurch hervorgerufen worden sein, wenn z. B. auswärtige landwirtschaftliche Konkurrenz die einheimische Landwirtschaft in der bisherigen Betriebsweise unlohnend macht. Das Hauptbeispiel dafür ist Irland, in andern Ländern gilt das gleiche, wenigstens lokal, in den vorwiegend agrarischen Landes teilen, und führt zu der modernen ‚Flucht vom Lande‘. Denn in der modernen Volkswirtschaft, dem ‚Industriestaat‘, sind es ja in der Regel schon lange nicht mehr die im eigenen Lande erzeugten Nahrungsmittel, sondern außerdem auch die durch den auswärtigen Handel von außen beschafften, die für die Ernährung der Bevölkerung in Betracht kommen. Darum ist auch die Malthussche Lehre nicht durch das in der Hauptsache als richtig anerkannte ‚Gesetz des abnehmenden Bodenertrages‘ zu stützen, solange noch auf der Erde immer wieder jungfräulicher Boden besiedelt wird — und das ist noch auf lange hinaus der Fall —, dessen Ertrag durch den Welthandel für die alten Kulturländer ebenso in Betracht kommt wie der ihres eigenen Bodens. Wenn hier eine nationale oder partielle Übervölkerung eintritt, ist der Grund daher auch nicht Mangel an Nahrungsmitteln, sondern, wie Helfferich hervorhebt, Mangel an Arbeitsgelegenheit und daher bei längerer Dauer dieses Zustandes auch an Mitteln, die vielleicht reichlicher zu

¹ Die Malthussche Bevölkerungslehre und der moderne Industriestaat, in Beilage zur Allgemeinen Zeitung 1890.

Gebote stehenden Nahrungsmittel zu kaufen, also Mangel an Kaufkraft bei den Massen. Daher liegt die Abhilfe in diesem Fall . . . einerseits in der Erhaltung der einheimischen Landwirtschaft und der Förderung der industriellen Entwicklung, also Vermehrung der Arbeitsgelegenheit im Lande; anderseits . . . in der Steigerung der Kaufkraft der arbeitenden Klasse durch Erhöhung ihres Anteils am nationalen Produktionsertrag, also in der Hebung der unteren Klassen durch soziale Reformen.“

Vernehmen wir zum Schluß noch das Urteil K. Diehls in unserer Frage¹. Wenn behauptet wurde, Malthus habe in allem Wesentlichen recht, so sagt Diehl: „Ich möchte demgegenüber ebenso bestimmt sagen: Robert Malthus hat im wesentlichen unrecht.“ Er hat recht mit seiner Ansicht, daß zu seiner Zeit durch zu starke Volksvermehrung vielfach üble Folgen gezeitigt wurden (schlechte Kinderernährung und -erziehung). Er hat recht gegenüber der oft gehörten Behauptung, „daß ein Bevölkerungsproblem überhaupt nicht existiere, da für jeden auch nur denkbaren Bevölkerungszuwachs infolge der durch die vermehrte Menschenzahl vergrößerten Produktionskraft auch leicht immer neue Nahrungsmittel zu beschaffen seien“ usw. Aber im wesentlichen hat er unrecht: „Es gibt überhaupt nicht ein Bevölkerungsprinzip, nicht ein Bevölkerungsgesetz, sondern nur zahlreiche Tendenzen der Bevölkerungsbewegung, die sehr verschieden sind nach der Rechtsordnung des betreffenden Volkes, nach natürlichen, kulturellen, nationalen Eigentümlichkeiten der einzelnen Völker; und ebenso sind diese Tendenzen wieder verschieden in den einzelnen Schichten des Volkes. Je nach der Art der Regelung der Privateigentumsordnung im allgemeinen, ob Individual- oder Kollektiveigentum an den Produktionsmitteln, je nach der Grundeigentumsverfassung, je nach der Ehe-, Gewerbe-, Arbeiterschutzgesetzgebung werden sehr verschiedene Tendenzen in der Bevölkerungsbewegung ausgelöst. Hier einfach in der Art von Malthus auf die eine Seite eine rein physiologische Größe, nämlich die natürliche Vermehrungsmöglichkeit, auf die andere eine auch annähernd nicht bestimmbare Größe, nämlich die mögliche Vermehrung der Nahrungsmittel, zu setzen und daraus die weitestgehenden Schlüsse zu ziehen, muß zu theoretischen Irrungen führen. Über die sog. ‚Bevölkerungstendenz‘ läßt sich überhaupt nichts Allgemeingültiges sagen; denn die rein physiologische Vermehrungsmöglichkeit kommt für die Sozialwissenschaft gar nicht in Frage, da wir es hier mit Menschengruppen zu tun haben, die nicht auf ihre physische Fortpflanzungsmöglichkeit zu untersuchen sind, sondern durch eine äußerliche Regelung zusammengehalten werden; infolgedessen müssen alle möglichen andern Faktoren mitberücksichtigt werden; es kommt alles auf die konkreten Tatbestände an — von einem ‚Naturgesetz‘ kann nicht die Rede sein.“

Wir dürften kaum imstande sein, bessere Gründe zur Widerlegung der Malthusschen Bevölkerungstheorie aufzuführen, als uns hier schon geboten wurden. Dennoch werden vielleicht noch einige Worte der Erläuterung und Bestärkung des Gesagten willkommen sein.

¹ Sozialwissenschaftliche Erläuterungen zu David Ricardos Grundgesetzen der Volkswirtschaft und Besteuerung² 2. Teil (1905), 62 ff. Vgl. auch Diehls Theoretische Nationalökonomie I (1916) zu Malthus, Bevölkerungsproblem, Bevölkerungsprinzip, Bevölkerungsgesetz.

119. Kritik der Malthusschen Bevölkerungstheorie. Bevor wir in die Kritik eintreten, eine kurze *Vorbemerkung*.

Auf den moralischen und religiösen Charakter Malthus' fällt aus seiner Lehre nicht der mindeste Schatten. Mit dem „Neo-Malthusianismus“ oder den auch schlechthin als „Malthusianismus“ bezeichneten Verirrungen hat Robert Malthus direkt nichts zu schaffen. Er sagt¹: „Ich habe das Bevölkerungsgesetz stets als ein Gesetz betrachtet, das einem Leben der Zucht und der Prüfung besonders entspricht. . . . Da jeder einzelne die für ihn selbst und für die Gesellschaft aus dem Bevölkerungsgesetz entspringenden Übel durch die Übung einer ihm durch die Vernunft diktierten und durch die geoffenbarte Religion geheiligten Tugend vermeiden kann, so muß man gestehen, daß die Wege Gottes mit Bezug auf dieses große Naturgesetz vollständig gerechtfertigt sind.“

Mit Unrecht ferner ist Malthus vorgeworfen worden, er habe „die herrschenden Klassen echt pfäffisch idolatriert“ und deren Interessen einseitig gedient (Marx). Allerdings hat Malthus den sozialistischen Gleichheitssystemen seiner Zeit entgegentreten wollen. Mag er in der Art und Weise dabei gefehlt haben, die Absicht war ehrlich auf das Wohl des Volkes und insbesondere der unteren Klassen desselben gerichtet².

Malthus zählt schließlich mit Recht zu den „klassischen“ Nationalökonomien. Die Vertreter unserer Wissenschaft werden stets seine Verdienste rückhaltlos anerkennen dürfen, auch wenn sie seinen Standpunkt nicht in allem teilen³.

Nun noch einmal kurz die Lehre! Als positive und negative Bedingungen der Bevölkerungszunahme bezeichnet Malthus 1. den Fortpflanzungstrieb; 2. die durch die Bewirtschaftung des Bodens gewährte Ernährungsmöglichkeit; 3. die Hemmungen der Fortpflanzung, teils durch moralische Selbstbeschränkung, teils durch Laster und Elend. Sieht man von andern äußeren Einflüssen — so von Einfuhr und Wanderung ab — ab, dann ergibt sich aus diesen drei Komponenten die Bevölkerungsgröße. Die positiven Bedingungen (Fortpflanzungstrieb und

¹ Anhang zum Essay (bei Stöpel 840 f.); vgl. auch (bei Stöpel) Anm. zu S. 14. Auch jene hervorragenden Nationalökonomien, wie Ad. Wagner, Elster usw., die Malthus im wesentlichen recht geben, stehen dem Neo-Malthusianismus durchaus fern. Man vgl. zum Beispiel, was Wagner urteilt über die „von einem Doktor der Medizin“ (zuerst 1854) in England erschienene Schrift, die sich mit dem Bevölkerungsproblem im neo-malthusianischen Sinne beschäftigt: Wagner, *Grundlegung* I^a 2 (1892), 462.

² Vgl. Dietzel, *Festgaben für Adolf Wagner* 23, auch Anm. 1.

³ Sismondi (*Neue Grundsätze der politischen Ökonomie oder Der Reichtum in seinen Beziehungen zu der Bevölkerung*. Übersetzt von Robert Prager II [1902] 206) nennt Malthus einen Mann, „der mit hervorragendem Geiste ein gewissenhaftes Studium der Tatsachen verbindet, und den eine glühende Menschenliebe zu seinen Untersuchungen veranlaßt hat“. Sismondi stimmt Malthus' Prinzip nicht bei; vgl. ebd. 207 ff.

Ernährungsmöglichkeit) sind die primären Bedingungen der Bevölkerungszunahme, die negativen sind sekundäre Bedingungen¹. Diese letzteren (die sekundären Bedingungen) werden deshalb notwendig, weil die Fortpflanzung der menschlichen Gattung einerseits, das Wachstum der Unterhaltsmittel durch die Kultur des Bodens anderseits nicht gleichen Schritt miteinander halten können. Die erstere hat eine stärkere Wachstumstendenz als die Zunahme der Unterhaltsmittel (The power of population is indefinitely greater than the power in the earth to produce subsistence for man)². Oder: es besteht „a constant tendency in all animated life to increase beyond the nourishment prepared for it“³. Mag auch das Produkt der Erde jedes Jahr steigen, ohne Hemmungen wird die Bevölkerung noch rascher wachsen; sie hat die Macht (power) und die Tendenz (tendency), sich schneller zu vermehren, als das Produkt der Erde (the produce of the earth) vermehrt werden kann, — selbst „unter den günstigsten Verhältnissen des menschlichen Fleißes“⁴, unter „den günstigsten Kulturbedingungen“⁵. Die Produktion der Erde „kann in Ewigkeit zunehmen und größer sein als irgendeine ausdrückbare Menge; da jedoch die Kraft der Volksvermehrung in jeder Periode so weit überlegen ist, so kann die Vermehrung des Menschengeschlechts nur durch die beständige Wirksamkeit des als Hemmung auf jene überlegene Kraft wirkenden harten Gesetzes der Not auf dem Niveau der Unterhaltsmittel erhalten werden.“⁶ Also Elend ist notwendig, wenn nicht die Furcht vor dem Elend zur Selbstbeschränkung in Malthus' Sinne führt. Das Gleichgewicht zwischen Subsistenzmitteln und Volkszahl wird tatsächlich unbedingt hergestellt, da ohne Nahrung der Mensch nicht leben kann. Im günstigen Falle wird es hergestellt durch das vorbauende moralische Hemmnis; falls dieses nicht zureicht, durch Elend und Laster als repressive Checks.

Was ist nun das Wesentliche der Malthusschen Lehre?

Nach Malthus besteht im Menschen eine positive natürliche Tendenz (nicht bloß eine abstrakte Möglichkeit) der Vermehrung über die Ernährungsmöglichkeit hinaus, und darum bedarf es künstlicher Hemmung der Vermehrung durch die erwähnten Checks.

Ohne Zweifel gibt es im Menschen einen Naturtrieb, welcher der Erhaltung der Art dient, der auch so stark wirkt, daß die Erhaltung der Art tatsächlich erreicht wird. Es handelt sich dabei nicht um ein mechanisches Naturgesetz, nicht um eine starre Nötigung, welche die menschliche Freiheit völlig ausschliesse, sondern um einen spontanen Antriebe, der aber eine größere oder geringere Konstanz und Allgemeinheit des menschlichen Handelns erzeugt.

¹ Vgl. Wundt, Logik II: Methodenlehre², 2. Abt. (1895), 617 ff.

² Essay, 1. Aufl., 13.

³ Ebd., 2. Aufl., 2.

⁴ Ebd. (bei Stöpel) 4.

⁵ Ebd. 8.

⁶ Ebd. 10.

Malthus hält eine Korrektur der natürlichen Vermehrungstendenz durch Vernunft und freien Willensentschluß (*moral restraint*) für möglich. Das Wort „principle“, das sich im Titel des Malthusschen Werkes findet, ist in der ökonomischen Literatur der ältere Ausdruck, der fast gleichbedeutend mit dem später üblicheren *law, rule, general rule, tendency* gebraucht wurde und so im allgemeinen eine gewisse Gleichförmigkeit bezeichnete. Nach Bonar¹ war Ricardo der erste, der in der englischen Wirtschaftswissenschaft das Wort „law“ für „principle“ anwendete. Wenn auch der eigentlichen Bedeutung nach „principle“ Grundsatz, Grundursache, Urkraft u. dgl. bezeichnet, so ist damit schon eine gewisse Beziehung zum „Gleichförmigen“ gegeben. Wer „on principle“ (grundsätzlich) handelt, wird eben durch den Grundsatz stets in den gleichen Bahnen gehalten. Grundursachen und Urkräfte ferner wirken nicht verschieden, nach Laune. Eben wegen jener Synonymität der Ausdrücke „principle“, „law“, „rule“, „tendency“ glaubt F. Lifschitz² schließen zu können, daß auch in Ricardos *Principles* das Wort „law“ kein Naturgesetz im strengsten Sinne bedeuten könne³.

1. Daß nun der Geschlechtstrieb, wenn er ungeregelt wirkt, Individuen, Familien, ganze Klassen in Not bringen kann, steht außer Frage; somit auch die Notwendigkeit wirtschaftlicher Vorsicht, der Überlegung vor dem Eheschluß, ob begründete Hoffnung vorhanden sei, eine Familie zu ernähren! Das alles bildet einen Teil der Malthusschen Lehre, wohl auch einen wesentlichen Teil derselben, so daß man es verstehen kann, wie hervorragende Gelehrte behaupteten, Malthus habe „im wesentlichen“ recht. Dennoch ist mit jenen Wahrheiten nicht die ganze Lehre Malthus' erschöpft, auch nicht die ganze Lehre ihrem wesentlichen Inhalte nach.

2. Daß der Geschlechtstrieb einer Regelung bedürfe, war eine alte und allgemein anerkannte Wahrheit. Charakteristisch für Malthus' Lehre aber ist gerade die Behauptung, daß Elend, Not, Verbrechen deshalb notwendig seien, weil die äußere Natur für eine „ungehemmt“ fortschreitende Bevölkerung die ausreichende Nahrung nicht zu bieten vermöge, und zwar nicht etwa bloß in ferner Zukunft. Das materielle und moralische Elend von Vergangenheit und Gegenwart soll auf diese Weise erklärt und für die Zukunft durch *moral restraint* als ein bisher nicht in dem notwendigen Maße angewendetes Mittel überwunden werden⁴. Damit aber haben wir einen andern wesentlichen Bestandteil der Malthusschen Lehre bezeichnet. Wer hierin von Malthus abweicht, wird auch Bedenken tragen, zu behaupten: Malthus habe in allem „Wesentlichen“ recht.

¹ Der Gebrauch des Ausdrucks „Gesetz“ in der Nationalökonomie, in Zeitschrift für Volkswirtschaft, Sozialpolitik und Verwaltung 1892, 201.

² Conrads Jahrbücher 1907, 321.

³ Vgl. aber Essay (bei Stoppel) 401.

⁴ „Ungehemmt“ (im Sinne Malthus') bezieht sich auf eine Bevölkerung, die den *moral restraint* nicht in dem Maße anwendet, wie Malthus es für die Zukunft wünscht, und die darum durch Elend und Laster reduziert werden muß.

*Mängel und Irrtümer in Malthus' Lehre*¹, soweit sich dieselbe zunächst 1. auf den Fortpflanzungstrieb bezieht. a) Schon die Formulierung der Lehre erregt Bedenken. In der ersten Auflage des „Versuches“ erscheint die natürliche Tendenz zur Fortpflanzung als eine Tendenz, wie sie auch bei Pflanzen und Tieren sich findet. Es ist die animalische Tendenz des Geschlechtstriebes, die als jene Kraft bezeichnet wird, welche die Bevölkerungsvermehrung beherrscht. Die zweite Auflage ändert nichts an dem Charakter dieser „Tendenz“. Es bleibt auch da die triebhafte Tendenz der niederen Menschennatur. Nur erscheint hier unter den sekundären Bedingungen der Bevölkerungszunahme als neues „Hemmnis“ (check) die Wirksamkeit der menschlichen Vernunft. Indem aber das rationale Element der menschlichen Natur in solcher Weise den „Hemmnissen“ eingereicht wird, kommt es hier als die leitende und führende Grundkraft im Menschen nicht zur gebührenden Geltung.

b) Eheschließung und Fortpflanzung sind keine spontanen Akte, keine actus hominis, sondern actus vere humani. Sie gehen vom ganzen Menschen aus. Mag auch für die wissenschaftliche Erkenntnis eine isolierte Betrachtung der triebartigen Tendenz im Menschen ihren Wert bewahren, der Trieb wirkt aber nicht isoliert. Andere Triebe, wie der Selbsterhaltungstrieb, der Vervollkommnungstrieb, vor allem die Vernunft mit mannigfachen Motiven, üben einen modifizierenden Einfluß aus, und zwar nicht bloß auf die aktuelle Betätigung des Triebes, sondern auf die triebhafte Tendenz in sich selbst, die verstärkt und gemäßigt werden kann. Die Vernunft vermag jene Tendenz allerdings nicht zu beseitigen. Sie kann nicht verhindern, daß der Trieb sich regt, aber sie kann ihn beherrschen, regeln, erziehen, wie alle Leidenschaften des Menschen durch seine höheren Kräfte eine dauernde Mäßigung und Regefung erfahren können. Es ist darum nicht richtig, die menschliche Vermehrungstendenz in einer Weise darzustellen, als ob für deren Konstituierung als Kraft lediglich oder wenigstens vornehmlich der animalische Geschlechtstrieb in Betracht komme². Auch da scheint Malthus, um

¹ Wir nehmen das Bevölkerungsprinzip hier, wie Malthus es in den ersten zwei Kapiteln entwickelt und immer wieder, in noch sechs Auflagen, vorgetragen hat. So ist das „Prinzip“ von Anfang an verstanden worden. Nicht bestritten wird, daß im Verlauf des Essays manches Plätzlein und Sätzlein sich findet, welches als eine teilweise Modifikation des in den zwei ersten Kapiteln Gesagten aufgefaßt werden kann.

² „Wer sich überreden läßt, zu meinen, Versagung sei unmöglich oder gefährlich, der wird bald die Erfahrung machen, daß der Trieb durch Nachgiebigkeit gesteigert wird, und endlich wird er an ihm einen harten und despotischen Herrn haben. Es gibt nur einen Weg, sich Freiheit und Ruhe zu verschaffen: der Begierde von vornherein den Meister zu zeigen. Es wäre sehr zu wünschen, daß unsere Mediziner außer auf Medizin sich auch etwas auf den Menschen verstünden; sie würden dann diesem Problem anders gegenüberstehen, als sie es vielfach tun: als Anwälte der Naturtriebe gegen die Sitte“ (Paulsen, Ethik II 280). — Aus einem einzigen Triebe kann man nicht allgemeine Gesetze ableiten, nicht aus dem Eigennutz und nicht aus dem Geschlechts-

das mindeste zu sagen, durch die Formulierung seiner Lehre zu irrtümlicher Auffassung Anlaß zu geben.

e) Der Trieb in sich ist blind, ohne jede direkte Beziehung zur Ernährungsmöglichkeit, ohne positive Begrenzung, abgesehen von physiologischen Bedingungen. So gibt es in der menschlichen Natur tatsächlich ein Element, das im Hinblick auf die Volksvermehrung gefährlich werden könnte. Ist aber darum die menschliche Fortpflanzungstendenz in sich maßlos? Nach unsern bisherigen Ausführungen scheint das ausgeschlossen zu sein. Die Vernunft, die im normalen Menschen den Trieb leitet und mäßigt, wird dabei freilich kaum je den nationalen oder den allgemeinen, weltwirtschaftlichen Nahrungsspielraum ins Auge fassen. Sie hält ab vom leichtsinnigen Eheschluß mit Rücksicht auf die konkreten Erwerbsmöglichkeiten für das einzelne Individuum, die einzelne zu gründende Familie. Wenn das relativ allgemein geschieht, so genügt es auch in der Regel vollkommen, um unter normalen Bedingungen einen Konflikt zwischen Volksvermehrung und nationalem Nahrungsspielraum in größerem Umfange fernzuhalten. Mit welchem Rechte nimmt nun Malthus an, daß im ganzen bisherigen Verlaufe der Geschichte die Tendenz zu einer die Ernährungsmöglichkeit übersteigenden Volksvermehrung mit tatsächlichem Erfolge geherrscht habe; und daß gerade darin die Erklärung für Laster und Elend der Vergangenheit zu suchen sei? Wird damit nicht der „naturhaften“ Kraft des Geschlechtstriebe eine so allgemein siegreiche Gewalt zugeschrieben, wie sie wohl im einzelnen sich findet, aber doch in ihrer Maßlosigkeit als Klassen- und Massenerscheinung auf einen allgemeinen und fortdauernden geistigen und moralischen Tiefstand der Gesellschaft hindeuten würde? Und wie könnte dann Malthus überhaupt noch ernstlich hoffen, daß nun seine Empfehlung des moral restraint und seine sonstigen Vorschläge irgendwelche Besserung für die Zukunft herbeiführen würden?

2. Wenn viele innerhalb einer Gesellschaft beim Eheschluß usw. nur ihren Leidenschaften folgen, dann wächst natürlich das Elend in der Gesellschaft. Allein es folgt auch dann keineswegs, daß dieses Elend daher rührt, weil die vom Triebe Beherrschten mit dem Nahrungsspielraum der Gesellschaft in Konflikt geraten, sondern nur, daß sie beim vorzeitigen Abschluß der Ehe tatsächlich keine Rücksicht nehmen auf ihre individuellen Erwerbsmöglichkeiten. Wo der Nahrungsspielraum der Gesellschaft zu knapp ist, da leidet freilich in weitem Umfang auch die individuelle Erwerbsmöglichkeit. Andererseits können manche, ja viele Familien, ganze Klassen unter Erwerbsschwierigkeiten leiden, während gleichzeitig der nationale Nahrungsspielraum weit genug wäre, um ein

trieb. Der Trieb hat in sich selbst keine Grenzen. Die Regulierung, die der Geschlechtstrieb beim Tiere durch den Instinkt hat, fehlt beim Menschen. Muß man darum annehmen, daß er sich maßlos geltend machen würde, und daß nur die fehlende Ernährungsmöglichkeit Halt gebieten könne?

bedeutend größeres Volk zu erhalten. Die Not der armen Familien führt sich dann vielleicht zum Teil noch auf die Schuld der Individuen, vielleicht aber auch und in noch größerem Maße auf die Mangelhaftigkeit der sozialen Institutionen zurück, die in ungesunder Weise die Erwerbsmöglichkeiten für den einzelnen beschränken oder auch Erwerbsmöglichkeiten sehr prekärer Art — für den einzelnen oder für ganze Klassen — als sichere, konstante Möglichkeiten erscheinen lassen.

Wir haben Malthus zugestanden, daß der Geschlechtstrieb im Menschen einer Mäßigung und Regelung durch die Vernunft bedürfe. Das war der eine „wesentliche“ Bestandteil seiner Lehre. Er behauptete überdies noch, daß die äußere Natur nicht imstande sei, für eine „ungehemmte“ Bevölkerung das erforderliche Quantum von Nahrungsmitteln zu liefern, und daß darin früheres und gegenwärtiges Elend seine Erklärung finde. Wie steht es nun mit diesem Teile seiner Lehre?

a) Drängt in der Tat die Natur zu einem Mißverhältnis zwischen Fortpflanzung und Ernährungsmöglichkeit hin? Nach Malthus halten die beiden primären Bedingungen der Bevölkerungszunahme, die natürliche Vermehrungsfähigkeit und Vermehrungstendenz der Menschen einerseits, das Wachstum der Unterhaltungsmittel andererseits, nicht gleichen Schritt: „Man kann es füglich aussprechen“, sagt er, „daß angesichts des gegenwärtigen Durchschnittszustandes der Erde die Unterhaltungsmittel unter den günstigsten Umständen für den menschlichen Fleiß“ in einem geringeren Verhältnis wachsen, als der natürlichen Vermehrungsmöglichkeit und Vermehrungstendenz der Menschen entspricht¹. England dient dabei einigermassen als Typus „günstiger Kulturbedingungen“².

a) War es aber nicht ein methodischer Fehler, die abstrakte Möglichkeit und Tendenz der menschlichen Vermehrung in Vergleich zu stellen mit der konkreten und wirklichen Vermehrung der animalischen und vegetabilischen Stoffe in Voraussetzung selbst der günstigsten Kulturbedingungen?³ Denn wenn auch diese Bedingungen als vorzüglich erscheinen mögen, so bringt doch ihre Einführung zugleich noch andere Momente mit in den Vergleich hinein, die gegenüber der abstrakten Vermehrungsmöglichkeit der Pflanzen und Tiere eine Verminderung ihres Wachstums in concreto bedeuten. Richtig wäre nur der Vergleich zwischen der abstrakten Möglichkeit einer Vermehrung der Menschen einerseits und der abstrakten Möglichkeit der Vermehrung der Nahrungsstoffe andererseits, also ohne Rücksicht auf einen bestimmten Ort, bestimmte Verhältnisse, bestimmte Kulturbedingungen. Es würde

¹ Essay (bei Stöpel) 9. ² Ebd. 8.

³ Sismondi, Neue Prinzipien II 208, und Wundt, Logik II: Methodenlehre² 2. Abt. (1895).

sich dann zeigen, daß abstrakt gesprochen die Vegetation sich sogar einer viel größeren Vermehrbarkeit erfreut als die Tierwelt und diese wiederum einer größeren als die Menschen.

β) Man wird demgegenüber darauf hinweisen, daß die Vermehrbarkeit der vegetabilischen und animalischen Stoffe nicht allein aus der physischen Beschaffenheit des Getreides und der Tiere sich herleiten lasse, daß sie auch von äußeren Bedingungen, vom Boden, abhängig, und daß die Kräfte des Bodens beschränkt seien. Nichts richtiger als das. Nur darf man dann ebenfalls nicht vergessen, daß in gleicher Weise die Vermehrbarkeit des Menschen in concreto bzw. die wirkliche Vermehrung keineswegs bloß aus der natürlichen Tendenz, dem Geschlechtstrieb, der physiologischen Vermehrungsmöglichkeit ihre Bestimmung erhält, sondern unmittelbar auch durch moralische, psychologische, biologische, historische, gesellschaftliche, wirtschaftliche Faktoren bedingt wird.

γ) Wenn ferner Malthus' Lehre in der von ihm gewählten Formulierung richtig ist, dann besteht nicht nur die abstrakte Möglichkeit einer Differenz zwischen der Volksvermehrung und der Ernährungsmöglichkeit, sondern ein positiver, natürlicher Gegensatz und Widerspruch zwischen beiden, insofern ganz allgemein eine natürliche „Tendenz“ die Vermehrung über die Grenzen der Ernährungsmöglichkeit hinauszutreiben sucht und auch hinaustreiben würde, ohne die bekannten „Hemmungen“ (Selbstbeschränkung bzw. vermehrte Sterblichkeit durch Laster und Elend). Ein solcher Widerspruch zwischen der natürlichen Entwicklungstendenz des Menschengeschlechtes und seiner natürlichen Entwicklungsmöglichkeit erscheint aber sofort als durchaus unwahrscheinlich, ja geradezu als undenkbar. Sehen wir zu, wie die Sache sich tatsächlich verhält¹.

Richtig ist, daß die Kräfte des Bodens erschöpfbar sind, daß dieser Erschöpfbarkeit des Bodens nicht die gleiche Erschöpfbarkeit der Zeugungsfähigkeit entspricht. Richtig ist ferner, wie oben ausgeführt wurde, daß der Geschlechtstrieb für seine Wirksamkeit keine Begrenzung in der Weise in sich selbst trägt, daß hieraus allein schon ein natürlicher Parallelismus zwischen Vermehrungsmöglichkeit und Ernährungsmöglichkeit sich notwendig ergeben müßte.

Man könnte einwenden: die Vermehrung der Menschen bedeutet ja eine Steigerung der nationalen Produktivkräfte. Ohne Zweifel. Allein auch die natürliche Bodenkraft muß berücksichtigt werden, und dieser Naturfaktor ist begrenzt. Die Menschen vermehren sich, aber der Boden vermehrt sich nicht. Die Menschen können sich, absolut genommen, weiter und weiter vermehren, aber die Bodenkraften bleiben erschöpfbar.

Die abstrakte Möglichkeit einer Diskrepanz zwischen Volksvermehrung und Ernährungsmöglichkeit soll darum nicht geleugnet werden. Die abstrakte Möglichkeit kann sodann auch in einzelnen Fällen

¹ Vgl. Wundt, Logik II: Methodenlehre² 2. Abt.

sich verwirklichen. Die natürliche Ordnung enthält eben Elemente, die eine Diskrepanz nicht nur abstrakt als möglich erscheinen lassen, sondern die auch tatsächlich zu einer solchen Diskrepanz führen können. Aber Gefahr der Diskrepanz für den einzelnen Fall ist noch lange nicht allgemeines „Gesetz“ oder „Tendenz“ der menschlichen Natur. In ihrer Totalität betrachtet enthält die natürliche Ordnung auch die Vernunft und die Gesellschaft. Beide, Vernunft und Gesellschaft, gehören zur vollen Naturausstattung des Menschen. Die Naturordnung selbst schließt also neben, außer und über den Elementen, die eine Diskrepanz zwischen Volksvermehrung und Volksernährung als möglich erscheinen lassen und wohl auch in einzelnen Fällen veranlassen können, in sich ebenso Elemente, die jener Diskrepanz entgegenwirken, ohne daß dieses Entgegenwirken als eine mehr oder minder „künstliche“ Hemmung des Naturlaufes erscheint, oder gar Elend, Laster, Krieg (die Herbeiführung einer den natürlichen Lauf der Dinge übersteigenden, erhöhten Sterblichkeit) als „providentielle“ Mittel der Volksbeschränkung zu betrachten wären. Nur eines folgt mit Sicherheit aus all diesen Erwägungen: der hohe Wert der Kultur und der Tugend!

Auch hier zeigt sich die Rückwirkung der ersten Veranlassung zur Abfassung des Essays. Malthus wollte gegenüber den sozialistischen Systemen, die alles Unheil aus Mängeln der sozialen Ordnung abzuleiten versuchten, energisch darauf hinweisen, daß die Natur selbst gewisse „Tendenzen“ in sich schließe, aus denen als „tiefer liegenden Ursachen“¹ Elend und Not in der menschlichen Gesellschaft, insbesondere bei den unteren Klassen, sich herleiteten. So wird seine Aufmerksamkeit abgelenkt von der Kultur, den gesellschaftlichen Faktoren, von dem, was die Gesellschaft in Ausübung ihrer natürlichen Bestimmung für die Ernährung des Volkes zu leisten hat.

Dann wirkte auch noch das Milieu beirrend auf Malthus. Die „empirische“ Philosophie der Aufklärungszeit überschätzte ganz einseitig die Bedeutung der triebhaften Tendenzen für die Leitung des menschlichen Lebens auf Kosten der Vernunft. Die statistischen Ergebnisse über die Bevölkerungszunahme ferner erregten in ihm die Besorgnis einer Übervölkerung der europäischen Kulturländer. Er hatte das Elend der englischen Arbeiterbevölkerung vor Augen, sah aber darin nicht den Spezialfall einer tatsächlichen Diskrepanz zwischen Vermehrung und Ernährungsmöglichkeit, sondern das allgemeine Gesetz, die empirische Regelmäßigkeit.

δ) Wir wollen also, wie gesagt, nicht behaupten, daß zwischen der Vermehrung der Bevölkerung und der Vermehrung der Nahrungsmittel von Natur aus eine Harmonie unmittelbar in concreto hergestellt werde. Diese Harmonie ist bloß eine hypothetische; sie wird am ehesten eintreten, wenn alle Faktoren, die zu der natürlichen Ordnung gehören, die individuellen und sozialen Elemente, der vernünftige, freie Mensch und die Gesellschaft, richtig fungieren. Aber auch dann ist die Harmonie nicht

¹ Essay (bei Stöpel) 424.

absolut für alle Fälle gesichert und überall von tadelloser Vollkommenheit, da ja auch andere natürliche und historische Bedingungen fördernd oder störend sich Geltung verschaffen können.

Man darf und muß die Harmonie zwischen Volksvermehrung und Volksernährung namentlich in ihrer Beziehung zum wirtschaftlichen Fortschritt und als Ergebnis desselben ins Auge fassen. Da nun die beiden Bewegungen der zunehmenden Menschenzahl und des wirtschaftlichen Fortschrittes selbständige Bewegungen sind, so werden immerhin — mag auch die Verdichtung der Bevölkerung als ein Impuls zum Fortschritt wirken — Dissonanzen zwischen der Vermehrung des Volkes und der Steigerung der Ernährungsmöglichkeit nicht unter allen Voraussetzungen und Verhältnissen ausgeschlossen bleiben. Was wir leugnen, ist nur dies: daß jene Dissonanzen allgemeine, durch die Natur verursachte und nur durch die „Hemmungen“ im Sinne der Malthus'schen Lehre zu beseitigen seien.

b) Besteht nach Malthus in allem animalischen Leben die „Tendenz“, sich über die dafür vorhandenen Nahrungsmittel zu vermehren, so kommt es doch auch nach ihm tatsächlich nicht zur absoluten Übervölkerung. Das Gleichgewicht zwischen Menschenzahl und Nahrung wird stets gewahrt. Warum? Ohne Nahrung gibt es eben keine Menschen. „Solange dieses Naturgesetz bleibt“, können „die Hemmungen niemals aufhören, wirksam zu sein“¹. Ihnen, den Hemmungen, wäre also jenes Gleichgewicht zu verdanken.

Wie aber hat Malthus diese für seine Lehre charakteristische und entscheidende Behauptung bewiesen?

a) Wenn wir die Frage aufwerfen: Warum sind die „Hemmungen“ nötig? dann lautet die Antwort: Wegen der Unmöglichkeit eines ebenso schnellen Wachstums des jährlichen Produktes an Nahrungsmitteln, als einer „ungehemmt“ wachsenden Bevölkerung entsprechen würde². Als Grund für diese Unmöglichkeit führt Malthus den Umstand an, daß die „ungehemmte“ Bevölkerung in einer geometrischen, die Subsistenzmittel aber nur in einem arithmetischen Verhältnisse sich vermehren würden: „Es kann zuversichtlich ausgesprochen werden, daß ohne Hemmungen die Bevölkerung sich alle 25 Jahre verdoppelt oder in einem geometrischen Verhältnis zunimmt.“³ „Man kann es füglich aussprechen, daß angesichts des gegenwärtigen Durchschnittszustandes der Erde die Unterhaltungsmittel unter den günstigsten Umständen für den

¹ Essay, Anhang (bei Stöpel) 731.

² Vgl. Cannan, Theories of Production and Distribution 138 ff. Verdopplung in 25 Jahren und Wachstum in geometrischem Verhältnis ist übrigens nicht notwendig dasselbe. Vgl. ebd. 140. Zum Beweis für das Zahlenverhältnis vgl. Essay 1. Aufl. 21—23. Das Zahlenverhältnis der Multiplikation (Verdopplung) und der Addition!

³ Essay 1. Aufl. 14; 2. Aufl. 5; bei Stöpel 6.

menschlichen Fleiß sich nicht schneller als in arithmetischem Verhältnis vermehren können.“¹ Dasselbe mathematisch ausgedrückt: Die menschliche Gattung würde, ungehemmt, sich vermehren „wie die Ziffern 1, 2, 4, 8, 16, 32, 64, 128, 256, die Nahrungsmittel dagegen wie 1, 2, 3, 4, 5, 6, 7, 8, 9. In zwei Jahrhunderten würde die Bevölkerung sich zu den Nahrungsmitteln wie 256:9 verhalten, in drei Jahrhunderten wie 4096:13, und in zwei Jahrtausenden würde die Differenz beinahe unberechenbar sein“².

Es ist zuweilen behauptet worden, Malthus habe auf dieses „geometrische“ und „arithmetische“ Verhältnis in der Vermehrung der Subsistenzmittel bzw. der Menschen kein besonderes Gewicht gelegt³. Das ist nicht richtig. Malthus selbst sagt in dem Anhang zur dritten Auflage des Essays (1806), daß er gerade auf die Verschiedenheit dieses Verhältnisses seine hauptsächlichen Schlußfolgerungen aufgebaut habe: „...the different ratios of increase, on which all principal conclusions are founded.“⁴

In einer Note gleich nachher fügt er hinzu, die geometrische Progression im Wachstum der Bevölkerung habe er durch die amerikanische Volkszunahme als erwiesen angenommen, das arithmetische Verhältnis in der Zunahme der Subsistenzmittel als unmittelbar evident betrachtet: „Proved ... as soon as it was enuntiated.“ Allein schon die Tatsache, daß in den nordamerikanischen Kolonien für eine lange Periode die Bevölkerung in geometrischer Progression zugenommen, eine Tatsache, auf welcher Malthus, nach Cannan⁵, „sein ganzes Werk aufbaut“, schien die Lehre von dem arithmetischen Verhältnis in der Zunahme der Nahrungsmittel unmittelbar als irrig zu erweisen. Denn wenn dort die Bevölkerung in geometrischer Progression sich tatsächlich vermehrte und nicht durch „Hemmungen“ reduziert wurde, dann mußten doch auch die Nahrungsmittel in geometrischer Progression sich tatsächlich vermehrt haben. Die Behauptung, daß die Subsistenzmittel niemals in geometrischer Progression sich vermehren, ließ sich also nicht aufrechterhalten. Malthus gab darum auch in der zweiten Auflage des Essays bereits zu, daß eine solche Vermehrung der Nahrungsmittel „sometimes in new colonies“ (zuweilen in neuen Kolonien) vorgekommen sei; aber er bestreitet, daß für die Zukunft über die ganze Erde hin, „angesichts des gegenwärtigen Durchschnittszustandes der Erde“, eine stärkere Vermehrung als in arithmetischem Verhältnis möglich sein werde.

Heutzutage besteht darüber kein Zweifel mehr, daß Malthus irrte, wenn er unkontrollierbare Faktoren, die in sich unbestimmte Möglichkeit einer ungünstigen Gestaltung des Verhältnisses von Bevölkerung und Lebensmitteln, in eine bestimmte Zahlenformel faßte. Insbesondere wurde Malthus' Lehre von der Steigerung der Ernährungsmöglichkeit in

¹ Essay 2. Aufl. 7; bei Stöpel 9. ² Essay (bei Stöpel) 10.

³ So meint J. St. Mill (Principles book 2, chap. 11), es handle sich dabei um eine gelegentliche Illustration.

⁴ Anhang 10. Wieder abgedruckt in der 8. Aufl. 489.

⁵ Theories of Production and Distribution 140.

der Form einer arithmetischen Progression selbst von den eifrigsten Anhängern des Malthusschen Prinzips als eine willkürliche und durch die tatsächliche Entwicklung widerlegte Annahme preisgegeben. Die Vermehrung der Subsistenzmittel unterliegt keineswegs einem solchen festen Gesetze. Damit ist aber auch ein oder der Hauptbeweis weggefallen, der, wenn er richtig gewesen, allerdings mit voller Klarheit die Notwendigkeit der „Hemmungen“ gezeigt hätte, weil die Subsistenzmittel nicht so rasch zunehmen können, wie eine „ungehemmte“ Bevölkerung wächst.

War dieser Hauptbeweis der einzige Beweis, über den Malthus verfügte?

β) „With every mouth God sends a pair of hands“ (Den einen Mund begleiten stets zwei Hände!). Warum sollte also eine größere Bevölkerung nicht fähig sein, sich ebensogut zu behaupten wie eine kleinere?¹

Hierauf wird heute, wie Cannan bemerkt, jeder „Anfänger in der politischen Ökonomie“ sofort antworten: Sie kann es nicht wegen des Gesetzes vom abnehmenden Bodenertrag! Auch bei Malthus finden sich seit der zweiten Auflage Hinweise auf dieses Gesetz, dessen Geltung in den späteren Ausgaben häufiger anerkannt wird². „Wer nur im entferntesten mit landwirtschaftlichen Gegenständen vertraut ist“, so heißt es in der zweiten Auflage³, „dem muß es klar sein, daß in dem Verhältnis, wie die Kultur sich ausdehnt, die Zunahme der früheren Durchschnittsproduktion allmählich und regelmäßig abnehmen muß.“ Wenn in einem vordem volkreichen Lande, bemerkt Malthus an anderer Stelle⁴, zufällig eine Entvölkerung vorkommt, so würde die geringere Bevölkerung sich in der gleichen Fülle mit Getreide versorgen können, wie vordem die zahlreiche Bevölkerung es getan, „insbesondere da ja die an Zahl verminderte Bevölkerung fürwahr die fruchtbareren Teile ihres Territoriums kultivieren würde und nicht genötigt wäre, wie in dem volkreicheren Zustande auch die unfruchtbaren Böden zu verwenden“. Eine weniger große Bevölkerung hat hiernach vor der zahlreicheren den Vorteil, daß sie nur das fruchtbarere Land zu kultivieren braucht. Diese Theorie, sagt Cannan⁵, ist die „law of diminishing returns“ in a rudimentary form“. Aber Malthus, so fährt er fort, würde 1803 kaum geträumt haben, daß man nach Verlauf dreier Viertel eines Jahrhunderts in diesem gelegentlichen Argumente die eigentliche Begründung der Malthusschen Bevölkerungstheorie erblicken würde, mit vollkommenem

¹ Cannan a. a. O. 144.

² „But to imagine that the Essay on the Principle of Population was ever based on the law of diminishing returns is to confuse Malthusianism as expounded by J. St. Mill with Malthusianism as expounded by Malthus“ (Cannan a. a. O. 144).

³ Englische Ausgabe (2. Aufl.) 7; bei Stöpel (nach der 6. Aufl., der letzten, die Malthus selbst noch [1826] besorgte) 8.

⁴ 2. Aufl. 472; in der 8. Aufl. findet sich die Stelle S. 380; bei Cannan a. a. O. 146.

⁵ A. a. O. 146 f.

Ausschluß der geometrischen und arithmetischen Verhältnisse, auf welche er doch, wie er ausdrücklich erklärte, alle seine hauptsächlichsten Schlußfolgerungen (all his principal conclusions) gestützt hatte.

Wie dem nun immer sei, mag man in dem Gesetz der abnehmenden Erträge den Hauptbeweis der Malthusschen Theorie oder nur einen subsidiären Beweis erblicken, für uns besteht die Frage: Kann wirklich die Malthussche Lehre durch das Gesetz vom abnehmenden Bodenertrag als richtig erwiesen werden?

Es ist hier nicht der Platz, um schon näher auf jenes Gesetz, dessen Geltung an sich wir nicht bestreiten¹, einzugehen. Das Gesetz besagt, daß bei der Kultur des Bodens die neue, erhöhte, vermehrte, der früheren hinzugesetzte Arbeit (the additional labour) regelmäßig weniger produktiv sei als die alte, frühere Arbeit. Warum? Weil die neue Arbeit entweder auf noch unkultiviertes, weniger fruchtbares Land oder zur Vollziehung von weniger fruchtbaren Operationen, Verrichtungen gegenüber dem bereits kultivierten Lande verwendet werden muß. Auf dieses Gesetz bezieht sich eine ganze Reihe von Streitfragen. Ob zum Beispiel tatsächlich in einem Territorium immer das fruchtbarere Land zuerst in Kultur genommen werde vor dem weniger fruchtbaren? Ob man von einem abnehmenden Ertrag, von einer Verminderung der Erträge mit Recht sprechen könne, weil die auf das neue kultivierte Land verwendete Arbeit heute noch weniger produktiv sei als die heute auf das alte kultivierte Land verwendete Arbeit; ob nicht dabei vielmehr die in früherer Zeit auf das alte kultivierte Land aufgewendete Arbeit mit der jetzt für das neu zu kultivierende Land erforderlichen Arbeit zu vergleichen sei usw.? Bekannt ist ferner, wie die Verteidiger einer vorwiegend industriestaatlichen Entwicklung auf das Gesetz vom abnehmenden Bodenertrag hinweisen, indem sie sagen: In der Industrie ergebe doppelte Arbeit und doppeltes Kapital auch doppeltes Produkt, nicht so in der Landwirtschaft; es sei vorteilhafter, der Industrie sich hinzugeben, wo man immer wohlfeiler produziere, je größer das Unternehmen (Gesetz der zunehmenden Erträge); in der Landwirtschaft dagegen sei der letzte Scheffel von derselben Fläche teurer als der erste Scheffel usw.

Hier handelt es sich, wie gesagt, bloß um die eine Frage: Kann aus dem Gesetz vom abnehmenden Bodenertrag ein Beweis für die Malthussche Bevölkerungstheorie abgeleitet werden?

Jeder praktische Landwirt weiß, daß es sich nicht „lohnt“, mehr als eine gewisse Summe von Arbeit auf die Kultivierung eines einzelnen Ackers zu verwenden. Wenn diese Summe aufgewendet ist, sagt er, dann gibt es keine entsprechend größere Produktenmenge für mehr Arbeit. Der Landwirt denkt dabei an die besondere Methode der Kultivierung, die ihm bekannt ist und von ihm befolgt wird. Bei Anwendung eines andern, verbesserten Kultivierungssystems wird im allgemeinen das Produkt vermehrt werden können. Die wissenschaftliche Feststellung jener Wahrheit, die der einfachen Behauptung des praktischen Landwirts

¹ Damit ist nicht gesagt, daß wir jeder Formulierung des Gesetzes beistimmen.

zugrunde liegt, besagt gleichfalls nur, daß zu einer bestimmten Zeit eine Vermehrung der Arbeit, die auf einen Acker Land über ein gewisses Maximum hinaus verwendet wird, eine Verminderung der relativen Erträge bewirkt für die Durchschnittseinheit der Arbeit¹. Zu einer andern Zeit aber, neue, bessere Methoden der Kultivierung des Bodens vorausgesetzt, wird die erhöhte oder durch technische Mittel vervollkommnete Arbeit auch höhere Erträge erzielen können. Mit andern Worten: Stehen für eine vollkommenere Bearbeitung des Bodens immer hinreichend viele Arbeitskräfte und Mittel zur Verfügung, dann ist die Steigerung des Ertrages abhängig von dem Umfange, dem Grade, der Vollkommenheit der Möglichkeit, dem Boden die ihm durch die Kultur entzogenen Kräfte wiederzugeben, eventuell die Eigenschaften und Kräfte, welche die Fruchtbarkeit des Bodens begründen, zu erhöhen.

Wir sahen schon, daß die Malthussche Auffassung, nach welcher die Steigerung der Ertragsfähigkeit des Bodens und somit der Ernährungsmöglichkeit der Menschen speziell in der Form einer arithmetischen Progression wachse, unerwiesen und unbeweisbar ist. Unsere jetzigen Ausführungen haben gezeigt, daß sie überhaupt keinem für alle Zeiten festen Gesetze unterliegt, da sie von Erfindungen, Fortschritten der landwirtschaftlichen Technik, der Chemie usw. abhängt, also von Faktoren, die nicht unter der Herrschaft einer bestimmten Regel, eines allgemeinen Gesetzes stehen. In einzelnen Zeitpunkten, bald rasch hintereinander, bald nach größerem Zwischenraum, werden solche Fortschritte immer wieder neue und große Veränderungen in der Ertragsfähigkeit des Bodens bringen, während hernach die Verhältnisse vielleicht für längere Zeit stabil bleiben können.

Bei gleichbleibender Technik usw. nehmen also nach Überschreitung eines gewissen Maximums die relativen Erträge ab. Mit neuer, vervollkommneter Technik ergibt sich aber eine Steigerung derselben. Darum ist es selbst für ein vollbesetztes Land, in dem sogar das letzte Läppchen Erde unter den Pflug genommen, keineswegs ausgeschlossen, daß mit den höheren Kulturfortschritten die eigene Landwirtschaft für die Ernährung der wachsenden Bevölkerung weit mehr leiste als in einem früheren Zeitpunkt bei weniger vollkommener Technik.

Dazu kommt dann noch ein weiteres Moment. Das Gesetz des abnehmenden Bodenertrages besagt nur, daß in einem großen und wichtigen Zweige der Produktion die Ergiebigkeit menschlicher Arbeit unter gewissen Voraussetzungen abnehme. Wenn nun aber gleichzeitig auf andern, den gewerblichen, Gebieten die Produktivität der Arbeit sich vermehrt, so daß die Gesamtproduktivität der ganzen nationalen Arbeit wächst, so sind dadurch zugleich die Mittel geboten, einestheils um

¹ So Cannan, Theories of Production and Distribution 147.

den intensiveren Betrieb der inländischen Landwirtschaft zu ermöglichen, anderseits um vom Auslande die fehlenden Nahrungsmittel und Rohstoffe zu beziehen.

Das war aber gerade die Lage der am meisten fortgeschrittenen west- und mitteleuropäischen Kulturländer. Die Gesamtproduktivität der Arbeit ist da nicht wenig gestiegen. Auch erweist sich gerade hier die Bemerkung Oppenheimers¹ durch die Erfahrung bewiesen, daß erst die erhebliche Verdichtung der Bevölkerung eine gleichmäßigere Verteilung der Nahrungsmittel über die Erde hin ermögliche, weil nur bei dichter Bevölkerung jene kostspieligen Anlagen rentabel werden, die hierfür erforderlich sind (Eisenbahnen, ausgedehnter Seeverkehr, Fruchtspeicher u. dgl.).

Nach Michael Thomas Sadler² gleicht die Oberfläche der Erde noch immer (wie auch Franklin sagte) einer ausgedehnten Wildnis, in deren Mitte nur einzelne Oasen kultivierten Landes sich befinden. Es übersteige die menschlichen Kräfte, zu berechnen, was die einmal ganz angebaute Erde an Produkten hervorbringen würde. Aber selbst diese unberechenbare Masse von Produkten würde verschwinden gegen die in Zahlen gar nicht auszudrückende Masse von Erzeugnissen, die hervorzubringen die Erde bei intensiver Kultur imstande sei. Die Unterhaltsmittel, meint Sadler, vermehrten sich dann auch viel schneller, als Malthus behauptet. Ja er ist nicht abgeneigt, die Malthusschen Progressionen umzukehren und eine geometrische Progression der Unterhaltsmittel der arithmetischen Progression der Bevölkerungszunahme entgegenzustellen. Das geht nun etwas zu weit nach der andern Seite. Die Frage, wie viele Menschen die Erde ernähren könne, läßt sich nicht so leicht und auch nicht genau beantworten. Für die Ernährungsfrage ist neben der Volksvermehrung auch die Steigerung der Lebenshaltung zu berücksichtigen, dann die Möglichkeit einer weiteren Ausdehnung und größerer Intensität der Landkultur³. Wir werden darum die Bedeutung des Bodenkoeffizienten sehr hoch anschlagen dürfen, werden auch dieserhalb als Pflicht einer gesunden Wirtschaftspolitik die Wertschätzung des eigenen Bodens und der eigenen Landwirtschaft hinstellen, die Wichtigkeit eines eigenen Kolonialbesitzes anerkennen, ein friedliches Verhältnis mit jenen Ländern, die uns Rohstoffe und Nahrungsmittel liefern, empfehlen müssen, die Offenhaltung verschiedener Zufuhrmöglichkeit fordern, damit, wenn die eine versagt, die andere uns bleibe. Das alles lehrt uns das Gesetz vom abnehmenden Bodenertrag: die Unmöglichkeit einer beliebigen Steigerung der Fruchtbarkeit des Bodens, die Begrenztheit des Landes, die Erschöpfbarkeit seiner Kräfte. Die Malthussche Lehre jedoch enthält Behauptungen, die weit über das Gesetz des abnehmenden Bodenertrages hinausgehen und die, wie auch Pohle

¹ Bevölkerungsgezetzt des T. R. Malthus² (1901) 29.

² Ein tüchtiger Gegner der Malthusschen Lehre, in seinem leider unvollendet gebliebenen Werke: *The Law of Population* (1830). 2 Bde.

³ Von der Höhe der Lebenshaltung und der Intensität der Kultur hängt die Größe der Bodenfläche ab, die erforderlich ist für die Ernährung des einzelnen Menschen. Für den Amerikaner (starken Fleischesser) mit seiner hohen Lebenshaltung ist zum Beispiel die erforderliche Bodenfläche größer (vielleicht siebenbis achtmal) als für den sehr genügsamen Japaner.

betont¹, aus diesem Gesetze sich durchaus nicht ableiten lassen. Daß wegen objektiv fehlender Ernährungsmöglichkeit, wegen des Versagens der natürlichen Produktivkräfte der Erde erzwungener Zölibat am Platze sei oder erhöhte Sterblichkeit durch Laster und Elend das Wachstum der Bevölkerung notwendig mindern müsse — so weit sind wir jedenfalls noch lange nicht.

Pessimistische Erwägungen über die Möglichkeit, die rasch wachsende Weltbevölkerung mit dem erforderlichen Weizen zu versorgen, stellte noch im Jahre 1898 der Engländer Sir William Crookes an, der Präsident der British Association for the Advancement of Science. Er prophezeite großes Unheil, „falls nichts geschähe, um die Weizenproduktion der Welt bedeutend zu vergrößern. Zu jener Zeit belief sich diese auf jährlich 2 200 000 000 — 2 600 000 000 Bushels, und er behauptete, daß die Welt bis 1928 mindestens 3 260 000 000 Bushels benötigen würde. Er lieferte damals scheinbar den Nachweis, daß die in 1898 mit Weizen bebaute Fläche keine nennenswerte Vergrößerung erfahren könnte. Daher, sagte er, müßte die Produktion des Bodens allgemein auf 20 Bushels für den Acre erhöht werden, was nur dadurch geschehen könnte, daß man jeden Acre Weizenland jährlich mit 150 Pfund salpetersaurem Natron düngte. Da aber die dazu erforderlichen 12 000 000 Tonnen dieses Düngemittels schwerlich aufgetrieben werden könnten, so schloß er, daß die Weltbevölkerung einer sehr ernsten Zukunft entgegenginge. Hätten sich seine Schlüsse auf Tatsachen gegründet, so wären sie allerdings unwiderleglich gewesen, aber auch in diesem Falle, wie so häufig, nahmen die Dinge in der Praxis einen andern Verlauf, als in der Theorie annehmbar erschien. Nicht nur die 3 260 000 000 Bushels Weizen, die Sir William als im Jahre 1928 erforderlich bezeichnete, sondern sogar 3 423 704 000 Bushels Weizen wurden im Jahre 1906/07 von der Welt produziert, und das ohne die 12 000 000 Tonnen salpetersauren Natrons. Aber selbst damit sind die Möglichkeiten des Weizenbaues noch lange nicht erschöpft. Kanada hat sich als großer Weizenproduzent in den Vordergrund gedrängt, und doch dient vorläufig kaum der zehnte Teil seines Weizenackers dem Anbau jener Bodenfrucht. In den Vereinigten Staaten vergrößerte man den Weizenanbau so schnell, wie der Dampfpflug die Prärie in Ackerboden umzuwandeln vermochte, und Sachverständige erklärten, die Vereinigten Staaten, die im gleichen Jahre mehr als 700 000 000 Bushels Weizen erzielten, vermöchten diese Menge nötigenfalls innerhalb 10 Jahren zu verdoppeln und binnen 20 Jahren zu vervierfachen. Südamerika, Südafrika, Asien, das östliche Europa und Australien besitzen noch viele Millionen Acres unbebauten und für die Weizenproduktion geeigneten Bodens, und was in dem westlichen Kansas, Nebraska, Oklahoma, dem östlichen Wyoming und Kolorado geschehen ist, wo man in den letzten Jahren Hunderttausende von Acres Wüstenlandes in Getreideboden umwandelte, wird sich auch anderwärts mit Erfolg bewirken lassen. Der Gehalt selbst des alten Ackerbodens an salpetersaurem Natron in den Vereinigten Staaten ist groß genug, um mit Hilfe der modernen wissenschaftlichen Anbauverfahren normale Erträge von 20 Bushels Weizen auf dem Acre zu erzielen. Sollte es aber eines Tages

¹ Deutschland am Scheidewege 36 f. 40—54. Malthus läßt die absolute Begrenztheit der natürlichen Produktivkräfte der Erde, die erst in späterer Zukunft und auch da nur sukzessive für die Bevölkerungszunahme zur Geltung kommen könnte, heute schon fast mit ihrer vollen Wucht dem Wachstum der Bevölkerung sich entgegenstemmen, Reduktionen fordern oder bewirken.

wirklich nötig sein, 12 000 000 Tonnen salpetersauren Natrons dem Ackerboden zuzusetzen, so dürften sich auch dem keine unüberwindlichen Schwierigkeiten in den Weg stellen. In Notodden in Norwegen stand vor dem Weltkriege bereits eine Fabrik im Betrieb, die Stickstoff aus der Luft gewann und salpetersaures Natron zu 40 Dollars per Tonne zu liefern vermochte. Selbst bei diesem mäßigen Preise verdiente das Unternehmen noch 100 Prozent. Der bekannte amerikanische Eisenbahnmagnat J. J. Hill, der in vieler Hinsicht mit den Alarmisten übereinstimmt, prophezeite, daß die Vereinigten Staaten im Jahre 1950 eine Bevölkerung von 200 Millionen Personen besitzen würden. Um für diese die nötige Brotfrucht zu liefern und die Vereinigten Staaten gleichzeitig nicht ihre Stellung als leitender Weizenexporteur verlieren zu lassen, würde nach seiner Ansicht ein radikaler Wechsel der in der amerikanischen Landwirtschaft angewendeten Verfahren notwendig sein.¹

Mit der Lohnfondstheorie und der Forderung einer Beschränkung der Arbeiterbevölkerung, da der Lohn und somit des Arbeiters Schicksal von der Größe des Angebotes der Hände abhängt², brauchen wir uns hier, bei der Kritik der Malthusschen Theorie, noch nicht zu beschäftigen. Es genüge die Bemerkung, daß die „wages fund“-Theorie den Zusammenhang zwischen Lohn und Produktion übersah, der Tatsache nicht gerecht wurde, daß mit der Erhöhung der produktiven Wirksamkeit der Arbeit eine größere Zahl von Arbeitern und zugleich höherer Lohn ganz wohl sich vereinigen lassen.

3. Cannan meint³, Malthus würde mit seiner Theorie festeren Boden unter den Füßen haben, wenn er die Notwendigkeit der „checks“ für eine ferne Zukunft gelehrt hätte. Doch Malthus hat beständig mit Verachtung eine solche Erklärung seiner Lehre verworfen. Er hält die „Hemmnisse“ aus den angeführten Gründen für immer notwendig, bezeichnet Wallace gegenüber die Schwierigkeiten, die sich aus dem Bevölkerungsgesetze ergeben, als gegenwärtige, „unmittelbar drohende“⁴. Darin hat er sich offenbar getäuscht und ist schon allein durch die bisherige Erfahrung vollkommen widerlegt worden.

Überall zeigt sich allerdings die Endlichkeit des Irdischen in der Beschränktheit der natürlichen Grundlagen des Wirtschaftslebens, in dem fortwährenden Verbrauch unersetzlicher Naturstoffe usw. „Die Steinkohlen, die der heutigen Industrie als wichtigster Nährstoff dienen“, sagt Lexis⁵, „werden bei der Fortdauer des gegenwärtigen Zunahmeverhältnisses ihres Verbrauchs in einigen Jahrhunderten so weit aufgezehrt sein, daß der Rest wirtschaftlich nicht mehr in Betracht kommt. Man wird ohne Zweifel die Wasserfälle, die Flutwelle und die Sonnenwärme ausgiebiger als Kraftquellen verwerten, aber die elektrische Zuleitung der gewonnenen Energie in der nötigen Ausbreitung würde sehr schwierig sein und große Kosten verursachen. Dazu kommt, daß die Lager der Kupfer-, Blei- und Zinkerze bei

¹ Allgemeine Zeitung, 24. Juli 1907, Nr. 339. Handelszeitung, Artikel „Weizenversorgung und Bevölkerungszuwachs“. Eine optimistische Auffassung!

² Ad. Smith, *Wealth of Nations* book 1, chap. 8 (bei Stöpel I 111).

³ *Theories of Production and Distribution* 136.

⁴ *Essay* book 3, chap. 1 (bei Stöpel 407 f.).

⁵ W. Lexis, *Das Wesen der Kultur* (Hinneberg, *Kultur der Gegenwart*) I (1905) 50.

dem jetzigen Fortschreiten ihres Abbaues wohl noch weniger lange vorhalten werden als die Steinkohlenflöze. Selbst die Eisenerze, die als wirtschaftlich verwendbar in Betracht kommen, sind nicht in unerschöpflicher Menge verfügbar. Es geht allerdings auf der Erde kein Atom verloren, aber die Metalle werden durch Oxydierung, Abreibung und Zerstäubung in Zustände übergeführt, aus denen sie nicht mehr zurückgewonnen werden können. Was die Schwierigkeit der Beschaffung der Nahrungsmittel betrifft, so sind Befürchtungen im Sinne Malthus' noch auf Jahrhunderte unbegründet. Aber bei einer unausgesetzt in der jetzigen Progression wachsenden Bevölkerung der Kulturwelt muß doch schließlich mit Notwendigkeit ein Mißverhältnis zwischen der Menschenzahl und der überhaupt verfügbaren Bodenfläche entstehen, zumal diese Fläche nicht nur für die Erzeugung von Nahrungsmitteln, sondern auch für andere unabweisbare Zwecke in Anspruch genommen wird. Allerdings wäre es möglich, daß mit der Zeit eine automatische Hemmung der Volksvermehrung einträte, indem durch die überfeinerte Kultur selbst eine Degeneration bewirkt würde, von der man in der großstädtischen Bevölkerung schon Anzeichen zu bemerken glaubt. Allein ein solcher Hemmungsprozeß wäre nicht weniger ein Übel als irgendeiner der ‚repressive‘ checks, von denen Malthus redet. Aber auch wenn es nach gewissen optimistischen Rechnungen gelänge, durch eine über die ganze Erde verbreitete Treibhauskultur für das Hundert- oder Zweihundertfache der jetzigen Menschenzahl die Unterhaltungsmittel zu schaffen, so wäre ein solcher Zustand wieder an sich ein großes Übel, weil der Mensch in ihm selbst zu einem Treibhausprodukt würde und durch die völlige Entfremdung von der Natur ein Teil seines Wesens verkümmern müßte.“

Die Steigerung der Ertragsfähigkeit der Erde ist gewiß nicht positiv unendlich. Auch die Bevölkerungsvermehrung wird niemals positiv unendlich sein. Beide Möglichkeiten, des Wachstums der Menschenzahl und der Ausdehnung der Ernährungsmöglichkeit, sind indefinite, in ihren Grenzen für den menschlichen Geist unbestimmbare Größen¹. Sollte die Kultur einmal in unberechenbarer Zukunft auf die ganze Erde ausgedehnt sein und zugleich ihren höchstmöglichen Grad erreicht haben, dann dürfte vielleicht der Zeitpunkt einer absoluten Überbevölkerung nähergerückt sein. Diese Erwägung beweist vielleicht — wie das physikalische Gesetz der ihrem Maximum entgegengehenden Entropie —, daß eben für Erde und Menschheit eine ewige Dauer nicht bestimmt wurde.

4. Das Malthussche Bevölkerungsgesetz sollte und wollte ein allgemeines empirisches Volksvermehrungsgesetz sein, zugleich mit praktischen Anweisungen. Gibt es aber ein solches allgemeines Vermehrungsgesetz? Die Fortpflanzung geht allerdings von dem einzelnen Menschen aus unter dem Einfluß seiner Triebe und seiner Vernunft, aber von dem Menschen inmitten der Gesellschaft, von dem Menschen, der unter der Einwirkung sozialer Faktoren steht, geschichtlicher Verhältnisse, konkreter, gesellschaftlicher Einrichtungen und kultureller Zustände, des geltenden Rechts, der Eigentumsordnung, der persönlichen Freiheit oder

¹ Malthus, Essay book 3, chap. 1 (bei Stöpel 407 f.). Über die Frage, wieviele Menschen die Erde ernähren könne, vgl. Ballod in Schmollers Jahrb. XXXVI (1912) 595.

Gebundenheit (Sklaverei, Leibeigenschaft), der Sitte usw.¹ Wie groß ist zum Beispiel die Bedeutung der bei den verschiedenen Rassen nicht immer gleichen Lebenskraft für Volksvermehrung und Volksernährung! Auch die einem Volke mögliche Machtentfaltung kommt hier in Betracht. Sieht eine Nation nach jahrelangem Ringen ihre Ideale verwirklicht, erfreut sie sich hoher politischer Blüte, so wird der wirtschaftliche Aufschwung und zugleich auch eine beschleunigte Bevölkerungszunahme nicht fehlen. Andererseits wirkt die dem politischen Mißgeschick folgende Entmutigung hemmend auf das Wachstum der Bevölkerung, wie überhaupt alles, was die Tatkraft eines Volkes erlahmen, den Unternehmungsgeist ersterben läßt, Bequemlichkeit, Verweichlichung bei lang andauerndem Wohlergehen. Entsittlichung u. dgl. Man beachte ferner, welchen Einfluß der hygienische Fortschritt auf die Lebensdauer ausübt, denke an die Wanderungen, an die Gestaltung der Einfuhr- und Ausfuhrverhältnisse nach dem veränderlichen Grade des wirtschaftlichen Fortschrittes usw. Alles dies beweist zur Evidenz, daß die Bevölkerungsentwicklung zu verschiedenen Zeiten und in verschiedenen Ländern nicht in der gleichen Weise sich gestaltet und voranschreitet, daß darum von einem wahrhaft allgemeinen Volksvermehrungsgesetze keine Rede sein kann².

Der Beweis ferner dafür, daß es, um Laster und Elend zu beschränken, eines im Verhältnis zu früheren Zeiten gesteigerten moral restraint, speziell in den unteren Klassen, deshalb bedürfe, weil die äußere Natur die, im Sinne Malthus', „ungehemmt“ wachsende Bevölkerung mit den erforderlichen Nahrungsmitteln zu versehen in irgendwie absehbarer Zeit außerstande sei, ist bisher nicht erbracht worden. Ebenso fehlt der Beweis, daß das bisherige Elend und Laster in der Dissonanz der natürlichen menschlichen Vermehrungstendenz und der natürlichen Enge des Nahrungsspielraumes seine Erklärung finde. Selbstverständlich ist dort, wo schon relative Übervölkerung herrscht oder wo der Nahrungsspielraum gegen früher sich verengt hat, eine neue, überstarke Volksvermehrung kein Vorteil. Und ebenso selbstverständlich ist es, daß der Mensch den Geschlechtstrieb, wie alle Triebe, beherrschen und regeln muß. Diese Selbstzucht in Verbindung mit praktischer Klugheit begründet die wirtschaftliche Vorsicht, d. h. die Berücksichtigung der Existenzmöglichkeit bei Eingehung einer Ehe. Allein jene Existenzmöglichkeit ist

¹ Die Sitte sagt, was sich geziemt: die Sittlichkeit, was gut; das Recht, was gerecht ist (Wundt). — „Bei allen Menschengruppen, die wir kennen, ist die Tendenz (der Vermehrung) durch die Bedingungen des sozialen Lebens stark modifiziert“ (Tönnies, Zur naturwissenschaftlichen Gesellschaftslehre, in Schmollers Jahrbuch XXXI⁸ [1907] 57).

² Vgl. Prinzing, Das Bevölkerungsgesetz, im Allgemeinen statistischen Archiv VI (1903) 1 ff. Das Malthussche Gesetz drückt nur aus, wie sich die Bevölkerung Englands am Ende des 18. und Anfang des 19. Jahrhunderts entwickelte; es bot eine Erklärung(?) der Zunahme des Arbeiterproletariats und des Armenelendes im damaligen England. Hermann Rösler, Vorlesungen über Volkswirtschaft (1878) 459.

ein sozialer, volks- und privatwirtschaftlicher Begriff, kein naturwissenschaftlicher, aus der natürlichen Begrenzung der absoluten Ernährungsmöglichkeit menschlicher Gattung hergeleiteter Begriff. Insofern die wirtschaftliche Vorsicht durch höhere Lebenshaltung Stärkung erfahren kann, führen unsere Erwägungen zu der praktischen Forderung einer fortschreitenden Hebung der unteren Klassen!

Unter Ablehnung des Bevölkerungsprinzipes in der ihm von Malthus gegebenen Form dürfen wir jedoch von einzelnen, der Erfahrung entnommenen, relativ allgemeinen

120. Leitsätzen über Bevölkerungsentwicklung sprechen:

1. Volkszahl und Volksvermehrung sind abhängig von dem jeweilig verfügbaren Nahrungsspielraum.

2. Ein Bevölkerungswachstum über die durch jene Abhängigkeit und durch die objektive Möglichkeit oder Unmöglichkeit einer Erweiterung des Nahrungsspielraums gezogene Grenzen hinaus kann der Volkswohlfahrt nicht dienen.

3. Ein gesundes, tatkräftiges, intelligentes, vorwärts strebendes Volk schafft sich aber regelmäßig den Nahrungsspielraum, dessen es bedarf.

4. Wenn alle für die Volksvermehrung und Volksernährung in Betracht kommenden individuellen, sozialen, politischen Faktoren richtig fungieren, dann erzeugt daher fürs allgemeine das entsprechende Wachstum der Bevölkerung keine Not, jedenfalls kein dauerndes Elend.

5. Gleichzeitig mit seiner Vermehrung strebt jedes lebenskräftige Volk über den bisherigen oder aktuellen Nahrungsspielraum hinaus, was zeitweilige Beengung¹ relativer Übervölkerung nicht ausschließt. Solche Schwierigkeiten beweisen aber noch keineswegs, daß auch der mögliche, für das Volk erreichbare Nahrungsspielraum schon überschritten sei².

Das Drängen auf den Nahrungsspielraum bedeutet ein Drängen gegen die Schranken des bisherigen Wirtschaftszustandes (List). Das gilt nicht bloß für den Übergang vom Ackerbau zur Industrie u. dgl. „Namentlich ist es recht wohl denkbar und in der Wirklichkeit oft vorgekommen, daß die aus früherer Zeit herrührenden politischen, sozialen etc. Einrichtungen vom Interesse mächtiger Klassen festgehalten werden, obschon ihre Änderung durchaus nötig wäre, um der wachsenden Volkszahl einen angemessenen Spielraum zu verschaffen. Wie manches Volk ist durch Verhinderung rechtzeitiger Reform, die sich niemals durch eine Abwechslung von Stabilität und Explosion ersetzen läßt, dermaßen krank geworden, daß alle gedeihliche Entwicklung aufhörte!“ (Roscher, Ansichten der Volkswirtschaft I 85 f.) Überfüllung mancher Berufe, Überströmen nach dem Auslande usw. kann eintreten und zugleich in andern Berufen Mangel an Kräften sich fühlbar machen. Auf dem Lande fehlten vor dem Weltkriege die Leute, die in den Städten und städtischen Berufen sich häuften. Konnte man da von „relativer Übervölkerung“ für ganz Deutschland reden?

¹ Albert Schäffle, Deutsche Kern- und Zeitfragen (1894) 59. Prinzing a. a. O. H. Rost, Geburtenrückgang und Konfession (1913).

6. Für die günstige Fortentwicklung eines Volkes gibt also, unter der bezeichneten Voraussetzung objektiv möglicher Erweiterung des Nahrungsspielraums, die ihm eigentümliche Lebenskraft, seine Intelligenz, seine sittliche Tüchtigkeit, sein Wagemut weit mehr den Ausschlag als der ihm aktuell zur Verfügung stehende Nahrungsspielraum, als vorliegende, gegebene wirtschaftliche Verhältnisse.

7. Insofern dürfen wir sagen: Wo für die Qualität des Volkes¹ gesorgt ist, wird im allgemeinen von der und für die Quantität der Bevölkerung nichts zu fürchten sein!

8. Die objektive Möglichkeit einer Erweiterung des Nahrungsspielraums ist nicht zu allen Zeiten und für alle Völker die gleiche, unveränderliche. Sie hängt ab von der Technik der Gütererzeugung und von der wirtschaftlichen Organisation. Dem Fortschrittstaukel der letzten Dezennien vor dem Weltkriege gegenüber, der vielfach mit technischen und ökonomischen Phantasien arbeitete, ist — ohne andererseits dem Pessimismus das Wort zu reden — darauf hinzuweisen, daß der Fortschritt der Vergangenheit den Fortschritt der Zukunft für viele und große Gebiete einengen kann (Gesetz sinkender Produktivität von Kapital und Arbeit, Gesetz der technisch-ökonomischen Entwicklungsgrenze)². Eine so rasche und umfassende Entwicklung der Produktionstechnik und der wirtschaftlichen Organisation, die namentlich für Deutschland eine sehr starke Vermehrung der Bevölkerung ermöglichte, kann von der absehbaren Zukunft nicht erwartet werden³.

9. Ob eine Volkswirtschaft für starke Bevölkerungszunahme tragfähig sei, ist auch noch von andern als technischen und ökonomischen Gründen sowie von den qualitativen Verhältnissen der Bevölkerung letztlich abhängig. Das gilt z. B. für Deutschland nach dem Weltkriege, unter dem Einflusse der Wirtschaftspolitik insbesondere der im Kriege gegnerischen Völker.

Nach J. Wolf⁴ hat das Gesetz des Malthus zweifachen Inhalt. Es spricht aus: „1. ein Weniger an Bevölkerung ist dem Güteranteil, der auf den einzelnen fällt, günstiger; 2. auf seiten der Bevölkerung herrscht eine geometrische, auf seiten der Unterhaltungsmittel eine arithmetische Vermehrungstendenz, woraus

¹ D. i. des staatlich geeinten Volkes. Die „Qualität“ bezieht sich hier nicht nur auf die einzelnen Glieder, sondern auch auf die Familie, die gesellschaftlichen, staatlichen Verhältnisse.

² Vgl. Julius Wolf, Die Volkswirtschaft der Gegenwart und Zukunft (1912) 251 ff. Ders., Nahrungsspielraum und Menschenzahl (1917).

³ Die Volkszahl Europas vor 100 Jahren wird auf 175 Millionen geschätzt. Zu Beginn des 20. Jahrhunderts betrug die Bevölkerung Europas und der Länder mit Bevölkerung überwiegend europäischen Ursprungs rund 540 Millionen. Gut ein Viertel der Zunahme kommt auf das letzte Viertel des 19. Jahrhunderts (Internationale Übersichten des Statistischen Jahrbuchs des Deutschen Reiches).

⁴ Nationalökonomie als exakte Wissenschaft (1908) 187 ff.

sich das ‚Überfließen‘ der Bevölkerung über den Nahrungsspielraum, das ‚soziale Elend als Naturgesetz‘ ergibt.“

Demgegenüber steht fest: „1. ein Weniger an Bevölkerung kann dem Güteranteil, der auf den einzelnen fällt, ebensowohl günstig wie ungünstig sein; 2. was als ein Gesetz der Natur oder der Menschheit bezeichnet wird, ist bestenfalls das Gesetz einer Epoche, im besondern das einer hinter uns liegenden Zeit. Vor und seit Malthus sind andere ‚Gesetzmäßigkeiten‘ Tatsache gewesen, seit Malthus im großen und ganzen die entgegengesetzte der von ihm angenommenen.“

Den Punkt, wo ein Weniger an Bevölkerung dem durchschnittlichen Güteranteil des Menschen erst günstiger wird, bestimmt Wolf in folgender Weise: „Natur, Kapital, technische Idee bedürfen für ihre Entfaltung, für die Auslösung der in ihnen enthaltenen (zunächst latenten) Energien dispositiver und exekutiver Arbeit als komplementären Produktionsfaktors; ebenso bedarf derselben die Nutzung der in gewissen Arbeitsorganisationen, insbesondere der Arbeitsteilung, enthaltenen potentiellen Energie. Ohne Menschen ‚tot‘ sind Natur, Kapital, technische Idee, mit zu wenig Menschen von beschränkter, geringerer als der möglichen Ergiebigkeit. Allerdings muß die Ausnutzung ihrer ‚vollen‘ Produktivität nicht den höchsten Güteranteil für den einzelnen ergeben; der Güteranteil des einzelnen ist nicht dann am größten, wenn die Produktivität die restloseste Ausnutzung erfährt; von einer Grenze der Ausnutzung an wird der Güteranteil des einzelnen wieder kleiner. Hier ist sonach ein ‚Optimum‘ wirksam, diesseits dessen die Produktivität des einzelnen sich an der Maschine usw. betätigenden Menschen steigt, jenseits dessen sie abfällt. Ein Weniger an Bevölkerung ist dem Güteranteil, der sich auf den einzelnen berechnet, dann erst günstiger wenn das Optimum überschritten ist. Der erste Teil des Malthusschen Gesetzes, gegenwärtig Gegenstand gegensätzlicher Beurteilung, je nachdem der Kritiker dies- oder jenseits des ‚Optimums‘ seine Stellung einnimmt, ist also hinfällig. Überdies ist der sehr verwickelte Mechanismus, der die Einkommensverteilung bestimmt, zu bedenken!“

Wie ist das „Optimum“ im Sinne Wolfs zu verstehen? Er sagt: „Das ökonomische Prinzip ist das Prinzip des Optimums, d. h. die Forderung, den größten Erfolg (als Dauererfolg, nicht Raubbau, weder an den Dingen — Stoffen —, noch an den Menschen — Kräften, Gesamtpersönlichkeiten —) mit kleinstem Kraftaufwand anzustreben, mit andern Worten, die größte Differenz zwischen Erfolg (Leistung) und Kraft- (Güter-)aufwand zu setzen, und abermals weitergeführt, das größte ‚Einkommen (volkswirtschaftlich gesehen) herauszubringen.“ Das „Prinzip des Optimums“ ist „Regulativ der Volkswirtschaft“: „Die Geltendmachung des Optimums wird durch die Tatsache erfordert, daß das Maß der technischen und jenes der ökonomischen, auf ‚Einkommen gerichteten Leistungsfähigkeit auseinandergehen, nämlich von einer gewissen Grenze der Leistung an die Kosten größer werden als der Wert der Leistung und hinter dieser Grenze zurück es eine engere, innere gibt, diesseits deren die Kosten der Leistungseinheit größer sind als die der früheren, jenseits der Grenze gelegenen Leistungseinheiten. Diese Grenze bezeichnet das ‚Optimum.‘“

Wolf unterscheidet sodann drei Epochen der Bevölkerungspolitik, des Verhaltens der Bevölkerung bei Anpassung ihrer Zahl an die Masse der Unterhaltsmittel. In der ersten Epoche wurde die überschüssige, d. h. unproduktive

Bevölkerung (Kinder, Kranke, Greise), im Maße der Beschränktheit der Unterhaltsmittel ausgestoßen und ausgerottet. Auch findet sich die künstliche Beschränkung der Kinderzahl (Bevölkerungs- und „Sozial“politik des „Naturzustandes“). Die zweite Epoche, die Stufe der „religiösen Kultur“, verzichtet auf Ausrottung überschüssiger bzw. „unproduktiver“ Bevölkerung, auf künstliche Beschränkung der Kinderzahl, insofern die religiöse Satzung das eine und das andere verbietet, „das ökonomische Moment (das in der ersten Periode „ursprünglich zum Durchbruch kommt, sich elementar durchsetzt, bei höchst „lückenhaften Rechts- und sittlichen Begriffen) vernachlässigend und die Verantwortlichkeit für die Überzeugung auf das religiöse Gebot oder die Sitte bzw. die Gesellschaft abschiebend (Zeit der Geltung des Malthusschen Bevölkerungsgesetzes [?])!“¹ Die dritte Epoche ist, nach Wolf, gekennzeichnet durch fortschreitende Emanzipation vom religiösen Gebote und der gesellschaftlichen Tradition früherer Zeiten, mit Anpassung der Kinderzahl an Einkommen und andere Verhältnisse des Haushalts.

Den vorgenannten Perioden der Bevölkerungspolitik entspricht dann bezüglich der Wachstumstendenz der Unterhaltsmittel²: 1. eine Zeit „beschränktesten Nahrungsspielraums bei unentwickelter Technik, geringster Kapitalmenge, auch unentwickeltem „Haushaltssinn“; 2. eine Zeit „langsamen Wachsens des Nahrungsspielraums bei fortschreitender Technik, mäßiger Kapitalmenge, sich entwickelndem „Haushalt“; 3. die „Dienstbarmachung des gesamten Planeten in seinen Naturstoffen und der kosmischen Kräfte an die Volks- und Weltwirtschaft auf der Grundlage der größten Fortschritte im Naturerkennen und danach in der Technik, steigende Raschheit der Kapitalansammlung, Fundierung des Haushalts immer mehr auf „Einsicht und Rechnung“.

Eine neue Fassung des Bevölkerungsgesetzes³ soll daher an Stelle des Malthusschen Prinzips treten: 1. „Nach Lage der Verhältnisse kann ein Weniger oder ein Mehr der Bevölkerung dem durchschnittlichen Güteranteil des einzelnen zu- bzw. abträglich sein. Solange die (mit dem Fortschritt der Technik und andern Momenten übrigens wechselnd!) Grenze nicht erreicht ist, jenseits deren die Arbeit in ihrer Betätigung an Natur und Kapital durch das Mittel der technischen Idee, der Arbeitsteilung usw. weniger abwirft, weniger Produktivität entwickelt als vorher, ist ein „Mehr“ der Bevölkerung dem durchschnittlichen Anteil des einzelnen günstiger.“

2. „Das Maß der Vermehrung der Unterhaltsmittel auf der einen, der Menschenzahl auf der andern Seite und danach das Verhältnis beider bestimmt sich in verschiedenen Epochen ganz verschieden. In der letzten Zeit war eine der geometrischen angenäherte Vermehrungstendenz auf seiten der Unterhaltsmittel, eine der arithmetischen angenäherte Vermehrungstendenz auf seiten der Bevölkerung vorhanden. Ist die Gewähr der Fortsetzung der quasi-geometrischen Vermehrungstendenz auf seiten der Unterhaltsmittel auch nicht gegeben, so macht sich doch auf seiten der Bevölkerung das Streben der Anpassung und Überanpassung an die Masse der Unterhaltsmittel, d. h. die Tendenz auf arithmetisches und noch geringeres Wachstum immer mehr geltend, so daß die Wahrscheinlichkeit eines Zurückbleibens des Bevölkerungsfortschrittes hinter dem der Masse der Unterhaltsmittel bestehen bleibt. Das Gegenteil der von Malthus vorausgesetzten Tendenz

¹ Wolf, Nationalökonomie 189.

² Ebd. § 259, S. 190.

³ Ebd. § 260, S. 191 f.

ist also in die Erscheinung getreten und mit der Anwartschaft der Dauer ausgerüstet, da auf „Rechnung“ basiert.“

Wir haben Bedenken gegen die Zweiteilung des Malthusschen Gesetzes, wie Wolf sie vornimmt. Daß ein Weniger von Personen dem Güteranteil, der auf den einzelnen fällt oder fallen kann, günstiger ist, versteht sich von selbst, sofern das zu verteilende Güterquantum, ebenso wie die Anzahl der in der jeweiligen Verteilung bedachten Personen als umschriebene Größen angenommen werden. Handelt es sich dabei nicht um gleiche Anteile, so wird allerdings „der sehr verwickelte Mechanismus, der die Verteilung bestimmt“, nicht wenig zu „bedenken“ sein. Das Ganze scheint aber kaum eine besonders neue Wahrheit zu sein, mit der Malthus die Welt überraschen konnte und wollte. Malthus hat ferner nicht geleugnet, daß zur „Auslösung“ der in „Natur, Kapital, technischer Idee“ „latenten Energien“ eine größere Anzahl von Menschen bzw. die Steigerung der dispositiven und exekutiven Arbeit größere Erfolge erzielen könnte oder würde, daß insofern unter Umständen ein „Mehr“ von Menschen wünschenswert sei. Sein „Prinzip“ geht vielmehr unmittelbar nur auf das Zuviel von Menschen, auf die Diskrepanz zwischen der natürlichen Vermehrungstendenz des Menschen und der natürlichen Vermehrungsmöglichkeit der Nahrungsmittel.

Der erste Bestandteil der Wolfschen Fassung des Bevölkerungsgesetzes sodann lenkt unsere Aufmerksamkeit auf reizvolle Probleme. Ob aber die durch das „Optimum“ bezeichnete Grenze für die so komplexe Bevölkerungsfrage allein der wünschenswerten Bestimmtheit sich erfreut? Sie ist schon nicht für alle Produktionsgebiete gleich, wechselt überdies, wie Wolf selbst sagt, „mit dem Fortschritt der Technik und anderer Momente“, ohne daß ein Endpunkt oder „Gesetz“ dieses möglichen Wechsels sich irgendwie feststellen ließe. Und ob für den zweiten Bestandteil die Umkehrung der Malthusschen „geometrischen“ und „arithmetischen“ Vermehrungstendenzen sich wirklich empfiehlt?

Die Wachstumstendenz der Unterhaltungsmittel ist nach Wolf in der „dritten Epoche“ eine außerordentlich starke geworden. Mit dem Wachstum des materiellen Reichtums schreitet „die Emanzipation vom religiösen Gebot und der gesellschaftlichen Tradition früherer Zeiten“¹ voran. Bei „lückenhaft“ gewordenen sittlichen Begriffen² haben die „rechnerischen Momente“, neben ihnen „die Gesichtspunkte der Lebensbequemlichkeit usw.“³ vielfach eine „neue Tradition“⁴ geschaffen, die, bei der entwickelten „Technik der Prävention usw. bzw. der Verbreitung ihrer Kenner“⁵ zur „Bevölkerungs- und Sozialpolitik des Naturzustandes“⁶, der künstlichen Beschränkung der Kinderzahl herabgesunken ist. Schon Leroy-Beaulieu hatte den Geburtenrückgang als Folge religiöser und sittlicher Emanzipation bezeichnet.

121. Der Neo-Malthusianismus erkennt die Malthussche Bevölkerungslehre als richtig und die aus der starken Wachstumstendenz der Bevölkerung entspringenden Gefahren als tatsächlich vorhanden an. Nur gilt ihm das von Malthus vorgeschlagene Heilmittel, der moral restraint

¹ Ebd. 190.² Ebd. 189.³ Ebd. 169.⁴ Ebd.⁵ Ebd. 168.⁶ Ebd. 189. Vgl. auch den Aufsatz über Geburtenrückgang im Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik XXXVII (1913) 919 ff.

(Zölibat, späte Eheschließung, Enthaltung in der Ehe)¹ als physisch und „moralisch“ bedenklich, jedenfalls als praktisch unzulänglich; letzteres heutzutage um so mehr, da die unter normalen Bedingungen verminderte Sterblichkeit ein stärkeres Wachstum der Bevölkerung, auch abgesehen von der Natalität, bewirkt.

Bereits 1822 wies in England Francis Place auf gewisse in Frankreich seit der Revolution übliche Mittel hin zur Beschränkung der Kinderzahl. Auch Robert Owen soll für seine Arbeiterkolonie in New Lanark die Befolgung der „ehelichen Klugheit“ empfohlen haben. Sein Sohn Robert Dale Owen trat offen für diese Praxis ein; ebenfalls John Stuart Mill, dann Charles R. Drysdale, der Präsident der 1877 begründeten „Malthusian League“, Annie Esant, Allbutt, Moss, Paolo Mantegazza, Otto Zacharias, M. Stille, Otto, der Schwede K. Wiksell usw.² Namentlich viele Ärzte zählen zu den Verteidigern des Neo-Malthusianismus in Theorie und Praxis. Kautsky und andere sozialistische Schriftsteller halten auch in der Zukunftsgesellschaft die „Rationalisierung“ der Geburten, den „präventiven geschlechtlichen Verkehr“ für notwendig, um die Wiederkehr der Übelstände unserer heutigen Staats- und Wirtschaftsordnung zu verhindern. J. St. Mill, Mantegazza, Zacharias u. a.³ erhoffen von der „fakultativen Sterilität“ nicht die Beseitigung aller Übelstände schlechthin wie die extremen Neo-Malthusianer, wohl aber die Überwindung einzelner Mißstände, die mit einer großen Volkszahl in Beziehung stehen; so erwarten sie namentlich, daß die Löhne der weniger zahlreichen Arbeiter sich erhöhen würden usw.

Karoly Balas⁴ zufolge ist die Zunahme der Bevölkerung für Rasse und Nation wünschenswert, für Gesellschaft und Volkswirtschaft — einen gewissen Stand der Bevölkerungsdichte vorausgesetzt — verderblich. Volkswirtschaften, die nicht aus dem Ertrage des eigenen Bodens den Lebensunterhalt des Volkes decken können, die durch einen auf die Dauer gefährdeten Export ihrer industriellen Produkte (Kampf um die Absatzgebiete, allmähliche Selbstversorgung der Kunden) sich die Lebensmittel anderer Gebiete verschaffen müssen, solche Volkswirtschaften leiden an Übervölkerung. Sie können vorderhand existieren, solange noch dünnbevölkerte, in erster Linie Urproduktion betreibende Volkswirtschaften für die Aufnahme der Industrieprodukte erreichbar oder auch Reservegebiete für den Abfluß überschüssiger Bevölkerung vorhanden sind. Zur eventuellen Sicherung der gesellschaftlichen Interessen fordert Balas eine Administration des Be-

¹ Nach Malthus sind „in jedem Lande einige der Hemmnisse mit mehr oder weniger Kraft in beständiger Wirksamkeit. Dennoch gibt es . . . wenige Staaten, in denen sich nicht die Bevölkerung über das Maß der Unterhaltsmittel zu vermehren strebte. Diese Tendenz hat beständig die Wirkung, die niederen Gesellschaftsklassen der Not zu unterwerfen und eine große und dauernde Verbesserung ihrer Lage zu verhindern“ (Essay [bei Stöpel] 16). Darum moral restraint! Der Essay war, wie Verijn Stuart bemerkt, mehr ein Mahnruf als eine Klage über ein jedem bleibenden Aufstreben der Menschheit entgegenstehendes Verhängnis.

² Vgl. Pontus E. Fahlbeck, Der Neo-Malthusianismus, in Zeitschrift für Sozialwissenschaft VI (1903) 623—646. Vgl. auch ebd. XII (1909) 493 f.

³ Man vergleiche auch die hierhin gehörigen Äußerungen v. Rümelins in seinen „Reden und Aufsätzen“ 309. Neue Folge 613 ff.

⁴ Das Bevölkerungswesen (ungarisch) (1906).

völkerungswesens nach dem Muster der Sanitätsadministration: Für die verschiedenen Gebiete wird je nach den Verhältnissen das Ein-, Zwei- oder Dreikindersystem proklamiert und (nicht bloß durch Mittel vermögensrechtlicher Art) durchgeführt. Bedenken hiergegen hält Balás für eine Inkonzsequenz: „Unsere heutige Auffassung findet es sehr natürlich, daß der Staat den Menschen mit Gewalt gegen Blattern impfen läßt, daß er aus sanitären Interessen in seine Wohnung eindringt, aus finanziellen Gründen einer Kontrolle unterwirft, was der Bürger ißt und trinkt, den Kindern einen Schulzwang und den Männern einen Militärzwang auferlegt und von seinen Bürgern gegebenenfalls sogar die Aufopferung des Lebens fordert.“¹ Warum also sollte der Staat nicht das Recht haben, in das Geschlechts- und Familienleben einzugreifen, sei es um die Abnahme oder um zu starkes Wachstum der Bevölkerung zu verhindern?

Das Charakteristische des Neo-Malthusianismus im engeren Sinne gegenüber dem Malthusianismus liegt namentlich in der Forderung des eventuell künstlichen Eingriffes in den Generationsakt selbst. Dazu kommt das sog. Zweikindersystem: die Familien sollen niemals mehr als zwei, höchstens drei Kinder haben. Die übrige Progenitur müsse verhindert werden. Tatsächlich wird der Neo-Malthusianismus heute mit dem Zweikindersystem identifiziert. Man sieht in ihm schlechthin die Theorie des Zweikindersystems.

Jenes System ist praktisch freilich viel älter als der Neo-Malthusianismus. Es findet sich im alten Griechenland und Rom², in Frankreich seit der Revolution, auch sonst vielfach bei den höheren Ständen, in den großen Städten, selbst bei dem Landvolke. „Dieses System liegt zurzeit in der Luft. Es verbirgt sich in jeder weit gelangten Zivilisation wie der Wurm in der Rose.“³

Die falschen Voraussetzungen des Neo-Malthusianismus sind zum großen Teil mit der Widerlegung des Irrigen in der Malthusschen Theorie zugleich getroffen. Einzelne Gründe hat Fahlbeck trefflich zurückgewiesen. Auch hier finden sich nämlich wieder die Berechnungen der Volksmenge nach hundert und tausend Jahren. „Man merkt nicht, daß diese Zahlengymnastik beinahe auf ein Haar dem bekannten Rechenexempel gleicht, daß eine Mark, bei Christi Geburt zinsbar angelegt, augenblicklich den Reichtum der ganzen Welt übersteigen würde. Allein ebensowenig wie jemand im Ernst an die Möglichkeit glaubt, daß man durch dieses einfache Mittel uns zu dem reichsten Volke der Welt machen könne, ebensowenig braucht man zu befürchten, daß die Volksvermehrung ins Unendliche wachsen werde.“⁴

Man weist sodann auf die den meisten Völkern eigentümliche Auswanderung und die weit verbreitete Armut hin, in denen man Wirkungen einer Übervölkerung erblickt. Allerdings wird ein Volk, das sich

¹ Balás a. a. O. 474.

² Tacitus lobt die Deutschen, bei denen „numerus liberorum finire flagitium habetur“.

³ Fahlbeck a. a. O. 634.

⁴ Ebd.

im eigenen Lande nicht ernähren kann, aus der Heimat verdrängt (die Irländer nach der Kartoffelkrankheit 1845). Allein die Auswanderung kann auch andere Ursachen haben. In Schweden zum Beispiel findet Auswanderung deshalb statt, nicht weil die Arbeitslöhne dort schlecht wären, sondern weil man hofft, in Amerika leichter die Gesellschaftsleiter emporsteigen, den Übergang in eine höhere Klasse, die der Bauern oder Herren, erreichen zu können. Dann übt auch die schon große schwedische Bevölkerung in Amerika eine gewisse Anziehungskraft aus, ganz abgesehen davon, ob in der Heimat Volksmangel oder Volksüberfluß besteht. Verwandte und Freunde werden von den bereits Ausgewanderten entboten, geholt. Überdies ist die Auswanderung, wie an anderer Stelle ausgeführt wurde, keineswegs immer ein absoluter Nachteil für das Heimatland. In Schweden wie in Italien bringt sogar der Gegenstrom der Rückkehrenden wohl die Hälfte der Menschen und bedeutend mehr materiellen Besitz wieder in die Heimat, als der von dort ausgehende Strom in die Fremde entführte (Fahlbeck).

Gewiß kann ferner eine zu starke Anhäufung von Menschen am selben Ort Armut und Elend hervorrufen. Allein es gibt dafür ebenfalls noch eine ganze Reihe anderer Ursachen, individueller wie sozialer Art. In allen Ländern finden sich mehr oder minder viele Arme. Daß durch das Zweikindersystem dieses Verhältnis behoben würde, wäre noch erst zu beweisen. Frankreich könnte kaum zum Beweise herangezogen werden. Es hat trotz des herrschenden Zweikindersystems genug Armut und Elend. Auch folgt noch lange nicht, daß durch die Verminderung der Volkszahl eine bessere Verteilung des Nationalproduktes gesichert wäre, und vor allem, daß dieses Nationalprodukt auf der alten Höhe gehalten werden könnte. Volkswirtschaftlich dürfte es kaum zweifelhaft sein, daß eine etwas stärkere Bevölkerung viel besser gedeiht als eine durch das Zweikindersystem reduzierte¹.

Aber, so wird eingewendet: da ist ein Mann, er hat Frau und zwei Kinder, die er noch gerade anständig ernähren kann; kommen nun noch zwei oder vier hinzu, dann haben sich die Munde vermehrt, die Hände aber, welche die Familie ernähren müssen (des Vaters), sind dieselben. Führt das nicht zur Armut? Nun, vielleicht wird die Schaffenslust des Vaters durch die Liebe zu seinen Kindern erhöht, sein Fleiß angespornt, so daß nicht gerade Elend das Los der stärkeren Familie sein muß. Und dann, leuchtet es nicht sofort ein, wie verkehrt die Übertragung eines solchen der Privatökonomie entnommenen Gesichtspunktes auf die Volkswirtschaft ist? Es mag bei oberflächlicher Betrachtung richtig erscheinen, daß eine kleinere Volkszahl leichter leben könne als eine größere. „Hierbei vergißt man aber, daß eine Vermehrung oder Verminderung im Volk nicht wie in einer Familie nur den nicht

¹ Fahlbeck in Zeitschrift für Sozialwissenschaft VI (1903) 636 f.

arbeitsfähigen Kindern gilt, sondern alle Alter umfaßt und somit auch die produktiven. Während in der einzelnen Familie mit jedem neugeborenen Kinde nur die Munde vermehrt werden, während die Hände, die sie unterhalten sollen, dieselben bleiben, wachsen im Volk die letzteren in entsprechendem Verhältnis zu den ersteren. Der Generationswechsel erfolgt nämlich nicht für alle Familien auf einmal, sondern allmählich, so daß das Verhältnis zwischen Munden und arbeitenden Händen, das in der einzelnen Familie mit jedem neuen Kinde so gewaltig verrückt werden kann, im Volke ungefähr dasselbe bleibt. Deshalb ist diese Art der Argumentierung . . . betreffs eines ganzen Volkes vollständig sinnlos.“¹ Die Beweisführung des Neo-Malthusianismus — insofern er dem einzelnen Bürger, namentlich dem Arbeiter, ein besseres Auskommen durch Beschränkung der Volkszahl sichern will — geht von der irrigen Voraussetzung aus, daß der Dividend „Nationaleinkommen“ auf derselben Höhe bleibe, während der Divisor „Volkszahl“ sich vermindere. Würde eine solche Verminderung der Volkszahl sich lediglich durch Verminderung der nicht produktiven Klassen vollziehen, dann wäre weniger gegen diese Voraussetzung einzuwenden. Allein auch die produktiven, arbeitsfähigen Glieder der Gesellschaft werden ja durch die angenommene Herabsetzung der Volkszahl vermindert. Bei wesentlich geringerer Zahl der Arbeitskräfte dürfe aber kaum, *ceteris paribus*, das gleiche Nationalprodukt erzeugt werden können, als die größere Anzahl hervorzubringen imstande wäre.

Dazu kommen dann noch besondere *Gefahren des Zweikindersystems*. Die Lehren der Geschichte und die Erfahrungen der Gegenwart lassen uns dieselben klar erkennen.

Die antike Welt ist der fehlenden Regeneration zum Opfer gefallen. „Es ist ganz eigentümlich“, sagt Fahlbeck², „daß es der Wissenschaft so schwer gefallen ist, dieses mächtigste Ereignis, das die Weltgeschichte kennt (den Untergang des Altertums), zu erklären. Man hat früher als die hierbei wirksamen Ursachen — außer äußeren Umständen, wie Pest, Krieg, Einbruch der Barbaren — den Verfall des politischen Lebens und die allgemeine Sittenverderbnis angeführt. Augenblicklich ist es modern, das letztere nicht hoch anzuschlagen und die Bedeutung des ersteren zu unterschätzen, und an Stelle dessen die Erklärung jener Ereignisse in den ökonomischen und sozialen Umwälzungen, welche die Höfe der Bauern in große, von Unfreien bewirtschaftete Latifundien verwandelten, wie in der überhand nehmenden Anwendung von Sklaven zu suchen. Das letztgenannte Moment hat unzweifelhaft ebenso wie die andern zu dem Ausgange, den die antike Welt nahm, beigetragen. Ebenso wenig aber, wie diese Erklärung betreffs Griechenlands und dessen Untergang nach Alexander ausreicht,

¹ Ebd. 637 f.² Ebd. 640 f.

ebensowenig genügt sie, um den Verfall der ganzen antiken Kultur nach den Antoninen zu verstehen. Das größte Hindernis für eine richtige Auffassung dieser Ereignisse ist, daß man bei der Analyse nicht zwischen näheren und entfernteren Ursachen unterscheidet. Die unmittelbarste und direkt wirkende Ursache zu dem Untergange der griechischen wie später der römischen Welt war der wachsende Volksmangel. Aber dieser ist seinerseits eine Folge der fehlenden Regeneration. Denn wie sehr auch Pest und Krieg bei verschiedenen Gelegenheiten und besonders in der Mitte des 2. Jahrhunderts n. Chr. die Volksanzahl dezimierten, so wären diese Lücken schnell wieder ausgefüllt worden, falls die Regeneration stark oder selbst normal gewesen wäre. Bei einem lebenskräftigen Volke geht die Zunahme nach solchen Aderlässen eher in einem noch schnelleren Tempo vor sich, so daß die Volkszahl in 15—20 Jahren wieder dieselbe Höhe hat wie früher. Diese Unglücksfälle hätten deshalb wenig zu bedeuten gehabt, falls nicht die Regeneration zu versiegen begonnen hätte. Die fehlende Regeneration war es, die in diesem Falle wie sicher immer, wenn eine Kultur untergeht, die unmittelbar todbringende Krankheit wurde. Gewöhnlich kommt dann das Ende selbst ganz plötzlich durch äußere Gewalt, nachdem die innere Widerstandskraft gebrochen ist. In dem vorliegenden Falle ging es auf andere Weise zu. Da der Bedarf an Armen für Ackerbau und Gewerbe nicht länger durch eigene Regeneration gedeckt werden konnte, griff man zu dem Ausweg, denselben durch immer stärkeren Import von Barbaren zu ersetzen. Dies traf besonders im römischen Weltreich nach dem Markomannenkrieg 167 n. Chr. ein. Man versah sich aus der germanischen Völkerkammer mit dem nötigen Menschenmaterial. Große Teile des Reiches wurden zwar auf diese Weise bevölkert, mit welcher Wirkung aber? Zum Verständnis der Folgen dieser Infiltration halb zivilisierter Völker und Individuen, welche durch den sozialen Umsatz dann rasch in alle Lager der Gesellschaft hinaufgeführt wurden, bedarf es keiner langen Forschungen und Ermittlungen. Der kurze Weg vom Triumphbogen des Titus bis zu dem des Konstantin in dem jetzigen Rom gibt genügenden Aufschluß darüber. Die kunstgeübten Hände, die den ersteren erbaut hatten, waren 200 Jahre später durch Barbarenhände ersetzt worden, welche die Vorbilder nicht einmal anständig nachzuahmen verstanden. Daß die Völker, welche die Zivilisation und die Kenntnis der Kunstübung besaßen, ihr Geschlecht nicht fortpflanzten, sondern statt dessen die Barbaren als Adoptivkinder erboten, war die erste und eigentliche Ursache des Untergangs der Antike.“¹

¹ Zu Polybios' Zeit war in Griechenland das Zweikindersystem allgemein unter den Freien üblich: „Das ganze Land leidet Mangel an Kindern und überhaupt an Menschen, wodurch die Städte volksleer werden und der Boden keine Frucht mehr trägt, trotzdem weder Krieg noch Pest uns heimsucht. Denn die Menschen haben sich dem Übermut, der Sucht nach Geld und der Bequemlichkeit ergeben; sie wollen

Wenn Fahlbeck als sekundäre Ursache der abnehmenden Regeneration des römischen Volkes die christliche Aszese anführt, so täuscht er sich ohne jeden Zweifel. Er schreibt einer rein individuellen Erscheinung Wirkungen für das Volksganze zu, die sie nicht hat und auch nicht haben kann. Der christliche Zölibat führt sich nicht auf ein Gebot, sondern auf einen Rat zurück, ist lediglich Ausnahmefall für einzelne Persönlichkeiten. Dem „qui potest capere capiat“ steht anderseits ein „melius nubere, quam uri“ zur Seite. Überdies ist die Lehre des Christentums von Ehe und Familie so ideal, sittlich verklärt, daß bei aller Achtung des persönlichen Opfers der Enthaltbarkeit für den dazu besonders Berufenen nicht der mindeste Schatten auf diejenigen fällt, die in einer andern Ordnung das Opfer suchen, dort die Tugend bis zu den höchsten Höhen der Heiligkeit hinauf üben können und nicht selten tatsächlich auch üben.

Fahlbeck verweist dann für die Folgen des Zweikindersystems noch auf ein anderes Beispiel, das uns näher liegt, das heutige Frankreich¹: „Wir sehen dort zwar nicht den Ausgang, können aber vermöge der modernen Statistik dem Verlaufe folgen und aus dem, was wir so sehen, unsere Schlüsse ziehen. Wie bekannt, ist das Zweikindersystem in Frankreich als Volkssitte nicht alt, kaum 100 Jahre; es umfaßt auch nicht das ganze Land. Ungefähr ein Viertel der Departements ist noch ziemlich unberührt davon (?) und auch in den übrigen ist dieses System lange nicht alleinherrschend. Allein trotzdem, welches sind schon die Wirkungen? Wäre nicht die bedeutende Immigration (und Abnahme der Sterblichkeit) da, so würde die Volksanzahl zu sinken beginnen und stets tiefer sinken, bis eine starke Untervölkerung einträte und das Volk seine Selbständigkeit verlöre. Nun (vor dem Weltkriege) wird die Volksanzahl zu einem guten Teil durch den Zufluß von außen, von Deutschen, Italienern und Belgiern aufrechterhalten. Hierunter bleibt aber das französische Volk allmählich nicht länger dasselbe Volk. Ein Glück ist, daß die umgebenden Völker Stammesverwandte sind und dieselbe Zivilisation besitzen. Im entgegengesetzten Falle, und wäre Frankreich von Negerstämmen umgeben, so hätten dessen Söhne und Töchter schon an manchen Orten angefangen, einen dunkleren Farbenton anzunehmen, und die glänzende französische Kultur wäre, ganz wie dies vor 1700 Jahren in dem römischen Weltreiche geschah, bald in Barbarei verwandelt. Ein Land mit abnehmender Bevölkerung wirkt auf die umherliegenden Völker wie ein leerer Raum auf die umgebenden Luftlager. Er saugt sie an sich, wird aber selbst dadurch verwandelt. So geht es auch mit dem Frank-

sich nicht mehr verheiraten, und tun sie dies, so ziehen sie doch nicht mehr als ein, höchstens zwei Kinder auf, dies alles, um sie in Überfluß erziehen und ihnen ein großes Erbe hinterlassen zu können“ (Polybius, Hist. Reliq. 37, 4). Erinuert sei an das Wort des Tacitus von „numerus liberorum finire“; auch die Gesetze (Lex Iulia et Papia Poppaea) beweisen die Herrschaft jenes Systems und eines wenig ehrenhaften Zölibats von der letzten Zeit der römischen Republik an.

¹ Zeitschrift für Sozialwissenschaft VI (1903) 642.

reich der Gegenwart, falls es die verderbliche Volkssitte des Zweikindersystems fortsetzt und entwickelt.“¹

Bertillon nennt die Abnahme der Geburtenziffer eine „jährliche Niederlage“ Frankreichs. „Wenn die Geburtenziffer sich nicht hebt, ist unser Land verloren“, sagt er; aber er muß gleichzeitig eingestehen, daß alle Propaganda, um dem Volke den Ernst der Frage mit praktischem Erfolge begreiflich zu machen, bisher vergeblich gewesen ist².

Man hat zuweilen geglaubt, daß die geringe Geburtenfrequenz der französischen Nation auf physische Ursachen sich zurückführe, auf eine geringere Fruchtbarkeit der romanischen Völker³. Allerdings sind die Slawen durchschnittlich fruchtbarer als die Germanen, diese fruchtbarer als die Romanen. Dennoch kommt die italienische und spanische Geburtenziffer der deutschen im Durchschnitt ungefähr gleich und übersteigt diejenige Englands und der skandinavischen Länder nicht unbeträchtlich. Auch die portugiesische Geburtenziffer ist größer als die englische und skandinavische. Die Zugehörigkeit zu den romanischen Völkern kann also nicht der wahre Grund jener geringen Geburtenfrequenz der französischen Nation sein. Die französischen Kanadier erfreuen sich einer starken Vermehrung. Und in Frankreich selbst betrug gegen Ende der Regierung Ludwigs XVI. die Geburtenziffer 3,7—3,9 auf je 100 Einwohner, eine Zahl, die jetzt nur noch in den geburtenreichen Staaten Osteuropas und der Balkanhalbinsel erreicht wird.

Auch der Hinweis auf die gewaltigen Menschenverluste in den Kriegen der großen Revolution und des ersten Kaiserreiches (nach Fournier de Flaix 2 $\frac{1}{2}$ Millionen, nach G. Lagneau noch mehr) genügt nicht zur Erklärung der andauernd geringen Geburtenziffer. Die Dezimierung der kräftigsten Altersklassen hat gewiß die Geburtenziffer zu Anfang des 19. Jahrhunderts herabgesetzt. Andere Völker aber hatten, wie gesagt, nach solchen Ereignissen ein stärkeres Wachstum (Deutschland nach dem Dreißigjährigen Kriege!). Sie erholten sich langsam wieder. Eine Schwächung der physischen Zeugungsfähigkeit lag nicht vor. Warum sollte gerade Frankreich diesbezüglich eine Ausnahme machen?

Ferner hindert die Franzosen nicht etwa wirtschaftliche Notlage an der Eingehung der Ehe. Im letzten Jahrzehnt des 19. Jahrhunderts war allerdings die Heiratshäufigkeit in Frankreich etwas geringer (7,5 Eheschließungen auf je 1000 Einwohner) als im Deutschen Reiche (8,2), aber höher als in Großbritannien und Irland, Holland, Belgien, den skandinavischen

Vgl. insbesondere auch Hermann Krose, *Der Niedergang einer großen Nation*, in *Stimmen aus Maria-Laach* LXXI (1906) 143 ff. 285 ff.; *Bestrebungen und Vorschläge zur Hebung der französischen Geburtenziffer* 490 ff. (1915) 287 ff. Über Neo-Malthusianismus (Rassenmord) in Amerika vgl. *Sozialistische Monatshefte* 1911, 7. Heft, 453 ff.

² „Luxemburger Wort“ LX (1907) Nr. 337, 3. Dezember.

³ Vgl. Krose in *Stimmen aus Maria-Laach* LXXI (1906) 151 ff.

Staaten und in Italien. Das durchschnittliche Heiratsalter der Männer war in Frankreich verhältnismäßig hoch (1900: 30,8 Jahre), dagegen das der Frauen, auf das es für die eheliche Fruchtbarkeit in erster Linie ankommt, war in Frankreich niedriger als in Deutschland Österreich, England und andern Staaten, die eine hohe Geburtenfrequenz haben. Nicht die Heiraten sind an Zahl zu gering oder zu spät; an der Zahl der Kinder fehlt es. In dem Willen der Bevölkerung liegt die Ursache, und das Volk trägt die Verantwortung für diesen nationalen Selbstmord (Krose).

G. Cauderlier¹ schreibt den Stillstand der Bevölkerung ungünstigen wirtschaftlichen Verhältnissen zu. Die Fortschritte der Zivilisation erzeugten neue Bedürfnisse, zu deren Befriedigung die neuen Erwerbsquellen nicht ausreichten; dazu noch die riesige Steuerlast, die Invasion der Phylloxera, die Handels- und Börsenkrisen usw. Ohne Zweifel wirken wirtschaftliche Verhältnisse auf die Geburtenziffer ein. Allein der Reichtum ist doch auch in Frankreich noch gewachsen, die Arbeitslöhne sind gestiegen, die Steuerlast wurde vor dem Kriege nicht als drückend empfunden². Die Gründe liegen anderswo: die französische Familie will durch viele Kinder nicht in ihrer Bequemlichkeit, ihrem Genußleben, ihrer gesellschaftlichen Stellung gestört werden, will das Erbe nicht einer zu großen Teilung aussetzen (Erbrecht, gleiche Teilung!).

Ohne Zweifel kann und wird gerade die Wohlhabenheit, insofern sie zu einem egoistischen Wohlleben verleitet, häufig den Anlaß bieten zur Beschränkung der Kinderzahl³. Allein ein allgemeines „Gesetz“ besteht auch hierfür nicht. Talquist⁴ hat die französischen Departements nach Steuerbeträgen in zehn Gruppen eingeteilt, von unten nach oben, und die entsprechende Reihenfolge der Geburtenfrequenz ist: 1, 2, 3, 5, 8, 6, 7, 4, 9, 10. Nur an den beiden Enden herrscht Übereinstimmung. Nächst dem Stadtkreise Berlin standen in Preußen mit dem

¹ Les lois de la population et leur application à la Belgique (1900).

² Journal de la Société de Statistique 1902, 71.

³ Die „Wohlstandstheorie“ im Sinne P. Momberts will „Wohlstand und Kultur“ nicht als unmittelbare Ursachen der künstlichen Kleinhaltung der Familien bezeichnen: „sie sind es vielmehr nur, welche das wirtschaftlich-rationalistische Denken erzeugen, jenes steigende Verantwortungsgefühl (?) für die Kinder, jenen sozialen Ehrgeiz, aber auch jene Bequemlichkeit, die dann erst ihrerseits diesen geburtenmindernden Einfluß ausüben“ (Grundriß der Sozialökonomik Abt. 2, 42). — Die Doubledaysche Hypothese führt unter den Ursachen der geringen Geburtenzahl die Überernährung auf. (Ähnlich Manes, Das Land der sozialen Wunder [1912] für Neuseeland-Australien). Indessen wurde demgegenüber auf die englische Aristokratie hingewiesen, die trotz reichlicher Ernährung eine über den Durchschnitt hinausgehende Fruchtbarkeit aufweise. — Vgl. auch Kautsky, Vermehrung und Entwicklung, in Natur und Gesellschaft (1910). (Hinweis auf die Wirkungen des sozialistischen Wohlstandes der unteren Klassen.)

⁴ Recherches statistiques sur la tendance à une moindre fécondité des mariages (1885).

Anteil der Bevölkerung, der zur Einkommensteuer herbeigezogen wurde, die Regierungsbezirke Arnsberg und Düsseldorf am höchsten; gleichzeitig war dort die Geburtenfrequenz hoch über dem Durchschnitt¹.

Paul Leroy-Beaulieu glaubt das „wahre Gesetz der Bevölkerung“ mit den Worten verkünden zu dürfen: „La civilisation réduit considérablement la natalité.“² Mag eine mäßige Abnahme der Geburtenziffer, wenn sie vordem zu hoch war, mit wahrer Zivilisation sich vereinigen lassen, namentlich infolge der Verminderung leichtsinniger, überfrüher Ehen, bei steigender Lebenshaltung der unteren Klassen, höheren Erziehungskosten der Kinder u. dgl.³; darüber hinaus aber ist die Abnahme der Geburtenziffer keineswegs ein Zeichen nationaler Gesundheit, echten Fortschrittes, wahrer Zivilisation. In dem Milieu, in dem Leroy-Beaulieu lebt, würde der berühmte und einflußreiche Nationalökonom sich das größte Verdienst erwerben können, wenn er recht klar zwischen „Rose und Wurm“, zwischen Zivilisation und Dekadenz unterscheiden wollte. Gewiß erkennt Leroy-Beaulieu die „Gefahr der zivilisierten Völker“ nicht, eine allzu starke Abnahme der Geburtenziffer zu erleiden. Er hält diese Gefahr sogar für größer als die entgegengesetzte Gefahr eines überstarken Wachstums. Er ist weder Malthusianer noch Neo-Malthusianer. Aber er ist Monarchist und erwartet von der Monarchie in unserer Frage das Heil. So vermengt er wahre und falsche Ursachen jener beklagenswerten Erscheinung miteinander — nicht zum Vorteil der Monarchie, die für sich allein, ohne gründliche moralisch-soziale Heilung der Nation, kaum helfen würde⁴.

Nicht die Demokratie, sondern jene moralische Dekadenz, die sich mit rein materieller Wohlfahrt allzuleicht verbindet, in materiellem

¹ F. Tönnies, Zur naturwissenschaftlichen Gesellschaftslehre, in Schmollers Jahrbuch XXXI (1907) 114 Anm.

² Traité théorique et pratique d'Economie Politique VI⁴ (1906) 613 ff.

³ Friedrich Prinzing, Handbuch der medizinischen Statistik (1906) 29.

⁴ Er sagt: „Malthus paraît donc s'être trompé et n'avoir pas assez compté avec l'égoïsme des hommes. Plus une nation se démocratise, plus l'individu s'émancipe des vieilles croyances et des vieilles idées, plus il est épris de l'égalité des conditions, c'est-à-dire plus il considère son ascension vers la richesse et les honneurs comme le but principal de la vie, plus la natalité diminue“ (Journal des Débats, 20. août 1890). In einem neueren Artikel des Journal des Débats bemerkt P. Leroy-Beaulieu: Die Departements, welche die geringsten Geburtsziffern aufzuweisen haben, sind gerade die, in denen die Bevölkerung am stärksten von dem radikalen Geiste und Strebertum durchdrungen ist. Lot-et-Garonne, ein ganz kleines Departement, hat die meisten Minister usw. in der dritten Republik geliefert; es steht auf der Liste der Geburtenziffer an vorletzter Stelle. Die bretonischen Departements Finistère und Morbihan dagegen weisen mehr als das Doppelte in dieser Hinsicht auf. Frankreich würde heute 58 Millionen statt 39 besitzen, wenn es im ganzen seit 1871 den Zuwachs gehabt wie Finistère allein. — In den bretonischen Departements wohnt eine christliche, glaubenstreue Bevölkerung! Über Sittenverwilderung als Ursache der Geburtenhemmung in Riga vgl. die Bemerkungen Felds in Zeitschrift für Sozialwissenschaft V (1914) 267 ff.

Streben völlig aufgeht, die raffiniert genug ist, um durch betrügerisches Geschlechtsleben zugleich den niedern sexualen Trieben und der Selbstsucht, in einer Familie und Individuum entwürdigenden Weise, Befriedigung zu verschaffen, das ist die Wunde, an der Frankreich krankt, das ist die Wurzel jenes Übels, welches dort nicht allein in den Großstädten und den höheren Klassen der Gesellschaft, sondern auch auf dem Lande und unter der bäuerlichen Bevölkerung weite Verbreitung gefunden hat.

Gerade hier gilt wieder unser Leitsatz: Man Sorge für die Qualität der Bevölkerung, und von oder für deren Quantität wird nicht so leicht zu fürchten sein. Erhöhung der Qualifizierung des Volkes in der rechten Weise, verbunden mit guter Sozial- und Wirtschaftspolitik, — das ist im wesentlichen die beste Bevölkerungspolitik.

122. Deutschlands Wohlfahrt und Volksvermehrung. Ein Bevölkerungswachstum über den erreichbaren Nahrungsspielraum hinaus kann der Wohlfahrt auch des deutschen Volkes nicht dienen. Es ist aber darum noch nicht notwendig, heute der Auswanderung ohne Maß das Wort zu reden. Die richtige Folgerung wird vielmehr sein, daß jetzt nachhaltig und mutig auf die Schaffung des für die Erhaltung eines normalen Volkswachstums erforderlichen Nahrungsspielraumes hingearbeitet werden muß.

Die glanzvolle Entwicklung der deutschen Industrie in den letzten 40 Jahren vor dem Weltkriege zugleich mit ihrer befruchtenden Wirkung für den deutschen Handel hatte die Ernährungsbasis des deutschen Volkes gewaltig verbreitert über die Grenzen des eigenen Staates hinaus. Es wird nicht so bald gelingen, im Weltverkehr die alte Stellung zurückzuerobern. Wir müssen aber auch dieses Ziel, soweit es erreichbar ist, im Auge behalten. Und dazu bedarf es eines gesunden Volkswachstums.

Von besonderer Bedeutung bleibt es, speziell dem deutschen Boden eine möglichst zahlreiche Bewohnerschaft zu geben, ferner die weitere Steigerung des Ertrags der Landwirtschaft durch Vergrößerung der Anbaufläche und möglichst intensive Bebauung des Bodens.

Notwendig ist sodann die Bekämpfung einer übertriebenen und unwirtschaftlichen Steigerung der Lebenshaltung durch Gesinnungspflege, Willensbildung, Volkserziehung².

Wir sagen indes mit Franz Walter³: „Nur wenn die wirtschaftlichen Verhältnisse keine allzu starken Hindernisse bilden, kann auch die Einwirkung auf die Moral des Volkes mit Hoffnung auf Erfolg einsetzen.“ Und mit A. Düttmann⁴: „Die auf sittlichem Gebiete liegenden Beweggründe können unter den gegenwärtigen Verhältnissen eine nachhaltige Wirkung nur ausüben, wenn sie gestützt werden durch Maßregeln, die

¹ Jos. Mausbach, Altchristliche und moderne Gedanken über Frauenberuf (1906) 59 f.

² M. Faßbender, Des deutschen Volkes Wille zum Leben 1 ff.

³ Ebd. 86.

⁴ Ebd. 462.

eine Hebung der wirtschaftlichen Lage der kinderreichen Familien verbürgen.“ Gleichwohl ist in der Tat eine gesunde Entwicklung der deutschen Bevölkerungszahl völlig ausgeschlossen ohne sittliche Erneuerung unseres Volkes.

Ein Blick auf die Hauptquelle des Verderbens wird uns davon überzeugen.

Die größte Gefahr für die Volksvermehrung bildet eben auch für uns der praktische Neo-Malthusianismus. Mombert hat in seinen Studien zur Bevölkerungsbewegung in Deutschland als wichtigste Ursache des Geburtenrückgangs steigenden Wohlstand und höhere Bildung bezeichnet. Ob „die Emanzipation vom religiösen Gebot und der gesellschaftlichen Tradition früherer Zeiten“ (Wolf) nun gerade höhere Bildung bekundet, dürfte mit Recht bezweifelt werden. Wir möchten aber auf etwas anderes hinweisen: Diejenigen Kreise, die sich höheren Wohlstandes erfreuen und sich höhere Bildung zuschreiben, werden auch in Zukunft nicht so leicht von der einmal gewohnten Praxis ablassen. Völker, die sich als Herrenvölker fühlen, bemerkt Brentano¹, pflegen „an der hohen Lebenshaltung, die sie erreicht haben, festzuhalten, auch wenn an die Stelle der aufsteigenden Welle, die sie emporgetragen hat, eine sinkende Welle tritt. Sie wollen auf die Bedürfnisse, die sie sich angewöhnt haben, nicht wieder verzichten; lieber gehen sie unter. Dies heißt, daß sie auch bei Verschlechterung ihrer Lebensbedingungen nicht mehr zu einer höheren Geburtenziffer zurückkehren. . . . Die übergroße Mehrzahl, wenn sie auch für ihr Vaterland zu sterben bereit ist, entschließt sich doch nicht, für es unter Entbehrungen zu leben, wie sie eine große Geburtenzahl für sie und die Ihren mit sich bringt, und je enger die Verhältnisse sind, unter denen die Klassen, auf welche es für die Volksvermehrung vor allem ankommt, den Kampf ums Dasein zu kämpfen haben, um so weniger dürften sie sich zu solcher Beeinträchtigung ihres Lebensglückes bereit finden lassen, wo immer sie einmal Geschmack an den andern Genüssen gefunden haben, auf die zu verzichten sie bei großer Geburtenzahl gezwungen würden“. So ist es in der Tat: „Der nationale Gesichtspunkt“, sagt auch J. Joos², „wird für die Kreise, auf die er berechnet ist, so gut wie unwirksam bleiben.“

Wir unterschätzen keineswegs alle die Wege, die für Sicherung des Wachstums der Volkszahl in Vorschlag gebracht werden: Erweiterung und Ausbau der Sozialpolitik, den Kampf gegen den Verkauf von Präventiv- und Abortivmitteln zur Geburtenverhütung, gegen die großen Volksseuchen, insbesondere die Geschlechtskrankheiten, gegen den Alkoholismus, das Eintreten für körperliche und geistige Ertüchtigung des deutschen Volkes usw.

¹ Die Malthussche Lehre und die Bevölkerungsbewegung der letzten Dezennien, in Abh. der histor. Klasse der K. B. Akademie der Wissenschaften XXIV 3, 621 ff. (567—625 u. 39 S. Anhang.)

² In Faßbender, Des deutschen Volkes Wille zum Leben 404.

Dennoch bleibt es das hohe Verdienst des preußischen Episkopates¹, in einem ergreifenden Hirtenschreiben vom 20. August 1913 die religiös-sittliche Erneuerung des deutschen Volkes als das in letzter Instanz allein siegreiche Mittel im Kampf gegen die gewollte Geburtenbeschränkung in den Vordergrund gerückt zu haben. Der „Wurm in der Rose“ stellt sich ein, wo die sittliche Kultur nicht gleichen Schritt mit der materiellen Kultur gehalten hat. Gelingt es nicht, diesen Mangel auszugleichen, dann wird die Bevölkerungsvermehrung trotz allem schließlich hinter der möglichen Bevölkerungskapazität, der Bevölkerungsfortschritt hinter der erreichbaren Masse der Unterhaltungsmittel zurückbleiben. Und das ist die weit größere Gefahr als Übervölkerung und Druck gegen die Schranke der Subsistenzmittel. Dann aber würde auch Deutschland — wie Frankreich trotz des Sieges nach dem Zeugnisse Clemenceaus — sich nicht mehr erheben, dann würde es ein langsam „sterbendes Volk“ sein².

§ 4.

Rasse und Nationalität.

Literatur: Karl Knies, Die politische Ökonomie vom Standpunkte der geschichtlichen Methode² (1883) 67—84. — Gustav Schmoller, Grundriß der politischen Ökonomie I: Die Rassen und Völker 139—158. — Devas-Kämpfe, Grundsätze der Volkswirtschaftslehre (1896) 28—45. — Johannes Ranke, Der Mensch² (1894) II: Die heutigen und die vorgeschichtlichen Menschenrassen 261—283. — Wilhelm Lexis, Das Wesen der Kultur, in Paul Hinneberg, Die Kultur der Gegenwart I 1 (1905), 1—51. — Friedrich Paulsen, Das moderne Bildungswesen 54—85. — Heinrich Herkner, Die Entartungsfrage, in Schmollers Jahrbuch XXXI 2 (1907), 357—378 (794—816). — Franz Keller, Bevölkerungspolitik und christliche Moral (1905) 98—109. — Otto Bauer, Die Nationalitätenfrage und die Sozialdemokratie (Marxstudien) (1907). — Kautsky, Nationalität und Internationalität. Erstes Ergänzungsheft zur „Neuen Zeit“ (1908). Dazu Aufsatz von O. Bauer, Vorbemerkungen zur Nationalitätenfrage, in Neue Zeit XXVI (1908) 792 ff. — Dann noch Kohl, Die Völker Europas (1873). — Schneider, Die Naturvölker (1885). — Vier-

¹ Vgl. auch Mercier, Pflichten des Ehelebens (deutsch von Bahlmann).

² Für die Frage der sittlichen Erneuerung besonders zu beachten: Arnold Rademacher, Christliche Ehe und christliche Familie als Hort und Jungbrunnen der Volkskraft, in Faßbender a. a. O. 769 ff. Auch Hermann Muckermann, Eine neue Familienforschung und der Ausbau der Familie der Zukunft, in Stimmen der Zeit XCVIII (1919) 15 ff. Ders., Erblichkeitsforschung und die Wiedergeburt von Familie und Volk (11. Flugschrift der Stimmen der Zeit 1919). Muckermann unterscheidet auf Grund von Erhebungen unter dem Gesichtspunkte von Zahl und Qualität drei Familienarten: 1. die naturtreue Familie, Normalfamilie, die aus der Vereinigung einer menschenwürdigen Liebe mit den Lebensgesetzen erblüht; 2. die unnatürliche Großfamilie, deren Kinderzahl und Kinderqualität durch die Abweichung von den Lebensgesetzen erzielt wird; 3. die unnatürliche Zwergfamilie, deren Kinderarmut und Kinderqualität auf künstliche Eingriffe in die Naturordnung zurückzuführen ist. Näheres a. a. O. Über familienweise Statistik der ehelichen Fruchtbarkeit vgl. auch die für Zürich vorgenommenen Erhebungen von Wilh. Feld und H. Thomann 1912.

kandt, Naturvölker und Kulturvölker (1896). Peschels und Ratzels Völkerkunde usw. — E. Schalk, Wettkampf der Völker (1905). — L. Woltmann, Politische Anthropologie (1906). — Schemann, Gobineaus Rassenwerk (1910). — Goldstein, Rassenhygiene (1913). — Lexis, Gesellschaftlicher Darwinismus, im Wörterbuch der Volkswissenschaft I^s 1027 ff. — Kirchhoff, Die deutschen Landschaften und Stämme (Meyers Volksbücher) (1908). — G. Schnürer, Deutsche Stämme, Landschaften, Einzelstaaten, und Alois Schulte, Nation und Staat, in Bd. II von Deutschland und der Katholizismus (1918) 63 ff. 83 ff. — Alfred Plötz, Die Begriffe Rasse und Gesellschaft (Verhandlungen des ersten deutschen Soziologentages 1911) 111 f. — Über Nationalität, Abh. von Paul Barth, Ferdinand Schmid usw. (Verhandlungen des zweiten Soziologentages 1913). — Robert Michels, Wirtschaft und Rasse, im Grundriß für Sozialökonomie Abt. 2 (1914) 97 ff. — Pearson, Über den Zweck und die Bedeutung einer nationalen Rassenhygiene für den Staat, in Archiv für Rassen- und Gesellschaftsbiologie V (1909).

123. Qualitative Verhältnisse der Bevölkerung im allgemeinen. Die Volkszahl ist für Macht und Wohlstand der Bevölkerung von großer Bedeutung. Dennoch wird das bloß numerische Übergewicht eines Volkes auf niedriger Stufe, wo die großen Mittel der modernen Zivilisation nicht zur Verfügung stehen, kaum hinreichen, um ihm den Vorrang vor andern einigermaßen bedeutenden Völkern höherer Kultur und Zivilisation zu sichern. Ja selbst unter zivilisierten Völkern läßt sich der Nachteil einer nicht übermäßig geringeren Volkszahl durch sonstige Vorzüge ausgleichen, die zur glücklichen Gestaltung der inneren Verhältnisse, zu einem friedlichen, gesunden Volksleben, zu wirtschaftlicher Überlegenheit führen können und tatsächlich führen¹.

Neben der Gunst der äußeren Naturbedingungen und neben der Volkszahl kommt also für uns auch die körperliche, intellektuelle, moralische Tüchtigkeit der Menschen bei den relativ letzten Ursachen jedes höheren Grades des materiellen Wohlstandes der Völker in Betracht². Wir werden darum unsere Aufmerksamkeit jenen besondern Eigenschaften zuwenden müssen, die einem Volke die ihm eigentümliche Arbeitskraft verleihen, die es sozial und wirtschaftlich befähigen, seine äußere und innere Ausstattung zum wahren Wohle der Gesamtheit und aller ihrer Teile richtig und dauernd zu verwerten.

Es handelt sich bei unserer Betrachtung nicht um rein individuelle Vorzüge, sondern um Eigenschaften, die sich beim Individuum durch seine Zugehörigkeit zur Gruppe vorfinden, um die Volksausstattung in natürlicher und kultureller Beziehung.

Ferner stehen hier auch nicht mehr allgemein menschliche Gattungseigenschaften in Frage, Vorzüge, die den Menschen vom Tiere unter-

¹ Krose in Stimmen aus Maria-Laach LXXI (1906) 144.

² Übrigens eine alte Wahrheit! — Antonio Serra betont in seinem Breve trattato (1613), daß neben den günstigen äußeren Bedingungen für den Volkswohlstand auch ein tatkräftiger, mit den Eigenschaften des Fleißes und der Betriebsamkeit vereinter Charakter der Bevölkerung, eine beständige und verständige Regierung, eine gute Handhabung der Gesetze nötig sei.

scheiden. Unser Interesse gehört hier vielmehr solchen Eigenschaften und Gütern, die innerhalb einer menschlichen Gemeinschaft besonderer Art von Geschlecht zu Geschlecht sich vererben.

Es sind das zunächst Rasseneigenschaften, die, wenn auch nicht zu der im Sinne der Philosophie metaphysisch oder physisch aufgefaßten Menschennatur gehören, dennoch nach Art der natürlichen Eigenschaften in der Gruppe sich vererben und so eine gewisse Einheit und Gleichheit der Eigenschaft innerhalb der Rasse erkennen lassen. Die Toten beherrschen auf diese Weise das Leben¹. Die Einheit ist allerdings keine absolute. Bei niedrigstehenden Rassen weisen die Individuen mehr Gleichmäßigkeit², bei höheren Rassen eine größere Differenzierung auf. Junge Rassen werden durch äußere Umstände stärker beeinflußt als die alten Rassen, deren Elastizität eine geringere ist. Doch bleibt auch hier Änderung der Rasseneigentümlichkeiten durch Rassenmischung und den Einfluß der Zeit möglich. Die psychische Gemeinsamkeit, die „Seele der Rasse“, offenbart sich in den verschiedenen Betätigungen der Völker, insbesondere in den Äußerungen ihrer Kultur.

Neben den Rasseneigenschaften kommen sodann Volksgüter, Volksgewohnheiten, Volkssitten in Betracht, die unter dem Einflusse kulturbildender Faktoren im Volke allmählich entstehen und dann erhalten werden.

Wir handeln zunächst von den gegebenen Eigenschaften der Rassen, Völkerfamilien, Volksstämmen, Nationen; dann von Eigenschaften und Vorzügen, die einem Volke durch körperliche Pflege, Bildung und Erziehung vermittelt werden können.

124. Die Rassen in somatischer Beziehung. Der Begriff „Menschenrasse“ gehört der Naturwissenschaft, der Anthropologie, an. Er bezeichnet eine Gesamtheit von Menschen, die durch gewisse allgemeine, mittels Vererbung übertragbare körperliche Merkmale gekennzeichnet und von andern Menschengruppen unterschieden sind. Die uns bekannten Unterschiede selbst der am meisten differierenden Rassen berechtigen jedoch keineswegs, die gemeinsame Abstammung, die Einheiten des Menschengeschlechts, zu verneinen. Das ist heute, wie der Anthropologe Johannes Ranke³ sagt, „die Meinung aller selbständig über den Menschen forschenden, anatomisch gebildeten Anthropologen“⁴. Die

¹ Gustave Le Bon, *Psychologie des foules* (1906). Ders., *Lois psychologiques de l'évolution des peuples* (1906).

² Was übrigens heute schon wieder beschränkt oder bezweifelt wird!

³ *Der Mensch* II³ (1894) 261.

⁴ K. E. v. Baer, der „Altmeister entwicklungsgeschichtlicher Forschung“, zugleich entschiedener Gegner des modernen Darwinismus, Rudolf Virchow, der im Kampf der Meinungen Selbständigkeit und freies Urteil sich wahrte, der Darwinianer J. Kollmann stimmen überein. Darwins Philosophie enthält die direkte Anerkennung der Einheit des Menschengeschlechtes. Vgl. Ranke a. a. O. Nach v. Baer gibt es keinen Grund an-

unmenschliche Härte, mit der einst in Amerika die Urbewohner zurückgedrängt wurden, jener brutale Egoismus, der von dem gleichen Rechte des farbigen Mannes mit dem Weißen nichts wissen wollte, der den afrikanischen Stamm zur Sklaverei verurteilte, findet in der Naturwissenschaft keine Stütze. Indianer und Neger sind von der gleichen Spezies wie der Weiße.

Tatsächlich vorhandene Unterschiede bieten für die Annahme verschiedener Arten im Menschengeschlechte keinen Halt. Die Gesamtheit der körperlichen Differenzen erscheint als eine in sich geschlossene Reihe. Die äußersten Formen sind durch aufs feinste abgestufte Zwischenformen vollkommen miteinander verbunden. Eine vollkommene Trennung der einzelnen Formen voneinander kann daher nur durch mehr oder weniger willkürlich gezogene Scheidungslinien veranstaltet werden (Ranke). Auch in den Individuen derselben Rasse prägt sich der Rassentypus keineswegs gleichmäßig aus. „Man kann für jedes Merkmal einen Mittelwert aufstellen, in dessen Nähe sich die Einzelfälle am meisten zusammendrängen, während die Abweichungen nach der einen und der andern Seite um so seltener werden, je weiter sie sich von dem Mittel entfernen. . . . Mit ihren äußersten Ausläufern kann eine Rasse sogar den mittleren Formen einer andern nahekomen, wenn auch die typischen Mittel beider weit voneinander abstehen. Auch unter Europäern findet man zuweilen Neger- und Mongolenphysiognomien, ohne daß diese auf irgendeine nachweisbare Rassenmischung zurückgeführt werden können.“¹ J. Kollmann, ein entschiedener Darwinianer, erzählt, er habe wiederholt bei den Schausstellungen der Lappländer oder der Indianer das Urteil gehört, das seien einfach maskierte Schwaben oder Bayern — „ein deutlicher Fingerzeig, wie auffallend gering der Unterschied selbst sehr differenten sogenannter Rassen ist“². Und wie verhält es sich mit der Farbe, einem der wichtigsten körperlichen Rassenmerkmale? Auch innerhalb der weißen, kaukasischen Rasse finden sich alle Abtönungen der Haut, vom reinsten Weiß bis zum Braun. Die Haarfarbe variiert gleichzeitig von der hellsten Flachs- farbe bis zum tiefsten Schwarz usw.

Der Begriff der „Art“ ist in der Naturwissenschaft heute noch schwankender als zur Zeit Cuviers. Aber als zuverlässiges Kriterium der Arteinheit gilt doch allgemein die vollkommene Fruchtbarkeit zur Fortpflanzung der Mischformen der verschiedenen Rassen, die tatsächlich z. B. schon durch das Gedeihen der Mestizen- und Mulattenbevölkerung in Amerika erwiesen ist. Die

zunehmen, daß die verschiedenen Völker ursprünglich aus der Hand der Natur verschieden hervorgegangen sind; man habe vielmehr Grund anzunehmen, daß sie verschieden geworden sind durch die verschiedenen Einflüsse des Klimas, der Nahrung, der sozialen Zustände, die auch durch die physische Beschaffenheit der Wohngebiete mitbestimmt werden. — Die Entwicklung der Sprache, Werkzeuge, Waffen, Gesellschaftseinrichtungen weist in ihren Besonderheiten doch mannigfache Ähnlichkeit auf. — Die amerikanischen Ureinwohner sind wahrscheinlich mongolischer Abkunft. Vgl. Schmoller, Grundriß I 127 142; de Gobineau, Versuch über die Ungleichheit der Menschenrassen (deutsch) (1899).

¹ Lexis, Das Wesen der Kultur, in Paul Hinneberg, Kultur der Gegenwart I (1905) 6 f.

² Vgl. Ranke a. a. O. 262.

angebliche Verkümmern der Bastarde von Anglo-Amerikanern und Negerinnen erklärt sich, soweit sie überhaupt vorliegt, aus Gründen anderer Art¹. Eine Instanz gegen die Einheit der Art bildet sie nicht. Kurz, die Rassen sind anthropologisch nicht verschiedene Menschenarten, sondern Varietäten derselben Art.

125. Physiologische und geistige Rassenunterschiede würden für die volkswirtschaftliche Betrachtung von hervorragendem Interesse sein². Allein was zunächst physiologische Eigenschaften, wie Muskelstärke, Schärfe der Sinne, Widerstandsfähigkeit gegen gewisse Krankheiten usw., betrifft, so bleibt es wenigstens fraglich, ob die Rasse als solche oder sonstige Umstände, Tatsachen, Verhältnisse als Grund des Vorhandenseins oder Fehlens der fraglichen Vorzüge oder Mängel zu betrachten sind, ob nicht dieselben Eigenschaften durch Übung, Anpassung usw., bei gleichen Lebensbedingungen, auch von den Angehörigen anderer Rassen hätten erworben werden können.

Darf man ferner von geistigen Rassenunterschieden sprechen? Gibt es eine größere oder geringere Kulturfähigkeit bei den verschiedenen Rassen? Die tatsächlich auch heute in verschiedenem Grade vorhandene Kulturhöhe der Völkerstämme beweist noch nicht einen verschiedenen Grad der Kulturfähigkeit der Rassen. Die Germanen standen zu Tacitus Zeit auf einer niedrigen Kulturstufe, verfügten aber doch über eine nicht unbedeutende Kulturfähigkeit. Die Geschichte lehrt, wie Lexis sagt, daß die als Kulturträger erscheinenden Völker nacheinander im Laufe der Zeiten ihre Rolle übernommen und durchgeführt haben. Namentlich aber war es die Berührung mit fortgeschrittenen Völkern, die gewissermaßen als Vorbedingung der eigenen Entwicklung diente, zur Auslösung und Verwertung bisher verborgener Kräfte und Fähigkeiten geführt hat. Vielleicht darf man nun dort, wo diese Berührung mit höherer Kultur dauernd ohne beträchtliche Rückwirkung blieb, von einem geringeren Grade der Kulturfähigkeit sprechen, z. B. bei den afrikanischen Zwergvölkern, den Weddas in Ceylon, den Negritos auf den Philippinen usw. Gleichwohl wird man auch in diesen und ähnlichen Fällen weder absolute Kulturunfähigkeit annehmen, noch auch das tatsächliche Zurückbleiben in der Kulturentwicklung ganz und gar einem geringeren Grad der Kulturfähigkeit zuschreiben dürfen. Es kommt eben sehr darauf an in welcher Art und Weise die Berührung mit der modernen Kultur, durch was und wie der Einfluß der höheren Kultur sich vollzieht. Wie oft bietet sie statt der Güter mehr noch ihre Laster dar, zeigt in gewalttätiger Vernichtung des schwächeren Volkes ihre Überlegenheit³. Meist fehlt auch die unerläßliche Geduld und Liebe, um solche Stämme allmählich und schrittweise in die wirtschaftlichen usw. Bedingungen des modernen Kulturlebens einzuführen, sie von Stufe zu

¹ Ebd. 264 f.

² Lexis a. a. O. I 7 f.

³ Vgl. Devas-Kämpfe, Grundsätze der Volkswirtschaftslehre (1896) 30, A. 1.

Stufe emporzuleiten. „Der Naturmensch steht auf seiner niederen Stufe in Harmonie mit seinen äußeren Lebensumständen; unter der Herrschaft einer ihm fremdartigen Kultur aber wird er zu einem zerlumpten Proletarier degradiert, der den Kampf ums Dasein mit der höheren Rasse nicht bestehen kann. Die Australier werden den Tasmaniern folgen, von den Polynesiern und den nordamerikanischen Indianern wird sich wahrscheinlich nur ein kleiner Rest in zahmer Mittelmäßigkeit erhalten, in Mexiko und Südamerika wird sich neben den indianisch-kreolischen Mischlingen wohl ein größerer Stock der Urbevölkerung behaupten, aber schwerlich jemals zu einem aktiven Element in der Kulturentwicklung werden. Eine widerstands- und lebenskräftige Rasse sind die Neger. In den Vereinigten Staaten aber werden sie nur in einem erheblichen Abstände mit der weißen Rasse parallel gehen können, und wo sie, wie in Haiti, mit einem Anflug von Zivilisation sich selbst überlassen sind, zeigt sich ihr selbständiger Kulturwert in einem sehr ungünstigen Lichte.“ So meint wenigstens Lexis. Die Zukunft muß lehren, ob die tatsächliche Entwicklung nicht etwa doch noch zu günstigeren Ergebnissen führen wird.

Kurz, die Vorzüge, deren eine Rasse sich jetzt erfreut, dürfen nicht dazu verleiten, in ihren Gliedern Wesen einer höheren Ordnung zu erblicken. „Die Weltwirtschaft kann keine Rasse missen“, sagt Robert Michels¹.

126. Gruppierung der heutigen Menschenrassen². Linné unterschied vier Varietäten: 1. Amerikaner, 2. Europäer, 3. Asiaten, 4. Afrikaner. Neben den somatischen Besonderheiten führt Linné als Eigenschaften des Amerikaners an: cholerischen Charakter, Hartnäckigkeit, Zufriedenheit, Freiheit. Derselbe wird regiert durch Gewohnheiten. Der Europäer ist sanguinisch, leicht beweglich, scharfsinnig, erfinderisch, regiert durch Gesetze; der Asiate melancholisch, zäh, grausam, prachtliebend, geizig, regiert durch Meinungen; der Afrikaner phlegmatisch, schlaff, schlau, träge, gleichgültig, regiert durch Willkür.

Blumenbach kennt fünf Menschenrassen: 1. Kaukasische Varietät mit weißer Farbe usw. Zu ihr gehören die Europäer (Lappen und Finnen ausgenommen), die westlichen Asiaten bis zum Flusse Ob, dem Kaspischen Meere und dem Ganges, endlich die Einwohner des nördlichen Afrika. 2. Mongolische Varietät von gelblich-fahler Farbe usw. Diese Varietät umfaßt die Asiaten, soweit sie nicht zu den Kaukasiern und Malaien gehören, die Finnen und Lappen, die Eskimos vom Beringmeer bis zum äußersten Grönland. 3. Athiopische Varietät mit dunkelbrauner (schwärzlicher) Haut usw. Abgesehen von den Nordafrikanern gehören hierhin alle Bewohner Afrikas. 4. Amerikanische Varietät,

¹ Wirtschaft und Rasse, im Grundriß für Sozialökonomik II (1914) 102.

² Ranke, Der Mensch II² 266 ff.

kupferfarbig usw.; sie umfaßt, von den Eskimos abgesehen, die Eingebornen Amerikas. 5. Malaiische Varietät mit kastanienbrauner Farbe usw. Zu ihr gehören die Inselbewohner des Pazifischen Meeres zugleich mit den Eingebornen der Marianen, Philippinen, Molukken und Sundainseln, auf dem asiatischen Kontinent die Einwohner der Insel Malaka.

Während in Deutschland Blumenbachs Schema der Rasseneinteilung und Rassenverteilung noch bis heute Anhänger hat, wird in Frankreich vielfach nach dem Vorgange Cuviers die uralte Teilung der Menschen in drei Rassen (nach den drei Söhnen Noahs) bevorzugt (auch von P. Topinard in seiner rein somatischen Einteilung festgehalten): 1. weiße, 2. gelbe, 3. schwarze Rasse.

Vier Typen der Menschheit unterschied dann wieder der englische Anthropologe Huxley: den australoiden, den negroiden, den xanthochroischen¹, den mongolischen Typus.

Friedrich Müller teilte die Rassen ein nach der Behaarung und der Sprache: Wollhaarige, Schlichthaarige usw.

A. Retzius unterschied vier kranilogische Typen: die orthognathen und prognathen Dolichokephalen, die orthognathen und prognathen Brachykephalen, wozu H. Welcker und Broca die Mittelgruppe der Mesocephalen hinzufügten usw.

So interessant es nun auch sein mag, den Spuren der anthropologischen und ethnographischen Forscher weiter zu folgen, für das national-ökonomische Wissen würden wir aus der genaueren Kenntnis der anthropologischen Rassenbilder, der Blonden und Brünetten, der Langköpfe und Kurzköpfe in Mitteleuropa usw. eine wesentliche Bereicherung nicht mehr gewinnen können.

Sehr richtig bemerkt Devas-Kämpfe², daß Fragen wie die folgenden: Welche charakteristischen Eigenschaften besitzen die verschiedenen Rassen? Zu welcher Rasse gehört dieses oder jenes Individuum? Inwieweit sind die Charaktereigenschaften gewisser Bevölkerungsgruppen oder Personen Rasseneigentümlichkeiten oder andern Gründen beizumessen? überhaupt nur selten mit voller Bestimmtheit gelöst werden können. Es sind eben der Ursachen viele, auf welche sich jene Erscheinungen zurückführen lassen. Sehr oft ist es die Unkenntnis der wirklichen Ursachen, welche sich bei der Erklärung politischer Erfolge oder Mißerfolge, des kulturellen Fortschrittes oder Zurückbleibens der Völker durch den Hinweis auf die Rasse verdeckt³.

¹ Xanthochroen sind die Hellweißen, Blonden, die Bewohner des größten Teils von Zentraleuropa. Im Süden und Westen gibt es dafür Melanochroen, Dunkelweiße, Brünetten.

² Grundsätze der Volkswirtschaftslehre 28 f.

³ Etwas schroffer drückt Sombart denselben Gedanken aus, wenn er sagt: „Die Einstellung einer Rasseneigentümlichkeit in einen sozialen Zusammenhang ist doch immer nur eine Verlegenheitsoperation, bedeutet ein Durchhauen des Knotens, wo eine Lösung

Dennoch gibt es ohne Zweifel Rasseneigentümlichkeiten. Denken wir nur an den Einfluß des Klimas auf Körper und Geist, Existenz- und Leistungsfähigkeit des Menschen. Unvermischt wird z. B. der Europäer sich den Lebensbedingungen der heißen Zone auf absehbare Zeiten kaum so akklimatisieren können, um sich dort dauernd in kompakten Bevölkerungsmassen zu behaupten. Andern Völkerschaften ist dies gelungen. Das Ergebnis dieses Anpassungsprozesses ist in der Durchbildung der Rasseneigentümlichkeiten gegeben, deren Entstehung allerdings lange Zeiträume in Anspruch nahm usw.

Die Existenz der Rasse soll also nicht bestritten werden. Nur wird man sich hüten müssen, jede Verschiedenheit und Besonderheit alsbald aus der Rasse erklären zu wollen. „Wenn wir je eine Schar chinesischer, malaiischer und schwarzer Tagelöhner von ungefähr gleichem Alter hinsichtlich ihrer Arbeitsleistung miteinander vergleichen, so dürfen wir nicht (sofort) sagen, daß die zwischen ihrer Arbeitsfähigkeit bestehenden Differenzen Folgen des Rassenunterschiedes sind, außer wenn die bekannten Ursachen, welche die zu diesen Gruppen von Arbeitern gehörigen Individuen seit ihrer Kindheit beeinflußt haben: ihre Ernährung, ihre Bekleidung, das Klima ihrer Heimat, ihre physische, intellektuelle und religiös-sittliche Erziehung, die Bestrebungen ihrer Genossen und ihrer Umgebung, zur Erklärung der technischen Überlegenheit der einen Gruppe im Vergleich zur Inferiorität der andern nicht hinreichen.“¹

Auch den Einfluß der Rasse auf die gesamte Kulturentwicklung und das wirtschaftliche Gebiet insbesondere stellen wir darum nicht in Abrede, obwohl hier vor Übertreibungen ernstlich gewarnt werden muß.

Maßvoll urteilt Lexis² z. B. über die relativen Vorzüge der weißen und gelben Rasse: „Die gelbe Rasse hat in China aus eigener Kraft eine vielseitige Kultur erzeugt, die aber der der weißen Rasse nicht gleichgestellt werden kann. Daß ihre Entwicklung seit mehreren Jahrhunderten gestockt hat, ist kein entscheidendes Argument zu ihren Ungunsten, denn auch die europäische Kultur weist lange Perioden des Stillstandes auf. Und die Japaner haben gezeigt, mit welcher Schnelligkeit sie diese Stagnation zu überwinden und sich die Errungenschaften der europäischen Zivilisation anzueignen vermochten. China wird über kurz oder lang ebenfalls in diese neuen Bahnen gedrängt werden, und die Entscheidung über die Gleichwertigkeit der Kulturfähigkeit der gelben Rasse wird davon abhängen, wie sie auf gemeinsamem Boden den Wettlauf mit der europäisch-amerikanischen besteht. Die Verschiedenheit der Befähigung der Rassen kann sich in allen Eigenschaften äußern, die für die Erzeugung der Kultur von Be-

verlangt wird. Denn das Rassenmerkmal als Erklärung eines Phänomens benutzen, heißt den kausalen Regressus sehr früh abbrechen, heißt auf die Aufdeckung intimer physiologischer Zusammenhänge verzichten, heißt im Grunde eine Bankrotterklärung aller wirklichen Motivierung; weshalb denn das Operieren mit Rassenmerkmalen bei der Aufdeckung historischer Zusammenhänge so beliebt bei allen geistreichen Dilettanten geworden ist.“

¹ Devas-Kämpfe a. a. O. 29.

² A. a. 8 f.

deutung sind. Sehr viel kommt auf die Arbeitsenergie an, die sich aus Arbeitskraft und Arbeitswillen zusammensetzt. Nur sehr unvollkommen kann der Wille durch äußeren Zwang, wie ihn die Sklaverei darbietet, ersetzt werden, und mit den höheren Formen der wirtschaftlich-technischen Kultur ist die Sklavenarbeit überhaupt unvereinbar. In der Arbeitsenergie aber stehen Chinesen und Japaner der weißen Rasse mindestens gleich, und auch ihr Erwerbsgeist ist nicht weniger lebhaft. Die Erfindungsgabe, die Quelle der höheren technischen Kultur, hat sich, wenigstens in älterer Zeit, bei den Chinesen in immerhin beachtenswertem Grade bekundet, und in der künstlerischen Technik haben es die Japaner ohne Zweifel sehr weit gebracht. Diese haben auch mit Erfolg angefangen, in naturwissenschaftlichen und medizinischen Forschungen den Europäern nachzueifern. Die Umgestaltung der Staatsordnung nach den Anschauungen der europäischen Kultur scheint sich in Japan zu bewähren und zu befestigen, in China aber wird der nach unsern Begriffen noch halbbarbarische Staat schwerlich in absehbarer Zeit auf das Niveau der abendländischen Gesittung gebracht werden, und es wird daher diesem Lande noch lange ein wichtiger Hebel des Kulturfortschrittes fehlen. Im ganzen ist es also wohl möglich, daß die Ostasiaten in der utilitarischen Richtung der Kultur den Vorsprung der weißen Rasse nach und nach einholen und in Zukunft vielleicht mit ihr Schritt halten werden. Daß sie aber auch den idealen Gehalt des von dem griechischen Genius befruchteten und seit fast zwei Jahrtausenden in der Schule des Christentums erzogenen abendländischen Geistes in Treibhauskultur hervorbringen werden, ist kaum zu erwarten, ja man darf sagen, sie werden nicht daran denken, es zu versuchen. Überhaupt wird es sich fragen, in welchem Maße die gelbe oder irgendeine andere Rasse die Originalität der künstlerischen, wissenschaftlichen und jeder andern Begabung aufweisen kann, der die weiße Rasse ihre führende Stellung verdankt. In ihrer ganzen Macht tritt diese Originalität in den wenigen großen Geistern auf, mit denen neue Epochen in der Kultur der Menschheit beginnen. Wir wissen nicht, woher sie kommen, aber sie sind bisher nur aus der weißen Rasse hervorgegangen. Es gibt aber auch einen mittleren Typus der Befähigung zum selbständigen geistigen Schaffen, und nach der bisherigen geschichtlichen Erfahrung darf angenommen werden, daß auch dieser bei der weißen Rasse am höchsten steht, was aber nicht ausschließt, daß er in dieser Höhe auch von bevorzugten Angehörigen anderer Rassen erreicht werden könne.“

127. Völkerfamilien, Völkerstämme. Die „Völkerfamilien“, in welche die Rassen zerfallen, unterscheiden sich nur wenig in körperlichen Merkmalen. Als wichtiges ethnographisches Kriterium dient die Gleichheit oder Verschiedenheit des Sprachstammes¹. Fast alle Rassen sind polyglottisch² (vielsprachig). Nach den verschiedenen Sprachstämmen

¹ Freilich hat nicht selten ein Volksstamm auch die Sprache eines andern angenommen, nicht bloß der Besiegte die des Siegers, sondern auch der Sieger die des unterlegenen Stammes, wenn der letztere eine höhere Kultur besaß. Vgl. Wundt, Methodenlehre 2. Abt., 449.

² Als „monoglottisch“ galten nach Huxley die Malaier und Kaffern; zweifelhaft blieb es bezüglich der Australier und Papuas. Neuere Untersuchungen haben die Richtigkeit dieser Auffassung in Frage gestellt.

werden dann die einzelnen Völkerfamilien unterschieden, so z. B. die arische und semitische für die weiße Rasse. Wenn zwar die Sprache in Beziehung gebracht werden darf zur geistigen Kultur oder auch zur allgemeinen Kulturentwicklung, so wird sich innerhalb der gleichen Rasse ein unzweifelhafter Vorrang der einen vor den andern Völkerfamilien hieraus doch schwerlich erweisen lassen. Semiten und Arier haben in der Ausbildung der orientalisches-europäischen Kultur zusammengewirkt und beide hierfür hervorragende Geister zur Verfügung gestellt.

Die „Völkerstämme“, wie die Germanen, Romanen, Slawen, setzen sich aus mehreren¹ Völkern derselben Familie zusammen. Die für die Wirtschaft in Betracht kommenden Eigentümlichkeiten der Völkerstämme ergeben sich aus einem Vergleich der gleich in unmittelbarem Anschluß zu behandelnden Charakteristik der einzelnen Nationen. Hier sei nur das eine hervorgehoben: „Die Betrachtung des ganzen Verlaufs unserer Kulturgeschichte und insbesondere die Tatsache, daß die verschiedenen Völker abwechselnd mit besondern Leistungen hervorgetreten und dann auch wieder zeitweise mehr im Hintergrunde geblieben sind“, sagt Lexis², „rechtfertigt die Annahme, daß die aktive Kulturfähigkeit der Volksstämme der weißen Rasse sich im wesentlichen gleichstehe.“

128. Besondere Eigenschaften verschiedener Nationen. Einheit der Abstammung, der Rasse, der Sprache als Unterlage der geistigen Kultur usw., alles, was zur „Nation“ im kulturellen wie natürlichen Sinne gehört, wird einem Volke gewisse, mehr oder minder besondere, seinen Gliedern relativ gemeinsame Eigenschaften verleihen können³.

Größeren Einfluß auf die Ausbildung des Volkes und Volkscharakters, speziell der für das wirtschaftliche Leben in Betracht kommenden Eigenschaften, üben auch die politischen, sozialen Verhältnisse, die politischen Schicksale, die durch die territorialen Besonderheiten bedingte ökonomische Entwicklung des staatlich geeinten Volkes, der Nation im politischen Sinne, aus. Der Russe ist durch sein kontinentales Klima beherrscht und gekennzeichnet. Selbst in dem unwirtlichen Norden erblüht Unternehmungs-

¹ Innerhalb desselben Volkes finden sich vielfach noch besondere Volksstämme oder Stammverbände. Das deutsche Volk ist durch den Zusammenschluß schon vorhandener Stämme in getrennten Gebieten entstanden. Im allgemeinen sind diese „Stämme“ politische Verbände gewesen, geeint durch geographische und politische Verhältnisse. Die einheitliche Abstammung ist wenigstens nicht durchweg das Wesentliche, wie die Tatsache beweist, daß ein Stamm durch erzwungenen oder freiwilligen Anschluß anderer Elemente (z. B. bei den Sachsen) sein Gebiet und seine Volkszahl erweitern konnte. Vgl. Rudolf Much, Deutsche Stammeskunde (1905) 74.

² Das Wesen der Kultur etc. I 10. Was Lexis hier „Volksstamm“ nennt, wurde von uns „Völkerstamm“ genannt, um zwischen den Stammesverbänden desselben Volkes und der Stammesgemeinschaft verschiedener Völker zu unterscheiden.

³ Grupp, Kultur der alten Kelten und Germanen (1905) 175 ff. 183 ff.

lust, wo der Bergbau lohnt, wie in der Eisenerzregion Schwedens. Die wirtschaftliche Kulturarbeit und darum die Gewöhnung der Menschen ist eine andere, wo fruchtbare Ackererde vorherrscht, oder Sumpf, Versandung und Dürre. Staatenbildung, Ansiedlung der Menschen, Entwicklung der Produktionszweige, aber auch der Charakter des Volkes hängen ferner ab von der Verkehrslage des Gebietes, von den Einflüssen der Nachbarschaft usw. Ganz anders sodann entwickeln sich die Anlagen der Völker je nach der inneren Organisation und den äußeren Schicksalen des Staates, der sie gesellschaftlich eint.

Man wird aber doch nur mit einer gewissen Vorsicht von „nationalen“ Eigenschaften und Vorzügen reden dürfen. Zunächst sind die meisten Nationen nicht unvermischt geblieben, zum Teil aus Mischungen entstanden. Was ferner von der heutigen Generation gilt, ist noch nicht unbedingt den zukünftigen Generationen gesichert. Die neuen Generationen können durch andere Schicksale wieder anders erzogen werden, können abirren von den Lebensidealen ihrer Väter, können Bestrebungen dienstbar werden, Gewohnheiten annehmen, die ihre wirtschaftliche Betätigung erfolgreicher oder weniger fruchtbar gestalten. Mag immerhin der Wandel im wirtschaftlichen Charakter einer Nation sich langsamer vollziehen als der Wechsel politischer Verhältnisse¹, dennoch bleibt die Erinnerung heilsam, daß von dem, was als „nationaler“ Vorzug gepriesen wird, vielleicht das meiste kein unverlierbares, natürliches Gut, sondern eine auf Gewöhnung, äußerer Ausstattung, geschichtlicher Entwicklung beruhende und darum auch dem Verfall zugängliche Errungenschaft darstellt. Das schützt vor häßlichem und lächerlichem Chauvinismus, vor falscher Sicherheit und törichter Überhebung, macht bescheiden, wachsam, strebsam, — Eigenschaften, ohne welche die Bewahrung der nationalen Güter unmöglich ist².

In bezug auf Nationalität war Deutschland im wesentlichen ein einheitliches Volk. Doch befanden sich im preußischen Staatsverbande vor dem Weltkriege mehr als 3 Millionen Polen, ferner 0,14 Millionen Dänen in Nordschleswig, Masuren in Ostpreußen ebenfalls etwa 0,14 Millionen, dann Litauer 0,11 Millionen, in Ostpreußen die Kassuben mit 0,1 Millionen; ebenso viele Wenden fanden sich in der Ober- und Niederlausitz; in Lothringen und Elsaß gab es etwa 0,2 Millionen Franzosen.

Der Deutsche hat seine vorzügliche Begabung dadurch namentlich erwiesen, daß er in wenigen Jahrzehnten zu einer sehr hohen Stufe wirtschaftlichen Lebens siegreich vordrang. Dazu bedurfte es Intelligenz, Klugheit, Unternehmungsgeist, Anpassungsfähigkeit, industrielles und kaufmännisches Geschick, Mut, Energie,

¹ Vgl. Devas-Kämpfe, Grundsätze der Volkswirtschaftslehre 32.

² Die folgenden Angaben sind zum großen Teil den oben häufig zitierten wirtschaftsgeographischen Schriften von Max Eckert (II 36 95 99 112 118 128 140 157 f. 194 205 222 f. 249 266 f. 284), Gruber u. a. entnommen. Vgl. auch die hierhingehörigen Artikel der Revue des deux Mondes.

Ausdauer. Deutschland verfügte über tüchtige Unternehmer, ausgezeichnete Organisatoren (Krupp, Siemens, Schuckert usw.), aber nicht minder hoch stand die deutsche Arbeiterschaft durch Intelligenz und Leistungsfähigkeit. Die fremden Länder nahmen teil an den Früchten deutschen Fleißes. Milliarden deutschen Kapitals haben in den fremden Erdteilen Verwendung gefunden. Der Erbauer der New York-Brooklyner Brücke, Rößling, trug einen deutschen Namen, ebenso Hildgards, der Schöpfer der kanadischen Pazifikbahn, usw. (Gruber).

Von den ca. 50 Millionen, die die Bevölkerung des alten Österreich-Ungarn bildeten, waren (nach Eckerts Angaben) 12 Millionen (25 % Deutsche, 22 Millionen Slawen, und zwar 17 Millionen Nordslawen (Tschechen, Mähren, Polen, Ruthenen) und 5 Millionen Südslawen (Slawonen, Kroaten, Serben). Die Deutschen fanden sich als geschlossene Massen im Erzherzogtum Österreich, in einem großen Teile der Alpen, den peripherischen Gebieten von Böhmen, Mähren, auch in einem Teile von Siebenbürgen, dann über das ganze Reich verteilt, namentlich in den Städten. Ungarn beherbergte 8 Millionen Magyaren, Ostgalizien, die Bukowina, das siebenbürgische Hochland 3 Millionen Rumänen. In Südtirol und den Küstengebieten wohnten fast 1 Million Italiener. Im ganzen Lande zerstreut waren 2 Millionen Israeliten und 0,01 Millionen Zigeuner. Wie in nationaler Hinsicht, so bot auch nach der wirtschaftlichen Seite hin die österreichisch-ungarische Bevölkerung kein einheitliches Bild: „Welcher Unterschied zwischen dem mit allen technischen Hilfsmitteln der Gegenwart gewerbetätigen Vorarlberger, Niederösterreicher, Nordböhmen und Nordmähren einerseits sowie dem Dalmatiner und Kroaten anderseits! Welcher Kontrast zwischen dem halb-nomadischen Sohn der Pußta und dem handelsfrohen Welschtiroler! Welcher Unterschied weiterhin im Antlitz der Kulturlandschaften Galiziens und der Bukowina im Vergleich zu jenen etwa bei Linz an der Donau, Meran und Bozen an der Etsch oder auch in dem durch 6000 *km* Straßen und 1000 *km* Eisenbahnen erschlossenen Okkupationsgebiete!“¹ Und doch blieb fruchtbare Betätigung der eigenen Vorzüge jedes Bestandteiles und gegenseitige Ergänzung möglich zum Vor- teile aller.

25 Republiken in 22 Kantonen bilden den schweizerischen Bundesstaat. „Kaum ein Staatsgebilde beweist durch seine Zerstückelung mehr den staatenbildenden Einfluß des Bodens als die Schweizerische Eidgenossenschaft. Die Eifersucht der umliegenden Mächte bewahrt ihr eine glückliche Selbständigkeit, macht sie zu einem neutralen Staat“ (M. Eckert). 72 % der Bevölkerung sind deutsch. Sie wohnen im Stromgebiet des Rheins, in der Mitte, im Norden und Osten der Schweiz. Im Südwesten des Landes, dem Stromgebiete der Rhone, wohnen Franzosen (22 % der Bevölkerung), im Kanton Tessin Italiener und in einem Teile Graubündens Romanen (Rätoromanen oder Ladinen). Das Schweizer-volk ist kräftig, unternehmend, phantasiereich und gemütvoll. Die Bildung steht hoch.

Von der Bevölkerung des Großherzogtums Luxemburg sind 93 % deutsch. Die Landbevölkerung ist durchweg deutsch. Franzosen finden sich in der Hauptstadt und im südwestlichen Winkel des Landes, im Erzgebiet viele italienische Arbeiter. Luxemburg erfreut sich eines vortrefflichen Schulwesens. Das Volk ist freiheitsliebend, fleißig und intelligent.

¹ Chr. Gruber, Erdkunde 67.

Vorzüglich beanlagt sind auch die Belgier; etwa 46 % sind Flamen im Norden, 43 % Wallonen im Süden, dazwischen wohl 8 % einer flämisch-wallonischen Mischbevölkerung.

Die Niederlande verfügen über einen tüchtigen, freiheitlichen und gemütvollen Menschengeschlag, ursprünglich aus Niederfranken, Niedersachsen, Friesen und Holländern gebildet. Geschickte Ackerbauern und Seeleute, waren die Niederländer stets auch tüchtige Kaufleute und vorzüglich bewandert in der Wasserbautechnik.

Die Bewohner Frankreichs sind ein romanisches Mischvolk, 96 % Franzosen. Im Südwesten finden sich Basken. Im Nordwesten wird Bretonisch, im Norden Flämisch, im Südosten und auf Korsika Italienisch gesprochen. Die Franzosen waren bisher ein Kulturvolk ersten Ranges, das auf allen Gebieten der Wissenschaft, der Kunst und des Gewerbes Ausgezeichnetes leistete. Was Cäsar von den alten Galliern sagte: sie seien leicht erregbar, eitel, abenteuer- und kriegslustig, rednerisch gewandt, wird auch den heutigen Franzosen zugeschrieben.

Das russische Reich umschloß 142 Völkerschaften: Slawen mit 73 % (Russen 66 %, Polen 7 %). Die Russen teilten sich in Groß-, Klein-, Weißrussen. Den Kleinrussen gesellen sich die Kosaken zu. Erwähnt seien überdies die Letten, Litauer, Rumänen, dann mongoloide Völker, wie die Esten, die kulturell hochstehenden Finnen, die Lappen, Samojaden, die Wolgafinnen (tüchtige Ackerbauer und Bienenzüchter), die Turktataren (Tataren, Kirgisen, Kalmücken) usw. In Rußland gab es etwa $1\frac{1}{4}$ Millionen Deutsche, als Kaufleute, Industrielle, Handwerker, Ackerbauer, Viehzüchter. Deutsche Ackerbaukolonien finden sich am Schwarzen Meer vom Pruth zum Don, dann an der Wolga (Sarepta bei Zarizyn, als besondere Herrnhuterkolonie jetzt aufgegeben), auch im Kaukasus bei Tiflis. Die deutschen Kolonien waren blühend. Ferner hatte jede größere russische Stadt ihre deutsche Kolonie. Das russische Volk ist aus kulturell sehr verschiedenen Elementen zusammengesetzt. Bis 1861 waren die Bauern zum größten Teil Leibeigene. Die Aufhebung der Leibeigenschaft hat den erhofften Segen noch nicht gebracht. Das gewöhnliche Volk blieb, trotz mancher schönen Anlagen und Eigenschaften, vielfach arm und roh. Die höheren Klassen sind gebildet, verfügen über das französische „savoir vivre“, zum Teil auch nach der weniger guten Seite hin.

Wohl kein Volk in Europa ist in historischer Zeit so stark gemischt worden als das englische. Urbewohner, Kelten, Römer, mit dem bunten Völkergemisch römischer Heere, in späterer Zeit Angelsachsen und Normannen, Jüten, Dänen sind hier zu einem Volke zusammengewachsen. Und es ist ein praktisch tüchtiges Volk geworden, dem überquellende Energie, vielseitiges Anpassungsvermögen, kaufmännischer Sinn, industrielles Geschick, kühle, zielbewußte Berechnung, Ausdauer, kolonialer Unternehmungsgeist, dabei gemütliche Häuslichkeit nachgerühmt werden. Allerdings kennzeichnet den Engländer auch ein sehr stark ausgeprägter Eigentumssinn und ein zuweilen rücksichtsloser Egoismus. Überdies ist der Engländer phlegmatisch, schwerfällig in der Reaktion auf äußere Gefühlseindrücke. Das große Vertrauen auf die eigene Kraft führt zur freiwilligen Abschließung. Jacques Bardoux¹ glaubt, daß eine gewaltsame Zurückdrängung der Gefühlsenergien beim Engländer die Neigung zu Gefühlsausbrüchen zur Folge habe. Daher müssen, wie

¹ Essai d'une psychologie de l'Angleterre contemporaine. Les crises belliqueuses (1906).

er meint, gewisse kriegerische Anwandlungen des englischen Volkes erklärt werden. Die Gefühlsrichtung des Engländers sei hauptsächlich auf das eigene Ich gerichtet. Aber in fremdes Fühlen, fremde Denkart könne er sich nicht leicht hineinfinden. Die ganze Erziehung des Engländers gehe auf Stählung des Willens, dem jede Gefühlsregung und -äußerung untergeordnet werde. In Handel und Industrie steht England sehr hoch da. Englisch ist die Weltsprache, die Welthandelsprache. Etwa 150 Millionen sprechen Englisch. Der englische Arbeiter leistet Vorzügliches. Die englischen Löhne mögen höher sein als irgendwo anders, sagt der Großunternehmer Th. Brassey, die geleistete Arbeit ist doch billiger wegen ihrer größeren Wirksamkeit (effectiveness) und wegen Ersparnis unnötiger Aufsicht¹. Aber England hat schroffe Gegensätze zwischen arm und reich und viel Elend. Die allgemeine Volksbildung ist nicht überall ohne Tadel. Der gebildete Engländer freilich gibt sich wahrhaft vornehm. In den Untersuchungen des Inter-Departmental Committee on Physical Deterioration erklärte unter anderem ein hervorragender englischer Gelehrter, Prof. Dr. Karl Pearson, daß im heutigen England „ein Mangel an höchstbegabten Führern besteht in der Wissenschaft, der Kunst, dem Gewerbe, sogar in der Politik. Ich sehe einen Mangel an Intelligenz beim britischen Kaufmann, beim britischen Gelehrten und beim britischen Arbeiter. . . . Wir hören als Nation auf, Intelligenz zu züchten, wie wir vor 50 oder 100 Jahren taten.“ Allerdings mag ja auch für England einmal die Zeit des Verfalls kommen. Vorderhand sieht Pearson wohl etwas zu schwarz. Wir persönlich gedenken des gastlichen Englands wie auch Hollands, Österreichs, Dänemarks und Luxemburgs mit besonders dankbarer Achtung.

Die Dänen sind ein sehr liebenswürdiges Volk mit etwas weichem Charakter. Nach fleißiger Arbeit am Strande von Charlottenborg oder in den Wiesen der Wälder des Tiergartens zu ruhen, bereitet den Bewohnern der Hauptstadt große Befriedigung. Lärm hört man kaum in der Menge, es sei denn, wie man uns sagte, „von Deutschen“. Kopenhagen soll verhältnismäßig viele deutsche Kaufleute beherbergen. Auch ist die dänische Industrie nicht sehr bedeutend, der Ackerbau dagegen wohlbestellt.

Die Schweden zerfallen in Gotländer und Svealänder. Die Norweger, Nachkommen der alten Wikinger und Normannen, gelten als die besten Seeleute der Welt. In den abgelegeneren Teilen der skandinavischen Reiche ist heute noch der Bauer sein eigener Handwerker.

Aus Iberern (den Ureinwohnern), Kelten, Germanen (Sueven, Alanen, Westgoten, Vandalen), Arabern (Moriskos im Süden) hat sich die Bevölkerung der Pyrenäischen Halbinsel zusammengesetzt. Das spanische Volk ist hoch begabt und mit schönen Charaktereigenschaften ausgestattet. Aber es mangelt der wirtschaftliche Sinn. Im Ackerbau herrscht vielfach veraltete Routine, in der Industrie geringes Voranstreben. Seit dem Ende des 16. Jahrhunderts lag Spanien wirtschaftlich danieder. Die allgemeine Schulbildung war nicht gerade hoch, die Hälfte der Bevölkerung Analphabeten, — dabei zehn Universitäten! „Der alte kriegerische Sinn und die vornehmen Passionen, die Cervantes im Don Quijote so trefflich ironisiert hat, betätigen sich zwar mangels der nötigen Mittel nicht

¹ Ein Vergleich zwischen schweizerischer und englischer Baumwollspinnerei, im Artikel „Arbeitslohn“ von Viktor Böhmert im Handwörterbuch der Staatswissenschaften I² 896 f.

mehr in ruhmvollen Kriegen, aber in schädlichen Pronunciamentos und in dem überflüssigen Zudrang zur Beamtenlaufbahn.“¹ Auch die Portugiesen gelten heute kaum als gute Kaufleute und Industrielle. Wir zweifeln jedoch nicht daran, daß beiden Völkerschaften unter einer tüchtigen Regierung wieder ein neuer Aufschwung zuteil werde.

Die Bevölkerung des heutigen Italiens weist mancherlei Verschiedenheit auf. Man vergleiche den Sizilianer und Piemontesen, den Romagnolen und Neapolitaner! In den Alpentälern im Süden des Monte Rosa und im Gebirge nördlich von Verona und Bassano wohnen etwa 15000 Deutsche, Franzosen an der oberen Dora Baltea und Dora Riparia, Slowenen im Bergland von Friaul; die Furlaner in Friaul sind Romanen, aber mit eigener Sprache. Der Italiener erfreut sich einer raschen Auffassungskraft, lebhafter Phantasie; er ist genügsam, nüchtern, der Norditaliener sehr fleißig, namentlich in Erdarbeiten geschickt; der Italiener überhaupt tüchtig als Kaufmann. Als Fehler gelten Leidenschaftlichkeit, leichte Erregbarkeit. Die Volksbildung ist im allgemeinen verbesserungsfähig. Wirtschaftlich geht Italien vorwärts in Industrie und Handel. Der Großgrundbesitz läßt viel Land brachliegen. Wo er und die Malaria herrschen, da gibt es wenig Menschen.

Die Rumänen sind ein Mischvolk aus Dakern, Slawen und Römern. Die Griechen haben sich, wenigstens auf den Inseln, ziemlich rein erhalten, wenn auch hier nicht ohne jede Beimengung fremder Elemente. Die Nachkommen der alten Illyrier, die Albanesen, sind in ihren Bergen und Schluchten unvermischt geblieben. Die Bulgaren, ein ursprünglich finnisch-tatarischer Stamm, haben sich in Sitten und Lebensweise den Slawen angepaßt. Die Serben, ein fleißiges Ackerbauvolk, die Montenegriner, ein kriegerisches Hirtenvolk, bildeten sich aus dem slawischen Völkerstamm zu besondern Völkerschaften heraus. Die Türken sind ein mongolischer Volksstamm, ohne daß diese ihre Rasseneigentümlichkeit heute noch besonders hervorträte.

Die Vereinigten Staaten umschließen ein buntes Mischvolk: Deutsche, Engländer, Irländer, Skandinavier, Italiener, Franzosen, Böhmen, Holländer, Spanier, Mongolen, Neger usw. Durch die Einwanderung wie das natürliche Wachstum nimmt die Zahl der Bewohner rasch zu². Es ist ein Volk von unermüdlicher Arbeitslust, kühner Tatkraft, weitschauendem Wagemut, kühler Berechnung, stählerner Ausdauer, selbstsüchtiger und rücksichtsloser Gewinnsucht, unbeugsamem Unabhängigkeitssinn. „Ihr weit ausgespanntes Land, das noch Raum für Millionen schaffensfreudiger Menschen bietet, trug einen Zug von Weitblick und Kühnheit in diese Menschen hinein, wie es sonst nur noch das Meer bei seinen Anwohnern zu tun imstande ist. Das Wechselvolle der amerikanischen Landschaft und besonders des amerikanischen Klimas aber verlieh ihrem Charakter etwas Sprunghaftes, das zuweilen ans Gewaltsame grenzt.“ Noch mehr als in Britannien kam hier die materielle Vollkultur modernen Gepräges zur Entwicklung. Hier heiligt im Erwerbsleben der Zweck in einer den Europäern vielfach unbekannten Weise alle Mittel. Nichts erweist dies anschaulicher als die Schaffung

¹ Devas-Kämpfe, Grundsätze der Volkswirtschaftslehre 32.

² Die Rückwanderung während der Krisis von 1907 war nicht so beträchtlich, wie vielfach geglaubt wurde, ca. 37000 Personen mehr als sonst im Durchschnitt der Jahre.

jener Trusts, welche zum Schaden der Allgemeinheit die Monopolisierung sowohl des Verkehrs als auch wichtiger Einzelgebiete der Industrie und des Bergbaues zu vielfältigen Millionengewinnen ausbeuten, wie es neben den privaten Eisenbahn- und Schiffsgesellschaften u. a. der Kohlen-, Zucker-, Petroleum- und Stahlring tun.“¹

In Südamerika finden wir außer den ursprünglichen Einwohnern namentlich Spanier und Portugiesen, dann Neger und Vertreter aller Nationen, in Brasilien auch viele Deutsche und Italiener. Die Kreolen (Nachkommen der alteingewanderten Spanier), die Mulatten (Mischlinge von Weißen und Negern), die Zambos (Mischlinge von Negern und Indianern) bringen für eine höhere wirtschaftliche Entwicklung nicht gerade die besten Charaktereigenschaften mit. Die Mestizen (Mischlinge von Weißen und Indianern) bilden jedoch in Süd- und Mittelamerika zugleich mit Deutschen, Briten, Amerikanern ein wirtschaftlich tüchtiges Element.

Ein kurzes Wort noch über die beiden hervorragendsten ostasiatischen Völker. Dem Chinesen wird großer Scharfsinn, berechnende Klugheit, außerordentlicher Fleiß und hervorragende Geschicklichkeit im Handel und Gewerbe, Anspruchslosigkeit und Genügsamkeit nachgerühmt. Die chinesischen Arbeiter (Kuli) sind in Australien und Amerika von den weißen Arbeitern als Konkurrenten sehr gefürchtet. Man sagt, die geistige Kraft komme beim Chinesen mehr auf dem Gebiete des Verstandes als auf dem der Phantasie zur Geltung. Wahrheitsliebe und Dankbarkeit werden dem Chinesen weniger nachgerühmt. Leicht können die Chinesen jedem Klima sich anpassen. — Die Bewohner Japans, des „ostasiatischen Englands“, bilden ein durch Wissen und Können, Geschick in technischen Dingen und durch bedeutenden Kunstsinn ausgezeichnetes Volk. Persönliche Tüchtigkeit wird hier hoch geschätzt und oft gefunden. Man muß diese japanischen Studenten an unsern Hochschulen beobachtet haben mit ihrem beharrlichen Fleiß, ihrer ruhigen Bescheidenheit, ihrer unverdrossenen Ausdauer, um zu verstehen, wie Japan in so kurzer Zeit abendländisches Wesen sich ganz zu eigen machte im Staatswesen, Rechtsleben, Schulwesen, Verkehr. 1872 wurde die erste täglich erscheinende Zeitung gedruckt, zu Anfang des 20. Jahrhunderts gab es schon mehr als 1000 (Eckert)².

§ 5.

Körperliche Gesundheit und geistige Bildung.

Literatur vgl. § 4. P. Mombert, Das qualitative Bevölkerungsproblem, im Grundriß der Sozialökonomik 2. Abt. (1914) 89 ff. — Für „Volkshygiene“: Flüge, Grundriß der Hygiene⁶ (1907). — Ders., Sanitätswesen, im Wörterbuch der Volkswirtschaft II³ 700 ff. — Rubner, Lehrbuch der Hygiene⁷ (1907). — Enzyklopädie der Hygiene von Pfeiffer, Proskauer, Oppenheimer (1905). — Grotjahn, Wandlungen in der Volksernährung (1902). — M. Rubner, Volksernährungsfragen (1908). — Grotjahn und Kriegel, Jahresbericht über soziale Hygiene und Demographie (mit Literaturübersichten). — Frentzel, Ernährung und Volksnahrungsmittel, in Aus Natur und Geisteswelt (1900). — Gruber und Rüdin, Fortpflanzung, Vererbung und Rassenhygiene (1911). — Muckermann, Kind

¹ Gruber, Erdkunde 132.

² Im übrigen verweisen wir auf den Vergleich zwischen weißer und gelber Rasse (nach Lexis), oben S. 600 f.

und Volk (1919). — Ders., Erblchkeitsforschung und Wiedergeburt der Familie (11. Flugschrift der „Stimmen der Zeit“) (1919). — Die Literatur zur Fachbildung in der besondern Volkswirtschaftslehre. Zur Frage der modernen „Volksbildungsbestrebungen“ vgl. Volksbildung (v. Erdberg, Liese, Schneemelcher) im Handwörterbuch der Staatswissenschaften VIII³ 402 ff. — Walter, Volksbildung, im Staatslexikon der Görres-Gesellschaft V³ 890 ff. — Elster, Volksbildungsvereine, im Wörterbuch der Volkswirtschaft II³ 1217 ff. — H. S. Volker, Handbuch der deutschen Volksbildungsbestrebungen (1893). — Ed. Reyer, Handbuch des Volksbildungswesens (1896). — Mannheimer, Die Bildungsfrage als soziales Problem (1901). — Aschrott, Volksbibliothek und Lesehalle (1896). — Huppert, Öffentliche Lesehallen (1899). — O. Hertwig, Das Bildungsbedürfnis und seine Befriedigung durch deutsche Universitäten (1905). — Vgl. ferner die „Sozialen Tagesfragen“ des Volksvereins für das katholische Deutschland Nr. 2 4 20 27 29 usw. Auch sonstige hierhin gehörige Publikationen desselben Vereins von Pieper, Hohn, Müller, Liese, Sonnenschein u. a.; Borromäusblätter, Veröffentlichungen des Bildungsvereins (von 1872 an), Schriften für Arbeiterwohlfahrts-einrichtungen von Albrecht, V. Böhmert, C. Fuchs usw. — Reich, Die Kunst und das Volk (1899). — Walter, Stellung der Kunst zu den sozialen Bewegungen der Gegenwart, in „Wahrheit“ 1902, 33 ff. — Heimbucher, Die praktisch-soziale Tätigkeit des Priesters (1902) usw. usw.

129. Bedingungen und Quellen volkswirtschaftlicher Leistungsfähigkeit. Wenn menschliche Arbeit als die unmittelbarste Ursache des Wohlstandes, der Prosperität der Nationen gelten muß, so liegt es auf der Hand, daß höhere Befähigung eines Volkes zur wirtschaftlichen Betätigung dieses zu höherem Wohlstande führen kann und, richtig verwertet, unter den entsprechenden äußeren Verhältnissen auch tatsächlich führen muß. Jene Befähigung aber wird, wie wir im Laufe unserer Darstellung sahen, mitbestimmt von den verschiedenen klimatischen Verhältnissen, die nicht bloß die Beschaffenheit der äußeren Natur, die Zeitdauer und Art der Arbeit beeinflussen, sondern ebenso auf Lebensdauer, Muskelkraft, Arbeitslust usw. einzuwirken pflegen. Sodann von den besondern Eigenschaften der Rasse, der ein Volk angehört. Bleibt es ja doch Tatsache, daß innerhalb der verschiedenen Menschenrassen heute ein geringerer oder größerer Unterschied in der körperlichen Kraft, in der Geschicklichkeit und Arbeitsenergie sich kundgibt. Wir nannten ferner die nationalen Eigenschaften, die sich teils auf die Eigenart der Rasse zurückführen, teils aus der Mischung verschiedener Völkerschaften, teils aus den besondern territorialen Verhältnissen, der wirtschaftlichen, sozialen, politischen Entwicklung des Volkes herleiten. Eine Verschmelzung verschiedener körperlicher und geistiger Besonderheiten, verschiedener Fertigkeiten und Gewohnheiten kann manche Einseitigkeiten vernichten, aus dem Verein aller Fähigkeiten und Anlagen ein neues Geschlecht entstehen lassen (v. Baer). Von großer Bedeutung ist sodann der dauernd geistige und sittliche Gesamtzustand der Nation. Mit der Zunahme wahrer Bildung des Geistes und Herzens erhält sich die Kraft, mehrt sich die Befähigung und Lust zu tüchtigen Leistungen, wird das Volk geeigneter für die Wahrung guter gesellschaftlicher Zustände. Ferner bieten die territorialen Bedingungen,

die Beziehungen zu andern Völkern, die geschichtliche Entwicklung vielfach Grund und Anlaß zur Ausbildung bestimmter Betätigungsarten und darum auch bestimmter Fähigkeiten. Im Mittelalter z. B. produzierte England sehr viel Wolle, wußte dieselbe aber nicht zu verarbeiten. Flandern, welches weniger Wolle erzeugte, aber geschickte Weber besaß, kaufte in England die Wolle auf und gab dafür vorzügliches Tuch in Tausch. Später erlernten die Engländer die Tuchfabrikation von flandrischen Webern. Endlich haben auch die Lebensgewohnheiten eines Volkes großen Einfluß auf dessen physische und geistige Befähigung zur Arbeit. J. J. Rousseau hat den Wilden unter andern Vorzügen größere Muskelkraft zugeschrieben. Indessen Rousseau war mehr Romanschreiber als Gelehrter. Er hatte nie einen Wilden gesehen. Seine Behauptungen sind durch spätere Beobachtungen widerlegt worden. Es hat sich herausgestellt, daß die Muskelkraft bei verbesserter Lebensart, bei Benutzung gesunder Wohnung, angemessener Ernährung, sorgfältiger Körperpflege und entsprechender Übung sich günstiger gestaltet¹. Die Zeitdauer des arbeitskräftigen Lebensalters vergrößert sich dabei, die wirkliche Arbeitsfähigkeit tritt früher ein und hört später auf.

130. Die Volkshygiene oder Sozialhygiene, Pflege der Volksgesundheit. bezieht sich 1. auf die Ernährung des Volkes; 2. die Wohnungsverhältnisse; 3. die Beschäftigungsweise unter sanitärem Gesichtspunkte; 4. die Verhütung und Bekämpfung ansteckender Krankheiten. Mit der Volksernährung, der Wohnungshygiene, der Gewerbehygiene usw. werden wir uns an anderer Stelle zu beschäftigen haben. Hier nur einige allgemeine Bemerkungen.

Richtige Volksernährung (quantitativ und qualitativ) ist volkswirtschaftlich von größter Bedeutung. Männer, die für Verbreitung der Kenntnis rationeller Ernährung tätig sind, verdienen den Dank auch des Nationalökonomen. Aus der Herabsetzung des Ernährungszustandes folgt Verminderung der Arbeitskraft, geringere Verwendbarkeit, hohe Kranken- und Sterbeziffer. Dem Arbeiter gebührt gute Kost, keine „Armenkost“, d. i. solche Kost, die überwiegend aus genußmittelparmen Vegetabilien besteht und die zur Herstellung und Erhaltung des normalen, der Körpergröße entsprechenden Körpergewichts nicht ausreicht. Ein Volk, welches die arbeitende Bevölkerung auf das Minimum der Ernährung einstellt, sie hungern, in schlechten Wohnungen hausen läßt, durch übermäßige Arbeitszeit usw. die Gesundheit, geistige Frische, Arbeitslust untergräbt, verschüttet selbst die Quellen seines eigenen Wohlstandes.

Die englische Regierung setzte am 2. September 1903 eine besondere Kommission zum Studium der Entartungsfrage ein (Inter-Departmental Committee on Physical Deterioration). Die ersten Ergebnisse der offiziellen

¹ Vgl. unter andern Rossi, Cours d'Économie politique IV (1865) 343.

Untersuchungen wurden 1904/05 in drei Bänden veröffentlicht. Und welches waren hiernach die Ursachen der Entartung in der breiten Masse des Volkes, soweit eine solche nachgewiesen werden konnte? Weniger eine Abnahme der Rassetüchtigkeit, nicht eine allgemeiner gewordene erbliche Belastung, nicht eine eigentliche Erschöpfung der Volkskraft, sondern die schlechten Wohnungs- und Ernährungsverhältnisse, dann namentlich auch die Trunksucht, die durch erstere unzweifelhaft sehr begünstigt wird¹. Man wird vielleicht in den elenden Wohnungs- und Nahrungszuständen nicht bloß eine Ursache der Entartung, sondern zum Teil auch eine Folge derselben erblicken, überdies nächst der Art der Nahrung auch der Art der Arbeit eine fundamentale Bedeutung beimessen dürfen². Dabei bleibt aber bestehen, daß die Entartungsfrage ihrem Kern nach als ein Ernährungs- und Wohnungsproblem, soweit die offizielle Untersuchung in Betracht kommt, für England erwiesen wurde. Wenn man dieses Ergebnis schlagwortartig zusammenfassen will, im Plakatstile — mit Herkner zu sprechen —, dann lautet dasselbe bzw. die daraus sich ergebende praktische Forderung: „Für die Stadtverwaltungen tatkräftige, wackere Oberbürgermeister, für die Familien hauswirtschaftlich leistungsfähige Frauen!“³

Daß auch den Schädigungen der Gesundheit, die aus der Art der Beschäftigung erwachsen, vielfach in wirksamer Weise vorgebeugt werden kann, steht außer Frage. Der moderne „Arbeiterschutz“ hat hier schon mancherlei Verbesserungen herbeigeführt (Vorschriften über die Einrichtung und Reinhaltung, Lüftung der Arbeitsräume, Änderung der Verarbeitung des Materials und Fabrikbetriebes usw.).

Kurz sei noch hingewiesen auf die heute übliche Bekämpfung und Abwehr ansteckender Krankheiten. Die völlige Absperrung des Personen- und Güterverkehrs wird (als unwirksam und als schädlich für den Handel) nicht mehr versucht. Man beschränkt sich auf die Beobachtung erkrankter Personen beim Eisenbahndurchgangsverkehr, auf scharfe Überwachung des kleinen Grenzverkehrs, auf das Einfuhrverbot für getragene Wäsche, Kleider, Lumpen, auch Nahrungsmittel. Durch die Sanitätskonferenz zu Paris (3. Dezember 1903) wurde das Quarantänewesen für den Seeverkehr geregelt. Die Vertragsstaaten hatten sich überdies zur telegraphischen Kundgebung erster Erkrankungsfälle in ihrem Gebiete verpflichtet. In Konstantinopel und Alexandrien bestand ein internationaler

¹ Dazu reiches Material in den Mäßigkeitsblättern, einer Beigabe zu Lorenz Werthmanns „Caritas“, im „Volksfreund“ des „Kreuzbündnisses“ usw. Jentsch, A. Smith (1905) 206 f. Auf die Alkoholfrage kommen wir im vierten Bande zurück.

² Vgl. Herkner, Arbeit und Arbeitsteilung, im Grundriß für Sozialökonomik Abt. 2, (1914) 166 ff.

³ So Herkner, Die Entartungsfrage in England, in Schmollers Jahrbuch XXXI 2 (1907), 357—378 (795—816). Vgl. auch J. Wolfs Zeitschrift für Sozialwissenschaft X (1907) 250.

Gesundheitsrat, der alle Vorkehrungen gegen die Einschleppung von Cholera und Pest aus Asien über Ägypten und die Türkei zu treffen hatte. Die Maßregeln zur Bekämpfung gemeingefährlicher Krankheiten innerhalb des Reichsgebietes wurden in Deutschland durch Reichsgesetz vom 30. Juni 1900 geordnet. Es besteht Anzeigepflicht (für Arzt, Haushaltungsvorstand, Pfleger, Inhaber der Wohnung, Leichenschauer). Zum Schutze gegen Ausbreitung der Krankheit dienen Absperrungs- und Aufsichtsmaßregeln wie Desinfektionen. Für Preußen sind durch Gesetz vom 28. August 1905 mit Ausführungsbestimmungen vom 7. Oktober 1905 noch besondere Vorschriften gegeben, die über die Bestimmungen des Reichsgesetzes hinausgehen, die Anzeigepflicht auf eine größere Zahl von Krankheiten erstrecken usw. Als Maßregel zur Abschwächung persönlicher Empfänglichkeit für gewisse Krankheiten ist die Schutzimpfung (gegen Pocken¹ zwangsweise) mit bestem Erfolg angewendet worden. Schöne Erfolge hat auch der Kampf gegen die Tuberkulose (Heilstätten u. dgl.) erzielt.

Es fehlt indes nicht an Leuten, die manchen sozialhygienischen Bestrebungen skeptisch gegenüberstehen. Wer kennt nicht die kühnen Hypothesen, die gewagten Züchtungsideale unserer „rassebiologischen“ Literatur.

131. die „Rassenhygiene“ im Sinne darwinistischer Bevölkerungstheoretiker?² Sie bildet nach ihnen den Kernpunkt jeder richtigen Bevölkerungspolitik. Und was ist ihr Zweck, ihre Aufgabe? Es gilt die Gattung gesund zu erhalten und ihre Anlagen zu vervollkommen. Aber wie? Nach Thomas Huxley³ fordert die Wissenschaft Beseitigung der „hoffnungslos Verseuchten, der Altersschwachen, der Schwachen oder Häßlichen, des Überschusses der Neugeborenen“. John B. Haycraft sieht in Seuchen Wohltäter der Rasse: „Es mag hart klingen, aber es ist deshalb nicht weniger wahr, daß auch der Tuberkelbazillus ein Freund unserer Rasse ist; denn er wuchert in keinem gesunden Manne oder Weib, sondern nur in schwächlichen Personen.“⁴ Alexander Tille⁵ meint in der merkwürdigerweise „Volksdienst“ betitelten Schrift: „Opfern wir unsere Krüppel und Angeseuchten und deren Nachkommen, damit Raum bleibe für die Söhne der Gesunden und Starken, und keine Vermischung mit erblich Belasteten ihnen schleichendes Gift in die Adern trage. Opfern wir das Schwache dem Starken, das Häßliche dem Schönen, und seien wir uns bewußt, daß die Natur dies ebenfalls tut, daß wir mit dieser Handlung nur wissentlich tun, was der Wettbewerb um die nötigen Daseinsmittel blind ebenfalls erreicht.“ Ploetz⁶ hat in seinem Buche

¹ Andere Schutzimpfungen von Pasteur gegen Tollwut („Wutschutzstationen“ in Berlin, Breslau), von Koch gegen Cholera, Typhus, Pest, Diphtherie, Tetanus; Behrings Diphtherieserum usw.

² Vgl. darüber Franz Keller, Bevölkerungspolitik und christliche Moral (1905) 98 ff.

³ Soziale Essays; übersetzt von A. Tille (1897) 237.

⁴ Natürliche Auslese und Rassenverbesserung; deutsch von H. Kurella (1895) 54 ff.

⁵ Volksdienst (1893) 328.

⁶ Grundlinien einer Rassenhygiene I: Die Tüchtigkeit unserer Rasse und der Schutz der Schwachen (1895). Vgl. auch Schallmayer, Vererbung und Auslese² (1910) usw. usw.

über „Rassenhygiene“ den „idealen Rassenprozeß“, „das Ausmerzen der schwachen und schlechten Individuen“ in Form einer Utopie spezialisiert und detailliert vor Augen geführt. Es ist die Lehre Haeckels¹, Spencers, Nietzsches, die uns hier entgegentritt, jener schonungslose Kampf ums Dasein, jene in ihren Konsequenzen trostlose Spencersche Idee: „Maßregeln, welche das Verschwinden der minderwertigen Individuen und Familien verhindern, müssen im Laufe der Generationen ein Verschwinden der Nation im großen und ganzen verursachen.“²

Noch stehen die Anschauungen und Sitten der Menschen hoch genug, um nicht Kultur und Zivilisation einer solchen „Rassenhygiene“ zu opfern, die „Hygiene“ zur Hyäne werden zu lassen. Gerade die höchsten Menschheitszwecke erheben sich über die materielle, körperliche Welt. Aus ihnen leitet sich die wahre Würde und der wahre Wert des menschlichen Individuums ab, und diese Würde, dieser Wert findet sich oft sogar in edlerer Ausprägung bei den Armen und Schwachen als bei „Sozialaristokraten“ und „Übermenschen“. Sehr richtig bemerkt Lang³: „Der Darwinismus begeht den großen Rechenfehler, daß er den Menschen als reines Naturprodukt auffaßt und den Fortschritt der Kultur einseitig in die Steigerung der körperlichen Fähigkeiten verlegt. Freilich wissen wir nur allzugut, was körperliche Gesundheit für das geistige Leben der Menschen bedeutet. Von diesem berechtigten Gedanken ist jedoch noch ein weiter Schritt bis zu der Behauptung: Kranke und schwache Menschen haben kein Recht auf Existenz. Die Geschichte kennt Beispiele genug von großen Männern, ja selbst von genialen Geistern, die zeitlebens über schwächliche Gesundheit zu klagen hatten. Würde man die neuerdings wieder empfohlene Spartanermaßregel in den letzten Jahrhunderten in Anwendung gebracht haben, so hätte die Welt nie etwas gehört von Kant, Adolf Menzel und vielen andern großen Gelehrten, Darwin ganz besonders nicht ausgenommen.“⁴

Müssen wir die darwinistische Hygiene ablehnen, so verkennen wir doch keineswegs den Wert der Rassenhygiene als der Lehre von der Erhaltung und Verbesserung der gesunden Abstammungsgrundlagen eines Volkes. Im engeren Sinne wird die Rassenhygiene, als Lehre von dem dauernden Wohlbefinden der Erbanlagen, wohl auch Eugenik (Eugenetik) genannt. Erhaltung und Vermehrung des gesunden Erbschatzes, Ausschaltung alles dessen, was zur Verschlechterung und Entartung führt, bleibt höchste Aufgabe der individuellen wie der sozialen Rassenhygiene. Wieviel Unglück kann abgewendet werden, wenn durch eine diskrete Auslese, ohne Verletzung der Gesetze einer höheren Ordnung, der erblichen Übertragung von Krankheiten und krankhafter Dispositionen vor-

¹ Freie Wissenschaft und freie Lehre (1873) 73.

² Prinzipien der Ethik; übersetzt von Vetter u. Carus I (1894) 569 f.

³ Nietzsche und die deutsche Kultur³ (1903) 55 f.

⁴ I²: Grundlegung 298 ff. (280 ff.)

gebeugt wird! „Die Auslese und die Wertung der gesunden Abstammungsgrundlage bei der Heirat“, sagt Hermann Muckermann¹, „ist eine sehr ernste Gewissenspflicht nicht nur für die Individuen, die eine Ehe eingehen wollen, sondern auch für die Eltern, die beratenden Ärzte und alle, denen ein Einfluß zusteht oder gestattet wird.“ Daß in Irrenhäusern und Gefängnissen Trennung der Geschlechter durchgeführt wird, begreift sich ohne Schwierigkeit. Aber man wird keine Gewaltmittel gegen erbliche Krankheiten und Verbrecherstammbäume empfehlen dürfen, welche die Gesetze einer höheren Ordnung verletzen. Es wäre verhängnisvoll, sagt Muckermann mit Recht, wollte man das System der „freien Liebe“ einführen und zur Gründung von „Zuchtgärten“² für ein „auserlesenes“ Geschlecht schreiten, oder auch nur die Terminologie und Technik der künstlichen Selektion auf vernünftige freie Menschen anwenden. Minderwertige wird es trotz allem immer geben. Sie dienen aber, wie der norwegische Psychiater Ragner Vogt bemerkt, mit dazu, jene Kräfte zu sammeln, welche das menschliche Kulturleben überhaupt aufrechterhalten, indem sie Gelegenheit bieten, Solidarität, Liebe, Barmherzigkeit zu üben.

Wir möchten hier noch einmal auf einen Gedanken zurückkommen, der uns schon früher beschäftigte. Für die Bewahrung der Gesundheit und Kraft unseres Volkes ist von größter Bedeutung die

132. Erhaltung der ländlichen Bevölkerung. Nicht mit Unrecht sieht Herkner in der einseitig übertriebenen Urbanisierung und Industrialisierung eine Gefahr für die Volkskraft. Er sagt: „Die ländliche Bevölkerung ist der eigentliche Jungbrunnen der gesamten Nation, während die Städte, welche, wie Kronos, ihre Kinder verschlingen, als Gräber des Menschengeschlechtes hingestellt werden. Je mehr die städtische Bevölkerung auf Kosten der ländlichen wächst, desto rascher entwickelt sich zwar die Blüte der Kultur, aber sie gleicht den Todesrosen auf den Wangen des Schwindsüchtigen. Sobald die ländliche Bevölkerung aufgezehrt ist, muß im städtischen Mittelstande ein rasches Sinken des geistigen Niveaus und damit der allgemeine Verfall eintreten.“³ Ähnlich

¹ Biologische Grundlagen der Bevölkerungsfrage, in Faßbender, Des deutschen Volkes Wille zum Leben (1917) 101 ff. Vgl. auch Fahlbeck, Der Neomalthusianismus in seiner Beziehung zur Rassenbiologie und Rassenhygiene, im Archiv für Rassen- und Gesellschaftsbiologie IX. Über soziale Hygiene vgl. Soziale Kultur XXVIII (1908) 420 ff.; XXXI (1911) 127 f. Zeitschrift für Volkswirtschaft, Sozialpolitik und Verwaltung XXI (1912) 547 ff. usw.

² Die menschliche Gesellschaft wird von einer brutalen Eugenetik ungefähr einer Viehzuchtgenossenschaft gleichgestellt.

³ Herkner, Arbeiterfrage³ (1902) 52. Vgl. auch oben S. 181 ff. 325 ff. 492 f. und die dort zitierten Autoren, v. Mayr, Ballod. Des letzteren Artikel „Scholle oder Fabrik“, in Türmer-Jahrbuch 1902, 151 ff. Sering, Die Bedeutung der landwirtschaftlichen Bevölkerung, in Archiv des deutschen Landwirtschaftsrates (1904). Faßbender, Der Kulturwert des

urteilt Roscher¹: „Der Bauernstand ist die Wurzel des Volksbaumes. Die Blüten, Blätter und Zweige der Krone, ja selbst der Stamm können absterben und, wenn die Wurzel gesund ist, wieder ersetzt werden. Aber wo die Wurzel nichts taugt, da geht der ganze Baum zugrunde.“ Auch Goethe² pries das Landvolk als ein Depot, aus dem die sinkenden Kräfte der Menschheit sich immer wieder ergänzen und auffrischen. Gewiß mögen beim armen Zwergbauern und Landproletarier die Bedingungen für die Erhaltung körperlicher Leistungsfähigkeit weniger günstig sein als bei dem gut gelohnten Industriearbeiter, dennoch darf man Herkner beistimmen, wenn er geneigt ist, dem landwirtschaftlichen Berufe — annähernd gleiche Wohlstandsverhältnisse vorausgesetzt — die relativ besten Grundlagen physischen Gedeihens zuzuerkennen. Georg Hanssen³ hat den Verfall der Niederlande aus dem Versiegen des Bevölkerungsstromes vom Lande her erklären wollen. Tatsächlich waren nach den Angaben Pieter Delacourts um 1660 bei einer Gesamtbevölkerung von 2400 000 Personen nur 8% landwirtschaftlich erwerbstätig. Auch in Großbritannien fand vor dem Weltkriege nur ein verhältnismäßig geringer Bruchteil der Bevölkerung in den gesunden Beschäftigungen des Ackerbaues Verwendung. In England machte die städtische Bevölkerung 77%, in Schottland 69,77%, in Irland 31% der Gesamtbevölkerung aus. Eine Ergänzung und Auffrischung der städtischen gewerblichen Bevölkerung durch Zuwanderer ländlicher Herkunft (von den Kolonien abgesehen) war da in größerem Umfange nicht möglich. Es wird sich aber überhaupt noch zeigen müssen, inwieweit und auf wie lange eine „auf die eigene Kraft angewiesene industrielle Bevölkerung in gesundheitlicher Hinsicht fortschreiten wird und ihren Bestand wird steigern können“ (Herkner). Glücklicherweise das Land, das auf ein solches Experiment verzichten kann und eine noch vorhandene lebenskräftige landwirtschaftliche Bevölkerung seiner Volkswirtschaft zu erhalten vermag.

133. Allgemeine Bildung und Fachbildung. Eines besondern Nachweises der außerordentlich großen Bedeutung der Wissenschaft und namentlich der naturwissenschaftlichen und technischen Erkenntnis für die wirtschaftliche Entwicklung der Völker bedarf es heute nicht mehr. Nur ganz kurz werden wir darum von der Verbreitung der allgemeinen Bildung im

Landes, in Deutschland und der Katholizismus II (1918) 299 ff. Brentano u. Kuczynski, Die heutigen Grundlagen der deutschen Wehrkraft (1900). Brentano, Der Streit über die Grundlage der deutschen Wehrkraft, in „Patria“ 1906. Mit dieser Frage haben sich außer den Genannten eine ganze Reihe von Autoren befaßt, so Wellmann, Evert, Claassen, Fischer, Kaup, Kuczynski, Meißner, Schwiening usw. H. Allendorf, Der Zug in die Städte (1901).

¹ Ansichten der Volkswirtschaft I⁸ (1878) 279.

² Äußerungen zu Eckermann, 12. März 1828.

³ Die drei Bevölkerungsstufen (1889) 278 ff. Vgl. auch Malthus, Essay (bei Stöpel) 245.

Volke und von der Pflege der besondern Fachbildung an dieser Stelle sprechen.

Die Übertragung von Wissen und Können ist kein automatischer Prozeß physiologischer Vererbung. Es handelt sich dabei nicht um die bloß passive Aufnahme und Übernahme einer Erbschaft im juristischen Sinne¹, sondern um allmählich erworbene Eigenschaften, die von den späteren Geschlechtern immer wieder von neuem angeeignet und behauptet werden müssen, wenn sie dem Volke nicht wieder verloren gehen sollen. Wie wertvoll eine alte Kultur und der durch lange Zeit mühsam gewonnene Kulturgehalt für die jüngeren Generationen auch sein mag, nur dann werden sie durch Bildung und Erziehung² erfolgreich übertragen, wenn der Nachwuchs in Fleiß und Ausdauer selbsttätig mitwirkt, um sich in Wissen und Können weiter und höher emporzuarbeiten, den Kampf mit den ungebändigten Trieben und Leidenschaften siegreich durchzufechten³.

Es wäre nun allerdings kurzsichtig, wenn man die intellektuelle Bildung eines Volkes lediglich nach der Verbreitung der Kenntnis des Lesens und Schreibens beurteilen wollte. Jene Zeiten, in denen ein tieferes Verständnis der religiösen Wahrheiten vielleicht weiter verbreitet war als heute, die Tage der alten Volkslieder und Heldengesänge, jener

¹ Vgl. Lexis, Das Wesen der Kultur, bei Paul Hinneberg, Die Kultur der Gegenwart I (1905) 13 ff. Die „Vererbung“ ist ursprünglich ein juristischer Begriff und bezieht sich auf den Übergang materiellen Besitzes auf die Nachkommen. Im übertragenen Sinne spricht man auch von der Vererbung der Kultur. Wohl kann man noch in mehr eigentlichem Sinne sagen: „Die Nachkommen erben den durch vielhundertjährige Arbeit aus Urwald, Sumpf, Steppe in nutzbares Land umgewandelten Boden, sie erben das in immer engeren Maschen ausgebaute Netz der Verkehrswege aller Art, den Gebäudebestand, den ganzen Apparat der technischen Produktionsmittel, kurz, das ganze stehende Kapital der Volkswirtschaft, den ganzen Reichtum an dauernden Gebrauchsgütern und an Kunstschätzen.“ Mehr bildlich spricht man von der Vererbung staatlicher, kirchlicher und anderer öffentlichen Institutionen, von Gesetz und Sitte, dann von der Übertragung des Kulturgehaltes durch Erziehung und Unterricht; durchaus bildlich ist die Anwendung des Wortes „Vererbung“ auf die physiologische Übertragung der Eigenschaften der Eltern auf die Kinder, der Kulturfähigkeit auf die jüngere Generation des Volkes.

² Schäffle, Politische Ökonomie I³ (1873) 116 f. Devas-Kämpfe, Grundsätze der Volkswirtschaft (1896) 33 ff.

³ „Bildung besteht nicht in dem Besitz von Kenntnissen, sondern in dem Besitz lebendiger Kräfte des Erkennens und Wirkens, worin sich die innere Lebensform betätigt. . . Halbbildung ist Aufnahme von ‚Bildungsstoffen‘ ohne die Kraft und den Willen zu innerer Aneignung und Assimilation. Ihre Wirkung ist Schwächung der Auffassungskraft und des Urteils. Es ist ein wahres Wort: Dummheit fit, non nascitur. Und mit der Schwächung der Urteilskraft geht Hand in Hand eine Steigerung der Einbildung; jener spezifische ‚Bildungshochmut‘, wie er durch die Formel: nichts können, nichts lernen und sich breit machen, beschrieben wird, das ist die der Halbbildung anhangende Charakterverbildung.“ Friedrich Paulsen, Das moderne Bildungswesen, bei Hinneberg, Die Kultur der Gegenwart I (1905).

großartigen Bauwerke und der edelsten Erzeugnisse der bildenden Kunst, der gewerblichen Blüte mit einem wohlausgestalteten Lehrlingswesen, hatten wohl noch zahlreichere Analphabeten als die „rückständigen“ Völker der Gegenwart. Darf ihnen darum ein für die damals geschichtlich gegebenen Verhältnisse relativ hoher Grad kultureller Entwicklung abgesprochen werden? Auch jenen Zeiten würde dennoch eine allgemeinere Verbreitung dessen, was wir heute gewöhnliche Schulbildung nennen, unzweifelhaft von Vorteil gewesen sein. Es wären dann, um nur ein Beispiel anzuführen, kaum so viele Menschen in Hörigkeit und Leibeigenschaft herabgesunken oder geblieben: Denn „ein Volk, das liest, ist leichter durch geweckte Köpfe über seine Rechte zu belehren, als eines, das sich, außer an religiösen Übungen und an einigen Helden- und Volksliedern, nur an materiellen Genüssen ergötzt, wie das im Mittelalter vielfach der Fall war“¹.

Es ist jedoch hier nicht unsere Aufgabe, zu untersuchen, wie weit eine größere Verbreitung der Schulbildung in früheren Zeiten nützlich oder überhaupt möglich war. Für die Gegenwart scheint jedenfalls ein gewisses Maß allgemeiner Bildung nicht bloß dem einzelnen unentbehrlich, sondern auch durch das Interesse der Gesellschaft unzweifelhaft gefordert zu sein. Die zunehmende Verdichtung in den meisten Staaten europäischer Kultur hat mannigfache Vorteile in kultureller Hinsicht gebracht, aber die Erhaltung einer so zahlreichen Bevölkerung auf demselben Gebiete stellt auch höhere Anforderungen an den einzelnen wie die Gesamtheit². Der Ackerbau allein ist nicht imstande, eine dauernd stark sich mehrende Bevölkerung zu beschäftigen, ihr ausreichenden Verdienst zu gewähren. Ohne wachsende Entwicklung der gewerblichen und industriellen Arbeit und des sich daran anschließenden Tauschverkehrs mit dem Auslande würden hohe Prozentsätze der Bevölkerung an weniger dicht besiedelte oder höher entwickelte, industrielle Gebiete abgegeben werden müssen. Ohne Zweifel gewinnt aber der Staat an innerer und äußerer Macht, wenn er, soviel möglich, den Bevölkerungszuwachs behält und im eigenen Lande zu dessen Bestem die neuen geistigen und körperlichen Kräfte verwertet. Dazu jedoch ist erforderlich, daß das sich mehrende Volk eben durch Bildung befähigt wird zu besserer, feinerer Arbeit und hierdurch zur Gewinnung des Lebensunterhaltes in der Heimat, im Vaterlande. Abgesehen von den unverkennbaren Vorteilen für die Volksglieder selbst, wird ferner die Gesellschaft bei tüchtiger Volksbildung vor übermäßigen Armenlasten bewahrt bleiben. Überdies setzt das allgemeine Wahlrecht, wo es besteht, eine gewisse Bildung des Volkes voraus usw. Wir stimmen darum auch Devas-Kämpfe bei, wenn er dem Staate heute

¹ Devas-Kämpfe a. a. O. 35 Anm.

² Gottlob Schöpper, Das Volksschulwesen, bei Hinneberg a. a. O. 100. Grupp, Kulturgeschichte des Mittelalters II. (1895) 379 ff.

das Recht zuerkennt, in gewissem Umfange den Unterricht obligatorisch zu machen: „Nur darf den Eltern nicht zugemutet werden, ihre Kinder in Schulen zu schicken, wo ihre religiösen Überzeugungen verletzt oder der Unterricht und die von ihm untrennbare erziehlische Tätigkeit nicht auf dem Boden ihrer religiösen Überzeugung erteilt resp. geübt werden. Ebenso wenig kann den Eltern die Pflicht auferlegt werden, ihren Kindern einen über ihre Standesverhältnisse hinausgehenden Unterricht erteilen zu lassen. Schulzwang in Verbindung mit gesetzlichen Bestimmungen, welche die Unterrichtsfreiheit in der Art sichern, daß jedermann seine Kinder in die ihm beliebenden Schulen schicken kann, wenn diese nur die Erlernung des notwendigen Maßes von Kenntnissen sichern, das ist die Lösung, von welcher eine heilsame Entwicklung des Unterrichtswesens erhofft werden kann. Wieviel besser aber ein Volk mit genügender Schulbildung daran ist als ein solches, bei dem diese Bildung breiten Schichten mangelt, das lehrt einerseits das Beispiel der deutschen und der österreichischen und anderseits das der italienischen ländlichen Bevölkerung. Die Landbewohner Deutschlands und Österreichs haben sich, obgleich sie meist nicht mit einer so großen natürlichen Begabung ausgestattet sind wie diejenigen Italiens, auch dort, wo der Großgrundbesitz vorwiegt, wie in Böhmen und in Schlesien, eine ganz andere Stellung errungen als die in Italien, welche sich erst in neuerer Zeit und nur in einigen Gegenden auf ihre Rechte zu besinnen anfangen. Kann das wundernehmen, wenn man einen Blick auf die Schulverhältnisse der betreffenden Länder wirft und sich vergegenwärtigt, was es für Wirkungen gehabt hat, daß Maria Theresia und Friedrich II. so eifrig den Volksunterricht zu heben begannen, während in den meisten Gegenden Italiens und namentlich im Süden die Mehrheit des Volkes jeder Schulbildung entraten mußte und so an einem Übel krankte, das die jetzige Regierung, die dort Schulen, mögen sie auch noch so mangelhaft sein, wenigstens ins Leben rief, weder in der richtigen Art noch mit der erforderlichen Energie behoben hat?“¹

Die allgemeine Volksbildung mag für manche untergeordnete Betätigung hinreichen. Jedenfalls wird sie immer eine unentbehrliche Unterlage jeder weiteren, höheren Bildung und speziellen Fachbildung abgeben. Allein für die meisten Arten sozialer Lebensstellung genügt heutzutage die gewöhnliche Volksschulbildung nicht mehr. Es ist vielmehr

¹ Devas-Kämpfe, Grundsätze der Volkswirtschaft 35 Anm. In Frankreich wurde der Volksschulunterricht durch Gesetz von 1882 obligatorisch gemacht. In England haben seit 1870 die Lokalbehörden das Recht, den Schulzwang einzuführen; eine Verallgemeinerung des Schulzwangs brachten die Gesetze von 1876 und 1880. Allerdings hängt der Erfolg dieser Maßregeln auch von der Altersgrenze für die gewerbliche Kinderarbeit ab. In den meisten, aber nicht allen Staaten der amerikanischen Union besteht der Schulzwang. Vgl. Lexis, Das Wesen der Kultur, bei Hinneberg, Die Kultur der Gegenwart I (1905) 46 f.

ebensowohl Bedürfnis der einzelnen Gesellschaftsglieder wie der Gesellschaft selbst, daß für die besondere Berufsvorbildung Unterrichtsgelegenheiten bzw. Anstalten vorhanden sind, die für alle Aufgaben des Standeslebens geeignete Kräfte ausbilden und dauernd zur Verfügung stellen. Ja die Anforderungen an Tüchtigkeit und die Schwierigkeit der Existenzmöglichkeit erscheinen unter den heutigen Verhältnissen in einer solchen Steigerung, daß selbst schon für Berufe, deren Arbeitsleistung im wesentlichen Handgeschick erfordert, eine spezielle Vorbildung als wünschenswert oder auch als notwendig erscheinen mag.

Friedrich Paulsen¹ unterschied darum im Aufbau des öffentlichen Bildungswesens für gegenwärtige Kulturverhältnisse entsprechend den drei Berufsgruppen (Handarbeit, praktisch disponierende Berufe, gelehrte Berufe) drei große Formen von Schulkursen: die allgemeine Volksbildung (für alle), die bürgerliche und die gelehrte Bildung und für jeden Kursus eine Unter-, Mittel- und Oberstufe. So ergab sich folgendes neungliedrige Einteilungsschema:

	1. Berufsgruppe (Handarbeit)	2. Berufsgruppe (Disponierende Berufe)	3. Berufsgruppe (Gelehrte Berufe)
1. Stufe	Primärschule: Elementarunterricht	Primärschule: Elementarunterricht	Primärschule: Elementarunterricht
2. Stufe	Sekundärschule: Oberstufe der Volksschule	Sekundärschule: Höhere Bürgerschule	Sekundärschule: Gymnasium
3. Stufe	Hochschule: Gewerbliche Fortbildungsschule	Hochschule: Mittlere Fachschule, Technikum, Handelsschule etc.	Hochschule: Universität und Technische Hochschule

Allerdings besteht für die Berufsbildung, wie in der Arbeitsteilung, die Gefahr der Einseitigkeit und übertriebenen Spezialisierung. Doch ist in den modernen Verhältnissen auch die Möglichkeit einer Korrektur gegeben. „Das Maß der Sittlichkeit eines besondern Berufes“, sagt Roscher², „hängt von dem Maße ab, in welchem er mit

¹ Das moderne Bildungswesen, bei Hinneberg a. a. O. 64 ff.

² Grundlagen der Nationalökonomie § 63. Die übertriebene Spezialisierung auch in den höheren Wissenschaften schadet der allgemein menschlichen Bildung. Die Beschränkung auf das ganz spezielle Gebiet hat gewiß große Vorteile; aber sie erzeugt nicht selten Hilflosigkeit namentlich gegenüber philosophischen und religiösen Fragen. Eine spätere Zeit wird nicht bloß mit Bewunderung, sondern zum Teil auch mit Verwunderung auf unsere Tage zurückblicken. Das gilt insbesondere von der Freiheit der Wissenschaft. Der Berliner Naturforscher Professor Dr. Friedrich Dahl sagt: „Wo ist die Freiheit der Wissenschaften? — auf dem Papier?“ (Naturwissenschaftliche Wochenschrift, Berlin 1907, Nr. 40, 638.) „Die Wissenschaften sind nicht so frei, wie ihre Vertreter gern sich einbilden“, bemerkt Ferd. Tönnies (Archiv für Sozialwissen-

dem allgemein menschlichen Berufe zusammenstimmt. Es ist darum keine Inkonsequenz, vielmehr ein tiefes Bedürfnis, wenn gerade auf den höchsten Kulturstufen so manche Rückschritte der Arbeitsteilung verlangt werden. Das Trnen der stubensitzenden Klassen, die allgemeine Wehrpflicht, die mancherlei politischen und kommunalen Nebengeschäfte des Bürgers, die Teilnahme . . . der Wohlhabenden an der unmittelbaren Armenpflege: das sind alles, materialistisch berechnet, große Zeitverschwendungen; die strengere Arbeitsteilung würde uns vielleicht technisch vollkommeneren Leistungen mit geringerem wirtschaftlichen Aufwande verbürgen. Der ganze Mensch aber ist wichtiger als die Summe seiner Leistungen und Genüsse¹. Wehe dem Volke, wo nur die Juristen ausgebildetes Rechtsgefühl, nur die Beamten politischen Sinn, d. h. ausgebildeten Patriotismus, nur das stehende Heer kriegerischen Mut, nur die Geistlichen bewußte Religiosität haben! wo die Eltern alle Erziehungssorge den Erziehern vom Fach überlassen! wo körperliche Rüstigkeit nur bei den niedern Klassen zu finden ist! Darum ist nichts schädlicher als die vorzeitig einseitige Fachbildung, ehe die Grundlage der allgemein menschlichen Bildung gesichert worden. Je höher namentlich der Mensch steht, desto mehr soll er die ganze Menschheit gleichsam vertreten. Wer möchte z. B. einen Regenten als Fachmann erzogen sehen? Die beste Korrektur für die Einseitigkeiten hoher Arbeitsteilung besteht in der Ausdehnung und vielseitigen Benutzung der Muße — (auch bei der heutigen Arbeiterklasse) —, was ja beides von derselben höheren Kultur, welche mit der Arbeitsteilung zusammenhängt, immer mehr erleichtert wird.“

Wir müssen es der besondern Volkswirtschaftslehre überlassen, das Notwendige über technische Schulen, Handelsschulen, Ackerbauschulen, Versuchsstationen usw. zu sagen, und begnügen uns hier, daran zu erinnern, wie der privaten und gesellschaftlichen Fürsorge auf dem Gebiete der Volksbildung aus den Bedürfnissen der Gegenwart ganz

schaft XXVI [1908] 76). Sie vermögen sich kaum „den wesentlichen Voraussetzungen der modernen Denkungsart“ zu entziehen, stehen meist im Banne dieser Denkungsart. Und dann: „Es gibt Ringe“, sagt Adolf Wagner. „Ringe nicht nur in der Industrie und im Handel, sondern auch an unserer Hochschule.“ Nach Otto Willmann (Die Hochschule der Gegenwart, in Zeit- und Streitfragen, herausgegeben von der Gehe-Stiftung [1906]) werden auf unsern Universitäten bald „die Köpfe mit nahrungslosen Subtilitäten verdüstert“, bald wird das Praktische so weit betont, daß man von ihnen als Beamtenfabriken sprechen kann. Er nennt die Handels-hochschulen in mancher Hinsicht geradezu mustergültige Einrichtungen zur Ergänzung der Universität. Hier werden die modernen sozialen Verhältnisse stärker berücksichtigt. Sie durchbrechen das staatliche Lehrmonopol und bieten in ihrer Autonomie eine Freiheit, deren sich die Universitäten bei der Untrennbarkeit ihrer Privilegien vom Staatscharakter oft nur scheinbar erfreuen. Es dürfen aber die großartigen Leistungen der Universität anderseits nicht unterschätzt werden.

Luk. 9, 25.

besonders große und schöne Aufgaben erwachsen. „Auch nach der Richtung mag die öffentliche Fürsorge sich erweitern, daß für die Ausbildung hervorragend begabter Kinder unbemittelter Eltern notwendige Mittel in weiterem Umfange zur Verfügung gestellt werden: Talente sind der kostbarste Schatz, den ein Volk besitzt. Endlich noch in der Richtung, daß bei vollständigem Versagen der Familienerziehung rechtzeitig öffentliche Erziehung eintritt; das preußische Fürsorgeerziehungsgesetz vom Jahre 1901 eröffnete hier der Entwicklung weiten Spielraum. An eine allgemeine Ersetzung und Verdrängung der Familienerziehung durch gesellschaftliche Einrichtungen, wovon utopische Gesellschaftsreformer träumen, wird allerdings nicht zu denken sein. Das hieße der Familie ihr erstes Recht und ihre erste Pflicht nehmen und sie in der Wurzel zerstören; das Eintreten öffentlicher Erziehung muß als eine Minderung des Elternrechts und der Familienehre empfunden werden.“¹ Mit diesen Worten zog Paulsen der öffentlichen Fürsorge ihre Grenzen. Wenn er aber den Katechismus durch eine allgemeine „Christentumslehre“ ersetzen möchte, so unterliegt der geistvolle Forscher dabei leider doch eben nur den Vorurteilen seines engeren Milieus und seiner philosophischen Weltanschauung. Familie, Schule, Kirche werden auch in Zukunft zusammenwirken müssen, soll das schwierige Werk der Jugendbildung und -erziehung gedeihen, dem wahren Kulturfortschritt dienen, zum Wohle der Völker gereichen.

134. Die „Volksbildungs“-Bestrebungen der Gegenwart² 1. wenden sich an die reifere Jugend und die Erwachsenen der unteren und der mittleren Schichten der Bevölkerung, um denselben Anteil an den Gütern des Wissens und der Kunst zu verschaffen, sie durch Belehrung wirtschaftlich und sozial zu fördern. Diese Bestrebungen, zum Teil in organisierter Form (Volksbildungsvereine u. dgl.), nehmen einen hervorragenden Platz gerade auch in der modernen gemeinnützigen Volkswohlfahrtspflege ein. In einem engeren Sinn erstrebt die „moderne Volksbildung“ die Hebung des mehr allgemeinen geistigen Bildungsniveaus der weniger gebildeten Volksgruppen, also abgesehen von der speziellen wirtschaftlichen und sozialen Belehrung und Schulung. „Derartigen philanthropischen Bestrebungen, die in der Anerkennung der vom Christentum zu Ehren gebrachten Menschen-

¹ Paulsen, Das moderne Bildungswesen, bei Hinneberg, Die Kultur der Gegenwart I 80. Das preußische Ministerium für Volkswohlfahrt wendet der zweckmäßigen Umgestaltung des Fürsorgewesens große Sorgfalt zu. Eine neue gesetzliche Regelung steht bevor.

² Besondere Beachtung verdienen die hierhin gehörigen Aufsätze aus „Deutschland und der Katholizismus“ (herausgegeben von Meinertz u. Sacher) I (1918), so: Franz Kaufmann, Bildungs- und Berufsideale 185 ff.; Joseph Stoffels, Jugenderziehung und Jugendpflege 203 ff.; Joseph Göttler, Die Grundlagen des Schulwesens 223 ff.; Franz X. Weigl, Die Volksschule 235 ff.; Simon Widmann, Höhere Bildung und Erziehung der männlichen Jugend 251 ff.; Pauline Herber, Höhere Bildung und Erziehung der weiblichen Jugend 273 ff.; Heinrich Finke, Hochschule und Wissenschaft 293 ff.; Karl Benz, Das Studentenwesen 313 ff. — Fortbildung der Jugend, in „Soziale Revue“ X (1910) 100 ff.

würde wurzeln“, sagt Walter¹, „kann man nur sympathisch gegenüberstehen. Der Ausschluß des ‚Volkes‘ von den geistigen Gütern der Kultur und die Heranzüchtung einer exklusiven Geistesaristokratie wäre heidnisch.“

2. Die Erweiterung der Bildung in der großen Masse der Bevölkerung ist heutzutage ein unverkennbares Bedürfnis für den einzelnen, für die verschiedenen Berufskreise, für die ganze Gesellschaft. a) Bildung bedeutet für den einzelnen eine Quelle der Kraft und der Frische. Sie ist doppelt wertvoll bei der abspannenden, wenig wechselvollen wirtschaftlichen Betätigung unserer industriellen Arbeiter. Innig hängt mit der Bildung des Geistes die Veredlung des Gemütes zusammen, namentlich wenn die Bildung als religiöse den Geist mit den höchsten und trostvollsten Wahrheiten mehr und mehr vertraut macht. Auch dem gewöhnlichen Manne gereicht die Schärfung seiner Urteilsfähigkeit, der Besitz reicherer positiver Kenntnisse zum großen Vorteil gegenüber den vielen Schwierigkeiten, den mannigfachen verwirrenden Einflüssen der Jetztzeit. b) Nicht bloß für den einzelnen, für ganze Berufskreise sodann ist die Bildung das Mittel, um die durch den Kulturfortschritt in reicherer Fülle gebotenen Güter richtig zu verwerten, um zu einer wohlgeordneten höheren Lebenshaltung zu gelangen und diese zu behaupten. Insbesondere der Aufklärung über soziale und wirtschaftliche Fragen der Gegenwart bedarf es, sollen die Wohltaten der Gesetzgebung allen zugute kommen, die berechnete Selbsthilfe der abhängigen Stände vernünftige Ziele mit den richtigen Mitteln wirksam verfolgen. In gänzlich veränderten wirtschaftlichen und sozialen Bedingungen müssen ferner die selbständigen Erwerbstätigen des Mittelstandes heute um ihre Existenz kämpfen. Hier bedarf es der Belehrung und Schulung über Ausnutzung der modernen Errungenschaften auf dem Gebiete der Technik, zweckentsprechende Anpassung des ganzen Geschäftsbetriebs an die neuen Verhältnisse. Wie wichtig ist z. B. für die kleinen und mittleren Kaufleute und Handwerker die genaue Kenntnis und Übung der kaufmännischen Buchführung, des Scheck-, Wechsel-, Bankwesens, des Genossenschaftswesens usw., der einschlägigen Gesetzgebung! Wo staatliche und gemeindliche Bildungsgelegenheiten fehlen, kann auch hier die Volkswohlfahrtspflege ergänzend helfen. c) Für Staat, Gesellschaft, Volkswirtschaft schließlich bedeutet die geistige Hebung des Volkes α) allseitige Erhöhung der Leistungsfähigkeit. Vorausgesetzt wird natürlich, daß jene Bildung eine gediegene und gesunde bleibe. Mit der Zunahme des Verlangens nach geistiger Nahrung vermindert sich das Verlangen nach rohem Sinnengenuß (geistigen Getränken), geht die Kriminalität im Volke zurück, was alles wieder eine Steigerung der Volkskraft besagt. β) Dazu kommt dann noch die sozial versöhnende Wirkung, wenn die Gebildeten in die Mitte des Volkes treten, um diesem mitzuteilen von jenen Kulturerrungenschaften, die ohne die Arbeit des Volkes niemals zu uns gelangt wären. Schmoller meint, der letzte Grund der sozialen Gefahr liege weniger in der Dissonanz des Besitzes als der Bildungsverhältnisse. Bildung verleiht Überlegenheit. Auch auf diesem Gebiete gilt es, Gegensätze auszugleichen, den Gemeinschaftsgedanken zur Geltung zu bringen, indem man es dem gewöhnlichen Manne ermöglicht, mit den höheren Klassen in geistigen Verkehr zu treten und hierdurch von der Enge und dem Druck der Unwissenheit befreit zu werden. γ) Was nützen schließlich alle unsere modernen Reformen, die gesetzliche Sonntagsruhe, die Verkürzung der Arbeitszeit,

¹ Artikel „Volksbildung“ im Staatslexikon V³ 890 ff.

die Erhöhung des Lohnes, wenn nicht gleichzeitig das geistige Niveau der Arbeiterschaft gehoben wird, und das so wohlgemeinte Reformwerk nur zur Vermehrung niedern Genusses Anlaß und Möglichkeit geboten hätte.

3. Die Volksbildungsbestrebungen haben gewiß auch ihre Gefahren. Gelehrte usw., meint Sombart, gibt es heute in großer Zahl, die gerne „der Welt die Erzeugnisse ihres Geistes zum besten geben“. Sie sind aber nicht alle gute Volksbildner, namentlich dann nicht, wenn sie die „Volksbildung“ einseitig und egoistisch zu Parteizwecken mißbrauchen oder gar sich bestreben, dem Volke seine höchsten Güter, Glauben und Sittlichkeit, zu rauben¹. Kunst und Wissenschaft können die Religion nicht ersetzen. Es kommt also sehr viel darauf an, wer die Volksbildung in die Hand nimmt und wie sie durchgeführt wird. Man soll dem Volke nicht allerlei Bruchstücke des Wissens übermitteln, sondern eine durch weise Beschränkung, gute Auswahl, verständliche Darstellung, gründliche Behandlung, auch durch Anregung und Anleitung zum selbständigen Arbeiten fruchtbare und nützliche Belehrung zuteil werden lassen. Einzelvorträge sind nicht abzulehnen, geschickt disponierte Vortragskurse über denselben Gegenstand aber von höherem Wert (richtig durchgeführte Volkshochschule).

4. Die Volksbildungsbestrebungen bedienen sich der verschiedensten Mittel, um ihr Ziel zu erreichen. Sie suchen die Öffentlichkeit, Staat, Gemeinde, die gebildeten Klassen zunächst auf die Lücken im allgemeinen Bildungsniveau aufmerksam zu machen. Sie machen sodann Stimmung für ihr Werk, bemühen sich, überall Mitarbeiter zu werben. Aber auch die Durchbildung der Volksbildung wird von den verschiedenen, diesem Zweck dienenden Organisationen tatkräftig in die Hand genommen.

a) Für eine angemessene Lektüre sorgen α) die Volksbibliotheken und Lesehallen. In letzteren liegen Zeitschriften und Zeitungen zur unentgeltlichen Benützung aus. Mustergültig sind die englischen Free Librarys. Auch Amerika besitzt solche in großer Zahl und ebenfalls das britische Australien. In Deutschland sind sie ebenfalls durch Gemeinden oder Vereine eingeführt worden (so in Berlin, Charlottenburg, Frankfurt a. M., Köln, Düsseldorf, Jena, Königsberg, Mannheim, Straßburg, Bonn usw.). Um das Volksbibliothekswesen hat sich der Borromäusverein die größten Verdienste erworben. In ähnlicher Weise wirkt der Evangelische Bücherverein usw. Mit den Borromäusvereinsbibliotheken wurden in einigen größeren Orten Lesezimmer verbunden. Auch der österreichische Salzburger und Klagenfurter Bücherverein weist hervorragende Leistungen auf². β) Die Kolportage, die Massenverbreitung guter Schriften zu billigen Preisen, will dem Volk den Erwerb von Broschüren usw. erleichtern. Es gibt in Deutschland, Österreich, Frank-

¹ Jenen „Volksbildungsvereinen“ gegenüber, die Zweifelsucht und Unglauben förderten, wies Roscher nachdrücklichst auf die christliche Kirche hin: einen Volksbildungsverein, der seit zwei Jahrtausenden bestehe, dessen Bildung für den ärmsten Proletarier nicht zu hoch, für den tiefsten Denker nicht zu flach ist, der durch gleichmäßige Stärkung und Verfeinerung aller Seelenkräfte, frei von jeder Gefahr der Verschraubung und Verbitterung, allein imstande sei, die ganze Welt zu überwinden, weil er die ganze Welt selig machen könne (Geistliche Gedanken [1895] 67).

² Die sog. „Wanderbibliotheken“ können auch abgelegenen Orten Lektüre verschaffen. Es werden z. B. für die Winterszeit in einen Ort eine Anzahl Bücher geliehen, die später an eine Zentralstelle zurückgesendet wieder den Bewohnern anderer Orte dienen können.

reich, England, der Schweiz usw. eine ganze Reihe von Volksschriftenvereinen u. dgl. Von ihnen seien wiederum der Borromäusverein, der Salzburg-Klagenfurter Verein erwähnt, dann der politisch und religiös neutrale Verein für Massenverbreitung guter Schriften, die Innere Mission, speziell die Arbeiterbibliotheken des Berliner und des Westdeutschen Arbeiterverbands, die billigen Schriften des Volksvereins für das katholische Deutschland. Auch einzelne buchhändlerische Unternehmungen dienen der Massenverbreitung guter oder minder guter Schriften; hierher gehören Reclams Universalbibliothek, Meyers Volksbücher, Wiesbadener Volksbücher, dann die im Verlag der „Germania“ erschienenen Schriften, die Warnsdorfer, Münchener Broschüren usw.

b) Der unmittelbaren Belehrung dienen insbesondere Unterricht und Vorträge. α) Die populär wissenschaftlichen Vorträge müssen sich der Fassungskraft des Volkes anpassen. Demonstrationen und Diskussionen unterstützen nicht wenig das Verständnis. Entscheidend wichtig bleibt die rechte Auswahl der Redner (Redneradrefsbuch!). β) Wirksamer als Einzelvorträge sind, wie vorhin angedeutet, zusammenhängende Unterrichtskurse. Auf sozialem, wirtschaftlichem und fachtechnischem Gebiete wirken hier mit großem Erfolge Lehrlingsheime, Gesellen- und Arbeitervereine, Bauernvereine, landwirtschaftliche Vereine, der Volksverein für das katholische Deutschland usw. Hierhin gehören u. a. auch die Meisterkurse, die zahlreichen und mannigfaltigen Frauenarbeits-, Koch- und Wirtschaftsschulen u. dgl. γ) Eine sachverständige Führung durch Kunstgalerien und Museen kann reiche Belehrung und edeln Genuß bieten, wie die Führung durch wirtschaftliche, soziale, karitative Institute u. dgl. das Interesse und Verständnis nach dieser und jener Richtung zu wecken, den Gesichtskreis zu erweitern wohl geeignet ist. δ) Besondere Erwähnung verdient das University Extension Movement, welches die Lehrkräfte der Hochschulen zunächst in England, Dänemark, Österreich, dann in Deutschland dem Werke der Volksbildung (Ferienkurse, Hochschulkurse usw.) dienstbar zu machen suchte. Dem Verlangen weiter Volkskreise nach Vertiefung ihrer Bildung sollten in umfassenderer Weise diese sog. Volkshochschulen dienen¹. Als Zweck der Volkshochschule kann indes nicht die Herstellung einer Bildungsgleichheit betrachtet werden. Gewiß ist, wie bereits gesagt wurde, möglichst hohe, einheitliche, allgemeine Bildung des Volkes zu befürworten, damit jeder Volksgenosse an dem Kulturleben seines Volkes teilnehmen könne. Aber gleiche Bildung für alle — das bleibt eine Utopie, genau so wie die willkürlich vorausgesetzte, aber tatsächlich nicht vorhandene und praktisch nicht herzustellende Gleichheit der Menschen. Die eigentliche Hochschulbildung setzt gründliche, umfassende Vorbildung und Geistesschulung voraus, die nicht jedermann erlangt und erlangen kann. Ein Zusammenfinden und Zusammenarbeiten der handarbeitenden und akademisch gebildeten Volksgenossen ist aber darum doch nicht ausgeschlossen. Im Gegenteil, es wird sogar um so eher und besser ermöglicht, wenn nur der akademischen Vollbildung die gebührende Stellung im

Reinfried, Aufgabe und Ziel der Volkshochschule, in „Soziale Revue“ I (1920) 15 ff. Ders., Geistig-sittliche Erneuerung und Volkshochschule (1920). Die Katholiken Deutschlands besitzen in dem Zentralbildungsausschuß der katholischen Verbände eine Zentrale für erweiterte Bildungsbestrebungen. Die westfälische Gesellschaft für Volksbildung und Volkshochschulwesen (unter der Leitung von E. Schreiber) entwarf ein beachtenswertes Programm für Volkshochschulbildung.

Volksleben gewahrt bleibt. Einzelne besonders begabte Handarbeiter mögen immerhin durch eifriges Studium in 'erfolgreiche Konkurrenz treten mit den akademisch Gebildeten. Die große Masse wird indes stets der geistigen Führung bedürfen. Es hieße dem Volke einen schlechten Dienst erweisen, wollte man dasselbe durch die Volkshochschule in seinen breiten Massen mit Ideen und Problemen vollpfropfen, mit denen die Leute doch nichts anzufangen wissen. Das hieße nur die allgemeine Verwirrung mehrten, Eitelkeit und Selbstüberhebung durch Halbwissen fördern. Überdies führt Bildungsüberproduktion Bildungsüberdruß herbei. Ein großer Mangel so mancher Volkshochschule besteht sodann darin, daß dort Bildung als Ersatz für Religion geboten werden soll, daß materialistische und pantheistische Irrungen dem Volke als bare Münze, als wissenschaftliche Wahrheit angepriesen werden. Eine gute Volkshochschule muß ferner nicht nur bildend, sondern auch erziehlich wirken. Sie wird das aber um so mehr tun, je klarer sie das Volk erkennen läßt, daß es für den Menschen Höheres gibt als das Streben nach materiellen Gütern und sinnlichen Genüssen; ferner durch Pflege echt staatsbürgerlicher Gesinnung und eines die jetzige egoistische Zerrissenheit überwindenden Gemeinschaftsgeistes.

c) Aber auch für eine veredelnde Unterhaltung des Volkes wird mit Recht Sorge getragen: durch Volksunterhaltungsabende, Volkstheater, Volkskonzerte, Klassikervorstellungen, Rezitationen usw. England hat schon länger seine Volkshäuser und Volkspaläste für geistige und gesellschaftliche Bildung und Unterhaltung.

Dort, wo die freie Tätigkeit der Gesellschaft den Bedürfnissen genügt, wird der Staat¹ sich am besten auf Förderung und Ergänzung dieses sozialen Wirkens beschränken, alle bürokratische Hemmung vermeiden müssen. —

Sozial und wirtschaftlich von größter Bedeutung sind ferner die Bestrebungen für Heranbildung eines tüchtigen Nachwuchses.

135. Jugendfürsorge. Wir haben ein ausgebautes System der Bildung und Erziehung der Kinder bis zum 14. Lebensjahre. Es gibt ferner mancherlei gesetzliche Bestimmungen über den Schutz der jugendlichen Fabrikarbeiter, Lehrlinge, Handlungsgehilfen. Auch was über die Regelung des Wohnungswesens im Hinblick auf jugendliche Personen zu sagen wäre, über den Besuch von Schankstätten, die Teilnahme der Jugend an öffentlichen Lustbarkeiten, die spezielle Regelung der Arbeitsnachweise für Jugendliche, der Auslöhnung an Minderjährige usw., das alles kann an dieser Stelle bloß erwähnt, aber nicht ausführlich behandelt werden. Nur kurz berührt sei ferner noch einmal die sog. „Fürsorgeerziehung“, die Unterbringung des durch die eigene Familie vernachlässigten oder einer strafbaren Handlung (vor Erreichung der Strafmündigkeit) schuldigen oder sonst dem Verderben besonders ausgesetzten Kindes in Anstalten oder Familien².

¹ Über ein Reichsamt für Volksbildung vgl. die gleichnamige Schrift von J. Ziehen (1903).

² B.G.B. §§ 1616 u. 1838. E.G. z. B.G.B. Art. 135. Preußisches Gesetz vom 2. Juli 1900. Bayerisches Pol.Str.G.B. Art. 81. R.Str.G.B. § 55. Für Österreich Gesetze vom 10. Mai 1873 und 24. Mai 1885. — Loening, Zwangserziehung, im Handwörterbuch der Staatswissenschaften VII³ 1137 ff. — v. Heckel, Fürsorgeerziehung, im Wörterbuch der Volkswirtschaft I² 905 ff. Münsterberg, Zwangserziehung II³ 1496 ff. Ludwig Schmitz, Fürsorgeerziehung, im Staatslexikon II³ 347 ff. Ders., Die Fürsorge-

Pesch, Lehrbuch der Nationalökonomie. II. 2. u. 3. Aufl.

Was aber vielfach fehlte, das war eine allgemeine, ausreichende Sorge für die Fortbildung und Erziehung der schulentlassenen Jugend.

Mit dieser Frage beschäftigte sich z. B. ein durch die preußischen Minister für Handel und Gewerbe, der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten und des Innern gemeinsam erlassenes, noch heute beachtenswertes Zirkular (vom November 1901) an die Regierungspräsidenten. Da hieß es: „Wie wir aus den Berichten, die dem mitunterzeichneten Minister für Handel und Gewerbe auf Grund des Erlasses vom 19. Januar v. J. erstattet worden sind, mit Freude entnommen haben, ist es bereits in weiteren Kreisen als eine wichtige Aufgabe erkannt worden, die gewerbliche männliche Jugend tunlichst vor den mancherlei Gefahren zu bewahren, die ihr heute drohen, wenn sie sich selbst überlassen bleibt. In erster Linie suchen die konfessionellen Jünglings-, Lehrlings- und Gesellenvereine, daneben aber auch mancherlei andere Veranstaltungen von gewerblichen Unternehmern, Innungen, Gemeinde-, Kirchen- und Schulbehörden, andern Korporationen und freien Vereinigungen die aus der Schule entlassenen Knaben während ihrer freien Zeit zu sammeln und sie in angemessener Weise zu unterhalten und zu beschäftigen. Zahlreiche Geistliche, Lehrer an den Volks-, Fach- und Fortbildungsschulen, Handwerksmeister und andere Gewerbetreibende, öffentliche und Privatbeamte haben ihre Kräfte mit dankenswertem Eifer in den Dienst dieser Aufgabe gestellt. An vielen Orten ist demgemäß durch die regelmäßigen Versammlungen der erwähnten Vereine, durch Jugend-, Lehrlings- und Kaufmannsheime, durch Darbietung von Schreib-, Lese-, Spiel- und Erholungsgelegenheit der verschiedensten Art, durch Museumsführungen, durch Turn-, Gesangs-, Lese-, Vortrags- und sonstige Unterhaltungsabende den aus der Schule entlassenen Jünglingen, die eines geeigneten Familienanschlusses entbehren, die Möglichkeit geboten, ihre freien Abende und Sonntage in einer Weise zuzubringen, die ihnen zusagt und ihrer körperlichen und geistigen Entwicklung förderlich ist. Andererseits lassen die Berichte erkennen, daß die Möglichkeit nicht überall in der wünschenswerten Weise benutzt wird, daß sie aber noch an vielen Orten fehlt, wo ihr Mangel schmerzlich zu beklagen ist. In beiden Beziehungen sind, wie wir nicht verkennen, den amtlichen Bemühungen, eine Besserung herbeizuführen, enge Grenzen gezogen. Wir hoffen aber darauf rechnen zu können, daß die Herren Regierungspräsidenten innerhalb dieser Grenzen ihren Einfluß zur Herbeiführung einer Besserung tatkräftig und nachhaltig einsetzen werden. Dies ist augenblicklich um so wichtiger, weil die neueren Bestimmungen über die Sonntagsruhe und über den zeitigen Ladenschluß die Mußzeit der Jugend erheblich erweitert haben, weil ihr verhältnismäßig hoher Verdienst es den jungen

erziehung Minderjähriger⁴ (1904). — Die Fürsorgeerziehung erreicht ihren Zweck nicht, wenn sie zu spät beginnt und zu früh beendet wird. Auch wäre mehr darauf zu achten, daß der Fürsorgezögling systematisch für einen Beruf vorgebildet wird, der ihm später Existenzmöglichkeit gewährt. Ebenfalls müßte besser gesorgt werden für die Fortdauer freundschaftlicher Beziehungen zwischen den ehemaligen Zöglingen und der Erziehungsanstalt — wenigstens wo das möglich ist. Vgl. ferner Noppel, Neugestaltung oder Abschaffung des Jugendstrafrechtes, in „Stimmen der Zeit“ XCIX (1920) 239 ff. Klumker, Fürsorgewesen (1920). F. Schlosser, Die Zukunft der Jugendfürsorge (1919). Über den gleichen Gegenstand Faisenberger (1919). Hellwig, Entwurf eines Jugendschutzgesetzes (1918).

Leuten ermöglicht, unbeeinflusst von der elterlichen Autorität, unzweckmäßigen Zerstreuungen nachzugehen, und weil die jungen Leute, denen eine genügende Pflege und Fürsorge nicht von anderer Seite zuteil wird, nur zu leicht unter Einflüsse geraten, die geeignet sind, ihre geistige und sittliche Entwicklung in falsche Bahnen zu leiten. Wieviel auf diesem Gebiete noch zu tun ist, ergibt sich aus der Tatsache, daß bis jetzt nur etwa 10 Prozent der gewerblich tätigen jungen Leute den konfessionellen Vereinen angehören, daß allerhöchstens etwa weitere 10 Prozent an den sonst bestehenden Veranstaltungen beteiligt sind, und daß von dem Rest weit über die Hälfte in ihren Mußestunden eines Anschlusses an das Elternhaus oder eine sonst geeignete Familie gänzlich entbehrt. Es wird unter diesen Umständen nicht zu bezweifeln sein, daß etwa in den meisten Städten mit mehr als 4000 Einwohnern und in den Landgemeinden, in denen sich eine entwickelte Industrie findet, ein Bedürfnis nach besondern Veranstaltungen zur Sammlung und Unterhaltung der schulentlassenen gewerblichen Jugend besteht. Die Frage, was zur Befriedigung dieses Bedürfnisses am zweckmäßigsten zu geschehen hat, wird sich nicht für alle Orte und Gegenden gleichmäßig beantworten lassen. Wo bereits geeignete Vereine oder andere Veranstaltungen vorhanden sind, wird es in erster Linie darauf ankommen, sie zu stützen und zu stärken, jedenfalls aber alles zu vermeiden, was ihre Weiterentwicklung beeinträchtigen könnte¹. Häufig wird z. B. durch eine sachgemäße Einwirkung auf Gemeinde- und Schulbehörden die Bereitstellung geeigneter Versammlungsräume, oft auch deren unentgeltliche Reinigung, Heizung und Beleuchtung zu erreichen sein. Lehrer der verschiedensten Schulen, Geistliche, Gewerbeaufsichtsbeamte, Mitglieder der Handwerkskammern und Innungen und andere Persönlichkeiten aus den verschiedensten Berufs- und Gesellschaftskreisen werden vielfach, auf die Bedeutung der Frage in der richtigen Weise aufmerksam gemacht, geneigt sein, zu ihrer Erfüllung mitzuwirken, auch wenn sie ihr bisher teilnahmslos gegenüberstanden. Diese Mitwirkung wird am wertvollsten sein, wenn sie in einer persönlichen Beteiligung an den Veranstaltungen zur Unterhaltung der Jugend bestehen kann. Sie wird aber auch dann mit Dank zu begrüßen sein, wenn sie sich darauf beschränkt, die in Betracht kommenden Kreise der jungen Leute auf jene Veranstaltungen aufmerksam zu machen, ihr Interesse dafür zu erwecken und sie zu ihrer Benutzung anzuregen. Wenn die Lehrer der Volksschule vor der Schulentlassung, später die Lehrer der Fortbildungsschule, die Lehrmeister und andern Arbeitgeber allgemein von ihrem Einfluß in dieser Richtung nachdrücklich Gebrauch machen wollten, würde sich die Wirksamkeit der bestehenden Veranstaltungen wesentlich verstärken und vergrößern lassen. Wo derartige Veranstaltungen nur für einen Teil der in Betracht kommenden Jugend bestehen, wird zunächst ihre Erweiterung und Ergänzung, wo sie ganz fehlen, ihre Schaffung zu erstreben und mit ähnlichen Mitteln zu versuchen sein. Die Hauptschwierigkeit bei allen Neueinrichtungen wird in der Gewinnung einer Persönlichkeit liegen, die das Unternehmen leitet. Wie sie zu suchen und zu finden ist, kann nur auf Grund örtlicher Kenntnisse und Erfahrungen beurteilt werden.“

¹ So auch der Erlaß des preußischen Handelsministers vom 25. Juli 1908 betr. Fürsorgeeinrichtungen. Über deutsches Fortbildungsschulwesen vgl. unter anderem H. Sierks in der Sammlung Göschen Nr. 392.

Der Erlaß erwartete also von der freien Tätigkeit der Gesellschaft unter Beihilfe der Gemeinde- und Schulbehörden ein erweitertes und erhöhtes Wirken zum Wohle der schulentlassenen Jugend.

Das erstrebte Ziel kann jedoch in befriedigendem Maße kaum erreicht werden ohne allgemeine obligatorische Ein- und Durchführung der Fortbildung (aber ohne Zwangsschule). Für die sog. gelernten Berufe ist die allgemeine und gewerbliche Fortbildung unzweifelhaftes Bedürfnis. Aber auch die Bildung der gewerblichen Arbeiter stiftet den größten Nutzen, befähigt die Arbeiter zu guten Leistungen, was sowohl ihnen selbst, im Hinblick auf höhere Löhnung, als dem vaterländischen Gewerbe, für seine Produktionserfolge und speziell für den Wettbewerb auf dem Weltmarkte, zum Vorteil gereichen wird. Selbst die Landjugend muß heute mit der Buchführung, Korrespondenz, dem modernen Geschäftsleben, seinem Geld- und Warenverkehr usw. genügend vertraut gemacht werden. Der Handwerkslehrling bedarf speziell für den theoretischen Teil der Gesellenprüfung besonderer Beihilfe, die er auf der Werkstätte nicht findet: Unterweisung in der Buch- und Rechnungsführung, in den grundlegenden allgemeinen Kenntnissen für die sonstige Geschäftsführung. Der Kaufmannslehrling muß Sprachkenntnisse sich aneignen, die verschiedenen Arten der Buchführung kennen, mit dem Wechsel- und Bankverkehr vertraut sein. Soll ferner die gewaltige neue Kulturaufgabe der Jugendfürsorge in wahrhaft segensreicher Weise gelöst werden, dann bedarf es auch in der Fortbildungsschule selbst der erzieherischen Wirksamkeit jener religiösen Mächte und Mittel, die an erster Stelle berufen und befähigt sind, den Jüngling durch die an Stürmen und Krisen reichen Jahre glücklich hindurchzuführen, ihn zu einem nützlichen und tüchtigen Glied der Gesellschaft und des Staates heranzubilden.

Vorläufig und wohl auch in Zukunft wird auch den Innungen, kaufmännischen Verbänden, Bauernvereinen, sonstigen Vereinigungen und Veranstaltungen in Stadt und Land noch manches für Ersatz oder zur Ergänzung des in einer wohleingerichteten Fortbildungsschule Gebotenen zu leisten bleiben. Ganz besonders aber eröffnet sich hier für die konfessionellen Jugendvereine ein weites und wichtiges Feld segensreicher Wirksamkeit. An erster Stelle steht bei ihnen natürlich die Sorge für die religiös-sittliche Erziehung der Jugend. Aber auch auf dem Gebiete der Bildung werden sie wirken können zum Teil mit ähnlichen, freilich der Jugend angepaßten Mitteln, wie sie oben bei den „Volksbildungsbestrebungen“ besprochen wurden (durch Vorträge, Bibliotheken, Jugendzeitschriften, Lesezimmer, Lesemappen usw.), Pflege der Geselligkeit, des Sports, der Unterhaltung in richtiger Form, in rechtem Maße. In den Vorträgen usw. wird besonders die Pflege des Gemeinssinnes, des Standesbewußtseins, der sozialen Tugenden, der wirtschaftlichen Tugenden des Fleißes, der Sparsamkeit, der planvollen Verwendung des Arbeitsverdienstes ins Auge gefaßt, das Verständnis der sozialen und sozialpolitischen Gesetzgebung, der sozialen und wirtschaftlichen Bedeutung von Religion und Kirche, der Wichtigkeit einer Organisation der Berufsstände und deren richtiger Betätigung usw. vermittelt werden müssen.

Wenn die geeigneten Persönlichkeiten (Freistellung eigener Geistlichen!) der heute größere Selbständigkeit beanspruchenden Jugend mit kluger, väterlicher Freundschaft sich widmen, wenn edle Laien sich mit den Geistlichen zur Ausübung dieses herrlichen Apostolates unter kirchlicher Leitung verbinden, wenn die verschiedenen Jugendvereine unter sich geeint, in enger, freundschaftlicher

Berührung mit verwandten Vereinen ihre Tätigkeit mehr und mehr über das ganze Land ausdehnen, dann werden die schönsten Erfolge dieses opfervolle Wirken begleiten. Viel Kleinarbeit zusammengefügt ist Großarbeit, und als ein großes Werk fürwahr muß es gelten, was auf diesem Gebiete geleistet wird. Die Wohlfahrt eines Volkes ist nur dort auf die Dauer gesichert, wo die Jugend vor körperlichem, geistigem, sittlichem Verderben bewahrt bleibt¹.

136. Berufswahl und Berufsberatung. Man hatte lange geglaubt, es sei für die Besetzung der verschiedenen Berufe schon durch Darbietung entsprechender Bildungsgelegenheit, Examina u. dgl. hinreichend gesorgt. Allein Vorbildung und Prüfungen beziehen sich im wesentlichen nur auf die Erwerbung von Kenntnissen. Sie mögen auch dazu führen, manche gänzlich ungeeignete Personen von einem Berufe fernzuhalten. Über die besondern Eigenschaften und tieferen Anlagen für spezialisierte Berufe unterrichten sie nicht.

Ebensowenig bietet die gewöhnliche Annahme, es würden die natürlichen Neigungen und Interessen jeden an die richtige, d. h. seinen Anlagen, Fähigkeiten und psychophysischen Eigenschaften entsprechende Stelle führen, sichere Gewähr.

Ein Dreifaches steht dem nach Münsterberg² entgegen: 1. Der einzelne junge Mensch weiß selten über sich selbst und seine Kräfte Bescheid, ist der Selbsttäuschung sehr ausgesetzt. 2. Sodann kennt er in den meisten Fällen von den in Frage kommenden Berufen nur das Äußerliche. Die persönlichen Eigenschaften aber, die für einen Beruf erfordert werden, die innere Arbeit, die inneren Werte, die inneren Reibungen sind ihm unbekannt, und wo soll er darüber Belehrung finden? 3. Oft sind es ganz triviale Zufallseinflüsse, flüchtige Neigungen und Liebhabereien, Nachahmung, Hoffnung auf schnellen Erwerb, Empfehlungen, Bequemlichkeit, welche den Menschen in einen Beruf führen, der gar nicht für ihn paßt.

Daher überall die Klage über den Mangel an tüchtigen Kräften bei einer Überzahl mittelmäßiger Bewerber. Die Gesellschaft freilich hilft sich durch Entlassung der beruflich Unbrauchbaren. Die Verluste aber, welche die Gesellschaft dadurch erleidet, die volkswirtschaftlichen Kosten sind ungeheuer. Verfehelter Beruf bringt überdies den einzelnen leicht unter die Räder.

Erfreulicherweise hat man nun auch in Deutschland die hohe volkswirtschaftliche Bedeutung einer richtigen Berufswahl erkannt. Ja es steht zu erwarten, daß jetzt nach dem Kriege der Frage der Geeignetheit für die Wirtschaftsberufe eine noch erhöhte Aufmerksamkeit zuteil wird. „Das neue, durch den Krieg in mancher Beziehung umgebildete Deutschland wird durch Verwendung aller seiner Bürger an der richtigen Stelle nach Maßgabe ihrer Leistungsfähig-

¹ Zur näheren Belehrung sei insbesondere auf Nr. 20 der „Sozialen Tagesfragen“ (Aug. Pieper, Jugendfürsorge und Jugendvereine² [1910]) verwiesen (daselbst reiche Literaturangaben). Beachtenswert ist Nr. 31 der „Sozialen Tagesfragen“ bezüglich der Fürsorge für die Abwanderer vom Lande, dann Nr. 5 (Handwerkerinnungen) über gewerbliche Fortbildung. Hierzu noch Oskar Pache, Handbuch des deutschen Fortbildungswesens (1897), manche Artikel in Reins Enzyklopädie der Pädagogik. Ferner gehören hierhin Nr. 19 und 21 der Schriften der Zentralstelle für Arbeiterwohlfahrts-einrichtungen (seit 1907 Zentralstelle für Volkswohlfahrt). Dann Joseph Drammer, Vademekum für die Präsides der Jünglingsvereine (1902). Denkschrift eines Anonymus über „Die kirchliche Jugendfürsorge und den Verband katholischer Jugendfreunde“ (1908) usw.

² Vgl. Hugo Münsterberg, Psychologie und Wirtschaftsleben² (1913) 26 ff.

keit, durch möglichste Organisation der ihm damit zur Verfügung gestellten Kräfte“, sagt Kuckhoff¹, „auch das letzte herausholen müssen, um im friedlichen Wettbewerb nach dem Kriege zunächst das wieder zu gewinnen, was ihm auf dem wirtschaftlichen Gebiete im Kriege verloren ging, und dann wirtschaftliches Neuland zu erobern.“

Im alten Österreich war das christlich-soziale Wien mit gutem Beispiel in der Umgestaltung der Berufswahlverhältnisse vorangegangen: der Fortbildungsschulrat der Stadt erhob die entsprechenden Verhältnisse und Bedürfnisse der einzelnen Berufe; die Lehrer brachten das bezügliche Material Eltern und Schülern zur Kenntnis. Berufsberatungsarzt, Lehrer und Lehrerinnen hatten dann ihr Urteil über die aus der Schule austretenden Kinder abzugeben als Grundlage für die Lehrlingsvermittlung.

Die Auslese der geeigneten Persönlichkeiten, die Anpassung von Arbeiter und Arbeit durch eine wissenschaftlich geleitete Berufsberatung fand in Amerika eine besondere Gestaltung durch F. Parsons². Dieser errichtete im Jahre 1908 zu Boston das erste Berufsbureau (Vocational Guidance of Youth), dessen Hauptaufgabe die kostenlose Auskunft in Berufswahlfragen für jung und alt besteht. Das Bostoner Bureau fand in den verschiedensten Städten Amerikas Nachahmung. Es gewährte in doppelter Hinsicht Hilfe: 1. Zunächst wurde Material gesucht bezüglich der Anforderungen, die jeder Beruf an den einzelnen stellt, über die Bedingungen, unter denen Aussicht auf Erfolg in dem gewählten Berufe vorhanden ist. 2. Sodann sollte auch dem einzelnen ein klarer Einblick in seine persönlichen Fähigkeiten, Neigungen, Interessen und Hilfsquellen verschafft werden. Man übergab in dem Berufsbureau jedem einen Fragebogen, den er mit Angaben über seine individuellen und sozialen Verhältnisse auszufüllen hatte. Der Fragebogen enthält Fragen über Gesundheit, Körperkraft, äußere Erscheinung, Gemütsbewegungen, Gewohnheiten u. dgl. Gewiß sind die Antworten auf solche Fragen von zweifelhaftem Werte. Die psychologische Prüfung namentlich kommt dabei zu kurz. Allein das Institut mußte vor allem einmal Verständnis für das Problem der Berufswahl wecken, war auch genötigt, das Hygienische und Volkswirtschaftliche (Andrang zu den Berufen, Gehaltsverhältnisse usw.) schon deshalb in den Vordergrund zu stellen, weil eben die fachmännischen Psychologen das Problem noch nicht genügend bearbeitet hatten. Diesem Mangel wird aber mit dem Fortschritt der Wissenschaft abzuhelpen sein. Schon jetzt gestatten die in den psychologischen Laboratorien gemachten Experimente die sichere Feststellung individueller Differenzen, z. B. in der Aufmerksamkeit, Ablenkbarkeit, Apperzeption, im Gedächtnis, in der Ermüdung, der Unterschiedsempfindlichkeit, im Raum- und Zeitsinn, bei Wahlreaktionen, in der Energie der Phantasie der Versuchspersonen. So bleibt zu hoffen, daß unter Mitwirkung psychologischer Berufsberatungsspezialisten eine Berufswahl ausgeschlossen wird, die der seelischen Eigenart des Wählenden nicht entspricht, darum die Verwertung seiner wirklichen Talente erschwert und den erfolgreichen Aufstieg unmöglich macht³.

¹ Höhere Schulbildung und Wirtschaftsleben (1916) 8.

² Vgl. F. Parsons, *Choosing a Vocation* (1909). M. Bloomfield, *The Vocational Guidance of Youth* (1911). Auch Bericht des Commissioner of Education in Washington (1911). Münsterberg, *American Problems* (1910).

³ Ansätze zu einer speziellen psychologischen Berufsanalyse finden sich auch in der europäischen Forschung. So hat z. B. H. Swoboda, ein Wiener Dozent, die seelischen

Auch in Deutschland begegnet die Begabtenauslese wiederum allgemeinerem Interesse. Man unterscheidet hier mit Rücksicht auf die Voraussetzungen des Begabtenaufstiegs zwischen allgemeiner Höhe der Intelligenz und besonderer Begabung für ein spezielles Arbeitsgebiet. Es müssen dementsprechend 1. die intellektuell Hochbegabten aus der Volksschule herausgehoben und höherer Bildungsgelegenheit zugeführt werden. Und anderseits müssen 2. die für ein bestimmtes Gebiet besonders Befähigten eine entsprechende Berufsausbildung erlangen können. Um die höhere intellektuelle oder die speziell künstlerische, praktische, technische Begabung festzustellen, dazu dienen einmal die sog. Intelligenzprüfungen und für spezielle Begabung die Eignungsprüfungen.

Für die Begabtenauslese¹ durch Intelligenzprüfungen gibt es bisher zwei Methoden: das von den Berliner Psychologen Möde und Piorkowski erprobte sog. Berliner Verfahren². Beobachtung und experimentelle Prüfung unter Zusammenwirken von Pädagogen und Psychologen bieten dabei eine gewisse Sicherheit für die richtige Auswahl der Begabteren. Auch bei dem sog. Hamburger Verfahren³ findet sich die Arbeitsgemeinschaft von Pädagogen und Psychologen vortrefflich durchgeführt. Außer der Darbietung der Gelegenheit zum Erwerb einer erweiterten allgemeinen Bildung wird bei dem Hamburger Verfahren besonderes Gewicht auf die Erlernung der wichtigsten Verkehrssprachen gelegt, deren Bedeutung für später: Berufsarbeit gerade in einer Stadt wie Hamburg am besten gewürdigt werden kann.

Näher auf die verschiedenen Methoden einzugehen, ist hier unmöglich. Auch können wir nur kurz der Eignungsprüfungen gedenken, die Spezialtalente feststellen sollen, um die jungen Leute einer ihr Sondertalent ausbildenden Berufsschulung zuzuführen. Diese besondere Ausbildung vollzieht sich in Berlin in den dem Kunstgewerbemuseum angegliederten Ausbildungsanstalten und Lehrwerkstätten.

Es bleibt zu hoffen, daß diese Begabtenauslese in Verbindung mit sonstiger praktischer Förderung der handwerklichen und technischen Begabung durch Fachschulen, Lehrwerkstätten, Ausbildungsbeihilfen, Lehrlingsstipendien usw. zum Aufstieg unseres Volkes nicht wenig beitragen werde: „Freie Bahn allen Tüchtigen!“

137. Bildung des Willens. Herbert Spencer⁴ hat einmal gesagt: „Ich betrachte als einen Unsinn jenes Vertrauen, jenes hoffnungsvolle Erwarten auf die gute Sitte, insofern diese durch die intellektuelle Bildung als Frucht gezeitigt werden soll. Die allgemeine Erfahrung steht damit in grellem Widerspruch. Wie könnte denn ein Zusammenhang zwischen

Eigenschaften untersucht, die ein Autolenker haben sollte. Degallier beschäftigte sich mit der psychologischen Analyse der Funktionen eines Uhrmachers. Altmann prüfte die psychische Verfassung eines Börsenmannes. Sehr verdienstvolle Arbeit stellen ebenfalls die von der regsamen Breslauer rechts- und staatswissenschaftlichen Fakultät (Adolf Weber) herausgegebenen „Ratschläge für die Berufswahl im Rechts-, Wirtschafts- und Verwaltungsleben“ dar (zunächst für Kriegsverletzte 1916).

¹ Vgl. Hedwig Vonschott, Begabtenauslese, in Germania Nr. 9 u. 10 vom 7. Januar 1920.

² Möde-Piorkowski-Wolff, Die Berliner Begabterschulen (1919).

³ Vgl. Zeitschrift für angewandte Psychologie Heft 18 u. 19.

⁴ Préparation à la science sociale par la psychologie.

dem Erlernen bestimmter Zeichen, die zur Bildung eines Wortes notwendig sind, und der Aneignung eines höheren Pflichtgefühles bestehen? Wie könnte durch meine Schreibfertigkeit mein Wille gestärkt werden, um Gutes zu tun? Wie könnte die Kenntnis der Multiplikationstabellen oder der Divisionstheorie mich verhindern, dem Nächsten schaden zu wollen? Wie wäre die Orthographie oder die grammatische Analyse imstande, bei mir das Rechtsgefühl zu entwickeln? Oder wie sollte die Häufung der geographischen Kenntnisse die Wahrheitsliebe bei mir vermehren können? Das alles wären Ursachen und Wirkungen, die in keinem Verhältnis zueinander stehen; all dieses Wissen hätte keinen größeren Einfluß auf mein sittliches Betragen als die gymnastischen Übungen, die doch nur bestimmt sind, meine Glieder zu stärken. Der Glaube und das Vertrauen in die Schulhandbücher und in die Lektüre ist einer der großen Irrtümer unserer Zeit.“ Vielleicht darf man die Bedeutung der geistigen Bildung für die Gesittung des Menschen doch etwas höher einschätzen. Allerdings Bildung des Geistes ohne Bildung des Willens, des Herzens, ohne Bändigung der Leidenschaft durch Zucht und eine das ganze Leben hindurch anhaltende Selbsterziehung reichen nicht aus.

Das muß namentlich in unsern Tagen mit allem Nachdruck gesagt werden. Leute, die den hohen Wert moderner Kultur vollauf zu schätzen wissen, wie Kreyenbühl¹, bezeichnen dennoch als die große Krankheit unserer Zeit, unserer Kultur und leider eines großen Teiles unseres Volkes: die „oberflächliche Wertung des Lebens nach Gesichtspunkten eines roheren oder feineren Genusses, ein Fehlen aller ethischen Gesichtspunkte, ein Verblassen der gewaltigen Gegensätze von gut und böse, ein Beherrschtsein von irdisch-diesseitigem Kulturwahn, ein völliges Fehlen an allem, was Religion in ihrer ungeheuern geschichtlichen Wirklichkeit begründet“. Höhere materielle Kultur erfordert einen höheren Grad von Selbstbeherrschung und Selbstüberwindung, weil sie mit größeren Gefahren für den Menschen verbunden ist. An dem Mangel jener Willensbildung aber scheitert nur zu oft der weitere Fortschritt. Es beginnt die Dekadenz, die Rückentwicklung bis zum Untergang, weil bloß äußere Kulturhöhe gar leicht den Menschen, der sich nicht selbst bewacht, stolz, übermütig, anmaßend, genußsüchtig, leidenschaftlich, egoistisch macht und ihn ebendarum zum Verderben für Staat, Gesellschaft und Volkswirtschaft werden läßt.

Wie schön und richtig urteilt diesbezüglich G. Schmoller²: „Wohlstand und Lebenshaltung ist allerwärts außerordentlich gestiegen. . . . Die feineren Lebens-

¹ Protestantenblatt 1906, Nr. 29.

² Grundriß I 225. Vgl. auch G. v. Schulze-Gävernitz, Britischer Imperialismus und englischer Freihandel zu Beginn des 20. Jahrhunderts (1906). Schluß: Kulturerzersetzung und Neubau 376—404. „Wo die Ziele des Menschenlebens fraglich geworden,

genüsse sind allgemein gewachsen, das Leben ist im ganzen verschönert, ästhetisch gehoben. Ebenso ist alles Wirtschaftsleben, auch das im Hause, auf dem Bauernhofe, rationalisiert, ist von naturwissenschaftlichen Kenntnissen mehr beherrscht, ist rühriger, energischer geworden; es ist freilich auch unendlich komplizierter geworden, ist durch die Verknüpfung mit andern Wirtschaften von Gesamtursachen abhängiger, leichter gestört, von Krisen leichter heimgesucht. Indem man immer mehr für die Zukunft, für die Ferne produziert, ist Irrtum leichter möglich. Aber dafür hat man größere Vorräte, welche besseren Ausgleich zwischen verschiedenen Orten und Zeiten gestatten. Man wird über Not, Krisen, Störungen im ganzen doch besser Herr als früher. Je höher die Technik steigt, desto mehr kann sie den Zufall beherrschen. Alle fortschreitende Technik stellt Siege des Geistes über die Natur dar. Aber aller Fortschritt in der Naturbeherrschung ist nur dauernd von Segen, wenn der Mensch sich selbst beherrscht, wenn die Gesellschaft die neue revolutionierte Gestaltung des Wirtschaftslebens nach den ewigen sittlichen Idealen zu ordnen weiß. Daran fehlt es noch. Unvermittelt steht das Alte und das Neue nebeneinander; alles gärt und brodet; die alten Ordnungen lösen sich auf, die neuen sind noch nicht gefunden. Der Fleiß, die Arbeitsamkeit sind außerordentlich gestiegen, aber auch der Erwerbstrieb, die Hastigkeit, die Habsucht, die Genußsucht, die Neigung, den Konkurrenten totzuschlagen, die Frivolität, das zynische, materialistische Leben in den Tag hinein. Vornehme Gesinnung, religiöser Sinn, feines Empfinden ist bei den führenden wirtschaftlichen Kreisen nicht im Fortschritt. Das innere Glück ist weder bei den Reichen durch ihren maßlosen Genuß, noch bei dem Mittelstande und den Armen, die jenen ihren Luxus neiden, entsprechend gestiegen. Ein großer Techniker selbst konnte vor einigen Jahren unsere überstolze Zeit mit den nicht unwahren Worten charakterisieren: „Genußmenschen ohne Liebe und Fachmenschen ohne Geist —, dies Nichts bildet sich ein, auf einer in der Geschichte unerreichten Höhe der Menschheit zu stehen.“ ... Eine gärende Zeit materiellen Aufschwungs, gestiegenen Luxus, zunehmender Bedürfnisse, welche das Lebensideal bescheidener Genügsamkeit und innerlicher Durchbildung hinter das tatkräftiger Selbstbehauptung zurückgestellt hat, muß eine geringere Zahl glücklicher und harmonischer Menschen haben. Aber es wird nicht ausschließen, daß eine künftige, beruhigtere Zeit auf Grund der technischen Fortschritte doch mehr subjektives Glücksgefühl erzeugen wird. Und in bezug auf die Gesellschaft möchte ich sagen: sie baue sich mit der neuen Technik ein neues, unendlich besseres Wohnhaus, habe aber die neuen sittlichen Lebensordnungen für die richtige Benutzung desselben noch nicht gefunden; das sei die große Aufgabe der Gegenwart. Und, möchte ich beifügen: wir müssen heute neben den technischen Baumeistern den Männern danken und ihnen folgen, die uns lehren, den technischen Fortschritt richtig im sittlichen Geiste, im Gesamtinteresse aller zu nützen.“

fehlt die Möglichkeit der pflichtmäßigen und zielbewußten Tat.“ „In letzter Hinsicht bedroht ist das soziale Ideal, welches ohne den Glauben an ewige, der Natur überlegene Kulturwerte absurd ist.“ Überall Egoismus, Anarchie, der Schatten der allgemeinen Skepsis! Das ist die Signatur unserer Zeit. Es bleibt freilich ein sehr schwacher Trost, wenn demgegenüber Schulze-Gävernitz auf Kant und Goethe als Retter hinweist. Besser unterrichtet Faßbender über Willensbildung.

„Woher kommt es“, fragt auch V. Cathrein¹, „daß trotz der großartigen Kulturfortschritte unserer Zeit, denen die vergangenen Epochen nichts Ähnliches an die Seite zu stellen haben, so wenig wahres Glück zu finden ist, so wenige Menschen mit ihrer Lage zufrieden sind?“ Und er antwortet: Ohne Zweifel daher, weil die sittliche Kultur mit der technischen nicht gleichen Schritt gehalten hat. Die Begierden wachsen, die Herrschaft darüber, die Selbstbescheidung ist verloren gegangen. Eine bloß äußerliche technische Kultur ohne die entsprechende sittliche Kultur befriedigt nicht.

Ähnliche Gedanken finden sich bei F. W. Foerster². Er knüpft an die Worte Pestalozzis an: Es kann ein Zeitalter im Erkennen des Wahren mächtige Fortschritte gemacht haben und doch im Wollen des Guten weit zurückstehen. „Wir sprechen selbstbewußter von Fortschritten als alle Generationen vor uns, wir be rauschen uns an den gewaltigen Triumphen der Wissenschaft und der Technik — wir vergessen aber die Frage, ob wir nicht vielleicht gerade im Allerwichtigsten einen Stillstand oder gar einen Rückschritt zu verzeichnen haben: in der Herrschaft des Menschen über die Naturgewalten in seinem eigenen Innern, in der Macht der Persönlichkeit über Leben und Schicksal. Mitten in allen Erfolgen des Geistes hat das Materielle wieder eine erschreckende Macht über unsere Seele gewonnen — mitten in all unserem Wissen breitet sich eine immer größere Unwissenheit über gut und böse aus, und es ist kein Zufall, daß gerade im Zeitalter der Elektrizität Nietzsches Philosophie ‚Jenseits von Gut und Böse‘ entstanden ist.“ Die Pflege des Verstandes wollen wir nicht unterschätzen. Aber sie genügt nicht, um die Kultur zu sichern. Dazu gehört auch Pflege des Willens, des Charakters, Verfeinerung des Gewissens, Herrschaft über die Leidenschaften, Selbstbeherrschung, Selbstzucht. Wo die Innenkraft verloren ging, leidet der Mensch allzuschwer unter den Stößen und Widerwärtigkeiten des Lebens, mag auch die technische Kultur in der materiellen Sphäre ihm mancherlei Lebenserleichterung gebracht haben. „Seitdem das Maul den Menschen fast alles ist, was sie haben, und das Geld fast alles, was sie wünschen“, sagt Pestalozzi, „so suchen sie auch nur Freiheit für das Maul, für den Geldsäckel und für die Karten.“ Mit der Ungebundenheit der niedern Natur im Menschen verbindet sich keine Freiheit, keine Kultur der Persönlichkeit. Die vielgepriesene Autonomie des Individuums ist doch nur Selbstsucht, Willensschwäche, nicht Selbstgesetzgebung und Selbstherrschaft. Die Vollendung edler Persönlichkeit in Verbindung mit wahren inneren Glück findet sich nur da, wo das Wort des Herrn Geltung hat: „Das Weizenkorn blüht nicht, es sterbe denn zuvor.“³

„Es gab eine Zeit“, sagt der bekannte Wirtschaftshistoriker Cunningham, „als Individualismus Mode war und man blind an den Wettbewerb glaubte. Damals war der Zweck aller Erziehung, Jungens und Mädchen heranzubilden, welche imstande sein sollten, ‚vorwärts zu kommen‘ und ihre Wettbewerber hinter sich zu lassen. In der neuen Reaktion gegen Individualismus und Wettbewerb hat sich eine andere Anschauung offenbart.

¹ Religion und Pädagogik, in Stimmen aus Maria-Laach LXXIII (1907) Heft 7 u. 8.

² Schule und Charakter (1907).

³ Vgl. „Germania“ 37. Jahrg. (1907), Nr. 210.

Man hat befürwortet, daß das Kind nicht nur erzogen werden soll, seinen eigenen Weg zu machen, sondern daß ein Pflichtgefühl gegenüber dem Staate nicht minder in ihm zu erwecken sei.“ Das ist es, was heute die „staatsbürgerliche Erziehung“¹ als besonderes Ziel verfolgt.

Selbst ein Viktor Mirabeau hat in seinem „L'Ami des Hommes“ den Gedanken ausgesprochen, daß die Sitten der Menschen die letzte Ursache des Gedeihens und des Niedergangs eines Landes seien, daß darum jede richtige Reform hier einzusetzen habe. Die Sitten aber stehen, wie tausendjährige Erfahrung lehrt, in unmittelbarem Zusammenhange mit der religiösen Bildung des Volkes, — der religiösen Bildung des Geistes und des Herzens. Von ihr als einer unentbehrlichen Ursache und sichern Garantie dauernden Volkswohlstandes soll noch im besondern die Rede sein.

§ 6.

Religiös-sittliche Bildung und Volkswohlstand.

Literatur: Wilhelm Emanuel v. Ketteler, *Sämtliche Schriften*. — Die sozialen Lehren Karl v. Vogelsangs (zusammengestellt von Wiard Klopp [1894]). — Albert Maria Weiß, *Soziale Frage und soziale Ordnung oder Handbuch der Gesellschaftslehre*. 2 Bde. (zugleich IV. Band des Gesamtwerkes: *Apologie des Christentums*), 4. Aufl. (1904); vgl. auch V. Band der *Apologie*. — Cathrein, *Moralphilosophie*⁵ (1911). — Franz Hitze, *Kapital und Arbeit* (1880). — Georg Ratzinger, *Die Volkswirtschaft in ihren sittlichen Grundlagen*² (1895). — Franz Walter, *Sozialpolitik und Moral. Eine Darstellung ihres Verhältnisses mit besonderer Bezugnahme auf die von Professor Werner Sombart geforderte Unabhängigkeit der Sozialpolitik von der Moral* (1899). — Ders., *Kapitalismus, Sozialismus, Christentum* (1906). — Umberto Benigni, *Storia sociale della Chiesa I* (1906). — Wilhelm Stang, *Sozialismus und Christentum* (1907). — Alfred Winterstein, *Christliche Lehre vom Erdengut* (1898). — Simon Weber, *Evangelium und Arbeit* (1898) (neue Auflage 1920). — Ignaz Seipel, *Die wirtschaftlichen Lehren der Kirchenväter* (1907). — O. Schilling, *Reichtum und Eigentum* (1908). — Wilhelm Roscher, *Geistliche Gedanken eines Nationalökonomens*³ (1896). — Martensen, *Christliche Ethik* (1879). — Francis G. Peabody, *Jesus Christus und die soziale Frage*; übersetzt von E. Müllenhoff (1903). — G. Traub, *Ethik und Kapitalismus. Grundzüge einer Sozialethik* (1904). — Nathan Söderblom, *Die Religion und die soziale Entwicklung* (1898). — Henri Baudrillart, *Des rapports de la morale et de l'économie politique* (1883). — Émile de Laveleye, *Des rapports de l'économie politique avec la morale etc.*, in *Revue des Deux Mondes* 1878, 1 (III, 25), 891 ff. — Minghetti, *Des rapports de l'économie publique avec la morale etc.* (1863). — Charles Antoine, *Cours d'économie sociale*⁴ (1908). — J. Albertus, *Die Sozialpolitik der Kirche. Geschichte der sozialen Entwicklung im christlichen Abendlande* (1881). —

¹ Georg Kerschensteiner, *Der Begriff der staatsbürgerlichen Erziehung* (1910). H. Bauerschmidt, *Staatsbürgerliche Belehrung und Erziehung* (1913). A. Messer, *Das Problem der staatsbürgerlichen Erziehung, historisch und systematisch behandelt* (Bd. VI der „Pädagogik der Gegenwart“ von Möbuß und Walsemann). Seidenberger, *Staatsbürgerliche Erziehung im Geschichtsunterricht der höheren Schulen* (1911). E. M. Roloff, *Staatsbürgerliche Erziehung, im Staatslexikon der Görres-Gesellschaft IV*⁸ 1430 ff. Eine „Vereinigung für staatsbürgerliche Erziehung des deutschen Volkes“ wurde 1909 in Gießen begründet. Beherrschende Aufsätze finden sich in *Soziale Kultur*, *Soziale Revue*, *Deutsche Arbeit* usw.

Max Weber, Die protestantische Ethik und der Geist des Kapitalismus, im Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik XX (N. F. II, 1904), 1. Heft, 1—54; XXI (N. F. III, 1905), 1. Heft, 1—110; XXV (1907), 1. Heft, 243—250 (auch 232—243 Kritische Beiträge von H. Karl Fischer); XXVI (1908) 270—283. Weitere Aufsätze Webers über die Wirtschaftsethik der Weltreligionen in den folgenden Bänden des Archivs. — Herman Schell, Die kulturgeschichtliche Bedeutung der großen Weltreligionen (1905). — Wladimir Solowiew, Die religiösen Grundlagen des Lebens; übersetzt von N. Hoffmann (1907). — Walter Köhler, Katholizismus und Reformation (1905) 50 ff. — Buschbell, Die Bedeutung des Protestantismus für die Entstehung der modernen Welt, in Literarische Beilage zur Kölnischen Volkszeitung XLVII (1906), Nr. 33 (16. August). — Hans Rost, Die wirtschaftliche Inferiorität der Katholiken, in der Augsburger Postzeitung CCXXI (1907), Nr. 174 (4. August). — Ders. über das gleiche Thema in der Kölnischen Volkszeitung (Juli 1907). — Ders., Die Katholiken im Kultur- und Wirtschaftsleben der Gegenwart (1908). — Ernst Troeltsch, Die Soziallehren der christlichen Kirche, im Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik XXVI (1908) 1 ff. (mit reicher Literaturangabe). — Ders., Die Soziallehren der christlichen Kirchen und Gruppen (1912). — Ders., Vortrag über die Bedeutung des Protestantismus für die Entstehung der neuen Welt, gehalten auf dem Deutschen Historikertag (abgedruckt in Sybels Historischer Zeitschrift, 3. Folge I 1—66). — Heinen, Moderne Ideen im Lichte des Vaterunsers (1908). — Johannes Wendland, Handbuch der Sozialethik (1916). — Heinrich Pesch, Die soziale Befähigung der Kirche³ (1911). — Ders., Ethik und Volkswirtschaft (1918). — Die Aufsätze von Krebs über die Grundlagen unserer geistig-sittlichen Kultur, von Schrörs über Überlieferung und Fortschritt, von Baumker über philosophische Welt- und Lebensanschauung, von Esser über Glaubenskraft und Abwehr des Unglaubens, von Zahn über Frömmigkeit und sittliche Tatkraft, von Herwegen über Weltarbeit und klösterliches Ideal in Bd. I von „Deutschland und der Katholizismus“, von Mausbach über das soziale Prinzip und den Katholizismus, von Pieper über soziale Arbeit nach dem Kriege, von Schmittmann über Caritas als Ergänzung der Sozialarbeit, von Graßl über Volksgesundheit und öffentliche Sittlichkeit in Bd. II desselben Werkes.

138. Christentum, Kultur und Zivilisation im allgemeinen. Es ist eine rätselhafte Erscheinung: Heiliges und Profanes, Geistliches und Weltliches, Glaube und Vernunft, Religion und Wissenschaft werden als unversöhnliche Gegensätze hingestellt. Der Glaube an alle unsichtbaren Mächte gilt als endgültig überwunden; die Wissenschaft, so heißt es, hat gesiegt über das Dogma, über die Erfindungen schlauer und betrügerischer Priester, über die willkürlichen Erzeugnisse einer unkontrollierbaren Phantasie, der Furcht, des Gefühls. Und dennoch, diese als Wahnsinn und Trug verhöhnte Religion ist bis zur Stunde die mächtigste Triebkraft in der Entwicklung der Menschheit geblieben. Während die Apostel des Unglaubens auf ihrem vermeintlichen Grabhügel triumphierend zum Totentanz sich reihen, schreitet die Religion an ihnen vorüber, — die große Wohltäterin des Menschen, der Völker ist nicht gestorben. Sie lebt, sie wird leben und Segen spenden bis zum Ende der Zeiten.

Der, dessen Blick nicht an der Oberfläche der Erscheinungen haftet, sagt mit Recht ein englischer Philosoph¹, wird sehen, daß er mitten in

¹ Benjamin Kidd, Soziale Evolution; deutsch von Pfeleiderer (1895) 80 ff. 85. Der Religionsbegriff ist bei Kidd verfehlt. Hier genügt uns seine Anerkennung des tatsächlichen Einflusses der Religion.

einer Zivilisation steht, wo alle Sitten, Einrichtungen und Gesetze der Völker fast in jedem kleinsten Punkte von der Religion beeinflusst worden sind; er wird erkennen, daß, obwohl ein großer Teil der Menschen keine Ahnung davon hat, dennoch die allgemeinen Vorstellungen von Recht und Pflicht, die Ideen von Freiheit und Autorität, die Grundprinzipien der Gesellschaftsordnung nach den Glaubenssätzen der Religion sich gestaltet haben. Er wird die so oft bis zum Überdruß totgesagte Religion auf jeder Seite unserer sozialen und philosophischen Schriften wiederfinden; er wird sehen, daß selbst diejenigen, welche jede Anerkennung der Religion mit Entrüstung von sich weisen, fast ebensosehr von ihrem Einflusse berührt sind wie ihre Mitmenschen, und daß sie, was immer ihre Privatansichten sein mögen, völlig außerstande geblieben sind, sich den Einflüssen zu entziehen, welche die Entwicklung der Gesellschaft beherrschen, in der sie sich bewegen.

Die Religion aber, die das Fundament, den Quellpunkt unserer heutigen Kultur und Zivilisation bildet, ist das Christentum. Es wäre nun gewiß von hohem Interesse, die Kultur der antiken heidnischen Welt in Vergleich zu stellen mit der Kultur der christlichen Völker, auch die ostasiatische oder indische Kultur auf Qualität und Herkunft zu prüfen¹, den geschichtlichen Erziehungsprozeß der christlichen Völker durch Religion und Kirche in seinen einzelnen Phasen zu verfolgen. Allein das würde, bei irgendwelcher Gründlichkeit, ein besonderes Werk für sich erfordern. Wir beschränken uns hier darauf, die christliche Lehre in einigen Hauptpunkten vorzuführen. Und zwar handelt es sich lediglich um solche Lehren, die Bedeutung haben können für die Unterwerfung der äußeren Welt und ihrer Kräfte, für Pflege und Bildung der inneren Natur, der geistigen Fähigkeiten, des Willens, Regelung der Triebe und Leidenschaften, also für die Kultur im weitesten Sinne, zugleich für die rechte Ausgestaltung jenes Zustandes bürgerlicher, politischer und sozialer Vollkommenheit, den man als Zivilisation zu bezeichnen gewohnt ist. Eine weitere Umgrenzung erfährt der zu behandelnde Stoff durch die besondere Rücksichtnahme auf den materiellen Volkswohlstand bzw. auf solche, von der christlichen Lehre beeinflussten Eigenschaften des Volkes, die unmittelbar oder mittelbar Bezug haben auf Ziel und Lebensprozeß der Volkswirtschaft. Ausführlichere Darlegungen über den gleichen Stoff finden sich in unserer Schrift „Ethik und Volkswirtschaft“².

Die christliche Lehre schützt zunächst das menschliche Individuum in seinem Eigenwert immer, überall, es mag Arbeiter oder Unternehmer, König oder Untertan, Freier oder Sklave sein. Jeder einzelne Mensch ist der Außenwelt gegenüber Selbstzweck vermöge seines Endzieles, durch ein alle geschichtliche Entwicklung über-

¹ Vgl. Dahlmann, Indische Fahrten (1908).

² 4. u. 5. Heft der Sammlung „Das Völkerrecht“ (1918).

ragendes Prinzip für keine irdische Macht und Gemeinschaft bloß Mittel zum Zweck.

In der Familie sodann, wie das Christentum sie versteht, sie hegt und pflegt, ruhen alle Bedingungen für ein gesegnetes Gemeinschaftsleben¹.

Die christliche Sozialphilosophie war es, die wie in der Familie, so auch im Staate eine natürliche Gesellschaftsform erkannte. Staat und Staatszweck naturrechtlich begründete, in Beziehung brachte zum weltordnenden Willen Gottes zur *lex aeterna*². Das Christentum war es, das die irdischen Gewalthaber mit wahrer Autorität bekleidete, aber auch als Gott verantwortliche Hüter der Gerechtigkeit und des staatlichen Gemeinwohls erklärte³, das sie zu Beschützern der Schwachen und Armen machte. Die christliche Religion war es, welche den Despotismus brach, die zum Hort der bürgerlichen Freiheit wurde durch ihre Lehre von dem Endziele des Menschen, das die staatliche Sphäre überragt, von einem Rechte, einer Gerechtigkeit über der staatlichen Gesetzgebung, von Gesellschaftsformen — Kirche, Familie, freie Assoziation —, die nicht von der Gunst irdischer Mächte ihre Existenzberechtigung herleiten.

„Es gibt keine Macht außer von Gott!“ so sagt Gottes Wort; und in diesem Satze ist das Prinzip der staatlichen Autorität auf Erden niedergelegt. Wenn jeder Machthaber die Tatsache annähme, daß seine Macht von Gott ist, dann würde keine Autorität ihre Macht jemals in tyrannischer Art ausüben. Hingegen, wenn man in der irdischen Macht nur die Macht Gottes sich widerspiegeln sähe, würde man sich ohne Schwierigkeit vor der Autorität beugen. Da ist der Punkt, wo die göttliche Autorität den Gedanken der Freiheit völlig deckt oder wo die begründete Autorität den bereitwilligen Gehorsam provoziert. Von ihm sagt so schön John Ruskin, daß von der Dienstwilligkeit des Erzengels bis herab zur Tätigkeit des kleinsten Käfers, von der Schwingung des glänzendsten Sternes bis zum Fall des geringsten Sandkornes die Macht und der Ruhm aller Geschöpfe im Gehorsam ruht. Ich füge hinzu: in diesem bereitwilligen Wesen des Gehorsams wohnt zugleich die wahre bürgerliche Freiheit. Hingegen ist die Revolution, die in ihrer Entstehung nichts anderes ist als die Zertretung der Autorität, niemals etwas anderes gewesen und wird nie etwas anderes sein als die leibliche Mutter der Tyrannei.“⁴

Das Christentum erblickt ferner in den Fortschritten der Kultur und Zivilisation ein hohes, von Gott gewolltes Gut, darum in der

¹ A. M. Weiß, Soziale Frage und soziale Ordnung 1. Tl. (Apologie IV 1) (1904) 463; vgl. auch Georg Ratzinger, Die Volkswirtschaft in ihren sittlichen Grundlagen² (1895) 27 ff. 67 101 226 ff. 493. Man denke an die Stellung der Frau nach christlicher Auffassung. Heute gilt sie leider vielfach wieder nur „als Geschlechtswesen, in gezähmter Form ‚Hausfrau‘ genannt“.

² Vgl. H. Sacher, Der Bürger im Volksstaat (1920).

³ Bellarmin, De officio principis christiani (1619). Die principes sind „quasi pro-reges Dei“ (ebd. 6). Vgl. Franz v. Tessen-Wesierski, Der Autoritätsbegriff in den Hauptphasen seiner historischen Entwicklung (1907).

⁴ Johann Zichy auf dem Fünfkirchener ungarischen Landeskatholikentag, 25. August 1907.

Mitteilung der Kultur vom Menschen zum Menschen, von Volk zu Volk eine Aufgabe des Menschengeschlechts in seiner geschichtlichen Entwicklung, die allmähliche Entfaltung der in der Menschennatur wie in einer Knospe verschlossenen Gottähnlichkeit, der Teilnahme an der Gottesherrschaft über die äußere Welt, nach Gottes Willen eine Erleichterung der höheren sittlichen Aufgaben des Menschen und der Menschheit.

Es ist die sittliche Ordnung, welche den Individuen und den Völkern im Verhältnis zueinander die Wege zeigt und der Willkür in Wahl der Zwecke und Mittel Grenzen zieht. Auch außerhalb des Einzelstaates und über den Einzelstaat hinaus gibt es Recht und Gerechtigkeit. Der Fremde in der Wüste hat als Mensch seine Rechte, die niemand verletzen darf, niemand verletzen kann, ohne mit moralischer Schuld sich zu beladen. Die Religion erzieht den Menschen nicht nur für eine höhere Welt, sondern zugleich und ganz besonders für die irdische Zusammenarbeit, sagt F. W. Foerster¹; sie verwandelt das zentrifugale Individuum in das zentripetale Individuum, bringt die Grundinteressen der Gesellschaft im Innersten des Menschen zur Geltung, löst das grundlegende soziale Problem: die Erziehung des Individuums zur Gemeinschaft, weckt in den Tiefen des Individuums überindividuelles Leben und ermöglicht so den Bestand und den Fortschritt des Gemeinschaftslebens. Den Siegeszug der Arbeiterbewegung in England führt Benjamin Kidd auf die jahrhundertelange Einwirkung der christlichen Religion zurück, die endlich so weit in die Tiefe der Gewissen gedrungen und die ganze Literatur so durchtränkt hat, daß der Ruf der unteren Klassen nach Menschenwürde und Gleichberechtigung sich mit den besten und tiefsten Überzeugungen aller Redlichen verbünden konnte. Jede wahre Sozialpolitik, die nicht nur augenblickliche Machterfolge für eine Klasse erreichen, sondern wirklich die Beziehungen der verschiedenen Interessengruppen auf die Höhe sozialer Gegenseitigkeit und Lebensgemeinschaft erheben will, wird auf das christliche Prinzip der Solidarität und der gegenseitigen Verantwortlichkeit zurückgreifen müssen, auf das alle die modernen Forderungen des Schutzes der Schwachen und der sozialen Fürsorge sich stützen, und welches auch auf das Verhältnis der Klassen volle Anwendung finden muß. Und was immer Edles, Schönes im gesellschaftlichen Leben die Worte Gleichheit, Brüderlichkeit ausdrücken, sind es nicht Ideen, Ideale, die das Christentum gebracht und die nur auf dem Boden des Christentums ihre rechte und dauernde Verwirklichung gefunden haben? Christliche Ideen wiederum sind es, die den heutigen sozialen Reformbestrebungen aller zivilisierten Völker zugrunde liegen! Christlichen Ideen dienten unbewußt selbst die alten Sozialisten, wenn sie sich zugunsten der Arbeiter auf die „justice éternelle“ beriefen, dienen die heutigen Sozialisten, wenn sie

¹ Christentum und Klassenkampf (1908) 106 108 112 115.

fordern, daß der Arbeiter nicht als Ware taxiert, als Sache behandelt werde, daß er teilnehme an dem wachsenden Reichtum materieller und geistiger Kultur.

Wer nun aber hieraus die ganz selbstverständliche Folgerung ziehen und von der unbedingten Notwendigkeit der Erhaltung und Wirksamkeit des Christentums als der eigentlichen Grundlage der Zivilisation sprechen wollte, der dürfte dennoch bei den Gegnern der christlichen Weltanschauung auf lebhaften Widerspruch stoßen. Man wird ihm sofort entgegengehalten, daß gerade die atheistische, materialistische Wissenschaft den hervorragendsten Anteil an den materiellen Errungenschaften der Neuzeit habe.

Nichts liegt uns ferner, als fremde Verdienste zu schmälern. Wir erkennen rückhaltlos an, daß zahlreiche atheistische Vertreter der Naturwissenschaften durch ihre fleißigen Forschungen und wertvollen Entdeckungen dem praktischen Nutzen der Menschen, dem materiellen Fortschritte gedient haben. Was wir leugnen, ist dies eine nur: daß nämlich jene Verbindung des Unglaubens mit der Naturwissenschaft eine notwendige, wesentliche, durch objektive, wissenschaftliche Gründe geforderte sei. Das beweisen schon die Namen jener hervorragenden Forscher, deren ausgezeichnete Gelehrsamkeit und über allen Zweifel erhabene klare Einsicht einem Widerstreit zwischen christlichem Glauben und natürlichem Wissen keinen Raum gewährten. Wir erinnern nur an Kopernikus, Kepler, Galilei, Newton, Leibniz, an die Chemiker Boyle, Priestley, Davy, Liebig, die Mathematiker Brinkley, Euler, an Linné und John Ray, an Buffon und Cuvier, an Ampère, Biot, Volta, Örsted, die Geognosten Quenstedt und Harting, an Secchi, die Physiologen Müller, v. Baer, Bischoff, Rudolf Wagner (unseres Adolf Wagner Vater), an den Entomologen Wasmann, die großen Meister der neueren Medizin Boerhave, Albrecht v. Haller, Nußbaumer, Hyrtl, Pasteur usw.¹ — Koryphäen der Wissenschaft, zugleich gläubige Christen! Und warum sollte denn auch eine Verbindung von Wissen und Glauben unmöglich sein? Der Segen der christlichen Kirche begleitet alles und jedes wissenschaftliche Streben, das aufrichtig der Wahrheit und dem Wohle der Menschheit dient. Erklärte ja doch noch das Vatikanische Konzil²: „Es kennt und achtet die Kirche die Vorteile, die aus den Wissenschaften dem menschlichen Leben zufließen; ja sie bekennt offen, daß dieselben, wie sie von Gott, dem Herrn der Wahrheit und der Wissenschaft, ausgegangen sind, so auch bei rechter Behandlung und unter Beihilfe seiner Gnade zu Gott hinführen.“

139. Christentum und Volkswirtschaft. Ist es wahr, verhindert das Christentum den wirtschaftlichen Fortschritt, oder aber legt es durch

¹ Zur weiteren Orientierung vgl. Karl Alois Kneller, Das Christentum und die Vertreter der neueren Naturwissenschaft² (1904). Erich Wasmann, Von Linné bis Haeckel, in „Stimmen der Zeit“ XCIX (1920) 289 ff.

² De fide et ratione cap. 4.

seine Lehre nicht gerade die unentbehrliche Grundlage einer gesunden und allseitig beglückenden wirtschaftlichen Entwicklung? Die Antwort kann nicht zweifelhaft sein. Bedarf es ja doch nur einer vorurteilsfreien Beachtung dessen, was das Christentum über Eigentum, Reichtum, Arbeit und soziales Wesen lehrt, um alsbald seine hohe und segensreiche Bedeutung für Volkswirtschaft und Volkswohlstand zu erkennen.

1. Die Lehre vom Reichtum.

a) Eine christliche Auffassung scheidet zunächst vom Begriffe der „Güter“ und damit einer gesunden Produktion alles aus, was die Menschen moralisch und vielfach auch materiell arm und elend macht.

b) Die christliche Idee begünstigt weder den Mammonismus noch den Pauperismus. Sie ist kein Feind großer Vermögen, wo diese das richtige Verhältnis zum Gesamtvermögen des Volkes nicht überschreiten. Aber sie nennt auch kein Volk reich, wenn die Kleineren und Mittleren in Dürftigkeit leben¹. Ihr entspricht am meisten eine solche Verteilung der Güter, bei der es allen möglich wird, ein menschenwürdiges Dasein zu führen. Gott hat die Güter dieser Welt zur Versorgung der ganzen Menschheit bestimmt, nicht für die Befriedigung der Gelüste einzelner.

c) Die christliche Lehre bietet dem Eigentum eine feste naturrechtliche Begründung, schützt zugleich vor dem Mißbrauch der mit dem Eigentum gegebenen Macht, belegt das Eigentum mit sozialen Pflichten².

d) Das Christentum regelt den Erwerb der Güter. Denn *a)* es mäßigt die Begierde nach Reichtum, insofern es in ihm nicht das Endziel menschlichen Lebens und Strebens, sondern ein Mittel für höhere Zwecke erkennen läßt. *β)* Das Christentum fordert Gerechtigkeit und Treue im Verkehr. Es verurteilt jede Form des Wuchers, jeden unredlichen Gewinn, fordert strenge Zuverlässigkeit und Reellität, Betätigung vornehmer Gesinnung im geschäftlichen Verkehr, in der Konkurrenz, gerechte Zumessung des Lohnes.

e) Das Christentum lehrt den richtigen Gebrauch der Güter; *α)* zunächst durch Regelung der Bedürfnisse und Bekämpfung des maßlosen Genusses und eines übertriebenen Luxus. *β)* Das Christentum empfiehlt und lobt sodann die Sparsamkeit, die in Verbindung mit der Arbeit zugleich wiederum der naturgemäße Weg zum Besitz und zur Kapitalbildung ist. *γ)* Das Christentum befiehlt dem Besitzenden, von seinem Überflusse den Armen mitzuteilen. Gleich in den ersten Jahrhunderten schon verkündeten die Kirchenväter der noch von heidnischer Selbstsucht beherrschten Welt ohne Menschenfurcht, mit ergreifendem Ernste den Kommunismus der Liebe. „Ein Mensch verlangt nach

¹ A. M. Weiß, Soziale Frage und soziale Ordnung 2. Tl.⁴ (Apologie IV 2) 604 ff.

² Vgl. Otto Schilling, Der kirchliche Eigentumsbegriff (1920).

Brot, während dein Pferd ein goldenes Gebiß benagt“, ruft St. Ambrosius den Reichen seiner Zeit zu¹. „O du Reicher, welches Gericht ziehst du über dein Haupt herab! Du Unglücklicher, der du so vielen aus der Not helfen könntest und es nicht tuest! Der Diamant allein, den du am Finger trägst, könnte ein Volk ernähren.“ Und nicht umsonst ist der Mahnruf der Kirche erschollen. Zahllose Tränen hat die christliche Caritas getrocknet, unsägliches Elend durch materielle und persönliche Opfer gelindert oder überwunden! Wo die christliche Liebe waltet, da blüht heute die sozial-karitative Arbeit, die für ganze Gruppen der Armut vorbeugt, das Elend verscheucht².

Angesichts des sozialen Elendes unserer Zeit genügt ja der christlichen Liebe das Almosen nicht. Sie bekundet sich mehr und mehr auch in sozialem Wirken, in sozialer Opferwilligkeit. „Welchem Almosen könnte man vergleichen, was z. B. Kolping in den Gesellenvereinen dem Handwerkerstande, was Raiffeisen in seinen Darlehenskassen dem Bauernstande, was Bischof Ketteler in seiner Forderung des Arbeiterschutzes dem Arbeiterstande schenkten! Wenn es wahr ist, daß die Nächstenliebe ein Gebot unserer Religion ist, so ist es nicht minder wahr, daß das soziale Wirken unter dieses Gebot fällt, denn die soziale Opferwilligkeit ist die modernste und fruchtbarste Form der Nächstenliebe.“³

2. Doch nicht genug mit dem, was die christliche Religion zum Wohle der Völker tat, indem sie die richtige Wertung, Verteilung, Erlangung, Benutzung der irdischen Güter lehrte. Mindestens ebenso bedeutsam war der *Einfluß der Lehre des Christentums auf die Arbeit*.

a) „Die Religion tat drei bewunderungswürdige Dinge“, sagt Bischof Dupanloup⁴: „sie lehrte das allgemeine Gesetz der Arbeit; sie brachte die Arbeit zu Ehren; sie machte die Arbeit frei!“ Die Arbeit aber sichert den wirtschaftlichen Fortschritt. Ist sie für den Christen Gottes Gebot, ein Sühne-, Prüfungs-, Läuterungs-, Veredelungsmittel, ein Bestandteil der Nachfolge Jesu Christi, so gilt sie der Volkswirtschaftslehre als vornehmliche Quelle des Wohlstandes, der Prosperität der Nationen. Und wenn der Nationalökonom die Trägheit verurteilen muß, weil sie zur materiellen Entblößung führt, dann findet er in der christlichen Lehre einen mächtigen Bundesgenossen, der den Müßiggang überdies als Laster und aller Laster Anfang, als Ursache moralischer Erniedrigung bekämpft.

b) Nicht nur das Gesetz der Arbeit verkündet das Christentum, nicht nur bot und bietet es in Christus und den Heiligen das erhabenste Vor-

De Naboth cap. 13, n. 56.

² Hans Schorer, Rede über die christliche Caritas auf dem Würzburger Katholikentag 1907, Bericht 371 ff.

³ Das Luxemburger Volk. Christlich-soziales Blatt 2. Jahrg., Nr. 14, 8. April 1905. Vgl. auch Karl Trimborn, Die Pflichten der höheren Stände auf sozialem und charitativem Gebiete, in Caritas-Schriften (1903), 9. Heft.

⁴ Christliche Nächstenliebe (1894).

bild der Berufstätigkeit, es brachte der Arbeit auch Ehre und Freiheit. Ein tief christlicher Gedanke liegt allen unsern sozialen Bestrebungen von heute zugrunde, ein Gedanke so einfach und doch so gewaltig: daß nämlich auch der ärmste Arbeiter ein gleichberechtigtes Glied der menschlichen Gesellschaft ist, daß auch der ärmste Arbeiter teilhaben soll an der von Gott dem Menschen übertragenen Herrschaft über die materielle Welt, daß er darum neben dem Unternehmer als Ziel und Zweck der ökonomischen Ordnung angehört, nicht der Ordnung der ökonomischen Güter, daß er nicht auf dieselbe Stufe gestellt werden darf mit der Maschine, mit dem Gegenstand und Ergebnis der Produktion, mit der Ware, daß auch der Arbeiter Mensch ist, als Mensch Anerkennung, Achtung, Geltung, Liebe finden muß.

Wo die warnende Stimme der christlichen Kirche umsonst erklingt, da wird die mißhandelte Arbeiterklasse zu einer beständigen Gefahr für die Gesellschaft und ihren Wohlstand. Der zufriedene, arbeitsfrohe und pflichttreue Arbeiter leistet mehr, die Produktivität seiner Arbeit ist höher, während der mißbrauchte Arbeiter den höchsten Lohn für die geringste Leistung verlangt, genau so wie sein Herr nur zu oft übermenschliche Leistungen gegen einen unzureichenden Lohn ihm aufgebürdet hatte.

3. So wurde das Christentum zugleich zu einer *sozial versöhnenden und einigenden Kraft*.

a) Es war die Lehre von der Einheit des Menschengeschlechtes, von dem gemeinsamen Ursprung, dem gemeinsamen Ziel, dem gemeinsamen Vater im Himmel, dem gemeinsamen Erlöser, der gemeinsamen natürlichen und übernatürlichen Gotteskindschaft, von der alle beschützenden Gerechtigkeit und alle einigende Liebe, welche die naturgemäßen Unterschiede in Stand und Besitz in christlichen Zeiten nicht zu schroffen Klassengegensätzen werden ließ, — die dem für den friedlichen und glücklichen Bestand jeder Gesellschaft so bedeutsamen Gemeinschaftsgedanken¹, dem Prinzip der Solidarität zur mächtigen Stütze diente, die den Starken verhinderte, in brutaler Rücksichtslosigkeit seine

¹ „Unser tägliches Brot gib uns heute“, betet der Christ! — Die Gemeinschafts-idee findet sich auch bei Stammler, dem die Gesetzmäßigkeit des sozialen Lebens die Beobachtung und Befolgung des Endzweckes der menschlichen Gesellschaft ist. Nur daß in unserer Auffassung die praktische Geltung und Durchführung des sozialen Ideals sich enger mit dem Glauben an Gott, mit dem Bewußtsein der sittlichen Pflicht verknüpft, die dem Egoismus des Individuums die rechten Schranken zieht, es auf die Dauer allein befähigt, selbst ohne äußeren Zwang den Zweck der Gesamtheit zugleich als eigenen Zweck anzuerkennen und zu behandeln. Damit soll nicht der Zwang als überflüssig bezeichnet werden. Er wird das Volk in seiner Masse freilich bloß dann erfolgreich lenken können, wenn die Elemente der Masse, die Individuen, in großer Zahl Verständnis für Recht und Pflicht, für das Recht der Gemeinschaft bewahrt haben. Vgl. Stammler, *Wirtschaft und Recht*² (1902); ders., *Die Lehre vom richtigen Rechte* (1902); auch Leo Wittmayer, Emil Steinbach als Sozialphilosoph, in *Schmollers Jahrbuch XXXI* (1907) 115 ff.

Macht zur Unterdrückung und Ausbeutung der Schwachen und Armen zu mißbrauchen, die Ruinen fremden Glückes zum Piedestal der eigenen Größe zu machen.

b) Dieselbe Idee der Solidarität, des gesellschaftlichen Mit- und Füreinander, schuf und erhielt ferner die großartigen Assoziationen, denen das mittelalterliche Gewerbe seinen Wohlstand verdankte, die Schmoller treffend als eine „Friedensstation in dem großen weltgeschichtlichen Kampfe zwischen Arbeit und Besitz“¹ charakterisiert hat. Und wenn wir heute sehen, wie alle Stände, Bauern, Handwerker, Arbeiter, sich zusammenschließen, so handelt es sich dabei im Grunde genommen um die praktische Wiederaufnahme jenes tief christlichen Gedankens des gesellschaftlichen Organismus, dessen Verwirklichung freilich nur dadurch zum Heile der Völker reichen kann, daß die neu formierten Mächte sich nun auch vom Geiste des Christentums, von der christlichen Moral bestimmen lassen².

c) Die Lehre von der Einheit des Menschengeschlechts wiederum beseitigte alle unnatürlichen Schranken des Verkehrs der Völker untereinander. Der Fremde galt nicht mehr als Feind und Barbar, sondern als Bruder und Freund. Hierdurch aber wurde der Austausch von Gütern, die Mitteilung von Ideen und Errungenschaften, die geistige und geschäftliche Verbindung ermöglicht und gefördert. Und wie die Überspannung des Nationalitätsgedankens dem Geiste des Christentums widerspricht, ebenso weist es jenes vaterlandslose Weltbürgertum zurück, dem die Treue gegen Vaterland und Heimat, der Gehorsam gegen nationale Gesetze, die Ehrfurcht gegen die von den Vätern überkommene rechtliche Verfassung verloren gegangen oder von geringem Werte ist³.

Am Ende seines Lebens bekannte Montesquieu⁴: „Wunderbar! Die christliche Religion, die nur die Glückseligkeit des künftigen Lebens zum

¹ Straßburger Tucherzunft 179 ff.

² Gröber, Rede über Katholizismus und wirtschaftliches Leben auf dem Würzburger Katholikentag 1907, Bericht 377 ff.

³ Vgl. Th. Wacker, Rede über Katholizismus und Nationalität auf dem Würzburger Katholikentag 1907, Bericht 359 ff. Unmöglich läßt sich verkennen, sagt Kautz (Die Nationalökonomik als Wissenschaft 151 f.), „wie der in der Gegenwart so riesig ausgebildete Verkehr, die allseitige Bezwungung der äußeren Natur durch den Menschengeist, die immer mächtiger und wohlthuender sich entfaltende Kultur und Zivilisation und die Weltreligion des Christentums auf das große Ziel der Welt- und Menscheneinigung hinarbeitet; daß die Weltgeschichte sich zu einer immer größeren Annäherung und Verbrüderung aller Völkerfamilien neigt, die mächtigen Hebel der modernen Industrie und des Verkehrslebens die Pole der Welten einander immer näher bringen, Zeit und Raumgrenzen aufheben, wie das Bewußtsein, daß sich alle Völker und Staaten zur gegenseitigen Ergänzung bedürfen, immer weiter greift, und der erhebende Gedanke der Einheit unseres Geschlechtes mit seinem Wellenschlag in immer weitere Kreise dringt.“

⁴ Esprit des lois XXIV 30.

Gegenstände zu haben scheint, begründet auch das Glück des gegenwärtigen Lebens.“ In der Tat, wenn wir jene Lehren des Christentums, die wir hier nur in ganz kurzer, flüchtiger Übersicht und lediglich in einigen Hauptpunkten erwähnen konnten, uns gegenwärtig halten, dann begreift sich leicht, wie hervorragende nationalökonomische Autoritäten dem Christentum ihre Huldigung entgegenbrachten¹.

Wir nennen z. B. Pellegrino Rossi², welcher den Vorteil der christlichen Erziehung der Völker gerade vom volkswirtschaftlichen Standpunkt aus als einen „unermesslichen“ bezeichnete. Im gleichen Sinne spricht sich H. Baudrillart³ aus. Nicht minder entschieden lautet das Zeugnis des bekannten italienischen Nationalökonom und Ministers Minghetti⁴.

„Keine menschliche Einrichtung“, sagt W. Roscher⁵ — dessen Namen wir nur mit Ehrfurcht aussprechen —, „keine menschliche Einrichtung trägt ihre äußersten Konsequenzen; ebenso keine menschliche Lebensklugheit, weil sie ja immer, sei es in größerem, sei es in geringerem Maße, mit Irrtum und Sünde behaftet sind. Wollte man die Grundsätze irgendeines vergötterten Genies in ein System bringen und dies System auf alle Menschen ausdehnen: welche ungeheuerliche, unmögliche Welt müßte dabei herauskommen! Nur das wahre Christentum trägt seine volle Konsequenz; die Erde würde zum Himmel werden, wenn es diese volle Konsequenz der Durchführung schon auf Erden erreichte. Dies ist der sicherste Beweis seiner Ewigkeit und Göttlichkeit⁶. Denn was man Übertreibungen des christlichen Prinzips nennt, alle die Übel, welche von geistlicher Tyrannei, Betrugerei, Unduldsamkeit herrühren, sind aus dem wahren Christentum, wie es in der ganzen Bibel vorliegt, sehr leicht als unchristliche Ausartungen nachzuweisen. *Corruptio optimi pessima!*“ An einer andern Stelle⁷ bemerkt Roscher: „Wenn wir im ganzen die neueren Demokratien mit jenen des Altertums hinsichtlich ihrer Lebensdauer vergleichen, so haben die ersteren in ihrer besseren (der christlichen) Religion ein Erhaltungsmittel von allerhöchster Bedeutung, das allein imstande ist, den Alten unbekannte, aber gerade in neuester Zeit erst groß gewordene Gefahren der Demokratie aufzuwiegen: nämlich die Abschaffung der Sklaverei, wodurch selbst die allerunterste Klasse mit in die Volkssouveränität aufgenommen ist, und das Zeitungswesen, das gleichsam eine permanente Volksversammlung bedeutet.“

¹ Die Zeugnisse sind ausführlich in „Ethik und Volkswirtschaft“ (108 ff.) wiedergegeben.

² *Cours de l'économie politique* IV (1865) 403 ff.

³ *Des rapports de la morale et de l'économie politique*² (1883) 148 ff. Vgl. dazu Zeitschrift für katholische Theologie (1891), Artikel von F. A. Stentrup S. J.: Der Atheismus und die soziale Frage.

⁴ *Des rapports de l'économie publique avec la morale et le droit*; traduit par St-Germain Leduc (1863) 17 ff.

⁵ Geistliche Gedanken eines Nationalökonom² (1896) 48. Über den Einfluß der Religion auf das Wirtschaftsleben vgl. auch Karl Knies, Politische Ökonomie² (1883) 110 ff. Hermann Rösler, Vorlesungen über Volkswirtschaft (1878) 36 ff. usw.

⁶ Vgl. dazu das den Schriften Friedrich Lists entnommene Wort oben S. 281.

⁷ Politik 386 f.

Über christliche Religion und Irreligiosität in ihrer Wirkung auf das soziale und wirtschaftliche Leben äußert sich Roscher in den „Grundlagen der Nationalökonomie“¹ folgendermaßen: „Wo jedermann den Reichtum als ein von Gott anvertrautes Amt, die Armut als eine erziehende Schickung Gottes, alle Menschen als Brüder, das Erdenleben als eine Vorstufe der Ewigkeit betrachtet, da verlieren selbst die äußersten Vermögensunterschiede ihre aufreizende und demoralisierende Kraft. Dagegen wird der Atheist und Materialist nur zu leicht Mammonist; und der arme Mammonist gerät nur zu leicht in jene Verzweiflung, welche die Welt in Brand stecken möchte, um dabei entweder zu plündern oder selbst zugrunde zu gehen; während der reiche Mammonist gar oft durch die Unsittlichkeit seines Erwerbes und Genusses allen Reichtum überhaupt verdächtigt hat. ‚Eine große Wahrheit ist für ein Volk, welches sie verworfen hat, nicht ein Friedenswort, sondern ein Schwert‘ (H. George).“

Von einer Bekämpfung des Sozialismus durch sog. „Bildung“ erwartet Roscher nichts, das Beste aber von der Religion. Er sagt²: „Ob die Sozialisten durch Anregung der guten, Einschüchterung der bösen Elemente in den oberen Klassen mehr nützen oder durch Entsittlichung der unteren Klassen mehr schaden, wird ganz davon abhängen, welcher Grad von wahrer geistiger Gesundheit, also Einsicht, Gottesfurcht, Menschenliebe und Charakterstärke im Volke lebt. Aber es wäre eine arge Verkenntung der menschlichen Natur, wenn man glauben wollte, daß die Selbstbeherrschung und gegenseitige Duldung von reich und arm, die zu solcher Entwicklung unentbehrlich ist, auf bloßer Einsicht, ohne Religion beruhen kann. Nichts ist verkehrter, als wenn jetzt mancher ‚Gebildete‘ den Sozialismus dadurch bekämpfen will, daß er eine irreligiöse Halbbildung verbreitet: die kann im Ernst bloß zur Verstärkung des gefürchteten Gegners dienen. Nach hundert Jahren wird man es wunderbar finden, wie jetzt so viele, übrigens wackere und gescheite Männer sich hierüber täuschen konnten. Wie eine echte und allgemein verbreitete Religiosität uns vor jeder unerträglichen Ausartung der bestehenden Wirtschaftsverhältnisse bewahrt haben würde, so ist auch unter allen bisher vorgeschlagenen Reformen keine einzige, die nicht zu ihrer gedeihlichen, ja überhaupt nur haltbaren Durchführung eine wesentliche Steigerung und Verallgemeinerung echter Religiosität im Volke voraussetzt.“³ „Das einzige Schutz- und Heilmittel gegen zerstörenden, falschen Sozialismus ist jener bauende, ewig wahre Sozialismus, der alle Menschen als Brüder, als Kinder des himmlischen Vaters unter dem Erstgeborenen, Jesus Christus, betrachtet.“⁴

Es ist der treue, fromme Christ, aber auch der universal gebildete Kulturhistoriker, der in solchen Urteilen spricht: „eine feine, vornehm zurückhaltende Gelehrtennatur, die nirgends einstürzen, sondern langsam umbauen will“, wie Schmoller so treffend sagte⁵. „Sein Innerstes ist erfüllt von dem reinsten Idealismus, von dem Glauben an die großen sittlichen Mächte der Geschichte. Er kennt zuletzt keinen Fortschritt als die moralische Hebung und Verbesserung der Menschen. Jeden wirtschaftlichen und technischen Fortschritt mißt er an seinen Folgen für das geistig-sittliche Leben. Wohl uns, wenn ein solcher Geist Herr bleibt in unserer Wissenschaft, wenn die notwendige Zurück-

¹ § 78. ² Geschichte der Nationalökonomik 1024.

³ Geistliche Gedanken 67. ⁴ Ebd. 56.

⁵ Zur Literaturgeschichte der Staats- und Sozialwissenschaften (1888) 170 f.

wendung zur empirischen Behandlung der Wissenschaft zugleich in dieser Weise geädelt wird durch einen so edeln und so hochstehenden Rationalismus.“¹

Schmoller selbst² hebt als Frucht des Christentums besonders hervor: „Die Idee der brüderlichen Liebe, der Nächsten- und Menschenliebe begann alle Lebensverhältnisse zu durchdringen und erzeugte eine Erweichung des harten Eigentumsbegriffs, einen Sieg der gesellschaftlichen und Gattungsinteressen über die egoistischen Individual-, Klassen- und Nationalinteressen, eine Fürsorge für die Armen und Schwachen, die man im Altertum vergeblich sucht. Die Idee der Gleichheit vor Gott trat den bestehenden harten Gesellschaftsunterschieden versöhnend, mildernd zur Seite; in jedem, selbst dem Niedrigsten, wurde die Würde des Menschen anerkannt usw.“

Wie hervorragende Nationalökonomten, so weisen auch moderne Sozialpolitiker immer wieder auf die rettende Kraft des Christentums hin. Das Ziel, das Karl v. Vogelsang zum Beispiel in seinem Leben, seinen Schriften, seinem Wirken erstrebte, war kein anderes, als die Sozial- und Wirtschaftsordnung auf der Grundlage des ewigen, christlichen Sittengesetzes wieder aufzubauen, der gottgewollten, auf Gerechtigkeit, Liebe und Solidarität beruhenden organischen Gesellschaftsordnung zum Siege über den von Moral und damit von jeder festen Ordnung losgelösten, alles atomisierenden Liberalismus und Kapitalismus zu verhelfen. Ihm zufolge liegt der Unterschied zwischen Reform und Revolution darin, daß die erstere an die Idee, an den vorbildlichen Gedanken des Systems zum Zweck der Weiterentwicklung desselben nach den realen Bedürfnissen der Zeit anknüpft. Die Revolution dagegen, mag sie von oben oder unten ausgehen, mag sie mit Gewalt oder durch den Mißbrauch der Gesetzgebung vollzogen werden, verwirft, um der Mißbräuche willen, die Idee, zerreißt Rechts- und Ideenkontinuität und beraubt dadurch ein Volk seines wertvollsten Schatzes: des Zusammenhanges mit seiner Vergangenheit, aus welcher allein eine glückliche Zukunft sich entwickeln kann. Darum verlangt Vogelsang Rückkehr zu den Grundsätzen des Christentums, wie sie alle religiösen, politischen, sozialen Einrichtungen der Vorzeit belebten. Allmähliche organische Wiederherstellung einer christlichen Sozial- und Wirtschaftsordnung, der korporativen Organisation der Gesellschaft auf positiv christlicher Grundlage, in einer den heutigen Verhältnissen entsprechenden Form, darin erblickt Vogelsang die Quintessenz aller christlichen Sozialpolitik. Die ewigen Ideen, welche den sozialpolitischen Institutionen der europäischen Christenheit ehemals zugrunde lagen, auf die gänzlich veränderten Verhältnisse der Gegenwart sachgemäß anzuwenden, das durch den Individualismus zerrissene Band der Kontinuität mit der christlichen Vergangenheit wieder anzuknüpfen, das ist ihm der sicherste Weg zur Lösung der sozialen Frage. Keine Trennung von Religion und Wirtschaft!³ Es sind die gleichen Grundsätze, die Ketteler, A. M. Weiß, Hitze u. a. in Deutschland vertraten. Von der Religion — so fordert heute wieder Benedikt XV. — von der Religion müssen die Grundsätze der sozialen Aktion genommen werden.

¹ Grundriß I 79 f. ² Zur Literaturgesch. der Staats- u. Sozialw. 170 f.

³ Einwendungen gegen die christliche Moral und ihre Widerlegung finden sich in unserer Schrift „Ethik und Volkswirtschaft“ 83 ff. Über den „Rückgang der katholischen Völker“ vgl. unsere Schrift „Die soziale Befähigung der Kirche“³ (1909) xvii bis xix.

Fügen wir noch das schöne Wort hinzu, das Posadowsky an den zweiten christlich-nationalen Arbeiterkongreß (1907) richtete: „Das Christentum ist der klarste und edelste Ausdruck der sittlichen Pflichten, die wir gegenüber der Gemeinschaft und unsern Nebenmenschen haben... nur eine ethische religiöse Auffassung sichert jene Beschränkung der angeborenen menschlichen Selbstsucht, die allein einen Ausgleich der sozialen und wirtschaftlichen Gegensätze herbeiführen kann.“ Nicht die Moral der Evolution im Sinne Fouilléés, Spencers u. a., nicht die Solidarität der Comteschen Philosophie, der Solidarismus im Sinne von Bourgeois, Gide u. a., sondern die christliche Solidarität, die, durch Gewissenspflicht gestützt, zur Selbstverleugnung gestählt ist, — nur sie kann uns heute helfen. „Praktische“ Sozialpolitik ohne leitende ethische Idee ist ein Faß ohne Reifen. Die Gemeinschaftspflicht fügt die Planken zusammen zur Einheit des Ganzen.

Müssen wir noch einmal ausdrücklich hinzufügen, daß es nicht Aufgabe des Evangeliums war, der Welt ein volkswirtschaftliches System oder gar ein volkswirtschaftliches Programm zu bringen? Das volkswirtschaftliche System bietet uns die nationalökonomische Wissenschaft und das volkswirtschaftliche Programm jeweilig die praktische Wirtschaftspolitik. Aber dieses System und dieses Programm wird ein besonderes Gepräge erhalten, wenn es von christlichen Grundsätzen beherrscht wird, wenn es dem Einfluß der christlichen Weltanschauung sich nicht entzieht. Auf die Massen dürfte die Betonung christlicher Gesinnung, insbesondere des christlichen Gemeinschaftsgedankens heute erst dann größeren Eindruck machen, wenn sie Kenntnis und Verständnis gewonnen haben für die segensreiche Wirksamkeit der christlichen Weltanschauung, des christlichen Sittengesetzes für des Volkes und darum auch der Masse Wohlfahrt.

§ 7.

Der Berufsgedanke.

Literatur: A. M. Weiß, Soziale Frage und soziale Ordnung (1904) 385 ff. — Karl Bücher, Die Entstehung der Volkswirtschaft¹ (1910) 57 ff. 128 ff. 183 ff. 301 ff. 413 ff. — Ernst Troeltsch, Die Soziallehren der christlichen Kirchen und Gruppen (1912). — Hugo Münsterberg, Psychologie und Wirtschaftsleben (1913) 23 ff. (mit Literaturangaben: Parsons, Taylor usw.). — Arthur Salz, Zur Geschichte der Berufsidee, in Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik XXXVII (1913) 380 ff. — G. Diessel, Die Arbeit betrachtet im Lichte des Glaubens (1891). — Edmund Schreiber, Die volkswirtschaftlichen Anschauungen der Scholastik seit Thomas von Aquin (1913).

140. Der Beruf als historisches Phänomen und in verschiedener Würdigung. Die Bildung, gesellschaftliche Stellung und Wertung der spezialisierten Funktionen war nicht die gleiche zu allen Zeiten.

H. Spencer hat die Entstehung der Berufe mit dem Totenkult in Verbindung bringen wollen. Die Verehrung der vergöttlichten Könige und Häuptlinge habe den Priesterberuf erzeugt. Tanz und Musik seien „berufsmäßig“, d. i. streng

zeremoniell geübt worden. Salz meint demgegenüber, eine Durchprüfung des ethnologischen Materials führe zu dem Ergebnis, dass die Spezialisierung und Monopolisierung bestimmter Tätigkeiten bei den Clanschaften, den Bünden, wie bei den Individuen durch den Totenglauben bedingt sei. Er muß aber beifügen, daß der Totemismus in reiner Form nur an verhältnismäßig wenigen Stellen sicher nachgewiesen sei, und daß einige der früher für sicher gehaltenen Sätze neuerdings bezweifelt würden. Der Beruf erschien da als ein magisches Monopol des Clans bzw. des Individuums vermöge der ihm innewohnenden magischen Kräfte (Zauberer, Priester, Ärzte, Schmiede usw.). Man dürfte aber doch wohl eine eigentliche „Berufsideologie“ bei den Naturvölkern regelmäßig nur finden, wenn man sie vorher in ihre Entwicklung hineingelegt hat. Das Regelmäßige wird die Bedarfsdeckung durch die eigene Familie, zum Teil mit Hilfe der Nachbarn und der Sippe, bei stamm- oder dorfweiser Verteilung der gewerblichen Technik gewesen sein. Bücher¹ nimmt geradezu an, daß in diesen Stammesgewerben das die wirtschaftliche Entwicklung der Naturvölker beherrschende Prinzip zu finden sei.

In den Augen der Antike, bei Griechen und Römern, war die politisch-militärische Tätigkeit, allenfalls die Kultfunktion in Ehren, die eigentlich wirtschaftliche Betätigung aber geringgeschätzt. In der „Werttafel der Berufe“, die Cicero² aufgestellt hat, werden nicht nur Zöllner und Wucherer, sondern auch Tagelöhner und Krämer gering bewertet. Ihr Gewerbe ist unedel und niedrig, das der Kleinhändler namentlich dadurch, daß diese nicht ohne Lügen gewinnen. Auch alle Handwerker treiben ein niedriges Gewerbe; denn eine Werkstatt kann nichts Edles in sich schließen. Als Diener der sinnlichen Lüste sind besonders verächtlich: die Seefischhändler, Fleischer, Köche, Würstemaker, Salbenkrämer, Tänzer usw., dann auch die ganze Bande von Glücksspielern. Bloß der Ackerbau blieb bei Griechen und Römern von der allgemeinen Mißachtung der Erwerbsarbeit ausgeschlossen.

Ganz anders im christlichen Mittelalter. Geradezu charakteristisch für dasselbe ist die große Hochachtung, welche nun auch die wirtschaftliche Arbeit fand.

Gesellschaftliche Arbeitsteilung und Berufsteilung stehen in unmittelbarer Beziehung zueinander bis zur vollen Gleichstellung. Doch bezieht sich der Ausdruck „Arbeitsteilung“ auf den volkswirtschaftlichen Prozeß als solchen und die objektive Durchführung dieses Prozesses, während der „Beruf“ die Betätigung einer Persönlichkeit in diesem Prozesse ausdrückt, und zwar die spezielle, dieser Persönlichkeit eigentümliche und dauernde Betätigung, regelmäßig unter Gewähr des standesgemäßen Unterhalts.

Schon Aristoteles hatte in der „Politeia“ (369 C) die Entstehung des Staates und ebenso der Arbeits- und Berufsteilung auf denselben Grund zurückgeführt: auf das Bedürfnis des Menschen nach der Gemeinschaft mit andern Menschen. Der Mensch ist eben ergänzungsfähig und -bedürftig, er besitzt nicht persönliche Autarkie, keine Selbstgenügsamkeit.

¹ Entstehung der Volkswirtschaft 55 ff.

² Cicero, De officiis I 42 110.

Die wechselseitige Ergänzung ist aber wirksamer, wenn in dieser Gemeinschaft jeder nur ein Erzeugnis fertigstellt. Das entspricht auch der Verschiedenheit der natürlichen Anlagen des Menschen und bietet Gewähr für bessere Qualität der hergestellten Güter, der zu leistenden Dienste.

Dieselben Gedanken kehren wieder bei Thomas von Aquin¹: Der Mensch ist ein „animal sociale“. Es ist für ihn „natürlich“, „naturaliter inditum“, eine „naturalis necessitas“, in Gesellschaft zu leben. Der letzte Grund aber, der den Menschen zum Gemeinschaftsleben nötigt, ist wirtschaftlicher Art. Das Tier erhält von der Natur alles, was es zu seiner Ernährung bedarf, auch die Mittel zu seiner Verteidigung. Dem Menschen aber gab die Natur die Vernunft, die Hand, die Gesellschaft; die Vernunft, die ihn leitet, damit er mit seiner Hand, dem „instrumentum instrumentorum“, den Lebensunterhalt beschaffe, die Gesellschaft, in welcher er seinen Güterbedarf erst in ausreichendem Maße decken kann. Thomas befürwortete die Autarkie der mittelalterlichen Stadt. Für den einzelnen Menschen aber gibt es kein „sufficere per se“. Seine Bedürfnisse sind zu mannigfaltig, nach Zahl und Art. um außerhalb der Gemeinschaft mit andern Menschen Befriedigung zu finden. Und wie bei den Bienen, sagt Thomas, die einen Honig sammeln, die andern Zellen bauen, wie ferner im menschlichen Körper nicht alle Glieder die gleiche Verrichtung ausüben, so bedarf es auch in der menschlichen Gesellschaft der Arbeits- und Berufsteilung: Die einen sind Ackerbauer und Viehzüchter, die andern Schuster, Baumeister usw. Die unmittelbare natürliche Ursache dieser Arbeits- und Berufsteilung ist zugleich mit dem menschlichen Bedürfnis die Verschiedenheit der Anlagen und Neigungen; der letzte Grund aber liegt in der göttlichen Vorsehung, der „divina providentia, quae ita hominum status distribuit, ut nihil unquam deesse inveniatur de necessariis ad vitam“.

Hängt somit die Arbeitsteilung innig mit dem Wesen der menschlichen Gemeinschaft zusammen, so gilt das gleiche für den Tausch. Wo Arbeitsteilung herrscht, der eine Schuhe, der andere Kleider verfertigt, da wird die Bedarfsdeckung in einer auf Privateigentum begründeten Gesellschaft nur auf dem Wege des Tauschverkehrs ermöglicht. Darum sagt Thomas: „Emptio et venditio videtur esse introducta pro communi utilitate utriusque, dum scilicet unus indiget re alterius et e converso.“² Also der Zweck des Gemeinschaftslebens, die volle und bessere Befriedigung der menschlichen Bedürfnisse, wird erreicht durch Kauf und Verkauf. Und diese aus der Berufsteilung hervorgehende Notwendigkeit des Tauschverkehrs bildet dann wieder ein festes Band, welches die Mitglieder der Gesellschaft untereinander eint, indem es sie für die Be-

¹ De regimine principum l. c. 1; Summa c. Gent. c. 3, 134; Quodlib. 7, 17.

² S. theol. 2, q. 77, a. 1 c.

friedigung ihrer Bedürfnisse aufeinander anweist¹: „Societas hominum maxime conservatur per hoc, quod homines emendo et vendendo sibi invicem res suas communicant, quibus indigent.“

In einer kommunistischen Gesellschaft übernimmt die Gesellschaft selbst die Verteilung der Güter. Auch da würde es Arbeitsteilung geben. Aber der Tausch fiel fort. Die einzelnen Glieder dieser Gesellschaft blieben auf die Arbeit der andern angewiesen. Allein das Band zwischen den einzelnen Gliedern würde doch sehr geschwächt und gelockert, weil sie nicht unmittelbar voneinander die Güter erhalten würden, sondern erst durch Vermittlung der Gesellschaft.

Es liegt nahe, daß Thomas in der Berufsarbeit folgerichtig einen der Gemeinschaft geleisteten Dienst erblicken konnte, weil Existenz, Fortbestand und Zweckerfüllung der Gemeinschaft von der Berufsarbeit abhängig sind. Hatte Aristoteles gesagt, der Nutzen des Zusammenlebens bestehe in der Verwirklichung des „bene vivere“, der Wohlfahrt, so erklärt Thomas das dahin: „ad quod (bene vivere) unusquisque affert suam partem, sicut videmus in qualibet communitate, quod unus servit communitati de uno officio, alius de alio, et sic omnes communiter bene vivunt.“²

Auch Albertus Magnus betont, daß das menschliche Gemeinschaftsleben auf der Arbeitsteilung beruhe; nur so werde für alle die Befriedigung ihrer Bedürfnisse erreicht. Würden die einzelnen nur für sich arbeiten, dann müßten viele Bedürfnisse unbefriedigt bleiben. Die einzelnen Glieder der Gemeinschaft müßten darum aber auch ihrer Tätigkeit nach verschieden sein, in gegenseitiger Ergänzung füreinander arbeiten und ihre Arbeitsleistungen miteinander austauschen. „Commutatione operum non existente, communicatio civium non erit.“³

Noch eine andere wichtige Folgerung haben die Scholastiker aus der Natur der Gesellschaft gezogen: Die Gesellschaft beruht auf der Arbeitsteilung. Die berufsmäßige, dauernde Arbeitsteilung wäre aber undenkbar, wenn die Berufsarbeit keinen Ersatz der Kosten und keinen Lohn für die Arbeit brächte. Ohne diese Wiedervergeltung wäre die Fortsetzung der Berufsarbeit unmöglich, darum aber auch der dauernde Bestand der Gesellschaft in Frage gestellt. Unter der Vergütung für die Arbeit wurde im Mittelalter der standesgemäße Unterhalt verstanden. Dem rein lukrativen, arbeitslosen Gewinne stand die Scholastik durchweg ablehnend gegenüber: der Mensch solle sich seinen Lebensunterhalt durch Arbeit gewinnen, ihn aber auch bei ehrlicher Arbeit finden.

Es waren die Verhältnisse der mittelalterlichen Stadtwirtschaft, welche die Scholastiker bei all dem vor Augen hatten. Sofern

¹ Ebd. 1, 2, q. 105, a. 2, ob. 3.

² Comment. in Pol. Arist. III l. 5 (zu art. III, 4, 3).

³ Eth. I. 5, tr. 2, c. 9 (31) 10 (36).

es sich um Grundsätze und namentlich um Grundsätze ethischer Art handelt, dürfte der scholastische Berufsgedanke aber ganz allgemein für alles Gemeinschaftsleben dauernde Geltung beanspruchen.

Zwei Ideen, sagt Bücher¹, beherrschen im Mittelalter die in ihrer Art vollendete Organisation der Arbeit: „die Idee des gemeinen Besten und die Idee, daß jeder Arbeiter auf dem Gewerbe, das er mit eigener Hand betrieb, seine Mannesnahrung finden solle. Eine Konsequenz der ersten dieser Ideen war es, daß das Recht zum Gewerbebetrieb in der Stadt als ein Amt angesehen wurde, das die Gesamtheit dem einzelnen Meister wie der ganzen Zunft verlieh und das ihnen Pflichten auferlegte; eine Konsequenz der zweiten war die allgemeine Gleichheit und Brüderlichkeit, welche von den Genossen des gleichen Berufs gefordert wurde. . . . Dem modernen Stadtmenschen, mag es schier den Atem benehmen, wenn er sich in jene Welt der Gebundenheit und der Schranken hineindenkt. . . . Aber wenn er sich dann zu erheben sucht zu den obersten Grundsätzen, von denen jene Gemeindegesetzgebung sich leiten läßt, so erkennt er bald, daß es die Idee des Berufes ist, der mit Pflichten gegen die Gesamtheit verbundenen Lebensaufgabe, der jeder an seinem Orte zu dienen hat, und zugleich das Streben, jedem, der da Arbeit leistet, seine Nahrung zu sichern.“

Die ganze Bevölkerung, mit Ausnahme der herrschenden Geschlechter, war in der mittelalterlichen Stadt überdies der Berufsgliederung unterstellt und nach Berufen genossenschaftlich organisiert, den genossenschaftlichen Verhaltensregeln (Qualität und Preiswürdigkeit der Produkte) unterstellt. „In dieser auf fester Grundlage befriedigender Wirtschaftsverhältnisse ruhenden Organisation der Gesellschaft“, sagt Bücher, „lag die Stärke der mittelalterlichen Städte.“

Bekannt ist, wie die Überspannung des Staatsgedankens und der despotische Charakter der territorialen Fürstengewalt in der merkantilistischen Zeit der korporativen genossenschaftlichen Berufsorganisation ablehnend gegenüberstand. Nur in der Organisation aber erhält der Berufsgedanke seine volle Stärke und ganze Bedeutung für Staat und Wirtschaft. Auch der praktische Individualismus des physiokratischen Systems der „natürlichen Freiheit“ besaß kein Verständnis für ein berufsgenossenschaftliches Regime. Ebenso lehnte Adam Smith das Korporationswesen ab, nicht wegen dessen unzweifelhafter Entartung, sondern prinzipiell, in konsequenter Durchführung seines individualistischen Standpunktes: „Wie Smith in der praktischen Frage der Verfassung der Gesellschaft“, sagt Hermann Huth, „das Zweckmäßigste . . . einzig durch das Gegeneinander der Individuen entstehen sieht und vermeint, die einzelnen dienten unbeabsichtigt doch der Förderung

¹ Entstehung der Volkswirtschaft 413 ff. Zum Ganzen vgl. auch E. Schreiber, Die volkswirtschaftlichen Anschauungen der Scholastik seit Thomas von Aquin.

des Ganzen am besten, so hält er es auch nicht für nötig, daß der ethische Zielpunkt von den Individuen ins Auge gefaßt wird. Der Mensch braucht nicht, ja soll nicht um der abstrakten Gesellschaft willen handeln: auch ohne das ist gesorgt, daß die Wohlfahrt des Ganzen gedeiht. Gerade durch den Egoismus ist dafür gesorgt; wenn nur das Glücksstreben frei waltet, so hat die Weisheit und Güte Gottes schon das Wohl der Gattung gesichert.“ Damit ist, allerdings vielleicht etwas schroff, der prinzipielle Standpunkt gekennzeichnet, wie Smith denselben schon in seiner „Theorie der moralischen Empfindungen“ dargelegt hatte. Für diejenigen, den solche Gedanken beherrschten, war aber der christliche Berufsgedanke begraben. Das gilt noch mehr von den Lehren der Nachfolger A. Smiths als von ihm selbst, von jenen National-ökonomien, denen in der Theorie das höchste Ideal der ausschließlich sein Eigeninteresse in vollfreier Konkurrenz verfolgende „homo oeconomicus“, der „ordinary business man“ im Sinne Marshals war.

Die Idee, daß das Individuum mit seiner wirtschaftlichen Tätigkeit nicht bloß im Dienste des Eigeninteresses, sondern pflichtgemäß im Dienste des Gemeininteresses stehen müsse, fand sich dann mehr oder minder wieder in den Lehren eines Adam Müller, Knies, Roscher, List, Wagner, Schäffle usw. Es fehlte aber zunächst auch hier noch, wie wir sahen, die philosophisch klare Erfassung dessen, was als Zweck des Staates zu gelten habe, darum auch die prinzipiell sichere Erfassung des Verhältnisses des Staates zum Wirtschaftsleben des Volkes, die grundsätzlich unanfechtbare Begrenzung der Staatsintervention. Der Berufsgedanke des Mittelalters hatte an die ständische Organisation angeknüpft. Die Arbeit war hier soziale Funktion im gesellschaftlichen Organismus, jeder Gewerbezweig ein Quasi-Amt, zunächst der Zunft anvertraut, die hierdurch zur Regelung befugt erschien. In der deutschen staatssozialistischen Theorie von Rodbertus wurde dann aber der Amtsbegriff des Berufes überspannt¹. Grund- und Kapitaleigentümer erscheinen bei Rodbertus als Funktionäre des Staates². Sie haben dasselbe zu tun, was staatliche Beamte in einem Gesamteigentumszustande zu tun hätten: nämlich die nationale Arbeit und die ökonomischen Mittel der Nation dem nationalen Bedürfnis entsprechend zu leiten. Sprach das Mittelalter von dem Beruf als Amt, so bedeutete das nur die pflichtmäßige Ein- und Unterordnung der Privatwirtschaft gegenüber der Gemeinschaft und dem Gesamtwohle. Im ausgesprochenen Staatssozialismus aber bedeutet die gleiche Bezeichnung letztlich ein Aufgehen der Privatwirtschaft in staatlicher Gemeinwirtschaft.

Die christliche Berufsidee des Mittelalters würde nicht voll erfaßt, wenn man den religiösen, christlichen Gedanken der gegenseitigen Hilfe und Förderung außer acht ließe, der sich auf das ganze Menschen-

¹ Überspannung der Regelung ist heute besonders auch für die Entwürfe einer „Planwirtschaft“ unverkennbare Gefahr.

² Vgl. hierzu auch A. Wagner, Grundlegung II 333 ff. 342.

leben, auch auf das Wirtschaftsleben ausdehnte. „Der Mensch ist nach christlicher Auffassung“, sagt Franz Keller¹, „durch sein ganzes Wesen mit Gott verbunden. Dieser ist der Schöpfer und Herr von allem, von der gesamten Welt, also auch von der wirtschaftlichen Welt. Ihm lebt alles. Er ist der letzte und höchste Zweck von allem und soll es auch von jeder menschlichen Handlung sein. Im Lichte der katholischen Moral hat auch die wirtschaftliche Tätigkeit in innigster Beziehung zum Gottesreiche zu stehen, insofern ihr nämlich die Aufgabe zufällt, auch die materielle Welt in das Reich Gottes einzugliedern und dadurch moralisch zu organisieren. Der wirtschaftliche Beruf erhält durch diese Aufgabe erst seine Weihe und Würde. Er wird so herausgehoben aus den Niederungen des Trieblebens, aus dessen maßloser und grenzenloser Hetze nach irdischem Erwerb und emporgerichtet zu der klaren Bestimmung des freien Dienstes für die Gemeinschaft und für Gott.“

Es bedarf keines besondern Nachweises, daß in dem oben entwickelten sozialen Arbeitssystem der christliche Berufsgedanke zur vollen Geltung kommt: die Idee einer mit Pflichten gegen die Gesamtheit verbundenen Lebensaufgabe, der jeder an seinem Orte, mit seiner Arbeit zu dienen hat, so zwar, daß zugleich jedem, der Arbeit leistet, auch seine Nahrung gesichert ist. Die moralisch-organische Lehre des Solidarismus führt ferner, wie wir sahen, zur Berufsgliederung in moderner Form. Auch für die Zukunft möge wieder die Stärke unseres Volkes auf der festen Grundlage friedlicher und befriedigender wirtschaftlicher Verhältnisse ruhen — wie wir hoffen —, wenn einmal der unfruchtbare, heute alles zerreißende Klassengedanke durch den Berufsgedanken endgültig überwunden sein wird.

Wir haben bereits die große Bedeutung der richtigen Berufswahl, der guten Berufsbildung hervorgehoben. Eine absolut freie Berufswahl gibt es nicht; sie würde auch nach Beseitigung aller Besitzunterschiede vom sozialistischen Zukunftsstaate schwerlich zu erhoffen sein, wenn die Versorgung des Volkes mit allem Notwendigen gewährleistet bleiben soll. Aber es gibt heute noch eine relativ freie Berufswahl. Diese Tatsache, wie der Umstand, daß die Berufsbildung dort die besten Erfolge erzielen wird, wo Neigung und persönliche Befähigung für eine besondere Betätigung gegeben sind und zugleich die Hoffnung einer angemessenen Existenz vernünftig begründet ist, — beides beweist den Wert einer zweckmäßigen Berufsberatung für das eigene Wohl der einzelnen wie für ihr erfolgreiches Wirken im Dienste der Volksgemeinschaft².

¹ In „Deutschland und der Katholizismus“, herausgegeben von Meinertz u. Sacher, II (1918) 352.

² Wygodzinski (Die Hausfrau und die Volkswirtschaft [1916]) hat von neuem gezeigt, wie auch „die privatwirtschaftliche Tätigkeit der Hausfrau in die Bahnen

141. Der Berufsgedanke eine Errungenschaft des Protestantismus?

Max Weber hat in seiner Abhandlung „Die protestantische Ethik und der Geist des Kapitalismus“¹ zu erweisen versucht:

a) Daß der allen protestantischen Völkern seit den Bibelübersetzungen gemeinsame, allen andern fehlende ethische Begriff des „Berufes“ (und also auch die entsprechende Wortbedeutung) im heutigen Sinne eine Neuschöpfung der Reformation sei, zuerst von Luther bei der Übersetzung der Stelle Jesus Sirach 9, 20—21 angewendet².

Mit Recht bemerkte demgegenüber schon H. Karl Fischer³: „Angenommen . . . Luther habe hier eine originäre Leistung vollzogen, so ist dies noch kein Beweis, daß die religiösen Vorstellungen Luthers den Berufsgedanken erzeugt haben. Denn wie kam Luther dazu, jene Stelle aus Jesus Sirach mit ‚Beruf‘ zu übersetzen? Es geschah wohl sicher nicht mit der Absicht, bei Gelegenheit der Bibelübersetzung ein religiöses System zu schaffen, in dem auch die weltliche Berufsarbeit ihren Platz erhielt; sondern Luther glaubte mit diesem im Volke geläufigen Ausdruck die beste, dem Volke verständlichste Bezeichnung gewählt zu haben. Der Geist des Bibelübersetzers dürfte sich in diesem Falle der geläufigen Ausdrucksweise angepaßt haben.“

Der Ausdruck „Beruf“ kann in doppeltem Sinne verstanden werden. Zunächst als eine besondere, dem Individuum ganz speziell direkt zuteil gewordene religiöse Auserwählung; so z. B. wenn es im Hebräerbrief in bezug auf das Priestertum heißt, niemand nehme sich die Ehre, „nisi qui vocatur a Deo tamquam Aaron“; oder wenn Christus zu den Aposteln sagt: „ego elegi vos, non vos elegistis me“. In diesem besondern, außerordentlichen Sinne einer direkten „vocatio“ konnte das Wort „Beruf“ nicht auf die gewöhnlichen Beschäftigungen der Menschen angewendet werden⁴. Der Mensch ist zur Arbeit verpflichtet, und zwar auch zu gesellschaftlich nützlicher Arbeit. Diese Arbeitsleistungen

des allgemeinen Wirtschaftsinteresses gelenkt werden müsse“. Nach Helfferich berechnet Wygodzinski, daß 60% des Volkseinkommens im Werte von 16 Milliarden Mark von der deutschen Hausfrau verwaltet werden. Wieviel kommt da für die Wohlfahrt des Volkes auf planmäßige und zweckmäßige Haushaltsführung an und darum wiederum auf die entsprechende Vorbildung!

¹ Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik XX 1 und XXI 2; vgl. auch H. Karl Fischers Ausstellungen im Archiv XXV mit Webers Antwort. Ebenso Preussische Jahrbücher CXXII 2. Vgl. auch Wissenschaftliche Beilage der „Kölnischen Volkszeitung“ 1906, Nr. 39. Rachfahl, Calvinismus und Kapitalismus, in Internationale Wochenschrift für Wissenschaft, Kunst und Technik 1909, Nr. 39/43.

² Archiv XX 36, XXY 243.

³ Archiv XXV 234. Eine wissenschaftlich ausreichende Würdigung der Darlegungen Webers hier zu bieten, liegt außerhalb unserer Absicht.

⁴ Das „vocatus a Deo“ im Sinne direkter, individueller Berufung, sagt auch Wendland (Sozialethik [1916] 59 ff.), paßt doch wenig auf den Straßenpflasterer, den Kanalarbeiter, den Angestellten jener großen Schlächtereien in Chicago, der nichts anderes den ganzen Tag zu tun hat, als Schweinen die Kehle durchzuschneiden.

vollziehen sich aber regelmäßig in bestimmten „Berufen“ nach dem Bedürfnis der Gesellschaft, nach persönlichen Anlagen, Neigungen, Verhältnissen. Die Pflichterfüllung innerhalb der weltlichen Stände oder „Berufe“, die allgemeine Berufspflicht, hat die Kirche darum auch von Anfang an gelehrt, gefordert und als Dienst Gottes anerkannt. Sie wußte wohl, daß das Gesetz der Arbeit, das sie verkündigte, in der realen Welt sehr verschiedene Formen der Erfüllung finden müsse. So hebt bereits Klemens von Alexandria ausdrücklich hervor, daß man den weltlichen Geschäften nachgehen und zugleich ein Hörer der göttlichen Weisheit sein könne¹. „Bist du Landmann“, sagt er², „so bestelle weiter dein Feld, nur erkenne dabei Gott. Bist du Schiffer, so segle darauf los, aber nicht, bevor du den himmlischen Steuermann angerufen hast. Dienst du als Krieger, so gehorche auch weiterhin dem Feldherrn, solange er befiehlt, was recht ist“ usw. „Die zahlreichen Künste, die mit der Hand geübt werden“, sagt Augustinus³, „die mannigfache Bepflanzung der Äcker, die Gründung der Städte, die Wunderwerke der Baukunst, die Erfindung sinnvoller Zeichen in Schrift und Rede, in der Tonwelt, Malerei und Bildnerei, die vielen Sprachen und Einrichtungen der Völker aus alter und neuer Zeit, die Unzahl von Büchern und sonstigen Denkmälern zum Festhalten des Geschehenen, die ausgedehnte Sorge für die Nachwelt, die Stufenleiter der bürgerlichen, militärischen und priesterlichen Ämter, die Großtaten des Denkens und Erfindens, die Ströme der Beredsamkeit, die Fülle der Dichtungen, die bunte Welt des Spiels und Scherzes, die Fertigkeit im Musizieren, die Genauigkeit im Messen, der Scharfsinn im Rechnen, die Erschließung des Vergangenen und Zukünftigen aus der Gegenwart, — magna haec et omnino humana — das alles ist groß und wahrhaft des Menschen würdig.“ Chrysostomus⁴ ehrt „die körperlichen Arbeiten auch dadurch, daß er sie mit den höchsten geistigen Tätigkeiten, nämlich dem weltlichen und geistlichen Herrschen, unter dem einen Begriff ‚Künste‘ zusammenfaßt. Eine jede von den Künsten und jedes der diesen untergeordneten Handwerke hat seine bestimmten Aufgaben zum Wohle der Menschen zu erfüllen; eine jede ist auch in ihrer Art notwendig, am meisten das Herrschen, diesem zunächst der Landbau.“⁵ Sommerlad⁶ hat auf Grund der Hom. 15 in ep. 2 ad Cor. folgendes Schema der menschlichen Tätigkeiten, wie es dem Geiste des hl. Chrysostomus vorschwebte, entworfen:

I. Künste (τέχναι): 1. Das Herrschen (τὸ ἄρχειν): a) geistliche Herrschaft (ἡ ἐν τῇ ἐκκλησίᾳ ἀρχή), b) weltliche Herrschaft (ἡ πολιτικὴ ἀρχή).

¹ Paedagogus 3, 11 12.

² Cohort. ad gentes 10; vgl. Seipel, Die wirtschaftsethischen Lehren der Kirchenväter (1907) 146 ff. Mausbach, Die Ethik des hl. Augustinus (1909).

³ De quant. anim. c. 33, n. 72.

⁴ In ep. 2 ad Cor. hom. 15, 3.

⁵ Seipel a. a. O. 131.

⁶ Das Wirtschaftsprogramm der Kirche des Mittelalters (1903) 162.

2. Zum Leben notwendige Künste (*συνέχουσαι τὸν βίον*): a) Landbau (*γεωργική*), b) Webekunst (*ὄφαντική*), c) Baukunst (*οἰκοδομική*).

II. Gewerbe (*διάκονοι τούτων*): 1. Schmiedegewerbe (*χαλκευτική*), 2. Zimmermannsgewerbe (*τεκτονική*), 3. Schäfergewerbe (*ποιμαντική*).

Von Anfang also schon lehrte die Kirche 1. das Gesetz und die Pflicht der Arbeit, 2. die Notwendigkeit der in den verschiedenen Ständen sich vollziehenden Arbeit, pries 3. die Würde und Größe all dieser verschiedenen Arbeiten. Noch mehr: bereits Origenes¹ führte 4. die verschiedenen Handwerke und Künste auf Gott zurück: Was die Heilige Schrift von den Künstlern Beseleel und Ooliab erzählt, verallgemeinernd, sagt er, daß alle Kunstfertigkeit von Gott gegeben sei, die Gold- und Schmiedekunst nicht nur, sondern auch die Webekunst, um so mehr die höheren Künste, die Feldmeßkunst, die Baukunst, die Musik, die Heilkunst.

Das Gesagte dürfte schon genügen, um die Annahme Webers, derzufolge der „ethisch gefärbte Begriff des ‚Berufes‘ eine Neuschöpfung der Reformation“ sei, als unbegründet erscheinen zu lassen².

Aber auch darin scheint Weber sich zu täuschen, daß die „entsprechende Wortbedeutung“ von „Beruf“ (*vocatio*) „allen andern (d. i. den nicht protestantischen) Völkern fehle“³. Bereits der hl. Paulus bedient sich im 1 Kor. 7, 20 des Ausdrucks „*vocatio*“ (*κλήσις*) ganz allgemein und mit spezieller Anwendung auf eine Lebensstellung, die durchaus nicht religiöser Natur ist, im Hinblick nämlich auf den Sklaven. Er sagt: „*Unusquisque in qua vocatione vocatus est, in ea permaneat. Servus vocatus es? non sit tibi curae. . . . Qui enim in Domino vocatus est servus, libertus est Domini; similiter qui liber vocatus est, servus est Christi.*“

Du Canges berühmtes „*Glossarium mediae et infimae latinitatis*“⁴ bemerkt zum Worte „*vocatio*“, daß dieser Ausdruck sich sogar häufig in den alten und ältesten aszetischen Schriften finde, und zwar in der Bedeutung von „*officium*“ schlechthin. Er verweist z. B. auf eine Stelle von Cäsarius von Arles (469—542) *serm.* 17. Da heißt es: „*Et ideo non solum frequenter, sed multis vicibus deprecor, ut unusquisque vestrum vocationem suam consideret, et in quocunque statu vel gradu a Domino vocatus est, in eo permaneat, si non vult in aeternum perire, nisi forte in melius proficiendo, ad districtiorem vitam ascendere cupiat.*“

¹ In *Numeros* hom. 18, 3. Seipel a. a. O. 159.

² So auch Salz, *Zur Geschichte der Berufsidee*, in *Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik* XXXVII (1913) 408 ff. Dagegen E. Troeltsch, *Die Soziallehren der christlichen Kirchen und Gruppen* (1912) 311 ff.

³ *Archiv* XXV 243. Vielleicht ist Weber durch die deutschen Lexika von Grimm und Sanders irregeleitet worden, die allerdings *Sir.* 11, 21 23 als ersten Beleg für „Beruf“ in diesem Sinne angeben. Früher „Beruf“ = Leumund oder (rechtlich) = Appellation.

⁴ VIII (1887) 372.

Die Frage kann also lediglich dahin gehen, ob Luther an der bewußten Stelle der Heiligen Schrift als der erste das „deutsche“ Wort „Beruf“ angewendet habe, — noch weniger als eine *lis de verbo!*

Luthers Apokryphen wurden zuerst stückweise 1533 und 1534 gedruckt. Ein uns zugängliches Exemplar (Mischtext) von Luthers Altem Testament (Zürich 1531) enthält nichts von „Beruf“¹ und konnte eben nichts davon enthalten, weil damals die „Apokryphen“ in lutherischer Übersetzung noch nicht vorlagen. Es heißt da wie folgt (Fol. CCLXVII^{v.b} alin. 1):

Bleyb in deinem pundt | vnnd übe dich
darin vnd (sic!) verharr in deinem werck bisz ins
alter. Acht nit grosz die werck der sünde-
ren. Vertrauw dem HERREN | vnnd
bleyb in seinem werck: dann es ist dē HER-
REN gar leycht vnd ring dē armen schnäll
reych zemachen.

Daneben stellen wir aus der katholischen Johannes Dietenberger-Bibel, Ausg. Köln 1564, die gleiche Stelle (Fol. CCCLXXXVII^{v.b} oben 1):

Bleib in deinem Bund | vnd übe
dich dreyn | vnd verharr in den wercken der Ge-
bott dir geben | bisz ins alter. Bleib nicht in
den wercken der Sünder. Vertraw aber
dem Herren | vnd bleib in deiner statt | (oder
in deinem beruff |) dann es ist dem Herren
gar leicht vnd gering | den armen schnell vñ
bald reich zu machen.

Dietenberger wurde zuerst 1534 (Meyntz) gedruckt. In dieser Ausgabe findet sich noch an der fraglichen Stelle „Werck“, was auch dem griechischen Worte entspricht. Der Begriff des Berufsmäßigen der Arbeit bzw. der Mühe ergibt sich erst aus dem Kontexte. In der zweiten Ausgabe des Dietenberger (Köllen) 1540 findet sich schon das Wort „Beruff“, natürlich ebenso in den Ausgaben von 1550, 1556, 1561, 1564, 1567, 1571, 1572, 1577 etc.

Nehmen wir einmal an, Dietenberger habe in der zweiten Ausgabe nicht unabhängig von Luther den Ausdruck gebraucht, und Luther habe tatsächlich an der fraglichen Stelle zum erstenmal das Wort „Beruff“ angewendet, so ergäbe sich daraus für die Beurteilung der katholischen Auffassung vom wirtschaftlichen Leben nicht das mindeste. Der ethische Begriff des Berufes war längst vor Luther in der ganzen heutigen Ausdehnung bekannt und anerkannt, und darum schon hat auch das Wort „vocatio“ in diesem Sinne kaum in der lutherischen Bibelübersetzung seine erste Verdeutschung gefunden. Wird ja doch sonst Luther nachgerühmt, daß er die dem Volke geläufigen und leicht verständlichen Ausdrücke bei seiner Übersetzung verwertet habe. Wir finden überdies

¹ Auch in den Auflagen Straßburg 1528, Straßburg-Hagenau 1529, Straßburg 1530 steht noch „Werck“, nicht „Beruff“.

bei Dietenberger alsbald auch sogar an derselben Bibelstelle das Wort „Beruf“. Wir verweisen ferner z. B. auf die „Notae in Evangelicas Lectiones“ von Petrus Canisius (Zeitgenosse der Reformatoren), der die Ideen zu seinen Predigten und Unterweisungen ganz gewiß nicht der lutherischen Bibelübersetzung entnommen und in der Ausübung des Predigtamtes keiner dem Volke unverständlichen und fremden Ausdrucksweise sich bedient hat. Da lesen wir aber klar und deutlich¹: „*Evangelica historia de his piis duabus sororibus (Maria Magdalena et Martha) me commonefaciet, ut nonnihil de variis Christianorum vocationibus et electionibus statuum sive suscipiendis sive recte ob-eundis cogitem. Habet enim et habebit semper Ecclesia in utroque sexu suas Marthas et Magdalenas*“ etc. Und ebenso findet sich das Wort „Berüeffung“ in den deutschen Predigten, die Canisius den Tirolern hielt.

b) Nach Weber erhielt ferner der „Berufs-Gedanke“ innerhalb der „asketischen Formen des Protestantismus“ (Calvinismus usw.) eine besondere Ausprägung durch seine Verbindung mit dem „kapitalistischen Geiste“². Man soll arbeiten in rastloser Berufsarbeit, um reich zu werden. Der „kapitalistische Geist“ ist nach Weber: „Erwerben von Geld und immer mehr Geld, rein als Selbstzweck“ oder als „Gedanke an die Berufspflicht“; womit freilich nicht behauptet werden solle, daß Geldwirtschaft, kapitalistische Betriebsformen usw. dem Protestantismus oder Calvinismus ihr Dasein zu verdanken hätten, und daß überall, wo Calvinismus usw. sich finde, nun auch der „kapitalistische Geist“ wirksam werde.

„Der kapitalistische Geist“, sagt G. v. Schultze-Gavernitz³, „ist das Ergebnis äußerst verwickelter geistesgeschichtlicher Entwicklungszeiten. Auf die Zusammenhänge mit der Kirchenreformation hat Max Weber ein glänzendes Schlaglicht geworfen. Altersgeheilte Traditionen und Autoritäten liegen tief unter jenen einsamen Höhen, auf denen der Calvinist, losgelöst von allen menschlichen Banden, seinem Gott allein gegenübersteht. Wer weder vom Prediger noch vom Sakrament Hilfe erwartet, wer die Bibel auf eigene Verantwortung auslegt, wer sich nicht auf Menschen verläßt und selbst die Freundschaft als Kreaturvergötterung beargwöhnt, der steht an der Schwelle auch der wirtschaftlichen Selbstbestimmung. Zweifellos sind solche ‚Ketzer-Kapitalisten‘, wie schon Petty

¹ Friburgi Helvetiorum 1593, 462. Vgl. O. Braunsberger, Canisii Epistulae et Acta VI, 635 f.

² Vgl. auch Troeltsch, Die Bedeutung des Protestantismus für die Entstehung der neuen Welt, in Sybels Historischer Zeitschrift, 3. Folge, I 1 ff. Die Einwirkung des Luthertums auf das wirtschaftliche Leben besteht hiernach nur in der Stärkung der Landesgewalt und hierdurch des Merkantilsystems. Vgl. dagegen Franz Walter, Sozialpolitik und Moral (1899) 204 ff.; Kapitalismus, Sozialismus, Christentum (1906) 32 ff.

³ Britischer Imperialismus und englischer Freihandel (1906) 10. Über den calvinistischen Kapitalismus vgl. auch Sieveking, Grundzüge der neueren Wirtschaftsgeschichte vom 17. Jahrhundert bis zur Gegenwart (im Grundriß der Geschichtswissenschaft, herausgegeben von Aloys Meister II [1907]).

weiß, wichtige Durchgangspunkte in der Entwicklung des Kapitalismus gewesen — einer Erscheinung, die sich für Rußland heute in den Starowerzen und Stundisten wiederholt. Später jedoch bedarf der kapitalistische Geist der religiösen Krücke nicht mehr, und seine Vollendung findet er in dem neuzeitigen Finanzier, welcher auf dem Boden der reinen Diesseitigkeit sein Haus erbaut hat. Derselbe begnügt sich mit jener im wesentlichen negativen Weltanschauungsunterlage, welche als Bodensatz übrigblieb, nachdem die religiösen Brandungen des Reformationszeitalters abgeebbt waren.“

Ohne weiteres geben wir zu, daß der „kapitalistische Geist“, so wie er hier geschildert wird: Erwerben von Geld und immer mehr Geld, rein als Selbstzweck, dem traditionellen katholischen Lebensideal wenig entspricht. Das Geld ist da nicht Selbstzweck. Der Katholik soll arbeiten, 1) um seinen Unterhalt zu gewinnen, den Wohlstand der Familie zu begründen, 2) der Gemeinschaft wegen, 3) um den Müßiggang zu fliehen, und 4) um Gott zu ehren und dem Nächsten zu helfen¹. Namentlich trat im Mittelalter und tritt heute wiederum scharf ausgeprägt der Gemeinschaftsgedanke der privatwirtschaftlichen Profitlichkeit und dem privatwirtschaftlichen Egoismus mäßigend und einschränkend zur Seite: „Der Mensch“, sagt Franz Hitze², „bleibt immer Glied der Gemeinschaft, der Gemeinschaft verpflichtet, ist ebenso sehr bestimmt für die Gemeinschaft . . . als die Gemeinschaft für ihn. . . . Alle Arbeit vollzieht sich in gesellschaftlichen Zusammenhängen, ist Teilarbeit aus dem großen Ganzen der nationalen Arbeit, ist ein Moment in der Arbeit der aufeinanderfolgenden Geschlechter, sich stützend auf das ‚Erbe‘ an Kapital und Intelligenz, was . . . Eltern und Voreltern gesammelt. Die Arbeit ist ‚Recht‘, ist aber auch ‚Pflicht‘ gegen die Gemeinschaft, in deren Schoße sie sich gebildet. Sie hat empfangen, sie muß auch geben. Die Gemeinschaft muß für sie aufkommen, sie auch für die Gemeinschaft. Auch die Arbeit hat ihre individuelle und ihre soziale Seite: ist ‚Erwerbsmittel‘ und ‚Beruf‘. Unsere Zeit liebt es, die individuelle Seite hervorzukehren, die Idee des Berufes ist verloren gegangen.“ Hier wird also der „Berufsbegriff“ von dem, was oben als „kapitalistischer Geist“ bezeichnet wurde, getrennt und mit der Bezugnahme auf die Gemeinschaft verbunden³. Die Arbeit galt ja im Mittelalter quasi als ein bürgerliches Amt, das dem ganzen in der Zunft organisierten Stande von der Obrigkeit verliehen wurde.

Sehr schön äußert sich eine bei Peter Schöffler zu Mainz 1509 gedruckte (und in der „Geschichte des deutschen Volkes“ von Johannes Janssen wieder abgedruckte) „christlich ermanung zum frumen Leben“ über Zweck und Endziel

¹ Vgl. S. Thom. 2, 2, q. 187, a. 3.

² Kapital und Arbeit (1880) 393 f. Officium, ministerium und munus, diese Worte charakterisieren kurz die katholische Auffassung von der Arbeit.

³ Vgl. dazu auch Gierke, Das deutsche Genossenschaftsrecht I (1868) 179 f. 371 ff. Stieda, Aufsatz über Zunftwesen im Handwörterbuch der Staatswissenschaften.

der Arbeit nach katholischer Auffassung: „Vor allen Dingen tun sich die Bünde und Bruderschaften der Arbeit (Zünfte) zusammen, daß ihr ganzes Leben in christlicher Zucht und Liebe geordnet sei und die Arbeit selbst geweiht werde. Wenn wir alle nach Gottes Gebot arbeiten, so arbeiten wir nicht bloß des Gewinnes willen¹; denn das ist kein Segen und bringt der Seele Schaden. Der Mensch soll arbeiten um der rechten Ehre Gottes willen, der es geboten hat, und um den Segen des Fleißes zu haben, der in der Seele liegt; auch um zu haben, was uns und den Unsrigen zum Leben nottut, und auch wohl, was zu christlicher Freude und Lustbarkeit gereicht; nicht minder, um den Armen und Kranken mitzuteilen. Darum sind Bünde und Innungen der Handwerksgenossen gut, wie sie danach trachten sollen. Und wer nicht danach trachtet und nur Geld und Reichtum mit seiner Arbeit zusammenscharren will, der handelt schlecht, und seine Arbeit ist Wucher; wie denn der hl. Augustinus sagt: Du sollst nicht wuchern mit deiner Hände Werk, denn deine Seele geht dabei verloren. Und ebenso: Man soll die Wucherer nicht leiden, sondern die Gesellschaft soll sie als schädliche und faule Glieder ausstoßen. Bedenke darum wohl, lieber Christenmensch, warum es geschieht (in welcher Absicht du arbeitest), ob du Gott im Auge hast und nicht deinen Gewinn allein, und ob du auch sorgst für die Genossen in deiner Bruderschaft (Zunft), für alles, was sie angeht, im Leben und im Tod.“ Die bloße Selbstbereicherung als solche ist also noch kein Gottesdienst, kein „Beruff“ nach katholischer Auffassung.

Näher auf diese Fragen einzugehen, gedenken wir nicht. Jeder billig Denkende wird sich überzeugen können, daß die katholische Religion als solche kein Hindernis, im Gegenteil die sicherste und mächtigste Förderung einer wahrhaft gesunden volkswirtschaftlichen Entwicklung bildet². Als man einen armen Indianer fragte, warum er seinen Missionär so liebe, da lautete die Antwort: Er legt Christus in das Herz meiner Kinder! Das ist die Lage unserer Kirche. Sie entbehrt aller politischen Macht, sie ist arm geworden an äußeren Gütern. In dem Unglück, das sie betroffen, hat sie vieles verloren, aber eines bewahrt, den Glauben an Jesus Christus, den Sohn des lebendigen Gottes. Mehr bedarf sie nicht, um auch späteren Zeiten den Besitz der idealen Güter, wahrer Humanität, höchster Kultur zu sichern.

Wo aber heute Bürger verschiedener Religion oder Konfession in demselben Lande zusammen wohnen, da sollten sie niemals vergessen, daß die Religion Wahrhaftigkeit, Gerechtigkeit, wohlwollende Milde, auf-richtige Liebe gegenüber dem Nächsten fordert. Mögen sie voneinander nur Gutes lernen, sich gegenseitig Gutes erweisen, vor allem aber, und ganz besonders heute, vereint bleiben durch unwandelbare Liebe zu der

¹ „Die Fugger“, sagt Richard Ehrenberg (Große Vermögen, ihre Entstehung und ihre Bedeutung [1902] 40), „waren die größten Kaufleute ihrer Zeit; aber sie waren keine bloßen Geldmensen. Der Gelderwerb diente bei ihnen höheren Zwecken und erhielt schon hierdurch seine Rechtfertigung.“

² Vgl. Hans Rost, Die Katholiken im Kultur- und Wirtschaftsleben der Gegenwart (1908).

staatlichen Gemeinschaft, die sie umschließt, fest verbunden in treuer, opferbereiter Hingabe an das gemeinsame Vaterland¹.

Die Einheit ist das Geheimnis jeder Kraft, für die staatliche Gesellschaft die organische Einheit, keine Einerleiheit, sondern ein harmonisches Miteinander und Füreinander: jedes Glied an seinem Platze in der rechten Ausübung seiner Funktion. Wo diese organische Einheit und Harmonie der gesellschaftlichen Elemente in Feindschaft und Gegensatz sich auflöst, wird auch die Volkswirtschaft als Arbeitsgemeinschaft schwer geschädigt, die Verwirklichung des materiellen Wohlstandes der Nation in Frage gestellt. Wir können darum von den Grundlagen des Volkswohlstandes nicht reden, ohne der Stände- oder Klassenbildung zu gedenken, die Wichtigkeit des organischen Zusammenhanges in der sozialen Schichtung des Volkes hervorzuheben, den modernen Reformbestrebungen die richtigen Wege zu weisen.

Eine gesunde Stände- und Klassenbildung ist Kennzeichen und Ursache des Volkswohlstandes zugleich.

§ 8.

Stand und Klasse.

Literatur: Cyr. van Overbergh, *La Classe sociale* (1905). — Gustav Schmoller, *Grundriß der allgemeinen Volkswirtschaftslehre* I 391—411; II 496—558. — Arthur Bauer, *Les Classes sociales* (1902). — Gustav Schmoller, *Besprechung der Bauerschen und Overberghschen Schrift*, im *Jahrbuch* 1908, 1. Heft, 313—322. — Ders., *Die soziale Frage* (1918) 142 ff. — Carl Bücher, *Die Entstehung der Volkswirtschaft* (1910) 325 ff. — Werner Sombart, *Die deutsche Volkswirtschaft im 19. Jahrhundert* (1903) 512—555. — Ders., *Sozialismus und soziale Bewegung* (1919). — Ders., *Das Proletariat*, im I. Bd. von „*Die Gesellschaft*“. — Georg Grupp, *Kulturgeschichte der römischen Kaiserzeit* I (1903) 238 ff.; II (1904) 519 ff. 541 ff. — Eugen Jäger, *Geschichte der sozialen Bewegung und des Sozialismus in Frankreich*, 2 Bde. (1876—1890). — *Das Kommunistische Manifest und die Schriften von Marx und Engels* (vgl. I: *Grundlegung* 282 ff.; I² 326 ff.). — Weisengrün, *Der Marxismus und das Wesen der sozialen Frage* (1900). — Michael Tugan-Baranowsky, *Theoretische Grundlagen des Marxismus* (1905) 20—32 106—133. — Johann Joseph Roßbach, *Geschichte der Gesellschaft* (1868—1875). — Villard, *Histoire du prolétariat* (1882). — Roscher, *Politik* (1893). — v. Nostitz, *Das Aufsteigen des Arbeiterstandes in England* (1900). — G. Adler, *Die Zukunft der sozialen Frage* (1901). — Herkner, *Die Arbeiterfrage*. — G. Traub, *Ethik und Kapitalismus. Grundzüge einer Sozialethik* (1904) 41—47 121—239. — Charles Antoine, *Cours d'Économie sociale* (1908) 106—113. — Ernst Grünfeld, *Lorenz von Stein und die Gesellschaftslehre* (1910; Bd. I der von Waentig herausgegebenen „*Sozialwissenschaftlichen Studien*“). — Adolf Weber, *Der Kampf zwischen Kapital und Arbeit* (1920). — Rob. Michels, *Soziologie des Parteiwesens*. — Franz Walter, Artikel „*Proletariat*“ im *Staatslexikon* IV³ 366 ff. — Bruder-Beyerle, Artikel „*Bürgerstand*“ im *Staatslexikon* I³ 1057 ff. — Bruder-Ettlinger, Artikel „*Gesellschaft*“ im *Staatslexikon* II³ 546 ff. —

¹ Über die katholische Auffassung vgl. J. Pohle, *Der Friede unter den Konfessionen in Deutschland*, in „*Deutschland und der Katholizismus*“ II (1918) 175 ff. Ebenda auch (139 ff.) J. Zehnter, *Vaterland und politische Betätigung*.

Conrads Jahrbücher XXXIII (1907) 125 ff. — August Engel, Psychologie des Handwerks, in Soziale Kultur XXVI (1906) 401 ff. — Sozialistische Monatshefte (Aufsätze von Bernstein) II (1905) 931; II (1906) 548—557. — Th. Rothstein, Verkünder des Klassenkampfes vor Marx, in Neue Zeit XXVI (1907) 24 25 26.

142. Der Stand¹. Im objektiven Sinne bedeutet „Stand“ die Stellung (*condicio*), die jemand in der Gesellschaft einnimmt. „Stand“ im subjektiven Sinne (*ordo*) bezeichnet die Gesamtheit von Personen, welchen die gleiche Stellung innerhalb der Gesellschaft zukommt. Man unterscheidet Erb- oder Geburtsstände (Freie, Unfreie; Adelige, Nichtadelige) und Berufsstände. Ein Beruf, dessen öffentliche Bedeutung dadurch anerkannt wird, daß er den ihm Angehörigen Stellung und Einkommen durch die Erfüllung des Berufes sichert, heißt „Stand“ (Lorenz v. Stein). Zum Rechtsbegriff wird der Stand, wenn aus der besondern Stellung, welche der einzelne in der Gesellschaft einnimmt, in irgendeiner Weise eine Rechtsmehrung oder Rechtsminderung für ihn sich ergibt, oder wenn die Standesgesamtheit (*ordo*) als Organ für soziale oder politische Funktionen mit besondern Pflichten belastet, mit besondern Rechten ausgestattet ist. In den sog. ständischen Verfassungen spielten die vier Stände (Klerus, Adel, Bürger, Bauer) eine wichtige Rolle entsprechend ihrer Bedeutung (Lehrstand, Wehrstand, Nährstand). Wo innerhalb der Städte des Mittelalters das Standesbewußtsein zur festeren Organisation der wirtschaftlichen Berufsstände führte und diese erhielt, da bildete sich auch ein besonderes Standesrecht als Summe von Vorschriften oder Observanzen für die Mitglieder eines bestimmten Standes oder Berufes. Indem die Standes- und Berufsehre auf das ganze Verhalten der zu einem Stande oder Berufe gehörigen Personen im bürgerlichen und Berufsleben günstig einwirkte, fand das öffentliche Wohl und die Rechtsordnung in dem beruflichen Korporationswesen während seiner Blütezeit eine mächtige Stütze zum Besten der Gesellschaft.

Der Erb- und Geburtsstand hat seine alten Vorrechte in der Revolutionszeit verloren. Die Gleichheit der Beschäftigung ergab für die Berufsgenossen anderseits immer noch eine gewisse Gleichheit der Interessen, vielfach auch eine Ähnlichkeit des Denkens und Empfindens. Doch mit Auflösung des korporativen Zusammenschlusses der Berufsstände und ihres Standesrechtes hat sich in der individualistischen Epoche der Begriff der beruflichen Standesehre und das Standesbewußtsein mehr oder minder verflüchtigt. Die Standesbezeichnung selbst diente schließlich fast nur noch als Gattungsname und Gattungsbegriff für Beschäftigungen der gleichen Art. Die erneute und zeitgemäße Formierung und Festigung der wirt-

¹ Vgl. Artikel „Gesellschaft“ im Staatslexikon II⁸ 546 ff. und Artikel „Bürgerstand“ ebd. I⁸ 1057 ff. — Bernstein, Artikel „Vom Klassenkampf“ in Sozialistische Monatshefte II (1906) 548—557.

schaftlichen Berufsstände bildet einen Kernpunkt der sozialen Frage, der Frage, wie man das durch den Individualismus Aufgelöste wieder richtig verbinden kann und soll — ein schönes Ziel, das Endergebnis im besten Falle eines nicht so leichten Umwandlungsprozesses¹.

Als die Auflösung der Universalität der Hauswirtschaft, die Trennung der agrarischen und gewerblichen Tätigkeit sich vollzog, da bezeichnete diese Entwicklung einen der wichtigsten Wendepunkte der Geschichte. In den Städten blieb dann regelmäßig die agrarische Seite der Hauswirtschaft im wesentlichen ausgeschlossen. Die ländliche Hausindustrie war zum großen Teil noch Verbindung von Ackerbau und gewerblicher Heimarbeit. Trotz mancher Schattenseiten hat diese Kombination ihr Gutes. Brentano und andere empfehlen auch für die Gegenwart die möglichst weite Verbreitung der Verbindung zwischen Arbeit in der Fabrik und agrarischer Nebenbeschäftigung. Tatsächlich sind heute die ländlichen Handwerker vielfach zugleich Landwirte. Dabei bleibt aber, die Trennung von Stadt und Land, von Gewerbe und Landwirtschaft für die gesamte Kulturentwicklung die bedeutsamste Etappe der fortschreitenden gesellschaftlichen, beruflichen Arbeitsteilung².

Die Technik der Landwirtschaft läßt keine vollständige Teilung der Hauptzweige derselben zu; nur daß heute die landwirtschaftlichen Betriebe, je nach ihrer Lage zum Markte, den besondern Absatzmöglichkeiten, sich mehr auf gewisse Waren spezialisieren können, wie auch in den größeren Betrieben die höherstehende Arbeit sich mehr als in früheren Perioden spezialisiert.

Auf gewerblichem Gebiete dagegen waren und sind der Arbeitsteilung weniger enge Grenzen gezogen. Mochte auch anfänglich die Zahl der Handwerke nicht gerade groß (nach Schmoller jahrhundertlang nur 4 bis 40) gewesen sein, sie wächst mit der Zeit, im Altertum und im Mittelalter in den Städten auf 20 bis 50, vom 15. bis 18. Jahrhundert bis zu 100 und 300 Arten gewerblicher Berufe. Die Verhältnisse waren jetzt schon derart, daß der Gewerbetreibende von der Ausübung seiner speziellen Arbeit leben konnte. Technik und Verkehr der neueren Zeit ermöglichten dann noch gewaltige Fortschritte in der gewerblichen Arbeitsteilung. Heute zählt man bis zu 5000 und mehr verschiedener Arten der Gewerbebetriebe, die entweder ein ganzes Produkt herstellen oder nacheinander an der Herstellung desselben Produktes beteiligt sind. Dazu schreitet die Entwicklung noch voran, wie z. B. manche Handwerke, Gärtnerei, Gerberei, Bäcker- und Fleischergewerbe usw., sich weiter spezialisieren. Die Annahme, daß ein Fortschreiten der Arbeitsteilung nur innerhalb größerer Betriebe möglich sei (Arbeitszerlegung), entspricht somit keineswegs der Wahrheit. Zur agrarischen und gewerblichen Tätigkeit kommen dann noch die dem Handel und Verkehr dienenden Berufe, die liberalen Berufe, das Beamtentum, der Künstlerberuf, das Lehrer- und Gelehrtentum, die Journalistik usw.

Eingehendere Behandlung erfordert der moderne Begriff der Klasse

Alle Welt ist voll von dem Lärm des Klassenkampfes. Die Theorie aber hat bis zur Stunde ihre Definitionen und Thesen nicht fertiggestellt.

¹ Die Berufsstatistik führte 1882 6179 wirtschaftliche Berufsbezeichnungen auf; 1895 schon 10 298 und 1907 sogar 13 668 Bezeichnungen.

² Schmoller, Grundriß I 346 ff.

Man streitet über den Begriff der sozialen Klasse, ihren Ursprung, die Gesetze ihrer Entwicklung. Wie unfertig hier noch alles ist, soll uns zunächst ein kurzer Hinweis auf den Widerstreit der Meinungen zum Teil weltbekannter hervorragender Soziologen vergegenwärtigen. Wir folgen dabei der Darstellung van Overberghs¹.

143. Die soziale Klasse nach den Ansichten französischer Soziologen. Arthur Bauer² zufolge sind die sozialen Klassen durch die Natur der Beschäftigung bestimmt. Der gleiche Beruf schafft für die ihm Angehörigen einen gemeinsamen physischen und moralischen Typus. — Allein bei dem Begriff der „Klasse“ handelt es sich nicht um Berufsgliederung und Berufstypus, sondern um Verschiedenheiten des Ranges, des sozialen Niveaus. Man kann in dem Unternehmer und dem Arbeiter Glieder desselben Berufes erblicken, insofern ihre Tätigkeit der Herstellung desselben Produktes gilt. Zur gleichen Klasse im modernen Sinne gehören sie aber nicht. Berufsgliederung und Klassenschichtung sind keineswegs dasselbe. Die Klasse umfaßt die gleiche soziale Schicht in den verschiedensten Berufen. Gerade heute tritt dies klar zutage. Die proletarische und anderseits die kapitalistische Solidarität wirkte bisher viel mächtiger als die professionelle Solidarität zwischen den Unternehmern und ihren eigenen Arbeitern. Die Zahl der Berufe mehrt sich mit den Fortschritten insbesondere der industriellen Kultur, nicht so die Zahl der Klassen.

In der Diskussion, welche die Pariser Société de la Sociologie am 14. Januar 1903 veranstaltete³, gab denn auch Bauer seine Auffassung von der sozialen Klasse preis.

Tarde brachte bei dieser Gelegenheit den Begriff der Klasse in Verbindung mit dem instinktiven Glauben an eine soziale Hierarchie: es schwebt unserer Vorstellung gewissermaßen das Bild einer Leiter vor, deren einzelne Sprössen die Menschen erklimmen. Freilich ist's ein der „Gleichheit“ widerstrebender Glaube, der trotz unserer demokratischen Redensarten uns völlig beherrscht: die Idee und das Bedürfnis des sozialen Emporsteigens, woher der Klassenbegriff sich ableitet. Der Berufsbegriff dagegen steht mit der Arbeitsteilung und dem offenbaren Bedürfnis des gesellschaftlichen Zusammenarbeitens in Verbindung. Diejenigen, welche dieselbe Stufe der imaginären Leiter (échelle imaginaire) einnehmen, würden also Tarde zufolge eine Klasse bilden.

¹ Vgl. Cyrill van Overbergh (Directeur général de l'Enseignement Supérieur des Sciences et des Lettres au Ministère de l'Intérieur et de l'Instruction publique de Belgique, Président de la Société belge de Sociologie), *La Classe sociale* (1905). Overbergh beginnt mit der Darlegung der Ansichten hervorragender französischer Soziologen, die gelegentlich einer Diskussion vor der Pariser Société de la Sociologie zur Aussprache gelangten. Hieran schließt er die theoretischen Aufstellungen des wissenschaftlichen Sozialismus. Darauf folgen die Lehren hervorragender Nationalökonomien Frankreichs und Deutschlands, schließlich van Overberghs Schlußfolgerungen und eigene Thesen.

² *Les Classes sociales* 56. Overbergh a. a. O. 7 ff.

³ Ebd. 15 ff.

Er nimmt wenigstens drei oder vier Klassen an, ohne dieselben genau zu umschreiben. Äußere Kennzeichen der Zugehörigkeit zu einer Klasse sind das *connubium* und *convivium*, die Möglichkeit der Heirat und der gemeinsamen Tafel ohne Anstoß bei der öffentlichen Meinung — ein Analogon zum indischen Kastenwesen, dem „prototype en haut-relief de la classe“. Die Klassen sind nicht dazu da, sich zu bekämpfen, sondern sich zu vertragen, wie die Berufsstände, aus denen sie sich zusammensetzen. Die Einigkeit der Klassen entspricht dem normalen Leben einer Nation. Der Klassenkampf kann nur eine Ausnahme sein; er bedeutet eine gefährliche Krise. An einen fundamentalen Gegensatz der Klasseninteressen glaubt Tarde also nicht, aber er bietet ebensowenig einen klaren Begriff der sozialen Harmonie wie der Klasse selbst.

Nach Limousin ist der Verkehr, der nicht berufliche Umgang, die gleiche Art zu denken, zu urteilen, sich zu geben usw., das charakteristische Zeichen der Zugehörigkeit zur selben Klasse. Auch damit ist nicht viel gewonnen. Es gibt Arbeiter, die in ihrem Auftreten hinter manchem Bürger durchaus nicht zurückstehen. Im besten Falle handelt es sich hier um ein äußeres, besser gesagt: ein rein äußerliches Kennzeichen, das uns dem Begriffe der Klasse nicht näher bringt.

Worms denkt sich die Gesellschaft in doppelter Richtung geteilt: durch Vertikal- und Horizontalschnitte. Die vertikale Teilung bezieht sich auf die verschiedenen Berufe, die horizontale auf die verschiedenen Rangstufen oder „niveaux sociaux“, die in einer Mehrzahl von Berufen, wenn nicht durch sämtliche Berufe hin, alle Personen gleicher sozialer Höhe als eine gewisse Einheit erscheinen lassen. Nach Tarde beruhte, wie wir sahen, die Einheit des Berufes auf dem Zusammenarbeiten, die Einheit der Klasse auf der Gleichheit der Sprosse, der Stufe der sozialen Leiter oder Hierarchie. Bei Worms tritt derselbe Gedanke dem Anscheine nach klarer hervor. Die verschiedenen Berufe stehen da nebeneinander in der Gesellschaft, die Klassen aber sind übereinander geschichtet, Querschichten durch die ganze Gesellschaft hin, zunächst verbunden durch das Gefühl der Zusammengehörigkeit derer, die zur gleichen Schicht zählen. Das objektive Mittel, die Rangstufe zu bestimmen, erblickt Worms „für gewöhnlich“ im Reichtum. Danach würde aber, wendete Arthur Bauer ein, August Comte und Spinoza den unteren, der mit gesalzenem Schweinefleisch handelnde amerikanische Milliardär der höchsten Klasse beizuzählen sein? Worms erwiderte, das Wort „Reichtum“ dürfe hier nicht allzu enge verstanden werden. Es gehöre dahin alles, was sich in Reichtum „umsetzt“, was zum Reichtum führt oder vom Reichtum kommt. Die höhere Klasse umfasse nicht bloß die Besitzer der größten Vermögen, sondern auch die Inhaber einer hohen politischen Funktion, die Träger berühmter Namen u. dgl. In der Regel verfügten ja solche Personen sei es über ein großes Vermögen oder über eine reiche Besoldung. Berühmtheiten, die dauernd arm blieben, seien

eben relativ selten, lediglich Ausnahmen, welche die Regel nur bestätigen könnten. — Wäre das nicht bloß die alte Unterscheidung zwischen reich und arm, die Worms hier in etwas veränderter Form vorbringt? Der Reichtum ist für Worms zunächst das allgemeine Kennzeichen der Unterscheidungen in der sozialen Hierarchie. Gilt er aber zugleich auch als Grund und Ursache der sozialen Klassenschichtung? Overbergh glaubt aus den Einschränkungen, die Worms beifügt, schließen zu dürfen, daß in dessen Klassenbegriff außer dem Reichtum auch noch Macht, Talent, Geburt usw. Platz finden würden. Und in der Tat, was versteht Worms unter Klasse? Die Gesamtheit der Personen, die in den verschiedenen Berufen einem gleichen oder als gleichgeltenden „Niveau“ angehören und die demgemäß im gesellschaftlichen Range sich als gleichstehend betrachten. Die Definition läßt das objektive Fundament, den objektiven Grund der Klasse nicht bestimmt und klar erkennen. Auch wird die Frage nach der Anzahl der Klassen, ihrer gegenseitigen Abgrenzung nicht beantwortet.

Delbet lenkt den Blick auf die Klassenbildung der Gegenwart. Er bestimmt dadurch zugleich jenen „Reichtum“ näher, der nach Worms die hauptsächliche objektive Basis der Klassenscheidung bildet. Es ist der Kapitalreichtum. Bourgeoisie und Proletariat stehen einander gegenüber, genauer ausgedrückt: Lohnarbeiter und Eigentümer der Produktionsmittel. Sie sind beherrscht von einer Tendenz zur Organisation; sie verbinden sich dauernd oder vorübergehend. Ihre Koalitionen und Verbände stützen sich auf eine positive Solidarität moralischer und materieller Interessen, eine Solidarität, die die territorialen Grenzen überschreitet, internationale Beziehungen herstellt. Gewiß, aber den Begriff der Klasse in ihrer ganzen historischen Wirklichkeit und Bedeutung bietet auch Delbet nicht, wenn er mit der Klasse der Lohnarbeiter oder der Kapitalisten sich beschäftigt. Und gibt es nicht auch in der Gegenwart noch eine mittlere Klasse? — Alle Achtung vor den Ansichten und Lehren der französischen Soziologen in der uns beschäftigenden Frage. Aber wir erwarten und wünschen etwas mehr Licht, das Klassenproblem allseitig zu verstehen.

144. Die Klassentheorie des „wissenschaftlichen“ (marxistischen) Sozialismus bzw. seiner Begründer. Da finden wir von dem, was die französischen Soziologen sagten, einen großen Teil wieder, und zwar gerade die wichtigsten Gedanken: Die Geschichte aller bisherigen Gesellschaft ist die Geschichte von Klassenkämpfen, heißt es schon im Kommunistischen Manifest; Freier und Sklave, Patrizier und Plebejer, Baron und Leibeigener, Zunftbürger und Geselle, kurz, Unterdrückter und Unterdrückte standen in stetem Gegensatz zueinander, führten einen ununterbrochenen, bald versteckten, bald offenen Kampf, der jedesmal mit einer revolutionären Umgestaltung der ganzen Gesellschaft endete oder mit dem

gemeinsamen Untergang der kämpfenden Klassen. Die früheren Epochen der Geschichte weisen fast überall eine hierarchische Gliederung der Gesellschaft auf, eine mannigfaltige Abstufung der gesellschaftlichen Stellungen. Im alten Rom haben wir Patrizier, Ritter, Plebejer, Sklaven; im Mittelalter Feudalherren, Vasallen, die städtischen Geschlechter, Zunftbürger, Gesellen, Leibeigene und noch dazu in fast jeder dieser Klassen wieder besondere Abstufungen. Die aus dem Untergang der feudalen Gesellschaft hervorgegangene moderne bürgerliche Gesellschaft hat die Klassengegensätze nicht aufgehoben. Sie setzte nur neue Klassen, neue Bedingungen der Unterdrückung, neue Gestaltungen des Kampfes an die Stelle der alten. Unsere Epoche, die Epoche der Bourgeoisie, zeichnet sich jedoch dadurch aus, daß sie die Klassengegensätze vereinfacht hat. Die ganze Gesellschaft spaltet sich jetzt mehr und mehr in zwei große feindliche Lager, in zwei große, einander direkt gegenüberstehende Klassen: Bourgeoisie und Proletariat, usw.¹

Die wichtigsten Lehrsätze der sozialistischen Klassentheorie stellt van Overbergh² wie folgt zusammen:

Nach einer langen klassenlosen Periode der alles beherrschenden Blutsverwandtschaft erscheint die Klasse überall, von den Grenzen der Barbarei bis zur vollen Entwicklung der modernen Zivilisation.

Mit fortschreitender Zivilisation nimmt die Zahl der Klassen ab, die Zahl ihrer Anhänger zu. Die Klassen vereinfachen sich und dehnen sich aus, letzteres heute bis zum Internationalismus.

Die gemeinsame Basis der sozialen Klassen ist wirtschaftlicher Art. Andere gesellschaftliche Faktoren der Klassenbildung sind unwesentlich, zufällig, oder sie wirken bloß indirekt durch ihren Einfluß auf die wirtschaftliche Basis.

Die wirtschaftliche Basis der sozialen Klassen aber besteht in der Tatsache des Besitzes oder Nichtbesitzes der Produktionsmittel³. Die Besitzer der Produktionsmittel bilden die leitende, führende Klasse, die Nichtbesitzer die geleitete, untergeordnete Klasse. Zwischen den Extremen steht die nun dahinschwindende mittlere Klasse, deren Glieder in einer Person die Eigenschaften des Eigentümers der Produktionsmittel und des Arbeiters vereinigen, die also noch Herren ihres eigenen Wirtschaftsbetriebes sind.

In jeder dieser drei Klassen gibt es besondere Abstufungen oder Unterklassen. Mit fortschreitender Zivilisation vermindert sich auch deren Verschiedenheit und Bedeutung.

¹ Boisguillebert teilte die Menschen in zwei Klassen ein: solche, die nichts tun und alles genießen, und solche, die vom Morgen bis zum Abend arbeiten und oft nicht einmal das Nötigste damit erschwingen.

² Vgl. *La Classe sociale* 73 ff.

³ Diese Scheidung in zwei soziale Kategorien findet sich schon bei Fourier (vgl. *Accord des principes — Travail des écoles sociétaires* [Paris 1850] 100).

Das Verhältnis der Klassen zueinander ist feindlich; der Klassengegensatz leitet sich her von dem Gegensatz der ökonomischen Unterlage, die zu einer Scheidung zwischen Unterdrückern und Unterdrückten, Ausbeutern und Ausgebeuteten (Mehrwert!) führen muß.

Der Klassenkampf ist Gesetz der sozialen Entwicklung. Von ihm rührt der Fortschritt der Gesellschaft her.

Die Beziehungen zwischen den Gliedern derselben Klassen sind wesentlich wirtschaftlicher Art, gemeinsame wirtschaftliche Interessen, was sie untereinander verbindet. Daher das Klassenbewußtsein, der Klassengeist, die Klassensolidarität mit allem, was sich daraus ergibt.

Eine der wichtigsten Folgen dieses Klassengeistes ist die politische Aktion der Klasse. In dem bisherigen Staate erblickt der marxistische Sozialismus lediglich eine Organisation der herrschenden Klasse, deren Geschäfte der Staat zum Schaden der andern Klasse oder Klassen besorgt. Mögen die Klassen ausnahmsweise in einzelnen Gliedern anderer Klassen Bundesgenossen finden, fürs allgemeine bleibt jede Klasse auf sich selbst angewiesen. Die „Parteien“ haben darum auch immer eine Klassenunterlage, wie die Klasse sich hilft, indem sie zur Partei sich formiert.

Daß der Verkehr der Glieder einer und derselben Klasse, das *connubium* und *convivium*, Lebensgewohnheiten und -formen, die Klasse äußerlich kennzeichnen, leugnet der wissenschaftliche Sozialismus nicht. Aber all dieses bildet nicht die wesentliche Scheidung der Klassen voneinander.

Die Sozialisten wissen wohl, daß Berufsverbände die gesellschaftliche Form sind, in welcher das Klassenbewußtsein unter Umständen am besten gedeihen kann. Aber sie verwechseln keineswegs Klasse und Beruf oder Berufsgliederung. Historische Zufälligkeit war es ferner in alten Zeiten, wenn die herrschende Klasse von der siegenden Rasse gebildet wurde. Daß Rasse und Klasse sich wesentlich unterscheiden, steht außer Frage.

Ob die Klasse offen oder geschlossen sei, auch das ist nach marxistischer Auffassung nicht von wesentlicher Bedeutung. Mag die Klasse, wie jede gesellschaftliche Bildung, von Natur aus die Tendenz haben, sich gegen fremde Elemente abzuschließen; mögen auch in der tatsächlichen Entwicklung juristische Schranken sich erheben, die Klasse als Kaste, als Stand erscheinen lassen: mehr als eine geschichtliche Besonderheit oder Zufälligkeit darf man darin nicht sehen. Zum Wesen der Klasse gehört es nicht.

Gemeinsam ist den Klassen das Streben nach Privilegien und Rechten zum Schaden ihrer Rivalen. Dazu muß der Staat verhelfen, der ja lediglich als Verkörperung von Klasseninteressen sich darstellt, — natürlich der Interessen herrschender Klassen.

Die „Klassen“ im Sinne des Marxismus erscheinen demnach als soziale Schichtungen oder Schichten der Bevölkerung, getrennt durch die Tatsache des Eigentums an den Produktionsmitteln, -- das Vorhandensein oder das Fehlen dieses Eigentums.

Die heutigen Klassen befinden sich nicht im Zustande der Ruhe; sie sind „offen“. Neue Elemente kommen jeden Augenblick dazu, während alte sich lösen. Diese ungeheuern Massen von Menschen sind in den Klassenkampf verwickelt. Die Individuen bedeuten nichts, die Masse gilt alles. Auch die mächtigste Individualität wird wie ein Strohalm fortgerissen vom unwiderstehlichen Strom der Entwicklung.

Die Klassen und ihr Kampf beherrschen und füllen die Geschichte, bis der heutige Klassenkampf alle Klassen beseitigt haben wird.

Manche Lehren des Marxismus wurden inzwischen angefochten. Die Parole des Klassenkampfes blieb stehen auf den Fahnen der sozialistischen Parteien aller Länder.

Eine genaue Charakterisierung der verschiedenen Klassen, der Bourgeoisie, des Proletariats, der Mittelklassen, findet sich im Kommunistischen Manifest. Wir gehen hier nicht näher darauf ein, wie wir auch auf eine Darlegung der Klassenkämpfe früherer Perioden (Engels, Ursprung der Familie usw.) verzichten müssen.

In seinem Buche „Theoretische Grundlagen des Marxismus“¹ bemerkt Michael Tugan-Baranowsky, den Begriff „Klasse“ habe Marx weder im „Kapital“ noch in andern Schriften genau bestimmt. Ja er ist der Ansicht, daß Marx in der Zeit von 1846 (Abfassung des „Elends der Philosophie“) bis 1852 („Revolution und Konterrevolution in Deutschland“, unter diesem Titel herausgegebene Briefe von Marx an die New York Tribune) das Wort „Klasse“ in zweifacher Bedeutung brauche, einmal wirtschaftlich-sozial, das andere Mal politisch-sozial, das eine Mal nach dem Merkmal der objektiven wirtschaftlichen Lage, das andere Mal nach dem Merkmal des politisch-sozialen Bewußtseins: die Klasse an sich und die Klasse für sich. „Diese Unterscheidung der Klasse für andere und der Klasse für sich beruht offenbar auf der Hegelschen Lehre vom reinen Sein, das durch seine Negation zum Sein für anderes und durch die Negation der Negation zum Für-sich-sein übergeht. Indem Marx dieselbe soziale Gruppe einmal Klasse nennt und dann ihr diese Eigenschaft abspricht, beurteilt er sie vom Standpunkte der verschiedenen Entwicklungsphasen, welche sie durchmacht.“² In Wirklichkeit handelt es sich bei Marx um verschiedene Entwicklungsphasen der Klasse, nicht um einen verschiedenen Begriff derselben. Das „Proletariat“ ist schon da, auch wo es noch „eine über das ganze Land zerstreute Masse“

1905, 20 ff.

² Tugan-Baranowsky a. a. O. 25. Hierzu auch Sozialistische Monatshefte II (1905) 859. Neue Zeit XXIV, 1 (1905), 339.

bildet (Kommunistisches Manifest). Es wird dann durch die Entwicklung der Industrie selbst in größeren Massen zusammengedrängt, die Gegensätze nehmen schon den „Charakter von Kollisionen zweier Klassen“ an. Die Verbindung der Arbeiter schreitet voran. Die „Organisation der Proletarier zur Klasse und damit zur politischen Partei“ vollendet die Entwicklung. Jede Organisation der Proletarier zur Klasse wird darum heute noch von den Sozialisten begrüßt, weil sie darin eine Frucht oder Vorfrucht ihrer Partei erblicken. Vorerst kommt es zu einem Zusammenkämpfen der verschiedenen Richtungen, dann zur Vereinigung: „die Arbeitermassen pfeifen schließlich auf die Zersplitterungstheoretiker“¹.

Wenden wir an dritter Stelle unsere Aufmerksamkeit auf die

145. Klassentheorie hervorragender Nationalökonom².

1. Man sagt zuweilen, bemerkt Charles Gide³, es gebe keine Klassen mehr. Richtiger wäre es, zu sagen, daß keine Kasten mehr da seien. Denn einmal besteht kein gesetzliches Hindernis, von einer Klasse zur andern überzugehen, sodann kann auch dieselbe Person mehreren Klassen zugleich angehören. Der Arbeiter kann Obligationen oder Aktien haben, insofern pro parte zur Rentnerklasse zählen, oder aber auch als Unterstützter zugleich zur Klasse der Bedürftigen.

Gide unterscheidet nämlich sechs Klassen: 1) Die Klasse der autonomen Produzenten. Zu ihr gehören Bauern, Handwerker, Krämer u. dgl., also Leute, die eigenen Boden oder eigenes Kapital durch eigene Arbeit fruchtbar machen, ferner die liberalen Berufe, Advokaten, Ärzte, Künstler usw. Das Einkommen, durch persönliche Arbeit gewonnen, pflegt hier als „Honorar“ bezeichnet zu werden. 2) Sodann die Klasse der Unternehmer (entrepreneurs, patrons), deren Grund- oder Kapitalbesitz zu beträchtlich ist, um bloß durch die persönliche Arbeit des Eigentümers ausgenützt werden zu können. Sie bedienen sich dazu fremder Arbeit. Was auf sie entfällt, wird „Profit“ genannt. 3) Es folgt die Klasse der Lohnarbeiter. Sie haben nur ihre Arme und Hände, empfangen die unentbehrlichen Produktionsmittel von deren Eigentümern. Hierhin gehören auch die persönlichen Diener, Dienstboten aller Art. Das Einkommen der Arbeiter ist der „Lohn“, das der Diener die „Besoldung“. 4) Sodann die Klasse der Rentner, die von „Pacht“, „Miete“, „Zins“, „Dividende“ leben. 5) Die von der öffentlichen oder privaten Fürsorge Lebenden, die Klasse der Bedürftigen. Das „Almosen“ ersetzt hier das Einkommen. 6) Endlich alle Beamten des Staates und der Gemeinden, die ein „Gehalt“ beziehen. Sie unterscheiden sich tatsächlich und rechtlich von den „Lohnarbeitern“ (dritte

¹ Sozialistische Monatshefte I (1908) 24.

² Overbergh, *La Classe sociale* 81 ff.

³ Gide ist ein Hauptvertreter der historischen Schule in Frankreich.

Klasse) dadurch, daß sie nicht im Dienste einer Person, sondern der Gesellschaft stehen. Die erste und dritte Klasse zusammen bilden in jedem Lande die große Majorität.

Die erste Klasse, die autonomen Produzenten, genügen sich selbst, arbeiten für eigene Rechnung, ohne daß andere für ihre Rechnung arbeiten. Sie bleiben Herren des ganzen Produktes. Zieht man die liberalen Berufe ab, so ist der Rest dieser Klasse ungefähr dasselbe, was die Marxisten „mittlere Klasse“ nennen: der Bauer, der mit seiner Familie das Land bestellt, der Handwerker, der allein oder mit einem Lehrling arbeitet, der Krämer, der, vielleicht mit Zuhilfenahme der Familienglieder, einen kleinen Handel betreibt. Eine Gesellschaft, die lediglich aus solchen isolierten Produzenten bestünde, würde keine andern Ungleichheiten aufweisen als die, welche aus der Natur und dem Wechsel des Schicksals von selbst sich ergeben. Die Vorzüge einer solchen autonomen Produktion werden von Marx nicht in Abrede gestellt. Aber er glaubte, daß diese Klasse dem Untergange geweiht sei: „Die bisherigen kleinen Mittelstände“, heißt es im Kommunistischen Manifest, „fallen ins Proletariat hinab, teils dadurch, daß ihr kleines Kapital für den Betrieb der großen Industrie nicht ausreicht und der Konkurrenz mit den größeren Kapitalisten erliegt, teils dadurch, daß ihre Geschicklichkeit von neuen Produktionsweisen entwertet wird.“ Dieses Regime schließt nach Marx die Konzentration und Kooperation auf großem Fuß aus, die Anwendung der Maschinen, die volle Beherrschung der Natur durch den Menschen, die Einheit und Übereinstimmung in den Zielen, Mitteln, Anstrengungen kollektiver Kräfte, gemeinsamen Wirkens. Nur solange die Produktion und die Gesellschaft in enge Grenzen gebannt ist, können jene Mittelstände Bestand haben. Auch Gide verkennt nicht die Bedeutung der heutigen Entfaltung unserer Großindustrie. Aber die geschichtliche Entwicklung, so meint er, bringe zuweilen Überraschungen. Es würde genügen, daß an Stelle der Dampfkraft andere natürliche Kräfte, die im Hause verwertbar wären, in den Dienst der Produktion gestellt würden — und alsbald hätte die kleine Industrie neues Leben erhalten. Auf agrarischem Gebiete hat der Kleinbetrieb eine gesicherte Existenz bewahrt. Überdies vertraut Gide auf die Kraft der Assoziation, den „Solidarismus“ in seinem Sinne, die Kooperation. Durch die Anwendung der Genossenschaft in weitestem Umfange glaubt er der Mittelklasse Konkurrenzfähigkeit gegenüber der Großindustrie erwerben zu können. Indem der autonome Produzent für sich selbst arbeitet, verfügt diese Klasse über Quellen wirtschaftlicher Energie, die jedem andern Regime in gleichem Maße nicht zur Verfügung stehen, und welche darum die produktive Tätigkeit hier ihrem Maximum entgegenführen. Allen pessimistischen Anschauungen, aber auch allen realen Schwierigkeiten zum Trotz, fährt diese Klasse fort zu existieren. Vormarxistische Sozialisten, wie Proudhon¹, nicht minder die heutigen Sozialreformer erhoffen und erstreben ihre Erhaltung, glauben also an deren Lebensfähigkeit und zugleich an ihren hohen Wert für Staat und Gesellschaft. Was die „liberalen Berufe“ betrifft, die Gide der ersten Klasse beizählt, so sind dieselben etwas mehr als Dependenz der herrschenden Klassen im Sinne des marxistischen Sozialismus. Sie erfreuen sich innerhalb der Gesellschaft eines höheren Ranges als Handwerker und Krämer. Advokaten, Ärzte, Künstler usw. bilden heute einen Bestandteil der Bourgeoisie.

¹ Vgl. Karl Diehl, P. J. Proudhon, seine Lehre und sein Leben (1890), 2. Abt.

Die zweite Klasse in der Gideschen Klassifikation, die Klasse der Unternehmer, entspricht der Marxschen Bourgeois-Klasse. Der „Kapitalist“, der fremde Kräfte auf seinem Boden, in seiner Fabrik, mit seinem Kapital arbeiten läßt, betrachtet das Produkt als sein Eigentum. Der Verkaufspreis der Produkte abzüglich der Produktionskosten bildet seinen Profit. Die Rechtmäßigkeit des Profits an sich wird von den nichtsozialistischen Nationalökonomern anerkannt¹: das Produkt ist Werk des Unternehmers. Inwiefern? Ohne seine Initiative würde es nicht sein. Hat er es nicht selbst gemacht, so hat er es doch machen lassen. Von ihm rührt die Konzeption des Produktes her, der erste und wesentlichste Akt jeder Produktion. Er hat die Mittel der Ausführung dargeboten. Wer sollte mehr Recht haben auf das Produkt als der Unternehmer? Die Arbeiter haben lediglich seine Aufträge ausgeführt. Sie tragen auch nicht das Risiko des Unternehmens; es ist nicht ihre Sache, ihr Geschäft. Das Produkt ist Produkt des Unternehmens, nicht der Arbeiter. Die Sozialisten sehen im Unternehmer den Parasiten oder Spekulanten, der die Arbeitskraft unter der Form der Handarbeit billig kauft und in Warenform teuer verkauft, indem er diese Arbeitskraft auspreßt durch Verlängerung der Arbeitszeit, Akkordarbeit, durch Ausnutzung der Frauen- und Kinderkraft. Gide sieht in dieser Auffassung eine Übertreibung. Die Rolle des Unternehmers gehört zu den Notwendigkeiten der ökonomischen Organisation. Er muß die Elemente der Produktion, die in einer Menge von Händen zerstreut sind, sammeln; er muß die Bedürfnisse, den Bedarf überschauen, um Produktion und Konsumtion in Einklang zu bringen; er muß der Verwendung von Arbeit und Kapital die Wege zeigen. Er, der an der Spitze des Unternehmens steht, muß auch den Profit sich vorbehalten dürfen, wenn es einen solchen Profit ergibt. Dennoch ist diese Tatsache, so sehr sie durch die ökonomische Situation gerechtfertigt erscheint, nach Gide bedauernswert. Sie macht die Verteilung zu einem fast unlösbaren Problem, zerreißt die Gesellschaft in zwei feindliche Lager. Der Arbeiter sieht, wie Generationen von Unternehmern oder Aktionären durch den Betrieb einer Fabrik, eines Bergwerkes reich geworden, derselben Fabrik, desselben Bergwerkes, wo er wie seine Eltern, seine Kinder ihre Lebenskraft verbrauchten oder verbrauchen und arm dabei bleiben. Das umgekehrte Verhältnis zwischen Profit und Lohn (von dem Ricardo spricht) wird von Gide (*ceteris paribus*) nicht geleugnet. Die Interessen stehen einander entgegen, daher der dauernde und verhängnisvolle Antagonismus in unserer Gesellschaft.

Die dritte Klasse umfaßt die Lohnarbeiter. Durch den Arbeitskontrakt begibt sich der Arbeiter jedes Rechtes auf das Produkt seiner Arbeit; er empfängt für seine Leistung den bestimmten Lohn, unabhängig von dem Gelingen des Unternehmens. Das ist ein Vorteil für ihn bei dem Arbeitsvertrage. Da aber die Kontrahenten nicht auf dem Fuße der Gleichheit stehen, so ist eine Übervorteilung des Arbeiters leicht möglich. Andererseits hat der Arbeiter wenig Interesse an der Produktion, weil das Produkt der Arbeit ihn nichts angeht. Er wird für den Preis, den der Unternehmer ihm zahlt, wenn nicht das Gefühl der Pflicht oder der Furcht ihn antreibt, möglichst wenig zu arbeiten suchen. Gide hält darum den gegenwärtigen Zustand, den Lohnvertrag mit der Folge, daß die Masse der Arbeiter nur wenig Interesse an der Produktion haben kann, nicht für definitiv. Die Lohnhöhe wird heute beherrscht durch Angebot und Nachfrage.

¹ van Overbergh, *La Classe sociale* 89.

Die Schwankungen vollziehen sich innerhalb der Grenzen eines Minimums, des notwendigen Lebensunterhaltes für den Arbeiter, und eines Maximums, dargestellt durch den Totalwert des Arbeitsproduktes. Wenn auch eine Steigerung der Löhne seit einem halben Jahrhundert unverkennbar ist, so bleibt diese Steigerung außer Verhältnis zum Wachstum des allgemeinen Reichtums. Relativ hat das Einkommen der Arbeiterklasse nicht die gleichen Fortschritte gemacht. Gesetz und Streik können da nicht wesentlich helfen. Die Verkürzung der Arbeitszeit, die Versicherungen u. dgl. haben die Hebung der allgemeinen Lage der Lohnarbeiter zum Zweck und zum Erfolg. Das Lohnverhältnis in sich berühren sie nicht. Was den Ersatz des herrschenden Systems betrifft, so glaubt Gide, daß die Gewinnbeteiligung der Arbeiter als eine Art Vergesellschaftung von Arbeitern und Unternehmern nicht geringgeachtet werden dürfe. Allein die erste und höchste Hoffnung aller derer, die überzeugt sind, daß es eine soziale Frage zu lösen, eine Revolution zu vermeiden gibt, bildet nach Gide doch die Produktivgenossenschaft der Arbeiter unter sich. Die bisherigen Mißerfolge derselben haben Gide in seiner Überzeugung nicht zu erschüttern vermocht.

Die vierte Klasse wird von den Rentnern gebildet. Die Klasse ist nicht zahlreich und hätte ganz gut der Bourgeoisklasse als Unterklasse zugeteilt werden können. Von den Rentnern, die von Pacht, Miete, Zins und Dividende leben, also auch Eigentümer von Produktionsmitteln sind, unterscheiden sich die Unternehmer lediglich dadurch, daß sie direkt und persönlich an der Benutzung der Produktionsmittel beteiligt sind.

Die fünfte Klasse, die Bedürftigen, besitzen nichts und arbeiten nicht. Sie arbeiten nicht, weil ihnen entweder die Kräfte oder die Mittel oder der Wille zum Arbeiten mangelt. Fehlen die Kräfte (Kinder, Greise, chronisch oder unheilbar Kranke, die von der Familie nicht unterhalten werden), so muß die öffentliche Gewalt helfen. Für solche, denen die Gelegenheit zur Arbeit fehlt, wird, wo freie Versorgungsanstalten fehlen, die öffentliche Gewalt am besten Arbeitsgelegenheit beschaffen. Vagabundentum und freiwilliges Bettlertum wird der Staat bekämpfen. Das Wort: es wird immer Arme unter euch geben, darf nicht auf den Pauperismus übertragen werden. Armut, die auf individuelle und natürliche Ursachen sich zurückführt, findet sich überall und zu jeder Zeit. Aber der Pauperismus, der von gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Ursachen herrührt und auf ganze Massen sich erstreckt, ist eine anormale Erscheinung und vermag nur durch eine Änderung der gegenwärtigen Verhältnisse überwunden zu werden. — Kann man nun in der Tat von einer „Klasse“ der Bedürftigen sprechen? Sind sie durch ein gemeinschaftliches Band, durch gemeinsame Interessen, Klassensolidarität und Klassengeist untereinander verbunden? Die Arbeitslosen ferner, die vorübergehend keine Beschäftigung gefunden, fallen sie deshalb schon aus der Klasse der Lohnarbeiter heraus? Gilt das gleiche von den Kindern der Arbeiter, die doch, wenn herangewachsen, selbst Arbeiter sein werden? Und bleiben nicht auch die alten Arbeiter, die kranken Arbeiter, sozial betrachtet, wirklich „Arbeiter“? Alter und Krankheit deklassieren sie nicht, wie sie selbst durch ihre Gewohnheiten, Anschauungen, Gefühle sich zur Arbeiterklasse rechnen. Vagabunden und auf gleicher Stufe stehende Bettler sind doch mehr Auswüchse der Gesellschaft als Bestandteile einer besondern Klasse, die mit den andern Klassen rangieren. Das „Lumpenproletariat“ bekommt auch im Kommunistischen Manifest keine gute Note: es ist die „passive Verfaulung

der untersten Schichten der alten Gesellschaft“, wird aber keiner neuen Klasse zugeteilt, bleibt „Proletariat“.

Die sechste Klasse endlich, von den öffentlichen Beamten gebildet, gibt Gide selbst als gesonderte Klasse preis, insofern sie als Unterklasse ganz wohl zur dritten Klasse gerechnet werden könne. Das Einkommen ist hier das „Gehalt“, wie für den Lohnarbeiter der „Lohn“.

Die Klassenscheidung im Sinne Gides hat ein rein wirtschaftliches Fundament: die Art des Einkommens. Soziale Momente, Erziehung, Lebensart, gesellschaftlicher Rang usw. treten zurück. Dabei sind die drei ersten Klassen: autonome Produzenten, Unternehmer, Lohnempfänger, begrifflich klar voneinander unterschieden, in ihrer besondern Klassenexistenz begründet. Nicht so die drei letzten Klassen. Es blieben somit im Grunde genommen auch bei Gide die drei marxistischen Klassen: kapitalistische Bourgeoisie, Klasse der Lohnarbeiter, die mittlere Klasse der autonomen Produzenten (van Overbergh¹).

2. Nationalökonom und Soziologe zugleich, war *Albert v. Schäffle* besonders berufen, in der Klassentheorie ein gewichtiges Wort zu sprechen. Wir geben Schäffles Lehre über die volkswirtschaftlichen Massenzusammenhänge, die Besitz- und Berufs- oder Klassen- und Standesschichtung mit seinen eigenen Worten nach der zweiten Auflage des Werkes: „Bau und Leben des sozialen Körpers“².

Der Ernährungsprozeß (der unterste) des sozialen Körpers, sein Stoffwechsel oder die Volkswirtschaft, bildet den Mutterschoß der Klassen- und überwiegend auch der Standesschichtung.

Die Klassenschichtung entspringt der Gleichheit der wirtschaftlichen Besitzverhältnisse. Sie wurzelt im Unterschied der Größe und der Art des Besitzes von Einkommensquellen. So wenigstens scheint uns der im Sprachgebrauch etwas unbestimmte Begriff der Klasse gefaßt werden zu müssen. Die Klasse ist wesentlich eine Schichtung nach Unterschieden der Besitzgröße und der Besitzart bzw. nach dem Unterschied von Besitz und Nichtbesitz; wir stoßen auf die Klasse der Reichen, die Mittelklasse, das Proletariat, auf die Klassen des unbeweglichen und des beweglichen Besitzes. Und zwar hat man von jeher die Klasse der Reichen, die Mittelklasse und die Klasse der Besitzlosen gehabt, wenn auch die Klassenbildung nicht immer dieselben Züge und die Klassen nicht immer denselben Namen trugen. Sie war auch jederzeit durch andere, nicht dem Besitzunterschiede entspringende Momente teils eigentümlich geschärft, teils eigentümlich gemildert. Die Besitzart, der Unterschied beweglichen und unbeweglichen Besitzes war, verglichen mit der Besitzgröße, von relativ geringerem Einfluß auf die

¹ La Classe sociale 101.

² 2. Aufl. 1896. Bd. I: Allgemeine Soziologie, 92—95. In der 1. Aufl. Bd I 299 ff. und Bd. III 90 ff.

Klassendildung. Jedenfalls ist das in der Gegenwart der Fall. Es gibt Zeiten in der Geschichte der Völker, in denen die privaten Besitzverhältnisse für die Volksmasse sich weithin gleichartig gestalten, indem eine sowohl den Großbesitz als das Proletariat überwiegende Schichtenfolge von Mittelklassen sich einstellt. Dieser Zustand kommt nicht von selbst und ist schwer zu erhalten. Wenn auch nicht Mißbrauch der weltlichen und der geistlichen Gewalt daran arbeiten würde, dieses Besitzgleichgewicht zu zerstören, wenn auch nicht der mächtigste Trieb, jener der Familien-erhaltung, darauf aus wäre, maßlose Privatreichtümer durch Wucherung mit dem einmal erlangten Besitzübergewicht anzuhäufen, so würde doch das innewohnende Gesetz der volkswirtschaftlichen Entwicklung, nach welchem der Großbetrieb größere ökonomische Vorteile gibt, den Besitzunterschied ausbilden und auf die wirtschaftliche Zersetzung des Volkskörpers in eine geringzählige Besitzklasse und ein massenhaftes Proletariat hinarbeiten. Die Klasse wirkt nun für die Einheit des sozialen Körpers ebenso zersetzend im großen, wie sie die besondern sozialen Schichten unter sich verfestet. Die Reichen werden durch gleiches Besitzinteresse, Herrschaftsprivilegien, ausschließende Geselligkeit, die Nichtbesitzenden durch Solidarität des Lohnkampfes und gemeinsamen Haß gegen den Besitz zusammengehalten. Beide Schichten organisieren sich als Klassen, und nie ist diese Organisation methodischer und großartiger gewesen als in der Gegenwart. Allein es ist die Kohäsion von Heeresmassen zum Kampf im Innern des Gesellschaftskörpers, die Verbindung zu Streitgenossenschaften im Bürgerkrieg ums Dasein. —

Die Ständeschichtungen wurzeln in der Angehörigkeit zu demselben bestimmten Beruf. In diesem Sinne scheiden sich quantitativ die Stände in die zahlreichsten wirtschaftlichen und die minder zahlreichen nichtwirtschaftlichen Stände. Die wirtschaftlichen Stände umfassen allerdings die Masse des Volkes, sind aber nicht die einzigen Stände. Indem man die wirtschaftlichen Stände zusammenfaßt, spricht man auch wohl vom Nährstand (heute gegliedert in Bauernstand, Handwerker- und Fabrikantenstand, Handelsstand). Unter den minder zahlreichen nichtwirtschaftlichen Ständen ergibt sich eine naturgemäße Abstufung nach funktionellem Gesichtspunkte — Stände der sozialen Schutzthätigkeit: der Wehrstand, Soldatenstand, ärztlicher Stand und andere Stände, deren Beruf in persönlichen Schutzdiensten besteht; sodann die Stände, welche dem positiven geistigen Unterhalt und der Unterhaltung dienen, wie Lehrstand, Berufsarten der Erheiterung durch Kunstaufführung usw.; ferner die den sozialen Verkehr der Güter, Personen, Ideen besorgenden Stände oder Verkehrsberufe; dann die politischen Berufsstände, der Beamtenstand (der Adel entsprang einer Verschmelzung des politischen Berufsstandes mit der Abstammungseinheit, Territorialgliederung und Besitzschichtung, einer Verschmelzung, die in einer bestimmten mittleren Epoche der Geschichte naturwüchsig ist);

endlich die liberalen Berufsstände: Gelehrte, Künstler, Geistliche. Bei allen Gegensätzen zwischen einzelnen Berufsangehörigen erzeugt doch im ganzen die Gleichartigkeit der sozialen Hauptleistung eine überwiegende Gleichartigkeit der Gedanken, Gefühle, Bestrebungen, Interessen, Sitten, Vorurteile und Einsichten, d. h. beruflichen Massenzusammenhang. Diese Gleichartigkeit ist der Grund der Fruchtbarkeit der Standesgemeinschaft für Gemeinsamkeit der Versicherung und Armenpflege, für Unterricht und Bildung, für Geselligkeit und Parteileben. Die moderne Gesellschaft atmete lange in Beziehung auf die Verfassungspolitik einen antiständischen Geist. Man begegnete sogar der Ansicht, „daß es keine Stände mehr gebe“ und geben solle. Und doch gab und gibt es Stände, soll und muß es immer Stände geben. Die wirtschaftlichen Berufe waren nur als alte Stände durch den neuzeitlichen Individualismus zersetzt; den Wehr-, Lehr-, Beamten-, Gelehrten-, Künstler- und Geistlichenstand hat auch die Neuzeit nicht aufzulösen vermocht, und der Einfluß dieser noch kräftigen Ständeschichtungen läßt sich nicht verkennen. Selbst für die wirtschaftlichen Berufe verlangten nicht wenige, darunter liberale Staatsgelehrte wie R. v. Mohl (besonders aber die christlichen Soziologen und Sozialpolitiker), eine neuständische Gliederung. Das wirtschaftliche Ständewesen stellt eben für die große Masse des Volkes die bedeutsamste Schichtung dar und kann für die Dauer nie beseitigt werden. Wenngleich das alte Ständewesen aufgelöst ist, und zwar aus guten Gründen, wenngleich eine „neuständische“ Gliederung der Gesellschaft zunächst sehr wenig Aussicht auf Verwirklichung hatte, so wird diese natürlichste, der fortschreitenden Differenzierung der sozialen Berufsarbeit entquellende Schichtung doch immer ihr Recht geltend machen und den herrschenden Individualismus, dem man die Zertrümmerung der alten Stände als negatives Verdienst gewiß nicht übel anrechnen darf, aller Wahrscheinlichkeit nach überdauern. So Albert v. Schäffle¹. Die gegenwärtige Entwicklung bestätigt seine Voraussage.

3. Besonderes Interesse beansprucht ferner die Klassenlehre *Gustav Schmollers*².

a) Beginnen wir mit der Definition: „Wir verstehen unter sozialer Klassenbildung“, sagt Schmoller, „das Zerfallen der Gesellschaft in eine Anzahl von größeren Gruppen, von Ständen oder Klassen, in welche je die gleichen oder ähnlichen Individuen und Familien nicht nach Verwandt-

¹ Dieselbe Berufsart, sagt Schäffle (Bau und Leben des sozialen Körpers I² 94), erfüllt ihre Angehörigen im ganzen Land, ja selbst über die Staatsgrenzen hinüber mit demselben „Geist“. Man spricht von „Standesgeist“. Etwas anderes ist der „Korpsgeist“. Dieser ist die gleiche Art zu empfinden zwischen den Angehörigen eines und desselben geschlossenen Anstaltskörpers, z. B. eines bestimmten Heeres, des Beamtenstandes oder eines Hauptzweiges dieses Standes, des Klerus, des Arbeitskörpers einer Fabrik usw.

² Vgl. Grundriß der allgemeinen Volkswirtschaftslehre I 133 ff. 392 ff.; vgl. ferner Schmollers Jahrbuch XIII 1003—1074, XIV 45—105; Preußische Jahrbücher LXIX 464.

schaft, Ortsangehörigkeit, sondern nach Beruf, Arbeit, Besitz, Bildung, häufig auch nach politischen Rechten sich zu loseren oder geschlosseneren Einheiten zusammenfinden, nicht um gemeinsame Geschäfte zu treiben, sondern um im Bewußtsein ihrer Gemeinsamkeit sich zu stärken, die Geselligkeit zu pflegen, die gemeinsamen Interessen zu verfolgen.“

b) Die Klassen finden sich in jeder entwickelten Gesellschaft. Sie traten an Stelle der älteren Gruppierung nach Familien- (Geschlechts-, Stammes-) gemeinschaft oder Ortsgemeinschaft. „Stand“ und „Klasse“ werden heute meist identisch gebraucht; doch pflegen wir jetzt bei der sozialen Schichtung mehr von „Klassen“ zu reden, im Hinblick auf frühere Zeiten mehr von „Ständen“, die rechtlich getrennt, im Besitze besonderer Standesrechte, erblich waren, während die heutigen Klassen, bei Rechtsgleichheit, Ehefreiheit, freiem Zugang zu allen Berufen und Ämtern, eine weniger scharfe Scheidung aufweisen.

c) Die psychologischen Ursachen der Klassenbildung können zunächst ganz allgemein mit dem Satze bezeichnet werden: Die Verschiedenheit trennt, die Gleichheit verbindet. In dem Maße, als die alten Geschlechtsverbände und lokalen Gemeinschaften sich abschwächten und in dem Ganzen des Staates sich verloren, mußte um so mehr mit fortschreitender Differenzierung der Arbeit das Bedürfnis einer neuen Gruppenbildung, eines Zusammenschlusses der gleichen Interessen sich geltend machen. Es entstehen Vereine, Korporationen, Stände, Klassen. Standesehre und Berufsehre bilden mit die wichtigsten Wurzeln der Klassenbildung. Das Gemeinschaftsgefühl kann sich aber auch steigern bis zum schroffsten, exklusivsten, härtesten Klassen- und Standesgeist.

d) Mit der Klassenbildung verbindet sich notwendig die Ausbildung einer Hierarchie der Klassen, einer Klassenordnung. Die letzte Ursache des Ranges der verschiedenen Klassen ist eine allgemeine psychologische Tatsache, das herrschende allgemeine Werturteil über ihre Bedeutung für die Gesamtheit, die Wichtigkeit der Funktionen des Standes für das Gemeininteresse. So spricht man von oberen, mittleren und unteren Klassen.

e) Die soziale Klassenbildung äußert sich noch in folgendem: Wer zur selben Klasse gehört, nimmt, ob er höheres oder geringeres Einkommen hat, im ganzen dieselben Ehren in Anspruch; die Klassengenossen verkehren gesellschaftlich, verehelichen sich überwiegend in ihrer Klasse, sie tragen gleiche oder ähnliche Kleider, haben ähnliche Gewohnheiten des Essens, essen miteinander an demselben Tische, haben ähnliche Sitten und Zeremonien in ihren Zusammenkünften, Spielen, Festen, fahren in derselben Eisenbahnklasse. In älterer Zeit hatten sie das gleiche Wehrgeld, den gleichen Gerichtsstand. Wahlrecht und viele andere Rechte stuften sich entsprechend ab. In Indien unterscheiden sich die Kasten wesentlich durch die verschiedenen Speisen und Tiere, die den einen erlaubt, den andern verboten sind usw.

f) Die Hauptursachen der Klassenbildung sind: Rasse, Berufs- und Arbeitsteilung, Vermögens- und Einkommensverteilung. Die natürlich-psychologischen und technisch-wirtschaftlichen Ursachen der sozialen Klassenbildung machen sich unabhängig von Staat und Recht geltend. Aber praktisch wirken sie nur im Staat, innerhalb des Rechts, der Schranken und Einrichtungen, sowie der großen sittlichen Gemeinschaftsprozesse, die von der Gesamtheit ausgehen, die Klassenbildung modifizieren, steigern, mildern können.

Sehen wir zunächst von diesen modifizierenden Elementen ab und fassen nur die Hauptursachen ins Auge: Rasse, Berufs- und Arbeitsteilung sowie Eigentumsverteilung. Über die Tatsache des Einflusses dieser drei Gruppen von Ursachen, meint Schmoller, könne heute ein Streit nicht aufkommen, nur über das Maß ihres Einflusses.

a) Gobineau¹ und seine Schule führen alle Klassengegensätze auf die Rasse zurück. Alle Aristokratien der Welt sind indogermanisch, alle unteren Klassen haben Negerblut in den Adern. Diese Theorie ist eine Übertreibung und historisch nicht begründet. Daß Rassenunterschiede auf die Klassenbildung von Einfluß waren, will Schmoller nicht bestreiten. Es mag sein, daß die Indogermanen in vielen Staaten ursprünglich die herrschende Klasse bildeten, und die unteren Klassen niederen Rassen — wenn auch nicht gerade überall einer negroiden Urbevölkerung — entstammten. Die höhere Klasse wird sich dann auch bestimmte Berufe vorbehalten haben (der Priester, Krieger, Händler). Es bleibt aber dabei zweifelhaft, was vom Brahmanen noch auf seine Rasse, was auf seinen Beruf, was vom westeuropäischen Juden auf sein Semitentum, was auf seine Handelstätigkeit, was auf seinen Besitz zurückzuführen sei. Schließlich verwischt auch Blutvermischung die Unterschiede der Rasse. Aber daß Rasse und Volkstum für Jahrhunderte klassenbildend wirken, daß die schroffsten Klassengegensätze darauf zurückgehen, daß diese Einflüsse gleichmäßig durch ungezählte Generationen hindurch fort-dauern konnten, wird, nach Schmoller, kein Unbefangener leugnen. Er wird anderseits jedoch weit entfernt sein, alle Klassengegensätze allein und überall hieraus erklären zu wollen. Es gibt ja Völker mit ganz einheitlichem Rassentypus, die doch große Klassengegensätze aufweisen.

Eine ebenso starke Übertreibung wie die Gobineausche Klassenlehre scheint für Schmoller die Lehre der Sozialisten zu sein, die an die Gleichheit der Menschen glauben und die Klassenbildung daher ganz oder überwiegend von der Vermögens- und Einkommensungleichheit ableiten.

Schmoller selbst glaubt demgegenüber die heutige Klassenbildung wesentlich auf Berufs- und Arbeitsteilung zurückführen zu

¹ Chamberlain fußt auf der Gobineauschen Rassenlehre.

müssen, fügt jedoch vorsichtig bei: „zu abschließenden Resultaten kann heute die Wissenschaft noch nicht kommen“¹.

β) In welcher Weise aber wirkt nun nach Schmoller die Berufs- und Arbeitsteilung auf die Klassenbildung ein?

Die Berufs- und die Arbeitsteilung, namentlich wenn sie in erblicher Geschlechtsfolge die Kinder immer wieder demselben Berufe zuführt und wenn die Eheschließung durch Stand und Klasse ausschließlich bestimmt ist, erzeugt gewisse Spielarten des körperlichen und geistigen Volkscharakters, schafft vererbliche Gleichheiten und Verschiedenheiten in bezug auf Körper und Geist, durch Anpassung der Nerven und Muskeln, Gehirn und Knochen an eine spezielle Tätigkeit. Diese Disposition geht dann in zwar abgeschwächter, aber doch analoger Weise wie die Rassenattribute auf die Nachkommenchaft über. Das aber führt mehr oder weniger zur Bildung sozialer Klassen, insbesondere in älteren Zeiten, solange die Kinder immer wieder den Beruf der Eltern ergriffen, solange die moderne Rechtsgleichheit und die modernen Erziehungssysteme noch nicht die rechtliche und tatsächliche Freiheit der Berufswahl geschaffen, noch nicht den Talentvolleren aller Klassen das Aufsteigen erleichtert haben.

γ) Stehen also Besitz und Einkommen in gar keiner Beziehung zur Klassenbildung? Das behauptet Schmoller keineswegs. Er weist nur die Vorstellung zurück, daß alle Klassenunterschiede in letzter Linie und schlechthin auf der Verschiedenheit des Kapital- und Vermögensbesitzes beruhen, — eine Vorstellung, die von der veralteten Annahme einer Gleichheit aller Menschen ausgehe. Er gibt aber zu, daß die aufsteigenden Klassen in der Regel auch größeres Einkommen und meist auch größeres Vermögen erwerben, und daß sie hierdurch ihre Klassenstellung befestigen können, zumal wenn sie nicht körperlich und geistig rasch entarten. Vermögen und Einkommen sind also für Schmoller regelmäßig nicht die Ursache der Berufs- und Arbeitsteilung, sondern deren Wirkung. Andererseits erscheint es ihm für die modernste, nivellierte Gesellschaft richtig, daß die Klassenstellung der meisten Individuen durch die Erziehung gegeben ist, und daß die Art der Erziehung und ihre Dauer für die meisten durch das Einkommen ihrer Eltern bestimmt wird.

g) Schmoller unterscheidet drei Formen und Perioden der Klassenbildung²: Kaste, Stand, moderne Klasse. Müssen wir in dem Rassencharakter, der Berufs- und Arbeitsteilung sowie in der Vermögens- und Einkommensverteilung die grundlegenden Ursachen der Klassenbildung erblicken, so wird die historische Farbe, die praktische Wirksamkeit jeder gesellschaftlichen Klasse durch die Art bestimmt, wie sie sich als Verein, Bund, Korporation zu organisieren versteht, wie Staat, Recht, Sitte, öffent-

¹ Grundriß 396.

² Ebd. 399 ff.

liche Meinung diese Organisation dulden, fördern, mit Privilegien und Vorteilen ausstatten, mit Hemmungen und Schranken umgeben, die Ausartung bekämpfen.

a) Mit dem portugiesischen Wort Kaste bezeichnen wir jene Art der rechtlichen Gesellschaftsgliederung, wie sie in Indien noch heute besteht, wie sie die Griechen dort und in Ägypten zu finden glaubten, wie sie heute wohl noch bei den höherstehenden Negeren, Arabern und Völkern ähnlicher Kulturstufe vorkommen. Die oberflächliche Beobachtung sieht in den Kasten namentlich die Erblichkeit der bestimmten Beschäftigung, die Absperrung, Ausschluß der Ehegemeinschaft mit den übrigen Kasten usw. Aber auch da zeigen sich mancherlei andere Momente, Besonderheiten und daneben wieder Übereinstimmung mit sonstigen Formen der Klassenbildung.

Das indische Kastenwesen zum Beispiel ist durchaus nichts Einheitliches und Einziges in seiner Art. Es begreift eine Summe religiöser und Rassensatzungen, eine Fortdauer von Geschlechtsverbänden und eine üppige Wucherung von Beschäftigungsgilden; das Ganze hat seinen Impuls durch die Brahmanen, seine Ausbildung aber in der Zeit sinkender Kultur erhalten, in einer Zeit, wo eine weitgehende Arbeitsteilung und gesellschaftliche Klassenspaltung ihre Fortbildung nicht durch starke staatliche Gewalten und eine zielbewußte Gesetzgebung, sondern durch Gewohnheitsrecht und Sitte im Laufe von Jahrhunderten empfangt. Das indische Kastenwesen hat ferner Ähnlichkeit mit zahlreichen Einrichtungen halbkultivierter, heute noch bestehender Staaten; es hat viele Analogien mit den ständischen Einrichtungen, wie sie in Japan bis in die neuere Zeit bestanden, mit den ständischen Institutionen unseres Mittelalters und wieder mit denen des sinkenden römischen Reiches.

β) Das Ständewesen der feudalen Zeit¹ bildet eine rechtlich fixierte Hierarchie, die dem indischen Kastenwesen kaum etwas nachgibt: die Heerschilde des Lehnwesens, die verschiedenen Kreise des hohen und niedern, des geistlichen und weltlichen Adels, in den Städten die Patrizier, die Vollbürger, die hohen und die niederen Gilden und Zünfte, die Schutzgenossen, auf dem Lande die verschiedenen Kreise freier, halbfreier und höriger Bauern, alle sind mehr oder weniger gegenseitig durch schwer übersteigbare Rechtsschranken getrennt, haben verschiedenes Standes-, Privat-, Ehe- und Erbrecht; der Adelige darf nicht „bürgerliche Nahrung“ treiben, der Bürgerliche nicht adeligen Grundbesitz erwerben usw.

Der leidenschaftliche Kampf gegen alles Ständewesen und alle ständischen Korporationen und Vereine, sagt Schmoller, war das Tor, durch welches der moderne Rechtsstaat allein seinen Einzug halten konnte.

γ) Die moderne Klassenbildung ist charakterisiert durch die Aufhebung der Erblichkeit der Berufe, der ständischen Rechtsschranken, durch das Recht der Vereinsbildung. Die Erblichkeit des Berufes, ur-

¹ Georg Grupp, Kulturgeschichte des Mittelalters (1895) 108 ff. 338 ff.

spränglich natürlich, wurde allmählich unerträglich; sie hielt Leute in Berufen fest, zu denen sie nicht paßten, ließ in übertriebener enger Arbeitsteilung die Familien und Individuen verknöchern. Die ständische erbliche Rechtsordnung gab Leuten egoistisch und exklusiv gewährte Klassenvorrechte, die weder die Eigenschaften hatten noch den Beruf mehr übten, wegen dessen die Vorrechte einst erteilt wurden. Heute haben wir dafür neue aristokratische Kreise: Kaufleute, Fabrikanten, Bankiers; das mittlere Bürgertum hat sich erhoben, auch die arbeitenden Klassen erlangten Rechtsgleichheit mit den höheren Klassen. Die ganze Gesellschaft ist flüssiger, beweglicher geworden. Namentlich aus dem veränderten Erziehungswesen, aus der immer weitere Kreise erfassenden Bildung ergab sich die Möglichkeit dieser großen Veränderung. Das neuere Volksschulwesen, die wenigstens teilweise Zugänglichmachung der mittleren und höheren gelehrten und praktischen Schulen auch für weitere Kreise hat gegenüber der früheren engen Art der Überlieferung von Kenntnissen und Fähigkeiten, innerhalb der Familie oder doch in beschränkten Kreisen, eine neue, breitere Bildung, eine mehr nivellierte Gesellschaft geschaffen. Dennoch sind nicht die Klassen beseitigt, sondern mehr ihre Abgeschlossenheit; sie sind offen, nicht erblich, haben das gegenseitige Konnubium. Das ständische Korporationswesen fehlt. Dafür haben die modernen Klassen die Freiheit des Zusammenschlusses, der Vereinsbildung. Insbesondere die Arbeiterklasse hat dieses Rechtes sich eifrig bedient. Das Problem der Organisation der Arbeiter, in zweiter Linie auch der übrigen Klassen der Gesellschaft, steht im Vordergrund der Sozialpolitik.

h) In der Schlußbetrachtung über die soziale Klassenbildung hebt Schmoller noch hervor¹, daß die Klassenordnung auch bei höherer Kultur nicht zu beseitigen sei. Die Teilung der Gesellschaft in Klassen beruht auf dem Gesetze der Arbeitsteilung. Wie die Arbeitsteilung nicht schwinden wird, so werden auch die Klassen nicht fehlen. Sie bilden ein Element der Gliederung und Ordnung der Gesellschaft. Gobineau u. a. behaupteten, alle Völker, die zugrunde gingen, seien durch den Untergang ihrer Aristokratie zugrunde gegangen. Wieviel Übertreibung auch in solchen Anschauungen liegen mag, einen Kern von Wahrheit enthalten sie doch. Aber auch die mittleren und unteren Klassen erscheinen mit ihren eigentümlichen Berufssphären, ihren eigentümlichen Eigenschaften, Tugenden, Trieben als eine Bereicherung der sozialen Gemeinschaft. Die Hierarchie der Klassen erzeugt alles Streben und allen Fortschritt. Freilich zu weit gehende Klassengegensätze, rechtlich schroff gesonderte Klassen, eine Klassenverfassung, welche die oberen Klassen in ungerechter Weise begünstigt, führt zu erbitterten Klassenkämpfen, zur Revolution, zur Vernichtung von Kultur und Wohlstand.

¹ Grundriß 409 ff.

Die rechte Sozialpolitik muß darauf ausgehen, den Klassenmißbrauch und die Klassenherrschaft zu beseitigen, die Klassengegensätze zu mildern, ein friedliches Zusammenwirken der Klassen zu ermöglichen. Die Zeiten einseitiger Klassenherrschaft haben niemals Dauer gehabt, waren Zeiten des Übergangs, die den ebenso häufigen Perioden des Ausgleichs der widerstrebenden Interessen weichen mußten.

Das ist im wesentlichen Schmollers Lehre von der sozialen Klassenbildung, zum großen Teil mit den eigenen Worten des berühmten Forschers wiedergegeben. Wenn wir auch der Grundauffassung dieser Klassenlehre beistimmen, so enthält sie doch Elemente, die Bedenken erregen mußten.

Den größten Widerspruch hat seinerzeit vor allem Schmollers Darstellung von der Vererbung der professionellen Qualitäten gefunden, die Behauptung, daß die Berufs- und Arbeitsteilung gewisse Spielarten des körperlichen und geistigen Volkscharakters, vererbliche Gleichheiten und Verschiedenheiten schaffe in bezug auf Körper und Geist, durch Anpassung der Nerven und Muskeln, Gehirn und Knochen an eine spezielle Tätigkeit. „Jene Vererbungstheorie trägt — ihrem Urheber gewiß unbewußt —“, sagte Karl Bücher¹, „die unerfreulichen Gesichtszüge einer Sozialphilosophie der *beati possidentes*. Sie ruft dem Niedriggeborenen, der in sich die Kraft zu verspüren meint, eine höhere Stellung des Berufslebens auszufüllen, zu: Laß alle Hoffnung schwinden; deine körperliche und geistige Verfassung, deine Nerven, deine Muskeln, die Kausalkette von vielen Generationen hält dich am Boden fest. Deine Vorfahren sind seit Jahrhunderten Leibeigene gewesen; dein Vater und Großvater waren Tagelöhner, du bist zu einem ähnlichen Berufe bestimmt. Ich brauche nicht auszuführen, wie sehr die Konsequenzen dieser neuen Lehre unserem sittlichen Bewußtsein, unserem Ideal der sozialen Gerechtigkeit ins Gesicht schlagen. In dem Stadium der unbewiesenen Theses, in welchem sie sich zur Zeit befindet, wird sie meines Erachtens schon durch die doch nicht allzu selten zu machende Beobachtung hinfällig, daß innerhalb einer einzigen Generation der ganze Weg vom Nullpunkt bis zum Höhepunkt der modernen Kultur, von der untersten bis zur obersten Stufe der Arbeitsteilung, vom Fuße bis zur Spitze der sozialen Leiter zurückgelegt wird und umgekehrt. Man muß sich eigentlich wundern, daß eine solche Lehre in einem Volke entstehen konnte, das unter seinen Geistesheroen einen Luther zählt, den Sohn eines Bergmannes, einen Kant, den Sohn eines Sattlers, einen Fichte, den Sohn eines armen Dorfleinwebers, einen Winckelmann, den Sohn eines Flickschusters, einen Gauß, den Sohn eines Gärtners, um von vielen andern zu geschweigen.“² Schmoller erwiderte hierauf³: „Ich habe nie gesagt: jede Arbeitsteilung wirke klassenbildend, sondern nur die großen, tief-

¹ Die Entstehung der Volkswirtschaft² (1901) 398 f.,⁷ (1910) 340 ff. Vgl. Schmollers Jahrbuch XVII (1893) 303 ff. Schmoller will seine Ausführungen nur als „eine Art historisch-philosophischen Versuchs“ betrachtet wissen. Wenig höflich äußert sich Julius Platter, Kritische Beiträge (1894) 253.

² Schon Valerius Maximus schrieb ein Kapitel (I. 3, 4) „de humili loco natis, qui clari evaserunt“.

³ Grundriß 397 f.

einschneidenden, breitere Schichten eines Volkes umfassenden, mit erheblichen technischen, geistigen, moralischen und organisatorischen Verbesserungen verbundenen Phasen der fortschreitenden Arbeitsteilung hätten diese Folge. Es ist selbstverständlich, daß der Philologensohn keine Vokabeln, der Schneidersohn keine Kenntnis des Zuschneidens von seinem Vater erbt. Aber ein so kritischer Forscher wie De Candolle sagt: Der Sohn des Generals hat oft die Neigung zum Befehlen, der des Mathematikers zum Rechnen. Alle Lehrbücher der Psychiatrie, sagt Ribot, bilden ein unwiderstehliches Plaidoyer für die Erblichkeit. . . . Die besten Forscher nehmen an, daß in erster Linie die Instinkte und die Fähigkeit zu Sinneswahrnehmungen, dann die Gefühle und der Charakter, endlich die Intelligenz vererbt wird, und zwar von dieser die einfachere Form mehr, die kompliziertere weniger; man hat mit Grund behauptet, die höchste Intelligenz werde als eine seltene Kombination nicht leicht, aber die allgemeinen Richtungen der Intelligenz eines Volkes, einer Klasse werden regelmäßig im Durchschnitt vererbt. Bei solcher Auffassung bleibt der Individualität ihr Recht, aber auch den Erfahrungen der historischen und massenpsychologischen Beobachtung. Man hat mir eingeworfen, die Erblichkeit der Berufsarbeit der deutschen Handwerker und Pfarrer vom 16. bis 18. Jahrhundert habe degenerierend gewirkt; nach meiner Theorie müßte die Erblichkeit in diesem Berufe Vervollkommenung bedeutet haben. Ich habe aber die möglichen ungünstigen Folgen der zu einseitigen Ausbildung der Arbeitsteilung stets betont, und ich habe unterschieden zwischen aufstrebenden und sinkenden Klassen. Die Spezialisierung des Berufs in der aufstrebenden Zeit ist ein Element des Fortschritts, während sie später für sich und im Zusammenhang mit andern Ursachen der Degeneration eine Mitursache des Verfalls sein kann. . . . Daß durch die eigentümlichen Einflüsse der Variabilität aus allen Klassen einer im ganzen hochstehenden Gesellschaft Talente und große Männer hervorgehen, ist so selbstverständlich, wie daß die Atmosphäre des Mittelstandes oft große Charaktere erzeugt“ usw.

Wir sehen da zwei Koryphäen unserer Wissenschaft in offenem Widerspruch. Wer von beiden hat recht, Schmoller oder Bücher?

Will Schmoller die Tatsache, daß die größten Geister oft Bauernsöhne, Handwerkersöhne usw. waren, aus der Variabilität, die Einzelfälle also als Abweichungen von der Regel erklären, so ist damit für unsere Erkenntnis nicht viel erreicht, wenn nicht vorerst die Regel selbst, d. i. die allgemeinere Tatsache der Vererbung nachgewiesen wird. Diese Tatsache aber dürfte sich nun allerdings weder biologisch noch durch soziologische Beobachtung erweisen lassen — den gegenwärtigen Stand der Wissenschaft vorausgesetzt.

Daß die Ausübung eines bestimmten Berufes der Persönlichkeit des Ausübenden körperlich und geistig einen bestimmten Charakter verleihen kann, daß auch bei den Kindern mancherlei Ähnlichkeit mit den Eltern sich findet, soll nicht bestritten werden. Die Frage ist nur, woher diese Ähnlichkeit? Sind wir genötigt, dieselbe mit Schmoller auf physische Vererbung zurückzuführen? Ohne Zweifel, soweit es sich um die physische Konstitution der Eltern, um Eigenschaften handelte, die in dem Organismus der Eltern festgelegt sind. Gehört aber dazu auch die Befähigung usw. zu einer bestimmten Berufstätigkeit? Jedenfalls ist die Vererbung nicht die einzige Ursache, welche eine solche Befähigung usw.

¹ van Overbergh, *La Classe sociale* 141 ff.

von den Eltern auf die Kinder zu übertragen vermag. Zwei Faktoren wirken auf die Entwicklung des Menschen überaus mächtig ein: das Milieu, in welchem der Mensch aufwächst, und die Erziehung. Es ist eine Übertreibung, die Imitation¹ zum ausschließlichen Stützpunkt des sozialen Lebens zu machen. Aber für die Übertragung professioneller Eigenschaften spielt die Nachahmung zugleich mit der Erziehung unbestreitbar eine wichtige Rolle. Schmoller leugnet den Einfluß von Milieu und Erziehung keineswegs. Er hebt ihn sogar ausdrücklich hervor². Er sagt: „Die in den einzelnen Familien traditionell geübten gewerblichen Berufe beruhen so gänzlich auf der von Jugend auf erfolgten Einweihung der Kinder in die technischen Kunstgriffe, daß man schlechthin jeden Übergang junger Leute zu einem andern Berufe als zu dem der Eltern, des Geschlechts, der Vormünder für alle älteren Zeiten als fast unmöglich bezeichnen kann.“³ Auch beruft Schmoller sich gerade auf das veränderte Erziehungswesen, um die moderne Klassenbildung zu erklären⁴. Aber er gibt darum doch seine Vererbungstheorie nicht preis, rechnet an anderer Stelle⁵ Erziehung und Milieu bloß zu den „mitwirkenden Ursachen“, die dazu beitragen, den vererbten Typus zu „befestigen“.

Was sagt nun aber die biologische Wissenschaft und die soziologische Beobachtung zu der behaupteten Vererbung erworbener geistiger, moralischer, körperlicher Eigenschaften?

Lange wogte der Kampf zwischen Neo-Darwinisten⁶, welche die Vererbung erworbener Eigenschaften leugnen, und den Neo-Lamarckisten, die jene Vererbung behaupten, hin und her. Heute ist vielleicht die Majorität der Biologen auf seiten derer, die von einer Vererbung erworbener Eigenschaften nichts wissen wollen. Mit der „Unmöglichkeit der Vererbung geistiger Eigenschaften beim Menschen“ beschäftigt sich u. a. Bernhard Rawitz⁷. Er wendet sich zunächst gegen Galton, der in seinem Werke „Hereditary Genius“⁸ die Erbllichkeit des Talentes vertreten hatte, genau so wie auch Gestalt und physische Eigenschaften sich vererbten. Würden die Heiraten Generationen hindurch beaufsichtigt, so könne man bestimmte Eigenschaften des Menschen züchten, wie man Hunde und Pferde mit bestimmten Eigenschaften zu züchten imstande sei. Galton berief sich zur Begründung seiner Anschauungen darauf, daß zum Beispiel das Richteramt in verschiedenen englischen Familien durch Generationen hindurch vom Vater auf den Sohn übergeht. Seine „Beobachtung“ verleitete ihn, in einem andern Werke⁹ die Möglichkeit der Vererbung geistiger Eigenschaften nach den Regeln der Wahrscheinlichkeitsrechnung beweisen zu wollen. Galton unterschätzt in dem Beispiele von den englischen Richtern, wie Rawitz hervorhebt, den erzieherischen Einfluß der Umgebung, in der die Jugend aufwächst. Oder

¹ Tarde, *Les lois de l'imitation* (1890).

² *Grundriß* I 396.

³ *Ebd.* 399.

⁴ *Ebd.* 405.

⁵ *Ebd.* 396.

⁶ Die Neo-Lamarckisten sind von Spencer geführt, die Neo-Darwinisten von Weismann (*Das Keimplasma* [1892]). Über Erblchkeitsforschung vgl. auch H. Muckermann in „*Stimmen der Zeit*“ XLVIII (1919) 115 ff.

⁷ *Biologisches Zentralblatt*, unter Mitwirkung von K. Goebel und R. Hertwig herausgegeben von J. Rosenthal, XXIV (1904) 396—408.

⁸ *Hereditary Genius. An Inquiry into its Laws and Consequences* (1892).

⁹ Galton, *Natural Inheritance* (1889).

ist es denn nicht leicht erklärlich, daß ein bestimmt zugeschnittenes Milieu die Entwicklung des jugendlichen menschlichen Geistes in ganz bestimmte, meistens adäquate Bahnen zu lenken vermag und lenkt? Galton hätte sich die Frage vorlegen müssen, ob die Entwicklung des Geistes auch dann unbedingt in den Bahnen des englischen Richtertums hätte erfolgen müssen, wenn das Milieu, in dem der aufwachsende Mensch sich befand, von vornherein ein anderes gewesen wäre. Auch in diesem andern Milieu hätten die ererbten geistigen Eigenschaften sich doch irgendwie geltend machen müssen. Spricht Roux¹ von einer angeborenen Disposition zur Muttersprache, dann bestreitet Rauber² sogar die Vererbung der Sprechfähigkeit überhaupt; nach ihm hat die Erlernung menschlichen Sprechens eine bereits sprechende menschliche Umgebung zur unbedingten Voraussetzung. Es wäre zwecklos, den Gegenstand hier weiter zu verfolgen. Auch Büchner³, Eimer⁴, E. v. Hartmann⁵ sind nicht imstande, für die Vererbung spezieller erworbener geistigen Eigenschaften durchschlagende Beweise zu bieten. Jede Vererbung ist geknüpft an die Geschlechtsprodukte, Samen und Ei. Die körperliche Grundlage der geistigen Betätigung erhalten wir von unsern Erzeugern. Die Übertragung körperlicher Eigenschaften kann und wird ganz gewiß Einfluß haben auf die Ausübung geistiger Funktionen. Aber es ist nicht die geistige Eigenschaft als solche, nicht die Funktion, nicht das Talent, die besondere Begabung, was vererbt wird, sondern lediglich das körperliche Organ. Aus den Erfahrungen des täglichen Lebens dürfte man sogar eher schließen, daß die „erbliche Belastung“ sich häufiger findet als die erbliche Bevorzugung. Die Söhne talentvoller Eltern mögen vielleicht einer allgemeinen guten Veranlagung sich erfreuen. Aber daraus folgt nicht die Erbllichkeit der besondern Anlage, welche den Vater für eine spezielle Tätigkeit vor andern befähigte. Wie häufig ist nicht auch gerade die Tatsache, daß große Männer sehr unbedeutende Nachkommen haben, und daß umgekehrt aus geistig tiefstehenden Familien die größten Persönlichkeiten hervorgehen. Man denke an Gauß, Faraday, Sixtus V. usw. *Semper vir magnus ex casa!* Die großen schöpferischen Genies insbesondere, „die der Menschheit neue Wege gewiesen und neue Epochen der Geschichte eröffnet haben, erscheinen“, sagt Lexis⁶, „in großartiger Isoliertheit. Auch sie sind Kinder ihrer Zeit, aber sie stehen außerhalb jeder erkennbaren Entwicklung. Ihre durch Geist und Wille bestimmte Originalität liegt jenseits des normalen Spielraums der überdurchschnittlichen Begabungen. Diese alles gewöhnliche Maß überschreitenden Geister waren stets unvermittelt da, ohne daß der physiologische Boden, aus dem sie erwachsen waren, uns ihre Existenz erklären kann. Weder die Statur von Goethes Vater noch die Frohnatur seiner Mutter geben uns irgendeinen Anhalt, um die Entstehung dieser außerordentlichen Persönlichkeit zu begreifen. Und wie das Genie

¹ Der Kampf der Teile im Organismus (1881).

² *Homo sapiens ferus* oder die Zustände der Verwilderten usw. (1885).

³ Die Macht der Vererbung und ihr Einfluß auf den moralischen und geistigen Fortschritt der Menschheit, in *Darwinistische Schriften* 1882, Nr. 12.

⁴ Die Entstehung der Arten auf Grund von Vererbung erworbener Eigenschaften I (1888).

⁵ Philosophie des Unbewußten I¹⁰, Abschn. B, Kap. 10.

⁶ Das Wesen der Kultur, in *Hinnebergs Kultur der Gegenwart* I (1905) 16.

plötzlich erscheint, so verschwindet auch alsbald wieder seine Spur. Keiner jener großen Geister hat einen Sohn von gleichem Range hinterlassen. In Goethes Familie trat sogar ein auffallend starker Verfall ein. Wenn dieser auch auf das weibliche Element zurückzuführen ist, so bleibt doch eben die Tatsache bestehen, daß dieses in so hohem Grade das Übergewicht erhielt.“

Was von den erworbenen geistigen Eigenschaften überhaupt gilt, das trifft insbesondere auch zu auf die moralische Zucht der älteren Generation. Von einer physiologischen Übertragung auf die Nachkommen kann da keine Rede sein. „Wenn die wilden Instinkte des Naturmenschen im zivilisierten Menschen zurückgedrängt sind, so ist man keineswegs genötigt, dies als eine ererbte Zähmung anzusehen, sondern es können die auf jeden einzelnen von Kindheit an wirkenden Einflüsse der Erziehung, der Sitte, der staatlichen und der gesellschaftlichen Beschränkungen zur Erklärung der Tatsachen vollkommen genügen. Wo diese Einwirkungen versagen, bricht die urzeitliche Barbarei, Roheit und Grausamkeit auch aus dem Schoße der höchsten Kultur in einzelnen Individuen und sogar in ganzen Volksmassen mit elementarer Gewalt wieder hervor.“¹ In anderem, traditionellem Sinne „vererbt“ werden die geistigen und moralischen Errungenschaften der Menschheit, sofern dieselben durch Bildung und Erziehung den jüngeren Generationen vermittelt werden. Das kopernikanische System kannten zunächst nur die ersten Geister der Nationen. Heute lernt es jeder Bauernjunge schon aus seiner Schulbübel.²

Man hat eine Vererbung musikalischer Begabung häufiger beobachtet. Hier handelt es sich wesentlich um die physische Vererbung einer besondern Nervenorganisation. Dieses Vorzuges erfreuten sich schon die musikalischen Eltern, ohne daß er notwendig durch die Ausübung des musikalischen Berufes erstlich begründet sein mußte. Aber auch hier ist keine Garantie für die Dauer der physischen Vererbung gegeben. Der Enkel eines großen Komponisten wird vielleicht sich schon mit der Drehorgel begnügen müssen. Man mag daher immerhin dem Lamarckismus zugeben, daß tatsächlich vorhandene und zuweilen erworbene körperliche Eigenschaften erblich übertragen werden. Es geschieht aber nur dann, wenn jene körperliche Eigenschaft so intim, wesentlich, gewissermaßen mit der körperlichen Konstitution sich fest verbunden hat, daß sie in irgendeiner Weise bis auf das Keimplasma einwirkt. Solcher Art aber sind die beruflichen Eigenschaften durchaus nicht. Delage³, Bouglé⁴, Le Dantec⁵ u. a. stimmen diesbezüglich vollkommen überein: es gibt keine als Schuster, Kaminfeger, Magistrate „geborenen“ Personen. Die Vererbung ist schon an sich eine eigene Sache. Ihr eine noch größere Macht zu verleihen, empfiehlt sich kaum.

Vermögen und Einkommen sind nach Schmoller regelmäßig nicht die Ursache, sondern die Folgen der gesellschaftlichen Arbeits- und Berufsteilung. Bücher behauptet dagegen umgekehrt: die Verschiedenheit des Besitzes und Einkommens ist nicht die Folge der Berufs- und Arbeitsteilung, sondern ihre Hauptursache.⁶

¹ Ebd. 17. ² Rawitz im Biologischen Zentralblatt XXIV (1904) 400 f.

³ Année Biologique I 963.

⁴ Démocratie devant la science.

⁵ Traité de Biologie 515. van Overbergh, La Classe sociale 127 ff., bezüglich der Kasten 129 ff.

⁶ Entstehung der Volkswirtschaft 385 ff.

Das war der zweite Widerspruch zwischen den beiden hervorragenden Nationalökonomien. Auch diese Verschiedenheit der Auffassung bietet uns Gelegenheit, tiefer in das Verständnis der sozialen Klassenbildung einzudringen.

Vernehmen wir die Gründe Büchers. Er sagt: Die ungleiche Größe und Besitzweise des Grundeigentümers bildet bei den alten Griechen und Römern und auch bei unserem Volke vom frühen Mittelalter ab die Grundlage der Ständegliederung. Der Adel (Grundadel), der Bauernstand, der Stand der Hörigen und Unfreien sind zunächst bloße Besitzstände und werden erst mit der Zeit zu einer Art von Berufsständen. Als im Mittelalter mit dem Aufkommen des Handwerkerstandes die eigentliche Berufsbildung einsetzt, geht sie wieder von der Besitzverteilung aus. Die Knechte des Fronhofes, die Hörigen ohne Grundbesitz, welche eine gewerbliche Kunst gelernt haben, beginnen auf eigene Hand ihre Arbeitsgeschicklichkeit zu verwerten. Die Betriebsweise des Gewerbes muß sich ihrer Armut anpassen; sie ist reines Lohnwerk, bei dem der Gewerbetreibende den Rohstoff vom Besteller erhält. Erst später kommt es zur eigentlichen Produktionsteilung zwischen Landwirt und Handwerker. Der letztere erlangt ein eigenes Betriebskapital. Wie gering das aber noch ist, geht daraus am besten hervor, daß in der Regel der Handwerker nur auf Stückbestellung arbeitet, und daß der ganze industrielle Umwandlungsprozeß, den ein Rohprodukt durchmachte, gewöhnlich in einer Hand lag. Die Gewerbebetriebe waren ausschließlich Kleinbetriebe. Wo ein Handwerk infolge des großen Umfangs seines Produktionsgebietes größeres Kapital erforderlich machte, da griff man nicht zum Großbetrieb mit Arbeitszerlegung, sondern zur Spezialisierung, durch welche das Kapitalerfordernis beschränkt, der Betrieb klein erhalten wurde. Wie man sieht, ist jeder Schritt, den die mittelalterliche Arbeitsteilung im Gewerbe machte, vom Vermögensbesitz abhängig. Und nicht anders ist es mit dem Handel. Der mittelalterliche Handelsstand entsteht aus dem Stande der städtischen Grundeigentümer, die durch Einführung der Häuserleihe und des Rentkaufs zu Besitzern mobilen Kapitals geworden waren. Aus diesem Stande von städtischen Rentnern und Handelsherren geht seit dem 17. Jahrhundert der heutige Fabrikantenstand hervor. Dadurch, daß die Fabrikanten den Gewerbebetrieb mit ihren Kapitalien befruchten, entstehen die beiden neuen Formen der Arbeitsteilung: Arbeitszerlegung und Arbeitsverschiebung, und die Produktionsteilung gelangt erst jetzt zu ihrer vollen Wirksamkeit. Jetzt erst wandern halbfertige Produkte in Massen von Werkstatt zu Werkstatt; in jedem Betriebe werden sie Kapital, in jedem wird an ihm verdient; von Produktionsabschnitt zu Produktionsabschnitt werden neue Zinsen und Spesen hinzugeschlagen, werden Kapitalprofite an ihnen gemacht¹. Die Arbeitszerlegung setzt einen Stand von besitzlosen Lohnarbeitern voraus. Er geht hervor aus dem durch die kapitalistische Gestaltung der Arbeitsteilung konkurrenzunfähig gewordenen Teile des Handwerkerstandes und aus der landlosen bauerlichen Bevölkerung. Gerade bei dem Gewerbe wird auch heute wie im Mittelalter die Abhängigkeit der Arbeitsteilung vom Besitze besonders sichtbar. Im Mittelalter vermehrte jeder Fortschritt der industriellen Arbeitsteilung die Zahl

¹ Über den Zusammenhang des Kapitals mit der Arbeitsteilung vgl. unter anderem Rodbertus, Aus dem literarischen Nachlaß II 255 ff.

der städtischen „Nahrungen“, weil er das Betriebskapital verringerte; in der Gegenwart vermindert der Fortschritt der Arbeitsteilung die Zahl der Selbständigen, weil er das Anlage- oder das Betriebskapital oder beides vermehrt. Im Mittelalter suchte man jedes gewerbliche Produkt möglichst lange in einem Betriebe festzuhalten, um möglichst viel Arbeit darin zu verkörpern; in der Gegenwart wird das Betriebskapital vermöge der Arbeitszerlegung möglichst rasch durch den einzelnen Produktionsabschnitt hindurchgetrieben, um das Verhältnis zwischen ausgelegtem Zins und erzieltm Kapitalprofit möglichst günstig zu gestalten. Im Mittelalter zwang die Kapitalarmut zur Spezialisierung; in der Gegenwart treibt der Kapitalreichtum zur Arbeitszerlegung und Arbeitsverschiebung. So haben also die großen Züge unserer sozialen Berufsgliederung sich historisch aus der verschiedenen Verteilung des Eigentums entwickelt, und sie ruhen fortgesetzt auf dieser Grundlage, die durch unsere heutige Wirtschaftsorganisation immer mehr befestigt wird. Das letztere erklärt sich sehr einfach aus folgenden zwei Umständen: 1. jeder Beruf wirft unter unserer Wirtschaftsorganisation ein Einkommen ab, und nur der Besizende ist imstande, sich die bevorzugten Stellen des Einkommenerwerbs innerhalb der allgemeinen Arbeitsgliederung auszusuchen, während der Besitzlose mit den schlechteren Stellen vorlieb nehmen muß; 2. der Besitz selbst liefert vermöge seiner kapitalistischen Natur auch ohne eigene Arbeit dem Besitzer ein Einkommen und überträgt sich erblich mit dieser Fähigkeit. Soweit unsere Besitzklassen auch soziale Berufsstände sind, sind sie es nicht deshalb, weil der Beruf Besitz schafft, sondern weil der Besitz die Berufswahl bedingt, und weil in der Regel das Einkommen, das der Beruf abwirft, sich in ähnlicher Weise abstuft wie der Besitz, auf welchen der Beruf sich gründet. Bücher bestreitet, damit etwas Neues gesagt zu haben: Ein jeder von uns handelt nach dieser Auffassung, die ihm die tägliche Erfahrung an die Hand gibt, und auch die wissenschaftliche Nationalökonomie hat sie immer anerkannt. Geht doch die ganze Theorie des Arbeitslohns von der Voraussetzung aus, daß der Sohn des Arbeiters nichts anderes werden kann als wieder ein Arbeiter, und daß dies eine Folge sei seiner Armut, nicht der ererbten beruflichen Anpassung. Und muß man wirklich erst noch beweisen, daß Berufsarten, zu deren Beginn und Betrieb Kapital nötig ist oder deren Erlernung große Auslagen erfordert, dem Besitzlosen so gut als verschlossen sind? Die vielgerühmte „Freiheit der Berufswahl“ besteht also nur zwischen sehr engen Grenzen. In seltenen Ausnahmefällen werden die letzteren wohl einmal überschritten, in der Regel aber wird jedem nicht der spezielle Beruf (ob Schmied, Schuster, Buchbinder, ob Ingenieur, Arzt, Kaufmann usw.), wohl aber die soziale Berufsklasse, der er anzugehören hat, durch die Vermögensausstattung des elterlichen Hauses zugewiesen. Der „soziale Rang“ aber, welcher der einzelnen Berufsklasse in der Schätzung der Menschen zuteil wird, läßt sich ohne die entsprechende Vermögensausstattung schwer aufrechterhalten¹ — ein Beweis, daß auch er in letzter Linie nicht „eine sekundäre Folge der sozialen (auf Arbeitsteilung beruhenden) Differenzierung“, sondern ein Kind der Vernunftthe zwischen Besitz und Beruf ist. Wie viele soziale Berufsclassen man auch unterscheiden

¹ Wenn der Bankier einen andern, dem sozialen Rang nach gleichwertigen Beruf ergreift, oder wenn er das Geschäft aufgibt, um als Rentner zu leben, gilt er gewiß nicht als „deklassiert“. Wie aber, wenn er sein Vermögen verliert, arm wird? Wie steht es dann wenigstens mit seiner Nachkommenschaft?

mag, in jeder werden immer noch sehr verschiedenartige Berufszweige vertreten sein, und zwischen den letzteren wird ein fortwährender Austausch von Arbeitskräften stattfinden. Dieser Austausch reicht so weit, als die Berufsarten annähernd die gleiche Vermögensausstattung erfordern, und deshalb in dem gleichen „sozialen Rang“ stehen; man könnte auch sagen: als die Menschen untereinander heiraten oder regelmäßig gesellig verkehren, oder als annähernd das gleiche Bildungsniveau vorhanden ist. Alle diese Dinge stehen miteinander in Wechselbeziehung. So Karl Bücher.

Später sagte dann Schmoller: Büchers Polemik von 1901 richte sich gegen Aufsätze von 1889 und 1890, nicht gegen die bessere und vorsichtigere Formulierung im „Grundriß“ von 1900. Diese „bessere und vorsichtigere Formulierung“ aber hielt Schmoller bezüglich des Einflusses der Arbeitsteilung fest¹.

Auch in dem nach dem Tode Schmollers erschienenen Werke „Die soziale Frage. Klassenbildung, Arbeiterfrage, Klassenkampf“² findet sich dieselbe Lehre von der Klassenbildung wie im „Grundriß“. Schmoller hält daran fest, daß die Vererbung körperlicher und geistiger Fähigkeiten einen besondern Einfluß auf die Klassenschichtung ausübt. Und ebenso betont er, indem er sich zugleich auf A. Bauer, Goblot u. a. beruft, daß die soziale Klassenbildung im engsten Zusammenhange mit der Berufs- und Arbeitsteilung stehe, daß „neben dem Rassentypus die großen historischen Scheidungen des Berufs und der Arbeit als Anstoß zur sozialen Klassenbildung mitgewirkt haben, daß jedenfalls für jede empirische Untersuchung der Klassen die psychologischen Eigenschaften, die mit Beruf und Arbeit der Individuen sich ergeben und die sich häufig durch Vererbung fixiert und gesteigert haben, den Ausgangspunkt, das eigentlich sichere Fundament bilden“. Eine starke Übertreibung sei die Lehre der Sozialisten, welche an die Gleichheit der Menschen glaubten und die Klassenbildung ganz oder überwiegend auf die Vermögens- und Einkommensungleichheit zurückführten. So Marx und seine Schüler. Aber auch Bücher, Sombart, Overbergh stünden nicht sehr weit ab von solcher Auffassung. Schmoller gibt zu, daß Bücher ihn „zu einer gewissen Revision und Begrenzung“ seiner Lehre veranlaßt habe. Aber „in den Grundzügen habe er ihn nicht bekehrt“.

Zusammenfassend bemerkt dann Schmoller³: „Die neue Einkommens- und Eigentumsverteilung hat die Wucht und Übermacht des Besitzes, die Übermacht gewisser kleiner Gruppen der Gesellschaft so gestärkt, hat in so viel breiterer Weise als früher vermögenslose, ganz auf Arbeitslohn angewiesene, zeitweise sinkende Klassen geschaffen, daß psychologisch und praktisch die starke heutige populäre Betonung von Besitz und Nichtbesitz nötig wurde, um die unentbehrlichen Reformen und Korrekturen zu schaffen. Für die wissenschaftliche Erklärung der Entstehung der sozialen Klassen bleibt aber die Besitzverteilung eine Ursache neben andern; sie ist nicht die einzige, wie der demokratische Radikalismus und Sozialismus lehrt. Es wird nach den heutigen Mitteln der Wissenschaft schwer sein, den Anteil der verschiedenen Ursachen genau zu bestimmen. Auch Bücher gibt eine gewisse Mitwirkung anderer Ursachen zu; Overbergh glaubt ihren Rang so bestimmen zu müssen: 1. Eigentumsverteilung, 2. Arbeitsteilung, 3. Rasse. Ich möchte sagen, zu solcher Rangverteilung reiche der heutige Stand der Wissenschaft nicht aus. Ich möchte glauben, man könne

¹ Grundriß I* (1908) 432 ff.

² 1918, 142 ff.

³ Ebd. 161 ff.

den verhältnismäßigen Einfluß von vorhandenen ererbten und erworbenen, hauptsächlich durch den Beruf entstandenen menschlichen Eigenschaften einerseits und von Besitzverteilung anderseits auf die soziale Klassenbildung, ohne zu irren, etwa so bestimmen: keine Entstehung einer neuen Klasse ist durch Besitz oder Nichtbesitz allein zu erklären; das Wichtige und Primäre sind technische, geistige, moralische Kräfte; die oberen Klassen steigen durch Fortschritte, deren Träger sie sind, empor; sie erwerben dadurch meist sofort oder bald größeres Einkommen; das gibt häufig auch ein größeres Vermögen; das verstärkt ihre Übermacht, fördert auch solange ihre höheren Kräfte und deren Erhaltung, als die Klasse selbst im Aufsteigen begriffen ist, dem Ganzen mehr dient als schadet. Jede aufsteigende Klasse kommt aber auch an den Punkt, wo der größere Besitz zum Polster des Luxus, der Indolenz wird; von da an ist der Vermögensbesitz ihren Eigenschaften schädlich. Auch jede sinkende untere oder mittlere Klasse verliert in dem Maße an Einkommen und Besitz, wie sie nicht fähig ist, gewisse Fortschritte der Zeit mitzumachen; je mehr sie Intelligenz, technische Fähigkeiten, gute Sitten und moralischen Halt besitzt, desto mehr leistet sie dem Sinken Widerstand, überwindet die Verluste, weiß durch neue Institutionen wieder emporzukommen. In alle diese Prozesse und Wechselwirkungen greift die Besitzgröße und Besitzart ein; aber überall ist der Besitz das Äußerliche, das aus inneren psychologischen Kräften entspringt.“

Daß Besitzverhältnisse auf die Arbeitsteilung und die Berufsverteilung innerhalb der Gesellschaft von großem Einfluß sind, steht außer Frage.

Im Hinblick auf die Arbeitsteilung erscheint der Besitz als Ursache und Folge zugleich. Die Henne ist Folge des Eis und nicht minder Ursache des Eis. Aber das Ei, das die Henne verursacht, ist ein anderes Ei als das, aus dem sie einst als Küchlein hervorgekrochen. So ist (nach Büchers Beispiel) die Arbeitsteilung in ihrer fortschreitenden Entwicklung immer wieder ursprünglich und zunächst Folge von Besitz, zugleich aber regelmäßig auch die Ursache erweiterten Besitzes. Die Arbeit schafft Besitz, der Besitz ermöglicht die Arbeitsteilung, die Arbeitsteilung aber führt zu neuem Reichtum und Reichtumsbesitz. Sie steigert die Produktivität der Arbeit, vermehrt den sozialen Reichtum und — Privateigentum vorausgesetzt — auch den Privatbesitz, fördert und steigert die Besitzunterschiede.

Daß anderseits die Berufswahl und dementsprechend die Berufsverteilung innerhalb der Gesellschaft von den Besitzverhältnissen abhängig sei, kann angesichts der täglichen Erfahrung kaum geleugnet werden. „Diejenigen, die wegen ihrer Armut einen gewinnbringenden Beruf zu erlangen wünschen müssen, sind eben durch diese Armut gezwungen, auf einen solchen Beruf zu verzichten.“¹

Wiederholt wurde die Frage schon erhoben: Kommen in der Gesellschaft die einzelnen tatsächlich auf den Platz, der ihren natürlichen Fähigkeiten entspricht? Paßt sich die Berufsteilung der Natur der Menschen an, oder muß man nicht mit Durkheim von einer „division du travail

¹ Lotmar, Die Freiheit der Berufswahl (1898) 27. Bücher, Entstehung der Volkswirtschaft 389.

contrainte“ sprechen? Genügt die tatsächliche soziale Differenzierung der natürlichen Differenzierung der Individuen? Spencer wagte es nicht zu bejahen, und Bougle sagt: Die Geschichte lastet schwer auf der Natur. Künstliche Hindernisse aller Art hindern die Kräfte, sich auszuwirken, die Betätigungen den Neigungen angeborener Verschiedenheit gemäß sich zu verteilen. Von doppelter Art sind jene Schranken: gesetzliche Hindernisse, Privilegien der Kasten, der Stände, wie sie ehemals in Geltung waren. Bis heute war es die ökonomische Lage, die nur zu oft jedes Aufsteigen verhinderte oder wenigstens äußerst erschwerte. Anstatt daß man zu diesem oder jenem Range gehört, weil man diesen oder jenen Beruf ergriffen hat, ergreift man vielmehr einen Beruf, weil man zu dieser oder jener Besitzklasse gehört. Von unten führte nur selten der Weg hinauf zu den höheren Stufen im gleichen Unternehmen oder zu einem andern, dem höheren Besitze zugänglichen Berufe. Freilich, Beruf und Klasse sind „offen“¹. Aber die „Offenheit“ nützt wenig, weil sie die Armut nicht beseitigt. Um zur höheren Etage zu gelangen, braucht's auch eine Treppe oder Leiter, und diese fehlt. —

Werner Sombart² unterscheidet in der modernen Gesellschaft vier soziale Klassen: 1. die Gentilhommerie, den parti féodal, zu Deutsch etwa die Feudalaristokratie, kürzer und schlichter: die Junker; 2. die Bourgeoisie; 3. die petite bourgeoisie, Kleinbürgertum, von Sombart als Handwerkertum im weiteren Sinn bezeichnet; 4. das Proletariat. Er betrachtet als „soziale Klasse“ diejenige Gesellschaftsgruppe, die ihrer Idee nach ein bestimmtes Wirtschaftssystem vertritt, eine bestimmte Wirtschaftsordnung mit einem (oder mehreren) hervorstechenden Wirtschaftsprinzipien. Danach wäre die Gentilhommerie diejenige Klasse, die die feudal-bodenständige oder patriarchalische Gutswirtschaft repräsentiert, die Bourgeoisie wäre die Vertreterin der Verkehrswirtschaft, das Kleinbürgertum diejenige der handwerksmäßigen Wirtschaftsorganisation, während das Proletariat eine historisch noch nicht gewordene, also nur ideale Zukunftswirtschaft, die sozialistische, zu vertreten hätte.

Diese Verbindung des Begriffs „Proletariat“ mit der sozialistischen Organisation kann nicht befriedigen³. Die Kennzeichnung der Gentilhommerie ferner ist zu sehr auf Ostelbien zugeschnitten. Im Grunde genommen hat auch Sombart nur drei Klassen, wobei er die erste Klasse durch ihre beiden Unterklassen: Grundeigentümer, Besitzer des mobilen Kapitals, vortreten läßt. So kommt die Vierzahl zum Vorschein.

Noch sei kurz auf die Klasseneinteilung eines amerikanischen Schriftstellers hingewiesen.

W. J. Ghent⁴ verwirft den Begriff der Mittelklasse, wie er der deutschen Literatur geläufig ist, weist auch die bei den englischen Nationalökonomien übliche Schichtung nach der Größe des Einkommens zurück. Indem er das Volk nach

¹ Das gilt tatsächlich nicht gerade für alle Berufe!

² Die deutsche Volkswirtschaft im 19. Jahrhundert (1903) 512 ff.

³ Vgl. auch Sombart a. a. O. 524.

⁴ Mass and Class, a Survey of Social Divisions (1904).

seiner wirtschaftlichen Eigenart einteilt, glaubt er für Amerika sechs Bevölkerungsklassen annehmen zu müssen: 1. Lohn erntende Land- und Stadtarbeiter — proletarians or wage earnings; 2. Land-, Forst-, Gartenwirtschaft treibende Personen — self employing producers; 3. Lehrer, Geistliche, Ärzte, Künstler, Schriftsteller, Angestellte bei öffentlichen Körperschaften — social servants; 4. industrielle Handelsleute, Finanzmänner — traders; 5. Renten beziehende Kapitalisten — idle capitalists; 6. Rechtsanwälte, Privatbeamte, Politiker — retainers. Durchschlagende Unterscheidungsmerkmale gibt Ghent im übrigen nicht an. Wo er von der Klassenethik spricht, nennt er nur mehr die wage earnings, producers, traders. Für die traders gibt es bloß ein Motiv: Gewinnsucht. Sonst gilt die Ethik der usefulness, der Nützlichkeit, Brauchbarkeit (Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen), und die Ethik der fellowship, der brüderlichen Vertretung gemeinsamer Interessen. Zum Teil Auffassungen für und über amerikanische Verhältnisse! Das Ultimatum der sozialen Gerechtigkeit führt dabei zum „cooperative commonwealth“, zur Negation des „Laissez faire, laissez aller“ im entgegengesetzten Extrem, wenn nicht Volk und Staatsgewalt sich frühzeitig auf ihre Pflicht besinnen.

146. Overberghs Klassentheorie¹ behandelt 1. den Ursprung und die Merkmale der Klassen, 2. die Erhaltung der Klassen.

I. *Ursprung und Merkmale der Klassen.* Hierhin gehören folgende Punkte.

1. Die Klassen haben nicht immer existiert. Diesbezüglich herrscht im allgemeinen Übereinstimmung der Ansichten zwischen den Vertretern der historischen Richtung in der Nationalökonomie und den geistigen Führern des wissenschaftlichen Sozialismus.

Nach Engels konnten Klassen nicht entstehen, solange die menschliche Arbeitskraft nicht mehr hervorbrachte als den Unterhalt des arbeitenden Individuums. Andernfalls hätte der Unterdrückte mehr gekostet als eingebracht. Es fehlte das Interesse an der Unterdrückung. Den bezeichneten Grad der Produktivität aber erreichte die Arbeit, nach Engels, mit der Erfindung des Webens und des Schmelzens von Mineralien (Metalle). Der erste Teil dieser Behauptung ist lediglich eine Anwendung des ökonomischen Prinzips. Fremde Arbeit, die sich nicht bezahlt, begehrt und gebraucht niemand. Der zweite Teil aber enthält eine Hypothese und Verallgemeinerung, wie sie in der sog. romantischen Periode der Soziologie nicht selten waren. Eine geschichtliche Begründung fehlt und kann bei dem gegenwärtigen Stand der Wissenschaft nicht erbracht werden. So schwebt auch die Behauptung, daß die Klassenbildung zuerst mit dem Eintritt der Sklaven in die Familienwirtschaft beginne, in der Luft. Warum konnte sich nicht innerhalb des Stammes selbst eine Ungleichheit ausbilden, die hinreichte, um das Entstehen eines Klassenunterschiedes zu erklären?

Schmoller scheint letzterer Ansicht zu sein. Wenn die ursprünglichen sozialen Gruppen eine gewisse Ausdehnung der Zahl erreicht haben, dann entsteht allmählich eine zentrale Autorität; es finden sich Besitzer größerer Herden, mächtige Priester und Anführer im Kriege usw. Die Blutsverbindung, der Familien- und Geschlechtszusammenhang, der ursprünglich in allem die Einheit aufrecht erhielt, schwächt sich mit dem Anwachsen der Gruppen ab. Nicht nur Verschiedenheiten,

¹ La Classe sociale 164 ff.

auch Gegensätze bilden sich aus; es bedarf daher nicht erst der Überführung von Kriegsgefangenen in die Sklaverei, um den Beginn der Klassenbildung herbeizuführen bzw. zu verstehen. Aber auch Schmollers Behauptungen sind mit Recht vorsichtig und ziemlich unbestimmt.

Man mag also annehmen, daß in den Anfängen der Gesellschaft, wo der Familienzusammenhang noch kräftig einigend wirkte, Klassen nicht bestanden haben. Den Zeitpunkt ihrer Entstehung aber irgendwie genau festzustellen, dazu reichen unsere heutigen Kenntnisse nicht aus.

2. Sind die Klassen in einer Gesellschaft einmal entstanden, dann verschwinden sie nicht mehr daraus. Sie erscheinen dann als Bedingung ihrer Entwicklung. Ohne Zweifel wechselt ihre Form, ihr Name. Sie vermischen sich, verbinden sich, formen sich um. Doch niemals sterben sie, ohne wiedergeboren zu werden. Das ist die übereinstimmende Meinung aller Soziologen, Nationalökonomien, Sozialisten.

3. Was immer auch der Ursprung und die geschichtliche Ursache der Klassenbildung sein mag, die Basis, das Fundament der Klasse ist ökonomischer und juridischer Art. Die „Achtung“, deren sich die Klassen in der Gesellschaft erfreuen, und der „Rang“, der ihnen zugewiesen wird, stützt sich regelmäßig auf den Reichtum und das Einkommen, über welche sie verfügen. Um dieses ökonomische Moment wie um den wesentlichen Kern gruppieren sich dann noch die Rechte und Privilegien, Sitten, Gewohnheiten, kurz, alles was die Klassen mehr äußerlich voneinander unterscheidet.

Man erinnere sich an die Geschichte der Klassen und Klassenkämpfe¹. Sind es nicht Besitzunterschiede, welche auch die heute im Vordergrund des Interesses stehenden Klassen, die kapitalistischen Unternehmer und die proletarischen Lohnarbeiter, voneinander scheiden? Und wenn man noch von andern Klassen reden will, den Grundeigentümern im Gegensatz zu den industriellen Unternehmern, den mittleren Klassen (Bauern, Handwerkern, kleinen Händlern), oder von den Unterklassen, die zuweilen auch als selbständige Klassen aufgefaßt werden, von den Rentnern, den öffentlichen oder privaten Beamten usw., gibt es unter all diesen auch nur eine, die nicht auf ökonomischem Fundamente sich aufbaute? Alle sind gegründet auf dem Besitz von Reichtümern oder einer bestimmten Art von Reichtümern, auf dem Erwerb von Einkommen oder einer bestimmten Art von Einkommen. Und welches ist das Ziel, das in den Klassenkämpfen verfolgt wird, welches sind die Motive, die Triebkräfte dabei? Nichts anderes in letzter Reihe als die materielle Wohlfahrt, die Verbesserung der ökonomischen Verhältnisse. Dieses Ziel verbirgt sich auch hinter Bestrebungen, die zunächst rechtlicher oder politischer Art sind, wo zum Beispiel die Arbeiterklasse kämpft um die Koalitionsfreiheit, um das allgemeine Stimmrecht usw. Man kann dies alles zugeben, ohne das marxistische Wertgesetz, seine

¹ Vgl. Schmoller, Grundriß II 496—558. Kautsky, Die Klassengegensätze im Zeitalter der französischen Revolution (Neue Ausgabe der „Klassengegensätze von 1789“) (1908).

Mehrwerttheorie oder die Einseitigkeiten der materialistischen Geschichtsauffassung anzuerkennen. Nicht bloß Klassenkämpfe sind die einzigen treibenden Kräfte in der Geschichte. Die persönliche Initiative der Individuen, der Einfluß ideologischer Faktoren darf dabei gewiß nicht übersehen werden. Dennoch nehmen die Klassenkonflikte einen bedeutenden Platz ein in der historischen Entwicklung, deren Verständnis unmöglich ist ohne die ausgiebige Beachtung des ökonomischen Momentes. Das beweisen unleugbar die Verhältnisse der Gegenwart, nicht minder die mittelalterlichen Kämpfe zwischen Knechten und Herren, Grundeigentümern, städtischen Kaufleuten, Patriziern, Handwerkern, Gesellen. Immer dasselbe: die einen kämpfen für die Erhaltung der Privilegien ihrer ökonomischen Stellung, die andern um Verbesserung ihrer ökonomischen Lage. Das gleiche lehrt die Geschichte des Altertums. Nitzsch, Mommsen, Hirschfeld, Droysen, Ed. Meyer, Beloch, Pöhlmann, Weber, Schmoller, Kautsky usw., sie alle wissen uns nichts anderes zu sagen. Und so wird es auch im Orient gewesen sein, dessen Geschichte uns in dieser Beziehung allerdings noch wenig bekannt ist. Die Kasten waren etwas ganz anderes als das, was wir „Klassen“ nennen. Erstere sind umgrenzt, auf einen bestimmten Beruf beschränkt, verbunden durch gemeinsame Abkunft, durch eigene Gewohnheiten, besondere Regeln ausgezeichnet, exklusiv, separatistisch; ganz anders die Klassen, die überall geringer an Zahl, weiter an Umfang und weniger bestimmt umgrenzt erscheinen. Doch wird angenommen, daß auch in Indien von alters her Klassen bestanden haben.

4. Klasse und Beruf sind somit grundverschiedene Begriffe. Der Beruf bezieht sich auf die Beschäftigung, die Klasse auf Besitzverhältnisse. Man kann von „Berufsklassen“ sprechen, die Berufe in Gruppen einteilen. Die Glieder bestimmter sozialer Klassen wenden sich regelmäßig diesem oder jenem Berufe aus einer bestimmten Berufsklasse dauernd zu¹. Das hebt aber den begrifflichen Unterschied zwischen sozialer Klasse und Beruf keineswegs auf.

5. Es ist der Kapitalreichtum, Besitz oder Nichtbesitz der Produktionsmittel, was die Unterlage der sozialen Klassen bildet. Dadurch wird die Art des Reichtums näher bestimmt, der, wie oben ausgeführt, als Basis der Klassen zu gelten hat: das unbewegliche oder bewegliche Produktivkapital, und zwar der Kapitalbesitz innerhalb einer auf Privateigentum gegründeten Gesellschaftsordnung.

Die Scheidung der produktiven Reichtümer in Boden und bewegliches Kapital kann rivalisierende Klassengruppierungen herbeiführen. Innerhalb derselben Rechtsordnung aber sind dies mehr Unterklassen, die, trotz mancher Gegensätze, durch die gemeinsamen Eigentümerinteressen verbunden bleiben. In unsern abendländischen Staaten, die alle mehr oder minder von den Wirkungen der Revolution von 1789 betroffen wurden, umfaßt die „Bourgeoisie“ des 19. Jahrhunderts beide Gruppen zugleich. Außer Zweifel steht ferner, daß auch ein Unter-

¹ Vgl. den Begriff „Berufsklasse“ auch bei Bücher, Entstehung der Volkswirtschaft. Verschiedene Berufsarten sind gleichen sozialen Ranges, setzen ein gleiches oder ähnliches Bildungsniveau voraus usw.

schied in der Größe jener produktiven Reichtümer eine Klassenbasis bieten kann. Man erinnere sich nur an die römischen Klassen der primitiven Republik.

6. Wie aber werden im Laufe der Geschichte die Produktivgüter erworben?

Wo Erbrecht gilt, folgen die Kinder ihren Eltern im Besitze nach. Die hauptsächlichsten Quellen der Bildung dieser Nachfolger sind, neben den natürlichen Eigenschaften, Nachahmung und Erziehung. In den Urzeiten waren es Individuen, ausgezeichnet durch größere Intelligenz, Geschicklichkeit, Körperkraft usw., die sich eine bevorzugte Stellung verschafften und dieselbe zu verteidigen imstande waren. Was konnte natürlicher sein, als daß gleiche Interessen, der Verkehr usw. eine Annäherung und Verbindung dieser wirtschaftlich Erhöhten herbeiführten? Dort, wo in früheren Zeiten eine erobernde Rasse eine andere sich unterwarf, bildeten die Sieger die höhere, die Unterworfenen die niedere Klasse. Wo im Laufe der Geschichte die Klassen „geschlossen“ wurden, da bleibt das Aufsteigen einzelner ausgezeichneten Elemente der unteren Klasse ein Ding der Unmöglichkeit. Es bildet sich da leicht aus den aufstrebenden Individuen eine besondere Unterklasse, die im kritischen Moment nicht selten siegreich die höhere Klasse gewinnt oder unterwirft. Wo die Klassen „offen“ bleiben, da steigen Elite-Individuen der unteren Klasse auf in die höhere Klasse, der sie selbst oder ihre Nachkommen sich rasch assimilieren. In ihrer Blütezeit zählen die höheren Klassen in der Regel die kräftigsten, energischsten und zum Teil auch die tüchtigsten Individuen zu ihren Gliedern, wenn auch Zufall und Glück nicht ausgeschlossen bleiben.

7. Die ökonomische Funktion der höheren Klassen war in der Gegenwart Bildung und Leitung der Vorräte von Produktionsmitteln. Ähnlich auch in der Vergangenheit, wenigstens unserer abendländischen Gesellschaft. Die Funktion der niederen Klassen führte sich darauf zurück, daß sie ihre Arbeitskraft der nationalen Produktion darboten: fonctions opératives im Gegensatze zu den fonctions régulatives, wie Goblot unterscheidet. Zwischen beiden Extremen stehen die mittleren Klassen, die ihre eigenen Produktionsmittel selbst anwenden. Ihre ökonomische Funktion ist eine doppelte: das notwendige, jedenfalls nützliche Mittelglied zwischen den äußersten Klassen zu bilden, die produktive Arbeit intensiver zu gestalten.

8. Die soziale Funktion der höheren Klassen bestand in der Leitung des sozialen Lebens. Die „Leitung“ hatte der sozialen Entwicklung auf allen Punkten zu dienen. Sie ergab sich aus der ökonomischen Stellung, wie die Wirkung aus der Ursache.

9. Nicht der Einfluß, der aus der ökonomischen und sozialen Funktion erwächst, bildet die Klasse¹; er ist nur die Folge jener Funktionen, die sich selbst wieder letztlich auf die Tatsache des Eigentums an den Produktivgütern zurückführt. Nicht deshalb

¹ Gegen Edmond Goblot gerichtet.

ist die Bourgeoisie eine Klasse, weil sie Einfluß besitzt, sondern sie hat Einfluß, weil sie die Klasse des mobilen Kapitalbesitzes ist usw.

10. Wesentlich gehört zum Begriff der sozialen Klasse der Rang, die Abstufung (untere, mittlere, höhere Klasse); in den Zeiten des Ancien Régime auch noch das gesetzliche Privileg, an dessen Stelle später die Achtung, die der ökonomischen und sozialen Funktion entspricht. Es handelt sich dabei um Aufgaben und Vorzüge, die nicht durch das Gesetz bestimmt sind, die auf Tatsachen und Meinungen beruhen.

11. Die drei hauptsächlichlichen Ursachen der Klassenbildung, nach ihrer respektiven Wichtigkeit gruppiert, sind folgende: a) der Besitz des Reichtums, b) die Rasse (spielt nur in alten Zeiten eine vorwiegende Rolle), c) die Arbeitsteilung.

12. Die äußere Form der Klassen wechselt im Laufe der Geschichte, ist namentlich bedingt durch die geltende Verfassung des sozialen und staatlichen Lebens.

Im Mittelalter kämpften zuweilen die „niederen“ Gewerbe gegen die „höheren“. Hier blieb die Form eine professionelle. Heute sucht die Arbeiterklasse die Form einer politischen Partei zu gewinnen, soweit nicht besondere Verhältnisse, vor allem das stärkere religiöse Motiv, eine Scheidung der Arbeiter bewirkt. Wo die Vereinsbildung frei ist, wählen die sozialen Klassen mit Vorliebe auch diese (z. B. die gewerkschaftliche) Form. Große Föderationen fassen dann nicht selten unter verschiedenen Namen die örtlichen Vereinigungen und Berufsgruppen zusammen. Je nach den Ländern haben solche Verbände größere oder geringere Rechte, deren Erweiterung sie zugleich mit der Rechtspersönlichkeit zu erlangen sich bestreben.

13. Individuen, Besitzer oder Nichtbesitzer der Produktionsmittel, sind die Elemente, welche die respektive Klasse zusammensetzen. Das Weib gehört zur Klasse des Mannes, die Kinder zu der des Vaters. Ausnahmen von dieser Regel sind selten. Mit erlangter Selbständigkeit kann das Kind zu höheren Stufen emporsteigen. In dem Maße, als der Unterricht aller Grade sich verallgemeinert, würde dieser Fall häufiger eintreten.

14. Die Grenzen der Klassen sind, wie dies bei den meisten sozialen Begriffen der Fall, nicht scharf markiert. Die Klassen bleiben verschieden, wenn auch ihre Grenzen sich manchmal zu berühren scheinen.

15. Die Begriffsbestimmung der sozialen Klassen ist hiernach unschwer zu finden: es sind ansehnliche soziale Gruppen nach Art von gesellschaftlichen Schichten, gegründet auf die Tatsache des Besitzes oder Nichtbesitzes der Produktionsmittel, der Arten von Produktionsmitteln, der Größe dieses Eigentums. Die Leitung oder Betätigung der ökonomischen Produktion und des sozialen Lebens bildet ihre Funktion. Sie sind abgestuft nach den Diensten, die sie der Gesellschaft leisten.

Ihre Glieder sind Individuen der gleichen oder ähnlichen ökonomischen Lage. Die Familie folgt der Klasse ihres Urhebers. Die Form der Klassengruppierung ist verschieden im Laufe der Geschichte.

Diese Klassen finden sich in allen großen geschichtlichen Gesellschaften. Einmal entstanden, verschwinden sie nicht mehr in einer gegebenen Gesellschaft. Sie bilden sich um oder entstehen von neuem.

Man könnte gegen diese Klassenlehre van Overberghs einwenden, daß die ausgesprochene Basierung der Klasse auf den Besitz oder Nichtbesitz der Produktionsmittel den tatsächlichen Verhältnissen nicht entspreche. Denn a) jene Einteilung würde nur zu den zwei Klassen führen, die der wissenschaftliche Sozialismus zunächst noch übrig läßt, Bourgeoisie und Proletariat, während doch tatsächlich noch eine dritte Klasse, die Mittelklasse, vorhanden sei. Allein hierauf ließe sich erwidern, die Bezugnahme auf Besitz und Nichtbesitz sei hier nur ganz allgemein, quasi-generisch, zu verstehen. Die Berücksichtigung der Größe wie auch der Art des Besitzes werde dabei stillschweigend eingeschlossen. Tatsächlich erkennt ja auch van Overbergh die klassenbildende Kraft der Größe und Art des Besitzes an. Er tritt für die Existenz der Mittelklasse (Klein- oder Mittelbetrieb) ein, wie er auch zwischen Grundbesitz und mobilem Kapitalbesitz unterscheidet. Dann noch b) dürfte es Zweifel erregen, ob das gewählte Fundament ausreiche, um alle Personen, die tatsächlich zu den verschiedenen Klassen gehören, als Elemente ihrer Klasse erkennen zu lassen. Zu den höheren Klassen gehören ja nicht bloß die großen Kapitalbesitzer, sondern auch die höheren Privatbeamten, die hohen Staatsbeamten, berühmte Künstler und Gelehrte usw., alles Leute, die nicht im Besitz von Produktionsmitteln sind, die nicht einmal alle von ihren Eltern Reichtum ererbt oder durch Heirat erworben haben. Der Mittelklasse werden ebenfalls Privat- und Staatsbeamte, liberale Berufe beigezählt. Allerdings, aber der großen Masse nach sind die höheren und mittleren Klassen doch durch solche Elemente besetzt, die über entsprechende Produktionsmittel verfügen. Dazu kommt, daß die höheren und mittleren Berufsklassen nichtwirtschaftlicher Art für gewöhnlich wenigstens über einen größeren oder mittleren Besitz verfügen oder wenigstens aus Kreisen der Bevölkerung hervorgehen, denen ein solcher Besitz zur Verfügung steht. Regelmäßig ist dabei auch das Einkommen in einer der Klassenstellung genügenden Weise abgestuft.

Dennoch bleibt das Bedenken, ob van Overberghs Klassenbegriff, selbst für die heute herrschende Auffassung, nicht doch zu enge mit dem Eigentum oder Nichteigentum speziell der Produktivinstrumente verbunden ist, ein Bedenken, dem neuerdings auch Gustav Schmoller Ausdruck verliehen hat.

Die Besprechung der Overberghschen Schrift durch Schmoller¹ scheint im übrigen außer Zweifel zu stellen, daß Schmoller der Unterscheidung zwischen Standes- und Klassenschichtung keine entscheidende Bedeutung beimißt. Er tritt mehr auf die Seite von Arthur Bauer, an dem er die elegante und scharfsinnige Behandlung der psychologischen Seite des „Klassenproblems“ rühmt. Man kann den historisch-psychologischen Ausführungen Schmollers die höchste Anerkennung zollen, sie im weitesten Umfange als richtig und wertvoll gelten lassen, zugleich aber bedauern, daß dadurch Büchers und Overberghs Ausstellungen gegenüber

¹ Jahrbuch 1908, 1. Heft, 313 ff.

der Klassentheorie des berühmten Nationalökonomen noch nicht vollends entkräftet seien. Insbesondere führt Schmoller für die ihm behauptete Art der Vererbung (nicht bloß durch Einflüsse des Milieus, durch Nachahmung und Erziehung, sondern auch im physiologischen Sinne), wie gesagt, keine neuen Gründe an.

II. *Erhaltung der Klassen.* Das Leben jeder Gesellschaft wie jedes Individuums begegnet feindlichen, störenden, verwirrenden Kräften, äußeren oder inneren, die es vernichten, in seine Elemente auflösen und diese fremden Gruppierungen preisgeben würden, wenn nicht jenen Ursachen der Vernichtung Kräfte der Erhaltung gegenüberstünden, welche die Verbindung der Elemente wahren, ihre Einheit so lange schützen, bis sie endlich, gemäß dem Los aller irdischen Dinge, den auflösenden Mächten, die sie bedrängen, zum Opfer fallen (Simmel). Und diese erhaltenden Kräfte, welches sind sie für die Klasse?

1. Das Gesetz der Einheit. Es ist jene relative Einheit, die sich aus demselben ökonomischen Interesse im oben bezeichneten Sinne ergibt.

2. Das Gesetz der Klassenkontinuität, zunächst nach seiner quasi-physiologischen Seite hin: In der Kaste vererbte sich die Spezialisierung, in der Klasse vererbt sich die ökonomische und soziale Lage. Unter der Herrschaft des Ancien Régime vereinten die Bande des Blutes auf Grund der legalen ständischen Ordnung verschiedene Generationen derselben Klasse; heute wird man ohne ständische Ordnung Bürger oder Proletarier durch die Geburt. Die höheren Klassen erfrischen, verjüngen sich durch die Aufnahme von tüchtigen Elementen der unteren Klassen. Vielleicht daß in Zukunft durch Verallgemeinerung des Unterrichts in allen seinen Graden eine Verstärkung dieses Aufsteigens ermöglicht wird bis zu dem Punkte, daß die ganze Elite der unteren Klassen immer wieder sich erhebt und bis zur Spitze der leitenden Klassen sich emporringt. Dadurch würde die soziale Kontinuität nicht beseitigt, sondern nur von ihren Mißbräuchen geläutert und vervollkommenet werden. Psychologisch wird die Kontinuität gewahrt durch die intellektuelle und moralische Übereinstimmung der folgenden mit der vorausgehenden Generation. Das gleiche oder ähnliche Milieu, Nachahmung und Erziehung erhalten den Typus. Ein intellektuelles und moralisches Patrimonium, Ideen, Gebräuche, Gewohnheiten vererben sich von Geschlecht zu Geschlecht.

3. Das Gesetz der Anpassung fordert von der Klasse, was für das Leben jeder Gesellschaft notwendig ist: jedesmalige Übereinstimmung der Funktionen mit den wechselnden Bedürfnissen des wirtschaftlichen und sozialen Lebens.

4. Das Gesetz der Differenzierung bezieht sich auf die Notwendigkeit der Bildung besonderer, für die Ausübung der ökonomischen und sozialen Funktionen geeigneter Organe, entsprechend dem wechselnden Bedürfnis der gesellschaftlichen Entwicklung.

Ein Beispiel der Anpassung und Differenzierung bietet die Bourgeoisie. Sie hat, nach dem Kommunistischen Manifest, „in ihrer kaum hundertjährigen Klassenherrschaft massenhaftere und kolossalere Produktionskräfte geschaffen als alle vergangenen Generationen zusammen. Unterjochung der Naturkräfte, Maschinerie, Anwendung der Chemie auf Industrie und Ackerland, Dampfschiffahrt, Eisenbahnen, elektrische Telegraphen, Urbarmachung ganzer Weltteile, Schiffbarmachung der Flüsse, ganze aus dem Boden hervorgestampfte Bevölkerungen — welches frühere Jahrhundert ahnte, daß solche Produktionskräfte im Schoße der Gesellschaft schlummerten!“ Allein „die moderne bürgerliche Gesellschaft, die so gewaltige Produktions- und Verkehrsmittel hervorgezaubert hat, gleicht dem Hexenmeister, der die unterirdischen Gewalten nicht mehr zu beherrschen vermag, die er heraufbeschwor“.

Allerdings hatte die Bourgeoisie allzulange gezögert, ihrer sozialen Funktion zu genügen und den sozialen Bedürfnissen der Gegenwart sich anzupassen. Jetzt wird man sich noch zu großen Umwandlungen verstehen müssen, um der Umwälzung aller Verhältnisse zu entgegen.

Es bedeutet einen Vorteil für jede Klasse, wenn sich in ihr ein Kern auserlesener Persönlichkeiten findet, die imstande sind, für die Klasse einzutreten, aber auch allzu leidenschaftliche Begierden und Strebungen der Klasse zu mäßigen. Normalerweise erlangen solche Persönlichkeiten die Führung. Diese Tatsache haben einzelne Soziologen als „Gesetz der Elite“ bezeichnet.

5. Das Gesetz der Solidarität stärkt, festigt das bereits vorhandene soziale Band, einigt die Elemente der Klasse in der Gemeinschaft der Interessen und des Kampfes gegen innere und äußere Feinde. Diese Solidarität kann sich in einseitiger Weise zum blinden Haß ausbilden, zum unversöhnlichen Kampfe führen, auch jede selbständige Regung innerhalb der Klasse terroristisch unterdrücken. Unter Umständen schafft sie eine mehr oder minder feste Klassenorganisation mit fast militärischer Disziplin.

Zu den am meisten bemerkbaren Folgen des Gesetzes der Solidarität gehört eine gewisse Gleichförmigkeit in dem äußeren Verhalten, den Meinungen, Ideen unter den Gliedern derselben Klasse, wenn auch heute in Europa ein größerer oder geringerer Spielraum für Individuum und Individualität freibleibt, trotz ähnlichen Erziehungsganges usw. selbst der „distinguierten“ Kreise. In Amerika würde es schwer sein, die Carnegie, Vanderbilt, Morgan von ihren zahlreichen Angestellten äußerlich zu unterscheiden.

6. Das Gesetz des sozialen Dogmatismus bezieht sich auf die Tatsache, daß jede Klasse in der Periode ihrer vollen Kraft ihre Existenz und Entwicklung durch Dogmenbildung schützt. Die Gesetze der kapitalistischen Volkswirtschaftslehre in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts waren z. B. im Sinne der liberalen Ökonomen dauernde, unveränderliche „Naturgesetze“. Und ist nicht auch der wissenschaftliche Sozialismus „Dogmatismus“, positiv und negativ, im schlimmsten Sinne des Wortes? Wahrhaft erhaltendes Gesetz ist eine Gesinnung, die sich

beugt vor der Wahrheit und dem Gesetze des Allerhöchsten, das allen Klassen ohne Ausnahme zum Segen gereicht, den Mißbrauch in der ganzen Gesellschaft fernhält.

7. Die Tendenz, die Privilegien zu mehren, die Pflichten zu mindern, einen Abschluß gegen außen herbeizuführen, zeigt sich allmählich — wie behauptet wurde — in jeder geschichtlichen Klassenbildung. So hat der Adel des Ancien Regime schließlich nur noch Privilegien ohne Lasten gehabt. Bei der Bourgeoisie offenbart sich eine ähnliche Tendenz: viele Eigentümer beschränken sich oft darauf, ihren Reichtum zu genießen, während besoldete Direktoren das Unternehmen leiten.

In der Tat scheint eine herrschende Klasse, die ihre ökonomische und soziale Funktion nicht mehr selbst ausübt und sich damit begnügt, ihrer Privilegien sich zu erfreuen, der Dekadenz und dem Untergange zu verfallen, wie der Adel des Ancien Regime zugrunde gegangen ist. Auf diesem Punkte war die heutige Bourgeoisie noch nicht angekommen. Die Zahl derjenigen, die ihr Kapital direkt ausnützen, war niemals so groß gewesen wie vor dem Weltkriege. Überdies gehörten die Direktoren der großen Unternehmungen selbst der Bourgeoisie an. Allerdings würde die Stellung der Bourgeoisie erschüttert und unhaltbar werden, wenn sie sich gegen das Aufsteigen neuer Elemente aus den andern Klassen abschließen, sich auf den Genuß der Vorteile ohne Leistung der Dienste, welche jene Vorteile rechtfertigen, zurückziehen wollte. An ihre Stelle würde dann allmählich jene aktive Klasse treten, die die sozialen und ökonomischen Funktionen der dekadenten Klasse tatsächlich ausübt.

8. Das Gesetz des Wachstums, der Erweiterung, der Ausdehnung begleitet den Zug der Klasse im Laufe der Geschichte. Anfangs klein und schmal, im Busen der Stämme, der antiken Städte, wachsen die Klassen mit den Nationen und überschwemmen heute mit ihren Organisationen die ganze ökonomische Welt. Proletarier aller Länder, vereinigt euch! Was Marx und Engels 1847 forderten, ist geschehen. Ebenso aber auch überschritten die Vereinigungen der herrschenden Klasse in der Form von Trusts und Kartellen Grenzen und Meere. Das Wachstum setzt Kraft voraus. Die Kraft aber ist gebunden an die ökonomische Bedeutung der Klasse. Nimmt diese ab, dann stockt das Wachstum.

9. Das angebliche Gesetz der Verminderung der Zahl der Klassen mit fortschreitender Zivilisation, wie das Kommunistische Manifest es aufgestellt, läßt sich historisch nicht erweisen. Mögen die Klassen in der Zeit des Ancien Regime zahlreicher gewesen sein als unsere heutigen; waren sie darum auch weniger zahlreich als die Klassen der antiken Gesellschaft? Und ist es richtig, daß es heute nur zwei Klassen gebe: Bourgeoisie und Proletariat? Noch ist die Mittelklasse da; wer weiß, ob nicht neue Bedürfnisse, neue Erfindungen, neue Kräfte, eine veränderte

Technik, neue Formen der Assoziation gerade sie wieder zu einer siegreich vordringenden Klasse machen werden?

10. Die Unterklassen beruhen für gewöhnlich auf der Verschiedenheit der Arten des Eigentums oder der Produktionsmittel (wie Grundeigentum und industrielles Kapital).

11. Von einem Gesetz der abnehmenden Scheidung im Hinblick auf die ganze Menschheit kann man wohl kaum sprechen. Aber innerhalb jeder wahren Zivilisation schwächen sich die Klassenunterschiede wohl in gewisser Weise ab. Nimmt man als Vergleichspunkt unter den verschiedenen einander folgenden Zivilisationen die Lage speziell der unteren Klasse, so zeigt sich da ein beständiger Fortschritt zur Freiheit hin: Sklaven, Leibeigene, moderne Proletarier. Wenigstens unter dieser Rücksicht darf man von einer geschichtlichen Tendenz zur Verminderung der Ungleichheit der Lage sprechen, jedenfalls von einer Tendenz zur Hebung der unteren Klassen.

12. Mit dem Dasein, Leben, der Entwicklung der Klassen bildet sich gewöhnlich ein gewisser Klassengegensatz aus, der in verschiedener Weise sich äußert.

a) So stößt z. B. die Ehe zwischen Gliedern verschiedener Klassen in Familie und Klasse auf nicht geringe Hindernisse. Allein derartiges bildet nur die kleine Seite der Gegensätzlichkeit.

b) Mögen auch die Sozialisten in agitatorischer Absicht jenen Klassengegensatz übertrieben haben, dennoch wächst sich derselbe wiederholt in der Geschichte zum schärfsten Antagonismus, bis zum Klassenkampf aus.

Die Gegensätzlichkeit macht sich dann vor allem auf ökonomischem und politischem Gebiete geltend, durch Streiks, politische Parteikämpfe in den Parlamenten, in der Presse, vielleicht auf der Straße.

Läßt sich nun dieser Gegensatz vermeiden? Ist er eine normale oder eine krankhafte Erscheinung?

Der wissenschaftliche Sozialismus erblickt in dem Klassenkampf eine unabweisbare und unausweichliche Notwendigkeit für den gesellschaftlichen Fortschritt. Zahlreiche Nationalökonomien sehen in demselben eine Anormalität.

Leo XIII. schließt sich in der Enzyklika „Rerum novarum“ bekanntlich den letzteren an. Er bezeichnet es gerade als den Hauptirrtum in der Behandlung der sozialen Frage, daß die beiden Klassen geborene Feinde seien. Sie seien von Natur aus aufeinander angewiesen, zur harmonischen Einigung in der Gesellschaft bestimmt wie die verschiedenen Glieder in demselben Körper. Es ist der Standpunkt der katholischen Nationalökonomien und Sozialpolitiker.

Derselben Ansicht ist unter den Soziologen u. a. Durkheim, der den Zustand des Kampfes als eine pathologische Erscheinung bezeichnet, wie er anderseits auch in der „erzwungenen“ Arbeitsteilung eine Krankheitsform erblickt.

Normalerweise, in einer gegebenen Gesellschaft, haben die sozialen Klassen jede ihre besondere Funktion, die einem notwendigen Bedürfnis der Gesellschaft entspricht. Von der ihnen eigentümlichen und vereinten Arbeit hängt das harmonische Voranschreiten und Gedeihen des Ganzen ab. Sie sind darauf angewiesen, sich zu verständigen. Das ist die „These“, welche die Soziologie dem Marxismus gegenüberstellen muß. Wagen wir aber einmal die „Hypothese“, daß vermöge der menschlichen Schwäche die höheren Klassen oder auch die unteren ihre Pflicht nicht erfüllen, dann werden feindselige Gefühle entstehen, die zunehmend bis zu jenen scharfen sozialen Konflikten führen können, wie wir sie in der heutigen Gesellschaft vor Augen haben. Das ist dann jener „pathologische Zustand“ im Sinne Durkheims und wie Papst Leo XIII. ihn beklagte.

Im Hinblick auf die „erzwungene“ Arbeitsteilung bemerkt Durkheim, daß nicht einmal unter der Herrschaft des Kastenwesens die Verteilung der sozialen Funktionen immer die Wirkung eines Zwanges gewesen sei, der notwendig die Empörung der unteren Klassen heraufbeschwören müsse. Der Zwang beginnt, wie Durkheim sagt, erst da, wo die Leitung nicht mehr der wahren Natur der Dinge entspricht, folglich nicht mehr in den Sitten ihre Grundlagen hat, sondern lediglich durch Gewalt sich behauptet. Dann beginnt die Ära der Konflikte; die Gesellschaft ist in einem krankhaften Zustande.

Zwischen diesen beiden Polen normaler und anormaler Zeiten bewegt sich die innere Geschichte der Gesellschaften. Es scheint, daß die Beobachtung unserer abendländischen Gesellschaft diese Regel bestätigt. Je besser die oberen Klassen ihrer Funktion der Leitung sich entledigen, um so weniger äußert sich der Klassen Gegensatz. Wo sie durch welche Ursachen auch immer weniger ihrer Funktion entsprechen, da entwickeln sich die Gegensätze zur Feindschaft.

c) Eine durch Klassenkämpfe zerrissene Gesellschaft ist also krank. Welches Heilmittel soll man vorschlagen? Durkheim fordert eine radikale Änderung der bestehenden Verhältnisse. Wenn die Einrichtung der Klassen, sagt er, anstatt zur Solidarität zu führen, schmerzliche Zerrissenheit in der Gesellschaft hervorruft, so kommt das daher, weil die Verteilung der sozialen Funktionen nicht oder nicht mehr der Verteilung der natürlichen Talente entspricht. Soll die Harmonie hergestellt werden, dann muß an Stelle des Zwanges die „Spontaneität“ in der Arbeitsteilung treten. Das besagt nicht bloß die Abwesenheit jeder formellen Nötigung, sondern überhaupt jedes Hindernisses, das die Individuen abhält, den Platz in der Gesellschaft einzunehmen, der den Fähigkeiten eines jeden gebührt. Mit einem Worte: „spontan“ ist die Arbeitsteilung, wenn die Gesellschaft eine solche Verfassung gewinnt, bei der die sozialen Verschiedenheiten die natürlichen Verschiedenheiten genau zum Ausdruck bringen. Dazu ist erfordert und genügt, daß die natürlichen Verschiedenheiten durch keine äußere Ursache erhöht oder herabgesetzt werden. In den äußeren Bedingungen des Wettstreites muß volle Gleichheit herrschen. Diese findet sich nicht in einem Zustande der Anarchie, sondern einer weisen Organisation, wo jede soziale Kraft ihrem wahren Werte nach

geschätzt wird. Zu den Hindernissen aber, welche die äußeren Bedingungen des Kampfes für die Individuen sehr ungleich gestalten, gehört insbesondere eine der Grundlagen unserer heutigen Eigentumsordnung: die Vererbung der Güter. Diese Einrichtung wird darum von Durkheim verurteilt.

Im übrigen dürfte nach Durkheim der heutige Klassenkampf fort-dauern so lange, bis der Zustand jener „Spontaneität“ dereinst hergestellt sein wird. Ein Heil- oder Milderungsmittel für den gegenwärtigen pathologischen Zustand der Gesellschaft kennt Durkheim nicht.

Anders Leo XIII. in der Enzyklika „Rerum novarum“. Man findet darin durchaus keine Verurteilung der ruhigen und weisen Entwicklung zu einem besseren sozialen Zustande hin, wo etwa auch die oben geschilderte „Spontaneität“ der Arbeitsteilung zur richtigen, gebührenden Geltung käme. Es wird sogar die beste Praxis gelehrt, die, ohne Erschütterung der Gesellschaft, schrittweise zu einer glücklichen Lösung führen müßte und diese Lösung bereits in der Gegenwart vorbereiten würde. Zugleich enthält die vorgeschriebene Praxis ein wirksames Mittel zur Linderung und Überwindung jener häßlich leidenschaftlichen Kämpfe unserer Tage. Und worin besteht diese Praxis? In der allseitigen Anerkennung und Übung der christlichen Moral. Wenn wieder Gerechtigkeit und Liebe in der Gesellschaft herrschen, dann werden die notwendigen Reformen nicht mehr unüberwindlichen Hindernissen begegnen. Wohl bemerkt: das Oberhaupt der katholischen Kirche begnügt sich nicht damit, die innere Reform der im Kampfe begriffenen Individuen zu fordern, ihnen ihre gegenseitigen Pflichten ins Bewußtsein zurückzurufen. Auch der Staat hat für die öffentliche Wohlfahrt aller seiner Bürger praktisch zu sorgen, dabei die Gerechtigkeit strenge zu wahren. Ja die Billigkeit fordert, daß der Staat sich heute ganz besonders der unteren Klassen annehme, ihr Los zu verbessern suche. Stellen wir uns vor, daß ein solcher Geist die Gesellschaft durchdringe, für die Praxis beherrsche, der Geist der Gerechtigkeit und Liebe, würden die Gegensätze nicht dadurch gemildert, würde nicht das richtige Verständnis für notwendige Reformen allgemeiner werden? würde nicht dadurch die beste positive Disposition für das Reformwerk geschaffen?

Daß alle Unterschiede von Klassen und Klassengegensätzen in irgendeinem Zeitpunkte völlig verschwinden werden, ist nicht zu erwarten. Nehmen wir an, ein Zustand der „Spontaneität“ der Arbeitsteilung im Sinne Durkheims verwirklichte sich. Wir würden im Wettstreit siegende und unterlegene Individuen haben: also Verschiedenheiten und oft auch Gegensätze zugleich!

Doch der wissenschaftliche Sozialismus verheißt ja die Beseitigung aller Klassen mit der Aufhebung des Privateigentums an den Produktionsmitteln! Eine Utopie — solange, als die Menschen körperlich und geistig verschiedene Ausstattung aufweisen. Eine erzwungene sozialistische

Gleichheit hat viel weniger noch Bestand als eine erzwungene Arbeitsteilung. Das Individuum fordert sein Recht. Gleichheit ist der Tod der Individualität, ist Knechtschaft und Sklaverei.

d) Objekte des Klassenkampfes sind nach Schmoller¹:

α) Verfassungsrechte, Besetzung der Ämter, Ernennung oder Wahl der Beamten, Wahl der Volks- und Gemeindevertretung, Vereins-, Versammlungs-, Presserecht, Heeres- und Gerichtsverfassung, Stellung der Kirche und Schule, Abstellung von Mißbräuchen der Verwaltung;

β) das eigentliche Standes- und Ehrecht, Standes- und Klassenprivilegien und deren Beseitigung;

γ) Verteilung des Einkommens, wie sie einerseits durch das Spiel der freien Kräfte auf dem Markt erfolgt, und wie sie andererseits durch die rechtliche Ordnung des wirtschaftlichen Lebens gestaltet wird.

Dieser letzte Punkt ist der wichtigste, insofern er die Basis berührt, auf der die Klasse ruht.

13. Die Herrschaft der Klasse bezieht sich zunächst auf das ökonomische, aber auch auf das politische Gebiet. Nehmen wir z. B. einen Staat, in dem der Kaufmann die wichtigste Rolle spielt, die italienischen Stadtstaaten, das moderne England. Da sehen wir die Gesetzgeber sich bemühen, Gesetze einzuführen, die dem Handel günstig sind. Die Richter fällen ihre Urteile, indem sie mit dem Geiste des Handels sich erfüllen. Die Regierungen sind besorgt um die Entwicklung der Marine, der Kolonien usw. Mißbraucht die herrschende Klasse ihren Einfluß, wird ihre Herrschaft zu ungerecht und hart, dann erst tritt eine Reaktion ein, ein nicht selten langer und bitterer Klassenkampf.

14. Der Gegensatz der Klassen ist kein absoluter. Trennen sie die jeder Klasse eigentümlichen Interessen, so bleiben sie zugleich verbunden durch die Zwecke der gleichen Gesellschaft, der sie angehören, durch nationale Bande, die staatliche, nationale Solidarität, die alle allgemeinen gesellschaftlichen Institutionen durchdringt.

Man kann als Regel gelten lassen: je mehr die großen nationalen und patriotischen Ziele vorherrschen, je weniger die besondern Klasseninteressen hervortreten, um so leichter ertragen sich die Klassen, um so eher mildern sich ihre gegenseitigen Beziehungen.

Zur Verteidigung des vaterländischen Bodens einigten sich schon oft einander widerstrebende Klassen, nach dem Zeugnis der Geschichte. Da gab es keine Besitzer und Nichtbesitzer von Produktionsmitteln mehr, sondern Bürger, die für ihre gemeinsame Freiheit stritten. Und so bezeugten auch 1914 die Führer der sozialistischen Partei in Deutschland, der auswärtige Feind werde nur Patrioten vorfinden. Der Weltkrieg hat gezeigt, daß diese Worte keine bloße Phrase waren. Wäre es anders,

¹ Grundriß II 543 (1001).

würden die Klasseninteressen Geist und Gemüt des Volkes in dem Maße erfüllen, daß es vor dem Verrat am Vaterlande nicht zurückschreckte, dann hätte die Stunde der nationalen Existenz geschlagen. Ein solches Volk verdiente in der Tat nicht mehr, frei und selbständig zu sein.

147. Unsere Auffassung von Klasse und Stand. Die Klasse ist kein singulärer Begriff. Spricht man auch von einer Klasse, so kann sie doch nicht als einzige existieren. Wo es nicht mindestens zwei Klassen gibt, findet der Begriff „Klasse“ keine Anwendung.

Natürliche Eigenschaften (Alter, Geschlecht, körperliche und geistige Anlagen u. dgl.) bilden vermöge ihrer Unterschiede noch keine sozialen „Klassen“. Die „Klasse“ kann in dieser Hinsicht die größte Mannigfaltigkeit aufweisen und bleibt doch ein und dieselbe Klasse. Stand und Klasse sind Kulturbegriffe.

Das, was die Klassenbildung bestimmt, ist nicht zu allen Zeiten sich gleich geblieben. Im Mittelalter wurden „Klassen“ und „Stände“ nicht strenge voneinander geschieden. Die „soziale“ Klasse war zugleich eine „legale“ Klasse, mit gesetzlichen Ordnungen und Privilegien ausgestattet. Bei der mehr materialistischen Richtung der späteren Zeit und in der modernen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung aber trat der Besitz, der Reichtum in den Vordergrund: er gibt Einfluß, der Kapitalbesitz auch Macht über die Arbeit der Mitmenschen im weitesten Umfang. Tatsächlich ist heute nicht so sehr die geistige, politische, soziale, ökonomische Funktion innerhalb des sozialen Organismus, als vielmehr die Gleichheit der ökonomischen und sozialen Lage der Individuen das für die Klassenbildung Entscheidende, und zwar so, daß der geringere oder größere Besitz, speziell der Kapitalbesitz, bzw. das Fehlen des Besitzes den geltenden Maßstab darstellt, an dem die Rangordnung der Klassen unmittelbar bemessen wird. Allerdings war auch nach dem heutigen Empfinden der Besitz doch nicht so unbestritten die alleinige Ursache der sozialen Klasse. Sehen wir ja, wie immer noch, auch in unsern Tagen hohe Beamte, Berühmtheiten usw. zur obersten Klasse gehören, weil sie, selbst ohne größeren Besitz oder gar Eigentum an Produktionsmitteln, eine hohe Achtung und Wertschätzung bei ihren Mitmenschen genießen und dementsprechend gesellschaftlichen Einfluß haben. Mit dieser Auffassung stimmt dann auch noch immer besser die ganze Art des gesellschaftlichen Verkehrs, *convivium*, *convivium*. Das alles hängt doch zusammen mit einem Gradunterschied der gesellschaftlichen Stellung. Auch der moderne Klassenkampf bezieht sich in seinen letzten Zielen zum Teil mindestens ebenso sehr auf gesellschaftlichen Einfluß und die entsprechende soziale Stellung wie auf Besitz und Genuß.

Beachten wir also bezüglich der gegenwärtigen Verhältnisse ein Doppeltes: heute stellt das soziale Bewußtsein die Besitzschichtung

jedenfalls in den Vordergrund, während in früheren Zeiten die Besitzschichtung mehr hinter der sozialen Funktion, Machtstellung, dem geistigen und geistlichen Range zurücktrat. Bei der gegenwärtigen Entwicklung des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens ist sodann mit der Berufsgleichheit im weiteren Sinne noch keine Gleichheit der Klasse gegeben. Es gibt ganz verschiedene Rangstufen innerhalb desselben Berufes: Unternehmer, Meister, Zwischenmeister, einfache Lohnarbeiter, gelernte Qualitätsarbeiter und ungelernte Arbeiter. Die „Klasse“ bezieht sich auf die soziale Stufenleiter und hierdurch bedingte soziale Verschiedenheiten; der Beruf dagegen führt sich auf die gesellschaftliche Arbeitsteilung zurück, verknüpft sich mit der Idee des sozialen Zusammenarbeitens in der ganzen Gesellschaft. Die Klassenscheidung hat heute über die Berufsgleichheit gesiegt.

Es wird aber die Aufgabe der Gegenwart und der Zukunft sein, die materialistische Auffassung der sozialen Schichtung allmählich zu überwinden, die gesellschaftliche Gruppierung nicht mehr bloß oder vorwiegend unter dem Gesichtspunkt einer starken, schwächeren oder fehlenden Vergoldung der Individuen zu vollziehen. Je mehr die moralisch-organische Einheit des sozialen Körpers im modernen Bewußtsein wiederum Anerkennung findet, um so klarer ergibt sich die Notwendigkeit, bei der sozialen Abstufung von der Gesellschaft als einem Ganzen auszugehen, demgemäß das Hauptgewicht auf die soziale Funktion zu legen, auf die Bedeutung und Wichtigkeit der beruflichen Betätigung für die Gemeinschaft. Das bezieht sich auf die nichtwirtschaftlichen und die wirtschaftlichen Stände, auf die selbständigen Erwerbstätigen in Landwirtschaft, Gewerbe, Handel, wie die neuen Stände der abhängig Erwerbstätigen, Arbeiter, Angestellte, Beamte. Mögen sie in der sozialen Gruppierung der höheren, mittleren oder unteren Klasse angehören, leitende oder ausführende Arbeit innerhalb desselben gesellschaftlichen Berufes ausüben, aller Wirken hat Bedeutung und Wert für die Gesamtheit, und alle haben ebendarum Anspruch auf die ihnen gebührende gesellschaftliche Achtung, Wertschätzung, auf gesellschaftlichen Einfluß.

Kurz: Mit Worms¹ unterscheiden wir eine Teilung der Gesellschaft in doppelter Richtung, vertikal und horizontal. Die vertikale Teilung bezieht sich auf die verschiedenen Berufe. Deren Rangordnung bemißt sich nach dem Zwecke, dem sie dienen, den Aufgaben, welche sie innerhalb der Gesellschaft erfüllen sollen. Die horizontale Teilung bezieht sich auf die Schichtung in eine untere, mittlere, höhere Klasse. Diese Schichtung findet sich in einer Mehrzahl von Berufen, wenn nicht durch sämtliche Berufe hin; sie läßt die zu derselben Schicht gehörigen Personen als eine gewisse Einheit erscheinen. Es ist eine

¹ Vgl. oben S. 666 f.

Schichtung innerhalb jener Berufe je nach der Art, Bedeutung, Umfang der besondern Leistung.

Die gesellschaftliche und wirtschaftliche Funktion bleibt also der primäre Grund für die Teilung der Gesellschaft nach Stand und Klasse. Der Besitz kommt dafür höchstens sekundär in Betracht.

148. Wege zur Milderung der noch herrschenden Klassengegensätze. Sehen wir uns die beiden heute kämpfenden Klassen, Bourgeoisie und Proletariat, etwas näher an.

Das wirtschaftliche Abhängigkeitsverhältnis der Lohnarbeiter, das seine Schatten auch auf das soziale und politische Leben wirft, schon der Umstand, daß sie gelöhnte Arbeiter und nicht Betriebsinhaber sind, daß ihnen nichts als die nackte Arbeitskraft und Einkommen nur aus Arbeit zur Verfügung steht, verbindet unsere heutigen Arbeiter, bei aller Verschiedenheit des Bildungsganges, der beruflichen Arbeitsart, zur Einheit der Klasse, läßt sie leichter über den gemeinsamen Klasseninteressen — freilich nicht ganz — alle sonstigen Verschiedenheiten vergessen, stellt sie in Gegensatz zu den „besitzenden“ Klassen überhaupt. In schärfster Form tritt dieser Gegensatz dort hervor, wo die besitzende Klasse in unmittelbarste Beziehung zum Lohnarbeiter tritt: zwischen dem Unternehmer und dem von ihm beschäftigten Arbeiter. Der Unternehmer erscheint dem modernen Arbeiter vielfach geradezu als der Feind, der ihn ausbeutet, der Kräfte, Gesundheit, Leben, Familienglück des Arbeiters in brutal egoistischer Weise mißbraucht, zerstört, um sich selbst zu bereichern.

1. Der moderne Begriff „Proletariat“¹ entstand wohl um die Mitte des 18. Jahrhunderts und bezeichnet jene unterste Bevölkerungsschicht, die von der Hand in den Mund lebt, die kein Vermögen besitzt und nichts hinterläßt als Nachkommen (proles)². Das Proletariat in seiner gewaltigen Ausdehnung ist Produkt der kapitalistischen Epoche. Die kapitalistische Produktionsweise war die notwendige Bedingung für die Entwicklung derjenigen Klasse, die vornehmlichste Trägerin der Arbeiterbewegung ist in ihrer gegenwärtigen Form. „Diese Produktionsweise kann sich nicht anders entfalten als unter der Bedingung, daß unter dem Befehle einzelner sich Scharen besitzloser Arbeiter zusammenschließen; sie hat zur notwendigen Voraussetzung ein Auseinanderreißen der ganzen Gesellschaft in zwei Klassen: die Inhaber der Produktionsmittel und die persönlichen Produktionsfaktoren. Somit ist die Existenz des Kapitalismus die notwendige Verbedingung des Proletariats und damit der modernen sozialen Bewegung überhaupt“ (Sombart).

¹ Im alten Rom bildeten die „Proletarier“ nach der Volkseinteilung des Servius Tullius die sechste Klasse, die ihrer Armut wegen von der Kriegsteuer, früher auch vom Kriegsdienste frei blieben. Sie nützten dem Staate nur durch die proles. Daher der Name.

² Vgl. Franz Walter, Artikel „Proletariat“ im Staatslexikon IV³. Weisengrün, Der Marxismus und das Wesen der sozialen Frage (1900) 5.

Jener Riß, jener schroffe Gegensatz zwischen den beiden Klassen erklärt sich jedoch nicht aus dem Umstand allein, daß der Unternehmer die Produktionsmittel zu eigen hat, der Lohnarbeiter von diesem Eigentum ausgeschlossen ist. Vielmehr liegt der tiefste Grund des feindlichen Gegensatzes darin, daß der Arbeiter sich überall außerhalb des allgemeinen und umfassenden solidarischen Zusammenhanges gesetzt sieht. Dem Unternehmer gilt er nicht als Mitarbeiter, nicht als persönlicher Produktionsfaktor, sondern als Verkäufer der Ware Arbeitskraft, innerhalb des Produktionsprozesses lediglich als absolut untergeordneter Diener. Er arbeitet für den Herrn, erwirbt diesem die Sicherheit der Existenz oft in Reichtum und Überfluß, während er vielleicht eine unzureichende Löhnung empfängt und der Sicherheit der Existenz, d. i. für ihn des täglichen Brotes, entbehrt. Dazu kam noch, daß er im politischen Leben Lasten tragen, aber der Rechte des Vollbürgers sich nicht erfreuen sollte. Er fühlte sich zugleich an die Gesellschaft gekettet und von ihr ausgeschlossen. Man versteht, wie also das Gefühl oder das Bewußtsein der Entbehrung wirtschaftlicher, sozialer, politischer Solidarität mit den höheren Klassen innerhalb der gegenwärtigen Gesellschaft sein Denken und Empfinden vorbereitete für das sozialistische Ideal gemeinsamen Lebens und Wirtschaftens unter Beseitigung aller Klassenunterschiede, aller wirtschaftlichen und politischen Macht, — daß er über der eigenen Klasse alles andere in der Gesellschaft vergaß, daß für ihn die „Gesellschaft“ schließlich nichts anderes mehr war als die Gesamtheit der „Genossen“, mit denen er in den weit ausgedehnten Fabrikräumen zusammenarbeitete, in den Massenversammlungen und in den gewaltigen Vergnügungsorten der Großstadt zusammen debattierte und sich erfreute (Walter).

Die Einheit der Lage und des Empfindens führte notwendig auch zur Einheit des Wollens, zur Organisation der Klasse. Die gewerkschaftlichen Gruppierungen vollzogen sich zwar nach Berufen. In Wirklichkeit handelte es sich dabei nicht um eine den ganzen Beruf umfassende Gemeinschaft, sondern um Klassengemeinschaft, um Geltendmachung gemeinschaftlicher proletarischer Klasseninteressen, nicht so sehr um Förderung der Berufsinteressen, sondern um ein Zusammenballen der ökonomisch und sozial gleichen Schicht, die, durch die weltwirtschaftliche Entwicklung unterstützt, schließlich dem Rufe gehorchte: Proletarier aller Länder, vereinigt euch! Nur der *modus quo*, die Form, ist beruflich, das *id quod* aber, der Inhalt, ist die Klasse. So auf seiten der Arbeiter, so auf seiten der kapitalistischen Unternehmer. Daher ganz spontan die innige Beziehung, Einheit oder Angleichung jener Organisationen untereinander, das Zusammenwirken verschiedener Richtungen miteinander¹.

¹ Manche Sozialisten weigern sich, wie Gabriel Deville in seinen „Principes socialistes“ bemerkt, von einem „vierten Stande“ zu sprechen. Die Stände setzten eine

Labriola¹ sieht in der „Gewerkschaft“ die eigentliche Klasseneinheit, zugleich den Embryo der sozialistischen Gesellschaft; der Sozialismus sei lediglich die Erweiterung und Vertiefung des gewerkschaftlichen Prinzips. Sozialismus bedeute eben wesentlich die Übernahme der Gesellschaft durch die assoziierten Arbeiter, die Überführung der „kapitalistischen“ Fabrik in die „gewerkschaftliche“ Fabrik.

Spricht das „Kommunistische Manifest“ von einer Bildung des Proletariats zur Klasse, so ist damit als spezielle Aufgabe der Kommunisten die Bildung einer Klassenpartei bezeichnet, nicht die Bildung der Klasse selbst, die ja mit der gleichen ökonomisch-sozialen Lage schon gegeben ist. Die organisierten Berufsstände des Mittelalters konnten als geschlossene Einheiten für gemeinsame Interessen kämpfen. In der Zeit des Individualismus, des konstitutionellen Systems und der Vertretung des Volkes in den Parlamenten bedarf es der Vermittlung politischer Parteien, um die Interessen einer Klasse wirksam zur Geltung zu bringen. Ohne diese politische Vertretung der Forderungen der Klasse würde infolge des Mangels einer festen Einigung der „Klassenkampf“ sich höchstens in Teilkämpfen einzelner Gruppen abspielen können. So aber kann unter Umständen auch der Generalstreik in den Dienst der Politik gestellt werden².

Weder das Ziel einer einheitlichen gewerkschaftlichen Bewegung noch das der Bildung einer die ganze Klasse umfassenden Partei ist tatsächlich erreicht worden — durch die Schuld der Sozialisten selbst. Die Notwendigkeit von Spaltungen und Zersplitterungen wurde

legale Abgrenzung zwischen jenen Kategorien von Personen voraus, welche sie bezeichnen und umfassen. Solche Stände gebe es nicht mehr. Dafür hätten wir die „Klassen“, (nach Littré) Rangstufen, die unter den Menschen durch die tatsächliche Verschiedenheit und Ungleichheit ihrer Verhältnisse, ihrer Lage gebildet werden.

¹ *Riforme e Rivoluzione sociale*² (1906).

² Die revolutionäre „syndikalistische“ Gewerkvereinsbewegung in Frankreich (La Confédération Générale du Travail, C. G. T.), die vom Staate nichts von der Klassenbewegung, der direkten Aktion der Arbeiter (von Massenstreiks u. dgl.) alles erwartet, weist jede Vermischung von Klasse und Partei mit Entschiedenheit zurück, stellt den „Arbeitersozialismus“ dem „parlamentarischen Sozialismus“ gegenüber: „Die Klassen, in denen alle Menschen, die auf das gleiche wirtschaftliche Gebiet gestellt sind und die das Gefühl ihrer materiellen und moralischen Interessengemeinschaft haben, zusammengefaßt werden, sind die natürlichen Produkte des historischen Prozesses. Die Parteien, die Angehörige aller Klassen um ein politisches Ideal sammeln, sind nur auf Gesinnung gegründete Vereinigungen ohne reelle Grundlage und oft ohne Beziehung auf scharf gefaßte Interessen.“ So Hubert Lagardelle im Archiv für Sozialwissenschaften XXVI (1908) 129. Vgl. auch Werner Sombart, Sozialismus und soziale Bewegung⁶ (1908) 109—145, ⁸ (1919). Georg Weill, Die Formen der Arbeiterbewegung in Frankreich, im Archiv für Sozialwissenschaft XXVIII (1909) 146—181. Félicien Challaye, Syndicalisme révolutionnaire et Syndicalisme réformiste (1909). Herkner, Sozialrevolutionäre Bewegungen in der Demokratie, in Schmollers Jahrb. XXXIII (1909) 669 ff.

durch den Umstand herbeigeführt, daß gerade Kommunisten die Einheit des Wollens der Klasse zuerst zu geben versuchten, daß die Durchführung des Emanzipationskampfes der Klasse von einer Partei übernommen wurde, die wegen ihres Religionshasses, ihrer revolutionären Tendenzen, ihrer Vorliebe für die Utopie niemals die ganze Klasse umschließen und vertreten kann. Anderseits soll nicht bestritten werden, daß ohne die Rücksicht auf die aus der Sozialdemokratie für das staatliche und bürgerliche Leben erwachsenen Gefahren die Reform unhaltbarer Zustände weit schwerer noch in Angriff genommen worden wäre, als dies jetzt der Fall. Auch fordert die Gerechtigkeit bereitwillige Anerkennung des nicht selten für andere Parteien geradezu vorbildlichen Eifers, der aufrichtigen und selbstlosen Hingabe bedeutender Männer an Ziele, deren Erreichung, wenn auch mit Unrecht, für innig mit dem Wohle der arbeitenden Klasse verknüpft gehalten wurden.

Wenn das Proletariat sich hauptsächlich aus den industriellen Arbeitern rekrutiert, so doch nicht ausschließlich. Es gibt auch ein ländliches Proletariat, namentlich in den Gegenden des Latifundienbesitzes (England, Ostelbien), weniger in den Gebieten der großbäuerlichen Hof- und der mittleren Rittergüter (Westfalen, Hannover), am wenigsten dort, wo kleine und mittlere Betriebe vorherrschen (Frankreich, West- und Süddeutschland).

Auch spricht man von einem intellektuellen Proletariat, das zum großen Teile aus der Überfüllung der liberalen Berufe sich herleitet. „Der ‚Bohémien‘ ist der proletarisierte geistige Arbeiter, besonders in den Schriftsteller- und Künstlerkreisen. Mit der herrschenden Klasse zerfallen, weil er ihren Anschauungen und ihrem Geschmack nicht dienen will, schlägt er sich auf die Seite des Proletariats, leiht Feder oder Pinsel der Verbreitung proletarischer Ideen. So kam es, daß sich eine sog. Armeeliteratur und -kunst entwickelte, die gerade aus dem Leben und Leiden des Proletariats ihre Gegenstände wählte und mehr oder weniger tendenziös den sozialen Kontrast zur Darstellung bringt. Die Kunst der *Décadence* liebt es, möglichst naturalistisch die Armut, den Hunger, den Haß, kurz, alle die Schattenseiten im Leben der Arbeiterwelt zur Darstellung zu bringen.“¹

2. Die herrschende Klasse wird meist schlechthin als *Bourgeoisie* bezeichnet. Die Sozialdemokratie pflegt sich selbst als Klassenpartei des Proletariats den „bürgerlichen“ Parteien gegenüberzustellen. „Bürger“ hießen ursprünglich die Burg- und Stadtbewohner im Gegensatz zu den Landbewohnern. Innerhalb der Städte waren wiederum die im Besitze des Stadtrechts befindlichen Geschlechter im bevorzugten Sinne „Bürger“. Seit dem 14. Jahrhundert nahmen aber auch die Zünfte teil am Stadtrechte. Nun rechnete man zur „Bürgerschaft“ schlechthin die Träger des gewerblichen und kaufmännischen Berufes in der Stadt. Mit der Rezeption des römischen Rechts kam dann allmählich der antike Begriff

¹ Walter, Artikel „Proletariat“ im Staatslexikon IV³. Ders., Das Proletariat und die moderne Kunst (1901).

des Bürgertums wieder in Anwendung. „Bürger“ hießen danach alle berechtigten Untertanen eines Landes oder Reiches. Der Begriff des städtischen Bürgertums wurde abgelöst durch den allgemeineren Begriff des Staatsbürgertums. Doch brauchte es geraume Zeit, bis die Rechtsanschauung von einer gleichförmigen Staatsbürgerschaft gegenüber der mittelalterlichen Volksgruppierung sich vollkommen durchsetzen konnte. Der Absolutismus des Ancien Régime bediente sich noch der Hilfe des alten städtischen Bürgertums, um die ihm gefährliche Macht der beiden ersten Stände, des Adels und Klerus, zu brechen. Dann aber wandte der „dritte Stand“ in der französischen Revolution sich nicht nur gegen die Privilegierten, sondern gegen den Fürstenabsolutismus selbst, eroberte für sich wichtige politische Rechte, machte jedes Glied der Gesellschaft, auch den Bauern, zum „Bürger“, citoyen. Der heutige Staat will oder soll eine *societas civilis*, eine bürgerliche Gesellschaft im vollen Sinne sein, im Prinzip beherrscht von demselben, für alle Untertanen gleichen bürgerlichen Rechte. Überall, wo diese Gleichheit tatsächlich verkürzt oder bedroht wird, gelangt Staat und Gesellschaft nicht mehr zur Ruhe. Unter dem Julikönigtum kam zunächst in Frankreich, dann auch in den andern Ländern Europas, bei ähnlicher Entwicklung, eine neue Bedeutung des Wortes Bürgertum auf. Man sprach von „Bourgeoisie“, bezeichnete damit die besitzende Klasse im Gegensatz zur nichtbesitzenden, zum Proletariate. Dieser Bourgeoisie wurde zum Vorwurf gemacht, daß sie „den Platz der alten Aristokratie ohne deren Noblesse eingenommen habe, ihre Macht zugunsten ihrer eigenen Interessen gebrauche und für die niederen Schichten der Gesellschaft nichts tue“¹. Eigensüchtige Besitzübermacht (Kapitalismus) wuchs allenthalben unter der Herrschaft des freiwirtschaftlichen Systems, führte zur Vertiefung des Klassengegensatzes zwischen Proletariat und Bürgertum, in welchem die Arbeiterklasse den interessierten Vertreter und egoistischen Anwalt der kapitalistischen Produktionsweise erblickt und haßt.

Die besitzende Klasse erkannte zum Teil die Gefahr, die aus der Existenz eines gewaltigen unzufriedenen Proletariats der gesamten Kulturentwicklung erwächst: „Immer mehr ist es auch den vernünftigen Schichten der großen Völker Europas zum Bewußtsein gelangt, welche verhängnisvolle Rolle das Zwei-Nationensystem (Disraeli) innerhalb eines großen Volkes spielen kann. Man möchte gar nicht mehr zwischen sich und dem Proletariat eine soziale Kluft schaffen, oder konkret gesagt, selbst diejenigen Kreise, welche dies rein ökonomisch gern anstreben, sind nicht mehr blind gegen die nationalen und politischen Gefahren, die eine solche so wenig volkstümliche Generaltaktik mit sich bringen würde.“²

¹ Bruder, Artikel „Bürgertum“ im Staatslexikon I².

² Weisengrün, Der Marxismus und das Wesen der sozialen Frage 462. Walter, Artikel „Proletariat“ im Staatslexikon IV².

Wie aber konnte die bestehende Kluft überbrückt werden? Die Bourgeoisie bot zunächst ihre „Bildung“ dem Proletariat an, ohne den „Besitz“ in Frage zu ziehen. Was die aufgeklärte „Volksbildungsbewegung“ darzubieten suchte, wurde zwar angenommen, besonders die Lehren des Unglaubens; doch der Unfriede, die Verwirrung, der Haß sind dabei nur gewachsen. Man wird gewiß auch in Zukunft nicht darauf verzichten dürfen, dem Verlangen des Volkes nach wahrer Bildung in zweckmäßiger Weise und in reichlichem Maße zu entsprechen. Allein Volksbildung im gekennzeichneten Sinne genügt nicht, um die Klassen zu versöhnen. Durch „Bildungsvereine“ nach alter Fassung werden die Ursachen der Klassenfeindschaft nicht überwunden. — Welche andern Wege aber führen zum sozialen Frieden?

3. Ziel der gesellschaftlichen Entwicklung ist keineswegs die Beseitigung sozialer Schichtung, höherer und niederer Rangstufen. Auch Unterschiede in den Besitzverhältnissen lassen sich nicht dauernd beseitigen.

„Der Staat ist“, wie Hermann Rösler¹ mit Recht bemerkt, „keine Assoziation der Gleichheit, sondern der Ungleichheit. Er ist die Pflanzstätte der menschlichen Kraftentwicklung. Im Staate vor allem geht die Scheidung der höheren und niederen Kräfte vor sich, die Entfaltung jeder Art von Tüchtigkeit. Es ist undenkbar, daß diese ungeheure Differenz der Kräfte mit starrer Indifferenz des Besitzes vereinbar wäre. Zwar ist die Ungleichheit des Besitzes kein absolutes Erfordernis der Staatsgemeinschaft. Wir sehen im Gegenteil die primitiven Staaten der Vorzeit (vielfach) mit der Gleichheit beginnen, und sie bleibt auch in späteren Zeiten, nachdem sie in der Praxis längst untergegangen, das ideale Traumbild der Theoretiker, wie eines Plato und Aristoteles. Allein jene ursprüngliche Gleichheit ist von keiner Dauer. Sie macht ... der Ungleichheit Platz, und sie muß dies, weil es zu den notwendigen Konsequenzen des Staatslebens gehört. Der Staat müßte sich zur Untätigkeit verurteilen, er müßte an den ersten Anfang seiner Entwicklung zurückkehren, wenn er jene Gleichheitschimäre zu verwirklichen unternähme. Die fundamentale Aktion der Wirtschaftsgesetze würde dem widerstreben, denn diese geht auf fortwährende Entfaltung und Vermehrung der Kräfte, und der Druck dieses Gesetzes ist stärker als das phantastische Verlangen nach einem Glück, das jetzt nur noch in der Einbildung existieren kann und auch in der Kindheit der Völker nur ein vorübergehender Zustand sein konnte.“

Muß die Klassenunterscheidung also für ein natürliches Ergebnis der gesellschaftlichen Entwicklung angesehen werden, so offenbaren dagegen schroffe Klassengegensätze den unnatürlichen Gang dieser Entwicklung. Unnatürlich und dem Gemeinwohle widersprechend ist es, wenn sehr viele trotz hervorragender Befähigung und ihres Fleißes nicht zu Besitz gelangen können. Unnatürlich ist es, wenn die größten Besitzmassen durch Aufsaugung fremden Besitzes entstehen. Unnatürlich ist es, wenn

¹ Vorlesungen über Volkswirtschaft 19 f.

die persönliche Würde und Freiheit dessen mißachtet wird, der in fremdem Dienste, zum Vorteil eines andern, seine Kräfte verwendet. Unnatürlich ist es, wenn die Arbeit nicht mehr den Arbeiter ernährt, ihm nicht die Mittel bietet, seine Pflichten als Familienvater zu erfüllen, wenn die im Dienstverhältnis stehenden Bürger keine dauernde Sicherung ihrer Existenz zu finden imstande sind.

4. Also nicht Beseitigung der Klassen schlechthin, sondern der Klassengegensätze ist das Ziel. Auch das muß richtig verstanden werden. Die Klassengegensätze können nicht auf einmal überwunden werden, und unter den Mitteln zur Überwindung wird die kraftvolle Selbsthilfe kaum fehlen können. Eine falsche Beurteilung der christlichen Auffassung enthält darum die Unterscheidung jenes dreifachen Standpunktes, wie sie bei Ernst Abbe¹ sich findet: „Da ist der philanthropische Standpunkt: Wohlergehen für alle! — damit alle sich glücklich und zufrieden fühlen; da ist der christliche: Krücken für die Schwachen! — damit sie notdürftig sich fortschleppen, nicht ganz zusammensinken; da ist der soziale: Schild und Wehr für die Kräftigen! — damit sie ihre Position behaupten, damit dem arbeitstätigen Volk breite Schichten kräftiger, widerstandsfähiger Elemente erhalten bleiben.“ Der christliche Standpunkt geht von der Forderung, die Abbe dem philanthropischen Standpunkte zuweist, aus, verlangt darum Krücken für diejenigen, die der Krücken bedürfen, kraftvolle Selbstbetätigung und Selbstbehauptung innerhalb der Grenzen sozialer Rechtsordnung aber für alle, die ohne Krücken voranstreben können. Das Christentum verbietet durchaus nicht die Geltendmachung berechtigter Interessen in der richtigen Art und Weise, unter Wahrung aller Forderungen der Gerechtigkeit und der Liebe gegen den Nächsten, aller Pflichten gegenüber der gesellschaftlichen Gesamtheit.

Es wäre darum verfehlt, wollte man den Arbeitern die nachdrückliche Erstrebung besserer Arbeitsbedingungen und Löhne versagen und verargen. Handelt es sich nicht um die Erfüllung eines bereits geschlossenen rechtsgültigen Vertrags, sondern um einen neuen, erst zu schließenden Vertrag, so kann den Arbeitern nicht verwehrt sein, von der Wiederaufnahme der Arbeit abzusehen, wenn anders ihre gerechten und billigen Forderungen die gebührende Berücksichtigung und Erfüllung nicht finden können. Auch so wird der Streik stets nur das letzte und außerordentliche Mittel bleiben, wo alle andern Mittel und Wege einer friedlichen Verständigung versagen. Die Streiklust aber, das Streiken und Aussperren als Mittel eines rücksichtslosen und skrupellosen Klassenkampfes ist eine pathologische Erscheinung verhängnisvollster Art im Gesellschaftsleben. Jeder aufrichtige Freund der gesellschaftlichen Ordnung und des wirtschaftlichen Gedeihens unseres Volkes kann einen solchen Zustand nur mit Bedauern und Schmerz betrachten. Er wird im Prinzip für die friedliche Verständi-

¹ Gesammelte Abhandlungen. Vorträge, Reden und Schriften sozialpolitischen und verwandten Inhalts III (1906) 113.

gung der Parteien eintreten¹, nicht zuletzt auch um der Arbeiter selbst willen, ihres sittlichen und wirtschaftlichen Wohles wegen.

5. Die unglückselige Entwicklung, welche die heutigen Völker in zwei Parteien zerrissen hat, jene bedauernswerte Klassenfeindschaft kann jedoch nur dann wirksam auf die Dauer überwunden werden, wenn es gelingt, die Ursachen der Gegnerschaft im Staats-, Wirtschafts- und Gesellschaftsleben zu beseitigen. Den Arbeitern muß volle Gerechtigkeit widerfahren, die Trennung, der Gegensatz durch Gemeinschaft überwunden, der Mensch, der Bürger, der Arbeitsgenosse im Arbeiter anerkannt und geehrt werden. Nur die höhere Solidarität menschlicher, beruflicher, bürgerlicher, staatlicher Gemeinschaft kann zum Sieg über den einseitigen Klassenegoismus beider im Kampfe begriffenen Klassen verhelfen. Dazu aber müssen alle politischen, gesellschaftlichen, wirtschaftlichen Faktoren zusammenwirken.

a) Zunächst hat der Staat alles mit Sorgfalt zu vermeiden, was ihn als „Klassenstaat“ verdächtigen könnte. Er muß, durch keinerlei Einflüsse beirrt, streng die verteilende Gerechtigkeit allen Klassen und Gesellschaftsgruppen gegenüber walten lassen und dabei diejenigen bevorzugen, die ihrer Schwäche wegen besondern Schutzes bedürfen. Auch für die politischen Parteien² ist das Gemeinwohl aller oberstes Gesetz. Leider wird das eigene Wohl des Standes, der Klasse, der Partei, nur zu oft mit dem Gemeinwohl einseitig verwechselt. Wie wertvoll sind da innerhalb der gesetzgebenden Körperschaften prinzipienfeste Volksparteien, die nicht wie die Klassenparteien einen egoistischen Interessenstandpunkt einnehmen, vielmehr den Ausgleich der Interessen auf ihre Fahne geschrieben haben. Der „Ausgleich der Interessen“ als Programm und als Forderung ist, wie bereits erwähnt wurde, lediglich die praktische Konsequenz eines höheren Gedankens, eines ethischen Prinzips, des politischen Gemeinschaftsgedankens, der Gemeinschaftspflicht³. Man mag sich für diesen Ausgleich auf die Liebe zum Vaterlande berufen, seine beste Kraft besitzt jedes ethische Postulat in der Stimme des Gewissens. Die Garantie seiner dauernd siegreichen Durchführung verdankt es letztlich den Einflüssen der Religion. Und auch da wieder

¹ Vgl. die Schriften (Heft 22, 23, 24) der Gesellschaft für soziale Reform (1906/07) über das gewerbliche Einigungswesen. Neue gesetzgeberische Maßnahmen sind in Aussicht gestellt. — In seinem Werke „Questions ouvrières et industrielles en France sous la troisième république“ (1907) bezeichnet E. Levasseur die Streiks als ein Hindernis der nationalen Prosperität, insbesondere auch als eine Erschwerung der Konkurrenz Frankreichs mit dem Auslande.

² Karl Kindermann, Parteiwesen und Entwicklung in ihren Wirkungen auf die Kultur der modernen Völker (1907).

³ Vgl. A. Pieper, Soziale Arbeit nach dem Kriege, in „Deutschland und der Katholizismus“ II (1918) 197 ff. Ebd. 271 ff. Theodor Brauer, Arbeiterbewegung und Industrie.

regelmäßig nicht so sehr einer abstrakten, dem Volke schwer verständlichen, allgemeinen und in ihren Grenzen kaum bestimmbar „Weltanschauung“, als vielmehr der Religion in ihrer konkreten geschichtlichen oder gesellschaftlichen Form, wie sie allein eine sozialpsychisch wirkende Macht darstellt, die Massen nachhaltig beherrscht, begeistert, zusammenhält, echten, opferfrohen Patriotismus zu erzeugen imstande ist. Es wäre unpsychologisch und darum auf die Dauer aussichtslos, von den einzelnen Volksteilen das Opfer eigener Interessen um der Gemeinschaft willen, „den Ausgleich der Interessen“, zu fordern, wenn gleichzeitig die Quellen der Kraft und der Begeisterung, die zur Einigkeit und zum Opfer befähigten, verschüttet würden: die Liebe zum Vaterlande, die Liebe zur Religion.

b) Sollen die proletarischen Lohnarbeiter der düstern Nacht feindseligen Hasses wieder entzogen werden, dann müssen aber auch die andern Klassen ihr Verhalten ändern; sie müssen die Arbeiter in aller Aufrichtigkeit echt solidarischer Einigung würdigen wie im Staate so in der Gesellschaft und Wirtschaft. Mögen also die Meister, die Kaufleute, die großen Unternehmer vor allem wirklich Gerechtigkeit und Liebe walten lassen gegenüber ihren Untergebenen, daß die Arbeiter sich nirgends mehr als Unterdrückte und Ausgebeutete betrachten können; mögen sie ablassen von jenem widerchristlichen, harten Herrenstandpunkte; mögen sie in den Arbeitern den Mitmenschen, den Bruder, den Mitarbeiter ehren und schätzen; mögen sie nicht vergessen, daß sie sittliche Pflichten gegen den Arbeiter haben, wie dieser gegen sie; mögen sie auch wieder lernen, zu verzeihen, was durch Unbesonnenheit oder unter dem Einfluß der Verführung gefehlt worden ist. Ach, sagte Bischof Ketteler, wenn wir nur einen Tag wahrhaft als Christen handeln wollten, die soziale Frage wäre gelöst. Die Wege zur Lösung wären wenigstens geebnet. Die Lösung selbst fordert lange Zeit, viel Kleinarbeit, im gegebenen Augenblick, jetzt nach dem Weltkriege auch recht große Arbeit.

c) Bezieht sich das Gesagte zunächst auf die persönliche, bürgerliche, soziale Hebung der Arbeiter wie aller in abhängiger Stellung befindlichen Personen, so bedarf es nicht minder der materiellen Hebung. Haben frühere Zeiten die Sklaverei, Leibeigenschaft, Hörigkeit überwunden, dann ist es die große und schöne Aufgabe der Gegenwart, die Armut als Klassenzustand der Arbeiterschaft zu beseitigen. Innerhalb einer wohlgeordneten Gesellschaft darf regelmäßig die Armut nur noch Individualerscheinung, nicht dauernde und notwendige Klassenerscheinung sein. Keine Klassenarmut, keine Massenarmut mehr! Nicht als ob es möglich wäre, allen Arbeitern ein Vermögen oder kommunistische Teilnahme am Gesellschaftsvermögen zu verschaffen. Was wir fordern, ist lediglich eine wahrhaft gerechte Verteilung, ein ausreichendes und zugleich nach Möglichkeit gesichertes Einkommen für den Arbeiter, Festigung seiner materiellen Lebensbedingungen, Vorsorge für die Zeit

unverschuldeter Arbeitslosigkeit, der Krankheit, des Alters, der Invalidität, für Witwen und Waisen der Arbeiter.

6. Ein Staat, der nur aus zwei Klassen besteht, der einen, welche alle Vorteile des Reichtums genießt, der andern, die von früh bis spät arbeitet für ihren Unterhalt, hat keine Dauer; er wird bald nicht mehr bestehen. Es bedarf einer mittleren Klasse, die ebenso von früh bis spät arbeitet, dabei aber eines gewissen Wohlstandes, der Behaglichkeit ohne Prunk, sich erfreuen kann, einer Klasse, die den ärmeren Gruppen näher steht und geschickte, fleißige, glückliche Elemente der unteren Klasse in sich aufnimmt, die also nicht so unerreichbar hoch über den unteren Klassen sich erhebt und die auch eine Brücke bildet zum Aufstieg in die höchste Klasse. Unverkennbar ist die Erhaltung einer breiten, lebenskräftigen Mittelklasse eines der wichtigsten Mittel zur Abmilderung der Klassengegensätze und schon deshalb eines der vornehmlichsten Probleme der Gegenwart.

Angesichts der heute immer lebhafter sich äußernden Unzufriedenheit des Mittelstandes mit den bestehenden Verhältnissen dürften aber die in Staat und Gesellschaft leitenden Mächte sich wiederholt die Frage vorlegen müssen, ob allenthalben die tatkräftige Bereitwilligkeit herrscht, diejenigen Opfer zu bringen, ohne welche insbesondere der bäuerliche und gewerbliche Mittelstand und der Kleinhandel nun einmal nicht erhalten werden kann. Es wird mit Recht darauf hingewiesen, daß die gewerblichen Betriebsformen als Produkt der Geschichte auch geschichtlichen Wandlungen unterliegen; nicht minder, daß der immanente, objektive Zweck der Produktion, die fortschreitend bessere Deckung des menschlichen Bedarfs, über den Bestand, die Fortdauer dieser oder jener Betriebsform entscheiden wird. Allein man muß den Satz: die Produktion ist in letzter Linie nicht der Produzenten, sondern der Konsumenten wegen da, auch für den kapitalistischen Großbetrieb gelten lassen. Die Produktion hat ihren Endzweck keineswegs in der Vergrößerung des Kapitalbesitzes. Eine solche Gestaltung und Organisation der Produktionsverhältnisse, den Handel eingeschlossen, wobei sowohl den Anforderungen der Konsumtion genügt, als zugleich auch ein breiter Mittelstand lebenskräftig erhalten werden kann, ist, vom volkswirtschaftlichen Standpunkt aus betrachtet, weit besser als ein Zustand mit kapitalistisch-konzentrierten Besitz- und Betriebsverhältnissen. Nachdrücklich mahnt man heute, in der Voraussetzung der freien Konkurrenz, die Inhaber kleiner Betriebe dazu, ihre technischen und kaufmännischen Kenntnisse zu vermehren, durch Genossenschaften u. dgl. dem größeren Kapital gegenüber sich zu stärken. Eine *petitio principii* aber wäre die Annahme, daß der Zustand völlig freier Konkurrenz nicht auch Produkt der Geschichte und geschichtlicher Wandlung nicht unterworfen sei. Statt den Mittelstand lediglich auf die Erstrebung einer schwer erreichbaren Konkurrenzfähigkeit mit dem Großbetrieb hinzuweisen, sollte man der Untersuchung einer andern Frage

nähertreten, der Frage nämlich: ob und wie weit, unter Wahrung aller gerechten und vernunftgemäßen Ansprüche der Konsumtion, neben den Großbetrieben durch zweckmäßige gesellschaftliche Organisation der Produktion, die organisierten Inhaber der Klein- und Mittelbetriebe, wenigstens für einen Anteil des Gebietes, noch ein gesichertes Feld fruchtbarer Betätigung finden können. In solcher Voraussetzung würde der Mut der Mittelständler neu belebt, während sonst alles Streben in Hoffnungslosigkeit zu erlahmen droht. Mit einer ganz andern Freudigkeit würde dann der Mittelstand sich die ausreichenden technischen und kaufmännischen Kenntnisse verschaffen, auf dem Wege der beruflichen Organisation und durch Benutzung des Genossenschaftswesens diejenige Kraft selbstwirkend erringen, die dem Isolierten nicht zur Verfügung steht¹. —

Soll der Friede unter den verschiedenen Klassen zustande kommen, dann müssen schließlich alle mehr das ins Auge fassen, was sie verbindet, als was sie trennt. Auch darüber noch einige Bemerkungen.

7. Drei große Lebenszwecke verbinden die Menschen zu gemeinsamen Handeln und wirken gesellschaftlich gruppenbildend²: die Blutsgemeinschaft der Familie; die gemeinsame Organisation der politischen Sphäre, alle höhere Gesellschaftsentwicklung, die ganze öffentliche Gewalt und die Rechtsordnung umfassend; die Gemeinschaft in der Wirtschaft, von der eine Reihe weiterer Sympathien, gemeinsamer Lebensformen und Organisationen ausgeht. Letztere Gemeinschaft beansprucht hier unsere besondere Aufmerksamkeit.

Man kann aber von wirtschaftlicher Gemeinschaft in einem mehrfachen Sinne sprechen. Einmal liegt eine Berufsgemeinschaft als Berufsgleichheit vor, wo sich mehrere oder viele Personen mit der Herstellung des spezifisch gleichen Produktes beschäftigen. Diese Berufsgemeinschaft war in den alten Zünften korporativ ausgestaltet. Sodann liegt eine Berufsgemeinschaft vor, wo mehrere oder viele Personen zusammenarbeiten zur Herstellung der numerisch gleichen Produkte in demselben Betrieb, wie dies in einem heutigen großindustriellen Unternehmen der Fall ist.

Da ferner die verschiedenen Berufe sich auf die gesellschaftliche Arbeitsteilung zurückführen, so bilden alle zusammen durch ihre gegenseitige Ergänzung und Verflechtung wiederum eine höhere Einheit, die volkswirtschaftliche Gemeinschaft, die einen Teil des staatsgesellschaftlichen Gemeinschaftslebens ausmacht und in inniger Beziehung zur staatlichen Rechts- und Wohlfahrtsgemeinschaft steht.

Der moderne Klassenbegriff dagegen bezieht sich auf die Verschiedenheit von Schichten. Es fehlt die innige Verflechtung der verschie-

¹ Über die Mittelstandsbewegung berichtet die Sozialpolitische Chronik im Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik (Emil Lederer); vgl. z. B. XXXI (1910) 970 ff.

² Schmoller, Grundriß I 6 ff.

denen Klassen, wie sie bei den verschiedenen Berufen in derselben Volkswirtschaft sich findet. Wo Klassen als „Klassen“ sich verbinden, da verbleiben die Klassenverbände innerhalb derselben Schicht. Berufsverbände können viel leichter dauernd die dem ganzen Berufe eigentümlichen Interessen pflegen, ohne dabei in Gegensatz zu andern Berufen zu treten. Die Klassenverbände aber kommen durch die einseitige Verfolgung der eigenen Klasseninteressen nur zu bald in Gegensatz zu andern Klassen, und diese Gegensätze vertiefen sich, wenn das scharfe Schwert des Klassenkampfes geschwungen wird.

Daraus ergibt sich nun die Folgerung, daß die Versöhnung der Klassen, die Abschwächung der Gegensätze durch Festigung jener höheren Gemeinschaften zu erstreben ist, in welchen die verschiedenen Klassen sich zusammenfinden, durch Stärkung der volkswirtschaftlichen Einheit, der Berufsgemeinschaft in ihren verschiedenen Formen. Arbeitgeber und Arbeitnehmer dürfen also zunächst nicht vergessen, daß die gleichen Interessen desselben gesellschaftlichen Berufes sie enge miteinander verbinden. Das bleibt wahr, auch wenn Arbeitgeber und Arbeitnehmer nicht zu der gleichen sozialen Klasse gehören, die einen mit der leitenden, die andern mit der ausführenden Arbeit im Unternehmen betraut sind. Sodann müssen die heute sich bildenden Berufsorganisationen des wesentlichen Zusammenhanges aller Berufe in der Gesellschaft gedenken und diesen Zusammenhang bei ihrer Ausbildung, bei ihren Forderungen im Auge behalten. Aber auch innerhalb der modernen Klassenvereinigungen muß der berufliche Gedanke und die hierdurch sich ergebende Gemeinsamkeit der Glieder unter sich nicht nur, sondern auch die Interessengemeinschaft mit den andern Gruppen und Schichten desselben gesellschaftlichen Berufes mehr zur Geltung kommen. Der Charakter als „Berufsverein“ muß über den Charakter als „Klassenvereinigung“ die Oberhand erlangen. Ganz ohne Zweifel können Klassenverbände in Übergangszeiten ihre historische Berechtigung und für die Entwicklung der Gesellschaft zeitweilig bedeutsame Aufgaben haben. Soweit und in dieser Voraussetzung wird selbstverständlich auch ihre Kräftigung wünschenswert und erstrebenswert sein. Für den Frieden, das dauernde Glück der Gesellschaft aber haben die nach Schäffle „natürlichsten“ Zusammenhänge des Berufes und der Berufe weit größere Bedeutung als die Klassenzusammenhänge. Gerade von der Wiederbelebung und Kräftigung der Berufszusammenhänge wird darum auch zu nicht geringem Teile die Überwindung der bitteren Klassenfeindschaft zu erwarten sein. Damit sind aber schon wichtige Richtlinien einer gesunden praktischen Sozialpolitik gegeben.

8. Man beruft sich, um die Unterschiede zwischen Besitz und Nichtbesitz prinzipiell zu rechtfertigen, insbesondere auf die natürliche Verschiedenheit der Menschen. Diese Verschiedenheit aber kam bisher infolge

der Verschiedenheit des Besitzes kaum in genügender Weise zur Geltung. Wie soll hier geholfen werden? Auch wenn man auf eine absolut vollkommene Lösung der Schwierigkeit unter allen Voraussetzungen von vornherein verzichten muß, so kann selbst die nur relativ befriedigende Lösung des Problems bloß in Verbindung mit dem ganzen, langsam voranschreitenden und umfassenden sozialen Reformwerk erwartet werden. Nicht wenig aber dürfte neben der Erhaltung des Mittelstandes die weitere Verallgemeinerung der Bildung, des Unterrichts in allen seinen Stufen, dazu beitragen, daß wirklich durch geistige Begabung und Willenskraft ausgezeichnete Elemente der unteren Klasse sich tatsächlich bis zu den höheren Stufen auf der sozialen Leiter emporringen.

Überschätzung des Besitzes war der individualistischen, kapitalistischen Epoche eigentümlich. Unsere Zeit wird, unter Anerkennung des moralisch-organischen Charakters der Gesellschaft, nicht mehr in dem Besitz, sondern, wie gesagt, in der geistig idealen, sozialen und wirtschaftlichen Funktion die vornehmlichste Ursache für die Teilung der Gesellschaft in Berufe und Klassen erblicken. Dann erst wird auch der arbeitende Mensch, der heute, den Dingen gleich, seinen Preis hat, seine Würde wiederfinden. Eine Klassenscheidung bloß nach dem Besitz dagegen läßt demjenigen, der nichts besitzt, nur die Verdemütigung.

Wir sind am Schlusse des ersten Teiles der allgemeinen Volkswirtschaftslehre angelangt. Ein gewaltiger Stoff muß heute von dem Nationalökonom behandelt werden. Es bedarf darum für unsere Wissenschaft eines viel breiteren Rahmens, als ihn die ältere Systematik darbietet; und mehr als dieses, es bedarf auch eines neuen, systembildenden Gedankens, wie wir denselben im solidaristischen Prinzip und im sozialen Arbeitssystem gefunden haben.

Im Bereiche der geistigen Ordnung feierte der Individualismus zuerst seine Triumphe, auf philosophischem Gebiete vertreten durch Naturalisten, Deisten, empirische Moralphilosophen. Die Verfechter des Sozialkontraktes übertrugen ihn sodann auf das politische, Adam Smith und seine Schule auf das wirtschaftliche Gebiet. Hier führte das individualistische Prinzip, wie wir sahen, zu Konsequenzen, die der breiten Masse des Volkes als geradezu unerträglich sich erwiesen und noch erweisen. Eine ungeheure Reaktion beginnt. Ein Aufschrei der Menge nach der Gemeinschaft läßt sich vernehmen im Sozialismus. Allein der Sozialismus gerät ins andere Extrem. Bei einer sozialistischen Neugestaltung der Dinge würde die Masse der Besitzlosen nur scheinbar gewinnen. Es würden die psychologischen Antriebe und jenes Maß von Bewegungsfreiheit fehlen, ohne welche jeder Fortschritt auf die Dauer unmöglich ist, die Gesamtwohlfahrt des Volkes nicht bestehen kann.

Auch unser soziales Arbeitssystem ruft nach der Gemeinschaft, nicht nach der Gemeinschaft der Sachen, der Produktionsmittel, sondern nach der Gemeinschaft der Menschen. 1. Als Glieder der menschlichen Familie sind alle Menschen Brüder. Und diese menschliche Gemeinschaft bildet die tiefste Grundlage, das einigende Band in allen Verhältnissen und Beziehungen, in der Familie, im Arbeits- und Dienstverhältnis, im Staate, in den Korporationen, im ganzen privaten und öffentlichen Leben, in den internationalen Beziehungen der Völker zueinander. Sie ist nicht nur Tatsache, sondern enthält auch eine Forderung, ein Gesetz für die Ausgestaltung dieser Verhältnisse, dieser Beziehungen, dieser Einigungen: das mit Gerechtigkeit gepaarte Gesetz der Liebe. 2. Die engeren Familienbände, die Eltern und Kinder in der innigsten Weise umschließen, bilden die fundamentale engere Gemeinschaft, die in unserer Zeit einer höheren Würdigung und stärkerer innerer Befestigung bedarf, eine Gemeinschaft, die in rechter Weise ebenfalls dem häuslichen Dienstboten Heimat und Elternhaus einigermaßen ersetzen sollte, eine Gemeinschaft, die aber auch in ihrer konstruktiven Bedeutung für den Organismus der staatlichen Gesellschaft¹, gegenüber dem noch immer geltenden individualistischen Prinzip des Sozialkontraktes zur Geltung gelangen muß. 3. Dazu kommt dann die natürliche Rechtsgemeinschaft des Staates, die alle Bürger solidarisch verbindet, auf das Gemeinwohl des Ganzen verpflichtet, den Ausgleich einander widerstrebender Interessen fordert, durch die positive Rechtsordnung Individuen, Körperschaften und Gesamtheit vor Unbill bewahrt, alle Bürger den Zwecken der staatlichen Gemeinschaft dienstbar erhält, in der öffentlichen Wohlfahrt (*prosperitas publica*) die sozialen Bedingungen der allgemeinen Wohlfahrt (*prosperitas universalis*) schafft und bewahrt. Alles dies gilt mit Vorzug im Hinblick auf jenen wichtigen Bestandteil des bürgerlich gesellschaftlichen Lebens im Staate, die Volkswirtschaft, als einer nationalen Arbeitsgemeinschaft, mit dem Volkwohlstande als Ziel und Norm, in Harmonie mit dem nationalen Gesamtwohle und unter Wahrung des rechten Verhältnisses zu den Gütern der höheren geistigen und sittlichen Ordnung. 4. Innerhalb des Rahmens der staatlichen Gesellschaft, von dieser geschützt, gefördert, mit besonderen Befugnissen und Selbstverwaltung ausgestattet, wirken ferner die Gemeinschaften bürgerlicher Organisationen, um durch geordnete Selbsthilfe, unter Wahrung des Gesamtwohles, den speziellen Zwecken und Bedürfnissen ihres Berufes, ihres Standes, ihrer Klasse in rechter Weise zu dienen oder auch Werke der gemeinnützigen Wohlfahrtspflege, der Karitas, höherer Kulturarbeit in Angriff zu nehmen. 5. Nicht von der ökonomischen und sozialen „Entwicklung“ der Völker, nicht von der Kultur der Welt ist das Heil in letzter Linie zu erwarten, sondern von der Kultur der Seele. Alle

¹ Die Familie, nicht das Individuum ist, der organischen Auffassung nach, die Zelle für die staatliche Gesellschaft.

andern Gemeinschaftsformen finden darum ihren naturgemäßen Abschluß, ihre Krone in der christlichen Gemeinschaft, weil diese Gemeinschaft allein imstande ist, den tiefsten Fundamenten politischer, sozialer und wirtschaftlicher Ordnung festen Bestand und Tragkraft, dem sozialen Leben die Fülle der Gesundheit zu verleihen und zu erhalten. Alles Gesellschaftliche, sagt F. W. Foerster, lebt vom Persönlichen: es gibt keine Erhebung der Gesellschaft ohne Erhebung des Menschen. Im Innern vollzieht sich die persönliche Befreiung von der Herrschaft blinder Triebe. Von innen kommt der Wille zur Gemeinschaft, die Kraft, die Selbstverleugnung der Liebe, ohne welche die Programme vergilben, die Gesetze nicht durchdringen, die Organisationen stocken. Die Dämonen des Goldes mit ihren glühenden Versprechungen können nur durch die hinreißende Größe und Realität geistiger Ansprüche überwunden werden. Der Mammonismus, die Konzentration des Menschen auf das vergängliche Leben bei arm und reich, wird dadurch allein überwunden, daß der Blick sich erhebt, das Herz höhere Güter erstrebt. In der Schöpfung des wahren Menschen durch Christus und nach dem Vorbilde Christi besteht der wichtigste Beitrag des Christentums zur sozialen Frage. Vom Christentum der Seele das Christentum der Welt!¹ Darum wirkt derjenige Geistliche auch sozial am besten, welcher der beste Seelenhirt ist. —

Nicht das Ende zwar, aber doch eine Station unserer wissenschaftlichen Wanderung hätten wir nunmehr erreicht. Die Grundlegung des Werkes ließ uns die Verwirklichung der materiellen Volkswohlfahrt als Aufgabe der Volkswirtschaft erkennen. In diesem ersten Teile der allgemeinen Volkswirtschaftslehre untersuchten wir zunächst, wie die bisherigen volkswirtschaftlichen Systeme jene Aufgabe verstanden, was sie über die Erfüllung derselben lehrten. Dann entwickelten wir die Grundzüge eines sozialen Arbeitssystems und beantworteten von dem neu gewonnenen Standpunkt aus die Fragen: Was macht ein Volk wohlstehend? Welches sind die Wesenselemente des Volkswohlstandes? Welches sind die dispositiven Ursachen desselben? Nach dem wendet sich in der Folge unsere Aufmerksamkeit vorerst den im volkswirtschaftlichen Lebensprozesse tätigen aktiven Ursachen (Individuum, Assoziation, Gemeinde, Staat) zu. Zum Schlusse werden wir uns mit diesem Lebensprozesse selbst zu beschäftigen haben, insofern dadurch der Volkswohlstand verwirklicht, erhalten, erhöht wird.

¹ So Foerster, Christentum und Klassenkampf (1908) 13 17 20 106.

Personenregister.

A.

Aalberse 194.
 Abbe 323 714.
 Acton 525.
 Adler G. 28 662.
 — M. 195.
 Alberoni 28.
 Albertus 194 635.
 Albrecht 306 609.
 Alembert d' 73 f.
 Allbutt 582.
 Allendorf 615.
 Andrees 400 406 ff.
 Anschütz 64.
 Antoine 194 213 272 274
 520 553 ff. 635 662.
 Arco 88.
 Argenson d' 68 ff.
 Aristoteles 7 67 177 337 346
 459 543 649.
 Arnault 176.
 Arndt P. 400.
 Aschrott 609
 Ashley 15 f. 176 269 365 376
 384 387 393.
 Augustinus 656.
 Ayers 328.

B.

Bachem J. 268.
 Baco von Verulam 10 340
 451.
 Baeumker 636.
 Bagehot 176.
 Balás 582 f.
 Ballod 262 489 499 614.
 Bär v. 400 595 609.
 Bardoux 605.
 Barth P. 594.
 Bascom 176.
 Bastiat 175 551.
 Baudéau 74.
 Baudrillart 47 176 635.
 Bauer Arth. 662 ff.
 — O. 464 593.
 — Steph. 64.
 Bauerschmidt 635.
 Bäumer G. 214 524.

Baumgarten F. 268.
 Beauregard 176.
 Bebel 195 229.
 Beccaria 88.
 Béchaux 193.
 Becher Joh. Joach. 42 ff.
 Beck H. ix.
 Beck Jos. 194 213 523.
 Becker J. Bl. 225.
 — K. 377.
 Behr 379.
 Bellarmin 638.
 Belloni 70.
 Beloch 497 f. 501 695.
 Below G. v. 90.
 Benedikt XV. 277 647.
 Benigni 194 635.
 Bentham 171 176 237 515.
 Berlepsch v. 194 264.
 Bernhardi 355.
 Bernstein 195 234 663.
 Bertheau 553.
 Bertillon J. 498 ff. 588.
 Besant 582.
 Best 389.
 Bethmann-Hollweg v. 262.
 Beusch 254 463 511.
 Beyerle 662.
 Bidermann 8 13.
 Biederlack 194 285 336.
 Biermann 96 195.
 Blanc L. 268 551.
 Blanqui A. 8 48 66 100 174
 553.
 Block 100 176 550.
 Blondel G. 193.
 Bloomfield 630.
 Blumenbach 598 f.
 Böckh 497 f.
 Bodelschwingh v. 532.
 Bodin 47 52.
 Bodio 377.
 Böhm-Bawerk v. 168 187.
 Böhmert 606 609.
 Boisguillebert 66 f. 346 668.
 Bolle 176.
 Bonar 169 540 ff.
 Bonn 456.
 Booth 393.
 Borgh van der 285 328 337.

Borgius 370.
 Bornträger 541.
 Borkiewicz v. 195 337.
 Botero 47 f. 85 544.
 Böttger 285.
 Bourguin 195 262 318.
 Bowen 176.
 Brandes G. 527.
 Brandt A. v. 8 23.
 Brandts Franz 222 532.
 Brants Vikt. 194 543.
 Brassey 606.
 Brauer Th. 214 247 260 331
 715.
 Braunsberger 659.
 Brentano L. v. 100 202 356
 490 592 615.
 Briefs vii 228.
 Briganti 88.
 Bright 176.
 Broca 599.
 Brocard 64.
 Bruckner 542.
 Brückner 403 521.
 Bruder 662 ff. 712.
 Bruin 194.
 Brunhuber 195 242.
 Buchan 150 403.
 Bücher C. 8 16 352 463 478
 497 523 648 ff. 662 ff. 695.
 Büchner 686.
 Buckle 100 168 400.
 Budge 541.
 Buehl 285 329.
 Bumm 497.
 Buridanus 513.
 Burlage 276.
 Buschbell 636.
 Buß 8 48.
 Butré de 88

C.

Cairnes 176.
 Call v. 511.
 Calwer 370 377 400.
 Campanella 48.
 Canisius 659.
 Cannan 100 315 383 540 ff.
 Cantillon 44 67 ff. 494 542.

Carey H. Ch. 176 551 f.
 Carli 49.
 Carlyle 216 229 232 338 525.
 Carnegie 243 319.
 Carpenter 526.
 Cäsar 605.
 Cathrein 29 171 194 f. 238 523 ff. 635.
 Cauderlier 540 589.
 Canwès 176.
 Cetto-Reichertshausen v. 490.
 Challey 710.
 Chamberlain 679.
 Chapelié 98.
 Cherbuliez 176 550.
 Child 53 71 f. 371 544.
 Chiozza Money 378.
 Choiseul 72.
 Chrysostomus 656.
 Cicero 7 239 649.
 Claassen 615.
 Clark 53 176.
 Clémenceau 593.
 Clément P. 8.
 Cliffe-Leslie 176.
 Cobbett 35.
 Cobden 176 455.
 Cohn G. 8 66 191 329 356 400 422 442 460 463 550.
 Colbert 8 22 ff. 64 ff. 71.
 Condillac 99.
 Condracet 525 544.
 Conrad 191 285 374 463 540 550.
 Cooper 176.
 Corbière 330.
 Cortès Donoso 238.
 Cossa E. 8 100.
 — L. 176.
 Costa-Rossetti v. 194 230 285 ff. 365 395.
 Courcelle-Seneuil 176 550.
 Court Pieter de la 50.
 Crane 338.
 Cromwell 32 41 326.
 Crookes 573.
 Culpeper 71.
 Cunningham 8.
 Custodi 48.
 Cusumano 176.

D.

Dacurtins 194.
 Defourny 209.
 Degallier 639.
 Delbrück 389.
 Deleage 193.
 Demolins 193.
 Deploige 209 532.
 Detten v. 475.
 Devas (-Kämpfe) 191 540 ff. 593 ff. 616 ff.
 Deville 709.
 Diderot 74.
 Diehl VIII 8 f. 64 100 152 170 f. 192 194 341 354 ff. 540 ff. 672.
 Diessel 648.
 Dietzel 100 185 375 540 ff.
 Disraeli 712.
 Donato 49.
 Donoso Cortés 238.
 Doubleday 551 589.
 Dove 400.
 Drammer 629.
 Dransfeld 523 ff.
 Droysen 695.
 Drude 409.
 Drysdale 582.
 Dubois 64 74.
 Du Cange 657.
 Dückerhoff 388.
 Ducpétiaux 387.
 Duguet 176.
 Duhr 196 271.
 Dühring 8 f. 48 55 133 185 213 237 310 552.
 Dunoyer 174 f.
 Dupanloup 642.
 Du Pont de Nemours 74 85.
 Durkheim 702 f.
 Dussard 85.
 Düttmann 328 591.

E.

Eberle Jos. 398.
 — K. 194.
 Eckert Christ. 30 36 370 376.
 — Max 377 400 ff. 487 f. 496 602 ff.
 Eden 34.
 Eggenschwyler 285.
 Eheberg K. Th. 185.
 Ehrenberg R. 240 485 493 661.
 Ehrler 463 513 540.
 Eimer 686.
 Eisenhart 18 36 64 66 77 96 100 183 f. 342 347.
 Elder 177.
 Elster 8 463 ff. 497 ff. 513 540 ff. 609.
 Engel Aug. 90 285 336 663.
 — Ernst 387 551 f.
 Engels Fr. 63 330 551 662 ff.
 Erdberg 285 305 307 609.

Erdmann 195.
 Espinas 64 176.
 Ettlinger 662.
 Eulenburg v 553.
 Evert 378 615.

F.

Fahlbeck 540 ff. 582 ff. 614.
 Faisenberger 626.
 Faßbender 497 510 591 614 633.
 Feigenwinter 194.
 Feilbogen 87.
 Feld 593.
 Felix L. 319.
 Fellner 377.
 Fengler 87.
 Ferguson 294.
 Ferrara 176.
 Ferraris 176.
 Fetter 540 553.
 Feuerbach 387 f.
 Fida 193.
 Filangieri 48 88.
 Finke 621.
 Fircks 463 500 511.
 Fischer Ferd. 365.
 — Karl 636 655.
 — Theob. 408.
 Fisher 176.
 Fix 183.
 Fleisch 306.
 Flint 150.
 Flüge 608.
 Foerster F. W. 263 533 639 722.
 Földes 195 228.
 Fonteyrand 169.
 Fourier 551 668.
 Fournier de Flair 176 588.
 Foville de 176 377 f.
 Fox 176 362.
 Frankenstein 8 64.
 Franklin 544.
 Frentzel 608.
 Freund 328.
 Freytag G. 327.
 Friedrich E. 400 ff.
 Fuchs C. 303 332 335 540 ff. 609.
 Fugger 36 661.
 Funck-Brentano 48 176.

G.

Galiani 49 99.
 Galitzin de 88.
 Galton 635.
 Garnier G. 89.
 — J. 176 550.
 Gee 47 53.
 Geffcken 513.
 Genovesi 48 f. 544.
 Gentz 183.

George H. 551 554 646.
 Gerecke 89.
 Gerig 202.
 Gestel van 194.
 Ghent 692 f.
 Gibson 176.
 Gide 8 64 97 100 176 214
 237 671 ff.
 Girault 400.
 Gladstone 532.
 Gnauck-Kühne 214 285 523 ff.
 Gobineau de 596 679 ff.
 Goblot 696.
 Godwin 545 ff.
 Goethe 486 615.
 Goldstein 594.
 Goltz von der 485.
 Gorki 486.
 Görres 199.
 Götsch 463.
 Gothein 28.
 Göttler 621.
 Gouges de 526.
 Gournay de 68 ff.
 Grad 306.
 Graham 551.
 Grassl 510 541 636.
 Graswinkel 50.
 Greg 176.
 Gresham 33.
 Grimm 352.
 Grivel 451.
 Gröber 644.
 Groot Pieter de 51 f.
 Grotius 30 51.
 Grotjahn 608.
 Gruber 400 ff. 466 602 ff. 608.
 Grünfeld 662.
 Grünspecht 329.
 Grupp 238 602 617 662 ff.
 Günther 195.
 Güntzberg 64 76 ff. 84 96 99.
 Guyot 176.

H.

Habermann v. 536.
 Häbler 8.
 Haeckel 613.
 Hahn 418.
 Hale 542 ff.
 Halle E. v. 40 365 ff. 400
 423 518.
 Haller A. v. 88 183.
 Hamm 271.
 Hann 403.
 Hansen G. 489 615.
 Harms 326 400.
 Hartmann E. v. 225 686.
 Hasbach 64 100 f. 162 387 f.
 540 ff.
 Hasse 454.
 Hassert 463.
 Hättenschwiller 194.
 Hausner 294 f.

Haycraft 612.
 Hazon 25.
 Hebetanz-Kämpfer v. 536.
 Hecht 8 24.
 Heckel v. 8 285 350 365 625.
 Heiderich 400 ff. 466.
 Heimbucher 609.
 Heinen 214 463 490 636.
 Held 100 171 355.
 Helfferich 370 378.
 Hellwig 626.
 Herber 621.
 Herbert 544.
 Herkner 261 305 320 327
 333 484 553 593 611 614 f.
 662 710.
 Hermann v. 177 339 ff. 385.
 Hertwig 609.
 Hertzka 518.
 Herwegen 636.
 Heß 463.
 Hettner 400 463.
 Heyking v. 8 22.
 Higgs 64.
 Hildebrand 187.
 Hilferding 195.
 Hill 574.
 Hintze 54.
 Hippel v. 526.
 Hirschfeld 695.
 Hitze 194 214 ff. 261 271
 463 485 493 497 534 540
 635 647 660.
 Hobbes 75.
 Hobson 338.
 Hohn 609.
 Holle von der 536.
 Hörnigk v. 43 45 f.
 Hove van der 50.
 Hübhe-Schleiden 452.
 Hufeland 177.
 Hume Dav. 101 108 156.
 — Jos. 176.
 Hunter 392 478.
 Huppert 609.
 Hurtado 176.
 Huth 100 ff. 167 652 f.
 Huxley 599 601 612.

I.

Imbusch 259.
 Imle F. 523 531.
 Inama-Sternegg v. 377 463
 497.
 Ingram 8 57 64 100 ff. 166
 168 184 540 ff.
 Iselin 88.

J.

Jacob 177.
 Jäger E. 64 f. 194 662.
 Jahn J. 196.
 Jannet Cl. 193.

Janssen Joh. 660.
 Jastrow 100 285 337.
 Jay 176.
 Jedzink 214.
 Jellinek 64.
 Jentsch K. 396 611.
 Jevons 176.
 Jhering 276.
 Joos 592.
 Jourdan 176.
 Jung 194.
 Juraschek 374 400 471.
 Justi v. 47 476.

K.

Kallsen 476.
 Kämpfe 191 463 513 540 ff.
 593 ff.
 Kampfmeyer 397.
 Kant 225 229 613.
 Kaufmann F. 621.
 Kaulla 543.
 Kaup 615.
 Kautsky 63 66 79 100 207
 254 551 582 589 593 694 f.
 Kautz 8 12 100 f. 163 274
 285 310 ff. 465 644.
 Kellen 306.
 Keller F. 214 ff. 520 540 593
 612 654.
 Ketteler v. 194 635 647.
 Kerschensteiner 635.
 Key Ellen 536.
 Kidd B. 636.
 Kiefl 214.
 Kienböck 325.
 Kindermann 715.
 Kirchhoff 437 460 464 594.
 Kjellen 375.
 Kleinwächter 9 226 249 285
 319 339 352 ff. 359.
 Klemens von Alexandrien
 656.
 Klumker 328 626.
 Kneller 640.
 Knies 2 100 200 274 310
 400 421 426 439 593 645.
 Kobatsch 371.
 Köbner 449.
 Koch Heinr. 214 261 450 ff.
 463 479 ff. 517.
 Kohl 463 593.
 Köhler Kurt 185.
 — W. 541 636.
 Kollmann 595 f.
 Komorzynski v. 351.
 Koppel 195.
 Köppen 403 ff.
 Korsak 41.
 Kostanecki v. 194.
 Krafft 540.
 Kramer 462.
 Kraus A. 400.
 — Christ. Jak. 177.

Krebs 243 636.
 Kreyenbühl 632.
 Kriegel 608.
 Kröll 509.
 Kropotkin 269.
 Krose 320 365 541 588 594.
 Krug 89.
 Kuczynski 490 497 504 615.
 Kuefstein v. 194 289.
 Kundt 305.

L.

Laborde 176.
 Labriola 710.
 Lagardelle 710.
 Lagneau 588.
 Lambach 259.
 Lampertico 176.
 Lamprecht 214 497.
 Lang 613.
 Lange Hel. 524 ff.
 Lasch 498.
 Laspeyres 8.
 Lassaulx E. v. 59.
 Lasson 338.
 La Tour du Pin 194 213 274.
 Lauderdale 176.
 Lausberg 523 ff.
 Laveleye de 176 294 635.
 Lavergne 64.
 Law 66 f.
 Le Bon 595.
 Lechtape 214 244.
 Lederer 718.
 Legendre 65.
 Lehmkuhl 194 291.
 Lehr 285 291 312 350 365 373.
 Leibniz 43 46.
 Lenin 196 ff.
 Leo XIII. 230 702 ff.
 — Viktor 321.
 Le Play 193 240 387.
 Lerousier 193.
 Leroy-Beaulieu P. 176 378 400 456 553 590.
 Leser 100 ff. 162 349.
 Lette 525.
 Levasseur 176 540 ff. 715.
 Lexis 8 16 64 339 351 ff. 365 463 574 593 ff. 616 ff. 686.
 Liberatore 289 ff. 553.
 Lichtenberg 463.
 Liebknecht 207.
 Liechtenstein A. v. 194.
 Liefmann 189 ff. 299.
 Liese 523 ff. 538 609.
 Liesker 51.
 Lifschitz 100 561.
 Limousin 666.
 Lindemann 306.
 Linné 598.

Lippert 546.
 Lischnewska 536.
 List 8 21 f. 184 ff. 339 ff. 457 551 f. 577.
 Littré 710.
 Locke 35 53 f. 101.
 Lode 229.
 Lohmann 66 72.
 Löning 285 291 331 511 625.
 Lorin 194.
 Lotmar 691.
 Lotz F. E. 177.
 — W. 42.
 Loud 553.
 Louvois 65.
 Luden 549.
 Lüder 177.
 Ludewig J. P. 70.
 Luther 655 ff.
 Luzzatti 176.

M.

Macanlay 296 364 454.
 Mac Culloch 176 549.
 Macleod 176.
 Mahaim 176.
 Maistre de 193.
 Malthus 169 318 383 540 ff. 615.
 Malynes 53.
 Mandeville 167.
 Manes 589.
 Mangin 553.
 Mangoldt K. v. 397 485.
 Mann 66 69.
 Mannheimer 609.
 Mantegazza Laura 526.
 — Paolo 582.
 Marchlewski 88.
 Marcuse 497 553.
 Mariana 50.
 Mariani 237.
 Marlo 551.
 Maroussem 176.
 Marshall 100 176 269 289 347 352 379.
 Martensen 635.
 Martin Germ. 8.
 Marx 63 66 73 78 88 93 100 194 ff. 551 662 ff.
 Matschoß 38.
 Maurer v. 476.
 Mausbach 214 497 523 ff. 540 591 636 656.
 Mauvillon 88.
 May R. E. 37 f. 372 ff.
 Mayer Cl. 305.
 Mayr G. v. 463 481 ff. 493 ff. 614.
 — R. 16.
 Mehner 417.
 Mehring 237.
 Meißner 615.
 Meister A. 659.
 Mélon 67 f.
 Mendelson M. 484 493.
 Menger 172 187.
 Mengotti 21.
 Menzel A. 613.
 Mercier, Kard. 593.
 — de la Rivière 74 80 83 339 345.
 Merivale 456.
 Mertens 321.
 Messedaglia 176.
 Messer 635.
 Meßmer 214.
 Methuen 34.
 Meuser 185.
 Meyer E. 463 695.
 — Rob. 353.
 — Rud. 503 514 518 567.
 — Theod. 194 219 238.
 Mezlény 268.
 Michels Rob. 594 598 662.
 Middletown 51.
 Mielke 463 474 f.
 Mill James 172 366 451 549.
 — John Stuart 172 f. 346 527 549 569 582.
 Ming 264.
 Minghetti 176 635 645.
 Mirabeau V. de 64 69 ff. 99 542 635.
 Mischler 463 471 f.
 Misselden 53.
 Mitchell 239.
 Mithoff 365 380.
 Möde 631.
 Mohl v. 469 549.
 Molesworth 455.
 Molinari de 176 550.
 Molsberger 531.
 Mombert 463 f. 497 540 589 698.
 Mommsen 497 695.
 Moncada 50.
 Montaigne 20.
 Montanari 49.
 Montchrétien de 47.
 Montesquieu 67 69 76 400 544 644.
 Moore 176.
 Morhof 362.
 Morris 338.
 Möser J. 544.
 Moss 582.
 Mosso 512.
 Much 602.
 Muckermann H. 497 593 608.
 Mulhall 366 377 f.
 Müller Ad. 183 199 f.
 — Friedr. 599.
 — Hans 272.
 — Joh. 527.
 — Otto 609.
 — P. 540.
 — R. 418.

Mun Th. 11 52 194.
— A. de 194.
Münsterberg 306 629 f. 648.

N.

Nathusius v. 194 484.
Naumann 262.
Navarrete 50.
Navratil 195.
Nebenius 177.
Neeffe 506.
Neri 88.
Neufeld 305.
Neuhaus 378.
Neumann 287.
— -Spallart 374.
Neundörfer 218.
Neurath 64 244.
Neuwien 463.
Newmarch 176.
Newton 52.
Nibler 257.
Nickel K. E. vi.
Nicolini 176.
Nicotra 194.
Nielsen 8.
Nietsche 613.
Nitti 176.
Nitzsch 695.
Noppel 214 223 382 398
626.
North 52.
Nossig 551.
Nostitz H. v. 171 330 356
384 662.

O.

Oberdörffer 533.
Oberfohren 47.
Oechelhäuser 321 492.
Oldenberg 341 431 497.
Olzaga 176.
Oncken Aug. 8 14 ff. 24 ff.
31 ff. 49 ff. 63 ff. 542.
Oppenheim 201.
Oppenheimer 196 540 ff.
Oresmius 543.
Origenes 657.
Ortes 544.
Oswalt 347.
Öttingen 520.
Otto 582.
— -Peters 526.
Overbergh van 194 662 ff.
693 ff.
Owen Rob. 582.
— R. D. 582.

P.

Pache 629.
Paillottet 175.
Pantaleoni 377.

Paoletti 88.
Parsons 630.
Pascal de 194.
Passow 226.
Passy 176.
Paterson 35.
Paulsen 562 593 616 619.
Peabody 635.
Pearson 594 606.
Pecchio 48.
Peeters 193.
Peez 184.
Penck 400 427 470.
Périn 64 100 194 285 329
519 553.
Perks 389.
Perlinger 238.
Perry 176.
Peschel 400 594.
Peshine-Smith 176.
Petermann 463 484.
Petty 44.
Pfeiffer 608.
Pfleiderer 225.
Philippovich v. 191 213 266
283 353 359 463 511 540 ff.
Philipps 176.
Pic 176.
Pieper A. 214 ff. 532 609
629 715.
Pierstorff 523 539.
Pilgram 271.
Piorkowski 631.
Place 582.
Plato 7 460 543.
Platter 129 683.
Plenck 427.
Plenge 214.
Plinius 320.
Ploetz 594 612 ff.
Ploß 504.
Pohle J. 662
— L. 374 540 ff.
Pöhlmann 478 497 695.
Poinsard 193.
Polybius 586.
Posada 176.
Posadowsky v. 323 648.
Potthoff 321.
Pratt 483.
Prentice 176.
Pribram 16.
Price 544.
Prince Smith 175.
Prinzing 490 497 ff. 541 576 f.
590.
Proskauer 608.
Proudhon 551.
Psenner 213 271.
Pudor 29.

Q.

Quesnay 68 f. 73 ff.
Quetelet 549.

R.

Rabbeno 176.
Rademacher 593.
Rae 176.
Raffel 162.
Rainfurt 293.
Raleigh 33 544.
Rambaud 176.
Ranke Joh. 593 ff.
Rapaport 64.
Rathenau W. ix 259.
Rathgen 365 372 f.
Ratzel 400 463 478 498 f. 594.
Ratzenhofer 213 236.
Ratzinger 194 520 553 635 ff.
Rau 12 177 285 351 549.
Rauber 754 f.
Rauchberg 463.
Rawitz 685.
Raymond 176.
Rechenberg 396.
Rehm 520.
Reich 551 609.
Reichert 245.
Reichesberg 549.
Rein 629.
Reinfried 624.
Retzbach 326 336 582.
Retzius 599.
Reyer 609.
Ribot 752.
Ricardo 128 169 ff. 355 ff.
542 ff.
Ricco-Salerno 176.
Riehl 463 493.
Riekes 195.
Ripert 64.
Rist 8 97 100 214.
Ritter K. 400 462.
Robineau 85.
Rochussen 374.
Rodbertus 204 f. 330 f. 459
788.
Roebuck 451.
Rogers J. Th. 176 330.
Rolloff 635.
Romagnosi 553.
Roosevelt 319.
Roscher 2 8 28 43 55 58
63 85 99 f. 162 164 168
191 200 274 310 328 362
398 451 454 520 549 f.
577 615 619 ff. 635 645 f.
652 ff.
Rosegger 486.
Rosenthal 214.
Rösler Aug. 523 ff
— Herm. 191 576 645 713.
Roßbach 662.
Rossi 176 296 549 610 645.
Rost 416 490 540 577 636
661.
Roth von Schreckenstein 476.
Rothstein 663.

Rousse 73.
 Rousseau D. 213.
 — J. 542 610.
 Rubin 498 505.
 Rubner 608.
 Rüdin 608.
 Ruge 100 400.
 Ruhland G. 35 64 191 213.
 Rümelin v. 467 540 ff. 549
 582.
 Ruskin 338 461 486.
 Rutten 194.

S.

Sacher 497 511 638.
 Sadler 551 572.
 Saint-Marc 176.
 Saint-Pierre 70 72.
 Saint-Simon 231.
 Salomon Alice 523.
 — F. 100.
 Salz 648 657.
 Sanz y Escartin 176.
 Sartorius G. 177 ff.
 — v. Waltershausen 371.
 Savatier 193.
 Sax 187 339.
 Say Horace 173.
 — J. B. 114 173 ff. 290 309
 345 349 357 ff. 451 549.
 — Louis 291 348 f.
 Scaruffi 47.
 Schaepman 194.
 Schäfer Dietrich 400 449 451
 463 492.
 Schäftele v. 213 236 332 339
 350 454 465 505 549 577
 616 675 ff.
 Schalk 594.
 Schanz 8.
 Scheel v. 58 96 540.
 Scheler 194 272.
 Schell 536 636.
 Schelle 64 72 74.
 Schelling F. W. 273.
 — O. 424.
 Schemann 594.
 Scherzer v. 400.
 Schiller E. v. 213.
 Schilling 635 641.
 Schindler 214 285 293 313
 531.
 Schippel 400 551.
 Schlesinger 536.
 Schlettwein 88.
 Schlosser F. 626.
 — J. G. 88.
 Schmalz 89.
 Schmid F. 594.
 Schmidt Ferd. Jak. 537.
 Schmittmann 636.
 Schmitz Ludw. 625.
 Schmoller v. 8 15 ff. 31 f. 38
 62 ff. 100 191 ff. 285 ff.

314 ff. 339 ff. 423 461 463 ff.
 473 ff. 492 ff. 515 ff. 522
 524 540 ff. 593 596 632 f.
 644 ff. 662 ff. 677 ff. 695 ff.
 705 718.
 Schnapper-Arndt 379.
 Schneemelcher 609.
 Schneider J. P. 463.
 — Wilh. 593.
 Schnürer 594.
 Schönberg 192.
 Schöpper 617.
 Schorer 642.
 Schott 463.
 Schraut v. 213 267.
 Schreiber Edm. 543 624 648 ff.
 Schrijvers 194 213 553.
 Schröder W. v. 43 46.
 Schrörs 636.
 Schrott-Fiechtl 318.
 Schuhmacher H. 260.
 Schüller 100.
 Schulte A. 594.
 Schultze E. 527.
 Schulze-Gävernitz v. 171 320
 356 389 632 f. 659.
 Schumpeter 8 64 100 187 f.
 Schweizer F. A. 8 64 86 ff.
 100 150.
 Schweykart 536.
 Schwiedland 191 214 229.
 Schwiening 615.
 Seager 176.
 Seeberg 497.
 Segretan 176.
 Seidenberger 635.
 Seipel 635 655.
 Selden 31.
 Seligmann 176 285 ff. 329
 429 540 ff.
 Seneca 294 479.
 Senior 176 551.
 Sering 64 100 320 392 446
 449 463 484 ff. 614.
 Serra 48 594.
 Shaepman 188.
 Sidgwick 176.
 Sieger 538.
 Sieveking 457 659.
 Siew 149 168.
 Silbermann 523.
 Simmel 214 463 484.
 Simon J. 176.
 Singer 400.
 Sismondi 177 ff. 215 ff. 261
 343 ff. 459 564.
 Sivers 64.
 Small 8 213 236.
 Smissen van der 497 540.
 Smith Adam 8 ff. 22 ff. 63 ff.
 100 ff. 169 ff. 296 345 ff.
 457 543 ff. 611.
 — J. B. 176.
 Soden v. 177.
 — C. O. v. 250.

Söderblom 635.
 Soetbeer 540 551.
 Sohm 463.
 Sohnrey 306 485.
 Sokrates 80.
 Solowieff 636.
 Sombart 208 323 363 ff. 390 ff.
 463 476 ff. 497 ff. 599 623
 662 ff. 692 708.
 Sommerlad 656.
 Sonnenfels v. 47 88.
 Sonnenschein 609.
 Sörensen 506.
 Spann 8 199.
 Spencer H. 400 551 613 631.
 Spiethoff 258.
 Srbik v. 8 42.
 Stammler 275 643.
 Stang 635.
 Stangeland 542.
 Starkenburg 320.
 Staudinger 213.
 Stegerwald 532.
 Stein Lor. v. 191 231 302
 340 549.
 Steinel 185.
 Steiner Rud. 224.
 Steinmann-Bucher 378.
 Stentrup 645.
 Stephen Leslie 341.
 Stewart Jam. 48 101 544.
 Sticker 497 540.
 Stieda 660.
 Stier-Somlo 218 321 524.
 Stille 582.
 Stirner 241.
 Stöcker A. 194 721.
 — Helene 536 540.
 Stoffels 523 621.
 Streckeisen-Moulton 542.
 Suarez 274.
 Sully 67 74 85.
 Supan 400 450.
 Süßmilch 58.
 Swoboda 630.
 Sybel v. 64 527.

T.

Tacitus 320 583.
 Taine 64.
 Taller 176.
 Talquist 551 589.
 Taparelli 310 468 519.
 Tarde 665.
 Tessen-Wesierski F. v. 638.
 Théry 378.
 Thiers 64 553.
 Thomann 593.
 Thomas von Aquin 67 213 ff.
 648 ff. 660.
 Thompson R. E. 177.
 — W. 551.
 Thornton 176 549.
 Thünen v. 177.

Thwaite 269.
Tille A. 612.
Tocqueville 64.
Tolstoj 486.
Traniolo 176 194.
Tönnies 2 4 6 75 167 195
295.502 576 619.
Tooke 176.
Topinard 599.
Törnebohm 431.
Tourville 193.
Toussaint 553.
Townsend 544.
Trabert 403.
Tracy de 345.
Trall 551.
Traub 635 662.
Trimborn 642.
Troeltsch 636 648 657 ff.
Tucker J. 53 101.
Tugan-Baronowsky 40 f. 229
662 ff.
Turbolo 49.
Turgot 71 78 85 ff.
Turquan 377.
Tyszkä v. 385.

U.

Ulloa de 50.
Ustariz 50.

V.

Vauban 65 ff.
Verhaegen 194.
Verijn Stuart 505 582.
Vermeersch 191 f. 305.
Verri 88.
Vethake 176.
Vico 48.
Vierkandt 593.
Villard 662.
Villeneuve-Bargemont 183.
Villey 176.
Villiers 176.
Vogelsang v. 194 236 635 647.
Volker 609.
Voltaire 83 f.
Volz 418.
Vonschott 631.

W.

Wacker 644.
Waentig 185 463 483 ff.
Wagner Adolf 191 201 ff.
235 ff. 339 ff. 365 ff. 463 ff.
497 ff. 540 ff. 620 653.
Waha de 68 176 510.
Walker A. 176
Wallace 544.
Walli 511.
Walpole 53.
Walter Franz 194 213 ff 271
292 521 540 591 609 622
635 659 662 708 711.
Walterbach 532.
Wasmann 640.
Wasserrab 100 193 218 285
337.
Wayland 176.
Webb 230 384.
Weber Adolf 214 385 393
463 ff. 481 ff. 510 631 662.
— Alfred 208.
— F. W. 327 532.
— Max 208 636 655 ff. 695.
— Simon 635.
Wegener 285 325.
Weigl 521.
Weill 710.
Weinand 175.
Weisengrün 662 ff.
Weismann 685.
Weiß A. M. 104 240 ff. 285
520 635 638 ff. 648 ff
— Joh. B. 64.
Welcker H. 599.
Wellmanns 490 615.
Wendland 305 636 655.
Werner 523.
Wernicke 285 326.
Werthmann 194 532 611.
Westergaard 489 ff.
Weulersee 63 67.
Weyermann 350.
Weyland 551.
Widmann 621.
Wiesner 409.
Wiksell 582.
Wilbrandt 229.

Wild 365.
Willems 238 271 292.
Willmann 214 620.
Wilson 176.
Windthorst 456 f.
Winterstein 635.
Wirminghaus 50.
Wismüller 449.
Wissel ix.
Wittmayer 643:
Woeikof 403.
Wolf Gertr. 523.
— Julius 365 396 455 497
510 540 ff. 578 ff. 592.
Wolff Christ. 44 47 61 85.
— H. 449.
Wolowski 553.
Wolstonecraft 526.
Wolters 64.
Woltmann 594.
Wolzendorf 523.
Worms R. 666 707.
Wuermeling 540.
Wundt 560 564 ff. 601.
Wurm 256.
Würzburger 510.
Wygodzinski 524 654 f.

X.

Xenophon 7 80.

Y.

Young 544.

Z.

Zach 367 508.
Zacharias O. 582.
Zahn Joseph 523.
Zaleskij 58 f.
Zichy Joh. v. 267 638.
Ziehen 625.
Zielenziger 8 42 47.
Zimmermann Alfr. 30 f. 400
451 518 f.
Zoepfl 449.
Zuckerkindl 187.
Zur Nieden 388.
Zwiedineck-Südenhorst 329.

Sachregister.

A.

Absatzgebiet, seine Weite 16; bestimmend für die Arbeitsteilung 135.
 Absatzwege, Theorie der A. (Say) 173 ff.
 Absolutismus, in merkantilist. Zeit 18 f. 20 58; höfischer, arbiträrer und legaler, aufgeklärter 38 76 f.
 Ackerbau, als Wohlstandsquelle 56 68; im physiokrat. System 77 ff. 80 86 90 ff.; Kapitalanlage im A. (nach Smith) 126.
 Ackersold, in der lehnsstaatl. Verfassung 17.
 Agrarstaat, der Physiokraten 77 ff. 80.
 Agrikulturchemie 426.
 Albanien 607.
 Altersverteilung in der Bevölkerung 493.
 Altertum und Geburtenziffer 585 ff.
 Angestellte 321 ff.
 Ansiedlungsgebiete 517.
 Arbeit und Arbeiter (bei Smith) 113 ff. 132 ff. 140 164 354 f., (bei Ricardo) 355 ff., (bei Sismondi) 178 f. 182; der arbeitende Mensch, Hauptursache der Wohlfahrt 216 ff.; Arbeit als Pflicht und Berufspflicht 221 ff.; Arbeit keine Ware 227 ff.; gute Lage der Arbeiter gehört zum Volkswohlstande 328 ff.; als Kennzeichen des Volkswohlstandes 383 ff.; tatsächliche Lage der Arbeiter in England, Deutschland, Amerika 387 ff.; ethische Auffassung 221 ff. 642 f. 655 ff. 660 ff.
 Arbeiterausschuß 223.
 Arbeiterinnenfrage 528 ff.
 Arbeiterverhältnisse, amerikanische 390 ff.; englische 387 ff.; kapitalist. Entwicklung in Amerika 607.
 Arbeitsgemeinschaft, in der Volkswirtschaft 219 f. 246 ff. 660, zwischen Arbeiter und Arbeitgeber 222 ff.
 Arbeitslohn, nach merkantilist. Auffassung 23 ff. 47; nach physiokrat. Lehre 83; nach Adam Smith 138 ff.; Untergrenze 139; gute Löhne Zeichen der Prosperität 139 f. 148; sie befördern das Wachstum der Bevölkerung 140; Stücklohn 140; Ausgleichung der Löhne, und was ihr entgegenwirkt 143 f.; nach Ricardo 170 358; nach Sismondi 179 ff.; im sozialen

Arbeitssystem 260 ff. 323 ff.; Lohn und Produktionskosten, privatwirtsch. und volkswirtsch. Standpunkt 354 ff.; A. und Volkswohlstand 140 385 ff.; Kaufkraft des Lohnes 385; Lohnhöhe in England, Amerika, Deutschland 337 ff.
 Arbeitslosigkeit 330 f.
 Arbeitssystem, solidarisches 213 ff. 721 ff.
 Arbeitsteilung, ihr Einfluß auf Werden und Wachsen des Reichtums 122 143 f.; abhängig von der Ausdehnung des Marktes 135; A. der Welt 51; A. bei der Landwirtschaft und dem Gewerbe 134 f.; A. und Klassenbildung 679 ff.; Einfluß des Besitzes auf die A. 687 ff.; erzwungene A. im Sinne Durkheims 703.
 Arbeitsverhältnis, Sozialisierung des A. 259 ff.
 Aristokratie, auf dem Lande 320.
 Armut, nach Smith 102 f.; Grenzen und Grade 106 f.; Begriff 291 f.; Ursachen 312; A. und Elend 328 ff.; als Klassenzustand der Arbeiter 329.
 Assientovertrag 27.
 Assoziation 98 220 f. 257 ff.
 Ausfuhrprämie 11 158.
 Ausgleich der Interessen 270.
 Ausgleichung der Gewinne und Löhne 143.
 Außenhandel 10 ff. 15 46 f. 51 56 ff. 267 f. 369 ff.; vgl. Handel.
 Auswanderung 394 511 ff. 517 ff.
 Autarkie, wirtsch. 44 f. 268.

B.

Balkanstaaten, Bevölkerung 607.
 Bauernstand, seine Bedeutung 181 324 ff. 493 614; s. Mittelstand.
 Beamtentum, besoldetes, seine Entstehung 17.
 Bedarf und Bedarfsdeckung 278 ff.; 287 ff.; 291 301 ff.; 315 ff.; 331 ff. 354; Bedarfsdeckungsprinzip 278 f.
 Bedürfnisse, nach Smith 105 f.; ihre Entwicklung 377 f.
 Begabtenauslese, Hamburger und Berliner Verfahren 631.
 Belgien, Bevölkerung 605 f.

Beruf, der ethische Begriff des B.s 220 ff.
 648 ff.; B. und Klasse 222 f. 665 ff. 671 ff.
 693 ff. 706 ff.
 Berufliche Korporation 220 ff.
 Berufsverteilung 495; Einfluß des Besitzes
 auf die B. 679 ff.
 Berufswahl und Berufsberatung 629 ff.
 Betriebsräte 223 f.
 Bevölkerung 43 f. 83 ff.; Einfluß der Löhne
 auf das Wachstum der B. 140; B.s-
 kapazität (List) 186; Volk und B. 464;
 Stand, Zahl, Dichtigkeit 467 ff.; Über-
 und Untervölkerung 459; Siedungsver-
 hältnisse 473 ff.; Konzentration 473; Ver-
 teilung zwischen Stadt und Land 478 ff.;
 Alters-, Geschlechts-, Berufsverteilung
 493 ff.; Wachstum 497 ff.; natürl. Fak-
 toren der B.svermehrung 497; histor. Fak-
 toren 500; Eheschließungen, Geburten,
 Sterbefälle 502 ff.; B.sproblem 513 ff.;
 Lösung des Problems 515 ff.; speziell für
 Deutschland 517 ff.; Malthus' Gesetz 540 ff.;
 Leitsätze der B.sentwicklung 577 f.; quali-
 tative Verhältnisse der B. 594 ff.
 Bilanz s. Merkantilismus, ferner Handels-
 und Zahlungs-B.; nationale B. 362 ff.
 Bildung, allgemeine und Fach-B. 615 ff.;
 Halb-B. 616; Volksbildungsbestrebungen
 621 ff.; Jugendfürsorge 625 ff.; Willens-
 B. 631 f.; religiös-sittl. B. 635 ff.
 Billigkeit 273 f.
 Binnenhandel 23 ff. 46 f. 60 69 125; Kapital-
 anlage im B. 125.
 Binnenwanderungen 510 f.
 Boden, agronomische Beschaffenheit 426 ff.;
 B.schätze 427 ff.; Gesetz des abnehmenden
 B.ertrags und Malthus' Bevölkerungs-
 prinzip 569 ff.
 Bolschewismus 196 ff.
 Börsenhandel 37.
 Bourgeoisie 711.
 Brüderlichkeit, echte 238.
 Bulgarien 607.
 Bürgertum, städt., Staatsbürgertum, Bour-
 geosie 711 ff.

C.

China als Musterstaat im Sinne der Phy-
 siokraten 85; das heutige Ch. 647 f.
 655.
 Chrematistik 177.
 Christentum, seine Bedeutung für Kultur
 und Zivilisation 635 ff.; für die Volkswirt-
 schaft 640 ff.; Zeugnisse von National-
 ökonomen 645 ff.
 Citybildung in den Großstädten 490 f.
 Colbertismus, Landwirtschaft und Gewerbe
 im 22 ff.; Entwicklung der Manufaktur
 23, des Seewesens, Kolonialpolitik, Han-
 delsgesellschaften, Konsularwesen 24 ff.;
 Bewertung und Behandlung des inneren
 und äußeren Verkehrs 25; absolutist.
 Mittel 26 f.; Bedeutung für die Entwick-
 lung Frankreichs 22 f.

D.

Dänemark, Volkscharakter 606.
 Darlehen und Zins, nach physiokrat. Lehre
 82; nach Smith 131 ff.
 Demokratie, echte 262 f.
 Detailhandel, nach Smith 124.
 Deutschland, seine führende Stellung im
 Mittelalter 36; Volkscharakter 603 f.;
 deutschrechtl. Genossenschaftsgedanke
 und christlicher Solidarismus 281 f.
 Dime royal nach Vauban 72 f.
 Dorf 474 ff.
 Dorfsystem 473.
 Durchschnittsbesitz 108.
 Dürftigkeit 291 f.

E.

Edelmetalle, Smith über den Wandel im
 Werte der E. 136.
 Eden-Vertrag 34.
 Egoismus und Volkswohlstand 167 266 ff.
 Eheschließungen 393 f. 502 f.; gesetzl. Be-
 schränkungen 503 514 ff. 519; moral.
 restraint (Malthus) 540 ff.; wirtsch. Vor-
 sicht 561; „eheliche Klugheit“ 582.
 Eigentumsinstitution 199 241 ff.; Eigentums-
 und Verwaltungsbesitz 244; Vermehrung
 der Eigentümer 256.
 Eigentumsmeere, Prinzip der, oder der ge-
 schlossenen Meere 30.
 Eignungsprüfungen 631.
 Einheit, politische, und Wirtschaftsentwick-
 lung 39 f.; E. der Volkswirtschaft 200
 220 225.
 Einkommen 77 ff. 103 118 ff.; Einkommens-
 und Vermögensbildung 279 f.; Verteilung
 332; E.sverhältnisse eines Volkes 352 ff.
 380 ff.; Art des E.s und Klassenbildung
 671 ff.
 Einksteuer 53 72 f. 83.
 Einwanderung 394.
 Eisenerzvorräte der Welt 431.
 Elend, engerer Begriff 292; weiterer Begriff
 und Arten 294 f. 329 ff.
 Emanzipation der Arbeiterklasse 221 ff.; der
 Frauen 527.
 England, Merkantilismus E.s 32 ff.; Grund-
 lage der engl. Seemacht 33 f. 40; seines
 Wohlstandes 36 f. 52 f.; Ostindische Kom-
 panie 33; engl. Politik 34; Verhältnis
 zu den Kolonien 34 f.; Volkscharakter 605.
 Entartungsfrage 610 f.
 Entsagungsprinzip u. Volkswirtschaft 194.
 Entschädigungspflicht bei Expropriation 256.
 Erwerbsinteresse 227.
 Eugenik 613 f.
 Expropriation 256.

F.

Fabrik 23 f.; russische 40 f.; modernes Fa-
 brikssystem 182 f.; konstitutionelle Ver-
 fassung der F. 221 ff.; Einfluß der F.-
 arbeit auf das Seelenleben des Arbeiters

224 f. 238 f.; Fabrikationsmonopol 253;
 Sozialisierung des Fabrikwesens 183 259.
 Fachbildung 618 f.
 Faktoreien 29.
 Familie, ihre Wiederherstellung 193 240.
 Flüsse, ihre wirtsch. Bedeutung 434 ff.
 Flußhäfen und Flußumschlagplätze 437.
 Fond, fund, im Sinne Smiths und der Physiokraten 103 f.; Konsumtions F. 116.
 Fortbildung und F.schule 615 ff.
 Fragen, volkswirtsch. und soziale 335 ff.
 Frankreich, unter Colbert 21 ff.; Entwicklung der Geburtenziffer 587 ff.; Volkscharakter 605 f.
 Frauenfrage 523 ff.
 Freies Meer 31 51.
 Freihafen 53.
 Freihandel, free trade im alten Sinne 53; absoluter F. 70 f. 87 97 f.; F. und soziales Arbeitssystem 244 ff. 266 ff.
 Freiheit, System der natürl. F. 21 47; F. schon vor den Physiokraten gefordert 69 f.; im physiokrat. System 76 87; der F.sgedanke im Smithschen System 150 ff.; Schranken der F. nach A. Smith 153 ff. 157 164 f.; F. und Ordnung im sozialen System, Elastizität der F. 244 ff.
 Friedensidee 70; die richtige F. 219.
 Friedrichs II. Wirtschaftspolitik 38 f.; Asiatische Handelskompanie, Preußische Seehandlung 39.
 Fruchtbarkeit, physiologische 497 f.; der Rassen 498.
 Fürsorgeerziehung 625 f.

G.

Geburtenfrequenz 504 ff.
 Geld und Volksreichtum 11 f. 13 ff. 26 48 f. 55 f. 66 86 156 345 ff.; G.wirtschaft 17 f.; das G. in der älteren italienischen Literatur 48 f.; G. Öl am Wagen des Handels 49; G. und Volkseinkommen nach Smith 119 f.; Papier-G. 120.
 Gemeinschaftsgedanke im sozialen Arbeitssystem 218 ff. 643 f. 715 ff.; Prinzip der höheren Gemeinschaft 263 271; Berufs- und Klassengemeinschaft 719 ff.
 Gemeinwirtschaft 206 246 ff. 265 277.
 Genossenschaftsgedanke, deutschrechtlicher 281 f.
 Genußmittel, Verschiedenheit der G. und Bedürfnisse nach Smith 105 f.
 Geographische Verhältnisse, ihr Einfluß auf das Volksleben 99 402 ff. 441 ff.
 Gerechtigkeit 272 ff.; soziale G. 274 f.
 Geschlechtsverteilung 494.
 Geschlossenes Meer (mare clausum) 31.
 Gesellschaft und Individuum 226.
 Getreide, als Maßstab der Werte 136; G.-magazine 35 38 87; G.preise 80 ff.; G.-bauzone, G.grenze 409 ff.; Ausdehnungsmöglichkeit des G.baues 447 f.
 Gewerbe, Kleingewerbe und Fabrik in Rußland 40 f.; gewerbliche Arbeit 68; steril

nach physiokrat. Lehre 79 f. 86 90 ff.; Kapitalanlage im G. nach Smith 125 f.; Entstehung und Entwicklung der G. 16 f. 126 f.; G. und Städtebildung 480 ff.; G.freiheit vgl. freie Konkurrenz.
 Gewerkvereine 222 ff. 710 714 ff. 719.
 Gewinnprinzip und Bedarfsdeckungsprinzip 279.
 Gewinnstreben als Motiv und als Norm 225.
 Gleichberechtigung, menschliche 238 ff.; bürgerliche 240; für das Arbeitsverhältnis 221 259 ff.
 Glückseligkeitstrieb und Wohlstand 295 ff.
 Golfstrom 406 f.
 Greshamsche Gesetz 33
 Griechenland 607.
 Großhandel, Kapitalanlage im G. nach Smith 124 f.
 Großstadt, moderne, Bedingungen und Ursachen ihrer Entwicklung 481 ff.; Statistisches 485 ff.; Heiratshäufigkeit, Geburten-, Sterbeziffer in der G. 488 ff.; militärische Tauglichkeit ihrer Bewohner 489 Anm.; Citybildung 490 f.; wirtsch. Bedeutung 491 ff.
 Grundrente, nach Smith 144 ff., Ricardo 170, Carey 177.
 Gütervorrat und Volkswohlstand 366 ff.

H.

Häfen, Arten und Bedeutung 440.
 Halbscheidpacht 79.
 Handel, nach Stapelrecht und Börsenhandel 36 f.; steril nach physiokrat. Lehre 79 f. 91 f.; H.sfreiheit, philosoph. begründet 51 69 ff. 87 267 f.; Klein- und Groß-H. 124 f.; H.skompanien 23 32 34 39 53 72; Binnen-H. 23 ff. 45 60 ff.; auswärtiger H. 24 f. 46 f. 51 f. 56 ff. 268 369 ff.; H.skriege 20 62 f.; H.sverträge 12 158 f. 268 457; H.ssystem, Merkantil-, Kommerzialsystem, 8 ff. 19 f.; merkantilist. H.sbilanztheorie 10 ff. 15 28 f. 54; von Quesnay verurteilt 76 ff., ebenso von Smith 156 ff.; Zahlungs- und H.sbilanz 371 ff.
 Handelsmonopol 253.
 Handwerk vgl. Gewerbe.
 Harmonie der Interessen im System der natürl. Freiheit 174, nach Leibniz 47, nach Boisguillebert 69, im sozialen System 266 ff.
 Harmonisten 175.
 Haushaltungsbudgets 387.
 Hausierer 45.
 Heimatpolitik, gegenüber der Landflucht 485.
 Hilfe, gegenseitige, in der Gesellschaft 219 f. 269 f.
 Hofsystem 473 ff.
 Holland, holländ. Merkantilismus 30 ff. 50 ff.; Frachtfahrer Europas 32; Pfeiler des holländ. Reichtums 50.
 Humanität, wahre 219 238 ff.

I.

- Improving, declining, stationary state nach Smith 147 ff.
 Individualismus 87 94 ff. 156 ff. 167 171 202 225 ff.; negative Intervention im Sinne des I. 96 ff.; Sismondis Kritik der individualist. Ökonomie 177 ff.; ethischer I. 208.
 Industrialisierung, natürliche und künstliche 58 470 481 ff.
 Industriesystem von A. Smith 100 ff.; Wesen des nationalen Wohlstandes im Sinne Smiths 102 ff.; sein Werden und Wachsen 115 ff.; der Freiheitsgedanke in Smiths System 150 ff.
 Inkastaat als Musterstaat 85.
 Interesse s. Harmonie der Interessen.
 Interessensphäre 29.
 Italien, sein Glanz in alter Zeit, Gründe des Niederganges, neuer Aufschwung 36 ff.; italien. Theoretiker 48 ff. 176; Volkscharakter 607.

J.

- Jahresprodukt von Boden und Arbeit, nach Smith 113 ff.
 Japan 600 f. 608.
 Jugendfürsorge 625 ff.; Jugendvereine 628.

K.

- Kameralwissenschaft 18 f.; deutsche Kameralisten 42 ff.
 Kapital, bei den Physiokraten 77 ff., nach Smith 116 ff.; stehendes und umlaufendes K. 116 f.; gesellschaftl. K. 117 f.; Vermehrung des K.s 121 ff. 129 ff.; K und Arbeit 229; K. und produktive Volkskraft 122 ff.; Anhäufung des K.s 130 166 f.; K.anlage 123 ff.; K.gewinn 142 ff.; K. und K.besitz 167 ff.; K.reichtum und Arbeits- und Berufsteilung 679 ff.; K.besitz und Klassenbildung 667 ff. 671 ff. 693 ff. 706 ff.
 Kapitalismus 227; Schäden des freiwirtsch. K. 227 ff.; kapitalist. Geist 20 659 ff.
 Kartelle 259 267.
 Kathedersozialisten 202.
 Kaufmanns-Alphabet (nach Hörnigk) 45 f.
 Klasse, sterile und produktive K. im physiokrat. System 76 ff.; classe salarié 91; K.nstaat 241 f.; K.nsolidarität 231 ff.; K.negoismus 263; K.nkampf 705 ff. 714 ff.; untere und mittlere K., ihre Lage 380 ff. 716 ff.
 Klasse und Stand, Ansichten französischer Soziologen 665 ff.; sozialist. Klassenbegriff 667 ff.; Auffassung hervorragender Nationalökonomien (Gide, Schäffle, Schmoller, Sombart) 671 ff.; van Overberghs Lehre 693 ff.; unsere Auffassung 706 ff.; Versöhnung der Klassen 708 ff.
 Kleingewerbe s. Gewerbe, Mittelstand.
 Kleinhandel s. Detailhandel, Mittelstand.
 Klima, Elemente und Faktoren 402 ff.; K.zonen 404 ff.; K.provinzen 406 ff.; Einfluß

der Waldungen 408; wirtsch. Bedeutung des K.s 409 ff.; K. und Pflanzenwelt 409 ff.; Tierwelt 418 ff.; K. und Mensch 421 ff.; klimat. Krankheiten 423 f.; Konstanz des K.s 425 f.

Kohle und Kohlenvorräte 431 f.

Kollektivverträge 223.

Kolonien, Kolonialhandel, Kolonialverwaltung der merkantilist. Zeit, spanische 28 f., portugiesische 29 ff., niederländische 31 f., englische 34 f.; merkantilist. Ausbeutung der K. 61, von Smith verurteilt 157 ff.; Geschichtliches und neuere Entwicklung 449 ff.; Einteilung 452 ff.; moderne Kolonialpolitik 455 ff.; K. und Bevölkerungspolitik 516 ff.

Kommerzialsystem 18 f., s. Merkantilsystem. Kommerzkollegium und Kommerzienrat als Titel 38.

Konkurrenz, freie 69 ff. 76 86 f. 97 ff. 267 ff.; K.preis (nach Smith) 188 152.

Konstitutionelle Verfassung der Fabrik 182 221 f. 259 ff.

Konsularwesen, durch Colbert gefördert 23.

Konsumtion 116 160; Konsumstatistik 385 f.

Korn, merkantilist. K.handelspolitik 35; K.magazine 35 38 87; K.preis und Wertmessung 136.

Korporation, individualist. Abneigung gegen die 98 f.; Bedeutung des K.swesens im sozialen System 257 ff.

Kosten, Produktions-K. privatwirtsch. und volkswirtsch. Standpunkt 358 ff.

Kraft, produktive, des Volkes 122 466; Lists Lehre von den produkt. Kräften 186 200.

Kriminalstatistik als Kennzeichen des Volkswohlstandes 393.

Krisen 178.

Kultur, Begriff 333; Einheit der K. 200 ff. 296 332 f. 397 f.; Teilnahme der unteren Klassen an den K.fortschritten 303; moderne K. nach Sombart 363 f.

Kulturfläche und ihre Ausdehnbarkeit 459; Kultivierung wüster Gebiete (Heide-, Moor-, Bruchkolonien) 448 f. 459.

Kuro Siwo 406.

Küstengliederung und ihre wirtsch. Bedeutung 439 f.

L.

Land, Trennung von Stadt und L. 126 f. 478.

Landbauzone 414 ff

Landesfürstentum, sein Einfluß auf die wirtsch. Entwicklung 18 f. 37 ff.

Landflucht 484 f.

Landwirtschaft, unter Colbert 21 ff.; der Industrie und dem Handel gleichberechtigt 56 ff.; ihre Produktivität nach physiokrat. Lehre 76 ff. 90 ff.; ihre hohe Bedeutung für Volk und Volkswohlstand 126 128 181 ff. 325 ff. 492 614 f.; s. Mittelstand; Sozialisierung und L. 250 ff.

Law und sein System 66.

Lebensdauer 498.

Leistung und Geltung 279 f.
 Liberalismus s. Individualismus.
 Liebe, als soziale Tugend 275 ff.; Liebes-
 tätigkeit und Wohlfahrtspflege 305 ff.;
 Milderung der Klassegegensätze 708 ff.
 Lieferungsgemeinschaften des Handwerks
 Lokationen 456. [252.
 Luftströmungen und Schifffahrt 403 ff.
 Luxemburg, Land und Leute 604.

M.

Malthus' Bevölkerungsprinzip 540 ff.
 Manchestertum und Smithianismus 152 ff.;
 s. freie Konkurrenz.
 Manufakturen, Entwicklung unter Colbert
 23 ff.
 Mare clausum, Prinzip des M. c. 30.
 Markt, Weite desselben und nationale Pro-
 sperität, Welt-M. 16 135; Bedeutung des
 inneren M.es 373 ff.; M.preis und natür-
 licher Preis 138 146 f. 170
 Marktwirtschaft und Bedarfsdeckung 258
 265.
 Maschine, in der Produktion, nach Smith
 122, Ricardo 171, Sismondi 179 f.
 Massenarmut 329 ff.
 Meere und Meeresnähe, ihre wirtsch. Be-
 deutung 441 ff.; Meeresströmungen 404.
 Mehlkrieg 88.
 Menschen, Verbindung der M. 246 ff. 257 ff.
 269 ff.; Einheit des Menschengeschlechts
 595 ff.
 Merchant-Adventurers 16 33.
 Merkantilismus, als wirtsch. System 8 ff.;
 Grundprinzip (nach Smith) 9 ff.; Handels-
 bilanztheorie 11 ff.; praktische Mittel des
 M. 12; Schmollers Ansicht 15 ff.; der M.
 nach Oncken, System der landesfürstl.
 Wohlstandspolizei 18 ff.; der M. in ver-
 schiedenen Ländern 21 ff. 47 ff.; mer-
 kantilist. Getreidehandelspolitik 35; mer-
 kantilist. Theoretiker 41 ff.; moderner M.
 63; Beurteilung des M. durch Smith 156 ff.
 Methuen-Vertrag 34.
 Missionen, ihre kulturelle Bedeutung 456.
 Mittelstand, seine Bedeutung 68 181 f. 268 f.
 320 ff.; neuer M. 321 ff.
 Monopol des Kolonialhandels 23 28 31;
 Monopolium, Polypolium, Propolium 45;
 M.preis 138; privatkapitalist. M. 252;
 Staatsmonopol 253 f.
 Montenegro 607
 Moral restraint 544 ff.
 Morbidität und Mortalität 506.
 Münzen, Münzverschlechterung, Verpach-
 tung der Münzgerechtigkeit, Prägung 13 f.
 38 48 f. 52; italienische Münztheoretiker
 Mutterschutz 539 f. [49 f.

N.

Nachbarländer, ihr wirtsch. Einfluß 445.
 Nährfläche und Wohnfläche 470 f.
 Nation, Begriff, Staats- und Kultur-N. 199
 464 ff.; Nationalität und Rasse 593 ff.;

ationale Eigenschaften 602 ff.; Natio-
 nalität und Internationalität 239 f.
 Nationaleinkommen s. Volkseinkommen.
 Nationales System Lists 184 f.
 Nationalökonomisches Prinzip 161 269.
 Nationalvermögen s. Volksvermögen.
 Natur und Naturherrschaft im physiokrat
 System 64 73; N. als Ursache der Pro-
 duktion (nach Smith) 113 f.; als Bedin-
 gung und Ursache volkswirtsch. Entwick-
 lung 401 ff.
 Naturrecht und Eigentumsinstitution 241 ff.;
 individualist. N. 75 ff. 94 ff. 151 f.
 Navigationsakte 32 f. 53.
 Neo-Malthusianismus 581 ff.
 Neu-Merkantilismus 63.
 Niederlande, in merkantilist. Zeit 30 ff.;
 Volkscharakter 605.
 Norwegen, Bevölkerung 606.

O.

Ökonomie, exakte 187 f.
 Ökonomisches Prinzip und nationalökonom.
 Prinzip 161 269.
 Opferprinzip, im Sinne Périns 194.
 Ordnung, natürliche und positive d. physio-
 krat. Systems 75 ff. 94 ff.; im Gemein-
 schaftsleben 266 ff.
 Organisation und Organisationsprinzip der
 Volkswirtschaft 213; Solidarisierung der
 Volkswirtschaft und Organisationswesen
 257 ff.; s. soziales System und Gemein-
 schaftsgedanke.
 Organisches Prinzip 226 257 261 ff.; mo-
 ralisch-organische und physisch-organi-
 sche Verbindung 265.
 Österreich, in merkantilist. Zeit 38; Le-
 vante, Handelskompanie 39; Kompanie
 von Ostende 39; Nachbarvölker 445.
 Österreich-Ungarn (vor dem Weltkriege) 604.
 Ostindische Kompanie, Französische 23, Nie-
 derländische 31, Englische 33
 Ozeane, wirtsch. Bedeutung 441 ff.

P.

Pachtverhältnis (im physiokrat. System) 79.
 Papiergeld (Smith) 120.
 Papst, Schiedsspruch des P.es bezüglich des
 spanischen und portugiesischen Kolonial
 gebietes 29.
 Pauperismus 329 ff.
 Pflichtbewußtsein, religiös-sittliches 272;
 staatsbürgerliches 219 f.
 Physiokratisches System 63 ff.; Vorläufer
 66 ff.; Naturherrschaft 64 f. 75; geschicht-
 liche Erklärung des Systems 64 ff. 89 ff.;
 die Physiokratie in verschiedenen Ländern
 88 f., ihre Bedeutung, Irrtümer 89 ff.
 „Planwirtschaft“ 265 283.
 Plutokratie 264.
 Plutokratische Entwicklung in Deutschland
 382.
 Politische Ökonomie und deren Ziel, im
 Sinne Smiths 111.

Polizeiwissenschaft, im älteren Sinne 18 f.
 Poor, „the labouring p.“, s. Proletariat, Klasse.
 Portugal, in merkantilist. Zeit 29 f.; Ursachen seines Niederganges 34; Volkscharakter 606.
 Prämie, Ausfuhr-P. 12 158; P. als Preis 158.
 Preis, P.revolution im 16. Jahrh. 47; physiokrat. P.lehre 82 ff.; Smithsche Lehre, Nominal- und Real-P. 135 f.; natürlicher P. und Markt-P 138 146 f.; Monopol-P. 138; Waren-P. und Kapitalgewinn 141 f.; Abhängigkeit der P.e vom improving, declining, stationary state 147 f.; P.politik 81 f.
 Preußen, in merkantilist. Zeit 38 ff.; Preuß. Seehandlung 39 Anm.
 Privatbeamten 321 ff.
 Privatwirtschaftlicher und volkswirtschaftlicher Standpunkt in der Wohlstandslehre 115; in der Auffassung der Produktionskosten 358 ff.
 Produkt net, im physiokrat. Sinne 77 ff. 90 ff.
 Produktion, Arten 90 ff.; jährliche Reproduktion und nationaler Reichtum 113; Produktivität im Sinne der Physiokraten 77 ff. 90 ff.; Galiani und Condillac über die Produktivität von Handel und Gewerbe 99 f.; Produktivität nach Smith 132 f. 163 f.; P. und Konsumtion 161 f.; produktive Volkskraft 121 ff.; produktive Kräfte (nach Adam Müller) 200 (nach List) 185 f.; Produktivkräfte und P.stände eines Landes 302 f.; P.genossenschaft 262 Anm.; P.s.kosten 358 ff.; nationale P. 366 f.
 Prohibitionen, merkantilist. 12 156 ff.
 Proletariat, in merkantilist. Zeit 23; in der physiokrat. Lehre 83; nach Smith 106 f. 111 ff. 138 f. 341 ff.; nach Ricardo 358; als Klasse 667 ff. 708 ff.
 Prosperität, nationale, nach Smith 111 309.
 Psychische Auffassung des Wirtschaftslebens 189 ff.

Q.

Qualitäten, professionelle, deren Vererbung 680 683 ff.
 Qualitative Verhältnisse der Bevölkerung s. Bevölkerung.

R.

Rasse und R.eigenschaften 593 ff.; heutige Menschen R.n 598 ff.; gelbe R. 600; R.n-hygiene 608 ff.
 Rätssystem 197.
 Rechtsgleichheit für den Arbeiter 259 ff.
 Regelung des Wirtschaftslebens 278 ff.
 Reglementierung, merkantilist. 25 58 f.
 Reichtum, Begriff 80 f. 102 ff. 288 ff. 333 f.; R. und Vermögen 102 f. 287; R. und Armut 103 288 ff.; R. und Einkommen 103 f. 288; Grenzen und Grade des R.s

106 f.; relativer R. 107 f.; Durchschnittsbesitz und R. 108; nationaler R. und Geld 10 ff. 26 f. 47 66 f. 345 ff.; R.s-quellen 7 f. 38 46 55 ff. 67 ff. 77 91 147 f. 401; Vorteile des privaten R.s für die Gesellschaft 181 243 318 ff.; „persönlicher“ R. 289; s. Volksreichtum.
 Reinertrag im physiokrat. Sinne 77 ff. 81 f. 86.
 Relativität, Prinzip der R. 99 458.
 Religion 271 f.; religiös-sittliche Bildung und Volkswohlstand 635 ff. 721 f.
 Reproduktion, jährliche 112 ff.
 Reservationen 456.
 Romantische Schule 198 ff.
 Royaume agricole der Physiokraten 76 ff.
 Rückzölle 12 158.
 Rumänien 607.
 Rußland, in merkantilist. Zeit 40 f.; Bevölkerung 605.

S.

Schatzkammer, fürstliche 18 42 f.
 Schenkung, angeblich päpstliche Sch. neu entdeckter Länder 29.
 Schlettweinsches System 88.
 Schutzzölle, im Colbertismus 24, bei den Physiokraten 81 f.; bei Smith 153 156 f.; nach Carey 177; nach List 185.
 Schweden 606.
 Schweiz, Wohlstand der S. 327; Volkscharakter und Zusammensetzung 604.
 Seefischerei 442.
 Seehandlung, Preußische 39 Anm.
 Seen, ihre wirtsch. Bedeutung 434 ff.
 Segelschiffahrt 404.
 Selbsthilfe, soziale 269.
 Selbstliebe 151 225 241 266 275.
 Serbien 607.
 Siedlungsverhältnisse 473 ff.
 Söldnerheer, Entstehung 17.
 Solidarität 179 ff. (Sismondi); S. der Menschen 219; der Staatsgenossen 219 f.; der Berufsgenossen 220 ff.; im Arbeitsverhältnis 182 (Sismondi) 259 ff.; S. als Tatsache und als ethisches Prinzip 262 ff.; Prinzip der S. höherer Gemeinschaft 263; volkswirtsch. S.ssystem 213 ff.; Schlagworte der S.lehre 282 720 ff.; Solidarismus nach Gide usw. sozialitäres System (Dühring) 237; christl. Solidarismus oder christl. Sozialismus 280 ff.
 Sozial, s.e.s Arbeitssystem 213 ff. 720 ff.; Begriff des S.en im Arbeitssystem 298 ff.; s.e Fragen 336 ff.; S.politik 337 f.
 Sozialhygiene 610 ff.
 Sozialismus, als kollektivist. System 194 ff. 231 ff. 667; partieller S. 205; wahrer S. 646.
 Sozialisierung, der Gesinnung 272; der Menschen 219. 246 ff. 257 ff.; der Arbeitsverhältnisse 221 ff. 259 ff.; kommunistische 233 ff. 254 ff.; S. von Landwirtschaft, Handwerk, Klein- und Großhandel 250 ff.; S. und Organisationswesen 257 ff.
 Spanien, in merkantilist. Zeit 26 ff. 50; Volkscharakter 606.

Sparkassenwesen und Volkswohlstand 394 f.
Sparsamkeit und Kapitalvermehrung 129 f.
Spekulationsgewinne 227 266 f.

Staat, in der merkantilist. Auffassung 15 ff.
21 ff. 58 ff.; im physiokrat. System 69 ff.
94 ff.; nach Smith 151 ff. St.sintervention,
keine Reglementierung 25 59 60 f.
69 ff.; als Rechtsgemeinschaft 219 ff.
240 ff. 721.

Staatsbewußtsein 465.

Staatsmonopol 255 f.

Staatssozialismus 203 ff. 210 ff.

Staatszweck 247 ff.

Stadt, Trennung von S. und Land 126;
ökonomischer Begriff der S. 476 ff.; Groß-
S. 481 ff.

Stand und Stände, drei ursprüngliche, und
ihr Verhältnis zur allgemeinen Wohlfahrt
(nach Smith) 148 f.; S., Begriff 663 ff.;
S. und Klasse 662 ff.; Ständeschichtung
676 ff.; S.esgeist 677.

Stapelhandel 36 f.

Statistik, ihre Bedeutung und Verwertung
in der Wohlstandslehre 366 ff.

Sterblichkeit 395 506 ff.

Sterilität 498.

Steuer, single tax 53; Dime royale, Königs-
zehnte 72 f.; taille arbitraire 72; impôt
unique et direct 83; S.pflicht 244 273.
Stock, of society, Bedeutung bei Smith
117.

Stücklohn 140.

Syndikalisierung 254.

Systeme, volkswirtsch. 2 ff.; ältere S. 8 ff.;
systembildendes Prinzip 2 213; soziales
Arbeitssystem 213 ff.; Système protecteur,
réglementaire 18 ff.; s. Merkantilsystem;
System der natürlichen Freiheit 69 ff. 86 f.
150 ff.

T.

Tableau économique (Quesnays) 73 f.

Tausch und T.handel 134 f.; T.wert und
Preis 82 87; T.wert des Jahresproduktes
(Smith) 115; T.wert und Produktivität
der Arbeit 132 f.

Tax, single s. Einksteuer.

Teilmonopol 255.

Teleologie und Sozialwissenschaft 209.

Territorialfürstentum 37 ff.

Territorialkolonie 30 f.

Territorium, als Grundlage des Volkswohl-
standes 401 ff.; klimatische Verhältnisse
402 ff.; Bodenbeschaffenheit und Boden-
schätze 425 ff.; hydrographische Verhält-
nisse 434; vertikale Gliederung 437; hori-
zontale Gliederung 439; Meeresnähe 441;
Größe und Nachbarländer 445 ff.; Öd- und
Unland 446 ff.; äußere Kolonien 449 ff.;
handelspolitische Einigungen 457; Ver-
besserung der territorialen Verhältnisse
459 ff.

Tote Zeit (Schiffahrt) 436.

Trieb und Wille 562 ff.

Türkei 607.

U.

Überproduktion 181.

Übervölkerung (Sismondi) 179 469.

University Extension Movement 624 f.

Unterrichtskurse für das Volk, für ver-
schiedene Stände 624.

Untervölkerung 469 585 ff.

V.

Verantwortlichkeit, soziale und individuelle
Selbst-V. 270 ff.

Vereinigte Staaten von Amerika 607 f.

Vererbung der Kultur 661 f.; V., physio-
logische und der Klassenbegriff 683 f.

Vermögen und Reichtum, nach Smith 102 f.

Vermögensbildung 279 f.

Vermögensschichtung, in Preußen 382 f.

Versicherungsverträge und Volkswohlstand
394.

Versöhnung der Stände 270.

Verteilungsproblem und Wohlfahrtsproblem
(nach Smith) 132 180, (nach Sismondi)
301 ff.; s. Volkseinkommen, Volksver-
mögen, Volksreichtum, Volkswohlstand.

Volk, Begriff, Staats-V., Kultur-V. 464 f.;
das V.sleben in seiner Einheit als Ganzes
200 f. (s. Kultur, Einheit derselben), pro-
duktive V.skraft abhängig vom Kapital
(Smith) 122 ff.; das V. in seinen quan-
titativen und qualitativen Verhältnissen
Ursache des V.swohlstandes 401 466 ff.;
Stand (der Bevölkerung) 463 ff.; V.szahl
42 f. 83 ff., der europäischen und außer-
europäischen Staaten 471 f.; Bewegung,
natürliche und räumliche 393 f. 502 ff.;
V.sklassen s. Klassen; Völkerfamilien
und Völkerstämme, V.sstämme (Stamm-
verbände) 601 f.; V.shygiene 608 ff.; V.s-
ernährung 610; V.sbildung 615 ff.; V.s-
bibliotheken und V.sunterrichtskurse 623;
V.sunterhaltung 625.

Volkseinkommen 111 ff.; reines und rohes
V. 118 f. (Smith) 352 ff.; privatwirtsch.
und volkswirtsch. Schätzung 358 ff. 380 ff.

Volksgeist 465.

Volkshochschule 624 f.

Volksreichtum, in Smithscher Auffassung
108 ff.; Verteilung und V. 109 ff.; Grade
des V.s 110; relativer V. 111 345 f.;
jährliche Reproduktion als Grundlage des
V.s 113 ff.; privatwirtsch. und volks-
wirtsch. Standpunkt 115; Werden und
Wachsen des V.s 115 ff.; V. und Kapital
118; natürlicher Fortschritt zum V. 126;
Reichtum des Volks und V. 340 ff.; V.
als Güterreichtum und als Zustand mate-
rieller Volkswohlfahrt 343 ff.; V. und
Geld oder Tauschwert 345 ff.; freie und
persönliche Güter und V. 351; vgl. Geld.
Volksstaat 241.

Volksvermögen, Bestandteile nach Mun 52;
V. als Güterquantum 340 ff., als Wert-
größe 377 ff.

Volkswirtschaft, Material- und Formalbegriff 297 ff.; Einheit des V. 200 ff.; V. als Arbeitsgemeinschaft 246 ff.; volkswirtsch. Systeme 8 ff.; Einheit und Aufgabe der V. 200 220 225 283 333; Ideal einer V. 335 ff.; volkswirtsch. Lebensprozeß 5 7; V. in solidaristischer Beleuchtung 219 ff. 236 ff. 257 ff. 278 ff.; volkswirtsch. und privatwirtsch. Standpunkt in der Reichtumslehre 115; volkswirtsch. und soziale Fragen 335 ff.; V. und Weltwirtschaft 268.

Volkswirtschaftslehre, Inhalt und Einteilung 2 ff.; Objekt der V. 283; Zweckbetrachtungen in der V. 208 ff.

Volkswohlfahrt 305 ff.; Zentralstelle für V. 308 f.; s. Wohlfahrtspflege.

Volkswohlstand als Ziel der Volkswirtschaft 3 ff.; V. und Fürstenwohlstand 19 f. 42 f. 59 f.; drei Hauptstücke des V.s (nach Becher) 45 ff.; Ursachen des V.s (nach Serra u. a.) 43 f. 55 ff. 67 ff. 90 ff. 148 f. 216 ff.; V. im Sinne Smiths 112 ff.; V. und Egoismus 167; Werden und Wachsen des V.s 115 ff.; abhängig von Kapital und Kapitalanlage 122 ff. (nach Smith); V.slehre im Sinne des sozialen Systems 285 ff.; V. als praktisches Ziel 220 283 333; Grade des V.s 334 f.; V. früherer Zeiten und der Gegenwart 362 ff.; Kennzeichen des V.s im allgemeinen 265 ff.; Mangelhaftigkeit der Kennzeichen 265 f. 396 ff.; das Territorium als Grundlage des V.s 401 ff.; Relativität des V.s 458 f.; V. abhängig von der Kulturfäche des Bodens 459; quantitative und qualitative Verhältnisse der Bevölkerung in ihrer Beziehung zum V. 463 ff.

Vollmonopol 255.

Vollsozialisierung 254.

Vorsicht, wirtsch., bei der Eheschließung 561; eheliche V. 582.

W.

Wald und Klima 408.

Wanderbibliotheken 623.

Wanderungen, Binnen-W. und Aus-W. 510 ff.; Stammes-W. und Einzel-W. 516 ff.

Warenhaus 343.

Weiler 477.

Weltanschauung, deistische A. Smiths 150 Anm., Ricardos 171 f., J. St. Mills 172 f.; christliche W. und Kultur 635 ff.; christliche W. und Wirtschaftsleben 640 ff.

Weltarbeitsteilung 51.

Weltbevölkerung 479 f.; ihre Ernährung 445 ff. 565 ff.

Weltfriede, allgemeiner 70 f. 219.

Weltmarkt s. Markt.

Weltwirtschaft und Volkswirtschaft 268.

Werturteile 209 f.

Wettbewerb, gesunder und unlauterer 267; s. Konkurrenz.

Wiedervergeltung, Prinzip der W. in der Verteilung 279.

Wirtschaftsentwicklung und politische Einheit 39 ff.

Wirtschaftsgeographie, ihre Bedeutung 4; ihre Verwertung 401 ff. 441 ff.

Wirtschaftspolitik und Wirtschaftspflege, merkantilist. 11 f., französische 22 ff., englische 33 f., Friedrichs des Großen 38 f., russische, 40 f., erziehende 61 f.; keine Reglementierung 58 f. 69 ff.; physiokrat. 84; individualist. im Sinne Smiths 151 ff.

Wirtschaftsverfassung, freie, s. Physiokratie und Smiths System; organische W. s. soziales Arbeitssystem; regelnde Faktoren im Wirtschaftsleben 280.

Wohl, größtmögliches, der größten Zahl 171.

Wohlfahrt, Begriff 285 f.; geistige und materielle W. 292 f. 296 309 f.; Einheit der menschlichen und nationalen W. 293; öffentliche (salus publica) und allgemeine (salus universalis) W. 297 ff. 310 ff.; materielle Seite der öffentlichen W. 299 ff.; allgemeine materielle W. 310 ff.

Wohlfahrtspflege, gemeinnützige 305 ff.; W. und Liebestätigkeit 308.

Wohlhabenheit 287 f.

Wohlstand und Wsstreben 285 ff.; W. und Reichtum 288; W. und Glück 293 f.

Wohlstandspolizei, fürstliche (Merkantilismus) 18 ff.

Wohlstandstheorie (Mombert) 599.

Wohlstandsverhältnisse, Kennzeichen 365 ff.

Wohnfläche und Nährfläche 470 f.

Wohnform, geschlossene und offene 473.

Wucher, Begriff des W. 279 f.

Z.

Zahlungsbilanz 371 ff.; s. Handel, Handelsbilanz.

Zins und Zinsfuß 53; kirchliches Zinsverbot 72; Z. in der physiokrat. Lehre 82, bei Smith 131 f.; Zinsfuß und Kapitalgewinn 142.

Zoll s. Schutzzölle; innere Z.einheit, s. Binnenhandel.

Zollverein, Deutscher 457.

Zünfte und Gournays Schule 71; Turgot 97 98, Smith 150.

Zweckbetrachtung in der Volkswirtschaftslehre 208 ff.

Zweikindersystem 581 ff.

Zwischenhandel, holländischer 32 f.; nach physiokrat. Lehre 82; Kapitalanlage im Z. nach Smith 125.

HEINRICH PESCH S.J.
Lehrbuch der Nationalökonomie
Fünf Bände

I.: GRUNDLEGUNG

Dritte und vierte, neu bearbeitete Auflage (4.—6. Tausend)

II.: ALLGEMEINE VOLKSWIRTSCHAFTSLEHRE

I. Volkswirtschaftliche Systeme

Wesen und disponierende Ursachen des Volkswohlstandes

Vierte und fünfte, unveränderte Auflage

III.: ALLGEMEINE VOLKSWIRTSCHAFTSLEHRE

II. Die aktiven Ursachen im volkswirtschaftlichen Lebensprozesse

(Neue Auflage erscheint 1925)

IV.: ALLGEMEINE VOLKSWIRTSCHAFTSLEHRE

III. Der volkswirtschaftliche Prozeß

1. Deckung des Volksbedarfs als volkswirtschaftliche Aufgabe. 2. Produktion

Erste und zweite Auflage

V.: ALLGEMEINE VOLKSWIRTSCHAFTSLEHRE

III. Der volkswirtschaftliche Prozeß

3. Tauschverkehr. 4. Einkommens- und Vermögensbildung

5. Störungen des volkswirtschaftlichen Prozesses

Erste und zweite Auflage

Des wissenschaftlichen Sozialismus Irrgang und Ende

(Sonderdruck aus dem „Lehrbuch der Nationalökonomie“

I. Band. Dritte und vierte, neu bearbeitete Auflage)

Ethik und Volkswirtschaft

(Neue Auflage erscheint 1925)

Neubau der Gesellschaft

10.—13. Tausend

Die philosophischen Grundlagen des ökonomischen Liberalismus

Zweite Auflage

Freiwirtschaft oder Wirtschaftsordnung?

Zweite Auflage

Das Privateigentum als soziale Institution

Zweite Auflage

Der moderne Sozialismus

Zweite Auflage

Die Wohltätigkeitsanstalten der christlichen Barmherzigkeit in Wien

Der christliche Solidarismus

Nach Heinrich Pesch S.J. dargestellt von Heinrich Lechtape. 4.—7. Tausend

Die Frage der Steuergerechtigkeit

Grundsätzliches zur Finanzreform auf Grund des Solidaritätssystems von Heinrich Pesch S.J.

Von Heinrich Lechtape

VERLAG HERDER / FREIBURG IM BREISGAU

330.2
P 437

35630

AUTHOR PESCH, HEINRICH

TITLE Lehrbuch der Nationalökonomie
Bd. 2 4-5 Aufl.

DATE
LOANED

BORROWER'S NAME

35630

